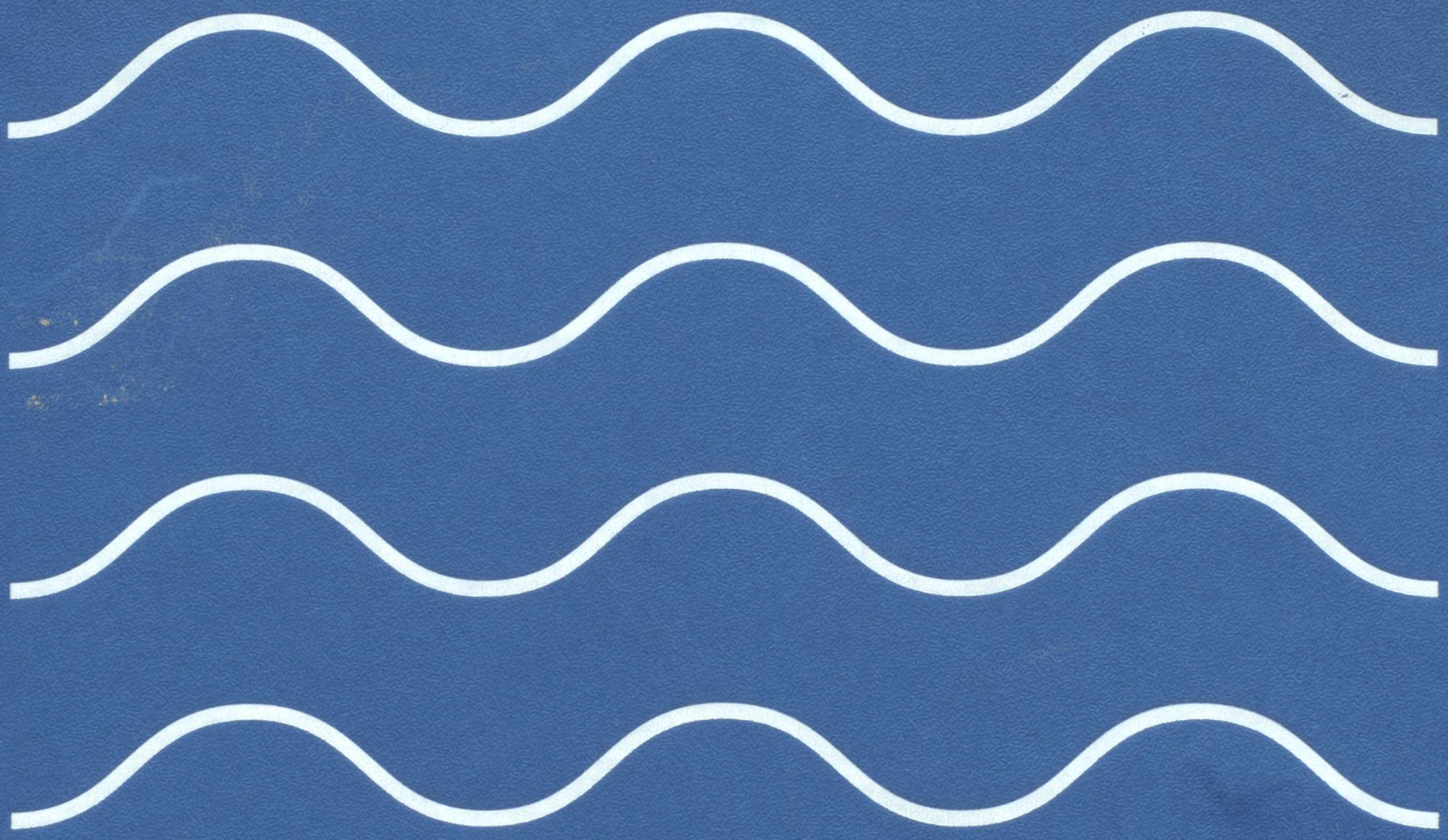
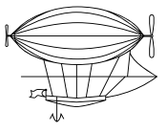
Zeitgeschichte Aargau

1950–2000



HIER UND JETZT



Zeitgeschichte Aargau 1950–2000

Historische Gesellschaft des Kantons Aargau (Hg.)

HIER UND JETZT

8 Vorwort des Regierungsrates

10 Vorwort der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau

Prolog

14 Mittendrin
Von der Gletscherschmelze bis zum Kantonsjubiläum
Fabian Furter und Patrick Zehnder

Raum und Mensch

30 Einleitung

32 Rasante Bevölkerungsentwicklung zwischen den nationalen Zentren
Wachstum, Alterung und Zuwanderung im Aargau
Patrick Zehnder

32
Wachstum in zwei Schüben
33
Wachstum aus den Zentren heraus
37
Bevölkerungsbewegung, Lebenserwartung und Altersstruktur
40
Bevölkerungszuwachs: starke Zuwanderung
51
Akzentuierte Überfremdungsfrage

56 Testfeld Planung
Raumentwicklung, Städtebau und Architektur
Fabian Furter

56
Raumrelevante Aspekte zum Boom der Nachkriegszeit
58
Die Planungsinstrumente entstehen
71
Die Landnahme findet statt
75
Der Aargau als Mobilitätsdrehscheibe
87
Kritik und Umdenken
91
Neue Zeiten, neue Aufgaben

124 Im Widerspruch
Natur und Landschaft seit 1945
Maria Meier

124
Im Zeichen des Wachstums
125
Kehrseiten der Konsumgesellschaft
135
Umweltschutzpolitik und praktischer Naturschutz
137
Schutz und Nutzen im Widerspruch

Staat und Politik

140 Einleitung

142 Ausbau und Konsolidierung des Staatswesens
Der Aargau wird modernisiert
Titus J. Meier

142 Kanton und Gemeinden
152 Die öffentlichen Finanzen
155 Die politischen Rechte der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger
156 Die kantonalen Behörden
173 Der Staat wird modernisiert – die Verfassung von 1980
176 Der Aargau im Scheinwerferlicht
181 Bildung
196 Das öffentliche Gesundheitswesen
201 Kantonale Sozialpolitik – vom Fürsorge- zum Sozialstaat
208 Sicherheit

224 Regionalismus, Reformimpulse und ein konservatives Image
Der politische Aargau
Fabian Saner

224 1945 bis 1970: politische Stabilität in der «Schweiz im Kleinen»
238 1970 bis 1990: die neuen sozialen Bewegungen werden auch im Aargau aktiv
260 Nach 1990: Stadt und Land driften auseinander

274 Von der Milieupresse zum Medienkonzern
Die Aargauer Medienlandschaft im Wandel
Fabian Saner

274 Freisinnige Tagblätter wachsen im Gleichschritt
284 Radio und Fernsehen nach der Liberalisierung
288 Anhaltender Strukturwandel im 21. Jahrhundert

Wirtschaft

292 Einleitung

294 Vom Aargauer Mischbetrieb zum spezialisierten Grosshof
Deagrarisierung nach 1950
Patrick Zehnder

294 Bedrohte bäuerliche Existenz
309 Kleinteilige, vielfältige, regional spezialisierte Aargauer Landwirtschaft

324 Industrie: das wirtschaftliche Rückgrat des Kantons
Wachstum und Wohlstand «made in Aargau»
Astrid Baldinger Fuchs

324 Ein fortschrittlicher Industriekanton
336 Neue Schwergewichte im Aargau
345 Zeitökonomische Grundlagen

350 Grosser Energiehunger
Der Ausbau vom Strom- zum Atomkanton
Astrid Baldinger Fuchs

350 Katastrophaler Kohlemangel
359 Keimzelle der Kernenergie im Aargau
363 Abfall ohne Verfallsdatum

366 Von der Industrie- zur Informationsgesellschaft
Wirtschaft und Beschäftigung nach 1970
Astrid Baldinger Fuchs

366 Weltkonjunktur trifft Aargau
376 Flucht aus Werkstätten und Maschinensälen
380 Die Krise der 1990er-Jahre

Gesellschaft und Alltag

392 Einleitung

394 Konsum und Freizeit
Der Sog der Waren- und Erlebniswelt
Annina Sandmeier-Walt und Ruth Wiederkehr

394 Das stilvolle Heim
401 Die Ernährung wird effizient
410 Konsumerlebnisse ausser Haus
415 Motorisierte Freizeitgestaltung

422 Spiel, Spass und Gesundheit in der Breite, Wettkampf und Leistung an der Spitze
Sport bewegt den Aargau
Fabian Saner

422 Der Turnverein: von der patriotischen Gemeinschaft zum polysportiven Netzwerk
423 Gesellschaftlicher Wandel und Infrastrukturausbau
427 Spitzenfussball beim FC Aarau
430 Der Aargau als Velokanton
430 Kuren, Heilen und Erholung: die Aargauer Thermalbäder

436 Religion, Kirche und Frömmigkeit
Vom angestammten Milieu zur Individualisierung des Glaubens
Annina Sandmeier-Walt und Ruth Wiederkehr

436 Dominanz der Landeskirchen bis 1960
450 Auflösungserscheinungen und Reform bis 1980
456 Vielfältige Glaubenslandschaft ab 1980

464 Der Aargau als Rückzugsraum und Experimentierfeld
Jugend zwischen Anpassung und Aufbruch
Patrick Zehnder

464 Halbstarke, «Rockers», «Töfflibuebe»
472 Althergebrachte Institutionen unter Zugzwang
473 «1980» in den Aargauer Kleinstädten
474 Jüngste Entwicklung nach 1990

Kunst und Kultur

482 Einleitung

484 Der Wert der Kunst nach 1945
Kultur nach Idealvorstellungen
Annina Sandmeier-Walt und Ruth Wiederkehr

484 Anfänge staatlicher Kulturförderung
489 Anzeichen des Aufbruchs

506 Kunst für alle ab 1970
Kultur wird popularisiert und gefördert
Annina Sandmeier-Walt und Ruth Wiederkehr

506 Institutionalisierung von Kulturgeldern
513 Neue Formen in der Kunst

526 Kultur als Erlebnis nach 1990
Events strahlen – und werfen Schatten
Annina Sandmeier-Walt und Ruth Wiederkehr

526 Kulturpolitik in Zeiten der «Leuchttürme»
532 Vielfalt der Pop- und Eventkultur

542 Geschichtskultur und Kulturerbe
Tradition verpflichtet zur Pflege
Annina Sandmeier-Walt und Ruth Wiederkehr

542 Regionale vor kantonaler Identität
542 Institutionen für das historische Kulturerbe
547 Immaterielles Kulturerbe

Epilog

556 Die Miniaturschweiz – ein Blick von aussen auf den Aargau
Ein Essay von Marc Tribelhorn

562 Das Generationenprojekt und das Jahrhundertereignis
Nachwort der Projektleitung

Anhang

566 Momente der Aargauer Zeitgeschichte
568 Anmerkungen
588 Literatur- und Quellenverzeichnis
610 Bildnachweis
614 Orts- und Personenregister
619 Projektteam und Steuerungsgruppe

Unsere Geschichte schärft den Blick in die Zukunft

Der Kanton Aargau ist als viertgrösster Kanton der Schweiz in besonderer Weise durch die Geschichte geboren und geformt worden. Er ist ein besonders junger Kanton. Mit der Mediationsakte diktierte Napoleon Bonaparte 1803 einen aus vier unterschiedlichen Landesteilen neu zusammengesetzten Aargau. Seine Bewohnerinnen und Bewohner wiesen damals nur wenige Gemeinsamkeiten auf und kannten kaum eine gemeinsame Vergangenheit. Unterdessen sind die Regionen zusammengewachsen. Seit 1950 weisen der Kanton Aargau und seine Gemeinden ein überdurchschnittlich grosses Bevölkerungs- und Siedlungswachstum auf – Chance und Herausforderung zugleich. Heute ist der Kanton Aargau ein bedeutender Wirtschafts- und Wohnkanton. Er verfügt nach einer über 200 Jahre dauernden Jugendzeit über eine lebendige Kultur und über klare wirtschaftliche, gesellschaftliche und umweltbezogene Konturen.

Auf sein 150-jähriges (1953) und sein 175-jähriges Bestehen (1978) hin wurde die Geschichte des Kantons Aargau seit seiner Gründung minutiös aufgearbeitet. Daraus hervorgegangen sind die ersten drei Bände der «Geschichte des Kantons Aargau» seit 1803. Auch die Geschichte der Römer, der Habsburger, der Aargauer Klöster oder der Industrialisierung auf unserem Kantonsgebiet wurde seither neu erforscht und publiziert. Was uns aber fehlt, ist eine Auseinandersetzung mit unserer jüngsten Vergangenheit, mit der Zeitgeschichte, die wir selbst ganz oder teilweise erlebt haben und die uns eine gesamtheitliche Sicht (wirtschaftlich, gesellschaftlich, kulturell, umweltorientiert und politisch) auf die jüngere Vergangenheit und in die Zukunft unseres Kantons eröffnet.

Die Historische Gesellschaft des Kantons Aargau hat im Vorfeld des 200-Jahr-Jubiläums des Kantons (2003) erste Anstrengungen mit dieser Zielsetzung unternommen und veröffentlicht. Ab 2014 hat sie im Rahmen eines Vorprojekts vertiefte Abklärungen vorgenommen und insbesondere auch modernste Formen der Geschichtsschreibung unter Hinzunahme von Zeitzeugenberichten und der Geschichtsvermittlung mittels digitaler Medien geprüft. Schliesslich fiel 2018 der Startschuss zur Realisierung des nun vorliegenden vierten Bands zur Geschichte des Kantons Aargau – von 1950 bis ins Jahr 2000.

Wie wurden der Kanton Aargau, seine Gesellschaft, seine Wirtschaft und seine Natur seit 1950 geformt? Auf welchem Fundament und in welche Richtung wird sich der Aargau fortan weiterentwickeln? Der Regierungsrat beauftragte die Historische Gesellschaft 2018 mit der Erarbeitung einer Zeitgeschichte seit 1950. Finanziert wird das Projekt über den Swisslos-Fonds des Kantons Aargau.

Die vorliegende Publikation ist sicherlich das wichtigste, aber bei Weitem nicht das einzige Ergebnis der profunden Auseinandersetzung mit unserer jüngsten Vergangenheit. Das beauftragte Team aus erfahrenen Historikerinnen und Historikern setzte neueste Ansätze der Geschichtsvermittlung an eine breite Bevölke-

rung um. Dazu gehören ein längerer Dokumentarfilm, diverse Kurzfilme, aufgezeichnete Zeitzeugeninterviews, illustrative Zeitungsberichte über denkwürdige Ereignisse und Phänomene sowie Social-Media-Beiträge, welche während der Projektumsetzung bereits eine grosse Beachtung gefunden haben. Eine für jüngere Menschen aufbereitete und illustrierte Kurzfassung der Geschichte des Aargaus von der Urzeit bis zur Gegenwart sowie zahlreiche Materialien für einen spannenden Unterricht an Schulen sind mittlerwile erschienen. Eine Zeitgeschichte für alle, die zum Eintauchen und Nachlesen einlädt – verfügbar unter www.zeitgeschichte-aargau.ch oder www.geschichte-aargau.ch.

Der Regierungsrat dankt der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau, der Projektleitung und dem ganzen Team für die intensive Auseinandersetzung mit unserer jüngsten Geschichte und für die Erarbeitung des nun vorliegenden Grundlagenwerks.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau

Die Fortschreibung der Kantonsgeschichte liegt vor

Mit dem Entscheid des Regierungsrates vom 8. November 2017, die Fortsetzung der durch Nold Halder, Heinrich Staehelin und Willi Gautschi bis in die frühen 1950er-Jahre vorangetriebenen Kantonsgeschichte mit Mitteln aus dem Swisslos-Fonds zu unterstützen, wurde eine mehr als zwanzigjährige Vorarbeit belohnt. Die bisherigen Bände wurden in den 1950er- und 1970er-Jahren jeweils im Hinblick auf Kantonsjubiläen verfasst. Nicht zuletzt deshalb regte die Historische Gesellschaft des Kantons Aargau (HGA) bereits im Vorfeld des 200-Jahr-Jubiläums eine Fortsetzung der Geschichte des 1803 von Napoleon gegründeten Kantons an. Aus verschiedenen Gründen konnte das Projekt damals nicht verwirklicht werden. Die Einsicht, dass die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts im Aargau systematisch erforscht und dargestellt werden sollte, wuchs jedoch mit jedem weiteren Jahr. Aufgrund des soliden Charakters der drei vorliegenden Bände, die damals schweizweite Beachtung fanden, wurde im Gegensatz zu den meisten anderen Kantonen von Anfang an kein Ersatz für die bisherige Kantonsgeschichte angestrebt, sondern deren Fortsetzung. Nach einem neuen Anlauf 2014 ermöglichte ein Projektierungskredit des Kantons schliesslich die Vorbereitung der eigentlichen Projekteingabe durch eine Gruppe von Historikerinnen und Historikern aus dem Umfeld der HGA und des Staatsarchivs.

Inzwischen haben diverse Kantone, unter anderem alle unsere Nachbarn, moderne, mehrbändige Kantonsgeschichten aufgelegt, die den Entwicklungen in der Geschichtsforschung der letzten Jahrzehnte Rechnung tragen. Vollzogen bereits der zweite und vor allem der dritte Band die Wende von der weitgehend politischen Geschichte vermehrt auch hin zu wirtschafts- und gesellschaftsgeschichtlichen Fragestellungen, so ist in den letzten Jahrzehnten eine Tendenz zur Alltags- und Kulturgeschichte zu erkennen. Allen diesen Blickwinkeln möchte nun dieser vierte, zeitgeschichtliche Band gerecht werden. Anders als seine Vorgänger ist er keine Monografie einer einzelnen Autorin oder eines Autors, sondern ein Teamwork von Historikerinnen und Historikern unterschiedlicher Ausrichtung. Der Band richtet sich an eine breite historisch interessierte Leserschaft. Die flankierenden Vermittlungsprojekte zielen gar auf einen nochmals erweiterten Kreis von Nutzerinnen und Nutzern dieser Zeitgeschichte des Aargaus.

Es handelt sich zweifellos um einen Glücksfall, dass nach der engagierten Vorarbeit der erwähnten Projektgruppe rasch ein ebenso professionelles wie innovatives Projektteam zusammengestellt werden konnte. Dieses machte sich speditiv an die detaillierte Projektierung sowie an die personelle Besetzung der verschiedenen Teilprojekte. Den beiden Projektleitern Fabian Furter und Patrick Zehnder sowie der Projektkoordinatorin Nina Kohler gilt daher zuallererst der Dank, letztlich aber natürlich dem gesamten Projektteam aus Autorinnen und Produzenten der Teilprojekte sowie allen daran Mitwirkenden, sei es an Dokumentarfilmen, Zeitzeugengesprächen, Schulmaterialien oder Medienberichten.

Der Steuerungsgruppe verdankt das Projekt viel Expertise in inhaltlicher und organisatorischer Hinsicht, dem Verlag Hier und Jetzt eine professionelle und unkomplizierte Begleitung und Umsetzung der Publikation. In den Dank einzuschliessen sind selbstverständlich die zahlreichen Institutionen, die zu Recherchezwecken konsultiert wurden: diverse Archive, allen voran das Staatsarchiv mit integriertem Ringier Bildarchiv, Bibliotheken, Verwaltungseinrichtungen, die Aargauische Industrie- und Handelskammer sowie diverse Firmen und ihre Archive.

Letztlich hingen jedoch sämtliche Bemühungen vom oben erwähnten Entscheid des Regierungsrates zur Finanzierung des grossen Projekts sowie von der zusätzlichen Unterstützung durch diverse Stiftungen und Firmen ab. Ihnen allen sei herzlich gedankt, ganz besonders dem Regierungsrat und dem Departement für Bildung, Kultur und Sport, welches sich mit grossem Einsatz für die Realisierung und Finanzierung des Projekts eingesetzt hat.

Angela Dettling und Sebastian Grüninger,
Co-Präsidium HGA

Prolog

Mittendrin

Von der Gletscherschmelze bis zum Kantonsjubiläum 1953

Dieses Buch hat die Zeitgeschichte des Kantons Aargau zum Thema, also die Epoche der Moderne seit dem Zweiten Weltkrieg. Von der Geschichte davor berichten die Vorgängerbände, eine Vielzahl von landeskundlichen Büchern oder die Jahresschrift «Argovia» der Historischen Gesellschaft. Der Einstieg auf den nächsten Seiten versteht sich als kurze Herleitung, als überblicksartige Beschreibung dessen, was seit 1803 offiziell «Aargau» genannt wird. Ein Kanton, der von ausgeprägter Regionalität gekennzeichnet ist, was sich aus seiner Topografie und seiner Geschichte erklärt. —
Fabian Furter und Patrick Zehnder

Am Anfang war die Landschaft

Die Erzählung beginnt bei den Gletschern der letzten Eiszeit. Diese hinterliessen nach ihrem Rückzug vor rund 10 000 Jahren im südlichen Kantonsteil die heutige Topografie als eine vom Wasser geprägte Landschaft. Ihre Moränen stauten den Hallwilersee und legten das Fundament für die ertragreichen Böden der späteren Kornkammer Aargau. Die Aare spielt dabei die Hauptrolle. Sie durchfliesst das Gebiet als zentrale Lebensader. Schon den prähistorischen Menschen, die wohl vor etwa 6500 Jahren in der Region sesshaft wurden, war sie Fischgrund und Orientierungslinie, bald wurde sie Wasserstrasse, Grenze und Siedlungsraum.

Die Zuflüsse der Aare kommen aus dem Süden und dem Osten. Es sind beschauliche Bäche wie die Wigger, die Suhre oder die Bünz, aber auch die beiden stolzen Flüsse Reuss und Limmat. Beim Wasserschloss endet deren Existenz in einem fulminanten Naturschauspiel. Die Aare ist hier eigentlich längst ein Strom geworden, der sich bei Koblenz mit dem Rhein vermählt. Drei Viertel des gesamten Oberflächenwassers der Schweiz fliesst hier ab in Richtung Nordsee.

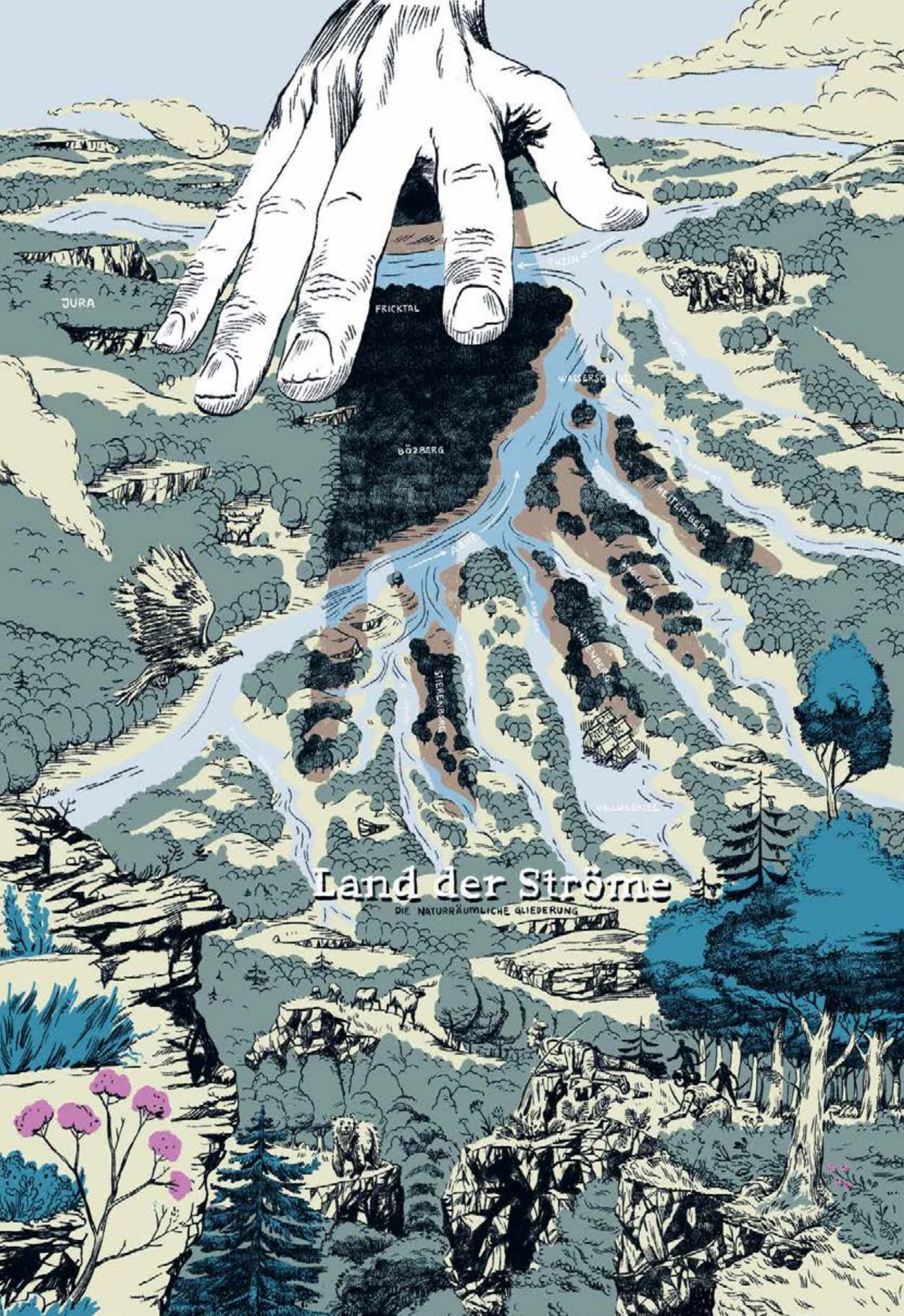
Ein Name aus dem Mittelalter

Die Bedeutung der Aare spiegelt sich auch in der Tatsache, dass sie dem Aargau jenen Namen gab, der schon im Frühmittelalter entstand. Im 8. Jahrhundert beherrschten die Karolinger nahezu ganz Europa und hatten ein riesiges Reich zu organisieren. Sie schufen Gaue als administrative Einheiten, die von einem Grafen verwaltet wurden. Der Aar-Gau umfasste das Gebiet östlich und südlich der Aare von deren Mündung am Thunersee bis zum Wasserschloss und an die Reuss. Hier begann der damalige Thurgau, wovon der Gemeindename Turgi zeugt.

Topografie und Selbstverständnis

Zweifellos charakterisiert die Landschaft das Wesen des Aargaus und seiner Bewohnerinnen und Bewohner. Sie ist Teil seiner DNA. Eine bildhafte Beschreibung geht so: Der Aargau ist wie eine gespreizte Hand. Über deren Knöchel verläuft die Aare. Die Finger bilden die Hügelzüge der Südtäler, die sich zur Innerschweiz hin öffnen. Auf dem Handrücken beginnt das Juragebirge mit seinen höher aufragenden Kämmen. Es wird vom Rhein durchschnitten, der über das Handgelenk verläuft.

Diese Vereinfachung hilft beim Verstehen des Aargaus als Kanton der Regionen, wo jede Talschaft über die Jahrhunderte ein eigenes Selbstverständnis, ja gar eigene Dialekte entwickelte und bis heute pflegt. Es war und ist die Topografie, welche die Geschichte und das Wesen des Aargaus entscheidend prägte, welche trennte und Verbindungen schuf. Und wenn auch alte Grenzen längst verschwunden sind und eine hochmoderne Infrastruktur heute die Hügelzüge durchfährt und die Flüsse überbrückt: In den Köpfen der Aargauerinnen und Aargauer ist der Kompass immer noch


JURA
FRICKTAL
BÖZBERG
HEITERBERG
STIERENBERG
Land der Ströme
DIE NATURRÄUMLICHE GLIEDERUNG

so gestellt, wie ihn die Landschaft als zentrifugale Kraft schon immer vorgegeben hatte. Die Freiämterinnen schielen nach der Innerschweiz, die Fricktaler nach Basel, die Limmattalerinnen nach Zürich und die Wiggertaler nach Bern. Das war schon 1803 so, als der Aargau «contre coeur» der Leute, die ihn bewohnten, geschaffen wurde. Die Herrschaftsgeschichte des Aargaus seit der Antike manifestiert sich immer wieder an seinen strukturellen, naturräumlichen Voraussetzungen.

Die Römer und der Rhein

Im 1. Jahrhundert v. Chr. wurde das Römische Reich zur bestimmenden Grösse nördlich der Alpen. Das Mittelland war zu jener Zeit eher dünn von verschiedenen keltischen Volksstämmen besiedelt, welche unlängst aus dem Norden zugezogen waren. Im heutigen Aargau siedelten die Helvetier nachweislich in Mellingen und Baden sowie die Rauriker im Fricktal. Sie wurden nun von den Römern kolonisiert und hatten deren Vormacht angesichts der militärischen Kräfteverhältnisse zu akzeptieren.

Der Rhein bildete damals die Grenze zum Territorium der verschiedenen germanischen Stämme; eine Grenze, welche es zu schützen galt. Zu diesem Zweck entstanden Kastelle und eine Vielzahl von Wachtürmen. Dem Zusammenfluss von Aare, Limmat und Reuss massen die Römer dabei eine grosse Bedeutung bei. Auf einem nahe gelegenen Hochplateau bauten sie eine alte helvetische Siedlung zu einem Militärlager aus. Vindonissa (Windisch) gehörte im 1. Jahrhundert n. Chr. zu den grössten Legionslagern entlang der nördlichen Reichsgrenze. Die Römer bauten auch zivile Siedlungen, allen voran die Stadt Augusta Raurica (heute Augst BL und Kaiseraugst AG), deren Aufbau wenige Jahre vor Christi Geburt begann und die in ihrer Blütezeit im 2. Jahrhundert mit etwa 20 000 Einwohnerinnen und Einwohnern die grösste römische Siedlung auf dem Gebiet der heutigen Schweiz war. Ansehnliche Orte mit kleinstadtähnlichem Charakter (vici) entstanden darüber hinaus in Lenzburg, Zurzach (Tenedo) und Baden (Aquae Helveticae). Ein dichtes Netz aus grossen landwirtschaftlichen Gutshöfen mit bis zu hundert Hektaren Nutzfläche garantierte die Versorgung der Zentren. Die Gründung von Baden als Therme stand dabei in engem Zusammenhang mit dem Militärlager Vindonissa. Das von den Römern angelegte Strassennetz machte den Aargau erstmals zum Verkehrsknotenpunkt. Fragmente der Römerstrasse mit Karrengleisen über den Bözberg sind bei Effingen bis heute gut erkennbar.

Die Alemannen als neue Siedler

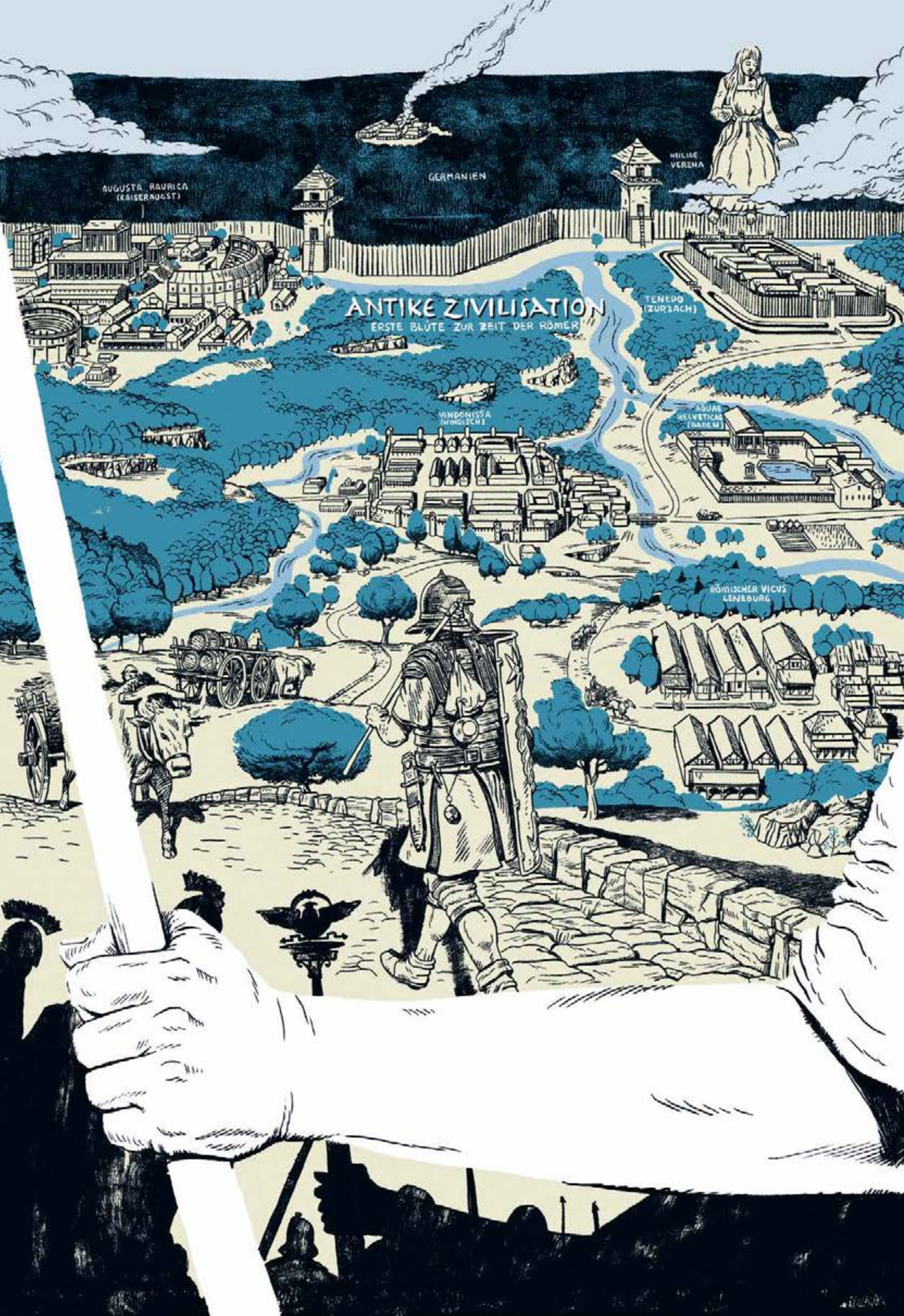
Im 3. Jahrhundert unserer Zeitrechnung begann die Völkerwanderung. Sie dauerte bis ins 7. Jahrhundert und markiert den Übergang von der Antike zum Mittelalter. Vornehmlich germanische Stämme drängten nun nach Süden und beschleunigten den Zerfall des Römischen Reichs. Immer öfter und immer erfolgreicher überquerten sie den Rhein und plünderten das Land. Zu Beginn des 5. Jahrhunderts zogen sich die Römer endgültig über die Alpen zurück nach Italien und hinterliessen eine stark dezimierte Bevölkerung in einer verarmten Gegend. Rund hundert Jahre später begann die Besiedlung des Aargaus durch die Alemannen. Sie übernahmen die römischen Einrichtungen und bauten ihre Präsenz im 6. und 7. Jahrhundert immer mehr aus. Ortsnamen, die auf -ingen oder -ikon enden, zeugen von jenen frühen alemannischen Gründungen und verweisen auf den Namen des Oberhaupts der jeweiligen Siedlergruppe. Baldingen, um ein Beispiel zu nennen, heisst also sinngemäss: Bei den Leuten des Baldo. Aus der alemannischen Sprache entwickelte sich das Schweizerdeutsch.

Das Christentum fand nur langsam Verbreitung. Erste Glaubensgemeinschaften entstanden im frühen 4. Jahrhundert. Die heilige Verena zog damals in das römische Kastell Tenedo (Zurzach), wo sie Arme unterstützt und Kranke geheilt haben soll. Um die Eremitin entstand bald nach ihrem Ableben ein Heiligenkult, und Zurzach wurde zum Wallfahrtsort. Ende des 7. Jahrhunderts vermochte sich das Christentum flächendeckend durchzusetzen.

Burgen, Städte, Klöster und ein Weltreich

Aus der Verschmelzung der sich auflösenden antiken Gesellschaftsstrukturen mit jenen der germanischen Einwanderer entstand im Rahmen der karolingischen Reichsorganisation im Frühmittelalter der Feudalismus. Diese neue Wirtschafts- und Gesellschaftsform prägte rund tausend Jahre das europäische Mittelalter bis zu den Revolutionen Ende des 18. Jahrhunderts. Charakteristisch für den Feudalismus waren die vermeintlich gottgewollten, streng hierarchischen Abhängigkeiten in der Ständegesellschaft. Zuoberst stand der Landesherr, der seinen adeligen Gefolgsleuten Teile seines Landbesitzes als Lehen zur Verwaltung übergab. Die Bauern, welche das Land bewirtschafteten, gehörten zum Lehen und waren damit unfreie Untertanen.

In dieser Gesellschaftsordnung etablierten sich im Gebiet des Aargaus mehrere Adelsgeschlechter. Sie liessen nach der Jahrtausendwende Dutzende Burgen errichten. Das Schloss Lenzburg als bedeutendste dieser Anlagen wurde 1036 erstmals urkundlich erwähnt. Die Habsburg auf dem Wülpelsberg bei Brugg entstand zur gleichen Zeit und sollte zur Namensgeberin eines Weltreichs werden. Das gleichnamige Grafengeschlecht bewohnte die Burg etwa 200 Jahre, bevor sich deren Vertreter aufmachten, zur mächtigsten Dynastie Europas aufzusteigen. Erster Höhepunkt auf diesem Weg war 1273 die Wahl Rudolfs von Habsburg zum König des Heiligen Römischen Reichs. Ein halbes Jahrtausend bis zum Ende des Ersten Welt-


AUGUSTA RAURICA
(KAISERAUGST)
GERMANIEN
HEILIGE
VERENA
ANTIKE ZIVILISATION
ERSTE BLÜTE ZUR ZEIT DER RÖMER
TENEDO
(ZURZACH)
VINDONISSA
(WINDISCH)
AQUAE
HELVETICAE
(BADEN)
RÖMISCHER VICUS
LENZBURG

kriegs trugen die Habsburger mit wenigen Unterbrüchen die Königs- und Kaiserkrone.

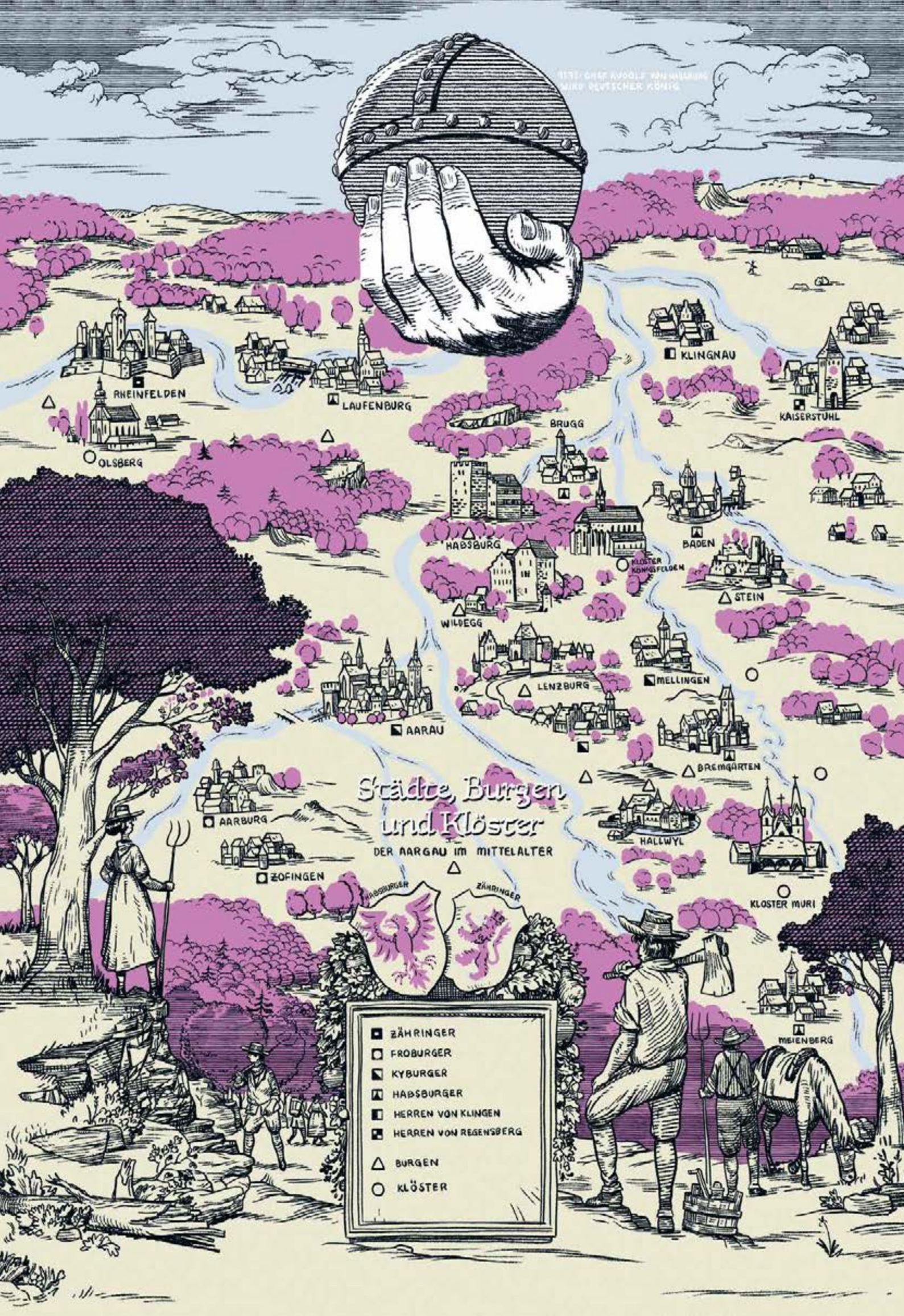
Auf die Burgen folgten die Städte, welche in den meisten Fällen Gründungen des Adels waren mit dem Ziel, die eigene Macht zu erweitern und zusätzliche Einnahmen zu erzielen. Rheinfelden ist die älteste Stadt im Aargau. Sie wurde zwischen 1130 und 1140 durch die Zähringer initiiert. Es folgten insgesamt zwölf weitere Städte. Höhepunkt dabei war das Dezennium zwischen 1230 und 1240, als sechs Orten das Stadtrecht verliehen wurde. Ein besonderer Fall unter den Aargauer Klein- und Kleinststädten bildet Meienberg, heute ein zur Gemeinde Sins im Freiamt gehörender Weiler. Von den Habsburgern um 1250 gegründet, besass das Städtchen Turm und Ringmauer sowie eine Gerichtslinde, ausserdem Privilegien wie das Markt- und Weiderecht. Im Sempacherkrieg 1386 zerstörten die Eidgenossen Meienberg, welches nie mehr seine frühere Bedeutung zurückerlangte. Weitere Sonderfälle sind Biberstein, das als Stadtanlage begonnen, aber nie fertig gebaut wurde, sowie Zurzach, welches ein Flecken mit städtischer Bebauung und einer weitherum bekannten Messe war, jedoch nie das Stadtrecht erhielt.

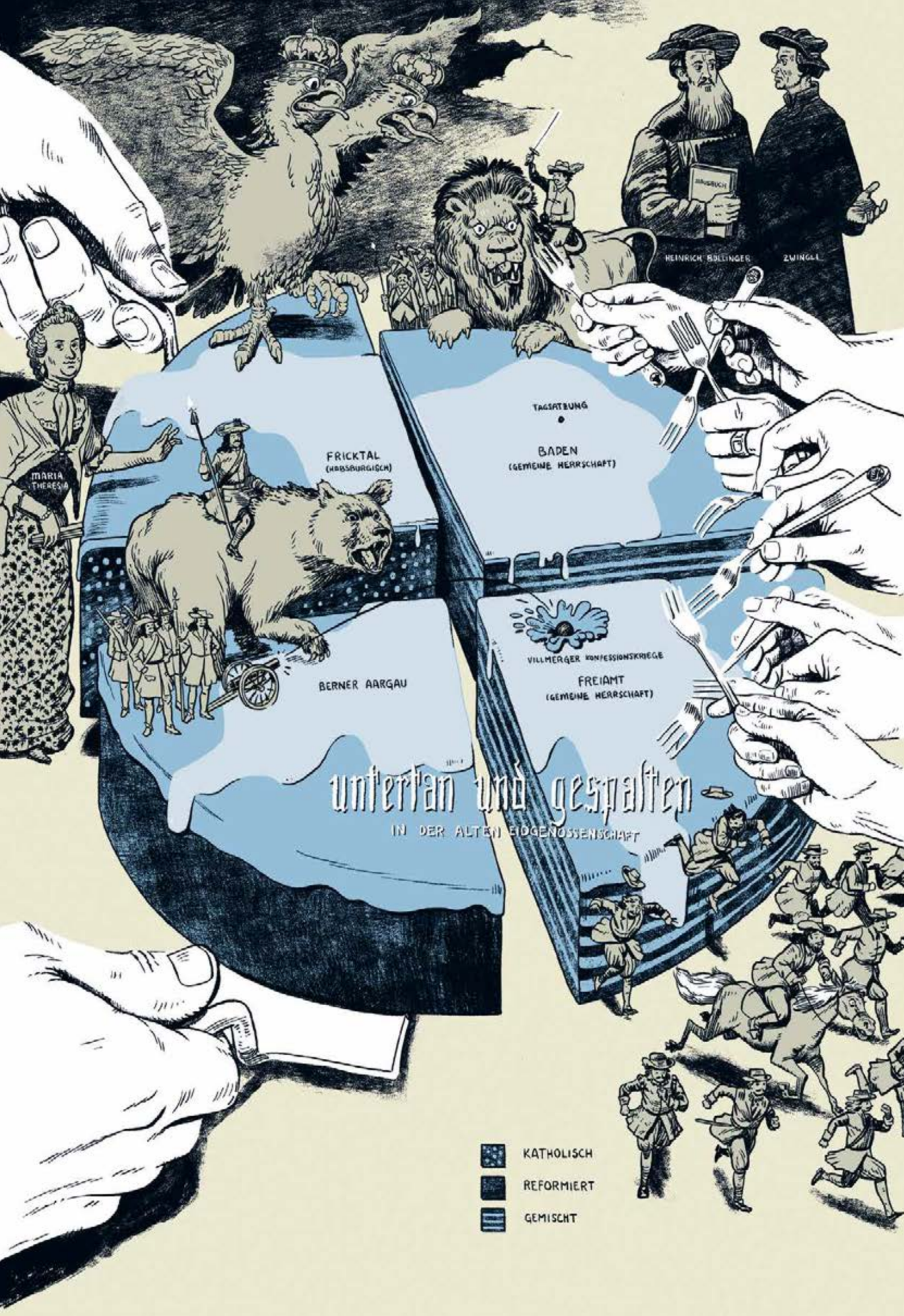
Im 11. Jahrhundert begann der Bau zahlreicher Klöster, Propsteien sowie Komtureien von Ritterorden und Schwesternhäusern. In Muri entstand als Benediktinerabtei das erste Hauskloster der Habsburgerdynastie, dessen Doppelturmfassade heute eines der bedeutendsten Wahrzeichen des Aargaus darstellt. Ein wichtiges Kloster bauten die Habsburger in Königsfelden als Memorialort für den ermordeten König Albrecht, dessen Glasmalereien aus dem 14. Jahrhundert als nationales Kulturgut geschützt sind. In Wettingen, Gnadenthal und Olsberg entstanden grössere Klöster der Zisterzienser.

Eroberung durch die Eidgenossen und konfessionelle Spaltung

1415 marschierten die als loser Bund organisierten Eidgenossen im Aargau ein und teilten diesen unter sich auf. Die mächtigen Berner arrondierten ihr Territorium mit dem von ihnen besetzten Gebiet südlich der Aare. Das Fricktal indessen verblieb im habsburgischen Besitz, und aus der Grafschaft Baden und den Freien Ämtern wurden zwei gemeineidgenössische Untertanengebiete. Wie diese verwaltet werden sollten, wurde an einer Konferenz beraten, an der die politischen Eliten aller Stände teilnahmen. Diese Tagsatzung entwickelte sich zum Zentralorgan der alten Eidgenossenschaft zwecks Behandlung gemeinsamer Geschäfte. Sie fand regelmässig im Sommer in Baden statt. Die Stadt lag auf neutralem Terrain und war wegen ihrer Bäder und der zahlreichen Gasthöfe bei den Standesvertretern und deren grossen Entouragen beliebt. In der Grafschaft Baden und im Freiamt erprobten die Eidgenossen ein Verwaltungssystem, welches später auch in anderen Untertanengebieten eingeführt wurde. Übrigens: Die alten Zustände erkennt man bis heute an den Namen der Gasthäuser, die oft auf die Wappentiere der einstigen Landesherren verweisen: im Fricktal der Adler und im Berner Aargau der Bären.

Die Glaubensspaltung durch die Reformation zu Beginn des 16. Jahrhunderts wurde zur existenziellen Bedrohung für den ohnehin fragilen inneren Zusammenhalt der alten Eidgenossenschaft. Die Konfessionsgrenze verlief dabei mitten durch das Gebiet des späteren Aargaus. Aus Bremgarten stammt mit Heinrich Bullinger der bedeutendste Reformator nach Ulrich Zwingli. Bullinger war der eigentliche Gründer der reformierten Kirche in der Schweiz. In Baden fand 1526 die erste eidgenössische Disputation statt, ein Gelehrtengespräch um den richtigen Glauben. Die Berner schlossen sich der Reformation an und damit auch der Berner Aargau. Das habsburgische Fricktal blieb beim alten Glauben, während die gemeinen Herrschaften vorerst zu konfessionell gemischten Gebieten wurden. Das Freiamt kehrte nach dem Zweiten Kappelerkrieg zum Katholizismus zurück, ebenso die Mehrheit der Grafschaft Baden. Zweimal bekriegten sich katholische und reformierte Stände bei Villmergen (1656 und 1712), bis ein Landfrieden das langsame Abklingen der Feindseligkeiten bewirkte. Gleichwohl: Die konfessionelle Spaltung der Schweiz in eine reformierte und eine katholische Gesellschaft blieb in allen Lebensbereichen die wirkmächtigste Einflussgrösse, welche erst nach dem Zweiten Weltkrieg an Bedeutung verlor.


1273: GRAF RUDOLF VON HABSBURG WIRD DEUTSCHER KÖNIG
RHEINFELDEN
LAUFENBURG
OLSBERG
BRUGG
HABSBURG
KLINGNAU
KAISERSTUHL
BADEN
KLOSTER KÖNIGSFELDEN
STEIN
WILDEGG
LENZBURG
MELLINGEN
AARAU
BREMGARTEN
AARBURG
ZOFINGEN
HALLWYL
KLOSTER MURI
MEIENBERG
Städte, Burgen und Klöster
DER AARGAU IM MITTELALTER
HABSBURGER
ZÄHRINGER
ZÄHRINGER
FROBURGER
KYBURGER
HABSBURGER
HERREN VON KLINGEN
HERREN VON REGENSBERG
BURGEN
KLÖSTER



untertan und gespalten

IN DER ALTEN EIDGENOSSENSCHAFT

Ein junger Kanton, ein langer Weg

Im Verlauf des 18. Jahrhunderts brachten aufklärerische Ideen die mittelalterlichen Gesellschafts- und Machtstrukturen ins Wanken. In Bad Schinznach gründeten 1761 reformwillige Kräfte die Helvetische Gesellschaft. Der bekannteste Schweizer Aufklärer und Pädagoge, Johann Heinrich Pestalozzi (1746–1827), der lange im aargauischen Birr wirkte, wurde später Ehrenpräsident der Gesellschaft. Sie forderte die Modernisierung des losen eidgenössischen Bundes als ein Staatswesen auf der Grundlage der Ideen der Aufklärung. Dazu brauchte es indessen Hilfe von aussen: Unter dem Druck des revolutionären Frankreichs krachte 1798 die alte Eidgenossenschaft zusammen. Fast 400 Jahre nach der Eroberung des Aargaus wurde die feudalistische Ordnung weggefegt und durch eine moderne Verfassung ersetzt.

Die Helvetische Republik als gescheitertes Experiment

«Helvetische Republik» hiess das neue Staatsgebilde, dem Aarau für ein paar Monate als Hauptstadt diente. Alle Menschen wurden für frei erklärt, die Gewaltentrennung eingeführt und die Untertanengebiete aufgehoben. Aus den Herrschaften Baden und Freiamt wurde ein Kanton Baden, während der Berner Aargau zum Kanton Aargau ausgerufen wurde. 1802 liess die helvetische Regierung in Absprache mit Frankreich das habsburgische Fricktal besetzen und machte dieses gegen den Willen der Bevölkerung ebenfalls zu einem Kanton. Er sollte lediglich ein Jahr lang existieren, denn das von Napoleon diktierte neue Staatswesen war ein Irrweg, der bereits 1803 in einer Sackgasse endete. Der erzwungene Zentralismus stand in zu starkem Kontrast zum jahrhundertelang gelebten Föderalismus der Eidgenossenschaft. Ausserdem plünderten die Franzosen den Vasallenstaat rücksichtslos aus und liessen ihn so ausbluten.

Nach fünf Jahren wurde das Experiment am Verhandlungstisch abgebrochen. Aus dem helvetischen Zentralstaat wurde wieder ein Staatenbund. Napoleon unterschrieb am 19. Februar 1803 die Mediationsakte als verfassungsrechtliche Grundlage der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Sie ist das Gründungsdokument des heutigen Aargaus als einer von sechs Mediationskantonen. Bewusst wurde mit dem Aargau ein grosser Kanton zwischen den beiden mächtigen Antipoden Bern und Zürich geschaffen. Die Grenzziehung war mehr ein strategischer Akt als eine Willensvollstreckung der Bevölkerung. Diese wehrte sich sogar. Die Fricktaler wollten autonom bleiben oder dann Basel angegliedert werden. Die Badener reichten eine Petition für die Beibehaltung ihrer Selbstständigkeit ein, und wieder andere wünschten ausdrücklich die Vereinigung mit Zürich. Immerhin: Die Feingliederung in elf Bezirke erfolgte unter kluger Respektierung der historischen und konfessionellen Grenzen. Die erste Ansprache des neuen Aargauer Landammans, Johann Rudolf Dolder, am 25. April 1803 war denn auch keine Hurra-Rede, sondern ein Appell an die Vernunft der Bevölkerung, gepaart mit dem Wunsch, man möge sich bei aller Vielfalt in Eintracht verbunden fühlen.

Das nun geschaffene Kantonswappen zeigt drei weisse Wellen auf schwarzem Grund und drei weisse Sterne auf blauem Grund. Weil sich zu dessen Entstehung keine zeitgenössischen Aufzeichnungen erhalten haben, bleibt seine Deutung spekulativ. Es kursieren hauptsächlich zwei historische Lesarten. Beide erkennen in den Wellenlinien die Aare. Die drei Sterne stehen nach gängigster Interpretation für die drei Helvetik-Kantone Fricktal, Baden und Aargau, während die schwarze Schildhälfte den neuen Gesamtkanton darstellt. Auch denkbar, dass das schwarze Feld für den alten Berner Aargau steht und die drei Sterne für das Freiamt, die Grafschaft Baden und das Fricktal.

Bonaparte
DIE KANTONSGRÜNDUNG 1803
HELVETIQUE.
ZURZACH
RHEINFELDEN
LAUFENBURG
BRUGG
BADEN
AARAU
LENZBURG
BREMGARTEN
KULM
ZOFINGEN
MURI
NAPOLEON BONAPARTE
JOHANN HEINRICH PESTALOZZI
JOHANN RUDOLF DOLDER
AARGAU
FRICKTAL
BADEN

Aufbruch zur Einheit

Der Aargau erhielt nun von seinen Behörden eine eigene Verfassung und fand seinen Platz im eidgenössischen Staatsgebilde, welches bis zu Napoleons Untergang 1815 unter dem Einfluss von Frankreich blieb. Die Macht in den Kantonen ging dabei an die alten Eliten zurück, und der Aargau war noch weit weg von dem, was heute unter einer modernen Demokratie verstanden wird. Dies zeigt sich alleine in der Tatsache, dass nur etwa sieben Prozent der Bevölkerung politisch teilnahmeberechtigt waren. Erst 1841 fiel der Zensus weg, der das passive und teilweise aktive Wahlrecht auf Vermögende beschränkte.

Trotz restaurativen Kräften basierte das Staatswesen auf vergleichsweise liberalen Grundsätzen. Es gab eine Handels- und Gewerbefreiheit, eine Kultusfreiheit für Reformierte und Katholiken, das Recht wurde vereinheitlicht, und die Kommunen konnten sich von ihren Feudallasten wie dem Zehnten loskaufen. Die Verschmelzung der verschiedenen Regionen zu einer Einheit war ein zentrales Anliegen der Politik. Der Schulbildung wurde besondere Aufmerksamkeit zuteil. Der Kanton übernahm diese 1831 als staatliche Aufgabe. 1835 erhielt der Aargau bereits sein drittes Schulgesetz. Dieses weitete die Schulpflicht aus und leistete so einen Beitrag zur Bekämpfung der weitverbreiteten Kinderarbeit in der noch jungen Industrie. Erst 1862 wurde die Fabrikarbeit von Kindern unter 13 Jahren verboten und jene von Jugendlichen bis 16 Jahre auf zwölf Stunden pro Tag limitiert. Die 1802 gegründete Kantonsschule in Aarau ist das älteste nichtkirchliche Gymnasium der Schweiz. Sie blieb jedoch Knaben vorbehalten. Für Mädchen waren im Anschluss an die Grundschule nur sogenannte Arbeitsschulen vorgesehen. Zu den Bezirksschulen erhielten Mädchen erst 1865 Zugang. Von grosser Bedeutung war die Tätigkeit der Pädagogin Josephine Stadlin (1806–1875), welche 1834 die Leitung des Töchterinstituts Aarau übernahm und 1839 in Olsberg eine höhere Privatschule für Mädchen gründete. Stadlin war die Nichte der nicht weniger bedeutenden Pädagogin Lisette Ruepp (1790–1873) aus Sarmenstorf, welche bei Johann Heinrich Pestalozzi das Lehrerinnenseminar besucht hatte und bereits seit 1835 eine private Töchterschule betrieb.

Seit der Kantonsgründung gab es Bestrebungen, eine gesamtaargauische Kultur zu schaffen. Nukleus dabei war die von Heinrich Zschokke 1811 ins Leben gerufene «Gesellschaft für vaterländische Kultur». Aus deren Tätigkeiten in verschiedenen Bereichen des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens entstanden Bibliotheken, Sammlungen oder wissenschaftliche Vereinigungen, aber auch Vereine mit fürsorgerischen Zielsetzungen. Auf die «Kulturgesellschaft» ist vermutlich auch der Name «Kulturkanton» zurückzuführen. Die Regionen behielten dabei stets ihre von den auswärtigen Zentren beeinflusste kulturelle Eigenständigkeit und pflegten Traditionen und Bräuche aktiv weiter.

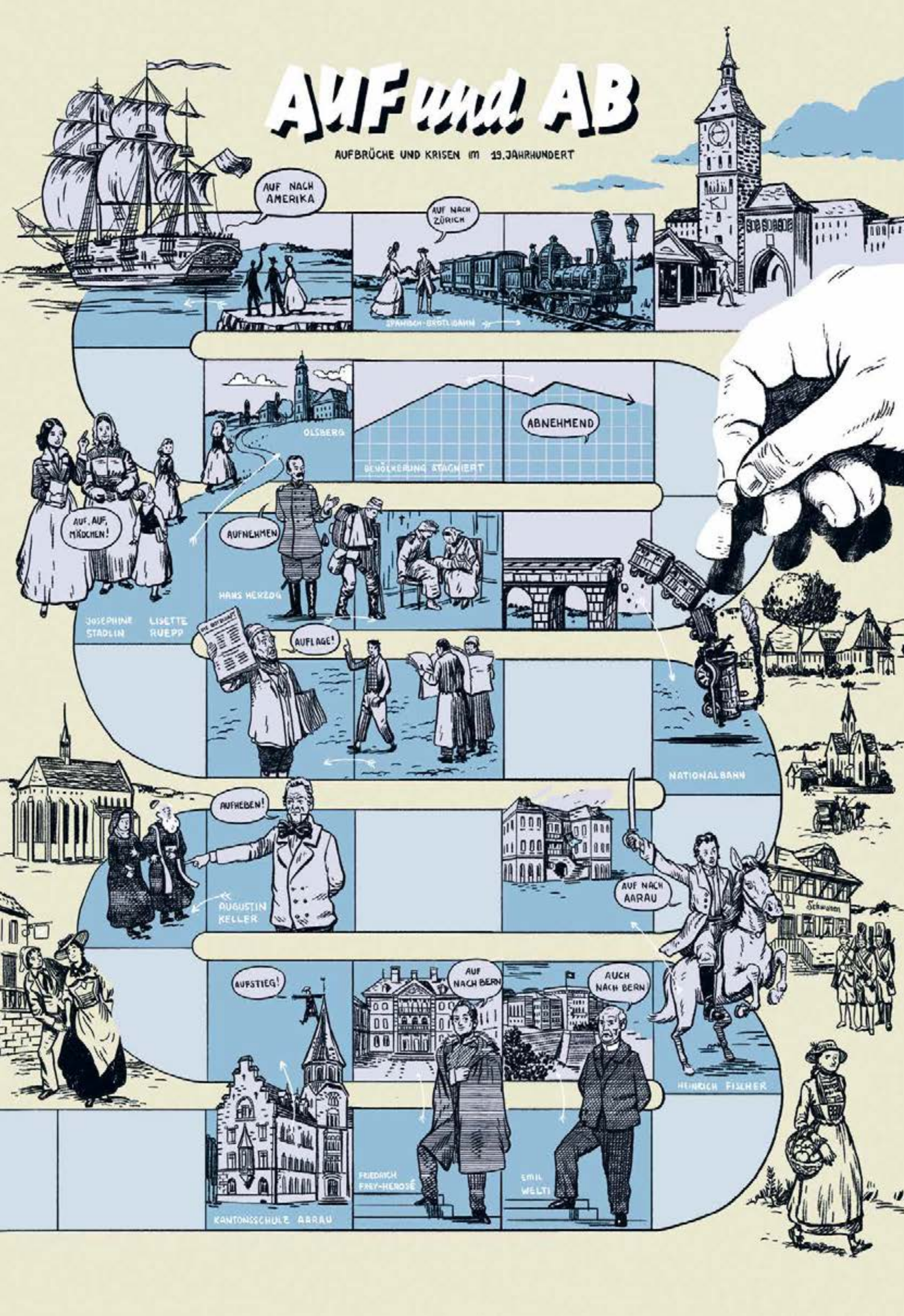
1830 formierte sich die liberale Bewegung in ganz Europa neu, was sich in einer Reihe von Volksaufständen manifestierte. Auch im Aargau verlangte die Bevölkerung an verschiedenen Orten vehement eine neue Verfassung, die ihr mehr Mitsprache zugestehen sollte. Der Funke zur Revolution zündete schliesslich im Freiamt. Als Freiämtersturm zog ein Bauernheer nach Aarau, schlug die Regierungstruppen in die Flucht und besetzte die Stadt. In einer Allianz mit den radikalliberalen Kräften erzwangen die Aufständischen so eine neue Verfassung. Der Aargau reihte sich in der Bewegung für eine moderne und geeinte Schweiz nun ganz vorne ein. Durch die Gründung der ersten grossen nationalen Vereine wurde Aarau in den 1830er-Jahren zur Mutterstadt der eidgenössischen Schützen, Sänger und Turner.

Aus den Vereinsstrukturen entwickelten sich Ende des 19. Jahrhunderts die grossen politischen Parteien. Die Katholisch-Konservative Partei (spätere CVP/Die Mitte) entstand 1892, gefolgt von der Freisinnig-Demokratischen-Partei (FDP) zwei Jahre später. 1849 wurden in Zofingen und Aarau die ersten Aargauer Sektionen des Grütlivereins gegründet, der einige Jahre zuvor in Genf entstanden war und vornehmlich Handwerker und Arbeiter an sich band. 1902 traten die Aargauer Grütlianer der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP) bei, deren Kantonalsektion seit 1911 existiert. Die Bauern- und Bürgerpartei (heute SVP) wurde im Aargau 1920 aus der Taufe gehoben.

Klosterstreit und Kulturkampf

Das Verhältnis zwischen der Kirche als altem Machtzentrum und dem jungen, liberalen Staatswesen bot immer wieder Anlass zu heftigen Konflikten. Die Säkularisierung bedeutete ein jahrzehntelanges Ringen um die Emanzipation von der Institution Kirche, welche jahrhundertelang eng mit der Staatsmacht verflochten gewesen war. Dies war eine europaweit zu beobachtende Modernisierungskrise. Schon 1834 traf sich in diesem Zusammenhang eine Mehrheit der Kantone in Baden zu einer mehrtägigen Konferenz mit dem Ziel, die beiden Machtsphären klarer voneinander abzugrenzen. Die als «Badener Artikel» bekannt gewordenen Beschlüsse vertieften die konfessionellen Gräben jedoch mehr, als dass sie Brücken bauten.

1841 folgte der aargauische Grosse Rat mit überdeutlichem Mehr dem Antrag von Seminardirektor Augustin Keller (1805–1883) aus Sarmenstorf, es seien die acht aargauischen Klöster wegen Fortschrittsfeindlichkeit und Aufruhr aufzuheben. Dieser Akt wurde zum gesamteidgenössischen Politikum erster Güte. Die Tagsatzung erklärte den Entscheid als unvereinbar mit dem Bundesvertrag, was den Aargau zu einem Kompromiss bewog, indem die vier Frauenklöster wieder zugelassen wurden. Der Aargauer Klosterstreit markierte eine neue Eskalationsstufe des konfessionellen Zerwürfnisses innerhalb der Eidgenossenschaft. Es kam gegenseitig zu Gewaltakten. Die katholischen Orte gründeten in dieser Gemengelage den Sonderbund als Schutzvereinigung gegen die progressiven Kräfte. Die städtisch geprägten reformierten Kantone forderten erfolglos dessen unverzügliche Aufhebung. Es kam 1847 zum Bürgerkrieg, den die progressiven Stadtkantone für sich entschieden. Die Folge davon war die neue Bundesverfassung von 1848 und mit ihr die Schaffung des Bundesrats, dem in seiner ersten Zusammensetzung der Aargauer Landammann Friedrich Frey-Herosé (1801–1873) angehörte.


AUF und AB
AUFBRÜCHE UND KRISEN IM 19. JAHRHUNDERT
AUF NACH AMERIKA
AUF NACH ZÜRICH
SPANISCH-BRÖTLIBAHN
OLSBERG
BEVÖLKERUNG STAGNIERT
ABNEHMEND
AUF, AUF, MÄDCHEN!
JOSEPHINE STADLIN
LISETTE RUEPP
AUFNEHMEN
HANS HERZOG
AUFLAGE!
NATIONALBAHN
AUFHEBEN!
AUGUSTIN KELLER
AUF NACH AARAU
AUFSTIEG!
AUF NACH BERN
AUCH NACH BERN
HEINRICH FISCHER
FRIEDRICH FREY-HEROSÉ
EMIL WELTI
KANTONSSCHULE AARAU

Die erste Teilrevision der Bundesverfassung erfolgte 1866. Sie beendete mit der Verankerung von Niederlassungs- und Kultusfreiheit die Ghettoisierung der Schweizer Juden im Surbtal. Noch unter dem alten Regime hatte die Tagsatzung 1776 verfügt, dass sich Juden nur noch in Endingen und Lengnau niederlassen durften. Wegen der Nähe zum Badener Markt und zur Zurzacher Messe hatte sich im Surbtal schon vorher eine kleine jüdische Gemeinde aus Händlerfamilien gebildet. Diese wurden immer wieder Opfer von offenem und verstecktem Antisemitismus. Das beschönigend «Zwetschgenkrieg» genannte Pogrom der Surbtaler gegen ihre jüdische Minderheit im Jahr 1802 war dabei der traurige Höhepunkt.

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts verhärtete sich das Verhältnis zwischen Staat und Kirche zunehmend. Nach 1850 war vom «Kulturkampf» die Rede, der sich massiv verschärfte, nachdem der Vatikan 1870 das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes verkündete. Die Liberalen erkannten darin einen Frontalangriff auf die Errungenschaften der Aufklärung. Dies provozierte 1874 eine erneute Revision der Bundesverfassung. Diese machte bezüglich der Säkularisierung wichtige Schritte, indem etwa das Zivilstands- und das Schulwesen von der Kirche losgelöst wurden. Damit endete eine konfliktträchtige Epoche, in der nicht zuletzt die verschiedenen konfessionell ausgerichteten Aargauer Zeitungen als Sprachrohre der Meinungsführer entstanden. So auf reformierter Seite das *Aargauer Tagblatt* (1847), das *Badener Tagblatt* (1857) oder das *Zofinger Tagblatt* (1873). Die Anfänge der katholisch-konservativen Presse gehen auf *Der Freiämter* (1840) und *Die Botschaft* (1856) zurück.

Immer wieder gab es in diesen turbulenten Zeiten auch Ereignisse, welche die Menschen näher zusammenbrachten. Während des Deutsch-Französischen Kriegs 1870/71 stand die Schweizer Armee unter Aargauer Führung. Während Emil Welti (1825–1899) aus Zurzach als Bundesrat dem Militärdepartement vorstand, kommandierte General Hans Herzog (1819–1894) aus Aarau die zum Grenzschutz aufgebotenen Truppen. Im Februar 1871 erlaubte Herzog 90 000 französischen Soldaten der aufgeriebenen Bourbaki-Armee die Zuflucht in der Schweiz. Die Soldaten mussten während sechs Wochen interniert und verpflegt werden, wofür sie in der Deutsch- und Westschweiz untergebracht wurden. Zehn Prozent der Franzosen wurden in den Aargau geschickt und in den Dörfern verteilt. Je 1000 kamen alleine nach Muri und nach Baden, gegen 600 wurden auf Schloss Lenzburg einquartiert. Zeitgenössische Schilderungen berichten von einer grossen Solidarität der Bevölkerung, welche den ausgehungerten und demoralisierten französischen Soldaten mit spontanen Hilfsaktionen beistand.

Armut und Strukturwandel

Der Aargau blieb im ganzen 19. Jahrhundert trotz zunehmender Industrialisierung mehrheitlich ein armer Agrarkanton. Charakterisiert durch kleine Mischbetriebe, bot die Landschaft das Bild eines Flickenteppichs aus Ackerbau, Viehzucht, Rebbau sowie Milch- und Waldwirtwirtschaft. Dabei gab es regionale Schwerpunkte wie den Anbau von Getreide im Berner Aargau und im Freiamt, von Kirschen im Fricktal oder den Obstbau im Seetal.

1847 wurde die erste Eisenbahnlinie der Schweiz zwischen Zürich und Baden eröffnet. Das war im internationalen Vergleich sehr spät. In einem wahren Rausch verdichtete sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Netz dieses neuen Verkehrsträgers. Es waren privatrechtliche Unternehmen, welche die Bahnlinien bauten und betrieben. Längst nicht allen war dabei Erfolg beschieden. Die verschiedenen Gesellschaften lieferten sich nicht selten ruinöse Verdrängungskämpfe, geprägt von persönlichen Feindseligkeiten der Initianten. Als grösste damalige Wirtschaftspleite machte die 1875 gegründete Nationalbahn von sich reden, welche als «Volksbahn» eine neue Ost-West-Transversale hätte werden sollen. Die Aargauer Städte Lenzburg, Mellingen, Baden und Zofingen beteiligten sich an dem Projekt. Das ambitionierte Unterfangen krachte wenige Monate nach Betriebsaufnahme 1878 unter einer gewaltigen Schuldenlast zusammen und riss die beteiligten Orte mit sich. Jahrzehntelang band der Schuldenabbau Mittel, welche anderswo fehlten. Die Privatbahnen waren längst in die staatlichen SBB überführt, als Baden, Lenzburg und Zofingen 1935 ihre letzten Tranchen der Nationalbahnschulden tilgten.

Viel mehr als der Personentransport profitierte in den ersten Jahrzehnten der Gütertransport von der Eisenbahn und anderen neuen Verkehrsmitteln wie der überseeischen Dampfschifffahrt. Das Handelsvolumen nahm weltweit rapide zu. Billiges Importgetreide löste in den 1870er- und 1880er-Jahren eine Agrarkrise aus und zwang dabei die Landwirtschaft zur Umstrukturierung. Wie im übrigen Mittelland fand auch im Aargau eine Verlagerung zur Milchwirtschaft statt. Viele Bauern entschieden sich überdies zur Auswanderung nach Übersee. Es war nach 1816/17 sowie 1851–1855 die dritte und letzte der grossen Emigrationswellen des 19. Jahrhunderts, von denen der Aargau im besonderen Masse betroffen war. In vielen Fällen waren es blanke Not und gar Hunger, welche die Menschen zu diesem Schritt nötigten. In den 1850er-Jahren wanderten vier Prozent der Aargauerinnen und Aargauer aus, die allermeisten nach Nordamerika. 1855 finanzierte die Gemeinde Rothrist 305 Personen die Auswanderung, das waren über zwölf Prozent der Bevölkerung. Der Aargau war bis in die 1880er-Jahre der einzige Schweizer Kanton mit einem rückläufigen Bevölkerungssaldo.

Industrialisierung

Eine protoindustrielle Tätigkeit entwickelte sich im bernischen Unteraargau in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Die Obrigkeit förderte diese Entwicklung im eigenen Interesse. So entstand eine Textilproduktion im Verlagssystem. Das heisst, die Herstellung geschah zur Hauptsache in Heimarbeit durch die Bauernfamilien, während die Arbeitsvergabe und der Handel von Kaufleuten und deren Mittelsmännern (Fergger) bewerkstelligt wurden. Lenzburg, Aarau und Zofingen waren die Zentren dieser Protoindustrie, welche in den 1780er-Jahren rund 14 000 Menschen (¼ der Bevölkerung) einen kärglichen und dennoch hochwillkommenen Zusatzverdienst ermöglichte.

Von diesem Textilboom blieben die Freien Ämter, die Grafschaft Baden und das österreichische Fricktal vorerst weitgehend unberührt. Um 1780 entwickelte sich rund um das Zentrum Wohlen aus der traditionellen Strohverarbeitung eine Hutgeflechtindustrie, welche in der Anfangszeit ebenfalls im Verlagssystem organisiert war.

Nach 1800 wurde die Produktion mechanisiert. Jetzt entstanden erste Fabriken, so 1810 die Spinnerei Herzog in Aarau oder 1811 die Spinnerei Hünerwadel in Niederlenz. Limmat und Reuss boten den immer grösser werdenden Betrieben die notwendige Wasserkraft für den Antrieb der Maschinen. Zwischen Baden, Wettingen, Turgi und Windisch entwickelte sich ab den späten 1820er-Jahren ein neues Zentrum. Die Spinnerei Kunz in Windisch gehörte in den 1860er-Jahren zu den grössten Textilfabriken in Kontinentaleuropa. Bald diversifizierte die Industrie in neue Zweige. Ende der 1830er-Jahre entstand zunächst im Wynental und dann im Seetal eine Tabakindustrie. Das Zigarrendrehen war eine Initiative in der Not, nachdem die Handweberei wegen der Mechanisierung und Billigimporten kein Auskommen mehr bot und im Tal die Wasserkraft für Maschinen fehlte. So wurde die Region um Menziken und Reinach zum «Stumpenland».

Seit den 1860er-Jahren entstanden in verschiedenen Aargauer Gemeinden Produktionsstätten der Bally-Schuhfabriken aus dem solothurnischen Schönenwerd. Das 1911 eröffnete Werk in Dottikon war der erste grosse Stahlskelettbau in der Schweiz und galt weitherum als mustergültige Fabrik. Im Fricktal indessen fanden die Kleinbauern einen Zusatzverdienst als Bandweber in Heimarbeit für die Basler Posamentenindustrie.

Während in der Freiämter und Seetaler Hutgeflechtindustrie die Heimarbeit bis weit ins 20. Jahrhundert ein wichtiges Standbein blieb, verschwand sie in anderen Regionen praktisch vollständig. Aus Bauern wurden Fabrikarbeiter. 1870 betrug der Beschäftigungsgrad im zweiten Sektor bereits 42 Prozent. Um die Wende zum 20. Jahrhundert kam es im Zuge der Elektrifizierung zu einer neuen Industrialisierungswelle. Die 1891 in Baden gegründete elektrotechnische Unternehmung Brown Boveri & Cie. (heute ABB) nahm dabei als späterer Weltkonzern und grösster privater Arbeitgeber der Schweiz eine Sonderstellung ein. In Aarau begann 1901 die Geschichte der Apparatefabrik Sprecher + Schuh, welche sich bis zum Zweiten Weltkrieg ebenfalls zum weltweit tätigen Konzern entwickelte. Aber auch andere Branchen und Akteure erarbeiteten sich eine internationale Marktposition, so etwa die Aluminiumindustrie im Wynental (Alu Menziken), die Konservenindustrie in Lenzburg (Hero), die Produktion von Messinstrumenten in Aarau (Kern) oder die Zementindustrie am Jurasüdfuss mit Jura-Cement-Fabrik und Holderbank. In Aarburg erfand Pauline Zimmerli (1829–1914) 1874 eine neue Strickmaschine und legte damit den Grundstein für die Schweizer Trikotindustrie.

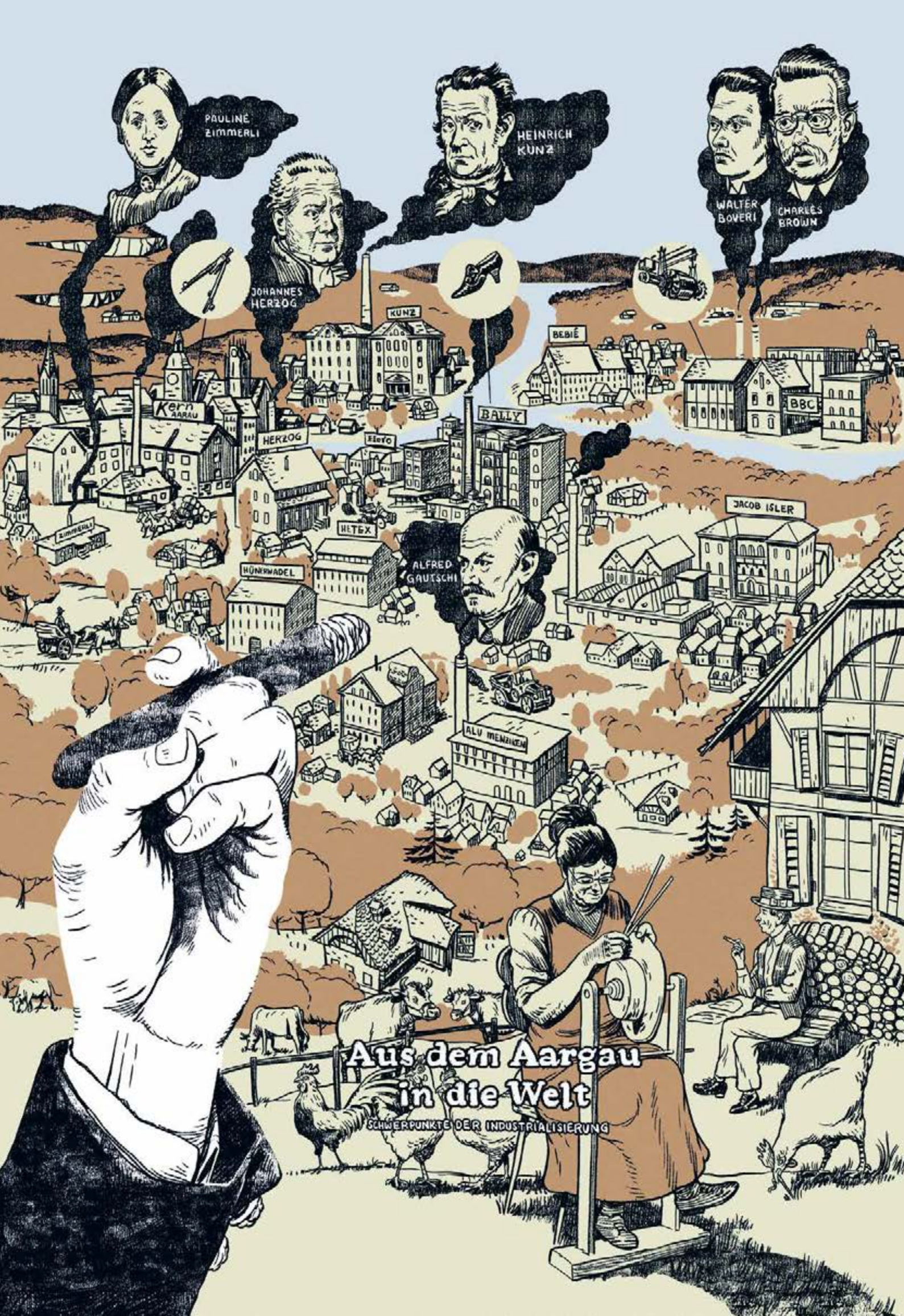
Auf dem Weg in die Moderne

Bis 1930 reihte sich der Aargau hinter Glarus und Solothurn an dritter Stelle der am stärksten industrialisierten Kantone ein. Und doch überholte der zweite Sektor erst in den 1940er-Jahren den Bauernstand bezüglich der Beschäftigtenzahl. Zaghaft setzte in der Zwischenkriegszeit die Mechanisierung und Motorisierung der Landwirtschaft ein. Die daraus resultierende Effizienzsteigerung setzte Arbeitskräfte frei, die bald in den Fabriken und auf den Baustellen gesucht waren.

Der kometenhafte Aufstieg der Aargauer Elektroindustrie und die Entwicklung zum Energiekanton seit dem frühen 20. Jahrhundert steht in einem ursächlichen Zusammenhang mit dem Wasserreichtum des Aargaus. In den Werken der Badener BBC wurden die meisten Anlagen der letztlich 26 Aargauer Wasserkraftwerke gebaut. Planung und Finanzierung von Kraftwerken oblag der 1895 gegründeten Motor Columbus AG, und seit 1914 operierten die Nordostschweizerischen Kraftwerke NOK (die heutige Axpo) als Betriebsgesellschaft und bald grösste Stromlieferantin des Landes aus Baden in der ganzen Schweiz. Diese Standortgunst sollte den Aargau nach dem Zweiten Weltkrieg zum Atomkanton werden lassen.

Trotz der blühenden Industrie und einer entsprechend grossen Arbeiterschaft blieb der Aargau stets bürgerlich dominiert. Die Sozialdemokratie erstarkte, wurde aber nie radikal. Gründe dafür waren das Fehlen eines städtischen Zentrums und die langsame Integration der Arbeiterschaft in den bürgerlichen Staat. Vergleichsweise spät wurde 1921 der Grosse Rat zum ersten Mal nach dem Proporz gewählt. Damit endete die Vorherrschaft der FDP, und die SP wurde zur grössten Fraktion. Seit 1932 ist sie auch im Regierungsrat vertreten.

1953 feierte der Aargau sein 150-jähriges Bestehen mit volkstümlichem Pathos. Die Schweizer Filmwochenschau zeigte die Bilder des aufwendig gestalteten Festumzugs durch die Aarauer Altstadt. Auf der Ehrentribüne sassen der Bundesrat und der Regierungsrat zusammen mit dem greisen General Guisan. Es waren Huldigungsszenen zum Abschied von einer vergangenen Epoche, denn die Konturen des Nachkriegsbooms zeichneten sich bereits ab. Hier beginnt die Erzählung in diesem Buch.


PAULINE ZIMMERLI
HEINRICH KUNZ
WALTER BOVERI
CHARLES BROWN
JOHANNES HERZOG
KUNZ
BEBIÉ
BBC
Kern AARAU
HERZOG
BALLY
ZIMMERLI
HETEX
JACOB ISLER
HÜNERWADEL
ALFRED GAUTSCHI
ALU MENZIKEN
Aus dem Aargau in die Welt
SCHWERPUNKTE DER INDUSTRIALISIERUNG

Raum und Mensch

Das erste Hauptkapitel nähert sich der Aargauer Zeitgeschichte über Analysen zur demografischen und kulturräumlichen Entwicklung. «Mensch» meint also die Summe aller Veränderungen der aargauischen Gesellschaft und «Raum» alle menschgemachten Eingriffe in die Topografie: Planung, Städtebau, Architektur, Tiefbau, aber auch die Interventionen in die Natur – Meliorationen und letztlich die Wiedergutmachungen derselben.

Patrick Zehnder beschreibt in seinem Beitrag einen Aargau, der deutlich schneller wuchs als die Schweiz im Durchschnitt. Die Bevölkerung des heute viertgrössten Kantons hat sich seit 1945 verzweieinhalbfacht. In den ersten Jahrzehnten zog die wachsende Industrie in grosser Zahl Menschen aus anderen Kantonen und aus den Mittelmeerländern an. Es waren Wachstumsraten, wie sie nach dem wirtschaftlichen Einbruch Mitte der 1970er-Jahre nie mehr erreicht wurden. Der rasante Wandel der Gesellschaft weckte Ängste. So entstand in den 1960er-Jahren jene Bewegung, die vor einer «Überfremdung» warnte und auch im Aargau bis heute Widerhall findet. Begleitet wurde die starke Zuwanderung von einem vergleichsweise lange anhaltenden Babyboom, der längst in einen Alterungsprozess der Aargauerinnen und Aargauer umgeschlagen hat. Gleichzeitig wuchs der Anteil der aussereuropäischen ausländischen Wohnbevölkerung.

Die statistischen Grundlagen für die Demografie liegen für den Untersuchungszeitraum lückenlos vor, seit 1973 mit einer höheren Detaillierung von Statistik Aargau. Ortsgeschichten und lokale Periodika befassen sich darüber hinaus zuverlässig mit demografischen Themen. Einen nationalen Rahmen steckt das entsprechende Kapitel in der «Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert» von 2012 ab. Gut untersucht ist die Geschichte der Italienerinnen und Italiener im Aargau, namentlich in Gränichen, Wettingen, Laufenburg, Lenzburg und Wohlen. Jene von Migrantinnen und Migranten aus anderen Ländern bleibt vorerst ein Forschungsdesiderat.

Zahlreich sind die Belege für die im Artikel von Fabian Furter erörterte These vom Aargau als Testfeld für moderne Planungsideen und Architekturen. Seien es neuartige Bauaufgaben wie das Einkaufszentrum, die Autobahnraststätte oder das Terrassenhaus, die auf den Prüfstein gestellt wurden, oder kluge Instrumente der Stadtplanung, die im Aargau in ersten Übungsanlangen zur Anwendung kamen; Fussgängerzonen etwa oder Gestaltungspläne. Die besondere geografische Lage im Dunstkreis mehrerer Grossstädte öffnete diesen Versuchsraum für Neues. Doch: Wer testet, macht auch Fehler. Viele Planungen mussten als Irrwege erkannt werden. Unkenntnis war dabei ein Faktor, das ungeheure Tempo der Entwicklung ein anderer. Es blieben kaum Verschnaufpausen. Beeinflusst von den Ergebnissen der Volkszählung 1960, wurde an der Zehn-Millionen-Schweiz modelliert, die dann gar nicht eintrat. In grober Vereinfachung lässt sich der Untersuchungszeitraum in zwei Phasen aufschlüsseln: In einer ersten manifestierte sich das Wachstum in der gebauten Umwelt, ohne dass ein griffiges Instrumentarium dieses adäquat zu lenken vermochte. Es galt,

der Moderne jede noch so erdenkliche Infrastruktur bereitzustellen. Mahnende Stimmen blieben weitgehend ungehört. Erst in den 1960er- und 1970er-Jahren entstand das Fundament für eine koordinierte Planung. Viel Schaden war bis dahin angerichtet. Als Schnittstelle zur zweiten Phase bietet sich das Jahr 1980 mit der Inkraftsetzung des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes an. Jetzt waren die wichtigsten Leitplanken der Raumentwicklung definiert, auch wenn beispielsweise der kantonale Richtplan erst 1985 Rechtskraft erlangte. Phase zwei – sie dauert bis heute an – ist von Bestrebungen geprägt, das Verursachte zu verbessern oder gar zurückzubauen. Der Fokus im Kapitel «Testfeld Planung» liegt folgerichtig auf den Jahren zwischen 1950 und 1980.

Eine Darstellung zur Planungsgeschichte des Aargaus fehlte bislang ebenso wie eine systematische Analyse des Architekturschaffens. Immerhin existieren inzwischen grundlegende Arbeiten zur Geschichte der Raumplanung in der Schweiz. Hilfestellungen geben Publikationen wie der «Schweizer Architekturführer» oder vereinzelte Monografien über hiesige Planungs- und Architekturbüros. Die Brugger Firma Metron spielte und spielt dabei als wohl prägendste, international tätige Akteurin auf beiden Klaviaturen: auf jener der Planung und jener der Architektur. Zentrale Primärquellen für die Analyse der Raumentwicklung bildeten der umfangreiche Nachlass von Hans Marti im Archiv gta der ETH sowie die Tätigkeitsberichte der kantonalen Abteilung Raumplanung.

Das Kapitel «Im Widerspruch» von Maria Meier widmet sich den Bestrebungen im Bereich Natur- und Umweltschutz und vertieft damit die Analyse zur Raumentwicklung. Dass im Wasserkanton Aargau dem Schutz der Gewässer eine grosse Bedeutung beigemessen wurde, erstaunt wenig. Pionierhaft und von nationaler Strahlkraft waren Initiativen wie das 1969 angenommene Reusstalgesetz und die Reusstalsanierung oder die frühen Uferschutzbestrebungen, die 1986 im Hallwilerseeschutzdekret mündeten. Dass der Aargau früh in ökologische Ausgleichsflächen und den Auenschutz investierte, ist wenig bekannt. Viel eher kennt man ihn als «poubelle suisse», als Abfallgrube der Schweiz, wobei insbesondere die Sondermülldeponie Kölliken und das atomare Zwischenlager in Würenlingen bekannt sind. Mit dem «Fluorkrieg» übten sich die Aargauerinnen und Aargauer schon in den 1950er-Jahren in Umweltprotesten und der erfolgreiche Widerstand gegen das AKW in Kaiseraugst 1975 gilt heute als Wendepunkt der Schweizer Energiepolitik.

Natur- und Umweltschutz als Begriff und Kategorie tauchen auch im Aargau spät auf. In den behördlichen Quellen erscheint er bis in die 1970er-Jahre unter Stichworten wie Gewässerschutz oder Kehrichtbeseitigung. Bedeutsam sind daher die Mitteilungen und die Bestände von engagierten Privatpersonen und Organisationen wie der Aargauischen Naturforschenden Gesellschaft, dem Aargauischen Bund für Naturschutz (ab 1996 Pro Natura Aargau), der Stiftung Reusstal, dem Landschaftsschutzverband Hallwilersee, dem Verband Oberfricktalischer Natur- und Vogelschutzvereine und vielen mehr.

Rasante Bevölkerungsentwicklung zwischen den nationalen Zentren

Wachstum, Alterung und Zuwanderung im Aargau

Die Bevölkerung im Aargau wuchs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ununterbrochen. Dabei überlagerten sich drei Prozesse: die starke nationale und internationale Zuwanderung bis 1973, der bedeutende Geburtenrückgang seit Mitte der 1960er-Jahre sowie die seither beispiellose Alterung der Gesellschaft. Ab den 1950er-Jahren bildete sich im Zuge der Suburbanisierung der «Aargauer Speckgürtel» zwischen den nationalen Zentren in den benachbarten Kantonen heraus. — *Patrick Zehnder*

Wachstum in zwei Schüben

Im Kanton Aargau wohnten zu Beginn des 20. Jahrhunderts 206 498 Personen. Das waren lediglich 6646 Menschen mehr als bei der ersten Volkszählung im schweizerischen Bundesstaat fünfzig Jahre zuvor. Bis 1950 stieg die Bevölkerungszahl um beinahe die Hälfte auf 300 782. Im Jahr 2000 betrug sie 547 493 und 2019 sogar 685 423 Personen. Das enorme Bevölkerungswachstum belief sich in den knapp sieben Jahrzehnten bis 2019 auf 128 Prozent.[1] Damit folgte der Aargau mit der Schweiz einem globalen Trend.

Von 1950 bis 2019 wuchs die Schweizer Bevölkerung von 4 714 992 auf 8 606 033 Personen an, also um gut achtzig Prozent.[2] Im Aargau lag das Bevölkerungswachstum während der gesamten Periode über dem nationalen Durchschnitt (siehe Grafik 01). Bemerkenswert ist die beinahe parallele Entwicklung der Aargauer und Schweizer Wachstumsraten seit 1950. Für die Schweiz gilt, im Gegensatz zu vielen europäischen Ländern, dass Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftswachstum im 20. Jahrhundert Hand in Hand gingen.[3]

Im Aargau lassen sich zwei Phasen des Wachstums ausmachen: Bis 1970 konnte der überdurchschnittliche Anstieg auf die erstarkende Industrie zurückgeführt werden (siehe «Industrie», S. 324). Nach 1990 gewann die zentrale Lage des Kantons an Bedeutung. Der Aargau bildet ein Verbindungsglied zwischen den Metropolitanregionen Zürich, Bern und Basel. Die Arbeitsplätze in der wachsenden Dienstleistungsbranche wurden dank der im Ausbau begriffenen Verkehrsinfrastruktur immer besser erreichbar (siehe «Raumplanung», S. 56). Der Anstieg liess den Aargau bis 2019 zum Kanton mit der viertgrössten ständigen Wohnbevölkerung wachsen, hinter Zürich, Bern und der Waadt. Mit 1404 Quadratkilometern flächenmässig nur der zehntgrösste Kanton, liegt er in puncto Bevölkerungsdichte mit 486 Personen pro Quadratkilometer schweizweit direkt hinter stärker verstädterten Gebieten – den beiden Basel, Zürich, Genf und Zug – auf dem sechsten Platz. Ein hoher Wert, wenn man bedenkt, dass ein gutes Drittel des Kantonsgebiets mit Wald und Gehölz bedeckt ist.[4] Verstärkt wird dieser Befund durch den Umstand, dass zwei Fünftel der Fläche des Aargaus der landwirtschaftlichen Produktion dienen.

Ambivalente Beurteilung des Wachstums

Seit dem Jahr 2000 erscheint der Aargau als «Aufsteiger mit Sendungsbewusstsein», wie die wirtschaftsliberale *Neue Zürcher Zeitung* anerkennend festhielt.[5] Dabei steht er im Gegensatz zu den Nachbarkantonen zwischen den Zentren der Deutschschweiz. Solothurns Bevölkerung beispielsweise stagnierte, während der «Aargau forsch Steuerzahler anzieht».[6] Das hatte zur Folge, dass die westlichen Nachbarn in der Amtsperiode 2015 bis 2019 ein Nationalratsmandat aareabwärts weiterreichen mussten und der Aargau seither 16 Nationalrätinnen und Nationalräte nach Bern schickt. In

der eidgenössischen Legislatur 1943 bis 1947 waren es lediglich ein Dutzend in der damals 194-köpfigen grossen Kammer gewesen.

Das aussergewöhnliche Bevölkerungswachstum nach 1950 basierte auf einer starken Zunahme der schweizerischen und der ausländischen Bevölkerung. Am stärksten steigerte sich die ständige Wohnbevölkerung des Aargaus von 1950 bis 1970, am schwächsten zwischen 1941 und 1950 sowie ab 1990 bis zur Jahrtausendwende. Dies legt nahe, dass neben dem natürlichen Bevölkerungswachstum – Geburten abzüglich Todesfälle – die Zuwanderung aus dem In- und Ausland für das Ansteigen der Aargauer Bevölkerungszahl verantwortlich war. Bis Mitte der 1970er-Jahre verstärkte sich diese und spiegelte die wirtschaftliche Entwicklung wider. Das Schweizer Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit hinterliess deutliche Spuren. Auch in der Wirtschaftskrise nach 1973 wuchs die Aargauer Bevölkerung weiter, im Unterschied zu anderen stark industrialisierten Kantonen wie etwa Solothurn.[7] Seither ging das natürliche Bevölkerungswachstum zurück. Zusammen mit der wirtschaftlich bedingten Migration sorgte es jedoch weiterhin für einen schweizweit überdurchschnittlichen Bevölkerungsanstieg. Fluchtbewegungen in die sichere Schweiz, zum Beispiel während der Staatenzerfallskriege im Jugoslawien der 1990er-Jahre, trugen dazu bei.

Obwohl die wirtschaftliche Entwicklung ein wichtiger Motor des Bevölkerungswachstums war, hat man in jüngster Zeit die Zuwanderung aus dem In- und Ausland zunehmend kritisch beurteilt. Auf politischer Ebene entstand die Diskussion um das Phänomen des «schlechten Wachstums» (bad growth), in welcher von nachteiligen Auswirkungen des Bevölkerungswachstums ausgegangen wird.[8] Man beobachtete mit Sorge die steigenden Infrastruktur-, Bildungs-, Sozial- und Gesundheitskosten, mit denen die wirtschaftliche Entwicklung und damit die Steuereinnahmen nicht mithalten konnten.[9] Unter diesem Blickwinkel wird die Suburbanisierung im Aargau als Folge des Verdrängungsprozesses in Zürich, Zug, Luzern und Basel betrachtet. Sozial schwächere Personen können sich das Wohnen und Leben in den Städten nicht mehr leisten und ziehen in den benachbarten Aargau. Die behördlichen Anstrengungen zielten darauf ab, die Wertschöpfung des Kantons zu verbessern und die grosse Ungleichheit zwischen den Gemeinden zu nivellieren. Die Erfahrung lehrt jedoch, dass sich negative Entwicklungen in einzelnen Gemeinden oder Regionen nur langsam und mit grossem Aufwand korrigieren lassen.[10]

Wachsende regionale Unterschiede

Die Aargauer Bevölkerung wuchs. Doch die elf Bezirke taten dies nicht im Gleichschritt (siehe Grafik 02). Besonders stark stieg die Bevölkerungszahl in den Gebieten nahe den ausserkantonalen Ballungszentren Basel und Zürich, wo die Desurbanisierung besonders ausgeprägt war. Dieser Vorgang liess namentlich die Bezirke Rheinfelden, Bremgarten und Baden wachsen. Leicht geringer fiel die Zunahme im Wachstumskorridor entlang der Eisenbahnlinie Zürich–Bern und der Autobahn A1 aus. Dieser Vorgang betraf die Bezirke Lenzburg, Brugg und Aarau, deren Entwicklung etwa dem kantonalen Mittel folgte. Hier kam es zumindest zu einer verstärkten Agglomerationsbildung.[11] Die restlichen Regionen des Aargaus – die Bezirke Kulm, Zofingen, Laufenburg und Muri – wuchsen im kantonalen Vergleich deutlich unterdurchschnittlich.

Die relativ geringen Unterschiede bis 1950 vergrösserten sich in den folgenden zwei Jahrzehnten, als die Bezirke Baden und Bremgarten die höchsten Zuwachsraten erreichten (siehe Tabelle 01).[12] Zwischen 1970 und 1980 verringerten sich die Wachstumswerte, wobei die Bezirke Kulm und Zofingen sogar eine Nettoabwanderung erlebten. Beide traf die industrielle Umstrukturierung besonders hart. Einzig die Bevölkerungszunahme in Rheinfelden schwächte sich in diesem Jahrzehnt trotz wirtschaftlicher Rezession weniger ab. Nach 1980 fällt das deutliche Wachstum des Bezirks Muri auf, der nach dem Jahr 2000 vom Bezirk Rheinfelden mit der kantonsweit stärksten Bevölkerungszunahme abgelöst wurde. Beide Bezirke gerieten verstärkt in den Einflussbereich der prosperierenden Nachbarregionen Zug respektive Basel.

Diese Entwicklung entspricht jener der gesamten Schweiz: Der nationale Urbanisierungsgrad stieg von 1980 bis 1990 deutlich.[13] Der Anteil der in Städten und Agglomerationen wohnhaften Bevölkerung kletterte von 61,5 auf 68,9 Prozent. Vor allem die Möglichkeit, zur Arbeit, Ausbildung und Freizeitgestaltung in die Zentren zu pendeln, liess das Weichbild der Kernstädte wachsen. Dies deckt sich mit den Veränderungen, die sich im Limmattal, im Rheintal und im Freiamt bis zum Ende des Jahrhunderts vollzogen.

Wachstum aus den Zentren heraus

Nach 1950 wuchsen die Aargauer Zentren vergleichsweise stark.[14] Doch sie blieben deutlich kleiner als die Städte in den Nachbarkantonen Zürich, Basel, Zug, Luzern und Solothurn, die allesamt über mindestens eine bestimmende Zentrumsstadt verfügen. Nach 1960 verschob sich das Wachstum in die zentrumsnahen Gemeinden,[15] von 1970 bis 1990 in die etwas weiter von den Zentren entfernten Orte. Im folgenden Jahrzehnt stieg die Bevölkerungszahl in ländlichen Gegenden besonders stark an. Seit dem Jahr 2000 legten wiederum vor allem unmittelbare Vorortsgemeinden der Städte zu. Aussergewöhnlich ist, dass seither die Bevölkerungszunahme auch in den Zentren anhält.

Die geschilderte Entwicklung verstärkte die Pendlerbewegungen zum Arbeitsplatz (siehe Grafik 03). Der Ausbau der Infrastruktur mit den Autobahnen (A1, A2, A3, A14) sowie den seit 1970 zahlreichen Ortsumfahrungen machte zusammen mit der Massenmotorisierung Pendeln in grossem Stil erst möglich. Ebenso verbesserten die Verdichtung des Eisenbahnnetzes, namentlich der 2008 erfolgte Anschluss des Aargaus an die 1990 eröffnete Zürcher S-Bahn, sowie die Feinverteilung mit Postauto und regionalen Verkehrsbetrieben auch die Erreichbarkeit von vormals schlecht an den öffentlichen Verkehr angebundenen Dörfern.[16] Seit

2008 ist die Nummerierung der Linien auf jene der Zürcher, Basler und Luzerner S-Bahnen abgestimmt, ein untrügliches Zeichen der Verflechtung des öffentlichen Nahverkehrs über die Kantonsgrenzen hinweg. So vergrösserten sich nicht nur die technischen Möglichkeiten der Arbeits- und Freizeitmobilität, sondern auch die Bereitschaft der Bevölkerung, lange Wege auf sich zu nehmen.[17] Diese beiden Gesichtspunkte ebneten die Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung in Stadt, zentrumsnaher Agglomeration und ländlichen Gemeinden im Verlauf der untersuchten sieben Jahrzehnte ein.

Steigende Mobilität zur Arbeit

Seit 1950 verstärkte sich im Aargau bei den Erwerbstätigen sowohl die innerkantonale Pendlerbewegung als auch jene über die Kantons- und die Landesgrenze hinweg.[18] Dabei überstieg die Zahl der Wegpendlerinnen und Wegpendler aus dem Kanton stets deutlich jene der Zupendlerinnen und Zupendler (siehe Grafik 03). Wirtschaftliche Turbulenzen wie in den 1970er- und 1990er-Jahren bremsten die Zunahme lediglich leicht ab.

Bedingt durch die Lage zwischen den überproportional wachsenden Anziehungspunkten Zürich, Basel, Bern, Luzern und Zug, akzentuierte sich die tägliche Bewegung aus dem Kanton weg. Gleichzeitig wuchs auch die Zahl jener Personen, die ihren Arbeitsplatz im Aargau fanden. Der regste Austausch von Arbeitskräften bestand in der ganzen Untersuchungsperiode mit dem Kanton Zürich.[19] Stets über die Hälfte aller Wegpendler suchten ihn auf, bei steigender Tendenz (2000 bei 62,1 %). In der Gegenrichtung erhöhte sich der Anteil der Zürcher Zupendlerinnen von ein Fünftel auf 30,5 Prozent im Jahr 2000. Umgekehrt verlief dagegen die Entwicklung der Pendlerzahlen mit dem Kanton Solothurn, der 1950 noch einen Fünftel der Aargauer Wegpendlerinnen aufnahm. Seit der rückläufigen Wirtschaftsentwicklung in den 1970er-Jahren sank der Anteil auf knapp neun Prozent im Jahr 2000. Auch die Solothurner Zupendler verloren im gleichen Zeitraum an Bedeutung. Ihr Anteil sank von 37,4 Prozent auf ein Viertel. Der Anteil an Zupendlerinnen aus dem Luzernischen halbierte sich auf 14,3 Prozent. Die Solothurner wie die Luzerner Zupendler und Zupendlerinnen arbeiteten vor 1970 zur Hauptsache in Aarau, Zofingen, Reinach, Menziken, Rothrist und Murgenthal.[20]

Höhere Bildungsmobilität

Wie erwähnt, erleichterte der Ausbau der Strassen- und Bahninfrastruktur das Pendeln. Dennoch stieg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Zeitbedarf für den Arbeitsweg. Der Personenwagen blieb dabei das bevorzugte Transportmittel.[21] Dies entspricht dem nationalen Trend.[22] Ausserdem führten der steigende Lebensstandard und einmal erworbenes Wohneigentum dazu, dass man bei einem Stellenwechsel nicht mehr umzog, sondern lange Arbeitswege in Kauf nahm. Dazu kommen steuerrechtliche Aspekte, die beispielsweise den Abzug der Kosten für den Arbeitsweg vom steuerbaren Einkommen vorsehen.[23]

Was unterdessen als berufliche Mobilität längst Normalität ist, bildete in einer Studie von vor 1970 noch ein erklärungsbedürftiges Novum: «Wie schon mehrfach erwähnt, werden Gemeinden des östlichen Aargaus zu Wohngebieten innerhalb der Agglomeration Zürich. Die meisten berufstätigen Zuzüger dieser Gemeinden arbeiten auf dem Gebiet des Kantons Zürich und werden in der Regel auch weiterhin ausserhalb des Kantons Aargau einer Beschäftigung nachgehen.»[24]

Auch zu Ausbildungszwecken wird gependelt.[25] Von den knapp 72 000 im Aargau wohnhaften Personen über 15 Jahre, die nicht arbeiteten, sondern eine Aus- oder Weiterbildung verfolgten, verliessen 2010 hochgerechnet 37 000 – also mehr als die Hälfte – täglich den Kanton. Ein Viertel dieser Schülerinnen, Lehrlinge und Studenten hatte eine Ausbildungsstätte im Kanton Zürich. Sie kamen vor allem aus dem Ostaargau. Auch die beiden Basel zogen Aargauerinnen und Aargauer in Ausbildung an, besonders aus den Bezirken Rheinfelden und Laufenburg, die über keine eigenen Mittelschulen verfügten. In den Kanton gelangten dagegen 6400 Personen, die meisten davon hauptsächlich aus Zürich (ein Viertel) und Solothurn (ein Fünftel). Die deutliche Mehrheit aller Auszubildenden benützte den öffentlichen Verkehr. Für das Ungleichgewicht verantwortlich ist der Umstand, dass der Aargau keine eigene Universität hat. Der Campus Brugg-Windisch der Fachhochschule Nordwestschweiz öffnete 2013 seine Türen und dürfte sich in künftigen Erhebungen niederschlagen.[26]

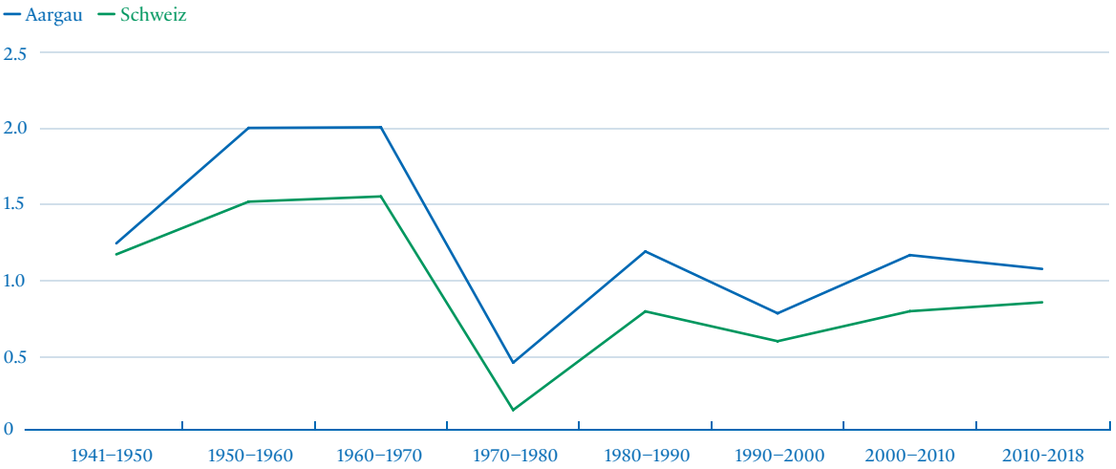
Grenzgänger: eine weitere Gruppe von Zupendlern

Grenzgängerinnen und Grenzgänger werden in der Statistik separat ausgewiesen (siehe Grafik 04). Sie wohnen zwar im grenznahen Ausland, überqueren jedoch die Landesgrenze zur täglichen Arbeit im Aargau. «1950 war die Zahl der in Industrie und Handwerk des Aargaus beschäftigten Grenzgänger mit rund 160 noch unbedeutend. 1957 wurde der höchste Stand erreicht und seither sind die Grenzgänger kontinuierlich zurückgegangen. Im August 1960 wurden noch 2650 in Industrie und Handwerk beschäftigt; im August 1964 nur noch 1340»,[27] resümierte 1965 die Prognos-Studie. Der hier beschriebene Rückgang war auf das deutsche «Wirtschaftswunder» zurückzuführen. Dieses schuf Tausende Arbeitsplätze.

Grundsätzlich stieg die Zahl der bei der Aargauer Fremdenpolizei respektive dem Migrationsamt gemeldeten Grenzgängerinnen und Grenzgänger seit 1950 an. Trotz rückläufiger Zahlen in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre wurde 1990 mit 11 000 Personen ein weiterer Höchststand erreicht. Danach gingen die Werte deutlich zurück, bevor sie seit der Jahrtausendwende wieder kräftig auf gegen 14 000 anstiegen. Bis 2004 wurden die Bewilligungen je nach Arbeitsmarktlage vergeben. Aufgrund der bilateralen Abkommen lief dieses System aus.[28] Die meisten Grenzgänger waren Männer, die im industriellen Sektor rund um Baden arbeiteten.[29] Sie kamen aus den Landkreisen Lörrach und Waldshut.[30] Eine kleinere Anzahl arbeitete im Dienstleistungsbereich. Vorwiegend waren dies Frauen, die

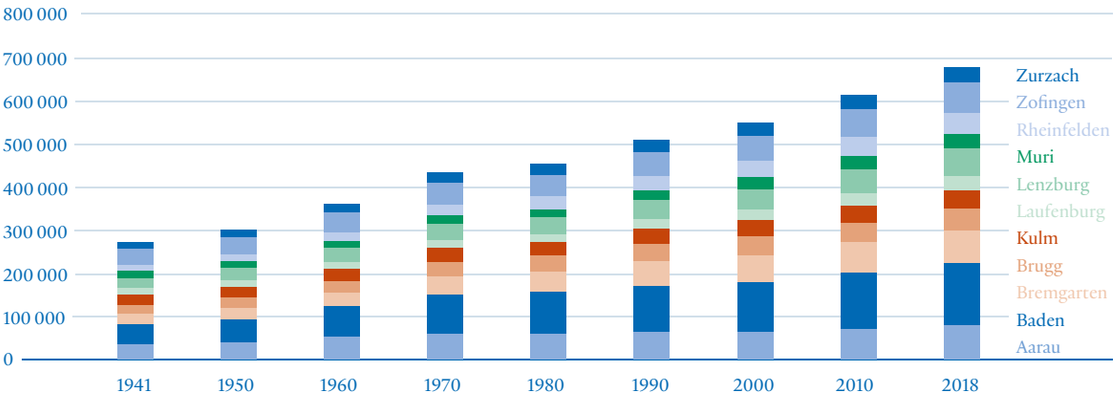
Grafik 01

Durchschnittliches Bevölkerungswachstum Aargau und Schweiz 1941–2019 (in Prozent pro Jahr)



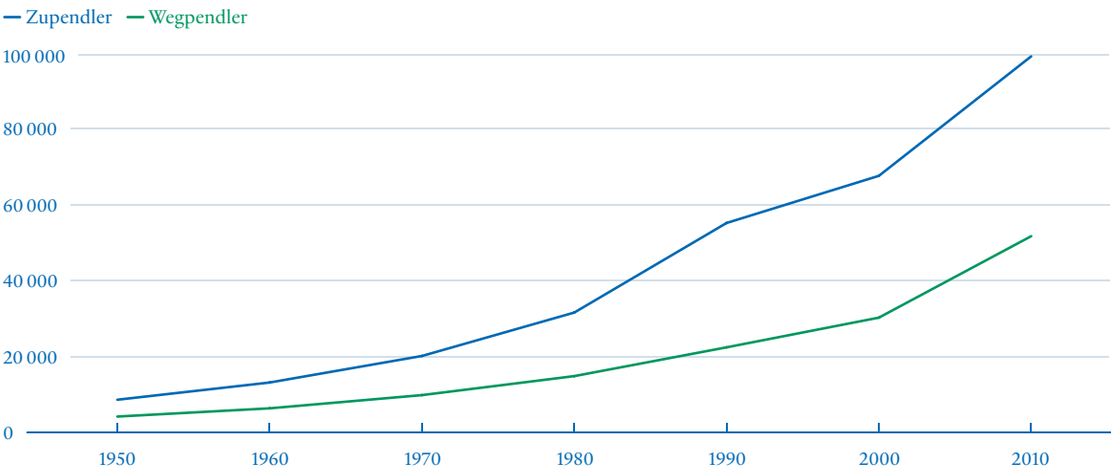
Grafik 02

Bevölkerungszahlen Kanton Aargau nach Bezirken 1941–2019



Grafik 03

Erwerbstätige Pendler über die aargauische Kantonsgrenze 1950–2010



Grafik 01 Das Bevölkerungswachstum im Aargau bewegte sich ab den 1940er-Jahren über dem Schweizer Durchschnitt. Deutlich höher als im Landesmittel war die Zunahme bis zum Einbruch in den 1970er-Jahren. Seither hat sich das Wachstum wieder verstärkt, ohne allerdings die früheren Zuwachsraten zu erreichen. Quelle: Bundesamt für Statistik.
Grafik 02 Verstärktes Ungleichgewicht: Zwischen 1941 und 2019 wuchsen die Bezirke Rheinfelden, Brugg und Baden am stärksten. Ihre Bevölkerung verdreifachte sich. Am geringsten entwickelte sich der Bezirk Kulm, wo sich die Einwohnerschaft nicht einmal verdoppelte. Quelle: Statistik Aargau.
Grafik 03 Elfmal mehr Personen als 1950 verliessen 2010 den Aargau zur Arbeit. Am stärksten stieg die Zahl nach der Jahrtausendwende. Das Verhältnis zwischen Zu- und Wegpendlern blieb in der ganzen Zeit fast unverändert bei 1 zu 2. Quelle: Statistik Aargau.

Tabelle 01 Entwicklung der Aargauer Wohnbevölkerung nach Bezirken 1941–2019 (in Prozent pro Jahrzehnt)

Bezirk/Periode	1941 –1950	1950 –1960	1960 –1970	1970 –1980	1980 –1990	1990 –2000	2000 –2010	2010 –2019	Gesamt 1941 –2019
Aarau	13,8	30,0	14,6	1,6	7,9	1,3	11,7	10,6	125,5
Baden	16,0	35,1	28,2	6,3	10,9	6,4	12,9	9,5	211,6
Bremgarten	8,0	18,7	32,7	13,2	20,9	9,8	12,4	11,5	220,3
Brugg	12,4	15,3	29,2	7,1	11,1	5,9	5,8	8,9	143,1
Kulm	8,3	8,8	10,5	–1,2	8,4	7,7	5,5	9,5	73,4
Laufenburg	4,0	6,4	13,4	3,7	15,7	15,6	13,6	10,9	119,5
Lenzburg	9,9	18,6	17,1	2,0	11,8	10,2	14,6	20,4	160,3
Muri	5,6	3,6	10,5	5,3	20,4	18,5	14,5	11,8	132,1
Rheinfelden	12,3	15,3	27,9	21,7	10,9	14,4	17,6	9,4	228,6
Zofingen	11,2	19,3	10,4	–3,2	8,9	5,0	11,1	10,8	99,6
Zurzach	13,0	11,4	19,7	7,3	12,2	7,0	6,5	7,0	121,0
Aargau gesamt	11,2	20,0	20,0	4,7	11,9	7,9	11,7	10,8	150,5

Tabelle 02 Bewegung und Bilanz der Bevölkerung im Kanton Aargau 1941–2019 (Durchschnitte pro Jahr auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner)

	Lebendgeborene	Verstorbene	Geburten-überschuss	Wanderungs-überschuss	Gesamtzunahme
1941–1950	21,3	10,4	10,9	1,2	12,1
1950–1960	21,1	9,5	11,6	7,2	18,8
1960–1970	21,4	8,7	12,7	5,8	18,5
1970–1980	14,1	7,9	6,2	–1,3	4,9
1980–1990	12,5	7,8	4,7	6,0	10,7
1990–2000	11,6	7,6	4,0	4,6	8,6
2000–2010	9,6	7,1	2,5	8,4	10,9
2010–2019	9,9	7,2	2,7	9,5	12,2

Tabelle 03 Altersspezifische Lebenserwartung 1948–2013, bei Geburt sowie im Alter von 15, 45, 65 und 80 Jahren (gesamtschweizerische Zahlen)

Jahrfünft	Männer					Frauen				
	0 Jahre	15 Jahre	45 Jahre	65 Jahre	80 Jahre	0 Jahre	15 Jahre	45 Jahre	65 Jahre	80 Jahre
1948/1953	66,36	54,84	27,45	12,40	5,24	70,85	58,68	30,46	14,04	5,74
1958/1963	68,72	56,15	28,32	12,94	5,47	74,13	61,08	32,29	15,24	6,10
1968/1973	70,29	57,09	29,07	13,32	5,78	76,22	57,09	33,70	16,33	6,68
1978/1983	72,40	58,49	30,48	14,40	6,29	79,08	64,93	35,94	18,25	7,76
1988/1993	74,19	60,01	32,15	15,51	6,78	81,05	66,73	37,71	19,72	8,62
1998/2003	77,22	62,82	34,26	17,12	7,50	82,82	68,30	39,04	20,88	9,26
2008/2013	80,12	65,56	36,51	18,90	8,29	84,47	69,89	40,40	22,00	9,97

Tabelle 01 In den 1950er- und 1960er-Jahren wuchs der Aargau am stärksten. Die Bezirke Kulm und Zofingen erlebten in den 1970er-Jahren einen Bevölkerungsrückgang. Insgesamt entwickelte sich die Bevölkerung in vier Bezirken über dem Kantonsmittel, sieben blieben unter diesem Wert. Quelle: Statistik Aargau.
Tabelle 02 Der Babyboom der Nachkriegszeit führte im Aargau bei sinkender Zahl von Todesfällen zu einem bedeutenden natürlichen Bevölkerungswachstum. Bedingt durch die Rezession der 1970er-Jahre blieb dieses bis in die 1980er-Jahre grösser als der Wanderungsüberschuss. Quellen: Historische Statistik und Statistik Aargau.
Tabelle 03 Die Lebenserwartung bei Geburt erhöhte sich seit 1950 für Männer und Frauen um mehr als 13 Jahre. Der Unterschied von vier Jahren zwischen den Geschlechtern blieb allerdings bestehen. Quelle: Bundesamt für Statistik.

bei Banken und Versicherungen in Aarau und Baden angestellt waren. Auch die Chemie- und Pharmabetriebe entlang des Rheins im Fricktal waren wichtige Arbeitsgeber.[31] Deutlich weniger Personen als aus Deutschland kamen täglich aus dem Elsass in den Aargau zur Arbeit.[32]

Bevölkerungsbewegung, Lebenserwartung und Altersstruktur

Das Bevölkerungswachstum des Kantons Aargau prägte bis 1970 ein hoher Geburtenüberschuss (siehe Tabelle 02). Dieser setzte in den frühen 1940er-Jahren ein.[33] Als «Babyboom» bezeichnet, hielt er bis Mitte der 1960er-Jahre an, wirkte aber noch bis 1975 nach. Gleichzeitig fiel der Anteil der Todesfälle geringer aus. Die Zuwanderung blieb vor 1950 bescheiden. In den beiden folgenden Jahrzehnten allerdings überlagerten sich geburtenstarke Jahrgänge und eine sinkende Sterblichkeit. Zudem entfaltete sich eine starke Zuwanderung. Vor allem Ausländerinnen und Ausländer trugen zum Wanderungsüberschuss bei. Als sich der Geburtenüberschuss nach 1970 beinahe halbierte, schlug die Migrationsbewegung in eine Ab- oder Rückwanderung um. Wegen der konjunkturellen Schwäche verliessen mehr Personen den Aargau, als zuzogen. Bis Mitte der 1980er-Jahre trug der jährliche Geburtenüberschuss stark zum Bevölkerungswachstum bei.[34] Seither ist der Wanderungsüberschuss im Aargau die stärkste Komponente des Wachstums. Gesamtschweizerisch war dies bereits vierzig Jahre früher der Fall.[35]

Verzögerter Rückgang der Geburtenziffer

Die Anzahl der Geburten pro tausend Einwohnerinnen und Einwohner lag im Aargau bis 1990 über derjenigen für die Schweiz (siehe Grafik 05). Danach glich sie sich dem Schweizer Wert an. Die Geburtenziffer erreichte im Aargau bis 1950 mit 21 Promille einen Höchstwert, fünfzig Jahre später mit 10 Promille die tiefste Marke. Seither hat sie sich stabilisiert. Der deutliche Rückgang um 1970 wird gemeinhin vereinfachend als «Pillenknick» apostrophiert. Er ging einher mit einem Mentalitätswandel, der die Kleinfamilie zum Ideal erhob. Die Verfügbarkeit der pharmakologischen Kontrazeption wirkte sich allerdings kaum auf den Geburtenrückgang aus.[36] Vielmehr ermöglichte sie eine effektive Familienplanung und erlaubte im Zuge der Bewegung von «1968», Sexualität und Fortpflanzung zu entkoppeln. So änderte sich auch die Einstellung breiter Bevölkerungskreise zu Ehe und Geschlechtsleben.

In den sechs Aargauer Bezirken mit hauptsächlich katholischer Bevölkerung – besonders im ländlich geprägten Freiamt, im Fricktal und im «Zurzibiet» – dürfte die Ablehnung der Geburtenregelung durch den Vatikan den Rückgang der Geburtenziffer verzögert haben. Papst Paul VI. (1897–1978, Pontifikat 1963–1978) äusserte sich im Juli 1968 in seinem Rundschreiben «Humanae vitae» «über die rechte Ordnung der Weitergabe menschlichen Lebens».[37] In der umstrittenen Enzyklika lehnte er sowohl die «freie Liebe» als auch die künstliche Empfängnisverhütung ab. Darunter fiel auch die seit den frühen 1960er-Jahren verfügbare, hormonbasierte Antibabypille.

Die hier beschriebenen Veränderungen waren direkte Folgen des erwähnten zweiten demografischen Übergangs im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts.[38] Laut der sozialwissenschaftlichen Forschung gingen diese Veränderungen mit einem grundlegenden Wandel sozialer Normen einher. Unbestrittene gesellschaftliche Werte gerieten im Strudel des Nachkriegsaufschwungs ins Wanken. Individualisierung und Selbstverwirklichung trieben den Umbruch an.

«Sterben die Schweizer aus?»

Im Grunde genommen stand der Geburtenrückgang der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbruchsstimmung der Nachkriegszeit entgegen. Jahrzehnte darauf erst wurde klar, wie einschneidend der «Pillenknick» in gesellschaftlicher Hinsicht war:[39] Wenn die eigenen Kinder einmal wohlhabender und erfolgreicher sein sollten als die Eltern, so war eine geringere Kinderzahl der Ausweg. Nur so vermochte man ausreichend in ihre Ausbildung zu investieren. Die industrielle Wissensgesellschaft mit dem erstarkenden Dienstleistungsbereich stellte neue Anforderungen an den Bildungsrucksack der nachwachsenden Generation. Unter diesen Gesichtspunkten lässt sich der Geburtenrückgang um 1970 positiv deuten. Wer allerdings auf die Regenerationskraft der Schweizer Bevölkerung vertraute, sah die nationale Zukunft zunehmend gefährdet. «Sterben die Schweizer aus?» lautete der alarmistische Titel einer vom Bund angestrengten Studie von 1985.[40]

Im hier beobachteten Zeitabschnitt unterschritt die Anzahl Todesfälle pro tausend Einwohnerinnen und Einwohner im Aargau stets jene der gesamten Schweiz. Zusammen mit der höheren Geburtenrate ergab sich daraus ein natürliches Bevölkerungswachstum über dem Landesdurchschnitt. Die Sterbeziffer betrug im Aargau während des Zweiten Weltkriegs noch über zehn und sank bis 2018 auf sieben Promille. Verantwortlich für diese Entwicklung war die geringere Säuglingssterblichkeit in der gesamten Schweiz. Sie sank in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts deutlich.[41] Starben 1961 21 von tausend Neugeborenen vor dem ersten Geburtstag, waren es 1980 noch neun, 2010 sogar weniger als vier. Der Wert lag dabei bei den Jungen leicht höher als bei den Mädchen. Ursache für die Todesfälle im ersten Lebensjahr waren Komplikationen während der Schwangerschaft und bei der Geburt, ebenso angeborene Fehlbildungen und Anomalien der Chromosomen. Die Säuglingssterblichkeit im restlichen Westeuropa liegt leicht tiefer.

Seuchenzüge wie die Hongkong-Grippe von 1968 oder die Vogelgrippe um die Jahrtausendwende hinterliessen in der Aargauer Demografie keinen Eindruck, wie es letztmals 1918/19 die Spanische Grippe tat. Die Folgen der Covid-19-Pandemie lassen sich noch nicht abschätzen.

Höhere Lebenserwartung und alternde Bevölkerung

Die geringere Säuglingssterblichkeit trug zu einer deutlich steigenden Lebenserwartung bei (siehe Tabelle 03). Knaben, die um 1950 zur Welt kamen, hatten eine Lebenserwartung von gut 66 Jahren, Mädchen von gegen 71 Jahren. Bis zu den um 2010 Geborenen stieg der Wert auf 80 und 84 Jahre an. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts verbesserten sich die Lebensbedingungen und die Ernährungssituation, die medizinische Versorgung und die Arbeitssicherheit in einem Mass, dass keine der Altersklassen eine deutliche Abstufung der Lebenserwartung hinnehmen musste. Die häufigsten Todesursachen bei jungen Erwachsenen bildeten in den vergangenen Jahrzehnten Selbstmord und Unfall.[42] Zwischen vierzig und sechzig Jahren starben Frauen wie Männer am häufigsten an Krebs, während bei den noch älteren Personen meist Herz-Kreislauf-Krankheiten für das Ableben verantwortlich waren.

Wer sich um 2010 im Alter von 65 Jahren pensionieren liess, durfte als Mann einen sechs Jahre längeren Ruhestand erwarten als sechs Jahrzehnte früher. Bei Frauen verlängerte sich diese Zeitspanne sogar um acht Jahre. Erst bei Personen über achtzig Jahren verringerte sich der Abstand bezüglich Lebenserwartung zwischen den Geschlechtern: Männer durften im Durchschnitt mit weiteren gut acht Lebensjahren rechnen, Frauen mit knapp zehn. Wegen der steigenden Lebenserwartung alterte die Gesellschaft deutlich. Seit Längerem verschiebt die demografische Entwicklung den Schwerpunkt der Aargauer Bevölkerung zu höheren Altersklassen: Der Jugend- und der Altersquotient nähern sich an.[43]

Diese Entwicklung zeigte sich auch in der Altersstruktur der Aargauer Bevölkerung (siehe Grafik 09). Sie wies 1950 noch die für Industrieländer typische Form der «Glockenpyramide» auf, mit einer beinahe stagnierenden Bevölkerungszahl. Bis 1980 entwickelte sich die Altersschichtung ansatzweise zu einer «Urnenpyramide», was sich bis zur Jahrtausendwende verstärkte. Diese Struktur wäre charakteristisch für eine schrumpfende Bevölkerung, würde diese Entwicklung nicht durch Zuwanderung aufgefangen.

Die Alterung der Gesellschaft zeigte zwei Seiten der Medaille. Immer mehr Menschen erfreuten sich eines aktiven, langen Ruhestands, erreichten ein hohes Alter und blieben länger autonom. Durch das Älterwerden der Bevölkerung stellen sich seit der Jahrhundertwende aber verstärkt Fragen nach der Finanzierbarkeit der Altersvorsorge und des Gesundheitswesens. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelten durch die heutigen Finanzierungsmodelle in der Pensionskasse als teure Angestellte. Die Lösung dieser Aufgaben erscheint umso dringlicher, als der Anteil der berufstätigen Personen und vor allem der jungen Generation sinkt. Die Pensionierung der erfahrenen Generation der Babyboomer verschärft auch die Problematik des Fachkräftemangels in der Wirtschaft. Frühpensionierungen verstärken den Effekt.

Konkubinat nicht verboten, aber beargwöhnt

Das traditionelle Familienmuster hatte hierzulande lange Bestand. Heirat und Kinderwunsch blieben aneinandergekoppelt, obwohl sich die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen seit 1950 grundlegend änderten. Unterdessen verstärkten sich Prozesse wie die Individualisierung oder die Säkularisierung, Frauen waren zudem vermehrt berufstätig. Allem Anschein nach hatte der Umstand, dass das Konkubinat im Aargau im Gegensatz zu vier Nachbarkantonen nie verboten war (siehe Abb. 06), wenig Einfluss auf die Entwicklung alternativer Familienformen. Zwar lebten zahlreiche Paare im Aargau ohne Trauschein zusammen, doch war diese Lebensweise umstritten. Die «wilde Ehe» konnte nur unter bestimmten Voraussetzungen bestraft werden, etwa wenn sie gegen die «öffentliche Sittlichkeit in verstossender Weise geführt» wurde.[44]

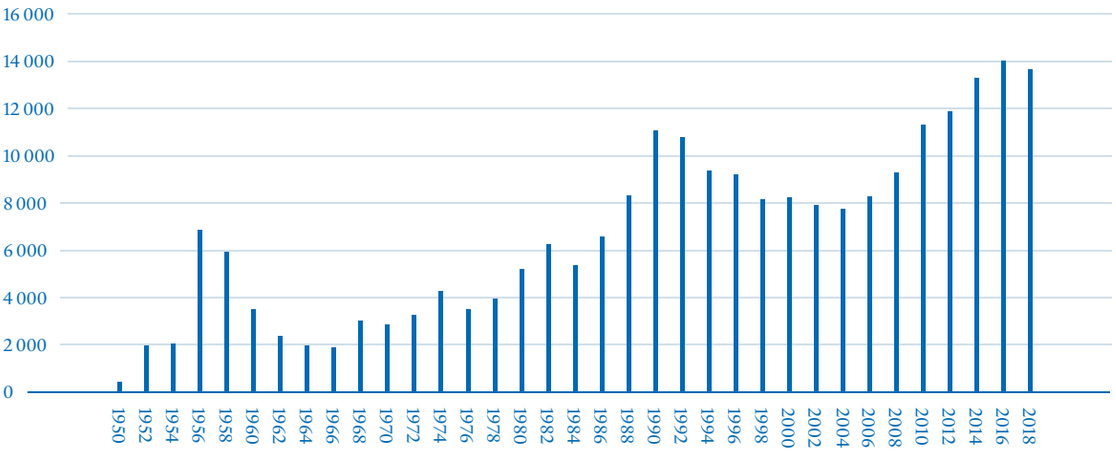
Vor diesem Hintergrund ist eine kleine Anfrage im Aargauer Grossen Rat vom 2. Mai 1967 zu verstehen, die letztlich ergebnislos blieb.[45] Sie verrät viel über die damalige Grundstimmung in der Gesellschaft gegenüber der «wilden Ehe». Der sozialdemokratische Grossrat Robert Locher (1929–2018), der von 1966 bis 1988 Gemeindeammann von Spreitenbach war,[46] wandte sich an die Kantonsregierung: «Im Gegensatz zu anderen Kantonen wird im Kanton Aargau das Konkubinat geduldet. Im Nachbarkanton Zürich zum Beispiel ist diese Unsitte gesetzlich verboten. Dies hat zur Folge, dass in Regionen, die an den Kanton Zürich grenzen, die Konkubinatsfälle im Zunehmen begriffen sind. Diese Zustände erwecken immer grösseres Ärgernis und bringen den lokalen Behörden vor allem dann viel Unannehmlichkeiten, wenn sich unmündige Kinder getrennter oder geschiedener Ehen in solchen Milieus aufhalten müssen. Ich frage deshalb den Regierungsrat an, welche Möglichkeiten er sieht, um diesem unerfreulichen Zustand wirksam zu begegnen.»[47] Die Konkubinatsfrage verlor im Aargau ihre Schärfe, als Zürich 1972 sein Verbot aufhob.[48]

Auslaufmodell Ehe?

Die 1950er-Jahre waren in der Schweiz das «goldene Zeitalter» der Kleinfamilie und damit auch der Ehe. Seither veränderte sich die Anzahl Eheschliessungen im Aargau stark (siehe Grafik 08). Bis 1970 steigerte sie sich kontinuierlich, sank bis zur Mitte des nächsten Jahrzehnts und stieg dann für rund zehn Jahre deutlich an. Anschliessend gingen die Werte trotz ständig wachsender Bevölkerung zurück. Gleichzeitig nahm die Zahl der Scheidungen zu. Die Wellenbewegung zwischen 1998 und 2001 bildet das Inkrafttreten des neuen Scheidungsrechts ab:[49] Seit dem Jahr 2000 gilt bei der Auflösung der Ehe nicht mehr das Verschuldens-, sondern das Zerrüttungsprinzip. Auffällig ist, wie seit 1970 vermehrt Ehen geschieden wurden, die vor zehn und zwanzig Jahren geschlossen worden waren (siehe Grafik 08).[50] Der jüngste Rückgang der Anzahl Ehescheidungen lässt sich darauf zurückführen, dass seit 1990 weniger oft geheiratet wurde. Seit 2007 das Bundesgesetz über die eingetragene

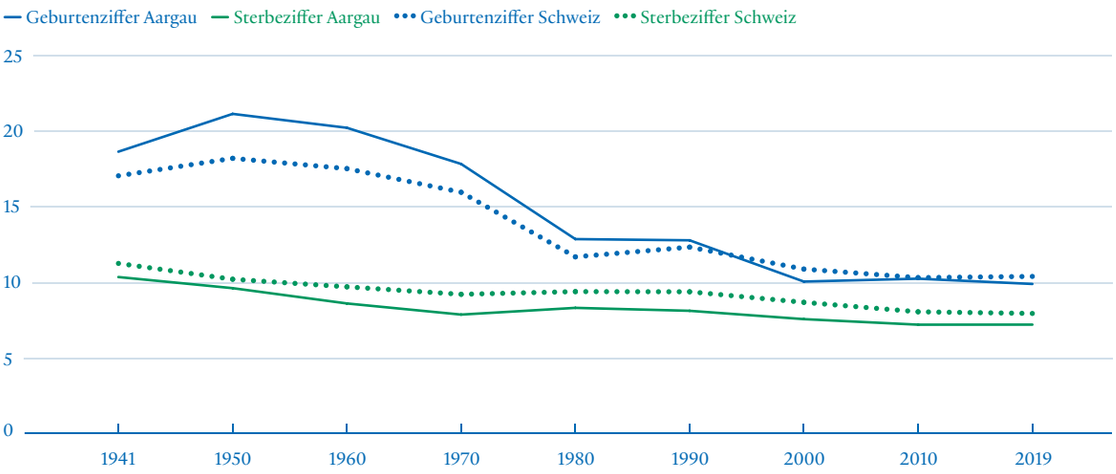
Grafik 04

Grenzgängerinnen und Grenzgänger in den Aargau 1950–2018 (jeweils Ende August)



Grafik 05

Geburten- und Sterbeziffern 1941–2019 (pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohner)



Grafik 04 Erste Höhepunkte der Anzahl Grenzgänger bildeten die Jahre 1956 (6841) und 1990 (11 071). 2004 fiel mit den bilateralen Verträgen die Koppelung der Grenzgängerbewilligung an die Arbeitsmarktlage, daher rührt die neuerliche Zunahme im 21. Jahrhundert. Quelle: Statistik Aargau.
Grafik 05 Während die nationalen und die kantonalen Sterbeziffern beinahe im gleichen Mass sanken, überstieg die Aargauer Geburtenziffer die schweizerische bis 1980 deutlich. Das daraus resultierende natürliche Bevölkerungswachstum war im Aargau stets grösser als im Rest des Landes. Quelle: Statistische Jahrbücher der Schweiz.

Partnerschaft in Kraft getreten ist, haben zahlreiche gleichgeschichtliche Paare ihre Beziehung bei einem Zivilstandsamt eintragen lassen und sich rechtlich abgesichert.[51] Sie erscheinen in der Scheidungsstatistik indes nicht.

Individuelle Lebensentwürfe in kleineren Haushalten

Nach 1980 führte die durchschnittlich spätere Eheschliessung zu einer deutlich späteren Erstgeburt und damit zu einer höheren Fruchtbarkeit älterer Frauen.[52] Auch gab es häufiger Paarbeziehungen ohne Trauschein, Paare mit Einzelkindern und sogenannte Patchwork-Familien als in den Jahrzehnten zuvor. Ebenso stieg die Zahl von Söhnen und Töchtern unverheirateter Eltern. Kamen 1980 im Aargau 228 Kinder von unverheirateten Müttern zur Welt, waren es zwanzig Jahre später 499, 2017 schon 1382.[53] Im europaweiten Vergleich zählte die Zahl der ausserehelichen Geburten in der Schweiz seit den Babyboom-Jahren und noch Ende des 20. Jahrhunderts jedoch zu den tiefsten.[54] Die verschiedenen Lebensentwürfe standen auch im Zeichen einer stärkeren Individualisierung. Zusammen mit dem steigenden Wohlstand schlug sie sich in der Grösse der Haushalte nieder. Schweizweit sank seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs die durchschnittliche Anzahl Personen in einem Haushalt.[55] Lag dieser Wert 1960 im Aargau mit 3,8 noch leicht über dem Landesmittel, so bewegten sich der nationale und der kantonale Wert seit 1990 im Gleichtakt bei 2,3 Personen pro Haushalt (siehe Grafik 08).

2018 lebten in einem Drittel der Aargauer Haushalte zwei Personen.[56] Mit knapp 32 Prozent waren Einpersonenhaushalte die zweithäufigste Wohnform. Ihr Anteil nahm landesweit vor allem in den 1970er-Jahren zu, war geringer im folgenden Jahrzehnt und betrug seit 1990 rund ein Drittel aller Haushalte.[57] Auf lange Sicht jedoch entwickelte sich die Gesellschaft nicht zu einer Gruppe von allein lebenden Personen. Vielmehr gibt es jenseits der Individualisierung vielfältige Gründe für Einpersonenhaushalte, etwa die häufige Witwenschaft betagter Frauen oder die berufliche Notwendigkeit einer örtlichen Trennung eines Paarhaushalts. Mit dem klaren Wunsch nach flexibler Lebensgestaltung bildete sich die jüngere alternative Lebensform des «living apart together» heraus, die allerdings die nötigen finanziellen Mittel voraussetzt.

Bevölkerungszuwachs: starke Zuwanderung

Zuwanderung und Abwanderung bildeten ein komplexes Zusammenspiel während der rund sieben Jahrzehnte seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Neu war, dass der bis zum Ende des Jahrhunderts registrierte Bevölkerungszuwachs zu zwei Dritteln auf Einwanderung zurückzuführen war.[58] Der Zuzug von Schweizer Staatsangehörigen führte zu einem stetigen Wachstum dieser Personengruppe (siehe Tabelle 04). Ihre prozentualen Wachstumsraten bewegten sich pro Dekade auf stabilen acht bis zehn Prozent. Einzig in den 1990er-Jahren halbierte sich diese Entwicklung.

Anders verhielt es sich mit der ausländischen Wohnbevölkerung, deren Zuwachs viel stärkeren Schwankungen unterlag. Das Wachstum der Personengruppe mit ausländischem Pass fiel noch in den 1940er-Jahren auf einem tiefen Niveau wegen Aufholeffekten viermal so hoch aus wie jenes der Schweizerinnen und Schweizer. In den beiden folgenden Jahrzehnten war es das 23- respektive 11-fache. In den wirtschaftlich rezessiven 1970er-Jahren schlug der Wert in eine deutliche Abwanderung um, besonders in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts (siehe Grafik 10). Dies führte im Aargau zu einem Rückgang der ausländischen Bevölkerung um 16 Prozent. Schweizweit wanderten von 1975 bis 1979 132 000 Personen ab.[59] Der negative Wert kehrte sich in den folgenden Dekaden wieder in ein deutliches Wachstum zwischen einem Fünftel und einem Drittel um. Abgesehen von den 1970er-Jahren wuchs die ausländische Wohnbevölkerung stets deutlich stärker als die schweizerische.

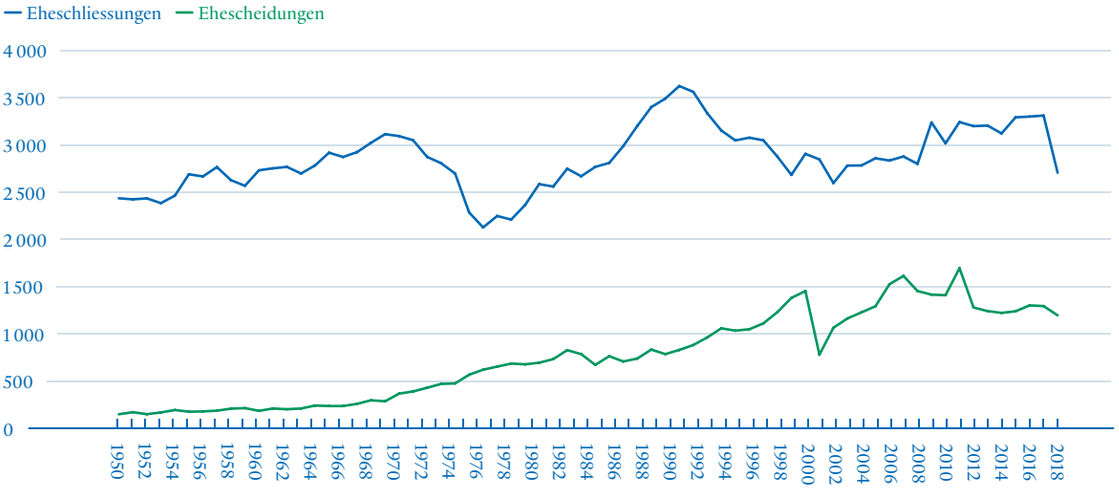
Ausländer bedeutete Italiener

Unmittelbar nach dem Krieg kamen die ersten Italiener in den Aargau. Einer davon war Dario Marioli (1928–2018), der im November 1947 Dürrenäsch im Seetal erreichte.[60] Er trat in den Dienst der Schweizerischen Korkwaren- und Isoliermittelwerke C. Alpsteg, wo er elektrische Anlagen im Fabrikgebäude installierte. Im Februar 1948 erhielt er mit Cirillo Speziali nicht nur eine Verstärkung bei der Arbeit, sondern auch einen Landsmann, mit dem er eine Zweizimmerwohnung und zuweilen einen Teller Spaghetti oder eine Veltliner Polenta teilte. Marioli stammte aus dem norditalienischen Brescia, hatte eine Berufsausbildung absolviert und war damit ein typischer Vertreter der ersten Einwanderer aus dem «triangolo industriale» zwischen Ligurien, Lombardei und Piemont. Während seiner Berufstätigkeit, die ihn anschliessend in die Giesserei der Firma Oehler & Cie. AG in Aarau führte, schloss er im Frühling 1950 eine berufsbegleitende technische Weiterbildung in Mailand ab. Damals lebte er während vier Jahren in einem Zweierzimmer in den neu gebauten Baracken mit gemeinsamer Küche und Dusche hundert Meter von seinem Arbeitsort entfernt, zusammen mit zwei Dutzend weiteren Italienern. Die späteren Tätigkeiten bei Brown, Boveri & Cie. (BBC) in Baden sowie Sprecher + Schuh AG in Aarau führten Marioli, der aus einem kommunistischen Elternhaus stammte, zum Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverband (SMUV), für den er nach 1957 während vieler Jahre in der Region Biel tätig war.

Aus Süditalien, aus Vaccarizzo in Kalabrien, immigrierte 1955 Salvatore De Simone (1935–2021) in die Schweiz und begann, 1958 im Bäderquartier von Baden als Coiffeur zu arbeiten.[61] Der Süditaliener eröffnete 1968 seinen eigenen Salon an der Bäderstrasse und wurde im folgenden Jahr Mitglied des Coiffeurmeisterverbands. 1990 stieg Sohn Stefano (*1968) ins väterliche Geschäft ein, 2013 Enkel Fabrizio (*1996). Der Salon entwickelte sich zu einem Treffpunkt von Landsleuten und bildete auf-

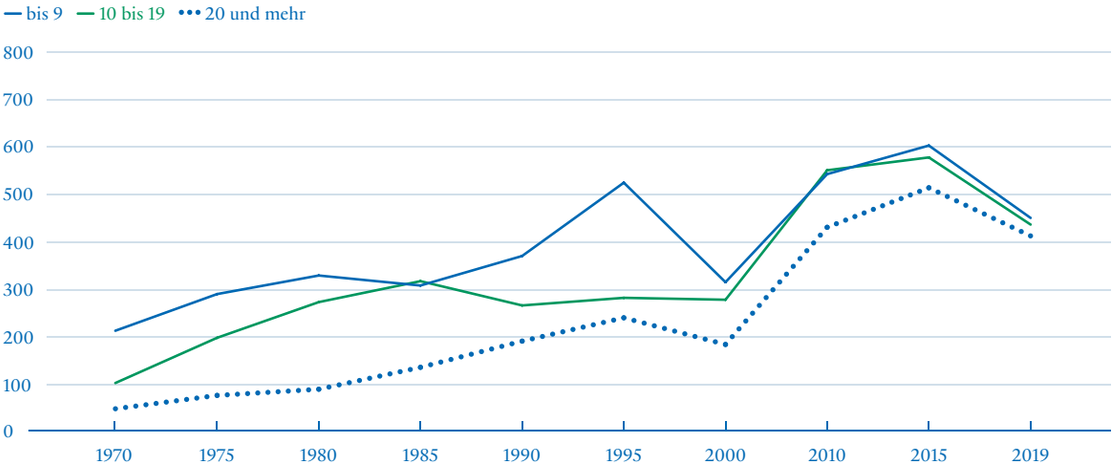
Grafik 06

Eheschliessungen und -scheidungen im Aargau 1950–2017



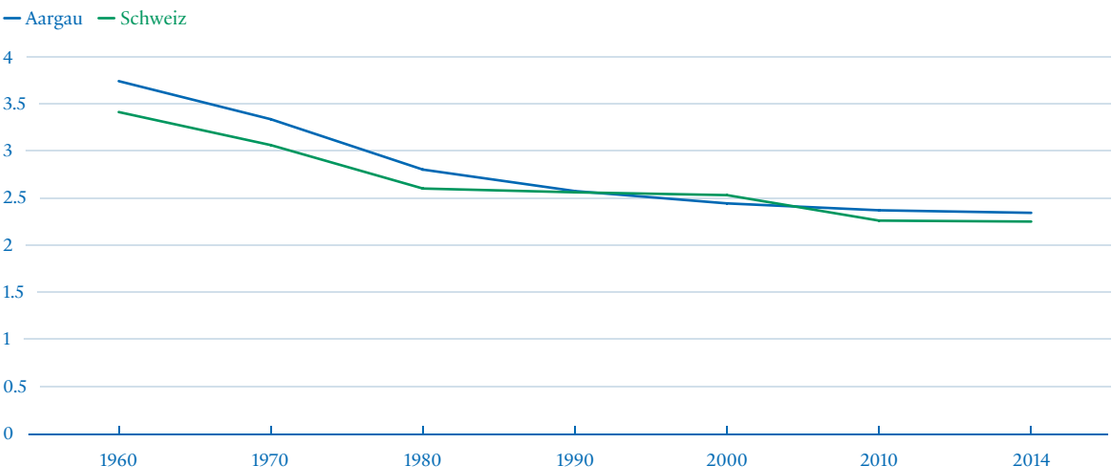
Grafik 07

Scheidungen im Aargau nach Ehedauer in Jahren 1970–2019



Grafik 08

Durchschnittliche Haushaltsgrösse nach Personenzahl 1960–2014



Grafik 06 Die Anzahl Eheschliessungen im Aargau erreichte, nach einem Rückgang in den 1970er-Jahren, 1991 einen letzten Höhepunkt. Seither ging sie trotz wachsender Bevölkerung deutlich zurück. 1950 kam eine Scheidung auf 160 Trauungen, im Jahr 2010 auf zwei Eheschliessungen. Quelle: Statistik Aargau.
Grafik 07 In den 1970er-Jahren betrafen Scheidungen im Aargau vor allem Ehen, die noch keine zehn Jahre andauerten. Nach der Änderung des Scheidungsrechts, das eine Zerrüttung als Grund anerkennt, glichen sich die Werte aller drei Kategorien an. Quelle: Statistik Aargau.
Grafik 08 Die durchschnittliche Haushaltsgrösse in der Schweiz sank in fünfzig Jahren um eine Person, im Aargau noch etwas stärker um anderthalb Personen. Längst nicht alle Menschen lebten freiwillig allein. Im Zuge der Alterung verbrachten immer mehr gerade ältere Frauen den letzten Lebensabschnitt als Alleinstehende. Quellen: Bundesamt für Statistik und Statistik Aargau.

Tabelle 04 Entwicklung der Wohnbevölkerung nach Herkunft 1941–2019 (in Prozent pro Jahrzehnt)

	1941 –1950	1950 –1960	1960 –1970	1970 –1980	1980 –1990	1990 –2000	2000 –2010	2010 –2019
Aargau gesamt	11,2	20,0	20,0	4,7	11,9	7,9	11,7	10,5
Schweizerinnen und Schweizer	10,3	10,9	9,9	9,3	8,9	4,9	8,3	6,1
Ausländerinnen und Ausländer	43,2	257,4	108,6	–16,0	29,3	22,5	25,9	26,6

Tabelle 05 Ausländische Bevölkerung Kanton und Bezirke 1941–2019 (in Prozent)

	1941	1950	1960	1970	1980	1990	2000	2010	2019
Schweiz	5,2	6,1	10,8	17,2	14,8	18,1	20,9	22,4	25,1
Aargau	2,8	3,6	10,9	18,5	14,8	17,1	19,4	21,9	25,0
Aarau	2,7	4,0	11,6	17,5	13,7	16,2	19,3	22,1	23,9
Baden	4,4	6,0	17,4	25,8	20,0	20,9	24,0	27,9	28,6
Bremgarten	2,4	2,9	8,6	18,8	13,3	15,4	17,6	20,6	24,7
Brugg	2,4	3,1	8,9	18,2	14,8	16,4	19,4	21,9	24,3
Kulm	1,3	2,1	7,5	14,8	12,1	15,9	19,7	23,0	26,1
Laufenburg	2,2	1,9	5,4	11,7	7,6	9,9	13,6	16,2	19,9
Lenzburg	2,2	3,3	11,3	18,1	14,4	16,8	18,5	20,1	22,6
Muri	0,8	1,6	4,0	7,4	6,0	8,6	11,4	14,3	17,0
Rheinfelden	5,6	4,4	8,2	15,4	12,3	14,4	18,0	22,2	25,8
Zofingen	1,5	2,6	10,3	16,4	12,6	15,7	18,1	21,1	25,0
Zurzach	5,1	4,3	10,0	18,7	15,5	17,3	21,1	26,1	29,9

Tabelle 06 Zustimmung zu Volksbegehren bezüglich Migration 1970–2009 (nach Bezirken)

	Ja-Stimmen in Prozent				
	1970 Volksinitiative «Gegen die Überfremdung und Überbevölkerung der Schweiz» (Schwarzenbach-Initiative) 7. Juni 1970	1981 Volksinitiative «Mitenand-Initiative für eine neue Ausländerpolitik» 5. April 1981	1988 Volksinitiative «Für die Begrenzung der Einwanderung» 4. Dezember 1988	2000 Volksinitiative «Für eine Regelung der Zuwanderung» (18-Prozent-Initiative) 24. September 2000	2009 Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» 29. November 2009
Schweiz	46,0	16,2	32,7	36,6	57,5
Kanton Aargau	47,5	11,8	35,8	47,5	63,4
Aarau	47,6	11,5	40,5	46,6	60,5
Baden	40,8	13,7	32,3	41,5	56,9
Bremgarten	46,4	11,5	35,1	45,5	63,2
Brugg	46,7	11,7	36,7	45,6	62,1
Kulm	59,6	7,5	44,0	67,8	77,8
Laufenburg	44,9	13,4	30,5	46,1	64,6
Lenzburg	50,3	9,5	40,8	49,8	65,4
Muri	47,6	10,8	29,0	47,4	67,5
Rheinfelden	41,8	15,1	28,4	40,9	63,0
Zofingen	53,1	11,2	38,8	52,9	71,1
Zurzach	47,2	11,8	32,2	47,3	67,3

Tabelle 04 Die Zuwanderung ausländischer Staatsangehöriger stieg stets stärker als jene der Schweizerinnen und Schweizer, am meisten von 1950 bis 1970. Eine Ausnahme bildeten die 1970er-Jahre, als 12 816 Ausländerinnen und Ausländer den Aargau oder die Schweiz verliessen. Quelle: Statistik Aargau.
Tabelle 05 Bis 1970 stiegen die Anteile der ausländischen Wohnbevölkerung vor allem in den Bezirken mit starker Industrie, nach 1980 in fast allen. Dennoch blieben die Werte in den ländlichen Bezirken Laufenburg und Muri deutlich unter dem Kantonsmittel, im Gegensatz zum grenznahen Bezirk Zurzach. Quelle: Statistik Aargau.
Tabelle 06 Bis 1965 war die Einwanderung kein Thema in der Schweizer Politik. Seither kannte jedes Jahrzehnt eine Abstimmung zur Überfremdungsfrage mit teils sehr unterschiedlichen Resultaten in den Aargauer Bezirken. Quellen: Statistik Aargau und Aarauer Volksblatt.

Österreicher Verein Baden, einer von vielen Migrantenvereinen

Österreichische Staatsangehörige bildeten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts lange Zeit die drittgrösste Gruppe von Einwanderinnen und Einwanderern in der Schweiz. Bereits in der Zwischenkriegszeit zogen zahlreiche von ihnen in die Region Baden, wo manche als Hilfskräfte hauptsächlich bei der Brown, Boveri & Cie. (BBC), aber auch bei kleineren Handwerksbetrieben und als Servicepersonal im Gastgewerbe Arbeit fanden.[1] Die Suche nach einem Auskommen war der Hauptgrund für die Auswanderung aus der jungen, kriegsversehrten Republik Österreich. 1927 entstand der Österreicher Verein Baden (ÖVB). Vereinsziel waren das gemütliche Beisammensein sowie der Austausch von Informationen über Österreich, von amtlichen Informationen zur Sozialversicherung oder über eine eventuelle Rückkehr in die alte Heimat.

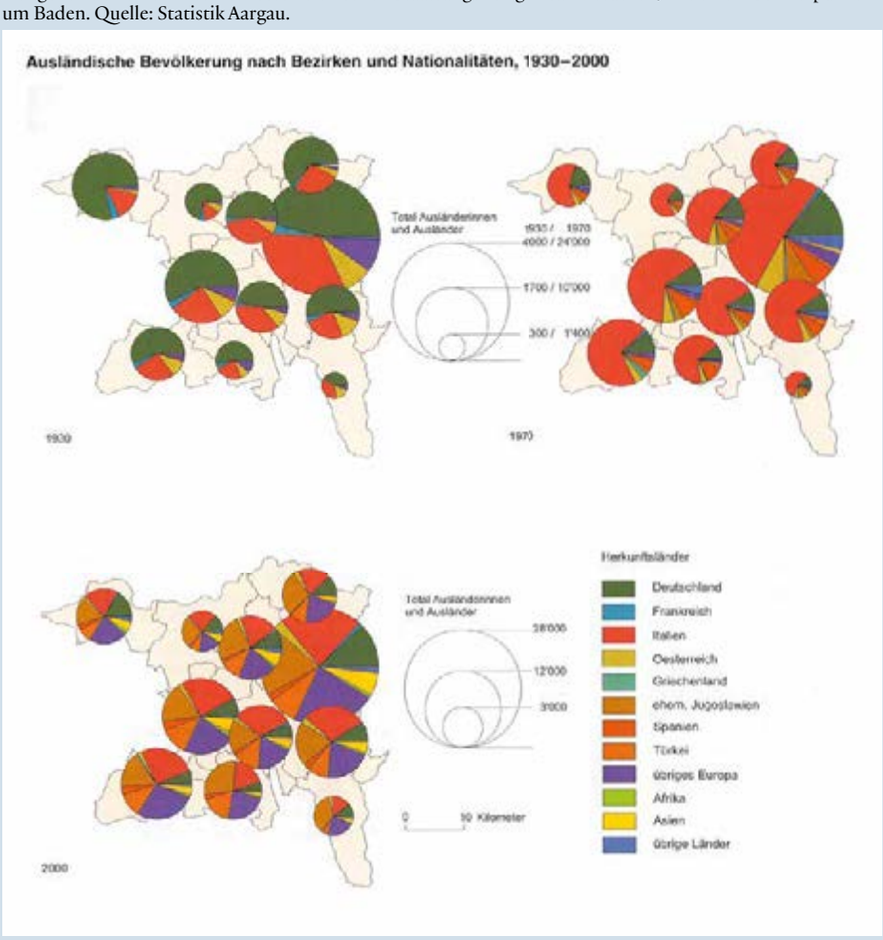
Ab 1952 erfolgte eine zweite österreichische Einwanderungswelle.[2] Sie bestand aus gut ausgebildeten Fachkräften, welche die BBC gezielt an den höheren technischen Lehranstalten von Wien, Salzburg, Innsbruck und Graz angeworben hatte. Der Aargau verfügte damals noch nicht über eine vergleichbare Technikerschule. Bei BBC arbeiteten die Österreicherinnen und Österreicher in der Konstruktion und der Administration. Oft fanden sie ihre Einsatzgebiete als Monteure rund um die Welt. Bei der BBC erhielten viele von ihnen die Möglichkeit zur Weiterbildung, ob an der Schweissschule oder an der BBC-Technikerschule.

Die neuen Einwanderer stärkten die Verbindung des ÖVB zur BBC und lösten im Verein einen regelrechten Boom aus. Zeitweilig lud man 200 Mitglieder zur Sonnwendfeier, zum Nationalfeiertag am 26. Oktober und zum Krampus-Kränzchen ein. Darüber hinaus gab es ein Kulturprogramm und alljährlich den Österreicher-Ball im Badener Kursaal – wie ihn damals auch die Migrantenvereine der Tschechen und der Ungarn durchführten. Die Beteiligung an der Badenfahrt und an regionalen Festivitäten wie dem Baregg-Fest 2003 waren Ehrensache. Skirennen und Fussball-Grümpelturniere rundeten die Palette der Vereinsaktivitäten ab.

Von den Eingewanderten aus Österreich blieben geschätzte zwei Drittel in der Schweiz. Viele heirateten Personen anderer Staatsangehörigkeit. Die zweite Generation verlor das Interesse am ÖVB, und mit den neuen Kommunikationsmöglichkeiten rückte auch Österreich näher. Der ÖVB feierte 2017 mit sechzig Mitgliedern noch sein neunzigjähriges Bestehen,[3] um sich zwei Jahre später aufzulösen. Die gelungene Integration seiner Mitglieder hatte ihn überflüssig gemacht.

1 Vereinsprofil ÖVB 2003, Privatarchiv Alfred Schuster, Nussbaumen.
2 Gespräch mit Alfred Schuster, 2019.
3 Rundschau Süd, 16.8.2017.

01 Der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung bewegte sich 1950 in allen Aargauer Bezirken auf tiefem Niveau. Bis 1970 stieg er in den Industriegebieten. Um das Jahr 2010 ebneten sich die Unterschiede weitgehend ein. Der Anteil der österreichischen Staatsangehörigen sank deutlich, mit einem Schwerpunkt um Baden. Quelle: Statistik Aargau.



02 «Dopolavoro» in Wohlen, 1962. Das Unterfreiamt wurde vielen Italienerinnen und Italienern zur zweiten Heimat. Im Sommer 1962 machten sie die Wohler Bahnhofstrasse vor dem Cinema Capitol zu ihrer «Piazza».

03 1.-Mai-Umzug 1985 in Aarau: Vorne die Vertreter der kommunistischen Comisiones Obreras Adherentes Aarau, dahinter marschierten die sozialdemokratisch orientierten Gewerkschafter der Unión General de Trabajadores de España.

CINEMA Monti DÖTTINGEN-KLINGNAU

Mittwoch, Donnerstag je 20.30 Uhr

Der Schandfleck

Heinrich Gretler im neuen Heimatfilm in Farben.

Donnerstag 17.00 Uhr — Giovedì ore 17.00

Il figlio di Django

Djangos Sohn

Parlato italiano — deutsche Untertitel.

Ab Freitag, Samstag je 20.30 Uhr
und Sonntag 14.15 Uhr und 20.30 Uhr

Zwei Spitzenstars in einem spektakulären, romantischen Film

Sophia Loren — Omar Sharif in

Bella Isabella

Die Top-Stars von heute in einem schillernden Abenteuer.

04 Kinoinserat, 1969: Das einheimische Gewerbe passte sein Angebot an die Wohnbevölkerung an. So spielten Kinos zu Randzeiten Filme in italienischer Sprache, häufig Reprisen. «Bella Isabella» hatte in Italien bereits 1967 Premiere gefeiert. Die italienische Diva Sophia Loren (*1934) blieb aber auch Jahre später eine Attraktion.

05 Kinderglück im Kreisspital Muri, 1956: In den 1950er-Jahren berichteten Aargauer Zeitungen regelmässig über Mehrlingsgeburten. Hier reihte man 1956 drei Oberfreiämter Zwillingspaare auf, die dort innerhalb von zwei Tagen zur Welt gekommen waren. Die sechs Jungen waren ein lebender Beweis für den Babyboom.

06 «Liebeskarte» der Schweiz 1971: In der Nachbarschaft des Aargaus kannten zu Beginn der 1970er-Jahre einzig Solothurn und Bern kein Konkubinatsverbot. In den anderen vier Nachbarkantonen kontrollierte die Polizei Wohnungen von Paaren, die mutmasslich in «wilder Ehe» zusammenlebten.

grund einheimischer Kundschaft und erfolgreicher Lehrlingsausbildung ein Bindeglied zur Schweizer Bevölkerung.

Anfänglich war «Italiener» in der Schweiz ein Synonym für «Ausländer». Offenbar wurde die grösste Gruppe von Migrantinnen und Migranten als Einheit wahrgenommen. Dabei bildeten die italienischen Staatsangehörigen keineswegs eine homogene Gruppe. Sie unterschieden sich nach geografischer Herkunft oder politischer Ausrichtung, Grad der religiösen Praxis, Zeitpunkt der Ankunft in der Schweiz, Ausbildung, Arbeitstätigkeit und fremdenpolizeilicher Bewilligung. Die grössten Unterschiede machten die Heimat in Nord- oder Süditalien aus sowie der politische Gegensatz zwischen Linken, gewerkschaftlich Organisierten und christlichdemokratisch-kirchlich Ausgerichteten. Es handelte sich um gesellschaftliche Verwerfungen, welche die Situation in Italien direkt abbildeten. Die unterschiedlichen Gruppen beargwöhnten sich zuweilen,[62] und sie wurden vom Schweizer Staatsschutz überwacht.[63]

Stärke dank Ausländervereinen

Keine andere Gruppe von Ausländerinnen und Ausländern sollte jene Zurückweisung erleben, wie sie die Italienerinnen und Italiener in den 1960er- und 1970er-Jahren erfuhren.[64] Deshalb und mit der Absicht, nur vorübergehend im Ausland zu leben, entstand der Antrieb, eigene Institutionen und Vereine zu gründen, beispielsweise seit 1946 die Missione Cattolica Italiana.[65] Nach zaghaften Anfängen im Ostaargau erlebte die «Italienerseelsorge» in den 1960er-Jahren eine regelrechte Aufbruchsstimmung mit Gründungen in Aarau, Wohlen, Lenzburg, Brugg, Zofingen, Döttingen-Klingnau, Stein, Reinach-Menziken und Mellingen. Das folgende Jahrzehnt wurde zur eigentlichen Blütezeit der Missione Cattolica. Sie richtete Kinderhorte ein – eine Notwendigkeit bei erwerbstätigen Eltern – und schuf Treffpunkte für die christlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Circolo ACLI). Die Missione Cattolica wurde zum Vorbild für die katholischen Missionen für Portugiesinnen, Vietnamesen, Kroaten und Albanerinnen. Andere Italienerinnen und Italiener schlossen sich der antifaschistischen Bewegung Federazione delle Colonie Libere Italiane in Svizzera (FCLIS) oder einer der Sektionen der Kommunistischen Partei Italiens in der Schweiz an.[66]

In Gränichen beispielsweise entstand in jenen Jahren ein besonders reges italienisches Vereinsleben.[67] 1959 wurde der Circolo ACLI gegründet, 1975 der Fussballclub Aurora, 1978 ein Boccia-Club und ein Jahr später eine Sektion der italienischen Vereinigung der freiwilligen Blutspender (AVIS). Alle diese Vereine beendeten ihre Tätigkeiten nach 1990 und lösten sich auf. Die nachfolgende, zweite Generation hatte kein Interesse daran, sie war in der Mehrheitsgesellschaft angekommen und spielte etwa ganz selbstverständlich im FC Gränichen mit. Die mediterrane Küche jedoch blieb. Sie war in Gränichen mit dem Lebensmittelladen der Familie Lumetta und den Pizzen der Familie Modugno ebenfalls in den 1970er-Jahren angekommen. Die Schweizer Essgewohnheiten hatten sich längst gewandelt.[68]

Die Ausländerinnen und Ausländer sahen sich durchaus von ihren Arbeitgebern unterstützt. Angesichts der drückenden Wohnungsnot erfolgte die Unterbringung in Barackensiedlungen[69] oder in prekären Altbauten, im Volksmund «Caserme» genannt.[70] Nach den ersten Barackensiedlungen im Badener Brisgi und in Rieden bei Nussbaumen bemühte sich die BBC in Baden darum, die Wohnsituation ihrer ausländischen Arbeitskräfte zu verbessern.[71] Die Firma baute nach 1965 Hochhäuser mit Zwei- und Vierzimmerwohnungen für rund 800 Personen.[72]

Auch auf Schicksalsschläge reagierten die Firmen. Nach dem Erdbeben vom November 1980, das in der süditalienischen Provinz Avellino zahlreiche Opfer gefordert und grosse Schäden verursacht hatte, unterstützte die Textildruckerei Suhr die Betroffenen: «Die Geschäftsleitung möchte allen vom Erdbeben betroffenen Mitarbeitern ihr tiefes Mitgefühl aussprechen. Wie wir leider erfahren mussten, haben Herr und Frau N. auch Opfer unter ihren Angehörigen zu beklagen. Sie seien im Namen aller Betriebsangehörigen unserer ganz besonderen Anteilnahme versichert. Jenen Mitarbeitern, welche wegen der Erdbebenkatastrophe nach Hause reisen mussten, wird die dadurch ausgefallene Normalarbeitszeit voll entschädigt, soweit nicht schon vertragliche Entschädigungen vorgesehen sind.»[73]

Brennpunkt anfänglich in den Industrieorten

Die Zuwanderung aus dem Ausland veränderte die Zusammensetzung der Aargauer Bevölkerung. Lag der kantonale Ausländeranteil 1950 noch erheblich unter dem Landesdurchschnitt, überstieg er diesen zwanzig Jahre später und entwickelte sich seit diesem Zeitpunkt praktisch im Gleichschritt mit den nationalen Zahlen (siehe Grafik 11). 1967 erreichte der Anteil der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz mit 14,7 Prozent die bisherige historische Höchstmarke vom Sommer 1914.[74] Sie wurde in der Folge nicht mehr signifikant unterschritten. 2018 erreichte der Ausländeranteil ein Viertel der Gesamtbevölkerung.

Während des Zweiten Weltkriegs war die ausländische Bevölkerung im Aargau deutlich zurückgegangen.[75] Ihr Anteil machte 1950 deshalb in den meisten Bezirken weniger als fünf Prozent aus (siehe Tabelle 05). Nach zwanzig Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs betrug er in vielen Gemeinden mehr als zwanzig Prozent. Ganz besonders galt dies 1970 für das Einzugsgebiet von Baden/Wettingen und Aarau. Zu diesem Zeitpunkt zogen vor allem die expandierenden Industriebetriebe ausländische Arbeitskräfte an. Das war der Grund für die hohen Ausländeranteile in den Bezirken Rheinfelden mit der chemischen Industrie und Zofingen, wo Textilien, Bekleidung und chemische Produkte hergestellt wurden.

Döttingen im Bezirk Zurzach wies schon 1960 einen vergleichsweise hohen Ausländeranteil auf. Namentlich im «Ausserdorf» wohnten Frauen und Männer aus Italien, die in der damals regional bestimmenden Holzindustrie tätig waren.[76] Fast jedes Dorf verfügte über eine kleine Möbelfabrik. In Döttingen waren dies Bugmann & Schifferle, Oberle & Hauss, Tütsch & Zimmermann und die

Leonforte in Laufenburg und San Giovanni in Fiore in Wettingen

In den frühen 1950er-Jahren soll es gewesen sein, als der erste Fremdarbeiter aus San Giovanni in Fiore nach Wettingen kam.[1] Ihm folgten seither unzählige Männer und Frauen aus der kalabrischen Kleinstadt im äussersten Süden Italiens, der seit der Einigung des Landes Mitte des 19. Jahrhunderts eine Emigrationstradition kennt.

Die San Giovannesi fanden Arbeit im Baugewerbe – viele als geschätzte Gipserspezialisten – und in den Industriebetrieben der Region: bei der BBC/ABB in Baden und Birr, bei der Bronzewarenfabrik AG in Turgi oder der Spinnerei Kunz in Windisch. «Ein Freund holte seinen Freund, ein Bruder den nächsten Bruder», wird ein pensionierter Baupolier zitiert.[2] Dabei handelte es sich um eine Kettenwanderung.[3] Bei diesem Phänomen spielten nicht nur die fehlenden Arbeitsmöglichkeiten in Süditalien eine Rolle, sondern auch die Hilfe, welche die Einwanderinnen und Einwanderer bei der Wohnungs- und Arbeitssuche und bei der Freizeitgestaltung erwarteten. In einer ersten Phase zogen Söhne, Brüder, Neffen, Cousins, Schwäger, Väter, Onkel und Schulkollegen nach Wettingen. Nach dem «zweiten Italienerabkommen» von 1964, das den Familiennachzug erleichterte, waren es auch Verlobte, Frauen und Kinder. Eine 1972 Zugezogene besuchte ihre Schwester und deren Familie in Wettingen und lernte während dieses Aufenthalts ihren späteren Mann kennen. «Helfen konnten sie mir nicht viel, da ich nicht [ausser Haus] arbeitete und mein Mann schon eine Wohnung hatte.»[4] Mit dem Jahrtausendwechsel kam die Zuwanderung aus San Giovanni in Fiore nach Wettingen zum Erliegen.[5]

Zu Beginn der 1970er-Jahre sollen 3275 San Giovannesi in Wettingen gelebt haben.[6] Grund genug für die dortige Fernsehstation, ihren Landsleuten in der Fremde mit einer Reportage den Puls zu fühlen. Im gleichen Jahr gründeten San Giovannesi mit anderen Landsleuten den Fussballclub Juventina. Die Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeiter vernetzten sich auch im Boccia-Club, im Club Alpini und über die Italienermission der katholischen Pfarreien. Letztere wird besonders sichtbar, wenn am 24. Juni, dem Johannistag, der Schutzpatron der kalabrischen Heimatgemeinde gefeiert wird.

Eine ähnliche Situation entwickelte sich in Laufenburg, wohin viele Frauen und Männer aus Leonforte in Zentralsizilien kamen.[7] Sie arbeiteten in der Industrie, viele von ihnen in den Kera-Werken, oder den Pharma- und Leichtindustriebetrieben und belebten die in den 1960er- und 1970er-Jahren wenig beliebte Altstadt.

Auch in anderen Ortschaften bildeten sich Ballungen bestimmter Gruppen von Migrantinnen und Migranten. In Nussbaumen etwa wohnen besonders viele Personen, die aus Österreich kamen.[8] Fislisbach ist bekannt für zahlreiche indische Familien.

1 Blangetti 2018, 38–47.
2 Blangetti 2018, 39.
3 Biafora 2013.
4 Biafora 2013, Anhang.
5 Biafora 2013, 7 und 21.
6 Blangetti 2018, 39.
7 Lo Stanco, Ryser 2016.
8 Gespräch mit Gertraud Müllauer, 2019.

07 Stelleninserat, 1972: Die Glühlampenfabrik Aarau suchte händeringend nach Arbeitskräften. Auf Italienisch warb sie mit sauberen, im Sitzen zu erledigenden Montagearbeiten in hellen Arbeitsräumen mit den schönen, kostenlosen Arbeitsschürzen und dem einladenden Personalrestaurant.

Möbelfabrik Döttingen AG. Dazu kamen die Sperrholzfabrik Hess & Co. und die drei Baugeschäfte Kaufmann, Torri und Birchmeier. Auch die Stahlbaufirma Zschokke-Wartmannn AG, die Betonziegel AG sowie Betriebe in den benachbarten Gemeinden Klingnau, Kleindöttingen und Koblenz beschäftigten italienische Arbeitskräfte.

Einen zweiten Ballungsraum von Ausländerinnen und Ausländern im gleichen Bezirk bildete das «Dörfli», das zur Schweizerischen Sodafabrik Zurzach AG gehörte. Auch der Flecken Zurzach kannte Möbelfabriken: Minet & Cie., Jawurek & Söhne, Kern & Rudolf, die vor allem Männer beschäftigten. Frauen dagegen fanden Arbeit in den Wäschefabriken Zuberbühler & Co. AG, Triumph International oder Superfil AG und in der Schuhfabrik Oco. Mit dem Familiennachzug, der in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre erlaubt wurde, erhöhte sich der Ausländeranteil in Döttingen und Zurzach erneut. Das örtliche Gewerbe reagierte auf die neue Kundschaft mit besonderen Angeboten. Das Filmparadies Zurzach beispielsweise zeigte über mehrere Jahre an den wenig frequentierten Mittwoch- und Donnerstagabenden Filme in italienischer Originalversion als Reprisen (siehe Abb. 04).[77]

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung war bis 1970 je nach Bezirk sehr unterschiedlich. Bis 2018 glichen sich die Werte der elf Aargauer Bezirke mit wenigen Ausnahmen an. Seit 1980 hält Baden den Spitzenwert, während die anderen Bezirke seit 1990 stark aufholten. Besonders in den Bezirken Kulm, Zofingen und Zurzach stieg der Ausländeranteil nochmals deutlich.

Saisonniers im Rotationsprinzip

Als sich die Schweiz in den 1950er-Jahren zu einem Einwanderungsland entwickelte,[78] setzten die Behörden anfänglich auf das Rotationsprinzip: Die Ausländer – prototypisch junge Italiener – sollten zwar die Bedürfnisse der Schweizer Wirtschaft befriedigen, aber nach verrichteter Arbeit wieder in ihre Heimat zurückkehren. Aus der ersten Phase stammt der Begriff «Gastarbeiter» für die Fremdarbeiter, weil man von einer temporären Arbeitstätigkeit in der Schweiz und einer endgültigen Rückkehr nach einigen Jahren ausging.

Dafür war 1931 das Saisonnierstatut geschaffen worden. Es erlaubte einen neunmonatigen Aufenthalt, gekoppelt an eine Arbeitsstelle, mit anschliessender zwingender Ausreise. Brach die Konjunktur ein, konnten Saisonbewilligungen gestrichen und damit die Arbeitslosigkeit in der Schweiz tief gehalten werden (siehe Grafik 12). Das erste Abkommen mit Italien von 1948, das die Arbeitsimmigration in die Schweiz regelte, baute ebenso auf dem Rotationsprinzip. Dies lag in beiderseitigem Interesse, denn der italienische Staat hatte nach dem Zweiten Weltkrieg die Auswanderung zu einem seiner Regierungsziele erhoben.[79]

Die Regelung entsprach im Aargau den saisonalen Schwankungen des Arbeitsangebots in der Baubranche, der Nahrungsmittelindustrie und der Landwirtschaft: 1976 entfielen beispielsweise von den 6013 zugeteilten Saisonarbeiterbewilligungen 2605 auf das Baugewerbe, 815 auf Bauern- und Gemüsebaubetriebe, 605 auf das Gastgewerbe, 259 auf die Nahrungs- und Genussmittelherstellung.[80] Um flexibel reagieren zu können, waren 1455 Plätze für «Härtefälle» vorgesehen. Seit den frühen 1960er-Jahren wurden Saisonbewilligungen auch spanischen, jugoslawischen, türkischen und portugiesischen Staatsangehörigen ausgestellt. Die Praxis der Saisonbewilligungen endete 2002 mit den bilateralen Verträgen, welche die Personenfreizügigkeit mit den Ländern der Europäischen Union auf eine neue Grundlage stellten.

Assimilation statt Rotation

1964 schloss die Schweiz mit Italien ein zweites Abkommen, das die Zuwanderung regelte. Die Bestimmungen galten auch für Angehörige anderer Staaten. Dieses zweite «Italienerabkommen» überwand das Rotationsprinzip und verfolgte das Prinzip der Assimilation. Ab diesem Zeitpunkt wurde von den Einwanderinnen und Einwanderern erwartet, dass sie die hiesigen Gepflogenheiten beachteten.

Den Wechsel von der Rotation zur Assimilation beschleunigte das gesamteuropäische Umfeld. Die junge Europäische Wirtschaftsgemeinschaft kannte ein gewisses Mass an Personenfreizügigkeit und lenkte die Arbeitskräfte aus dem südlichen Europa an der Schweiz vorbei nach Deutschland und in die Benelux-Staaten. Umso attraktiver mussten die Arbeitsbedingungen und die Einwanderungsbestimmungen geregelt sein.

Das Abkommen von 1964 sah die Jahresbewilligung als die übliche fremdenpolizeiliche Genehmigung vor, die bei Verlängerung zu einem ununterbrochenen Wohnsitz in der Schweiz und – je nach Staatsangehörigkeit – nach fünf respektive zehn Jahren zu einer Niederlassungsberechtigung führte. Zudem vereinfachte man damit den Nachzug von Ehegatten und Kindern. Trotz dieser Lockerung befand sich die Aargauer Fremdenpolizei in den 1960er- und 1970er-Jahren in einem ständigen Ringen und in rechtlichen Auseinandersetzungen mit kleinen und mittleren Betrieben um die Einstellung ausländischer Arbeitskräfte.[81] Besonders das Gastgewerbe machte sich für Bewilligungen stark und erhob oft den Vorwurf, im Aargau würden Industrie und Baugewerbe bevorzugt behandelt.

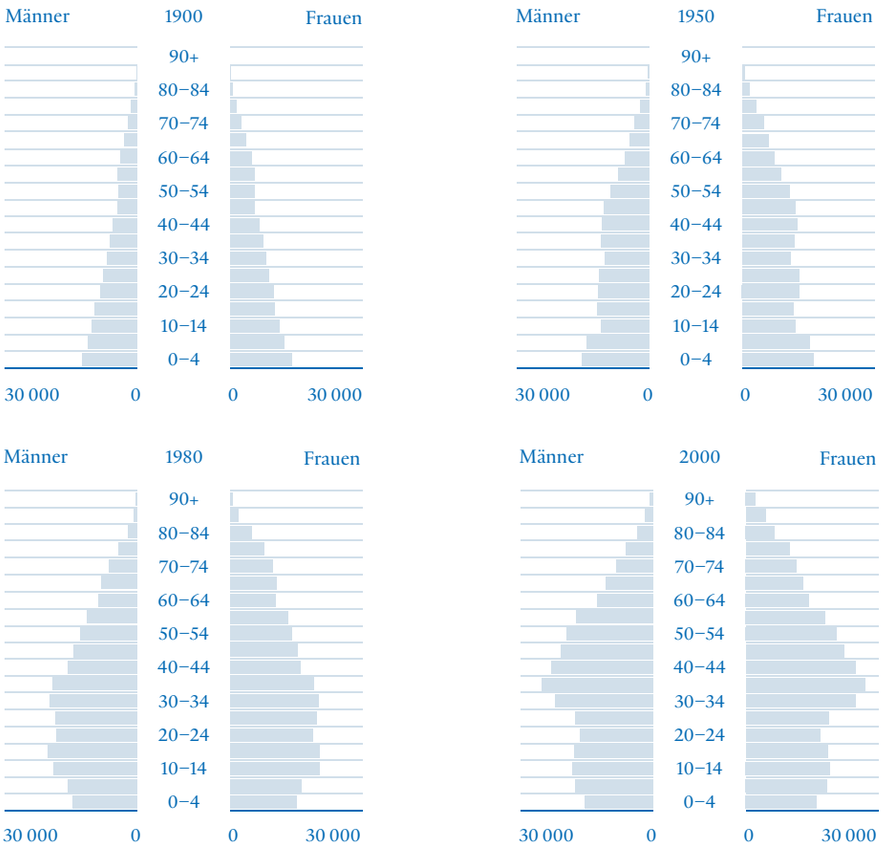
Zuwanderung aus dem ehemaligen Jugoslawien

Jüngst verdienen die Einwanderungsgruppen aus Südosteuropa Beachtung, namentlich aus den Nachfolgestaaten des in den 1990er-Jahren zerfallenen Jugoslawiens.[82] Vor 1980 handelte es sich um eine kleine, unauffällige und gut integrierte Personengruppe. Häufig übten sie Berufe aus, die eine gute Ausbildung bedingten: Ärzte, Zahnärzte, Krankenschwestern, Pflegerinnen und Pfleger. Wenig gebildete Personen aus Jugoslawien lebten kaum in der Schweiz. Mässig gut bezahlte Stellen besetzten schon die Italienerinnen und Italiener. Die meisten Jugoslawinnen und Jugoslawen kamen aus dem kroatischen und dem slowenischen Landesteil.

Mit dem Tod des jugoslawischen Staatschefs Tito im Jahr 1980 verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation, die politischen Spannungen stiegen. 1985 machten die Jugoslawinnen und Jugo-

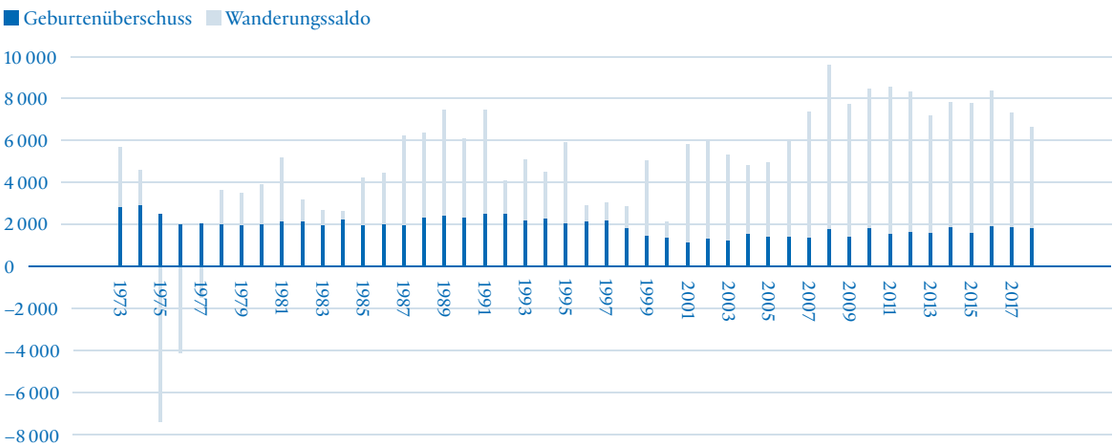
Grafik 09

Altersstruktur der Gesamtbevölkerung 1900–2000



Grafik 10

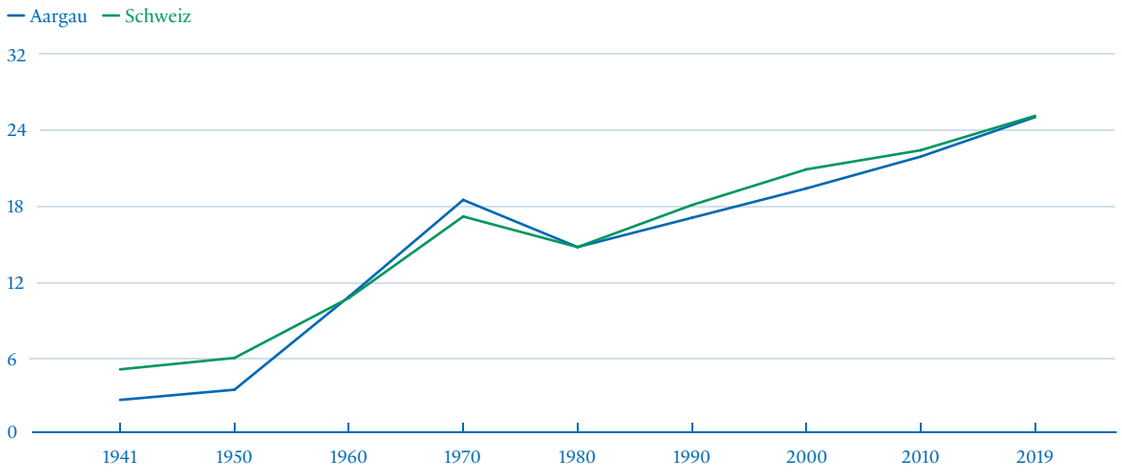
Entwicklung der Aargauer Bevölkerung 1973–2019 (absolute Zahlen)



Grafik 09 In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kletterte im Aargau die grösste Alterskohorte, die von 1940 bis 1965 Geborenen, die Bevölkerungspyramide hoch. Immer deutlicher zeigte sich der Geburtenrückgang in der insgesamt wachsenden Kantonsbevölkerung. Quelle: Datenportal Statistik Aargau.
Grafik 10 Seit der Aargau 1973 eine eigene Bevölkerungsstatistik begann, wuchs die Bevölkerung jedes Jahr. Mit einer Ausnahme: In der Rezession wanderten von 1975 bis 1977 13 005 Personen aus dem Aargau ab. Quelle: Datenportal Statistik Aargau.

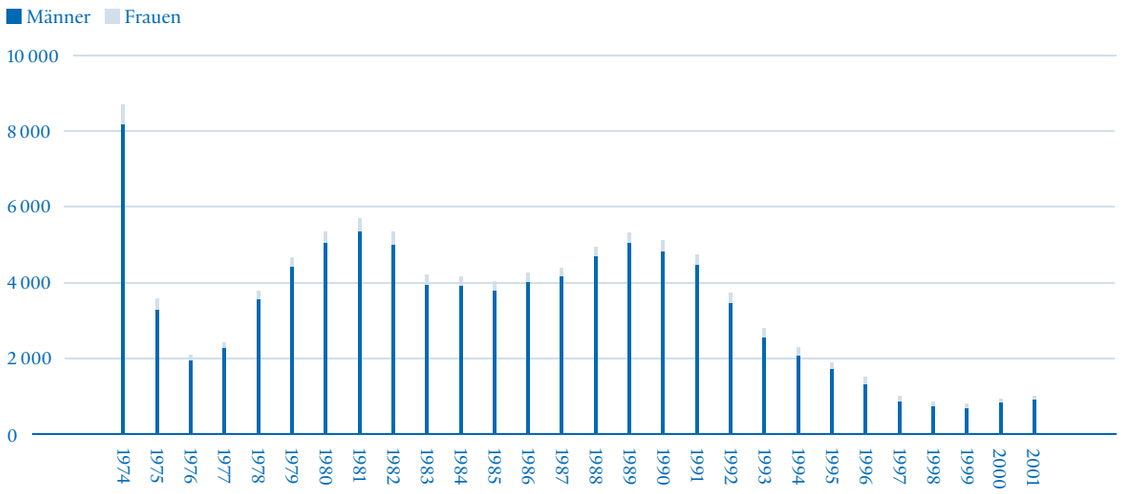
Grafik 11

Anteil der ausländischen Bevölkerung 1941–2019 (in Prozent)



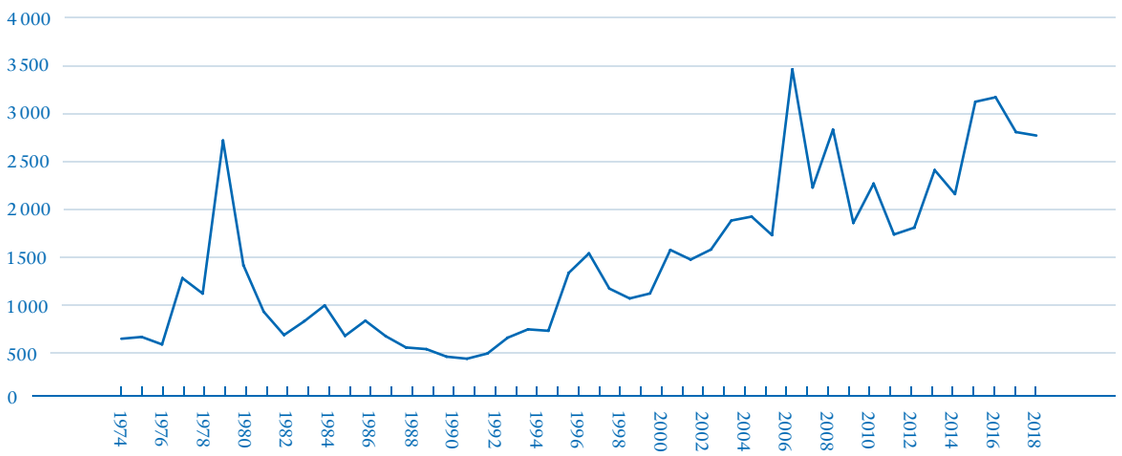
Grafik 12

Saisonniers im Aargau 1974–2001 (jeweils Ende August)



Grafik 13

Einbürgerungen Aargau 1974–2019 (absolute Zahlen)



Grafik 11 Nachdem der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung im Aargau gegenüber dem Landesmittel aufgeholt hatte, erlebte der Kanton einen stärkeren Rückgang. Seit 1980 wuchs der Wert praktisch gleich wie der nationale Durchschnitt. Quellen: Bundesamt für Statistik.
Grafik 12 Die Zahl der Saisonniers im Aargau sank seit den 1970er-Jahren markant. Die Wirtschaft verlangte nach Jahresbewilligungen, um die Arbeitskräfte und ihr Wissen in den Betrieben halten zu können. Die Baubranche verzichtete auf den Arbeitsunterbruch im Winter. Frauen mit Saisonbewilligungen blieben eine Ausnahme. Quelle: Statistik Aargau.
Grafik 13 Beide Höhepunkte in der Anzahl von Einbürgerungen ergaben sich aufgrund der verstärkten Zuwanderung im vorangehenden Jahrzehnt. Einbürgerungswillige nutzten die Chance eines gesicherten Aufenthaltsstatus, häufig mit dem Vorteil der seit den 1990er-Jahren erlaubten doppelten Staatsbürgerschaft. Quelle: Statistik Aargau.

slawen 13 Prozent der ausländischen Bevölkerung im Aargau aus und waren damit die zweitgrösste Ausländergruppe hinter der italienischen.[83] In den fünf Jahren bis 1990 stieg ihre Anzahl von 9354 auf 16 928.[84] Der wichtigste Grund dafür war die Aufhebung der Autonomie der Provinz Kosovo, welche die Repression gegen die albanische Volksgruppe und deren Diskriminierung nach sich zog. Mit dem Beginn der Staatenzerfallskriege und der Unabhängigkeit der früheren Republiken verstärkte sich der Zustrom. Die Familien folgten den Vätern, Brüdern und weiteren Verwandten, die bereits in der Schweiz wohnten. Plötzlich nahm ein Teil der Schweizer Öffentlichkeit die einstigen «Traumausländer» als Problem wahr, und den Menschen aus den bald unabhängigen Staaten Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Kosovo und Nordmazedonien schlugen stereotype Vorurteile entgegen.

Wie schon die Italienerinnen und Italiener begannen sich die «Ex-Jugoslawen» zu organisieren. Innerhalb der einzelnen Ethnien, Sprachgruppen und Konfessionen pflegten sie ihre Identität und bahnten sich ihren Weg in der Schweizer Mehrheitsgesellschaft.[85] Die jahrzehntelange Arbeit der im Aargau tätigen albanischen Tanzschule Shota steht für viele erfolgreiche Organisationen in diesem Bereich.[86]

Globalisierung der Zuwanderung

Seit den epochalen geopolitischen Umwälzungen mit dem Fall des Eisernen Vorhangs veränderte sich auch die globale Migration grundlegend.[87] Einerseits vergrösserten sich die Distanzen, andererseits erhöhte sich die Frequenz der Wanderungsbewegungen. In den 1990er-Jahren boten die ersten Fluggesellschaften Low-Cost-Flüge innerhalb Europas an. Das Schengen-Abkommen erleichterte den Grenzübertritt, und seit die EU mit den Osterweiterungen bis 2013 28 Mitgliedstaaten umfasst, sind die Voraussetzungen für die Pendelmigration von Osteuropäerinnen gegeben. Ihre Dienste als Haushalthilfen und Pflegende sind in der alternden Gesellschaft gefragt.

Wie erwähnt, stammten die im Aargau lebenden Ausländerinnen und Ausländer meistens aus europäischen Ländern.[88] Seit der Zwischenkriegszeit bilden Deutsche mit Abstand die grösste Gruppe. Bis 1970 machten die Italienerinnen und Italiener bis zu drei Viertel aller Ausländerinnen und Ausländer aus, doch wanderten schon Personen aus Spanien, Portugal und dem damaligen Jugoslawien zu. Noch im Jahr 2000 stellten italienische Staatsangehörige mit einem Anteil von 23,5 Prozent die grösste Bevölkerungsgruppe. Zehn Jahre später waren dies deutsche Staatsangehörige mit 19,9 Prozent, während Personen italienischer Nationalität noch 17,9 Prozent der ausländischen Wohnbevölkerung ausmachten.[89]

Nicht nur die absolute Zahl und der prozentuale Anteil der Ausländerinnen und Ausländer stiegen in den letzten Jahrzehnten, auch kamen sie aus immer mehr Staaten. 1990 standen 32 Staaten auf der Liste mit mehr als hundert Personen im Aargau, 2000 waren es schon 46, im Jahr 2010 sogar 58.[90] Diese Entwicklung ergab sich mit den weltweiten Flüchtlingsströmen, die nach 1980 auch die Schweiz und damit den Aargau erreichten.[91] Waren es anfänglich Menschen aus kommunistisch regierten Gebieten wie Ungarn, Tibet, Tschechoslowakei, Kambodscha und Vietnam, suchten jetzt Personen aus bürgerkriegsgeschüttelten Staaten wie Sri Lanka, dem zerfallenden Jugoslawien, Eritrea, Afghanistan und Syrien Schutz und eine Lebensperspektive.

Akzentuierte Überfremdungsfrage

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs kam die Schweiz in eine ökonomisch günstige Lage.[92] Die hiesige Industrie war von den Verheerungen des Kriegs verschont geblieben und konnte direkt zum Wiederaufbau und zur wirtschaftlichen Erholung Europas beitragen. Der überraschend schnelle Aufschwung liess Arbeitsplätze entstehen, die mit einheimischen Kräften nicht mehr zu besetzen waren, besonders weil nach 1945 geburtenschwache Jahrgänge die Berufstätigkeit aufnahmen. Trotz zwei milder konjunktureller Abschwächungen vor 1950 und vor 1960 stieg die Zahl meist italienischer Arbeitskräfte schweizweit zwischen 1946 und 1960 von 40 000 auf 292 000.[93] Spätestens ab Mitte der 1960er-Jahre nahmen gewisse Kreise diese Dynamik der Zuwanderung aus dem Ausland als ambivalent wahr.[94] Nach ihrem Dafürhalten stimmte die rasante Bevölkerungsentwicklung nicht mehr mit dem nationalen Selbstverständnis überein, sodass Ängste bis hin zu Fremdenfeindlichkeit aufkamen. Die Rede war von «Überfremdung», ein Begriff, der inhaltlich unscharf blieb (siehe «Überfremdung», S. 240). Obwohl der Bundesrat scharfe Massnahmen einleitete, welche die Einwanderung dämpften, kam es zwischen 1965 und 1977 zu fünf eidgenössischen Vorlagen, welche die Einwanderung thematisierten.[95] Zur ausländerpolitisch aufgeheizten Stimmung jener Jahre passte, dass 1979 das erste eidgenössische Asylgesetz in Kraft trat.

Einer, der die Überfremdungsdebatte hautnah erlebte, war Luigi Marchesin (*1949).[96] Er zog 1963 aus der norditalienischen Provinz Treviso zu seinen Eltern nach Lenzburg. Seine Mutter war dort bereits 1952 während der arbeitsintensiven Erntesaison bei Hero Konserven tätig gewesen, zwei Jahre später fand sein Vater Arbeit als Flachmaler. Die Schulzeit verbrachte Marchesin bei Grossmutter und Tante in Ormelle, die dreimonatigen Sommerferien ab 1956 jeweils im Aargau. Der schulentlassene Jüngling lernte in der Eisenwarenhandlung von Walter Bertschi-Roeschis (1902–1985) nicht nur ein erfüllendes Berufsfeld kennen. Er erfuhr auch Förderung und Ermutigung zur Integration als freiwilliger Feuerwehrmann und Stadtkanonier im Jugendfestkomitee. Seine spätere Ehefrau Rita Bernardo (*1957) übersiedelte 1971 zu ihren ebenfalls bei Hero Konserven tätigen Eltern. Sie machte eine Anlehre als Verkäuferin in der Bäckerei Ortelli, bevor sie 1977 heiratete und drei Kinder bekam. Die Familie Marchesin-Bernardo engagierte sich in vielen Bereichen bei der Missione Cattolica Italiana und fussballerisch bei der Squadra Azzurra Lenz-

Türkischer Verein Seon: zwischen Tee, Gebet und Fussballtor

Die Gemeinde Seon wies in den 1980er-Jahren europaweit die zweithöchste türkische Bevölkerungsdichte auf – gleich hinter Berlin.[1] So ist es im kollektiven Gedächtnis des lokalen Türkischen Vereins verankert. Dass in jenen Jahren rund 500 Personen türkischer Herkunft am Tor zum Seetal lebten, hing mit der Buntweberei Müller & Cie. zusammen.[2] Das in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegründete Traditionsunternehmen richtete sich nach dem Zweiten Weltkrieg auf den Export von Blusen, Hemden und Uniformstoffen aus. Es beschäftigte seit den 1960er-Jahren zahlreiche Hilfskräfte aus der Türkei, bei einer Belegschaft von über 400 Köpfen. Die Firma brachte sie in firmeneigenen Mehrfamilienhäusern unter.[3]

Von der damaligen Besitzerfamilie ging 1977 auch die Initiative zur Gründung des Vereins für soziale Zusammenarbeit der türkischen Arbeiter in Seon und Umgebung aus. Rudolf Müller legte die erste finanzielle Grundlage für die Integrationsarbeit des Vereins. Beratung bei sozialen Fragen und gegenseitige Hilfe bei beruflichen Problemen gehören seither zum festen Programm. Nach steinigen Anfangsjahren übernahmen 1984 die hundert Mitglieder in einem ehemaligen Müller-Fabrikgebäude am Aabach die Lokalitäten des von Italienern geführten Circolo ACLI Seon, der sich damals langsam auflöste. Endlich stand ein ständiger Treffpunkt zur Verfügung, wo sich die Männer zum Teetrinken, Fussballschauen und zu Brettspielen treffen konnten. 1988 entstand die Fussballsektion Ataspor, in der Nachfolge des kränkelnden FC Italia. Fast gleichzeitig richtete man einen Gebetsraum ein, wo seither ein Geistlicher die Gebete leitet und Unterricht erteilt. Zehn Jahre später erklang die erste türkischsprachige Sendung im Aargauer Lokalradio Kanal K. Der Verein habe sich den sich ständig wandelnden Bedürfnissen der Mitglieder angepasst, betont Präsident Ali Osman Köseciogullari (*1956). Die verschiedenen Wünsche bilden auch die vielfältige soziale, politische, religiöse und regionale Herkunft der Vereinsmitglieder ab.

Seit den 1980er-Jahren gehört der Türkische Verein zum festen Bestandteil des Seoner Dorflebens. Er beteiligt sich mit seinen rund 400 Mitgliedern am Jugendfest, am Fussballturnier, an der Gewerbeausstellung und bemüht sich zusammen mit den örtlichen Pfarreien um die Kontaktgruppe Christen-Muslime.[4] Frauen leisteten von Anfang an einen wichtigen Beitrag zum Vereinsleben, seit 2014 sind sie auch im Vorstand vertreten. Sie beteiligen sich am lokalen Grüezi-Treff, wo sich Frauen aus aller Welt zu Austausch und Bildungsveranstaltungen treffen.

1 Gespräch mit Ali Osman Köseciogullari, Orhan Tulgar und Ünal Köseciogullari, 2020.
2 Schweizer Fernsehen SRF: «Türken in Seon», in: Rundschau, 9.6.1993.
3 Köseciogullari 2009.
4 Lenzburger Nachrichten, 10.3.2017.

08 Mitglieder des Türkischen Vereins Seon im Februar 2020 beim Brettspiel im Vereinslokal am Aabach.

burg.[97] Marchesin erfuhr trotz seiner Integrationsbemühungen Ablehnung. Deshalb kam er der Aufforderung seines Chefs Walter Bertschi-Roeschis nach, am Abend nach der Abstimmung über die letztlich verworfene Schwarzenbach-Initiative auf dem Lenzburger Gofersberg ein Freudenfeuerwerk zu zünden.

«Stabilisierung der ausländischen Arbeitskräfte»

Das katholisch-konservative *Aargauer Volksblatt* fasste das Dilemma der Überfremdungsdiskussion im April 1969 so zusammen: «Das Gastarbeiterproblem ist eine Frage des rechten Masses, des Masshaltens. Mass muss die Wirtschaft halten und Vernunft bewahren müssen auch jene, die unsere Eigenart nicht dem Wohlstand zuliebe preisgeben wollen. Die letzteren sollten nie vergessen, dass die Schweiz immer wieder im Verlaufe der Geschichte wertvolle Blutauffrischung durch Zuwanderung erhalten und eine grosse natürliche Assimilierungskraft bewiesen hat; ihre Gesprächspartner von der Wirtschaft aber sollten sich mehr als bisher darüber Rechenschaft ablegen, dass diese Assimilierbarkeit verunmöglicht wird, wenn die Zuwanderer zu einem Staat im Staate, zu einer Gesellschaft in der Gesellschaft werden, die sich vom Schweizer Volk absondert und zugleich von ihm abgestossen wird.»[98]

Im November 1969 wurde an einer Tagung im Stapferhaus in Lenzburg «Das Problem der Überfremdung in der Schweiz» diskutiert.[99] Siebzig Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Bildung, Migrationsorganisationen, Presse/Medien und Politik aus allen Sprachregionen setzten sich mit den möglichen Folgen der «Schwarzenbach-Vorlage» auseinander. James Schwarzenbach (1911–1994) vertrat dabei die Anliegen der von der «Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat» eingereichten zweiten Initiative «gegen die Überfremdung und Überbevölkerung der Schweiz». Im Vorfeld der Abstimmung am 7. Juni 1970 zu dieser Vorlage erklärte sich die BBC in der Hauszeitung: «Die Geschäftsleitung bekennt sich vorbehaltlos zum Ziel der Stabilisierung der ausländischen Arbeitskräfte, da vor allem auch die menschlichen Probleme des Zusammenlebens im Betrieb und in der Wohngemeinschaft bedacht sein müssen. Sie ist aber keinesfalls der Meinung, unsere schweizerische Eigenart sei durch die anwesenden Ausländer gefährdet.»[100] Handfeste wirtschaftliche Interessen wurden schon früher in die Diskussion eingebracht,[101] schliesslich beschäftigte die BBC allein in Baden 7300 Ausländer, über die Hälfte der gesamten Belegschaft. Überdies fehlten ihr 1970 wegen der restriktiven Massnahmen des Bundesrates rund tausend Arbeitskräfte.[102] Dagegen befürwortete ein Teil der Gewerkschaften die Initiative.[103] Gerade bei den ausschliesslich am Gewinn interessierten Spitzen von Industrie und Wirtschaft wurde die Ursache für das Malaise in einer Wortmeldung an der Generalversammlung der Emausbruderschaft Baden von 1970 verortet: «Man habe zu lange zugewartet und als Folge sei beim Volk die Angst vor einer Überfremdung entstanden.»[104]

Zur Stabilisierung des ausländischen Bevölkerungsanteils trugen auch Rückwanderinnen und Rückwanderer bei. Zu ihnen zählte Concetto Vecchio (*1970), der bis zum Alter von 14 Jahren in Staufen lebte.[105] Seine Eltern – die Mutter bei Zeiler Verpackungen AG in Lenzburg und der Vater bei Thut Möbel in Möriken als Möbelschreiner angestellt – pflegten hauptsächlich Kontakte zu Landsleuten. Während sein Vater an Heimweh nach Sizilien litt und in 23 Jahren kein Deutsch lernte, erlebte seine Mutter grössere Freiheiten und hatte mehr Entfaltungsmöglichkeiten als in Italien. Trotzdem kehrte die Familie 1984 zum Leidwesen des Teenagers nach Italien zurück. Den Fussball und die Bezirksschule in Lenzburg sowie die Kollegen vermisste er sehr, auch wenn er zuweilen als Italiener verunglimpft worden war.

Die Rückwanderung von ausländischen Arbeitskräften in ihre Heimatländer wurde durch die Abwanderung in andere Kantone ergänzt, wie der Jahresbericht der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK) 1978 festhielt. Sie stellte sich die Frage, «ob nicht vielleicht in unserem Kanton eine stärkere Verunsicherung der Ausländer stattgefunden hat als andernorts».[106] Vergleichsweise tiefe Löhne in der Industrie zog die AIHK dabei nicht in Betracht.

Andere Ausländergruppen bemerkten während der Überfremdungsdiskussion nur wenig von den Anfeindungen gegenüber den Italienern.[107] Wer etwa als österreichischer, niederländischer, tschechoslowakischer oder ägyptischer Ingenieur bei der BBC in Baden arbeitete, bekam davon wenig mit.

Unternehmen gegen Politik

Letztlich verwarf die Schweiz die Schwarzenbach-Initiative mit 54 Prozent Nein-Stimmen und 15 ablehnenden Ständen.[108] Auch der Aargau lehnte mit 52,5 Prozent der Stimmen ab, wobei die Bezirke Kulm, Zofingen und Lenzburg zustimmten (siehe Tabelle 06). Auch die weiteren drei eidgenössischen Vorlagen fanden weder auf nationaler noch auf kantonaler Ebene Mehrheiten. Im Verlauf der folgenden vier Jahrzehnte verwarf der Aargau 1981 die von linker Seite eingebrachte «Mitenand-Initiative für eine neue Ausländerpolitik» ebenso wie 1988 die Volksinitiative «Für die Begrenzung der Einwanderung». Im Jahr 2000 befanden Volk und Stände über die vom damaligen freisinnigen Grossrat Philipp Müller (*1952) aus Reinach lancierte Volksinitiative «Für eine Regelung der Zuwanderung». Die wegen des anvisierten maximalen Ausländeranteils «18-Prozent-Initiative» genannte Vorlage fand landesweit die Zustimmung von gut einem Drittel der Abstimmenden, im Aargau von fast der Hälfte. Im Bezirk Zofingen wurde sie knapp, im Bezirk Kulm überdeutlich angenommen. Bei der Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» dagegen trug der Aargau mit einer deutlichen Zustimmung in allen Bezirken zum gesamtschweizerischen Erfolg der Vorlage bei.

Nicht nur Grossbetriebe wie die BBC befürchteten negative Auswirkungen durch Überfremdungsvorlagen. Vor der Abstimmung über die dritte Überfremdungsinitiative im Oktober 1974 wandte sich der langjährige geschäftsführende Direktor und Inhaber der Textildruckerei Suhr an seine fünfzigköpfige Belegschaft.[109] Fritz Hediger (†1989) drückte sich sorgfältig aus: «Sicher wird sich

jeder stimmberechtigte Schweizerbürger unseres Betriebes Rechenschaft darüber ablegen müssen, dass unser heutiges Produktionsniveau nur in Zusammenarbeit mit allen Mitarbeitern weiterhin aufrechterhalten werden kann. Ein Abbau von ausländischen Arbeitskräften in diesem Ausmasse, wie er in der Initiative der Nationalen Aktion vorgesehen ist, hätte zweifelsohne schwerwiegende Folgen für unseren Betrieb. Diese Tatsache und auch die mit einer allfälligen Annahme der Initiative verbundenen menschlichen Aspekte sollte man sich am kommenden Wochenende jedenfalls gebührend vor Augen halten und seine Entscheidung möglichst objektiv, d. h. frei von Gefühlsmomenten treffen.»[110]

Abgesehen von der menschlichen Seite und dem Bedarf an Arbeitskräften betonte die AIHK den Wert der Ausländerinnen und Ausländer als Konsumenten. Sie hielt im Jahresbericht von 1975 fest: «Im Gemüsebau bestätigte die genaue Erfassung der Anbauflächen während der Sommermonate erneut die starke Stellung des Aargaus bei der Produktion von Saisongemüse. Da mit der rezessionsbedingten Rückwanderung vieler Gastarbeiter sehr gute Gemüsekonsumenten als Abnehmer ausfallen, ist mit einer verschärften Konkurrenzierung der einzelnen Anbaugebiete [im Aargau] unter sich zu rechnen.»[111] Die ausländische Wohnbevölkerung war demnach in vielerlei Hinsicht ein bedeutender Bestandteil der hiesigen Volkswirtschaft geworden.

Wachsende Zahl von Einbürgerungen und Doppelbürgerschaften

Die hohe Ausländerquote in der Schweiz ergab sich auch aus den vergleichsweise restriktiven Regelungen bezüglich der Naturalisierung von Ausländerinnen und Ausländern.[112] Vor allem die zwölfjährige Wartezeit bis zur Einbürgerung führte zu einem relativ hohen Ausländeranteil.[113] Die Zahl der Einbürgerungen erreichte gegen Ende der 1970er-Jahre einen ersten Höhepunkt, als die zahlreichen Zuwanderinnen und Zuwanderer des vorigen Jahrzehnts die Schweizer Staatsbürgerschaft anstrebten (siehe Grafik 13). Nach einem zwischenzeitlichen Abflachen stiegen die Zahlen nach 1990 wieder an, bedingt durch eine Gesetzesänderung, die aus Schweizer Sicht die Doppelbürgerschaft erlaubte.[114] Das bisherige Maximum von 2006 war eine Folge der kriegsbedingten Einwanderung der 1990er-Jahre aus Ex-Jugoslawien. Der jüngste Höhepunkt lässt sich auf die Einführung der Personenfreizügigkeit mit den Ländern der Europäischen Union in den frühen Nullerjahren zurückführen.

Das Bundesamt für Statistik ging für das Jahr 2017 davon aus, dass 37,2 Prozent der Schweizer Bevölkerung über einen Migrationshintergrund verfügte.[115] Die Untersuchung zählte im Wesentlichen im Ausland geborene Personen und eingebürgerte Schweizerinnen und Schweizer der ersten Einwanderergeneration zum Personenkreis «mit ausländischen Wurzeln». Für den Aargau kann man von vergleichbaren Verhältnissen ausgehen. Mit einem verwandten Phänomen befasste sich eine 2018 veröffentlichte Studie, welche die zunehmende Zahl der Doppelbürgerschaft von Schweizerinnen und Schweizern untersuchte.[116] Die Forschung arbeitete für 2016 heraus, dass 900 000 Schweizer Staatsangehörige mit Wohnsitz in der Schweiz über eine weitere Staatsbürgerschaft verfügten. Dies entsprach einem Siebtel der Schweizer Bevölkerung im Inland. Auch hier deutet nichts darauf hin, dass sich die Aargauer Anteile davon unterscheiden.

Testfeld Planung

Raumentwicklung, Städtebau und Architektur

Die Dynamik der Nachkriegsmoderne spiegelt sich nirgendwo so augenscheinlich wie in der rasanten Veränderung der Kulturlandschaft. Der Aargau als Territorium zwischen den Zentren erfuhr dabei eine eigene Entwicklung. Hier öffnete sich Raum für Experimente – im Guten wie im Schlechten. In den ersten Jahrzehnten nach 1945 entstanden behördliche Planungsinstrumente, während sich gleichzeitig die von einer überragenden Mehrheit bejubelten Monumente der neuen Zeit in die Topografie einschrieben: Autobahnen, Einkaufszentren, Hochhäuser. — *Fabian Furter*

Raumrelevante Aspekte zum Boom der Nachkriegszeit

«Die Zukunft stellt ungeheure Aufgaben. Man muss wissen, was man will, sonst hat man nur zu klagen. Man muss einen Plan haben, ein klares Bild.» Mit diesen Worten leitete 1959 der damals 27-jährige Hans Ulrich Scherer (1932–1966) in einem programmatischen Aufsatz seine Aufforderung zu mutigen raumplanerischen Taten ein.[117] Der aus Klingnau stammende Architekt hatte die interdisziplinäre Arbeitsgruppe «team brugg 2000» gegründet, welche 1958 eine lokal viel beachtete Ausstellung mit Vorschlägen zur Planung der Kleinstadt bis zur Jahrtausendwende präsentiert hatte.[118] In welchem Kontext muss Scherers Aufruf verstanden werden? Welche Effekte hatte die anhaltende Hochkonjunktur für die gebaute Umwelt?

Wachstum und Mobilität als treibende Kräfte

Das damalige Wachstum spiegelt sich anschaulich in Zahlen: Zwischen 1941 und 1970 wuchs die Bevölkerung im Aargau von 270 000 auf 433 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Damit lag der Kanton klar über dem Landesmittel (siehe «Demografie», S. 35).[119] Diese Menschen – darunter die Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter aus den Mittelmeerländern – brauchten Wohnungen. Das Wirtschaftswunder brachte ausserdem eine rapide Vermehrung der Kaufkraft. Der Reallohn hatte sich zwischen 1945 und 1970 mehr als verdoppelt.[120] Wohlstand potenzierte den Bedarf an Wohnraum zusätzlich. Hinzu kam der Trend zu kleineren Familien und Einzelhaushalten.

Die relevanteste Antriebskraft aller raumgreifenden Entwicklungen in den Nachkriegsjahrzehnten war letztlich die Automobilisierung der Gesellschaft. Sie war nicht bloss eine verkehrsplanerische Einflussgrösse, sie veränderte die räumlichen Strukturen und Prozesse fundamental.[121] Wo man mit dem Auto gut hinkam, wurde gebaut. So entstand beispielsweise schon 1939 die Möbel-Pfister-Fabrik in Suhr direkt an der Landstrasse Zürich–Bern. Mit der Eröffnung der Autobahn wurden die Landstrassen von den Automobilströmen entlastet, und die Schwergewichte der Siedlungsentwicklung verlagerten sich hin zu den neuen Verkehrsadern. So erklärt sich das markante Gebäude von Möbel Pfister an seiner heute eher peripheren Lage ebenso wie eine Vielzahl von verschwundenen oder zweckentfremdeten Tankstellen und anderen Dienstleistungsangeboten, denen die Autobahn die Existenzgrundlage entzog.

Die 1950er- und insbesondere die 1960er-Jahre brachten die Massenmotorisierung. 1970 fuhren mit 1,3 Millionen Fahrzeugen zehnmal mehr Privatautos auf Schweizer Strassen als 1950.[122] Autogerechte Planung war das kaum hinterfragte Credo. 1960 war Baustart für das Nationalstrassennetz und damit für das grösste Infrastrukturprojekt der Schweiz.

Spekulation, Teuerung und Dämpfungsmassnahmen

Das alles blieb nicht ohne Wirkung: Seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich das Mittelland tiefgreifender verändert als in den 3000 Jahren Kulturgeschichte davor. Das real in Bauten investierte Kapital vervierfachte sich alleine zwischen 1945 und 1975.[123] Mehr als drei Viertel aller Bauten im Kanton Aargau stammen aus der Zeit nach 1945. In nackten Zahlen heisst das: Die neue Zeitrechnung begann mit einem Baubestand von 35 000 Einheiten im ganzen Kanton. 2019 waren es 153 000.[124]

Es mangle nicht an Versuchen, durch weitgespannte Planung das Entstehen von geordneten Ortsbildern zu fördern, schrieb 1964 der aus Wettingen stammende Lehrer, Künstler und nachmalige Direktor des Kunsthauses Aarau, Heiny Widmer (1927–1984). Noch würden diese Bemühungen aber sehr oft an der Bodenspekulation scheitern, die sich auf die Verfügungsfreiheit über das Privateigentum berufe und so Landschaften, Städte und Dörfer einer «sinnentleerten Bauerei» ausliefere.[125] Kommunale Bauordnungen umfassten – sofern sie überhaupt existierten – im Wesentlichen nur baupolizeiliche Vorgaben. Bestimmungen also, welche der Sicherheit dienten und Schaden an Leib und Eigentum abwenden sollten.[126] Sie regelten Grenzabstände, Gebäudetiefen oder Baulinien, enthielten aber kaum Leitideen für eine gesamtheitliche Entwicklung von Siedlungen.

Das in seinen Strukturen veraltete Baugewerbe vermochte den chronischen Nachfrageüberschuss auf dem Immobilienmarkt dreissig Jahre lang nicht aufzuholen. Bauen wurde teurer, so rasch wie noch nie, oft mehr als zehn Prozent pro Jahr. Zwischen 1957 und 1972 verdoppelten sich die indexierten Baukosten mit einer starken Akzentuierung in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre.[127]

Spekulation und Teuerung im Bausektor wurden deshalb wiederholt Gegenstand hitziger politischer Debatten. 1959 forderte der Schweizerische Bauernverband einen Verfassungsartikel über den Erhalt der Agrarflächen, damit die Landwirte vom Druck auf die Bodenpreise entlastet würden.[128] Die Sozialdemokratische Partei (SP) lancierte 1963 eine Volksinitiative, mit der sie ein neues Bodenrecht forderte. Um der Preistreiberei einen Riegel zu schieben, sollte dem Staat ein Vorkaufsrecht bei der Veräusserung von privaten Grundstücken gewährt werden. Dieses Begehren wurde 1967 zwar deutlich verworfen (im Aargau mit 70 % Nein-Stimmen), gleichwohl blieb es über Jahre Nährboden für die Kontroverse um ein allseits anerkanntes Problem.

1964 erliess der Bund erstmals zeitlich beschränkte Beschlüsse «über die Bekämpfung der Teuerung durch Massnahmen auf dem Gebiete der Bauwirtschaft». Konkret erhielten die Kantone einen jährlichen Bauvolumenplafond zugeteilt, den es nicht zu überschreiten galt. Bauten ohne Dringlichkeit mussten zurückgestellt werden, um der überhitzten Bauwirtschaft eine Verschnaufpause zu ermöglichen. Zwischen 1971 und 1974 wurden ähnliche «Massnahmen zur Stabilisierung des Baumarktes» erlassen, von denen im Aargau anfänglich nur die Gemeinden in den Bezirken Brugg und Baden, später indessen weite Teile des Kantonsgebiets betroffen waren.[129] Über die Wirksamkeit dieser staatlich verordneten Dämpfungsmassnahmen wurde leidenschaftlich diskutiert. Die Tatsache, dass im Aargau in den Jahren 1964 und 1965 der verfügte Plafond gar nicht ausgeschöpft wurde, lässt den Schluss zu, dass die Zweifel an deren Wirksamkeit berechtigt waren, zumal für die Durchführung der Massnahmen eine entsprechende Bürokratie aufgebaut werden musste.[130] Und sie zeigen rückblickend, dass die Bauwirtschaft und deren Wirken auf die Kulturlandschaft ökonomisch und raumplanerisch die Krisensymptome der Hochkonjunktur spiegelte.

Das Beispiel Limmattal mit der Spreitenbacher Hochhausaffäre

Das Limmattal zwischen Zürich und Baden darf als landesweites Extrembeispiel für den Expansionsdruck, der nach dem Zweiten Weltkrieg von den urbanen Zentren ausging, bezeichnet werden. Siedlung und Verkehr begannen im Verlauf der 1950er-Jahre diese landwirtschaftlich geprägte Geländekammer zwischen den Hügelzügen Altberg und Heitersberg zu vereinnahmen. Deren Antlitz veränderte sich radikal: Aus kompakten und beschaulichen Bauerndörfern entstand binnen zweier Dekaden eine geschlossene Agglomeration. «Das Aargauische Limmattal gleicht heute einem einzigen riesigen Bauplatz», resümierte die Kulturzeitschrift *Atlantis* im Frühjahr 1964.[131]

Immer wieder sorgte dabei Spreitenbach für nationale Schlagzeilen, so ein erstes Mal 1955 mit der Episode um das vermeintlich erste Hochhaus im Aargau. Diese zeigt, wie die Behörden in jenen Jahren oft machtlos von der Raumentwicklung überrollt wurden: Der Zürcher Architekt Mario Della Valle (†1994) begann 1953, auf freiem Feld zwischen Spreitenbach und Killwangen eine Reihe Einfamilienhäuser zu bauen. Im Gemeinderat reifte schnell die Erkenntnis, dass nun mit hoher Dringlichkeit eine kommunale Bauordnung auszuarbeiten sei. Die unkoordinierte Streubauweise war teuer für die Gemeinde, weil sie Strassen und Werkleitungen bauen musste. Nur wenige Wochen bevor die Bauordnung 1955 rechtskräftig wurde, begann Della Valle mit dem Bau eines Hochhauses, welches er als vertikalen Akzent in seiner Häusergruppe verstand. Eine Baubewilligung brauchte er dafür nicht. In der Gemeinde regte sich Widerstand, doch berief sich der Bauherr auf den Umstand, dass zum Zeitpunkt des Baubeginns noch keine Rechtsgrundlage existiert hatte, die seinem Vorhaben die Legitimität hätte entziehen können. Niemand wusste, wie hoch das bereits im Bau befindliche Gebäude werden sollte. Er plane mit zwölf Stockwerken, liess Della Valle den überforderten Gemeinderat wissen. Wenig später präsentierte er ein Projektmodell mit zwanzig Geschossen.

Jetzt intervenierten beim kantonalen Baudepartement nicht mehr nur Nachbarn, auch der Heimatschutz und die Regionalplanungsgruppe Nordwestschweiz wurden aktiv. Der Aargauer Regierungsrat verhängte einen Baustopp und reiste in corpore für einen Augenschein nach Spreitenbach zur Baustelle des Hochhausstumpfes. Es folgte ein mehrjähriges juristisches Hickhack bis vor Bun-

desgericht. Dies verschaffte der Gemeinde Luft, um mit einem Teilzonenplan die notwendigste Grundlage zu erarbeiten, die 1959 den Weiterbau der «modernsten Ruine der Schweiz» erlaubte.[132] Der Bau erhielt letztlich 13 Geschosse und wenig später ein Zwillingsgebäude.

Die Hochhausaffäre markiert in Spreitenbach nur den Anfang einer beispiellosen Bautätigkeit. Zur gleichen Zeit wurde bekannt, dass die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) im Gemeindebann den Rangierbahnhof Limmattal planten, und bereits liefen die Abklärungen für die Linienführung einer künftigen Autobahn.[133] Die Gemeinde beauftragte darum 1956 den jungen Planer Klaus Scheifele (1931–2014) mit der Ausarbeitung eines Zonenplans in Ergänzung zur bereits vorliegenden Bauordnung. Der Autodidakt Scheifele lieferte 1959 mit seiner ersten Ortsplanung ein Gesellenstück voller Innovationen ab, darunter einen Richtplan für die Bebauung von Neu-Spreitenbach, jene bald realisierte und bis heute die Geister scheidende «Hochhausstadt».[134] Die Idee dieses Plans war bestechend: Hält sich ein Landbesitzer bei der Bebauung seiner Parzelle an die Vorschläge des Planers und tritt er Land für Infrastrukturen ab, dann steht ihm eine höhere Ausnützung und damit mehr Rendite zu. So gelang es, dass sich eine Vielzahl verschiedener Landeigentümer einer parzellenübergreifenden Bebauungsidee unterordnete.

Scheifele konnte sich auf Arbeiten von Hans Marti (1913–1993) stützen, der 1954 mit der Ortsplanung von Zofingen begonnen und 1955 eine viel beachtete Bebauungsstudie für Neu-Zofingen südlich von Altstadt und Bahnhof vorgelegt hatte.[135] Seit Jahren schon experimentierte Marti theoretisch mit Ausnützungsziffern und Bonussystemen. Neu-Zofingen und Neu-Spreitenbach waren Praxisbeispiele der universellen Postulate für die lockere, gegliederte, durchgrünte und autogerechte Stadt, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg weltweit zur Anwendung kamen. Spreitenbach wurde gebaut, während Zofingen Modell blieb. Jener Neustadtperimeter diente zwanzig Jahre später als Standort für das Bildungszentrum Zofingen, welches zwischen 1974 und 1978 entstand und verschiedene Bildungseinrichtungen umfasste, darunter das Lehrerseminar und die Berufsschule.[136] Die in Spreitenbach getesteten Planungsinstrumente fanden zehn Jahre später als «Gestaltungsplan» Eingang in das Aargauer Baugesetz, von dem noch die Rede sein wird.[137]

Der bemerkenswerte Epilog zur Spreitenbacher Hochhausaffäre geht so: Der aus Bellinzona stammende Architekt und Investor Mario Della Valle brachte es zu Wohlstand und Ansehen. Er initiierte Anfang der 1980er-Jahre mit einer Spende von über fünf Millionen Franken die Renovation des Castelgrande. Mehr als zehn Jahre dauerten diese Arbeiten unter der Ägide des Tessiner Architekten Aurelio Galfetti (1936–2021). Das Werk fand internationale Anerkennung, die Bellenzer Burgen sind heute Baukulturgut von nationaler Bedeutung und gehören seit 2000 zum UNESCO-Welterbe. Die Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte würdigte 1994 posthum den grosszügigen Spender Della Valle, der auch einen Kunstführer über die Burgen von Bellinzona finanzierte.[138] So erkaufte sich der einst vom Heimatschutz gescholtene Baulöwe einen salbungsvollen Nachruf und wurde Ehrenbürger und Ehrenpatrizier seiner Heimatstadt.[139]

Die Planungsinstrumente entstehen

Das Beispiel Spreitenbach zeigt: Für den Vollzug einer nachhaltigen Raumentwicklung fehlten in den 1950er-Jahren auf allen Stufen sowohl die Grundlagen als auch die Richtlinien. Das heisst, es brauchte Fachkräfte, die Pendlerströme analysierten, Landreserven prüften, den Bedarf an Infrastrukturen errechneten und sich Gedanken dazu machten, wie diese Aspekte in die politischen Prozesse eingebunden werden konnten. Es brauchte Statistiker, Planer und Juristen.

Aber was ist mit Raumplanung überhaupt alles gemeint? «Bund, Kantone und Gemeinden sorgen dafür, dass der Boden haushälterisch genutzt und das Baugebiet vom Nichtbaugebiet getrennt wird», heisst es dazu im ersten Artikel des 1979 geschaffenen und 1980 eingeführten Bundesgesetzes über die Raumplanung.[140] Dazu gehört die Verteilung der Infrastrukturen, die Entwicklung des bebauten Raums oder die Nutzung der natürlichen Ressourcen. Raumplanung umfasst letztlich also alle Aufgaben und Verfahren der öffentlichen Hand, welche die Nutzung des Bodens regeln. Oberstes Credo war und ist dabei die geordnete und nachhaltige Organisation des Siedlungswachstums. Der allgemeine Konsens unter Fachleuten und in der Politik, nach welchen formalen Leitgedanken dieses umgesetzt werden sollte, veränderte sich über die Jahrzehnte. Auch Planung war und ist Trends unterworfen.

Planung als Männerdomäne

Zwei Aspekte müssen an dieser Stelle vorweggenommen werden. Erstens: Planung und Politik in einem institutionellen Sinn waren bis zur späten Einführung des Frauenstimmrechts 1971 (und weit darüber hinaus) eine reine Männerangelegenheit. Will man diese Geschichte der Planung erzählen, dann kommen lange Zeit schlicht keine Frauen vor. Das ist ein relevanter Fakt. Martin Lendi (*1933), der sich als Professor für Rechtswissenschaften an der ETH Zürich um die Raumplanung verdient gemacht hat, formulierte es in seiner «Geschichte und Perspektiven der schweizerischen Raumplanung» so: «Dass die Frauennamen seltener anklingen, erklärt sich aus den Umständen der Zeit.»[141] Ein Beispiel: Zwischen 1970 und 1973 arbeiteten im Auftrag der Neuen Helvetischen Gesellschaft rund 170 Personen an einer Zukunftsperspektive für die Schweiz. 14 von ihnen beschäftigten sich mit der Raumplanung. Es waren ausnahmslos Männer.[142] Wie all die Zonen-, Richt- und Gestaltungspläne, die Konzepte, Gesetze und Verordnungen herausgekommen wären, ob weniger urbane Angsträume entstanden wären, wenn Frauen paritätisch daran mitgearbeitet hätten, kann an dieser Stelle nicht erörtert werden. Die heutige Forschung zeigt, dass sich mehr Diversität in Planungsgremien auf allen

Die ältesten Hochhäuser im Aargau

Welches ist nun das älteste Hochhaus im Aargau? Und ab wann gilt ein Bau überhaupt als Hochhaus? Letzteres klärt sich aus der Brandschutznorm, nach der ab einer Traufhöhe von mehr als dreissig Metern erhöhte Anforderungen gelten. Diese Grenze lag vor 2015 bei 25 Metern und konnte aufgrund von erweiterten Arbeitshöhen von Feuerwehrdrehleitern nach oben verschoben werden.[1] Sprach man früher ab acht Geschossen von einem Hochhaus, sind heute zehn Geschosse die übliche Mindesthöhe. Das Della-Valle-Wohnhochhaus in Spreitenbach wurde wohl als erstes seiner Art im Aargau begonnen, fiel aber aufgrund des Bauunterbruchs weit zurück. Der Boom erfasste in der Zwischenzeit die Aargauer Regionalzentren. Von 1956 bis 1958 entstanden in Aarau das elfgeschossige Schwesternhaus des Kantonsspitals und in Windisch das achtgeschossige Verwaltungsgebäude der Kabelwerke Brugg. In Baden bezog die damalige Brown, Boveri & Cie. bereits 1952 einen imposanten, 34 Meter hohen Fabrikbau an der Bruggerstrasse und 1957 ein neungeschossiges Bürohochhaus, während am Badener Tor gleich zwei Wohnhochhäuser noch vor 1960 vermietet werden konnten.[2]

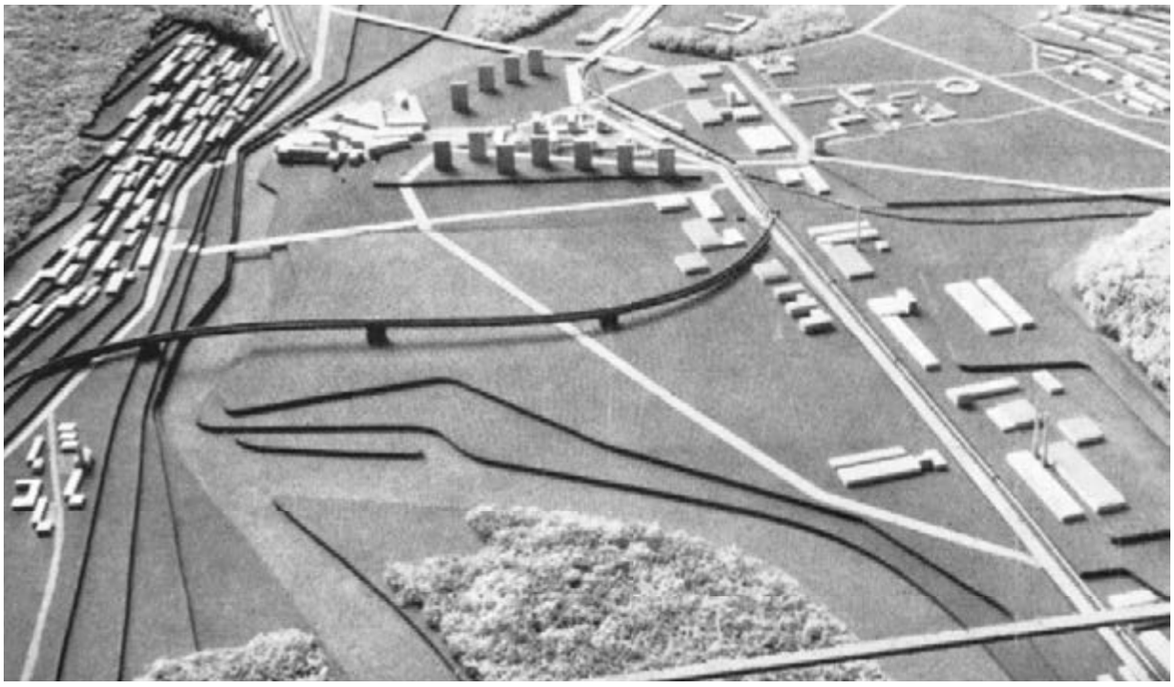
Mit dem Einbruch der Konjunktur Mitte der 1970er-Jahre endete auch der erste Hochhausboom. Rund dreissig Jahre lang wurden im Aargau und in der ganzen Schweiz kaum mehr Hochhäuser gebaut. Der Bautyp hatte seinen Ruf als Symbol der Machbarkeit und des Wohlstands eingebüsst und wurde vielerorts gar als Schandfleck umgedeutet. 2013 wurde im Aarauer Torfeld Süd der zwölfgeschossige «Sprecherhof» gesprengt – ein Novum in der Schweiz. 1968 als Zentrale der Elektrotechnikfirma Sprecher + Schuh bezogen, sollte er das erste Aargauer Hochhaus werden, welches wieder abgebrochen wurde. Bemerkenswert: Unmittelbar nebenan realisierte das Aarauer Architekturbüro Schneider & Schneider bis 2016 ein neues Hochhaus, denn inzwischen hat diese Bauform eine eindrückliche Renaissance erlebt.

1 Vereinigung Kantonaler Feuerversicherungen: Brandschutznorm vom 1. Januar 2015.
2 Fuchs 2018; Furter, Schoeck: Inventar Baden 2011, Inventarobjekte, 23 und 38; Bauen + Wohnen, Heft 1, 1954, 7–10.

09 Der 34 Meter hohe, sechsgeschossige Fabrikhochbau der Brown, Boveri & Cie. an der Bruggerstrasse in Baden wurde 1952 fertiggestellt. Das Zeilenhochhaus des Zürcher Architekten Roland Rohn (1905–1971) ist bis heute das markanteste Gebäude von Baden Nord.

10 Das Schwesternhaus des Kantonsspitals Aarau. Das von Architekt Emil Aeschbach (1922–2021) zwischen 1956 und 1958 realisierte Schwesternhaus war das erste Hochhaus in der Kantonshauptstadt.

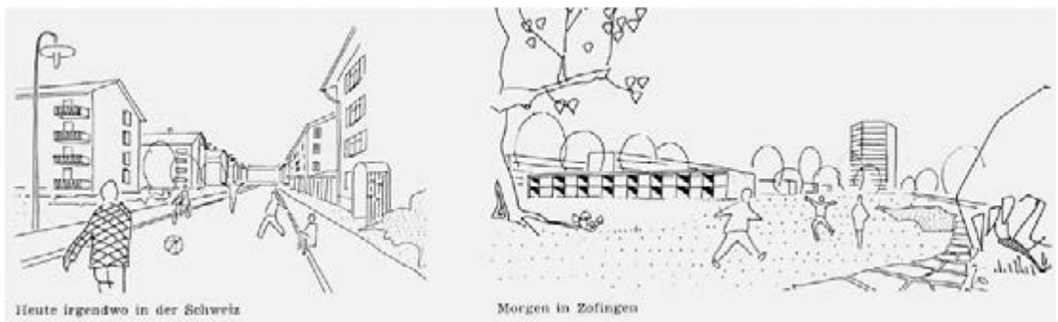
11 Verwaltungshochhaus der Kabelwerke Brugg, um 1960. Das 1957 fertiggestellte Hochhaus der Architekten Carl Froelich aus Brugg und Hans Kündig aus Zürich steht seit 2020 unter kommunalem Schutz.



12 Modell Bebauungsvorschlag «team brugg 2000» von 1958. Das im Rahmen einer Ausstellung präsentierte Modell für eine künftige Bebauung von Brugg gehört zu den frühesten Beispielen einer Gesamtplanung im Aargau. Bemerkenswert sind die terrassierte Bebauung des Bruggerbergs und die elf Hochhäuser um ein neues Geschäftszentrum.

13 Plakat für die Bodenrechtsinitiative von 1967. Die Sozialdemokratische Partei schlug vor, dass der Staat bei Landverkäufen ein zwingendes Vorkaufsrecht erhält. Damit sollte der Spekulation ein Riegel geschoben werden. Die Initiative blieb chancenlos.

14 Bebauungsstudie für Wohlen von 1945. Die Freiämter Zentrumsgemeinde diente den Teilnehmenden des ersten Raumplanungskurses der Schweiz als Übungsobjekt. Wohlen bekam 1955 eine rechtskräftige moderne Bauordnung. Die Industriezone wurde dort realisiert, wo sie im Planspiel von 1945 vorgeschlagen worden war.



15 Anschauungsskizzen von Hans Marti für die künftige Stadt Zofingen, 1955. So sollte sich das Leben in der aufgelockerten und gegliederten Stadt von morgen präsentieren.

16 Hochhäuser in Neu-Spreitenbach, um 1967. Der Auftakt von Neu-Spreitenbach war architektonisch wie städtebaulich verheissungsvoll. Die beiden Hochhäuser Bellavista und Casabella standen formal ganz im Zeichen von Le Corbusiers Unité d'habitation.

17 Das Hochhaus auf der grünen Wiese in Spreitenbach, 1959. Vier Jahre dauerten die Verhandlungen um das Hochhaus von Della Valle, nachdem der Regierungsrat 1955 einen Baustopp verhängt hatte. Als die Arbeiten weitergeführt wurden, schrieb der Zürcher ATP-Bilderdienst: «Der Turm zu Seldwyla kann fertiggebaut werden.»

18 Richtplanung für Neu-Spreitenbach, 1959. Die im Modell entworfene Hochhausstadt wurde innerhalb von knapp 15 Jahren mit wenigen Abweichungen realisiert. Bauherren, die sich an die Empfehlungen der Planer hielten, bekamen eine höhere Ausnützung zugesprochen.

Ebenen vom Projektmanagement bis zur konkreten Umsetzung gewinnbringend auswirkt.[143] Zweite Vorbemerkung: Die Hotspots der Geschichte von Planung, Städtebau und Architektur sind die Städte und ihre Agglomerationen. Deswegen kommen hier vornehmlich Aargauer Regionalzentren zur Sprache, aber nicht nur.

Vom Kleinen zum Grossen

Das Entstehen der Planungsinstrumente ist nicht nur eine Männergeschichte, sie ist auch eine Geschichte vom Kleinen zum Grossen. Lange Zeit wurde auf kommunaler und regionaler Ebene ad hoc geplant, immer wenn sich drängende Fragen zur Raumentwicklung stellten. Es erstaunt daher nicht, dass Planung in den Städten an Bedeutung gewann und dort Jahrzehnte früher als in den Landgemeinden in Angriff genommen wurde. Aarau und Baden stechen dabei im nationalen Vergleich als Ausnahmen jener Regel heraus, dass bis in die Nachkriegszeit praktisch keine kommunalen Rechtsgrundlagen zur baulichen Entwicklung existierten. In Aarau wurde 1897 die erste städtische Bauordnung mit einem rudimentären Bebauungsplan in Kraft gesetzt. Deren Entstehung nahm 25 Jahre in Anspruch. Heftig wurde pro und kontra darüber debattiert. Von der Lokalpresse wurde das Instrument als «schikanöse und unleidliche Reglementiererei über das Privateigentum» gebrandmarkt.[144] In Baden beschloss die Baukommission 1906 die Ausarbeitung einer Bauordnung mit Bebauungsplan. Direkter Auslöser des Ansinnens war das seit der Gründung der Brown, Boveri & Cie. (BBC) rasante Anwachsen der Fabrikstadt auf dem ehemaligen Haselfeld am nördlichen Stadtrand. Auch hier nahm die Arbeit eine halbe Generation in Anspruch, bis 1921 die Bauordnung und 1928 der erste Bebauungsplan mit vier differenzierten Bauzonen vorlagen.[145]

Erst die 1960er- und 1970er-Jahre sollten zu den grossen Planungsjahrzehnten werden, nachdem sich die Einsicht durchgesetzt hatte, dass eine gute Planung die Freiheiten mehr schützt als einschränkt. Der Boden ist begrenzt, und er begann sich damals in rasendem Tempo zu verknappen. Es waren vornehmlich bürgerliche Politiker, welche sich mit besonderem Engagement für die Institutionalisierung der Raumplanung einsetzten. Einen zwischenzeitlichen Abschluss fand dieser lange Prozess auf kantonaler Ebene 1985 mit der Inkraftsetzung des Richtplans. Doch alles der Reihe nach.

Anfänge der Landesplanung vor 1945

Erste zaghafte und sehr punktuelle raumplanerische Gehversuche wurden in der Zwischenkriegszeit gemacht. Dem Aargau kam dabei vorerst eine Statistenrolle zu. 1933 rief der Luzerner Architekt und spätere Nationalrat Armin Meili (1892–1981) von der Freisinnig-Demokratischen Partei dazu auf, eine systematische Landesplanung aufzubauen (bis zur Einführung des eidgenössischen Verfassungsartikels zur Raumplanung 1969 war von «Landesplanung» die Rede). Unterstützung erhielt er von Fachkollegen innerhalb des Bundes Schweizer Architekten (BSA), darunter vom aus Baden stammenden Karl Moser (1860–1936), emeritierter ETH-Professor und einflussreicher Grandseigneur der nachrückenden Architektengeneration. Der BSA gründete in der Folge eine «Arbeitsgruppe für Landesplanung». Deren Pioniertat war eine 1936 veröffentlichte Studie über die Region Zürichsee-Limmattal zwischen Baden und Rapperswil. Die gleiche Arbeitsgruppe hatte 1935 mit Unterstützung des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins (SIA) in einer Eingabe an den Bundesrat erfolglos ein Bundesgesetz über die Raumplanung vorgeschlagen.[146]

Während der Wirtschaftskrise der 1930er-Jahre wurden erste regionale Planungsgruppen gegründet, nicht zuletzt im Sinne einer Arbeitsbeschaffungsmassnahme für qualifizierte Berufsleute. Meili liess es sich nicht nehmen, an der Landesausstellung 1939 in Zürich, deren Direktor er war, eine Sonderabteilung zu Städtebau und Landesplanung einzurichten. Bei den zehn Millionen Besucherinnen und Besuchern soll die Schau guten Anklang gefunden haben. Erstmals wurde so in der Schweiz das Anliegen einer grossen Öffentlichkeit präsentiert. 1937 wurde von Planern und Behördenvertretern die Schweizerische Landesplanungskommission ins Leben gerufen, welche mitten im Krieg 1943 zur Vereinigung für Landesplanung (VLP) mit einer Geschäftsstelle in Zürich ausgebaut wurde. Gleichzeitig entstand am Geografischen Institut der Universität Zürich eine Zentrale für Landesplanung.[147]

Die Schweizer Planergemeinde übt im Freiamt

Im Oktober 1945 führte die VLP unter der Leitung von Armin Meili erstmals einen einwöchigen Fachkurs für Orts- und Regionalplanungen durch.[148] An einem konkreten Fallbeispiel sollten die 64 Kursteilnehmenden die Fragen der kommunalen Planung durchspielen. Zum Ort des Geschehens wurde Wohlen erkoren. Der ganze Tross reiste in die Freiämter Zentrumsgemeinde und richtete sich im neuen Erweiterungsbau der Schule ein. Gruppenweise wurde debattiert, analysiert und skizziert. Der Kurs war ein grosser Erfolg und wurde in der Fachzeitschrift *Plan* in einem Sonderheft ausführlich besprochen. Geradezu euphorisch wurde der «Geist von Wohlen» für künftige Kurse beschworen und als Erfolgsrezept für die Planung gefeiert, denn die Teilnehmenden würden ihre hier entfachte beziehungsweise vertiefte Begeisterung für die Planung mit nach Hause nehmen und dort zur Entfaltung bringen.[149] Tatsächlich machte das Wohler Praxisbeispiel Schule und veranlasste die VLP dazu, auch die künftigen Kurse am Schauplatz zu veranstalten.

Warum die Zürcher Zentrale der VLP ihren Testlauf ausgerechnet in Wohlen organisierte, ist nicht bekannt. Mutmasslich liegt es daran, dass der verantwortliche Mitarbeiter bei der VLP, der junge Architekt Hans Marti, nachmaliger Ortsplaner von Zofingen, seine familiären Wurzeln im nahe gelegenen Othmarsingen hatte.[150] Und dieser Marti verdankte nach eigenen Aussagen seine berufliche Karriere nicht zuletzt dem von ihm organisierten Planerkurs in Wohlen. Er sei im Verlauf der Kurswoche mit Gemeindeammann Heinrich Irmiger

(1890–1966) ins Gespräch gekommen. Dabei habe sich herausgestellt, dass der gebürtige Lenzburger Irmiger einen Onkel von Marti gekannt hatte und diesen zeitlebens in bester Erinnerung behielt. Per Handschlag versprach Irmiger dem schlagfertigen Marti, er würde ihn gerne mit der Planung von Wohlen beauftragen. Gesagt, getan. Hans Marti machte sich 1948 selbstständig und begann noch im gleichen Jahr sein langjähriges Engagement in der Freiämter Zentrumsgemeinde als externer Ortsplaner. Bald sollten weitere Gemeinden in der Region hinzukommen, und bis heute existiert ein Zweigbüro der Zürcher Firma Marti Partner Architekten und Planer in Lenzburg. Der charismatische Marti konnte es gut mit den Leuten. Das war eines seiner Erfolgsrezepte. Gleichwohl war er aber ein kompromissloser Kämpfer für die Sache.[151] Er sollte bald zu einer zentralen Figur in der Schweizer Raumplanung aufsteigen. Marti prägte die räumliche Entwicklung des Aargaus wie kein Zweiter; entsprechend oft taucht sein Name in der Folge noch auf.

Im Aargau entstehen die ersten Regionalplanungsgruppen

Planung fand und findet auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene in jeweils eigenen Gremien statt. Die Vereinigung für Landesplanung begann 1944 damit, ein schweizweit flächendeckendes Netz von insgesamt acht unabhängigen Planungsgruppen aufzubauen, die als Vereine organisiert waren. Der Aargau bildete zusammen mit den beiden Basel und Solothurn die Gruppe Nordwestschweiz, welche im Februar 1945 ihre Tätigkeit aufnahm.[152] Deren Arbeit sollte Impulse nach oben wie nach unten geben und dafür sorgen, dass ein dichteres Netz an regionalen Planungsverbünden entstand und auch Ortsplanungen angestossen wurden.

Seit Anbeginn gehörte der Badener Ingenieur Josef Killer (1900–1993) dem Vorstand der Planungsgruppe Nordwestschweiz an. 1949 übernahm er das Präsidium, welches er in der Folge während 28 Jahren innehatte. Killer war es, der schon 1946 den Entschluss fasste, eine kleinräumigere Planungsgruppe für die Region Baden zu gründen, wie es die VLP vorsah. Er erinnerte sich dabei an eine Studienreise ins Ruhrgebiet, wo schon in den 1920er-Jahren städteübergreifende Planungsverbände existierten. Die «Repla Baden» war schweizweit eine Pioniertat. Neben Baden engagierten sich darin sechs weitere Gemeinden (bald sollten es elf sein) sowie Vertreter der Industrie und sonstiger Organisationen. Mit der Erarbeitung der Planungsgrundlagen wurde 1947 Hans Marti beauftragt.[153]

Es ist kein Zufall, dass in Baden der erste Regionalplanungsverband der Schweiz entstand.[154] Zum einen herrschte in der Gegend durch die ansässige Industrie rund um den damaligen Weltkonzern BBC ein ausgeprägter Pioniergeist. Zum anderen standen die prosperierende Stadt und ihr Umland aufgrund ihrer topografischen Situation vor ausserordentlichen planerischen Herausforderungen bezüglich Verkehrs- und Siedlungsentwicklung. Die Region Baden verzeichnete in jener Zeit das stärkste Wachstum aller Zentren der Schweiz. Die Bevölkerung nahm zwischen 1950 und 1960 um vierzig Prozent zu (siehe «Demografie», S. 32).[155] Es waren denn auch gewichtige Bauvorhaben, für die in der Planungsgruppe Baden Abklärungen an die Hand genommen wurden: Die Klär- und Kehrichtverbrennungsanlage in Turgi (siehe «Natur- und Umweltschutz», S. 135), ein Expressstrassennetz, die Obersiggenthaler Brücke oder neue Schulzentren für Wettingen (Bezirksschule) und Baden (Kantonsschule).[156] Gewisse Vorhaben, wie die Expressstrassen blieben Papiertiger, andere wurden sehr bald (Schulen) und einige erst nach Jahrzehnten (Obersiggenthaler Brücke) realisiert.

Bald entstanden im Aargau weitere Planungsgruppen nach dem Badener Vorbild. In Aarau wurde 1948 ein entsprechender Kredit gutgeheissen, gefolgt von Brugg und dem Seetal.[157] 1966 existierte schliesslich ein flächendeckendes Netz von damals 15 Regionalplanungsgruppen.[158] Die 1955 in Zofingen konstituierte Organisation im Wiggertal war schweizweit die erste Regionalplanungsgruppe, die sich aus Gemeinden zweier Kantone (Aargau und Solothurn) zusammensetzte.[159] Später folgte diesem Beispiel jene im Wynental um Menziken und Reinach, welche mit der Luzerner Gemeinde Pfeffikon zusammenspannte.

«Aufklärungsfeldzüge» gegen Vorurteile

Die Pioniere leisteten einen wichtigen Beitrag nicht zuletzt auch im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Aufklärung hatte in der Anfangszeit höchste Priorität. Anerkennend berichtete etwa die *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) 1955 über die «Aufklärungsfeldzüge» der Aargauer Planer, denen es so gelänge, die Inhalte der Planung «volkstümlich» zu machen. Diese Methode, so das freisinnige Blatt mit kritischem Blick auf Zürich, würde durchaus auch Kantonen gut anstehen, wo – im Gegensatz zum Aargau – bereits Planungsstellen existierten. Man habe da zwar entsprechende Büros, die Bevölkerung habe aber keine Ahnung, was geplant werde.[160] Der Planer werde zum Wanderprediger, so Hans Marti, der Bauern, Landbesitzer, Spekulationsarchitekten und Stimmbürger davon überzeugen müsse, dass es richtig und notwendig sei, Freiheiten – lieb gewonnene Freiheiten oder wohlerworbene Rechte – freiwillig zu opfern für ein Ding, genannt «Baureglement», dessen Folgen man nicht kenne oder welches man grundsätzlich ablehne.[161]

Es galt, in der Öffentlichkeit grosse Vorurteile abzubauen. Bezeichnenderweise haftete dem Begriff «Planung» seit Ausbruch des Kalten Kriegs in der allgemeinen Wahrnehmung das Stigma der sozialistischen Planwirtschaft an. Planung war für viele gleichbedeutend mit Eigentums- und Freiheitsbeschränkung. Während des bundesrätlichen Vollmachtenregimes im Zweiten Weltkrieg war das anders. Damals genoss etwa der Agronomieprofessor und nachmalige Bundesrat Friedrich Traugott Wahlen (1899–1985) mit seinem «Plan Wahlen» zur Erlangung einer möglichst autarken Lebensmittelversorgung – martialisch auch «Anbauschlacht» genannt – höchstes Ansehen. Die drei Autoren der Publikation «achtung: die Schweiz», Lucius Burckhardt (1925–2003), Max Frisch (1911–1991) und Markus Kutter (1925–2005), formulierten das Dilemma so: «Es ist sehr klar, wo es hinführt. Es braucht keine Prophetie, um zu wissen, dass wir

eines bitteren Tages, wenn es zu spät ist, gezwungenermassen zur Planung kommen. Nicht durch die Russen gezwungen, sondern durch die Geschichte der Freiheit. Denn unsere Freiheit beginnt knapp zu werden. Sie ist mit Festreden nicht zu halten.»[162]

Musterstadt im Aargau?

«Noch jede Epoche, angefangen bei den Pfahlbauern, hat sich das Haus und die Stadt gebaut, die ihren Mitteln und ihren Erfordernissen entsprachen; nur wir nicht.»[163] Es war 1955, als sich Burckhardt, Frisch und Kutter mit ihrer viel beachteten Streitschrift zu Wort meldeten. Mit sprachlicher Brillanz und intellektueller Schärfe erhoben sie Anklage gegen die Planlosigkeit und das Verharren der Schweiz in der Geistigen Landesverteidigung: «Jahr für Jahr werden in unserem Land, einem materiellen Bedürfnis entsprechend, Tausende von neuen Bauten, Siedlungen und Fabriken und Kindergärten und Schulen und Geschäftshäuser in einer planlosen, geistlosen und für den Kampf um die beste Lebensform durchaus wertlosen Art erstellt.»[164]

Diese Analyse war an sich nichts Neues. Durch die träfe und sprachwitzige Formulierung der angesehenen Autoren erhielt sie nun aber eine breite Öffentlichkeit. «achtung: die Schweiz» wurde zum wohl meistzitierten urbanistischen Manifest der Schweiz. Die drei Visionäre beklagten aber nicht nur das unkoordinierte Wachstum, sie unterbreiteten auch einen Vorschlag zur Linderung. Anstelle der auf das Jahr 1964 terminierten Landesausstellung in Lausanne solle auf der grünen Wiese eine neue Stadt gegründet werden. Ein Musterbeispiel, ein realer Mikrokosmos, wo planerisch und architektonisch, soziologisch und kulturell ohne Ballast aus der Vergangenheit alles «richtig» gemacht werden könnte. Als möglichen Standort für die Realisierung dieser verführerischen Idee schlugen die drei unter anderem das aargauische Mittelland vor.[165]

Natürlich wurde dieser utopische Vorschlag nie umgesetzt. Der Lauf der Dinge bestätigte aber die Prophezeiung vom Zwang zur Planung. Die Landesausstellung fand als «Expo 64» wie vorgesehen am Lido von Lausanne statt. Die viel gelobte Schau wurde zur Selbstdarstellung einer Schweiz im Rausch der Hochkonjunktur. Die Planung hatte sich inzwischen als Disziplin etabliert und erhielt nach der «Landi 39» erneut einen eigenen Ausstellungsbereich. Darin fand sich – wenigstens als Modell – tatsächlich eine Idealstadt im Aargau. Nämlich jene, die im Birrfeld im Werden war.[166]

Ein modernes Baugesetz und ein Amt für Raumplanung

Anfang der 1960er-Jahre existierten im Aargau noch keine umfassenden Planungsstrukturen. 1965 war etwa die Hälfte aller Aargauer Gemeinden mit der Ausarbeitung eines Zonenplans und einer kommunalen Bauordnung beschäftigt.[167] Der Bund subventionierte diese Arbeiten. Hilfestellungen bot dabei das Institut für Orts- Regional- und Landesplanung (ORL), welches 1961 an der ETH Zürich gegründet wurde.

Der freisinnige Baudirektor Kurt Kim (1910–1977) hatte ein offenes Ohr für Planungsanliegen und wurde bald zu einem wichtigen Akteur der Schweizer Raumplanung. 1962 fällte der Regierungsrat den Entschluss, das alte Baugesetz von 1856 zu revidieren, und beauftragte den Aarauer Juristen und Alt-Stadtamman Erich Zimmerlin (1909–1999) – auch er ein Freisinniger – mit der Ausarbeitung eines Expertenentwurfs. Das Gesetz solle, so der Auftrag, auch Klärung zu Fragen des Natur- und Heimatschutzes bringen, wie dies etwa der Turgemer Grossrat Jakob Zimmerli in einer Motion verlangte.[168] 1963 gab Kim eine «Gesamtkonzeption für die Beschaffung von Planungsgrundlagen» (siehe «Planungswunder», S. 66) in Auftrag. Im gleichen Jahr wurde innerhalb des Hochbauamts eine erste Planungsstelle geschaffen. Unter der Leitung von Hans Meili kümmerten sich darin fortan drei Fachkräfte und eine Kanzleihilfe um die Prüfung von Baugesuchen, Zonenplänen und Bauordnungen. Das kleine Team begleitete die Regionalplanungsgruppen und wirkte bei Industrie- und Verkehrsplanungen mit. Darüber hinaus kümmerte es sich um den Landschaftsschutz im Rahmen von Deponien, Rodungen, Meliorationen und dergleichen.[169] Damit war auf dem Weg zur Institutionalisierung der Planung auf kantonaler Ebene eine wichtige Wegmarke gesetzt.

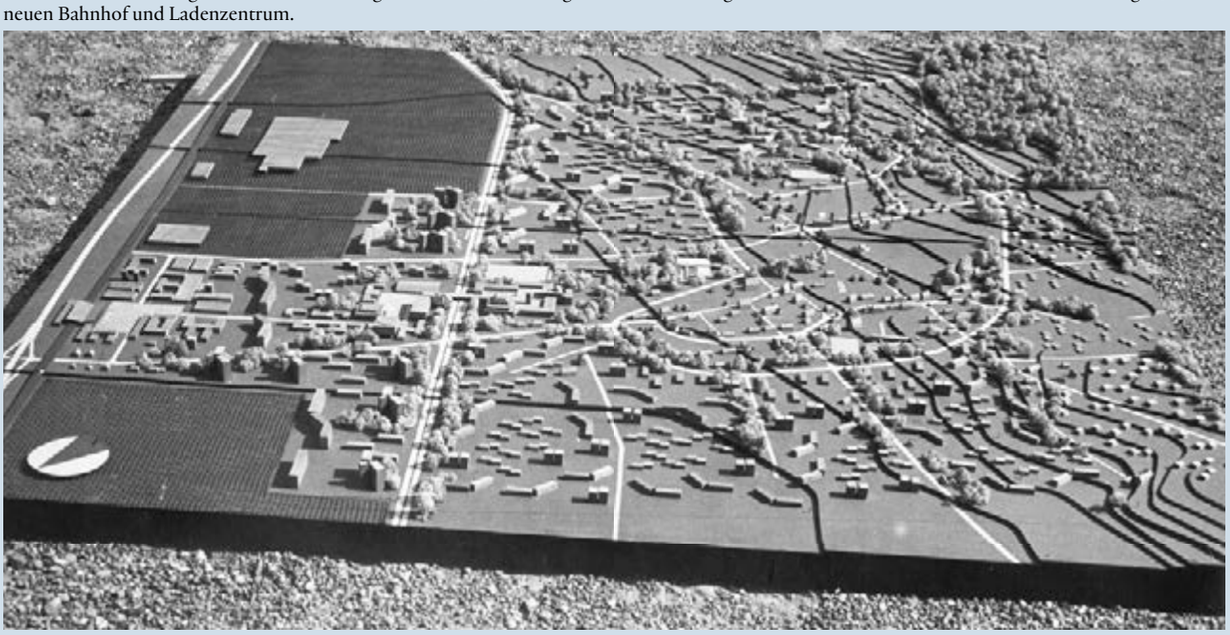
Unter dem Kommissionspräsidium des Badener Juristen und christlichdemokratischen National- und Grossrates Julius Binder (*1925) passierte das neue Baugesetz ab 1965 Vernehmlassungen, parlamentarische Beratungen und Überarbeitungen. 1971 wurde es vom Volk mit gut 58 Prozent Ja-Stimmen angenommen und zusammen mit der Vollzugsverordnung 1972 in Kraft gesetzt.[170] Der Aargau lag damit im Mittelfeld. In jenen Jahren wurden in zahlreichen Kantonen neue Baugesetze geschrieben und erlassen.[171] Binder gehörte zu jenen Politkern, die sich früh in den Dienst der Raumplanung und des Umweltschutzes stellten. Er gab schon 1964 auf Bundesebene den Anstoss für den die Raumentwicklung tangierenden Verfassungsartikel zum Umweltschutz (1971 vom Volk angenommen, siehe auch «Umweltschutz», S. 135).[172] 1965 forderte er in einer grossrätlichen Motion die Etablierung eines kantonalen Planungsamts. In Abwandlung dieses Vorstosses beschloss der Grosse Rat 1967 die Schaffung der Stelle eines Delegierten für Planungsfragen, welche 1969 mit dem Verwaltungsjuristen Jürg Merz (1927–2019) als erstem Kantonsplaner (in einer Stabsstelle beim Baudepartement) besetzt wurde. Der aus Kölliken stammende Merz stand ab 1971 dem nun etablierten Amt für Raumplanung vor.[173] Damals verfügten 157 von 231 Aargauer Gemeinden über eine Bauordnung, und in 100 Gemeinden existierte darüber hinaus ein rechtskräftiger Zonenplan. In achtzig Kommunen war die Ortsplanung noch im Gange. Mit der Inkraftsetzung des kantonalen Baugesetzes unterstanden ab 1972 alle Aargauer Gemeinden automatisch einer Bauordnung.[174]

Die künftige Gartenstadt Birrfeld

Das topfebene Birrfeld zwischen Brugg und Lenzburg galt bis in die 1950er-Jahre als Kornkammer des Aargaus. 1955 fällte der Badener Industriekonzern BBC den Entschluss, hier einen neuen Produktionsstandort für Grossmaschinen aufzubauen. Entsprechend kaufte die Firmenleitung in der Gemeinde Birr gegen 800 Hektaren Land. 1957 fiel der Startschuss für den Bau des damals von der BBC-«Propaganda» als grösste Fabrik Europas gefeierten Bauwerks, worin ab 1960 vornehmlich Turbinen und Generatoren für Kraftwerke in aller Welt gebaut wurden.[1] Im Endausbau sollten hier 4000 Personen beschäftigt werden. In Erwartung des enormen Sogs, den die Bauten der BBC im Birrfeld auslösen würden, nahm auf Initiative des Baudepartements 1957 eine Regionalplanungsgruppe unter der Leitung von Hans Marti die Arbeit auf. Aus den beiden Haufendörfern Birr und Lupfig würde in absehbarer Zeit eine neue Stadt mit bis zu 20 000 Einwohnerinnen und Einwohnern entstehen, so die Prognose der Planer.[2] Marti gab der künftigen Stadt im Grünen mit einem drei mal zwei Meter grossen Richtmodell ein Gesicht, welches zum Schulbeispiel und 1964 zum Ausstellungsobjekt an der Expo in Lausanne avancierte.[3] Die Basler *National-Zeitung* lobte das Projekt als «kühne Zukunftsvision einer Stadtgründung, die in ihrer Grösse und Konzeption in der Schweiz wohl einzigartig sei».[4] Die Fachzeitschrift *Werk* liess keinen Zweifel daran, dass Birr das «erste und einzige schweizerische Planungsvorhaben von Stadtrang sei».[5] Kritischer formulierte es das Kulturmagazin *Atlantis*: Der Industriegigant BBC trete nicht nur als Bauherr einer Fabrik in Erscheinung, er gebe sich «gewissermassen als Feudalherr des 20. Jahrhunderts auch die Rolle des Stadtgründers».[6] In den 1960er-Jahren schien sich die Prophezeiung zu bewahrheiten. Die BBC errichtete ab 1960 unmittelbar neben der Fabrik die erste Grossüberbauung im Mittelland (siehe «Grosswohnsiedlungen», S. 95). In die gut 500 Wohnungen zogen Werksangehörige mit ihren Familien aus rund zwanzig Nationen. Die Einwohnerzahl von Birr wuchs von 730 im Jahr 1960 auf 2500 1968; ein Anstieg um 250 Prozent.[7] Das *Badener Tagblatt* sah die Vision aus «achtung: die Schweiz» auf der Zielgeraden: «Man hat es als Phantasterei eines Utopisten gehalten. […] Doch was sich im Birrfeld entwickelt, ist im Grunde nichts anders als eine Verwirklichung dieser Vision.»[8] In den 1970er-Jahren flachte die Wachstumskurve indessen ab, während das BBC-Werk nie bis zum geplanten Endausbau realisiert wurde. Zwar zählen Birr und Lupfig 2020 zusammen über 7500 Einwohnerinnen und Einwohner, von der kühnen und viel bewunderten Gartenstadt sind die Gemeinden jedoch weit entfernt geblieben.

1 Rinderknecht 1966, 164; ABB B.0.8.100.212.
2 Diethelm 2003, 120.
3 (Das) Werk, Werk-Chronik in Heft 1, 1960, 10.
4 National-Zeitung, 7.8.1961.
5 (Das) Werk, Heft 3, 1962, 89.
6 Widmer 1964, 163.
7 gta, Nachlass Marti, 3-12.1.
8 BT, 17.7.1965.

19 Das um 1957 entstandene Modell der Idealstadt Birrfeld. Die Planstadt sollte rund um die beiden Dorfkerne von Birr und Lupfig entstehen und als durchgrünte und nach Funktionen getrennte Gartenstadt eine hohe Lebensqualität bieten. Im Hintergrund links das Produktionswerk der BBC. Davor die Werksiedlung, die in anderer Form gebaut wurde, sowie angrenzend das künftige Stadtzentrum mit allen öffentlichen Einrichtungen, einem neuen Bahnhof und Ladenzentrum.



Metron und das Planungswunder von Baden

1961 gründeten die beiden Architekten Alexander Henz (*1933) und Hans Rusterholz (1931–2015) ein kleines Architekturbüro in Niederlenz. Getrieben von der Idee, einen Beitrag zur besseren Gestaltung der Umwelt leisten zu wollen, entstand zunächst ein loser Debattierzirkel über politische Fragen der Planung. Dazu gehörten fortschrittlich denkende Geister, Ökonomen, Soziologen, Journalisten und Landschaftsschützer. Bald formierte sich daraus die interdisziplinäre «Arbeitsgruppe für Planungsgrundlagen», welche 1963 bei Baudirektor Kurt Kim vorstellig wurde und sich nach den kantonalen Grundlagen der Planung erkundigte. Kim gab freimütig zu, dass keine solchen Dokumente existierten, und beauftragte das Team mit der «Gesamtkonzeption für die Beschaffung von Planungsgrundlagen». Dieser Bericht legte den Grundstein für weitere Aufträge und die 1965 gegründete Planungsfirma Metron. Systematisch fachübergreifend arbeitende Büros gab es damals in der Schweiz kaum, entsprechend schnell wuchs die Firma, in der Architekten, Psychologinnen, Ökonomen, Soziologinnen oder Raumplaner in unterschiedlichen Konstellationen zusammenarbeiteten.[1]

Schon 1964 erhielten die künftigen Metron-Gründer den Auftrag für eine Gesamtplanung der Innenstadt von Baden. Die Projektorganisation war sowohl interdisziplinär unter Fachkräften als auch partizipativ mit der ganzen Bevölkerung. «Sogar Frauenorganisationen» würden sich aktiv am Planungsprozess beteiligen, schrieb die Wochenzeitung *Aargauer Kurier*.[2] Bis 1967 entstand so ein Leitbild für die gesamtheitliche Entwicklung der Kernstadt in naher Zukunft. Fussgängerinnen und Fussgänger erhielten darin Vorrang. Das Leitbild war die Grundlage für die vermutlich erste geplante Fussgängerzone der Schweiz, welche 1972 Realität und danach schrittweise ausgedehnt wurde.[3] Der Gesamtplan löste eine grosse private und öffentliche Bautätigkeit aus und wurde in der Fach- und Tagespresse kommentiert. 1970 berichtete gar das Hamburger Wochenblatt *Die Zeit* über das «Planungswunder von Baden».[4]

Metron wurde zu einem international tätigen Planungsbüro. Im tunesischen Monastir – um ein Beispiel zu nennen – baute Metron zwischen 1976 und 1978 eine technische Universität für 2000 Studierende. Als Planerinnen und Planer verliessen sie die bekannten Pfade und suchten nach unkonventionellen Lösungen für allgegenwärtige Probleme: Sie konzipierten günstigen Wohnraum, entwickelten Häuser mit flexiblen Grundrissen. Sie entwarfen Schulen auf der Grundlage bildungsreformerischer Gedanken oder – um Kosten zu sparen – eines Baukastensystems. Henz und Rusterholz waren eigentliche Nonkonformisten, und so erstaunt es wenig, dass Hans Rusterholz auch zur Gründungsequipe der Partei «team 67» gehörte (siehe «Politik», S. 239). Die Firma Metron machte auch mit ihren fortschrittlichen Betriebsstrukturen von sich reden. 1974 wurde ein Mitbestimmungsmodell eingeführt im Sinne der «Förderung einer möglichst grossen Chancengleichheit und Entfaltungsfreiheit des Individuums». An dieser Organisation hat sich bis heute nichts geändert.[5]

1 Geiser, Stierli 2015, 110.
2 AK, 21.10.1970.
3 Gespräch mit Hans Wanner, Architekt, ehemaliger Stadtplaner von Baden, 2021.
4 NZZ, 13.4.1969; NZZ, 20.1.1974; oder Plan: Schweizerische Zeitschrift für Landes-, Regional- und Ortsplanung, Heft 7/8, 1974, 15–19.
5 Kurz, Maurer et al. 2003, 18f.; Gespräch mit Alexander Henz, 2019.

20 Badstrasse in Baden, um 1972. Baden erhielt 1972 die erste Fussgängerzone, deren Planung ins Jahr 1964 zurückreicht.

Besiedlungsleitbild im Spiegel der Bevölkerungsprognosen

Zu seinen letzten Handlungen als Regierungsrat gehörte für Kurt Kim die Einsetzung eines Koordinationsausschusses für Planungsfragen. Dieser begleitete die beiden Experten Rolf Meyer-von Gonzenbach (1910–1982) und Anton Bellwald (1933–2007) bei deren Arbeit an einem «Leitbild der Besiedlung des Kantons Aargau».[175] Dieses lag als Zwischenbericht 1968 vor und enthielt, ausgehend von einer umfassenden statistischen Grundlagensammlung, sechs Varianten für eine künftige planmässige Entwicklung des Aargauer Siedlungsraums.

Meyer-von Gonzenbach und Bellwald dachten weit voraus. Zur Diskussion stand die Erwartung, dass die Schweiz bis zum Jahr 2000 zehn Millionen Einwohnerinnen und Einwohner haben würde. Geistiger Vater dieser eingängigen (und für viele besorgniserregenden) Bevölkerungsperspektive war der Ökonom Francesco Kneschaurek (1924–2017), der seit den 1950er-Jahren in seinen Studien zur volkswirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz jenes Szenario entwarf und öffentlich machte.[176] Der Bundesrat bestellte 1968 eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Kneschaurek und beauftragte sie damit, eine «alle relevanten Aspekte des wirtschaftlichen Lebens umfassende Perspektivstudie der Schweiz bis zum Jahr 2000 zu verfassen».[177] Diese wurde in Etappen zwischen 1969 und 1974 veröffentlicht. Als Erstes gab die Arbeitsgruppe im Frühjahr 1969 ihre Prognosen zur Entwicklung von Bevölkerung und Erwerbstätigkeit heraus. Die Hochrechnungen fielen nun viel tiefer aus. Die Gruppe um Kneschaurek ging unterdessen von einer Einwohnerzahl von 7,5 Millionen bis zum Millennium aus und korrigierte diese Zahl nach Vorliegen der Volkszählungsdaten von 1970 noch einmal nach unten auf 7,05 Millionen (effektiv lag die Bevölkerungszahl im Jahr 2000 mit 7,3 Millionen sogar höher).[178] Nur: Das Gespenst der Zehn-Millionen-Schweiz war mit den Abschlussberichten nicht mehr zu vertreiben.[179] Das ist deshalb von Bedeutung, weil sich diese Wachstumseuphorie vielerorts in überdimensionierten Bauzonenplänen niederschlug, welche in jener Zeit entstanden und mit dem Segen des Grossen Rates rechtskräftig wurden. Der Planer Meyer-von Gonzenbach und der Volkswirt Bellwald waren bereits vor Erscheinen der als «Kneschaurek-Berichte» bekannt gewordenen Studien entsprechend vorsichtiger (und weitsichtiger). Nach ihrer Schätzung würde die Zehn-Millionen-Schweiz erst um 2050 Realität sein. Sie interpolierten das seit 1964 signifikante Abflachen der Geburtenrate, was gemeinhin als «Pillenknick» bezeichnet wird.[180]

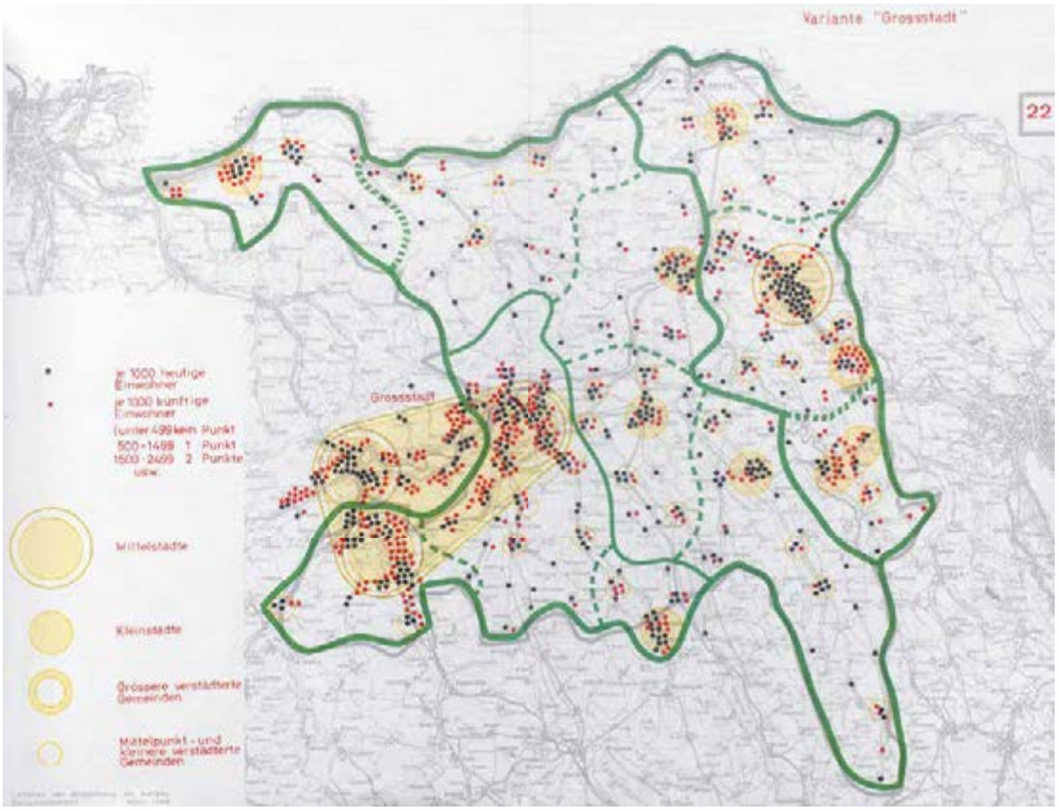
Die Idee einer neuen Grossstadt Aarolfingen

Die letzte Zukunftsperspektive im Leitbildentwurf von 1968 sticht ins Auge: Danach sollte im Raum Aarau-Olten-Zofingen, wo die Kraftfelder der Grossstädte Basel, Zürich, Bern und Luzern abnehmen, das Siedlungswachstum konzentriert werden. Die bestehenden Gemeinden würden in diesem Szenario zusammenwachsen und politisch zu einer interkantonalen Grossstadt mit den drei Subzentren Aarau, Olten und Zofingen fusioniert. Der Vorschlag, dem Meyer-von Gonzenbach und Bellwald den Namen «Aarolfingen» gaben, sollte auch die Planer auf nationaler Ebene anregen. 1973 erschien im Auftrag der Chefbeamtenkonferenz des Bundes das «Raumplanerische Leitbild der Schweiz» mit dem technokratischen Namen CK-73. Herausgegeben wurde es vom Delegierten des Bundes für Raumplanung, dem Leiter des ORL-Instituts an der ETH, Professor Martin Rotach (1928–2007). CK-73 verstand sich als «Grundlage für das Gespräch zwischen Bund und Kantonen», wie es im Titel hiess.[181] Möglichst weite Kreise der Bevölkerung sollten damit sensibilisiert und zur Meinungsbildung angeregt werden. Das Leitbild präsentierte verschiedene Szenarien einer künftigen Besiedlung. Eines dieser möglichen Dispositive umfasste die gezielte Förderung neuer Grossstadtregionen durch den Bund. Aarolfingen war eine davon.[182] Viele Gross- und Mittelstädte anstelle von wenigen Metropolen: Dieser übergeordnete Planungsansatz von CK-73 wurde «dezentrale Konzentration» genannt und sollte integraler Bestandteil des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes werden, welches damals in Arbeit war.[183]

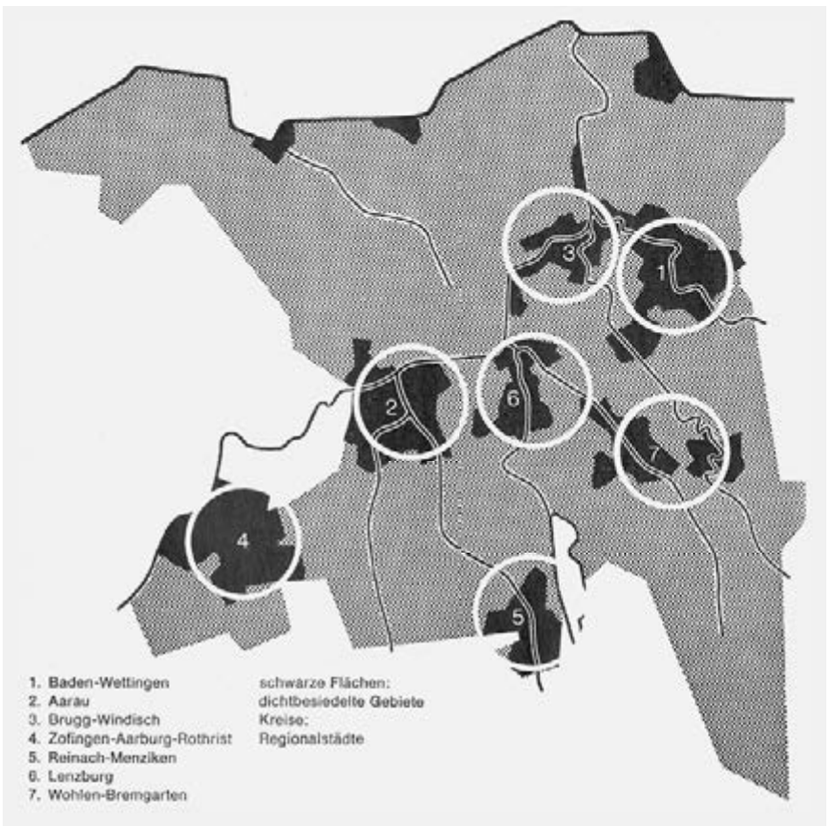
Arbeitsgruppe Kim und der dringliche Bundesbeschluss

«Es geht bei der Raumplanung heute um die Rettung des Lebensraumes Schweiz. Die Zeit drängt», schrieb Kurt Kim 1971.[184] Ein Jahr nach seinem Rücktritt als Regierungsrat wurde der gebürtige Möriker vom Bundesrat in die 1969 geschaffene «Arbeitsgruppe des Bundes für die Raumplanung» berufen, in der er das Präsidium übernahm. Kims Auftrag hiess: eine taugliche Planungsorganisation des Bundes entwerfen.[185] Bald war von der «Arbeitsgruppe Kim» die Rede, welche 1970 den umfassenden Grundlagenbericht «Raumplanung Schweiz» vorlegte. Dies war gewissermassen das Gründungsdokument der institutionellen Raumplanung auf Bundesebene. Nicht zufällig entstand es in einer hitzigen Phase: 1969 wurde der Verfassungsartikel zur Raumplanung vom Volk gutgeheissen, der Bund und Kantone zu einer «zweckmässigen und haushälterischen Nutzung des Bodens» und einer «geordneten Besiedlung des Landes» verpflichtet.[186] Ein Anstoss für diesen Artikel war aus dem Aargau gekommen, denn 1963 hatte der freisinnige Zofinger Stadtammann und Nationalrat Walther Leber (1906–1996) in Bern eine entsprechende Motion eingereicht, die vom Bundesrat als Postulat entgegengenommen und von einer Fachgruppe bearbeitet worden war.[187]

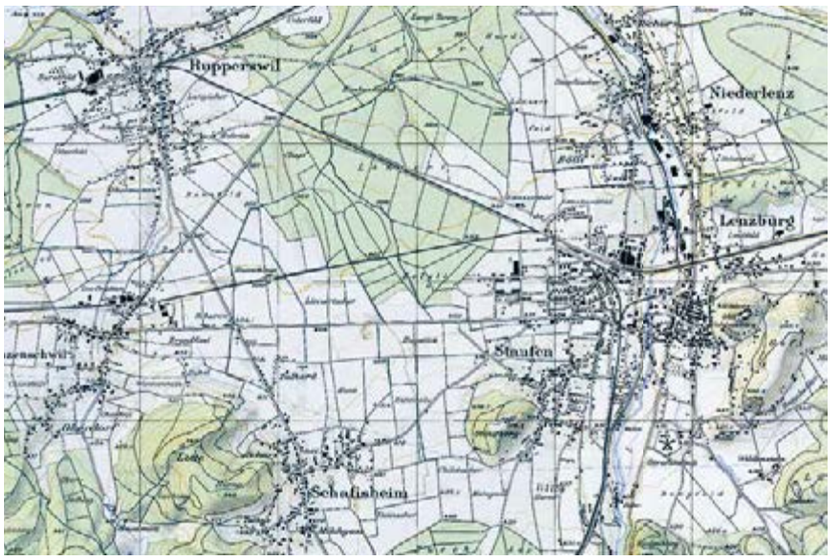
Kurt Kim nahm nach Annahme des Verfassungsartikels auch in der bundesrätlichen Expertengruppe Einsitz, welche das dazugehörige Vollzugsgesetz ausarbeitete. Dieses beanspruchte viel Zeit, währenddessen die Konjunktur um 1970 ihrem Allzeithoch entgegentaumelte und der unkoordinierte Landfrass sowie die Bau- und Bodenspekulation neue Dimensionen erreichten. Raumplanung war deshalb in aller Munde und die Debatte darüber kontroverser denn je. Ohne Gesetz aber keine Handhabe für eine geordnete Raumentwicklung. Daher setzten die eidgenössischen Räte im Sinne einer Notmassnahme Anfang 1972 den

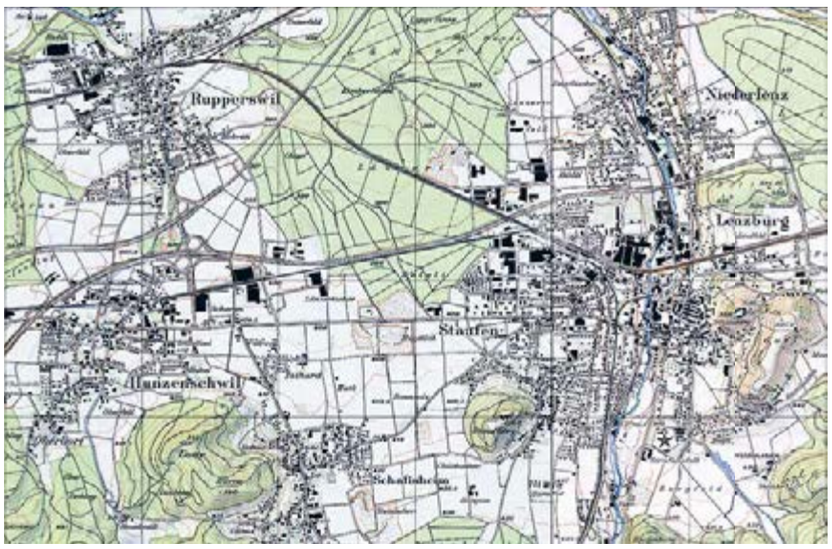


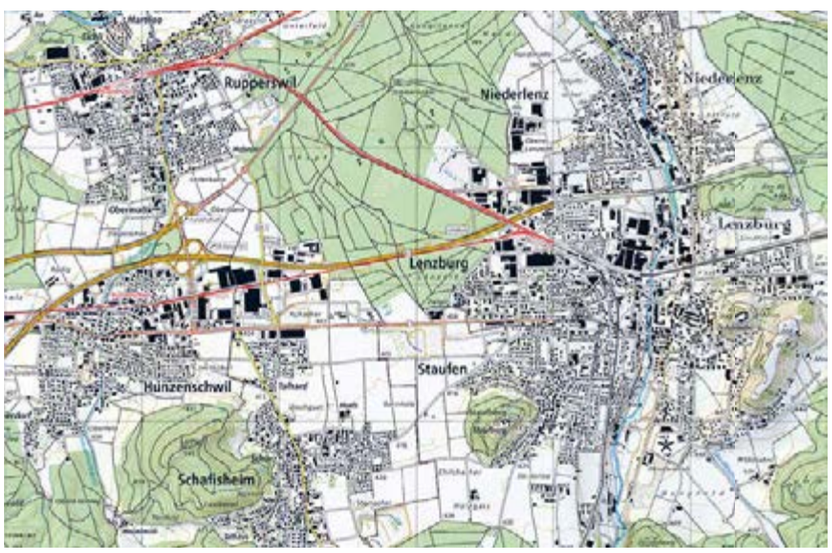
21 Variante «Grossstadt» aus dem Zwischenbericht «Leitbild der Besiedlung des Kantons Aargau» von 1968. Zwischen Aarau, Olten und Zofingen sollte die Grossstadt Aarolfingen entstehen.



22 Karte aus der LdU-Broschüre «achtung: der Aargau» von 1967 mit den vorgeschlagenen sieben Regionalstädten. Die Autoren Luzius Theiler und Ruedi Jost orientierten sich mit dem gewählten Titel bewusst an der Streitschrift «achtung: die Schweiz» von Max Frisch, Lucius Burckhardt und Markus Kutter von 1955.







23a–c Bauliche Entwicklung zwischen 1955 und 2012. Die Kartenausschnitte zeigen am Beispiel der Region Lenzburg das immense Anwachsen der Siedlung im Zeitraum von knapp sechzig Jahren.

«Bundesbeschluss über dringliche Massnahmen auf dem Gebiet der Raumplanung» in Kraft. Um weitere irreversible Schäden an der Landschaft zu verhindern, wurden die Kantone auf der Basis dieses zunächst bis Ende 1975 geltenden (und dann bis Ende 1979 verlängerten) Beschlusses dazu verpflichtet, unverzüglich provisorische Schutzgebiete auszuscheiden. Zu berücksichtigen waren See- und Flussufer, Ortsbilder, Kulturdenkmäler sowie Erholungsräume und Landschaften von besonderer Schönheit.[188] Der Bundesrat bestellte auch für diesen Beschluss den versierten Aargauer Kim in den Beraterstab. «Unendlich viel und vor allem auch Entscheidendes» habe Kim im Bereich der Raumplanung geleistet, schrieb der Planungsrechtler Martin Lendi 1978 in seinem Nachruf auf Kurt Kim.[189] Dazu gehörte zweifellos auch ein für damalige Verhältnisse fortschrittlicher Einbezug der Bevölkerung in die Debatte über die komplexe Materie. So wurde etwa mit der Broschüre «Wie soll die Schweiz von morgen aussehen» der «Bericht Kim» zusammengefasst und gut verständlich zur Diskussion gestellt. Die Stimmberechtigten wurden darin zur Partizipation aufgerufen.[190]

Das Raumplanungsgesetz braucht zwei Anläufe

Kurt Kim war es nicht vergönnt, die Inkraftsetzung des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes zu erleben. Er verstarb im Herbst 1977, nachdem das von ihm mitverfasste Regelwerk im Juni 1976 in einer von rechtsbürgerlichen und föderalistischen Kräften lancierten Referendumsabstimmung knapp gescheitert war. Es wurde von vielen als zu zentralistisch angesehen.[191]

Das Schweizer Fernsehen bezog klar Stellung für ein Ja und sendete wenige Wochen vor der Abstimmung einen zweiteiligen Informationsfilm, der mit teilweise dramatischen Bildern versuchte, den Zuschauerinnen und Zuschauern die hohe Dringlichkeit für ein eidgenössisches Raumplanungsgesetz darzulegen. Als Schauplatz für planerische Versäumnisse diente in dem Film das Limmattal zwischen Baden und Spreitenbach.[192] Erst im zweiten Anlauf wurde das überarbeitete Gesetz 1979 gutgeheissen und per Anfang Januar 1980 in Kraft gesetzt. Auf nationaler Ebene kam damit die lange Pionierphase in der Raumplanung zum Abschluss.[193]

In den 1970er-Jahren wurden die Arbeiten an einem kantonalen Besiedlungsleitbild innerhalb des nun existierenden Amts für Raumplanung weitergeführt. Sie lagen 1979 als «Provisorisches Raumordnungskonzept» vor.[194] Gutes Timing: Das im gleichen Jahr angenommene eidgenössische Raumplanungsgesetz forderte in Artikel 8 von den Kantonen die Ausarbeitung eines Richtplans, der die Eckpfeiler für die bauliche Entwicklung setzt und die Abstimmung von Verkehr und Siedlung gewährleistet. Das Raumordnungskonzept reihte sich ein in die lange Liste von Grundlagen für den kantonalen Richtplan, der im Dezember 1985 präsentiert wurde. Damit war der Kompass zur kantonalen Raumentwicklung ausgerichtet, und die grossen Lücken im Planungsinstrumentarium waren geschlossen.[195]

Zwischen Auszonung und Dichtestress im 21. Jahrhundert

Die behörden- und eigentümerverbindlichen Planungsinstrumente werden seit ihrer Inkraftsetzung laufend revidiert und verfeinert. Der kantonale Richtplan wird in Zehnjahresschritten überarbeitet. In der Abteilung Raumentwicklung beschäftigen sich gegenwärtig rund vierzig Mitarbeitende mit einem vielfältigen Aufgabenkatalog.

Schon Ende der 1980er-Jahre begannen Bestrebungen, eingezonte Baugebiete zu reduzieren. Der steigende Wohlstand und attraktivere Hypothekarprodukte der Banken lancierten Ende der 1970er-Jahre den Boom des Einfamilienhauses, der sich schon nach einem Jahrzehnt eindrücklich in den Statistiken und im Siedlungsbild niederschlug: Während die Einwohnerzahl im Aargau zwischen 1980 und 1990 um zehn Prozent anstieg, wuchs die Gesamtzahl bewohnter Gebäude um nahezu zwanzig Prozent. Trotz Krise ging diese Entwicklung in den 1990er-Jahren fast ohne Knick weiter und wurde durch die anhaltende Tendenz zu immer weniger Personen pro Haushalt verstärkt. Wohnten im Aargau 1950 noch 3,9 Personen in einem Haushalt, so waren es im Jahr 2000 noch 2,4 Personen (siehe Grafik 08).[196] Nicht ohne Wirkung blieben darüber hinaus gesetzliche Neuerungen: Seit 1990 können Sparguthaben der Säule 3a und seit 1995 Gelder der beruflichen Vorsorge für den Erwerb von Wohneigentum verwendet werden. Dies führte zu einem markanten Anwachsen der Wohneigentumsquote.[197] Um fünf Prozent stieg diese im Aargau zwischen 1990 und 2000 und verharrt seither bei rund 45 Prozent. Damit liegt der Kanton schweizweit an sechster Stelle und zehn Prozent über dem Landesmittel.[198] Die Einführung des Pensionskassenobligatoriums 1985 sorgte überdies für einen zunehmenden Investitionsdruck bei den Vorsorgeeinrichtungen, den diese bis heute weitgehend über Anlageprodukte auf dem Immobilienmarkt ablassen.

Spätestens seit dem Inkrafttreten des revidierten eidgenössischen Raumplanungsgesetzes im Jahr 2014 gilt als Maxime die Eindämmung der Zersiedelung und damit einhergehend eine Konzentration der baulichen Entwicklung nach innen. Dabei zeigt sich in der Praxis, dass die vorhandenen Planungsinstrumente eine qualitative Nachverdichtung der Siedlungskerne nicht ausreichend gewährleisten können (siehe auch «Denkmalpflege», «Ortsbildschutz», S. 91). Dies wiederum leistet dem neuen Trendwort «Dichtestress» Vorschub.[199] Dass Wohlstand in erster Linie über ein anhaltendes Wirtschaftswachstum gesichert werden kann, gilt auch im Aargau als kaum angezweifeltes Paradigma, welches zunehmend im Widerspruch und im Konflikt mit den begrenzten Ressourcen steht. Die Raumplanung setzt in diesem Kräftefeld auf wirtschaftliche Entwicklungsschwerpunkte von kantonaler und regionaler Bedeutung sowie auf Wohnschwerpunkte.[200] Das Sisslerfeld im Schnittbereich der Gemeinden Eiken, Münchwilen, Sisseln und Stein umfasst dabei mit rund 85 Hektaren die grösste Baulandreserve des Kantons. Im Herzen des Fricktals und vor den Toren des Metropolitanraums Basel wird hier seit 2019 eine qualitative Ent-

wicklung vorangetrieben, wobei eine koordinierte Planung die Potenziale des Orts als Wohn- und Arbeitsgebiet über den Zeithorizont 2040 hinaus maximal abrufen soll.[201]

Von der Landschaftsstadt zur Waldstadt

In Ergänzung zur offiziellen Raumplanung entstanden immer wieder private Initiativen, die sich frei von behördlichen und planungsrechtlichen Sachzwängen mit einer überregionalen Siedlungsentwicklung im Aargau auseinandersetzten. Unter dem Titel «Landschaftsstadt» präsentierte 1972 ein Kollektiv um den aus Laufenburg stammenden Journalisten und Theatermacher Anton Krättli (1922–2010) eine von der Schweizerischen Bankgesellschaft herausgegebene Mappe.[202] Getreu ihrer beruflichen Herkunft präsentierten die Autoren darin kein technisches Planwerk; vielmehr schlugen sie einen Prozess vor, den sie als «Gegenkraft zur Vervorstädterung des Aargaus zwischen Zürich und Basel» bezeichneten. Mit verschiedenen Engagements sollte kulturelle Aktivität auf allen Ebenen und in allen Gemeinden gefördert und aktiv vernetzt werden, um dem vielerorts bereits eingesetzten Abstieg zu Schlaf- und Vorortsgemeinden der ausserkantonalen Grossstädte entgegenzuwirken. Aargauer Kultur als Gegenmittel zur provinziellen Bedeutungslosigkeit. Für Krättli und seine Mitstreiter bedeutete Raumplanung in erster Linie Kulturförderung und den Ausbau der dafür notwendigen Infrastruktur.

«Bibergeil» nennt sich eine Gruppe von Aargauer Architektinnen und Architekten, welche seit 2015 mit Publikationen und Veranstaltungen an die Öffentlichkeit tritt und ihre Thesen zur Debatte stellt. Ihre unkonventionellen Ansätze finden dabei ein grosses Echo in den Medien. 2020 präsentierte «Bibergeil» das Konzept «forêt en plus», nach dem die Waldfläche um 25 Prozent anwachsen soll, um den Kohlenstoffgehalt in der Atmosphäre zu senken und so aktiv den Klimawandel zu bekämpfen. Der Wald solle dabei ein neues Element in den Zonenplänen werden, worin eine attraktive Koexistenz von Wohnen, Landwirtschaft und Wald entstünde. Die Utopie vom Wohnen im Wald würde demnach Realität.[203]

Die Landnahme findet statt

Einige Beispiele sollen nachfolgend zeigen, wie sich die Besiedlung des räumlich so heterogenen Aargaus in den Jahrzehnten nach 1945 entwickelte. Dabei ist von Belang, dass regional immer gewaltige Unterschiede bestanden. Ländliches Idyll traf auf städtische Dichte, Siedlungsbrei auf intakte Dorfkerne. Während in den Zentren eine enorme Entwicklung vonstattenging, blieben abgelegene Täler vermeintlich unberührt. Der Aargau als Kanton der Regionen ist auch ein Kanton der unterschiedlichen Entwicklungen.

Agglomerationen entstehen …

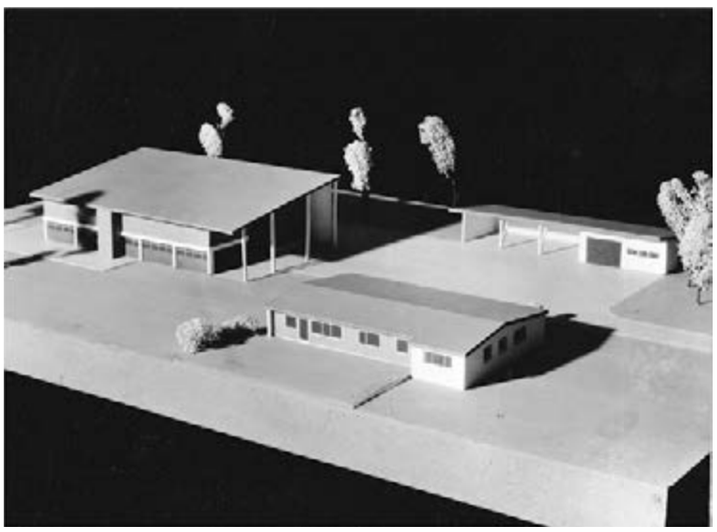
Es sind nicht die auf dem Reissbrett entworfenen Idealstädte Birrfeld, Zofingen oder Spreitenbach, welche die Raumentwicklung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts charakterisieren. Es ist vielmehr das Entstehen von Agglomerationen. Ein organischer Prozess also, weil sich diese «Speckgürtel» meist aus den bestehenden Siedlungsstrukturen heraus entwickelten. 1960 existierte im Aargau nach damaligem Verständnis eine einzige Agglomeration im Raum Baden-Brugg. Sechzig Jahre später zählte die Städtestatistik der Schweiz von insgesamt 49 Agglomerationen deren fünf im Aargau.[204] Was ist unter einer Agglomeration zu verstehen? Der Begriff, dessen Definition immer wieder Anpassungen erfuhr, tauchte in den Statistiken schon Ende des 19. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der zunehmenden Urbanisierung auf. Er meint letztlich ein grösseres, meist zusammenhängendes Siedlungsgebiet aus mehreren Kommunen, welche in enger ökonomischer und kultureller Wechselwirkung mit einem städtischen Zentrum stehen. Im öffentlichen Diskurs fand der Begriff am Anfang kaum Beachtung. Erst mit dem Aufkommen des Automobils und insbesondere mit dem systematischen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Nachkriegszeit wuchsen die Siedlungen zu Agglomerationen zusammen. Lebte in der Zwischenkriegszeit rund ein Drittel der Schweizer Bevölkerung in einem solchen Verdichtungsraum, so waren es zur Jahrtausendwende nahezu drei Viertel.[205] Im Aargau wohnt heute rund die Hälfte der Bevölkerung in einer der fünf Agglomerationen, wobei jene von Zofingen und Olten über die Kantonsgrenze hinweg nach Solothurn ausgreift (siehe Abb. 21).[206]

… Regionalstädte hingegen nicht

Angesichts der fortschreitenden Urbanisierung entstand im Verlauf der 1960er-Jahre eine vitale Diskussion um neue politische Organisationsformen der werdenden Agglomerationen. Zentrum dieser Debatte im Aargau war Baden, wo im Dunstkreis des linksliberalen Journalisten Werner Geissberger (1921–1986) ab 1963 leidenschaftlich die Idee einer Regionalstadt vorangetrieben wurde. Wichtige Impulse für diese Initiative kamen aus verschiedenen überkommunalen Entwicklungsstudien, welche die Regionalplanung Baden und Umgebung in Auftrag gegeben hatte.

Mit dem *Badener Tagblatt* hatte Geissberger als dessen Redaktor ein Sprachrohr, um ein grosses

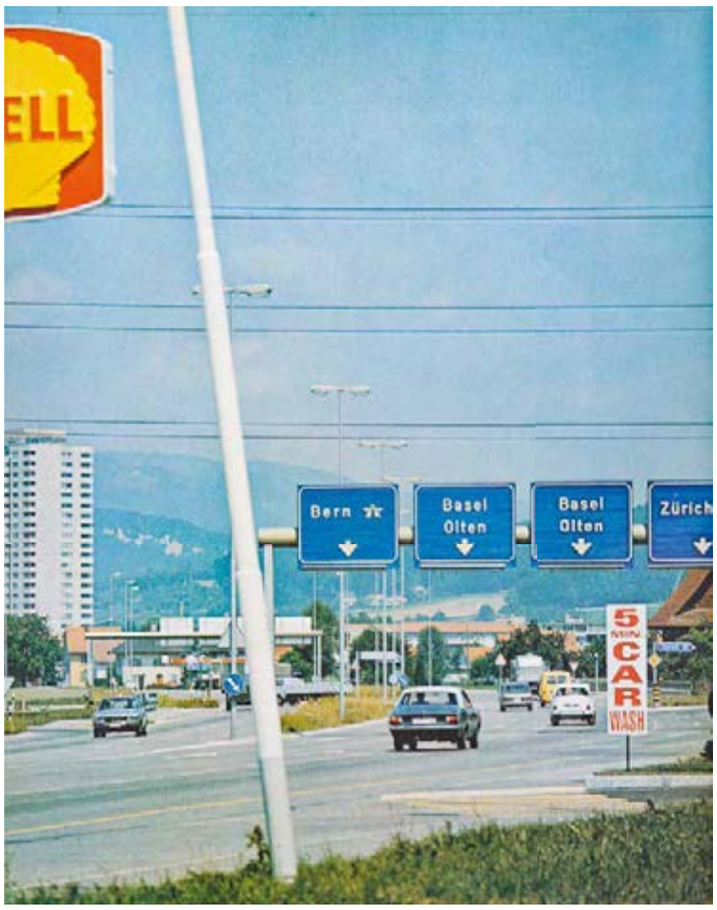
24 Einfamilienhausquartier in Zufikon, 2003. Das Bild des Fotografen Oliver Lang (*1966) zeigt exemplarisch das Ausgreifen von Einfamilienhaussiedlungen in die Landschaft.



25 Modellfoto des «Aargauer Siedlungstyps» von 1962. Der standardisierte Bauernhof bestand aus drei frei stehenden Bauten: einer Stallscheune, einer Remise und einem Wohnhaus. Er wurde in Varianten gegen 150 Mal realisiert.

26 Standbild aus «Landwirtschaft heute» vom 10. Oktober 1971. Der Aargau war 1971 Gastkanton an der Olma in St. Gallen. In diesem Kontext sendete das Schweizer Fernsehen einen Beitrag über den modernen Aargau, darunter ein Porträt über den «Aargauer Siedlungstyp» am Beispiel des Edelhofs von Josef Senn in Gansingen.

27 Das eo-Hochhaus in Oftringen kurz nach der Fertigstellung 1970. Der Bau wurde schnell zum Wahrzeichen der fünftgrössten Aargauer Gemeinde, nicht zuletzt auch deshalb, weil das Hochhaus auf weiter Flur alleine steht. Es flankiert die Kreuzung der beiden alten Landstrassen zwischen Zürich und Bern und zwischen Basel und Luzern.



28 Agglomerationsgemeinde Oftringen, 1972. Dass dieses Bild aus dem Aargau und nicht aus Las Vegas stammt, lassen die Hügelzüge des Jura und die Reiseziele auf den Verkehrsschildern erkennen.

Publikum erreichen zu können. Die Perspektive jener Jahre war der «Vollausbau», der von den Planern binnen der nächsten zwei Generationen erwartet wurde. Damit war eine Art Endzustand der Siedlungsentwicklung gemeint. Die damals herrschenden Wachstumskräfte legitimierten dieses Denken. Etwa 220 000 Menschen sollten die Agglomeration Baden Anfang des 21. Jahrhunderts bevölkern (ziemlich genau halb so viele sind es im Jahr 2020).[207] Die Herausforderungen, welche aus dem Vollausbau resultierten, wurden als immens betrachtet. In den Köpfen der Regionalstadtpromotoren reifte infolgedessen die Erkenntnis, dass diese nur gemeistert werden könnten, wenn die tradierten föderalistischen Strukturen radikal neu gedacht und Synergien genutzt würden. Gemeindegrenzen, die als solche gar nicht mehr ersichtlich waren, gehörten abgeschafft. Kurzum: Regionalstadt meinte den raschen Zusammenschluss möglichst vieler Kommunen zu einem neuen politischen Gebilde. Geissberger beschwor die Drohkulisse, entweder als «städtisches Regionalzentrum mit eigenem Glanz» oder als Teil der «zürcherischen Vorortslandschaft» in die Zukunft zu blicken.[208]

Die Regionalstadtidee fand Anhänger in verschiedenen Lagern, namentlich im progressiv bürgerlichen sowie im linken Milieu, wo auch die meisten Planer ihre politische Heimat hatten. Sie wurde alsbald auch in anderen Regionen aufgegriffen. So schlug etwa der Landesring der Unabhängigen (LdU) in seiner 1967 veröffentlichten Broschüre «achtung: der Aargau» ein Konzept von künftig sieben Aargauer Regionalstädten vor (siehe Abb. 22). Die LdU-Autoren wetterten gegen die «Masshalte- und Krisenapostel» und beklagten, man halte fatalerweise an einem Kleinstadtideal fest, obwohl das aargauische Mittelland «allmählich von einer einzigen ländlichen Stadt ohne echte Zentren überdeckt» werde.[209] Mit seiner Initiative bereitete der LdU die bereits erwähnte Arbeit am kantonalen Besiedlungsleitbild vor.

Die Regionalstadt entwickelte sich nie zu einer mehrheitsfähigen Option und wurde mehrfach von der politischen Realität eingeholt. So lehnte etwa der neu geschaffene Wettinger Einwohnerrat schon 1966 eine Motion ab, welche den Beginn von Verhandlungen mit den Nachbargemeinden zwecks Bildung einer Regionalstadt forderte. Zusammenschlussinitiativen erlitten darüber hinaus auch in Neuenhof und Fislisbach schon in der Eintretensdebatte Schiffbruch.[210] Mit der Rezession der 1970er-Jahre verschwanden sowohl das Planungsziel des Vollausbaus wie auch die politische Idee einer Regionalstadt aus dem Fokus der Öffentlichkeit. Hans Wanner (*1941), der damalige Stadtplaner von Baden, brachte die Stimmung nach 1975 rückblickend auf den Punkt: «Die Zeit der grossen Würfe in der Regionalpolitik war vorbei.»[211] Im Herbst 2020 wurde in dieser Frage jedoch ein neues Kapitel aufgeschlagen: 13 Gemeinden in der Region Baden schlossen sich zu einem ergebnisoffenen Dialog zusammen mit dem Ziel, enger zu kooperieren. Nun ist nicht mehr von Regionalstadt, sondern von Modellstadt die Rede, und dabei sind auch Fusionen kein Tabu.[212]

In der Region Aarau scheiterte gleichzeitig ein ähnlich gelagertes Vorhaben unter dem Namen «Zukunftsraum Aarau». Hier war von Anbeginn die Fusion der involvierten Gemeinden als Zielmarke gesetzt. Aarau, Buchs, Densbüren, Ober- und Unterentfelden sowie Suhr gingen in den Prozess, während sich etwa Küttigen und Erlinsbach schon 2016 gegen das Unterfangen aussprachen. Mit «Zukunftsraum Aarau» sollte im Schweizer Mittelland ein neues Zentrum entstehen. Nachdem die Stimmberechtigten von Buchs, Densbüren, Suhr und Oberentfelden 2019 und 2020 dem Ansinnen an der Urne eine Abfuhr erteilten, wurde es Anfang 2021 sang- und klanglos begraben.[213] Initiativen für grossflächige Zusammenschlüsse haben auch im 21. Jahrhundert einen schweren Stand, insbesondere dann, wenn es – wie in Aarau und Baden der Fall – unter den involvierten Kommunen ein starkes Gefälle bezüglich Grösse und Finanzkraft gibt. Die Einwohnerinnen und Einwohner der kleinen Partnergemeinden befürchten in der Mehrheit den faktischen Abstieg zu einer politisch unselbstständigen Aussenwacht der Zentrumsstadt.

Der Bauernhof aus dem Baukasten

Das Wachstum fand am sichtbarsten in den Ballungsräumen statt. Aber auch das ländliche Gebiet blieb von der beispiellosen Wucht der Nachkriegsmoderne nicht a priori verschont. Hier war es die Mechanisierung der Landwirtschaft, welche nach dem Zweiten Weltkrieg rasante Verbreitung fand mit der Folge, dass umfassende Strukturverbesserungen in Angriff genommen werden mussten (siehe «Landwirtschaft», S. 294). Vielerorts war es schlicht unmöglich, die über Generationen immer stärker zerstückelten Parzellen mit einem Traktor und anderen schweren Geräten überhaupt zu befahren. Im Rahmen dieser Güterregulierungen mit Neuparzellierungen und dem Bau von landwirtschaftlichen Weganlagen wählten viele Bauernfamilien die Option, ihren Hof auszusiedeln. Oft zwangen ohnehin die beengten Verhältnisse in den Dörfern und die Emissionen zu diesem Schritt.[214] So veränderte sich auch fernab der Agglomerationen das Antlitz des Raums stark.

Aussiedlerhöfe entstanden schon in der Zwischenkriegszeit, doch sollten die 1960er- und 1970er-Jahre zu jenen Dezennien werden, in denen im Aargau mehr als 250 Betriebsverlegungen durchgeführt wurden. Das ist durchschnittlich mehr als eine Aussiedlung pro Gemeinde, wobei regional grosse Unterschiede bestanden. So wurden beispielsweise in der kleinen Gemeinde Hornussen gleichzeitig sechs Aussiedlungen gebaut, in Sulz waren es deren acht.[215] Dabei ging der Aargau einen pionierhaften Weg: Als Anfang der 1960er-Jahre in Dutzenden von Gemeinden gleichzeitig Güterregulierungen in Angriff genommen wurden, initiierte die Landwirtschaftsdirektion 1961 einen Projektwettbewerb für einen standardisierten Bauernhof. Regierungsrat und Departementsvorsteher Ernst Schwarz (1917–1985) von der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei war die treibende Kraft hinter dem Vorhaben.[216] Ziel war es, mit einem eigenen Typenprogramm Baukosten zu senken und Bauzeit zu sparen. Eine eigens einberufene Fachkommission besichtigte bestehende Normbetriebe in Deutschland, Holland und Frankreich und

kam zum Schluss, dass diese für die Verhältnisse im Aargauer Mittelland und Jura nicht taugten.[217] Eingeladen wurden nun drei Teams, welche Vorschläge für einen funktionalistischen Landwirtschaftsbetrieb einreichten. Das Projekt der in Zürich domizilierten Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft (SVIL) erhielt den Zuschlag. Der «Aargauer Siedlungstyp» war geboren und bestand im Kern aus drei freistehenden Gebäuden: einem schlichten, eingeschossigen Wohnbau unter einem Satteldach sowie einer Stallscheune und einer Remise, beide mit Pultdach.[218]

Der aus Rüfenach stammende Ernst Schwarz war Ingenieur-Agronom und vor seiner Wahl in den Regierungsrat als Landwirt tätig. Als Landwirtschaftslehrer in Brugg war er ebenso auf Tuchfühlung mit der nachrückenden Generation. Er formulierte das Ziel, mindestens hundert standardisierte Siedlungen zu realisieren.[219]

Der «Aargauer Siedlungstyp» als Erfolgsgeschichte

Typensysteme und Rationalisierungskonzepte waren damals in der Bauwirtschaft allgegenwärtig, zumindest in der Diskussion. Sie wurden als Lösung für jene Probleme angepriesen, die eingangs schon erwähnt wurden: chronische Überlast und Bauteuerung. Der «Aargauer Siedlungstyp» war eine Erfolgsgeschichte, wurden doch etwa zwei Drittel aller Aussiedlungen danach gebaut. Entsprechend gross war auch das Interesse in der Fachwelt weit über den Aargau hinaus.[220]

1963 gründeten in Brugg 42 Bauinteressenten die Aargauische Landwirtschaftliche Siedlungsbaugenossenschaft (ALSG) unter dem Vorsitz des jungen Landwirts Paul Stäuble (*1932), der mit seiner Frau auf dem Sulzer Berg 1964 einen der ersten Siedlungstypen bezog. Sulz gehörte zusammen mit Gansingen zu den ersten Gemeinden, in denen der gesamte Ortsbann gleichzeitig reguliert wurde.[221] Die Baugenossenschaft beauftragte die SVIL mit der Projektierung und Ausführung aller Bauten. Wer zur Aussiedlung entschlossen war, trat der Genossenschaft bei und profitierte neben fünf Prozent höheren staatlichen Subventionen (35 statt 30 Prozent) auch davon, dass die SVIL als Generalplanerin ihre grosse Expertise einbrachte und für den gesamten Betrieb einen Fixpreis sowie einen schlüsselfertigen Abnahmetermin garantierte. Der Bauernhof aus dem Baukasten kostete durchschnittlich 270 000 Franken und war damit zwischen 10 und 15 Prozent günstiger als nach konventioneller Bauart.[222] Der «Aargauer Siedlungstyp» kam bald auch in anderen Kantonen des Mittellands zur Anwendung. So schlossen sich auch Landwirte aus Basel-Landschaft und Solothurn der Siedlungsgenossenschaft an.[223] Ausserdem stand es der SVIL zu, das Konzept eigenmächtig in anderen Kantonen anzupreisen.

Der Bund beteiligte sich mit einem namhaften Forschungskredit an der Entwicklung des Typenprogramms.[224] So erstaunt es nicht, dass der Bundesrat 1966 in corpore ins Fricktal reiste, um in Hornussen einen Augenschein auf einem «Aargauer Siedlungstyp» zu nehmen.[225] 1978 wurde die Baugenossenschaft aufgelöst, nachdem der grosse Aussiedlungsboom zum Erliegen gekommen war.[226] Das von Regierungsrat Ernst Schwarz anvisierte Ziel von hundert realisierten Typenhöfen wurde klar übertroffen.

Das Aargauer Konzept für die bäuerlichen Aussiedlungen bot auch Anlass für kritische Voten. So beklagte etwa Baudirektor Kim schon in der regierungsrätlichen Grundsatzberatung des Vorhabens den Verlust der regionalen Baukultur, welche mit einem einheitlichen Systembau zwangsläufig einhergehen würde. Und überhaupt bemängelte er, dass den architektonischen Gesichtspunkten zu wenig Gewicht beigemessen werde. Eine rationelle Bauweise erkenne er als absolut richtig, aber die Lage werde unhaltbar, wenn der Staat selbst Subventionsbauten aufstelle, welche eine Verschandelung der Landschaft darstellen würden. Gesundheitsdirektor und SP-Vertreter Adolf Richner (1908–1982) doppelte nach: Es wolle ihm partout nicht in den Kopf gehen, dass der Landwirtschaftsbetrieb nun eine Art Fabrik werde. Diesen Bedenken hielt Ernst Schwarz lapidar entgegen, dass die Zeit der schönen, alten Torbogen vorbei sei, wie sie sich etwa über dem Tenn im Fricktal wölben würden.[227] Kritisch äusserten sich im Rahmen einer beschränkten Mitwirkung auch die Organe von Umwelt- und Heimatschutz zur künftigen Präsenz der industriell anmutenden Baukörper, insbesondere in der coupierten Juralandschaft.[228]

Nicht selten beklagten auch die Bauern, dass sie sich mit der Aussiedlung vom Gemeindewesen entfremdeten und etwa die Kinder weite Schulwege auf sich nehmen mussten. «Wenn die einzelnen Höfe zu weit voneinander entfernt sind, kann die für den Menschen nötige Bindung an die Umwelt erschwert werden», schrieb 1967 ein besorgter Leser in der *Bauern- und Bürgerzeitung*.[229]

Der Aargau als Mobilitätsdrehscheibe

Neben der Bevölkerung nahm seit den 1950er-Jahren im Aargau auch die Motorisierung überdurchschnittlich zu. Der Bau der erforderlichen Verkehrsanlagen könne mit den wachsenden Bedürfnissen kaum Schritt halten, schrieben die Verfasser des «Transportplan 66» in ihrem Bericht an den Regierungsrat.[230] Regionale Transportpläne entstanden ab 1964 im Auftrag der Baudirektion mit dem Ziel, Transportbilanzen aller Verkehrsträger zu erstellen und diese hinsichtlich des künftigen Vollausbaus in einigen Jahrzehnten zu planen.[231]

«Die Nationalstrassen werden mehr Glück bringen als die Nationalbahn; entlang der gebauten und geplanten Autobahnen zieht schon heute der Wohlstand ins Land.» Die beiden jungen Vordenker des LdU, Luzius Theiler und Ruedi Jost, machten mit dieser Aussage in ihrer bereits erwähnten Denkschrift «achtung: der Aargau» 1967 deutlich: Beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur stand der motorisierte Individualverkehr im Zentrum.[232] Die Anspielung auf die Nationalbahn aus dem 19. Jahrhundert als eine der kolossalsten Bruchlandungen in der Schweizer Wirtschaftsgeschichte – mit

Raumplanung und Fahrende

Im deutschsprachigen Europa verstehen sich die meisten Fahrenden als Jenische, deren überwiegender Teil sesshaft geworden ist. Rund 35 000 Mitglieder der jenischen Minderheit leben Anfang des 21. Jahrhunderts in der Schweiz. Etwa zehn Prozent von ihnen pflegen nach wie vor eine nomadische Lebensweise.[1] Besonders für abgelegene Regionen waren die Wanderarbeiter und Hausierer lange ein Segen, weil dort die Menschen auf deren Produkte und Fertigkeiten angewiesen waren. Mit der wachsenden Mobilität und der gleichzeitigen Verknappung des Bodens nahm das Konfliktpotenzial zwischen der sesshaften Bevölkerung und den Fahrenden jedoch zu.

Die Geschichte der Fahrenden ist seit Jahrhunderten geprägt von Ressentiments und Diskriminierung. Auch Schweizer Ärzte bezeichneten Anfang des 20. Jahrhunderts die Fahrenden als «erbkrank» und erklärten so deren weitverbreiteten Pauperismus.[2] Zwischen 1926 und 1973 wurden im Rahmen des «Hilfswerks für die Kinder der Landstrasse» der Stiftung Pro Juventute rund 800 Kinder von Jenischen meist gegen den Willen der Eltern fremdplatziert mit dem erklärten Ziel, deren Lebensart aussterben zu lassen. Aargauer Jenische waren von dieser Aktion wenig betroffen (die Fälle von drei kinderreichen Familien sind aktenkundig); vor allem Fahrende aus den Südkantonen und der Innerschweiz sahen sich mit fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen konfrontiert. 1986 bat Bundespräsident Alphons Egli (1924–2016) die Jenischen um Entschuldigung dafür, dass die offizielle Schweiz das Unrecht geduldet und mitfinanziert hatte.[3]

Die aargauische Verfassung hält wenig konzis fest: «Der Kanton kann in Zusammenarbeit mit den Gemeinden nichtsesshaften ethnischen Minderheiten geeignete Örtlichkeiten für einen befristeten Aufenthalt zur Verfügung stellen.»[4] Chronisch ist der Mangel an ausreichenden und geeigneten Standplätzen im dicht besiedelten Mittelland. 1995 forderte die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei im Grossen Rat, die Standplätze für Fahrende in den behördenverbindlichen Planungsinstrumenten zu klären. Mehr als zehn Jahre sollten bis zur Erfüllung dieses Begehrens verstreichen, weil in den potenziellen Standortgemeinden die Akzeptanz fehlte.[5]

In der Zwischenzeit wurden die Fahrenden offiziell als Minorität anerkannt, nachdem der Bund 1998 das Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz von nationalen Minderheiten ratifiziert hatte.[6]

Im Aargau existieren heute sechs raumplanerisch gesicherte Standplätze für Schweizer Fahrende: fünf Durchgangsplätze in Aarau, Kaiseraugst, Windisch, Würenlos und Zofingen sowie ein Ganzjahresplatz in Spreitenbach. Seit 2007 besteht innerhalb der Abteilung Raumplanung eine kantonale Fachstelle Fahrende. Sie dient als Dreh- und Angelpunkt für deren Anliegen und kümmert sich um Unterhalt und Ausbau der Halteplätze.[7] 2010 wurden diese im Richtplan verankert. Seither gilt der Aargau unter den Jenischen als Kanton mit Modellcharakter.[8]

1 «Jenische», HLS 2010.
2 Huonker 2016, 1.
3 Galle 2016, 126f.; Minelli, Bürgisser 2015, 25.
4 KV/AG 1980, § 48; dazu auch Gespräch mit Pirmin Meier, 2019.
5 RR-RB 1997, 130.
6 Rechtssammlung des Bundes, 0.441.1: Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten.
7 Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende 2015; Bühlmann, Straumann 2019, 3; Gespräch mit Christoph Bürgi, 2020.
8 Minelli, Bürgisser 2015, 97.

AARGAUER KURIER

Menschen zwischen Abfallgrube und Zivilisation

29 Der *Aargauer Kurier* berichtete am 23. April 1969 über Fahrende. Gut ein Dutzend «Korberfamilien» würden im Aargau wohnen. Alle gängigen Klischees werden im Beitrag bedient, doch auch kritische Töne sind auszumachen: «Man steckte die Kinder in Heime und hoffte, sie würden so sesshaft. Wer aber die damaligen Heime kennt, den wundert es nicht, dass dieser Versuch fehlschlug.»

weitreichenden Folgen für den Aargau – ist dabei durchaus symptomatisch: Die Realisierung der Schweizer Autobahnen bündelte in den 1960er- und 1970er-Jahren einen grossen Teil der Kräfte und die volle Aufmerksamkeit von Bund und Kantonen sowie Hundertschaften von Strassenbauern und Ingenieuren. Bei diesem Jahrhundertwerk nahm der Aargau aufgrund seiner geografischen Lage eine zentrale Rolle ein.

Die Autobahn als grösstes Bauprojekt der Moderne

10. Mai 1967: Ein langer Automobiltross mit Bundesrat Hans Peter Tschudi (1913–2002) an der Spitze fährt von Oensingen nach Hunzenschwil und feiert die Einweihung des bis dahin mit 84 Kilometern längsten Abschnitts der Schweizer Autobahnen. Auf den Brücken stehen dicht gedrängt die Zuschauerinnen und Zuschauer und jubeln mit Dankbarkeit den Verantwortlichen des grossen Werks entgegen. Die Autobahn als grösstes Schweizer Fortschrittswerk der Moderne war nahezu unbestritten, das Hurra der Menschen kam von Herzen.[233]

Der Bau der Schweizer Autobahnen hatte eine lange Vorgeschichte, welche in der Zwischenkriegszeit ihren Anfang nahm. Der eidgenössische Föderalismus stand dabei einer gesamtschweizerischen Planung jahrzehntelang im Weg.[234] Da und dort versuchten sich einzelne Kantone im Alleingang mit der Konzipierung von kreuzungsfreien Strassen, welche dem motorisierten Verkehr vorbehalten sein sollten. Sie blieben mit Ausnahme der 1955 eröffneten Ausfallstrasse von Luzern nach Horw allesamt Planwerk.

1954 setzte der Bundesrat eine Planungskommission ein mit dem Auftrag, ein landesweites Hauptstrassennetz zu entwerfen, wobei schnell die Gesamtkonzeption der künftigen Autobahn im Fokus stand. Die Schweiz war diesbezüglich im Rückstand, 1950 waren in den Nachbarländern Deutschland und Italien die wichtigsten Zentren bereits mit Autobahnen verbunden. Der Netzplan der künftigen Nationalstrassen war im Sommer 1957 ausgearbeitet. In dieser über 30-köpfigen Fachkommission waren ausschliesslich Männer tätig. Ausserdem brachten diese vornehmlich einen technischen beruflichen Hintergrund mit. Es fehlten Vertreter von Natur- und Umweltschutz ebenso wie Volkswirte oder Eisenbahner.[235] Es fehlten Frauen. 1958 wurde der Netzplan mit gut 1800 Kilometern Autobahn veröffentlicht, und im gleichen Jahr sagte das Stimmvolk überdeutlich Ja (im Aargau mit 77 Prozent) zum Verfassungsartikel, der dem Bund die Kompetenz übertrug, Nationalstrassen zu bauen. Das Ausführungsgesetz wurde vom eidgenössischen Parlament 1960 verabschiedet. Es war weitgehend unbestritten, obwohl es brisante Artikel zur Beschränkung des Grundeigentums enthält.[236] Sofort konnte mit dem Bau begonnen werden, und schon 1962 wurden in der Westschweiz erste Teilstücke dem Verkehr übergeben.[237]

Der Netzplan von 1958 machte den Aargau zur Autobahndrehscheibe mit Knoten von N1 (Zürich–Bern) und N2 (Basel–Luzern) bei Rothrist sowie dem Anschluss der N3 (Basel–Zürich) an die N1 im Birrfeld. Damit wurde eine Tradition weitergeschrieben, denn am Oftringer Kreuzplatz, unweit der neuen Autobahnverzweigung Wiggertal, trafen seit alters die wichtigsten beiden Landstrassen der Schweiz zusammen: jene zwischen Zürich und Bern sowie jene zwischen Basel und Luzern.

Mit der Ausführungsplanung und dem Bau der vom Bundesparlament beschlossenen Linienführung wurden die Kantone beauftragt. Im Aargauer Tiefbauamt entstand als Unterabteilung das Nationalstrassenbüro. Die Personalaufstockung gestaltete sich in Zeiten der Vollbeschäftigung als ausserordentlich schwierig. Es mangelte insbesondere an Fachkräften. Ingenieure und Techniker wurden per Inserat in internationalen Zeitschriften rekrutiert. Deren Arbeit war vielgestaltig und komplex, bedingte der Strassenbau doch neben aller Ingenieurskunst auch die Überwindung geologischer Schwierigkeiten, Landkäufe, Güterregulierungen oder Gewässerkorrekturen. Unzählige Male konfrontierten die Vertreter des Kantons die Landbesitzer mit der unumstösslichen Tatsache, dass sie ihr Land für das grosse Werk zur Verfügung stellen mussten. Wer sein Land nicht freiwillig hergab – die Entschädigung war fair –, der wurde enteignet, was allerdings nicht oft vorkam.[238]

1962 begannen die Bauarbeiten an den ersten Teilstücken auf Aargauer Boden zwischen Hunzenschwil und Lenzburg (N1) sowie zwischen Kaiseraugst und Rheinfelden (N3). Diese je rund fünf Kilometer langen Abschnitte wurden am 19. Juni 1966 für den Verkehr freigegeben.[239] Damit begann im Aargau das Autobahnzeitalter. Mit der Eröffnung des Bareggtunnels 1970 und dem Abschnitt durch das Limmattal 1971 war die N1 zwischen Zürich und Bern durchgängig befahrbar.

Es dauerte genau dreissig Jahre, bis am 17. Oktober 1996 Bundesrat Moritz Leuenberger (*1946) und Baudirektor Thomas Pfisterer (*1941) mit dem Abschnitt der N3 zwischen Frick und dem Birrfeld den letzten Autobahnabschnitt im Aargau dem Verkehr übergaben.

Von der Verheissung zur Kampfzone

Nur vereinzelt wurden in der ersten Planungs- und Bauphase Bedenken gegen die Autobahnen geäussert. Als rückständige Egoisten galten jene, die sich gegen das «grosse Gemeinschaftswerk» stellten. Ein Anschluss an die Autobahn versprach Prestige und Prosperität. Dies erstaunt rückblickend auch deshalb, weil die Strecken möglichst direkt und kostengünstig geplant wurden. Einflussfaktoren wie Lärm- und Schadstoffemissionen, Siedlungsentwicklung oder Naturschutz hatten anfänglich wenig Gewicht. Es waren vornehmlich Vertreter aus der Landwirtschaft, welche das «gewaltige Flächenopfer» auf Kosten des Agrarsektors beklagten.[240] Im Aargau wurden allein für die Autobahnen etwa fünf Quadratkilometer Land in Anspruch genommen, was flächenmässig der Hälfte des Hallwilersees entspricht. Auf der anderen Seite war die Sehnsucht nach Entlastung der alten Überlandstrassen vom Transitverkehr zwischen den Grossstädten immens. Unvorstellbar, wie sich etwa der Fernverkehr zwischen Zürich und Bern bis Anfang der 1970er-Jahre über den Mutschellen, durch Bremgarten, Wohlen oder Lenzburg wälzte (siehe Abb. 41).

Der Ruf nach mehr Demokratie im Nationalstrassenbau erreichte den Aargau ab den 1970er-Jahren. Man habe die N1, die N2 und Teile der N3 in den 1960er- und 1970er-Jahren «in vergleichsweise zügiger Abwicklung» erstellen können, wie sich der damalige Kantonsingenieur Alfred Erne erinnerte.[241] Dann verblieb der oben erwähnte letzte Bauabschnitt der N3 zwischen Frick und dem Birrfeld, welcher seit 1963 geplant wurde und zur Geduldsprobe, aber auch zum grossen Konsensprojekt werden sollte. Am Bözberg schieden sich die Geister, und das verbleibende Fünftel Autobahn auf Aargauer Boden wurde zum Generationenvorhaben und zur Kampfzone der Ingenieure, Umweltschützerinnen und Aktionskomitees. Bis zum Baustart 1988 verging ein Vierteljahrhundert mit Planungen und Debatten um die Details der Linienführung. Exemplarisch dafür steht etwa die Gemeinde Lupfig, wo die Stimmberechtigten an der Wintergemeindeversammlung 1978 einstimmig eine Resolution an den Bundesrat überwiesen mit der Aufforderung, den geplanten Vollanschluss ihrer Gemeinde an die Autobahn zu streichen.[242] Der freiwillige Verzicht auf einen eigenen Autobahnanschluss wäre zehn Jahre früher undenkbar gewesen (das Begehren blieb gleichwohl erfolglos). Dieses Umdenken steht in ursächlichem Zusammenhang mit den Erfahrungen, die mit der Autobahn in den ersten Jahren ihres Bestehens gemacht wurden. Die Euphorie war in vielen Autobahndörfern der Erkenntnis gewichen, dass Lärm und Schadstoffe zu empfindlichen Einbussen in der Lebensqualität führten. Die Fricktaler Gemeinde Zeinigen etwa sah sich aufgrund der massiven Immissionen durch die N3 1977 gezwungen, Wohngebiete auszuzonen und mit baulichen Lärmschutzmassnahmen zu reagieren.[243]

Fünf aufeinanderfolgende Baudirektoren gaben sich das Dossier N3 weiter wie einen Stafettenstab. Strittig darin war insbesondere, wie der Bözberg (Hochbrücke oder Tunnel) und das Kurgebiet von Schinznach-Bad möglichst schonungsvoll passiert werden sollten. Nicht weniger als acht Varianten wurden zwischen 1967 und 1986 in unzähligen Veranstaltungen debattiert, bis 1987 letztinstanzlich der Bundesrat über die heutige Linienführung befand.[244] Die Aargauer Bevölkerung habe naturschützerische Bedenken ernster genommen als alle anderen Kantone, und trotzdem hafte ihr, ungeachtet aller statistischen Tatsachen, der Ruf der Autovernarrtheit an, konstatierte 1999 *Das Magazin*.[245]

Pläne für eine Aargauer Hochleistungsstrasse

Während Mitte der 1960er-Jahre quer durch den Aargau mit Hochdruck an den Nationalstrassen gebaut wurde, präsentierte sich das kantonale Strassennetz vielerorts noch als rudimentäre Infrastruktur. Namentlich in abgelegenen Gebieten verfügten Verbindungs- und Dorfstrassen weder über eine feste Fahrbahn noch über eine Beleuchtung. Bei anhaltend trockener Witterung wurden die unbefestigten Strassen zu einer Plage. Gerade innerorts nahm mit dem zunehmenden Autoverkehr die Staubbelastung ein unerträgliches Mass an. Deshalb wurden die Weganlagen mit Kalziumchlorid behandelt. Mancherorts kam auch Altöl zum Einsatz. 1981 wurden zwischen Ueken und Herznach die letzten 1,6 Kilometer Kantonsstrasse «staubfrei» gemacht.[246] Danach verschwand der Begriff aus dem Vokabular des Tiefbauamts.

1969 ersetzte ein modernes kantonales Strassenbaugesetz die alten Baudekrete. 1970 folgte ein Strassenrichtplan als Grundlage für ein Mehrjahresbauprogramm. Dieser war ein Manifest der Hochkonjunktur, nach dem die alten Hauptverbindungen zu einem Netz aus Hochleistungsstrassen auf eigenen Trassees mit möglichst wenigen Kreuzungen und Anschlüssen ausgebaut werden sollten. Die Rezession im Zuge der Energiekrise 1973 machte dem ambitionierten Vorhaben einen Strich durch die Rechnung. Schon im Regierungsprogramm 1973/1977 verzichtete der Regierungsrat auf die Realisierung eines neuen Strassennetzes, und in der überarbeiteten Version des Strassenrichtplans von 1976 war keine Rede mehr von einer neuen Aargauer Hochleistungs- oder Expressstrasse.[247]

Zu den augenfälligsten Strassenbauprojekten auf der Grundlage des revidierten Strassenrichtplans gehörten die zahlreichen Ortsumfahrungen. «Via vita», «die Strasse bringt Leben», hiess es über Jahrhunderte. So entstanden die vielen lang gezogenen Strassendörfer an den wichtigen Verkehrsachsen, beispielsweise an der Bözbergstrasse durch das Fricktal: Effingen, Bözen oder Hornussen. Noch Anfang der 1960er-Jahre schrieb der Autor und Lehrer Charles Tschopp (1899–1982) in seiner «Landeskunde» über den Aargau, es sei so bedeutungsvoll, an einer Durchgangsstrasse zu liegen, dass sich die Ortschaften wehrten, umfahren zu werden.[248] Dies änderte sich schnell. Insbesondere die Städte litten bald massiv unter dem Durchgangsverkehr und sehnten sich jahrzehntelang nach Befreiung. Baden stellte dabei die komplexeste Aufgabe an die Verkehrsplaner. Durchgangs- und Zielquellverkehr kumulierten hier mehrmals täglich zu einem gefährlichen Schauspiel mit Automobilisten und Velofahrerinnen inmitten der Altstadt in der engen Limmatklus. Ab 1927 versuchte der erste Verkehrspolizist im Aargau, dem Badener Verkehrschaos Herr zu werden. Einen wesentlichen Anteil daran hatten Tausende von Arbeiterinnen und Arbeiter der BBC, welche «vor und nach der Arbeit wie eine langsame, stockende weltliche Prozession die Strassen dicht erfüllen».[249] Zwischen 1957 und 1965 wurden im Rahmen der grössten innerstädtischen Verkehrssanierung der Schweiz mit gewaltigen Bauwerken die Verkehrsträger entflochten. Die Bahn verschwand in einem Tunnel, während der Autoverkehr auf einer mehrspurigen Tangente um die Altstadt geführt wurde.[250] Sukzessive wurden die Aargauer Altstädte vom Durchgangsverkehr befreit. Dem ersten Aufatmen folgte vielerorts aber Ernüchterung: Den Geschäften blieb die Kundschaft aus. Es setzte ein Strukturwandel ein, der im 21. Jahrhundert andauert und die kleinsten unter den Altstädten in Wohnquartiere mit stillem Gewerbe verwandelt.

Der öffentliche Verkehr

Die Wiege des Schweizer Eisenbahnzeitalters liegt im Limmattal. 1847 fuhr die damalige Nordostbahn – bald als «Spanisch-Brötli-Bahn» bekannt –

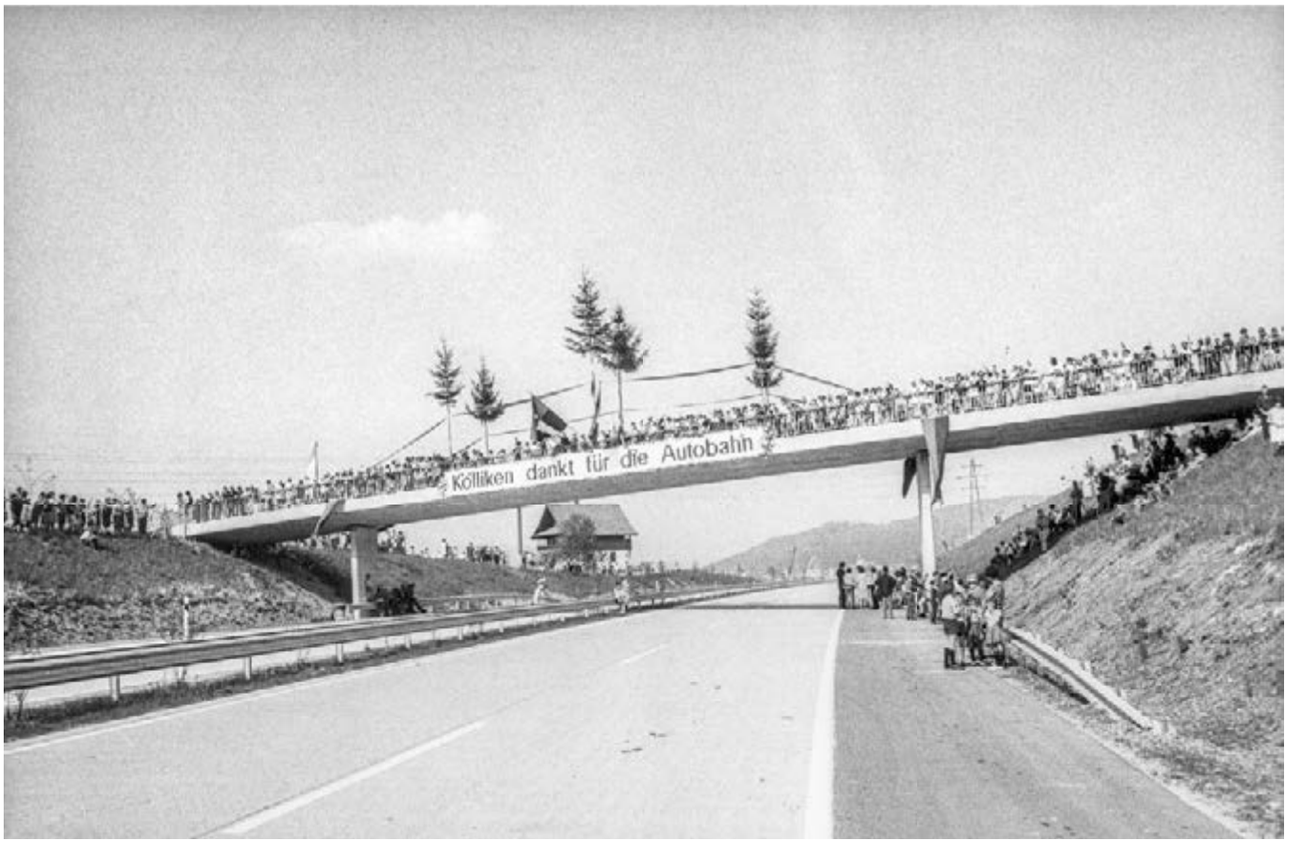
Die «Autobahnkrieger»

Im epischen Kampf um die Linienführung der N3 zwischen dem Birrfeld und Frick begegneten sich mit dem Ingenieur Josef Killer aus Baden und dem Planer Hans Marti aus Zürich zwei alte Bekannte wieder. Nachdem Killer und Marti seit 1947 jahrelang bei der Regionalplanung Baden (siehe «Regionalplanung», S. 63) in gutem Einvernehmen zusammengearbeitet hatten, trafen sie nun als erbitterte Gegner aufeinander. Beide nahmen für sich in Anspruch, die Anliegen des Natur- und Heimatschutzes zu vertreten. 1969/70 lieferten sie sich in der *Schweizerischen Bauzeitung* einen Schlagabtausch um ihre je präferierten Varianten: Marti stand für die damals offizielle Linie mit einer Hochbrücke über das Aaretal zwischen Brugg und Villnachern ein und Killer für eine von ihm ins Spiel gebrachte Tunnelvariante unter dem Bözberg.[1] Selten wurde in der Schweiz unter Anteilnahme einer grossen Öffentlichkeit ein Variantenstreit so intensiv und über so lange Zeit ausgefochten. Schon 1968 betitelte der *Aargauer Kurier* eine Auslegeordnung zum Thema mit «Brückenkrieg».[2]

Noch Jahre später wetterten die beiden unversöhnlich in ihren autobiografischen Aufzeichnungen über die jeweilige Position des anderen. So unterstellte Killer Marti, er habe in seinen Veröffentlichungen Unwahrheiten verbreitet, während Marti von seinen «Autobahnkriegen» schrieb und «Tunnelvater» Killer als «Autobahnhengst» beschimpfte, der «hundsmiserable» Lösungen vorgeschlagen habe.[3] Beide sollten Siege und Niederlagen davontragen; so kam Killers Tunnelvariante unter dem Bözberg zur Ausführung, während Martis Lösung zur Umfahrung von Schinznach-Bad den Vorzug erhielt. Damals involvierte Planer erachten die realisierte Lösung als ausgegorenen Kompromiss.[4]

1 SBZ, 20.11.1969, 927f.; SBZ, 1.1.1970, 8f.
2 AK, 10.1.1968.
3 Josef + Margrit Killer-Schmidli Stiftung 2010, 58; Ruedin, Hanak (Hg.) 2008, 23.
4 Gespräche mit Herbert Otto und Claude Ruedin, 2020.

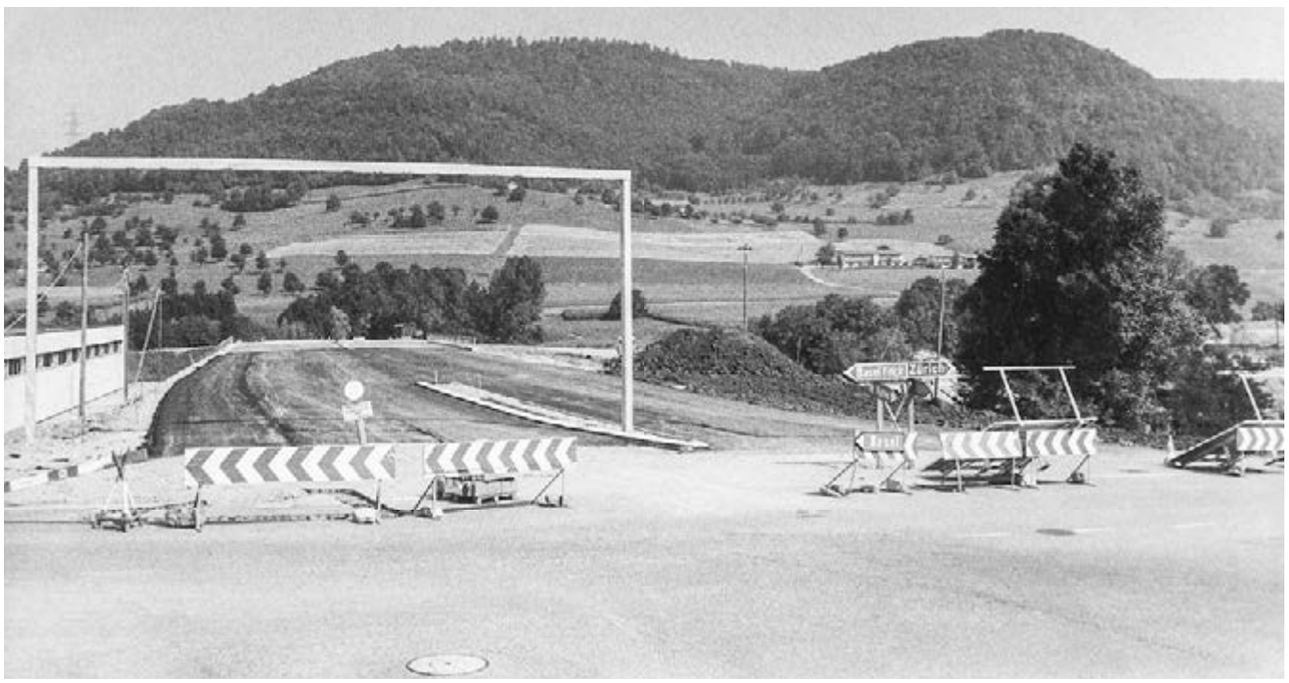
30 Aareviadukt in Schinznach-Bad, 2021. Unter dem umstrittenen Aare-Übergang der N3 zwischen Bözberg und Wülpelsberg (Habsburg) entstand in den 1990er-Jahren als Ersatz für die gerodete Waldschneise eine ökologische Ausgleichsfläche mit Pioniercharakter.



31 Eröffnung der Autobahn N1 am 10. Mai 1967. Auf der Autobahnbrücke feiert die Bevölkerung von Kölliken dicht gedrängt die Eröffnung des 84 Kilometer langen Teilstücks von Oensingen nach Hunzenschwil. Dabei winkt sie dem Automobiltross um Bundesrat Tschudi zu.

32 Dichter Verkehr auf der Landstrasse 1 bei der Talag-Tankstelle in Suhr, um 1960. Der Begriff «Landstrasse» verschwand mit dem neuen Baugesetz von 1971 aus der offiziellen Terminologie und wurde durch «Kantonsstrasse» ersetzt. Etwa gleichzeitig wich die legendäre Tankstelle bei der Abzweigung nach Aarau einer neuen Strassenführung.

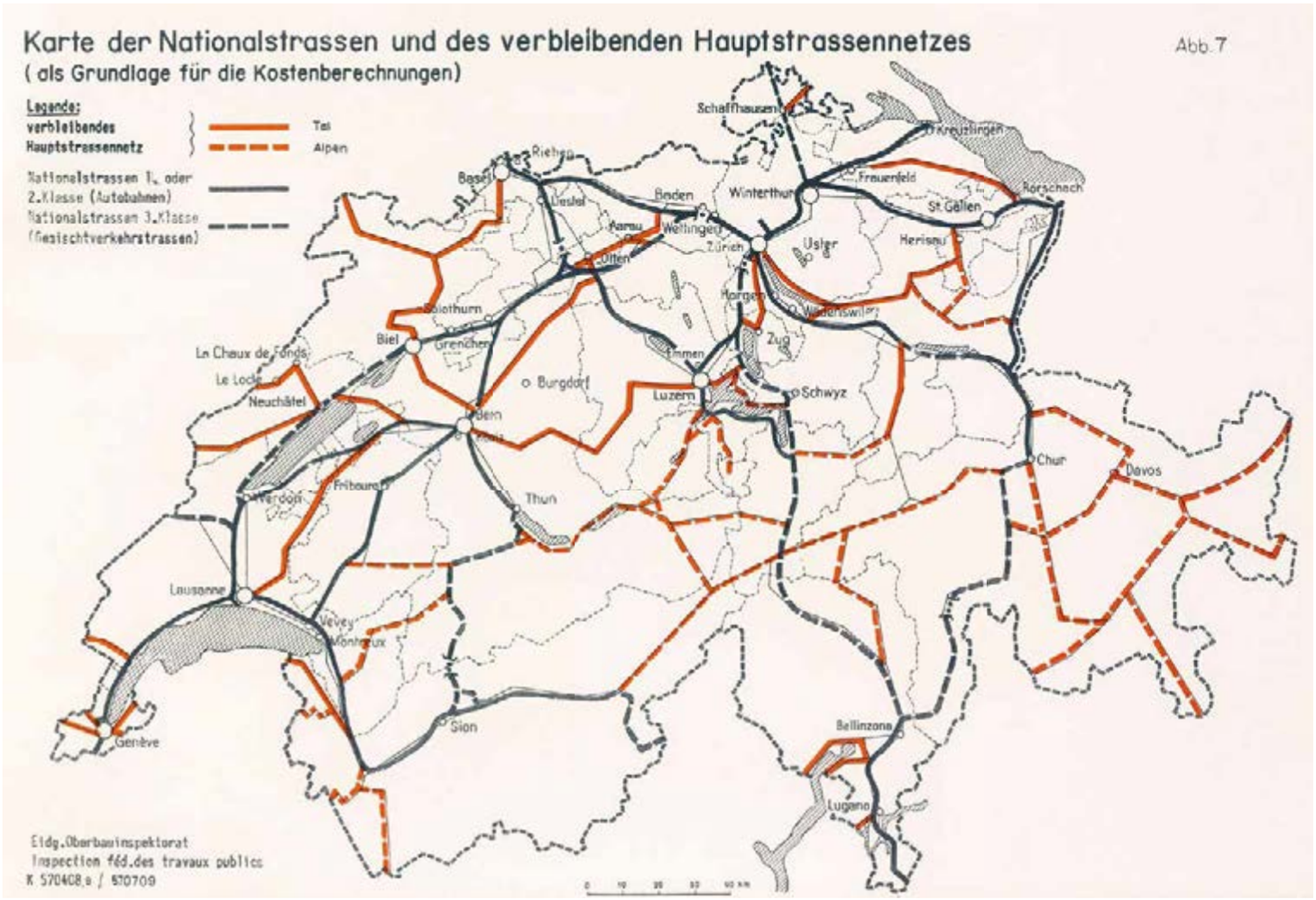
33 Schweizer Autobahnbelagsföderalismus: Der Abschnitt der N1 zwischen Rothrist und Zürich wurde durch die Verwendung von Betonplatten als Fahrbelag zur schweizweit bekannten Holperpiste. Den Entscheid für weissen Belag (Beton) fällte der Regierungsrat entgegen den Empfehlungen der Ingenieure des Nationalstrassenbüros. In der Bildmitte der Übergang über die Wyna bei Gränichen.



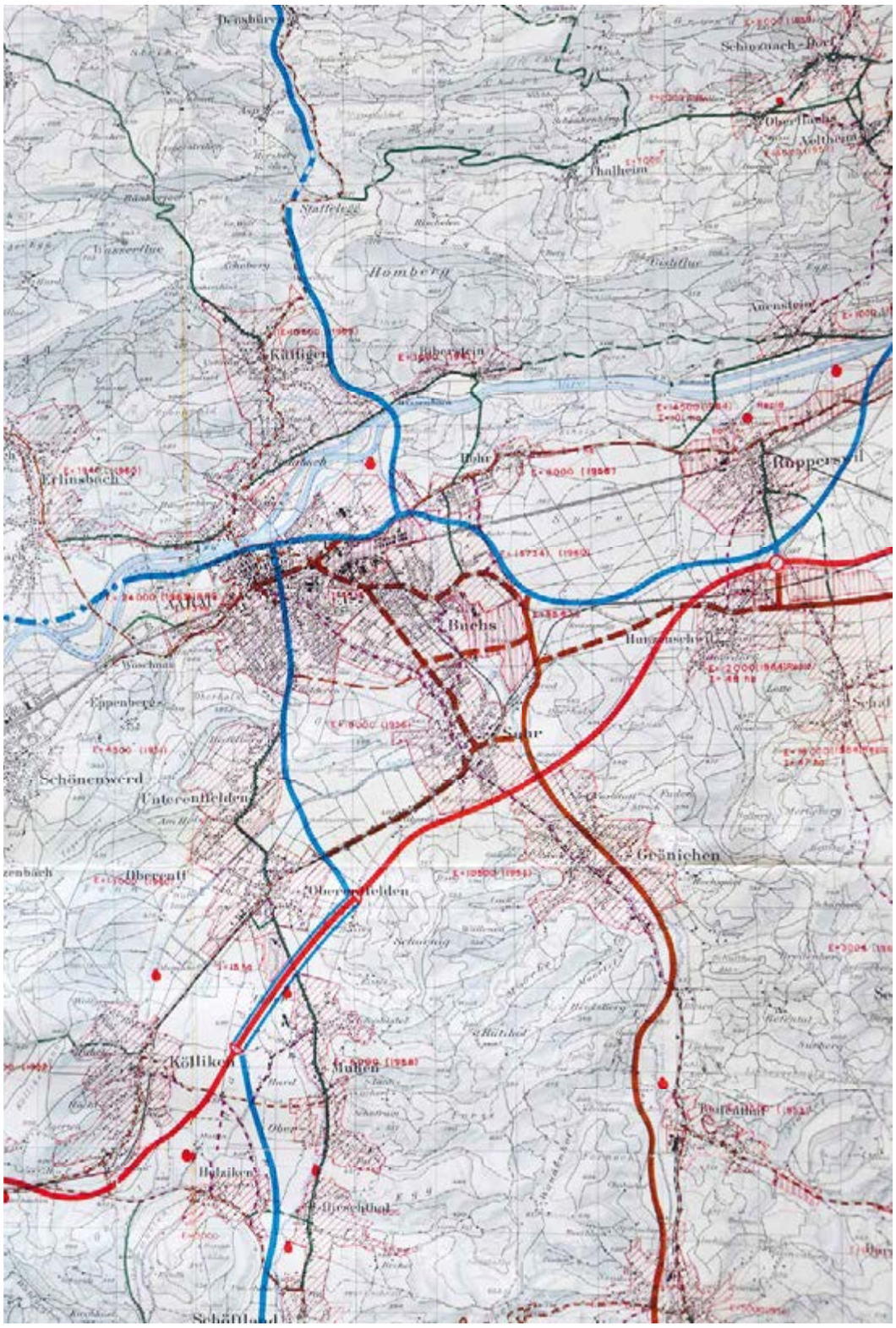
34 Abruptes Ende der Autobahn N3 bei Frick, 1974. Erst 22 Jahre später wurde die Lücke zwischen dem Birrfeld und Frick geschlossen. Der Ringier-Bilderdienst vermerkte auf dem Bild: «Das Ende der N3 bei Frick. Dann beginnt der Leidensweg.»

35 Baregg auf Neuenhofer Seite, 1970. Der 1,1 Kilometer lange Bareggtunnel wurde am 7. Oktober 1970 eröffnet. Er entwickelte sich bald zum Nadelöhr und zum wiederkehrenden Begriff in den Verkehrsnachrichten. Die täglichen Pendlerstaus waren berüchtigt. Nach der Eröffnung der N3 im Birrfeld erfolgte der Ausbau. Eine zusätzliche Röhre mit drei Spuren wurde 2003 dem Betrieb übergeben.

36 Bundesrat Moritz Leuenberger bei der Eröffnung der Autobahn zwischen Frick und Birrfeld am 17. Oktober 1996. 33 Jahre nach Planungsbeginn dieses Abschnitts waren nun die beiden Grossstädte Basel und Zürich durchgängig mit einer Autobahn verbunden.



37 Netzplan Schweizer Autobahn von 1958. Mit rund hundert Streckenkilometern erhielt der Aargau das dichteste Autobahnnetz pro Flächeneinheit in der Schweiz. Dies festigte seinen Ruf als Transit- und Autobahnkanton.



38 Kantonaler Strassenrichtplan von 1970. Der Ausschnitt aus dem im Januar 1970 veröffentlichten Gesamtplan zeigt die Idee einer vierspurigen Expressstrasse (blau) durch die Aarauer Quartiere Telli und Gönhard sowie über die Staffelegg ins Fricktal.

erstmals von Zürich nach Baden und ab 1856 weiter Richtung Brugg und Aarau. Private Bahnunternehmen besorgten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Ausbau des Schweizer Bahnnetzes, welches seither zu den weltweit dichtesten und modernsten zählt. Mit 295 Schienenkilometern umfasst der Aargau heute rund zehn Prozent des Eisenbahnnetzes und steht damit im interkantonalen Vergleich nach Zürich an zweiter Stelle.[251]

Nach der Verstaatlichung der grossen Privatbahnen zu den Schweizerischen Bundesbahnen zwischen 1900 und 1909 erfolgten die Modernisierung und der Ausbau der bestehenden Linien. Die Seetalbahn (Siehe S. 85) wurde erst nach Ablauf der Konzession 1922 von den SBB übernommen. Daneben entstanden im Aargau weitere Privatbahnen. Die 1916 eröffnete Wohlen-Meisterschwanden-Bahn (WM) wurde 1997 durch einen Busbetrieb ersetzt. Seit 1902 existiert die schmalspurige Bremgarten-Dietikon-Bahn (BD), welche 1912 nach Wohlen verlängert wurde. 1901 startete der Betrieb der Aarau-Schöftland-Bahn (AS) und 1904 jener der Wynentalbahn (WTB) von Aarau nach Reinach. Die beiden Letzteren vereinigten sich 1958 zur heutigen Wynental- und Suhrentalbahn (WSB).[252] 2018 wurden die Privatbahnen auf Druck der Mehrheitsaktionäre Bund und Kanton zu «Aargau Verkehr» und damit zu einer der grössten Privatbahnen der Schweiz fusioniert. Die alten Namen blieben dabei erhalten.[253]

Bei der pionierhaften Elektrifizierung, die nach dem Ersten Weltkrieg planmässig durchgeführt wurde, spielte die Badener BBC mit der elektrischen Ausstattung der Zugfahrzeuge eine zentrale Rolle. Die Eisenbahn startete nach dem Zweiten Weltkrieg also aus starker Position und mit einem faktischen Transportmonopol, denn quantitativ war das Automobil 1945 noch eine vernachlässigbare Grösse.[254] Dies sollte sich schnell ändern.

Mit dem Bau der Nationalstrassen fand eine verkehrspolitische Umorientierung statt, deren Folgen sich schon in den 1960er-Jahen zeigten: Während der Strassenbau florierte, büsste die Bahn Marktanteile ein. Nur: Die exponentiell ansteigende Gesamtmobilität führte trotzdem bei beiden Verkehrsträgern bald wieder zu Engpässen. Das Autofahren verlor seinen anfänglichen Zauber in vergleichsweise kurzer Zeit. Im Verlauf der 1970er-Jahre erfolgte eine sukzessive Rückbesinnung auf den Bahnverkehr, dessen Ausbau nun wieder verstärkt in den Vordergrund rückte. Ein Meilenstein war 1982 die Einführung des Taktfahrplans.

1977 präsentierte eine Expertengruppe des Bundes ein Projekt, welches in Anlehnung an die französischen TGV zwei Hochgeschwindigkeitstransversalen zwischen Boden- und Genfersee sowie zwischen Basel und Olten vorsah. Dagegen opponierte der Aargau im Verbund mit anderen Kantonen aufgrund dessen Fokussierung auf die Grossstädte. Einfach nur Transitkorridor sein, das wollte man nicht. Daraufhin präsentierte der Bundesrat 1985 mit «Bahn 2000» ein breiter abgestütztes Modernisierungs- und Ausbaukonzept für den Schienenverkehr. Dieses wurde 1987 in einer Volksabstimmung angenommen, im Aargau mit 55,5 Prozent Ja-Stimmen. Mit der Neubaustrecke Mattstetten–Rothrist ist der Aargau Teil des Kernelements von «Bahn 2000». Der Abschnitt wurde 2004 dem Betrieb übergeben und verkürzt die Fahrzeit aus dem Aargau nach Bern seither um zwanzig Minuten.[255] Im gleichen Jahr wurde mit der «A-Welle» ein Tarifverbund eingeführt, der einen nahtlosen Anschluss an die benachbarten Verbünde Basel, Olten und Zürich gewährleistet.[256]

Als jüngstes Bauwerk auf der Strecke zwischen Aarau und Olten konnte nach fünf Jahren Bauzeit im Dezember 2020 der Eppenbergtunnel in Betrieb genommen werden. Einst Bestandteil der ersten Etappe von «Bahn 2000», wurde er aus Kostengründen zurückgestellt. Das gut drei Kilometer lange Bauwerk zwischen Wöschnau und Däniken verdoppelt die Kapazität des Bahnverkehrs auf dem Abschnitt. Damit gilt die jahrzehntelang als «Achillesferse der SBB» bezeichnete Engstelle als behoben.[257]

Nur summarisch können hier die weiteren grossen Aargauer Bahninfrastrukturvorhaben seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erwähnt werden: Der Rangierbahnhof Limmattal wurde seit Mitte der 1950er-Jahre gegen den Willen der Regierung und der lokalen Bevölkerung in Spreitenbach geplant und zwischen 1966 und 1978 realisiert.[258]

1975 wurde die neue Heitersberglinie zwischen Olten und Zürich eröffnet, welche für den Fernverkehr signifikante Fahrzeitverkürzungen brachte und eine Neugestaltung des Schnellzugfahrplans erlaubte. Schon damals stand eine Haltestelle am Portal des Heitersbergtunnels bei Mellingen zur Debatte. Dreissig Jahre später wurde mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2004 der neue Bahnhof Mellingen-Heitersberg als Teil der erweiterten Zürcher S-Bahn-Linie von Dietikon nach Aarau eröffnet.[259] 2008 erhielten die Regionalzugslinien im Aargau eine S-Bahn-Nummerierung.

Die Feinverteilung des öffentlichen Verkehrs obliegt den Postautobetrieben. 1947 wurde zwischen Sulz und Rheinsulz die letzte Pferdepost durch ein Personenauto ersetzt.[260] Neben den Postautolinien entstanden 1955 in Aarau die ersten regionalen Busbetriebe (BBA). Dem Beispiel folgten Baden-Wettingen und Lenzburg 1970, Rheinfelden 1975, Wiggertal 1977 und Wohlen 1990 als Anbieter im öffentlichen Agglomerationsverkehr. Zu diesen gesellt sich die Limmattalbahn, welche seit 2022 auf der Strecke zwischen Killwangen-Spreitenbach und Zürich Altstetten als Erweiterung des Zürcher Tramnetzes verkehrt. Die Agglomerationsbahn wurde seit 2000 im Auftrag der Kantone Aargau und Zürich geplant und soll in einer zweiten Etappe bis 2032 nach Baden weitergeführt werden. Damit wird in Teilen Realität, was in Zürich mit dem 1973 an der Urne kolossal gescheiterten Projekt für eine U-Bahn geplant war. Mit einer Endhaltestelle bei den Einkaufszentren von Spreitenbach (in einer zweiten Etappe) hätte der Aargau damals nämlich Anschluss an das ambitionierte Vorhaben erhalten sollen.[261]

Der Langsamverkehr

«Es ist gegeben, dass man Radfahrer und Fussgänger, statt sie immer mehr vom Motorfahrzeug verdrängen zu lassen, unterstützt.»[262] Mit dieser Aussage machte sich Hans Boesch (1926–2003) als Chef der kantonalen Verkehrsplanung 1964 in einer Zeitschrift für den Langsamverkehr stark. Der junge

Die Seetalbahn, ein ewiger Sanierungsfall

Als eigentlicher Sonderfall ist die Seetalbahn zwischen Luzern und Lenzburg zu bezeichnen, welche bereits 1883 als Privatbahn mit Sitz in London (Lake Valley of Switzerland and Railway Company) den Betrieb aufnahm. Sie war 1910 nach ihrer frühen Elektrifizierung durch die BBC die längste strombetriebene Normalspurbahn der Schweiz.[1] Ein Sonderfall ist sie deshalb, weil das Trassee der Bahn weitgehend entlang der Kantonsstrasse verläuft und die Bahn mit Normalspurweite mitten durch die Dörfer fährt. Ein Sonderfall ist sie aber auch, weil ihre Sanierung zum Mehrgenerationenprojekt wurde. Hunderte von unbewachten Bahnübergängen machten die Bahn zum Gefahrenherd und trugen ihr im Volksmund den makabren Übernamen «Kundenmetzger» ein. Eine Vielzahl schwerer Unfälle liess schon in den 1950er-Jahren den Ruf laut werden, die gut frequentierte Bahn sei durch Busse zu ersetzen. Eine umfassende Verbesserung dieser «von unseren Vorvätern so unglücklich angelegten Seetalbahn» sei mit vernünftigem Aufwand wohl kaum zu erreichen, schrieb die NZZ 1960.[2] Eine Expertengruppe empfahl 1972 den Einsatz von Bussen anstelle der Bahn.[3] Doch die Seetalbahn-Frage kam nicht zur Ruhe. Eine Behördendelegation entschied sich 1977 für eine Bahnsanierung und erhielt 1979 Sukkurs vom Bundesrat.[4] Es folgte eine Kaskade von Sistierung, Prüfberichten, Neuplanung und unzähligen parlamentarischen Vorstössen, bis der Bundesrat 1997 seinen Grundsatzentscheid bekräftigte. Schon 1992 wurde die Zweigstrecke zwischen Beinwil am See und Beromünster stillgelegt. Im Jahr 2000 stimmte der Grosse Rat dem Sanierungsprojekt zu. 2005 kam die Erneuerung der Stationsanlagen und die Automation der Stammlinie zwischen Emmenbrücke und Lenzburg zum Abschluss, während in den Folgejahren weiter an der Entschärfung der gefährlichen Bahnübergänge gearbeitet wurde.[5] Endlich – dreissig Jahre lang war die Sanierung jener Bahn, welche Ende des 19. Jahrhunderts binnen weniger Monate geplant und gebaut worden war, ein Traktandum gewesen.

1 AZ, 30.9.2010.
2 NZZ, 4.11.1960.
3 RR-RB 1972, 196.
4 RR-RB 1978, 287; RR-RB 1979, 265.
5 RR-RB 2005, 120.

39 Die Seetalbahn 1979 in Beinwil am See.

Der Aargau und das Meer

Zahlreiche Verkehrsprojekte wurden einst mit grossem Aufwand geplant und gerieten gleichwohl in Vergessenheit. Vielen haftet etwas Utopisches an, doch waren sie keineswegs blosse Hirngespinste von Idealisten. Dass der Schifffahrt im Aargau als neuzeitlichem Verkehrsträger keinerlei Bedeutung zukommt, irritierte die Planer schon am Anfang des 20. Jahrhunderts. Ab 1906 entstand in Basel eine moderne Hafenanlange für den internationalen Güterverkehr. Dies inspirierte verschiedene Interessengemeinschaften der schweizerischen Binnenschifffahrt, und eine jahrhundertealte Vision erhielt neuen Auftrieb: der transhelvetische Kanal zwischen Lausanne und Koblenz, eine Wasserstrasse zwischen Mittelmeer und Nordsee.[1] 1914 entstanden erste Projekte für die Schiffbarmachung des Hochrheins zwischen Basel und Bodensee.[2] Abklärungen für die Nutzung der Limmat legte 1924 der in Baden domizilierte schweizerische Wasserwirtschaftsverband in einem umfangreichen Wasserwirtschaftsplan dar.[3] Dabei geriet das Wasserschloss als Standort für eine grosse Hafenanlage in den Fokus des Interesses. Auf dem Aufeld zwischen Brugg und Lauffohr sollten dereinst Tausend-Tonnen-Frachter gelöscht und beladen werden. Ein anschauliches Modell wurde 1939 an der Landesausstellung in Zürich gezeigt. Nach dem Krieg flammte neuer Enthusiasmus auf. Eine Schiffsverbindung zwischen Rhone und Rhein wurde mit bundesrätlicher Unterstützung auf verschiedenen Abschnitten weiter vorangetrieben. Zwischen 1950 und 1954 waren Planungsbüros mit der Ausarbeitung eines generellen Projekts in Brugg beschäftigt. Neben einem grossen Hafenbecken waren ein Güterbahnhof und eine Vielzahl an Lagerhäusern, Silos und dergleichen vorgesehen. Eine detaillierte Entwicklungsplanung für die ganze Region rundete das vermeintlich so zukunftsträchtige Bauvorhaben ab. Verfasser Hans Marti liess in seinem Bericht 1954 keinen Zweifel daran, dass der Hafen Brugg als «vorläufiger Endhafen der Oberrheinschiffahrt» und somit als Umschlagshafen für die Grossregion Zürich realisiert würde.[4] Bald kamen aber Zweifel auf, ob das in Aussicht genommene Gelände ausreichend Platz bieten würde. 1957 liess der Regierungsrat deshalb mit einem zweiten Projekt den Stausee bei Klingnau als Alternative prüfen. 1960 gingen beide Projekte zur externen Prüfung an das Zentralbüro der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung, welches sich fünf Jahre Zeit liess, bis es für den Standort Klingnau votierte.[5] Im gleichen Jahr schied Rheinfelden – in froher Erwartung eines schiffbaren Hochrheins – Gebiete für einen Hafen aus.[6] Inzwischen hatte das Anliegen jedoch an Brisanz eingebüsst. Das Dossier verschwand in der Schublade und wurde nur noch selten geöffnet, bis der Regierungsrat 1985 zur Schiffbarmachung von Aare und Rhein und damit auch zu einem Aargauer Binnenhafen abschliessend negativ Stellung bezog.[7]

1 Teuscher 2014.
2 Baumann, Steigmeier 2005, 241.
3 Steigmeier 2002, 32.
4 gta, Nachlass Marti, 3-01.5.
5 RR-RB 1957, 312; RR-RB 1960, 243; RR-RB 1965, 278.
6 Hochreiter et al. 2014, 246.
7 RR-RB 1985, 265f.

40 Plan der Region Wasserschloss mit der künftigen Hafenanlage zwischen Brugg und Lauffohr aus der Regionalplanung von Hans Marti, um 1954.

Ingenieur Boesch war damals auf seinem Gebiet ein recht einsamer Mahner. Und doch blieben seine Appelle nicht wirkungslos; dafür sorgte er nicht zuletzt mit grafisch eindrücklich aufbereitetem Datenmaterial aus Verkehrserhebungen. Es sei undenkbar, so Boesch, das Verkehrs- und Parkbedürfnis der Zukunft bewältigen zu können, wenn all jene, die heute noch das Rad benützten, zum Auto wechseln würden. Deshalb müsse man Rad- und Fussgängerweganlangen fördern. Diese seien kostengünstig und effizient.[263] Boesch prägte die Aargauer Verkehrsplanung während 15 Jahren, bis er 1970 als Dozent an die ETH wechselte, wo sein Konzept der «Langsamverkehrsstadt» weiter reifte.[264] Mit Fug und Recht kann er als Pionier und Vorkämpfer für Tempo 30, Fussgängerzonen und urbane Fahrradnetze bezeichnet werden, dem der Einsatz für Fussgängerinnen und Radfahrer zur Lebensaufgabe wurde.[265] Hans Boesch machte sich auch als Schriftsteller einen Namen, dessen Romane beste Kritiken einheimsten. Schon 1960 jubelte die NZZ auf ihrer Titelseite: «Wir sind glücklich, einen jungen Schweizer auf seiner ersten Höhe zu grüssen.»[266] 1983 erhielt Boesch den Aargauer Literaturpreis.

In die Zeit von Boeschs Wirken im Aargauer Tiefbauamt fallen denn auch Ausbauprojekte zugunsten der «schwachen» Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer. Darunter wohl einzigartig in seiner Art war der Badener Velo- und Mofatunnel, der seit 1965 unter der dicht befahrenen Vorstadtkreuzung am Schulhausplatz hindurchführte und Fahrrädern und Mopeds vorbehalten war. Als Boesch 1955 nach Aarau kam, existierten auf Aargauer Strassen erst 14 Kilometer Velowege oder Velostreifen. 1970 waren es immerhin doppelt so viele.[267]

Das Velo verzeichnete als Massenverkehrsmittel um 1950 einen Höhepunkt. Im darauffolgenden Autoboom büsste es massiv an Stellenwert ein und wurde zum Kinderspielzeug und Sportgerät degradiert. Seine Gesamtzahl halbierte sich bis 1970. Danach eroberte es sein Territorium langsam zurück.[268] Eine systematische Rückbesinnung auf den Langsamverkehr begann im Verlauf der 1970er-Jahre, nicht zuletzt durch entsprechende Vorstösse im Grossen Rat wie jenem von Beda Humbel (1933–2019) aus Birmenstorf. Der Vertreter der Christlichdemokratischen Volkspartei forderte 1979 per Postulat eine kantonale Konzeption für Fahrradwege. Mit dem Ansinnen fand der spätere Nationalrat bei den Planern ein offenes Ohr.[269] Vornehmlich die Regionalplanungsgruppen erarbeiteten die konzeptionellen Grundlagen für die Fahrradwege, deren Realisierung mit dem Richtplan 1985 zur Pflicht erklärt wurde.[270] 1983 begann im Aargau eine systematische Ausschilderung von Fahrradwegen. Mitte der 1980er-Jahre besass wieder knapp jede zweite Person ein Fahrrad, Tendenz ungebrochen steigend.[271] Spätestens im neuen Jahrtausend erlebte es nicht nur als hoch entwickeltes Sportgerät und Alltagsvehikel, sondern auch als Lifestyleobjekt eine Renaissance. Mit dem 1993 revidierten Baugesetz bestand die Grundlage für ein kantonales Fahrradwegnetz, welches mit 900 Kilometern Gesamtlänge 2003 als Planungswerk vorlag und in der Folge in Etappen realisiert wurde. Der Boom der Elektromobilität seit den 2010er-Jahren stellt neue Anforderungen an die Strasseninfrastruktur, die Sicherheit und die Gesetzgebung.

Kritik und Umdenken

Im Sommer 1968 verschob die Generalbaufirma Horta aus Küttigen das denkmalgeschützte Hübscherhaus am Rande der Aarauer Altstadt um gut fünfzig Meter, um an seinem bisherigen Standort ein Warenhaus zu bauen. Wie eine Spielfigur wurde das 2700 Tonnen schwere Bürgerhaus aus dem späten 18. Jahrhundert auf dem Stadtplan umplatziert, während der Rest der historischen Häuserzeile der Abrissbirne zum Opfer fiel. Die Baufirma nutzte die spektakuläre Aktion zu Werbezwecken mit dem Slogan «Wir rücken das Alte beiseite» und schenkte das alte Haus am neuen Standort kurzerhand der Stadt, welche darin die Stadtbibliothek einrichtete.[272]

In der damaligen bau- und ingenieurtechnischen Glanzleistung steckt viel Symbolkraft. Die Aktion demonstrierte die Macht und die Überlegenheit der Immobilienwirtschaft gegenüber dem Althergebrachten. Mit einer gewissen Geringschätzung, auch verbal, wurde die Liegenschaft am Leben gelassen – der Denkmalpfleger wollte es so –, aber dem Neuen sollte sie gleichwohl nicht im Weg stehen. Ist es Zufall, oder kann in der grössten Hausverschiebung, welche die Schweiz bis dahin sah, auch ein gewisses Umdenken im Umgang mit Baukultur festgestellt werden? Waren es Trotz und Finanzkalkül einer überheblich gewordenen Grossfirma (siehe «Horta», S. 108), oder kam hier so etwas wie ehrliche Sentimentalität auf? Die «Aktion Hübscherhaus» geschah im Wendejahr 1968, welches bald zum Kippmoment einer umfassenden gesellschaftlichen und kulturellen Neuorientierung deklariert wurde. Dazu gehörte auch ein kritischer Blick auf die vermeintlichen Errungenschaften in der Umweltgestaltung der vergangenen Dezennien.

Krise als Chance: die 1970er-Jahre

Lange vor der Umweltschutzbewegung der 1970er-Jahre erhoben erste Kritikerinnen und Kritiker ihre Stimme gegen das exponentielle Wachstum der gebauten Umwelt, unter ihnen der Westschweizer Regisseur Henry Brandt (1921–1998), der an der «Expo 64» seinen anklagenden Film «La Suisse s'interroge» präsentierte und darin mit ungeschönten Bildern von Zersiedelung, Dichte und Umweltverschmutzung die Feststimmung konterkarierte. Brandt entliess Hunderttausende von Besucherinnen und Besucher mit der Frage aus der Landesausstellung, wohin die Entwicklung führen sollte. In den 1960er-Jahren blieben solche Aktionen aber die Ausnahme, welche die Regel bestätigte: Der vielerorts unkoordinierten Landnahme durch den Fortschritt standen wenige Hürden im Weg. Die Euphorie blieb stärker als die Bedrohungen, welche das hektische Wachstum mit sich brachte.

Erst die Wirtschafts- und Strukturkrise der 1970er-Jahre ebnete den Boden für eine breitere Auslegeordnung und eine schonungslose Analyse des Erreichten. Die Bauwirtschaft brach 1974 zwischenzeitlich um dreissig Prozent ein, und es schien, als würde der Ölpreisschock (die OPEC-Staaten verdreifachten Ende 1973 die Rohölpreise) der Raumentwicklung jene Verschnaufpause verschaffen, welche in Fachkreisen längst ersehnt wurde. Aus der Krise entstand eine Chance. Bereits

41 Die Altstadt von Bremgarten in den 1950er-Jahren. Seit den 1930er-Jahren existierten Pläne für eine Umfahrung. Die Fertigstellung der Autobahn 1971 brachte nur wenig Entlastung. 1994 wurde die Nordtangente eröffnet. Nun blieb vielen Geschäften die Laufkundschaft aus, nicht zuletzt, weil am Stadtrand grosse Ladenflächen realisiert wurden. Ein gleiches Schicksal erlebten auch die Altstädte von Brugg oder Laufenburg.

42 Alter Bahnübergang an der Bahnhofstrasse Baden, um 1960. Jeweils zur Mittagszeit und nach Feierabend fluteten Tausende von Arbeiterinnen und Arbeitern der BBC die Altstadt. Für mehrere Stunden am Tag war der Verkehr praktisch lahmgelegt. Die Verkehrssanierung wurde 1965 abgeschlossen.

43 Die Aarau-Schöftland-Bahn 1957 an der Bahnhofstrasse Aarau. Bis 1967 wurde die Bahn auf Schmalspur durch die Innenstadt geführt. Mit der Eröffnung des 260 Meter langen WSB-Tunnels entstand eine zusammenhängende Strecke zwischen Schöftland und Menziken.

44 Der Rangierbahnhof Limmattal, um 1990. Die Anlage gehört in Europa zu den grössten und leistungsfähigsten ihrer Art. Sie umfasst 120 Kilometer Gleis auf einer Fläche von rund 1,2 Quadratkilometern.

45 Materialseilbahn der Ziegelei Frick, 1953. Die 1,2 Kilometer lange Umlaufmaterialbahn wurde 1935 gebaut und ist die einzige verbliebene Bahn ihrer Art im Aargau. Sie transportiert Opalinuston von der Grube zum Verarbeitungswerk. Der Anlage wird im Schweizer Seilbahninventar als technisches Bauwerk nationale Bedeutung beigemessen.

1970 rief der Europarat, dem die Schweiz seit 1963 angehört, das erste Umweltschutzjahr aus. Es wurde zu einem grossen Erfolg und gilt als Geburtsstunde der modernen Umweltbewegung in Europa. In der allgemeinen Öffentlichkeit existierte nun das Bewusstsein einer Umweltkrise, und diese wurde als solche auch thematisiert.[273]

1975 folgte das europäische Jahr für Denkmalpflege und Heimatschutz. In dessen Kontext erschienen zahlreiche Publikationen, die sich an ein breites Publikum wandten und das Versagen der Nachkriegsgesellschaft im Bereich der Umweltplanung anprangerten. Der Aargau anerbot sich vielen Autorinnen und Autoren als Anschauungsbeispiel insbesondere deshalb, weil hier die oft nach technokratischen Prämissen geplante Verkehrsinfrastruktur ihre Wirkung als Alarmbild nicht verfehlte. Immer wieder war es das Aargauer Limmattal, welches insbesondere auch in Schriften für die Jugend und den Unterricht als Kondensat all dessen dargeboten wurde, was in der Vergangenheit schiefgelaufen sei.[274] «Der Anfang zur Totalzerstörung ganzer Landstriche ist gemacht!», schrieb etwa der Zürcher Architekt und Autor Rolf Keller (1930–1993) unter eine Luftaufnahme von Neuenhof in seiner 1973 erschienenen Streitschrift «Bauen als Umweltzerstörung».[275] Und Walter Bauhofer rechnete im rebellischen «Aargauer Bürgerbuch» mit dem motorisierten Individualverkehr ab: «Das Auto hat die Zentren unbewohnbar gemacht und dient nun dazu, dieser Unwohnlichkeit zu entrinnen. […] Der Automobilist nimmt die Zerstörung mit, vor der er flieht. Je besser die Flucht durch Strassenbau organisiert wird, desto schneller wächst die unbewohnbare Fläche. Der Rest ist Beton.»[276]

Der Begriff «Beton» wurde zum Schimpfwort und zum eigentlichen Synonym vom Bauen als destruktive Kraft. «Ohne Halt bis Betonville» hiess ein 1975 veröffentlichtes Heft aus der Reihe des Schweizerischen Jugendschriftenwerks SJW. Es verstand sich als Anklage gegen den «falschen Fortschritt» im Jahr der Denkmalpflege und des Heimatschutzes. Was unter «Betonville» zu verstehen war, zeigte das Umschlagsbild: die Autobahn A1 und Neu-Spreitenbach mit Hochhäusern und Einkaufszentren. Die Aargauer Denkmalpflege nahm den Begriff dankbar auf und konstatierte in einer eigenen Veröffentlichung zum Themenjahr, «Betonville» sei anonym und uniform und inzwischen überall im Aargau zu finden. Umso mehr müsse dafür gesorgt werden, dass erhalten bleibe, was unsere Dörfer und Städte einzigartig mache: die tradierten Ortsbilder. «Unser Aargauer Boden ist alter Kulturboden. Im Reichtum an Kunst und Kunstdenkmälern, in der Vielfalt an Bauformen wird der Aargau nur von wenigen Kantonen übertroffen.»[277] Das Büchlein «Eine Zukunft für unsere Vergangenheit» nahm im Titel das Thema des Europajahrs auf und wurde in einer Auflage von über 30 000 Exemplaren der ganzen Aargauer Schuljugend und allen Lehrkräften verteilt.[278]

Baukultur erhalten als Teil der Planung

1964 reiste der Aargauer Denkmalpfleger Peter Felder (1926–2011) nach Venedig, um in der Lagunenstadt am internationalen Denkmalpflegekongress teilzunehmen.[279] Die Einberufung dieser Tagung war ein Notruf aus der Fachwelt, und deren Ergebnisse sind bis heute gültige Grundlagen der Denkmalpflege. Die Situation war ernüchternd: Auf die verheerenden Zerstörungen während des Zweiten Weltkriegs folgten zwei Dekaden Städtebau im Geiste der Moderne, die mit neuen, autogerechten Siedlungsstrukturen experimentierten und dem baukulturellen Erbe kaum Respekt zollten. Auf die Vernichtung durch Bomben folgten die – in der Summe weit wirkungskräftigeren – Zerstörungen durch die Planung, auch im Schweizer Mittelland. In Venedig wurde eine Charta verabschiedet, welche einen neuen Denkmalbegriff umschreibt. So wurde etwa der Substanzschutz als oberstes Credo definiert. Von umfassenden Rekonstruktionen sei Abstand zu halten, den Veränderungen an einem Baudenkmal über die Zeit wurde fortan eine Schutzwürdigkeit beigemessen. Ebenso geht die Forderung nach Umgebungsschutz auf Venedig zurück. Das heisst, ein Baudenkmal soll nach Möglichkeit in seinem historischen städtebaulichen Kontext erhalten bleiben. Letztlich fand der Denkmalbegriff in Venedig auch dahingehend eine Erweiterung, dass nicht bloss herausragende künstlerische Schöpfungen als Denkmal gelten sollen, sondern ebenso Werke, die über die Zeit eine kulturgeschichtliche Bedeutung erlangt haben.[280]

Kaum jemand würde heute den Schutz von Altstädten, Schlössern oder Kirchen infrage stellen. Das war aber keineswegs immer so, wie beispielsweise der 1874 erfolgte Abriss des mittelalterlichen Mellingertors in der Badener Altstadt zeigt. Nicht Baufälligkeit, sondern sein störender Schattenwurf wurde dem Turm zum Verhängnis.[281] Gegen solche «Aufklärungsbarbareien» entstanden Ende des 19. Jahrhunderts erste Organisationen. Denkmalpflege war in der Folge bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts weitgehend eine Angelegenheit von privaten Vereinen wie dem 1905 gegründeten Schweizer Heimatschutz (die Sektion Aargau entstand 1907) oder dem schon 1880 ins Leben gerufenen Verein zur Erhaltung vaterländischer Kulturdenkmäler, der 1934 in die Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte (GSK) umbenannt wurde. Letztere publiziert seit 1927 eine eigene Reihe zu den Kunstdenkmälern der Schweiz. Die hierfür notwendige Inventarisation wird bis heute von den Kantonen und der GSK gemeinsam getragen.[282]

Der Aargau erhielt 1914 eine erste Verordnung «über den Natur- und Heimatschutz», die 1985 durch das Dekret über den Natur- und Landschaftsschutz ersetzt wurde (siehe «Natur und Landschaft», S. 135). Darin fand sich erstmalig in der Schweiz eine rudimentäre Grundlage zur Reglementierung von Reklameschildern in Altstädten.[283]

Aufbau einer Denkmalpflege

Im Aargau begann die systematische, staatlich getragene Inventarisation von Bau- und Kunstdenkmälern während des Zweiten Weltkriegs. 1943 trat hierzu erstmals eine regierungsrätliche Verordnung «über den Schutz von Altertümern und Baudenkmälern» in Kraft. In den ersten Jahren nach dem Krieg arbeitete ein Kunsthistoriker mit Unterstützung eines Zeichners am Aargauer Denkmalin-

ventar. 1948 erschien der erste Aargauer Band der «Kunstdenkmäler der Schweiz» zu den Bezirken Aarau, Kulm und Zofingen.[284] Die Reihe versteht sich auch heute noch als wichtigste wissenschaftliche Grundlage der angewandten Denkmalpflege. Die fachliche Begleitung von Bauprojekten im Zusammenhang mit Denkmälern oblag anfänglich dem Kantonsarchäologen, der den Inventarbearbeiter punktuell beizog. 1954 ging diese zentrale Aufgabe der Bauberatung offiziell an den Denkmalpfleger über, der nun einen Assistenten anstellen konnte.[285] 1958 erlangte eine revidierte Fassung der Denkmalverordnung Rechtskraft. Damit wurde «das Servitut des Denkmalschutzes erträglicher», wie es im Rechenschaftsbericht des Regierungsrates heisst, indem die Verpflichtungen des Staates wie unentgeltliche Beratung, Subventionen oder Entschädigungspflicht bei schweren Eigentumsbeschränkungen klarer umschrieben wurden.[286]

1963 war der Aargau erstmals flächendeckend inventarisiert. Der Basiskatalog umfasste rund tausend Schutzobjekte und wird seither in einem fortdauernden Prozess überarbeitet.[287] Die Annahme des Kulturgesetzes 1968 sicherte der Denkmalpflege eine angemessene Finanzierung ihrer Arbeit beziehungsweise der staatlichen Beiträge an den Erhalt von Kulturgütern (siehe «Kulturgesetz», S. 488).[288] In seiner revidierten Fassung von 2009 bildet es heute die Rechtsgrundlage der denkmalpflegerischen Tätigkeit, die längst auch die zeitgeschichtliche Baukultur zum Inhalt hat. Das Erhaltenswerte des immensen Baubestands von «Betonville» zu inventarisieren und zu vermitteln, bleibt eine Aufgabe, die nicht nur dem Kanton überantwortet ist. Das Kulturgesetz verpflichtet ebenso die Gemeinden, auf kommunaler Ebene Inventare zu erstellen und Vorschriften zu erlassen, welche den Schutz von lokal bedeutenden Baudenkmälern gewährleisten.[289]

Denkmal- und Ortsbildschutz als Dilemma

Zu den unauflöslichen Dilemmata der Denkmalpflege gehört: Das Klassifizieren des Baubestands in schützenswerte und nicht erhaltenswerte Gebäude hat automatisch zur Folge, dass der allergrösste Teil der Gebäude deklassiert wird. Sie nimmt faktisch eine kleine Minderheit, die vermeintlich bedeutendsten Bauten, in ihre Obhut und gibt den grossen Rest zum Abriss frei.[290] Bei dieser Triage muss sich die Denkmalpflege immer wieder gegen andere Interessen behaupten, und es zeigt sich, dass die Anwendung der Charta von Venedig keiner exakten Wissenschaft unterliegt. Der Denkmalbegriff erfährt einen steten Wandel und muss immer wieder neu verhandelt werden. So zollte die Denkmalpflege etwa in den 1980er- und 1990er-Jahren der industriellen Baukultur kaum Aufmerksamkeit. 1998 titelte der Zürcher *Tages-Anzeiger*: «Im Jubeljahr räumt der Aargau seine Geschichte weg», und verwies auf den beschlossenen Abriss des auf 1790 datierten Manufakturgebäudes in Wildegg, während gleichzeitig 200 Jahre Helvetik gefeiert wurden.[291] Nur die Intervention des Aargauer Heimatschutzes verhinderte in diesem Fall im letzten Moment den Abbruch.[292] Viel industriegeschichtliche Baukultur verschwand hingegen, weil ihr zu wenig Bedeutung beigemessen wurde. Schutzbemühungen hielten dem Druck der Immobilienentwickler selten stand.

Im föderalen System der Schweiz obliegt die Hoheit über den Schutz von Baudenkmälern, Ensembles und ganzen Ortsbildern primär den Kantonen und Gemeinden. In Ausnahmefällen sieht das Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz von 1966 (der Verfassungsartikel besteht seit 1962) jedoch ein Eingriffsrecht durch den Bund vor. Entsprechende eidgenössische Inventare listen seit 1988 die Denkmäler von nationaler Bedeutung auf. Im Aargau sind dies 175 Einzelbauten, wovon lediglich fünf nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden (Stand 2018). Hinzu kommen 61 Ortsbilder (Stand 1988). Eine besondere eidgenössische Leistung war im Zuge des Europäischen Denkmaljahrs die Erarbeitung des Inventars schützenswerter Ortsbilder der Schweiz (ISOS). Es entstand in der ersten Fassung zwischen 1975 und 1985. Wegen seiner Vielgestaltigkeit wurden die eigens entwickelte Methodik zur Inventarisierung im Aargau getestet. Das ISOS ist als nationales Ortsbildinventar weltweit einzigartig.[293]

Im fortschreitenden 21. Jahrhundert ergeben sich jedoch zunehmend Zielkonflikte zwischen den Schutzbestrebungen des in die Jahre gekommenen ISOS und dem im revidierten Raumplanungsgesetz von 2014 verankerten Paradigma nach qualitativ hochwertiger Innenverdichtung der Siedlungsräume. Das Prüfen von neuen Instrumenten zur fachlichen Abwägung der Interessen gehört zu den aktuellsten Aufgaben der angewandten Denkmalpflege und des Ortsbildschutzes in Zusammenarbeit mit der Raumplanung (siehe «Raumentwicklung im 21. Jahrhundert», S. 70).[294] Dass dies im Aargau zuweilen sehr gut gelingt, zeigt sich in der Tatsache, dass der vom Schweizer Heimatschutz seit 1972 verliehene Wakkerpreis für beispielhaften Ortsbildschutz in jüngster Vergangenheit mehrfach an Aargauer Kommunen vergeben wurde: 2002 an Turgi, 2014 an Aarau, 2016 an Rheinfelden und 2020 an Baden. Bereits 1985 wurde Laufenburg mit dem renommierten Preis beehrt.

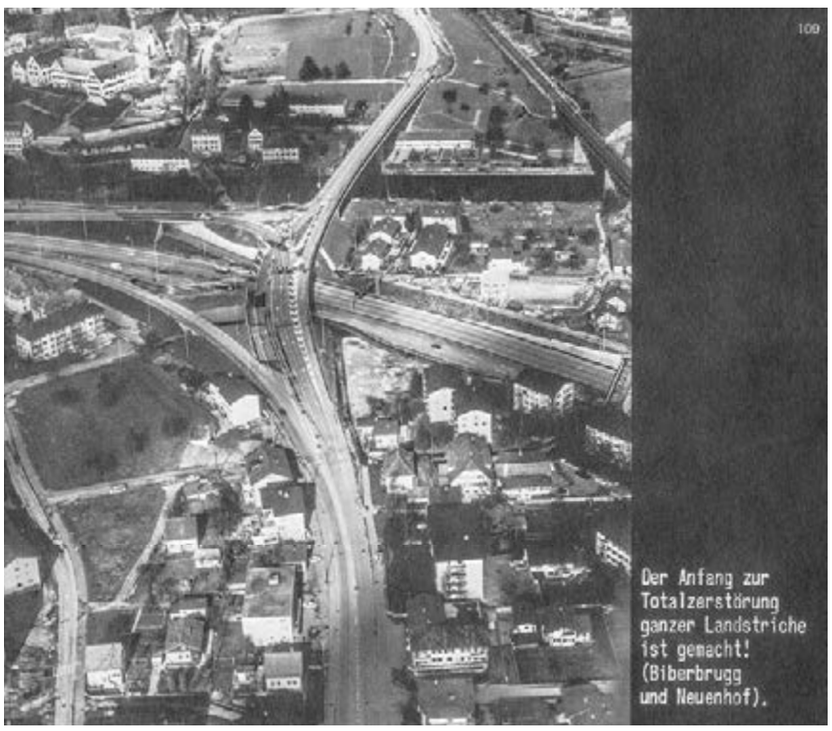
Neue Zeiten, neue Aufgaben

Jede Zeit hat ihre Bauaufgaben. Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts stellte diesbezüglich viele Begehren an Architektinnen und Stadtentwickler, weshalb nachfolgend nur ausgewählte Projekte in den Fokus gerückt werden können. Das Hochhaus als Symbol für die Alles-ist-möglich-Stimmung wurde bereits erwähnt. Das Hallenbad ist ein anderes Beispiel. Im Aargau existieren knapp zwanzig solche Anlagen. Sie sind ausnahmslos in den 1960er- und 1970er-Jahren gebaut worden. Im Zuge der Energiekrise wurde deren Betrieb massiv verteuert, weshalb seither keine neuen Bäder mehr geplant wurden. Die Ausnahme dabei bilden die vier Thermalkurorte Zurzach, Schinznach-Bad, Rheinfelden und Baden, wo im Herbst 2021 ein neuer Badekomplex des Tessiner Architekten Mario Botta (*1943) eröffnet wurde. Viel zahlreicher sind die Freibäder, von denen im Aargau etwa sechzig

46a und b Poster aus dem Kinderbuch «Alle Jahre wieder saust der Presslufthammer nieder», 1973. Das Buch erschien im Verlag Sauerländer als Mappe mit sieben Postern, welche die bauliche Zerstörung des fiktiven Aargauer Dorfs Güllen binnen zwanzig Jahren darstellen. Es wurde zu einem internationalen Bestseller, und der Gestalter Jörg Müller (*1942) erhielt dafür 1974 den Deutschen Jugendliteraturpreis.

47 Die Verschiebung des Hübscherhauses am Rande der Aarauer Altstadt 1968 war eine ingenieurtechnische Meisterleistung. An seiner Stelle wurde 1970 das Warenhaus Oscar Weber eröffnet. Der Neubau diente der Generalunternehmung Horta als Werbesujet.

48 Schulwandbild 167. 1975 erschien dieses Schulwandbild mit einer Luftaufnahme von Spreitenbach. Den Lehrerkommentar dazu schrieb der renommierte Planer und Professor Rolf Meyer-von Gonzenbach. Mit Kritik hielt er sich darin nicht zurück: «Die Agglomeration wuchert ins freie Land. […] Mehr und mehr Äcker werden von der Betonkruste überzogen.»



49 Seite aus dem Buch «Bauen als Umweltzerstörung» von Rolf Keller, 1973. Sie zeigt die Autobahn zwischen Neuenhof und Wettingen.

50 Umschlag des SJW-Hefts «Ohne Halt bis Betonville», 1975. Es sei ein «Büchlein gegen den falschen Fortschritt», herausgegeben im Jahr der Denkmalpflege und des Heimatschutzes, schrieb der Autor Walter Baumann (1941–1990). Der Umschlag zeigt Neu-Spreitenbach als Synonym für den Aargau, der auch die Heimat der Schweizer Zementindustrie ist.

existieren. Der Bau von Altersheimen wurde zur Begleiterscheinung einer Gesellschaft, in der traditionelle Mehrgenerationenhaushalte aufgelöst wurden. Bald kamen die Mehrzweckhallen, welche insbesondere im ländlichen Raum Verbreitung fanden und das «Sääli» der Dorfbeiz als polyfunktionaler Veranstaltungsraum für Fasnacht, Dorftheater und Turnerabend verdrängten. Tennishallen entstanden im Zuge des Tennisbooms Mitte der 1970er-Jahre, viele von ihnen mit bescheidenem Anspruch an die architektonische Gestaltung und die Bauqualität. Ein grosser Teil dieser Bauten ist seit dem Abklingen der Tennisbegeisterung in den 1990er-Jahren einer neuen Nutzung als Lagerhallen oder Trampolinburgen zugeführt worden.

Um sich von der statischen und oft repressiven Pädagogik abzugrenzen, hinterfragten progressive Planerinnen und Planer zusammen mit den Lehrkörpern seit den 1950er-Jahren immer öfter auch die Form des Schulhauses, welches sich traditionell als repräsentativer Zentralbau gebärdete. Flexible Schulzimmer, Räume für Halbklassenunterricht, Sprachlabors oder Lernschwimmhallen ergänzten die Raumprogramme. Kindergerecht sollte der Massstab sein, weg vom Ornament und der Axialsymmetrie der alten Schulpaläste. Dies erklärt die oft gewählte Gliederung neuer Schulbauten in mehrere Baukörper. Architekt Alexander Henz entwarf aufgrund solcher Überlegungen 1964 in Möriken-Wildegg die erste reine Pavillonschule, in der jedes Schulzimmer ein eigenes Gebäude ist, welches an einen gedeckten Erschliessungsgang andockt.[295]

Zwischen Brutalismus und Minimalismus

All das fand im Aargau ebenso statt wie überall im Mittelland. Universell waren längst auch die vorherrschenden Baustile, welche stets als abstrakte Abbilder von Gemütszuständen in der Gesellschaft gelesen werden können. Nach dem Krieg knüpften die Architektinnen und Architekten behutsam an die Formensprache der Moderne an und entwickelten diese weiter. Aus Skandinavien kamen Einflüsse einer organischen Architektursprache, die Lisbeth Sachs (1914–2002) beim Entwurf ihres Kurtheaters Baden beeinflusste (siehe Abb. 54). «Brutalismus» nannte sich eine Strömung seit den späten 1950er-Jahren, die auf monolithische Bauten aus Sichtbeton setzte und darin etwas Ursprüngliches, Reines erkannte. Diesem Programm sind etwa die Kaserne Bremgarten von Esther und Rudolf Guyer (*1931 bzw. 1929), das Freibad Wohlen von Dolf Schnebli (1928–2009), die 2017 abgerissene Therme in Baden von Otto Glaus (1914–1996) oder die katholische Kirche in Ennetbaden von Hermann Baur (1894–1980) verpflichtet. Vom «international style» war etwa im Zusammenhang mit den zündholzschachtelförmigen Hochhäusern aus Stahl und Glas die Rede, beispielsweise die Türme des *Badener Tagblatts,* oder der Alu Menziken oder der bereits erwähnte «Sprecherhof» in Aarau. Funktionalistisch sei diese Architektur und tatsächlich international, weil sie in Chicago oder eben in Menziken die gleichen Resultate zeitige. All das wurde in so grosser Zahl gebaut, dass die Menschen seiner überdrüssig wurden. Die gestalterischen Ansprüche litten, und die Resultate wurden zu degenerierten Kopien grosser Vorbilder.

Diesen «Bauwirtschaftsfunktionalismus» waren Laien und Fachleute in den 1970er-Jahren leid, und es entstand die Postmoderne, eine Architektursprache mit farbenfrohen und so lustvollen wie oft klugen formalen Zitaten aus vergangenen Epochen, zu erkennen etwa an den Wohn- und Gewerbehäusern an der Bahnhofstrasse in Baden von Burkard Meyer Steiger Architekten, an der Überbauung «Isebähnli» in Wohlen von Furter Eppler Architekten oder an Mario Bottas Wohn- und Geschäftshaus in Zofingen.[296] Auch dieser Stil wurde von der nachrückenden Generation infrage gestellt. Als Gegenmittel taugte die formale Antithese: In den 1990er-Jahren verbreitete sich ein neuer Minimalismus, dessen Bauten sich durch eine Rückbesinnung auf schnörkellose Formen und den Einsatz weniger Materialien auszeichnen. Als jüngster Trend dominieren seit der Jahrtausendwende Fragen zur Ökologie das Bauwesen, was auch in den Entwürfen ein Abbild findet. In diesem Kontext erlebt Holz als Baustoff eine neue Blüte. Holzbauingenieurinnen und -ingenieure entwickeln dessen konstruktive Möglichkeiten immer weiter. Als Pionierbau in der Schweiz gilt diesbezüglich das 2018 fertiggestellte erste Holz-Hybridhochhaus «Suurstoffi 22» in Risch Rotkreuz von Burkard Meyer Architekten aus Baden, gebaut von Erne Holzbau aus Laufenburg.[297]

Industriell bauen im Glauben an die grosse Form

Baukastensysteme und industrielle Fertigungsmethoden, wie sie beim «Aargauer Siedlungstyp» zur Anwendung kamen, wurden in den 1960er-Jahren auch für den Wohnungsbau propagiert. Zahlreich waren die angemeldeten Patente für neuartige Produktionsmethoden. Gemeinsam war den meisten Systemen das serielle Vorfabrizieren von Bauteilen oder ganzen Raumzellen in der Fabrik. Dies machte einen wichtigen Ablauf im Bauprozess wetterunabhängig, schneller und planungssicher. Stahlbeton war der Baustoff für den Montagebau, was den Aargau mit seiner Zementindustrie zu einem bedeutenden Schauplatz werden liess. In Veltheim und in Villmergen entstanden mit der Element AG und mit der Wey Elementbau AG schon 1960 zwei marktführende Produktionswerke für Bauteile aus Beton, welche in der ganzen Schweiz auf Grossbaustellen zur Anwendung kamen. Seit 1965 wurde in Auw das Raumzellensystem Variel produziert.[298] Der Aargau unterstützte diese Industrie mit vielen Grossaufträgen, etwa für die beiden Kantonsspitäler oder für Bildungseinrichtungen in Zofingen (Bildungszentrum), Brugg (ehemalige Töchterschule) oder Baden (Erweiterung Kantonsschule). Eine von den Bau- und Erziehungsdirektionen eingesetzte Planungsgruppe Aargauer Schulen koordinierte die Entwicklung eines eigenen Bau- und Planungssystems für den Schulbau, der über die genannten Beispiele ausgehen sollte.[299] Vorfertigung kam im Aargau auch im Kleinen zur Anwendung. In den 1960er-Jahren traten Anbieter auf den Markt – es waren oft Zimmereien –, welche eigene Typenbauten für Einfamilienhäuser anboten. Sie hiessen

Lämmli in Holziken, Werner Vögeli (WEVO) in Leibstadt oder Furter in Dottikon.

Zu den systemimmanenten Abhängigkeiten beim Bauen mit Vorfabrikation gehört der Drang zur grossen Bauform. Weil die Bauteile von der Fabrik auf die Baustelle transportiert werden mussten, entwickelten Immobilienunternehmen mit ihren Planungsbüros Grossprojekte, die sich durch ihren Massstabssprung radikal von der bestehenden Siedlungsstruktur abgrenzten. Der Glaube an das Grosse in der Architektur war aber auch unabhängig von den Produktionsmethoden eine international beobachtbare Tendenz in den 1960er- und 1970er-Jahren. Megabauten und «grands ensembles» brachen mit der allgemeinen Vorstellung dessen, was noch ein Haus sei.[300] Sie sind die sinnbildlichen Hinterlassenschaften einer kurzen Zeit des universellen Vertrauens an die Machbarkeit und eine grosse bautechnische und soziologische Herausforderung.

Anhaltende Wohnungsnot

Eine zentrale Aufgabe der Bauwirtschaft blieb der Wohnungsbau. Und dies, obwohl sich der Wohnungsbestand in der Schweiz in 35 Jahren zwischen 1945 und 1980 nahezu verdoppelte.[301] Der Aargauer Regierungsrat und SP-Schweiz-Präsident Arthur Schmid (1928–2023) meinte zur Wohnungssituation am ersten Städtetag der Sozialdemokratischen Partei 1971: «Die Wohnungsnot greift existentiell in den Alltag und schafft unerträgliche Bedingungen für sehr viele unserer Mitmenschen. […] Dass sie unsere Gesellschaft nicht mit plötzlicher Heftigkeit überfällt, sondern schleichend vergiftet, macht sie nicht ungefährlicher.»[302] Und der Zürcher *Tages-Anzeiger* konstatierte, das Wohnen sei «der sozialpolitische Zündstoff Nummer 1».[303] In der Schweiz hatten wohl alle Menschen ein Dach über dem Kopf, doch waren die Häuser veraltet und die Wohnungen zu klein. Der schnell steigende Wohlstand weckte Begehrlichkeiten nach mehr Fläche, Zentralheizung sowie modernen Küchen und Bädern. Der Zürcher Bauunternehmer Ernst Göhner (1900–1971) präzisierte diesen Umstand und meinte, die Wohnungsnot sei eigentlich eine Wohnraumnot.

Nie mehr seit dem abrupten Ende des Booms Mitte der 1970er-Jahre war – trotz akzentuierter Engpässe in den Zentren – von einer derartigen Wohnungsnot die Rede. Während das Bevölkerungswachstum abflachte (siehe «Demografie», S. 35), wurde in den 1980er-Jahren unvermittelt weitergebaut. Trotz Krisenjahrzehnt in den 1990er-Jahren, als der Wohnungsbau zwischenzeitlich um zwei Drittel einbrach, verdoppelte sich der Wohnungsbestand im Aargau zwischen 1980 und 2020 von 165 000 auf 330 000. Die Bevölkerung indessen wuchs im gleichen Zeitraum «nur» um ein gutes Drittel von 460 000 auf 685 000.[304]

Trabantenstädte und Grosswohnsiedlungen

Der Aargau wurde zum Verdichtungsraum und Experimentierfeld von Trabantensiedlungen. Fünf Bauvorhaben wurden realisiert, bei denen auf Anhieb zwischen knapp 400 und gut 1000 Wohnungen gebaut und damit ganze Stadtteile oder Quartiere aus dem Boden gestampft wurden. Bei der nachfolgenden Betrachtung dieser «grands ensembles» darf nicht ausser Acht gelassen werden: Sie waren bloss die grössten unter den grossen. Ausserdem gab es grossräumig geplante Projekte, die in der Realisierung verwässert oder nur partiell ausgeführt wurden. Dazu das Beispiel «Rosinante»: 1966 schrieb die Stadt Baden einen städtebaulichen Wettbewerb aus. Gesucht wurden Vorschläge für die Transformation des 1961 eingemeindeten Bauerndorfs Dättwil zum modernen Stadtteil mit 7000 bis 8000 Einwohnerinnen und Einwohnern bis 1980. Das Siegerprojekt stammte von den Metron-Architekten und schlug unter Beibehaltung des alten Dorfkerns die Realisierung einer gestaffelten Bebauung entlang der Hangkante vor.[305] Die Metamorphose Dättwils begann durchaus im grossen Massstab: In den 1970er-Jahren entstanden das BBC-Forschungszentrum und das neue Kantonsspital, ausserdem erste Wohnsiedlungen, welche höheren gestalterischen und städtebaulichen Ansprüchen genügten. Dann kam die Entwicklung wegen der Rezession ins Stocken, und die «Rosinante» blieb im besten Fall ein Fragment. Später wurde an Dättwil weitergebaut, vierzig Jahre nach dem angepeilten Vollausbau wohnen immerhin über 3000 Menschen da.[306]

Die Werksiedlung «In den Wyden» der BBC als Fragment der Idealstadt Birrfeld (siehe «Gartenstadt Birrfeld», S. 65) war vermutlich die erste Grossüberbauung mit über 500 Wohnungen in der Deutschschweiz. Unter dem Einfluss von Frankreich, wo der konzentrierte Massenwohnungsbau als Staatsaufgabe wahrgenommen wurde, waren im Grossraum Genf schon in den 1950er-Jahren Bauvorhaben dieser Grössenordnung entstanden.[307] Der Entwurf für «In den Wyden» entstand 1959 im Rahmen eines Architekturwettbewerbs, den ETH-Professor Charles Edouard Geisendorf (1913–1985) für sich entscheiden konnte. Ab 1962 wurden die 530 Wohnungen etappenweise von Werksangehörigen mit ihren Familien bezogen. Geisendorf versammelte zwei geknickte, achtgeschossige Hochhausscheiben und sechs Punkthochhäuser um einen grossen, autofreien Park, der gemeinschaftlich genutzt wird. Die Erdgeschosse der Wohnblöcke sind durchlässig. Sie dienen als Lauben der Begegnung und der Erschliessung der Wohnungen. Kindergärten, Klublokale, Werkstätten und ein grosses Gemeinschaftszentrum mit Läden und Restaurant ergänzen das Ensemble, welches dank der immissionsarmen Produktion unmittelbar neben der Fabrik realisiert werden konnte. Als «Stadtquartier ohne Stadt» bezeichnete das *Badener Tagblatt* die Anlage, welche sich als Solitär verstehe und keinerlei Bezug zur bestehenden dörflichen Bebauung nehme.[308] Weil viele Mitarbeiter des Weltkonzerns nur vorübergehend in der Schweiz leben würden, sei die «kosmopolitische und soziale Gliederung der Bewohner in der Verschmelzung zu einer echten dörflichen Gemeinschaft nicht förderlich», war in der NZZ zu lesen.[309]

Die Basler Industrie baut im Fricktal

«Die Basler Chemie disloziert in den Aargau» titelte der *Aargauer Kurier* 1971.[310] Neben Produktionsstätten entstanden in den 1970er-Jahren zwei Werksiedlungen im Fricktal in unmittelbarer Nach-

51 Baudenkmal von nationaler Bedeutung: Technikum Windisch von Fritz Haller (1924–2012). Das 1966 fertiggestellte Hochschulgebäude gehört zu den Ikonen der modernen Schweizer Architektur.

52 Baudenkmal von nationaler Bedeutung: das BBC-Wohlfahrtshaus am Martinsberg Baden von Armin Meili. Es wurde 1952 eröffnet und 2006 durch Burkard Meyer Architekten denkmalgerecht zum heutigen Berufsbildungszentrum umgebaut.

53 Baudenkmal von nationaler Bedeutung: das Krematorium mit Abdankungshalle auf dem Friedhof Liebenfels in Baden von Ruth und Edi Lanners, erbaut 1957.

54 Baudenkmal von nationaler Bedeutung: das Kurtheater Baden von Lisbeth Sachs. Es wurde 1952 als Sommergastspielhaus eröffnet und 2020 durch Elisabeth und Martin Boesch denkmalgerecht renoviert und erweitert.

55 Baudenkmal von nationaler Bedeutung: katholische Kirche St. Antonius Wildegg. Der praktizierende Katholik Justus Dahinden entwarf den Bau 1969 auf der Grundform einer Spirale. Eine introvertierte Architektur und eine geheimnisvolle Lichtführung über wenige Dachschlitze zeichnen den aussergewöhnlichen Sakralraum mit seiner plastischen Aussenform aus.

56 Flugaufnahme Mandach, 1958. Nur wenige Dörfer im Aargau blieben integral vom Bauboom nach dem Krieg verschont. Das Juradorf Mandach im Bezirk Brugg gehört dazu und wird gerne als mustergültig bezüglich seiner Entwicklung bezeichnet. Es gehört gemäss dem Inventar schützenswerter Ortsbilder der Schweiz zu den 61 Ensembles im Aargau von nationaler Bedeutung.

57 Freibad Wohlen von Dolf Schnebli, 1966. Das denkmalgeschützte Freibad wird durch eine Dächerlandschaft aus rohen Betonpilzen charakterisiert. Der Schweizer Heimatschutz hat die Anlage zu einem der schönsten Freibäder der Schweiz erkoren.

58 Pavillonschule Hellmatt Möriken-Wildegg, gebaut 1964, Architekt: Alexander Henz. Die Gliederung der Schule in einzelne Pavillons evoziert eine Feriendorfbehaglichkeit im kindergerechten Massstab. Bestechend: Jede Klasse hat ihr eigenes Haus. Die Anlage steht seit 2013 unter kantonalem Schutz und wurde 2017 durch Husistein & Partner Architekten Aarau renoviert.

59 Bahnhof Killwangen. Ein skulpturaler Betonbau von SBB-Architekt Max Vogt, erbaut 1970.

60 Das Haus Steinmann in Aarburg. Der monolithische Sichtbetonbau entstand zwischen 1957 und 1959 nach Plänen der Berner Architektengemeinschaft Atelier 5. Es ist das erste Privathaus der Nachkriegsmoderne im Aargau, welches unter kantonalen Schutz gestellt wurde.

61 Die katholische Kirche St. Michael in Ennetbaden des Basler Architekten Hermann Baur. Das ebenfalls dem rohen Beton verpflichtete Gotteshaus wurde 1966 gebaut.

62 Das Hochhaus des *Badener Tagblatts* entstand im «international style» zwischen 1962 und 1969 nach Plänen der Architekten Bölsterli und Weidmann.

63 Mehrgenerationenhaus in Teufenthal von Gautschi Lenzin Schenker Architekten aus Aarau. Der minimalistische Bau entstand 2018.

64 Postmodernes Wohn- und Geschäftshaus von Mario Botta in Zofingen. Der Bau entstand zwischen 1989 und 1993.

65 Vorfabriziertes Wochenendhaus in Magden, 1960. Das vom Zürcher Architekten und Designer Alfred Altherr jun. entworfene Ferienhaus über den Reben von Magden gehört zu den frühesten Prototypen für Elementbauweise in der Nachkriegszeit.

66 Montage des in Villmergen und Auw produzierten Raumzellensystems Variel beim Bau der Neurochirurgie im Kantonsspital Aarau, 1973. Variel-Elemente verliessen die Fabrik als fixfertige, schiffscontainergrosse Raumzellen, die auf dem Bauplatz aufeinandergestapelt werden konnten.

barschaft zueinander. Den Impuls für den Bau des «Augarten» in Rheinfelden und der «Liebrüti» in Kaiseraugst gaben die Basler Chemiekonzerne Ciba-Geigy und Hoffmann-La Roche. Die Grossüberbauungen stehen also exemplarisch für den Siedlungsdruck, der aus den Grossstädten in den Aargau wirkte. Flussaufwärts ins Fricktal zu wachsen, zunehmend auch mit Forschung und Produktion, war die einzige Option für die chemische Industrie in der Rheinmetropole, wenn sie nicht über die Landesgrenze ausweichen wollte.[311]

1962 begann das Raumplanungs- und Architekturbüro Gelpke & Düby aus Volketswil mit einer Bedarfsstudie für eine erste Grossüberbauung im Fricktal. Der dabei entstandene Projektname «R 1000» fasst die wesentlichen Ergebnisse zusammen: In Rheinfelden sollten in einem Atemzug 1000 Wohneinheiten erstellt werden. Das landwirtschaftlich genutzte Weiherfeld im Besitz der Ortsbürgergemeinde kam in den Fokus der Planer. Es war gross und lag zwischen Rhein und der Verkehrsader mit Bahnlinie, Kantonsstrasse und der künftigen Autobahn N3. Die zwei Kilometer Distanz zum Zentrum wurden bezüglich der sozialen Anbindung als verkraftbar taxiert. Das Ausführungsprojekt, welches 1968 als grosses Modell präsentiert wurde, zeichnete sich durch eine streng orthogonale Gliederung aus. Das Raster war der seriellen Bauproduktion geschuldet, ebenso die formale und materielle Beschränkung auf wenige Haustypen. Und doch bot das Vorhaben eine attraktive Palette von der Blockwohnung über das Reihenhaus bis zu Atriumhäusern.[312]

Weil der Ortsbürgergemeinde als Landbesitzerin und der Einwohnergemeinde als zuständiger Instanz für eine Einzonung des Baugeländes ein entscheidendes Mitspracherecht zukam, wurde «R 1000» zum Exempel direktdemokratischer Prozesse auf lokaler Ebene, dem landesweit in Presse, Radio und Fernsehen Beachtung beigemessen wurde. Immerhin ging es um eines der grössten Siedlungsprojekte der Schweiz mit 1072 Wohneinheiten, ergänzt durch eine Vielzahl öffentlicher Einrichtungen von Läden und Restaurant über Schulen und Kindergärten bis zum ökumenischen Gemeinschaftsraum und einem Freizeithaus. Ein Ausstellungspavillon warb für das Projekt, und bald standen sich zwei kommunale Aktionskomitees für und gegen das Vorhaben gegenüber.[313] Renommierte externe Gutachter wurden um ihre Meinung gebeten. Planer Hans Marti unterstützte das Vorhaben basierend auf einem umfangreichen Prüfbericht zuhanden des Stadtrates, der sich gleichwohl gegen das Vorhaben aussprach. Der Basler Soziologe Lucius Burckhardt hingegen betrachtete «R 1000» kritisch und prophezeite, die Integration der Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger in Rheinfelden werde nicht gelingen. Zu stark sei die Siedlung auf die Basler Chemie ausgerichtet und zu gross die Distanz zum Zentrum von Rheinfelden.[314] Bemerkenswert an der Haltung von Burckhardt ist, dass er zu den drei Autoren von «achtung: die Schweiz» gehörte, die 15 Jahre früher die Gründung einer Schweizer Modellstadt gefordert hatten (siehe «Musterstadt», S. 64). Letztlich obsiegten die Befürworterinnen und Befürworter. Im Frühling 1971 fuhren die Bagger auf, und bereits im Sommer 1972 begann die Kolonisation des nunmehr «Augarten» genannten Neubaugebiets. 1980 hatten 2700 Menschen hier ein neues Zuhause gefunden. Die Bevölkerung von Rheinfelden war damit um ein Viertel gewachsen.[315]

Die «Liebrüti» im benachbarten Kaiseraugst entstand zwischen 1973 und 1979 nach den Plänen des Basler Architekturbüros Schachenmann + Berger, das Ende der 1960er-Jahre mit ersten Studien die Arbeit aufnahm. Das wesentlich kleinere Kaiseraugst wurde durch die Grossüberbauung mit noch viel grösserer Wucht getroffen als Rheinfelden. Die Einwohnerzahl stieg sprunghaft von 1300 im Jahr 1970 auf über 3000 im Jahr 1980.[316] Gleichwohl machte das Bauvorhaben viel weniger Aufhebens und erhielt 1972 vom Gemeinderat die Baubewilligung.[317] Fehlende kommunale Infrastruktur wurde im Bauprogramm der «Liebrüti» berücksichtig: ein geschlossenes Zentrum mit Läden, Gemeindesaal, Hallenbad und Büros, dazu eine grosse Schulanlage und Kindergärten. Finanziell verkraftbar war dies für die Gemeinde nur, weil sich die Bauherrin in die Pflicht nehmen liess und den überwiegenden Kostenanteil für den Bau der neuen Bildungseinrichtungen übernahm.[318]

Die «Telli» als Stadterweiterung im neuen Massstab

«Telli» – Name für ein altes Aarauer Stadtrandquartier an der Aare – steht heute als Synonym für die eigentliche Königin unter den Grossüberbauungen in der Deutschschweiz: 1250 Wohnungen, die sich in nur vier geknickten Scheibenhochhäusern majestätisch auf 19 Geschossen (50 Meter) auftürmen. Die Postulate der Spätmoderne an den Städtebau und die Prämissen für den industriellen Wohnungsbau sind hier in radikaler Konsequenz umgesetzt. Deshalb fasziniert und polarisiert die «Telli» ohne Unterlass seit ihrer Entstehung. An den Stirnseiten sind die bis zu 230 Meter langen Megabauten abgetreppt, was deren Volumen optisch bricht. Dieses Konzept ist aber vor allem dem Vorzug geschuldet, dass dadurch attraktive Dachgärten entstehen. Durchlaufende Balkonbrüstungen verleihen den Gebäuden eine strenge horizontale Gliederung. Diese Schichtung wirkt elegant. Die Telli-Blöcke erinnern an riesige Kreuzfahrtschiffe, doch im Volksmund wurden sie bald «Staumauern» genannt. Aus der Ferne fügt sich die Silhouette der abgestuften Scheiben ganz passend in die dahinterliegenden Juraketten ein; das scheint von den Architekten durchaus so geplant zu sein: die «Telli», ein Wohngebirge.[319] Autos gibt es darin keine, diese verschwinden in gigantischen Parkgaragen. Fester Bestandteil dieses Stadterweiterungsprojekts für damals geschätzte 4500 Menschen (es sind heute rund 3000) war das 23-geschossige Bürohochhaus mit Einkaufszentrum und weiteren Nachfolgeeinrichtungen in der ausladenden Sockelzone.

Erste Studien für eine Gesamtüberbauung des alten Telli-Quartiers entstanden schon in den 1950er-Jahren.[320] Attraktiv gelegen, nahe der Altstadt und direkt am Auenwald der Aare, wurde das Reservepotenzial früh erkannt. Aarau, das einwohnermässig seit Jahrzehnten stagnierte, wollte das Wachstum nicht seinen Vorortsgemeinden überlas-

sen.[321] 1970 lud die Grundeigentümergemeinschaft aus Stadt, Kanton und zwei Firmen sechs Teams zum Architekturwettbewerb, den Marti + Kast aus Zürich für sich entschieden. Sie übernahmen die Ausführung der Wohnbauten, während die zweitplatzierten Architekten Aeschbach, Felber, Kim aus Aarau das Hochhaus und das Einkaufszentrum realisierten. 1972 wurde mit dem Bau der Siedlung begonnen, der sich, mit langen Unterbrüchen, bis 1991 hinzog. 21 Jahre nach der Projektidee wurde der letzte Block vollendet. Die allgemeine Auffassung bezüglich der Konzeption von Wohnüberbauungen hatte sich in dieser Zeit umfassend gewandelt.[322] Überwiegende Begeisterung war inzwischen Skepsis und Ablehnung gewichen.

Plattenbau Webermühle

Das letzte Beispiel der «big five» ist die Grossüberbauung Webermühle in Neuenhof. Deren Konzept entstand 1972 und wurde in den Jahren 1975 bis 1984 realisiert. Die «Webermühle» ist gewissermassen das jüngste und mit knapp 400 Wohnungen das kleinste der Aargauer «grands ensembles». Entworfen wurde die Siedlung vom Zürcher Architekturbüro Steiger und Partner. Ihr liegt das landesweit vermutlich meistverwendete Elementbausystem der Generalunternehmung Göhner zugrunde, welche auch als Entwicklerin der Grossimmobilie auftrat. Das Göhner-System basiert auf raumgrossen, tragenden Sandwichbetonplatten. An der Fassade zeichnen diese Platten in der Summe ein strenges, charakteristisches Raster, was den Göhner-Siedlungen bald den Vorwurf der Monotonie eintrug.

Auf dem Areal Damsau, welches die Flussschlaufe der Limmat zu einer Halbinsel macht, stand eine alte Weberei, die 1970 den Betrieb einstellte und dem Wohnbauprojekt weichen musste. Immerhin gab sie der neuen Siedlung ihren Namen. Aus der Vogelperspektive zeigt sich die kreuzförmige Anordnung der vier gewaltigen Wohnblocks. Die Marketingleute deuteten dies als Rad einer Windmühle, womit der Name «Webermühle» komplett war. Wie die «Telli» entstand auch die «Webermühle» nicht als Werksiedlung, sondern aus der Initiative einer Generalunternehmerin für den freien Wohnungsmarkt. Die grosse gestalterische Geste der Architekten ist an diesem Ort sehr präsent. Die Nabe, wo die Blocks aufeinandertreffen, wurde als Arena gestaltet. Sie ist gesäumt von den öffentlichen Einrichtungen.[323]

Erblast und Vorbild

Die Grosssiedlungen schieden schon zur Entstehungszeit die Geister. Das wussten auch die Initianten, weshalb sie Begriffe wie «Trabantenstadt» tunlichst vermieden. Sie traten alle mit dem gleichen Versprechen an: Quartiere mit Erlebnisdichte und Wohnlichkeit zu schaffen. Das gelang nicht überall gleich gut. Auch das Verlassen des üblichen städtebaulichen Schemas war all diesen Projekten gemeinsam. Kritiker schimpften die Fricktaler Siedlungen als «Chemie-Ghettos»,[324] Intellektuelle Soziologinnen und Architekten bekundeten Mitleid für die als «grüne Witwen» bezeichneten Familienfrauen, welche in den vermeintlich trostlosen «Wohnsilos» mit den Kindern die Tage verbringen müssten, während die Väter morgens mit dem Familienauto zur Arbeit in die Stadt fuhren. Viele dieser «grünen Witwen» empfanden dies aber gar nicht so, da sie freiwillig in die Grosssiedlung gezogen waren.

Die meist von aussen an die Grossüberbauungen herangetragene Kritik schadete deren Ruf nachhaltig. Dabei korrespondierte sie oft gar nicht mit dem Befinden der Bewohnerinnen und Bewohner, die durchaus gerne in der «Telli», in der «Liebrüti» oder in der «Webermühle» wohnten. Nach der Ölkrise war das Konzept passé, die grosse Form kam aus der Mode, bevor viele Siedlungen fertig gebaut waren. In der Fachzeitschrift *Werk* schrieb Herausgeber Henri Stierlin (1928–2022) auf dem Höhepunkt der Krise 1976: «Die letzten Siedlungen werden fertiggestellt oder sind noch im Bau begriffen; geplant wurden sie, als noch Optimismus und blinder Glaube an eine unendliche Wirtschaftsexpansion herrschten – wie einst der Fortschrittsglaube es für möglich hatte erscheinen lassen, dass aus den Menschen Götter würden.»[325]

Schon Ende der 1980er-Jahre machten sich in den Grossüberbauungen Verschleisserscheinungen bemerkbar. Die engagierten Erstbewohnerinnen und -bewohner waren müde geworden oder zogen weg. Segregationsprozesse setzten ein, während vielerorts Gemeinschaftseinrichtungen vernachlässigt wurden. Im schlechtesten Fall entstanden soziale Brennpunkte. Um die Jahrtausendwende standen die Grossüberbauungen als verpönte Erblast aus der Hochkonjunktur am Ende ihres ersten Lebenszyklus und zwangen die Verantwortlichen zum Handeln. Es bedurfte eines Engagements durch die öffentliche Hand, um die Negativspirale zu bremsen. Aarau erhielt für sein ganzheitliches Quartieraufwertungsprogramm «Allons-y-Telli!» ab 2001 Bundeshilfe.[326]

Im fortschreitenden 21. Jahrhundert werden wieder grosse Siedlungen und Hochhäuser gebaut, wenn auch nicht mehr in den Dimensionen der 1960er- und 1970er-Jahre. Der kleinere Massstab entbindet die Planerinnen und Planer oft von der Pflicht zu einer gesamtheitlichen Konzeption, wie sie einst perfektioniert wurde. Das ist evident und bedauernswert. Ein Wissenstransfer zwischen den Planergenerationen hat kaum stattgefunden.

Transformationen im Bestand

Als 1962 die Baumwollspinnerei Bebié nach über 130 Betriebsjahren ihre Fabriken in Turgi und Rupperswil stilllegte, war die BBC zur Stelle und transformierte das Areal in Turgi in eine hochmoderne Fabrik für Elektrotechnik. Die Industriezweige Maschinenbau und Elektronik standen damals in ihrer Blüte und produzierten in der Schweiz für die ganze Welt. Zehn Jahre später präsentierte sich das Bild anders. Die Krise der 1970er-Jahre läutete den Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft ein. Industriebetriebe gingen in grosser Zahl ein oder verlagerten die serielle Produktion in Billiglohnländer. Mit der Textil- und Modeindustrie verschwand die älteste Branche als Erstes. Quer durch den Aargau wurde es still in den einst lärmigen Fabriksälen der Spinnereien an der Aare und an der Limmat, der

67 Siedlung Bodenacker Brugg. Die Siedlung ist mit 170 Wohnungen ein Beispiel für eine kleine unter den grossen Siedlungen. Als Werksiedlung für die in Brugg domizilierte Georg Fischer AG entstand sie zwischen 1960 und 1962, ihr 16-geschossiges Punkthochhaus war damals das höchste Wohngebäude im Kanton.

68 Modellaufnahme der Bebauungsstudie «Rosinante» für das Bauerndorf Dättwil bei Baden von 1967. Metron Architekten aus Brugg planten einen modernen Stadtteil mit bis zu 8000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

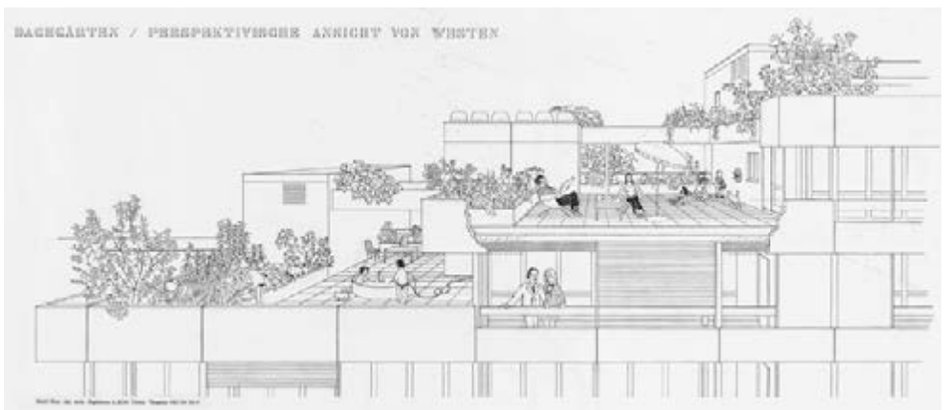
69 Werksiedlung In den Wyden der BBC in Birr. Rund 1500 Menschen, Werksangehörige mit ihren Familien aus 19 verschiedenen Nationen, zogen in die Industriesiedlung und krempelten das Bauerndorf Birr komplett um. Hatte dieses 1960 noch 730 Einwohnerinnen und Einwohner, so waren es nur acht Jahre später mehr als 2500.

70 Die Grossüberbauung Augarten in Rheinfelden, Flugbild von 1975. Mit über 1000 Wohneinheiten wirkt die von den Architekten Gelpke & Düby geplante Siedlung dörflich, was an der eher geringen Arealausnützung von 0,5 und an der Tatsache liegt, dass hier die Erdgeschosse überwiegend dem Wohnen mit privaten Gärten vorbehalten sind.

71 Baustelle «Webermühle», Neuenhof 1981. Vorbereitungsarbeiten für den letzten und grössten Wohnblock. In der «Webermühle» findet sich in Analogie zur «Telli» die stirnseitige Staffelung der Baukörper wieder. Entwickelt wurde dieses Prinzip bei der Grossüberbauung Sonnhalde in Regensdorf.

72 Die Grossüberbauung Liebrüti in Kaiseraugst, Flugbild von 1979. Die 860 Wohnungen wurden in lediglich zehn wuchtigen Baukörpern realisiert, die über ein ausgeklügeltes Wegnetz miteinander verbunden sind. Die Ausnützungsziffer beträgt über das ganze Areal 0,9, was ihm eine städtische Anmutung verleiht.

73 Grossüberbauung Telli, 1992, ein Jahr nach der Fertigstellung. Acht Kilometer Fussgängerwege durchqueren die Parklandschaft der «Telli». Die vier Scheibenhochhäuser sind durch überdachte Passagen miteinander verbunden, eine moderne Interpretation der Laubengänge in der Berner Altstadt, wie die NZZ am 2. Februar 1974 schrieb.



74 Planzeichnung der Dachgärten in der Telli, 1972. Das hundertfach gestapelte Eigenheim bietet attraktive Wohnungen mit viel Privatsphäre.

75 Siedlung Neugrüen Mellingen von Schwarz Architekten, Zürich. Die 2014 fertig gestellte Grossüberbauung umfasst rund 200 Wohnungen sowie Läden und Gemeinschaftseinrichtungen. Die Holzbauten erfüllen maximale Energiestandards, was der Überbauung eine Vorreiterrolle eintrug.

Kometenhafter Aufstieg und tiefer Fall eines Baugiganten

Federführend bei der Telli-Siedlung war die Aarauer Generalunternehmung Horta, welche im Mehrheitsbesitz des Baufelds war. Die kurze Geschichte dieser Firma liest sich wie ein Gleichnis der Goldgräberstimmung, welche damals auf dem Bausektor herrschte. 1951 gründete der 23-jährige Zimmermann Josef Wernle in Küttigen einen eigenen Betrieb, der sich bald auf die Serienfertigung von Einbauküchen spezialisierte.[1] Das Geschäft war lohnenswert und das Wachstum der Firma beeindruckend. Wernle, ein Selfmademan, schickte sich nun an, aus seinem Handwerksbetrieb innerhalb von zwanzig Jahren einen international tätigen Konzern aus zehn Aktiengesellschaften mit insgesamt rund 600 Mitarbeitenden zu formen. Konsequent verfolgte er dabei die Vision, das Bauwesen zu rationalisieren. Landkauf, die Projektierung und Bauproduktion sowie Verkauf und Vermietung besorgten die nach und nach entstandenen Firmen. Mit der Gründung der Horta AG ging es 1955 richtig los. 1965 brachte diese ein eigenes Bausystem mit dem Namen «Rastel-Granit» auf den Markt. Dies ist ein Wortkonstrukt aus den Begriffen «Raster» und «Element» sowie dem Namen von Wernles Pferd. Als Präsident des Reit- und Kavallerievereins hatte es der einfache Handwerker in die oberste Liga des Aarauer Establishments geschafft.[2] Horta baute nicht nur Wohnungen, sondern auch Bürokomplexe, Schulhäuser, Einkaufszentren, Kindergärten und sogar vorfabrizierte Kirchen (siehe «Letzter Bauboom», S. 113).

Rund 7000 Rastel-Granit-Wohnungen entstanden bis Mitte der 1970er-Jahre, womit das System zu den erfolgreichsten gehörte, die in der Schweiz zur Anwendung gebracht wurden.[3] Auch für die «Telli» machte Wernle seinen Baukasten zur Vorgabe. Als 1972 die Bauarbeiten begannen, befand sich die Horta auf ihrem Zenit. Im Sommer 1973 verkündete Wernle die Verschmelzung des Unternehmens in einer Holdingstruktur und präsentierte stolze Zahlen. Der kerngesunde Konzern habe eine Auftragsreserve von 1,2 Milliarden Franken.[4] Das Telli-Hochhaus wurde zur Firmenzentrale. Obwohl die Horta keinen spekulativen Wohnungsbau betrieb, stand sie finanziell allerdings auf sehr dünnem Eis. Hochmut kommt vor dem Fall: Der Ausbruch der Wirtschaftskrise 1974 liess das Imperium binnen weniger Monate wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen. «Fataler Götzendienst am Boom. Das Horta-Imperium in der Klemme» titelte die NZZ im Frühjahr 1975.[5] Ein Schuldenberg von nahezu hundert Millionen Franken zwang Wernle in die Knie.[6] 1976 kreisten die Pleitegeier über dem Telli-Hochhaus, die Horta war bankrott und verschwand von der Bildfläche. Kaum bezogen, stand der Turm wieder leer, und für die Abwicklung des aussergewöhnlich komplexen Falls musste eine ausseramtliche Konkursverwaltung eingesetzt werden. Der Kanton sprang ein und kaufte den Gläubigern das Hochhaus für 15 Millionen Franken ab; das war gut die Hälfte dessen, was es gekostet hatte.[7] Nun zogen die Abteilungsbüros der Departemente ein. Eines davon war – welche Ironie – das Finanzdepartement.

1 Hess 2018, 109.
2 Schneeberger 2017; Horta 1974, 36f.
3 CRB 1967–1975.
4 NZZ, 28.6.1973.
5 NZZ, 23.5.1975.
6 National-Zeitung, 12.6.1976.
7 TA, 28.4.1976.

76 Inserat Horta AG, 1970: In ganzseitigen Inseraten warb die Aarauer Generalunternehmung selbstbewusst mit dem Text: «Dieses Dorf ist zwar denkbar, existiert aber (noch) nicht. Es bestünde aus Wohn- und Ferienhäusern verschiedener Gestalt und Grösse, aus modernen und rationell angelegten Landwirtschaftssiedlungen, einer Schule, einem Kindergarten, dem Gemeindehaus und einer schmucken Kirche, und das ganze Dorf hätte die HORTA erbaut.»

Freiämter und Seetaler Hutgeflechtfirmen oder der Bally-Schuhfabriken in Dottikon und Aarau. Die Deindustrialisierung setzte sich bald in anderen Branchen fort und erreichte Ende der 1980er-Jahre auch die Flaggschiffe der Aargauer Industrie wie Kern, Kunz oder Brown, Boveri & Cie.

Die erkalteten Hochkamine, einst stolze Embleme auf den Firmenbriefköpfen, wurden als unnütze Relikte gesprengt, während Shedhallen, Remisen und Portierlogen in einen Dornröschenschlaf fielen. Das Fabrikensterben hinterliess – oft an attraktiver Lage – einen grossen Baubestand, an dem nach und nach alternative Nutzungskonzepte erprobt wurden. In den einstigen Maschinensälen entstanden Wohnungen, Künstlerateliers und Vereinslokale, Lagerräume und Caravanparkings. Die kreativen und oft lange andauernden Zwischennutzungen liessen das vielseitige Potenzial und den Charme der historischen Substanz erkennen. Anfang der 1980er-Jahre entstanden die ersten Projekte für dauerhafte Umnutzungen von alten Fabrikarealen. «Neues Bauen in alter Umgebung» wurde zum Credo einer aufgeschlossenen Architektengeneration. Die Planungsfirma Metron kaufte beispielsweise die leer stehende Papiermühle in Küttigen und baute sie 1982 auf eigene Kosten in Wohnraum um. Für die Bewirtschaftung der vom Bund als Pilotprojekt geförderten Umnutzung einer Brache gründete Metron die Stiftung gemiwo.[327] In Fahrwangen, um ein zweites frühes Beispiel zu nennen, kaufte 1981 eine Erbengemeinschaft eine leer stehende Hutgeflechtfabrik mit Kosthaus, um sie umzubauen und selbst zu bewohnen.[328]

Dass progressive Bauträger und Architektinnen langsam begannen, alte Qualitäten wiederzuentdecken und aus dem Bestand heraus Neues zu entwickeln, hatte auch mit einer neuen Bescheidenheit zu tun. Konsterniert und nicht selten beschämt blickten die Planerinnen und Planer auf die Hinterlassenschaft ihrer Gilde aus der Bauwut in den 1960er- und frühen 1970er-Jahren zurück. Geprägt von der Rezession und inspiriert vom europäischen Jahr für Denkmalpflege und Heimatschutz 1975, entstanden neue Positionen, die in der Losung gipfelten, die Schweiz sei eigentlich gebaut. Jetzt gehe es also darum, das Gebaute zu verbessern.[329]

Architekten und Planerinnen pilgerten in den 1980er-Jahren nach London, um sich vom viel beachteten Transformationsprojekt des alten Hafens – der Docklands – inspirieren zu lassen, wo aus alten Getreidespeichern Einkaufszentren oder Luxusappartements entstanden und stillgelegte Docks zur Kulisse für hippe Ausgehviertel wurden. Wohnungen in der Fabrikloft und moderne Arbeitsplätze in patinierten Produktionshallen wurden zum Lifestyle, und die eklektische Architektursprache der Postmoderne zitierte auch in Neubauten Elemente aus der Industriearchitektur der Vergangenheit. Während zu Beginn oft Privatinitiativen hinter der Neunutzung von Industriebrachen standen, riefen gelungene Beispiele zunehmend grosse Arealentwickler auf den Plan. Aus vermeintlich hässlichen Zweckbauten wurden Zeugen einer Epoche, denen man identitätsstiftende Kraft zuschrieb.[330]

Umcodierung von grossen Aargauer Industriebrachen

Drei Beispiele von Umnutzungen grosser Industrieflächen illustrieren die Bandbreite möglicher Eingriffstiefen. Erstens: nichts machen. 1994 erreichte die Deindustrialisierung das Stahlwerk Ferro im Industriegebiet zwischen Wohlen und Villmergen. Auf einen Schlag stand ein 200 000 Quadratmeter grosses Industrieareal zur Disposition, auf dem seit 1955 rund 400 Mitarbeitende Baustahl produziert hatten. 2003 präsentierte die Firma ambitionierte Pläne für einen Umbau der Brache in eine neue Stadt namens «Ferropolis», wo dereinst 3000 bis 5000 Menschen hätten wohnen und arbeiten sollen. Das Vorhaben stiess auf Widerstand in der Bevölkerung und konnte auch die Behörden in vielen Aspekten – Altlastensanierung und Verkehrsanbindung waren dabei die problematischsten – nicht überzeugen. 2007 wurde das Ansinnen fallen gelassen und die riesigen Hallen vermietet. Als Hauptmieter zog der Elektronikhändler Digitec ein, der hier sein Zentrallager einrichtete.[331]

Zweitens: Totalumbau. Baden spielte aufgrund seiner Sonderstellung als Standort des Weltkonzerns BBC bezüglich der Transformation von Industriebrachen auf einer grösseren Klaviatur. Nachdem 1988 die BBC mit dem schwedischen Elektrotechnikunternehmen Allmänna Svenska Elektriska Aktiebolaget (ASEA) zur Asea Brown Boveri (ABB) fusioniert und den Konzernsitz nach Zürich verlegt hatte, stand ein ganzer Stadtteil zur Disposition. Eine eigens konstituierte Planungsorganisation aus Stadtbehörden, Industrievertretern und Externen orchestrierte ab 1990 die «Chance Baden Nord 2005», die aus einem hermetischen und monofunktionalen Industrieareal in der Grösse von rund 35 Fussballfeldern ein durchmischtes Quartier machen sollte. Eine Bildungsreise der Planungsgruppe zu den Docks von London war selbstverständlicher Teil des Prozesses, als dessen Etappenziel 1994 ein Entwicklungsrichtplan Rechtskraft erlangte.[332] Baden Nord blieb jahrelang eine Grossbaustelle, rund fünfzig Prozent der historischen Substanz wurde ersetzt. Mit der Fertigstellung einer grossen Wohnsiedlung 2008 galt das im Richtplan gesetzte Ziel als erfüllt. In die einst «verbotene Stadt» zogen Kultur, Gastronomie, Bildung, Wohnen und Engineering. Kritische Stimmen liessen dabei verlauten, es habe zu viel Neubau und zu wenig Umbau stattgefunden, wodurch dem Quartier die Aura und genau jenes Cachet abhandengekommen seien, die man an umfunktionierten Industriebrachen schätze.

Drittens: langsame Transformation. Das Aarauer Industriegebiet Torfeld Süd war nach Baden Nord die Nummer zwei im Aargau bezüglich Grösse und Bedeutung. Hier waren bekannte, international agierende Firmen domiziliert: das Elektrotechnikunternehmen Sprecher + Schuh, die Maschinenfabrik F. Aeschbach AG oder die Stahlgiesserei Oehler AG, um die grössten zu nennen. In den 1980er-Jahren begann die schrittweise Stilllegung der Produktionen.[333] Ebenso schrittweise erfolgte die Umcodierung des Perimeters. Seit der Jahrtausendwende spielt sich im Kern des Areals das epische Kleinstadtdrama um ein neues Fuss-

ballstadion für den FC Aarau ab, dessen Realisierung nach mehreren Urnengängen und drei Neuplanungen trotz vorliegender Baubewilligung im Jahr 2020 unsicher bleibt. Die Initianten hoffen auf eine Fertigstellung bis 2028.[334] Derweil wurde 2019 die Transformation des Aeschbach-Komplexes zu einem neuen Quartier abgeschlossen und feierlich eingeweiht.[335]

Genossenschaftliches Wohnen und Bauen

Gemeinnützige Bauträger haben im Aargau keine grosse Tradition. Nur gut zwei Prozent des gesamten Wohnraumbestands von rund 330 000 Einheiten (Stand 2020) befinden sich im Besitz von Wohnbaugenossenschaften ohne Gewinnstreben. Damit liegt der Aargau weit unter dem landesweiten Mittelwert von gut fünf Prozent. Der Grund dafür liegt in erster Linie am Nichtvorhandensein grosser Zentren, wo der Druck auf die Immobilien stets grösser war und sozialdemokratisch geprägte Arbeitermilieus und Stadträte das genossenschaftliche Wohnen begünstigten. Dem kann allerdings entgegengehalten werden, dass hier die private Wohnungsfürsorge von Firmen nicht mitgezählt ist. Alleine die BBC besass Mitte der 1970-Jahre rund 1500 eigene Wohnungen und Häuser.[336]

Genossenschaften entstanden als Selbsthilfeorganisationen in Krisenzeiten mit drückendem Wohnungsmangel. In der Stadt Zürich als herausragendes Beispiel gründeten Bundespersonalverbände in den 1910er- und 1920er-Jahren mit Unterstützung der Stadt die grossen Kooperativen, deren erfolgreiches Wirken zur einmaligen Situation führte, dass seit Jahrzehnten rund ein Viertel aller Wohnungen in der grössten Stadt der Schweiz der Spekulation entzogen sind.[337]

Im Aargau wurden erste Genossenschaften nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet, etwa 1946 die «Lägern Wohnen» in Wettingen oder 1947 die «Allgemeine Wohnbaugenossenschaft Aarau und Umgebung». Sie erhielten für ihre Bauvorhaben Subventionen auf der Grundlage eines kantonalen Gesetzes zur Förderung der Wohnbautätigkeit, welches 1946 mit einem satten Zweidrittelmehr vom Souverän angenommen worden war.[338] Mit der Einführung eines eidgenössischen Verfassungsartikels 1973 wurde die Wohnbauförderung zur Daueraufgabe des Bundes. Die Entrichtung solcher Unterstützungen wurde von bürgerlicher Seite anfänglich heftig bekämpft: «Der unersättliche Moloch Wohnbausubvention wird sich auf dem Rücken der Steuerzahler spürbar auswirken», schrieb das freisinnige *Badener Tagblatt* 1947.[339] Bis zum Bauboom in den 1960er-Jahren blieb es im Aargau bei einer Handvoll gemeinnütziger Bauträger. Die meisten der gegenwärtig rund vierzig Genossenschaften entstanden erst in den 1980er-Jahren.[340] Charakteristisch dabei ist das Vorhandensein vieler Kleinstgenossenschaften mit weniger als zwanzig Wohneinheiten.

Wohnbaugenossenschaften zeigen dem Wohnungsmarkt oft mit experimentellen Projekten alternative Wege auf. An der Gartenstrasse im Zentrum Badens entstand 2017 nach Plänen von Meier Leder Architekten das erste autofreie Mietshaus. Genossenschafterinnen und Genossenschafter von «Lägern Wohnen» verpflichten sich vertraglich dazu, auf ein Auto zu verzichten, wenn sie darin eine Wohnung beziehen.[341]

Bauten für mehr Gemeinschaft

Erstaunlich reich ist der Aargau an pionierhaften Projekten, die sich in verschiedener Hinsicht als Beiträge zu einer neuen Schweizer Bau- und Wohnkultur einreihen. In Scherz schloss sich 1972 ein gutes Dutzend Familien zusammen und realisierte die viel beachtete Wohnsiedlung Auf dem Höli. Die Architektin Jacqueline Fosco-Oppenheim (*1942) schrieb dazu, es sei damals en vogue gewesen, auf dem Land zu leben. Aber nicht allein: «Fürstlich das Lebensgefühl, spartanisch die Machart. So wollten wir auch leben.»[342] Dass es gelingen konnte, günstigen und gleichwohl hochwertigen Wohnraum zu realisieren, stellte die Planungsfirma Metron mehrfach unter Beweis. Ihre Reihenhaussiedlungen in Windisch, Rütihof oder Mülligen wurden in den 1970er- und 1980er-Jahren zu ihrem eigentlichen Markenzeichen. Der Nachbarschaftsgedanke und ein partizipatives Planen mit den künftigen Bewohnerinnen und Bewohnern standen dabei stets im Zentrum. «Kommunikatives Wohnen» und «Prinzip der kleinen Netze» hiessen die planerischen Leitgedanken. Die Projekte verstanden sich als Antithesen zu den vorgestellten Grosssiedlungen.[343]

Zwei weitere Beiträge aus der jungen Metron-Werkstatt, die seit ihrer Realisierung Mitte der 1960er-Jahre nichts an Aktualität eingebüsst haben, zielten auf die Lösung anderer Problemfelder: Mit dem Wohnblock Neuwil in Wohlen schufen sie wohl das erste Mietshaus der Schweiz, in dem die Mieterinnen und Mieter ihre Wohnung mit einem System aus flexiblen Wandelementen frei einteilen konnten. Das Mehrfamilienhaus Geissberger in Wettingen indessen war ein herausragender Beitrag für eine qualitätsvolle Verdichtung nach innen. Ein moderner Stahlglasbau mit acht verschiedenen Wohnungen trat an die Stelle eines Einfamilienhauses.[344]

Die Wiege des Terrassenhauses liegt im Aargau

Zu den frühesten und engagiertesten Promotoren des Terrassenhauses gehörte der Klingnauer Architekt Hans Ulrich Scherer, der als Primus inter Pares der jungen Planergruppe «team brugg 2000» bereits erwähnt wurde. 1958 schlug Scherer die Bebauung des Bruggerbergs mit einer «Haldenstadt» aus Terrassenhäusern vor, dies als Teil der Vision für die künftige Siedlungsverteilung der Stadt Brugg (siehe Abb. 80). Seine Version der Hangsiedlung entwickelte Scherer ab 1957. In jenem Jahr begannen die Architekten Fritz Stucky und Rudolf Meuli (*1928) in Zug mit dem Bau des ersten Terrassenhauses in der Schweiz. Sie kamen Scherer zuvor, der ein Jahr später sein erstes Projekt in Klingnau realisieren konnte. 1963 wurde mit dem Bau der Terrassensiedlung Mühlehalde am Bruggerberg in Umiken begonnen, welche in drei Etappen bis 1971 realisiert wurde. Damit war ein Fragment aus dem utopischen Gesamtplan des «team brugg 2000» Realität geworden. Die Architekturzeitschrift *Werk* schrieb dazu anerkennend, 1958 seien die jungen

Die Bata-Kolonie in Möhlin

Die Geschichte der Bata-Kolonie beginnt in der Zwischenkriegszeit. 1932 wurde im Fricktaler Werk des weltgrössten Schuhproduzenten Bata aus Tschechien die Arbeit aufgenommen. Bata pflegte eine ausgeprägt paternalistische Firmenkultur mit dem Ergebnis, dass das Unternehmen nicht nur Fabriken, sondern ganze Fabrikstädte baute, wo die Arbeiterinnen und Arbeiter mit ihren Familien auch wohnten und die Freizeit verbrachten. Das Baubüro am Konzernhauptsitz in Zlin entwarf für das attraktive Baugelände nahe am Rhein einen Bebauungsplan und realisierte erste Arbeits- und Wohnstätten nach standardisierten Bautypen. Mit der Eröffnung des Klubhauses nach Plänen des Schweizer Architekten Hannibal Naef (1902–1979) konnte 1949 die Fertigstellung der Kolonie gefeiert werden.[1]

Der Bata-Park ist eine Idealstadt im Kleinformat. Arbeiten und Erholen bilden die beiden Pole der Bebauung. Das Klubhaus umfasste neben der Kantine auch ein kleines Dienstleistungsangebot und Freizeiträume. Es gab Sport- und Spielplätze sowie ein Freibad. Die «Arbeitswelt» am anderen Pol umfasste nicht nur die Produktion, sondern auch Design, Verkauf und Administration. Dazwischen fanden sich, verbunden durch eine zentrale Allee, in einem grosszügig angelegten Park die Wohnbauten für 300 Werksangehörige, von der Direktorenvilla bis zum Arbeitermehrfamilienhaus. Charakteristisch ist deren Sichtmauerwerk aus rotem Backstein der nahe gelegenen Ziegelei Frick.[2]

1990 wurde das Werk in Möhlin stillgelegt, und schon zwei Jahre später erfolgte auf Initiative des Aargauer Heimatschutzes die kantonale Unterschutzstellung der einmaligen Kolonie.[3] 2018 wurde das denkmalgerecht renovierte Klubhaus als Restaurant und Hotel wiedereröffnet und die gesamte Kolonie in das Inventar der Baudenkmäler von nationaler Bedeutung aufgenommen.

1 Bittner, Hackenbroich 2012, 83f.
2 Bauen+Wohnen, Heft 6, 1950, 166.
3 Ehrenbold 2012, 155.

77 Bata-Kolonie Möhlin, eine Idealstadt im Kleinformat, Flugaufnahme von 1955. Eine Allee verbindet die Fabriken mit dem Gemeinschaftshaus. Dazwischen befinden sich die Wohnhäuser der Werksangehörigen. Am linken Bildrand das Freibad.

Planer als provinzielle Jünger von Max Frisch angetreten, quasi als Epigonen des Meisters und dessen drei Jahre früher literarisch ausformuliertem Aufruf zur Planung einer neuen Stadt (siehe «Musterstadt», S. 64). «Doch ohne Spitze gegen den Meister führen zu wollen, in Brugg blieben die Forderungen nicht Literatur, sie würden in die Tat umgesetzt.»[345] Die Hangsiedlung am Bruggerberg wurde zu einer Ikone der Schweizer Nachkriegsarchitektur.

Die Vorteile des Terrassenhauses lagen auf der Hand: maximale Ausnutzung eines Hangs als günstige Bauparzelle. Und Hänge, so Scherer, gebe es in der Schweiz ja nicht zu wenige. Das Terrassenhaus überbrücke den Antagonismus zwischen Einfamilienhaus und Mietshaus.[346] Er sah sein Konzept als tauglichen Beitrag zu einer konzentrierteren Besiedlung. Die sonnigen Hänge wollte er dem Wohnen zuweisen, um gleichzeitig die fruchtbaren Ebenen für die Landwirtschaft frei zu halten. Die Lösung lag in der Luft: Sofort verbreitete sich die neue Hausform, obwohl eine rechtliche Grundlage dafür noch gar nicht existierte. Das Stockwerkeigentum wurde in der Schweiz erst 1965 eingeführt, weshalb bei den ersten Terrassenhäusern mit komplizierten Überbaurechten operiert werden musste. «Schon überborden die Schubladen mit Bauvorhaben, und die Spekulation bemächtigt sich der neuen Bauform», klagte die Fachzeitschrift *Werk* bereits 1964 in einem Themenheft über das Terrassenhaus.[347]

Der Erfolg des gestaffelten Hauses war total. Kaum ein eingezonter Südhang blieb seit seiner Erfindung davon verschont, wobei selten ein Projekt die architektonischen Qualitäten der Pionierbauten erreichte. Vielen wurde das Terrassenhaus zum städtebaulichen Ärgernis. Dies führte so weit, dass der Gemeinderat Ennetbaden 2017 das Terrassenhaus im Rahmen der zu überarbeitenden Bauordnung verbieten wollte. Zur städtebaulichen Kritik gesellen sich aufgrund der Bodenversiegelung und der damit einhergehenden thermischen und hydrologischen Effekte vermehrt auch ökologische Bedenken. Das Ansinnen machte schweizweit Schlagzeilen, wurde jedoch wieder verworfen mit dem Argument, es solle nicht die Bauform an sich verboten werden, vielmehr müssten Planungsinstrumente gefunden werden, welche die Qualität der Projekte verbesseren würde.[348] Hans Ulrich Scherer erlebte den Durchbruch seiner Idee nicht mehr. Er nahm sich 1966 erst 37-jährig das Leben.

Architektur für den Verkehr

Verkehrsinfrastruktur greift im Wesentlichen in die Fläche aus. Verkehr braucht aber auch Architektur. Er braucht Bahnhöfe, Tunnelportale, Stellwerke, Parkhäuser, Tankstellen und Raststätten. Er braucht Waschanlagen, Leitzentralen und vieles mehr. Oft bleiben diese Bauten unerkannt als dienende Objekte für eine reibungslose Abwicklung der Mobilität. Wem fallen schon die skulpturalen Betonarchitekturen von Max Vogt (1925–2019) im Gleismeer der Limmattal-Rangieranlange auf? Wer interessiert sich bei seinem Verpflegungshalt an der Autobahn für die Entwurfsarbeit der Raststätte? Weil der Aargau viel Verkehr hat, hat er auch viel Verkehrsarchitektur.

Am 16. August 1967 eröffnete in Kölliken Süd die erste Autobahnraststätte der Schweiz. Sie war ein partielles Provisorium und bestand neben der Tankstelle aus einem gemieteten Speisewagen der SBB. «Von wegen Konkurrenzkampf zwischen Bahn und Strasse», kommentierte das Schweizer Fernsehen ironisch.[349] Gut drei Jahre später und einige Hundert Meter weiter Richtung Zürich konnte Anfang Oktober 1970 auf der gegenüberliegenden Seite das Restauroute Kölliken Nord dem Publikum zugänglich gemacht werden. Als Bauherr trat der aargauische Autogewerbeverband in Erscheinung, der das Land vom Kanton im Baurecht übernahm.[350] Augenfällig an dem Pionierbau unter den Autobahnraststätten in der Schweiz ist der grosse Gestaltungswille der verantwortlichen Architekten. Das ist kein Zufall. Der Auftraggeber schlug Angebote für eine standardisierte Raststätte durch die Tankstellenbetreiberin Gulf Switzerland aus und wollte ein ebenso hochwertiges wie einmaliges Autobahngebäude erstellen. Dieses grenzt sich durch seine Mehrgeschossigkeit von den meisten Konkurrentinnen ab. Man habe bewusst einen Baukörper entworfen, der von weither sichtbar sei und damit die Raststätte von sekundären Gestaltungsmitteln wie hoch aufragenden Leuchtreklamen unabhängig mache, meinte dazu der aus Ungarn stammende Architekt Miklos Hajnos (*1936).[351]

Neben Tankstellen und Raststätten entstanden für die automobile Gesellschaft weitere Architekturen, vom Drive-in-Bankschalter der Hypothekarbank Lenzburg in ihrem 1975 eröffneten Neubau bis zum Drive-in-Fastfood-Restaurant McDonalds in Bremgarten 1997. Schon Ende der 1950er-Jahre eröffnete in Spreitenbach das nach amerikanischem Vorbild gebaute Motel City-Terminal, eine pavillonartige Herberge also, in der die Zimmer direkten Aussenzugang zum parkierten Auto haben.[352]

Architekt Armin Meili realisierte in Schinznach zwischen 1947 und 1950 das Montagewerk der 1945 gegründeten Automobil und Motoren AG Amag, welche zum grössten Automobilunternehmen der Schweiz werden sollte. In der Fabrik wurden bis 1972 englische und amerikanische Modelle für den einheimischen Markt gebaut.[353] Das Zentralgebäude mit repräsentativen Empfangsräumen platzierte Meili quer zur Fabrik direkt an die Hauptstrasse und versah es mit einer filigranen Glasfassade.[354] Sie war das Schaufenster der automobilen Verheissung. Wesentlich raumgreifender als das Montagewerk war das 1965 eröffnete Neuwagenlager der Amag in Lupfig.

Die Ponte Vecchio der Postmoderne

Als im November 1972 die Brückenraststätte bei Würenlos über die sechsspurige N1 eröffnet wurde, geizten die Kommentatoren nicht mit Superlativen. Es sei die mit 136 Metern grösste Autobahn-Shoppingbrücke Europas, schrieb der *Aargauer Kurier* auf der Titelseite. Und die Illustrierte *sie + er* präzisierte, von den Gesamtmassen her gesehen, sei das «höchst interessante Bauwerk» das grösste seiner Art weltweit. Das Projekt entstand 1968 im Rahmen eines Wettbewerbs, den der amerikanische Erdölkonzern Gulf Oil mit einem Projekt von Marti +

Kast Architekten für sich entschied. Gulf Oil spannte nun mit dem Zürcher Gastropionier Ueli Prager (1916–2011) und dessen Mövenpick-Gruppe zusammen. Das dürfte kein Zufall sein, kannten sich Marti und Prager doch aus gemeinsamen Zeiten bei den Singstudenten.[355]

Das räumliche Konzept war einfach: unten eine Ladenstrasse mit 18 Geschäften von der Schmuck- und Kleiderboutique bis zur Bankfiliale, oben, mit Blick auf die Autobahn, Gastronomie. Mövenpick, Hohepriesterin der Erlebnisgastronomie in der Schweiz, realisierte sechs verschiedene Restaurantkonzepte von der urigen «Landbeiz» über den gehobenen «Habsburg-Grill» bis zum Fastfood-Restaurant «Silberkugel». Erstmals wurde hier ein Selbstbedienungsrestaurant realisiert. Als besonders innovativ galt ausserdem das Kinderrestaurant in Form der «Spanisch-Brötli-Bahn» mit Märchenkoje und Mini-Kino. Der Eintritt war für Erwachsene verboten![356] Eine eigentliche «Dörfliwelt» voller Kitsch und historischer Bezüge entstand. Der Gemeinderat Würenlos erhielt sogar ein eigenes Stübli. Ein Unterhaltungsprogramm mit Ländlerabenden und «Jazz on the bridge» wurde etabliert. Der Erfolg war gross. Prager und seine amerikanischen Innenarchitekten brachten den Menschen als Kulisse das zurück, was durch die rege Bautätigkeit vielerorts verloren ging. Klimatisierte Gemütlichkeit über dem unwirtlichen Autobahnkorridor. Das Publikum setzte sich längst nicht nur aus Reisenden zusammen. Nein, der bald so liebevoll wie abschätzig «Fressbalken» genannte Gastro- und Einkaufstempel wurde zum Treffpunkt der ganzen Region.[357] Die Würenloser Shoppingbrücke war das postmoderne Zitat der mittelalterlichen Ponte Vecchio in Florenz. Schnell wurde sie zu einem der bekanntesten Bauwerke der Schweiz und erhielt als Modell einen Platz im Freiluftmuseum Swissminiatur in Melide. 1974 bediente sich das Tivoli-Einkaufszentrum in Spreitenbach beim Erfolgsrezept und realisierte das «Dörfli» in der Mall.[358]

Der letzte Bauboom der Christenheit

Das Bevölkerungswachstum, insbesondere aber die Zuwanderung vornehmlich katholischer Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, bescherte den Landeskirchen in den 1960er-Jahren einen regen Zulauf. Die Gotteshäuser wurden zu klein, und es begann der letzte grosse Bauboom der Christenheit in der Schweiz. Begünstigt wurde dieser durch weitere Aspekte: einerseits durch die behutsame Öffnung der katholischen Kirche im Zuge des Zweiten Vatikanischen Konzils, welches 1965 beendet wurde, ausserdem durch die fortschreitende konfessionelle Durchmischung in den Dörfern. Für die propagierte Ökumene fehlte es an Raum. Nicht nur neue Kirchen, auch Pfarreizentren wurden nun vermehrt gebaut. Dabei ist offensichtlich: Die Architekten nahmen das Credo der Öffnung wörtlich und übersetzten es in ganz neue Formen. Rund siebzig Sakralbauten entstanden im Aargau in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, davon mehr als dreissig in den 1960er-Jahren. Eine Sonderstellung nahmen dabei zwei identische Notkirchen aus dem Fertigbaukatalog der Generalunternehmung Horta ein, welche 1965 und 1966 in Lupfig und in Seon entstanden.[359] In Lupfig war es der sprunghafte Bevölkerungszuwachs durch die Grossüberbauung In den Wyden, welche die Raumnot der dortigen Kirchgemeinden akzentuierte. Die quantitative Verteilung der Bauvorhaben auf der Zeitleiste reflektiert die zunehmende Säkularisierung. Entstanden in den 1970er-Jahren noch rund ein Dutzend neue Kirchen, so verschwand die Bauaufgabe in den 1980er-Jahren praktisch vollständig.[360]

Die ersten Kirchen, die nach 1945 gebaut wurden, knüpften an die behutsam modernen Tendenzen an, wie sie etwa von Hermann Baur, einem der bedeutendsten Schweizer Kirchenarchitekten des 20. Jahrhunderts, in Möhlin (St. Leodegar) schon in der Zwischenkriegszeit zur Anwendung gebracht worden waren. Als Beispiele seien die 1954 fertiggestellte katholische Kirche St. Anton in Wettingen von Karl Higi (1920–2008) oder die 1961 geweihte reformierte Kirche in Muhen von Hans Hauri (1912–1986) erwähnt. Die Architekten beider Projekte wagten eine in unseren Breiten wenig bekannte Gliederung und stellten den Glockenturm vom Hauptbau frei.[361] Sie orientierten sich dabei an den berühmten italienischen Vorbildern wie dem Campanile von Pisa oder jenem von Venedig. Trotz formal moderner Anklänge blieben die Kirchenräume aber traditionell in der Disposition als längsrechteckige Hallenbauten mit einer klaren Ausrichtung zum Altar.

Nach und nach löste sich die Kirchenarchitektur von sämtlichen formalen Traditionen. Dabei sind zwei grundsätzliche Entwicklungen feststellbar: Reformierte Kirchen wurden zunehmend als moderne Gemeindezentren konzipiert, welche konzentriert alle Funktionen der Pfarrei umfassten; nebst dem Sakralraum also auch Begegnungsräume, Büros und Wohnungen des Personals. Ihr Habitus näherte sich stärker der weltlichen Architektur an. Der katholische Kirchenbau schlug indessen eine andere Richtung ein. Die Kirche wurde vermehrt zum begehbaren Kunstwerk erklärt. Ein vermeintlicher Widerspruch: Die traditionsbehaftete katholische Kirche wurde zur begehrten Bauherrin, welche mehr als jede andere öffentliche Institution architektonische Experimente zuliess und gar förderte. So entstanden vornehmlich ab der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre skulpturale Bauten, denen bezüglich Form und Materialisierung kaum Grenzen gesetzt schienen. Gemeinsam ist ihnen eine dramatische bis mystische Lichtführung als existenzielles Thema. Justus Dahinden (1925–2020) in Wildegg, Hermann Baur in Ennetbaden und Hanns A. Brütsch (1916–1997) in Buchs waren mit ihren Aargauer Beiträgen die talentiertesten Vertreter dieser Richtung.

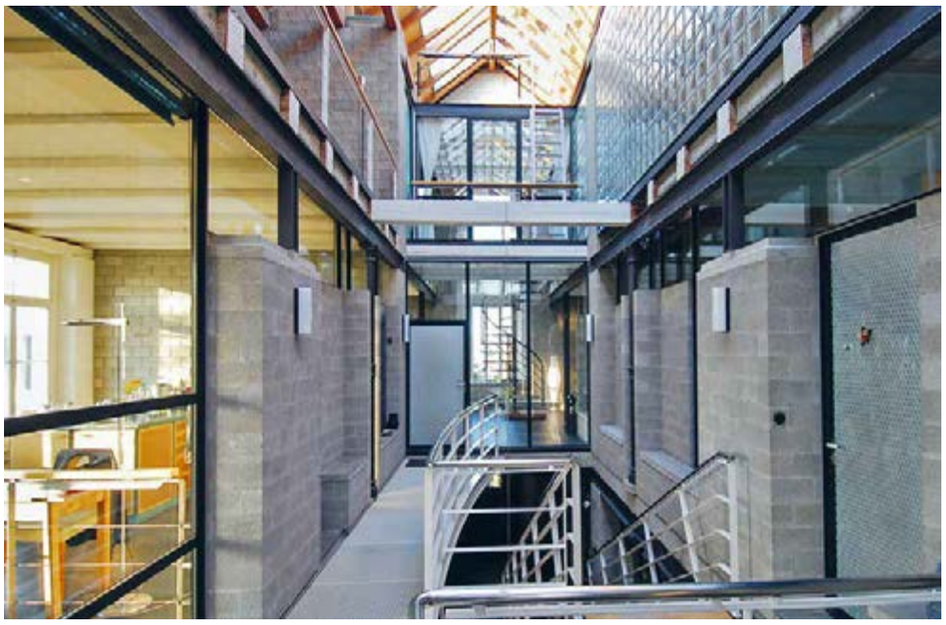
Bauen für den Konsum

Als am 12. März 1970 in Spreitenbach das erste grosse Einkaufszentrum der Schweiz mit rund fünfzig Läden eröffnet wurde, schaute die Schweiz aufs Limmattal (siehe «Konsum», S. 410). Dass am anderen Ende des Kantons in Oftringen bereits eine Woche zuvor ebenfalls ein – wenn auch viel kleineres – Einkaufszentrum eröffnet worden war, ging in den Vorschusslorbeeren und im Pressejubel

78 Alternative Wohnsiedlung Auf dem Höli in Scherz, gebaut 1973 bis 1975. Die Architekten Jacqueline und Benno Fosco-Oppenheim sowie Klaus Vogt waren die treibenden Kräfte hinter dem Projekt.

79 Das Haus Geissberger in Wettingen. Der nach dem Bauherrn Werner Geissberger bald «Geissburg» genannte Pionierbau aus Stahl und Glas wurde mit grossen Pflanztrögen ausgestattet, welche die Fassaden zu schattenspendenden hängenden Gärten machen.

80 Bau der Terrassensiedlung Mühlehalde in Umiken, 1965. Der Ringier-Bilderdienst bot das Bild auch international an unter dem Titel «Architecture of Tomorrow». Architekt Hans Ulrich Scherer aus Klingnau wurde zur Autorität für diese Bauform in der Schweiz.



81 Umnutzung Hutgeflechtfabrik Fahrwangen, 1981–1984. Die Umnutzung der ehemaligen Hutgeflechtfabrik Fischer mit Kosthaus durch Furter und Eppler Architekten aus Wohlen gehört zu den frühesten Umnutzungsbeispielen einer Industriebrache zu Wohnzwecken in der Schweiz und fand als gelungenes Beispiel für Bauen im Bestand Anerkennung in der Fachpresse.

82 Baden Nord mit der Alten Schmiede (links) und dem Berufsschulhaus heute. Die denkmalgeschützte Alte Schmiede, erbaut 1906, gehört zu den letzten gründerzeitlichen Bauten aus der BBC-Ära. Sie wird heute für die Jugendarbeit und als Eventhalle genutzt. Das Berufsschulhaus von Burkard Meyer Architekten entstand 2006.

83 Kunz-Areal Windisch. Das Fabrikareal, welches von «Spinnerkönig» Heinrich Kunz in den 1820er-Jahren begründet wurde, war zeitweilig die grösste Spinnerei auf dem europäischen Kontinent. Nach der schrittweisen Stilllegung der Fabrik erfolgte ab 2011 die Transformation zu einem Wohn- und Arbeitsquartier.

84 Aeschbach-Areal Aarau heute. Die Transformation des westlichen Bereichs des Industrieareals Torfeld Süd wurde 2019 abgeschlossen. Es bietet einen Nutzungsmix aus Wohnen, Dienstleistung, stillem Gewerbe und Kultur.

85 Zentralgebäude der Automontagefabrik der Automobil und Motoren AG Amag in Schinznach nach der Eröffnung 1949. Architekt war Armin Meili. Auf dem Parkplatz aufgereiht im Werk montierte Autos der englischen Marke Standard Vanguard.

86 Neuwagenlager der Amag in Lupfig, 1971. Heute führt die 1996 eröffnete Autobahn A3 mit dem Vollanschluss Lupfig unmittelbar am 1965 in Betrieb genommenen Autolager vorbei, das auch über einen eigenen Bahnanschluss verfügt.

87 Autobahnraststätte Kölliken Nord, eröffnet im Herbst 1970. Der imposante Sichtbetonbau hat die Form einer halben Brücke. Stützen tragen das grosse Restaurant, welches so zum Dach der darunterliegenden Tankstelle wird.

88 Kölliken Süd. Die 1967 eröffnete erste Autobahnraststätte der Schweiz in Kölliken Süd bestand aus einer standardisierten Avia-Tankstelle und einem ausrangierten Speisewagen der SBB. Dieser wurde 1972 durch einen Restaurantbau ersetzt.

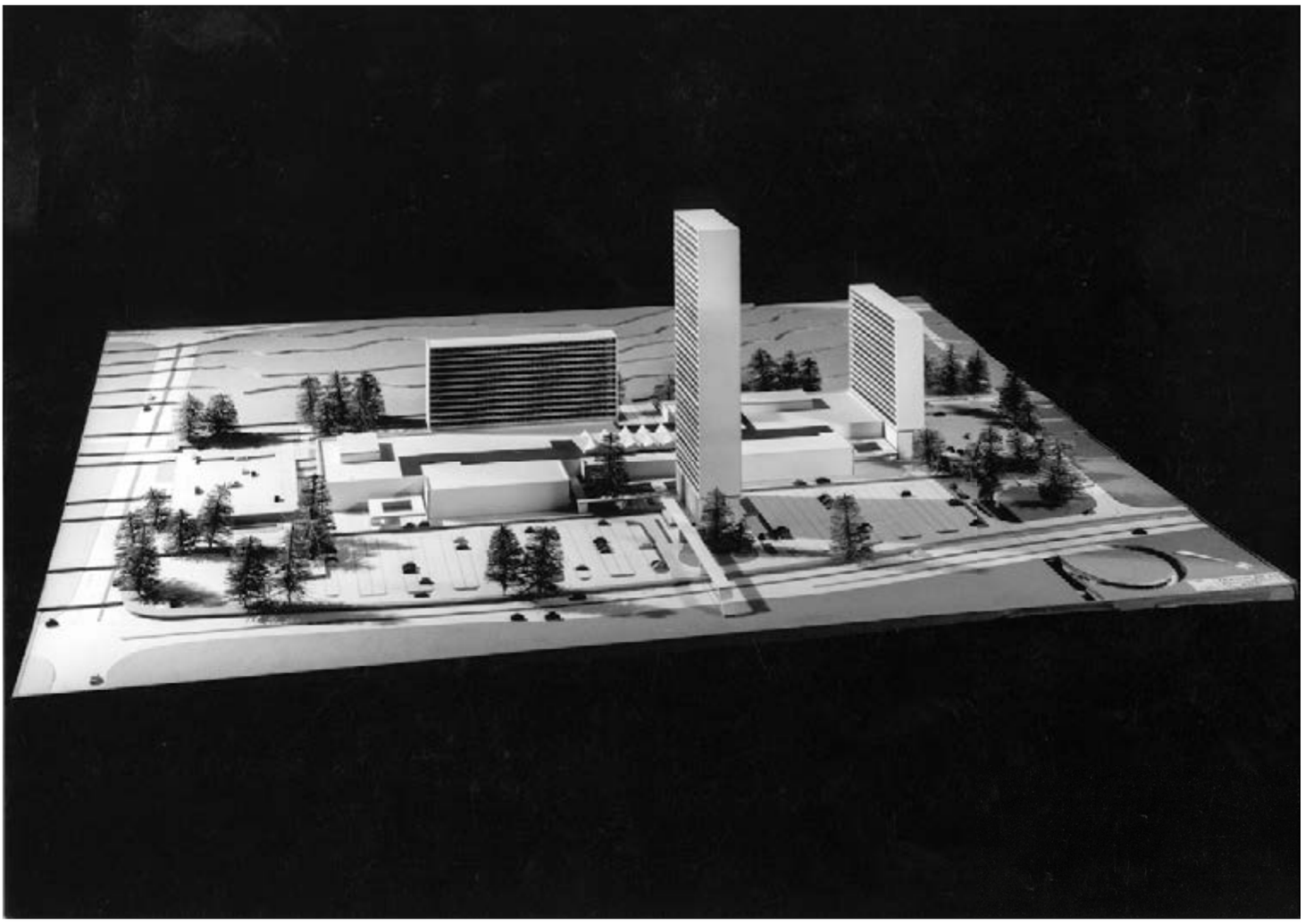
89 Autobahnraststätte Würenlos, 1973. Bei der Eröffnung der ersten Shopping- und Gastrobrücke hielt sich Gastrounternehmer Ueli Prager nicht mit Kritik am herrschenden Alkoholverbot auf Schweizer Raststätten zurück. An Autobahnen keinen Alkohol auszuschenken, sei intolerant und bevormundend, schrieb er am 6. Dezember 1972 im *Aargauer Kurier*.

90 Einweihung der Pauluskirche Lupfig, 1966. Die Kirche entstand aus vorfabrizierten Elementen innerhalb von sechs Monaten als schlüsselfertiger Prototyp zum Preis von 300 000 Franken. Seit 2020 steht der einst provisorische Bau unter kantonalem Denkmalschutz.

91 Katholische Kirche St. Anton Wettingen. Der von Karl Higi entworfene und 1954 fertiggestellte Bau zeichnet sich durch eine zurückhaltend moderne Formensprache aus. Die tradierte räumliche Disposition als dreischiffige Basilika wurde dabei nicht infrage gestellt.

92 «Chappelehof» Wohlen. Das 1967 realisierte Pfarreizentrum ist die bauliche Umsetzung des zweiten Vatikanischen Konzils. Das Werk des Architekturbüros Beriger aus Wohlen umfasste eine Vielzahl von Gemeinschaftsfunktionen, vom Restaurant mit Saal und Kegelbahnen zu Vereinsräumen, Bibliothek sowie Alterswohnungen.

93 Reformiertes Kirchenzentrum Mutschellen. Das Architekturbüro von Martha (1926–2017) und Benedikt Huber (1928–2019) realisierte das Kirchenzentrum in Widen zwischen 1966 und 1968.



94 Modell für das Einkaufszentrum Spreitenbach von 1965. Das Konzept von Walter Hunziker (1929–2022) machte schweizweit Schule: eine lang gestreckte Halle mit der Ladenstrasse sowie ein hoch aufragendes Wohnhaus als Landmarke. Das Projekt wurde vom Zürcher Architekten Felix Rebmann (1931–2017) bis 1970 realisiert.

95 Jelmoli Brugg, 1959. Die Eröffnung des Warenhauses wurde in der Presse gefeiert. Brugg gehe schönen, neuen Zeiten entgegen, frohlockte etwa das *Brugger Tagblatt*. In Inseraten wurden dabei die bautechnischen Novitäten angekündigt, etwa: «Die Rolltreppe fährt Sie mühelos und bequem treppauf.»

96 Neumarkt Brugg auf einer Flugaufnahme von 1986. Neumarkt I (grün) und II (rot) wurden vom Brugger Architekten Gabriel Droz entworfen.

unter. Den beiden Bauprojekten liegt die gleiche Konzeption zugrunde: Eine ausladende, in sich gekehrte Sockelzone beherbergt die Ladenstrasse. Darüber erhebt sich ein Hochhaus zu Wohnzwecken und macht den Komplex weitherum sichtbar.

Wie man Einkaufszentren baut, wussten die hiesigen Architekten nicht, als um 1960 der Wettlauf um die erste Schweizer Version des in Amerika Mitte der 1950er-Jahre etablierten Konsumtempels begann. Jelmoli und Migros begannen gemeinsam die Planung für ein Grossprojekt im Glatttal, das 1975 eröffnete Glatt-Zentrum. Denner-Chef Karl Schweri (1917–2001) sicherte sich jene grosse Bauparzelle, welche schon im Richtplan für Neu-Spreitenbach von 1959 (siehe Abb. 18) für ein Einkaufszentrum reserviert worden war. Der in Koblenz aufgewachsene Schweri trieb über seinen Immobilien-Anlagefonds die Idee eines grossen Shoppingcenters mit Entschlossenheit voran. Spreitenbach war in vielerlei Hinsicht ein idealer Ort für das Unterfangen: Der direkte Anschluss an die (damals noch in Planung befindliche) Autobahn, die abgeschlossene Ortsplanung sowie die Zusicherung des Kantons Aargau für einen täglichen Abendverkauf. In Walter Hunziker (1929–2022) fanden Schweris Leute einen Architekten mit «Amerika-Erfahrung» für das neuartige Vorhaben. Der junge Zürcher hatte in Atlanta Architektur und Städtebau studiert und kam mit einem reichen Erfahrungsschatz zurück in die Schweiz. Dazu gehörte auch eine interdisziplinäre Arbeitsweise. Das war 1962. Hunziker gründete die Transplan AG und entwarf bald in der ganzen Schweiz im grossen Massstab. In Spreitenbach schuf Hunziker den Urtyp des Einkaufszentrums für die Schweiz in Anlehnung an die amerikanischen Vorbilder: ein langrechteckiger, zweigeschossiger Bau als Hülle für die vollklimatisierte Ladenstrasse, beidseitig und zweigeschossig gesäumt von Geschäften, in der Mitte die Mall mit Springbrunnen und Oberlichtgaden.[362]

Aus Vorstadt wird Neumarkt und Citymärt

Die Vorläufer der modernen Einkaufszentren waren die Markthallen, Ladenpassagen und Warenhäuser. Letztere entstanden seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den europäischen Grossstädten und fanden erst Anfang des 20. Jahrhunderts «en miniature» ein Publikum in den Aargauer Kleinstädten. In Aarau eröffnete 1902 Globus eine Filiale, in Baden existierte ab 1911 das Warenhaus am Schlossberg, und in Wohlen eröffnete das Kaufhaus zur Stadt Paris (alle heute Manor).[363] In der Brugger Altstadt nahm 1927 das Kaufhaus Rössli den Betrieb auf und blieb die erste Einkaufsadresse, bis es von einer Filiale des Zürcher Jelmoli bedrängt wurde. Dessen repräsentativer Bau – ein Entwurf des Brugger Architekten Walter Hunziker (nicht zu verwechseln mit dem Namensvetter aus Zürich) – mit seiner gerasterten Schaufassade aus Glas und Aluminiumprofilen wurde 1959 an der Badenerstrasse zwischen Bahnhof und Altstadt eröffnet. Er markierte den Anfang vom Auszug des Detailhandels aus der Enge der Altstadt, die den räumlichen Ansprüchen nicht mehr gerecht zu werden vermochte.[364] In den 1970er- und 1980er-Jahren verwandelte sich das Areal zwischen Bahnhof und Jelmoli in zwei grossen Bauetappen zur Fussgänger- und Einkaufszone Neumarkt. Eine ähnliche Variante dieses Shoppingcenters in der Vorstadt entstand in Aarau nach und nach seit dem Bau der modernen Warenhäuser Oscar Weber (1969) und Coop City (1970) zwischen Graben und Bahnhofstrasse. Mit der 1988 erfolgten Eröffnung des damaligen Vilan-Neubaus (heute Manor) anstelle des Globus kam die Verwandlung der Vorstadt zum Citymärt mit gedeckter Flanierzone zum zwischenzeitlichen Abschluss.

Im Widerspruch

Natur und Landschaft seit 1945

Der Bauboom, die neuen Konsumgewohnheiten, die Motorisierung der Bevölkerung sowie die Mechanisierung der Landwirtschaft veränderten das Gesicht der Schweiz in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wie nie zuvor. Der damit einhergehende Wandel von Natur und Landschaft zeigt sich beispielhaft im ländlich geprägten Aargau. — *Maria Meier*

Im Zeichen des Wachstums

Die Nachkriegsjahre waren geprägt von unzähligen staatlich geförderten Meliorationsprogrammen zur Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion. Wie noch während der kriegswirtschaftlichen Anbauschlacht wurden nahezu alle Fliessgewässer begradigt, kanalisiert und dabei streckenweise in Betonröhren gelegt. Das umliegende Kulturland wurde entwässert, zusammengelegt und durch ein Netz von Flur- und Waldwegen erschlossen. Störende Landschaftselemente, wie einzeln stehende Bäume, Hecken und Findlinge mussten den Landmaschinen weichen.

Die Kriegsjahre wirkten aber auch in anderen Bereichen nach. Rohstoffmangel und Rationierung hatten zu einem generellen Nachholbedarf geführt. Als die erwartete Nachkriegsdepression ausblieb und stattdessen ein aussergewöhnlicher wirtschaftlicher Aufschwung einsetzte, vermochten Industrie, Baugewerbe und Energieproduzenten die rasch wachsende Nachfrage nicht mehr zu befriedigen. Es begann ein beispielloser Ausbau von Industrie-, Infrastruktur- und Siedlungsbauten.

Die Folgen der rationalisierten Bewirtschaftung und des beginnenden Baubooms fasste Karl Rüedi (1909–2002), Kreisoberförster und Präsident der Naturschutzkommission der Aargauischen Naturforschenden Gesellschaft (ANG), 1953 in seinem Beitrag «Naturschutz im Aargau» zusammen: «Hecken und Feldgehölze sind nahezu verschwunden. Nur wenige natürliche Strecken unserer Flussläufe sind geblieben. Die Moore sind bis auf ein paar Überbleibsel nur noch Erinnerung. Die Auenwälder sind fast restlos gerodet oder umgewandelt. Kaum ein Ausblick ohne mindestens eine Kraftleitung vor den Augen. In die lauschigsten Waldgründe werden Strassen gebaut, dringen Traktor und Motorsäge. Die Ufer nehmen Strandbäder, Weekend-Häuschen, Camps usw. in Beschlag. Kaum ein Monat vergeht, ohne dass einem Steinbruch, einer Kiesgrube, einer Militär- oder Sportanlage, einem Häuserquartier oder einer Strasse wieder ein Stück schöne Landschaft zum Opfer fällt.»[365]

Der Aargau baut

Besonders landschaftsprägend waren die grossen Wasserkraftwerkprojekte wie das 1945 in Betrieb genommene Wasserkraftwerk Rupperswil-Auenstein. Bereits 1949 begannen die Bauarbeiten zum Kraftwerk Wildegg-Brugg ein paar Kilometer flussabwärts; es lieferte ab 1953 Strom. Zahlreiche weitere Wasserkraftwerke, unter anderem in Säckingen, Koblenz und Aarburg, befanden sich in Planung. Der Kraftwerkbau führte mit seinen Kanalisierungen, Uferverbauungen und Staustufen zu einer tiefgreifenden Umgestaltung der Flussläufe sowie zu einer nachhaltigen Veränderung von deren ökologischen und hydrologischen Verhältnissen.

Aufsehenerregend waren die im Zusammenhang mit der Wasserkraftnutzung stehenden Pläne zur Schiffbarmachung der grossen Flüsse Aare, Reuss und Rhein. Erste Konzepte dazu bestanden seit den

1920er-Jahren und wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wieder aufgenommen. Der Aargauer Regierungsrat befürwortete die Schiffbarmachung des Rheins und förderte die transhelvetische Wasserstrasse, die vom Genfersee über den Neuenburger- und Bielersee bis zur Aaremündung bei Koblenz führen sollte. Im Aargau waren dafür weitere Staustufen und Kraftwerke sowie eine grosse Hafenanlage in Brugg-Lauffohr respektive Koblenz-Klingnau vorgesehen (siehe «Raumentwicklung», S. 88).[366]

Sehr viel dringlicher als die Schiffbarmachung der Flüsse erwies sich der Ausbau des Strassennetzes, der «mit der gewaltigen Zunahme der Motorfahrzeuge» unmöglich Schritt halten konnte.[367] Nach der Aufhebung der Rationierung von Treibstoffen im November 1945 stieg die Zahl der Automobilistinnen und Automobilisten im Kanton Aargau schnell an: Bereits 1948 hatte der Verkehr das Vorkriegsniveau wieder erreicht, und von 1950 bis 1960 stieg die Zahl der Personenwagen beinahe um das Vierfache. Nach 1960 zeigte die Kurve noch steiler nach oben.[368]

Die rasche Verkehrszunahme verlangte nach neuen Infrastrukturbauten in Form von breiteren und geteerten Strassen, Umfahrungen, Autobahnen und Tanklagern. Sie veränderten das Ortsbild von Dörfern und Städten und den ländlichen Raum insgesamt radikal. Die sichtbarste Veränderung kam mit dem Bau der Nationalstrassen. In beeindruckendem Tempo wurde nach der deutlichen Annahme des Gegenentwurfs zur Initiative «Für die Verbesserung des Strassennetzes» des Automobil Clubs der Schweiz (ACS) die Realisierung des Nationalstrassennetzes an die Hand genommen. Bereits 1963 wurde zwischen Genf und Lausanne ein erstes Teilstück eröffnet, und 1967 war der vierzig Kilometer lange Abschnitt der N1 von Oensingen bis nach Lenzburg fertiggestellt. 1970 folgte die Strecke Lenzburg bis Zürich (siehe «Raumentwicklung», S. 77).[369]

Landschaftswandel und Verlustgefühl

Der beschleunigte Landschaftswandel im Zeichen der Wachstums- und Wohlstandseuphorie der 1950er- und 1960er-Jahre rief die privaten Heimat- und Naturschutzvereine auf den Plan. Diese sperrten sich nicht grundsätzlich gegen die Bauprojekte, sondern suchten vielmehr nach Möglichkeiten, wie eine Melioration, ein Kraftwerk oder eine Strasse möglichst landschaftsverträglich umgesetzt werden konnte. Ihr Einfluss blieb jedoch lange marginal, weil sie nicht in die staatlichen Institutionen und Prozesse eingebunden waren und weil finanzielle oder wirtschaftliche Argumente stärker gewichtet wurden als Schutzaspekte. Das galt auch für die 1942 geschaffene Kantonale Heimat- und Naturschutzkommission: Dieses privatrechtliche Organ, bestehend aus je einem Vertreter des Heimatschutzes, der Naturschutzkommission der ANG, des Fischereivereins und des Verbands der aargauischen Vogelschutzvereine, beriet die Behörden unter anderem bei Meliorationen und Gewässerkorrekturen. Die Projekte wurden der Kommission aber meist erst dann vorgelegt, wenn deren Planung abgeschlossen war.[370] Die Interessen der Naturschutzorganisationen wurden im Planungs- und Baufieber kaum wahrgenommen. Das änderte sich vor dem Hintergrund der grossen Infrastrukturprojekte und der fortschreitenden Bautätigkeit der 1950er- und 1960er-Jahre. «Zahl, Tempo und Intensität der Eingriffe in Natur und Landschaft» hätten in einem Mass zugenommen, dass die bestehenden Organisationen ihnen nicht mehr gewachsen seien, stellte die Naturschutzkommission der ANG 1966 bestürzt fest. Als Folge dieser «Sturmflut», dieser «lawinenartig anschwellenden Aufgaben» entstanden neue lokale, aber auch überregionale Naturschutzorganisationen wie beispielsweise der 1954 ins Leben gerufene Aargauische Naturschutzbund (ab 1996 Pro Natura Aargau), die Stiftung Reusstal (1962) oder der Landschaftsschutzverband Hallwilersee (1964).[371] Vielen Bauprojekten – insbesondere den Kraftwerk- und Meliorationsprojekten – erwuchs nun zunehmend Widerstand aus Natur- und Landschaftsschutzkreisen.

So auch in Zusammenhang mit dem 1959 erneuerten Wasserwirtschaftsplan für die Reuss, der für die Strecke vom Vierwaldstättersee bis zur Mündung in die Aare bei Windisch eine «geschlossene Kraftwerkkette» mit 15 Kraftwerken vorsah.[372] Heimat- und Landschaftsschutzkreise waren alarmiert und lancierten – ab 1962 vereint in der Stiftung Reusstal – die Volksinitiative «Für eine freie Reuss». Diese verlangte, dass die Reuss «von Bremgarten bis zur Einmündung in die Aare von neuen energiewirtschaftlichen Anlagen frei zu halten» sei.[373] Die Gesetzesinitiative wurde am 16. Mai 1965 mit 50 571 zu 14 135 Stimmen deutlich angenommen, womit der Lauf der Reuss auf 25 Kilometern freigehalten werden konnte. Am 17. März 1966 folgte die Verordnung über den Schutz der Reuss und ihrer Ufer nach dem Vorbild der Uferschutzverordnung des Hallwilersees von 1935 beziehungsweise 1956 und des Rheins von 1948. Das Grossprojekt für die Reuss war damit zwar faktisch vom Tisch, der Kampf um den Erhalt der natürlichen Flusslandschaft aber noch lange nicht zu Ende (siehe «Reusstalsanierung», S. 136).

Der wachsenden Opposition aus Naturschutzkreisen konnten sich auch die Behörden nicht mehr länger entziehen. Ausdruck davon waren die 1962 geschaffene Stelle für Landschaftsschutz in der Baudirektion und die Anerkennung der Kantonalen Heimat- und Naturschutzkommission als staatliche Kommission zwei Jahre später.[374] In den 1960er-Jahren fand ein Wertewandel dahingehend statt, als dass der Natur- und Landschaftsschutz in der Gesellschaft stärker verankert war und bei der Planung und beim Bau von grösseren Projekten miteinbezogen werden musste.

Kehrseiten der Konsumgesellschaft

In den 1960er- und 1970er-Jahren wurden die ökologischen Begleiterscheinungen des Wachstums und der Wohlstandsgesellschaft immer offensichtlicher: Als besonders dringend erwies sich die Bekämpfung des Abwasser- und Abfallproblems, aber auch der Schadstoffbelastung in der Luft, die durch industrielle Abgase, Ölfeuerungen und durch den

97 Bauprofile für den Staudamm des geplanten Kraftwerks Koblenz-Kadelburg bei Rietheim, 1957. Gegen das Kraftwerk gingen zahlreiche Beschwerden ein, weil die Stromschnellen des Koblenzer Lauffen dadurch zerstört worden wären. Die Bauarbeiten wurden 1966 eingestellt und das Projekt fallen gelassen.

98 Hochrhein zwischen Koblenz und Rietheim, 1964. In der unteren Bildhälfte verläuft der Koblenzer Lauffen. In der Bildmitte am rechten Ufer befindet sich das Gebiet «Chly Rhy», das von 2014 bis 2015 als Teil des Auenschutzparks Aargau renaturiert wurde.

99 Kläranlage Oberwynental, Reinach 1962. Der Bau von Kanalisationen und Kläranlagen stellte für die Gemeinden eine Herausforderung dar. Im oberen Wynental schlossen sich Reinach, Menziken, Burg und Pfeffikon (LU) bereits in den 1930er-Jahren zu einem Zweckverband zusammen. 1962 konnte die erste mechanisch-biologische Abwasserreinigungsanlage im Kanton Aargau in Betrieb genommen werden.

100 Schaumberge auf der Aare, Aarburg 1962. Industrielle Abwasser und Waschrohstoffe gelangten über die Wigger und den Tychkanal in die Aare, wo sich Schaumberge auftürmten, die stundenlang auf der «Woog» kreisten.

101 Das besetzte AKW-Gelände in Kaiseraugst, 1975. Aus der Aktion einer Gruppe von AKW-Gegnerinnen und -Gegnern wurde rasch ein Grossereignis mit nationaler Ausstrahlung. Auf dem Acker zwischen Kantonsstrasse und Autobahn versammelten sich zeitweise bis zu 15 000 Personen.

102 Sondermülldeponie Kölliken, 2008. Symbol vergangener Abfallsünden und moderner Altlastenbeseitigung: Für die Gesamtsanierung (2006–2020) mussten unter anderem drei luftdichte, unter Unterdruck stehende Hallen und ein Bahnanschluss gebaut werden.

103 Deponie «Bärengraben» in Würenlingen, 1986. Die grösste Deponie des Kantons wurde 1964 als Provisorium eröffnet und bis 2011 betrieben. Der alte Steinbruch wurde hauptsächlich mit Sperrgut aus der Region Baden-Brugg, zeitweise auch mit giftigen Sonderabfällen – zum Teil illegal – aufgefüllt.

exponentiell ansteigenden motorisierten Individualverkehr verursacht wurde. Die Suche nach Lösungen erwies sich jedoch als schwierig und zäh. «Wenn die vielen Postulate auf dem Weg zur Erhaltung unserer Lebensgrundlagen und zur Verbesserung der Umweltbedingungen nur in mühsamen Schritten erreicht werden, so liegt dies zu einem grossen Teil im allgemeinen Trend unserer Zeit, das lebenswerte Leben in einem letzten Ausschöpfen der Konsummöglichkeiten zu sehen», hielt der Regierungsrat im Rechenschaftsbericht von 1972 fest.[375]

Dreckwasser und Gewässersanierung

Der Zustand der Gewässer im Wasserkanton Aargau war Mitte der 1960er-Jahre besorgniserregend. Friedrich Baldinger (1910–1996), seit 1944 kantonaler Abwasseringenieur und seit 1947 Leiter des Gewässerschutzamtes, beschrieb die Lage dramatisch: «Viele Flüsse und Bäche werden vom zugeleiteten Abwasser trübe […]. Ölschlieren schwimmen mit den Wellen talabwärts. Abwasserpilzflocken treiben in Massen in den trüben Fluten. Die Überdüngung der meisten Seen hat zur übermässigen Entfaltung mancher Algenarten geführt. Wen solches Wasser nicht ekelt, dem muss behördlicherseits das Baden darin verboten werden.»[376]

Zwar war bereits im Januar 1955 ein kantonales Gewässerschutzgesetz in Kraft getreten, das die Nutzung der öffentlichen Gewässer regelte, die Beseitigung von Abwasser, Kehricht und dergleichen verlangte und den Bau von Kanalisationen und Abwasserreinigungsanlagen durch die Gemeinden förderte. Die Verschmutzung der Bäche, Flüsse und Seen hielt im Zuge der «raschen Bevölkerungszunahme und der stürmischen Industrialisierung» aber weiter an, während es mit dem Bau von Kanalisationen und Reinigungsanlagen nur langsam vorwärtsging.[377] Zehn Jahre nach Inkrafttreten des Gewässerschutzgesetzes waren im Aargau gerade einmal 27 mechanische und 10 mechanisch-biologische Kläranlagen in Betrieb – nur 7,7 Prozent der Wohnbevölkerung waren damit an eine zentrale Kläranlage angeschlossen.[378]

Mittels eines Zehnjahresprogramms zur Gewässersanierung sollten bis ins Jahr 1970 gegen drei Viertel der Wohnbevölkerung an Sammelkläranlagen angeschlossen werden.[379] Die damit verbundenen Hoffnungen waren gross: «Die Technik im weitesten Sinn wird und muss uns wiederbringen, was sie uns weggenommen hat. Sie hat das Wasser verdorben, sie wird es retten.»[380] Das ehrgeizige Programm verfehlte allerdings sein Ziel: 1971 waren höchstens 45 Prozent der Gesamtbevölkerung an eine Sammelkläranlage angeschlossen.[381] Der Bau von Kläranlagen konnte erst mit dem neuen Gewässerschutzgesetz von 1972, das erhöhte Bundesbeiträge für Abwasseranlagen vorsah, substanziell vorangetrieben werden: Innert sieben Jahren wurden über vierzig mechanisch-biologische Kläranlagen in Betrieb genommen, und Ende 1979 wurden achtzig Prozent des Abwassers der aargauischen Bevölkerung einschliesslich der zugehörigen Industrie in Kläranlagen gereinigt.[382]

Der Grossteil der baulichen Infrastruktur zur Reinigung der Siedlungs- und Industrieabwasser war damit erstellt. Der Zustand der Gewässer hatte sich dadurch zwar verbessert, blieb danach aber konstant. Bei der Gewässersanierung zeigten sich zwei Dinge: Erstens war die Technik nicht die alleinige Lösung für die Probleme. Neben der Sammlung und Reinigung des Abwassers durch Kanalisations- und Kläranlagen musste die Verschmutzung insbesondere auch durch die Verminderung der Schadstoffe an der Quelle verhindert werden. Und zweitens erwies sich der Gewässerschutz als eine Generationenaufgabe. Die gebauten Kanalisationen und Kläranlagen mussten stetig erweitert und verbessert werden, um mit der Entwicklung Schritt halten zu können.[383]

Abfallberge und Grubenlösungen

Schon früh hatte das Gewässerschutzamt vor unsachgemässen Kehrichtablagerungen gewarnt und damit begonnen, «frühere und noch benützte Ablagerungsplätze in Grundwassergebieten […] in einer Karte einzutragen».[384] Viele der ausgedienten Kiesgruben, Steinbrüche und Lehmgruben, die als Ablagerungsplätze dienten, waren «vom Standpunkt des Gewässerschutzes und der Hygiene ungünstig».[385] Zudem waren sie wegen der wachsenden Menge an Kehricht schnell aufgefüllt. Die Baudirektion wies schon früh auf die sich abzeichnende Notlage hin: «Die Schwierigkeiten bei der geordneten Beseitigung des lawinenartig anwachsenden ‹Wohlstandsmistes› steigen rapid an. Es wird immer seltener möglich, die Beseitigung über eine Deponie zu vollziehen […], daher [muss] leider in einzelnen Fällen zu Notlösungen gegriffen werden.»[386]

Immer mehr Gemeinden hatten Mühe, neue Ablagerungsplätze für ihren Müll zu finden. Mancherorts schlossen sie sich darum zu Zweckverbänden zusammen, um regionale Lösungen für die Kehrichtbeseitigung zu finden, so auch in der Industrieregion Baden-Brugg. 1961 konnte in Wil-Turgi eine für die Schweiz neuartige Kehrichtaufbereitungsanlage in Betrieb genommen werden, in welcher Kehricht zu Kompost verarbeitet wurde.[387] Bereits im ersten Betriebsjahr war die Anlage überlastet, weil die «Anfuhr von Kehricht und insbesondere Sperrgut […] beträchtlich höher» war als gedacht.[388] Der Zweckverband entschied sich daher schon bald für den Bau einer Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) am gleichen Standort. 1970 konnte in Turgi, gleich neben der alten Kompostieranlage, die erste Kehrichtverbrennungsanlage des Kantons eröffnet werden. Hinzu kamen 1973 und 1974 die Anlagen in Buchs und Oftringen, womit die Verbrennungskapazität auf insgesamt 600 Tonnen Kehricht pro Tag anstieg.[389]

Mit den Kehrichtverbrennungsanlagen war das Müllproblem jedoch nicht behoben, denn der wachsende Wohlstand, die neuen Konsumgewohnheiten und das grosse Wirtschaftsaufkommen führten in den 1960er- und 1970er-Jahren nicht nur zu einer Zunahme des Müllvolumens, sondern auch zu einer veränderten Zusammensetzung des Abfalls: Flaschen, Kunststoffverpackungen, Blechdosen, Alufolien, Sperrmüll, Fleischabfälle und Kadaver sowie insbesondere Industrieabfälle stellten die Gemeinden vor ein riesiges Entsorgungsproblem. Vielen Behörden fiel es zunehmend schwerer, die Kehrichtdeponien in «geordnetem Zustand» zu

Fricktaler Fluorkrieg: früher Umweltschutzprotest

Seit Anfang der 1950er-Jahre häuften sich im unteren Fricktal Fälle von Knochenerkrankungen bei Kühen, Massensterben von Bienenvölkern und sichtbare Schäden an Bäumen und Pflanzenkulturen. Der Verdacht lag nahe, dass fluorhaltige Abgase von der Aluminiumhütte GmbH in Badisch-Rheinfelden dafür verantwortlich waren. Trotz Untersuchungen der Eidgenössischen Versuchsanstalt Liebefeld, die aussergewöhnlich hohe Fluorwerte bei toten Bienen, in Regenwasser, Futter und Erde ergaben, zeigte sich der Mutterkonzern, die schweizerische Aluminium Industrie Aktiengesellschaft (AIAG, später Alusuisse), anfänglich unwissend und bestritt einen Zusammenhang. Erst auf anhaltenden Druck der betroffenen Gemeinden, des Aargauer Regierungsrates und des Bundesrates bewegte sich die AIAG widerwillig.[1] In einer Schiedsvereinbarung verpflichtete sie sich, «alle durch Fluor verursachten Vieh-, Bienen-, Kultur-, Obstbaum- und Waldschäden zu vergüten».[2] Eine Sanierung des Werks durch den Einbau von Abgasreinigungsanlagen verfolgte die Firma hingegen wenig ernsthaft; es war günstiger, die Bauern zu entschädigen.[3] Erst nach einer grossen Protestkundgebung am 22. Juni 1958 in Möhlin und nach Verhandlungen mit dem Bundesrat verpflichtete sich die AIAG, in allen Werkhallen Absorptionsanlagen zu installieren. Die Fluorschäden konnten dadurch zwar vorübergehend reduziert werden, aber der Konflikt war noch lange nicht beendet: Im Dezember 1961 kündigte die AIAG überraschend die bestehende Schiedsvereinbarung und negierte «jegliche toxische oder schädigende Wirkung des noch entweichenden Fluors».[4] Trotz Verhandlungen kam keine neue Schiedsvereinbarung mehr zustande. Erneut wurde wegen der anhaltenden Fluorschäden der Bundesrat um Hilfe ersucht. Und auch die Fricktaler Bauern protestierten wieder gegen die Luftverschmutzung und deren Folgen: In einer aufsehenerregenden Aktion marschierten sie im Dezember 1963 mit ihren kranken Kühen durch Zürich, wo sich der Hauptsitz der AIAG befand.[5] Der Kampf der Bevölkerung im unteren Fricktal gegen die Luftverschmutzung dauerte fast vierzig Jahre und schärfte früh deren Verständnis für Umweltschutz. Der Konflikt endete 1991 mit der Einstellung der Aluminiumproduktion in Badisch-Rheinfelden.[6]

1 Leuzinger 2014, 29–40; Knöpfli 2010, 57–59.
2 StAAG DB02/0258, Bericht Fluorschäden im Fricktal vom 6. März 1963, 1.
3 Leuzinger 2014, 49; Wehrli 2016.
4 StAAG DB02/0258, Bericht Fluorschäden im Fricktal vom 6. März 1963, 11.
5 Länzlinger, Schärer 2020, 40–44.
6 Leuzinger 2014, 61; Knöpfli 2010, 59.

104 Protestkundgebung gegen die Fluorseuche, 1958. Auf Traktoren, mit Kühen und Plakaten zogen Fricktaler Bauern durch Möhlin und demonstrierten gegen die Folgen der Aluminiumproduktion im benachbarten Badisch-Rheinfelden.

105 Sagenmülital, 2011: Idyllische Juraparklandschaft zwischen Linn und Gallenkirch. Hier hätte das letzte Stück Nationalstrasse durch den Aargau gebaut werden sollen. 1986 beschloss der Regierungsrat in letzter Minute die Verlängerung des Bözbergtunnels: Das Sagenmülital blieb verschont.

106 Boniswiler Ried, 2004. 1986 löste das Hallwilerseeschutzdekret die Verordnungen aus den Jahren 1935 respektive 1956 ab. Dank der frühen Schutzbemühungen – der Aargau war der erste Kanton mit einer Uferschutzverordnung – blieben die Seeufer weitgehend unverbaut. Das Ried ist mit vierzig Hektaren das grösste noch verbliebene Flachmoor im Aargau.

halten, zudem fehlten geeignete Standorte für nichtbrennbaren Kehricht und insbesondere für Industrie- und Sonderabfälle.[390]

Mit der Planung und Projektierung von regionalen «Multikomponentendeponien» versuchten die Behörden, des Müllchaos Herr zu werden, doch die Suche nach geeigneten Standorten war schwierig. Schneller ging es bei der Schaffung einer «interregionalen Sondermülldeponie» für feste Industrieabfälle: 1976 reichte ein Konsortium aus den Kantonen Aargau und Zürich sowie der Stadt Zürich und einer Gruppe von Chemiefirmen ein Baugesuch für eine Deponie in der stillgelgten Tongrube in Kölliken ein. Zuvor war ein Projekt in einem Steinbruch in Mellikon nicht zustande gekommen.[391] Bereits ein Jahr später, also noch vor der offiziellen Eröffnung 1978, wurden rund 10 500 Kubikmeter belastetes Material aus der chemischen Deponie Birrfeld nach Kölliken überführt.[392] Danach und bis in das Jahr 1985 wurde mit bis zu vierzig Lastwagen täglich jegliche Art von Müll – darunter auch Sondermüll – aus der ganzen Schweiz und dem nahen Ausland angeliefert, deponiert und zugedeckt. Insgesamt kamen so 475 000 Tonnen Müll lose, in Säcken oder Fässern zusammen.[393]

Was 1976 noch als Lösung für die illegale Giftmüllentsorgung angepriesen wurde, also die «zentrale und geordnete» Entsorgung in einer Deponie, stellte sich jedoch bald als Abfallapokalypse heraus.[394] Die Tongrube, die gemäss einem Gutachten als «praktisch dicht» erklärt wurde, erwies sich als alles andere als sicher.[395] Nachdem kritische Stimmen in den Medien und Reklamationen aus der Bevölkerung jahrelang nicht ernst genommen worden waren, wurde die Deponie 1985 aufgrund von Medienberichten über ausgelaufene Deponiesäfte «vorübergehend» geschlossen.[396]

Damit begann der lange Weg von der Sicherung bis zur Sanierung der Deponie: Um den Austritt von belastetem Sickerwasser und die Verschmutzung des Grundwasservorkommens durch die Deponie zu verhindern, mussten nach und nach verschiedene Sicherungsmassnahmen, darunter der Bau eines Schmutzwassertanks, einer eigenen Kläranlage sowie einer Abluft- und Abfackelungsanlage, unternommen werden. Der Betrieb der stillgelegten Deponie kostete bis zu vier Millionen Franken pro Jahr – das Doppelte dessen, was das ehemalige Betreiberkonsortium für die Abdeckung der Grube zur Seite gelegt hatte und ein Ende war nicht in Sicht. 2003 verfügte der Kanton schliesslich den vollständigen Rückbau. Zwischen November 2007 und Juni 2015 wurden rund 512 265 Tonnen Deponiematerial ausgebaggert, behandelt, rezykliert oder endgelagert.[397]

Widerstand und Wahrnehmungswandel

Die immer offensichtlicher werdenden Umweltprobleme führten zu einem Wandel der öffentlichen Wahrnehmung: Naturschutzthemen prägten seit 1970/71 die öffentliche Debatte und wurden zunehmend als gesamtgesellschaftliches «Umweltproblem» wahrgenommen.[398] Einen Anteil daran hatte auch das erste europäische Naturschutzjahr, das 1970 vom Europarat ausgerufen wurde und das auch im Aargau ein grosses Echo erzeugte. Neben «Naturputzeten» in den Gemeinden und dem Anlegen von Weihern regte der Kanton die Erarbeitung eines Schulbuches über Naturschutz an.[399]

Der Verfasser war der Bezirkslehrer, Naturschützer und spätere Leiter des Schweizerischen Zentrums für Umwelterziehung des WWF, Ernst Zimmerli (1928–2001), aus Zofingen. Sein Buch «Tragt Sorge zur Natur» richtete sich «an alle, die willens sind, verhindern zu helfen, dass sich unser Planet in beschleunigtem Tempo in eine kahle Wüste wandelt».[400] Naturschutz bedeute, die verhängnisvolle Entwicklung zu stoppen, wobei die Zeit des «weltfremden Romantikers» jedoch längst vorbei sei: «[H]eute geht es vor allem um die Erhaltung des ganzen, in seinem Gleichgewicht arg gestörten Naturhaushaltes, um das Überleben der Menschheit schlechthin.»[401] Naturschutz heisse daher Lebensschutz: «Die Natur ist Grundlage jeglichen Lebens; sie bedarf des Schutzes vor dem Menschen für den Menschen.»[402]

Der Wahrnehmungswandel zeigte sich ebenfalls in der Entstehungsgeschichte des Verfassungsartikels zum Umweltschutz, der am 6. Juni 1971 mit überwältigendem Mehr von 93 Prozent der Stimmberechtigten angenommen wurde. Der Anstoss dazu war 1964 aus dem Aargau gekommen, als der Badener Nationalrat Julius Binder (*1925) den Bundesrat in einer Motion einlud, einen Bericht über «die Arten und die Ausmasse aller Immissionen vorzulegen» und die «notwendigen verfassungs- und gesetzgeberischen Massnahmen» für einen wirksamen Immissionsschutz zu treffen.[403] Die Erfahrungen im Aargau unter anderem in Zusammenhang mit den Fluorschäden in Rheinfelden und Möhlin (siehe «Fluorkrieg», S. 131) hätten gezeigt, dass der bestehende privatrechtliche Schutz nicht ausreiche, begründete Binder seinen Vorstoss im Nationalrat. Aus Binders Forderung nach einem «umfassenden Immissionsschutz» von 1964 resultierte der Verfassungsartikel «Über den Schutz des Menschen und seiner natürlichen Umwelt» von 1971.

Nach Annahme des Verfassungsartikels durch die Bundesversammlung forderte Binder in einer weiteren Motion, dass der Bund nun «keine Zeit mehr verlieren» dürfe und ein umfassendes «Programm für den Umweltschutz entwerfen» müsse. Dem Umweltschutz sei gegenüber anderen Staatsaufgaben Priorität einzuräumen; nur so sei die «Umweltkrise» und die «zunehmende Zerstörung der Biosphäre» aufzuhalten.[404] Trotz der Annahme des Verfassungsartikels durch den Souverän im Juni 1971 und des wachsenden gesellschaftlichen und politischen Drucks sollte die Ausarbeitung des Umweltgesetzes ganze zwölf Jahre in Anspruch nehmen. Die Umsetzung verzögerte sich wegen der Wirtschaftskrise, der Komplexität des Themas und dem massiven Widerstand aus Wirtschaftskreisen.[405]

In der Zeit zwischen Aufbruch und Krise differenzierte sich die Umweltbewegung aus, wurde zunehmend politisch und kämpferisch. Ein zentrales Moment war die erstarkte Anti-AKW-Bewegung. 1970 war mit dem Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke erstmals eine organisierte Opposition gegen den Bau von Atomkraftwerken aufgetreten, nachdem noch Mitte der 1960er-Jahre ein Grossteil der Gesellschaft und auch Teile der Naturschutzbewegung die zivile

Nutzung der Atomenergie grundsätzlich befürwortet hatten.[406] Die Protestbewegung konzentrierte sich auf den Aargau, wo in Beznau bereits ein Atomkraftwerk in Betrieb war und sich mit Beznau II, Leibstadt und Kaiseraugst drei weitere Kernkraftwerke im Bau oder in Planung befanden.

Auf dem Höhepunkt des Protests besetzten Aktivistinnen und Aktivisten der Gruppierung Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (GAK) am 1. April 1975 das Gelände, auf dem das Kraftwerk gebaut werden sollte, und verhinderten damit eine Wiederaufnahme der Bauarbeiten nach Ostern.[407] Damit wurde Kaiseraugst schlagartig zum Brennpunkt der nationalen Anti-AKW-Bewegung und geriet in den Fokus der Medienöffentlichkeit.[408] Der Widerstand dieser überregionalen Bewegung stiess in der lokalen Bevölkerung auf viel Interesse und Sympathie.[409] Die Politik zeigte dagegen wenig Verständnis für die «widerrechtliche Besetzung» von «vorwiegend auswärtigen Initianten», doch für einen «raschen Einsatz» der Kantonspolizei hatten sich deren «Kräfte als unzureichend» erwiesen.[410] Beinahe wäre es dennoch zur Konfrontation gekommen: Bürgerliche Bundesräte hatten den Einsatz der Armee gefordert, doch der zuständige Bundesrat Willi Ritschard (1918–1983) von der Sozialdemokratischen Partei drohte für den Fall, dass dies beschlossen würde, mit dem Rücktritt. Stattdessen bot er den Besetzerinnen und Besetzern Verhandlungen an. Nach elf Wochen beendete die GAK den friedlichen Protest. Der Widerstand gegen das AKW Kaiseraugst ging aber weiter.[411] Die Pläne für dessen Realisierung wurden schliesslich 1988 endgültig fallen gelassen.[412]

Umweltschutzpolitik und praktischer Naturschutz

Während die staatlichen Institutionen in den 1970er-Jahren die zahlreichen Umweltanliegen nur ungenügend abbildeten und vielfach «im Widerstreit» mit den Umweltschutzbewegungen standen, erfolgte in den 1980er-Jahren die umweltpolitische Wende. Der Konfrontationskurs gegenüber «Idealisten und Extremisten» wich zunehmend einem Verständigungsansatz, einer Einbindung der Umweltschutzorganisationen sowie einer Integration verschiedenster ökologischer Anliegen in das politische System.[413]

Grundlagen für eine moderne Umwelt- und Naturschutzpolitik

Das 1983 verabschiedete Umweltschutzgesetz übertrug den Kantonen zahlreiche neue Aufgaben und löste auch im Aargau strukturelle Neuerungen aus.[414] Unter dem Regierungsrat und Vorsteher des Baudepartements, Ulrich Siegrist (*1945), fand eine umfassende Neuorganisation der zuständigen Verwaltungsstellen statt. Die Umweltschutzkommission zur Koordination und Information der verschiedenen Fachstellen wurde vom Departement des Innern losgelöst und dem Baudepartement zugeteilt.[415] Per 1. Januar 1986 wurde die neue Abteilung «Umweltschutz» geschaffen. Sie bündelte die Kompetenzen im Bereich der Reinhaltung der Luft, des Bodens und des Grundwassers.[416] Mit der Bildung der Abteilung «Landschaft und Gewässer» im Zuge der Neuorganisation des Baudepartements 1989 waren die Strukturen für eine kantonale Umwelt- und Naturschutzpolitik schliesslich weitgehend geschaffen.

Parallel zu den organisatorischen Anpassungen wurde in den 1980er-Jahren eine Vielzahl von Konzept- und Grundlagenarbeiten angeregt. In Zusammenhang mit dem Dekret über den Natur- und Landschaftsschutz von 1985, welches die erste kantonale Natur- und Heimatschutzverordnung von 1914 ablöste, wurde erstmals ein umfassendes Mehrjahresprogramm lanciert. Dieses beinhaltete verschiedene Instrumente wie die Festlegung von kantonalen Interessengebieten für Landschaftsschutz und Naturschutz, die Erarbeitung von Unterhaltsplänen für bestehende Naturschutzgebiete sowie die Schaffung von Inventaren, etwa demjenigen der biologisch bedeutenden Waldbestände.[417]

Schützen, sanieren, renaturieren

Durch die aktivere Umweltschutzpolitik und den integrativen Ansatz im Natur- und Landschaftsschutz erzielte der Kanton auch Erfolge, die nationale Ausstrahlung hatten. So lancierten verschiedene Umweltverbände – darunter der Aargauische Bund für Naturschutz und der Verband der Aargauischen Vogelschutzvereine (heute Bird Life Aargau) – die Initiative «Auenschutzpark – für eine bedrohte Lebensgemeinschaft». Sie wollten grössere Talabschnitte schützen, in denen sich die Fliessgewässer frei entfalten könnten. Die verbliebenen Auengebiete – 88 Prozent der Auenflächen im Aargau waren bereits verschwunden – sollten erhalten und weitere Flächen zurückgewonnen werden. Die Initiative wurde am 6. Juni 1993 von über 67 Prozent der aargauischen Stimmbevölkerung angenommen, womit der Kanton verfassungsmässig verpflichtet wurde, innert zwanzig Jahren einen Auenschutzpark mit einer Gesamtfläche von mindestens einem Prozent der Kantonsfläche zu schaffen.[418] In den zwanzig Jahren nach Inkrafttreten des Verfassungsartikels im Jahr 1994 wurden im Aargau insgesamt 283 Hektaren Auenflächen renaturiert, wobei dessen Zielvorgabe mit 0,95 Prozent der Kantonsfläche knapp noch nicht erreicht wurde.[419]

Auch im Bereich Ökologie und Landwirtschaft betrat der Aargau Neuland. Bereits Mitte der 1980er-Jahre hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Naturschutz nicht ausschliesslich mit raumplanerischen Massnahmen wie der Ausscheidung von Schutzgebieten, sondern nur durch den Einbezug der Landwirtschaft zu erreichen sei. Seit 1985 richtete der Kanton deshalb versuchsweise Beiträge an Landwirte aus, die sich zu einer extensiven Nutzung verpflichteten. Daraus entwickelte der Aargau 1989 als erster Kanton ein gesamtbetriebliches Vertragsmodell zur Erhaltung und Förderung von Trockenstandorten, Magerwiesen und Hochstamm-Obstanlagen.[420] Dessen Ziel war es, «Natur- und Umweltschutzmassnahmen auf Betriebsebene zu verwirklichen, unter Wahrung von Freiwilligkeit, Einkommensausgleich und Mitbeteiligung».[421]

Die Reusstalsanierung: Lehrstück einer kooperativen Umweltpolitik

Nach massiven Überschwemmungen im Jahr 1953 erwirkte die aus landwirtschaftlichen Kreisen hervorgegangene Reusstalkommission beim Regierungsrat einen Kredit für ein Vorprojekt zur Melioration der gesamten Reussebene. Als dieses 1959/60 vorlag, rief es sofort den Widerstand aargauischer Naturschutzkreise hervor.[1] Mediationsgespräche der Kulturstiftung Pro Argovia ebneten den Weg zu einer Verständigungslösung: Die verschiedenen Interessengruppen sollten in einer kantonalen Fachkommission ein gemeinsames Meliorationsprojekt und eine Gesetzesvorlage ausarbeiten. Das daraus resultierende Reusstalgesetz wurde 1969 nach einem harten Abstimmungskampf angenommen. Es sah neben Meliorationen und Hochwasserschutzbauten explizit auch Massnahmen für den Natur- und Landschaftsschutz vor. Die Naturschutzorganisationen – allen voran die Stiftung Reusstal und deren Vizepräsident Erich Kessler (1928–2007) – hatten mit Landankäufen und Landumlegungen, mit Überzeugungsarbeit und Beharrlichkeit erreicht, die ursprünglich vorgesehenen ein bis zwei Hektaren Naturschutzfläche auf ein gesetzliches Minimum von 250 Hektaren auszuweiten. Erstmals ermöglichte ein Zweckentfremdungsverbot den Schutz von Kulturland, und der Regierungsrat erhielt den Auftrag, Landschaftsgestaltungspläne zu erlassen.[2] Mit der Realisierung der Reusstalsanierung in den Jahren 1971 bis 1985 kam schliesslich ein Grossprojekt zum Abschluss, das während Jahrzehnten Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen war. Den Heimat- und Naturschutzvereinen war es in dieser Zeit gelungen, sich mit ihren Forderungen einen Platz in einem der grössten Meliorationsprojekte der Schweiz zu erkämpfen. Der Natur- und Landschaftsschutz wurde neben wasserbaulichen, land-, forst- und energiewirtschaftlichen Interessen erstmals als gleichberechtigter Bestandteil gesetzlich festgeschrieben. Für den im Aufbau befindlichen kantonalen Umweltschutz galt die Reusstalsanierung als ein wichtiges Lehrstück für praktischen Natur- und Landschaftsschutz, ein «Verständigungs-» und «Partnerschaftswerk» sowie ein «Modell für kooperative Umweltpolitik».[3] Die Sanierung der Reussebene verbindet damit gewissermassen zwei Epochen der Umweltpolitik – sie war ein «Projekt zwischen den Zeiten».[4]

1 StAAG DB02/0256/02, Brief der Aargauischen Kommission für Natur- und Heimatschutz an die Baudirektion vom 8. März 1960; Stauffer 1960.
2 Vgl. Kessler 1985, 77; Stiftung Reusstal, Bericht über die Tätigkeit im Jahre 1969, 6f.
3 Widmer 2007, 40–43; Werder 1982; Maurer 2016, 277.
4 Lüthi 2009 (Online-Quelle); Maurer, Stapfer et al. 2020, 28–33.

107 Stille Reuss, Rottenschwil 2020. Blick vom Zieglerhaus, dem Sitz der Stiftung Reusstal, auf eines der biologisch vielfältigsten Stillgewässer der Schweiz. Dank des Engagements aus Naturschutzkreisen konnte verhindert werden, dass die ehemalige Flussschlinge bei der Reusstalsanierung als Entwässerungsbecken für das umliegende Kulturland genutzt wurde.

Von 1990 bis 1994 führte der Kanton dazu das Pilotprojekt «Naturgemässe Kulturlandschaft Fricktal» in elf Gemeinden im oberen Fricktal durch, wo er an diverse ökologische Vorarbeiten des Verbands Oberfricktalischer Natur- und Vogelschutzvereine anknüpfen konnte.[422] Die positiven Erfahrungen aus dem Pilotprojekt lieferten auf kantonaler Ebene die Grundlagen für das Mehrjahresprogramm «Natur 2001».[423] Sie fanden aber auch Niederschlag in der Bundesgesetzgebung: Nationalrat Peter Bircher (*1939) aus Wölflinswil, der als Präsident der Regionalplanungsgruppe Oberes Fricktal in das Pilotprojekt involviert war, beantragte bei der Beratung zur Änderung des Landwirtschaftsgesetzes im Juni 1992 erfolgreich, dass die ökologischen Ausgleichszahlungen «annähernd die gleiche Grössenordnung erreichen» sollten wie die Direktzahlungen für die konventionelle Landwirtschaft.[424]

Schliesslich gaben die Erfahrungen aus dem Versuch in den Fricktaler Juragemeinden den Anstoss für ein weiteres Projekt: den Jurapark Aargau. Seit 2002 hatte der Verein «dreiklang.ch Aare-Jura-Rhein» verschiedene Aktivitäten und Programme unter anderem in den Bereichen Erhaltung und Pflege der Kultur- und Naturlandschaft, Förderung der lokalen und nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft sowie naturnaher Tourismus zusammengetragen und lanciert. Das Engagement führte 2009 zur Einreichung eines Gesuchs zur Schaffung eines Naturparks, das vom Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (heute Bundesamt für Umwelt) bewilligt wurde. Seit 2012 trägt der Jurapark Aargau das Label eines Regionalen Naturparks.[425]

Schutz und Nutzen im Widerspruch

Welche Bilanz lässt sich aus der Geschichte des Natur- und Landschaftsschutzes seit 1945 ziehen? Der Schutzgedanke hat sich in dieser Zeit etabliert, und er wurde rechtlich verankert. Für manches akute Umweltproblem hat man technische Lösungen gefunden. Und dennoch bleibt der Widerspruch bestehen: Die Kläranlagen reinigen die Abwässer, doch die Belastung der Gewässer bleibt hoch. Die Abfälle werden behandelt, rezykliert und verbrannt, Altlastenstandorte aufwendig saniert, doch die Lagerung von Sonderabfällen und radioaktiven Abfällen bleibt ein ungelöstes Problem. Und schliesslich geht der Verlust von Boden ungehindert weiter; die Artenvielfalt schwindet, und hart erkämpfte Schutzzonen geraten wieder unter Druck.

Hat der Natur- und Umweltschutz im Aargau also versagt? Die Herausforderungen waren enorm – und sie sind es immer noch. Natur und Landschaft wie auch Bestrebungen zu deren Schutz und Erhalt müssen sowohl im Lichte vergangener Erfahrungen und Leistungen als auch mit Blick auf neue und kommende Herausforderungen immer wieder neu erkämpft und durchgesetzt werden.[426] Umwelt, Natur und Landschaft – und das zeigt die Geschichte im Aargau besonders – können nur so gut geschützt werden, wie die einzelnen Menschen aktiv für sie einstehen, ihnen einen Wert und eine Stimme geben.

Staat und Politik

Im Zug der Wachstumsdynamik nach dem Zweiten Weltkrieg wurden den kantonalen Einrichtungen zunehmend komplexere Aufgaben übertragen. Der Kanton war nicht mehr nur Gesetzgeber, der die Rahmenbedingungen festlegte, sondern in zunehmendem Mass auch Dienstleistungserbringer, etwa im Bereich der Planung. Titus J. Meier analysiert in seinem Beitrag die Entwicklung der staatlichen Institutionen. Der gesellschaftliche Wandel veränderte auch die Erwartung der Bevölkerung an die qualitative und quantitative Leistungserbringung durch den Staat. Die neuen Anforderungen bedingten grundlegende Veränderungen der im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewachsenen Arbeits- und Organisationsweise von Regierung und Verwaltung. Der Aargau war mit dieser Ausgangslage nicht allein, doch zeigte sich der Handlungsbedarf früher und deutlicher als in anderen Kantonen. Früher, weil der Aargau von einem überdurchschnittlichen Bevölkerungswachstum betroffen war, und deutlicher, weil der Kanton lange Zeit eine geringe Steuerbelastung anstrebte und das Subsidiaritätsprinzip gegenüber den Gemeinden wahrte. Dadurch fehlten ihm Ressourcen für den Ausbau staatlicher Dienstleistungen und die Durchsetzungskraft für grössere Reformen. Steigende Steuereinnahmen dank Wirtschaftswachstum und ein aufkommender Fortschrittsglaube ermöglichten dennoch bald grössere Investitionen im Bildungs- und Gesundheitswesen. Gleichzeitig konnten auch in anderen Bereichen, etwa im kantonalen Justizwesen, grundlegende Reformen umgesetzt werden.

In seinem Selbstverständnis blieb der Aargau auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zunächst ein ländlich geprägter Kanton, obwohl er angesichts der starken industriellen Entwicklung keiner mehr war. Als Kanton der Regionen und ohne unbestrittenes Zentrum war der intrakantonale Ausgleich lange Zeit wichtiger als das interkantonale Streben nach Spitzenplätzen. Dies änderte sich allmählich. Neben Aarau als Kantonshauptstadt entwickelte sich Baden immer mehr zu einem ebenbürtigen Zentrum, dessen Stellung durch den Bau einer zweiten Kantonsschule und eines zweiten Kantonsspitals Rechnung getragen wurde. Mit dem Bau der Höheren Technischen Lehranstalt in Brugg-Windisch legten Staat und Wirtschaft einen wichtigen Grundstein zur aufkommenden Tertiärisierung des Bildungswesens und stärkten gleichzeitig die florierende Maschinenbau- und Elektrotechnikindustrie. In den 1980er-Jahren breitete sich ein Unbehagen aus, das am Selbstbild des bevölkerungsmässig viertgrössten Kantons nagte. Reformen wurden angepackt, aber zwei Jahrzehnte später sprach niemand mehr davon.

Ein kantonaler Überblick zum Aufbau und zur Konsolidierung des Staatswesens fehlte bislang. Der dritte Band der Kantonsgeschichte von Willi Gautschi (1978) zeigt einige Entwicklungstendenzen auf, und Jubiläumsschriften verschiedener Institutionen geben einen guten Einstieg in einzelne Themen.

Das Wahl- und Abstimmungsverhalten der Aargauer Stimmbevölkerung war zugleich Durchschnitt, Abbild und Testfall für die Schweizer Politik, meint Fabian Saner, der sich mit der Aar-

gauer Politik- und Mediengeschichte auseinandergesetzt hat: Durchschnitt hinsichtlich der den sozialen Milieus und den Konfessionen verpflichteten politischen Stabilität der 1930er- bis 1970er-Jahre; Abbild der Reaktionen eines Grossteils der konservativ-ländlichen Schweiz auf den sozialen Wandel im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts – nicht zuletzt, als es um die Eingliederung und die Wahl von Frauen ging. Schliesslich war der Aargau, als wirtschaftlich starker und für wenig beliebte Grossinfrastrukturen bedeutsamer Mittellandkanton, Testfall für die Auswirkungen gewandelter gesellschaftlicher Identitäten auf das politische System und seine Abläufe; das zeigte sich deutlich beim verhinderten Bau des AKW Kaiseraugst. Wachstums-, Umwelt- und Migrationsfragen wurden ab den 1960er-Jahren zu den bedeutendsten politischen Feldern, die von teils neuen politischen Gruppen beackert wurden.

Kantonale Traditionen der politischen Kultur begannen sich am Ende des 20. Jahrhunderts gerade im Aargau pointiert aufzulösen. Zum einen blieb der Kanton aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur und der staatswirtschaftlich dominierten Energiebranche zunächst von einer grossen strukturellen Wirtschaftskrise verschont. Zum anderen trugen konservative Skepsis und Angst vor Souveränitätsverlust in den kleinräumig funktionierenden Aargauer Regionen besonders dazu bei, dass sich eine Mehrheit der Stimmenden, ähnlich wie in der Ost- und Innerschweiz, Modernisierungs- und Öffnungsvorlagen wie dem neuen Eherecht, dem Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum, der allgemeinen Krankenversicherung oder der neuen Bundesverfassung verweigerten.

Die historische Forschung hat sich bisher kaum direkt mit der politischen Landschaft im Aargau auseinandergesetzt. Parteigeschichtliche Darstellungen aus der Innensicht existieren für die CVP und teilweise für die SP (wo jeweils auf ein Parteiarchiv zurückgegriffen werden kann) sowie für die SVP – die drei klassischen Milieuparteien. Für die staatstragende Aargauer FDP fehlt beides; weitere Forschung zur historischen Würdigung des Freisinns und seiner Verzahnung mit Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden wäre für die politische Zeitgeschichte wichtig. Die aus der Umwelt- und den neuen sozialen Bewegungen hervorgegangenen politischen Kräfte wurden über Archivbestände im Staatsarchiv Aargau und im Sozialarchiv Zürich, über Privatarchive, Ausstellungspublikationen sowie Oral History erforscht.

Die Parteipresse bewertete das politische Leben im Aargau durch die jeweilige Linse. Die Medienlandschaft war um 1950, wie in anderen Kantonen, von dieser parteipolitischen Meinungspresse und von Lokalzeitungen geprägt. Aus den freisinnig orientierten Tagblättern in Aarau und Baden entwickelten sich die führenden kantonalen Tageszeitungen, während alle anderen Blätter bis 1990 entweder verschwanden oder sich fortan auf das Lokale beschränkten. In den 1990er-Jahren stieg die fusionierte *Aargauer Zeitung* mit Radio- und Fernsehstationen zum Medienkonzern auf, der das ganze Mittelland abdeckt.

Ausbau und Konsolidierung des Staatswesens

Der Aargau wird modernisiert

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts setzte ein grosses Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum ein, das von einem starken gesellschaftlichen und strukturellen Wandel begleitet wurde. Steigende Steuereinnahmen, technische Entwicklungen und ein Fortschrittsglaube erlaubten es, das Staatswesen grundlegend zu erneuern. Während mancherorts mehrere Anläufe notwendig waren, nahm der Aargau etwa mit der Gründung der HTL Brugg-Windisch schon früh eine Pionierrolle ein.— *Titus J. Meier*

Kanton und Gemeinden

Die Grösse des Kantonsgebiets erforderte 1803 eine administrative Dezentralisation der kantonalen Verwaltung. Aufgaben, die den direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern erforderten, wurden durch die Bezirksämter und -institutionen ausgeführt. Die Einteilung in elf Bezirke erfolgte mehr nach historischen und politischen Überlegungen und weniger nach geografischen Gesichtspunkten. Gerade deshalb hatten die Bezirke lange Zeit eine identitätsstiftende Funktion. Einerseits spielte sich das Leben – Arbeit und Wohnen – vielfach innerhalb eines Bezirks ab, andererseits orientierten sich auch zahlreiche Vereine und Verbände an den Bezirken, sodass sich eine überschaubare Anzahl Menschen in unterschiedlichen Situationen immer wieder begegneten. Regionale Zeitungen bildeten das Geschehen ab und trugen es in alle Haushalte. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verloren neben den Bezirken auch die Gemeinden als identitätsstiftender Lebensraum zunehmend an Bedeutung. Die Bevölkerung nahm stark zu, die Menschen und die Industriebetriebe zogen aus den Städten aufs Land, die Mobilität liess den Raum schrumpfen, und mentale Grenzen verschwammen und wurden irrelevant (siehe «Demografie», S. 35f. und 50). Diesen Wandel verdeutlicht die Raumstatistik des Bundes (siehe Grafik 15, S. 146).[1]

Neue Aufgaben und Herausforderungen

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts veränderten sich die Aufgaben und Herausforderungen der Gemeinden stetig. Zum einen gab es neue Aufgaben im eigenen Wirkungskreis, zum anderen übertrugen eidgenössische und kantonale Gesetze neue Verwaltungs- und Vollzugsaufgaben an die Gemeinden oder begrenzten deren Autonomie in der Umsetzung. Mit dem starken Bevölkerungswachstum verbunden war etwa der Bau von neuen Schul- und Sportanlagen. Auch wenn Letztere durch den schulischen Turnunterricht nur wenig ausgelastet waren, entwickelten sie sich doch zu einem wichtigen sportlichen, kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Zentrum in der Gemeinde. Durch die kantonalen Subventionen und den interkantonalen Finanzausgleich wurde die Turnhalle auch für kleine und kleinste Landgemeinden zu einem erschwinglichen Statussymbol. Gemeindeversammlungen, Turnerabende, Musikaufführungen und vieles mehr fanden dort statt und wirkten identitätsstiftend. Weitere Aufgaben im infrastrukturellen Bereich waren etwa die Asphaltierung der Strassen, der Bau von Wasserver- und -entsorgungsanlagen, Strassenbeleuchtungen, die Kehrichtentsorgung und Gasversorgung oder der Anschluss an einen regionalen Wärmeverbund. Grössere Gemeinden leisteten sich neue Freiluft- oder gar Hallenbäder sowie in geringerer Anzahl Kunsteisbahnen. Im kulturellen Bereich entstanden Theaterbühnen und Museen –

in den grösseren Städten Kunstmuseen, in vielen anderen Gemeinden Ortsmuseen. Sie dienten der organisierten Freizeitbeschäftigung am eigenen Wohn- und Lebensort und enthielten gerade für die Zugezogenen aus den grösseren Städten nicht selten etwas Vertrautes. Im Planungsbereich galt es, Güterregulierungen abzuschliessen und Lösungen für die Verkehrsprobleme zu finden. Gesellschaftliche Veränderungen führten zum Bedürfnis nach ausserfamiliären Wohn- und Betreuungsformen für die ältere Bevölkerung in neu zu errichtenden Alters- und Pflegeheimen.

Regionale Zusammenarbeit und Regionalplanungsgruppen

Viele Aufgaben liessen sich nicht mehr aus eigener Kraft bewältigen, sondern erforderten eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden. Für gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben wie Kläranlagen oder Kehrichtverbrennungsanlagen wurden Gemeindezweckverbände gegründet. Für Planungs- und Koordinationsaufgaben entstanden Regionalplanungsgruppen oder -verbände, sogenannte Replas. Schweizweit zu den Ersten gehörten Baden (1947) und Aarau (1948).[2] In den 1960er-Jahren schlossen sich die Gemeinden zu weiteren Regionalplanungsgruppen zusammen, die ein geografisch, wirtschaftlich, verkehrstechnisch oder siedlungsmässig zusammenhängendes Gebiet abdeckten und die Bezirke zu konkurrenzieren begannen. Gesetzlich verankert wurden sie im Baugesetz von 1972, das ihnen die Ausarbeitung von Regionalplänen übertrug.[3] Das Baugesetz von 1993 verzichtete darauf, doch blieben die Planungsverbände als «Treuhänder der Gemeinden für regionale Anliegen» ein wichtiges Bindeglied zwischen dem Kanton und den Gemeinden.[4]

Gemeindezusammenschlüsse und Gemeindetrennungen

In der Phase der Hochkonjunktur wuchs die Bevölkerung im Kanton stark an, und viele Menschen konnten sich den Traum eines eigenen Einfamilienhauses erfüllen – wenn nicht in der Stadt, so doch in einer der nächstgelegenen Landgemeinden, die dadurch einen enormen Bau- und Bevölkerungsschub erlebten.[5] Die Menschen lebten im Grünen und nutzten gleichzeitig die Vorteile der Stadt. Wie zuvor in den Städten während der Hochphase der Industrialisierung änderte sich innerhalb einer kurzen Zeit die Bevölkerungszusammensetzung in den zuvor landwirtschaftlich geprägten Gemeinden. Baden wie Brugg verfügten nur noch über beschränkte Landreserven für ein bauliches Wachstum, und beide grenzten an Gemeinden, die ein grosses Bevölkerungswachstum erlebt hatten. 1961 genehmigte der Grosse Rat den Zusammenschluss von Baden mit Dättwil, bestehend aus den drei räumlich durch Baden getrennten, konfessionell gemischten Orten Dättwil, Rütihof und Münzlishausen.[6] Das Vorhaben hatte eine Signalwirkung. Wenige Kilometer limmatabwärts wünschten die Lauffohrerinnen und Lauffohrer einen Zusammenschluss mit Brugg – gegen den Willen des Gemeinderates. Ausschlaggebend waren die Zugezogenen, die weit entfernt vom alten Ortskern in einem dicht besiedelten und nahtlos an die Stadt grenzenden Quartier wohnten. Der Grosse Rat lehnte das Begehren 1964 mit 110 zu 20 Stimmen deutlich ab. Die Eigenständigkeit einer lebensfähigen Gemeinde war wichtiger als der Wille der Gemeindeversammlung. 1969 brachten die Lauffohrer und Brugger Bevölkerung das Anliegen erneut vor den Grossen Rat, der diesmal mit 103 zu 22 Stimmen den Zusammenschluss genehmigte. Inzwischen spielten raumplanerische Überlegungen eine grössere Rolle.[7] Lauffohr und Dättwil bildeten jedoch Ausnahmen. Erst nach der Jahrtausendwende sollten sich wieder Gemeinden (Zofingen und Mühlethal) zusammenschliessen.

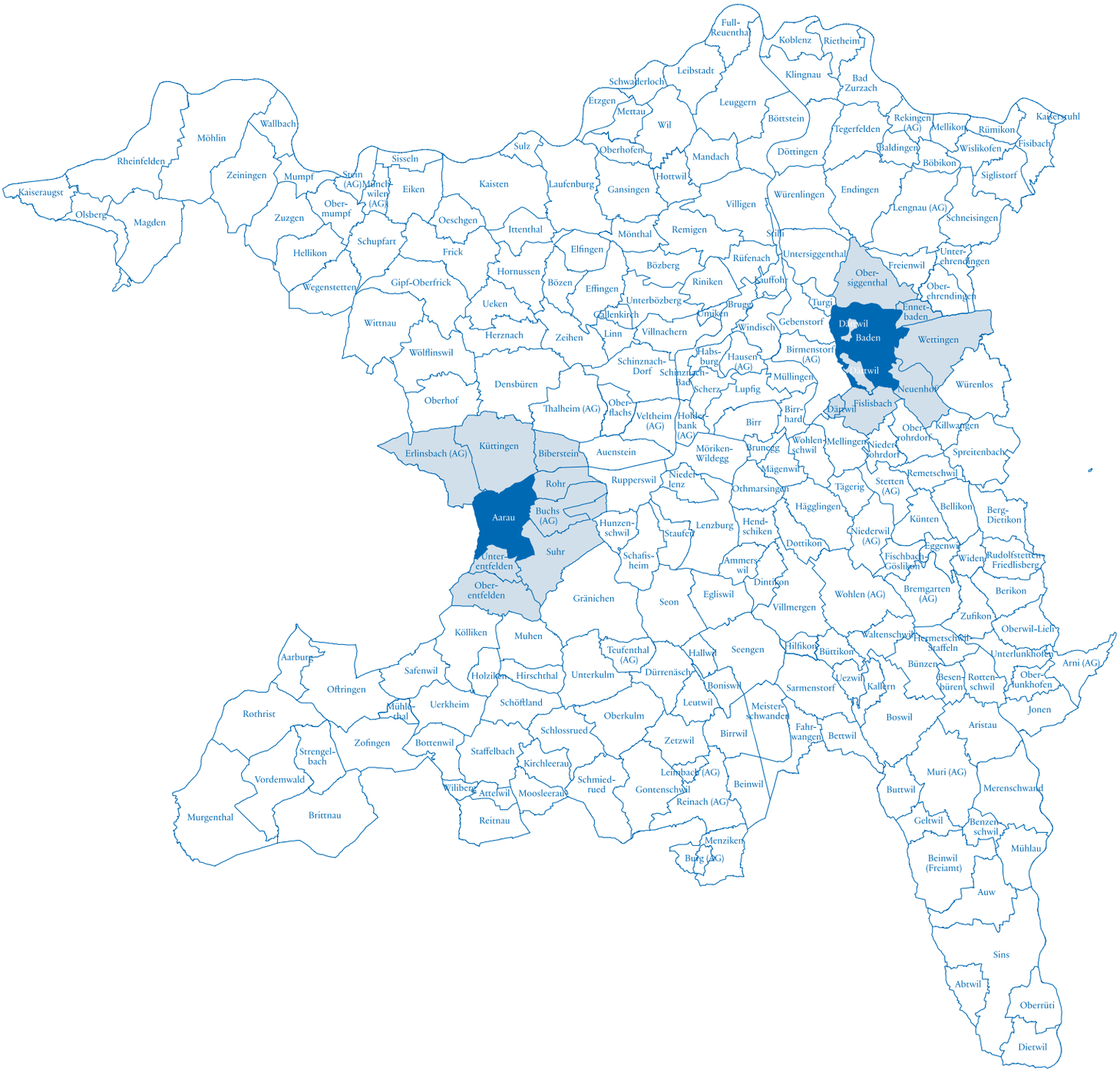
Ebenfalls mehr als einen Anlauf brauchte es für die Trennung von Arni und Islisberg. Neben der Einwohnergemeinde Arni-Islisberg gab es je eine Ortsbürger- und Ortsgemeinde Arni und Islisberg. Bei den Ortsgemeinden handelte es sich um gewohnheitsrechtliche Körperschaften, die in der Regel für einzelne Gemeindeaufgaben zuständig waren. Das war jedoch im Gesetz nicht vorgesehen, weshalb der Regierungsrat einen Zusammenschluss der Ortsgemeinden mit der Einwohnergemeinde verlangte. Die Einwohnerinnen und Einwohner wollten jedoch die Trennung, was der Grosse Rat zunächst ablehnte. 1982 gab es einen Meinungsumschwung – nicht zuletzt, weil beide Gemeinden durch die Entwicklung der vorhergegangenen Jahre Gewähr geben konnten, eigenständig zu funktionieren.[8] Damit endete ein Kuriosum in der aargauischen Gemeindelandschaft.

Von der Gemeindeversammlung zum Gemeindeparlament

«Die Gemeindeversammlung bildet das unvergleichliche und durch nichts gleichwertiges ersetzbare Feld der politischen Auseinandersetzung in der Gemeinde, der Aussprache zwischen der Bürgerschaft und Behörden und der unmittelbaren Kontrolle der Tätigkeit der Gemeindeorgane durch den Stimmberechtigten. Es darf wohl behauptet werden, dass unser Volk nicht zuletzt wegen dieser politischen Schulung gegen demokratiefeindliche Einflüsse aus dem Auslande so widerstandsfähig geblieben ist.»[9] Mit diesen Worten leitete der Regierungsrat 1947 seine Botschaft an den Grossen Rat zur Einführung des Einwohnerrates als Gemeindeparlament ein. Es handelte sich dabei um einen weiteren Versuch, das Gesetz über die Organisation der Gemeinden und Gemeinderäte von 1841 zu revidieren. Die darin enthaltene Bestimmung, wonach eine Gemeindeversammlung nur beschlussfähig sei, wenn mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten zwischen 20 und 65 Jahren daran teilnehme, erwies sich in den grösseren Gemeinden je länger, je weniger praktikabel. 1908 und 1921 scheiterte die Möglichkeit der Einführung eines Einwohnerrates an der Urne, und 1947 bis 1957 versandete der nächste Anlauf im Grossen Rat.[10] Zwar erkannten alle, dass es gerade in den grossen Gemeinden Aarau, Baden und Wettingen immer schwieriger wurde, geeignete Räumlichkeiten zu finden, und dass es in Versammlungen mit weit über tausend Anwesenden – teilweise sogar

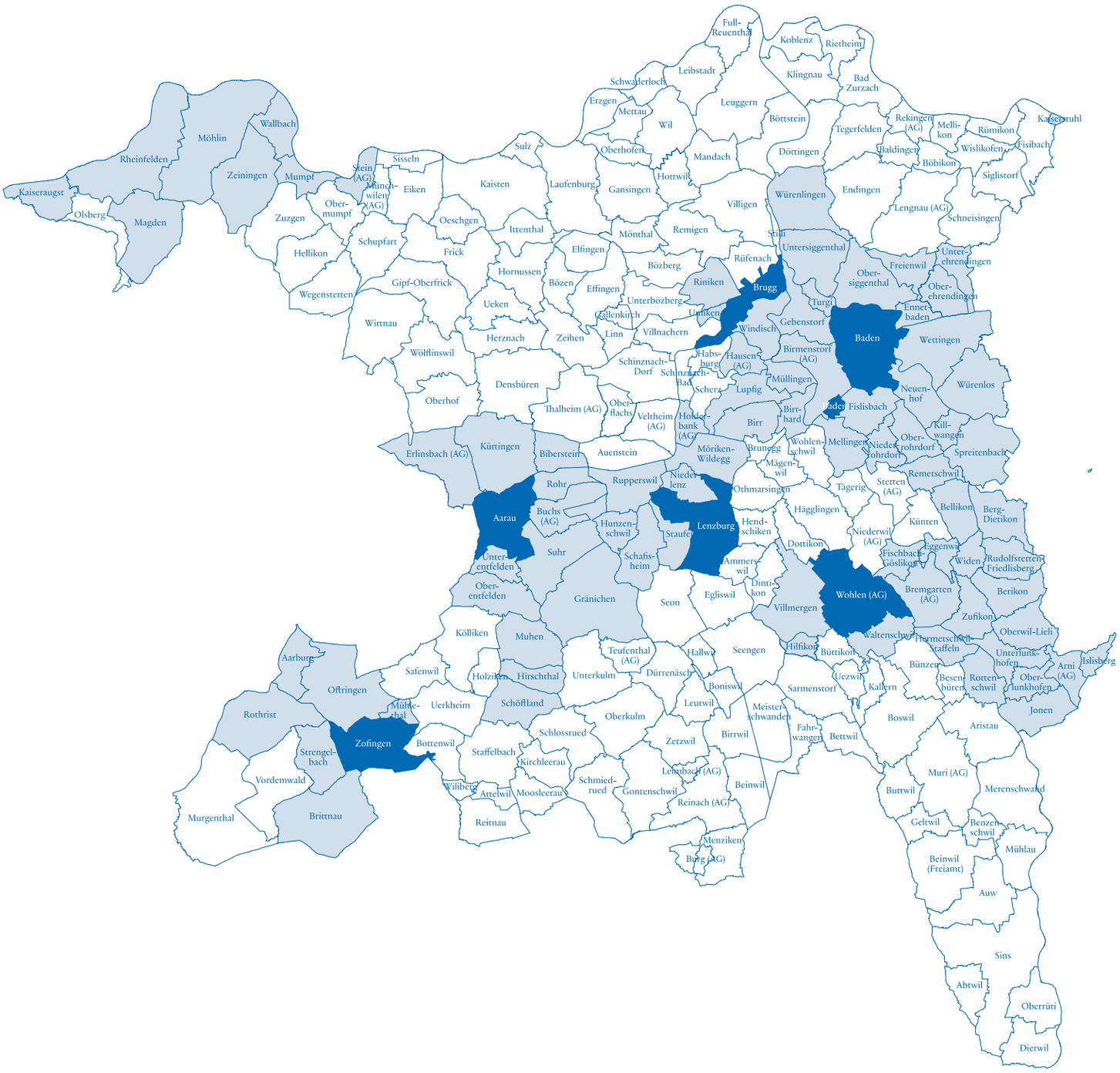
Grafik 14a

Die aargauische Gemeindelandschaft in der Raumordnung des Bundes 1960



Grafik 14b

Die aargauische Gemeindelandschaft in der Raumordnung des Bundes 2000

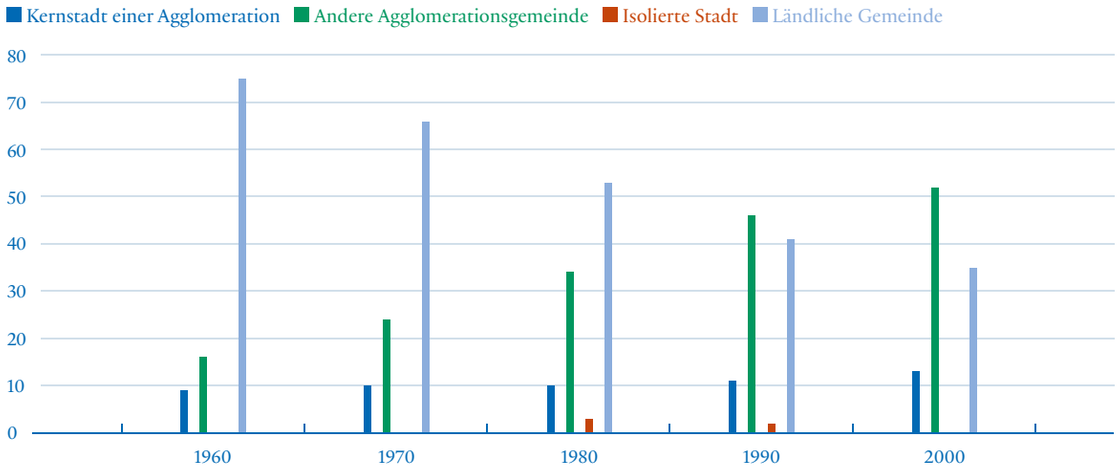


● Kernstädte ● Agglomeration

Grafik 14a und 14b 1960 gab es im Aargau zwei Kernstädte (Aarau und Baden) mit insgesamt fünfzehn Agglomerationsgemeinden. Im Jahr 2000 waren es sechs Kernstädte (Aarau, Baden, Brugg, Lenzburg, Wohlen, Zofingen) mit achtzig Agglomerationsgemeinden. Quelle: Raumstatistik Bundesamt für Statistik.

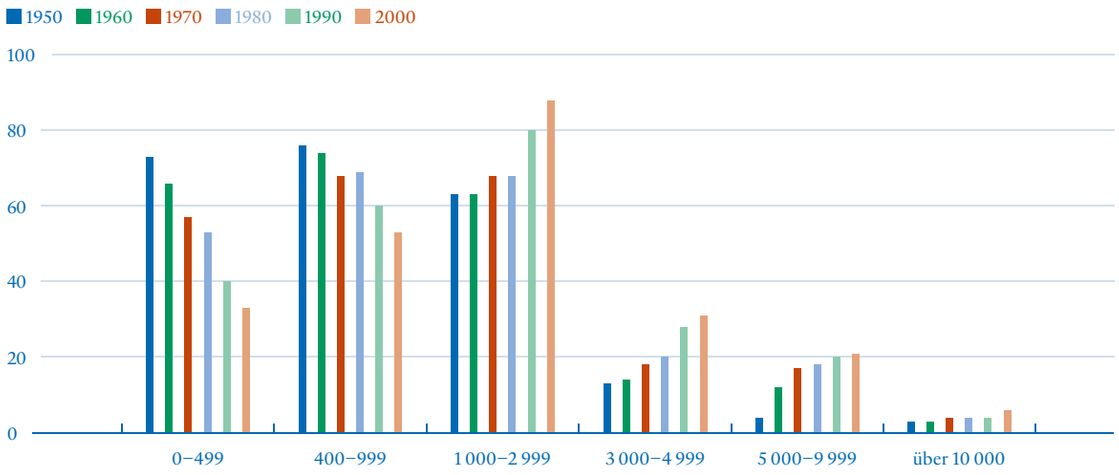
Grafik 15

Verteilung der Bevölkerung auf die verschiedenen Gemeindetypen (in Prozent)



Grafik 16

Einwohnerzahl der Aargauer Gemeinden 1950–2000



Grafik 15 1960 wohnten 75 Prozent der Aargauerinnen und Aargauer in einer ländlichen Gemeinde, im Jahr 2000 waren es noch 35 Prozent. Dafür wohnte mehr als die Hälfte in einer Agglomerationsgemeinde. Quelle: Raumstatistik Bundesamt für Statistik.
Grafik 16 1950 hatten 73 Gemeinden weniger als 499 Einwohnerinnen und Einwohner; bis ins Jahr 2000 sank diese Zahl auf 33 Gemeinden. Quelle: Bevölkerungsstatistik Bundesamt für Statistik.

Grafik 17

Die Verwaltung der Einwohnergemeinde Arni-Islisberg vor der Trennung in zwei selbstständige Gemeinden

Einwohnergemeinde Arni-Islisberg

Aufgaben: Finanzwesen, Steuerwesen, Polizei, Feuerwehr, Vormundschaft, Sozial- und Gesundheitswesen, Landwirtschaft und Berufsbildung

Behörden: Gemeinderat, Steuerkommission, Rechnungskommission, Feuerwehrkommission, Wahlbüro

— Die Verwaltungskosten (Mehrausgaben) werden von den beiden Ortsgemeinden getragen, und zwar im ungefähren Steuerkraftverhältnis (Arni: 80%, Islisberg: 20%)
— Verwaltung in Arni mit einem Gemeindeschreiber, einem Finanzverwalter, einer Aushilfe und einem Lehrling

Ortsgemeinde Arni

(Steuerfuss 110%)
334 ha, 732 Einwohnerinnen und Einwohner

Behörde: Ortsvorstand, Ortsgemeindeversammlung, Ortsschulpflege
Aufgaben: Steuerbezug inkl. Kirchensteuern, Schulwesen (Schulgemeinde), Bauwesen, Planung, Flurwesen

Ortsbürgergemeinde Arni
Aufgaben: Waldbewirtschaftung

Ortsgemeinde Islisberg

(Steuerfuss 130%)
165 ha, 161 Einwohnerinnen und Einwohner

Behörde: Ortsvorstand, Ortsgemeindeversammlung, Ortsschulpflege
Verwaltung: Ortsschreiber und Verwalter
Aufgaben: Steuerbezug inkl. Kirchensteuern, Schulwesen (Schulgemeinde), Bauwesen, Planung, Flur- und Katasterwesen

Ortsbürgergemeinde Islisberg
Aufgaben: Waldbewirtschaftung

Grafik 17 1953 zählte der Kanton Aargau in den Bezirken Baden, Bremgarten und Zurzach noch zehn Gemeinden mit zwei oder mehr Ortsgemeinden, die in den folgenden Jahrzehnten in den jeweiligen Einwohnergemeinden aufgegangen sind. Quellen: GRP 24.1.1978, Art. 378; Botschaft (3024) zum Dekret über die Bildung der Einwohnergemeinden Arni und Islisberg vom 14. Juni 1982.

Abschaffung der jüdischen Ortsbürgergemeinden

Das Gesetz über die Ortsbürgergemeinde von 1978 und die neue Kantonsverfassung von 1980 legten fest, dass es in jeder Einwohnergemeinde nur eine Ortsbürgergemeinde geben durfte.[1] Damit war das Ende von Neu-Endingen und Neu-Lengnau besiegelt. Die beiden jüdischen Ortsbürgergemeinden wurden am 29. Juni 1983 per Dekret des Grossen Rates mit den Ortsbürgergemeinden Endingen und Lengnau vereinigt. Dadurch endete ein besonderes Kapitel der Aargauer Geschichte, das wenig ruhmreich begonnen hatte.

1839 verpflichtete der Grosse Rat die Gemeinden, die Heimatlosen und Landsassen in das Ortsbürgerrecht ihrer Wohngemeinde aufzunehmen. Davon ausgenommen war die jüdische Bevölkerung in Endingen und Lengnau, deren männliche Mitglieder als «Aufenthalter» bezeichnet wurden – obwohl sie seit Generationen in den beiden Surbtaler Gemeinden wohnhaft waren.[2] 1862 wollten Regierung und Parlament die Juden im Aargau zu stimm- und wahlberechtigten Kantonsbürgern machen. Dagegen regte sich heftiger Widerstand aus katholisch-konservativen Kreisen, die an der Urne nicht nur die Ablehnung des Gesetzes, sondern auch die Auflösung des Grossen Rates errangen. Der Regierungsrat trat aus Protest zurück.[3]

1876 verpflichtete die Bundesversammlung den Kanton Aargau, endlich die rechtliche Gleichstellung der Aargauer Juden mit den übrigen Kantonsbürgern zu vollziehen. Per 1. Januar 1879 wurden die bisherigen jüdischen Korporationen zu ordentlichen Aargauer Ortsbürgergemeinden, die sich von den christlichen durch den Zusatz «Neu-» unterschieden. In den Gemeinderäten und in den Schulpflegen nahmen nun je ein jüdischer Vertreter Platz. Mit der rechtlichen Gleichstellung setzte eine Abwanderung ein. Bald war es nicht mehr möglich, die Vorstände ordnungsgemäss zu bestellen. Der Aargauer Regierungsrat hob deshalb 1939 die Ortsvorstände der jüdischen Ortsbürgergemeinden auf und übertrug deren Leitung den Behörden der Einwohnergemeinden. In den 1960er-Jahren gab es innerhalb der jüdischen Gemeinschaften Überlegungen zur Wiederbelebung. Eine Idee war, dass alle im Kanton wohnhaften Juden automatisch Mitglied der beiden Ortsbürgergemeinden werden sollten. Mit der Ortsbürgersteuer wäre dann auch das Beerdigungsrecht auf dem Friedhof verbunden gewesen.[4]

Per 1. Juli 1983 wurde der Besitz der jüdischen Ortsbürgergemeinden, darunter die beiden Synagogen, in privatrechtliche Körperschaften überführt.[5] Mit deren Aufhebung wurde ein Schlussstrich unter die frühere Diskriminierung der Aargauer Jüdinnen und Juden gezogen.

1 Gesetz über die Ortsbürgergemeinden vom 19. Dezember 1978, §3.
2 Sauerländer, Wiederkehr 2020, 258.
3 Staehelin 1978, 129–131.
4 Sauerländer, Wiederkehr 2020, 265–288.
5 Dekret über die Vereinigung der Ortsbürgergemeinden Neu-Endingen und Neu-Lengnau mit den Ortsbürgergemeinden Endingen bzw. Lengnau vom 29. Juni 1983.

108 Jüdischer Friedhof in Endingen. Seit dem 18. Jahrhundert durfte sich die jüdische Bevölkerung nur in den beiden Gemeinden Endingen und Lengnau niederlassen. Bis zur rechtlichen Gleichstellung war es ein weiter Weg. 1983 wurden die beiden jüdischen Ortsbürgergemeinden mit den Ortsbürgergemeinden Endingen und Lengnau vereinigt.

an verschiedenen Orten mit Lautsprecherübertragung – eigentlich unmöglich war, dem Ideal der Ermittlung des Gemeinwillens der Bürgerschaft in freier Aussprache nachzukommen. Dennoch wollte die Mehrheit an der demokratischen Tradition und ihrer Umsetzung vorerst nicht rütteln.

Trotz Teilnahmepflicht wurde es immer schwieriger, das notwendige Quorum zu erreichen, damit die Versammlung überhaupt beschlussfähig war. Mehrmals mussten Hunderte Stimmbürger unverrichteter Dinge wieder heimkehren, weil zu wenige Teilnehmer gekommen waren. Die Gemeinden reagierten unterschiedlich auf die Situation. In Aarau etwa fuhr die Stadtpolizei mit einem Lautsprecherwagen durch die Strassen und forderte die mündigen Männer auf, an die Gemeindeversammlung zu kommen.[11] In Spreitenbach bot der Gemeinderat die Musikgesellschaft zu einem kleinen Konzert auf – ohne grossen Erfolg. Insbesondere die vielen Zuzüger aus dem Kanton Zürich fanden an der Aargauer Demokratietradition wenig Gefallen.[12]

Anfang der 1960er-Jahre bereitete der Regierungsrat eine neue Vorlage vor. Statt vom Einwohnerrat wurde nun von der «ausserordentlichen Gemeindeorganisation» gesprochen. Zugleich wurde in einer separaten Vorlage das Teilnahmequorum in grossen Gemeinden leicht gesenkt. Die Stimmpflicht wurde beibehalten, nachdem ein entsprechendes Volksbegehren zu dessen Abschaffung 1962 abgelehnt worden war.[13] Beide Vorlagen nahmen die Stimmberechtigten 1963 an, das Wahlgesetz allerdings sehr knapp mit 208 Stimmen Unterschied.[14] Zwischen 1966 und 1974 führten 15 Gemeinden einen Einwohnerrat ein (siehe Tabelle 8, S. 153). Nachdem das Teilnahmequorum 1966 durch ein fakultatives Referendum ersetzt und mit der Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts 1971 die Stimmpflicht aufgehoben wurde, schwand der (organisatorische) Druck für die Ablösung der Gemeindeversammlung durch Einwohnerräte. Galt früher eine möglichst hohe Repräsentativität als demokratisches Gütekriterium, so wurde es nun wichtiger, dass die Stimmberechtigten direkt an der demokratischen Willensbildung teilnehmen konnten, wenn sie denn wollten. Zwischen 1981 und 1997 kehrten deshalb fünf Gemeinden wieder zur Gemeindeversammlung zurück.[15] Neue Einwohnerräte wurden trotz verschiedener Anläufe keine mehr eingeführt.

Neues Gemeindegesetz stärkt die Selbstverwaltung der Gemeinden

1958 überwies der Grosse Rat eine Motion zur Totalrevision des Gemeindeorganisationsgesetzes von 1841.[16] Die Umsetzung verzögerte sich, weil der Regierungsrat zunächst die grundsätzlichen Fragen zur Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts und des Einwohnerrates geklärt haben wollte.[17] Erst 1969 setzte er verwaltungsintern einen mehrjährigen Gesetzgebungsprozess in Gang: Im Juni 1972 überwies der Regierungsrat den Entwurf zur ersten Lesung an den Grossen Rat. Von September 1972 bis April 1974 beriet die zuständige Kommission in 32 Sitzungen die Vorlage. Die Grossräte, die zumeist auch Gemeinderäte und -ammänner waren, formulierten ganze Passagen neu. Die anschliessende Behandlung im Parlament zog sich über vier Sitzungen hin. Auch für die zweite Lesung benötigte die Kommission über ein Jahr und traf sich zu zwanzig Sitzungen, bevor das Parlament im Dezember 1978 das neue Gesetz verabschiedete. Es stärkte die Gemeindeautonomie unter kantonaler Aufsicht und sah beispielsweise vor, dass jede Gemeinde die grundlegenden organisatorischen Bestimmungen in einer Gemeindeordnung regelte. Während der langen Bearbeitungsdauer wurden dem Gesetz alle «Giftzähne» gezogen, wozu etwa eine verstärkte Regionalisierung oder die Abschaffung der Ortsbürgergemeinden zählten.[18]

Abschaffung des Bürgernutzens, aber Beibehaltung der Ortsbürgergemeinden

Im 19. Jahrhundert entwickelte sich im Aargau aus der Ortsbürgergemeinde heraus die Einwohnergemeinde als politische Gemeinde, der immer mehr Aufgaben übertragen wurden. Als Gebietskörperschaft umfasst Letztere alle Einwohnerinnen und Einwohner, die auf ihrem Gemeindegebiet leben. Zur Ortsbürgergemeinde als öffentlich-rechtliche Personalkörperschaft zählen nur die Personen, die das Ortsbürgerrecht besitzen und in der Gemeinde wohnen.[19] Mit dem Gemeindegütergesetz von 1866 kam die Unabhängigkeit der Einwohner- von der Ortsbürgergemeinde. Letztere blieb noch bis 1936 für die Armenfürsorge zuständig. Danach übernahm die Einwohnergemeinde diese Aufgabe. Den Ortsbürgergemeinden verblieb die Verwaltung und Nutzung des Ortsbürgerguts – meistens Wald. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es Gemeinden, bei denen die Einwohnergemeinde auf den Finanzausgleich angewiesen war, während die Ortsbürgergemeinde einen stattlichen Bürgernutzen – etwa in Form von Brennholz – an die Ortsbürger abgab. Das weckte Begehrlichkeiten, und 1962 wurden Forderungen nach einer Zusammenlegung erhoben.[20] Das Anliegen fand im Grossen Rat allerdings keine Mehrheit, und eine anschliessend lancierte Volksinitiative kam nicht zustande. Anlässlich der Revision der Kantonsverfassung wurden die Ortsbürgergemeinden erneut infrage gestellt, aber schliesslich beibehalten. Verschiedene Ortsbürgergemeinden hatten in den Jahren zuvor die Einwohnergemeinden mit namhaften Beiträgen unterstützt. Mit dem Gesetz von 1981 wurde der Bürgernutzen abgeschafft und die Besteuerung der Forstreserven, des Ortsbürgerlandes sowie der Wälder im eigenen Gemeindegebiet durch die Einwohnergemeinden aufgehoben. Später wurden die Wälder der öffentlichen Hand generell steuerbefreit. Weiterhin steuerpflichtig blieben jedoch die Reinerträge der eigenen Betriebe.[21]

STIMMRECHT 18

DENN MEHR STIMMEN GEBEN UNS, DEN JUNGEN MEHR GEWICHT!

WIR SIND IN EINER ANDEREN ZEIT GEBOREN UND AUFGEWACHSEN ALS UNSERE ELTERN UND GROSSELTERN!

Was für unsere Eltern und Grosseltern feste, unverrückbare Vorstellungen waren, hat unsere Zeit in Frage gestellt!

Was für uns heute wichtig ist, war für unsere Eltern und Grosseltern unnötig!

Was unsere Eltern und Grosseltern an materiellen Werten nicht hatten, das haben wir heute!

Vieles ist dabei verloren gegangen - das fehlt uns heute!

WIR SIND IN EINER ANDEREN ZEIT GEBOREN UND AUFGEWACHSEN! WIR DENKEN, FUEHLEN, HANDELN ANDERS ALS DIE AELTEREN GENERATIONEN!

JEDOCH: Unser Denken, Fühlen, Handeln findet in der Politik nur selten ihren Niederschlag. Wir Jungen, unsere Ideen, Gedanken und Vorstellungen gehen in der Tagespolitik unter!

DIES MUSS SICH AENDERN! "Stimmrecht 18" kann ein Schritt dazu sein. Deshalb haben wir die Volksinitiative "Stimmrecht 18" gestartet.
WIR ERWARTEN KEINE WUNDER - JEDOCH IHRE UNTERSTUETZUNG, dass heisst Ihre Unterschrift unter die auf der Rückseite aufgeführte Initiative und Ihre Stimme am Abstimmungstag!

Jungsozialisten
Jung-EVP
Jung-LdU
Jung-CVP

STIMMRECHT 18 - DENN MEHR STIMMEN GEBEN UNS, DEN JUNGEN, MEHR GEWICHT!

109 Flyer des Initiativkomitees bestehend aus JUSO, Jung-EVP, Jung-LdU und Jung-CVP für die Senkung des Stimmrechtsalters. Die Initiative scheiterte 1984 an der Urne.

110 Abstimmungsflyer der JUSO und der SP Kanton Aargau für die Senkung des Stimmrechtsalters, 1984.

111 Letzte Einwohnergemeindeversammlung in Wettingen, 1966. Damit die Versammlung beschlussfähig war, mussten zeitweise über 2000 Stimmberechtigte unter 65 Jahren anwesend sein. Aus Platzgründen konnten einige Teilnehmer nur in Nebenräumen den übertragenen Verhandlungen folgen.

112 Reformierte Frauen an der Urne in Aarau, 1962. Damals konnten die Aargauer Frauen erstmals in kirchlichen Angelegenheiten der reformierten Kirche abstimmen. 1971 folgte das Stimm- und -wahlrecht auch für politische Angelegenheiten.

113 Der neu gewählte, 200 Mitglieder zählende Grosse Rat bei seiner Inpflichtnahme am 5. Mai 1993.

Die öffentlichen Finanzen

Die Finanzlage des Kantons Aargau war in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg von Phasen der Überschüsse und der Defizite geprägt. Zwischen 1945 und 1955 konnte der Abschluss der Verwaltungsrechnung mit Ausnahme von 1949 immer mit einem Einnahmenüberschuss erfolgen. Von 1956 bis 1959 gab es teilweise beträchtliche Ausgabenüberschüsse, die vor allem durch die grosse Bautätigkeit verursacht wurden.[22] Grundsätzlich wies der Kanton in dieser ersten Periode eine solide Finanzierung aus, was auch damit zusammenhing, dass er im Vergleich zu anderen Kantonen im Infrastrukturbereich einen Nachholbedarf hatte und noch weniger von Folgekosten betroffen war.

Ab 1963 bis 1979 verzeichnete der Kanton Aargau eine lange Defizitperiode mit einem kumulierten Negativbetrag von 558 Millionen Franken.[23] Anschliessend setzte eine Überschussperiode mit einem kumulierten Überschuss von 474 Millionen Franken ein. Zwischen 1963 und 1990 konnte also die Vorgabe der Kantonsverfassung eingehalten werden, wonach der Finanzhaushalt auf die Dauer ausgeglichen sein müsse.

Adelbodner Beschlüsse

Zunächst stiegen die Ausgaben innerhalb kurzer Zeit um jährlich zwischen 15 bis 25 Prozent an. Treiber waren vor allem Investitionen in den Bereichen Strassenbau, Gesundheitswesen, Gewässerschutz und öffentlicher Verkehr sowie Mehrausgaben für die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV). Ab 1966 stiegen die Einnahmen stärker als die Ausgaben. Das revidierte Steuergesetz führte insgesamt zu Mehreinnahmen, und mit dem 1968 im Zuge der Verwaltungsreform eingeführten Instrument des Finanzplans konnten die wichtigsten Ausgabenposten plafoniert werden. Auch in der Hochkonjunkturphase stiegen die Ausgaben stärker als die Einnahmen. Während der Rezession versuchten Regierung und Parlament mit Gegensteuerungsmassnahmen den Konjunktureinbruch aufzufangen und die Investitionen konstant zu halten. Weil damit 1977 eine Höherverschuldung notwendig wurde, kam es zur Volksabstimmung. Die Stimmberechtigten sprachen sich gegen eine antizyklische Finanzpolitik aus.

An einer Klausurtagung in Adelboden fasste der Regierungsrat 1977 die «Adelbodner Beschlüsse»: Mit einer Reduktion der Investitions-, Konsum- und Transferausgaben sowie partiellen Mehreinnahmen sollte der Staatshaushalt um jährlich 55 bis 60 Millionen Franken entlastet werden. Die Stimmberechtigten hiessen 1978 nicht alle Massnahmen gut und lehnten zwei Jahre später auch eine erste Aufgabenreform zwischen Kanton und Gemeinden ab. Trotzdem konnte in den 1980er-Jahren dank kontinuierlicher Überschüsse ein grosser Teil der Defizite wieder abgebaut werden.[24]

Hartnäckige Defizitphase

Ab 1991 begann eine mehrjährige Defizitperiode, die erst 2003 zu Ende ging. In dieser Zeit fiel ein Gesamtdefizit von 564,3 Millionen Franken an, obwohl drei Sparpakte geschnürt wurden.[25] Die 1990er-Jahre waren ein Jahrzehnt der Stagnation. Trotzdem stiegen die Einnahmen um 47,8 Prozent, wobei der Aargau damit genau im Mittel aller Kantone lag. Die Ausgaben stiegen im gleichen Zeitraum um 56,3 Prozent (Kantonsmittel 42,3 Prozent).[26] Gegenüber dem Jahrzehnt zuvor lockerten Regierung und Parlament die Haushaltsdisziplin und vernachlässigten die Finanzplanung. Ausserdem zeigte sich, dass der Aargau für die boomenden Dienstleistungsbetriebe, die sich lieber in den grossen Zentren ausserhalb des Kantons niederliessen, weniger attraktiv war. Durch den Konzentrationsprozess in der Wirtschaft blieb der Kanton zwar Produktionsstandort, doch wurden die Hauptsitze in andere Kantone verlegt. Die Schieflage des kantonalen Finanzhaushalts erzeugte einen Handlungsdruck, der grundlegende Reformen wie etwa die Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung begünstigte.[27]

Aufgabenverteilung und Steuerpolitik

Nachdem 1986 das erste Paket über die Aufgabenneuverteilung zwischen Bund und Kantonen in Kraft getreten war, begann eine Phase der langwierigen Aufgaben- und Kompetenzentflechtung. Damit verbunden waren neue Zusammenarbeits- und Finanzierungsformen bei den verbleibenden Gemeinschaftsaufgaben sowie die Einführung eines neuen Finanzausgleichs unter den Kantonen. Ziel war eine Optimierung der staatlichen Leistungen in der Erwartung, durch den Abbau von Doppelspurigkeit Kosten einzusparen. Der neue Finanz- und Lastenausgleich trat 2008 in Kraft. Unabhängig davon beschloss der Regierungsrat 1995, auch die Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden unter der gleichen Zielsetzung zu überprüfen, wozu er 1996 eine paritätische Projektorganisation einsetzte. Neben den beiden Vorstehern des Departements des Innern sowie des Finanzdepartements gehörten ihr auch zwei Mitglieder aus dem Vorstand der Gemeindeammännerkonferenz an.[28] 2001 verabschiedete der Regierungsrat ein erstes Paket zuhanden des Grossen Rates.[29]

Der Blick auf die einzelnen Sparten der kantonalen Ausgaben zeigt, dass sie sich über den Betrachtungszeitraum von fünfzig Jahren unterschiedlich entwickelt haben. Der reine Vergleich lässt aber ausser Acht, dass einerseits Änderungen in der Rechnungslegung vorgenommen wurden und es andererseits immer wieder zu substanziellen Verschiebungen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden kam. Insgesamt lässt sich aber feststellen, dass die Ausgaben in Bildung, Gesundheit und im Bereich Soziales am stärksten gewachsen sind.[30]

Zur Finanzierung der Ausgaben standen dem Kanton verschiedene Einnahmenquellen zur Verfügung. Rund ein Drittel der Einnahmen machten Transfererträge aus, das heisst Beiträge des Bundes und der Gemeinden. Erträge aus Vermögen, Regalien oder etwa Konzessionen machten nie mehr als zehn Prozent aus. Den grössten Beitrag lieferten die Steuereinnahmen juristischer und natürlicher Personen, wobei ihr Anteil in den Dezenniumsstichjahren zwischen 44,7 (1950) und 58,3 Prozent (1980) schwankte und zuletzt rund

Tabelle 07

Stimmberechtigte in den grössten Aargauer Gemeinden im Vergleich

Gemeinde	Bevölkerungszahl 1837	Bevölkerungszahl 1965	Stimmberechtigte 1965	Notwendiges Quorum
Aarau	4057	17340	4248	1585 (1964)
Baden	1844	15075	3185	1183 (1964)
Wettingen	1212	19428	4609	2019/1806 (1962/64)

Tabelle 08

Einwohnerräte im Aargau seit 1966

Jahr	Ort
1966	Wettingen
1966–1997	Neuenhof
1966	Wohlen
1966	Zofingen
1966	Brugg
1970	Aarau
1970	Buchs
1972	Baden
1972	Lenzburg
1972–1989	Aarburg
1974	Windisch
1974	Obersiggenthal
1974–1989	Oftringen
1974–1981	Suhr
1974–1985	Spreitenbach

Grafik 18

Rechnungsabschlüsse des Kantons Aargau zwischen 1960 und 2000

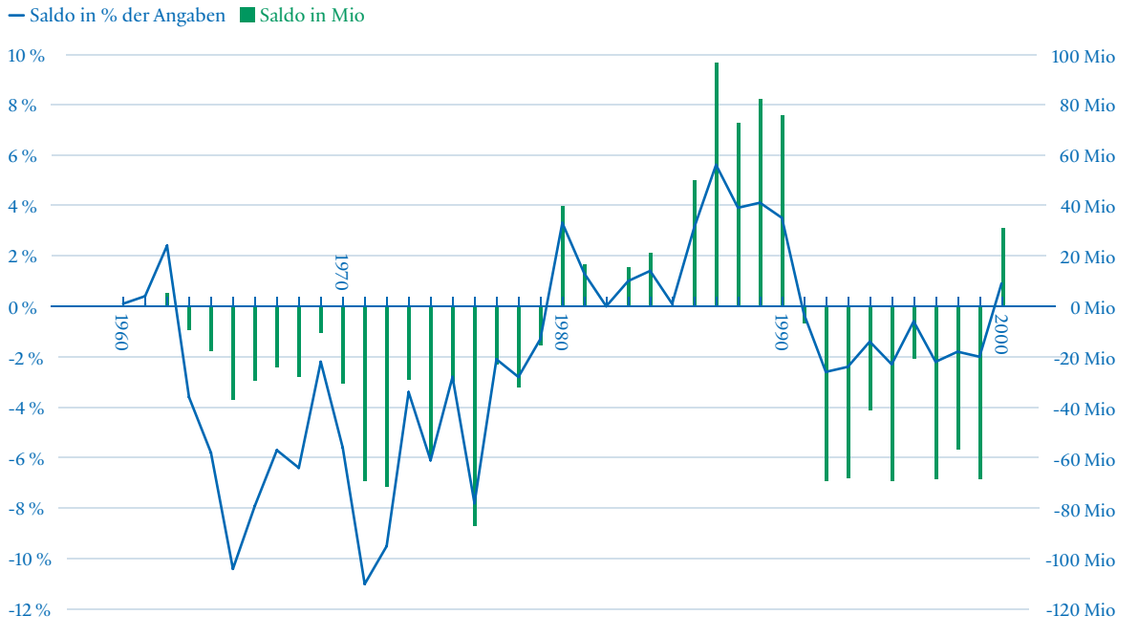
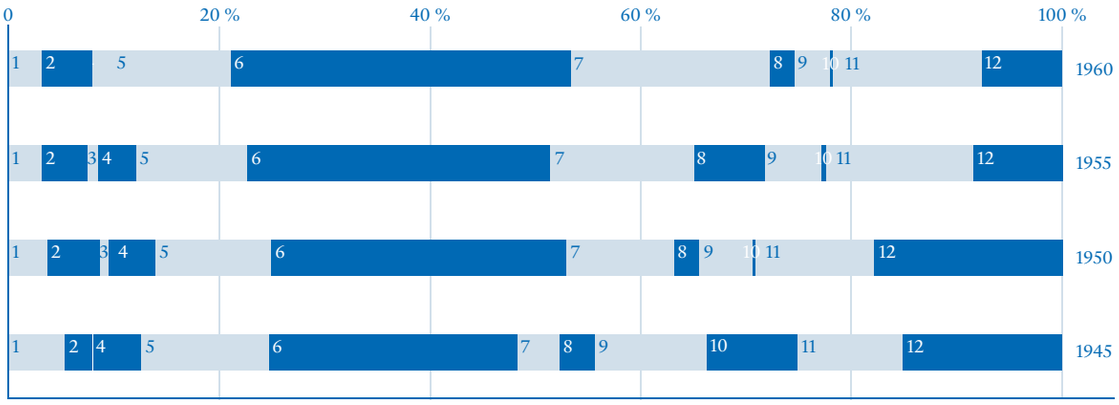


Tabelle 07 Stimmberechtigte in den grössten Aargauer Gemeinden im Vergleich. 1963 wurde die Altersgrenze für die Teilnahmepflicht von 65 auf 60 Jahre gesenkt und 1966 das Versammlungsquorum abgeschafft. Quellen: u. a. Gehrig 1967.
Tabelle 08 Einwohnerräte im Aargau seit 1966. Zwischen 1966 und 1974 führten fünfzehn Gemeinden Einwohnerräte anstelle der Gemeindeversammlungen ein. Zwischen 1981 und 1997 kehrten fünf wieder zur Gemeindeversammlung zurück. Quellen: u. a. Seiler, Steigmeier 1998.
Grafik 18 Rechnungsabschlüsse des Kantons Aargau zwischen 1960 und 2000. Überschüsse und Defizite wechseln sich ab. Quellen: Staatsrechnungen Aargau; Reimann 1991, 103.

Grafik 19a

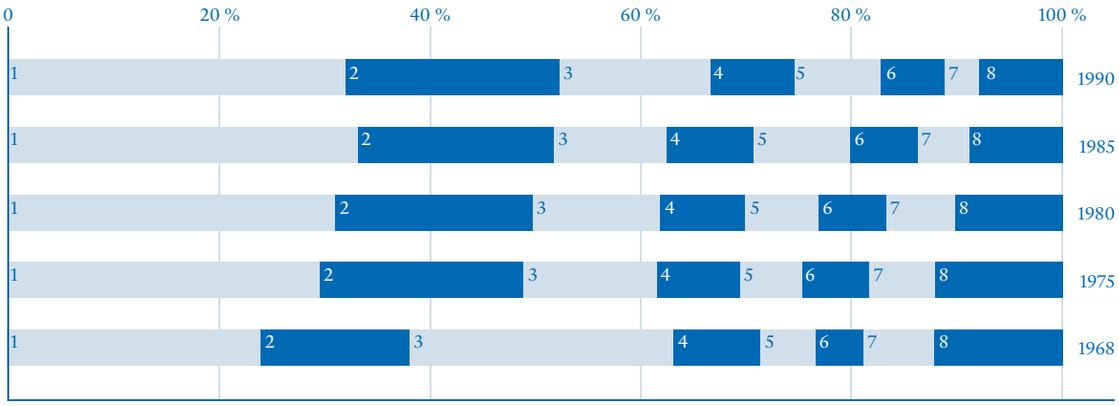
Funktionale Gliederung der Ausgaben des Kantons Aargau in Prozentanteilen der Gesamtausgaben 1945–1960



1 Schuldzinsen
2 Allgemeine Verwaltung
3 Finanzausgleich
4 Finanzen und Liegenschaften
5 Recht und Sicherheit
6 Erziehung, Bildung, Kirche
7 Strassen, Brücken
8 Hoch- und Wasserbau
9 Landwirtschaft
10 Übrige Volkswirtschaft
11 Gesundheitswesen
12 Soziale Wohlfahrt

Grafik 19b

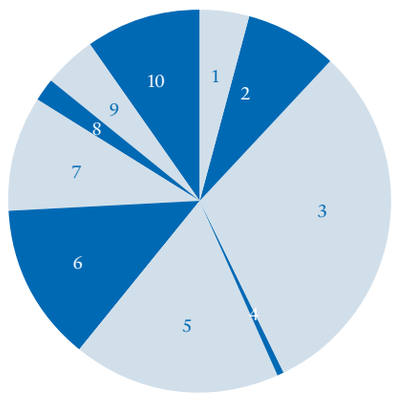
Funktionale Gliederung der Ausgaben des Kantons Aargau in Prozentanteilen der Gesamtausgaben 1968–1990



1 Unterricht
2 Gesundheitswesen
3 Bau, Verkehr und Energie
4 Soziale Wohlfahrt
5 Rechstpflege, Polizei
6 Behörden, Verwaltung
7 Finanzausgaben
8 Übriges

Grafik 19c

Funktionale Gliederung der Ausgaben des Kantons Aargau in Prozentanteilen der Gesamtausgaben 2000



1 Allgemeine Verwaltung
2 Öffentliche Sicherheit, Justiz
3 Bildung
4 Kultur und Freizeit
5 Gesundheit
6 Soziale Wohlfahrt
7 Verkehr
8 Umwelt, Raumordnung
9 Volkswirtschaft
10 Finanzen und Steuern

Grafik 19a–c Änderungen in der Rechnungslegung und Verschiebungen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden erschweren einen Vergleich über einen längeren Zeitraum. Quellen: Staatsrechnung Aargau 2000, 19; Reimann 1991, 106; Meier 1963, 68f.

46 Prozent (2000) ausmachte.[31] Ihre Aussagekraft ist jedoch beschränkt, da die Höhe der Steuereinnahmen sehr stark vom Fortgang der Wirtschaft abhängt. Insgesamt verfolgte der Kanton Aargau stets eine moderate Steuerpolitik und versuchte, die Belastung tief zu halten. Angesichts der Inflation mussten in regelmässigen Abständen die Steuertarife revidiert werden, um die kalte Progression auszugleichen. Die verschiedenen Steuergesetzrevisionen entlasteten in der Tendenz die tieferen Einkommen. Während 1972 angesichts der grossen Defizite durch die Einführung der Spitalsteuer und die Aktiensteuergesetzrevision sowohl die juristischen wie auch die natürlichen Personen mehr belastet wurden, konnte in den 1980er-Jahren die Steuerbelastung für beide Kategorien gesenkt werden. Die Entlastung der juristischen Personen erfolgte zunehmend unter dem Blickwinkel der im interkantonalen Vergleich überdurchschnittlichen Belastung und sollte dazu dienen, den Kanton für Unternehmen attraktiver zu machen, was zu Beginn des 21. Jahrhunderts erreicht werden konnte.[32]

Innerkantonaler Finanzausgleich

Mit der Industrialisierung vergrösserten sich die strukturellen Unterschiede und die finanziellen Handlungsspielräume zwischen den Gemeinden. Im Unterschied zu anderen Kantonen führte der Aargau erst spät einen allgemeinen Finanzausgleich ein. Dafür übernahm er seit 1920 die gesamte Lehrerbesoldung und beteiligte sich seit 1937 an den Sozialausgaben finanzschwacher Gemeinden. Die Steuergesetzrevision von 1946 ermöglichte schliesslich die Vergleichbarkeit der Finanzkraft der unterschiedlichen Gemeinden. Gleichzeitig wurden Ausgleichsbeiträge und Zahlungen aus dem Gemeindeunterstützungsfonds eingeführt. Allerdings änderte sich wenig daran, dass insbesondere kleine Landgemeinden hohe Steuerfüsse hatten. 1950 lag der Steuerfuss bei 93 Gemeinden bei über 150 Prozent.[33] In den folgenden Jahren und Jahrzehnten gab es deswegen immer wieder Anpassungen am Auszahlungsmechanismus, wobei die Zielsetzung gleichblieb: Die Diskrepanz zwischen den tiefsten und höchsten Steuerfüssen sollte reduziert werden, und auch finanzschwache Gemeinden sollten in der Lage sein, die wichtigsten Infrastrukturprojekte (Schulhausneubau, Strassen, Kanalisation etc.) zu realisieren. 1966 wurden erstmals Ausgleichsbeiträge an Gemeinden ausgerichtet, deren Steuerkraft unter dem kantonalen Mittel lag. 1983 beschloss der Grosse Rat, dass zukünftig nicht mehr die Lehrorte, sondern die Wohnorte der Lehrlinge Beiträge an die Betriebskosten der Berufsschulen zu leisten hätten.[34] 1984 trat ein neues Finanzausgleichsgesetz in Kraft. Damit verbunden waren Änderungen beim direkten Finanzausgleich sowie die Einführung eines horizontalen Finanzausgleichs unter den Gemeinden. Durch die gezieltere Unterstützung wollte man erreichen, dass nur Gemeinden Beiträge erhielten, die auch darauf angewiesen waren.[35] In den folgenden Jahren gab es immer wieder Anpassungen, doch erst 2018 erfolgte eine grundsätzliche Neuordnung des Finanzausgleichs.

Die politischen Rechte der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Das Elektorat im Kanton Aargau bestand wie in den übrigen Kantonen lange Zeit aus den über zwanzigjährigen männlichen Schweizer Bürgern, womit der Anteil der Stimm- und Wahlberechtigten an der Wohnbevölkerung bei unter 25 Prozent lag.[36] Ein erster Versuch, den Frauen im Kanton Aargau das «aktive und passive Wahlrecht und Stimmrecht in Kirchen-, Schul-, Armen- und Krankensachen einzuräumen», scheiterte 1919 im Grossen Rat.[37] In den folgenden Jahren erfolgte eine schrittweise Öffnung in kirchlichen Angelegenheiten (1927), Armen- und Schulbehörden (1936 und 1940) sowie bei den Arbeitsgerichten (1944).[38] Bei den Wahlen 1941 wurden in 21 Gemeinden insgesamt 32 Frauen in die Schulpflegen gewählt. Im gleichen Jahr wählte auch der Regierungsrat die langjährige Präsidentin der Aargauischen Frauenzentrale, Anna Gerster-Simonett (1899–1979), als erste Frau in den Erziehungsrat.[39]

Neuer Anlauf für das Frauenstimm- und -wahlrecht

Nach dem Zweiten Weltkrieg führten zahlreiche europäische Länder das Frauenstimm- und -wahlrecht ein. 1945 reichte der freisinnige Grossrat Walter Widmer (1897–1971) aus Lenzburg eine Motion ein mit dem Ziel, den Frauen das aktive Stimm- und Wahlrecht in Angelegenheiten der Schule, Kirche und Fürsorge zu gewähren und ihnen gleichzeitig die Wählbarkeit in alle Ämter des Kantons, der Bezirke und der Gemeinden zuzusprechen.[40] Der Regierungsrat wollte nicht so weit gehen und schlug stattdessen vor, den Frauen in einem ersten Schritt das integrale Stimm- und Wahlrecht auf kommunaler Ebene zu gewähren.[41] Die Behandlung der Motion verzögerte sich, da in drei Kantonen Abstimmungen in der gleichen Frage pendent waren. Nach deren Ablehnung trat der Grosse Rat 1947 gar nicht mehr auf das Geschäft ein.[42] Auch die Aargauische Frauenzentrale zeigte kein Interesse an der Vorlage.[43] Mit der Revision der kantonalen Strafprozessordnung wurde 1958 die Wahl von Frauen in die Jugendgerichte und als Jugendanwältinnen ermöglicht.[44]

1959 scheiterte die Einführung auf eidgenössischer Ebene, worauf die Kantone Neuenburg, Waadt und Genf das Frauenstimm- und -wahlrecht kantonal einführten. Der Badener Grossrat Jakob Hohl (1918–1995) vom Landesring der Unabhängigen (LdU) erachtete die Zeit als reif und forderte am 4. Mai 1961 mit einer Motion die Einführung des aktiven und passiven Stimm- und Wahlrechts für Frauen auf kantonaler Ebene.[45] Damals galt noch die Stimmpflicht an Gemeindeversammlungen, was insbesondere grössere Gemeinden vor grosse organisatorische Herausforderungen stellte. Unter diesen Umständen erschien eine Ausweitung auf die Frauen als nicht mehrheitsfähig. Der Regierungsrat war bereit, die Motion entgegenzunehmen, und der Grosse Rat erklärte sie gegen den Widerstand der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (der heutigen Schweizerischen Volkspartei, SVP) für erheblich.[46] Der Regierungsrat mass dem Geschäft keine grosse

Dringlichkeit zu. 1965 und 1966 erinnerten zwei Stimmrechtsverbände an das pendente Anliegen, und 1966 schlug der freisinnige Grossrat Bruno Hunziker (1930–2000) vor, unter den Frauen eine Konsultativabstimmung durchzuführen.[47] Der 1965 neu zusammengesetzte Regierungsrat bemühte sich, eine mehrheitsfähige Vorlage auszuarbeiten, und riet 1968 zu einem mehrstufigen Vorgehen.[48] In der Zwischenzeit führten weitere Kantone das Stimm- und Wahlrecht für Frauen ein, und Ende 1969 unterbreitete der Bundesrat der Bundesversammlung eine neue Vorlage zur Einführung auf eidgenössischer Ebene.[49] Nun wuchs der Druck auf den Regierungsrat, die Einführung in einem Schritt vorzulegen. Auf die zweite Lesung passte er die Vorlage an, die der Grosse Rat am 18. August 1970 mit 126 zu acht Stimmen guthiess. Am 7. Februar 1971 stimmten die Aargauer Männer der Einführung auf eidgenössischer (50,2 Prozent Ja-Stimmenanteil) sowie auf kantonaler und kommunaler Ebene (51,7 Prozent Ja-Stimmenanteil) zu.[50]

Weil die Änderung der Kantonsverfassung von der Bundesversammlung gewährleistet werden musste (10. Juni 1971), konnten die Frauen am 6. Juni zwar erstmals auf eidgenössischer Ebene, aber erst am 21. November auf kantonaler Ebene abstimmen.[51] Mit dem Einführungsgesetz wurde gleichzeitig die Stimmpflicht abgeschafft. Alle weitergehenden Fragen wie die Erhöhung der Unterschriftenzahl bei Initiativen oder die Stellvertretung der Ehegatten an der Urne – die Briefwahl gab es noch nicht – sollten später gelöst werden.

Mit dem Frauenstimm- und -wahlrecht wurde das Elektorat so stark ausgebaut wie letztmals im 19. Jahrhundert, als das Zensuswahlrecht weggefallen war und auch die Männer ohne Aargauer Bürgerrecht stimm- und wahlberechtigt wurden.[52]

Erleichterung der Stimmabgabe und Vergrösserung des Elektorats

Zur Erleichterung der Stimmabgabe wurde 1978 die Möglichkeit zur brieflichen Stimmabgabe eingeführt für jene, die am Urnengang verhindert waren. Sie mussten sich dafür speziell melden.[53] Die uneingeschränkte Möglichkeit zur brieflichen Stimmabgabe wurde auf eidgenössischer Ebene erst 1994 eingeführt.[54] Mit der Inkraftsetzung der neuen Kantonsverfassung 1982 fiel eine Reihe bisheriger Einschränkungen beim Stimm- und Wahlrecht weg, so die Karenzfrist von drei Monaten beim Zuzug kantonsfremder Schweizerinnen und Schweizer oder von fünf Jahren beim passiven Wahlrecht für neu eingebürgerte Personen. Ebenso durfte nun auch wählen, wer zuvor mit einem «Wirtshausverbot» belegt worden war.[55]

Eine weitere Vergrösserung des Elektorats erfolgte 1991 mit der Senkung des Stimm- und Wahlrechtsalters von 20 auf 18 Jahre (die Mündigkeit wurde 1996 gesenkt).[56] Im Aargau wurde dazu bereits 1968 von Grossrat Julius Binder (*1925, Christlichdemokratische Volkspartei, CVP) eine Motion eingereicht und die Frage im Zusammenhang mit der neuen Kantonsverfassung diskutiert und abgelehnt. Die Befürworter wollten angesichts der demografischen Entwicklung den zunehmenden Einfluss der älteren Jahrgänge relativieren und die politische Integration der jungen Menschen fördern. Die Gegner argumentierten mit deren fehlender politischen Reife und forderten, dass die politische und zivilrechtliche Volljährigkeit zum gleichen Zeitpunkt eintreten müsse.[57] 1984 scheiterte eine Initiative der Jungsozialisten (JUSO), der Jung-EVP (Evangelische Volkspartei), Jung-LdU und Jung-CVP mit 64,5 Prozent.[58] 2006 reichte die sozialdemokratische Fraktion im Grossen Rat eine Motion ein und forderte die Senkung des aktiven Stimmrechts auf 16 Jahre. Sie wurde 2007 mit 80 gegen 47 Stimmen abgelehnt.[59] Auch spätere Versuche scheiterten, wenn auch mit knapperen Ergebnissen.[60]

Angesichts des steigenden Anteils von Ausländerinnen und Ausländern an der Wohnbevölkerung wurde bereits anlässlich der Verfassungsrevision die Einführung des Ausländerstimm- und wahlrechts diskutiert und verworfen.[61] 1989 scheiterte eine Motion im Grossen Rat, und 1996 lehnten die Aargauer Stimmberechtigten eine entsprechende Volksinitiative wuchtig ab.[62]

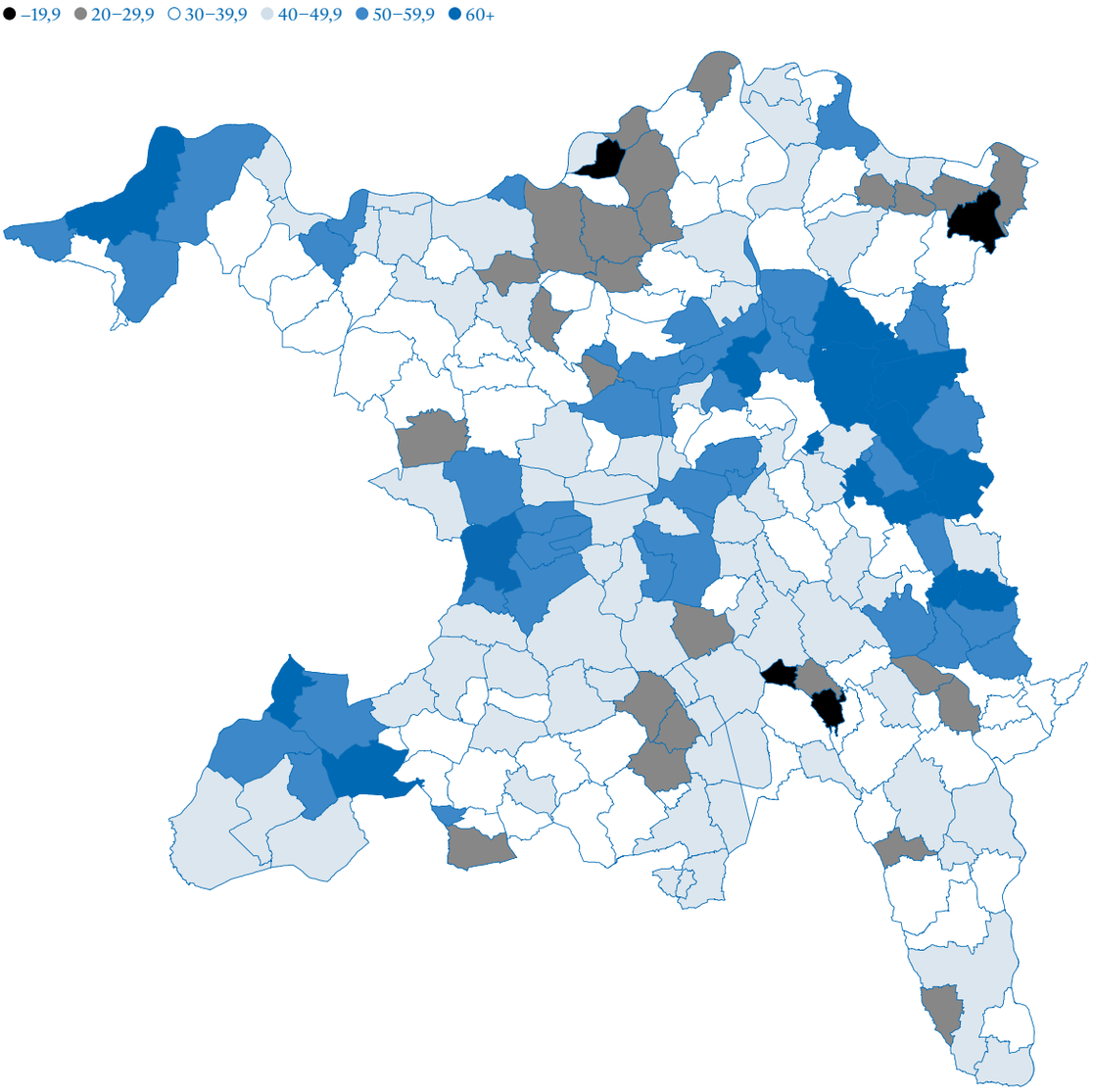
Die kantonalen Behörden

Der Grosse Rat ist gemäss Verfassung von 1980 die gesetzgebende und die oberste Aufsicht führende Behörde des Kantons.[63] Im Vergleich mit anderen Kantonen waren seine Befugnisse durch das obligatorische Gesetzesreferendum und das obligatorische Finanzreferendum stark eingeschränkt.[64] Das obligatorische Gesetzesreferendum bewirkte, dass die Parteien im Grossen Rat angehalten waren, mehrheitsfähige Vorlagen auszuarbeiten. Das funktionierte recht gut, wurden doch im Schnitt knapp achtzig Prozent der Vorlagen angenommen.[65] Es verhinderte gleichzeitig den einen oder anderen «kühnen Wurf» und dürfte insgesamt die konservativen Kräfte gestärkt haben. Neuerungen, die der Regierungsrat einführen wollte, wurden in der parlamentarischen Beratung tendenziell abgeschwächt und selten verstärkt. Mit der Verfassung von 1980 wurde aus dem obligatorischen ein fakultatives Ausgabenreferendum, und seit 2003 sind Gesetzesanpassungen ebenfalls einer fakultativen Volksabstimmung unterstellt.[66]

In der alten Verfassung war die Zahl der Grossratssitze an die Einwohnerzahl im Bezirk gekoppelt und veränderte sich entsprechend dem Bevölkerungswachstum. 1952 wurde die Zahl der Sitze auf 200 fixiert.[67] Um die Jahrtausendwende kam die vergleichsweise grosse Sitzzahl aus Kosten- und Effizienzgründen in verschiedenen Kantonen in die Kritik: Die Grünen reichten dazu 1998 eine Motion ein, und im Rahmen der Parlamentsreform 2000 schlug der Regierungsrat eine Verkleinerung des Grossen Rates auf 160 oder 120 Sitze sowie eine Anpassung der Wahlkreise vor.[68] Die Mehrheit der Ratsmitglieder lehnte dieses Ansinnen ab. Nach der Annahme einer Volksinitiative der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) wurde die Sitzzahl gesenkt und beträgt seit der Legislatur 2005 noch 140 Sitze. Seit 2009 erfolgt die Sitzverteilung nicht mehr nach den Wahlergebnissen in den einzelnen Bezirken, sondern in einem zweistufigen Verfah-

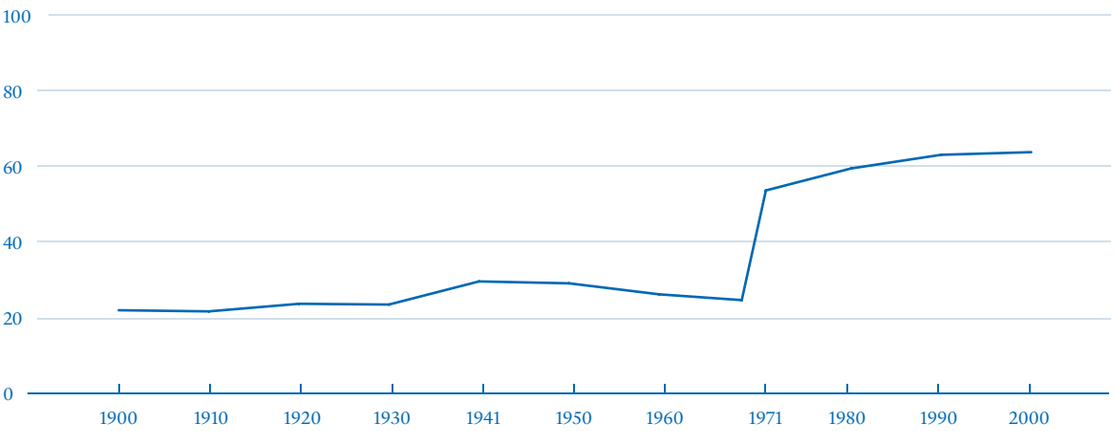
Grafik 20

Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts, Resultat der eidgenössischen Abstimmung vom 7. Februar 1971 (Anteile der Ja-Stimmen in Prozent)



Grafik 21

Anteil der Wahlberechtigten an der Wohnbevölkerung in Prozent



Grafik 20 Fünf Bezirke (Aarau, Baden, Brugg, Rheinfelden und Zofingen) respektive 69 Gemeinden bejahten die Vorlage. Quelle: Statistik Aargau, Einführung des Frauenstimmrechts.
Grafik 21 Der Anteil der Wahlberechtigten an der Wohnbevölkerung stieg 1971 auf 54 Prozent und betrug 2001 64 Prozent der Bevölkerung respektive 79 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer. Für die Steigerung verantwortlich waren die Senkung des Stimmrechtsalters 1991 und die Veränderungen in der Alterspyramide. Quelle: Wicki 2006, 162–164.

Tabelle 09

Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts im Kanton Aargau und in der Schweiz

● Nein ● Ja

AARGAU	KANTONALE ABSTIMMUNGEN		
GROSSER RAT REGIERUNGSRAT VOLK	INTEGRALES STIMM- UND WAHLRECHT	STIMM- UND WAHLRECHT NUR KANTONAL (fakultativ)	STIMM- UND WAHLRECHT NUR KOMMUNAL (fakultativ)
1918 Der freisinnige Grossrat Arthur Widmer (1877–1947) fordert in einer Motion, den Frauen das «aktive und passive Wahlrecht und das Stimmrecht in Kirchen-, Schul-, Armen- und Krankensachen einzuräumen».			
1919 Der Regierungsrat und der Grosse Rat sprechen sich gegen die Motion aus. 1919 Die Regierung ist bereit, das passive Wahlrecht in den genannten Angelegenheiten einzuführen.	1919 NE		
	1920 ZH 1920 BS		
	1921 GL 1921 GE 1921 Integrales Stimm- und Wahlrecht, v. a. passives Wahlrecht SG		
	1922 Wahlrecht und Wählbarkeit für Bezirks- und Gemeindebehörden ZH		
	1925 Stimm- und Wahlrecht in konfessionellen Angelegenheiten SG		
	1926 Stimm- und Wahlrecht in Schul-, Kirchen- und Armensachen BL		
1927 Die Landeskirchen werden ermächtigt, Frauen in kirchlichen Angelegenheiten das Stimm- und Wahlrecht zu gewähren.	1927 BS		
1936 Frauen werden in die kommunalen Armenbehörden wählbar.			
1940 Frauen werden in die Schulbehörden wählbar.	1940 GE		
			1941 NE
1944 Frauen werden an die Arbeitsgerichte wählbar.			
1945 Der freisinnige Grossrat Walter Widmer fordert in einer Motion, den Frauen das aktive Stimm- und Wahlrecht in Angelegenheiten der Schule, Kirche und Fürsorge zu gewähren und ihnen gleichzeitig die Wählbarkeit in alle Ämter des Kantons, der Bezirke und der Gemeinden zuzusprechen. 1945 Der Regierungsrat schlägt vor, das integrale Stimm- und Wahlrecht für Frauen auf kommunaler Ebene einzuführen ohne Stimm- und Wahlpflicht. Grossrat Widmer zieht seine Motion zurück.			
	1946 BS 1946 BL 1946 GE 1946 TI		
1947 Der Grosse Rat beschliesst u. a. aufgrund der negativen Volksentscheide in anderen Kantonen und mangelnden Interesses vonseiten der Frauen, nicht auf die Vorlage einzutreten.	1947 Wahlrecht und Wählbarkeit für Bezirks- und Gemeindebehörden ZH		
			1948 NE 1948 SO
1949 Die Synode der reformierten Landeskirche führt das passive Wahlrecht für Frauen in die Kirchenpflegen ein.			
			1951 VD
	1953 GE		
	1954 ZH		
	1955 Stufenweise Einführung des Stimm- und Wahlrechts BL		
			1956 BE
	1957 BS Ermächtigung zur Einführung des Stimm- und Wahlrechts in den Bürgergemeinden		
1958 Frauen werden als Jugendanwältinnen und an die Jugendgerichte wählbar.			
1959 Die Aargauer Männer lehnen mit 77,2 Prozent die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen auf eidgenössischer Ebene ab.	1959 VD 1959 NE		
	1960 GE		1960 LU
1961 Die reformierte Landeskirche führt das Stimmrecht für Frauen ein. 1961 Grossrat Jakob Hohl von den Freien Wählern fordert in einer Motion die Einführung des aktiven und passiven Stimm- und Wahlrechts für Frauen auf kantonaler Ebene.	1961 Fakultative Einführung eines partiellen Stimm- und Wahlrechts (Kirche, Schul- und Armenpflege) GL		
1962 Der Regierungsrat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen, und der Grosse Rat erklärt sie für erheblich. Bevor die Regierung die geforderte Vorlage vorlegt, wird die Möglichkeit zur Einführung von Einwohnerräten geschaffen und die Stimmpflicht entschärft.	1962 GR Stimm- und Wahlrecht in den Bürgergemeinden TI		

AARGAU	KANTONALE ABSTIMMUNGEN		
GROSSER RAT REGIERUNGSRAT VOLK	INTEGRALES STIMM- UND WAHLRECHT	STIMM- UND WAHLRECHT NUR KANTONAL (fakultativ)	STIMM- UND WAHLRECHT NUR KOMMUNAL (fakultativ)
1964 Die christkatholische Landeskirche führt das Stimmrecht für Frauen ein.			
			1965 Neue Verfassung; Ermächtigung, die politischen Frauenrechte durch Gesetz zu regeln NW
1966 Nachdem sich der Regierungsrat mit der Ausarbeitung einer Vorlage Zeit gelassen hat, reicht der freisinnige Grossrat Kurt Lareida eine Motion ein und fordert die Durchführung einer Konsultativabstimmung unter den Frauen.	1966 TI 1966 BS 1966 ZH 1966 Verfassungsrevision zur stufenweise Einführung politischer Frauenrechte auf dem Weg der Gesetzgebung BL		
	1967 SH 1967 Stimm- und Wahlrecht in Kirchen-, Schul- und Fürsorgegemeinden GL 1967 Ergänzung der Staatsverfassung zur Einführung des Stimm- und Wahlrechts auf dem Wege der Gesetzgebung BL		
1968 Die römisch-katholische Landeskirche führt das Stimmrecht für Frauen ein. 1968 Sieben Jahre nach Einreichen der Motion legt der Regierungsrat eine Botschaft vor, die ein mehrstufiges Vorgehen vorsieht: Schaffung verfassungsrechtlicher Grundlagen (1), Abstimmung unter Frauen (2) und Ausdehnung auf kommunale Ebene durch Gesetz (3). 1968 Frauen werden als Ersatzrichterinnen am Verwaltungsgericht wählbar.	1968 GR	1968 SO 1968 BL	1968 SO 1968 BE 1968 Neue Verfassung; Wählbarkeit und Ermächtigung zur Einführung politischer Frauenrechte durch Gesetz, in den Gemeinden durch Gemeindebeschluss OW
1969 Der Grosse Rat stimmt nach drei Beratungen mit 121 gegen 22 Stimmen dem Vorgehen in erster Lesung zu.	1969 SH 1969 TI 1969 Stimm- und Wahlrecht in Schulangelegenheiten TG 1969 Ermächtigung zur Einführung des Stimm- und Wahlrechts in Angelegenheiten des Kantons, der Gemeinden und Pfarreien TG		1969 ZH
1970 In der zweiten Lesung beantragt der Regierungsrat die integrale Einführung auf kantonaler und kommunaler Ebene in einem Schritt. 1970 In zweiter Lesung stimmt der Grosse Rat mit 126 gegen 8 Stimmen der Vorlage zu.	1970 VS 1970 LU 1970 ZH 1970 Stimm- und Wahlrecht für alle Schul- und Kirchgemeinden AI 1970 Fakultative Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Schul- und Kirchgemeinden AI		1970 NW 1970 BL 1970 SO
1971 Die Aargauer Männer stimmen mit 51,7 Prozent der kantonalen und mit 50,2 Prozent der eidgenössischen Vorlage zu.	1971 ZG 1971 SH 1971 FR 1971 AG 1971 GL 1971 TG 1971 Kantonsangelegenheiten; Bezirke und Gemeinden fakultativ SZ 1971 Fakultatives Stimm- und Wahlrecht in Kirch- und Schulgemeinden AI	1971 SO 1971 BE	1971 BE
	1972 SG 1972 SZ 1972 UR 1972 AR	1972 UR 1972 GR 1972 NW 1972 OW	1972 UR 1972 AR
	1973 AI		
		1976 AR	
		1979 AR	
			1980 SO 1980 Stimm- und Wahlrecht in allen Einwohner-, Bürger-, und Kirchgemeinden SO
	1982 AI		
			1983 GR
	1984 AR Urnenabstimmung von Männern und Frauen über die Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts in Kantonsangelegenheiten		
		1989 AR	
	1990 AI		

Grafik 07 Die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts im Kanton Aargau kann nicht isoliert von den übrigen Kantonen betrachtet werden. Sie erfolgte über mehrere Zwischenschritte, die jeweils in einer obligatorischen Volksabstimmung angenommen wurden. Quellen: u. a. Seitz 2020, 244–247.

114 Die CVP-Grossrätin Elisabeth Schmid-Bruggisser (1923–2014) wurde 1973 mit zwölf weiteren Frauen erstmals gewählt. 1985 wählte sie der Grosse Rat mit 181 von 184 Stimmen zur ersten Grossratspräsidentin.

115 Marlene Bänziger (*1936), die Präsidentin der Aargauischen Vereinigung für das Frauenstimmrecht, gehörte 1972/73 nach einem Rücktritt bei den Freien Stimmberechtigten als erste Frau für drei Monate dem Grossrat an.

116 Die EVP-Grossrätin Gretel Hoffmann (1912–2012) hält 1993 zum dritten Mal als Alterspräsidentin die Eröffnungsansprache zum Beginn der neuen Legislatur.

117 Sitzung des Regierungsrates, 1989.

118 Hans Letsch (1924–2015) in seinem Büro. Letsch war zunächst Chef der Finanzkontrolle und später Chef der Finanzverwaltung. Er setzte sich stark für die Regierungs- und Verwaltungsreform sowie die Einführung der EDV in der kantonalen Verwaltung ein. Später war er freisinniger National- und Ständerat.

119 Kurt Eichenberger (1922–2005) war Gerichtsschreiber in Baden, Oberrichter und später Rechtsprofessor in Basel. Er war Präsident der Arbeitsgruppe für die Regierungs- und Verwaltungsreform, Rechtskonsulent des Regierungsrates und Redaktor der neuen Kantonsverfassung. Zudem kommandierte er die Grenzbrigade 5.

120 1998 war der Aargauer Regierungsrat Gast an der Landsgemeinde Glarus. Im Bild hinter dem Standesweibel die Regierungsräte Ulrich Siegrist (*1945), Thomas Pfisterer (*1941), Stéphanie Mörikofer-Zwez (*1943) und Peter Wertli (*1943).

Grafik 22a

Die Regierungsräte und ihre Direktionen 1950–1968

	Direktion des Inneren und des Gesundheitswesens	Justiz- und Polizeidirektion	Erziehungs- und Landwirtschafts-direktion	Finanz- und Militärdirektion	Baudirektion
1950	Rudolf Siegrist SP (1932–1955)	Joseph Rüttimann KK (1935–1952)	Kurt Kim FDP (1945–1968)	Ernst Bachmann FDP (1945–1965)	Fritz Zaugg BGB (1929–1953)
1951					
1952		Paul Hausherr KK (1952–1965)			
1953			Ernst Schwarz BGB (1953–1969)		Kurt Kim FDP (1945–1968)
1954					
1955	Adolf Richner SP (1955–1969)				
1956					
1957					
1958					
1959					
1960					
1961					
1962					
1963					
1964					
1965		Leo Weber KK (1965–1976)	Arthur Schmid SP (1965–1993)	Ernst Schwarz BGB (1953–1969)	
1966					
1967					
1968					Bruno Hunziker FDP (1968–1976)

Grafik 22b

Die Regierungsräte und ihre Departemente nach der Regierungs- und Verwaltungsreform 1969–2000

	Departement des Innern	Erziehungs-departement	Finanzdepartement	Gesundheits-departement	Baudepartement
1969	Louis Lang SP (1969–1985)	Arthur Schmid SP (1965–1993)	Leo Weber CVP (1965–1976)	Bruno Hunziker FDP (1968–1976)	Jörg Ursprung BGB/SVP (1969–1983)
1970					
1971					
1972					
1973					
1974					
1975					
1976			Kurt Lareida FDP (1976–1991)	Hans Jörg Huber CVP (1976–1988)	
1977					
1978					
1979					
1980					
1981					
1982					
1983					Ulrich Siegrist SVP (1983–1999)
1984					
1985	Victor Rickenbach FDP (1985–1993)				
1986					
1987					
1988				Peter Wertli CVP (1988–2001)	
1989					
1990					
1991			Ulrich Siegrist SVP (1983–1999)		Thomas Pfisterer FDP (1991–2000)
1992					
1993	Silvio Bircher SP (1993–1998)	Peter Wertli CVP (1988–2001)		Stéphanie Mörikofer-Zwez FDP (1993–2001)	
1994					
1995					
1996					
1997					
1998	Kurt Wernli SP/parteilos (1998–2009)				
1999			Stéphanie Mörikofer-Zwez FDP (1993–2001)	Ernst Hasler SVP (1999–2009)	
2000					Peter C. Beyeler FDP (2000–2013)

Grafik 22a und 22b Bis zur Regierungs- und Verwaltungsreform 1968 gab es neun Direktionen, wobei einige in Personalunion geführt wurden. Anschliessend wurden Departemente gebildet, wobei der Aufgabenbereich Militär beim Gesundheitsdepartement angesiedelt war (in Klammern ist die gesamte Amtszeit als Regierungsrat aufgeführt). Quellen: Staatskalender des Kantons Aargau 1950–2000.

ren nach dem Mathematiker Friedrich Pukelsheim (*1948): Die 140 Sitze werden den Parteien entsprechend ihrem kantonalen Wähleranteil zugeteilt, bevor in einem Näherungsverfahren die Sitze den Bezirken zugewiesen werden.[69]

Die ersten Grossrätinnen werden gewählt

Die grösste Veränderung im aktiven und passiven Wahlrecht brachte die politische Gleichstellung der Frauen, die erstmals bei den Grossratswahlen vom 18. März 1973 zum Tragen gekommen war. Damals wurden 13 Frauen gewählt, das Gros für die Sozialdemokratische Partei (SP, 6) und die CVP (4). Eine davon, Elisabeth Schmid-Bruggisser (1923–2014), wurde 1985 mit 181 von 184 Stimmen glanzvoll zur ersten Grossratspräsidentin gewählt.[70] Von den neu 1973 gewählten Frauen waren acht im sozialen Bereich oder als Lehrerinnen tätig; bei den Männern waren es gerade einmal 16 von 187. Von 1973 bis 2002 erhöhte sich der Frauenanteil von anfänglich 6,5 auf 29 Prozent.[71]

Die erste Aargauer Grossrätin war Marlene Baenziger (*1936), die drei Monate vor der Gesamterneuerungswahl 1973 nachrücken konnte. Ihr Vorgänger trat vor dem Ende der Legislatur zurück, und der Ersatzmann auf der Liste der Freien Stimmberechtigten wollte nicht nachrücken. Gemäss Wahlgesetz von 1921 oblag es den Wahlmännern, die seinerzeit die Liste unterzeichnet hatten, eine Nachfolge zu bestimmen. Nun wurde der Frauenstimmrechtsverein aktiv und weibelte für ihre Präsidentin, die gleichzeitig die Gattin des Fraktionschefs war. Ihr Einzug sorgte für einigen Wirbel – nicht, weil sie eine Frau war, sondern weil sie, im Bezirk Baden wohnhaft, für einen freien Sitz des Bezirks Zofingen in den Grossen Rat nachrücken konnte. Das damalige Wahlrecht liess die Besonderheit zu, dass Personen in mehreren Bezirken kandidieren konnten, was auch für die Nachnomination galt. Zusätzlich für Aufmerksamkeit sorgte, dass infolge Urkundenfälschung zweimal nachnominiert werden musste und sich die Fraktion anschliessend von der Nachnomination distanzierte. Baenziger verpasste allerdings die Wiederwahl auf der Liste der Europäischen Föderalistischen Partei, die keinen Sitz erlangt hatte.

Arbeitsweise und Ausbau der Gewaltenteilung

Mit der Ausweitung der Staatstätigkeit nahm auch die Geschäftslast des Parlaments zu. Wiederholt gab es deshalb Versuche, die Arbeitsweise rationeller zu gestalten, beispielsweise durch eine vermehrte Schriftlichkeit. Wurden Vorstösse den Ratsmitgliedern anfänglich mündlich in der nächsten Sitzung zur Kenntnis gebracht, wechselte man später zur Abgabe schriftlicher Dokumente. Anlässlich der Regierungs- und Verwaltungsreform gab sich der Grosse Rat 1970 ein neues Geschäftsreglement. Er bestätigte dabei das Kommissionssystem zur Vorberatung der Geschäfte. Die 14 ständigen Kommissionen waren für die wiederkehrenden Geschäfte (z. B. Staatsrechnung oder Geschäftsberichte) zuständig. Die mächtigste war dabei die Staatsrechnungskommission. Für Gesetzesvorlagen wurden jeweils nichtständige Kommissionen gebildet, die anschliessend wieder aufgelöst wurden, wobei ihre Tätigkeit durchaus mehrere Jahre in Anspruch nehmen konnte.[72] Eher symbolischer Art war die Änderung, wonach zukünftig das älteste Mitglied als Alterspräsident die konstituierende Sitzung zum Beginn der Legislatur eröffnen sollte. Zuvor stand diese Ehre dem Landammann zu, was jedoch dem Prinzip der Gewaltenteilung widersprach.[73] Neu war die Wahl eines Ratssekretärs möglich, doch sah das Parlament lange aus Kostengründen davon ab. Erst 1991 wurde zur Verbesserung der Gewaltenteilung die Stelle des Ratssekretärs geschaffen und Adrian Schmid (*1948), bislang Adjunkt der Staatskanzlei mit der Funktion «Betreuer des Grossen Rates», vom Ratsbüro gewählt.[74]

Parlamentsreform

In den 1990er-Jahren gab es immer mehr Zweifel, ob die bisherige Organisation von Staat und Verwaltung noch zeitgemäss sei und den gestiegenen Anforderungen an Parlament, Regierung und Verwaltung gerecht werden könne. Im Grossen Rat reichten die Sozialdemokratin Katharina Kerr (*1943) und der Freisinnige Daniel Heller (*1959) Vorstösse zur Einleitung einer Verwaltungsreform im Sinne des New Public Management ein, die der Regierungsrat entgegennahm.[75] 1997 startete er im Zusammenhang mit der Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltung die «Reform der Staatsleitung», die aus den Teilbereichen Demokratie-, Parlaments- und Justizreform bestand. Parlament und Regierung sollten sich auf die wesentlichsten Entscheidungen auf strategischer Ebene konzentrieren und die weniger wichtigen Anordnungen auf operativer Ebene der Verwaltung überlassen.[76] Statt wie bisher direkt in den Staatshaushalt auf der Ebene kleinster Anschaffungen einzugreifen, wurde nun eine stringente Verknüpfung von Aufgaben und Finanzen vorgenommen. Der Grosse Rat steuert nun über Ziele und Aufgaben und spricht Globalbudgets. Die Einführung erfolgte 2005 und führte unter anderem zu einer neuen Kommissionsstruktur mit neun ständigen Fachkommissionen für alle Geschäfte in ihrem Zuständigkeitsbereich. Die Parlamentsdienste wurden aus der Staatskanzlei ausgegliedert und direkt dem Grossen Rat unterstellt. Gleichzeitig wurde auch der Ratssekretär zum Protokollführer des Rates ernannt. Er löste damit den Staatsschreiber in dieser Funktion ab.[77] Damit war die Gewaltenteilung vollzogen.

Regierungsrat und Verwaltung

Das unerwartet schnelle Wachstum und die Technisierung nach dem Zweiten Weltkrieg übertrugen dem Kanton neue und zunehmend komplexere Aufgaben, die mit der bisherigen Arbeits- und Organisationsweise von Regierung und Verwaltung nicht mehr richtig zu bewältigen waren.[78] Zahlreiche Entscheide untergeordneter Bedeutung mussten durch den Regierungsrat gefällt werden, der dadurch seine Führungsaufgaben nur bedingt wahrnehmen konnte. Das hinderte die Regierungsräte allerdings nicht daran, auch für einen Sitz in der Bundesversammlung zu kandidieren. 1955 und 1959 wählten die Stimmberechtigten die beiden Regierungsrä-

121 Das 1963 im Gebäude von Gänsslen-Landolt installierte UNIVAC-UCT-System. Neben der Zentraleinheit mit 5000 Speicherstellen (Magnet-Trommelspeicher) gehörte auch ein Lochkartenleser (vorne links), ein Lochkartenstanzer (vorne rechts) sowie ein Drucker (hinten links) zum System.

122 Vertragsunterzeichnung für das erste APACO-System (Automatisches Patienten-Administrations-System mittels Computer), das 1978 im neuen Kantonsspital Baden erstmals zum Einsatz kam. Die Daten wurden via Telefonleitung an die Zentrale in Aarau übermittelt.

123 1988 baute die Abteilung Informatik eine eigene Informatikschule auf, um die Anwenderinnen und Anwender mit Word- und Excel-Programmen vertraut zu machen.

te Ernst Bachmann (1912–1995) von der FDP und Adolf Richner (1908–1982) von der SP in den Nationalrat. Aufgrund der Kantonsverfassung durfte jedoch nur einer sein Doppelmandat antreten. Das Los entschied zugunsten Bachmanns.[79]

Modernisierung durch Regierungs- und Verwaltungsreform

Eine Motion forderte 1962 die Vergrösserung des Regierungsrates von fünf auf sieben Mitglieder; sie scheiterte jedoch 1968 an der Urne.[80] Im Frühjahr 1963 leitete der Regierungsrat die ersten Vorarbeiten zu einer umfassenden Regierungs- und Verwaltungsreform ein. Einer breiten Bevölkerung wurde der Reformbedarf bewusst, als Ende 1964 der Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission zur Untersuchung der Anschuldigungen von Jakob Notter gegenüber der Justizdirektion im Grossen Rat behandelt wurde (siehe «Justizaffäre», S. 238). Die dringendsten Mängel sollten mit einem Sofortprogramm behoben werden, wozu etwa die Schaffung des regierungsrätlichen Rechtsdiensts 1965 zählte.[81] Der Regierungsrat setzte eine dreiköpfige Expertenkommission unter der Leitung von Professor Kurt Eichenberger (1922–2005) ein, der später auch die Verfassungsrevision massgeblich prägen sollte. Im Zentrum des Berichts von 1968 standen die Leitungsfunktionen des Regierungsrates. Die vorgeschlagenen Massnahmen sollten die Wirksamkeit des Regierungsrates als Kollegialbehörde verbessern. Durch die konsequente Delegation von Aufgaben und Kompetenzen an untergeordnete Stellen sollten die Regierungsräte entlastet werden, damit sie sich – unterstützt von Stäben – auf die Leitungsfunktionen konzentrieren konnten. Die Regierungsräte standen nun nicht mehr Direktionen vor, sondern leiteten Departemente, die in Abteilungen, Ämter und Anstalten, später auch Unterabteilungen und Sektionen gegliedert waren. Neu gab es fünf Grunddepartemente, die im Kern die Sachgebiete umfassten, die in die Zuständigkeit der Kantone fielen: Organisation von Staat und Gemeinden inklusive Justiz und Polizei (Departement des Innern), Erziehung, Finanzen, Gesundheitswesen und Bau. Die freien Sachgebiete (z. B. Landwirtschaft oder Militär) konnte der Regierungsrat nach persönlicher Neigung und Arbeitsbelastung zuteilen. Die Staatskanzlei wurde ausgebaut und um einen Informationsdienst erweitert. Die Rolle des Staatsschreibers wurde aufgewertet. Als «erster Mitarbeiter des Landammanns» oblag ihm die Koordination der übrigen Stabsstellen des Regierungsrates.[82]

Rasch steigender Personalbestand

Auf Beginn der Legislatur 1969 trat das neue Organisationsdekret in Kraft, womit die Grundlage für die weitere Umsetzung der Verwaltungsreform «von oben nach unten» gelegt wurde. Im Personalbereich trat 1971 ein neues Besoldungsdekret in Kraft, und 1974 erklärte der Regierungsrat für alle Departemente ein Qualifikationssystem für verbindlich.[83] Die neue Kompetenzverteilung machte die Verwaltung flexibler, erhöhte aber gleichzeitig die Verantwortung des mittleren Kaders. Die zunehmend komplexeren Aufgaben verlangten vermehrt nach einer Arbeitsteilung und qualifiziertem Fachpersonal. Obwohl mit der Verwaltungsreform etliche Aufgaben rationeller erledigt werden konnten, führten die zahlreichen neuen Aufgaben zu einem starken Wachstum im Personalbereich. Zwischen 1964 und 1978 stieg der Personalbestand des Staatspersonals von 4336 auf 7497 Personen, was einer Zunahme von 73 Prozent entspricht. Darin enthalten ist neben den Lehrpersonen auch das Spitalpersonal. Betrachtet man nur die Beamtenstellen, so erhöhten sich diese im gleichen Zeitraum von 778 auf 1145 (plus 47 Prozent).[84] Im interkantonalen Vergleich leistete sich der Kanton Aargau dennoch eine der günstigsten Verwaltungen. 1972 beschäftigte er pro tausend Einwohnerinnen und Einwohner 2,5 Beamte. Zum Vergleich: 4,6 waren es in Solothurn, 4,3 in Luzern und 5,1 im Kanton Basel-Landschaft.[85] Der direkte Vergleich ist jedoch schwierig, weil die Aufgabenverteilung zwischen Kantonen und Gemeinden verschieden ist.

Einführung der EDV

Das Personalwachstum wäre noch höher ausgefallen, hätte der Kanton nicht schon früh auf die Elektronische Datenverarbeitung (EDV) gesetzt. 1961 beschloss der Regierungsrat, die EDV in der Verwaltung einzuführen. Bereits im folgenden Jahr konnten zusammen mit der Firma Remington Rand auf einer gemieteten UNIVAC-UCT-Anlage verschiedene Aufgaben wie etwa die Holzmassenberechnung für die Waldwirtschaftspläne, die Lehrerinnen- und Lehrerbesoldungen oder die Berechnung der AHV-Gemeindebeträge automatisiert und rationalisiert werden. Nach dem bisherigen konventionellen Verfahren wäre ein Beamter für die Berechnung der 72 Waldwirtschaftspläne 72 Wochen beschäftigt gewesen. Die statistische Abteilung benötigte für das Lochen und Prüflochen der Lochkarten zehn Tage. Die Berechnungen und Schreibarbeiten auf dem Computer dauerten insgesamt drei Stunden. Auch der Blick über die Kantonsgrenzen zeigt, dass fast alle Nachbarkantone auf EDV setzten oder die Einführung ernsthaft prüften. 1963 beschloss der Grosse Rat die Anschaffung einer kantonalen UNIVAC-UCT-Anlage für 800 000 Franken.[86] Die Anschaffung zahlte sich aus. Zwar konnte der Personalbestand erwartungsgemäss nicht gesenkt, aber der weitere Anstieg gedämpft werden. Es war nun möglich, für anstehende Entscheide bessere Entscheidungsgrundlagen, etwa Modellrechnungen, bereitzustellen. 1971 beschloss der Grosse Rat, ein neues System von Siemens anzuschaffen. Damit kamen erstmals neue Technologien wie Magnetplatten (Disc), Magnetbänder sowie Realtime-Processing zum Einsatz. Bereits 1973 wurde das neu erbaute Strassenverkehrsamt in Schafisheim mit einem Online-System und dezentralen Terminals ausgerüstet. Zwei Jahre später wurde auch das thurgauische Strassenverkehrsamt angeschlossen. Das war der Beginn der interkantonalen Zusammenarbeit im Informatikbereich.[87] Das kantonale Rechenzentrum wurde der Staatskanzlei unterstellt und erbrachte Dienstleistungen nicht nur für die kantonalen Amtsstellen und Anstalten, sondern auch für Gemeinden und

Dritte. In den folgenden Jahren musste die Rechenkapazität laufend ausgebaut werden, wobei zunehmend die Datensicherheit zu einem Thema wurde.[88] In den 1980er-Jahren kamen erste dezentrale Personal Computer zum Einsatz und veränderten die Arbeit in der Verwaltung erneut grundlegend.[89] Es dauerte aber noch einige Jahre, bis alle Schreibmaschinen ausser Betrieb genommen wurden.

Modernisierung der Staatsverwaltung

1984 überwies der Grosse Rat ein Postulat des Freisinnigen Edmond Bürgi (*1931), worin eine externe Evaluation der kantonalen Verwaltung gefordert wurde. Drei Jahre später beauftragte der Regierungsrat die Firma Hayek Engineering AG, eine Grobanalyse durchzuführen. Der Bericht stellte der Staatsverwaltung grundsätzlich ein gutes Zeugnis aus und zeigte verschiedene Massnahmen zur Kostenreduktion auf.[90]

In den 1990er-Jahren veränderte sich die Arbeitswelt, und es kamen neue Formen der Arbeitszeitgestaltung auf, so etwa Teilzeitarbeit und als Folge davon auch Jobsharing. Das alte Beamtenrecht erwies sich in dieser Hinsicht als schwerfällig und nicht mehr zeitgemäss. Der Beamtenstatus wurde abgeschafft, und das neue Personalgesetz aus dem Jahr 2000 orientierte sich am Obligationenrecht.[91]

Einführung der WOV

Unter dem Einfluss des New Public Management, das in den 1990er-Jahren in den öffentlichen Verwaltungen Einzug hielt, kam es zu weiteren Reformen in der Staatsverwaltung mit dem Ziel, mehr nach betriebswirtschaftlichen Ansätzen zu arbeiten. Einerseits erhoffte man sich davon mehr Effizienz und Kosteneinsparungen. Andererseits war die Verwaltung inzwischen so gross geworden, dass die bisherigen Kontroll- und Steuerungsmechanismen immer weniger passten. Verschiedene Kantone starteten Mitte der 1990er-Jahre Projekte zur Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOV): Luzern (1994), Wallis (1994), Solothurn (1995) und Zürich (1996). Nach Vorstössen aus dem Grossen Rat 1994/95 leitete der Regierungsrat 1997 das Projekt «Reform der Staatsleitung» ein, das aus verschiedenen Teilbereichen bestand.[92] Nach einem Parlamentsentscheid setzte der Regierungsrat 2005 eine Regierungsreform um. Schnittstellen konnten reduziert, Arbeitsabläufe vereinfacht und departementsinterne Interessenkonflikte gelöst werden. Sichtbarstes Zeichen gegen aussen war die Umbenennung der Departemente, die teilweise mit dem Abtausch von Aufgabenbereichen verbunden war.[93]

Ein wichtiges Ziel der WOV war die Entflechtung der politischen Führung von der betrieblichen Steuerung. In diesem Zusammenhang wurden in den 1990er-Jahren auf allen Staatsebenen ehemalige Anstalten des öffentlichen Rechts in öffentlich-rechtliche oder gar privatrechtliche Aktiengesellschaften umgewandelt und «entpolitisiert»: Aargauisches Elektrizitätswerk (1999),[94] Kantonsspitäler Aarau, Baden und Königsfelden (2004),[95] Aargauische Gebäudeversicherung (2008, ehemals Aargauisches Versicherungsamt inklusive Integration der Kantonalen Unfallkasse).[96] War es früher üblich, dass verdiente Politikerinnen und Politiker nach dem Ausscheiden aus dem Ratsbetrieb vom Regierungsrat in ein Aufsichtsgremium einer Staatsanstalt gewählt wurden, versiegte diese nachträgliche Honorierung der Miliztätigkeit.

Das kantonale Justizwesen

Obwohl das Bundesrecht viele Bereiche des Lebens regelt, hatten die Kantone bis zur Einführung der schweizerischen Zivil- und der schweizerischen Strafprozessordnung 2011 eine grosse Freiheit in der Festlegung der verfahrensrechtlichen Bestimmungen wie auch in der Organisation der Gerichte. Während die Rechtslehre zwischen dem Gerichtsverfassungsrecht und dem Verfahrensrecht unterscheidet, war diese Trennung in der aargauischen Gesetzgebung – wie auch in anderen Kantonen – immer nur mehr oder weniger konsequent vollzogen worden.[97] So wurde etwa bei der Schaffung des Handelsgerichts (1887) oder der Arbeitsgerichte (1944) je ein Gesetz geschaffen, das sowohl organisatorische wie auch prozessuale Bestimmungen enthielt. Bei der Umsetzung von Bundesvorgaben liess man sich durchaus Zeit. So konnte erst 2020 der 1912 mit dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches gefasste Auftrag zur Einführung des eidgenössischen Grundbuches im Aargau erfüllt werden.

Kantonale Strafprozessordnung 1960

Mit dem Einführungsgesetz zum Schweizerischen Strafgesetzbuch vom 18. Oktober 1940 wurden die notwendigen Anpassungen des Prozessrechts und der Gerichtsorganisation im Aargau vorgenommen.[98] Inhaltliche Neuerungen erfolgten erst mit der kantonalen Strafprozessordnung, die 1960 in Kraft trat.[99] Wichtige Ziele der Reform waren die Vereinfachung des Verfahrens sowie die Stärkung des Rechtsschutzes der Beteiligten. So durften Beschuldigte nun vom Beginn des Ermittlungsverfahrens an einen Verteidiger beiziehen. Ausgebaut wurde auch die amtliche Verteidigung. Zur Entlastung der Gerichte von Bagatellverfahren führte man das Opportunitätsprinzip ein. Waren früher die Bezirksgerichtspräsidenten als Untersuchungsrichter für die schwersten Fälle zuständig, so lag diese Aufgabe neu beim Bezirksamtmann, der schon zuvor in den einfacheren Fällen die Untersuchung geleitet hatte. Das Schwur- beziehungsweise Kriminalgericht wurde zu einem Geschworenengericht und war als kantonale Instanz für die Straftatbestände zuständig, die gemäss Strafgesetzbuch ausschliesslich mit Zuchthaus oder wahlweise mit Zuchthaus oder mit Gefängnis von mindestens einem Jahr bestraft wurden. Auch entschieden nun nicht mehr nur Laien (Geschworene) über die Schuldfrage, sondern fünf Geschworene zusammen mit zwei Oberrichtern. Der Grosse Rat nahm aber hin, dass bei leichteren Delikten die Verurteilten die Möglichkeit hatten, Schuldspruch und Strafmass des Bezirksgerichts an das Obergericht weiterzuziehen, während die Urteile des Geschworenengerichts nicht beschwerdefähig waren. Dieser und weitere Kritikpunkte führten zur Abschaffung

Von der Bezirks- zur Zentralverwaltung

Das Bezirksamt als untere staatliche Verwaltungsinstanz war lange ein wichtiges Bindeglied zwischen der Regierung und der kantonalen Verwaltung auf der einen und der Bevölkerung und den Gemeinden auf der anderen Seite. Die Bezirksämter waren näher bei den Menschen und konnten dadurch sowohl unmittelbarer im Sinn der kantonalen Behörde einwirken als auch Anliegen aufnehmen und nach Aarau weiterleiten. Der Vollzug wichtiger Entscheide des täglichen Lebens geschah nicht im fernen Aarau, sondern vor Ort. An der Spitze stand ein ab 1869 von der Bevölkerung gewählter Bezirksamtmann.[1] Er war kein anonymer Beamter, sondern ein in der Bevölkerung bekannter Mann – Frauen bekleideten dieses Amt bis zur Abschaffung 2012 nie. Die kantonale Strafprozessordnung von 1960 führte zu einer deutlichen Mehrbelastung der Bezirksämter, deren Personal in der Regel aus dem Bezirksamtmann, dem Bezirksverwalter und einem Kanzlisten bestand.[2] Der Regierungsrat setzte 1961 eine Reorganisationskommission ein, die zum Schluss kam, dass die gestiegene Mobilität, die bessere Kommunikation (Telefon), die höheren Ansprüche an die Verwaltung und der damit verbundene Bedarf an Fachpersonal für eine weitgehende organisatorische Konzentration der kantonalen Verwaltung sprächen und die Bezirksämter deswegen nicht mehr Personal, sondern weniger Aufgaben erhalten sollten. Zukünftig sollten sie hauptsächlich im Straf- und Untersuchungswesen tätig sein, was damals mehr als die Hälfte ihrer Arbeit ausmachte. Während einige Aufgaben in die Zentralverwaltung verschoben wurden, fielen andere weg. So wurden sie etwa von der «Briefträgerfunktion» entlastet, indem Verfügungen aus Aarau direkt und nicht mehr via Bezirksamtmann zugestellt wurden.

Nicht alle waren mit dem Umbau einverstanden, doch stimmte ihm der Grosse Rat 1967 zu.[3] 2004 fielen die jährlichen Inspektionen der Gemeindekanzleien weg und damit auch der regelmässige direkte Kontakt mit den Gemeinden.[4] Die Verwaltungstätigkeit machte noch etwa zwanzig Prozent der Arbeitszeit aus, der Rest fiel im Strafwesen an. Bei der Umsetzung der schweizerischen Strafprozessordnung entschied sich der Kanton Aargau für ein Staatsanwaltschaftsmodell. Dies besiegelte das Ende der Bezirksämter, deren verbliebene Aufgaben entweder ersatzlos wegfielen oder an die kantonale Verwaltung übergeben wurden. 2013 trat die neue schweizerische Strafprozessordnung in Kraft.[5]

1 StAAG, DIA03/0062, Bericht der Kommission zur Überprüfung der Reorganisation der Bezirksämter, 6f.
2 Müller 2017, 72–75.
3 GRP 14.6.1966, Art. 486; 31.10.1967, Art. 987; Botschaft zur Reorganisation der Bezirksämter vom 31. August 1967.
4 Botschaft (01.208) Aufgabenteilung Kanton – Gemeinden vom 8.8.2001.
5 Botschaft (09.258) Einführungsgesetz StPO und Einführungsgesetz JStPO vom 2.9.2009.

124 Bezirksamtmann Alfred Loop (*1940) nimmt die frisch gewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte des Bezirks Brugg in Pflicht. Als Vertreter der Regierung und der Verwaltung übte er in verschiedenen Bereichen die Aufsicht über die Gemeinden aus.

Grafik 23a

Aufgabenbereiche und Entlastung der Bezirksämter in den 1960er-Jahren

STRAFUNTERSUCHUNG (AUSWAHL)		
Aufgabenbereiche der Bezirksämter	Entlastung durch	
— Durchführung aller Strafuntersuchungen durch den Bezirksamtmann als ordentlicher Untersuchungsbeamter — Beurteilung von Strafbefehlssachen durch den Bezirksamtmann als Strafbefehlsrichter — Behandlung von Rechtshilfegesuchen ausserkantonaler Behörden	— Erweiterung der gemeinderätlichen Strafkompetenz bei geringfügigen Übertretungen — Bussenerhebung durch die Polizei an Ort und Stelle — Vereinfachung des Verzeigungs- und Strafbefehlsverfahrens	Ab 1963

BEZIRKSVERWALTUNG (AUSWAHL)		
Aufgabenbereiche der Bezirksämter	Entlastung durch	
Aufsichts-, Kontroll- und Verwaltungsaufgaben in den Bereichen — Gemeindeverwaltung — Wahlen und Abstimmungen — Zivilstandswesen — Steuerwesen — Feuerpolizei — Landwirtschaft — Forstwesen — Jagd und Fischerei — Wirtschaftswesen — Fabrik- und Gewerbewesen — Vormundschaftswesen — Armenfürsorge — Fremdenpolizei — Gesundheitswesen — Vollstreckung von Straf- und Zivilurteilen	— Gebühreneinzug aus Legalisationen und Bürgerbriefen durch Staatskanzlei — Einzug der Wirtschafts- und Mittelhandelsgebühren durch Polizeidirektion — statistische Erhebungen durch das Statistische Amt — Begleichung der Telefonrechnungen der Polizeiposten durch Staatsbuchhaltung; — Verzicht auf die Verwendung von Gebührenmarken bei den Bezirksämtern	Ab 1962/63
	— Materielle und formelle Prüfung der Gemeinderechnungen durch neu zu schaffendes Gemeindeinspektorat — Führung der Forstrechnungen durch das Oberforstamt — Verwaltung der staatlichen Fonds und Stiftungen durch Finanzdirektion — Einzug von Jagdkartengebühren durch Finanzdirektion	Ab 1967

Grafik 23b

Aufgabenverschiebung infolge Abschaffung der Bezirksämter 2013

AUFGABENBEREICHE BEZIRKSAMT (ANTEIL)	AUFGABEN	ENTWICKLUNG NACH AUFLÖSUNG
Strafverfolgung/ Strafvollzug (80%)	Strafuntersuchungen und Strafbefehlswesen	Staatsanwaltschaften/Justizverwaltung
Bezirksverwaltung (20%) (Auswahl)	Gemeindeaufsicht/Kanzleiinspektionen	Zentralverwaltung (ZV): Gemeindeabteilung 2014
	Vormundschaftswesen/FFE	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Familiengericht)
	Wahlen und Abstimmungen im Bezirk	ZV: Staatskanzlei
	Bewilligung von Sammlungen für wohltätige Zwecke	Wegfall
	Bewilligung von Tombolas mit einer Plansumme bis CHF 25 000.-	Wegfall
	Feuerwehrrapporte archivieren	Wegfall
	Betreibung von Gemeinden	Konkursamt
	Verfügungen gegen Hundehalter	ZV: Kantonaler Veterinärdienst
	Beglaubigung von Zivilstandsdokumenten	ZV: Justizabteilung
	Waffenerwerb	Polizeikommando
	Inpflichtnahme der Gemeinderäte	ZV: Departement Volkswirtschaft und Inneres
	Adoptionswesen	ZV: Justizabteilung
	Fundbüro	Gemeinden
	Auflage von Gesetzessammlungen	Wegfall
	Fischereiwesen (Freianglerkarten)	Departement Bau, Verkehr, Umwelt

Grafik 23a und b Aufgabenverschiebung vom Bezirksamt zur Zentralverwaltung. Bedingt durch eine höhere Mobilität und moderne Kommunikationsmittel, verlor das Bezirksamt als untere staatliche Verwaltungsinstanz an Bedeutung, indem immer mehr Aufgaben durch die kantonale Zentralverwaltung in Aarau übernommen wurden. Quellen: StAAG, DIA03.0062, Bericht der Kommission zur Überprüfung der Reorganisation der Bezirksämter, 21.2.1966; Botschaft (2467) Reorganisation der Bezirksämter, 31.8.1967; 09.258 Botschaft zum EG StPO und EG JStPO vom 2.9.2009, 31–36.

des Geschworenengerichts 1976. Fortan waren die Bezirksgerichte auch für die schweren Straffälle als erste Instanz zuständig.[100]

Schweizerische Strafprozessordnung und Jugendstrafverfahren

Mit der Einführung der schweizerischen Strafprozessordnung per 2011 endete die kantonale Zuständigkeit für die Verfahrensregelung. Der Aargau musste vom bisherigen Untersuchungsrichter- zum Staatsanwaltschaftsmodell wechseln. Damit verbunden war ein personeller Mehraufwand von mehr als einem Drittel, infolge der Einführung des Haftrichterverfahrens, der ausgedehnteren Anwesenheitspflicht der Staatsanwälte und Staatsanwältinnen sowie der Ausdehnung des Unmittelbarkeitsprinzips und schärferer Protokollierungspflichten.[101]

Das Strafgesetzbuch von 1942 führte ein Sonderrecht für die Behandlung straffälliger Kinder und Jugendlicher zwischen 6 und 18 Jahren ein. Dahinter stand die Überzeugung, dass bei ihnen der Fokus auf Erziehung und Fürsorge zu legen sei. Während einige Kantone ähnliche Bestimmungen bereits kannten, begann für die aargauische Strafjustiz ein neues Zeitalter. In den Bezirken entstanden dreiköpfige Jugendgerichte, die von den Bezirksgerichten gewählt wurden und auch Frauen offenstanden.[102] Die kantonale Jugendanwaltschaft wurde 1958 gestärkt durch eine Erweiterung der Strafbefehlskompetenz, wodurch das Jugendgericht von Bagatellfällen entlastet werden konnte. Die Schulpflegen wurden zu einem eigenständigen Organ aufgewertet, weil die Kontrollkompetenz der Jugendanwaltschaft entfiel. Diese blieb allerdings weiterhin zuständig für jene Fälle, in denen eine Erziehungsmassnahme notwendig war.[103] Die Schulpflegen behielten ihre Zuständigkeit bis zur Einführung der schweizerischen Jugendstrafprozessordnung per 1. Januar 2011. Seither ist die Jugendanwaltschaft für alle Fälle verantwortlich.[104]

Gerichtsorganisation

1980 behandelte der Grosse Rat drei wichtige Justizgesetze.[105] Das neue Gesetz über die Organisation der ordentlichen richterlichen Behörden regelte die grundlegende Organisation der Friedensrichter, der Bezirksgerichte sowie des Obergerichts und löste drei frühere Gesetze aus dem Jahr 1852 ab. Gegenüber dem Regierungsrat verschärfte der Grosse Rat die Wählbarkeitsvoraussetzungen im fachlichen Bereich. Fallen gelassen wurde dagegen die frühere Bestimmung der alten Verfassung, wonach aus einem Bezirk nie mehr als zwei Mitglieder gleichzeitig dem Obergericht angehören durften.[106] Mit der Revision wurde auch die Unabhängigkeit der richterlichen Gewalt gegenüber Regierung und Verwaltung gestärkt.[107]

Zivilgerichtsbarkeit

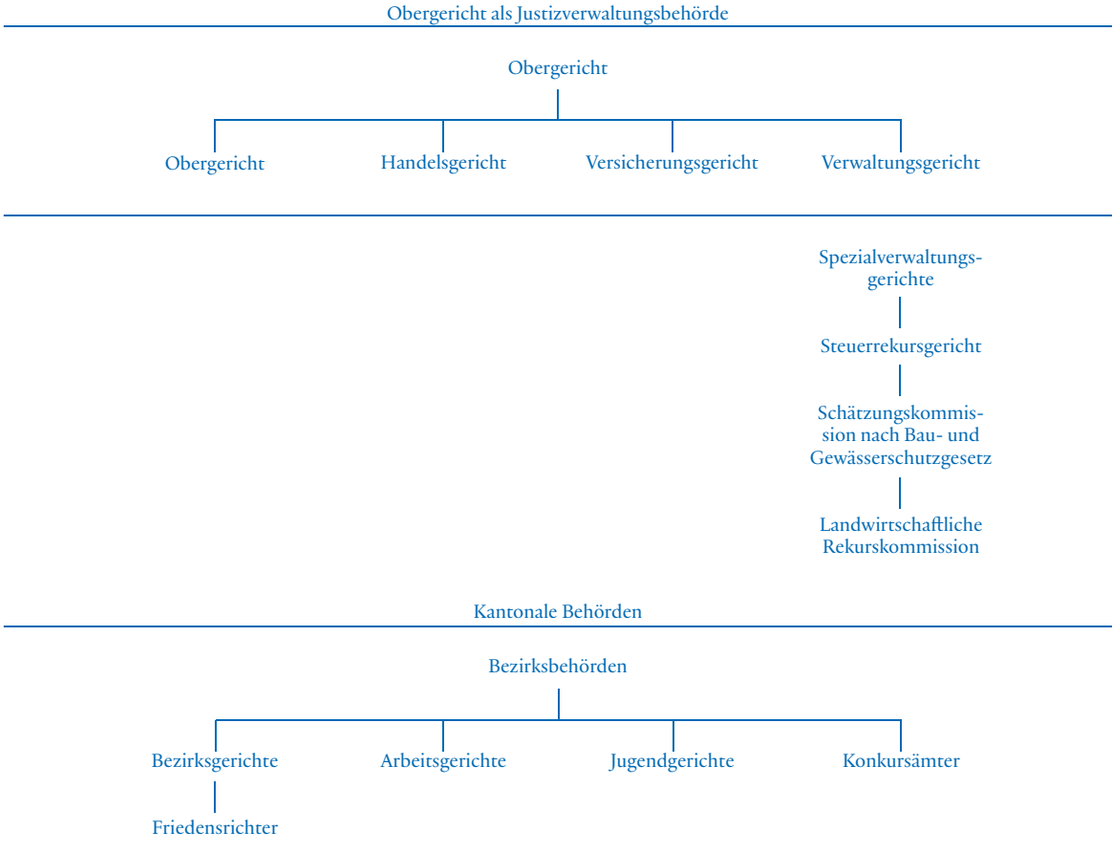
Per 1. Januar 1988 traten im Kanton die neuen Justizgesetze in Kraft, darunter das Gesetz über die Zivilrechtspflege, die sogenannte Zivilprozessordnung (ZPO). Erst nachdem klar war, dass die schweizweite Vereinheitlichung (noch) nicht mehrheitsfähig war, packte der Regierungsrat die Revision des Gesetzes von 1900 an. Ausgehend vom vertrauten aargauischen Recht orientierte sich der Entwurf von 1980 vorwiegend an den Prozessordnungen der Nachbarkantone Bern, Solothurn und Zürich.[108] Die eingeführten Neuerungen zielten hauptsächlich auf eine Beschleunigung und Vereinfachung der Verfahren. Die neue ZPO bewährte sich. Im Zusammenhang mit den Massnahmen zur Erneuerung der Justiz wurden einige Anpassungen vorgenommen, die 1998 in Kraft traten. So wurde beispielsweise die Entscheidkompetenz der Friedensrichter weiter erhöht und das Sühneverfahren in Ehescheidungssachen vor dem Gemeindeammann abgeschafft.[109] 2011 trat die schweizerische Zivilprozessordnung in Kraft, wobei die Gerichts- und Behördenorganisation weiterhin Sache des Kantons blieb.[110]

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Ein bedeutsamer Ausbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit erfolgte mit der Inkraftsetzung des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege per 1. April 1969.[111] Als achter Kanton erliess der Aargau ein eigenes Gesetz und schuf aus der bisherigen verwaltungsgerichtlichen Abteilung des Obergerichts mit einer eng begrenzten Zuständigkeit ein dem Obergericht angegliedertes Verwaltungsgericht mit weiter reichenden Kompetenzen. Dem Entscheid vorausgegangen war ein langwieriger Prozess, der fast ein Vierteljahrhundert gedauert hatte.[112] Der Bericht einer Parlamentarischen Untersuchungskommission unter dem Vorsitz des späteren Regierungsrates Louis Lang (1921–2001) legte 1964 Mängel in der Verwaltungsführung offen und begünstigte die Umsetzung verschiedener Reformvorhaben (siehe «Justizaffäre», S. 238).[113] Der Aargau führte sowohl eine umfassende Verwaltungsgerichtsbarkeit für im Gesetz abschliessend aufgezählte Gebiete als auch eine prinzipale Normenkontrolle – eine schweizweite «Nouveauté» – ein. Dem Verwaltungsgericht konnten nun sowohl konkrete Einzelfälle als auch Rechtsvorschriften generell zur Überprüfung auf ihre Verfassungs- und Gesetzmässigkeit hin vorgelegt werden. Dies stärkte die Gewaltentrennung und führte die Möglichkeit ein, Verfügungen von Verwaltungsbehörden durch ein Gericht überprüfen zu lassen. Zuvor mussten Rekurse vom Regierungsrat entschieden werden, der damit zum Richter in Angelegenheiten ihm untergeordneter Amtsstellen wurde. Ein Antrag, auch Frauen als Ersatzrichterinnen für wählbar zu erklären, scheiterte in der ersten Lesung deutlich. Nur acht Monate später in der zweiten Lesung wurde er jedoch klar angenommen – noch vor der Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts.[114] Das Verwaltungsgericht konnte sich rasch etablieren und erhielt im Laufe der Zeit weitere Zuständigkeiten zugeteilt, wodurch der Rechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger ausgebaut und die Gewaltentrennung verbessert werden konnten.

Grafik 24

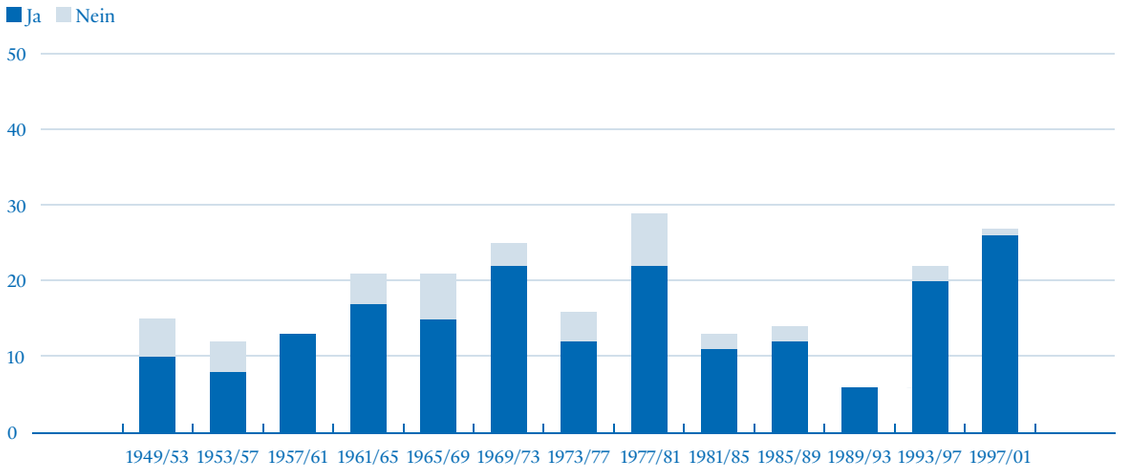
Die kantonalen Justizbehörden nach der Revision der Gerichtsorganisation von 1988



Grafik 24 Die kantonalen Justizbehörden nach der Revision der Gerichtsorganisation. Die neue Kantonsverfassung von 1980 bestimmte, dass die Justizverwaltung Sache der Gerichte sei. Zuvor unterstand die Justizverwaltung dem Departement des Innern, das unter anderem für den Voranschlag und das Rechnungswesen zuständig war. Quelle: Staatskalender des Kantons Aargau 1989.

Grafik 25

Anzahl der Abstimmungsvorlagen in kantonalen Angelegenheiten



Grafik 26

Altersstruktur im Grossen Rat und Verfassungsrat 1973 (in Prozent)

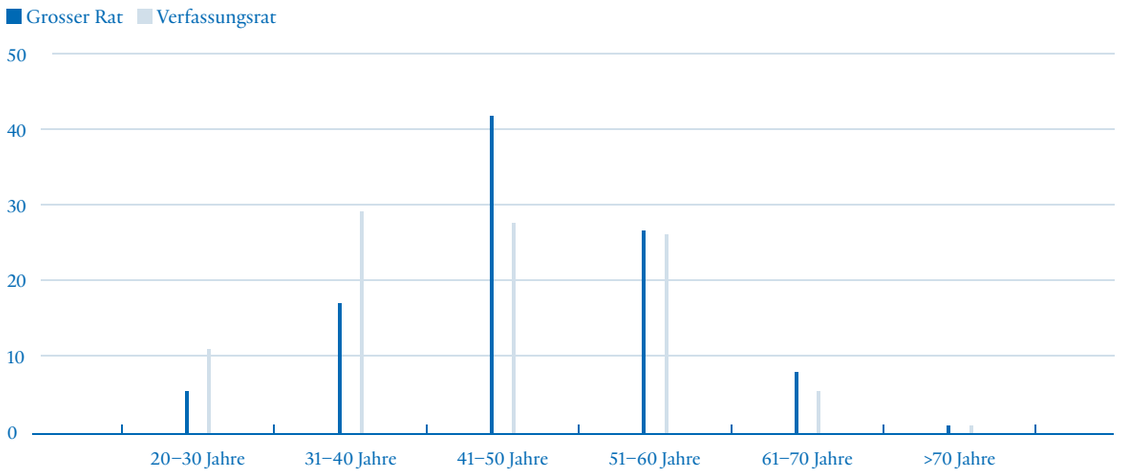


Tabelle 10

Gegenüberstellung der Sitzzahl bei der Wahl des Verfassungsrates und des Grossen Rates 1973

	Aarau		Baden		Brem-garten		Brugg		Kulm		Laufen-burg		Lenz-burg		Muri		Rhein-felden		Zofin-gen		Zurzach		Total	
	GR	VR	GR	VR	GR	VR	GR	VR	GR	VR	GR	VR	GR	VR	GR	VR	GR	VR	GR	VR	GR	VR	GR	VR
CVP	2	2	17	18	11	10	1	1			5	4			7	7	4	4	1	1	6	6	54	53
SP	8	7	8	8	2	2	5	5	4	4	1	1	6	6			3	3	8	8	2	2	47	46
FDP	8	8	6	6	3	3	4	3	3	3	1	2	5	5	2	2	2	2	6	6	1	1	41	41
SVP	4	4	2	2	2	2	3	4	4	4	2	2	4	4			2	2	4	4	2	2	29	30
EVP	1	2	1	1			1	1	2	2			1	1					2	3			8	10
Republi-kaner	1	1	2	2	1	1	1	1	1	1									1	1			7	7
Nationa-le Aktion	1	1	1	1									1	1									3	3
LdU	2	2	4	3		1	1	1											2	1			9	8
Team 67			2	2																			2	2
	27	27	43	43	19	19	16	16	14	14	9	9	17	17	9	9	11	11	24	24	11	11	200	200
Frauen	2		6	1		2	1		1	1	1			3	1	1	1	2	1	1		1	14	12

Grafik 12 Anzahl der Abstimmungsvorlagen in kantonalen Angelegenheiten. Die Aargauer Stimmberechtigten wurden häufig an die Urne gerufen, da sowohl Verfassungs- als auch Gesetzesänderungen dem obligatorischen Referendum unterstanden. Quellen: u. a. Amtsblatt des Kantons Aargau.
Grafik 13 1973 fanden zeitgleich mit den Grossratswahlen die Wahlen für den Verfassungsrat statt. Das Durchschnittsalter war im Verfassungsrat um drei Jahre tiefer als im Grossen Rat. Insbesondere die Altersgruppe der Zwanzig- bis Vierzigjährigen war wesentlich stärker vertreten als im Grossen Rat. Quelle: Rüegg 1989, 144.
Tabelle 10 1973 fanden zeitgleich die Wahlen für den Grossen Rat und den Verfassungsrat statt. Die parteipolitische Zusammensetzung fiel dabei nahezu gleich aus und zeigt, dass die parteipolitische Präferenz auch beim Verfassungsrat entscheidend war.

Justizreformen gegen die Überlastung der Gerichte

Ab 1980 und vor allem in den 1990er-Jahren nahm die Belastung der Gerichte sehr stark zu, weshalb Obergericht und Regierungsrat in den Jahren 1994/95 einen Bericht über «Massnahmen zur Verwesentlichung und zur Entlastung der Justiz» erarbeiteten. Mit dem Paket «Justizreform 1» wurde die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts erweitert, die Grösse der Spruchkörper beim Obergericht reduziert und die Kompetenz der Einzelrichter an den Bezirksgerichten erweitert. Kurzzeitig trat eine Entlastung ein, die jedoch durch die steigenden Fallzahlen 1998 bereits wieder zunichtegemacht wurde.[115] Neue bundesrechtliche Vorgaben, Staatsverträge und die übergeordnete Rechtsprechung sorgten nicht nur für zunehmenden Aufwand, sondern begrenzten gleichzeitig auch den kantonalen Handlungsspielraum für weitere Entlastungsmassnahmen.[116] Ab dem Jahr 2000 erfolgten mit der «Justizreform 2» die organisatorische Zusammenlegung der Spezialverwaltungsgerichte (2005), die Schaffung der Justizleitung als oberstes Führungsorgan und die Einsetzung einer Aufsichtskommission sowie die Organisation der Bezirksgerichte in Abteilungen (Zivilgericht, Strafgericht, Arbeitsgericht, Jugendgericht und Familiengericht) mit eigenen Gerichtspräsidentinnen und -präsidenten (alle ab 2013 in Kraft). Gleichzeitig wurde die Wohnsitzpflicht für Richterinnen und Richter, die seither nicht mehr im eigenen Bezirk, sondern nur noch im Aargau wohnen müssen, aufgeweicht.[117]

Der Staat wird modernisiert – die Verfassung von 1980

Die Ausarbeitung der neuen Kantonsverfassung von 1980 ist im Aargau das wichtigste gesetzgeberische Werk in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Erste Versuche zur Totalrevision der Verfassung scheiterten 1909 und 1919. Die Verfassung von 1885 wurde in 28 Teilrevisionen mehrmals an veränderte Demokratie-, Sozialstaats- und Rechtsstaatsforderungen angepasst.[118] Trotzdem entsprach sie in den zukunftsbejahenden Nachkriegsjahren immer weniger den Anforderungen. Sie regelte teilweise Detailfragen, denen aus staatsrechtlicher Sicht kein Verfassungsrang zukam. Immer zahlreicher wurden die Vorstösse im Grossen Rat, die grundsätzliche Fragen der staatlichen Organisation betrafen. In dieser Zeit des schnellen Wandels und der allgemeinen Aufbruchsstimmung zeigten sich verschiedentliche Mängel in der herkömmlichen Politik. 1964 erschien schliesslich auch die viel beachtete Schrift «Helvetisches Malaise» des Staatsrechtlers Max Imboden (1915–1969), der sich für eine Revision der Bundesverfassung starkmachte.

Den Anfang machen zwei Vorstösse

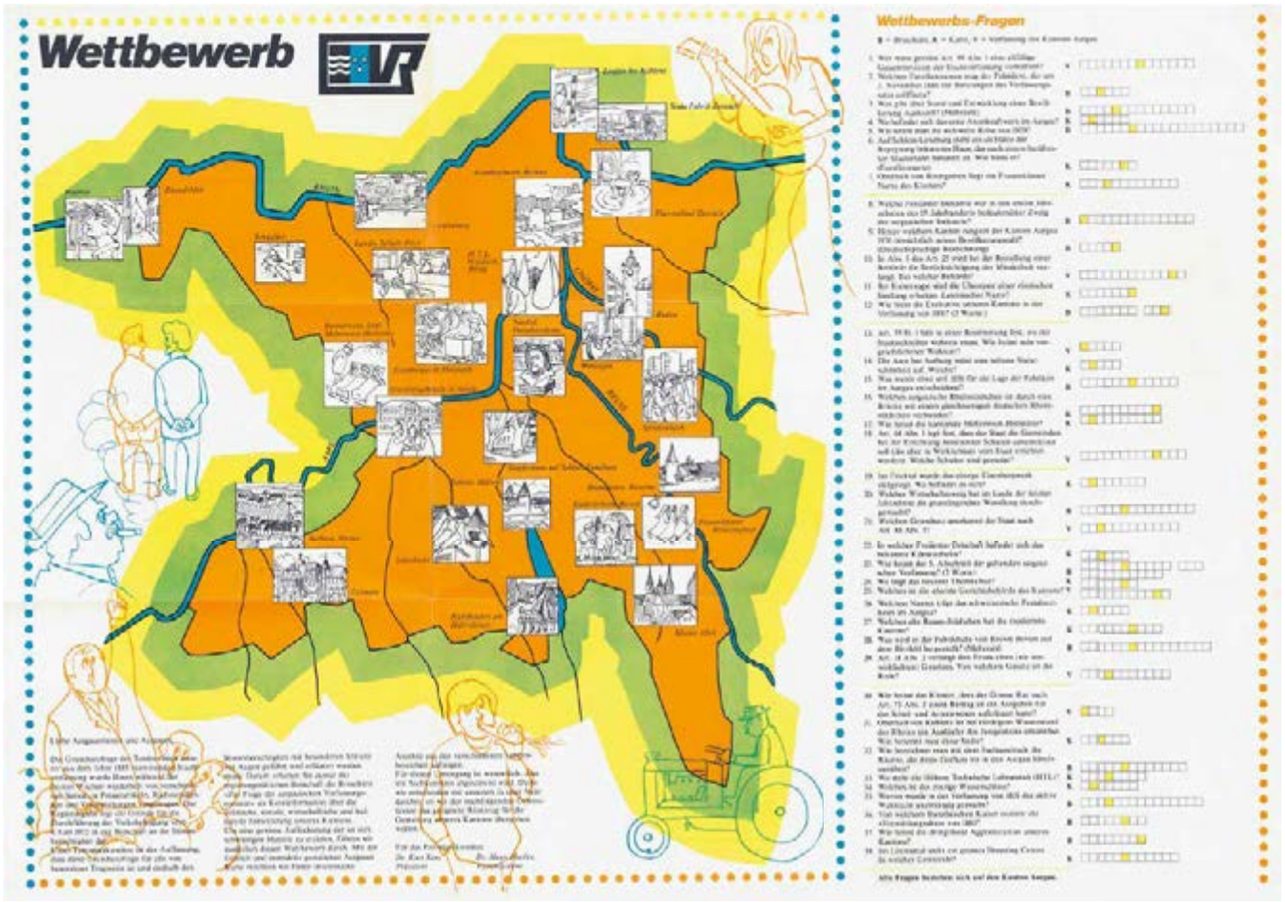
Im Aargau reichten am 8. Juni 1965 LdU-Grossrat Jakob Hohl und am 19. Oktober 1965 CVP-Grossrat Julius Binder Motionen ein, worin sie eine Totalrevision der Staatsverfassung verlangten.[119] Nach Hohl brachte die aktuelle Verfassung «das Verhältnis der Bürger zum Staat» nicht mehr zum Ausdruck, und Binder begründete, es gelte, «die Staatsverfassung der Staatswirklichkeit» anzupassen. Am 8. Februar 1966 erklärte sie der Grosse Rat für erheblich.[120] Der Regierungsrat setzte am 11. Januar 1968 eine 13-köpfige Arbeitsgruppe ein, die unter dem Vorsitz von Regierungsrat Leo Weber (1920–1995) den Revisionsbedarf abklärte.[121] Am 8. Juli 1971 stimmte der Grosse Rat in zweiter Lesung der Vorlage zur Totalrevision zu. Aufgrund einer staatsrechtlichen Beschwerde, ob für die Information der Bevölkerung ein Rahmenkredit von 100 000 Franken zur Verfügung zu stellen sei, konnte die Volksabstimmung nicht mehr im gleichen Jahr durchgeführt werden.[122] Das Bundesgericht lehnte die Beschwerde ab, und am 4. Juni 1972 stimmten 46 756 (66,7 Prozent) Aargauerinnen und Aargauer für die Revision und 23 298 (33,3 Prozent) dagegen. Ein Wermutstropfen war die geringe Stimmbeteiligung von knapp einem Drittel. Dass vom Zeitpunkt der Überweisung der Motionen bis zur Volksabstimmung mehr als sechs Jahre vergangen waren, hatte eine nicht zu unterschätzende, positive Folge: Inzwischen waren nämlich auch die Frauen stimmberechtigt und zu gleichwertigen Staatsbürgerinnen geworden.

Wahl des Verfassungsrates 1973

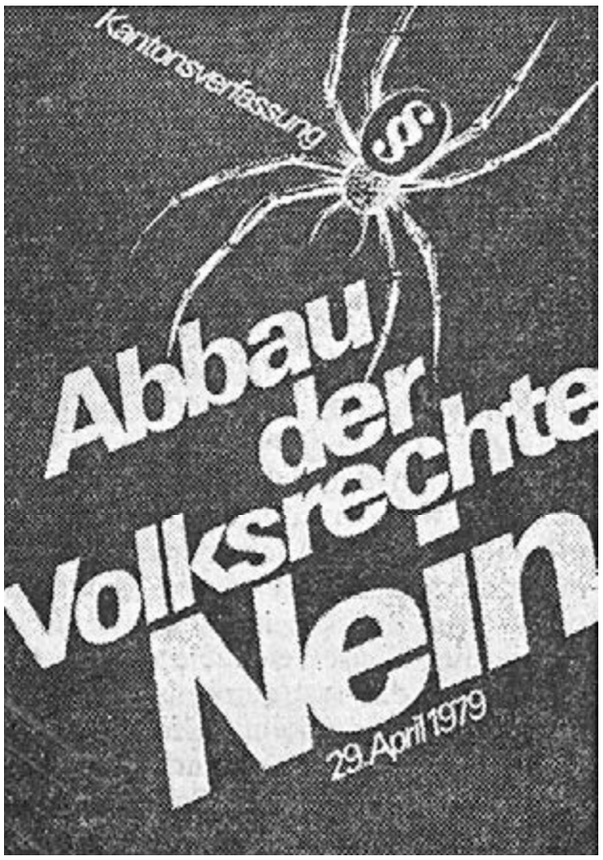
Zeitgleich mit dem Grossen Rat wählten die Stimmberechtigten am 18. März 1973 den 200 Mitglieder zählenden Verfassungsrat. In der Absicht, einen möglichst guten Querschnitt durch die Bevölkerung zu erhalten, galt hier im Unterschied zu den Grossratswahlen das kantonale Unvereinbarkeitsgesetz nicht, sodass auch Angestellte der Kantonsverwaltung sowie Lehrerinnen und Lehrer wählbar waren. Ebenso mussten sich die Verfassungsräte keiner Wiederwahl stellen und waren für eine konkrete Aufgabe gewählt. Dadurch konnten Personen für eine Kandidatur gewonnen werden, die sich für grundlegendere Fragen interessierten und weniger ins politische Tagesgeschehen involviert waren. Diejenigen, die glaubten, die Wählerinnen und Wähler würden beim Verfassungsrat weniger nach parteipolitischer Überzeugung als vielmehr aufgrund der Persönlichkeit der Kandidierenden ihre Wahl treffen, wurden indes enttäuscht. Es gab nur sehr kleine Unterschiede zwischen den beiden Wahlgängen. Die meisten scheinen denn auch die gleiche Wahlliste eingeworfen zu haben.

Bei der personellen Zusammensetzung fällt auf, dass gegenüber dem Grossen Rat weniger Frauen in den Verfassungsrat gewählt wurden. Ein Fünftel der Verfassungsräte arbeitete in einer beruflichen Stellung, die es ihnen untersagte, im Grossen Rat zu politisieren.[123] Einige Verfassungsräte traten später in die Politik ein, so etwa Anton Keller (*1934, CVP-Nationalrat), Ulrich Fischer (*1940, FDP-Nationalrat), Thomas Pfisterer (*1941, FDP-Regierungsrat und -Ständerat) oder Kurt Wernli (1942–2023, SP-Grossrat und -Regierungsrat).

125 Mit einem «unkonventionell gestalteten Aufruf» lud der Regierungsrat 1968 die Aargauer Jugend zur Mitwirkung an der Revision der Bundesverfassung ein. Diese fand zeitgleich mit den Vorarbeiten zur Revision der Kantonsverfassung statt.



126 Wettbewerbsfragen zur Aargauer Geschichte. Mit einem Wettbewerb sollte das Interesse der Bevölkerung an der Verfassungsrevision geweckt werden.



127 Abstimmungsinserat gegen die neue Kantonsverfassung, 1979. Das von Grafiker Sepp Marty (1933–2014) gestaltete Plakat gegen den «Abbau der Volksrechte» löste Diskussionen aus und dominierte die Abstimmungskampagne.

128 Titelbild der Informationsbroschüre zur Revision der Kantonsverfassung. Um das Interesse der Bevölkerung an der Verfassungsrevision zu wecken, bewilligte der Grosse Rat eine Informationskampagne für 100 000 Franken. Dagegen wurde eine staatsrechtliche Beschwerde eingereicht.

Der Verfassungsrat nimmt die Arbeit auf

Der Verfassungsrat konnte im Unterschied zu jenen etwa der Kantone Basel-Landschaft, Solothurn und Uri auf keine Vorarbeiten zurückgreifen. Er hatte dafür das Privileg, sowohl das Vorgehen als auch den Inhalt selbst ausarbeiten zu können.[124] Die Administration gestaltete sich zu Beginn sehr herausfordernd und erschwerte ein rationelles Vorgehen, wie der Sekretär Heinz Suter (1944–2013) klagte.[125] Beflügelt von einer Aufbruchsstimmung, bildete der Verfassungsrat elf Sachkommissionen und diskutierte Fragen, die auch später immer wieder aufgegriffen wurden. Soll das Stimmrechtsalter auf 18 Jahre gesenkt werden? Sollen die Ausländerinnen und Ausländer in kommunalen Angelegenheiten ein Stimmrecht erhalten? Soll die Anzahl der Bezirke reduziert werden? Im weiteren Verlauf der Bearbeitung verzichtete der Rat jedoch auf die Einführung von Neuerungen, die von vornherein an der Urne zum Scheitern verurteilt waren.[126] In Zeiten der Rezession und der hohen Staatsdefizite war Nüchternheit gefragt. Während der Verfassungsrat für den Inhalt verantwortlich war, prägte der Verfassungsredaktor Kurt Eichenberger (1922–2005) mit seiner nüchternen, klaren Art den Aufbau und die Sprache der Verfassung. Geprägt von einer protestantischen Pflichtauffassung, lehnte er Honorare für seine Arbeit ab.[127]

Abbau der Volksrechte lässt die Verfassung abstürzen

Am 29. April 1979 lehnten die Stimmberechtigten mit 56,4 Prozent Nein-Stimmen die Vorlage bei einer Stimmbeteiligung von 20,9 Prozent ab. Hauptkritikpunkt war die Umwandlung des obligatorischen Gesetzesreferendums in ein fakultatives, das die Gegnerinnen und Gegner mit dem Schlagwort «Abbau der Volksrechte» erfolgreich bekämpften.

Noch im gleichen Jahr beschloss das Volk in einer weiteren Abstimmung, die Gesamtrevision fortzusetzen und den bisherigen Verfassungsrat mit dieser Aufgabe zu betrauen. Am 28. September 1980 nahm das Volk mit 67 Prozent die neue Verfassung an. Wiederum war die Stimmbeteiligung mit 20,4 Prozent sehr tief. Am 25. Dezember 1981 sprach die Bundesversammlung die eidgenössische Gewährleistung aus, sodass die neue Verfassung am 1. Januar 1982 in Kraft treten konnte.[128] 17 Jahre nach dem Einreichen der Motionen hatte der Kanton eine neue Verfassung. Sie entstand in einer Zeit, in der auch in anderen Kantonen und auf Bundesebene an Revisionen gearbeitet wurde, die sich gegenseitig beeinflussten. Nicht zuletzt, weil Redaktor Eichenberger auch an der Redaktion des Bundesentwurfs beteiligt war.[129]

Im Unterschied zum 19. Jahrhundert waren die Revisionsbemühungen nicht vom Volk ausgegangen, und es gelang auch nicht, die Bevölkerung dafür zu interessieren. Die Revision erfolgte aber in einer Zeit, die von gesellschaftlichen Umbrüchen gezeichnet war, und bot somit allen, die mit dem Bestehenden nicht einverstanden waren und Änderungen befürworteten, eine Perspektive. Zwar enthielt die Verfassung schliesslich nur wenige materielle Neuerungen, doch bildete sie fortan die Basis für eine Reihe grundlegender Gesetze eines modernen Rechtsstaates. Bis zum Jahr 2000 erfolgten nur sieben Änderungen, darunter die Senkung des Stimmrechtsalters auf 18 Jahre oder die Schaffung des Auenschutzparks.[130] Das obligatorische Gesetzesreferendum wurde erst 2003 im Zusammenhang mit einer Demokratiereform abgeschafft und durch ein fakultatives Behörden- und Finanzreferendum ersetzt.[131]

Der Aargau im Scheinwerferlicht

Lange Zeit hatten die Menschen zum Kanton keine besondere Beziehung: Ihre Anlaufstelle waren der Bezirksamtmann und das Bezirksamt. Das änderte sich allmählich mit der Kantonsschule Aarau als identitätsstiftendem «geistigem Zentrum» der Elite. Doch mit der Dezentralisierung in der Nachkriegszeit löste sich dieser Kristallisationspunkt auf. Statt von den Bezirken sprach man nun vom Kanton der Regionen und Gemeinden, die miteinander in einem dauernden Wettbewerb stünden.[132] Tatsächlich scheint im Grossen Rat vor allem dann leidenschaftlich politisiert zu werden, wenn es um Standortfragen kantonaler Einrichtungen ging.

Heimat Aargau

Im Unterschied zu den meisten anderen Kantonen wird im Aargau ein «Gründungsdatum» als identitätsstiftender Anlass gefeiert und nicht der Beitritt zur Eidgenossenschaft beziehungsweise zum Bundesstaat. Das spielte im 20. Jahrhundert insofern eine Rolle, als sich seit der Herausbildung der Nationalstaaten Ende des 19. Jahrhunderts und mit der Geistigen Landesverteidigung im Zweiten Weltkrieg die Geschichte der Eidgenossenschaft als identitätsstiftendes Element konstituiert hatte und nicht mehr die Bundesstaatsgründung und der Beitrag des Aargaus daran.

Wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg stand 1953 die 150-Jahr-Feier an. Zahlreich waren die Bedenken, ob es denn überhaupt etwas zu feiern gebe. 1948 wurde eine Arbeitsgruppe und 1952 ein Organisationskomitee gebildet. Eine der ersten Amtshandlungen war es, das vom Regierungsrat in Auftrag gegebene Festspiel zu streichen. Zuvor war in einem Leserbrief der Regierung empfohlen worden, «statt für ein Festspiel für billiges Bier und lange Bratwürste zu sorgen».[133] Das Volk als Gemeinschaft war das Gebot der Stunde – ungeachtet der sozialen, geografischen oder konfessionellen Herkunft der Menschen. Im Zentrum des Jubiläums stand der Aargau als Heimat aller. Höhepunkt war ein Wochenende im September: Am Samstag fanden die Feiern in den Gemeinden statt, und aus jedem Bezirk machte sich eine Stafette mit einer Botschaft nach Aarau auf, wo am Sonntag ein grosser Festumzug mit 100 000 Zuschauerinnen und Zuschauern stattfand. Alle Kantonsteile und Gemeinden mit ihren Traditionen, alle Wirtschaftszweige und alle Vereine nahmen daran teil und wirkten mit, was auch der Zürcher *Tages-Anzeiger* bewundernd vermerkte.[134] Den Abschluss bildete ein grosses Volksfest.

Ein Spezialfall: Schiedsgericht Landabsenkungen Rietheim

1912 wurden bei Rietheim Salzvorkommen entdeckt, die von der Schweizerischen Sodafabrik durch Auslaugung des Salzlagers abgebaut wurden. Dabei entstanden unter dem Dorf Hohlräume, die in den 1950er-Jahren zu ersten Landsenkungen führten. Überflutungen, zerrissene und schräg gestellte Häuser sowie beschädigte Kanalisationen waren die Folgen. Anfänglich wurden die Schäden fallweise zwischen den Grundeigentümern und der Sodafabrik bereinigt. Da man sich nicht immer einigen konnte und sich abzeichnete, dass die Senkungen noch mehrere Jahrzehnte andauern und neue Schäden entstehen könnten, wurde 1965 ein Schiedsgericht nach den Regeln der aargauischen Zivilprozessordnung geschaffen. Im fünfköpfigen Gremium sassen Fachleute, wobei je zwei Personen von der Sodafabrik und der aargauischen Finanzdirektion gestellt wurden. Der Obmann, wie der Schriftführer ein Jurist, wurde im gegenseitigen Einvernehmen gemeinsam bestimmt. Die Entscheide waren abschliessend und die Verfahren für die angeschlossenen Grundeigentümer in der Regel kostenlos. Das Schiedsgericht verfügte über eigenes Fachwissen und konnte deshalb Streitigkeiten rasch und routiniert schlichten. Im Laufe der Zeit wurden die behandelten Fälle immer weniger, da einerseits die Bodensenkungen abnahmen und andererseits viele Fälle aussergerichtlich erledigt werden konnten. Mit Blick auf das Ablaufen der Konzession wurde das Schiedsgericht 2018 aufgelöst.[1]

Besonders betroffen waren die Eigentümer des Restaurants Pinte: 1962 wurden erste Senkungen gemessen, die ab 1964 zu Rissbildungen führten. Bald traten immer mehr und gravierendere Schäden auf, und 1971 wurde die Sodafabrik verpflichtet, das Gebäude abzubrechen und einen Ersatzbau zu finanzieren. 1976 konnte der Neubau eingeweiht werden. Weil mit weiteren Senkungen zu rechnen war, wurden bauliche Bergschadensicherungsmassnahmen getroffen, um bei Bedarf die Kellerdecke samt Gebäude mittels hydraulischer Pressen anzuheben und so die Senkungen auszugleichen. Wenige Jahre nach der Eröffnung wurde das Gebäude einmal angehoben.[2]

1 Kistler 1991; Auskunft Ernst Kistler, 2020.
2 ZwA Schiedsgericht Rietheim, Kl Nr. 52/7+8, Urteil des Schiedsgerichts vom 8. September 1975; Amberg, Rudolf: Neubau Restaurant «Pinte», Rietheim. Bericht über die ausgeführte Bergschadensicherung. Sargans 1977.

129a und b Die Landsenkungen in Rietheim führten dazu, dass die «Pinte» abgebrochen und durch einen Neubau ersetzt werden musste, der mittels hydraulischer Pressen bei weiteren Senkungen wieder in die korrekte Lage gebracht werden konnte.

130 150 Jahre Kanton Aargau im Jahr 1953. Festanlass mit Tausenden von Zuschauerinnen und Zuschauern auf dem Aargauerplatz in Aarau.

131 Fähnchenhimmel in Lenzburg am Aargauerfest zum Kantonsjubiläum 1978 in Lenzburg.

132 Landsgemeinde der Lehrlinge zum 175-Jahr-Jubiläum des Kantons Aargau, 1978.

133 Die Badener Delegation bringt das Geld nach Lausanne. Nachdem die Aargauer Stimmbürger zweimal einen Kredit für die Expo 64 in Lausanne abgelehnt hatten, brachte eine anschliessende Spendensammlung von Privatpersonen und Firmen mehr als eine halbe Millionen Franken ein.

134 Unter dem Motto «Ausfahrt Aargau» spielte der Aargau am Kantonstag an der Landesausstellung Expo.02 mit den Klischees und legte ein zeitgemässes Selbstbewusstsein an den Tag.

135 Der Festumzug durch die Strassen von Aarau anlässlich des 200-Jahr-Jubiläums des Kantons 2003 wird angeführt durch die Grossratspräsidentin Barbara Roth (*1956), Bundesrat Joseph Deiss (*1946) mit Gattin und Landammann Peter C. Beyeler (*1945).

Allons-y, Argovie!

Aufgerüttelt durch einen Artikel im *Aargauer Tagblatt* im Sommer 1977 mit der Überschrift «Der Kanton Aargau verschläft sein Jubiläum», wurde eilends eine kantonale Arbeitsgruppe für das 175-Jahr-Jubiläum eingesetzt.[135] Als Motto wurde «Kennenlernen» festgelegt und Lenzburg als Schauplatz der Festivitäten bestimmt, weil die Stadt am nächsten beim geografischen Mittelpunkt des Kantons in Niederlenz liegt. Die Stadt wurde in elf Teile eingeteilt, die von je einem Bezirk mit Attraktionen bespielt wurden. Mit dem Jubiläumsfest 1978 wollte man gegen die zentrifugalen Tendenzen ankämpfen und das Gefühl der Zusammengehörigkeit stärken. Die Ballungszentren Basel und Zürich strahlten immer mehr in den Kanton hinein, dem ein identitätsstiftendes Zentrum fehlte. Der laufend mehr zum Durchgangskanton gewordene Aargau mühte sich damals mit einer langjährigen Defizitphase ab, begrub seine Hochschulpläne und fühlte sich medienpolitisch zu wenig beachtet.[136] Kennenlernen war auch angesagt angesichts der Zuwanderung und des Bevölkerungswachstums. Das Fest wurde zu einem grossen Erfolg, und statt der anfänglichen Skepsis blieb die Begeisterung in Erinnerung.[137]

Bis zum nächsten grossen Festanlass sollten nicht mehr 25 Jahre vergehen. Bereits 1991 gab es im Rahmen der 700-Jahr-Feierlichkeiten der Eidgenossenschaft im ganzen Kanton verschiedene Aktivitäten, darunter einen kantonalen Jugendtag mit 6000 Jugendlichen im Aarauer Schachen.[138] Der Aarauer Stadtammann Markus Heinrich Meyer (1934–2015) blickte bereits nach vorne und forderte mit Blick auf das 200-jährige Gedenken an die Geburt der modernen Eidgenossenschaft 1798, dem Jubiläum die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken.[139] Weil jeder der vier Kantonsteile einen anderen historischen Bezug zur Helvetik pflegt, ging man behutsam vor und stellte das Jubiläum unter das Motto «Allons-y, Argovie! 200 Jahre moderne Schweiz». Das Konzept überzeugte. Ohne Gegenstimme genehmigte der Grosse Rat den Rahmenkredit.[140] Der Aargau überraschte damit die übrige Schweiz, die bislang mit dem Jahr 1798 wenig anfangen konnte. Rückblickend markierte dieses Jubiläum den Beginn einer Reihe von Aktivitäten in den folgenden Jahren, mit denen sich der Aargau gegen aussen als selbstbewusster Kanton inszenieren konnte. Kantonsintern vermochte das «historische Behördenfest» die breite Bevölkerung emotional nicht zu begeistern. Umso mehr sollte das Bicentenaire 2003 zu einem «zukunftsweisenden Volksfest» werden. Über das Jahr verteilt fanden im ganzen Kanton Aktivitäten statt, wobei das grosse Jubiläumsfest im Dreieck Aarburg-Oftringen-Rothrist über die Bühne ging.[141]

Von der Expo 64 zur Expo.02

Zweimal lehnten die Aargauer Stimmberechtigten den Kredit über 200 000 Franken für den Aargauer Beitrag an der Expo 64 in Lausanne ab. Der Entscheid überraschte und sorgte noch Jahrzehnte später für Unverständnis. So knausrig sich die Aargauer auf Kantonsebene zeigten, so grosszügig waren sie in den Gemeinden und als Private. Eine Spendensammlung brachte über 600 000 Franken zusammen und ermöglichte den Aargauer Schülerinnen und Schülern einen unvergesslichen Ausflug an den Genfersee.[142]

2002 realisierte der Kanton zwei Projekte an der Expo.02, die über die Kantonsgrenzen hinaus für Aufsehen sorgten. Am Aargauer Kantonstag in Neuenburg überraschte der Kanton mit «Ausfahrt Aargau», einem Spektakel mit 700 Mitwirkenden und einer Liebesgeschichte zweier Bagger. Gekonnt wurde mit den Aargauer Klischees gespielt und natürliches Selbstbewusstsein an den Tag gelegt. Auch die Ausstellung «Heimatfabrik» vermochte zu überzeugen. Mit beiden Projekten konnte einerseits gegen innen die Verbundenheit mit dem Kanton gestärkt und gleichzeitig gegen aussen das Image des Kantons positiv geprägt werden.[143]

Problemkanton oder ein Kanton mit Problemen?

In den 1960er-Jahren äusserte der spätere CVP-Regierungsrat Hans Jörg Huber (1932–2008) in einer kleinen Anfrage Zweifel, ob die Aargauer Interessen auf eidgenössischer Ebene genügend beachtet würden. Der Regierungsrat gab eine beschwichtigende Antwort.[144] In den 1980er-Jahren ergriff eine eigenartige Malaise den Aargau. Es herrschte die Meinung vor, der Aargau würde durch die übrigen Kantone und die Menschen ausserhalb des Kantons zu wenig geschätzt und ernst genommen. Verschiedene Ursachen nährten das Unbehagen. Zunächst einmal veränderte sich der Fokus der Politik durch die zunehmende Verflechtung über die Kantonsgrenzen hinaus. Immer häufiger gab es Entscheide, die den Aargau direkt betrafen, aber nicht vor Ort gefällt wurden, wie beispielsweise das Ende der Pläne für ein AKW in Kaiseraugst. Mit CVP-Ständerat Julius Binder und FDP-Ständerat Bruno Hunziker (1930–2000) scheiterten zweimal profilierte Aargauer Politiker bei den Bundesratswahlen. Immer mehr Aargauerinnen und Aargauer arbeiteten in den grossen Wirtschafts- und Kulturzentren Basel oder Zürich und zogen dabei Vergleiche, bei denen der Aargau weniger gut abschnitt. Der Regierungsrat versuchte, Gegensteuer zu geben. 1985 formierte er eine «Stabsstelle für Wirtschaftsfragen», aus der 2005 die Standortförderung wurde.[145] Um die Aargauer Position zu stärken, gab er 1987 eine Studie in Auftrag. Sie ergab, dass sich die Aargauerinnen und Aargauer selbst weniger gut darstellten, als sie von den Nachbarn gesehen wurden. Allerdings kannten viele Befragte den Aargau nur als Durchreisende. Entsprechend nahmen sie den Kanton als überwiegend ländlich wahr.[146] Zwei Jahre später schrieb das Magazin *Bilanz* über den Aargau als «grossen Hinterhof», als «Ruhrgebiet der Schweiz».[147] Es galt nun in den folgenden Jahren, sowohl gegen innen wie gegen aussen am Auftritt zu arbeiten. Dazu dienten einerseits die Festanlässe, andererseits wurden verschiedene, eingangs erwähnte Reformen ergriffen, sodass sich der Aargau spätestens nach der Jahrtausendwende nicht mehr zurückgesetzt fühlen musste.

Bildung

Das totalrevidierte Schulgesetz von 1940 führte zu einer weiteren Vereinheitlichung innerhalb des Kantons und brachte zahlreiche Neuerungen ins Aargauer Schulwesen wie die unentgeltliche Abgabe der obligatorischen Lehrmittel in der Volksschule oder die starke Reduktion der maximalen Klassengrössen.[148]

Die Veränderungen in Gesellschaft und Arbeitswelt in der Nachkriegszeit führten dazu, dass die Schule immer mehr zum Gegenstand von politischen Auseinandersetzungen wurde. Zahlreiche Vorstösse im Grossen Rat griffen pädagogische, schulstrukturelle beziehungsweise schulorganisatorische Fragen auf. Es zeigte sich, dass der rechtliche Rahmen des Schulgesetzes zu starr war, um auf die Situation und Herausforderungen vor Ort adäquate Antworten zu liefern. Deshalb setzte der Regierungsrat im Sommer 1968 eine Expertenkommission ein, die sich mit einer Totalrevision des Schulgesetzes befasste.[149] Ihm schwebte der Erlass einer eigentlichen «Schulverfassung» vor, die sich auf das Wesentliche beschränken würde und ein «modernes Erziehungs-, Unterrichts- und Bildungsprogramm» zum Ziel hätte. Die Umsetzung sollte in der Kompetenz der Schulbehörden aller Stufen liegen.[150] Weil dieses Vorhaben viel Zeit in Anspruch nehmen würde, sollten zuvor mit einer weiteren Teilrevision die drängendsten Reformvorhaben und politischen Vorstösse umgesetzt werden. Im Zentrum stand dabei die interkantonale Schulkoordination betreffend Vereinheitlichung von Schuleintrittsalter, Schuljahresbeginn und Dauer der obligatorischen Schulzeit per 1972.[151] Der Aargau hatte hier einen grossen Anpassungsbedarf, der nicht unbestritten war. Die Teilrevision scheiterte 1970 knapp (50,3 Prozent) an der Urne. Zwei Jahre später nahm der Souverän die Änderungen (67,8 Prozent) an und erteilte dem Regierungsrat die Kompetenz, besondere Schul- und Unterrichtsformen in einzelnen Schulen zu bewilligen.[152] Die Vorlage war mehrheitsfähig, weil auf die Vereinheitlichung des Schuljahresbeginns verzichtet worden war. Dazu brauchte es 1985 eine Volksabstimmung auf eidgenössischer Ebene, die von den Aargauer Stimmberechtigten abgelehnt (60,4 Prozent) wurde. Der Wechsel vom Schuljahresbeginn im Frühjahr auf den Spätsommer erfolgte mit einem Langschuljahr auf den Sommer 1990.[153]

Der lange Weg zum neuen Schulgesetz

Im Herbst 1973 lieferte die Expertenkommission drei Entwürfe für eine Totalrevision ab. Während sich der erste Entwurf an das vorhandene Schulsystem anlehnte, sah der zweite für die Oberstufe eine integriert-differenzierte Gesamtschule vor, und der dritte war als Rahmengesetz ausgestaltet. Auf der Grundlage der Entwürfe entwickelte das Erziehungsdepartement einen vierten, eigenen Entwurf, der in der anschliessenden breiten Vernehmlassung am meisten Zustimmung fand.[154] Während insgesamt zweieinhalb Jahren beriet ab 1978 die vorberatende Kommission des Grossen Rates in über vierzig Sitzungen die Vorlage, die am 27. September 1981 von den Stimmberechtigten (56,2 Prozent) angenommen wurde und 1982 in Kraft trat.[155]

Mit der Totalrevision von 1981 sollte in der Schule zukünftig vermehrt jedes einzelne Kind gefördert werden. Dafür wurde die obligatorische Volksschule weiterentwickelt. Fortan bestand sie aus einer fünfjährigen Primarstufe und einer vierjährigen Oberstufe, die sich ihrerseits in Bezirks-, Sekundar- und Realschule auffächerte. Diese Dreiteilung entsprach der bisherigen Praxis, doch war bislang das vierte Oberstufenjahr nur für die Bezirksschülerinnen und -schüler, die an eine Mittelschule wollten, obligatorisch gewesen. Aus den oberen Klassen der Gemeindeschule entstand die Realschule als eigenständiger Schultyp. In der Sekundarschule wurde Englisch als zweite Fremdsprache eingeführt, während die Bezirksschule ihren doppelten Bildungsauftrag behielt und die Jugendlichen sowohl auf eine anspruchsvolle Berufslehre als auch auf den Übertritt an eine Mittelschule vorbereitete.[156]

Das neue Schulgesetz senkte schliesslich die Klassengrössen noch einmal: Fortan betrugen sie für die Primarstufe 28 und für die Oberstufe 25.[157] In den 1990er-Jahren lag die durchschnittliche Klassengrösse bei den Primarschulen zwischen 20 und 21, bei der Realschule um 18, bei der Sekundarschule um 19 und bei der Bezirksschule um 21.[158]

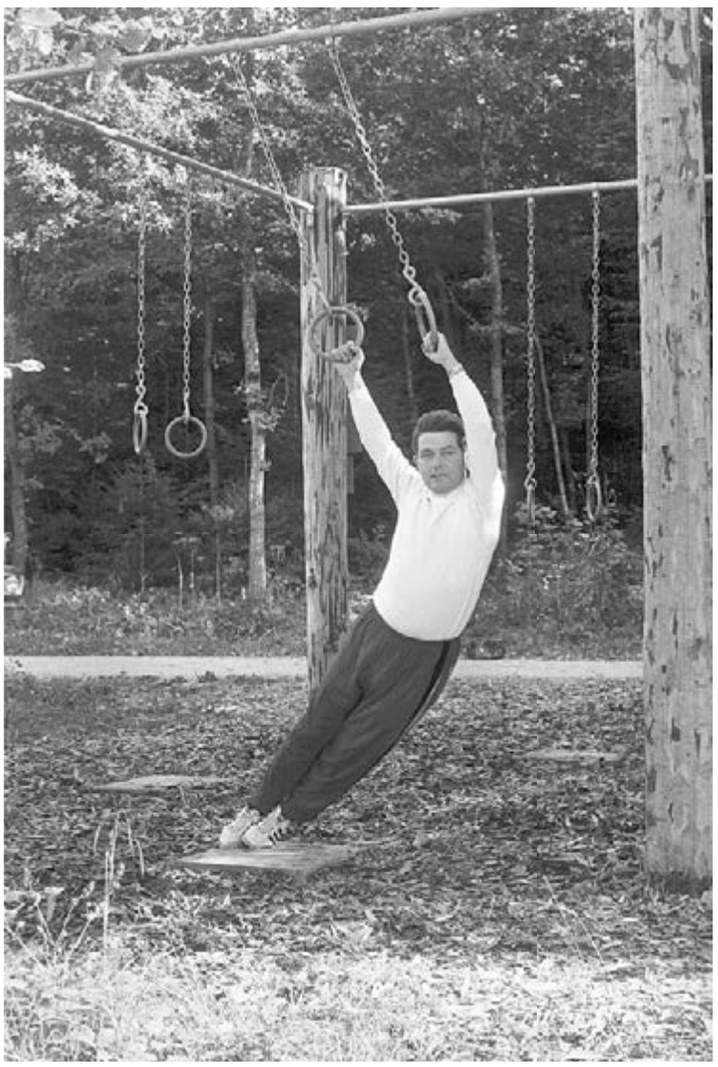
Ein Leitbild für die Schule Aargau

Die interkantonale Mobilität, gesellschaftliche Veränderungen sowie bildungspolitische und pädagogische Reformbestrebungen verlangten in den 1990er-Jahren nach mehr Freiheiten für die einzelnen Schulen, die sich mit ganz unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert sahen. Der Regierungsrat griff nun zum Mittel der Planung, wie es die neue Kantonsverfassung vorsah. Von 1993 bis 1996 wurde unter dem neuen Bildungsdirektor Peter Wertli (*1943) von der CVP das «Leitbild Schule Aargau» ausgearbeitet. Es verfolgte das Ziel, «eine kantonale Bildungspolitik zu formulieren und über Bildungsziele, -instrumente und -gesetzgebung eine breite Diskussion zu führen».[159] Im Oktober 1996 verabschiedete der Grosse Rat das Leitbild, das in elf Leitsätzen die wichtigsten strategischen Ziele und Planungsvorhaben für die nächsten Jahre vorgab, deren Umsetzung in drei Etappen erfolgte.[160]

Lehrpläne und Unterricht

Lange Zeit gab es in den Lehrplänen inhaltliche Unterschiede für Mädchen und für Knaben. Das Schulgesetz von 1940 erlaubte den Gemeinden, für die Knaben einen Werkunterricht (fakultativ oder obligatorisch) einzuführen.[161] Der bisher freiwillige Handarbeits- und Hauswirtschaftsunterricht für Mädchen hingegen wurde obligatorisch.[162] Weil es gleichzeitig eine Regelung betreffend die maximale Anzahl Unterrichtslektionen gab, hatten etwa Bezirksschülerinnen keinen Geometrieunterricht als Pflichtfach. Allerdings konnten sie ihn als Freifach belegen.[163] Sowohl 1972 als auch 1981 forderte die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren die Gleichbehandlung beider Geschlechter. Mit dem Schulgesetz von 1981 wurde diese Ungleichbehandlung aufgehoben. Fortan

136 Heilpädagogische Schule in Lenzburg. Nach der Einführung der Invalidenversicherung 1960 war die Finanzierung für ambulante heil- und sonderpädagogische Angebote gesichert. Noch im gleichen Jahr eröffnete Lina Kunz in Lenzburg die erste Sonderschule für Kinder mit einer geistigen Beeinträchtigung.



137 Der SP-Regierungsrat Arthur Schmid (1928–2023) förderte nicht nur den Schulsport, sondern ging anlässlich der Nationalratswahlen 1971 mit gutem Beispiel voran. Er prägte von 1965 bis 1993 als Vorsteher des Erziehungsdepartements die aargauische Bildungspolitik.

138 Die Stadt Brugg setzte 1973 Schulpavillons ein, um genügend Platz für Kindergarten und Primarschule zu schaffen.

139 Der Gemeinde Oftringen fehlte 1977 das Geld für neues Schulmobiliar. Durch die rasch steigende Zahl der Schülerinnen und Schüler waren die Gemeinden finanziell gefordert.

140 Fahnenübergabe am Rutenzug 1961 in Brugg. In den traditionsbewussten Städten des ehemaligen Berner Aargaus waren die Kadettenkorps wie eine Kompanie militärisch strukturiert, wobei das Kader aus den älteren Schülern bestand. Als Instruktoren wirkten Lehrer der Volksschule.

stand den Mädchen und den Knaben das gleiche Fächerangebot offen.[164] Bis zur Umsetzung vergingen allerdings noch ein paar Jahre.

Die Schaffung von neuen Lehrplänen nahm viel Zeit in Anspruch. Bereits 1947 wurde der Regierungsrat mit der Revision der Lehrpläne beauftragt.[165] Deren Ausarbeitung war komplexer als zunächst angenommen, doch 1972 traten sie provisorisch in Kraft. Sie mussten sich auf das Schulgesetz von 1940 stützen, doch gab es einige Neuerungen wie die Einführung einer dritten Turnstunde auch für die Mädchen, einer Aufgaben- und Fragestunde in Primar- und Sekundarschulen sowie einer Klassenlehrerstunde in der Bezirksschule. Verkehrs- und Gesundheitserziehung wie auch Massenmedienkunde wurden neu Pflichtstoff auf allen Stufen.[166] Bereits 1978 entschied der Regierungsrat, eine neue Lehrplanrevision für die gesamte Volksschule zu starten. Ab Schuljahr 1987/88 bis 1990/91 trat der neue Lehrplan stufenweise in Kraft und führte das Fach Textiles Werken und Hauswirtschaft für Knaben obligatorisch ein.[167]

Vom Kadettenunterricht zum Schulsport

Lange Zeit war der Kanton Aargau stolz auf seine Kadettenkorps an den Bezirksschulen. Für die Knaben der Bezirksschulen war der Kadettenunterricht obligatorisch, für jene der Sekundar- und Oberschule freiwillig. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts gegründet, um die Jugendlichen auf ihre Pflichten als verantwortungsvolle Staatsbürger vorzubereiten, wurden sie nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmend infrage gestellt. Der militärische Charakter war weitgehend in den Hintergrund getreten, und der Sport sowie das Musizieren wurden wichtiger. 1968 und 1969 forderten im Grossen Rat zwei Vorstösse die Abschaffung des Kadettenunterrichts. Mit der Schulgesetzrevision von 1972 wurde das Kadettenwesen abgeschafft und durch den freiwilligen Schulsport ersetzt. Zeitgleich war nämlich auf schweizerischer Ebene der militärische Vorunterricht durch die Nachfolgeorganisation Jugend + Sport (J + S) abgelöst worden. Sie stand Jungen wie Mädchen offen und bot verschiedene Sportarten an. 1973 nahmen die Stimmberechtigten die Gesetzesrevision an, und 1974 wurden die Kadettenkorps aufgelöst. Aus den ehemaligen Musikkorps wurden Jugendmusiken.[168]

Regionalisierung der Schulen

Mit der Revision von 1972 wurde die Möglichkeit zur Bildung von Kreisschulen geschaffen, wie sie der Kanton Solothurn bereits kannte. Namentlich die Oberschul- (heute Realschul-) und Sekundarlehrkräfte forderten eine Abkehr von den mehrklassigen Primar- und Oberschulabteilungen. Gerade in kleineren Gemeinden kam es vor, dass von der vierten bis zur achten Klasse alle Schülerinnen und Schüler in einer Abteilung unterrichtet wurden, sofern sie nach der fünften Klasse nicht an eine Bezirks- oder Sekundarschule übertreten konnten, die jahrgangsweise geführt wurden. Um die Situation zu verbessern, sollten sich zwei oder mehrere Gemeinden gemeinsam für die Führung einer Kreisschule zusammenschliessen, wobei der Regierungsrat in besonderen Situationen eine solche auch anordnen konnte.[169]

Mit der zweiten Etappe der Schulgesetzrevision in den 1990er-Jahren kam die Regionalisierung der Oberstufe. Ziel war eine pädagogische Reform, um im ganzen Kantonsgebiet ein gleichwertiges und vollständiges Oberstufenangebot zu erreichen. Insbesondere in den ländlichen Gebieten waren die Schülerzahlen teilweise zu tief. Auch befand sich damals der kantonale Finanzhaushalt in einer mehrjährigen Defizitphase, weshalb durch die Regionalisierung auch Einsparungen angestrebt wurden.[170]

Ausbau der Schulangebote

Bereits das Schulgesetz von 1835 erwähnte eine Kleinkinderschule, die ausschliesslich in der Zuständigkeit der Gemeinden lag. Mit dem Schulgesetz von 1940 konnte der Kanton reguläre Staatsbeiträge an Kindergärten sprechen, und mit dem Gesetz von 1981 wurden sie zu einem eigenständigen Bildungsangebot der Volksschule. Der Besuch blieb bis zum Sommer 2013 freiwillig, als die Vorlage «Stärkung der Volksschule Aargau» in Kraft trat, wodurch der Kindergarten Teil der Volksschule wurde.[171]

Im Zuge der Ausdifferenzierung des Schulangebots wurden schrittweise neue Angebote für Schülerinnen und Schüler aufgebaut, die dem regulären Unterricht nicht folgen konnten. Für Schwachbegabte entwickelte sich die Förderklasse zur Hilfsklasse und in den 1980er-Jahren zur Einschulungsklasse/Kleinklasse.[172] Für Kinder mit Behinderungen entstanden verschiedene sozial- und heilpädagogische Angebote. Mit der Schaffung der Invalidenversicherung (IV) 1960 konnte die Finanzierung gelöst werden. Noch im gleichen Jahr gründete Lina Kunz (1919–1996) in Lenzburg die erste Sonderschule für Kinder mit einer geistigen Beeinträchtigung.[173] 1962 gab der Erziehungsrat eine «Wegleitung für die Errichtung und Führung heilpädagogischer Hilfsschulen im Aargau» heraus.[174] Zunehmend trat der Besuch von Tagessonderschulen an die Stelle eines Heimbesuchs. Mit der Teilrevision des Schulgesetzes 1972 wurden die Sonderschulen gesetzlich verankert.[175]

Die Bildungsdiskussionen in den 1970er-Jahren weckten das Bedürfnis nach Schulen, die anderen Grundsätzen folgten, als die öffentliche Schule dies tat. 1978 wurde im Aargau die erste anthroposophische Rudolf-Steiner-Schule in Schafisheim eröffnet.[176] Später folgten weitere private Schulen, die beispielswiese nach der Pädagogik von Maria Montessori (1870–1952) unterrichteten.

Die Gesetzesrevision von 1972 schuf auch die Grundlage für die Einführung eines schulpsychiatrisch-schulpsychologischen Dienstes für Jugendliche, aus dem später der Jugendpsychologische Dienst hervorging. In dieser Zeit entstanden in den Bezirken hauptamtliche Jugend- und Familienberatungsstellen.[177] Mit dem «Leitbild Schule Aargau» in den 1990er-Jahren begann der allmähliche Übergang von der Separation zur Integration in die Regelklasse.

Zusatzunterricht und Fünftagewoche

Die zunehmende Anzahl fremdsprachiger Kinder machte in den 1960er-Jahren die Einführung von Zusatzunterricht notwendig.[178] 1968 gab es bereits in 18 Gemeinden einen solchen Zusatzunterricht, der hauptsächlich aus Italienischunterricht bestand und den Schülerinnen und Schülern offenstand, die genügend Deutschkenntnisse besassen und dem normalen Unterricht folgen konnten. Damit wollte man ihnen eine allfällige spätere Rückkehr nach Italien erleichtern.[179] Davon kam man später ab und legte den Fokus auf zusätzliche Deutschstunden. 1980 besuchten bereits über 2000 fremdsprachige Kinder einen solchen Zusatzunterricht.[180] 1992 wurde im Erziehungsdepartement eine Fachstelle für interkulturelle Erziehung eingerichtet, die sich um Fragen rund um die Integration ausländischer Jugendlicher kümmerte. Im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg in Jugoslawien kamen beispielsweise immer mehr ältere Jugendliche in die Schweiz, die zielgerichtet auf eine Berufslehre vorbereitet werden mussten.[181]

Angesichts der vielen Herausforderungen, denen sich die Schulen in den einzelnen Gemeinden ausgesetzt sahen, wollte man mit dem «Leitbild Schule Aargau» den Schulen vor Ort einen grösseren eigenverantwortlichen Gestaltungsraum geben. 1998 trat die erste Etappe des revidierten Schulgesetzes in Kraft, das die Einführung der Fünftagewoche sowie die Blockzeiten und Tagesschulen regelte, das Einschulungsalter flexibilisierte und das individuelle Überspringen von Klassen zuliess. Weiter wurden Förderangebote für Kinder mit besonderen schulischen Bedürfnissen gesetzlich verankert.[182] Im Hintergrund liefen bereits grössere Projekte, wie «Führung der Schule vor Ort» (Einführung von Schulleitungen) oder ein neues Lehrerlohndekret. Nach der Jahrtausendwende wollte der Regierungsrat mit einer grossen Schulreform, genannt «Bildungskleeblatt», die Volksschule interkantonal harmonisieren. Die Reform sah unter anderem die Einführung einer Eingangsstufe sowie die Abschaffung der Bezirksschule vor.[183] Dagegen regte sich Widerstand, der letztlich den zuständigen CVP-Regierungsrat Rainer Huber (*1948) im Frühjahr 2009 die Wiederwahl kostete. Wenige Monate später scheiterte die Vorlage an der Urne.

Die aargauische Mittelschulpolitik

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war die Entwicklung des höheren Schulwesens im Aargau in einen Rückstand geraten, den es nun aufzuholen galt. Der Kanton bildete 1957 im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung deutlich weniger junge Menschen an einer Mittelschule aus als die umliegenden Kantone.[184] Die einzige Kantonsschule in Aarau war eine Mittelschule vorwiegend des einstigen Berner Aargaus. Rund 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler kamen aus der Stadt Aarau und ihrer Umgebung und nur 15 Prozent aus der Region Baden, die bevölkerungsmässig und wirtschaftlich die Kantonshauptstadt längst überholt hatte. Rund 56 Prozent aller Absolventinnen und Absolventen einer Bezirksschule besuchten zwischen 1950 und 1957 eine ausserkantonale Mittelschule, die katholischen Gebiete schickten ihre Zöglinge vornehmlich in die Innerschweizer Klostergymnasien. Trotzdem verdoppelte sich zwischen 1950 und 1960 die Schülerzahl an der Kantonsschule Aarau.[185]

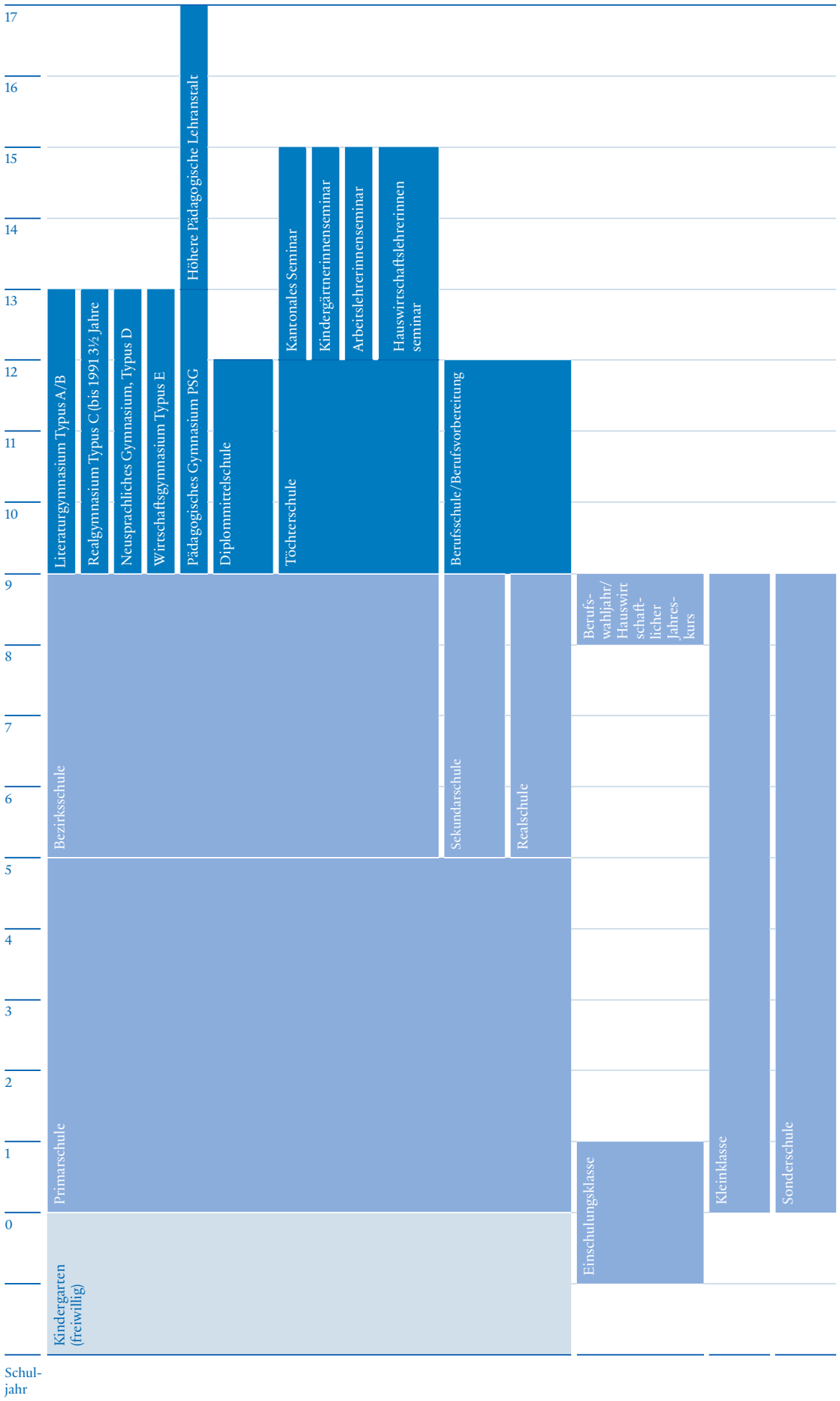
In der Nachkriegszeit stieg der Bedarf an gut ausgebildeten Arbeitskräften. Die Matura war längst nicht mehr nur für den Zugang zu den Hochschulen relevant, sondern wurde immer mehr auch für gehobene nichtakademische Berufe wichtig. Daneben hatten Untersuchungen auf eidgenössischer Stufe gezeigt, dass zur Sicherung der wirtschaftlichen Prosperität in Bildung und (technische) Wissenschaften investiert werden müsse, wozu es mehr Hochschulabsolventinnen und -absolventen brauche.[186] In eine Hochschule eintreten konnte jedoch nur, wer sowohl die Eintritts- als auch die Maturaprüfung an der Kantonsschule bestanden hatte. Der Ausbau der Mittelschulen war eine infrastrukturelle, aber vielmehr noch eine politische beziehungsweise gesellschaftliche Frage. Das «Begabtenreservoir» musste erweitert werden: um Frauen und junge Menschen aus ländlichen Gebieten und gesellschaftlichen Schichten, die bislang nicht an eine Mittelschule gehen wollten oder konnten.

Eine neue Kantonsschule in Baden

In den 1940er-Jahren gab es Bestrebungen, an das Lehrerseminar in Wettingen ein Gymnasium anzuhängen oder in Baden eine Zweigniederlassung der Kantonsschule Aarau zu gründen. Nachdem die Pläne nicht weiterverfolgt worden waren, wurde im Januar 1951 ein «Aktionskomitee für die Errichtung einer Kantonsschule Baden» gegründet.[187] Das Komitee erhielt innerhalb von zwei Jahren Spenden in der Höhe von 1,7 Millionen Franken, davon allein 200 000 Franken von der Brown, Boveri & Cie. (BBC). 1954 überwies der Grosse Rat mit grossem Mehr eine vom Badener Stadtammann Max Müller (1907–1987) eingereichte und von 111 Grossräten unterzeichnete Motion für die Realisierung einer Kantonsschule in Baden. Regierungsrat Ernst Schwarz (1917–1985) garantierte ausdrücklich die freie Wahl zwischen den beiden Kantonsschulen, was vor allem für jene wichtig war, die befürchteten, die Schule könnte einen ausgeprägt katholisch-konservativen Charakter entwickeln.[188] Die Befürchtung war unnötig. In den Anfangsjahren war die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler evangelisch-reformiert. Offensichtlich zogen es die katholischen Familien vor, ihre Kinder weiterhin ab der sechsten Klasse in eine Klosterschule oder ein Kollegium in der Innerschweiz zu schicken.[189]

Vor allem Kreise mit einer starken Bindung zu Aarau befürchteten, dass durch die Schaffung einer zweiten Kantonsschule der bisherige Integrationspunkt der Aargauer Elite an Bedeutung verlieren und damit der innere Zusammenhalt des Kantons geschwächt werden könnte.[190] Dieses Argument vermochte nicht zu überzeugen, nicht zuletzt, weil damals ein grosser Anteil der jungen Menschen an ausserkantonalen Mittelschulen das Maturzeugnis erwarb. 1960 stimmte der Souverän der Errichtung einer zweiten Kantonsschule mit 76,6 Prozent deutlich zu. Im Frühling 1961 nahm die Kantonsschule im «Klösterli» den Betrieb auf, bevor sie zwei Jahre später die Neubauten beziehen konnte.[191]

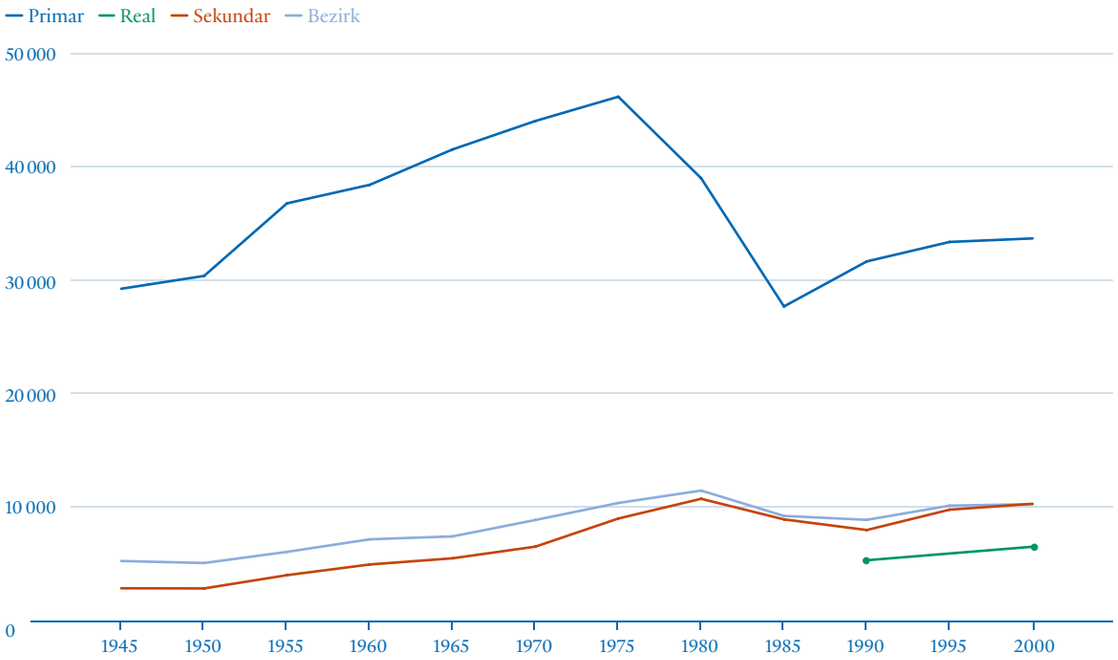
Grafik 27 Die aargauische Schullandschaft nach dem Schulgesetz 1981



Grafik 27 Aus der ehemaligen Oberstufe der Primarschule wurde neu die Realschule. Ebenso wurde das neunte Schuljahr für alle Schülerinnen und Schüler obligatorisch. Quelle: Schulgesetz 1981.

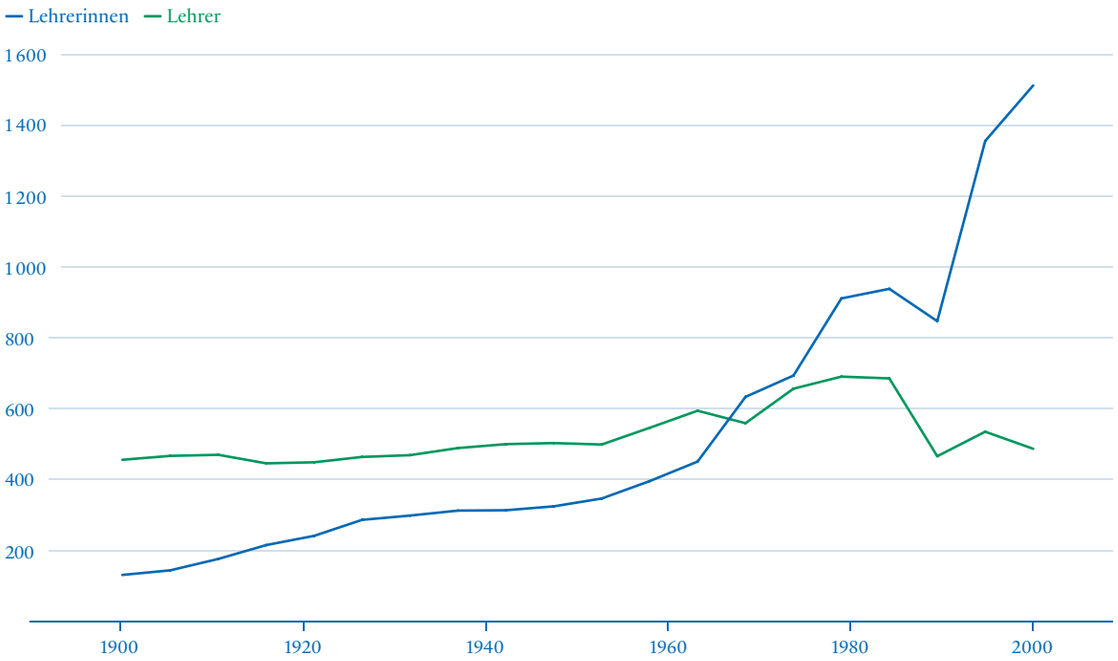
Grafik 28

Entwicklung der Schülerzahlen an der Volksschule 1945–2000



Grafik 29

Entwicklung der Lehrerinnen- und Lehrerzahlen an den Primarschulen im Aargau



Grafik 28 Entwicklung der Schülerzahlen an der Volksschule, 1945 bis 2000. Bis zum Schulgesetz von 1981 war die Realschule ein Teil der Primarschule, was den starken Rückgang nach 1980 erklärt. Quelle: Bildungsstatistik, Tabelle 14, 111.
Grafik 29 Von der Männerdomäne zum Frauenberuf: Der sprunghafte Anstieg der Lehrerinnenzahlen in den 1980er-Jahren ist auf die Einführung von Teilzeitpensen zurückzuführen. Quelle: Bildungsstatistik, Tabelle 21, 114.

Die Entstaatlichung der Bezirksschule Muri

Im 19. Jahrhundert strebten die Radikalen danach, alle Schulen unter staatliche Kontrolle zu bringen. Besonders die Klosterschulen waren ihnen ein Dorn im Auge, weshalb sie dem Kloster Muri die Führung einer Bezirksschule untersagten. Nach der Klosteraufhebung 1841 beschloss der Grosse Rat gegen den Widerstand der Konservativen, die Bezirksschule Muri als Staatsanstalt zu gründen, um zu verhindern, dass sie von Jesuiten unterwandert würde. Die Kosten wurden aus dem Vermögen des aufgehobenen Klosters bestritten, und die Lehrer – zwar liberal-radikale, aber Katholiken – wurden durch den Regierungsrat gewählt.[1]

Während alle übrigen Bezirksschulen im Kanton durch die Gemeinden geführt wurden, war jene von Muri dem Regierungsrat unterstellt. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wollte die Gemeinde Muri die Schule entstaatlichen, um auf die Lehrerwahlen Einfluss nehmen zu können. Gleichzeitig forderte sie die Rückgabe des seinerzeit vom Klostervermögen abgezweigten Dotationskapitals von 240 000 Franken. Darauf trat der Regierungsrat nicht ein; eine Lösung war nicht in Sicht.

In den 1950er-Jahren modernisierten viele Gemeinden ihre Schulen baulich, doch in Muri geschah nichts. Der Zustand der Gebäude verschlechterte sich zunehmend. 1963 nahm der Gesamtregierungsrat einen Augenschein vor Ort. 1968 gab der Erziehungsdirektor, Regierungsrat Arthur Schmid (1928–2023), zu Protokoll, dass die Erziehungsdirektion bei einer gemeindeeigenen Schule in diesem Zustand schon längst hätte einschreiten müssen.[2] 1972 regte sich auch im Grossen Rat Widerstand dagegen, dass ausser Muri alle anderen Gemeinden selbst für ihre Schulen aufkommen müssten. Es begannen mehrjährige Verhandlungen, und 1976 genehmigte der Grosse Rat das Dekret zur Entstaatlichung. Die Trägerschaft ging auf die Einwohnergemeinde Muri über, die sie ihrerseits einem Gemeindeverband übertrug. Gleichzeitig verpflichtete sich der Kanton zu einer namhaften Finanzierung einer neuen Schulanlage, die 1985 eingeweiht werden konnte.[3]

1 Boner 1979, 410–412.
2 Bezirksschule Muri 1993, 19.
3 Dekret über die Neuregelung der Trägerschaft der Bezirksschule Muri vom 15. September 1976, 23f.

141 Erst 1976 ging die Führung der Bezirksschule Muri an die Gemeinde über. Zuvor war sie als Folge des Kulturkampfs im 19. Jahrhundert als einzige Bezirksschule direkt durch den Kanton geführt worden.

Weitere Dezentralisierung der Mittelschulen

Mit der Eröffnung der Kantonsschule Baden war das Eis für weitere Dezentralisierungen gebrochen. Die Mittelschulkonzeption von 1968 legte die Grundlage für die Kantonsschule in Zofingen (1973), die 1976 von Olten in das neue Bildungszentrum umziehen konnte. Zwischen 1976 und 1979 erfolgte auch die Umwandlung der früheren Lehrerausbildungsanstalten in Aarau, Wettingen, Wohlen und Zofingen in Kantonsschulen. Für die Randregionen wurden mit den umliegenden Kantonen Abkommen für die Übernahme der Aargauer Schülerinnen und Schüler geschlossen. Für die Fricktaler sah das Gesetz einen Standort in Stein vor.[192] 2029 soll die fricktalische Mittelschule in Stein die ersten Klassen willkommen heissen. Vorbereitungen dazu laufen seit 2023. Zudem sind zwei weitere Mittelschulen – in Brugg und Lenzburg – in der politischen Diskussion.

Die Dezentralisierung und die Bildungsoffensive führten zu einer Änderung der bisherigen Aufnahmeverfahren. Bis zum Schuljahr 1968/69 mussten alle Schülerinnen und Schüler, die eine Bezirksschule besuchen wollten, eine Aufnahmeprüfung bestehen. Danach wurde das Aufnahmeverfahren geändert und auf die Empfehlung der Primarlehrerin oder des Primarlehrers abgestützt. Wer nicht einverstanden war, konnte eine Aufnahmeprüfung ablegen. Für den Übertritt von der Bezirksschule an eine Kantonsschule musste eine Aufnahmeprüfung absolviert werden. Nach der Eröffnung der Kantonsschule Baden stellte sich die Frage der Gleichbehandlung. Der Regierungsrat bewilligte 1965 eine prüfungsfreie Aufnahme mit einem Notenschnitt von mindestens 4,6 in den Promotionsfächern. 1969 wurde in einer dreijährigen Versuchsphase eine Bezirksschulabschlussprüfung (BAP) eingeführt, die später obligatorisch wurde. Sie bestand aus einer Basis- und einer Zusatzprüfung. Ein Notenabschluss von 4,5 berechtigte zum prüfungsfreien Eintritt in eine kantonale Mittelschule. Über die Gewichtung der einzelnen Noten gab es immer wieder Diskussionen, weil insbesondere in den «weichen» Fächern häufig höhere Notenschnitte resultierten.[193] Mit der Abschaffung der Maturitätstypen entfielen die Zusatzprüfungen, und die Anzahl der Prüfungsfächer wurde bei gleichzeitiger Anhebung des Notenschnitts auf 4,7 für den Übertritt ans Gymnasium reduziert. Nach der Jahrtausendwende nahm die Kritik am Übertrittsverfahren mit der Abschlussprüfung zu. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurde der Stellenwert der BAP mehrmals gesenkt, ehe sie 2016 ganz abgeschafft und durch ein System der Erfahrungsnoten abgelöst wurde.[194]

Von den Maturitätstypen zur Einheitsmatur

Der Grosse Rat verabschiedete 1958 das Dekret über die Organisation der Aargauischen Kantonsschule. Darin wurde festgehalten, dass die Schule «politisch und konfessionell neutral» sei. Ihre Aufgabe sei es, den Schülerinnen und Schülern «die höhere Mittelschulbildung auf der Grundlage der humanistisch-christlichen Kultur zu vermitteln».[195] Die Schule hatte ferner die Aufgabe, «Menschen heranzubilden, die sich ihrer Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft, im besonderen gegenüber dem aargauischen und dem schweizerischen Staat, bewusst sind».[196] Damit konnten jene Kreise beruhigt werden, die durch die Dezentralisation eine Schwächung des aargauischen Bewusstseins befürchteten.[197] Die beiden bisherigen Maturitätszüge wurden zum Gymnasium zusammengefasst, das nun aus einer vierjährigen Literaturabteilung und einer dreieinhalbjährigen Realabteilung bestand. Die Angleichung der Ausbildungszeit wurde zwar angestrebt, konnte aber aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen nicht umgesetzt werden. Daneben gab es noch eine dreijährige Handelsschule, die «auf den kaufmännischen Beruf und auf das wirtschaftswissenschaftliche Studium» vorbereitete. Sie schloss mit einem Diplom ab und entsprach den Bundesvorschriften über die berufliche Ausbildung. Für die Einführung einer Handelsmatur sah der Regierungsrat kein Bedürfnis, obwohl darüber auf eidgenössischer Ebene diskutiert wurde.[198]

1968 wurden auf eidgenössischer Ebene neue Maturitätstypen eingeführt, die ohne Latein zur Hochschulreife führten und im Kanton schrittweise umgesetzt wurden. 1999 führte der Kanton Aargau auf den letztmöglichen Zeitpunkt das neue Maturitätsanerkennungsreglement ein. Die bisherigen Maturitätstypen wurden durch eine Einheitsmatur abgelöst. Die Kantonsschule schloss weiterhin an vier Jahre Bezirksschule an und blieb ein Kurzzeitgymnasium. In den ersten beiden Jahren (Grundstufe) steht die Grundausbildung mit den obligatorischen Fächern und dem gewählten Akzentfach im Vordergrund, in den beiden letzten Jahren (Vertiefungsstufe) bieten das Schwerpunkt- und das Ergänzungsfach Raum für eine Spezialisierung.[199]

«Aargauer Modell» für eine attraktivere Berufslehre

Die Attraktivitätssteigerung der Mittelschulen zog die leistungsfähigsten Jugendlichen an und führte zur Sorge um den Nachwuchs in der herkömmlichen Berufslehre. An der Gewerbeschule Aarau entwickelte eine Gruppe Lehrer unter der Leitung von Paul Sommerhalder (1920–2013) das Konzept eines Leistungszugs mit ausgebautem allgemeinbildendem Unterricht für leistungswillige und motivierte Jugendliche. Werbewirksam als «Berufsmittelschule» bezeichnet, begannen 1968 insgesamt 39 Schülerinnen und Schüler die Ausbildung. Ihnen winkte nach erfolgreichem Abschluss der prüfungsfreie Übertritt an die Höhere Technische Lehranstalt Brugg-Windisch. Das zuständige Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit erliess 1970 eine Wegleitung, welche zur Eröffnung weiterer «Berufsmittelschulen» in der ganzen Schweiz führte. 1993 wurde die Berufsmaturität für technische, kaufmännische, gestalterische und gewerbliche Berufe eingeführt, die 2004 um weitere Richtungen ergänzt wurde. Seit 2005 können Personen mit einer Berufsmaturität durch Ablegen einer Ergänzungsprüfung die allgemeine Hochschulreife erwerben.[200]

1992 nahm die Aargauische Maturitätsschule für Erwachsene in Aarau ihren Betrieb auf und ermöglichte es Erwachsenen, auf dem zweiten Bildungsweg einen Maturitätsabschluss zu erlangen.[201]

142 Die Höhere Pädagogische Lehranstalt, integriert ins Bildungszentrum Zofingen. Typenähnlich sind auch der Erweiterungsbau der Kantonsschule Baden (1978) und des Kantonalen Seminars in Brugg (1977).

143 Studenten im Laborgebäude der Höheren Technischen Lehranstalt Brugg-Windisch. Die HTL erwarb sich rasch einen exzellenten Ruf und bot 1980 als erste Höhere Fachschule einen Informatikstudiengang an.

144 Die Kantonsschule Baden nach der Fertigstellung, 1964. Fritz Haller (1924–2012) legte ein Raster über das Grundstück und entwickelte daraus einen Schulcampus. Die Bauten bestehen aus einem sichtbaren Stahlgerippe, das mit Sichtbackstein ausgefacht wurde.

145 2013 konnte der Campus Brugg-Windisch der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) in Betrieb genommen werden. Im Hintergrund der Hallerbau der ehemaligen HTL Brugg-Windisch.

146 Plakat des Aargauischen Hochschulvereins vor der Volksabstimmung 1970. Die Vorlage wurde von der «Aktion für Sparsamkeit im Staate» bekämpft.

147 Der Badener Grossrat Jakob Hohl (1918–1995) besass ein feines Gespür für Themen, die in Zukunft wichtig werden würden, war allerdings häufig der Zeit (zu weit) voraus. Er gehörte zunächst dem LdU an, später der von ihm gegründeten Partei Freie Wähler für Bildung und Fortschritt.

Vom Lehrerseminar zur Höheren Pädagogischen Lehranstalt

Die Sicherstellung von genügend gut ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern für die Volksschule gehörte schon immer zu den Aufgaben des Kantons. Der Lehrberuf ermöglichte vielen einen sozialen Aufstieg und ein gesichertes Einkommen. Er stand aber im Wettbewerb mit anderen Berufs- und Ausbildungsmöglichkeiten. Im Aargau gab es lange Zeit das Lehrerseminar in Wettingen und das Lehrerinnenseminar in Aarau. Die Ausbildung schloss an die vierte Klasse der Bezirksschule an. Dementsprechend wurde sowohl eine breite Allgemeinbildung vermittelt als auch spezifisch auf den Lehrberuf vorbereitet. In der Nachkriegszeit brauchte es angesichts steigender Schülerzahlen und veränderter Anforderungen in der Volksschule mehr und besser ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. Der Babyboom sorgte dafür, dass der Fokus zunächst auf die Quantität gelegt werden musste.[202] Erstmals ab 1956 und regelmässig ab 1961 gab es Sonderkurse, um ausgebildete Berufsleute als Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger für eine Unterrichtstätigkeit zu befähigen. 1964 führten die beiden Seminare die Koedukation ein, um die Rekrutierungsbasis zu verbreitern. Zusätzlich beschloss der Regierungsrat im gleichen Jahr, in Zofingen (1965) und Wohlen (1966) je ein Zweigseminar zu eröffnen. 1972 legte eine Expertenkommission die neue Konzeption für die Lehrerbildung vor. Die Ausbildung zur Primarlehrperson sollte sich zukünftig in eine allgemeine Mittelschulbildung und eine berufliche Ausbildung an einer Höheren Pädagogischen Lehranstalt (HPL) gliedern. Die Mittelschulausbildung konnte sowohl an einem der bestehenden Gymnasien erworben werden als auch am neu zu schaffenden pädagogisch-sozialen Gymnasium. 1976 nahm die HPL in Zofingen ihren Betrieb auf. Der Kanton Aargau war einer der ersten Kantone, der die Ausbildung von Primarlehrkräften tertiarisierte, das heisst auf die Ausbildungsstufe nach der Maturität verschob.[203]

Weitere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Aargauer Lehrkräfte

Für die angehenden Kindergärtnerinnen sowie Arbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen wurden 1960 in Brugg die kantonalen «Frauenschulen» in den Räumlichkeiten der ehemaligen landwirtschaftlichen Winterschule eröffnet (siehe «Landwirtschaft», S. 295). 1973 richtete man eine gemeinsame Leitung für die drei Ausbildungslehrgänge ein. Die Ausbildung am «Kantonalen Seminar» wurde von zwei auf drei Jahre verlängert. In jenem Jahr besuchte auch zum ersten Mal ein Mann die Ausbildung zur Kindergartenlehrkraft.[204]

Die Seminarien und später die HPL bildeten Primar- und Realschullehrpersonen aus. Wer an einer Sekundarschule unterrichten wollte, musste neben guten Noten einen längeren Aufenthalt (zwei Semester Universität oder einjährige Lehrtätigkeit) in einem französischsprachigen Gebiet vorweisen können und eine Französischprüfung absolvieren.[205] Mit der Ausbildung alleine war es jedoch nicht getan. Gerade weil die jungen Lehrkräfte zunehmend besser ausgebildet waren, brauchte es Weiterbildungsangebote für bewährte Lehrkräfte. 1973 wurde dazu die Lehramtsschule für Real- und Sekundarschullehrkräfte gegründet, um ihnen eine stufenspezifische Weiterbildung zu vermitteln. Daraus entwickelten sich später halbjährige Intensivfortbildungskurse. In den 1980er-Jahren erfolgte eine sukzessive Zulassung weiterer Lehrerkategorien der Volksschule, und 1990 gab es erste Wiedereinstiegskurse, um dem damals gravierenden Lehrermangel entgegenzuwirken.[206] 2006 wurde die Lehramtsschule formal aufgelöst und als Intensivweiterbildung in die Pädagogische Hochschule integriert.[207]

Die Lehrkräfte an den Bezirksschulen verfügten in der Regel über ein abgeschlossenes Hochschulstudium. In Zeiten des Lehrmangels wurden die Anforderungen etwas reduziert und ein Minimum von acht Semestern vorgeschrieben. Zusätzlich mussten sich die angehenden Lehrkräfte über Leistungen im pädagogisch-psychologischen Bereich ausweisen.[208] 1989 wurde in Aarau das Didaktikum für Bezirkslehrerinnen und Bezirkslehrer eröffnet. Der einjährige Studiengang diente der pädagogischen und didaktischen Ausbildung und ergänzte das mindestens sechssemestrige Fachstudium an einer Hochschule.[209] 1996 kam die Ausbildung der Sekundar- und Reallehrkräfte dazu, die sich direkt an Maturandinnen und Maturanden richtete. Der Kanton suchte mit Solothurn und Basel-Landschaft eine Zusammenarbeit und legte damit eine Grundlage für die spätere Fachhochschule Nordwestschweiz.[210]

Feminisierung des Lehrberufs

Die ursprüngliche Männerdomäne Lehrberuf erlebte im 20. Jahrhundert eine Feminisierung auf breiter Basis, wobei abgesehen von der zu unterrichtenden Stufe drei Bereiche zu unterscheiden sind: die Ausbildung, die Stellenbesetzung und das unterrichtete Pensum. Bei der Ausbildung der Primarlehrpersonen erreichten die Frauen bereits 1875 einen Anteil von vierzig Prozent und ab 1940 mindestens fünfzig Prozent. Dieser Anteil erhöhte sich ab den 1960er-Jahren kontinuierlich und überschritt in den 1980er-Jahren die 75-Prozent-Marke.[211] Bei den Stellenbesetzungen wurde die Parität bereits zu Beginn der 1960er-Jahre überschritten und stieg ab Mitte der 1980er-Jahre massiv an, als Teilzeitpensen möglich wurden. 1998/99 machte er rund 75 Prozent aus.[212] An den Bezirksschulen nahm der Frauenanteil erst in den 1970er-Jahren zu, weil die Ausbildung den Besuch einer Hochschule voraussetzte. Im Jahr 2000 betrug der Frauenanteil über die ganze Volksschule betrachtet 65,5 Prozent. Bei den Mittelschulen lag er noch tiefer. Die grosse Steigerung erfolgte zu Beginn des 21. Jahrhunderts, als die männlichen Lehrpersonen aus der Anfangszeit der neuen Kantonsschulen pensioniert wurden.[213]

Die Reformen in den 1990er-Jahren wirkten sich auf die Ausbildung und das Berufsbild der Lehrpersonen aus. Immer mehr Kantone nahmen Abschied von der seminaristischen Ausbildung. Gleichzeitig wurden die Ausbildungslehrgänge interkantonal vereinheitlicht und die Abschlüsse gegenseitig anerkannt. Mit der «Gesamtkonzeption der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung» sollten im

Aargau die bisher getrennten Ausbildungsinstitutionen in der Pädagogischen Hochschule zusammengeführt werden, die ihrerseits in die Fachhochschule Aargau (später Nordwestschweiz) integriert wurde.[214]

Die Gründung der HTL Brugg-Windisch

Die zunehmende Mechanisierung, die fortschreitende Arbeitsteilung sowie die straffere Organisation der Fabrikationsbetriebe hatte in den boomenden Nachkriegsjahren eine Verlagerung vieler Funktionen aus der Werkstatt ins Büro zur Folge. Am 20. Oktober 1956 lud der Regierungsrat zu einer Besprechung nach Aarau. Einhellig unterstützten die Wirtschaftsverbände und Parteien die Gründung eines Technikums als Antwort auf den Strukturwandel.[215] Ein Aktionskomitee um den Brugger Industriellen Karl Rütschi (1905–1997) sammelte 600 000 Franken bei den Industriefirmen der Region und setzte sich für eine schnelle Realisierung ein.[216] 1959 sprach der Grosse Rat einen Projektierungskredit, und 1961 bewilligten die Aargauer Stimmbürger mit 71,5 Prozent einen Baukredit von 22 Millionen Franken.[217] Den vorgängigen innerkantonalen Standortwettbewerb konnte die Region Brugg-Windisch für sich entscheiden. 1965 nahm die Höhere Technische Lehranstalt (HTL) Brugg-Windisch ihren Betrieb auf, und ab 1966 konnte im markanten Hauptgebäude der Unterricht aufgenommen werden.[218] Aus Spargründen verfügte der Grosse Rat einen zweijährigen Baustopp, weshalb das Aula- und Mensagebäude erst 1970 der Schule übergeben werden konnte.[219]

Die HTL Brugg-Windisch wurde in einer Zeit der Bildungseuphorie gegründet und von Anfang an von Bevölkerung und Wirtschaft getragen. Sie entsprach einem grossen Bedürfnis und profitierte von der damals florierenden Maschinenbau- und Elektrotechnikindustrie. Eine grosszügig aus privaten Mitteln geäufnete Stiftung ermöglichte zudem Anschaffungen, die es auf politischem Weg damals noch schwer gehabt hätten – etwa eine IBM-Computeranlage für 200 000 Franken.[220] Von Beginn weg war die Praxisorientierung sehr wichtig. 1982 erfolgte zusammen mit der Aargauischen Industrie- und Handelskammer die Gründung der Forschungs- und Entwicklungsinstitution für Technologietransfer, die privatwirtschaftlich organisiert den KMU einen einfachen Zugang zum technisch-wissenschaftlichen Potenzial der HTL eröffnete. Die Gründung hatte Pioniercharakter und wurde später von weiteren Institutionen übernommen.[221]

Im Zuge der Tertiärisierung des Bildungswesens entstanden im Aargau weitere Höhere Fachschulen: die Höhere Pädagogische Lehranstalt Zofingen (1976, siehe «Lehrerbildung», S. 192), die Höhere Wirtschafts- und Verwaltungshochschule (HWV) Baden (1993) und die Höhere Fachschule für den Sozialbereich Brugg (1994). Letztere entstand aus der Zusammenführung der Aargauischen Fachschule für Heimerziehung Brugg und der bis anhin privatrechtlich geführten Interkantonalen Höheren Fachschule für Sozialarbeit Aarau.[222]

Hochfliegende Hochschulpläne

Im Jahr 1962 verlangte der Badener LdU-Grossrat Jakob Hohl in einer Motion, «die Gründung einer aargauischen Universität in die Wege zu leiten». Er begründete sie einerseits mit der Überforderung der bestehenden Hochschulkantone und andererseits damit, «dass der Beitrag unseres Kantons an die Förderung der Wissenschaften nicht den wirtschaftlichen Möglichkeiten entspricht».[223] Während des beispiellosen Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums zeigte sich, dass die Schweiz im Hochschulwesen im Rückstand war. Die Ausbildungskapazitäten waren der rasch steigenden Zahl der Studentinnen und Studenten nicht mehr gewachsen, die Nachfrage nach Akademikerinnen und Akademikern war grösser als die Zahl der Absolventen, und im Ausland wurden die Hochschulen schneller ausgebaut. Auch in Luzern wurde über ein Hochschulprojekt diskutiert.[224]

Der Vorstoss kam für die meisten überraschend. Zwar hatte der Kanton soeben eine weitere Kantonsschule errichtet, doch gab es noch etliche Gemeinden, die über keine zeitgemässe Infrastruktur für die Volksschule verfügten. Trotzdem war der Regierungsrat bereit, das Anliegen zu prüfen.[225] Die ganze Hochschulfrage fiel in eine Zeit allgemeiner Aufbruchsstimmung, und weite Kreise waren angetan von der Vorstellung einer Aargauer Hochschule. Während sich die Bürgerlichen im Rat für den Kredit aussprachen, wurde er 1964 von der Hälfte der Sozialdemokraten abgelehnt.[226] Nach vertieften Abklärungen nahm man von einer vollausgebauten Universität mit allen Fakultäten Abstand. Stattdessen sollte bis 1985 eine Hochschule für Humanwissenschaften mit je einer Abteilung für klinische Medizin und für Bildungswissenschaften realisiert werden.[227]

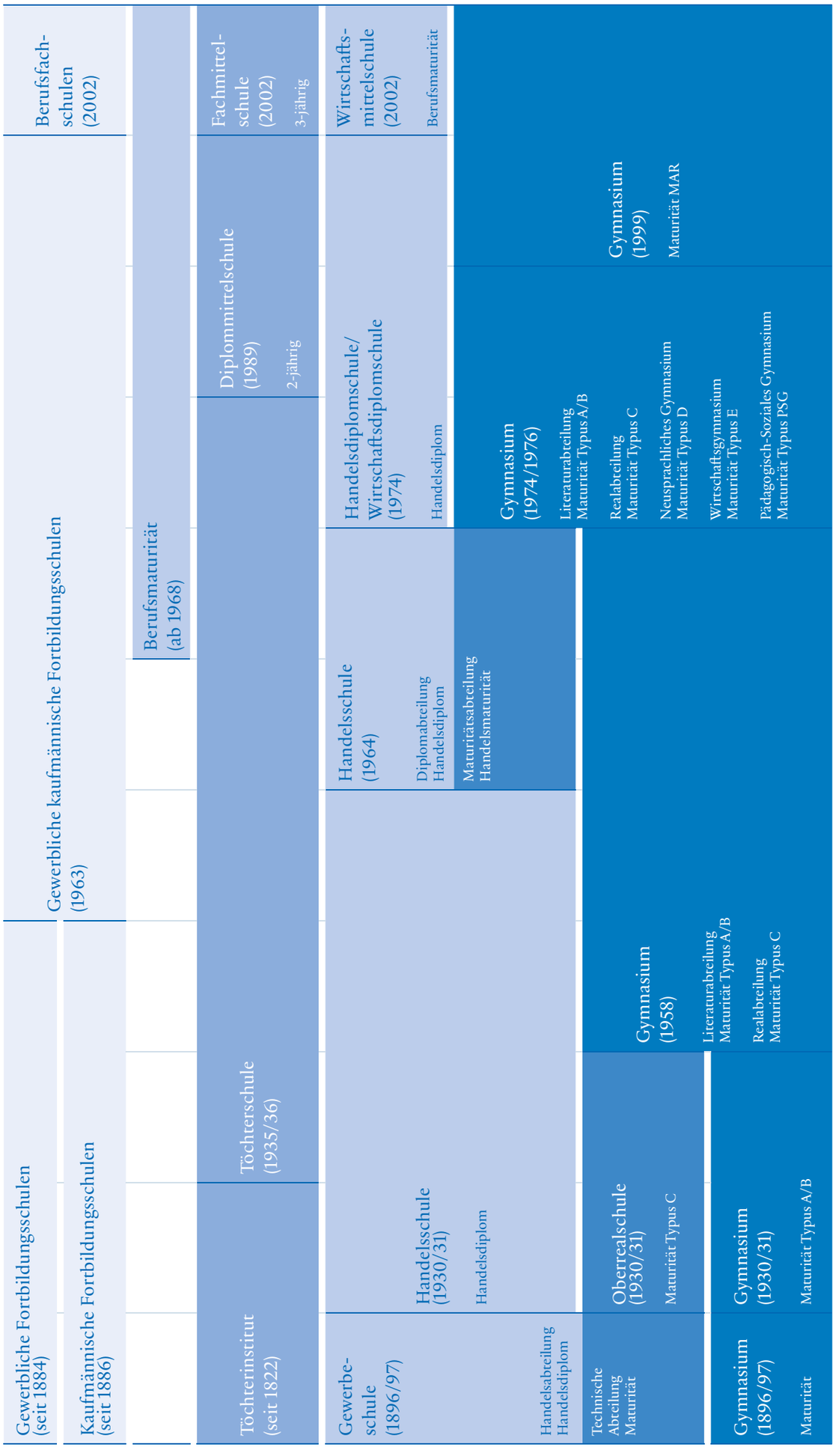
Ein Absturz mit Ansage

Während der Grosse Rat 1970 dem Kredit über 6,5 Millionen Franken für die erste Stufe mit 130 gegen 2 Stimmen zugestimmt hatte, wurde die Vorlage an der Urne mit 31 460 gegen 28 945 Stimmen bei über 5 000 Leerstimmen nur knapp angenommen.[228] Dass die Angelegenheit nicht zu einem Fiasko wurde, war dem überaus engagierten Abstimmungskampf des Aargauischen Hochschulvereins unter der Führung von Jakob Hohl zu verdanken. Dagegen opponiert hatte die «Aktion für Sparsamkeit im Staate», die vom Wohlener Grossrat Arnold Widmer (1898–1989) von den Freien Stimmberechtigten angeführt wurde.[229] Zu diesem Zeitpunkt studierten bereits über tausend Aargauerinnen und Aargauer an Schweizer Universitäten und verursachten den Trägerkantonen unvergütete Kosten in zweistelliger Millionenhöhe.[230] Um Zulassungsbeschränkungen für die Aargauer Studierenden zu vermeiden, trat der Aargau dem Konkordat über die Hochschulbeiträge bei. Seit Inkrafttreten 1981 entrichtet der Kanton einen steigenden Betrag pro Studentin, pro Studenten (1981: 3000 Franken, 1990: 7000 Franken) an die Hochschulkantone.[231]

In den 1970er-Jahren verschwand die anfängliche Aufbruchsstimmung. Die Skepsis gegenüber den damaligen Strömungen im Bildungsbe-

Grafik 30a

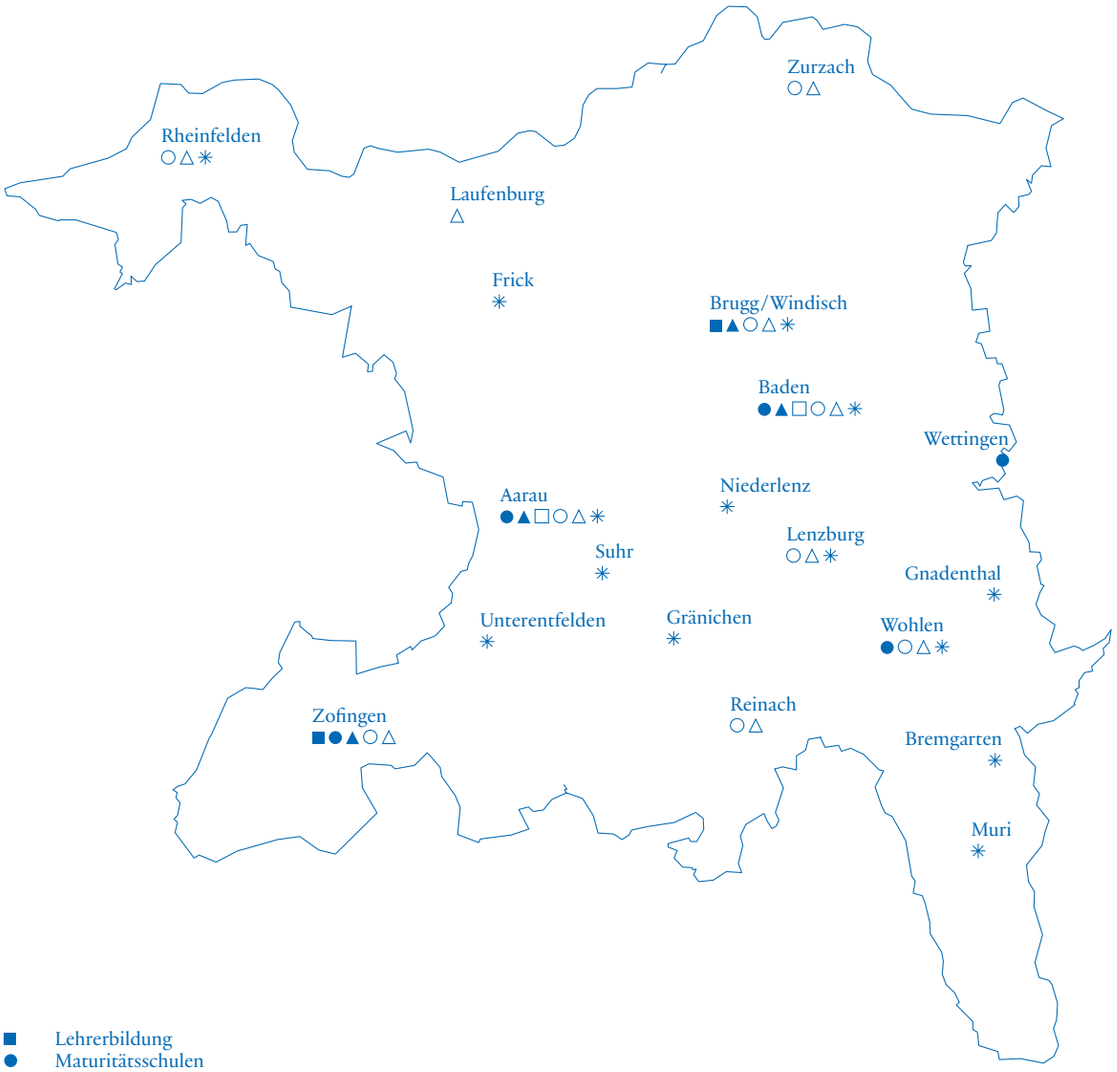
Die institutionelle Entwicklung der Aargauer Mittel- und Berufsschulen 1896–2002



Grafik 30a Vereinfachte Übersicht über die institutionelle Entwicklung der Mittel- und Berufsschulen (ohne Landwirtschaft, Gesundheit, Soziales und Kunst) im Kanton Aargau 1896 bis 2002. Quellen u.a. Aargauische Gesetzessammlung; Staehelin 2002, 194; Wettstein 2020, 154.

Grafik 30b

Übersicht über die Standorte der Mittel- und Berufsschulen im Aargau 1981



- ■ Lehrerbildung
- ● Maturitätsschulen
- ▲ Diplomschulen
- □ Berufsmittelschulen
- ○ Gewerblich-industrielle Berufsschulen
- △ Kaufmännische Berufsschulen
- ✳ Spezielle Berufsschulen

Grafik 30b Quelle: Aargauer Schulen 1981, 59.

reich nahm zu, und die Finanzlage des Kantons verschlechterte sich insbesondere in der 1975 einsetzenden, tiefgreifenden Rezession. Am 20. Oktober 1976 wies der Grosse Rat mit 79 gegen 76 Stimmen den Entwurf des Hochschulgesetzes zurück und verlangte zwei Vorlagen (Medizinausbildung/Bildungswissenschaften).[232] Im Frühling 1978 lehnten die Aargauerinnen und Aargauer das eidgenössische Hochschulförderungsgesetz ab, und kurze Zeit später scheiterte das Luzerner Hochschulprojekt an der Urne. Im Herbst begrub auch der Regierungsrat die Aargauer Pläne.[233] Mehr Erfolg war Ende Jahr dem Gesetz über die kantonale Beteiligung an der Ausbildung der Studentinnen und Studenten der Medizin beschieden, das 63,7 Prozent Zustimmung erhielt.[234]

Auf dem Weg zur Fachhochschule Nordwestschweiz

1992 reichte der Badener CVP-Grossrat und Stadtammann Josef Bürge (*1942) eine Motion ein. Er forderte die Umwandlung der HTL Brugg-Windisch und der neu gegründeten HWV Baden zu Fachhochschulen nach europäischem Vorbild. Die Motion wurde stillschweigend überwiesen. Der Regierungsrat nahm die Veränderungen in der tertiären Bildung als Chance für den Kanton Aargau wahr. Zu diesem Zeitpunkt war das damalige Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit daran, die Grundlagen für Berufsmaturitätslehrgänge zu erarbeiten. Für deren Absolventinnen und Absolventen waren Fachhochschulen als attraktive Weiterbildungsmöglichkeit vorgesehen.[235] 1997 wurde die Aargauer Fachhochschule für Technik und Wirtschaft gegründet und ein Jahr später um den Fachbereich Gestaltung erweitert. Danach folgte eine Fachhochschule Gesundheit und Soziale Arbeit. Damit wurde der Kanton Aargau doch noch zum Hochschulkanton. Der Regierungsrat konnte sich allerdings nicht zurücklehnen. Bereits 1997 kündigte der Bund an, schweizweit nur sieben Fachhochschulen zu genehmigen, und 1998 forderte der Fachhochschulrat eine Standortkonzentration in Brugg.[236] Nun begann eine unheilvolle regionalpolitische Standortdiskussion. 1999 präsentierte CVP-Regierungsrat Peter Wertli der überraschten Öffentlichkeit eine zweipolige Fachhochschule Aargau-Solothurn mit den Standorten Aarau und Olten.[237] Während sich Aarau freute, ging die Region Brugg für «ihre» mit der Wirtschaft eng verbundene Fachhochschule auf die Barrikaden.

2001 wurde Rainer Huber von der CVP neuer Bildungsdirektor. Er sprach sich aus wirtschaftspolitischen und finanziellen Gründen für den Standort Brugg-Windisch aus und kämpfte für eine vierkantonale Fachhochschule Nordwestschweiz (Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn), deren Gründung er 2004 verkünden konnte. Bei der anschliessenden Portfolio-Bereinigung musste der Aargau auf Architektur und Bauwesen, auf Design und Kunst sowie auf die Soziale Arbeit verzichten, dafür blieb ihm die Pädagogische Hochschule, und der prestigeträchtige Bereich Technik wurde in Windisch konzentriert.[238]

Vielfältige Aus- und Weiterbildungsangebote

Auch wenn den hochfliegenden Plänen für eine Aargauer Universität kein Erfolg beschieden war, so hat sich der Kanton in knapp fünfzig Jahren in den Bereichen Höhere Ausbildung, Forschung und Entwicklung markant verändert. Aus der 1957 gegründeten BBC-Konstrukteurschule in Baden wurde 1971 eine Technikerschule. Ab 1973 unterstützte der Kanton diese finanziell, und zehn Jahr später erfolgte die Anerkennung durch den Bund. 1992 trennte sich die ABB von der Schule, die seither von einem Trägerverein erfolgreich geführt wird.[239]

Aus dem Zusammenschluss des Eidgenössischen Instituts für Reaktorforschung (1960) in Würenlingen und dem Schweizerischen Institut für Nuklearforschung (1968) in Villigen wurde 1988 das Paul Scherrer Institut als grösste Forschungsanstalt der ETH Zürich.[240]

Zwei weitere Anregungen aus der Hochschuldebatte wurden 2009 Realität. In Aarau wurde das von der Universität Zürich, der Fachhochschule Nordwestschweiz, der Stadt Aarau und dem Kanton Aargau getragene Zentrum für Demokratie Aarau gegründet.[241] 2009 wurde ausserdem an der Universität Basel ein Lehrstuhl für Provinzialrömische Architektur errichtet, der sich hauptsächlich mit der Erforschung der Römer im Aargau beschäftigt und vom Kanton Aargau mitfinanziert wird.[242]

Das öffentliche Gesundheitswesen

1962 machte der Regierungsrat vier Problemfelder aus, welche das Gesundheitssystem in den kommenden Jahrzehnten vor grosse Herausforderungen stellen werden: «Erstens machen medizinische Wissenschaft und ärztliche Kunst rasche und umwälzende Fortschritte. Es können immer mehr Patienten geheilt oder doch länger am Leben erhalten werden, wofür Spitalaufenthalte oft die Voraussetzungen bilden. Zweitens bringt die Überalterung eine Zunahme kranker Leute, die angesichts der gewandelten Familienstruktur und Wohnverhältnisse nicht mehr im eigenen Hause gepflegt werden können. Drittens ermöglichen soziale Errungenschaften, wie zum Beispiel die Krankenkassen, auch minderbemittelten Schichten den Spitalaufenthalt, und viertens müssen Entlöhnung und Arbeitszeit des zahlreichen Personals in den Spitälern und Anstalten den neuzeitlichen Regelungen bei anderen Berufsarten angeglichen werden.»[243] Nach dem Zweiten Weltkrieg begann eine Ära des medizinischen und technischen Fortschritts im Gesundheitswesen, wie ihn frühere Generationen nicht gekannt hatten. Damit verbunden waren auch steigende Erwartungen der Bevölkerung an die Gesundheitsversorgung. Ging es zunächst um den Zugang zu neuen Behandlungsmethoden und zur Gesundheitsinfrastruktur sowie um deren Erreichbarkeit, rückte später immer mehr deren Finanzierbarkeit in den Fokus der kantonalen Politik. Galt es zu Beginn des Betrachtungszeitraums noch, die Ausbreitung von Infektionskrankheiten notfalls auch mit rigorosen Massnahmen zu verhindern, so

wurde der Fokus später zunehmend auf die Prävention von Zivilisationskrankheiten und die Suchtproblematik gelegt.

Der Ausbau der aargauischen Spitallandschaft

Während alle Kantone dem gleichen Entwicklungstrend ausgesetzt waren, galt es im Aargau, zusätzlich einen baulichen Nachholbedarf zu bewältigen. Dieser ergab sich einerseits aus dem Alter der Bauten und aus aufgeschobenen Unterhaltsarbeiten, andererseits aus überholten Betriebskonzepten. Das Spitalsystem war gekennzeichnet durch eine Mischung aus Zentralisation (ein Kantonsspital für Akutpatientinnen und -patienten, eine Anstalt für psychisch Erkrankte sowie eine psychiatrische Beobachtungsstation für Kinder) und Dezentralisation (acht Regionalspitäler und vier regionale Pflegeanstalten). Mit Ausnahme der Bezirke Bremgarten und Lenzburg wurden zwischen 1888 und 1913 in allen Bezirken Spitäler eröffnet, welche die stationäre Gesundheitsversorgung der Region sicherstellten. Die Patientinnen und Patienten konnten wohnortsnah medizinisch versorgt und teilweise auch durch ihre Hausärzte betreut werden. Die Menschen waren mit ihren Regionalspitälern verbunden durch Geburt, Krankheit und Tod. Dementsprechend emotional konnten Debatten werden. Erst 2005 wurde mit der Schliessung des Bezirksspitals Brugg die bis anhin erfolgreiche regionale Blockbildung im Grossen Rat durchbrochen.[244] Während das Kantonsspital in Aarau dem Kanton gehörte, waren die Träger der Regionalspitäler grösstenteils private Vereine und Stiftungen, nur Baden gehörte der Gemeinde. Die Finanzierung erfolgte bloss zu einem kleinen Teil durch den Kanton. Wichtiger waren bis zum Spitalgesetz 1965 die Gemeinden sowie Dritte, etwa in der Region ansässige Unternehmen.

Ein Kantonsspital in Baden

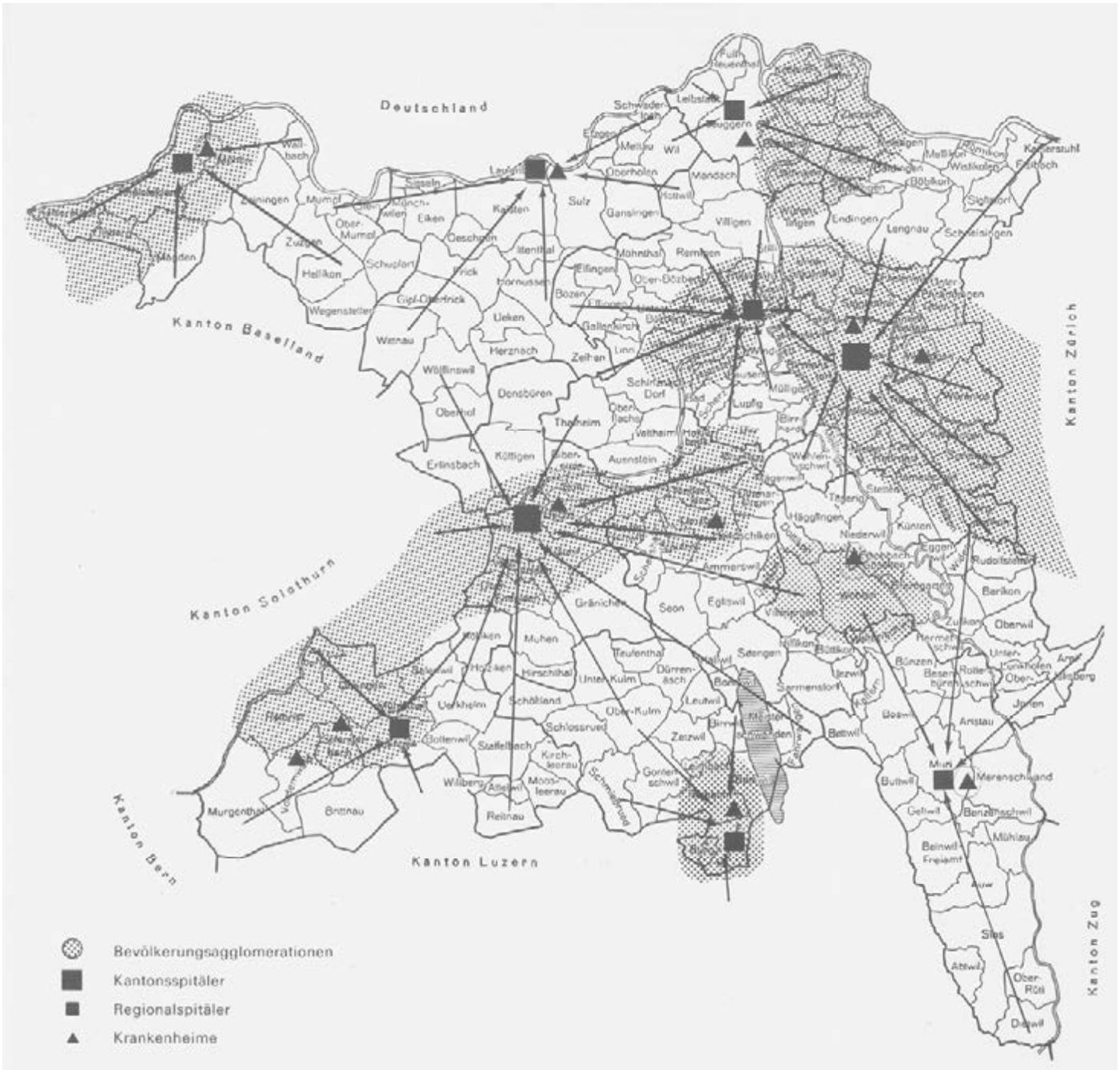
Ein Expertenbericht kam 1962 zum Schluss, dass angesichts des grossen Wachstums der Region Baden der Bau eines neuen Kantonsspitals als Schwerpunktspital sinnvoll sei. Zudem seien die regionalen Spitäler und Pflegeanstalten zu modernisieren und zu erweitern, was jedoch ohne zusätzliche Finanzierung durch den Kanton nicht sozialverträglich umzusetzen sei.[245] 1964 stimmten die Aargauer mit 63 261 Ja gegen 6 106 Nein dem neuen Gesetz zu und bewilligten damit indirekt einen Investitionsbeitrag von rekordhohen 231,5 Millionen Franken.[246] Davon waren 85 Millionen für das Kantonsspital Aarau und 73 Millionen für den Bau des Kantonsspitals in Baden vorgesehen. 1970 genehmigte der Grosse Rat schliesslich einen Kredit von rund 140 Millionen Franken. Diese massiven Mehrkosten waren ursächlich auf die hohe Bauteuerung, ein aktualisiertes Bauprogramm infolge stärkeren Bevölkerungswachstums sowie bauliche Anpassungen zurückzuführen.[247] Mit dem Spitalgesetz von 1971 wurde eine bessere Finanzierung der aargauischen Spitäler und Krankenheime eingeführt. Fortan übernahm der Kanton sämtliche Baukosten sowie siebzig Prozent der Betriebsdefizite, während die Gemeinden die restlichen dreissig Prozent zu tragen hatten. Zur Finanzierung wurde ein 15-prozentiger Zuschlag auf die Staatssteuer (Spitalsteuer) erhoben.[248] Neben der staatspolitischen Bedeutung des zweiten Kantonsspitals konnte 1978 ein wichtiger Pfeiler im zukünftigen Spitalverbund Aargau realisiert werden.[249]

Von der Spitalkonzeption 1972 zur Gesamtplanung

Der Kanton Aargau war im Gesundheitswesen ein Sonderfall, weil er den baulichen Nachholbedarf anging, als andere Kantone bereits die finanziellen Folgen bekämpften.[250] Die Einsetzung einer Kommission 1960 markiert den Beginn der planerisch-politischen Steuerung des kantonalen Gesundheitswesens. Mit dem Spitalgesetz von 1971 wurde die sogenannte Spitalkonzeption als Grundlage für die kantonale Spitalplanung eingeführt. Sie sollte ein Gleichgewicht zwischen Bedarf und Finanzierbarkeit herstellen und war der erste Versuch, von der reinen Spitalbaupolitik zu einer umfassenden Gesundheitspolitik zu wechseln.[251] Der Zwischenbericht von 1975 zeigte, dass Prognosen rasch überholt sein können. Mit Blick auf die stark ansteigenden Ausgaben für die Betriebskosten und die Überkapazitäten mahnte der Regierungsrat eine Redimensionierung an.[252] Der neue CVP-Regierungsrat Hans Jörg Huber strebte eine Gesamtbetrachtung des Gesundheitssystems an und legte 1980 65 Thesen vor. Insbesondere sollten der Gesundheitsschutz und die Gesundheitsfürsorge (siehe «Prävention», S. 432) den gleichen Stellenwert wie die Gesundheitsversorgung erlangen.[253] In den 1980er-Jahren wurden die Infektionskrankheit AIDS und Drogen immer wichtigere Themen. Eine Überarbeitung der bisherigen Konzeption drängte sich deshalb auf. Wichtige Einflussfaktoren waren die überproportionale Zunahme der über 65-Jährigen, die Verkürzung der mittleren Aufenthaltsdauer in den Spitälern infolge neuer Operations- und Behandlungstechniken und neue, bisher nicht berücksichtigte stationäre Leistungserbringer wie die Klinik im Schachen in Aarau (heute Hirslanden Klinik).[254]

Kernstück der «Spitalkonzeption 2005» war die Vorgabe verbindlicher Leistungsaufträge. Damit wurde zu einem Instrument aus dem Werkzeugkasten der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung gegriffen. Schrittweise wollte man von der pauschalen Defizitdeckung hin zu einer leistungsbezogenen Finanzierung der Spitäler übergehen, um die Effizienz zu erhöhen und den Kostenanstieg zu bremsen. Erstmals umgesetzt wurde das Modell 1994 im Spital Rheinfelden.[255]

2003 wurden die bisher unselbstständigen öffentlichen Anstalten Kantonsspital Aarau, Kantonsspital Baden und Psychiatrische Dienste in gemeinnützige Aktiengesellschaften umgewandelt. 2004 trat ein neues Spitalgesetz in Kraft, das den Anstoss zur «Gesundheitspolitischen Gesamtplanung» gab, die ein Jahr später vom Grossen Rat genehmigt wurde und als umfassendes Planungswerk das aargauische Gesundheitswesen erstmals ganzheitlich darstellte.[256]



148 Standorte der Spitäler. Mit der Spitalkonzeption 1972 wurde eine stärkere räumliche Konzentration im Gesundheitswesen geprüft, jedoch verworfen. Die regionale Grundversorgung ermöglichte allen Aargauerinnen und Aargauern gleichmässig, an der medizinischen Grundversorgung zu partizipieren.

149 Bau des Kantonsspitals Baden. Nach sechs Jahren Bauzeit konnte am 30. Juni 1978 in Baden das zweite aargauische Kantonsspital eingeweiht werden. Anschliessend wurden mithilfe von Spitalformationen der Armee die Patientinnen und Patienten aus dem städtischen Krankenhaus Baden in den Neubau verlegt.

150 Operationssaal im Kantonsspital Aarau. Eine doppelte Aufgabe hatte 1960 auch das Kantonsspital Aarau: Ungefähr mit der Hälfte der Betten diente es als Regionalspital der Region Aarau und mit der anderen Hälfte der Betten als Zentralspital dem ganzen Kanton.

151 Schwesternhaus in Königsfelden. Für die neuen Behandlungsmethoden brauchte es mehr Pflegepersonal, das jedoch nur sehr schwer zu rekrutieren war. 1964 konnte das Schwesternhaus eröffnet werden. Bis dahin war Königsfelden die einzige Klinik im Aargau ohne eigene Unterkunft für die Pflegerinnen gewesen.

152 Luftaufnahme des Gesundheitszentrums Brugg, 1977. Alterswohnungen, Alters- und Pflegeheim sowie Bezirksspital und das soeben in ein Krankenheim umfunktionierte ehemalige Personalhaus befinden sich am gleichen Ort, wie in der Spitalkonzeption von 1972 gefordert, um Synergien zu nutzen.

Von den Rheuma- zu den Rehabilitationskliniken

Der Kanton Aargau zählt mit Baden, Rheinfelden, Schinznach-Bad und Bad Zurzach vier Thermalkurorte (siehe «Kuren und Heilen», S. 430), die in den 1960er-Jahren Therapien gegen Rheumatismus anboten. Rheuma war eine relativ weitverbreitete «Volkskrankheit», die unbehandelt zur Invalidität führen konnte. Weil es schweizweit zu wenig Behandlungsplätze gab, wurden viele Patientinnen und Patienten in den Akutspitälern hospitalisiert. Die Schweizerische Rheumakonzeption unterschied 1965 zwischen Bäderkliniken für schwer pflegebedürftige Patientinnen und Patienten und Bädersanatorien für solche mit einem geringeren pflegerischen Bedarf. Dabei war vorgesehen, in Schinznach-Bad eine Bäderklinik, in Baden und Rheinfelden Bädersanatorien und in Bad Zurzach eine Lösung für beide Patientenkategorien einzurichten. Während der Kanton Aargau in den Akutspitälern Patientinnen und Patienten an die Nachbarkantone abgab, kamen besonders aus den Städten Basel und Zürich Rheumaerkrankte in die Aargauer Institutionen. 1969 bewilligte der Grosse Rat knapp 17 Millionen Franken für die Neubauten in Bad Zurzach, Schinznach-Bad und Rheinfelden.[257] Wie die Regionalspitäler wurden sie auf verschiedene Weise durch Kantonsbeiträge finanziert und unterstanden dem Spitalgesetz. Alle grösseren Vorhaben mussten durch das Departement oder den Regierungsrat bewilligt werden. Im Laufe der 1980er-Jahre traten die Behandlungen gegen Rheumatismus immer mehr in den Hintergrund. Wichtiger wurde dafür die Nachbehandlung von Operationen, was sich gegen aussen in der Umbenennung in «Rehabilitationskliniken» äusserte.

Eine besondere Stellung nahm seit ihrer Eröffnung 1974 die SUVA-Klinik in Bellikon ein. Aufgrund ihres umfassenden Dienstleistungsangebots und der intensiven Zusammenarbeit mit den Aargauer Spitälern wurde sie 1994 erstmals in die Spitalkonzeption des Kantons aufgenommen.[258]

Alters- und Krankenheime

Im 20. Jahrhundert stieg die durchschnittliche Lebenserwartung kontinuierlich an (siehe «Demografie», S. 36 und 49). Gleichzeitig lösten sich die ehemals engen Familienverbände auf. An die Stelle der bäuerlichen Grossfamilie trat die moderne Kleinfamilie. Immer weniger Kinder hatten die Möglichkeit, ihre Eltern im Alter zu sich zu nehmen und zu pflegen. Die meisten Aargauer Städte kannten bereits in der frühen Neuzeit Institutionen («Spittel» oder «Asyle») für alleinstehende ältere Menschen. Träger waren die Ortsbürgergemeinden, die in den meisten Fällen die Aufgabe 1937 an die Einwohnergemeinden übertrugen. Diese Altersheime wurden als Kollektivhaushaltung geführt. Bewohnerinnen und Bewohner, die dauerhaft pflegebedürftig wurden, wechselten in ein Spital. Für diese war jedoch in den modernen Spitälern kein Platz mehr. Es brauchte deshalb neue Lösungen. 1957 erhielt der Kanton die Kompetenz, den Bau von Altersheimen mit Staatsbeiträgen zu unterstützen.[259] Die meisten Gemeinden konnten die Aufgabe nicht alleine stemmen, sondern mussten sich mit den Nachbargemeinden zusammen an einen Tisch setzen. Als Träger wurde vielfach ein Verein gegründet, der sich auch um die Finanzierung kümmerte. Um die Menschen möglichst lange in der Selbstständigkeit zu belassen, sollten sie zunächst in eine Alterssiedlung einziehen. Wer mehr Hilfe benötigte, wechselte je nach Bedarf ins Alters- oder Pflegeheim.[260]

Die Spitalkonzeption mahnte 1972 an, dass der rasche Bau von Krankenheimen unumgänglich sei, weil der Kanton über kein einziges modernes Krankenheim verfüge. Die Konzeption sah vor, dass regionale Krankenheime in der Nähe der Akutspitäler errichtet werden sollten, um Synergien zu nutzen.[261] Aus finanzpolitischen Gründen nahm die Realisierung der Krankenheime viel mehr Zeit in Anspruch als ursprünglich gedacht. Gleichzeitig reduzierte sich der Bettenbedarf deutlich.[262]

Spitalexterne Krankenpflege zur Senkung der Gesundheitskosten

Im Laufe des 20. Jahrhunderts entwickelte sich die Hauskrankenpflege zu einem wichtigen Bereich in der Gesundheitsversorgung. Sie übernahm die Pflege von Patientinnen und Patienten, die nicht durch eigene Angehörige gepflegt werden konnten. Die Anbieter waren lokal organisiert und erbrachten unterschiedliche Leistungen. Ihre Gründung ging vielfach von gemeinnützigen oder kirchlichen Organisationen aus.[263] 1977 ergab eine Erhebung, dass es 157 Trägerorganisationen gab, die insgesamt 76 Gemeindeschwestern beschäftigten. Um die steigenden Kosten im Gesundheitswesen zu dämpfen, begann man in den 1980er-Jahren, die spitalexterne Krankenpflege auszubauen, wobei die Zuständigkeit bei den Gemeinden lag. Der Kanton unterstützte sie durch eine Spitex-Beratungsstelle. 1995 nahm der Grosse Rat das Spitex-Leitbild zur Kenntnis.[264] Der danach folgende Ausbau wurde möglich, nachdem mit dem neuen Krankenversicherungsgesetz die Kosten nicht mehr nur durch die Selbstzahler und die Gemeinden, sondern auch durch die obligatorische Krankenversicherung bezahlt wurden. Die stark steigenden Gesundheitskosten führten in den 1990er-Jahren, dazu, dass sich der Fokus stärker auf kostendämpfende Massnahmen richtete.

Immer wichtiger wurden deshalb die Prävention und die Gesundheitsförderung, die bereits in der Spitalkonzeption 1972 gefordert wurden. Die Umsetzung sollte dabei vor allem durch die nichtstaatlichen sozialmedizinischen Dienste wie die kantonale Frauenliga gegen Tuberkulose, die Mütter- und Säuglingsfürsorge, Pro Juventute und andere Organisationen erfolgen. 1976 konstituierte sich eine kantonale Kommission für sozial- und präventivmedizinische Fragen, und 1984 wurde eine entsprechende Sektion innerhalb des kantonsärztlichen Dienstes gebildet (siehe «Aarau – eusi gsund Stadt», S. 432).[265]

Von der Heil- und Pflegeanstalt zur Psychiatrischen Klinik

Die Psychiatrie als Teilgebiet der Medizin hat im Aargau eine lange Tradition. 1872 eröffnete der Kanton in Königsfelden eine psychiatrische Heil- und Pflegeanstalt. Noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts folgte einem Eintritt in die Klinik ein oft jahre- oder jahrzehntelanger Aufenthalt. Nicht alle Leiden konnten geheilt werden. Immer mehr wurde aus der Heilanstalt eine Versorgungsanstalt, die mit überfüllten Krankenstationen zu kämpfen hatte. Errichtet für 300 Patientinnen und Patienten, war die Klinik lange Zeit mit 800 Betten ausgestattet. Ab den 1980er-Jahren sank die Zahl und betrug 1995 noch 560 Betten.[266] Neue Medikamente und Behandlungsansätze wie die Psychotherapie verkürzten in der Nachkriegszeit die Verweildauer massiv. 1974 verliessen 40 Prozent der Patientinnen und Patienten die Klinik nach einem Monat, nach drei Monaten 74 Prozent und nach sechs Monaten bereits 84 Prozent.[267]

1959 hatten die Stimmberechtigten 30,5 Millionen Franken bewilligt, um Königsfelden in eine moderne Heil- und Pflegeanstalt umzubauen. Zehn Jahre später konnten vier Pavillons mit 248 Betten, Turnhalle und Schwimmbad eingeweiht werden.[268] Als sichtbares Zeichen für den Aufbruch erfolgte ab 1965 ein schrittweiser Abbruch der alten Anstaltsmauern, die früher das gesamte Areal umgeben hatten. Aus der alten Heil- und Pflegeanstalt war die moderne Psychiatrische Klinik Königsfelden geworden.[269]

Ausbau des ambulanten Angebots

Als Folge des medizinischen Fortschritts und des sozialen Wandels wurden im Zusammenhang mit der Spitalkonzeption ein neues Leitbild ausgearbeitet und 1972 eine Reorganisation eingeleitet. Dazu gehörten die Eröffnung von Ambulatorien an verschiedenen Orten wie auch der Aufbau eines Sozialpsychiatrischen Dienstes (SPD). Dieser kümmerte sich um die Wiedereingliederung ehemaliger Patientinnen und Patienten und betrieb dazu teilstationäre Angebote. Während die Gesellschaft offener mit psychischen Erkrankungen umging, fehlten durch den Strukturwandel in der Wirtschaft geeignete Arbeitsplätze für Menschen mit einem reduzierten Leistungsvermögen. Geschützte Werkstätten und Heime wie das Domino in Windisch entstanden. Unter der Aufsicht des SPD nahm 1977 die Drogenberatungsstelle Kontakt ihre Tätigkeit auf.[270] Drogen sollten auch in den folgenden Jahren und Jahrzehnten zu einem immer wichtiger werdenden Thema werden. 1993 wurde in Königsfelden die kantonale Drogenentzugsstation eröffnet.[271]

Da viele Erkrankungen bei Erwachsenen auf frühkindliche Entwicklungsstörungen zurückgeführt werden können, nahm 1947 die Kinderbeobachtungsstation Rüfenach als Aussenstation der Klinik Königsfelden den Betrieb auf.[272] 1974 wurde sie dem neu gegründeten Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst (KJPD) unterstellt, der administrativ dem Kantonsspital Aarau angegliedert war. Lag der Auftrag zunächst in der Beobachtung und Abklärung der Kinder, änderte sich das Aufgabenfeld durch die Eröffnung der Ambulatorien des KJPD in Aarau, Baden/Wettingen, Wohlen und Rheinfelden sowie die Einführung des Schulpsychologischen Dienstes. Im Vordergrund standen nun die stationäre Abklärung und Therapie der Kinder und Jugendlichen.[273] 1995 fand eine Reorganisation und Umbenennung in «Psychiatrische Dienste Aargau» statt.[274]

Kantonale Sozialpolitik – vom Fürsorge- zum Sozialstaat

Parallel zum Übergang von der Agrar- zur Industrie- und schliesslich zur Dienstleistungsgesellschaft vollzog sich ein sozialpolitischer Wandel von der kommunalen Armenpflege und der Versorgung der Armen durch private und kirchliche Kreise zum Sozialstaat.[275] Im Verlauf des 20. Jahrhunderts entstand ein dichtes Netz an staatlichen Sozialversicherungen, das gesellschaftliche (Erwerbsersatz), konjunkturelle (Arbeitslosenversicherung), gesundheitliche (Invalidenversicherung, Krankenversicherung) und altersbedingte (Alters- und Hinterlassenenversicherung) Armutsrisiken auffing. Die bisher kommunalen, kirchlichen und privaten Akteure wie Unternehmen oder Vereine wurden dadurch entlastet und erhielten immer mehr eine subsidiäre Funktion oder zogen sich ganz zurück. Sie wirkten dort, wo die Sozialversicherungen (noch) nicht halfen oder wo neue Formen notwendig waren. Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte der Sozialstaat einen rasanten Ausbau. Die Hochkonjunktur sorgte für einen bisher nicht da gewesenen Wohlstand breiter Bevölkerungskreise. Die Steuereinnahmen stiegen, und der Staat nahm sich neuer Aufgaben an. Es ging nicht mehr nur darum, den von der Armut am meisten bedrohten Menschen – Alte, Witwen und Waisen, Invalide und kinderreiche Familien mit niedrigem Einkommen – das wirtschaftliche Überleben zu sichern. Vielmehr sollten sie am wachsenden Wohlstand und am gesellschaftlichen Leben teilhaben.[276] Die kollektive Erfahrung der unsicheren Zeit während des Zweiten Weltkriegs und das gemeinsame Meistern dieser Krise führten zu einem Näherrücken in der Gesellschaft. Der Ausbau der sozialen Sicherung diente in der Zeit des Kalten Kriegs auch dazu, die Überlegenheit der marktwirtschaftlich orientierten, auf den Prinzipien des Rechtsstaates fussenden Demokratie gegen das alternative, kommunistische Gesellschaftsmodell zu behaupten.

Unterstützung für die älteren Menschen

Gestützt auf seine Vollmachten, beschloss der Bundesrat per 1. Januar 1946, eine Alters- und Hinterlassenenrente auszurichten, die zur Hälfte durch die öffentliche Hand (Bund ⅔ und Kantone ⅓) und zur anderen Hälfte durch die Lohn- und Verdienstersatzordnung getragen würde.[277] Mit einer Verordnung beteiligte der Aargauer Regierungsrat die Gemeinden am kantonalen Beitrag. Während die Menschen in städtischen Gebieten gegenüber

153 Untersuchung beim Schulzahnarzt, 1971. Mit den steigenden Gesundheitskosten erhielt die Gesundheitsvorsorge eine grössere Bedeutung in der Hoffnung, dadurch die stark steigenden Kosten dämpfen zu können.

154 Wohngruppe im Schulheim Kasteln, 1977. Bereits 1952 wurden aus den grossen Schlafsälen Zimmer mit drei bis sechs Betten. Später kamen Wohngruppen, die sich an familienähnlichen Modellen orientierten.

155 Alltag im Alters- und Pflegeheim Gnadenthal. Für betagte Langzeitpatientinnen und -patienten sowie chronisch Kranke gab es in den meisten Bezirksspitälern und Altersheimen eigene Abteilungen. Undatierte Aufnahme, Mitte 20. Jahrhundert.

156 Schülergruppe im Hof des Schulheims Kasteln, 1977.

Die dunklen Seiten der Psychiatrie

In den letzten Jahren, ist ausgehend von heutigen ethischen Massstäben, vermehrt Kritik an früheren Behandlungsmethoden wie der Lobotomie, also dem chirurgischen Eingriff ins Gehirn, in psychiatrischen Kliniken geübt worden. Inwiefern diese Methode auch in Königsfelden angewendet wurde und ob die Betroffenen darüber informiert waren, konnte im Rahmen dieser Arbeit nicht geklärt werden. Ebenso ist offen zu lassen, in welchem Rahmen in Königsfelden fürsorgerische Zwangsmassnahmen gegen Frauen und Männer ergriffen wurden, deren Lebenswandel nicht den herrschenden gesellschaftlichen Normen entsprach.

Nachdem im Herbst 2019 bekannt geworden war, dass in der Klinik Münsterlingen im Kanton Thurgau in den 1950er- bis 1970er-Jahren ohne Einwilligung der Patientinnen und Patienten «Medikamentenversuche» vorgenommen worden waren, gab der Regierungsrat eine Pilotstudie in Auftrag, um die Situation in der Psychiatrischen Klinik Königsfelden zwischen 1950 und 1990 abzuklären.[1] Es zeigte sich, dass zwischen 1953 und 1986 schätzungsweise mehrere Hundert Patientinnen und Patienten mit Medikamenten behandelt worden waren, die damals noch nicht zugelassen waren.[2] Insgesamt liege der Anteil der Betroffenen aber im tiefen einstelligen Prozentbereich, so die Studie. Inwieweit die Betroffenen und ihre Angehörigen über die Situation informiert waren, ist aufgrund der Quellenlage nicht eindeutig zu klären. Rechtlich fand die Medikamentenabgabe in einem Graubereich statt. Erst in den 1980er-Jahren befasste sich die Aargauer Politik stärker mit der Regulierung der klinischen Forschung und den Rechten der Patientinnen und Patienten.[3]

1 Antwort des Regierungsrates zum Postulat betreffend unabhängige Studie zu Medikamentenversuchen in Aargauer Institutionen, Medienmitteilung des Regierungsrates vom 18.11.2019 (Online-Quelle).
2 Germann 2020, 3.
3 Germann 2020, 27.

157 Therapie in Königsfelden, 1977. Ab 1965 wurden die alten Anstaltsmauern abgebrochen, und 1969 konnten die modernen Pavillons in Betrieb genommen werden, wodurch Platz für neue Therapieformen geschaffen wurde.

der früheren Altersfürsorge leicht höhere Beträge erhielten, bekamen jene in halbstädtischen weniger und diejenigen in ländlichen Gebieten bedeutend weniger ausbezahlt. 1946 beschloss deshalb das Volk, vorübergehend eine kantonale Zusatzrente auszurichten.[278] Per 1. Januar 1948 wurde die ordentliche AHV-Rente eingeführt. Zwei Versuche, erneut kantonale Zusatzrenten zu gewähren, scheiterten zunächst.[279] Erst 1956 nahmen die Stimmberechtigten das Zusatzrentengesetz mit einem Ja-Anteil von 84,5 Prozent an. 4067 Personen mit einem Einkommen unter 2400 Franken erhielten fortan jährlich 300 Franken ausbezahlt. Die Finanzierung erfolgte durch einen Beitrag der Gemeinden und durch den Kanton.[280] 1967 wurden diese Zusatzrenten durch die Ergänzungsleistungen abgelöst, die nun auch an AHV- und IV-Bezügerinnen und -Bezüger ausgerichtet wurden, die auf Fürsorgeleistungen angewiesen waren.[281]

Unterstützung von Familien

Um bei besonders von der Armut betroffenen Familien ein Abgleiten in die Armenfürsorge (heute Sozialhilfe) zu verhindern, wurden im Ersten Weltkrieg erstmals Familienzulagen ausgerichtet.[282] Bereits 1942 gewährten die Aargauer Kinderzulagen an das Personal der Staatsverwaltung und an die Lehrerschaft. Die Finanzierung erfolgte paritätisch über Lohnabzüge auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite.[283] Für die Unternehmen in der Wirtschaft gab es zu diesem Zeitpunkt keine Verpflichtung, doch entrichteten verschiedene Firmen von sich aus Familienzulagen und waren einer Familienausgleichskasse angeschlossen. 1964 stimmten die Aargauer mit 48 886 zu 19 548 Stimmen der Einführung eines kantonalen Familienzulagenobligatoriums zu.[284] Alle Arbeitgeber mit Sitz im Aargau wurden zur Zahlung von Kinderzulagen verpflichtet. Damals betrug die minimale Kinderzulage für jedes Kind unter 17 Jahren monatlich zwanzig Franken.[285] 1968 wurde der Betrag auf dreissig Franken und 1972 auf fünfzig Franken erhöht.[286] 2009 wurden die bisher kantonal geregelten Kinderzulagen schweizweit vereinheitlicht. Für die Aargauer Familien bedeutete dies einen höheren monatlichen Beitrag sowie eine Ausdehnung der Anspruchsberechtigung auf Nichterwerbstätige.[287]

Arbeitslosenversicherung

Gestützt auf einen Bundesratsbeschluss, führte der Kanton Aargau 1919 eine Arbeitslosenfürsorge ein. Bald zeigte sich, dass die Unterstützung in Form einer Versicherung organisiert werden sollte. 1952 traten auf Bundesebene zwei Gesetze in Kraft, die den Kantonen in der Frage der Einführung eines Versicherungsobligatoriums oder einer öffentlichen Kasse freie Hand liessen.[288] Das kantonale Einführungsgesetz dazu regelte sowohl die Arbeitsvermittlung, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden oder zu bekämpfen, als auch die Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung durch den Kanton und die Gemeinden nach Massgabe des Bundesrechts.[289] Der Beitritt zu einer Versicherung blieb für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Aargau weiterhin freiwillig, während die Kassen verpflichtet waren, «jeden in ihrem Tätigkeitsbereich wohnhaften versicherungsfähigen Arbeitnehmer aufzunehmen».[290] Die gute Wirtschaftslage führte zu sinkenden Arbeitslosenzahlen, sodass 1972 und 1973 gar keine Leistungen ausbezahlt werden mussten.[291] Als auf die Ölpreiskrise 1973 eine Wirtschaftskrise folgte, stiegen die Zahlen wieder an. 1976 stimmten die Schweizer Stimmberechtigten der Einführung eines Obligatoriums zu.[292] In den folgenden Jahren stieg die Arbeitslosigkeit Mitte der 1980er-Jahre leicht an, um dann vor allem in den 1990er-Jahren ungewohnt hohe Werte zu erreichen. 1991 überstieg die Zahl erstmals die 2000er-Grenze und 1997 gar die Marke von 12 000 (siehe «Wirtschaft», S. 367f.).

Neben Arbeitslosigkeit ist Krankheit ein klassisches Armutsrisiko. 1929 scheiterte die Einführung einer obligatorischen Krankenversicherung an der Urne. 1945 lag eine neue Gesetzesvorlage vor, die jedoch nicht weiterverfolgt wurde, weil zeitgleich auf Bundesebene gesetzliche Änderungen anstanden.[293] Auch ohne Obligatorium schlossen sich immer mehr Einwohnerinnen und Einwohner einer Krankenkasse an. 1996 wurden schweizweit die obligatorische Grundversicherung eingeführt und Prämienverbilligungen für Versicherte in bescheidenen finanziellen Verhältnissen eingeführt.[294] Der Aargau wies damals noch niedrige Gesundheits- und Prämienkosten auf und musste den Bundesbetrag nicht voll ausschöpfen.[295]

Von der Armenfürsorge zur Sozialhilfe

Das Armenwesen in der Schweiz beruhte lange Zeit auf einer faktischen Zweiteilung: Neben einer rudimentären öffentlichen Fürsorge gab es eine komplementäre private Fürsorge. Gemeinnützige Gesellschaften – im Aargau oft «Kulturgesellschaften» genannt –, kirchliche Organisationen, Frauenvereine sowie Armenerziehungsvereine, die späteren Jugendfürsorgevereine, kümmerten sich um Menschen, die auf Unterstützung angewiesen waren. Ebenso stifteten vermögende Personen Legate, mit denen bedürftige Menschen unterstützt werden konnten. 1937 ging die öffentliche Fürsorge von den Orts- auf die Einwohnergemeinden über.[296] Aber erst seit 2017 gilt das Wohnortsprinzip schweizweit einheitlich. Zuvor gab es für eine gewisse Dauer eine Kostenersatzpflicht des Heimatkantons gegenüber dem Wohn- oder Aufenthaltskanton.[297]

Obwohl das Netz der sozialen Sicherheit immer engmaschiger geknüpft wurde, gab es Menschen, die davon nicht getragen wurden. Sie waren weiter auf die Fürsorge angewiesen, allerdings immer weniger aufgrund ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse. Als Ursache galten eine «allgemeine Lebensuntüchtigkeit, mangelnde Anpassungsfähigkeit an die Umwelt, Charakter- und Willensschwäche, krankhafte Neigungen».[298] Sie brauchten nicht nur finanzielle Unterstützung, sondern vielmehr individuelle Betreuung und Beratung. Dafür waren aber die bisherigen Stellen wenig geeignet, da vielfach die fachliche Ausbildung und Erfahrung fehlten. Nach über zehnjähriger Vorbereitungszeit trat 1983 das neue Sozialhilfegesetz in Kraft.[299] Es richtete sich im Unterschied zum alten Armengesetz

von 1936 nicht mehr nur an «Armengenössige», an Personen also, die Hilfe für ihren Lebensunterhalt in Anspruch nehmen mussten, sondern ermöglichte auch vorbeugende Hilfe. Es ging nun nicht mehr um die Disziplinierung Betroffener, sondern um individuelle Unterstützung. Sichtbares Zeichen war die Umbenennung von «Fürsorge» zu «Sozialhilfe».

Sozialdienste in den Gemeinden

Neu wurde die Alimentenbevorschussung eingeführt, und ebenfalls neu hatten die Gemeinden einen Sozialdienst zu führen, der für alle Altersstufen zuständig war. Sie konnten den Dienst gemeinsam mit anderen Gemeinden übernehmen oder einer privaten Organisation übertragen. Keinesfalls sollte mit dieser Neuerung das bisherige Drei-Stufen-Prinzip infrage gestellt werden: zuerst private Hilfe, danach private Organisationen und schliesslich Sozialdienste der Gemeinden. Allerdings konnte diese Absichtserklärung nicht verhindern, dass es zu einer Verlagerung von der freiwilligen zur gesetzlichen Sozialhilfe kam.[300] So stellte beispielsweise 1983 die seit 1964 freiwillig geführte Beratungs- und Fürsorgestelle des Verbands der Industriellen der Region Brugg ihre Tätigkeit ein, weil die Nachfrage nicht mehr bestand.[301] Anders verhielt es sich bei Beratungsstellen, die sich über ein fachliches Profil ausweisen konnten, wie etwa die Suchtberatung oder Jugend- und Familienberatungsstellen. Es entstanden damals auch neue Angebote, wie etwa das 1983 eröffnete Frauenhaus, das Frauen und Kindern, die zu Hause Gewalt erlebten, eine sichere Unterkunft bot.[302]

Bedingt durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen nahmen in den 1990er-Jahren die Aufwendungen im Bereich der Sozialhilfe stark zu: «Zunahme der Scheidungen und der alleinstehenden Personen, Zunahme der ausländischen Bevölkerung mit Einschluss der Kriegsvertriebenen und auch die modernen Konsumgewohnheiten sowie die gesamte Suchtproblematik» machte der Regierungsrat 1995 neben der Stagnation der Wirtschaft und dem Zwang zur Rationalisierung als Ursachen aus.[303]

Heime und Anstalten

Im ausgehenden 19. Jahrhundert entstanden im Kanton Aargau zahlreiche Heime und Anstalten, die der Erziehung, Versorgung und Disziplinierung bestimmter Bevölkerungsgruppen dienten. Zwar änderten sich die Begrifflichkeiten, doch die Gründe einer Heimeinweisung wandelten sich über die Dauer nur unwesentlich. Aufseiten der Erwachsenen waren es Armut, Überforderung, Gewalt, Sucht oder psychische und physische Erkrankungen und aufseiten der Kinder Krankheit, Behinderung, Verwahrlosung oder Verhaltensauffälligkeiten.[304] Dennoch lassen sich über den Betrachtungszeitraum hinweg Veränderungen feststellen. Mit dem Rückgang der Armut sank auch der Anteil der aus diesem Grund in ein Heim Eingewiesenen. Das wachsende professionelle Angebot an Kinder-, Jugend- und Familienberatungsstellen, die Eröffnung der Kinderbeobachtungsstation Rüfenach (1947), die Einführung des Kinderpsychiatrischen Dienstes (1974) und des Schulpsychologischen Dienstes (1977) sowie das Aufkommen ambulanter Einrichtungen wie etwa die Heilpädagogische Schule in Windisch (1970) trugen ebenfalls dazu bei, dass weniger Kinder in ein Heim eingewiesen werden mussten. Dafür konnten sich die Heime stärker auf die Kinder und Jugendlichen mit physischen und psychischen Behinderungen konzentrieren und sich zu spezialisierten heilpädagogischen Einrichtungen entwickeln.

Diese Veränderungen wurden gefördert durch die 1960 eingeführte Invalidenversicherung und das kantonale Erziehungsheimgesetz (1964).[305] Damit konnten die strukturellen Reformen finanziert werden. Diese waren notwendig, weil die oft auf strenge Disziplin und Gehorsam ausgerichteten Erziehungsmethoden, aber auch Missbrauch in der Öffentlichkeit kritisiert wurden. Aus Deutschland schwappte 1970 die sogenannte Heimkampagne in die Schweiz.[306] Im Fokus der Kritik standen die Arbeitserziehungsanstalten und der Massnahmenvollzug bei jungen Erwachsenen. Dennoch veränderten sich auch die Schulheime in dieser Zeit. Die Grossgruppen mit Schlafsälen machten kleineren Wohngruppen Platz, die sich an familienähnlichen Modellen orientierten. In den 1980er-Jahren folgte eine Professionalisierung des Personals und in den 1990er-Jahren auf der Ebene der Organisation und Leitung.[307]

Fürsorgerischer Freiheitsentzug statt administrativer Versorgung

1981 wurde der fürsorgerische Freiheitsentzug auf Bundesebene eingeführt. Er löste die frühere administrative Anstaltsversorgung ab und sollte den Betroffenen einen besseren Rechtsschutz gewähren. Die Gründe für eine Freiheitsentziehung wurden beschränkt auf Geisteskrankheit, Geistesschwäche, Trunksucht, andere Suchterkrankungen oder schwere Verwahrlosung.[308] Die Zuständigkeit bei mündigen oder entmündigten Personen lag im Aargau beim Bezirksamt, bei Unmündigen bei der Vormundschaftsbehörde, das heisst den Gemeinderäten.[309]

Versuchte man zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Menschen noch mit Anstaltseinweisungen und Arbeitseinsätzen zu disziplinieren und auf den «richtigen Weg» zu führen, änderte sich das Bild nach der Jahrhundertmitte vom devianten zum bedürftigen Menschen, den es zu beraten und zu therapieren galt. Dieser Wandel führte dazu, dass frühere Fürsorgepraktiken Ende des 20. Jahrhunderts in die öffentliche Kritik gerieten. Es ist dabei zu berücksichtigen, dass sich die moralischen Wertvorstellungen und Massstäbe sowie die pädagogischen Methoden in diesem langen Zeitraum verändert haben. Gleichzeitig ist festzuhalten, dass physische Gewalt, sexuelle Übergriffe, psychische Erniedrigung und wirtschaftliche Ausbeutung auch nach damaligen Massstäben nicht zu rechtfertigen waren.

1986 entschuldigte sich Bundesrat Alphons Egli für das Leid, das im Zusammenhang mit dem «Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse» bei den Jenischen verursacht worden war, denen die Kinder weggenommen worden waren, um sie fremdzuplatzieren (siehe «Raumplanung und Fahrende»,

Tabelle 11

Übersicht über die bestehenden hauptamtlichen Stellen in der privaten und öffentlichen Fürsorge vor der Einführung des neuen Sozialhilfegesetzes 1983

Art	kommunal	regional	kantonal	Total
Jugend- und Familienhilfe				
Jugend- und Familienberatung		12		12
Jugendberatungsstellen der Kirchen		2		2
Eheberatung		5		5
Erziehungsberatung		4		4
Frauenberatung (inkl. Budgetberatung)			1	1
Alimenteninkasso			1	1
Familienplanung			1	
Säuglings- und Mütterberatung		18		18
Heilpädagogische Dienste		6		6
Altersfürsorge				
Pro Senectute		11	1	12
Invalidenfürsorge / Behindertenhilfe				
Pro Infirmis		2		2
Blindenfürsorge			1	1
Gesundheitsberatung				
Aargauische Frauenliga gegen Tuberkulose und langandauernde Krankheiten		11		11
Das Band			1	1
Alkoholfürsorge/Drogenberatung				
Aargauische Gesellschaft für Alkoholgefährdete		6	1	7
Blaues Kreuz		2	1	3
Drogenberatungsstelle für Jugendliche			1	1
Ausländerfürsorge				
alle Ausländer betreffend		1		1
Italiener:				
Konsulat + ACLI			2	2
Missione Cattolica Italiana		12		12
Spanier		2		2
Betriebsfürsorge		11		11
Öffentliche Fürsorge im weiten Sinne				
Schulwesen				
Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst		2		2
Jugendpsychologischer Dienst		8		8
Strafwesen				
Jugendanwaltschaft			1	1
Schutzaufsicht			1	1
Vormundschaftswesen				
Amtsvormundschaften	3	13		16
Armenfürsorge				
Staat			1	1
Gemeinden	21			21
Total	24	128	14	166

Tabelle 11 Viele Dienstleistungen wurden von Vereinen erbracht, die dafür Fachpersonen beschäftigten und teilweise von den Gemeinden dafür finanziert wurden. Quelle: Botschaft des Regierungsrates zum Sozialhilfegesetz, 21.4.1980, 30f.

S. 76).[310] 2013 bat Bundesrätin Simonetta Sommaruga die Betroffenen von Fremdplatzierungen und fürsorgerischen Zwangsmassnahmen (Verding- und Heimkinder, administrative Versorgungen, Zwangsadoptionen und -sterilisationen) um Entschuldigung.[311] Es wird auch im Aargau Opfer gegeben haben, wobei über das Ausmass bis heute keine genauen Daten vorliegen, da die Quellenlage dazu sehr schwierig ist.

Sicherheit

1950 wählte der Regierungsrat Felix Simmen (1914–1999) zum neuen Polizeikommandanten. Rasch erkannte dieser einen grossen Handlungsbedarf in personellen, organisatorischen und materiellen Belangen. Der Kanton Aargau hatte damals schweizweit das kleinste Polizeikorps im Verhältnis zur Bevölkerung: Auf 2700 Einwohnerinnen und Einwohner kam ein Polizist. Nur gerade in einigen grösseren Gemeinden gab es Gemeindepolizisten, die vor allem verwaltungs- und verkehrspolizeiliche Aufgaben übernahmen. Parallel zur steigenden Motorisierung nahmen auch die Verkehrsunfälle zu. Das führte insgesamt zu einer grossen Arbeitsbelastung mit einer Regelarbeitszeit von bis zu 76 Stunden pro Woche und gesundheitlich bedingten Krankheits- und Todesfällen bei Polizisten. Das Organisationsgesetz von 1955 sah vor, dass weiterhin in jedem Bezirk ein Bezirksposten bestand und die Bezirke in Polizeikreise mit Polizeistationen eingeteilt waren. Davon waren 13 Mehrfach- und 24 Einzelposten, wobei diese oft identisch waren mit der Wohnung des Polizisten, in die auch gleich das Büro integriert war. Nicht selten versah die Ehefrau in Abwesenheit ihres Gatten den Telefondienst.[312] Das Polizeikommando begründete die dezentrale Struktur damit, dass sich der Einzelne «so mehr ‹seinem Kreis› verantwortlich fühle».[313] Gleichzeitig kannten die Menschen «ihren Polizisten», der für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sowie die Gewährleistung der Sicherheit zuständig war. Mit dem neuen Gesetz verbunden war eine Erhöhung des Korpsbestandes von 100 auf 150, ab 1961 auf 200 Mann.[314] Zwar wurde der Sollbestand des Korps in den 1970er-Jahren auf 560 deutlich erhöht, doch konnten bis zum Jahr 2000 nie alle Stellen besetzt werden.[315] Damit der Nachwuchs gesichtert war, wurden eigene Polizeirekrutenschulen durchgeführt. Ab 1953 ermöglichte der Polizeifunk bei einer Grossfahndung, alle Bezirksposten zu alarmieren.[316]

Die Polizei wird schlagkräftiger

In den 1960er-Jahren wurde es immer offensichtlicher, dass mit der bisherigen Struktur des Polizeikorps die von der Politik geforderte und von den Menschen gewünschte Präsenz und die ausgedehnten Bereitschaftszeiten nicht zu realisieren waren. Ab 1970 wurden verschiedene Einzelposten aufgelöst, und das Polizeikonzept 1977 sah eine weitere Reduktion der 42 Standorte auf je elf Bezirks- und Mehrfachposten vor.[317] Sie erfolgte jedoch nicht, weil sich in der Umsetzung gezeigt hatte, dass ein dichtes Netz an Polizeiposten zu einem engeren Kontakt zwischen Polizei und Bevölkerung führte.[318] Zu der Zeit verübten in mehreren europäischen Ländern linksextremistische Gruppen Anschläge und Attentate. 1975 wurde unter der Bezeichnung «Grenadierzug» die spätere Sondereinheit ARGUS gegründet, die sich bei Bedarf aus Polizeigrenadieren verschiedener Abteilungen zusammensetzte und in besonders anspruchsvollen und zuweilen riskanten Momenten zum Einsatz kam.[319]

Wie rasch aus einer Routineangelegenheit tödlicher Ernst werden kann, musste 1980 der Polizeigefreite Walter Wehrli (1949–1980) erfahren. Als ein Grenzwächter nicht mehr per Funk erreichbar war, machte er sich an Heiligabend mit seinem Dienstkameraden und dem privaten Motorfahrzeug – damals hatten nicht alle Patrouillen Dienstfahrzeuge – auf die Suche. In Koblenz wurde er kurze Zeit später in seinem Auto von einem deutschen Rechtsextremisten getötet, der versucht hatte, Waffen aus der Schweiz über den Rhein zu schmuggeln.[320]

Im Bereich der Kriminalität sorgten mehrere Mordfälle für grosses mediales Echo, so etwa die bis heute nicht restlos geklärte Serie von Kindesentführungen und -tötungen in den 1980er-Jahren in der ganzen Schweiz, darunter zwei Fälle im Aargau. In einem Fall konnte Werner Ferrari (*1946) als Täter verhaftet und verurteilt werden.

Sichtbares Zeichen für die Modernisierung der Polizei war der Bezug des neuen Kommandogebäudes in der Telli 1985 mit der Einsatzzentrale (siehe «Wanzenaffäre», S. 268).[321] Gleichzeitig wurde eine 17-köpfige Bereitschaftspolizei geschaffen. Zu jeder Tages- und Nachtzeit war eine Gruppe unterwegs, um rasch eingreifen zu können.[322] Schrittweise hielt in den nächsten Jahren auch die EDV Einzug, und der Regierungsrat entschied, dass bis 1990 alle privaten Schreibmaschinen durch kantonseigene zu ersetzen seien.[323]

Grenzen lösen sich auf

1991 legte der Regierungsrat ein neues Polizeikonzept vor.[324] Prävention und sichtbare Präsenz der Polizei wurden wichtiger. Zunehmende Bedeutung erlangte auch die interkantonale Zusammenarbeit. 1995 stimmte der Grosse Rat dem Beitritt zum Konkordat über die Rechtshilfe in Strafsachen und zum Konkordat über die polizeiliche Zusammenarbeit in der Nordwestschweiz zu.[325]

Mit den wegfallenden Grenzkontrollen in den 1990er-Jahren veränderte sich die Ausgangslage für die Arbeit der Polizei fundamental. Gegen eine mobile grenzüberschreitende (internationale) Kriminalität war mit dem bisherigen Postensystem nicht mehr anzukommen. Auf Bundesebene, aber auch in verschiedenen Kantonen wurde die bestehende Sicherheitsarchitektur umgebaut und Kompetenzen neu verteilt. Um zukünftigen Herausforderungen wirksam entgegentreten zu können, entwickelten der Polizeikommandant Léon Borer (*1945) und der zuständige Regierungsrat Kurt Wernli das Projekt «Horizont 2003». Die wichtigsten Massnahmen waren dabei der Ersatz der elf Bezirkspolizeieinheiten durch drei Polizei-

regionen, die Zusammenlegung der bisherigen Verkehrs- und der Bereitschaftspolizei zur Mobilen Einsatzpolizei, die Schaffung einer kantonalen Notrufzentrale und die Etablierung einer dualen Polizeiorganisation.[326] In den Gemeinden sollte die Regionalpolizei die lokale Sicherheit gewährleisten, während der Kantonspolizei die Bekämpfung der Kriminalität, die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung bei Grossereignissen, die Gewährleistung der Verkehrssicherheit auf Autobahnen sowie Hauptstrassen, der rasche Einsatz bei Notrufen sowie der präventive Staatsschutz als zentrale Aufgaben zugewiesen waren.[327]

Stützpunktfeuerwehren etablieren sich

Der öffentliche Brandschutz ist eine Verbundaufgabe von Gemeinden und Kanton. Die Gemeinden sind verpflichtet, eine Ortsfeuerwehr zu unterhalten, und der Kanton übt die Aufsicht aus. Die Aargauische Gebäudeversicherungsanstalt (seit 2008 Aargauische Gebäudeversicherung) ist zuständig für technische Vorgaben und kann gleichzeitig die Aufwendungen der Gemeinde subventionieren. Sie hat damit ein subtiles, aber auf Dauer sehr wirkungsvolles Steuerungsmittel in der Hand. So richtete sie beispielsweise 1970 letztmals einen Betrag von 360 Franken für den Umbau von einer Stroh- zu einer Ziegeleindeckung aus. Damit fand die erste feuerpolizeiliche Massnahme des Aargaus und der Schweiz ihren Abschluss.[328]

Durch den schrittweisen Auf- und Ausbau der Ortsfeuerwehren etablierte sich im Laufe der Zeit ein flächendeckendes System von Stützpunktfeuerwehren im ganzen Kanton. Ihre Aufgabe bestand darin, die umliegenden Feuerwehren bei grossen Ereignissen mit Material, Personal und Spezialkompetenzen zu unterstützen, etwa im Bereich der Strassenrettungen, die ab den 1960er-Jahren wichtiger wurden. 1968 gab es neun solche Stützpunkte (Aarau, Baden, Brugg, Frick, Lenzburg, Menziken, Rheinfelden, Wohlen und Zofingen), und bis 1975 kamen drei weitere dazu (Bad Zurzach, Muri und Wettingen). Parallel dazu wurden die Ortsfeuerwehren dank Bevölkerungswachstum personell gestärkt und laufend besser ausgerüstet.[329]

Stets war die Feuerwehr mehr als nur eine Organisation zur Bekämpfung eines Brandes im Dorf. Sie spielte eine wichtige gesellschaftliche Rolle, weil gerade in kleinen Dörfern durch die Feuerwehrdienstpflicht fast alle eingebunden und vielfach auch im Feuerwehrverein aktiv waren. Obwohl das Feuerwehrgesetz von 1971 die Möglichkeit schuf, Feuerwehren zu fusionieren, wurde davon nur sehr selten Gebrauch gemacht. Der erste Zusammenschluss erfolgte 1977 zwischen den Ortsfeuerwehren von Erlinsbach (AG) sowie Nieder- und Obererlinsbach (SO). Es war gleichzeitig auch die erste Fusion über die Kantonsgrenze hinweg.[330] 1997 wurde ein Bonus-Malus-System eingeführt, um die Zusammenarbeit zu fördern und die Kosten zu senken. Aber erst in den 2000er-Jahren kam es vermehrt zu Fusionen.[331]

Von der Feuer- zur Hochwasserbekämpfung

Während im zweiten Viertel des 20. Jahrhunderts die Motorisierung der grösseren Feuerwehrkorps stattgefunden hatte, zogen die kleineren Feuerwehren in der Nachkriegszeit nach, aber in unterschiedlichem Tempo: Gemäss Feuerwehrgesetz von 1971 mussten alle Gemeinden für den Transport von Feuerwehrgeräten geeignete Motorfahrzeuge anschaffen.[332] Eine knappe Mehrheit erfüllte damals die Auflage. Erst vierzig Jahre später beschafften die beiden Kleinstgemeinden Linn und Gallenkirch für ihre gemeinsame Feuerwehr ein gebrauchtes leichtes Pikettfahrzeug, womit die Motorisierung abgeschlossen werden konnte.[333]

Die Sicherstellung der Mannschaftsbestände war nicht immer eine einfache Aufgabe und wurde umso schwieriger, je weniger die Menschen an ihrem Wohnort arbeiteten. Um genügend Feuerwehrleute rekrutieren zu können, wurde 1994 die Befreiung von der Schutzdienstleistung im Bereich Zivilschutz zugunsten der Feuerwehr eingeführt.[334] Mit der Revision des Feuerwehrgesetzes wurden Frauen ab 1997 dienstpflichtig. Zuvor stand ihnen der Feuerwehrdienst freiwillig offen.

In verschiedenen Etappen wurde der vorbeugende Brandschutz ausgebaut, wobei in den 1990er-Jahren eine interkantonale Harmonisierung der Brandschutzvorschriften erfolgte und gleichzeitig der Industrie und dem Gewerbe mehr Verantwortung übertragen wurde.[335] In den 1990er-Jahren kam es mehrfach zu Überschwemmungen, die sowohl die Bewältigung der Elementarschadensereignisse – häufig durch die Feuerwehr – als auch deren Prävention wichtiger werden liessen.[336]

Mit Öl- und Chemiewehren gegen neue Gefahrenquellen

Mit dem Aufkommen der Ölheizungen und der zunehmenden Mobilität änderte sich in den 1960er-Jahren das Gefahrenpotenzial. Nicht mehr nur Wasser und Feuer stellten eine Bedrohung dar, sondern zunehmend auch umweltgefährdende Stoffe wie etwa auslaufendes Heizöl, Benzin, Diesel oder Chemikalien aus Industrieanlagen. Sie konnten sowohl die Umwelt verunreinigen als auch Menschen und Tiere gefährden. So mussten etwa 1967 nach einem Ölunfall in Magden rund 10 000 Quadratmeter verseuchtes Erdreich ausgehoben werden.[337] 1969 konnte der Aufbau der kantonalen Ölwehr erfolgreich abgeschlossen werden. Ausser zwölf Gemeinden waren nun alle Feuerwehren mit einem Ölwehrnotbesteck und alle neun Ölwehrstützpunkte mit einem Ölwehrfahrzeug ausgerüstet. Pro Stützpunkt wurden je vier Offiziere und Unteroffiziere in der Handhabung, dem Einsatz und der Wartung der speziellen Ausrüstung durch das Aargauische Versicherungsamt in Zusammenarbeit mit der Abteilung Gewässerschutz instruiert. Im ersten Jahr mussten sie zu insgesamt achtzig Einsätzen ausrücken, und schon fünf Jahre später stieg die Zahl auf 132 an.[338] Schon bald erhielten die Stützpunkte zusätzliches Material und zur Beratung für die Chemiewehr Chemiker zugeteilt.[339] 1982 beschloss der Regierungsrat, in den folgenden drei Jahren sieben Chemiefirmen mit je 75 000

158 Ein Jaguar MK II als Polizeifahrzeug zwischen 1961 und 1972. Bereits 1956 wurde eine Strassenpolizeigruppe aufgestellt, um gegen die unaufhaltsame Zunahme von Verkehrsunfällen vorzugehen.

159 Pistole Walter PPK eines Regierungsrates. 1980 beschloss der Regierungsrat, zu seinem Eigenschutz fünf Pistolen anzuschaffen und deren Handhabung zu trainieren. Diese Pistolen wurden jeweils an den Nachfolger übergeben. 2010 erfolgte der Verkauf an ein Waffengeschäft.

160 Während 29 Jahren leitete Léon Borer (*1945) die Kantonspolizei Aargau. Zahlreiche Reformen tragen seinen Stempel. Er pflegte ein weitreichendes Netzwerk, auch zu ausländischen Polizeibehörden.

161 Um Delikte an Frauen und Kindern wirkungsvoller aufklären zu können, forderten aargauische Frauenorganisationen, dass auch Frauen ins Polizeikorps aufzunehmen seien. 1972 absolvierten die ersten Frauen aus dem Aargau in Luzern ihre Ausbildung und leisteten später in der Kriminalpolizei Einsatz.

162 Ausweis der ersten «Polizeiassistentin». Seit 1971 werden Frauen im Aussendienst eingesetzt. Sie führten Einvernahmen und Verkehrskontrollen durch und waren auch bei Demonstrationen oder frühmorgendlichen Hausdurchsuchungen im Einsatz..

Streng geheim: Widerstandsvorbereitungen für den Besetzungsfall

Im Rahmen der Gesamtverteidigung bereitete sich die Schweiz auch für den Fall einer Besetzung vor.[1] Innerhalb der Armee wurden spezielle Kleinkriegsverbände für den militärischen Widerstand in besetzten Gebieten in Form des Jagdkampfs geschult. Daneben wurde der zivile Widerstand im Besetzungsfall vorbereitet. Dieser sollte die Besetzungsmacht verunsichern, den Widerstandswillen der Bevölkerung stärken und die Kollaboration unterbinden. Von 1969 bis 1975 leitete der im Aargau wohnhafte Instruktionsoffizier Heinrich Amstutz (1924–2011) den «Spezialdienst», wie die Vorbereitungen innerhalb des Militärdepartements genannt wurden. In dieser Zeit rekrutierte er einige Mitglieder für die Widerstandsregionen im Raum Aarau und Brugg. Ab 1979 liefen die Vorbereitungen unter dem Decknamen «Projekt 26» (P-26) und waren streng geheim. Sie unterstanden dem Generalstabschef und waren dem Bundesrat bekannt. Organisatorisch gab es einen Führungsstab mit Bundesangestellten (Instruktoren und Beamte), die beruflich für die Vorbereitungen eingesetzt waren. Daneben gab es 1990 in der ganzen Schweiz rund 300 Frauen und Männer, die sich gegenseitig nicht kannten und organisatorisch in vierzig Regionen zuzüglich ebenso vieler Reserveregionen zusammengefasst waren.

In Rüfenach wurde ein altes Artilleriewerk zu einem von schweizweit vier Zentrallagern für die Widerstandsregionen in der Nordwestschweiz umgebaut. Hier wurde das Material für zwölf Regionen, das den rekrutierten und ausgebildeten Mitgliedern im Ernstfall nach einer «Aktivierung» durch den Bundesrat abgegeben worden wäre, in Chromstalcontainern eingelagert. In den Schliessfächern des Schweizerischen Bankvereins in Brugg und Baden lagerten je 26 Kilogramm Gold als «Kriegswährung» für die einzelnen Regionen.[2]

1990 untersuchte eine Parlamentarische Untersuchungskommission die geheimen Bereiche des Militärdepartements und kritisierte eine ungenügende gesetzliche Grundlage und die fehlende parlamentarische Kontrolle. Angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage beendete der Bundesrat die Widerstandsvorbereitungen.

1 Meier 2018, 132.
2 Meier 2019, 109f.

163 Der spätere Generalstabschef Arthur Liener (*1936) inspiziert mit dem Aargauer CVP-Nationalrat und PUK-Mitglied Anton Keller 1990 das Zentrallager Schloss im ehemaligen Artilleriewerk Rein. In seinen Händen hält er das Präzisionsgewehr G 150 zur Auslösung von Trigger-Ladungen auf Distanz.

Franken zu unterstützen, damit sie zukünftig für den Einsatz ausserhalb der Betriebsareale als Chemiewehren eingesetzt werden konnten.[340]

1990 trat eine Reorganisation der Schadendienste (Öl- und Chemiewehren) in Kraft, wodurch unter anderem ein Pikettdienst eingeführt wurde, um schneller und auch in der Nacht reagieren zu können.[341] 2006 erfolgte eine organisatorische Anpassung der Schadendienste. Die kantonale Strahlenwehr wurde auf diesen Zeitpunkt an die Betriebsfeuerwehr des Paul Scherrer Instituts in Villigen übertragen. Die bestehenden Feuerwehrstützpunkte wurden 2008 in die Kategorien A und B eingeteilt, wobei nur noch die sechs Stützpunkte A für die Ölwehr zuständig blieben, was in den Stützpunkten B für Unzufriedenheit sorgte.[342]

Vom Zivil- zum Bevölkerungsschutz

Weil im Kalten Krieg die Bedrohung als umfassend wahrgenommen wurde, mussten auch die Schutzmassnahmen umfassend sein. 1973 legte der Bundesrat die Konzeption der Gesamtverteidigung vor. Die Kantone hatten eine Leitungsorganisation aufzubauen, die bei überraschenden Krisen die Grundlagen für fristgerechte und wirksame Entscheidungen beschaffen konnte. Der Regierungsrat bildete deshalb noch im gleichen Jahr den Kantonalen Führungsstab.[343] Die Gesamtverteidigung wies dem Zivilschutz eine wichtige Rolle zu. Ihm oblag es, in Kriegs- und Krisenzeiten sowie bei Katastrophen das Über- und Weiterleben der Bevölkerung zu sichern und die dafür notwendigen Güter und Einrichtungen zu schützen. Wie wirksam der Zivilschutz im Einsatzfall gewesen wäre, lag zu einem grossen Teil in der Verantwortung der Gemeinden. Hier kam es darauf an, ob der Gemeinderat beziehungsweise die Gemeindeversammlung gewillt war, die notwendigen Kredite für die Materialanschaffungen und für Bauten zu tragen. Daneben kam dem Ortschef grosse Bedeutung zu. Er war der Dreh- und Angelpunkt auf der kommunalen Ebene. Er musste die Anliegen des Zivilschutzes gegenüber den politischen Gremien vertreten und gleichzeitig die Zivilschutzangehörigen motivieren und ausbilden.[344]

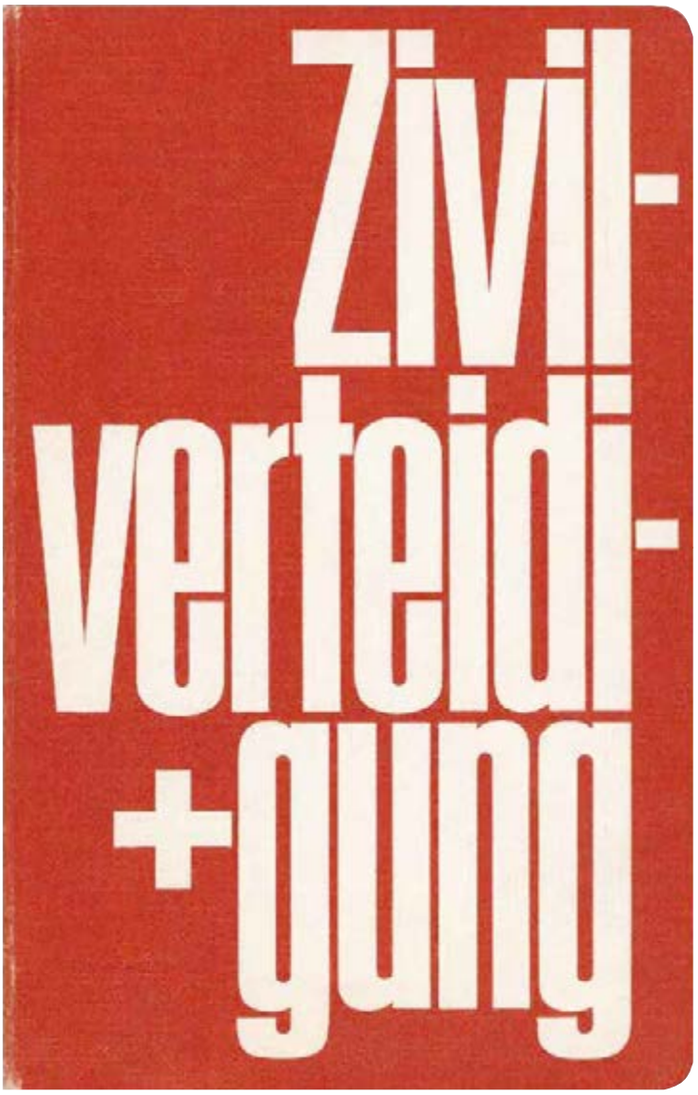
Mit der «Konzeption 71» kam die Maxime «Jedem Einwohner sein Schutzplatz». Ab 1974 unterstand das ganze Kantonsgebiet der Baupflicht, und ab 1978 mussten alle Gemeinden eine eigene Zivilschutzorganisation haben.[345] Der Aufbau des Zivilschutzes nahm im Aargau viel Zeit in Anspruch und hinkte anfänglich den Vorgaben hinterher. Gerade im Ausbildungsbereich war der Handlungsbedarf sehr gross. 1971 konnte das Ausbildungszentrum in Bremgarten bezogen werden, doch war die Kapazität zu gering angesichts der rund 30 000 Zivilschutzpflichtigen.[346] 1983 nahm das Zivilschutzausbildungszentrum in Eiken seinen Betrieb auf, was die Situation merklich verbesserte. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs kam es in den 1990er-Jahren zu grundlegenden Reformen auf eidgenössischer Ebene. Nicht mehr der Schutz gegen Kriegsauswirkungen, sondern der Schutz der Bevölkerung vor natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen rückte ins Zentrum der Bestrebungen. Die Bestände wurden reduziert, ebenso die Anzahl der Zivilschutzorganisationen. Im Jahr 2004 wurde der Zivilschutz als Partnerorganisation ins zivile Verbundsystem Bevölkerungsschutz integriert, wofür die Zuständigkeit beim Kanton liegt.[347]

Der Aargau als Militärkanton

Die sicherheitspolitische Lage der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg war bis zum Beginn der 1990er-Jahre geprägt von einer politischen, ideologischen, wirtschaftlichen und militärischen Konfrontation zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR. Sie waren die Hauptpole der Nato im Westen und des Warschauer Pakts im Osten. Beide Verteidigungsbündnisse wollten im Falle einer Eskalation die Kriegshandlungen möglichst rasch auf dem gegnerischen Territorium austragen und verfolgten deswegen eine offensive Strategie mit konventionellen und nuklearen Streitkräften. Die Schweiz signalisierte beiden Seiten mit ihrer ausgebauten Verteidigungsbereitschaft, dass es sich erstens nicht lohnte, die Schweiz in militärische Planungen einzubeziehen, und dass zweitens durch eine Strategie des hohen Eintrittspreises Grenzverletzungen verhindert werden sollten. Schliesslich bereitete sie sich auch vor, im schlimmsten Fall möglichst grosse Teile des Landes zu behaupten und den Widerstand auch im besetzten Gebiet weiterzuführen. In der schweizerischen Wahrnehmung ging die Bedrohung dabei vom Osten aus.[348]

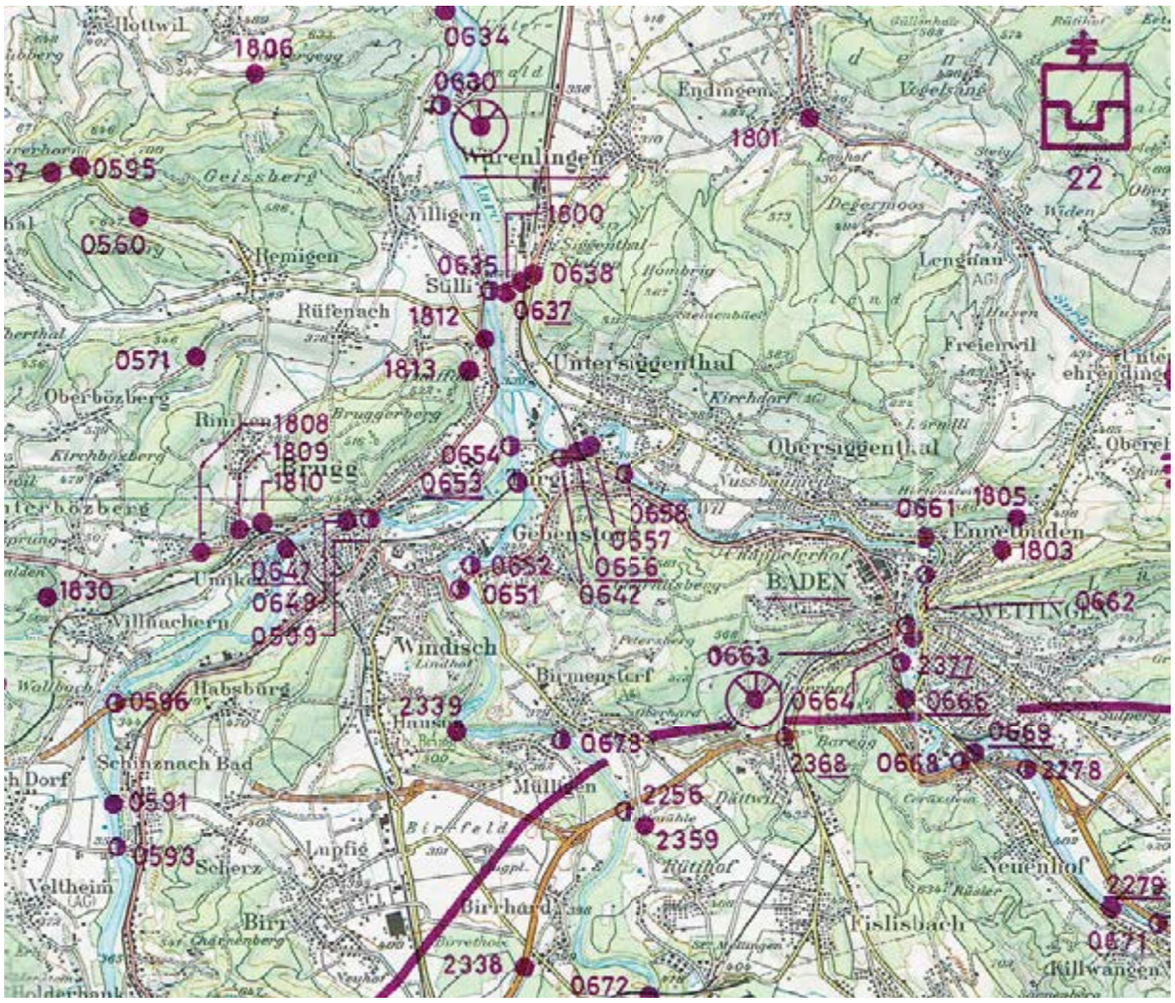
Kantonale Militärhoheit

Der Kanton Aargau verfügt über eine lange militärische Tradition, die ihm das Attribut «Militärkanton» eintrug. Mit Blick auf die Nachkriegszeit lassen sich verschiedene Faktoren ausmachen, welche diese Zuschreibung von Generation zu Generation weitergeben liessen. Zuerst einmal ist sie eine Referenz an die kantonale Militärhoheit, die auch nach der Schaffung der eidgenössischen Armee 1874 bis zur Armeereform XXI im Jahr 2003 weiterlebte. Die Militärhoheit umfasste die Gesamtheit der Aufgaben und Kompetenzen, die auch nach der Schaffung des Bundesheers bei den Kantonen belassen oder an sie delegiert wurde. In den meisten Fällen handelte es sich um Vollzugsaufgaben, die teilweise durch den Bund vergütet wurden. Die alte Bundesverfassung beliess den Kantonen die «Verfügung über die Wehrkraft ihres Gebietes», soweit sie nicht eingeschränkt war.[349] Dazu zählte die Möglichkeit, die kantonalen Truppen für den Ordnungsdienst aufzubieten. Der Aargau besass für seine Truppen ein Offiziersernennungsrecht und konnte die Kader befördern, was allerdings ein rein formeller Verwaltungsakt war, weil die materiellen Entscheide auf militärischer Seite getroffen wurden.[350] Gegenüber dem Wehrmann war es jedoch der «eigene» Regierungsrat, der die Beförderungsurkunde unterzeichnete. Der Kanton war zuständig für die Beschaffung der persönlichen Ausrüstung der Soldaten, nicht jedoch für die Waffen. Jahrzehntelang war das kantonale Zeughaus ein wichtiger Auftraggeber für Kleinbetriebe und Heimarbeit.[351] 1996 lehnte das Schweizer Volk zusammen mit den Militärdirektoren eine Abtretung der Beschaffungskompetenz an den Bund ab. Die Kantone wollten die Aufträge

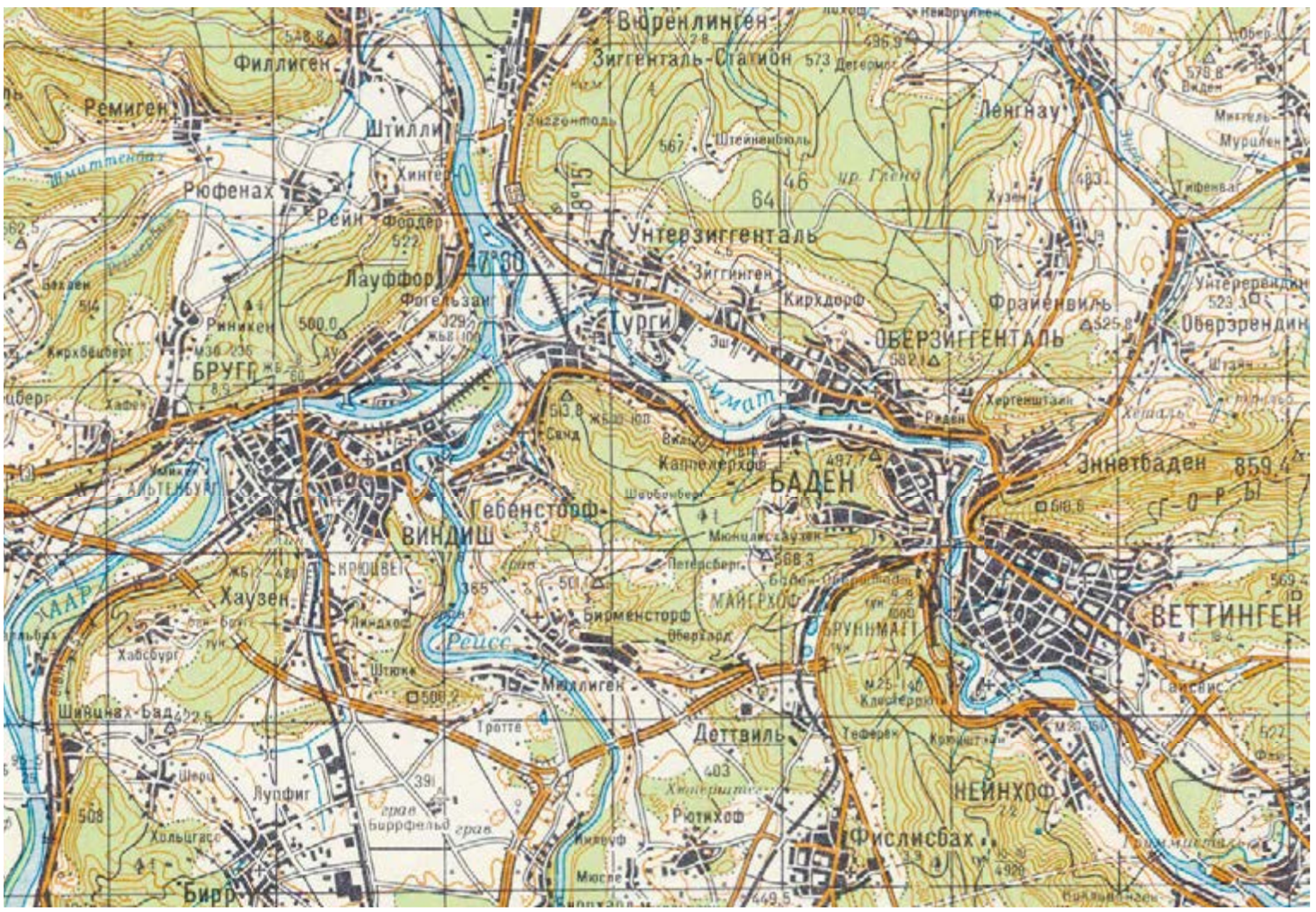


164 Das Büchlein «Zivilverteidigung» wurde 1969 vom Miles-Verlag in Aarau herausgegeben und durch den Bundesrat in alle Haushaltungen verschickt.

165 Das Zivilverteidigungsbüchlein sollte die Bevölkerung über drohende Gefahren im Kalten Krieg aufklären und den Widerstandswillen stärken.



166 Ausschnitt aus der Karte mit den Sperrstellen im Raum Wasserschloss. Während Jahrzehnten wurden Strassen und Brücken mit eingebauten Sprengladungen zu ihrer Zerstörung vorbereitet, um einem Gegner im Kriegsfall das weitere Vorrücken zu erschweren. Das Wissen um diese Vorbereitungen diente der Abschreckung.



167 Kartenausschnitt aus dem Raum Wasserschloss. Der sowjetische Generalstab legte im Kalten Krieg ein klassifiziertes Kartenwerk 1:50 000 der Schweiz an. In kyrillischer Schrift sind bei Brücken und Flussübergängen die Spannweite und Tragfähigkeit, bei Tunnels die Höhe angegeben. Stand 1976, Ausgabe 1985.

168 Im Bahnhof Stein-Säckingen kam es 1991 zu einem Eisenbahnunglück. Zisternenwagen entgleisten und schlugen leck. Benzin gelangte in die Kanalisation, und es herrschte Explosionsgefahr. Polizei und Feuerwehr leisteten einen grossen Einsatz und sorgten für einen glimpflichen Ausgang.

169 Die erste Autodrehleiter im Kanton Aargau bei einem Einsatz in der Altstadt. Nachdem in Brugg und Windisch die ersten Hochhäuser errichtet worden waren, beschaffte die Stadt Brugg 1957 die erste Autodrehleiter im Kanton.

170 Aare, Reuss und Limmat treten im Wasserschloss über die Ufer. In den 1990er-Jahren sorgten mehrere Hochwasser für schwere Überschwemmungsschäden.

171 Der Regierungsrats-Kommandoposten in Liebegg. 1978 erhielt nur die Staatsrechnungskommission mit einem als «geheim» klassifizierten Bericht Kenntnis vom Bau der Anlage. Ihr Standort blieb geheim, bis ihn 2004 die damalige Grossratspräsidentin fahrlässig bekannt gab und dafür einen Verweis kassierte.

172 Zivilschutzübung bei einem Abbruchobjekt in Brugg, 1987. In den Gemeinden war der Ortschef für den Zivilschutz verantwortlich. Realistische Übungen und sinnvolle Einsätze waren für die Motivation wichtig.

173 Einweihung des Zivilschutzausbildungszentrums Eiken, 1983. Der Aufbau des Zivilschutzes dauerte im Aargau lange. Ab 1978 mussten alle Gemeinden eine eigene Zivilschutzorganisation haben.

Grafik 31

Heimat der Aargauer Bataillone in den Aushebungskreisen 23 und 24

○ Aushebungskreis 23 ● Aushebungskreis 24

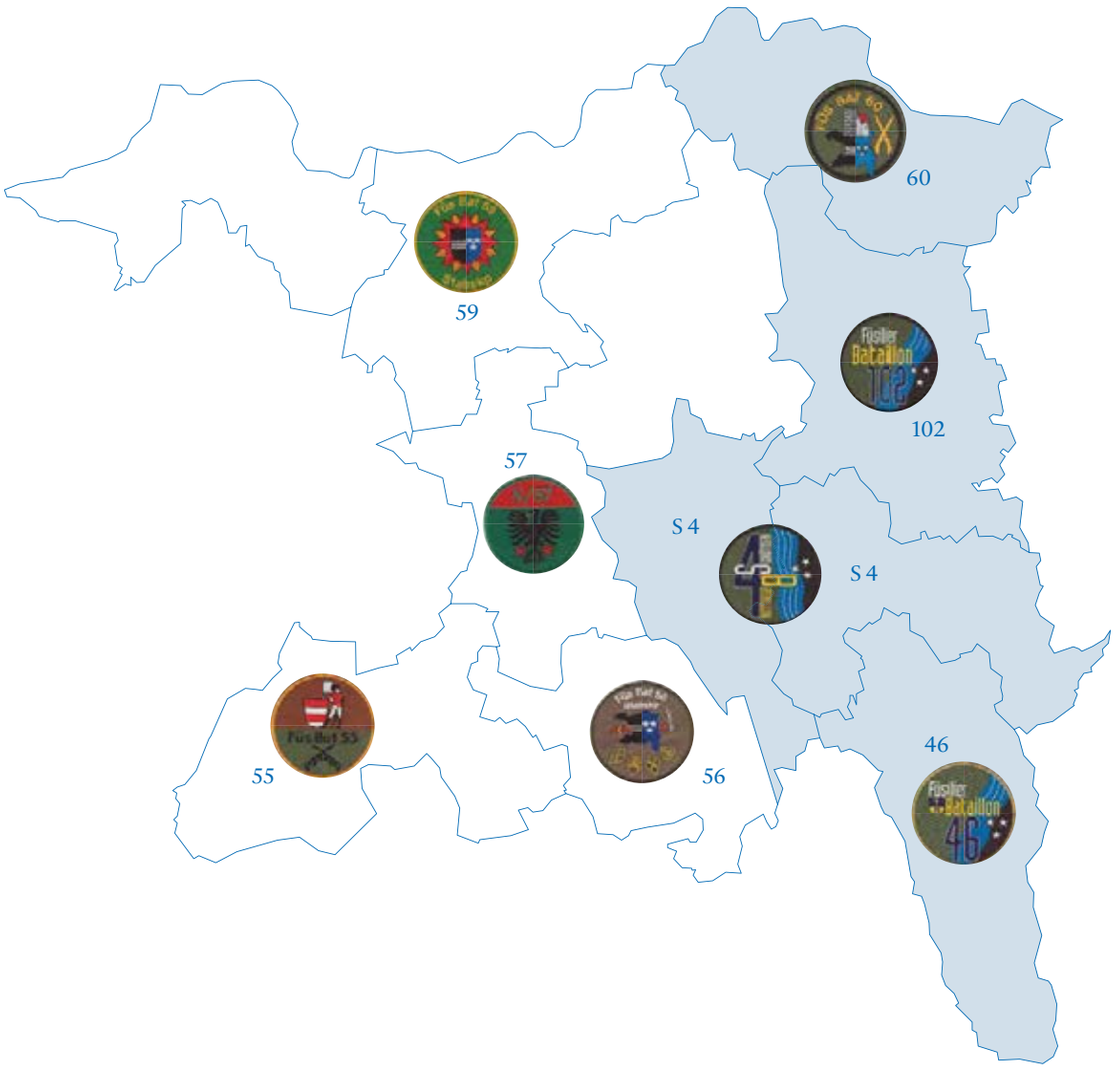


Tabelle 12

Die Heeresklassen der Schweizer Armee und die Dauer der Wehrpflicht

	Militärorganisation 1907	Revision 1949 (ab 1950)	Revision 1960 (ab 1964)	Armee 95
Auszug	20.–32. Altersjahr	20.–36. Altersjahr	20.–32. Altersjahr	Wegfall der Heeresklassen
Landwehr	33.–40. Altersjahr	37.–48. Altersjahr	33.–42. Altersjahr	
Landsturm	41.–48. Altersjahr	49.–60. Altersjahr	43.–50. Altersjahr	
Ende Wehrpflicht	48. Altersjahr, ab 1938: 60. Altersjahr	60. Altersjahr	50. Altersjahr (Soldaten und Unteroffiziere), 55. Altersjahr (Offiziere)	42. Altersjahr (Soldaten bis Hauptleute), 52. Altersjahr (ab Stabsoffiziere)

Grafik 31 Die Heimat der Aargauer Bataillone in den Aushebungskreisen 23 und 24. Bis zur Armee XXI absolvierten die meisten Aargauer Wehrmänner die Infanterierekrutenschule in Aarau und wurden anschliessend nach ihrer geografischen Herkunft in die Aargauer Truppenkörper eingeteilt. Quelle: Karte der aargauische Militärverwaltung, gestützt auf die Verordnung des EMD über die Aushebungszonen und Aushebungskreise vom 23. Oktober 1951. Quelle: Sammlung Historisches Armeematerial, Stiftung HAM.
Tabelle 12 Bis zur Armee 95 waren die Armeeangehörigen abgestuft nach Alter in drei Heeresklassen eingeteilt. Quelle: Bundesgesetz über die Militärorganisation vom 12. April 1907 (inkl. Revisionen), Art. 35.

weiterhin selbst vergeben können und befürchteten überdies einen Einbruch in die föderalistische Militärhoheit. Dieser erfolgte erst mit der Einführung der Armee XXI (2003) und dem Neuen Finanzausgleich (2008).[352] Einige Aufgaben wurden im Sinne bürgernaher Auskunfts- und Anlaufstellen weiterhin bei den Kantonen belassen, wie etwa die Zuständigkeit für das militärische Kontrollwesen, die Aushebung, das ausserdienstliche Schiesswesen oder die Veranlagung und den Bezug des Militärpflichtersatzes.

Immer wieder haben Aargauer Bürger als Kommandanten grosser Verbände (Brigaden, Divisionen und Armeekorps) oder als Chefs von deren Stäben das Wehrwesen geprägt. Im Laufe ihrer Karriere befehligten sie oft Aargauer Truppen und leisteten im Aargau Dienst. Allen voran der in Aarau geborene Hans Senn (1918–2007), Bürger von Zofingen, der von 1977 bis 1980 Generalstabschef der Armee war.[353] Aber auch der Solothurner Generalstabschef Eugen Lüthy (1927–1990) oder der erste Chef der Armee, Christophe Keckeis (1945–2020), besassen das Aargauer Bürgerrecht.[354]

Die Aargauer Truppen

Die kantonalen Truppen waren Infanterieformationen, die so weit als möglich aus Angehörigen ihres Gebiets zu bilden waren. Gerade im Massenheer des 20. Jahrhunderts dominierte die Infanterie, wobei alle grösseren Kantone «ihre» Wehrpflichtigen in «ihren» Kasernen ausbildeten. Ein grosser Teil der jungen Aargauer Männer leistete deshalb in der Aarauer Kaserne Dienst, die zu einem richtigen Schmelztiegel des Kantons wurde. Ungeachtet der sozialen Herkunft absolvierte man gemeinsam die Rekrutenschule sowie anschliessende Kaderschulen, wobei die Übungen und Märsche in der näheren und weiteren Umgebung stattfanden und zu guten Ortskenntnissen führten. Nach der Grundausbildung erfolgte die Zuteilung der Soldaten und Kader in die Auszugseinheiten der Aargauer Formationen. Der junge Wehrmann bekam die Einteilung in eine Einheit seiner Region, wo er meistens viele Kameraden schon aus dem Zivilleben kannte. Gemeinsam leisteten sie fortan die regelmässigen dreiwöchigen Wiederholungskurse, bevor sie später in die Landwehr- und Landsturmformationen versetzt wurden, wobei sie wieder frühere Kameraden und Vorgesetzte trafen.[355] Der gemeinsame Dienst schuf lebenslange Freundschaften und ermöglichte Netzwerke, die im Zivilen sowohl im wirtschaftlichen wie auch im politischen Bereich wertvoll sein konnten. Hinzu kamen auf Kaderstufe auch ausserdienstliche Einsätze, die gut und gerne noch einmal zehn Tage pro Jahr zählen konnten.[356]

Der Kanton Aargau lag im Dispositiv des Feldarmeekorps 2. Nördlich der Aare bildete die Grenzbrigade 5 einen Sperrriegel. Sie zeichnete sich durch einen hohen Vorbereitungsgrad aus. Eingeteilt in der Brigade waren vorwiegend Wehrmänner, die in diesem Raum lebten. Zwischen 1961 und 1980 wurde die Grenzdivision 5 schwergewichtig im Grenzraum zwischen Rhein und Aare eingesetzt. Sie überlagerte dabei die Grenzbrigaden 4 und 5. Ab 1981 erhielt sie als Felddivision 5 zwei Panzerbataillone zum Führen von Gegenschlägen. Der Einsatzraum der «Fünften» schloss in dieser Zeit südlich der Aare an jenen der Grenzbrigade 5 an. Ihre Kernaufgabe war es, den Raum südöstlich des Wasserschlosses, die «Pforte zum Mittelland», zu «verriegeln».[357] Glücklicherweise kam es nie zum Ernstfall. Anlässlich des Gipfeltreffens zwischen dem amerikanischen Präsidenten Reagan und dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow 1985 in Genf leistete das Infanterieregiment 10 mit den Aargauer Füsilierbataillonen 59 und 60 Aktivdienst und wurde dazu feierlich vereidigt.[358]

Mit der Armee 95 wurde die Grenzbrigade 5 aufgelöst, und die Felddivision 5 kam vermehrt zur Bewältigung von Unwetterkatastrophen oder bei der Unterstützung ziviler Behörden wie dem Botschaftsschutz zum Einsatz. Mit der Armee XXI wurde die Division aufgelöst und ein Drittel der Angehörigen in die Infanteriebrigade 5 eingeteilt.[359]

Militärische Infrastrukturen

Auf dem Gebiet des Kantons Aargau gab es zahlreiche militärische Infrastrukturen, die auch zu dessen Ruf als «Militärkanton» beitrugen. So befand sich in Aarau das Kommando der Grenzdivision 5, zu der auch Solothurner und Basler Truppen gehörten. Ebenfalls in Aarau befand sich die Kaserne für die kantonale Infanterie und die eidgenössische Kavallerie. Mehrmals gab es Pläne, die Kaserne aufzugeben und ausserhalb der Stadt neu aufzubauen, so etwa nach dem Ende der Kavallerie 1972. Damals plante der Bund, die Kaserne auf Ende 1974 zu schliessen, wogegen sich Aargauer Politiker wehrten. 1979 genehmigte der Grosse Rat ohne Gegenstimme einen Kredit für die umfassende Sanierung der Anlage, wodurch der Betrieb für die nächsten Jahre gesichert war.[360]

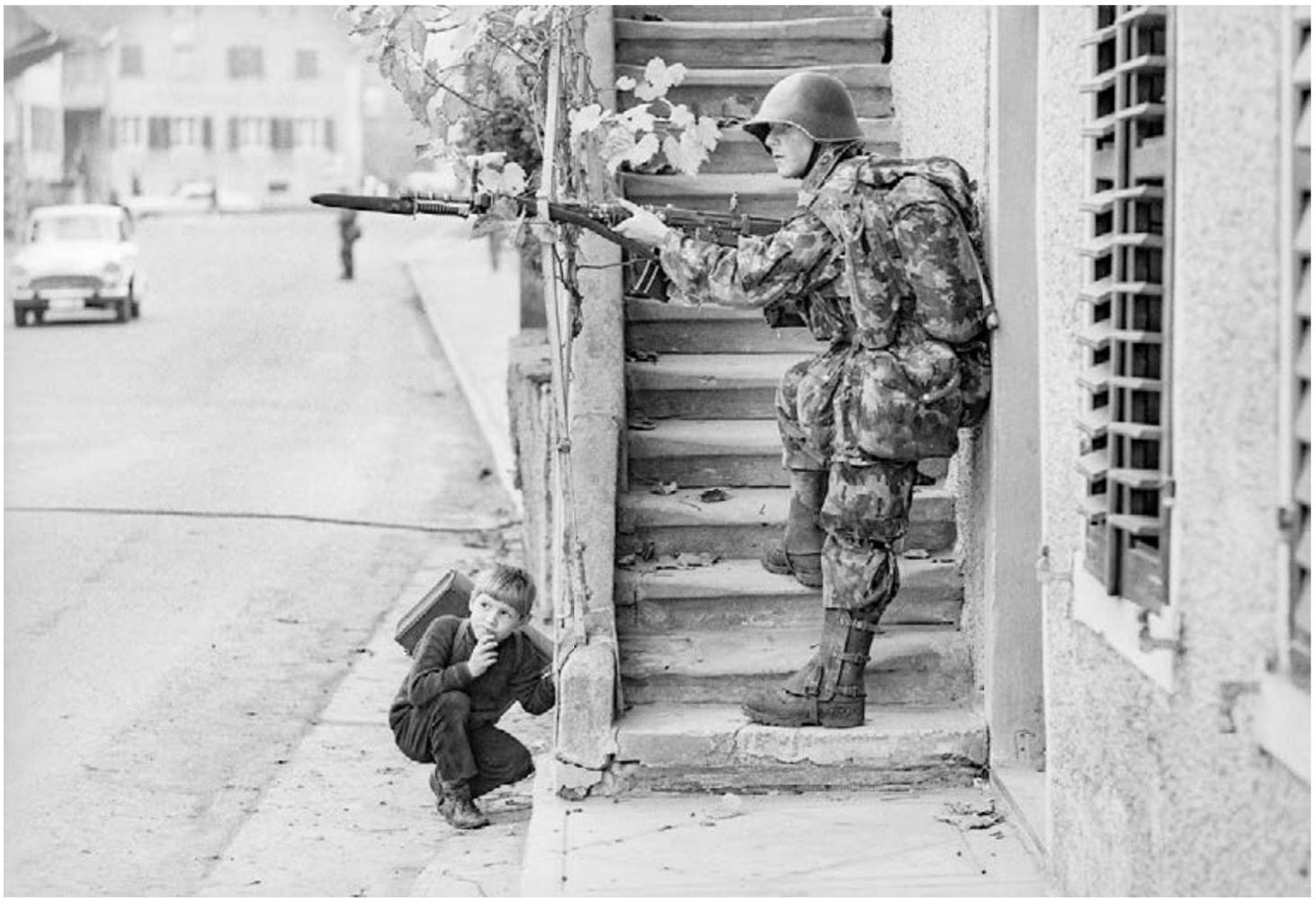
Auf den eidgenössischen Waffenplätzen in Brugg und Bremgarten leisteten junge Wehrmänner aus der ganzen Schweiz Dienst bei den Genietruppen. Die moderne Kampfführung erforderte immer mehr Genisten, doch war die Ausbildungskapazität in Brugg begrenzt, weshalb ab 1957 in Bremgarten Rekrutenschulen durchgeführt wurden. 1968 konnte die dortige Kasernenanlage eingeweiht werden.[361]

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Armee schrittweise motorisiert. Das führte zu einer gewaltigen Zunahme von Raupen- und Radfahrzeugen, für die es auf den bestehenden Zeughausarealen keinen Platz gab. 1968 nahm nahe der Autobahn und mit direktem Bahnanschluss in Othmarsingen der Armeemotorfahrzeugpark den Betrieb auf.[362]

Der Aargau als Grenzkanton wäre bei einem Krieg vermutlich zu einem Hauptschlachtfeld geworden. Um zu verhindern, dass der Gegner ins Mittelland hätte einbrechen können, wurden seit dem Zweiten Weltkrieg bedeutende Investitionen in Geländeverstärkungen und fest verbaute Artillerie getätigt. Das Konzept sah vor, dass der gegnerische Vorstoss an Sperrstellen gestoppt und aus vorbereiteten Stellungen mit direktem und indirektem Feuer bekämpft worden wäre. Das Artilleriewerk Reuenthal wurde noch kurz vor dem Krieg fertiggestellt und war das erste an der Nordfront. Während des Zweiten Weltkriegs folgten vier weite-

174 Habsburg-Rapport 1990 mit Bundesrat Kaspar Villiger (*1941). Seit 1949 lädt der Regierungsrat in corpore Vertreter der Armeeführung, Aargauer Truppenkommandanten und Berufsoffiziere mit Aargauer Bezug zu einer «Berner Platte» auf das Schloss Habsburg ein.

175 Regierungsrat Hans Jörg Huber (1932–2008) dankt 1981 Wehrmännern anlässlich der Entlassung aus der Dienstpflicht. Als Milizoffizier kommandierte er von 1982 bis 1987 die Grenzbrigade 5. Stabschef ab 1986 war Thomas Pfisterer, damals Bundesrichter, später Regierungsrat und Ständerat.



176 Impression vom Manöver des Feldarmeekorps 2 im Jahr 1968. Alle paar Jahre fanden im Herbst grosse Truppenübungen statt, um das Zusammenwirken zu trainieren und die Dissuasionsbereitschaft zu demonstrieren. Aufgrund der grossen Truppenanzahl mussten ausländische Militärbeobachter empfangen werden.

177 Fliegerabwehrlenkwaffe Bloodhound BL-64. Ab 1967 war in Bettwil eine Lenkwaffenbatterie stationiert, die Tag und Nacht einsatzbereit war. Bis zur Ausmusterung 1999 wurde der Kampfwert des Systems laufend gesteigert.

re, wobei sich drei im Raum Wasserschloss (Besserstein, Geissberg und Rein) befanden. Unmittelbar in der Nachkriegszeit befasste man sich mit ersten Ausbaumassnahmen. Auf die Realisierung einer «Festung Brugg», bestehend aus mehreren Artilleriewerken, wurde verzichtet. Der Ausbau der Luftwaffe und die Mechanisierung des Heers waren wichtiger. Trotzdem wurden im Aargau mehrere Generationen von Panzerabwehrwaffen fest verbaut, zuletzt die Centi-Bunker in den 1990er-Jahren. Ab den 1960er-Jahren erfolgte der Bau von mehreren 12-Zentimeter-Festungsminenwerfern, welche in den 1980er-Jahren die alten Artilleriewerke ersetzten.[363] Als in den 1980er-Jahren die Modernisierung der Festungsartillerie (15-Zentimeter-Bison-Geschütze) geplant wurde, gab es auch Überlegungen, im Raum Zeihen-Thalheim eine Batterie mit Wirkungsraum Mündungsgebiet Aare-Rhein einzubauen.[364] Im Hinblick auf einen möglichen Atomkrieg wurden überdies zahlreiche vorfabrizierte Unterstände (Atom-Schutz-Unterstand = ASU) realisiert. Am Ende des Kalten Kriegs war der Aargau der Kanton mit der grössten Anzahl an Kampf- und Führungsbauten auf seinem Gebiet.[365]

Regionalismus, Reformimpulse und ein konservatives Image

Der politische Aargau

Die politische Kultur im Kanton blieb bis in die 1990er-Jahre von Konfession und Milieu sowie von der Konkurrenz der Kleinstädte und Regionen geprägt. Im Aargau stehen grosse Infrastrukturen für die ganze Schweiz; teilweise waren diese umstritten und wurden bekämpft wie das verhinderte AKW Kaiseraugst. Zugleich spiegelt die aargauische Polit- und Parteienlandschaft die Eigenheiten und Bewegungen der politischen Schweiz wider, gerade auch in der Frage der langwierigen Integration der Frauen vor und nach 1971. — *Fabian Saner*

1945 bis 1970: politische Stabilität in der «Schweiz im Kleinen»

Stärke und Verhältnis der vier grossen Parteien – Sozialdemokratische Partei (SP), Freisinnig-Demokratische Partei (FDP), Katholisch-Konservative (ab 1970 Christlichdemokratische Volkspartei, CVP) und Schweizerische Volkspartei (SVP, bis 1971 Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, BGB) – waren das Ergebnis der sozialen Verwerfungen während des Ersten Weltkriegs und des Landesstreiks. Der Freisinn führte lange den Bürgerblock mit den Juniorpartnern SVP und CVP gegen die Sozialdemokraten an. Diese Verhältnisse gerieten Ende der 1960er-Jahre durch neue politische Kräfte in Bewegung, blieben aber trotz der Erweiterung des Männerzum Erwachsenenstimmrecht 1971 bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion und der bipolaren Weltordnung ums Jahr 1990 intakt. Oppositionelle Gruppen innerhalb und ausserhalb der traditionellen politischen Parteien und Kräfte konnten sich nicht langfristig etablieren; erst mit dem Auftreten der Grünen ab den 1980er-Jahren bildete sich ein neuer stabiler ökologischer Pol. Eine stabile Situation zeigte sich auch in der Aargauer Regierung: Mit Ausnahme des Zeitraums zwischen 1965 und 1985 setzte sie sich aus vier Bürgerlichen und einem Sozialdemokraten zusammen. Nach dem Parteiausschluss von Kurt Wernli (1942–2023) war die SP ab 1999 für acht Jahre nicht in der Regierung vertreten.

Die Darstellung der politischen Strömungen, Ereignisse und Strukturen lässt sich zeitlich in drei Perioden gliedern: in eine Phase der politischen Stabilität im «Männerstaat» während des Kalten Kriegs bis um 1970, eine Phase verstärkter gesellschaftlicher Um- und Aufbrüche bis um 1990 und eine bis ins 21. Jahrhundert reichende Periode, die politisch vom Aufstieg der SVP und von überkantonalen Modernisierungs-, Öffnungs- und Identitätsdebatten geprägt wird.

Die Sozialdemokraten als stärkste politische Kraft im Aargau waren 1932 in die Regierungsverantwortung eingebunden worden. Über die folgenden drei Jahrzehnte blieb der (stark konfessionell geprägte) Rückhalt der vier Parteien in ihren Milieus stabil. Ende der 1960er-Jahre, in der Phase einer breiten Wohlstandssteigerung, geriet das politische Koordinatensystem im Aargau allmählich in Bewegung. Der jahrzehntelange Konsens über den Ausbau der staatlichen Infrastruktur und des Sozialwesens war durch das starke Wirtschaftswachstum gefestigt. Der Konformismus gegen innen (die konfessionelle Milieuzugehörigkeit mit geschlechterspezifischer Rollenverteilung) und gegen aussen (der zur Staatsräson erhobene Antikommunismus des militärischen Männerstaates im Kalten Krieg) begann in den 1960er- und 1970er-Jahren zu bröckeln. Kurzfristige parteipolitische Erneuerungsbewegungen über das ganze politische Spektrum hinweg sind dabei vom längerfristigen sozialen Wandel zu unterscheiden, der besonders auf drei Ebenen grosse politische Auswirkungen hatte: der Auflösung der geschlossenen sozialen Milieus, der erkämpften Integration der Frauen ins politische

System (bis zur vollständigen Gleichstellung) und der neuen Herausforderungen durch interkantonale und globale politische Themen in den Bereichen Wachstum, Umwelt und Migration.

Konfession prägt die politische Zugehörigkeit noch lange

Am deutlichsten sichtbar ist die – für katholische und reformierte Gebiete unterschiedlich zu gewichtende – Erosion der politisch und konfessionell gebundenen Parteimilieus. Während sich bei den Nationalratswahlen 1947 in den reformierten Bezirken des Westaargaus Sozialdemokraten, Freisinn und BGB die Stimmen aufteilten, blieben die Katholisch-Konservativen fast inexistent. Im Ost- und Nordaargau beherrschten diese die katholischen Gebiete in absoluter Mehrheit, mit Ausnahme der bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg zu Agglomerationen gewachsenen Bezirke Rheinfelden und Baden. Der gesellschaftliche Wandel veränderte dieses Bild nur in Retuschen und zunächst besonders bei den Sozialdemokraten, der bis in die 1980er-Jahre grössten Aargauer Volkspartei; diese verlor Teile ihres Elektorats an die bürgerliche Opposition des Landesrings der Unabhängigen (LdU) und in den 1970er-Jahren an die rechte Überfremdungspartei Nationale Aktion (NA).

Die zweite Ebene fand im wichtigsten politischen Ereignis in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ihren Ausdruck: der Einführung des Frauenstimmrechts 1971, das die Aargauer Männer nur knapp mit 50,2 Prozent annahmen, aber – im Gegensatz zu anderen Kantonen – gleichzeitig auf allen drei Staatsebenen in Bund, Kanton und Gemeinden einführten. Davon profitierte mit der konservativen CVP zunächst jene Partei am stärksten, die sich nur sehr zögerlich für das Frauenstimmrecht ausgesprochen hatte. Die sozialdemokratische Parteispitze hatte sich zwar seit dem Landesstreik für das Frauenstimmrecht eingesetzt; ihre stark gewerkschaftlich-wertkonservative Wählerbasis aber stimmte in dieser Frage bei der einzigen nationalen Abstimmung 1959 gegensätzlich; die Integration der Frauen war auch in der politischen Linken kein vorrangiges Thema.

Das spät errungene Frauenstimmrecht fiel mitten in die soziale Modernisierung der Hochkonjunktur. Der gesellschaftliche Wertewandel begünstigte auch andere soziale Bewegungen. Im Zeichen der Auseinandersetzung mit dem wirtschaftlichen Fortschritt und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen wurden Fragen der Raumplanung, der Umweltbelastungen und der Energieproduktion durch Grosstechnologien, besonders der Atomenergienutzung, zu brennenden politischen Themen im Aargau.

Breit genutzte Volksrechte und neue politische Gruppierungen

Der Aargau gehört zu den Kantonen, in denen ökologische Fragen bei der Einreichung von Volksbegehren – als Instrument der ausserparlamentarischen Opposition – ab den 1970er-Jahren die dominierende Rolle spielten: Mehr als ein Drittel aller eingereichten Initiativen zwischen 1979 und 1996 wollten politische Veränderungen im Bereich der Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik erreichen.[366] Es waren zugleich jene politischen Felder, bei denen der kantonale Gestaltungsspielraum merklich abnahm (Verkehrs- und Energiepolitik).

Zwischen 1990 und 2015 kamen 146 kantonale Vorlagen zur Abstimmung: 113 obligatorische und 7 fakultative Referenden sowie 26 Volksinitiativen. Das Stimmverhalten war zumeist behördenkonform, wogegen die Annahme von Volksinitiativen – viele davon von den links-grünen Kräften lanciert – wegen des Instruments der Gesetzesinitiative (und damit ermöglichter ausformulierter Gesetzesvorschläge) höher war.[367] Die Ökologiefrage verlor gegenüber den 1980er-Jahren wieder an Bedeutung zugunsten wirtschafts- und migrationspolitischer Vorlagen. Die prägende Konfliktlinie der letzten dreissig Jahre bildete sich zwischen marktwirtschaftlich-liberalen und konservativ-interventionistischen Kräften. Der Aargau gehört zu den Kantonen mit ausgebauten Volksrechten und hohen Beteiligungsmöglichkeiten – was aber nicht mit einer hohen Stimmbeteiligung gleichzusetzen ist.[368] Die Statistik zeigt, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner des Kantons Aargau weniger für kantonale Politik interessierten als jene in anderen Schweizer Kantonen.[369]

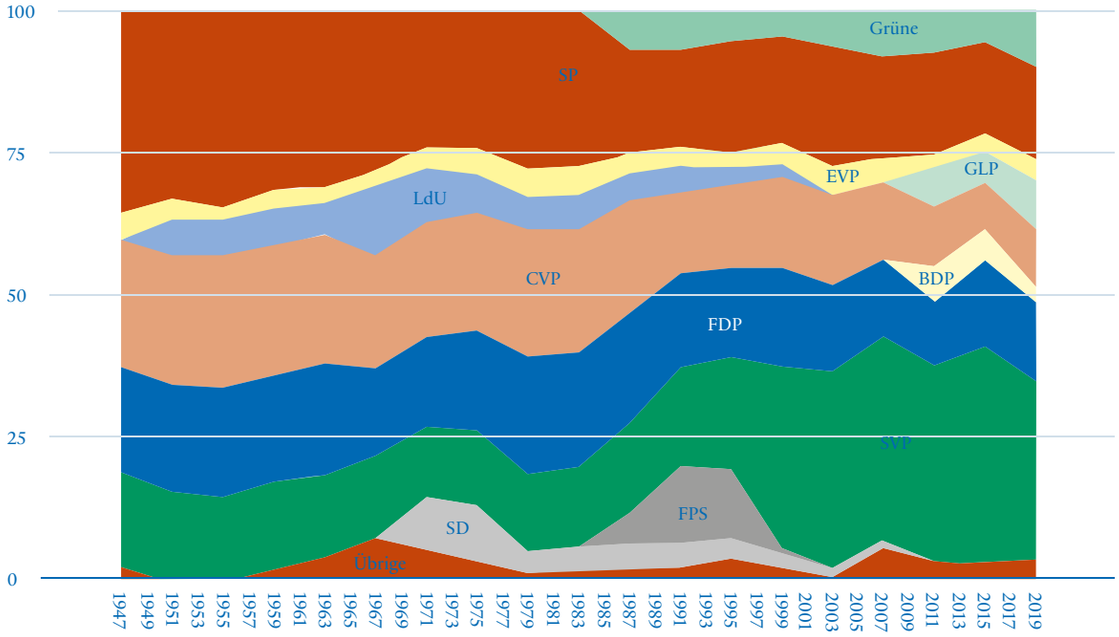
Die spät erkämpfte Integration der Frauen zum einen, der Wandel des Parteienwettstreits im Zeichen des nicht mehr ungeteilten Fortschrittsglaubens mit gleichmässig verteilter sozialstaatlicher Absicherung zum anderen hatten ab den 1970er-Jahren im Aargau zur Konsequenz, dass neue politische Akteure – die Aargauer Eigenheit des linksliberalen Team 67, die fremdenfeindliche Nationale Aktion und lokale Oppositionsgruppierungen – die regional und sozial breit abgestützten Volksparteien der Sozialdemokraten und des Freisinns herausforderten. Die Entwicklungen zwischen städtischen, verstädterten und ländlichen Bezirken verliefen ungleichzeitig, dennoch blieb die Stabilität des Parteiensystems bis Ende der 1980er-Jahre weitgehend erhalten, um danach rasch aufzubrechen. Rechte und linke Splittergruppierungen, aber auch die bürgerliche Opposition, konnten vor allem in den Agglomerationen Fuss fassen. Der Einbruch des katholischen, CVP-wählenden Milieus im ländlichen Fricktal und in den 1990er-Jahren im oberen Freiamt setzte später ein und war geprägt von der Skepsis gegenüber der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Öffnung der Schweiz. Dies sollte sich in der Endphase des Kalten Kriegs am deutlichsten in der Europafrage niederschlagen.

Sozialdemokraten integrieren sich im bürgerlichen Aargau

Nach dem Landesstreik wurde der Proporz, das heisst die gegenüber politisch kleineren Gruppierungen gerechtere Verhältniswahl, schweizweit eingeführt. Ein Jahr später, 1920, brachte eine SP-Initiative auch im Aargau für die kantonalen Wahlen den Durchbruch des Proporzsystems. Dabei halfen die katholisch-konservativen Bezirke im Ostaargau mit, die früher gegenüber dem herrschenden Freisinn ebenfalls benachteiligt gewesen waren.[370] Bei

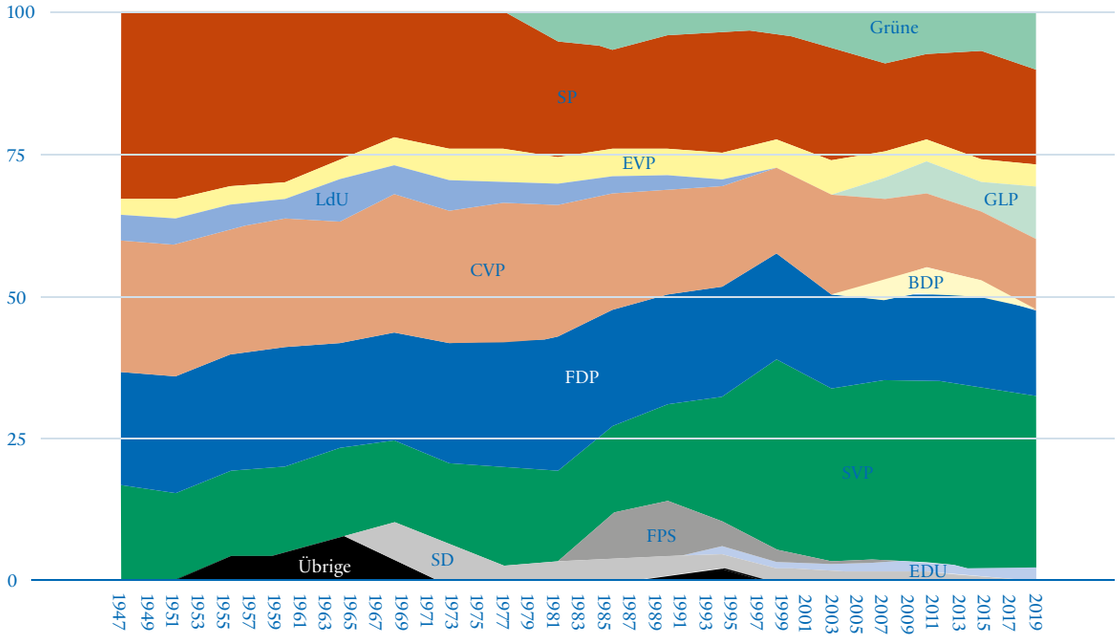
Grafik 32a

Entwicklung der Wähleranteile Nationalrat, 1947–2019



Grafik 32b

Entwicklung der Wähleranteile Grossrat, 1953–2020



Grafiken 32a und 32b Wähleranteile der Parteien im Nationalrat und im Grossen Rat, 1947 bis 2020. Bis in die 1970er-Jahre war die SP die stärkste Partei, ab den 1990er-Jahren überflügelte die SVP – ursprünglich die kleinste der vier Grossen – die bürgerliche Konkurrenz und die Sozialdemokraten. Der Trend zeigte sich bei nationalen Wahlen stärker als bei kantonalen. Quelle: Statistik Aargau.

den ersten nach dem Verhältniswahlrecht durchgeführten Wahlen 1921 wurden die Sozialdemokraten zur stärksten Fraktion im Parlament. Der Anstieg der Wählerstärke hatte sich nach einem ersten Höhepunkt 1933 und einem zweiten 1945 wieder abgeschwächt. Auch im stark industrialisierten Bezirk Zofingen, wo die Sozialdemokraten «von einer sozialistischen Mehrheit träumten», gelang dies bei den Grossratswahlen 1953 nicht.[371] In den 1940er- und 1950er-Jahren herrschte im Aargau eine auffallende politische Stabilität: Kaum zehn Grossratsmandate oder rund fünf Wählerprozente wechselten bei Wahlgängen die Parteifarbe, und dies bei einer konstant hohen Wahlbeteiligung von rund 85 Prozent der stimmberechtigten Aargauer Männer. Die Sozialdemokraten blieben bis in die 1970er-Jahre die stärkste Fraktion.[372]

Auch bei den Aargauer Nationalratsmandaten stellte die SP mit drei bis fünf Sitzen meist die grösste Deputation. 1945 mobilisierten die Sozialdemokraten sowie die kommunistische Partei der Arbeit (PdA) zehn Prozent mehr Wähler als 1941 und kamen auf 35 Prozent. Die zwei kommunistischen Grossräte blieben aber Episode.[373] Die Bürgerlichen spielten auf der antikommunistischen Klaviatur und werteten etwa den kommunistischen Umsturz in der Tschechoslowakei 1948 propagandistisch aus, so die SP-Spitze, «um uns das Ständeratsmandat zu entreissen».[374] Die Aargauer SP hatte sich bereits 1934, zwei Jahre vor der Schweizer Sozialdemokratie, mit grosser Mehrheit zur bewaffneten Landesverteidigung und zur Schweizer Armee bekannt. Dies bildete das Eintrittsticket für eine konkordante Regierungspolitik im Zeichen der Geistigen Landesverteidigung, der die Sozialdemokraten in grossen Teilen bis in die 1960er-Jahre folgten.

Kampfwahlen als Ausnahme

Bei den nach Majorz durchgeführten Regierungs- und Ständeratswahlen blieben die Sozialdemokraten gegenüber einem geschlossenen Bürgerblock in den meisten Wahlkämpfen chancenlos. In der Regierung vermochte die SP nicht langfristig über einen von fünf Sitzen hinauszuwachsen. 1949 unterlag der angetretene Sozialdemokrat bei einer Kampfwahl dem Vertreter der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei deutlich; das kurzzeitig gehaltene Ständeratsmandat vermochte die Linke im 20. Jahrhundert nicht mehr zurückzuerobern. Die beiden Sitze in der kleinen Kammer blieben mit dieser Ausnahme am Ende des Zweiten Weltkriegs immer von der FDP und der CVP – ab 1995 von der FDP und der SVP – besetzt. Rhetorisch unterstrichen die Sozialdemokraten aufgrund ihrer Wählerstärke den Anspruch auf einen zweiten Regierungsratssitz, konnten sich aber in der Nachkriegszeit kaum je dazu durchringen, wieder antretende bürgerliche Regierungsräte herauszufordern. Die SP-Parteispitze äusserte ihre Bedenken, einer «grossen Volksgruppe, die einen Anspruch hat, entgegen unseren Prinzipien einen Sitz streitig zu machen».[375] Regierungsrätliche Kampfwahlen stellten im Aargau, wie auch in anderen Kantonen mit drei oder vier grossen Parteien, die Ausnahme dar.[376]

Politische Domäne der Sozialdemokratie im Aargau waren finanz- und sozialpolitische Verteilungsfragen. Ein wichtiger Erfolg war die Steuerinitiative, die nach einem ersten knapp gescheiterten Anlauf 1949 ebenso wie ein Gegenvorschlag der Regierung bei einer zweiten Volksabstimmung angenommen wurde, dies nach einer harten Auseinandersetzung mit nur tausend Stimmen Unterschied. Dadurch wurden tiefe Einkommen und Vermögen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Kranken, Gebrechlichen und Familien entlastet und die Sozialabzüge erhöht, um die durch Teuerung und Lohnanstieg entstandenen übermässigen Steuerbelastungen wieder auszugleichen.[377] Besonders pointiert setzten sich Sozialdemokraten von den Christlichsozialen ab, die familien- und sozialpolitisch kaum Differenzen zur SP aufwiesen: «Die Pfarrherren suchen alle Mittel und Wege und schreiben den Leuten persönliche Briefe im entscheidenden Moment. Im Fricktal müssen wir vielleicht zehnmal mehr Arbeit leisten in dieser Hinsicht als im oberen Kantonsteil.» Der Aargauer Arbeiterführer Arthur Schmid sen. aus Oberentfelden (1889–1958) wollte mit diesen «Übergriffen der katholischen Kirche auf unsere Leute abrechnen».[378]

Die letzte Blütezeit des katholischen Milieus

Die CVP war bis Ende der 1970er-Jahre die Honoratiorenpartei des katholischen Milieus mit einem Bauern-, einem Gewerbe- sowie einem christlichsozialen Arbeitnehmerflügel.[379] In den 1920er- bis 1950er-Jahren befand sich das katholische Sozialmilieu im Aargau mit Arbeitervereinen und Frauenbünden, Gewerkschaften, Krankenkassen und Jugendorganisationen auf dem Höhepunkt seiner institutionellen Verankerung. An den Katholikentagen marschierten jeweils Tausende auf.[380] «Vor dem Essen wird gebetet, in der Kirche warnt der Pfarrer vor rauchenden Frauen mit kurzen Röcken, die Stimmen der Bauern gehören der CVP, damals schlicht ‹die Partei› genannt», so der im Freiamt aufgewachsene, spätere Nationalrat der Zuger Grünalternativen, Josef «Jo» Lang (*1954).[381] Abrupt zogen die Konsummoderne und die Individualisierung der Wahlmöglichkeiten der 1950er- und 1960er-Jahre in diese geschlossene Lebenswelt ein und lösten sie innert weniger Jahre praktisch auf.[382]

Politisch stellte sich mit der zunehmenden Industrialisierung des Aargaus die Frage, wie mit der katholischen Arbeiterschaft umzugehen sei. Parteiintern gab es dazu zwei Stossrichtungen: Die einen wollten den christlichsozialen Arbeitnehmerflügel als eigene Partei organisieren und mit den Katholisch-Konservativen nur inhaltlich zusammenarbeiten, um «eine Bresche in die Sozialistische Partei und das Gewerkschaftskartell zu schlagen».[383] So gab es im Bezirk Bremgarten und vor allem im Industrieort Wohlen lange eine eigene christlichsoziale Partei. Aber auch in Minderheitengebieten wie in Brugg wählten längst nicht alle Katholiken CVP.[384] Die Kantonalpartei hingegen verfocht den Zusammenschluss unter einem Dach und eine Aktivierung des christlichsozialen Flügels gegen innen durch Sektionsarbeit und stärkere Sichtbarmachung, was sich dann 1961 in der Na-

mensänderung zu «Konservativ-christlichsoziale Volkspartei» niederschlug.[385] Parteipräsident und Ständerat Robert Reimann (1911–1987) meinte 1963: «Bei der Wahltournee durch die Bezirke bin ich mehr und mehr zur Überzeugung gekommen, dass immer noch das ‹Katholische› der eigentliche Kitt ist in unserer Partei.»[386]

Schwerpunkt im regionalen Ausgleich und in der Familienpolitik

Der Auf- und Ausbruch aus dem «Konservativen» entzündete sich bereits in den 1960er-Jahren am Parteinamen: «Wir stehen nicht rechts, wir stehen nicht links, wir stehen vorne», proklamierte Fraktionspräsident Julius Binder (*1925) selbstbewusst nach dem Wahlerfolg 1969. Binder fragte sich, ob «uns der Computer hilft, eine gute Wortverbindung für den Parteinamen zu finden», der die Jungen, «die kaum mehr ein richtiges Verhältnis zur konservativen Staatsidee» fänden, nicht mehr davon abhalten werde, die Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei zu wählen.[387] Arbeitersohn und Ständerat Robert Reimann aus dem Fricktal schaffte zunächst noch den Ausgleich zwischen konservativeren und progressiveren Kräften, der während der Rezession schwieriger zu vermitteln war.[388] Im politischen Stimmverhalten hingegen ging das konfessionelle Zeitalter verzögert und mit regionalen Akzentunterschieden zu Ende. Der im Aargau aufgewachsene Parteienforscher Claude Longchamp (*1957) kam in den 1980er-Jahren zum Schluss, dass die Religion nach wie vor das wichtigste Erklärungselement zur Analyse der kantonalen Parteienstruktur sei.[389] Der Anteil der Katholikinnen und Katholiken an der Aargauer Gesamtbevölkerung und der CVP-Wähleranteil verliefen lange parallel, bis Letzterer in den 1980er- und 1990er-Jahren unter ein Drittel sank.[390]

Die breite Wohlstandssteigerung für viele Arbeitnehmende hatte den Gegensatz zwischen den Katholisch-Konservativen und den Christlichsozialen nach dem Zweiten Weltkrieg entschärft. Die christliche Arbeiterschaft sollte mit dem Kapitalismus versöhnt werden, indem die Familie zum Hebel sozialstaatlicher Dispositive gemacht wurde. Deren Mechanismen und Werkzeuge griffen vielfach auf der Ebene der Gemeinden, aber (noch) nicht auf der Ebene des Kantons.[391] Dies änderte sich mit dem durch die Hochkonjunktur ermöglichten Ausbau des Sozialstaates und der regionalen Bildungs- und Spitalinstitutionen in den 1960er-Jahren, der von der CVP aktiv gefördert wurde. Den traditionellen Schwerpunkten der Kirchen- und Bildungspolitik folgten neue Schwerpunkte in der Familienpolitik sowie im Finanzausgleich zwischen städtisch-agglomerierten und ländlichen Gegenden.[392] Die CVP schöpfte dabei in ihren Stammlanden immer noch aus einem grossen, aus den dörflichen Eliten (Gemeindeschreiber, Grossbauern und Gewerbetreibende) bestehenden Reservoir, weil in dieser Partei die Karrierechancen am grössten waren. Die jahrzehntelang beklagte Untervertretung der Katholisch-Konservativen in wichtigen staatlichen Anstalten und Kommissionen, bei hohen Chefbeamten und in Inspektoraten, war ab Ende der 1960er-Jahre kaum mehr ein Thema. Die kulturkämpferische Auseinandersetzung mit dem liberalen, freisinnig dominierten Staat war an ihr Ende gekommen.[393]

Freisinnige bauen den Infrastrukturstaat der Nachkriegszeit

Die 1895 gegründete Freisinnig-Demokratische Volkspartei war vor der Einführung des Proporzes die stärkste Partei beziehungsweise die staatstragende Kraft mit Vertretern aller sozialen Milieus. Vor dem Ersten Weltkrieg traten in der «freisinnigen Grossfamilie» Spaltungstendenzen und Flügelkämpfe zwischen Liberalen und linksfreisinnigen, staatsnahen «Radikalen» (so die aus dem 19. Jahrhundert stammende Bezeichnung) auf[394] – ein Erbe des Kulturkampfs, das in der Auseinandersetzung mit den Katholisch-Konservativen bis in die 1950er-Jahre nachhallte. Der Landesstreik bildete eine Zäsur: Mit der Abspaltung der Bauern- und Bürgerpartei waren die Verhältnisse weitgehend bereinigt und der Aargauer Freisinn auf einen stärker wirtschaftsliberalen Kurs festgelegt. Die Freisinnigen, im 19. Jahrhundert alleinige Regierungspartei, hatten 1885 den Katholisch-Konservativen einen Sitz zugestanden. Mit dem errungenen Wechsel zum Proporz bei den Parlamentswahlen vermochten zunächst auch die Bauernpartei ab 1919 (1929 bis 1949 doppelt vertreten) und seit 1932 die Sozialdemokraten (1965 bis 1985 doppelt vertreten) Regierungsratssitze zu erobern.[395] Der Bundesrat öffnete sich in derselben Reihenfolge wie im Aargau für die neuen politischen Kräfte, aber erst später.

Nebst den Werten der Eigenverantwortung und eines subsidiär von der Gemeinde her organisierten Staates, der auf der höheren Staatsebene des Kantons nur so viel regeln sollte wie nötig und das Wirtschaftsleben nicht einschränkte, stand die Aargauer FDP 1945 zum Service public und plädierte für eine Finanzpolitik mit dem Ziel der Vollbeschäftigung sowie für den Ausbau des Bildungswesens mit besser bezahlten und ausgebildeten Lehrpersonen.[396] Weiterhin wählten auch Bauern und Arbeitnehmer die Partei, der es seit 1921 und bis Ende der 1980er-Jahre als einziger gelang, in allen Bezirken Grossratssitze zu erhalten. Ihr Schwerpunkt lag in den Städten des ehemaligen Berner Aargaus, in Aarau, Zofingen, Lenzburg und Brugg sowie seit Ende der 1970er-Jahre auch in Baden.[397]

Planung ist nicht mehr ein sozialistisches Schreckgespenst

In den 1960er-Jahren drehten sich die Debatten um die politischen und gesellschaftlichen Folgen des Wirtschaftswachstums. Der freisinnige Baudirektor Kurt Kim (1910–1977) (siehe «Raumentwicklung», S. 64) mahnte Bereitschaft an, sich auf eine «vernünftige Planung» einzulassen, was nicht mit «sozialistischer Planwirtschaft» gleichzusetzen sei. Ein Aargau mit einer Million Einwohnerinnen und Einwohnern könne auf eine aktive Raum- und Siedlungspolitik nicht verzichten: «Rheintal und Mittelland sollen kein Ruhrgebiet werden. Wir bekommen einen Albdruck, wenn wir von einer Bandstadt von Winterthur bis Biel reden hören.»[398] Die «Wachstumskrise» einer der Wirtschaft hinter-

Tabelle 13

Abstimmungsverhalten bei eidgenössischen Abstimmungen im Vergleich zwischen Aargauer und Schweizer Stimmbevölkerung (Ja–Stimmen in Prozent)

VOLKSABSTIMMUNG		Schweiz	Aargau
AHV	1947	80,0	79,1
Wirtschaftsartikel	1947	53,0	49,2
Umsatzsteuerinitiative	1952	19,0	14,0
Gewässerschutzartikel	1953	81,3	77,3
Initiative 44-Stunden-Woche	1958	35,0	32,4
Initiative Atomwaffenverbot	1962	34,8	28,8
Initiative gegen Bodenspekulation	1967	32,7	30,7
Jesuiten- und Klosterartikel	1973	54,9	53,3
Initiative 40-Stunden-Woche	1976	22,0	18,3
Fristenlösung Schwangerschaftsabbruch 1977	1977	48,3	42,7
Mieterschutzinitiative	1977	43,3	35,9
Zeitgesetz (Einführung Sommerzeit)	1978	47,9	42,8
Gleiche Rechte für Mann und Frau	1981	60,3	52,1
Zivildienstinitiative	1984	36,2	32,1
Initiative gegen Ausverkauf der Heimat 1984	1985	48,9	56,0
Atominitiative	1984	45,0	31,4
Mutterschaftsinitiative	1984	15,8	11,3
Revision Eherecht	1985	54,7	45,6
UNO-Beitritt	1986	24,3	18,2
Rothenthurm-Initiative (Moorschutz)	1987	57,8	51,3
Stadt-Land-Initiative (Spekulation)	1988	30,8	26,8
Armeeabschaffungsinitiative	1989	35,6	30,7
Stopp dem Autobahnbau	1990	28,5	25,8
Stimmalter 18	1991	72,7	67,2
Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT)	1992	63,6	60,7
Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)	1992	49,7	39,9
Gegen Kampfflugzeuge	1993	42,8	33,0
Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA)	1994	67,1	61,8
Alpeninitiative	1994	51,9	48,4
Kulturförderungsartikel	1994	51,0	42,1
Krankenversicherung	1994	51,8	40,0
Zwangsmassnahmen Ausländerrecht	1994	72,9	78,4
Volksinitiative «Gegen illegale Einwanderung»	1996	46,3	54,9
Heroinabgabe	1999	54,4	52,6
Mutterschaftsversicherung	1999	39,0	26,2
Neue Bundesverfassung	1999	59,2	49,1
Begrenzung Ausländeranteil auf 18 Prozent	2000	36,2	47,4
UNO-Beitritt	2002	54,6	48,9
Fristenlösung	2002	72,2	68,9
Goldreserven in die Solidaritätsstiftung	2002	48,2	42,2
Liberalisierung Elektrizitätsmarkt	2002	47,4	51,4
Strom ohne Atom	2003	33,7	23,4
Verwahrungsinitiative	2004	56,2	57,3
Erleichterte Einbürgerung	2004	43,3	31,5
Automatische Einbürgerung dritte Generation	2004	48,4	35,1
Bilaterale Abkommen mit der EU zur Personenfreizügigkeit (Schengen/Dublin)	2004	48,4	54,6
Bilaterale Abkommen mit der EU	2005	50,9	56,0
Minarettverbot	2009	57,5	64,0
Ausschaffungsinitiative	2010	52,3	57,3
Masseneinwanderungsinitiative	2014	50,3	55,2
Stopp der Überbevölkerung (Ecopop-Initiative)	2014	25,9	29,4
Durchsetzungsinitiative	2016	41,1	44,3
Abschaffung Radio- und Fernsehgebühren	2018	28,4	32,3
Begrenzungsinitiative (Kontingente statt Personenfreizügigkeit)	2020	38,2	42,4
Konzernverantwortungsinitiative	2020	50,7	43,1

Tabelle 13 Abstimmungsverhalten bei eidgenössischen Abstimmungen im Vergleich zwischen Aargauer und Schweizer Stimmbevölkerung. Galt der Aargau früher als «Durchschnitt der Schweiz», ist seit den ausgehenden 1970er-Jahren eine wertkonservativere Grundstimmung festzuhalten. Diese akzentuierte sich in den 1990er-Jahren. Quelle: Bundesamt für Statistik, Bundeskanzlei.

178 Aargauer Katholikentag mit Bischof Franziskus von Streng (1884–1970) und Bundesrat Josef Escher (1885–1954) im Amphitheater Windisch, 5. Juli 1953. Die Aufmärsche (ab 1954 auch von Frauen) dienten dazu, Stärke und Geschlossenheit der katholischen Bewegung zu demonstrieren und gegen innen ein Gemeinschaftsgefühl zu erzeugen.

43

An unsere konservativen Mitbürger!

Wie Sie alle wissen, hat die «Christlich-Soziale Gruppe» anlässlich der letzten Grossratswahlen unseren besten bewährten Vertreter, Herrn Lukas Boter, durch ein systematisches «Streichkonzert» über die Klinge springen lassen.

Bei den letzten Nationalratswahlen hat die gleiche Clique unseren verehrten Nationalrat und Rektor der Landw. Schule Wuri, Herrn Jakob Kach, auf infame Art und Weise ausgeschaltet und zum Rücktritt gezwungen. Bei der Aufstellung der diesjährigen Grossratsliste musste ein weiterer ehrbarer bäuerlicher Kandidat, Herr Anton Zemp, Beinwil, den christlichsozialen Machtansprüchen geopfert werden. Um diesem nimmersatten Moloch aber ganz genügen zu können, muss noch ein anderer konservativer Vertreter geopfert werden. Dieses Opfer ist in der Person von Grossrat Stehli in Mühlau bereits gefunden.

Lieber Mitbürger!

Dieses unwürdige Spiel einer sich christlich gebärdenden Clique machen wir nicht mehr mit. Wir fragen Sie:

Wo sind diese Herren christlich?
Wo sind diese Herren sozial?
Wo stehen diese Herren, wenn es um den Milchpreis geht?

Eine Gruppe aufrecht denkender konservativer Parteibürger hat sich zusammengetan, um mit diesen unwürdigen Zuständen innerhalb unserer Partei aufzuräumen. Wir rufen Sie auf, keine einzige konservative Liste in die Urne zu legen. Bleiben Sie der Urne nicht fern, aber geben Sie die Stimme für diesmal nicht einer Partei, die ihre besten Männer aus persönlichen Machtansprüchen «kleiner Gernegrosse» auf die Schlachtbank führt. Nach den Wahlen halten wir dann Zahltag!

Achtung!
Jede Stimme für die Bauernpartei ist eine Hilfe für die Christlichsozialen!

(Listenverbindung)

KONSERVATIVE FREIAMTER BAUERN

179 Wahlgeplänkel im katholischen Milieu, 1957. Katholisch-konservative Freiämter Bauern wehrten sich gegen die Ansprüche der Christlichsozialen, welche die katholischen Arbeiter vertraten. Die CVP vereinigte als breite Volkspartei Interessenvertreter verschiedener Schichten, was immer wieder zu Konflikten bei Wahlen führte.

180 Heinz Fröhlich (1933–2022), «rasender Reporter» des *Aargauer Tagblatts,* eilte im Sommer 1968 mit seinem Auto nach Prag, um die Niederschlagung der Demokratiebewegung durch sowjetische Panzer festzuhalten. Auch auf dem politischen Parkett des Aargaus war das Grundrauschen des Kalten Kriegs etwa in Wahlkämpfen immer wieder wahrnehmbar.

181 Heinrich Buchbinder (1919–1999), Gewerkschaftsführer und «Volkstribun» der Aargauer SP. In bürgerlichen Kreisen war Buchbinder ein Paria, seit er sich in den 1950er-Jahren als führender Kopf mit einer Volksinitiative gegen die atomare Aufrüstung der Schweiz eingesetzt hatte.

L'Ambassadeur de l'Union
des Républiques Socialistes Soviétiques
Anatoli Tchistiakov

prie Monsieur Heinrich
Buchbinder
de lui faire l'honneur de venir déjeuner
chez lui le jeudi 11 juin 1970
à 12.00 heures

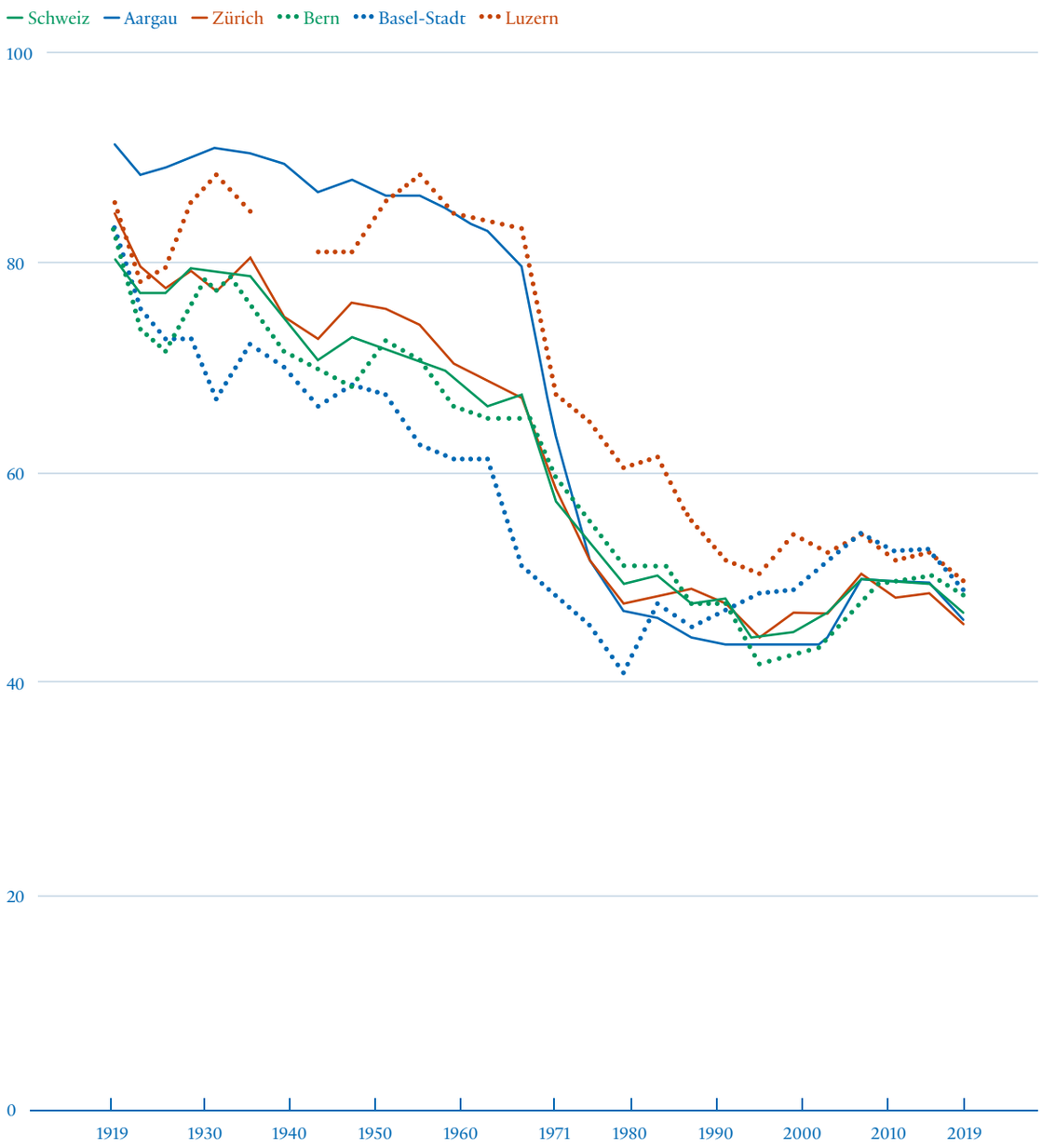
37, Brunnadernrain Tél. (031) 44 06 66

P.m.

182 Aufgrund seiner guten Kontakte zur Sowjetunion leistete Heinrich Buchbinder später Vermittlerdienste im Kalten Krieg und wurde dabei auch zu Diners mit Kaviar in die sowjetische Botschaft in Bern eingeladen.

Grafik 33

Stimmbeteiligung im Aargau im Vergleich mit den Nachbarkantonen 1919–2019 (Nationalratswahlen, in Prozent)



Grafik 33 Wie in den Nachbarkantonen sank die Stimmbeteiligung im Aargau bereits vor der Einführung des Frauenstimmrechts 1971. Danach fiel im Aargau auch der Stimmzwang, der jahrzehntelang für eine im Schweizer Durchschnitt hohe Beteiligung der stimmberechtigten Schweizer Männer gesorgt hatte. Quelle: Statistik Aargau.

herhinkenden staatlichen Verwaltung, ein in den 1960er-Jahren vielfach diagnostiziertes «Malaise» des Staates, zeigte sich in der Ablehnung der Kredite für die Landessausstellung 1964 in Lausanne durch das Aargauer Stimmvolk (siehe «Staat», S. 180). Der Freisinn reagierte mit der Forderung, die staatlichen Strukturen zu modernisieren. Daneben blieben die Postulate einer Boden- und Eigentumspolitik, die auf breite Eigentumsförderung, tiefe Vermögensbesteuerung und wenig Abgaben und Eingriffe setzten.

1969 reagierten die Aargauer Freisinnigen auf die Jugendunruhen und wollten sich gegenüber junger Politik öffnen. Basis dafür müsse aber sein, dass gewisse «Grundsätze unserer staatlichen Ordnung als undiskutabel betrachtet werden».[399] Als breite Volkspartei und in der Wahrnehmung, «staatstragend» zu sein, geriet auch im Aargau zunächst der Freisinn unter Druck von neuen oppositionellen Kräften. Parteipräsident Hans Trautweiler (1920–1980) begegnete diesen Bedenken mit dem Aufruf, nach innen die Partei durch die demokratische Auseinandersetzung zu beleben und nach aussen geschlossener und klarer aufzutreten. Die Arbeitsweise müsse systematischer und rationeller werden – mit der Gründung von Orts-, Frauen- und Jugendsektionen.[400]

Vertretung der Bauern: sparsamer Staat und regionale Teilhabe

Nach dem Ersten Weltkrieg bildete sich zumeist aus den Reihen ehemaliger Freisinniger die Bauern- und Bürgerpartei. Bis in die 1950er-Jahre blieb sie eine im westlichen Kantonsteil verankerte Bauernpartei. Aufgrund ihrer Frontstellung gegen die Sozialdemokratie während des Landesstreiks wurde sie rasch in die Regierung eingegliedert, wo sie mit dem Freisinn harmonierte und dessen Macht trotz Verlust der früheren Mehrheiten zementierte. In den 1930er- und 1940er-Jahren stellte die Bauernpartei zwei, ab 1949 jeweils einen Aargauer Regierungsrat. Im Gegensatz zur Zürcher und Berner Schwesterpartei nahm sie den Anspruch, das Gewerbe zu vertreten, erst nach dem Zweiten Weltkrieg in den Parteinamen auf und nannte sich danach Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB); dies verweist auf das enge Bündnis mit der dominierenden FDP, die man nicht zu stark konkurrenzieren wollte.[401]

Im Fricktal vermochte die BGB aufgrund des Einsatzes von Grossräten gegen das lange ungelöste Problem der Fluorimmissionen der Aluminiumindustrie auf der deutschen Seite des Rheins (siehe «Umwelt», S. 131) zu punkten. Ihr Grossrat Franz Metzger (1912–1992), 39 Jahre lang Gemeindeammann von Möhlin, wurde «König des Fricktals» gerufen. In den 1950er-Jahren deklarierte sich die Partei als «Sammlungsbewegung aller mittelständisch Denkenden in Landwirtschaft, Gewerbe und Arbeitnehmerschaft».[402] Die Öffnung zu einer Volkspartei mit Vertretern aus allen sozialen Schichten gelang allmählich ab Ende der 1960er-Jahre.[403] 1969 wurde mit dem Zurzacher Jörg Ursprung (1919–1997) zum ersten Mal ein Regierungsrat gewählt, der nicht familiär oder beruflich mit dem Bauernstand zu tun hatte. Mit Erziehungs- und Landwirtschaftsdirektor Ernst Schwarz (1917–1985) setzte ein Vertreter der BGB die Dezentralisierung des Mittelschulwesens mit der Eröffnung der Kantonsschule Baden sowie der Lehrerseminare in Zofingen und Wohlen um (siehe «Staat», S. 189). Bis in die 1970er-Jahre blieb die Partei auf ihrem konservativen Mittekurs, pflegte aber auch Kontakte zu den Sozialdemokraten.[404]

Schwund der Bauern setzt der BGB zu

Das starke Wirtschaftswachstum veränderte die Aargauer Landschaften: Das Limmattal wandelte sich vom Bauern- zum Industriegebiet. Dieses «Abwandern der Jungmannschaft von der Scholle» bekam die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, ab 1971 Schweizerische Volkspartei, zu spüren.[405] Die Wählerverluste konnten in den 1960er-Jahren wieder gestoppt werden. «Die Parteibasis zu verbreitern, um den Schwund der Ansprechpersonen in der Bauernschaft zu ersetzen», war eine der ersten Aufgaben des jungen Parteisekretärs und späteren SVP-Nationalrates Theo Fischer (*1937) in den 1960er-Jahren.[406] Die neu gegründeten Einwohnerräte (Gemeindeparlamente) in den Agglomerationsgemeinden trugen dazu bei, das Rekrutierungsproblem der zwar konfessionell neutralen, aber mehrheitlich vom Stand der reformierten Bauernschaft getragenen Partei zu lösen; auch in rasch wachsenden Industriegemeinden und Kleinstädten wurden Parteisektionen gegründet und Wahllisten zusammengestellt, was eine Erfolgsbasis für den späteren, eruptiven Aufstieg der SVP in der Wählergunst nach 1989 bildete. War die Bauern- und Bürgerpartei bei ihrer Gründung noch wählerstärkste bürgerliche Kraft gewesen, fiel ihr nach dem Zweiten Weltkrieg und bis in die 1980er-Jahre die Rolle des bürgerlichen Juniorpartners zu. In den stets wachsenden Kantonal- und Kommunalverwaltungen konnte die Partei ausserhalb der Domänen, die sich mit der Landwirtschaft befassten, nicht richtig Fuss fassen.[407]

Stimmberechtigte «gegen den Stimmzwang»

In den bevölkerungsstarken Bezirken Baden, Zofingen oder Bremgarten reichte ein Wahlstimmenanteil von wenigen Prozenten zum Einzug in den Grossen Rat. So konnten auch kleine Gruppen und Ein-Mann-Listen Wahlerfolge verzeichnen.[408] Typischerweise bewirtschafteten diese, teils populistisch, ein spezifisches Unbehagen an politischen Vorgängen. So scharte sich 1957 eine Gruppe von «freien Stimmberechtigten für die Abschaffung des Stimmzwangs» um den Wohlener Handwebermeister Arnold Widmer (1898–1989).[409] 1958 lancierte Widmer die namengebende Volksinitiative: Der in Verfassung und Gesetz vorgesehene Stimmzwang bei einer Busse von zwei Franken bei Nichteinhaltung sollte fallen. Bei Gemeindeversammlungen in Aarau oder Wettingen hatten sich die sogenannten Narrengänge gehäuft, wenn das gesetzlich festgeschriebene Quorum von fünfzig Prozent (mehrere Tausend männliche Stimmberechtigte zwischen 20 und 65 Jahren) nicht erreicht und deshalb die Versammlungen abgebrochen werden mussten.[410] Trotz viel Publizität lehnte es eine Zweidrittel-

«HD Läppli» Alfred Rasser für den Aargau im Nationalrat

Anfang der 1960er-Jahre hielten oppositionelle Gruppierungen bereits zehn Prozent der Sitze im Grossen Rat.[1] Nebst der seit den 1920er-Jahren immer mit rund drei bis sechs Prozent Wähleranteil vertretenen konfessionellen Evangelischen Volkspartei (EVP) – die früh die Umweltpolitik auf die Agenda setzte[2] – bildete der 1937 im Aargau gegründete Landesring der Unabhängigen (LdU) die bürgerliche Opposition. Der Landesring etablierte sich in den Mittellandkantonen, konnte aber das Image der «Zürcher Migros-Partei» ihres Gründers und Führers Gottlieb Duttweiler (1888–1962) nie ganz abstreifen. Mit «amerikanisch anmutenden Wahlkampfaktionen» aufgetreten, als «Partei der Zugezogenen» bespöttelt und in den 1960er-Jahren auch mit einem Inserateboykott durch das *Aargauer Tagblatt* belegt, kam der LdU in den neuen Einwohnerräten mittelgrosser Gemeinden wie etwa Suhr oder Buchs zu Mandaten.[3]

Bei Nationalratswahlen errang der LdU durchgehend mehr Stimmen als bei kantonalen Wahlen. Die Sitzgewinne im Parlament gingen zulasten der grossen Regierungsparteien, besonders der Sozialdemokraten.[4] Von Technikern aus den Reihen der Badener Industrie im Ostaargau getragen und für Frauen von Beginn weg offen, verfolgte der LdU zunächst linksliberale Positionen, öffnete sich für nonkonformistische Ideen und übte im Selbstanspruch eine politische Wächterfunktion aus.[5] Grossrat Jakob Hohl (1918–1995) zählte zu den Protagonisten bei der parlamentarischen Einführung des Frauenstimmrechts sowie beim Anstoss für eine Aargauer Hochschule Ende der 1960er-Jahre. Hohl wurde später aus dem Schweizer Landesring ausgeschlossen und blieb als allein politisierender Grossrat eine gewichtige Stimme im Aargauer Parlament (siehe «Staat», S. 193).[6]

In den 1970er-Jahren setzte im LdU ein Zwist zwischen AKW-Gegnern rund um den St. Galler Franz Jaeger (*1941) und die Basler Sektionen auf der einen sowie den mehrheitlich AKW-befürwortenden Aargauer Vertretern auf der anderen Seite ein.[7] Für Letztere war aber der bekannte Basler Kabarettist und Nonkonformist Alfred Rasser (1907–1977) alias «HD Läppli» im Nationalrat. Dafür hatte Rasser seinen Wohnsitz nach Rheinfelden verlegt. 1975 wurde er nach zwei Legislaturperioden wegen seiner pazifistisch-militärkritischen Haltung nicht mehr auf die LdU-Liste genommen und kandidierte fürs Team 67. Wegen einer Reise nach China im Jahr 1954 als Kommunist verunglimpft, erfuhr Rasser das Klima des Kalten Kriegs hautnah; so strichen etwa Theater seine Engagements. Die bürgerliche Presse lobte ihn für seine kabarettistischen Leistungen und kritisierte ihn gleichzeitig heftig in seinem politischen Engagement.[8] Im Nationalrat blieb der Künstler und Volksschauspieler ein Aussenseiter.[9]

Bei den Nationalratswahlen 1971 erreichte der Landesring fast zehn Prozent und zwei Mandate und blieb bis 1995 mit einem Mandat vertreten. Im Jahr 2000 löste sich der LdU auf, wiederum mit einer Versammlung im Gründerkanton Aargau.[10]

1 NZZ, 9.3.1965.
2 Gespräch mit Heiner Studer, 2019.
3 NZZ, 21.3.1949; Müller 2001, 42; NZZ, 16.3.1965.
4 Müller 2001, 30; Vatter 2002, 167.
5 Müller 2001, 23 und 95f.
6 Müller 2001, 32f. und 38.
7 Müller 2001, 48f.
8 Rueb 1975.
9 NZZ, 26.8.2019.
10 Müller 2001, 53.

183 Der Basler Volksschauspieler und Kabarettist Alfred Rasser vertrat den Aargau zwischen 1967 und 1975 in Bern. Der Nonkonformist und Militärkritiker sass für den Landesring der Unabhängigen, der sich als bürgerliche Oppositionsbewegung verstand, im Nationalrat.

mehrheit der kantonalen Stimmbürger 1962 noch ab, den Stimmzwang aufzuheben (siehe «Staat», S. 143f.).

Ende der 1960er-Jahre errang Arnold Widmer erneut Aufmerksamkeit, als er in der Auseinandersetzung um das Wasserkraftwerk Bremgarten-Zufikon eine Initiative zur Absetzung und Neuwahl des Grossen Rates lancierte.[411] Der Versuch der freien Stimmberechtigten scheiterte allerdings bereits an der Unterschriftenhürde. Widmer kokettierte mit dem Image des Querulanten und wurde «für die Möglichkeiten des demokratischen Kräftespiels in unserem Land gewissermassen exemplarisch».[412]

Wahlkampf an der Haustüre und in den Parteizeitungen

Im Aargau fochten bereits vor den 1990er-Jahren alle vier Bundesratsparteien um die Gunst der Wählerinnen und Wähler – anders als in den reformierten Nachbarkantonen Zürich und Bern (wo die CVP praktisch bedeutungslos war) sowie den vom Gegensatz zwischen Konservativen und Liberalen geprägten katholischen Kantonen Luzern und Solothurn (ohne SVP).[413] Die regionalen Ungleichgewichte ergaben insgesamt eine Parteistruktur, die derjenigen auf nationaler Ebene ähnelte.[414] Die Parteien mobilisierten in ihren eigenen Milieus und mit traditionellen Methoden: «Es ist sicher, dass die vor Jahrzehnten geübte und ausgebaute Hausagitation […] durch nichts anderes ersetzt werden kann», so der sozialdemokratische Arbeiterführer Arthur Schmid sen. im Jahr 1957.[415] Zeitweise gab es Wahlgeplänkel mit Flugblättern, die zur Nichtwahl einzelner Kandidaten aufforderten, es gingen Aufrufe für gemeinsame Kandidaturen der Bürgerlichen in einzelnen Bezirken aufgrund regionaler Vertretungsansprüche «vergessen», oder es wurden in letzter Minute Gegenkandidaten mit gleichlautendem Nachnamen aufgestellt, um ungültige Stimmabgaben zu provozieren.[416] Die CVP betrieb besonders in den sogenannten Diasporabezirken mit reformierter Mehrheitsbevölkerung wie Lenzburg Wahlkampf «von Mann zu Mann» und trat ab 1947 mit Plakaten, ab 1957 mit Porträtfotos ihrer Kandidaten auf.[417]

Bei Gesamterneuerungswahlen für den Regierungsrat traten die Parteien mit gemeinsamen Wahlvorschlägen auf. Wie in anderen Kantonen wurde die politische Stabilität nicht durch Angriffe auf die Sitze anderer grosser Parteien infrage gestellt. Die Parteizeitungen diffamierten wilde Kandidaturen. So unterstützte die SP 1969 nicht den ihr politisch näherstehenden Team-67-Kandidaten, sondern mit Jörg Ursprung einen Oberrichter und Kavallerieobersten der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei.[418] Teils entstanden regionale parteiinterne Splitterlisten, besonders im Freiamt, wo sich aufgrund der Dominanz der konservativen Bauern ein christlichsozialer Arbeitnehmerflügel Gehör verschaffen wollte. In Brugg trat 1985 etwa auch die freisinnige Stadtpartei mit einer eigenen Liste an, weil sie sich gegenüber den Landgemeinden nicht genug repräsentiert fühlte.

Abstimmungskämpfe verändern sich

In den 1960er-Jahren nahmen Wahl- und Abstimmungsdynamiken im Gefolge der durch Bevölkerungswachstum und Wertewandel geprägten Auflösung parteipolitischer Milieus zu. Beobachter stellten einen «kostspieligen Propagandaeinsatz» einzelner Politiker fest.[419] Auch die Methoden des Wahlkampfs veränderten sich. Parteiversammlungen zur inneren Mobilisation wurden durch zwischenparteiliche Themenhearings ergänzt, wie sie das Team 67 aus den USA in den Aargau brachte. Diese zielten auf eine parteipolitisch nicht mehr fix gebundene Wählerschaft. Veranstaltungen in den Orts- und Bezirksparteien blieben aber wichtig, etwa bei der BGB.[420] Die Zeitungen bildeten immer noch eine zentrale Klammer für die Versorgung der Wählerschaft mit politischen Botschaften (siehe «Medien», S. 277).

Auch die Abstimmungskämpfe veränderten sich. Sie wurden nicht kontroverser geführt, sondern waren von teilweise überraschenden Vetoentscheiden der Stimmberechtigten besonders bei Finanzierungsbeschlüssen geprägt. In den 1960er-Jahren wurden einige Finanzierungsvorlagen im Strassenbau, beim Zivilschutz oder, gleich zweimal, die Kredite zur Landesausstellung von 1964 abgelehnt, obwohl von den etablierten politischen Kräften keinerlei Opposition laut geworden war. Dies führte zu einem veritablen Katzenjammer bei Behörden und Meinungsmachern. Das «helvetische Malaise» (Max Imboden, 1915–1969), eine Kapitulation der politischen Auseinandersetzung vor den technokratischen Sachzwängen, wurde auch für den Aargau diagnostiziert.[421] Die «Aargauer Blätter», eine Beilage des *Badener Tagblatts* mit überregionaler Ausstrahlung, taten sich dabei mit Anregungen für die politische Belebung besonders hervor: Unter der Ägide des Publizisten Werner Geissberger (1921–1986) wurde ein Ideenwettbewerb zum Aargauer Expo-Beitrag organisiert. Ende der 1960er-Jahre wurde für das Kulturgesetz ein «riesiger Propagandarummel in nie vorher gesehenem Ausmass» realisiert: Jugendverbände und kulturelle Vereine tourten auf einer Sternfahrt durch den Kanton nach Windisch, um für das neue Kulturgesetz zu werben, das dann auch relativ deutlich angenommen wurde (siehe «Kultur», S. 488).[422]

Politik wird zum – teuren – Produkt

Die Wahlkampfbudgets stiegen im Laufe der Jahrzehnte – auch teuerungsbereinigt – deutlich an. Für den Stichentscheid in einer Ständeratswahl gab die CVP-Kantonalpartei 1963 8000 Franken aus. Für einen Nationalratswahlkampf von 1967 lag das Budget bei 30 000 Franken.[423] Der Regierungsratswahlkampf für die SP-Doppelkandidatur 1969 wurde mit 50 000 Franken gedeckt. 1977 gaben die Kantonalparteien für den Gross- und Regierungsratswahlkampf zwischen 20 000 (CVP) und 60 000 Franken aus (FDP und SP); die (teils höheren) Ausgaben der Bezirksparteien sind dabei nicht miteingerechnet.[424] Zwei Jahrzehnte später, für den Nationalratswahlkampf 1995, lagen die Gesamtkosten aller Aargauer Parteien bei 1,4 Millionen Franken – gleich hoch wie im Kanton Bern und weniger als

184 Abstimmung in Bottenwil bei Zofingen mit einer mobilen Abstimmungsurne, 1965. Frauen konnten im Aargau seit Beginn der 1960er-Jahre an Sachfragen der reformierten Landeskirche teilnehmen und erhielten 1971 das Stimmrecht auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene.

185 Der Sozialdemokrat Louis Lang (1921–2001), Präsident der grossrätlichen Parlamentarischen Untersuchungskommission im Kontext der Justizaffäre, wurde 1969 in den Regierungsrat gewählt. Die SP konnte den zweiten Regierungsratssitz bis zu Langs Rücktritt 1985 halten und verlor ihn danach wieder an die FDP.

186 Der CVP-Regierungsrat Paul Hausherr (1901–1987) trat 1964 nach einer Justizaffäre nicht mehr zur Wiederwahl an. Die Auseinandersetzung um den Verkauf eines Hotels in Baden, bei der dem Regierungsrat ungetreue Geschäftsführung vorgeworfen wurde, trieb die Einführung der Aargauer Verwaltungsgerichtsbarkeit voran.

187 Impression des Grossratswahlkampfs mit Plakaten in Rombach, 2001. Die eingesetzten Finanzmittel für Wahlen stiegen teuerungsbereinigt auch im Kanton Aargau massiv an – von einigen 10 000 Franken bei den grossen Parteien in den 1970er-Jahren auf höhere sechsstellige Beiträge um das Jahr 2000.

Bürger-Blatt

Kritisches Magazin für den Aargau

85% der Stimm-berechtigten wählten sie nicht!.. und jetzt die Grossratswahlen?

Artikel auf Seite 4 lesen

188 Frontseite des linksalternativen «Bürgerblatts», 1981. Die niedrige Beteiligung besonders bei kantonalen Wahlen und Abstimmungen wurde als politisches Malaise zunehmend zum Thema und konnte von ausserparlamentarischen Gruppen aufgegriffen werden.

ein Drittel von jenen im Kanton Zürich.[425] Dieses Wachstum spiegelt den Wandel in der politischen Kommunikation zwischen Parteien und Bevölkerung nach der Auflösung der sozialen Milieus wider, die für engen Kontakt zwischen Wählern und Politikern gesorgt hatten. Politische Programme und Köpfe mussten fortan einem parteiungebundenen Publikum verkauft werden.

Justizaffäre treibt die Modernisierung der Aargauer Verwaltung voran

Auch Freisinnige wie der Regierungsrat Kurt Kim konstatierten Mitte der 1960er-Jahre eine «politische Krise» der staatlichen Institutionen, die dem beschleunigten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel nicht mehr gewachsen waren.[426] Die strukturellen Probleme der kantonalen Verwaltung traten mit der ersten Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) im Aargau in eine akute Phase. Ausgangspunkt war ein Konflikt um den Grundbucheintrag beim Verkauf des Hotels Engel in Baden. Ein freisinniger Grossrat warf der kantonalen Justizdirektion und dem Regierungsrat Rechtsbeugung, Missachtung von Verfahrensvorschriften und behördlich organisiertes Unrecht vor.

Der katholisch-konservative Justizdirektor Paul Hausherr (1901–1987) wehrte sich gegen diese Vorwürfe, die zunehmend in der öffentlichen Arena des Grossen Rates und der Presse ausgetragen wurden. Der Fall galt als «Schulbeispiel für die Notwendigkeit einer Verwaltungsgerichtsbarkeit, denn bei deren Vorliegen wäre er nicht passiert».[427] Als stossend wurde empfunden, dass öffentliche Organe, die Entscheide trafen – etwa die Departemente und vor allem der Regierungsrat selbst als oberste Verwaltungs- und Vollzugsbehörde –, zugleich als Beschwerdeinstanz fungierten, in weitem Mass damit Partei und Richter in eigener Sache waren. Vorstösse für ein Verwaltungsgericht waren seit den 1950er-Jahren vorgebracht worden, die Regierung liess sich aber lange Zeit mit einer Vorlage.[428] Die Justizaffäre beschleunigte diesen Prozess und stärkte die Gewaltentrennung.

Skandal führt zum Wechsel der Aargauer «Zauberformel»

Der PUK-Bericht entlastete den Justizdirektor von den konkreten Vorwürfen weitgehend.[429] Schwerwiegenden Mängeln in den amtlichen Beschwerdeverfahren sollte mit einer verstärkten parlamentarischen Kontrolle über Regierungsrat und Verwaltung begegnet werden.[430] In diesem Zusammenhang wurde, zur Entlastung der Regierung, auch die nicht realisierte Erweiterung des Gremiums auf sieben Mitglieder diskutiert (siehe «Staat», S. 166). Paul Hausherr verzichtete nach der Veröffentlichung des Berichts auf eine erneute Kandidatur als Regierungsrat. 1968 wurde die Verwaltungsgerichtsbarkeit per Volksbeschluss eingeführt, womit sich der Aargau unter die ersten Kantone der Schweiz einreihte (die ersten waren Zürich und Basel-Landschaft).[431]

Eine weitere Folge des Skandals war der Wechsel der «Zauberformel»: Nach einem «beispiellos harten» Wahlkampf mit drei Sprengkandidaten und einer Wahlbeteiligung der Aargauer Männer von 77 Prozent gelang Arthur Schmid jun. (1928–2023) der Wahlerfolg gegen den freisinnigen Kandidaten und Direktor der Strafanstalt Lenzburg, Ernst Burren (1916–2001), der von den Katholisch-Konservativen nicht unterstützt wurde. Damit war zum ersten Mal in der Geschichte des Kantons nur noch ein Freisinniger in der Regierung.[432] Bei den anschliessenden Grossratswahlen traten die Freisinnigen «als eigentliche Kampfpartei auf». Dies rief den Aargauer Gewerbeverband auf den Plan: Obwohl «parteipolitisch neutral», schrieb der Verband einen besorgten Brief an die Präsidenten der drei bürgerlichen Parteien und beschwor darin die «geschlossene bürgerliche Einigung zugunsten von Fortschritt und vaterländischer Politik».[433] 1969 wurde schliesslich der ehemalige Präsident der PUK, Louis Lang (Turgi, 1921–2001), in die Regierung gewählt und damit der zweite sozialdemokratische Regierungssitz für knapp zwei Jahrzehnte bestätigt.

1970 bis 1990: Die neuen sozialen Bewegungen werden auch im Aargau aktiv

In den 1970er-Jahren weitete sich das Feld der politischen Gruppierungen aus. 1973 traten fast 2000 Kandidierende für 400 Sitze in Grossrat und Verfassungsrat an. 15 Gruppierungen bewarben sich um Sitze, was als «späte Frucht einer jahrelangen Aargauer Konkordanzpolitik» gewertet wurde, die keine wirkliche Opposition habe aufkommen lassen.[434] Der Wandel der öffentlichen Foren belebte auch das Aargauer Parlament: Der Umfang der Diskussionsprotokolle des Grossen Rates nahm ab den 1970er-Jahren stetig zu. Der gesellschaftliche Aufbruch hatte schon früher begonnen und zeichnete sich etwa in der Auflösung der konfessionellen Vereinskultur ab. Nicht nur, aber besonders Jugendliche orientierten sich an neuen Vorbildern aus der internationalen Popkultur und wandten sich von der kollektiv vorgegebenen Lebensgestaltung im Zeichen dörflicher Geschlossenheit ab – auch im ländlich geprägten Aargau (siehe «Jugendkultur», S. 464).

Neue Linke spricht Jugendliche an

Die neuen sozialen Bewegungen wurden zu eigentlichen Kristallisationspunkten der Opposition und brachten Unruhe ins etablierte Parteiensystem.[435] Als «68er-Bewegung» am Ende einer jahrzehntelangen Hochkonjunktur entstanden heterogene Umwelt-, Frauen- und Solidaritätsgruppen etwa für Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter oder für Gerechtigkeit gegenüber der Dritten Welt. Aber auch die jungen Anti-1968er der «Neuen Rechten» traten hervor. In diese gesellschaftliche Gärung, die nicht zuletzt vom Durchbruch des neuen Massenmediums Fernsehen verstärkt wurde, fielen auch die politischen Protestbewegungen in den urbanen Zentren rund um den Aargau. Was für die spätere 80er-Bewegung galt, zählte auch schon ein Jahr-

Eine Aargauer Eigenheit: das linksliberale Team 67

Das Team 67 entstand aus einem Generationenkonflikt zwischen der etablierten freisinnigen Parteielite und jungen Ingenieuren und Akademikern. Die Freisinnigen begegneten dem Team zunächst mit «wohlwollender Neutralität», denn das Programm eines «leistungsfähigen und transparenten Staats» mit grösserer Bürgerbeteiligung und Mitarbeit der jüngeren Generation nahm anerkannte Ziele auf.[1] «Das Team der Fachleute wird zum Vordenker der Politiker: heller, schneller, rationeller.»[2] Der gesellschaftliche Aufbruch und die Jugendrevolten von 1968 trieben das Team 67 rasch nach links. Zuvor «ein Stachel im Fleisch der Freisinnigen», kam nun der Bruch.[3] Zwei Tagungen auf Schloss Lenzburg und in Zofingen 1968 und 1969, die allerdings auf nationaler Ebene kaum Folgen hatten, strebten eine schweizweite Vernetzung verschiedenster Oppositionsgruppen an.[4] Die «Opposition der Aussenseiter» setzte sich zum Ziel, das erstarrte Kräftespiel der politisch Etablierten aufzubrechen und einen dritten, quasi wissenschaftlichen Weg zwischen «Konformismus» und «Nonkonformismus» anzubieten.[5] Das Spektrum reichte von bürgerlichen Erneuerungsgruppen über linkskatholische bis zu neomarxistischen Vertretern und sollte zur «Veränderung des geistigen Klimas in der Schweiz» beitragen.

Mit Forderungen nach einem Grundrecht auf Wohnen, Arbeit und Bildung, dem Kampf gegen Bodenspekulation und für die Mitbestimmung der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter sowie für eine Kantonalbank, die sich von der Finanzierung der «Verhüselung» des Aargaus distanzieren sollte, reihte sich das Team 67 später sogar links der SP ein. Diese «gedämpfte Radikalität nach Aargauer Art», so deren Vordenker Werner Geissberger, brachte aber Schwierigkeiten im Kontakt zum «kleinen Mann». Diesen suchte man mit neuen Werbemethoden wie Kabaretts oder öffentlichen Hearings zu gewinnen.[6] Der damalige Mittelschüler und spätere Journalist Hans Fahrländer bilanzierte: «FDP, das waren die Stieren, SP die Uncoolen, CVP die Katholiken: Wir konnten Team wählen. Sonst wären viele – bis sie selber uncool wurden – gar nie zur Urne gegangen.»

1971 hatte das Team 67 rund hundert aktive Mitglieder, vorwiegend Akademikerinnen und Akademiker. Die junge, urbane und von Fortschrittsoptimismus getragene Abspaltung vom Mainstream brachte auch profilierte Köpfe hervor, welche die Planungsunternehmen Infras und Metron aufbauten und der Infrastrukturpolitik im Aargau und in der Schweiz wesentliche Impulse gaben (siehe «Raumentwicklung», S. 66). Einige Team-67-Mitglieder wie Ursula Mauch (*1935) und Silvio Bircher (*1945) machten später bei der SP Karriere. 1977 zog sich das Team 67 aus der kantonalen Politik zurück – nicht zuletzt, weil der publizistische Flankenschutz durch das *Badener Tagblatt* verloren gegangen war.[7] Fortan konzentrierte sich die Gruppe auf die Arbeit im Badener Einwohnerrat.

1 Standpunkt. Politische Information für die Aargauer Freisinnigen, Nr. 3/April 1967, 4.
2 StAAG, Archiv Team 67, NL.-A-0212.0003/0004, «Ziele des Team 67», undatiert; StAAG, Archiv Team 67, NL.-A-0242.0003/0004, «Liberale Aargauer für eine andere Schweiz: Sozialpolitik», undatiert (Ende der 1960er-Jahre).
3 Team Baden 2017, 61ff., 69 und 73f.; Gespräch mit Hans-Peter Widmer, 2020.
4 Vgl. dazu Skenderovic, Späti 2012.
5 Aargauer Blätter, Nr. 84/September 1968.
6 Zit. Historisches Museum Baden 2018, 59.
7 Team Baden 2017, 74.

189 Geschlechterparität auf der Wahlliste des Team 67 bei den Nationalratswahlen, 1971. Im Bezirk Lenzburg wurde für die Grossratswahlen 1973, als Novum in der Schweizer Politik, eine reine Frauenliste aufgestellt.

190 Ein Busticket als Argument im Wahlkampf, 1985. Das Team 67 engagierte sich ab den 1980er-Jahren vor allem auf lokalpolitischer Ebene in der Region Baden.

zehnt zuvor: «Ein Drittel war politisch, ein Drittel kulturell interessiert, ein Drittel an Drogen.»[436]

Die neue Linke zeigte sich Ende der 1960er-Jahre auch im Aargau auf den Strassen. So war die Internationale der Kriegsdienstgegner mit Antikriegsflugblättern etwa im Umfeld der Aargauer Kasernen aktiv, was Bürgerliche im Grossen Rat zu hitzigen Reaktionen provozierte. Die armeekritische Stimmung zeigte sich in diesen Jahren auch bei der Aushebung: Rund jeder fünfte Aargauer Kantonsschüler wollte zur waffenlosen Sanität eingeteilt werden.[437] An den Aargauer Kantonsschulen und unter Lehrlingen bildeten sich Gruppen, die mehr Mitbestimmung einforderten:[438] «Popmusik, schicke Kleidung, Skiausrüstung, Stereoanlage – Wir ‹dürfen› lange Haare tragen, uns an Popfestivals berieseln lassen, durch progressive Haltung auffallen – doch dies sind Ablenkungsmanöver, die versuchen, dich von den Missständen im Lehrlingswesen abzulenken.»[439] Der Aargauer Arbeitgeberverband war über diese Zusammenkünfte informiert und richtete in seinem Mitteilungsblatt die Aufforderung an die Lehrlingsausbildner, mit den Jugendlichen über die «revolutionären Lehrlingsgruppen» zu sprechen, deren Ziele, Zusammensetzung und «Fernsteuerung» aufzuzeigen.[440]

Auf beiden Seiten des politischen Spektrums entwickelten sich im Kontext des Kalten Kriegs transnationale Bezüge. Junge Aktivistinnen und Aktivisten bezogen sich auf antikoloniale und antiimperiale Volksbewegungen von Algerien über Vietnam, Chile und Nicaragua und wollten mit den als verkrustet wahrgenommenen breiten Volksparteien nichts mehr zu tun haben. Die «Nachtgespräche mit Fidel», eine Auseinandersetzung der Badener Theatermacher Hansrudolf Twerenbold (*1939) und Walter Küng (*1952) mit der «Theologie der Befreiung» und mit Fidel Castro, feierten 1985/86 schweizweit Erfolge.[441]

Migranten werden auch ohne Stimmrecht politisch aktiv

Mit der transnationalen Arbeitsmigration hatte sich den linken Aktivistinnen und Aktivisten aber auch unmittelbar vor Ort ein politisches Feld geöffnet: Die boomende Aargauer Industrie hatte in der Nachkriegszeit viele Migrantinnen und Migranten ins Land gerufen (siehe «Demografie», S. 40). Die sogenannte Überfremdungsfrage spaltete die gesamte Bevölkerung, insbesondere aber die Arbeiter: 1970 stimmten 55 Prozent der Mitglieder des Gewerkschaftsbundes der Schwarzenbach-Initiative zu, die den Ausländeranteil massiv auf zehn Prozent pro Kanton reduzieren wollte. Als Grundsatzabstimmung über die Schweizer Identität im beschleunigten Wandel der Hochkonjunktur zwar knapp abgelehnt, folgten der Schwarzenbach-Initiative viele weitere Vorstösse zur Einschränkung der Migration. Die Ausländerpolitik führte zur Neustrukturierung der Parteienlandschaft besonders im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts und trug viel zum Aufstieg der SVP bei.

Die Vorgängerpartei der SVP, die BGB, war in den 1970er-Jahren eine Milieupartei im Umbruch, die sich wie die CVP und die FDP bei einem zentralen Thema, der Regelung des Ausländeranteils, von den Lösungsvorschlägen der Rechtsaussenparteien Nationale Aktion und Republikaner distanzierte: «Industriefeindliches Denken, Sorgen wegen der ‹Überkonjunktur› haben die ‹emotionelle Unruhe› gegenüber den Gastarbeitern auch in der Landwirtschaft bestärkt, die von den Früchten der Hochkonjunktur wenig profitiert hat.» Selbstkritisch gibt das Aargauer Parteiorgan *Neue Bürgerzeitung* 1970 zu bedenken, dass die Partei zu wenig getan habe, «um dem ‹Geist der Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz›, den die Initiative atme und der ihr in mehreren Kantonen zum Durchbruch verholfen habe, in den zustimmenden ländlichen Bezirken und bei der eigenen Klientel entgegenzutreten».[442]

Migrantinnen und Migranten nutzten aber auch zusehends die Vernetzung ihrer Community bei der Arbeit oder in Kultur-, Freizeit- und Sportvereinen, um konkreten Anliegen auf lokaler Ebene zum Durchbruch zu verhelfen – auch wenn das Ausländerstimmrecht auf kantonaler Ebene politisch chancenlos blieb (siehe «Staat», S. 156). So war die italienische Gemeinschaft in Wohlen in den 1970er-Jahren massgeblich am Bau einer Kinderkrippe beteiligt, die den italienischen Frauen die Arbeit in der Textilindustrie ermöglichte. Auch in Laufenburg, Gränichen und vielen weiteren Aargauer Industrieorten begannen zunächst die Italienerinnen und Italiener, das Dorfleben mitzugestalten und etwa mit Elternkomitees in der Schule Mitsprache einzufordern. Auch vonseiten der Behörden wurden nach der Ablehnung der Schwarzenbach-Initiative in den 1970er-Jahren zaghaft integrationspolitische Massnahmen gefördert, systematisch aber erst mit der Ankunft von Kriegsflüchtlingen und ihren Kindern aus Ex-Jugoslawien in den 1990er-Jahren.

Die neue Rechte nach der Schwarzenbach-Initiative

Eine knappe Mehrheit der Aargauer Männer lehnte die Schwarzenbach-Initiative zwar ab, aber gerade in Gebieten, die wie das Oberwynental von Kleinindustrie geprägt waren, erreichte sie eine klare Mehrheit – dies bei einem Wähleranteil der Sozialdemokraten von rund 45 Prozent in Reinach und den umliegenden, von der Tabakindustrie geprägten Dörfern. Debatten um die Ausländer- und später um die Asylpolitik prägten ländliche Aargauer Talschaften in ihrem Stimmverhalten: «Die SP war die Partei der Gewerkschaft, und die Wähler einte ein gemeinsames Interesse: der Arbeitsplatz im Tal. Trotzdem waren sie konservativ, mitunter auch fremdenfeindlich. Manch einer trug an jedem 1. Mai stolz den Gewerkschaftsbändel am Revers – und wählte doch SVP oder die Schweizer Demokraten.»[443]

Als Folge dieses brachliegenden politischen Potenzials organisierte sich 1971 auch im Aargau die Republikanische Bewegung James Schwarzenbachs (1911–1994) eigenständig neben der älteren rechten Nationalen Aktion. Diese Parteien schrieben sich den Kampf gegen «Betonisierung der Landschaft, Überfremdung und Übervölkerung, Vermassung, verantwortungsentfremdetes Herdendenken, Umweltverschmutzung jeglicher (auch geistiger) Art, Wohnungsnot» auf die Fahnen.[444] Das Konstrukt einer populistischen, auf den Partei-

gründer Schwarzenbach ausgerichteten Bewegung brach wegen Differenzen um die innerparteiliche Demokratie rasch auseinander. Bereits zwei Jahre später spaltete sich der Aargauer Kantonalvorstand ab, dessen Protagonisten danach durch James Schwarzenbach direkt abgesetzt wurden.[445] «Die Republikaner hatten ein Obmannsystem, James Schwarzenbach wollte alles durchdrücken, deshalb habe ich mich von ihm distanziert», so dessen früherer Mitstreiter, der Lehrer und Schriftsteller Pirmin Meier (*1947) aus Würenlingen. Vorher war Schwarzenbach «für uns Jungrechte eine Orientierungsgrösse» gewesen.[446]

Neben den Republikanern erreichte die Nationale Aktion (später umbenannt in Schweizer Demokraten) mit ihrem nationalistisch-sozialökologischen Oppositionsprofil – nebst dem Kampf gegen Überfremdung waren unter anderem ein gesetzlicher Mindestlohn und eine ökologische Motorfahrzeugsteuer Postulate – in den 1970er-Jahren deutlich über fünf Wählerprozente und konnte sich mit dem Badener Dragan Najman (*1936, 29 Jahre lang Grossrat) bis 2013 im Parlament halten.

Linke zwischen Fortschrittsglauben und Wachstumsskepsis

Als Arbeiterpartei hatte die SP in den 1950er- und 1960er-Jahren zunächst noch vom Bevölkerungszuwachs und von der industriellen Modernisierung des Aargaus profitiert. Aufmärsche im Amphitheater Windisch mit mehreren Tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmern unterstrichen die Mobilisierungskraft der Arbeiterbewegung.[447] Ab Mitte der 1960er- und verstärkt in den 1970er-Jahren kehrte sich dieser Aufwärtstrend ins Gegenteil: Alte und neue Splitterparteien in der Mitte und am rechten Rand nahmen sich des Wählerspektrums der Sozialdemokraten an. Für die erste Aargauer Regierungsratskandidatin der Sozialdemokraten, Ursula Mauch, war es «das grosse Drama: die Arbeiterschicht der Partei brach weg und wurde oft durch nicht stimmberechtigte Ausländerinnen und Ausländer ersetzt. Deshalb mussten wir eine Politik machen nicht nur für eine Schicht».[448]

Die SP wurde vom sozialen Wandel am stärksten getroffen. Die in der Partei dominierende gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, skeptisch gegenüber Migration und überzeugt vom technologischen Fortschritt, wurde von jüngeren Parteimitgliedern herausgefordert. Diese lehnten die Atomenergie ab, stellten im Kontext der Wachstumsdebatte, die vom Bericht des Club of Rome über «Die Grenzen des Wachstums» 1972 ausgelöst wurde, Grosstechnologien infrage und wollten sich den neuen sozialen Bewegungen öffnen. Die gewerkschaftliche Parteispitze reagierte unmissverständlich: «Wir brauchen keine geistige Bereicherung durch Jungakademiker.»[449] Die Gewerkschaften wollten in der Rezession Verhandlungspartner der Wirtschaft sein und dementsprechend realistische Forderungen aufstellen, nachdem im SP-Wahlmanifest von 1973 noch die «Verfügungsgewalt des ganzen Volkes über Boden, Kapital und Produktion mittels Demokratisierung aller Lebensbereiche» gefordert worden war.[450] Konkret hatten sich die Sozialdemokraten mittels einer Initiative für eine Reichtumssteuer eingesetzt, die zwar deutlich Schiffbruch erlitt, bei der aber die «unterschiedlich gelagerten Interessen so klar zum Ausdruck kamen und so intensiv diskutiert» worden seien wie kaum etwas in den letzten zwanzig Jahren.[451]

Die Gretchenfrage: Ja oder Nein zu Atomkraftwerken?

Die innerparteiliche Zerreissprobe zeigte sich in erster Linie am Gegensatz zwischen ungebrochenem Fortschrittsglauben der Arbeiterschaft und Wachstumsskepsis ökologisch sensibilisierter neuer sozialer Schichten. Dieser Gegensatz wurde durch den Wirtschaftsabschwung nach 1974 verschärft. Ein Beispiel dafür ist die Haltung des SP-«Volkstribuns» und Aargauer Gewerkschaftspräsidenten Heinrich Buchbinder (1919–1999): Als internationaler Abrüstungsaktivist war Buchbinder Kritiker der Schweizer Atombombenpläne in den 1950er-Jahren und wurde vom Staatsschutz überwacht. Er trat aber auch konsequent für die zivile Nutzung der Atomenergie ein: «Heiris Argumentation war: ‹Jetzt, wo die Arbeiter endlich günstigen und reichlich Strom haben, sollen sie darauf verzichten?›», so Ursula Mauch.[452]

Im Wahlmanifest von 1977 wird die Atomenergie, im Umfeld der Auseinandersetzungen um die AKW Kaiseraugst und Gösgen, parteiintern mehr und mehr zur Gretchenfrage: «In dieser Frage herrscht in der SP Aargau eine Meinungsvielfalt.»[453] Fünf Jahre später war eine Mehrheit der Partei für einen Verzicht auf weitere Atomkraftwerke.[454] An der Atomenergie kristallisierte sich auch ein gesellschaftlicher Konflikt mit teilweise linksrevolutionären Splittergruppen. Diese waren bei der Besetzung des AKW-Geländes in Kaiseraugst wichtig und konnten aufgrund der dominierenden gesellschaftlichen Rolle, die diese Debatte angenommen hatte, die SP auch in anderen Fragen unter Druck setzen.[455]

Neue Oppositionsgruppierungen am linken Rand

Soziale Bewegungen, besonders die Anti-AKW-Bewegung der 1970er-Jahre, boten auch im Aargau ein kleines Potenzial für Gruppierungen ausserhalb der SP. 1971 wurde die Sozialistische Basis Aargau gegründet, in der sich verschiedene Gruppen von Aktivistinnen und Aktivisten vereinigten. Die Revolutionäre Marxistische Liga (RML) trat mit einer Sektion in Baden auf, die sich später zur Sozialistischen Basis Aargau/Solothurn zusammenschloss und sich 1980 schliesslich in Sozialistische Arbeiterpartei umbenannte. Getragen wurde diese Strömung von Mittelschülerinnen, Lehrlingen und Studierenden. Im Fricktal entstand aus der Besetzung des AKW-Geländes in Kaiseraugst heraus eine Sektion der Progressiven Organisationen Schweiz.[456] Der Krise der revolutionären Hoffnungen sollte mit der verstärkt lokalen Ausrichtung auf Initiativprojekte und Wahlen begegnet werden. Alternativen und Forderungen sollten auf die kantonalen Verhältnisse hin konkretisiert werden – aber auch in der «Aufbauarbeit» in und vor den Fabriktoren, der Politisierung der Arbeiterinnen und Arbeiter.[457]

aargauer blätter

September 1968 Nr. 54

Sondernummer:
«Plädoyer für den kritischen Patrioten»
Ein Bericht über die Gespräche auf der Lenzburg zum Thema: «Hat die Opposition der Außenseiter einen Sinn?»

Opposition der Aussenseiter

Diese Nummer der «Aargauer Blätter» dient der gründlichen Information und der Dokumentation. Hier wird auf Grund der Tonbandaufnahme die erste schweizerische Tagung oppositioneller Aussenseiter nachgezeichnet.
Diese Zusammenkunft, zu welcher das TEAM 67 auf den 24. August 1968 zwanzig politisierende Aussenseiter-Gruppen eingeladen hatte, bedeutet in unserer Sicht einen verheissungsvollen Aufakt. Denn eine Voraussetzung für eine Erneuerung unseres Staates wäre eine Veränderung des geistigen Klimas. Wenn wir unsere Situation im Kräftespiel einer sich wandelnden Welt richtig einschätzen wollen, dann muss das übliche Ritual schmeichelnder Selbstbespiegelung und selbstverständlicher Selbstzufriedenheit einer kritischen Selbstbesinnung und Selbsterkenntnis weichen. Um die Veränderungen der politischen und gesellschaftlichen Strukturen zu erkennen, hat an Stelle überlieferter Vorstellungen und Vorurteile die politische Analyse zu treten. Nur wer sich den Staat anders denken kann, als er ist, vermag Vorschläge zur Verbesserung und Erneuerung der politischen Institutionen auszuarbeiten.
Das TEAM 67 hatte diese Tagung oppositioneller Aussenseiter schon im vergangenen Frühjahr vorbereitet, also längst bevor die Zürcher Unruhen auch jenen die Augen öffneten, die in ihrem Glauben an den «Sonderfall Schweiz» unser Land für ein wohlbehütetes Idyll hielten. Doch geistige Bewegungen überspringen die Grenzpfähle. Und die Dritte Welt mag geographisch fernab in Afrika und Südamerika liegen, in der politischen Wirklichkeit steht sie da draussen vor der Tür. Und sie wird die Schweizer, von denen 77 Prozent (Umfrage des Marktforschungsinstitutes Publitest) die Inlandpreise und die Mieten als wichtigstes Problem des Landes betrachten, unsanft aufrütteln.
Ein Staat, der unter der Glasglocke lebt, wird geistig verarmen und politisch überaltet werden. Das Gespräch der Aussenseiter auf Schloss Lenzburg war ein Versuch, diese Glasglocke wegzuschieben oder gar zu zerschlagen, das «Konservenatmosphäre aufzubrechen», wie sich der vorsichtige Klaus Schädelin ausdrückte.

191 Tagung der Schweizer Opposition 1968 auf der Lenzburg. Vom Team 67 organisiert, traf sich ein breites Spektrum von linksbürgerlichen, marxistischen und linkskatholischen «nonkonformistischen» Gruppierungen zum Meinungsaustausch. Die «Aargauer Blätter», eine Beilage des *Badener Tagblatts*, berichteten umfassend über diese Tagung.

192 Protest bei der BBC/ABB in Baden nach dem angekündigten Stellenabbau, 1988. Die Sozialdemokratie war im Aargau stark gewerkschaftlich geprägt. Dies führte mit dem Aufkommen der wachstumskritischen ökologischen Bewegungen und wegen Wahlverlusten zu innerparteilichen Spannungen.

193 Strassentheater zu Flucht und Migration in Baden am Flüchtlingstag, 1990. Aktivistinnen der Dritte-Welt-Gruppe Baden stellten einen Bezug her zwischen der Schweizer Armutsauswanderung im 19. Jahrhundert und Flüchtlingen aus Sri Lanka, die in den 1980er-Jahren vor dem dortigen Bürgerkrieg in die Schweiz flohen.

Zu diesem Verkommnis kann man 2 Fragen stellen:

1. Was ist Firmentreue heute noch wert?
2. Was gilt der Schweizer Arbeiter noch in seinem Vaterland?

Die langjährigen Dienste eines Arbeitnehmers der Dauer des Dienstverhältnisses und der Leistung nach gebührend zu würdigen, kann man einen Arbeitgeber – leider – nicht zwingen, das sollte selbstverständlich sein. Aber den Schutz des schweizerischen Arbeitnehmers vor ungerechtfertigten Kündigungen, wie die oben angeführten, soll der Artikel 69 quater I d der Überfremdungsinitiative gewährleisten:

d. Der Bundesrat sorgt dafür, dass keine Schweizerbürger wegen Rationalisierungs- oder Einschränkungsmassnahmen entlassen werden dürfen, solange im gleichen Betrieb und in der gleichen Berufskategorie Ausländer arbeiten.

Diese **alarmierenden Vorkommnisse** zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, was uns die nächste Zukunft bringen wird, wenn der weiter zunehmenden Überfremdung, sowohl bevölkerungsmässig wie auch wirtschaftlich, nicht Halt geboten wird:

- weitere Verschärfung der Wohnungsnot
- «Amerikanisierung» der Wirtschaft (Degradierung des Arbeitnehmers zum blossen Produktionsmittel, keine persönliche Beziehung mehr zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer)
- lawinenartiges Anwachsen der Schulprobleme. Es müssen neue Schulhäuser gebaut, viele neue Lehrkräfte ausgebildet werden und das alles innert kurzer Zeit. Da jedoch weder das eine noch das andere mit der Zunahme der Ausländerkinder Schritt halten kann, resultieren daraus Vergrösserung der Klassenbestände, Erschwerung des Unterrichts, Absinken des Ausbildungsniveaus.

Schweizerinnen und Schweizer,

Diese Tatsachen lassen sich nicht wegdiskutieren. Auch Sie können morgen das Opfer dieser kurzsichtigen Politik werden!

Helfen Sie, den Ausverkauf und die Selbstaufgabe der Heimat zu stoppen!

Unterstützen Sie uns mit einem finanziellen Beitrag oder noch besser, treten Sie der «Nationalen Aktion» als Mitglied bei!

Und noch etwas: Vergessen Sie nicht, wo immer sich Gelegenheit bietet, **für** das Volksbegehren gegen die Überfremdung zu werben! Aufklärungsschriften und Propagandamaterial stehen zur Verfügung.

NATIONALE Aktion gegen die Überfremdung
Sektion Aargau, Postfach 0, 5001 Aarau
Postscheckkonto 80 - 3270 Zürich

Fisler-Druck AG Aarau

3 Beispiele aus dem Aargau zur Ueberfremdung, welche für sich selber sprechen!

Verzweiflung und Angst an der Berninastrasse

In Wettingen erhielten am Silvesterabend um 17 Uhr zehn Mieter die Kündigung ihrer Wohnung per Express zugestellt. – Grosser Schock für die zum Teil über 80jährigen Betroffenen – BT versucht zu vermitteln. (Berner Tagblatt vom 2. 1. 70)

Und der Grund der Kündigungen: ein ausserkantonaler Baumeister erhielt einen Arbeitsauftrag für den Geleisebau beim neuen Rangierbahnhof Killwangen und benötigt die Wohnungen für seine Gastarbeiter. Da diese im Sommer nachts arbeiten müssten, könne ihnen nicht zugemutet werden, während des Tages in heissen Baracken zu schlafen!
Aber 80jährigen, langjährigen Mietern mutet man einen Wohnungswechsel zu!

Jugendüberfremdung

Nach Erhebungen des kant. Erziehungsdepartementes sind folgende Prozentsätze an **Ausländerkindern** ermittelt worden:

Altersgruppe	Prozente
bis 5 Jahre	21
5 bis 10 Jahre	19
10 bis 16 Jahre	10

Auch diese Zahlen sprechen eine deutliche, ja allzudeutliche Sprache. Was da an Schul-, Finanz- und anderen Problemen auf uns zurollt, kann man sich bis in die letzten Konsequenzen kaum vorstellen! Aber leider ist soviel gewiss, dass uns diejenigen, welche uns diese dicke Suppe eingebrockt haben, das Ausbaden dem Volk überlassen!

Arbeiterentlassungen in Brugg

In der Firma Simmen, Möbelfabrik, wurde wegen Aufgabe der Polsterabteilung zehn Männern und Frauen gekündigt. Die Betroffenen waren gezwungen, innerhalb von 2 Monaten eine andere Stelle zu suchen, obschon ihnen zugesichert worden war, ihre Arbeitsplätze seien gesichert. Unter den Betroffenen befinden sich Mitarbeiter, welche über 60 Jahre alt sind und z. Teil über 40 Dienstjahre auf dem Buckel haben! Die Entlassenen, **alles Schweizer,** empfinden es als besonders gemein, dass kein einziger Fremdarbeiter entlassen wurde! Wahrscheinlich weil man **Gast**-Arbeiter nicht entlässt.

194 Flyer der Nationalen Aktion Aargau vor der Abstimmung zur Schwarzenbach-Initiative, 1970. Mit der vermeintlichen Verdrängung von Einheimischen durch Zugewanderte auf dem Wohnungs- oder Arbeitsmarkt wurde Stimmung gemacht und Ängste geschürt.

Auch dies gelang aber erst einer nachfolgenden Generation lokal organisierter Oppositionsgruppierungen, die sich in den 1980er-Jahren unter dem Dach der Grünen sammelten.

Kaiseraugst – die Wende in der Schweizer Energiepolitik

Der zivile Ungehorsam einer breiten Volksbewegung verhinderte letztlich den Bau des Atomkraftwerks Kaiseraugst. In den 1950er- und 1960er-Jahren war die zivile Nutzung der Atomenergie noch weitgehend unbestritten gewesen: Die kostengünstige Energie sollte den wachsenden Strombedarf decken. Die Atomkraftwerke brachten etwa dem unteren Aaretal nach dem Bau und der Eröffnung der Beznauer Kernkraftwerke I und II (sowie später Leibstadt) neue attraktive Arbeitsplätze. Das Vertrauen in die amerikanische Technologie war ungebrochen, und auch umweltpolitisch sollten die Atomkraftwerke einer weiteren Verbauung der Flüsse durch Wasserkraftwerke oder der Luftverschmutzung durch geplante öl- und gasthermische Kraftwerke vorbeugen (siehe «Wirtschaft», S. 359). «Es wurden zwar die gleichen Fragen etwa nach der Entsorgung des radioaktiven Abfalls gestellt, aber immer vor dem Hintergrund der Machbarkeit, nicht der Gefährlichkeit», so der langjährige Informationsbeauftragte des AKW Leibstadt, der Döttinger Leo Erne (*1942).[458]

Grenzen der lokalen Mitsprache bei Grossprojekten

Rudolf Sontheim (1916–2007), Chef der Reaktor AG und Verwaltungsratsdelegierter der BBC, bestätigte rückblickend: «Wir bekamen jegliche Form der Unterstützung von Bund, Kantonen und Gemeinden, von allen technischen Verbänden und der Presse.»[459] Diese anfängliche Euphorie wich Ende der 1960er-Jahre der Ernüchterung und schlug in den 1970er-Jahren in teils heftigen Widerstand um: Die Atomenergie wurde zum Symbol einer in Fragen des gesellschaftlichen Wachstumszwangs und technologiegetriebenen Fortschritts «gespaltenen Gesellschaft».[460]

In Kaiseraugst entschieden sich die Stimmbürger an der Gemeindeversammlung zunächst für das Atomkraftwerk.[461] Nachdem der Bundesrat 1971 allerdings die Flusswasserkühlung verboten hatte und deshalb Kühltürme als Kühlvorrichtungen des Reaktors geplant wurden, wuchs die zunehmend regionale, kantons- und länderübergreifende Gegnerschaft an: 1972 verwarf die Mehrheit der Kaiseraugster Stimmenden in einer geheimen konsultativen Abstimmung den Bau des Atomkraftwerks, worauf der Gemeinderat die Baubewilligung zurückzog.[462] Der Aargauer Regierungsrat sowie das Verwaltungs- und das Bundesgericht kippten diesen Entschied und zeigten damit die Grenzen der gesetzlich seit den 1950er-Jahren festgelegten Mitbestimmungsrechte der Bevölkerung bei grossen Infrastrukturprojekten auf. Damit fand der rund zehnjährige Bewilligungsprozess ein Ende: Das Atomkraftwerk sollte gebaut werden.

Aernschd Born (*1949),
Ballade von Kaiseraugst, 1975

[…]
Si hän aagno, mir wurde so blind wie si
sunsch sin für uns, de Behörde vertraue
Und die hän verzellt, do dra gäbs nüt me
zrüttle, mir durfte die Gsetz nit verletze
Doch e paar hän sich gseit, das lön mir is nit
gfalle, sin am 1. April go bsetze

Si sin vor d Laschtwäge ghoggt und hän zältlet dört us
S het zwor Pflutter gha, Rägen und Schnee
Doch Buure hän Holz brocht und jede Dag
Milch
Und ko bsetze sin immer meh

Es sin hunderti ko, s het e Dorf gä dört us
In dr ganze Region hän is Lyt unterschtützt
Und jetz müen d Behörde verhandle mit uns
Me gseht, was mer gmacht hän het gnützt
Bis jetz
Drum, wem mer en eigeni Meinig hän
Als die, won is öppis befähle wän
Und wem mir öppis erreiche wän
Schaffe mer eins, zwei, vyli Kaiseraugscht.[463]

Besetzung des AKW-Geländes in Kaiseraugst

Während in der Region Baden und im unteren Aaretal die Nuklear- und Elektrowirtschaft den Strukturwandel einer ganzen Region beförderte und deshalb kaum Widerstand aufkeimte – auch später nicht beim Bau des AKW Leibstadt –, präsentierte sich die Situation in Kaiseraugst vor den Toren Basels anders. Das 1970 gegründete «Nordwestschweizerische Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke» und die sich 1973 formierende «Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst» bekamen die Unterstützung breiter, auch bürgerlicher Kreise. Ökologische und regionalpolitische Bedenken verschränkten sich mit Unmut gegenüber den politisch-rechtlichen Vorgaben des Bundes zur Realisierung der AKW-Grossprojekte, ähnlich auch im benachbarten Gösgen auf Solothurner Boden.[464] Die beiden Basler Halbkantone wendeten sich gegen den Bau des Atomkraftwerks.

Im April 1975 zogen rund 150 Besetzerinnen und Besetzer in einer in der Basler Presse angekündigten Aktion auf das Baugelände. An einem regnerischen Sonntag versammelten sich rund 15 000 Personen, Familien, Bauern aus der Region, Demonstrierende aus der ganzen Schweiz. Die täglichen Vollversammlungen im Hüttendorf brachten Entscheidungen über den Fortgang der Besetzung in direktdemokratischen Prozessen, wie sie die Schweiz noch nie gesehen hatte. Im Grossen Rat meinte Landammann Bruno Hunziker (1930–2000): «Wo kommen wir hin, wenn ein Rechtsstaat allein schon dann ausser Kraft gesetzt wird, wenn genügend viele Leute sich zu einer derartigen – soweit es die Besetzer sind – rechtswidrigen Handlung zusammenscharen?» An die Adresse jener, die ein hartes Durchgreifen forderten, wendete sich Hunziker aber auch: Es sei nicht «so einfach, die

gesamte Aargauische Polizei auf dieses Gelände zu befehlen und eine kurze, vielleicht von gewissen Leuten als Ausdruck des Mutes empfundene Räumung durchzusetzen». Es gehe um Fragen von immenser Tragweite, «wie wir sie vermutlich in den letzten Jahrzehnten nie zu lösen hatten».[465]

Linke Aktivistinnen und Aktivisten agitierten intensiv und spielten in und neben der «Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst» eine wichtige Rolle.[466] «Erst die andauernde Besetzung ermöglichte die Verbreiterung der Bewegung, die grosse Solidarisierung gab uns das Pfand in die Hand, um das notwendige Kräfteverhältnis zu schaffen.» Das alternativ-kulturelle Besetzerdorf sei nicht nur Symbol, sondern auch Ort der offenen Konfrontation gewesen, meinen zwei Protagonisten der Besetzerbewegung im Rückblick.[467]

Der Aargau stimmt weiter atomfreundlich

Ein riesiges Medienecho hob die Auseinandersetzung auf die nationale Ebene und konfrontierte den zuständigen SP-Bundesrat Willi Ritschard (1918–1983) mit einem Baustopp als Voraussetzung für den Abbruch der Besetzung. So wurde die äusserste Konfrontation mittels einer polizeilichen Räumung umgangen. Die elfwöchige Aktion brachte nebst der Atomenergie auch die direktdemokratischen Handlungsspielräume im Rechtsstaat in eine breite und zusehends konfrontativ geführte Debatte ein. In Kaiseraugst sei es Systemveränderern und Extremisten gelungen, «einen grossen Teil der Bevölkerung in ihren latenten Ängsten aufzuhetzen und deshalb zu illegalen Aktionen zu provozieren», so der Präsident der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG und Aargauer FDP-Nationalrat Ulrich Fischer (*1940).[468]

Obwohl eine Besetzung der Zufahrtswege beim Bau des AKW Gösgen 1977 von einem massiven Polizeiaufgebot vereitelt wurde, bildeten die Ereignisse in Kaiseraugst einen Wendepunkt.[469] Der Besetzerplatz in Kaiseraugst war zu einem Kristallisationspunkt gesellschaftlicher Debatten nicht nur über die Abwägung von Nutzen und Risiken der Atomenergie, sondern auch über rechtsstaatliche Verfahren und demokratische Beteiligung, Föderalismus, grenzenloses Wirtschaftswachstum und Umweltschutz geworden.[470] Viele Aargauer Politiker waren eng verflochten mit der Aargauer Elektrizitätswirtschaft und dementsprechend interessiert daran, den Bau doch noch zu ermöglichen. 1988 wurde das «teure Lehrstück», so der «Atompapst» Michael Kohn (1925–2018), allerdings in einem von Christoph Blocher (*1940), damals Nationalrat und Verwaltungsrat der Bauherrin Motor Columbus, eingefädelten Deal endgültig beendet, indem der Bund 350 Millionen Franken Entschädigung bezahlte – die Rahmenbewilligungen für den Bau waren bis dahin nie erloschen.[471]

Die Atomenergie bildete über Jahre und Jahrzehnte eines der umstrittensten politischen Themen, zu dem eine Reihe von Volksinitiativen lanciert wurde. Keines der noch projektierten Atomkraftwerke wurde danach gebaut, bis 2011 nach der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima der Bundesrat unter Federführung der Aargauerin Doris Leuthard (*1963) den langfristigen Atomausstieg beschloss (siehe «Wirtschaft», S. 359).

Die Frauenfrage bleibt dringend – auch nach 1971

Die knapp errungene Einführung des Frauenstimmrechts im Aargau – 50,2 Prozent der Männer stimmten für die nationale, 51,7 Prozent für die kantonale Einführung (siehe «Staat», S. 155) – bildete zwar den ersten Meilenstein der politischen Gleichstellung. Sie fiel aber auch mitten in die gesellschaftlichen Aufbrüche, in denen sich eine neue Frauenbewegung formierte. Junge Frauen verstanden unter Gleichstellung zunehmend Befreiung und Autonomie. Sie setzten damit einen Kontrapunkt zur langfristigen Integrationsstrategie, welche die traditionellen Frauenverbände verfolgt hatten.

Die meisten dieser Verbände hatten sich zwar – im Gegensatz zu früheren Abstimmungen – 1971 ebenfalls für das Frauenstimmrecht, das sie als Anerkennung für die gesellschaftlichen Leistungen der Frauen auffassten und nicht als Menschenrecht, eingesetzt. Diese Verbände akzeptierten auch nach wie vor ein Rollenbild, das die Frauen auf den häuslichen Bereich verpflichtete und davon die öffentliche Sphäre der Politik unterschied. Die traditionelle Frauenbewegung, die auf aus konfessionellen, parteipolitischen oder sozialfürsorgerischen Tätigkeiten hervorgegangenen Vereinsstrukturen baute, und die neue, über informelle Arbeitsgruppen, Aktionen und Demonstrationen agierende Frauenbewegung dynamisierten sich aber nach der Einführung des Frauenstimmrechts in der Schweiz gegenseitig: Dabei spielten zum einen die im Verhältnis zu anderen westlichen Staaten späte Umsetzung der formalrechtlichen Gleichstellung im Gesetz, zum anderen die verfügbaren direktdemokratischen Instrumente und deren Mobilisierungseffekt eine wichtige Rolle.[472]

So formulierte die international engagierte und entsprechend bekannte, in Wohlen aufgewachsene Frauenrechtlerin und Juristin Gertrud Heinzelmann (1914–1999) scharfe Kritik am Motto «Partnerschaft» des grossen Kongresses der traditionellen Schweizer Frauenvereine zum UNO-Jahr der Frau 1975 in Bern: Nicht die Partnerschaft harre der Lösung, sondern die fehlende Gleichberechtigung.[473] Damit nahm sie das konsensorientiert zurückhaltende Vorgehen der Frauenverbände unter Beschuss, wie es eher für die nachrückende Generation der Neuen Frauenbewegung charakteristisch werden sollte.

Die Neue Frauenbewegung in Baden

«Das Private ist politisch» – so strebte die Neue Frauenbewegung nach eigenen Räumen für politische Diskussionen, gesellige Projekte und soziale Initiativen. Nach Zürcher Vorbild schlossen sich in Baden Ende der 1970er-Jahre Frauen zusammen und bildeten eine Gruppe der Frauenbefreiungsbewegung (FBB). Sie starteten mit einem Beratungsangebot zu Themen der Sexualität, der körperlichen Gesundheit und des Rechts. Aber nur einzelnen Frauen in schwierigen Situationen zu helfen, war nicht das einzige Ziel der Feministinnen: Sie wollten politisch eingreifen, ihre Rechte einfordern und die Gesellschaft verändern. Bereits 1979 lehnte der Badener Stadtrat Finanzierungsgesuche für das

195 Bereits vor 1975 hatte sich eine Bürgerinitiative in Kaiseraugst gegen den Kraftwerksbau gewehrt. Beschlüsse der Vollversammlungen spielten während der Besetzung des AKW-Geländes in Kaiseraugst eine wichtige Rolle. «Das Besetzerdorf war der Ort der offenen Konfrontation, an dem sich täglich Sieg oder Niederlage entschied», so führende Aktivisten im Rückblick.

196 Impression der Besetzung. Die Protestierenden wurden von der Bevölkerung in der Region breit unterstützt, so brachten etwa Bauern Lebensmittel aufs Gelände.

197 Der Basler Liedermacher Aernschd Born trägt im Zelt der Besetzerinnen und Besetzer seine Ballade vor.

198 Auch nach dem Abbruch der Besetzung blieb die Rahmenbewilligung für den Bau des AKW Kaiseraugst bestehen. 1979 wurde der Informationspavillon von radikalen AKW-Gegnern gesprengt. 1988 einigte sich die Politik auf ein Ende des Projekts und eine Entschädigung der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG in der Höhe von 350 Millionen Franken.

199 Von April bis Juni 1975 blieb das Baugelände in Kaiseraugst (im Bild) besetzt und brachte die Schweiz an den Rand einer Staatskrise. Der Widerstand der AKW-Gegner verlagerte sich danach auf das Gelände des fast fertig gebauten AKW Gösgen vor den Toren Aaraus.

Chancenlose Idee: das Fricktal in einem neuen Kanton Nordwestschweiz

Die Stimmbevölkerung des Kantons Aargau votierte immer atomenergiefreundlich; alle Atomverbotsinitiativen wurden an der Urne abgelehnt. Auch erweiterte kommunale und kantonale Mitspracherechte in den Bewilligungsverfahren wurden von der Aargauer Stimmbevölkerung bei der nationalen Abstimmung 1978 mehrheitlich abgelehnt – im Gegensatz zum mehrheitlichen Ja der Fricktaler Stimmbevölkerung. Ausgehend vom Kampf um das AKW Kaiseraugst, verdichteten sich nördlich des Juras Befürchtungen, bei der Interessenvertretung im Kanton Aargau am kürzeren Hebel zu sein.[1]

Dies sollte im Fricktal auch in den 1980er- und 1990er-Jahren Kräfte ermutigen, die sich von «Aarau» gänzlich lösen wollten. Angestrebt wurde ein neuer Kanton Nordwestschweiz, der die Bezirke Rheinfelden und Laufenburg mit den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt sowie dem Solothurner Schwarzbubenland vereinigen sollte. Dieses Projekt blieb allerdings ein – wenn auch öffentlichkeitswirksamer – Papiertiger, der am ehesten im unteren Fricktal auf Interesse stiess. Dort war das Alltags- und Wirtschaftsleben zum einen am stärksten auf die Agglomeration Basel ausgerichtet, zum anderen fühlte sich die Bewohnerschaft besonders bei Fragen der Schul- und Verkehrsinfrastruktur sowie beim Umweltschutz vom Kanton Aargau vernachlässigt. Gleichzeitig eingereichte Motionen für eine Kantonsgründung in allen vier kantonalen Parlamenten blieben aber 1999 chancenlos. Zugleich wurde – bereits im Vorfeld der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union – die regionale Kooperation in der Nordwestschweiz unter Einschluss des Aargaus auch über die deutschen und französischen Landesgrenzen hinweg vertieft.[2]

1 Häni 2018, 118.
2 Gespräch mit Regine Roth, 2020; NZZ, 30./31.10.1999.

200 Viele Fricktalerinnen und Fricktaler wurden durch die AKW-Besetzung politisiert. Einige forderten danach, halb scherzhaft, eine Abspaltung des Fricktals vom Kanton Aargau oder mehr Autonomie. Die Aufnahme entstand vermutlich 1981, nach der Gründung des Kantons Jura, und nimmt auch Bezug auf die Unabhängigkeitsbewegungen im Baskenland und in Nordirland.

Frauenzentrum ab, wie später auch praktisch alle Regionalgemeinden.[474] Trotzdem öffnete der Raum an der Bäderstrasse und wurde bald zur breiten, selbst finanzierten und organisierten Anlaufstelle für Frauen. Anfang der 1990er-Jahre, im Umfeld des ersten Frauenstreiks, war das Frauenzentrum Baden Vorbild für die Aarauerinnen, die ebenfalls eigene Räume aufbauten.

Zäher Aufstieg der Frauen in der SP

Bei einer Kampfwahl in die SP-Geschäftsleitung schwang 1965 mit Heidi Schwarz (1925–1983) aus Wettingen eine Frau obenaus, worauf die Sozialdemokraten stolz hinwiesen: «[…] das politische Mitbestimmungsrecht der Frauen ist eine Selbstverständlichkeit, und deshalb sind auch zwei Frauen in der Geschäftsleitung und mehrere im Parteivorstand.»[475] Allerdings blieben auch die sozialdemokratischen Männer sehr zurückhaltend, dieser Forderung das entsprechende politische Gewicht zu verleihen – so wurde das Frauenstimmrecht nicht in die Wahlmanifeste und Aktionsprogramme der späten 1960er-Jahre aufgenommen. Die erste Regierungsratskandidatin, Ursula Mauch, scheiterte 1985 gegen den freisinnigen Gegenkandidaten. Nicht zuletzt hatte sie auch «in der eigenen Partei ziemlich viel Opposition» und konnte im Wahlkampf kaum direkt gegen die anderen Kandidaten antreten.[476] Eine Frauenquote oder das Reservieren der ersten Plätze auf Nationalratslisten für Kandidatinnen wurde an den Parteitagen regelmässig abgelehnt.[477] «Frauenemanzipation» wurde durch die Brille des sozialpartnerschaftlich auszuhandelnden und vom Staat abzusegnenden Kompromisses gelesen und formuliert.

Einen feministischen Schub erhielt die Aargauer SP um 1990, als mit Doris Stump (*1950) erstmals für kurze Zeit eine Frau das Präsidium einer grossen Aargauer Partei innehatte. «Der Druck wirkte: ab 1991 waren die Listen der Kandidaturen bei SP und Grünen ausgeglichen», so Stump rückblickend.[478] Nach dem ersten landesweiten Frauenstreik 1991 und der Nichtwahl von Christiane Brunner (*1947) in den Bundesrat 1993 wurden die Grossrats- und Nationalratswahlen von 1993 und 1995 zu den ersten eigentlichen Frauenwahlen. Mit der sozialdemokratischen Fraktion war danach erstmals eine der grossen Fraktionen im Aargauer Parlament mehrheitlich weiblich.

Bürgerliche Frauen ziehen nach

Das Frauenzentrum Baden wurde von den traditionellen Frauenvereinen gemieden, einzig die Aktiven Staatsbürgerinnen setzten sich mit der Neuen Frauenbewegung auseinander.[479] Der gemeinnützige Frauenverein Baden etwa nahm in den internen Diskussionen nicht auf die Meilensteine der politischen Frauenbewegung wie das Frauenstimmrecht 1971, den Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung 1981 oder das neue Eherecht 1985 Bezug; der gesellschaftliche Wandel kam nur indirekt in der Feststellung zum Ausdruck, dass es am Mitwirken der jungen Frauen mangle.[480] Dennoch wurden durch den Wirbel um den Rücktritt der ersten Bundesrätin Elisabeth Kopp (*1936) 1989 und gescheiterte Frauenkandidaturen auch bürgerliche Frauen neu politisiert.

Obwohl sie die politische Positionierung trennte, arbeiteten Frauen bei übergreifenden Fragen zusammen, wie zum Beispiel beim Gleichstellungsartikel oder dem neuen Eherecht, so die 1993 als erste Aargauer Regierungsrätin gewählte freisinnige Stéphanie Mörikofer (*1943) anlässlich einer Frauenlandsgemeinde auf dem Rügel. «Frauenwahlkampf ist aber nicht gleich Männerwahlkampf»: Frauen müssten breiter, nicht nur in der eigenen Partei, verankert sein, vor allem auch bei anderen Frauen. Politische «Senkrechtstarterinnen» wie bei Männern gebe es nicht, Frauen müssten einen Leistungsausweis mitbringen.[481]

Das lange Warten auf Spitzenpositionen in Politik und Verwaltung

Ende der 1950er-Jahre war die erste freisinnige Frauensektion in Baden, 1967 jene des Bezirks Aarau, gegründet worden. Bis 1990 folgten einige weitere Sektionen in den grösseren Aargauer Städten und Ortschaften.[482] Der Wahlerfolg blieb den freisinnigen Frauen bis zur Wahl Mörikofers in den Regierungsrat und Christine Egerszegis (*1948) 1995 in den Nationalrat versagt. Diese beiden waren die ersten bürgerlichen Frauen in hohen politischen Chargen auf kantonaler und eidgenössischer Ebene; Johanna Haber (1930–2020), EVP-Politikerin aus dem Wynental, war 1984 als erste Frau zur Kantonsärztin und damit zu einer Chefbeamtin gewählt worden.[483]

Einige freisinnige Frauengruppen, so etwa jene von Lenzburg, lösten sich wieder auf, nachdem die Integration der Frauen in der Partei als gelungen bewertet wurde. Die Gründungen waren während der intensiven Debatte um das Frauenstimmrecht ab Ende der 1960er-Jahre auch daraufhin vorgenommen worden, die Frauen auf das Stimmrecht «vorzubereiten» und ein Reservoir an politisch aktiven Kandidatinnen für kommende Wahlkämpfe aufzubauen.[484] Allerdings herrschte gerade bei bürgerlichen Frauenorganisationen die Vorstellung, dass eine Frauenorganisation nur so lange legitim sei, «bis die Gleichstellung der Geschlechter formal verankert ist und sich erste Wahlerfolge eingestellt haben».[485] Weil stark auf Selbstverantwortung und formale Gleichberechtigung gesetzt wurde, mussten sich, gerade in der FDP, Frauen des Vorwurfs erwehren, nach links auszuscheren und sich deshalb im Kontext der Gleichstellung gegen «Gleichmacherei» und «sozialistisch-feministische Postulate»[486] abgrenzen.

Im Jahr 2000 wurde Stéphanie Mörikofer als erste Magistratsperson seit hundert Jahren abgewählt. Die CVP zog mit ihrem offiziellen Kandidaten Roland Brogli (1951–2017) aus dem Fricktal und dem «wilden» Freiämter Kandidaten Rainer Huber (*1948) in die Regierung ein. An Mörikofer war nach ihrer zweiten Amtsperiode eine Affäre um die Drogentherapiestiftung Egliswil hängen geblieben, aber auch, dass sie als konsequent bürgerlich politisierende Frau zwar Gleichstellungsanliegen vertrat, aber keine sozial- und finanzpolitischen Zugeständnisse an die Linke machte. In ihrer Selbsteinschätzung war sie «nicht weich,

201 Gertrud Heinzelmann (1914–1999), anlässlich ihrer Nationalratskandidatur 1971. Die in Wohlen aufgewachsene Frauenrechtlerin und Juristin hatte 1957 als erste Frau in der Schweiz eine 1.-August-Ansprache in Zürich Affoltern gehalten.

202 Frauen posieren in Zürich mit Abstimmungsplakaten zum Frauenstimmrecht, darunter links ein Plakat aus der Aarauer Druckerei Trüb für die eidgenössische Ja-Kampagne, in der Mitte das Plakat für die aargauische Ja-Kampagne aus der Buchdruckerei AG Baden.

203 Eine Abstimmungskampagne von Männern für Männer: Mitarbeiter der Firma Trüb in Aarau beraten über die Sujets der Plakate zum Frauenstimmrecht. Für die Vorlage setzte man auf «Bewährtes», das eine «freundliche Grundstimmung» erzeugen sollte.

204 Die sozialdemokratische Fraktion nach den Grossratswahlen, 1993. 29 von 44 SP-Sitzen gingen an Frauen. Die Parlamentswahlen 1993 wurden nach der Nichtwahl von Christiane Brunner in den Bundesrat zur ersten richtigen «Frauenwahl».

205 Massives Ungleichgewicht. Ursula Mauch blieb zwischen 1979 und 1995 die einzige Aargauer Frau im nationalen Parlament. Dies machte der Verein Aargauische Staatsbürgerinnen zum Thema – mit Erfolg: 1995 wurden drei Frauen in den Nationalrat gewählt.

206 Ursula Mauch (*1935), 1985. Bereits 1971 für den Ständerat angetreten, kandidierte die Sozialdemokratin 1985 als erste Frau für den Aargauer Regierungsrat, unterlag dabei aber dem Badener Stadtammann Victor Rickenbach von der FDP.

207 Erfolgreiche Aargauer Politikerinnen: die drei Nationalrätinnen (von links) Doris Stump (SP), Doris Leuthard (CVP) und Christine Egerszegi (FDP) im Nationalratssaal des Bundeshauses. Stump war als erste Frau in der Wettinger Exekutive und erste Aargauer Europarätin, Egerszegi war die erste Aargauer Nationalratspräsidentin und Ständerätin, Leuthard erste Aargauer Bundesrätin.

anschmiegsam und folgsam», wie es sich für eine Frau gehöre.[487] Erst 2009 wurde mit der Grünen Susanne Hochuli (*1965) wieder eine Frau in die Regierung gewählt.

Die politische Linke im Umbruch

Die Sozialdemokraten wurden politische Agglomerationsverlierer in einem Aargau, der trotz Bevölkerungswachstum nach wie vor ein ländliches Selbstverständnis pflegte und deshalb auf die politischen Lösungsangebote staatlicher Infrastruktur- und Sozialpolitik misstrauisch reagierte.[488] «Unser ‹Im Zweifelsfalle für mehr Staat›-Reflex muss in Zukunft differenzierter ausfallen, welche staatlichen Funktionen in Zukunft forciert, welche eher eingedämmt werden sollten», so der damalige SP-Fraktionschef im Grossen Rat, Hans Zbinden (*1945).[489] Für die Parteispitze bildete der Absturz der stolzen Aargauer Sozialdemokratie bei den Nationalratswahlen 1987 mit dem Verlust eines Drittels des Stimmenanteils den «Schock des Jahrhunderts». Die mehrheitlich wertkonservativen Aargauer Sozialdemokraten wurden in der Hochkonjunktur durch die Fremdarbeiterfrage, die Kernenergie und die Ökologie vor eine schwere Zerreissprobe gestellt.[490] Das Parteiorgan *Freier Aargauer* kommentierte, die Auseinandersetzung um die Atomenergie bilde die Spitze der Widersprüche innerhalb der Gesellschaft, wie sie «die SP wie keine andere Partei widerspiegelt».[491]

Von den erstarkten Grünen glaubte man zunächst, dass «sie eine vorübergehende Gruppierung» seien, hatten doch nicht zuletzt Sozialdemokraten deren Domäne, die Umwelt- und Verkehrspolitik, bereits seit den 1960er-Jahren im Grossen Rat beackert.[492] Die antikapitalistischen Präambeln wurden zusehends entschärft und durch umfassende gesellschaftliche Reformpostulate ersetzt. So wehrten sich die Sozialdemokraten gegen die bürgerlichen Angriffe während des Kalten Kriegs, wonach die Linke die Gesellschaft, «das System», verändern wolle: «Die wirtschaftliche und technologische Entwicklung ist heute der bedeutendste Gesellschafts- und Systemveränderer!»[493]

Die erste grüne Welle in den 1980er-Jahren

Gegenüber den Grünen pochte die SP darauf, eine «ganzheitliche» Politik «zum Wohle aller» zu vertreten.[494] Dem Widerspruch zwischen einer auf Wachstum ausgerichteten Wirtschaftspolitik und den ökologischen Problemen aller Art, die durch diese hervorgebracht wurden, begegneten die Sozialdemokraten zunächst defensiv. Heinrich Buchbinder bilanzierte 1989: «Stärker als irgendein anderer Industriekanton ist der Aargau von der grossen Zahl mittelständischer Betriebe geprägt, die […] eine Arbeitnehmerschaft aufweisen, die sich mit ‹ihrer Bude› identifiziert.» Diese Arbeitnehmerschaft habe «eine andere Interessenlage in Grundfragen wie Energiepolitik und Umwelt, als sie sich leichtfüssigere soziale Schichten leisten können. Arbeitsplatzsicherung, Wirtschaftsaufschwung und soziale Sicherung sind für sie mindestens so wichtig wie Umweltpostulate und kulturpolitische Anliegen, für die sie sich mit der ‹klassischen› sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Programmatik schon einsetzten, als es noch keine ‹Grünen› und deren aktivistischen Anhang gab.»[495] Diese strukturkonservativ-gewerkschaftliche Linie geriet durch die nachdrängenden feministisch-ökologisch ausgerichteten Teile der Partei unter Druck.

Die soziale Basis der Sozialdemokraten veränderte sich im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts ebenso massiv wie jene der SVP auf der anderen Seite des politischen Spektrums. FDP-Nationalrat und Handelskammer-Aushängeschild Rolf Mauch (1934–1995) meinte, dass im Aargau die Arbeiterschaft «das konservative Element» bilde, was sich etwa am Aargauer Nein zum neuen Schweizer Eherecht 1985 oder zur neuen Bundesverfassung von 1999 zeigte.[496] Dabei gibt es tiefe Kontinuitäten der Skepsis gegenüber dem Bundesstaat – die Freiämter genehmigten etwa noch nie eine Bundesverfassung, weder jene von 1874 noch diejenige von 1999.

Das kantonale Parteiensystem verschob sich nach rechts. Während im Schweizer Durchschnitt die Linksparteien zwischen 1950 und 1997 von 20 auf 24,8 Prozent zulegten, lässt sich für den Aargau eine leicht sinkende Tendenz feststellen, vergleichbar mit dem Nachbarkanton Basel-Landschaft.[497] Dies wurde in den ersten beiden Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts durch eine erstarkte Mitte wieder ein wenig ausgeglichen.

«Mehr Freiheit, weniger Staat» – der Freisinn orientiert sich nach rechts

Freisinnige an den Schaltstellen in Regierung und Verwaltung hatten den infrastrukturellen Ausbau des Aargaus in der Nachkriegszeit wesentlich mitgestaltet und dabei auch in den politischen Diskussionen eine staatstragende Rolle eingenommen. Die Kehrseite davon war, dass sich oppositionelle Bewegungen am Ende der Hochkonjunktur auf den Freisinn einzuschiessen begannen. Freisinnige hatten meist die für die Wirtschaft wichtigen Departemente des Baus, der Finanzen und der Volkswirtschaft mit der für die Aargauer Wirtschaft entscheidenden Elektrizitätswirtschaft geleitet. So war ihr Einfluss oft grösser als ihre zahlenmässige Repräsentanz, was auch ihren Stützen in Wirtschaft und Verwaltung zuzuschreiben ist.[498] Die Aargauer Kantonalpartei positionierte sich, im Einklang mit der zürcherischen, ausgeprägt wirtschaftsliberal, hatte aber als Volkspartei etwa auch Primarlehrer in ihrer Grossratsfraktion.[499]

Aufgrund der gesamtkantonalen Verankerung nahm der Freisinn für sich in Anspruch, als Volkspartei mehr als Einzelinteressen zu vertreten. So wurden Steuererhöhungen in den 1960er-Jahren zur Deckung der rasch angewachsenen Staatsausgaben akzeptiert. Der Gegensatz zur Linken verschärfte sich in der Rezession der 1970er-Jahre, als der gemässigte Umverteilungskompromiss aufgrund sinkender Steuereinnahmen und wachsender Staatsdefizite ins Wanken geriet. Liberal-wertkonservative Positionen und vor allem eine Skepsis gegenüber einem wachsenden Staat waren nach wie vor tief verankert. In der von KMU geprägten Aargauer Wirtschaft gab es ein breit geteiltes Verständnis der Betriebsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Diese politische Kultur

führte dazu, dass sich im Kanton ein «schlanker» Wohlfahrtsstaat mit geringer Steuerung und Umverteilung öffentlicher Gelder herausbilden konnte, der zudem auf die Stärkung traditioneller Familienstrukturen ausgerichtet blieb.[500]

FDP legt in den 1980er-Jahren wieder zu

Zwischen 1969 und 1985 legte der Freisinn wie die anderen bürgerlichen Parteien um fünf Prozentpunkte zu und kam auf 23,7 Prozent Wähleranteile im Grossen Rat – den höchsten Wert seit dem Ende des Ersten Weltkriegs. Damit war die FDP kurzzeitig auch stärkste Fraktion im Parlament. Die «Rechtsverschiebung» und Umwandlung zur «Interessenpartei» artikulierte sich im Wahlslogan «Mehr Freiheit – weniger Staat» der Schweizer FDP von 1979. Dem setzten die Aargauer die Parole «Mehr Mut – mehr Mass» an die Seite. Die Liberalisierungsmaxime wurde lauter, wobei die Devisen der Staatskritik von gelungenen Reformen in Justiz und Kantonsverwaltung begleitet wurden, die wesentlich von freisinnigen Exponenten angestossen und durchgeführt wurden.[501]

Das mentale Profil der Partei zeigte sich gegen aussen stärker mit einem konservativen Akzent, etwa in diesem Kommentar des freisinnigen Chefredaktors des *Aargauer Tagblatts*, Samuel Siegrist (1938–1987), von 1986: «Wer übrigens beklagt, dass der ehemalige ‹Revoluzzerkanton› zu einem ruhigen Kanton der Mitte und des Mittelmasses geworden ist, muss sich fragen lassen, ob in der Politik Veränderung Selbstzweck sein soll. […] Heute sorgen sich die Bürger mehrheitlich um das Erhalten des Bestehenden, beispielsweise unserer gefährdeten natürlichen Lebensgrundlagen, gewiss aber auch unseres erreichten Lebensstandards im materiellen Sinne.»[502] In vielen Sachfragen der 1970er- und 1980er-Jahre (etwa Atomkraftwerke, Verkehrspolitik, Armee) standen von den Regierungsparteien häufig die FDP mit der CVP und der SVP gegen die SP.[503] Auf kantonaler Ebene zeigte sich dies in einem «Misstrauen gegenüber neuen Gesetzen», dem Einsatz für den Rechtsstaat und einen ausgeglichenen Finanzhaushalt in einem dienstleistungsorientierten Staatswesen.[504] In der Gesundheits- und Sozialpolitik pochte die FDP auf die Grenzen des Machbaren und der Leistungsfähigkeit und versuchte, den Spielraum privater Akteure, gerade im Spitalbereich, auszubauen.

Freisinnige Regionalpolitik versus schlanken Staat

Erweiterungen staatlicher Aktivitäten standen die Freisinnigen skeptisch gegenüber. Diese sollten auf Gemeindeebene belassen oder in Gemeindezweckverbänden organisiert werden, um neue gesetzlich verankerte Ausgaben und Umverteilungsströme zu verhindern und die «Steuerruhe» zu erhalten. So setzte in der Auseinandersetzung um das Gemeindegesetz in den 1970er-Jahren eine bürgerliche Gruppe von Stadt- und Gemeindeammännern um Willy Loretan (*1934), Franz Metzger und Victor Rickenbach (1928–2007) ihre Vorstellungen der Regionalplanungsverbände gegen SP-Regierungsrat Louis Lang durch.[505] In den Regionalverbänden, etwa jenem im Wiggertal/Suhrental, der auch über die Luzerner Kantonsgrenze hinaus Aufgaben übernahm, wurde eine Vielzahl verkehrs-, sozial- und gesundheitspolitischer Projekte organisiert, vom Regionalbus bis zu Eheberatungsstellen. Der Neubau des Regionalspitals Zofingen inmitten der Rezession der späten 1970er-Jahre bildete einen regionalpolitischen Hochseilakt: Der freisinnige Zofinger Stadtpräsident Loretan trieb diesen gegen Widerstände in seiner Fraktion und vonseiten Finanzdirektor Kurt Lareida (1923–1998) voran.[506]

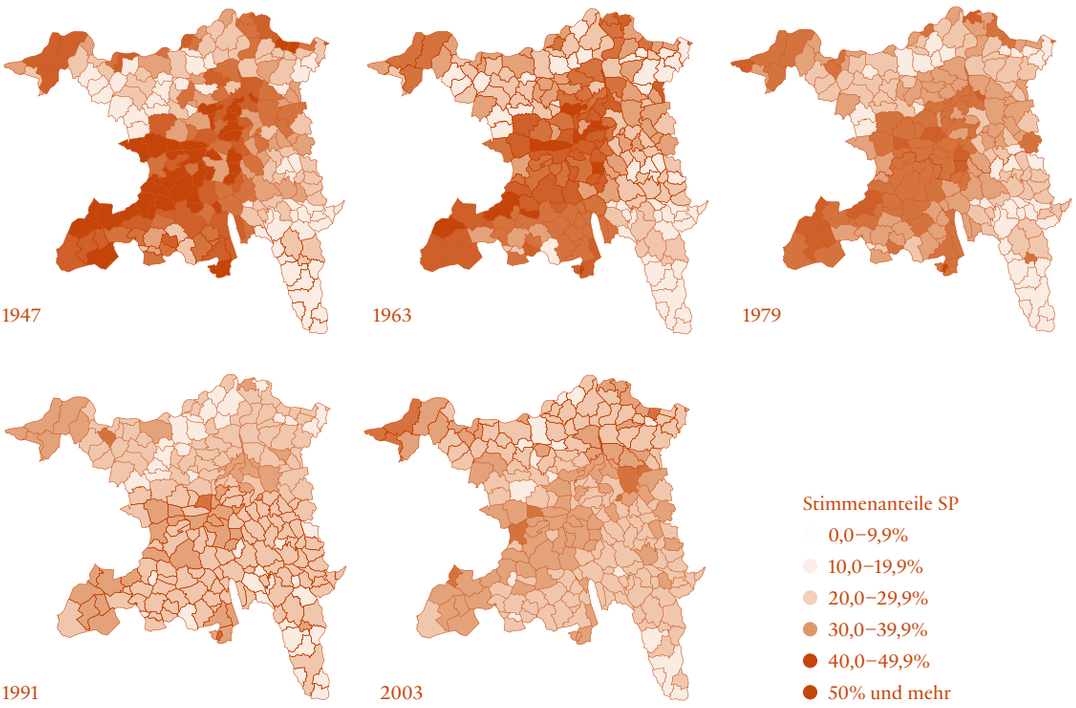
Die Freisinnigen lehnten 1982 als einzige Regierungspartei das Aargauer Sozialhilfegesetz ab. Dieses sah keine neuen Rechtsansprüche auf Unterstützung vor, sondern beschränkte sich weitgehend auf die Modernisierung der Gemeindevormundschaftsbehörden und sollte deren Regionalisierung anbahnen. Daraufhin wurden die Parteimitglieder als «Mini-Reagans» verspottet.[507] Die Forderungen nach mehr «Transparenz und Effizienz im Staat», «Deregulierung» und «Privatisierung» besonders der staatlichen Anstalten (Kantonalbank, Gebäudeversicherung, Spitäler oder Strombereich) sowie der Durchleuchtung der Verwaltung auf Sparpotenziale wurden seit den 1980er-Jahren wiederkehrend und meist von Freisinnigen erhoben.[508] Erfolgreich waren sie bei der Umwandlung von Staatsbetrieben in Aktiengesellschaften oder bei der Einführung der leistungsgesteuerten Verwaltungsprinzipien des New Public Management mit einer durchgreifenden Regierungs- und Parlamentsreform (siehe «Staat», S. 167). Die wirkungsorientierte Verwaltungsführung wurde im Aargau im Vergleich mit anderen Kantonen am konsequentesten umgesetzt.[509]

Vom Freisinn geprägte bürgerliche Finanz- und Steuerpolitik

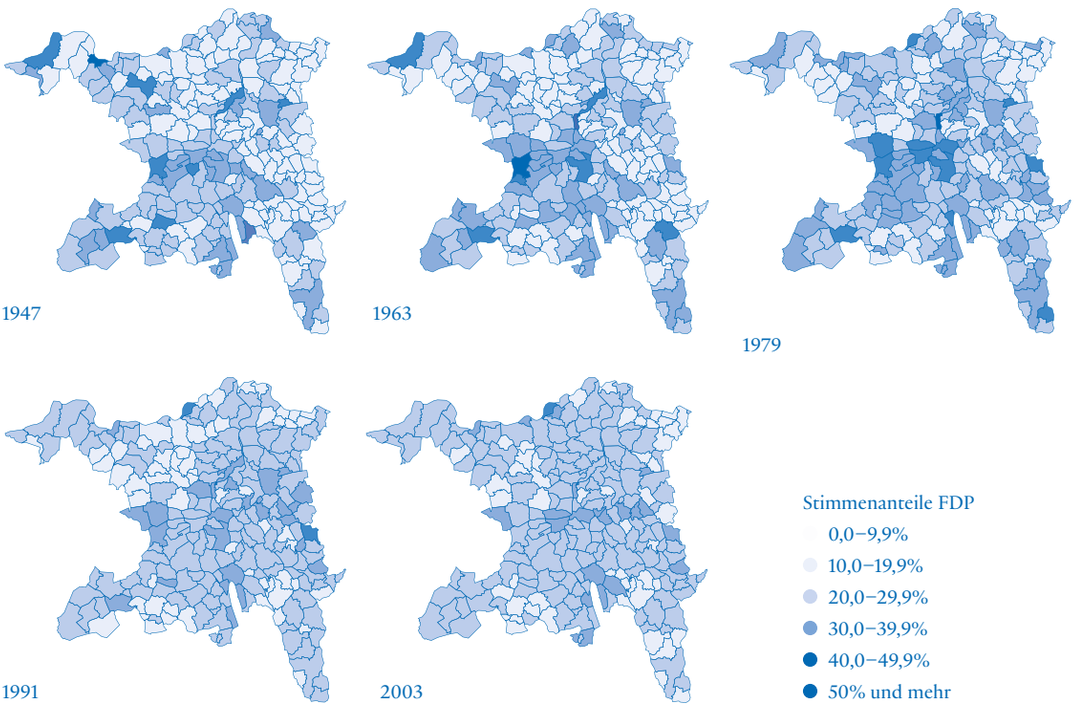
Die neoliberalen Postulate am Ende des 20. Jahrhunderts hatten sich zwar nicht unbedingt in «weniger Staat» umgesetzt. Der während zwanzig Jahren bestimmende freisinnige Diskurs einer «transparenten Staatstätigkeit für den Bürger», die auf Notwendigkeit, Zweckmässigkeit und tiefen Kosten beruhe, war aber weithin erfolgreich, ohne das von FDP-Bundesrichter, Regierungsrat und Ständerat Thomas Pfisterer (*1941) formulierte Credo aufgeben zu müssen: «Möglichst viel Freiheit, Demokratie und Recht sollte innerhalb des Staats verwirklicht werden können.»[510] Andererseits hatte sich diese «Anpassungsfähigkeit» des Freisinns,[511] der die zu Beginn des 20. Jahrhunderts durchgesetzten Verstaatlichungen an dessen Ende wieder rückgängig machte und den Staat auf betriebswirtschaftliche Fitness trimmte, seit den 1990er-Jahren nicht mehr in Parteierfolg ummünzen lassen.

Finanz- und Steuerpolitik blieb die freisinnige Domäne. Waren in den 1960er-Jahren noch Steuererhöhungen zur Infrastrukturfinanzierung und Modernisierung des Staates akzeptiert worden, kam es unter der Führung des Freisinns und der einflussreichen Wirtschaftsverbände, der Industrie- und Handelskammer sowie des Gewerbeverbands ab Ende der 1970er-Jahre zu einer Welle von Steuersenkungsvorlagen, die dem Aargau trotzdem jährliche Einnahmenüberschüsse einbrachten.[512] So sollte auch die kalte Progression ausgeglichen

Grafik 34 Parteistärke der SP 1947–2003 (Nationalratswahlen)

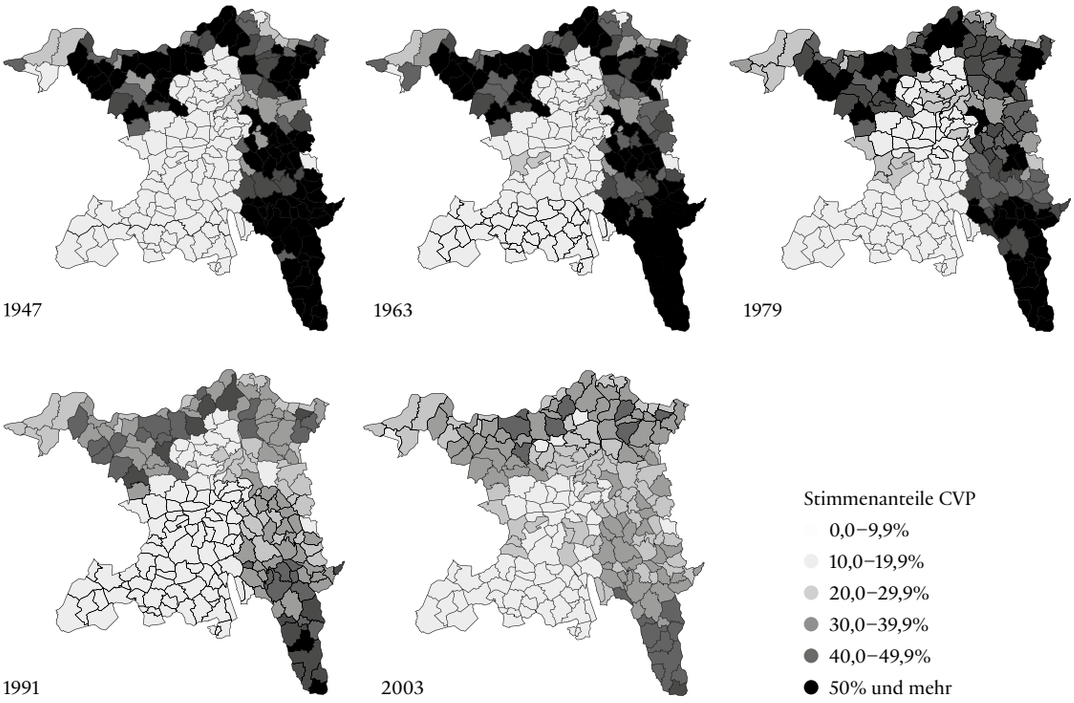


Grafik 35 Parteistärke der FDP 1947–2003 (Nationalratswahlen)

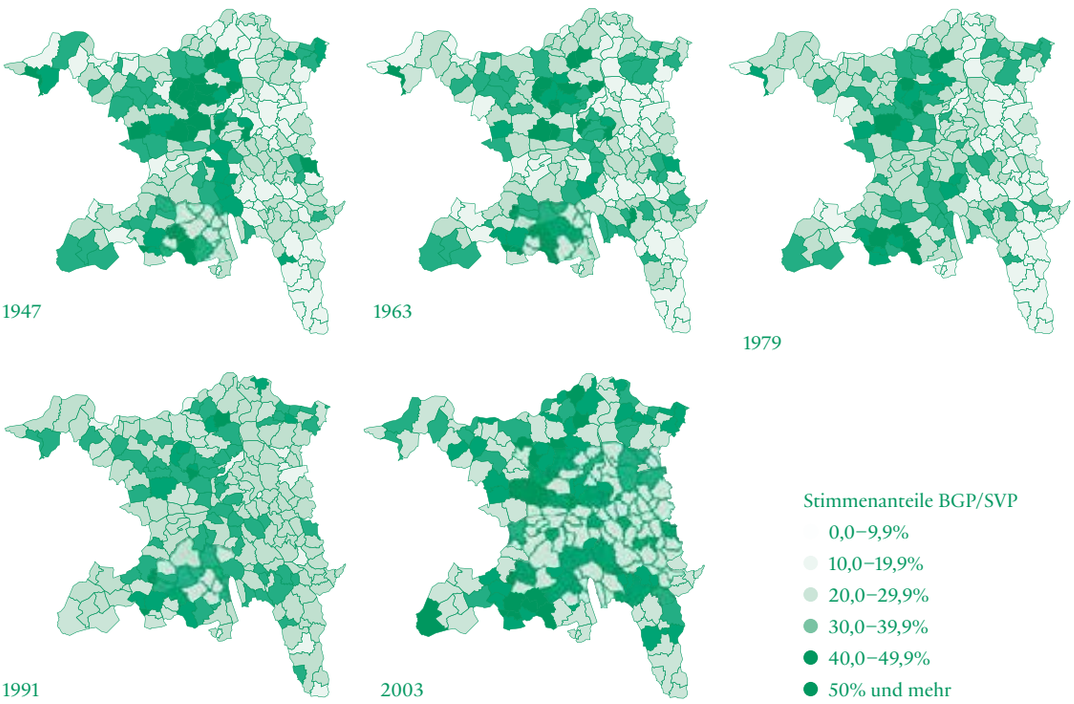


Grafik 34 Regionale Parteistärke der SP, 1947–2003. Ihre Hochburgen hatte die Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg in den Industriegemeinden des westlichen Aargaus. Am Ende des 20. Jahrhunderts war ihre Wählerstärke regional ausgeglichener, aber gesamtkantonal gesunken.
Grafik 35 Regionale Parteistärke der FDP, 1947–2003. Die FDP hatte die grössten Einbussen bereits bei der Einführung des Proporzwahlrechts nach dem Ersten Weltkrieg erlitten. Sie blieb aber die dominierende bürgerliche Kraft mit Grossratsmandaten in allen Bezirken, bis sie in den 1990er-Jahren durch die SVP abgelöst wurde.

Grafik 36 Parteistärke der CVP 1947–2003 (Nationalratswahlen)



Grafik 37 Parteistärke der BGB/SVP 1947–2003 (Nationalratswahlen)



Grafik 36 Regionale Parteistärke der CVP, 1947–2003. Auffällig ist, dass sich die CVP als Nachfolgerin der Katholisch-Konservativen nie aus dem katholischen Milieu lösen konnte. Auch 2003 lagen ihre Hochburgen, auf viel tieferem Niveau, noch im früher durchgehend katholischen Ost- und Nordaargau.
Grafik 37 Regionale Parteistärke der BGB/SVP, 1947–2003. Nach dem Zweiten Weltkrieg in den bäuerlich-ländlichen Gebieten des reformierten Westaargaus am stärksten, baute die SVP ihre Stärke ab den 1990er-Jahren auch in den Agglomerationsgemeinden aus und wurde zur mit Abstand grössten Partei im Aargau mit fast vierzig Prozent Wähleranteil.

Lokale Gruppen mischen die Politik auf

Neben dem Team 67 entstanden an weiteren Orten lokalpolitisch ausgerichtete Gruppen ausserhalb der traditionellen Parteien. In der Thut-Stadt formierte sich das «Läbige Zofingen», eine der Keimzellen der Aargauer Grünen. In den 1980er-Jahren stellte die Gruppe einige Einwohnerräte und piesackte die arrivierten Freisinnigen mit dem langjährigen Stadtpräsidenten Willy Loretan mittels Flugblättern und Volksinitiativen: So sollten eine Amtszeitbeschränkung und das Verbot eines eidgenössischen Parlamentariermandats für den Stadtammann «die unbedingt nötige Dynamik und das Zukunftsdenken in der Exekutive befördern». Die Gruppierung engagierte sich in Zofingen vorwiegend verkehrs- und umweltpolitisch.[1]

In Wohlen wurde der damals 25-jährige Lehrer und Komiker Peach Weber (*1952) 1977 als «Euse Maa» in den Einwohnerrat gewählt. Ab 1981 war die Gruppierung zu fünft im Dorfparlament vertreten: ein Dienstverweigerer, ein Fabrikant, ein Armeemajor sowie eine Frau waren dazugestossen, alle in Wohlen verankerte, politisch bereits früher engagierte Personen. 2008 schlossen sich «Eusi Lüüt» mit den Grünen zusammen. Von den Etablierten als «Flugsand» bezeichnet, setzten sie sich etwa für die Neugestaltung des Dorfzentrums mit einer neuen Strassenführung oder gegen den Abbruch des alten Gemeindehauses ein – oft gegen die gesamte etablierte Dorfpolitik – und für Umweltanliegen.

An anderen Orten waren es wiederum die Zuzüger, welche die traditionellen politischen Strukturen aufweichten. So führte der Zuzug von Kaderleuten der BBC am Rohrdorferberg zur Gründung eines Komitees «unvoreingenommener Staatsbürger» vor den Gemeinderatswahlen 1969 in Oberrohrdorf. Ab 1970 nahm die Gruppe als «Forum» mit Flugblatt- und Leserbriefaktionen am politischen Geschehen teil, stellte Kandidatinnen und Kandidaten für Ämter auf und verstand sich als politisch ungebundenes Gefäss für freie Meinungsäusserung. Sie scheute die Konfrontation mit weltlichen und kirchlichen Dorfkönigen nicht und hinterfragte eingeschliffene Mechanismen der Dorfpolitik. Ende der 1970er-Jahre stellte die Gruppierung ihre Aktivitäten ein.[2]

1 Basler Zeitung, 24.5.1989; Gespräch Willy Loretan, 2020.

2 Gespräche mit Peach Weber und Walter Dubler, 2021; Wochenzeitung, 21.1.2021 (Online-Quelle); AZ, 21.12.2015 (Online-Quelle); Furter, Handschin, Meier et al. 2011, 288f.

208 Die lokalpolitische Gruppe «Eusi Lüüt» in Wohlen, 1981. Der Lehrer und Komiker Peach Weber (rechts aussen) war 1977 in den Einwohnerrat gewählt worden. Ausserhalb der arrivierten Parteien setzten sich «Eusi Lüüt» für die Dorfentwicklung und umweltpolitische Anliegen ein.

werden. Das Bevölkerungswachstum brachte zunehmend auch begüterte Arbeitspendlerinnen und -pendler, die in der Basler Pharma- oder der Zürcher Finanzindustrie arbeiteten. Parallel dazu sanken in den Gemeinden die Steuerfüsse zwischen 1975 und 1985 fast flächendeckend und teilweise markant – so etwa an den Aargauer Goldküsten des Mutschellen und Rohrdorferbergs.[513]

Die Rolle der kantonalen Wirtschaftsverbände

Eine staatliche Wirtschaftsförderung wie etwa im benachbarten, ebenfalls industriell geprägten Kanton Solothurn war nicht nur unter den Bürgerlichen verpönt.[514] Eine von SP und Gewerkschaften während der Rezession lancierte Initiative für eine aktive kantonale Wirtschaftspolitik wurde 1983 mit satten 77 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt.[515] Vielmehr sollte Wirtschaftspolitik über Steuersenkungen und über eine arbeitsmarktorientierte Bildungspolitik geordnet, nicht gelenkt werden. Gegen «fatale und trügerische Staatsgläubigkeit», «Machbarkeitswahn» und die «Arroganz der Macht», für geordnete Märkte und spielenden privatwirtschaftlichen Wettbewerb verkörperte etwa der langjährige Aargauer National- und Ständerat Hans Letsch (1924–2015) den neoliberalen Zeitgeist im Aargauer Freisinn beispielhaft.[516]

Im Grossen Rat waren die freisinnig dominierten Wirtschaftsverbände, besonders der Gewerbeverband, stark verankert. Globalisierungs- und Fusionsprozesse trieben den Rückbau der grossen Aargauer Konzerne wie der Badener BBC oder der Aarauer Sprecher + Schuh AG in den 1980er-Jahren voran und bildeten sich auch in der Zusammensetzung der Aargauer Industrie- und Handelskammer ab, wo von zwanzig Vorstandsmitgliedern «noch sieben veritable Unternehmer» waren.[517] Der parlamentarischen Gewerbegruppe gehörten zeitweise vierzig Prozent aller Grossrätinnen und Grossräte an. «Sie […] sorgt dafür, dass die Wirtschaftspolitik in den Bereichen Steuern, Personalrecht und Rahmenbedingungen KMU-freundlich ausgestaltet wird», so deren langjähriger Spitzenmann, der Zofinger Freisinnige Herbert Scholl (*1948).[518] In den 1990er-Jahren war die bürgerliche Zusammenarbeit auf kantonaler Ebene von Harmonie und Durchschlagskraft geprägt, an der auch die CVP beteiligt war.[519] SVP-Exponenten schafften es erst im 21. Jahrhundert an die Spitze des Aargauer Gewerbeverbands.[520]

Der Abdruck des Freisinns im drittgrössten Wirtschaftskanton der Schweiz war auch in der nationalen Politik ein Thema: So wurden zwar weder der Badener CVP-Ständerat Julius Binder noch der ehemalige Aargauer Regierungsrat, Exponent der Aargauer Energiewirtschaft und spätere FDP-Parteipräsident Bruno Hunziker in den 1980er-Jahren in den Bundesrat gewählt. Mit Kaspar Villiger (*1941), einem Luzerner aus einer Wynentaler Zigarrendynastie, kam 1989 aber ein ehemaliger Präsident des Aargauer Arbeitgeberverbands mit engen Beziehungen in den Aargau und mit wirtschaftsliberalem Credo in die Landesregierung.[521]

Bürgerliche gegen eine «Betroffenheitsdemokratie»

Zwischen 1985 und 2009 sank der Anteil der Freisinnigen im Grossen Rat von 23,7 auf 14,3 Prozent. Bei den Nationalratswahlen verlor die FDP analog dazu zwischen 1987 und 2011 fast neun Prozent, während die SVP ihren Anteil jeweils mehr als verdoppelte. Der parteipolitische Umbau des bürgerlichen Lagers ab den späten 1980er-Jahren war durch zwei grosse Trends geprägt: Mit den Grünen bildete sich ein neuer ökologischer Pol heraus. Nach der Stärkung des linksliberalen Ökoflügels bei den Freisinnigen mit der Wahl der ersten Bundesrätin, Elisabeth Kopp, sowie den Diskussionen ums Waldsterben und zu Temporeduktionen auf den Autobahnen einerseits erfolgte 1985 andererseits die Gründung der Autopartei, die zunächst gerade im Aargau der FDP Mandate abjagte. Der Aargauer Freisinn rückte dabei zusehends von den Mehrheitspositionen der Schweizer Partei ab, etwa beim UNO-Beitritt, in der Europapolitik, in Verkehrsfragen oder der Drogen- und Asylpolitik in den 1990er-Jahren.

Die verhärtete Diskussion um das AKW Kaiseraugst trug aufgrund der engen Vernetzung der Aargauer Freisinnigen mit der Energiewirtschaft beim politischen Gegner zum Bild einer Partei mit Schlagseite nach rechts bei.[522] Aber auch Freisinnige, etwa der FDP Rheinfelden, hatten sich gegen den Bau des Atomkraftwerks ausgesprochen.[523] Die Nachbarsektion Kaiseraugst reagierte «enttäuscht»; Betroffenheitsdenken laufe dem rechtsstaatlichen Verfahren zuwider.[524] Aargauer Politiker in Bern wandten sich gegen eine «Betroffenheitsdemokratie»: «Wenn die Kantone und Regionen nicht mehr bereit sind, Aufgaben im nationalen Interesse zu erbringen, die auch gewisse Nachteile mit sich bringen, wird dies für unser Land unabsehbare Folgen haben», so mahnten die beiden Aargauer Ständeräte Hans Letsch und Julius Binder zum Abschluss ihrer jahrzehntelangen Politkarrieren in Bern. Sie sahen durch die Erfolge der Grünen nebst der Atomkraft vor allem verkehrspolitische Projekte im Nationalstrassenbau und beim Ausbau des Bahnnetzes gefährdet.[525]

Von der christlichen Partnerschaft in die dynamische Mitte

Die CVP hatte sich 1970/71 so erfolgreich modernisiert wie nie zuvor und auch nie mehr danach.[526] Von der Einführung des Frauenstimmrechts hatte zunächst sie am stärksten profitiert, obwohl sich die Christdemokraten zuvor nicht dafür eingesetzt hatten. Zu dessen Einführung gab sich die Partei einen neuen Namen und den Slogan «Dynamische Mitte» – fünfzig Jahre später, im Jahr 2021, wurde mit dem neuen Parteinamen «Die Mitte» der Bezug der Schweizer Mutterpartei auf das als unzeitgemäss empfundene Christliche getilgt.

Im katholischen Gürtel an der Reuss, der Limmat und am Rhein, von den Fricktaler Juradörfern über Baden bis ins Oberfreiamt, hatte sich die traditionelle Dominanz der einstigen Honoratiorenpartei Anfang der 1970er-Jahre bereits leicht abgeschwächt. Die Abstützung auf praktisch

209 Freisinnige Politikerkarriere. Kurt Lareida (1923–1998) war Chefredaktor des *Aargauer Tagblatt*s und von 1976 bis 1991 Aargauer Finanzdirektor. Er sanierte den defizitären Staatshaushalt und brachte Steuergesetzrevisionen durch.

210 Willy Loretan (*1934) war von 1974 bis 1992 Stadtpräsident von Zofingen. Als Regionalpolitiker im Grossen Rat und Präsident des Regionalverbands Wiggertal/Suhrental setzte sich Loretan für Neubauten des Spitals und des Bildungszentrums in Zofingen ein. Zwischen 1979 und 1999 war er Aargauer National- und Ständerat.

211 100-Jahr-Jubiläum der FDP Aargau 1996 in Suhr. Präsident Herbert Scholl (*1948) bläst die Geburtstagskerzen aus. Die Aargauer Freisinnigen hatten nach einem Hoch in den 1980er-Jahren mit der erstarkten Konkurrenz von Autopartei und SVP zu kämpfen.

212 Julius Binder (*1925) aus Baden war Aargauer Gross- und Verfassungsrat sowie National- und Ständerat. Als Wortführer der CVP reichte er im nationalen Parlament 1964 die Motion für den Umweltschutzartikel in der Schweizer Verfassung ein.

213 Streitgespräch zwischen Peter Wertli (Mitte) und Josef Rennhard (1931–2010, rechts) anlässlich der Regierungsratswahlen 1988. Jurist Wertli wurde als «wilder» CVP-Kandidat von einer Freiämter Gruppe portiert und setzte sich im zweiten Wahlgang bei tiefer Stimmbeteiligung gegen den ehemaligen Redaktor des *Beobachters* durch. Zuvor hatte der offizielle Kandidat, Anton Keller, das Handtuch geworfen

214 SVP-Wahlparteifest in Holziken, 1999. SVP-Bundesrat Adolf Ogi diskutiert mit dem Zürcher Parteiführer Christoph Blocher. Die Aargauer SVP profitierte stark vom Aufschwung der nationalen SVP ab den 1990er-Jahren und positionierte sich im Vergleich mit anderen Kantonen im rechten Spektrum.

alle Berufs- und wirtschaftlichen Interessengruppen sowie auf den katholischen Bevölkerungsanteil blieb wichtig; so stellte die Partei 1973 15 von 40 Sitzen bei den ersten Einwohnerratswahlen in Obersiggenthal.[527] Trotzdem nahm etwa die kirchliche Jugendarbeit nie mehr die Rolle einer Nachwuchsförderung für die Partei ein, die sie in den 1950er- und 1960er-Jahren noch spielen konnte.[528] Die 68er-Bewegung schlug der traditionell christlich fundierten Kritik am Liberalismus eine Generation junger intellektueller Köpfe ab, die sich entweder den sozialen Bewegungen der Linken oder der Neuen Rechten anschlossen.[529]

Die meisten führenden CVP-National- und Regierungsräte stammten aus dem Ostaargau, besonders dem Freiamt.[530] Eine CVP-«Dynastie» kam aus der Region Baden: Julius Binder war mit seiner Motion von 1964 ein Wegbereiter des Umweltschutzartikels in der Bundesverfassung.[531] Binder amtete als Vizeammann von Baden, Grossrat, Präsident des aargauischen Verfassungsrates, National- und Ständerat.[532] Anton Keller (*1934), der andere «Dynastie-Gründer», war Lehrer an der Kantonsschule Baden und kulturell engagierter Leiter des Theaters Kornhaus Baden, einem frühen Hotspot der Aargauer Jugendkultur (siehe «Kultur», S. 465, 499).[533] Der christlichsoziale Keller hatte in der Partei und auf allen Staatsebenen zahlreiche Ämter und Mandate inne.

Regionalpolitische Vetomacht der «schwarzen» Stammlande

Vor Ausbruch der Rezession hatte die CVP als Interessenvertretung der ländlichen Regionen öfter mit den Sozialdemokraten den Ausbau des Sozialwesens durchgesetzt.[534] Die Christdemokraten waren in den 1970er-Jahren auch die einzige grössere Fraktion, die nebst der SP für die gescheiterte Aargauer Hochschule eintrat.[535] Familienpolitik und die Vertretung der ländlichen Regionen blieben die wichtigsten Anliegen, was durch die bessere Berücksichtigung der Familien im Steuergesetz von 1979 zum Ausdruck kam, nachdem die CVP dazu ihre allererste Volksinitiative lanciert hatte.

Die finanzschwachen Gemeinden lagen in den «schwarzen» Stammlanden. So waren etwa 1969 sämtliche zwanzig Gemeinden des Bezirks Muri gemäss damals geltendem Schlüssel berechtigt, Zuschüsse aus dem kantonalen Gemeindefonds zu beziehen.[536] Bei staatspolitischen Fragen der Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden hatte die in den Kleingemeinden des Fricktals und des Freiamts breit verankerte CVP im Aargau eine Art Vetomacht: So wurde ein Reformgesetz 1982 von den Stimmberechtigten abgelehnt, weil Kostenüberwälzungen vom Kanton und dadurch Steuererhöhungen bei den kleinen Gemeinden befürchtet wurden. Nur die Christdemokraten hatten dazu die Nein-Parole beschlossen.[537] Ein Jahr später gelang die Ausarbeitung eines Finanzausgleichsgesetzes, in dem nebst der Finanzkraft pro Bewohnerin oder Bewohner auch der Finanzbedarf massgebend wurde.[538] Der Annahme dieses «wichtigen kantonalen Solidaritätswerks» verhalf die CVP zum Durchbruch.

Das Gewicht der «schwer fassbaren» CVP nimmt ab

Im «Aargauischen Staatsverständnis» der CVP hatte der Kanton eine Ausgleichsfunktion wahrzunehmen, damit überschuldete Gemeinden weiterhin Investitionsimpulse leisten könnten.[539] Der konservative Grundsatz aus Subsidiarität, Stärkung der Familien und der Gemeinden in ihrer Vielfalt wurde im programmatischen Dreiklang «Eigenverantwortung, Solidarität und Föderalismus» betont.[540] Die parteipolitische Polarisierung wurde «energisch» abgelehnt. Das konservative Element blieb in der Partei eine wichtige Grösse: Zum neuen Eherecht mit gleichen Rechten für Mann und Frau fasste 1985 die Delegiertenversammlung nur knapp die Ja-Parole.[541]

Zusammengeschlossen aus Katholisch-Konservativen und dem christlichsozialen Arbeitnehmerflügel kam die CVP in den Freiämter Stammbezirken in den 1970er-Jahren noch auf 56 Prozent (Muri) beziehungsweise 38 Prozent (Bremgarten). Bei den Grossratswahlen halbierte sich der Wähleranteil zwischen 1985 und 2016, bei den Nationalratswahlen von 2015 fiel er gar auf ein gutes Drittel der Zahl von 1979. Die 25. Zurzacher Parteitagung 1986 hatte die Analysen vorweggenommen, die seit dem neuen Image der «dynamischen Mitte» aus den 1970er-Jahren den Positionierungsprozess und die Wahlverluste der CVP bis ins 21. Jahrhundert begleiten sollten.[542] Weil man schon parteiintern um Kompromisse ringen müsse, hätten die Parolen der CVP oftmals zu wenig scharfe Konturen: «Das führt dazu, dass die Partei für Aussenstehende zu wenig fassbar ist. Sie erkennen nicht auf Anhieb, wo diese Partei steht», so der langjährige Freiämter CVP-Regierungsrat Peter Wertli (*1943).[543]

Nach 1990: Stadt und Land driften auseinander

Die historischen Konfliktlinien zwischen den Konfessionen und Klassen hatten nach dem Fall der Berliner Mauer ihre Relevanz endgültig verloren. In den 1990er-Jahren Jahre wurde die SVP auch und besonders im Aargau zum Sammelbecken der national- und wertkonservativen Kräfte. Die ehemalige Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei erweiterte ihre soziale Basis massiv.[544] Dies war verbunden mit der räumlichen Ausdehnung der Agglomerationen und einem Identitätsschwund in den Aargauer Dörfern. Paradoxerweise nahm in den locker besiedelten Agglomerationen im Aargau der gefühlte Dichtestress zu und wurde gleichsam zum sozialen Resonanzverstärker für fremdenfeindliche Diskurse und zum Echoraum für historische Mythen, wie sie von der SVP erfolgreich politisiert wurden.[545]

Sozial konservative Positionen waren allerdings nicht neu. In den Reihen der BGB/SVP war im Grossen Rat bis zu dessen Einführung gegen das Frauenstimmrecht gekämpft worden.[546] Die 1960er-Jahre brachten das «Nachvornedrängen des sogenannten Bürgerflügels». Die BGB hatte mit dem Unternehmer Jakob Hüssy aus Safenwil

Die Zauberformel für den Bundesrat – von einem Freiämter erfunden

Am Ende des 20. Jahrhunderts hatte die CVP nur noch im erst später vom Bevölkerungswachstum ergriffenen Bezirk Muri mehr als 25 Prozent Wähleranteil. Auch das obere Freiamt wechselte in den 1990er- und frühen 2000er-Jahren mehrheitlich zur SVP. Was auf der Ebene der Parlamentswahlen zunehmend als Defizit empfunden wurde, verhalf CVP-Exponentinnen bei Majorzwahlen immer wieder zu Erfolgen: So wurde 2006 mit der Freiämterin Doris Leuthard die erste im Aargau verankerte Bundesrätin seit dem 1935 zurückgetretenen Edmund Schulthess (1868–1944) gewählt.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Zauberformel der Bundesratszusammensetzung mit je zwei FDP-, CVP-und SP-Vertretern sowie einem SVP-Vertreter ausgedient. Dieser starke politische Stabilitätsanker für die Regierungsbildung während des Kalten Kriegs war vom Boswiler Katholisch-Konservativen Martin Rosenberg (1908–1976) vorgeschlagen worden. Der langjährige Bundeshausjournalist und Generalsekretär der Konservativen Volkspartei vertrat auf nationaler wie internationaler Ebene eine Politik der bürgerlichen Verständigung und des Kompromisses. Die Zauberformel hatte von 1959 bis 2003 Bestand, als das Parlament die amtierende CVP-Bundesrätin Ruth Metzler (*1964) abwählte und stattdessen der SVP mit der Wahl Christoph Blochers einen zweiten Sitz in der Regierung zugestand.[1]

1 «Martin Rosenberg», HLS 2010.

215 Der Freiämter Martin Rosenberg, undatierte Aufnahme. Rosenberg war jahrzehntelang Generalsekretär der Konservativen Volkspartei und massgeblich in die Erfindung der Zauberformel für die Parteizusammensetzung des Bundesrats involviert. Diese wurde bei allen Bundesratswahlen von 1957 bis 2003 befolgt.

Ein bürgerliches Netzwerk: die Aargauische Vaterländische Vereinigung

In der nach dem Landesstreik 1919 gegründeten antikommunistischen Aargauischen Vaterländischen Vereinigung (AVV) versammelten sich Bürgerliche verschiedener parteipolitischer Couleurs. Die Aargauer Sektion überlebte nicht nur den Zusammenbruch des Schweizerischen Vaterländischen Verbands in den 1940er-Jahren, sondern auch das Ende des Kalten Kriegs 1989. Die Vereinigung löste sich 2020 auf. Bis ins 21. Jahrhundert stellte die AVV ein wichtiges Karrierenetzwerk für viele bürgerliche Aargauer Politiker dar.

Bis in die 1970er-Jahre bildeten die antikommunistische Bildungsarbeit mit Vortragszyklen zum Kommunismus sowie die Armeepolitik im Rahmen des Kalten Kriegs einen Schwerpunkt. Später konzentrierten sich die zunehmend öffentlich ausgetragenen Kontroversen mit der politischen Linken in weltanschaulich polarisierten Fragen der Bildungs-, Kultur-, Drogen-, Asyl- sowie der Sicherheitspolitik. Besonders intensiv wandte sich die AVV ab den 1970er-Jahren der Medienkritik an den «öffentlichen Monopolmedien» von Radio und Fernsehen DRS zu. In den 1990er-Jahren schaltete sich die AVV in die Debatte um die nachrichtenlosen Vermögen jüdischer Holocaustüberlebender ein und verteidigte das eigene Geschichtsbild der Schweizer Weltkriegsvergangenheit gegenüber einer gewandelten Öffentlichkeit in einem lauten Rückzugsgefecht.

Der Kampf gegen «alle ungesunden und unschweizerischen Erscheinungen politischer und kultureller Art», gegen die «Bedrohungslage einer offenen Gesellschaft», so der Brugger Freisinnige Markus Herzig (1931–2018, Vizepräsident AVV), übertrug sich später auf den Bereich des als politische Korrektheit gebrandmarkten, «staatlich verordneten» Feminismus oder den Antirassismus-Artikel im Strafrecht.[1] Die Anfang der 1990er-Jahre noch rund 700 fast ausschliesslich männlichen Mitglieder der AVV kamen vor allem aus den Reihen der SVP, der Autopartei, der FDP und CVP. Keine Kontakte bestanden zur Nationalen Aktion und zum im Aargau ebenfalls präsenten, bevölkerungspolitisch aktiven Verein Ecopop. 2009 organisierte der Verein eine erfolgreiche Abwahlkampagne gegen den damaligen Aargauer Bildungsdirektor Rainer Huber (CVP) und dessen Volksschulreform «Bildungskleeblatt». Als starke nationalkonservative Kraft hatte die SVP der AVV allerdings bereits seit Längerem den Rang abgelaufen.[2]

1 DRS aktuell, 17.1.1985; Ehinger 2020, 95ff. und 122ff.
2 Ehinger 2020, 135f. und 146ff.; AZ 27.11.2019.

216 Titelseite *Abendland*, vor der Abstimmung zum UNO-Beitritt 1986. Wertkonservative Positionen waren im Aargau ab den 1980er-Jahren verstärkt spürbar. Das Abstimmungsverhalten des «Kantons der Mitte» wurde etwa in Europa- oder Asylabstimmungen konservativer. Ein Meinungsorgan für rechtskonservative Positionen war das *Abendland* des Würenlingers Herbert Meier.

Abendland
Stimme
Folgen eines Beitritts nicht zu verantworten!
Neutralität JA
UNO NEIN
UNO-Beitritt gefährdet unsere Neutralität
Hier irrt Herr Friedrich

oder dem Studenten, Herausgeber der Zeitschrift *Abendland* und rechtskonservativen Anti-1968er Herbert Meier aus Würenlingen pointiert rechtsbürgerliche Politiker in ihren Reihen. Die politische Zuspitzung gegen links verstärkte sich.[547] Ernst Weiss (1928–2012), Aargauer SVP-Präsident in den 1980er- und 1990er-Jahren, pochte auf die Eigenständigkeit der Kantonalpartei und wollte den von ihm vertretenen Arbeitnehmerflügel neben Bauern und Gewerbe stärken.[548] Die SVP reichte im Grossen Rat weniger Vorstösse ein als die beiden anderen bürgerlichen Parteien, auch weniger als die viel kleinere EVP, womit sie ihrer ordnungspolitischen Skepsis gegenüber staatlichen Eingriffen Ausdruck verlieh.[549]

Langsame Ablösung vom bäuerlichen Milieu

Im Parteiprogramm von 1989 war zu lesen, die sozialen Errungenschaften seien gezielt auszubauen; es wurde Kritik nicht nur an den Grünen, sondern auch an der Autopartei («Ideologisierung» der ökologischen Probleme) geübt.[550] Dies im Gegensatz zur «Einfriedungsstrategie», welche die Zürcher SVP unter Christoph Blocher gegenüber den Rechtsparteien verfolgte.[551] Auch rhetorisch wurde gegenüber den «Neinsagern» Distanz markiert und die Eigenständigkeit der Aargauer SVP betont.[552] Zwar konnte die SVP bereits in den 1970er- und 1980er-Jahren vom wachsenden Wählersegment der Angestellten und Arbeitnehmerinnen profitieren. Die Partei löste sich aber noch nicht eindeutig von ihrem Entstehungsmilieu als Interessenvertretung der Bauern. So heisst es in der Parteichronik von 1990: «Das Bild der Partei gleicht dem einer grossen Familie, welche ihre Vorfahren zwar fast ausschliesslich im Bauernstand findet, deren Glieder aber heute in allen möglichen Berufen stehen.»[553]

Dies gelang unter veränderten politischen Vorzeichen in den 1990er-Jahren nach dem Ende des Kalten Kriegs. Der neue zentrale Gegensatz lautete: politische Öffnung nach Europa oder Eigenständigkeit der Schweiz mit einem national gefassten Identitätsverständnis. Dies führte bei FDP und CVP zu Positionskämpfen zwischen Konservativen und Modernisierungswilligen. Die SVP bot sich dagegen als neuer Hafen an und unterstrich dies mit nationalistischen Kampagnen. So konzentrierte sich die rechtsbürgerliche Wählerschaft bei der Volkspartei, während FDP und CVP erodierten. «Dieser Teil der Bevölkerung sah das Konservative, das Erhaltende, bei diesen Parteien nicht mehr hoch im Kurs und wechselte deshalb zur SVP», so Altnationalrat Theo Fischer.[554]

Aargauer SVP zwischen Berner und Zürcher Flügel

In den 1990er-Jahren wurde diese Neuausrichtung innerhalb der Partei öffentlich ausgetragen. So fiel es dem SVP-Bundesrat Adolf Ogi (*1942) nach der hart ausgetragenen Auseinandersetzung um den abgelehnten EWR-Beitritt der Schweiz «nicht leicht», 1993 vor 1500 Zuschauern am Parteifest der SVP in Holziken aufzutreten: «Niemand hat den Patriotismus für sich allein gepachtet.» Die ganze Rede Ogis war ein Versuch, den Kurs der SVP wieder in Richtung «der staatstragenden Mitte und Konkordanz» hinzusteuern. Christoph Blocher hingegen erntete für seine gegen den Bundesrat gerichtete Rede frenetischen Applaus.[555] Die Aargauer SVP hielt sich in der Mitte zwischen Berner und Zürcher Flügel.

Zwischen 1953 und 1993 erreichte die BGB/SVP bei Grossratswahlen konstant zwischen 14 und 17 Prozent der Stimmen. Dann erfolgte der schlagartige Aufstieg mit 33,5 Prozent im Jahr 2001, nachdem die rechts aussen agierende Freiheitspartei (ehemalige Autopartei) aufgesogen worden war. Die Steigerung der SVP-Wähleranteile ist zu einem erheblichen Teil auf Gewinne in den traditionell katholischen Wählerschichten im Ostaargau zurückzuführen.[556] Im Nationalrat übernahm die SVP den Sitz der Freiheitspartei und einen Sitz der FDP, was in beiden Fällen mit Parteiübertritten von bereits amtierenden Nationalräten der Verliererparteien verbunden war (Ulrich Giezendanner, *1953, und Luzi Stamm, *1952).[557]

Im schweizweiten Vergleich politisiert die SVP Aargau seit Ende der 1990er-Jahre «am rechten Rand des Spektrums», in ihrer Fraktion sitzen viele Gewerbetreibende.[558] Die Haltung der SVP wurde «strikter und kompromissloser», was wegen des wieder wachsenden Mittelagers im Grossen Rat während der 2010er-Jahre immer wieder auch zu Misserfolgen der SVP mit ihrem neuen Juniorpartner, der FDP, führte.[559] Die Zahl der Frauen erhöhte sich nur langsam von drei (1990) auf fünfzehn SVP-Grossrätinnen (2019).

Konflikte mit dem «frühgrünen» Baudirektor

Die Aargauer Kantonalpartei blieb von Flügelkämpfen, wie sie national auftraten, auch nach dem sprunghaften Anstieg ihrer Wähleranteile weitgehend verschont. «Gewaltige Spannungen im Gebälk» und «etliche Parteiaustritte» bis zur Abwahl Christoph Blochers aus dem Bundesrat 2008 gab es jedoch in Ortsparteien, so etwa in Rheinfelden.[560] 2008 entstand die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) Aargau, wobei hier – im Gegensatz etwa zur Berner oder Bündner Partei – keine ehemaligen SVP-Exponenten prominent auftraten, sondern eine neue Politikergeneration zum Zuge kam.

Eine gewisse Polarisierung innerhalb der Aargauer SVP ergab sich auch durch ökologische Anliegen, für welche der ab 1983 im Amt stehende Ulrich Siegrist (*1945) als Regierungsrat grosses Verständnis aufbrachte und denen er in konkreten Projekten zum Durchbruch verhalf. So sistierte er etwa Strassenbauprojekte, was in der SVP-Parlamentsfraktion teilweise auf Ablehnung stiess.[561] In seiner Rede «Demokratie kann warten» (1998) griff Siegrist ein Bündel von Fragen zum grundsätzlichen und geschichtlich wandelbaren Verhältnis von Freiheit, Demokratie und Macht zu ökologischen Zusammenhängen auf. «Das System der Legislaturperioden liegt quer zur Langfristigkeit. […] Der Kampf für die Freiheit der nächsten Generationen wird als Eingriff in die Freiheit der derzeitigen Generation erlebt. Deshalb wird zwischen Umweltpolitik und liberaler Freiheit immer wieder ein Gegensatz konstruiert, den es so gar nicht gibt, denn es ist vielmehr ein Interessengegensatz

zwischen den Generationen.»[562] Beinahe wäre der als «halber Grüner» geltende Aargauer Bau- und Finanzdirektor der Volkspartei bei der Nachfolge von Adolf Ogi Bundesrat geworden, obwohl er aufgrund der Positionsverschiebungen in der Partei in den 1990er-Jahren zunehmend zu einer grünliberalen Randfigur geworden war. Später trat er aus der seiner Meinung nach «stromlinienförmigen» SVP-Bundeshausfraktion aus.[563]

Grüne zwischen neuer Linken und Reformkraft

In den 1980er-Jahren restrukturierte sich das kleine Feld der linken Aargauer Oppositionsbewegungen in grünen Listen, in denen sich die verschiedenen lokalen und regionalen alternativen Gruppen versammelten. Rund 200 Aktivistinnen und Aktivisten kamen in der Alternativbeiz Ochsen in Zofingen zusammen, um aufbauend auf lokalen, ökologisch orientierten Strukturen (Läbigs Zofingen, Bärentatze Kölliken, Team Baden, Eichlebutzer Würenlingen, Früschi Briise Wettingen, grüne Listen in Aarau, Lenzburg und Brugg) der Zersplitterung etwas entgegenzusetzen.[564] Im Hinblick auf die Nationalratswahlen von 1983 entstanden die Grünen Aargau als kantonaler Zusammenschluss.[565] 1984 wurde aus dieser Vernetzung eine inhaltliche Plattform, ein grünes Programm für den Aargau lanciert, das nebst der ökologischen Frage soziale Gerechtigkeit und die Gleichheit der Geschlechter einforderte. In diesem Manifest ist auch die Herkunft verschiedener linksökologischer Strömungen aus den maoistischen und leninistischen Kaderparteien sowie der trotzkistischen RML der 1970er-Jahre noch spürbar.[566]

Der nach einer langen Diskussion um den Parteinamen gestrichene Mittelteil «Alternative» blieb symptomatisch für die Positionierung der Grünen im Aargau. Bis Ende der 1980er-Jahre standen zwei Flügel in einem Spannungsverhältnis zueinander: Der eine Flügel wollte an einer antisozialpartnerschaftlichen linken Bewegungspartei jenseits der Sozialdemokratie festhalten,[567] der andere plädierte für eine Öffnung als «ökologische Reformkraft», um die «in Bewegung geratenden Mittelschichten» anzusprechen. Die internationalistisch-revolutionären Untertöne der 1970er-Jahre wichen im Selbstverständnis allmählich der Rolle einer Opposition, die sich auf die Programmformel «Lebensqualität in einer solidarischen Gesellschaft» einigte und zunächst insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene Erfolge in der Umwelt-, Verkehrs-, Energie-, Kultur- und Bildungspolitik feiern konnte.[568]

Wahlsiege und Einbrüche, die 1980er- und 1990er-Jahre

Schweizweit gewannen die Grünen zwischen 1984 und 1989 insgesamt siebzig kantonale Parlamentsmandate, im Aargau 1985 auf Anhieb fünf, 1989 elf Grossratssitze.[569] Bei den Nationalratswahlen 1987 errang Hanspeter Thür (*1949) auf Kosten der SP ein Nationalratsmandat. Die Aargauer Grünen wurden mit sieben Prozent Wähleranteil stärkste Oppositionskraft. Die Grünen waren attraktiv für Leute, die neu in die Politik kamen.[570] Der Wahlsieg wurde als «kraftvoller Ausdruck des andern Aargaus» und der Zusammenführung «des gesamten grünen Oppositionspotenzials» gewertet.[571]

Damit waren die Flügeldiskussionen nicht beendet, bei denen besonders die RML/Sozialistische Arbeiterpartei aus Baden auf Autonomie pochte. Schliesslich wurde jedoch der Beitritt zur Grünen Partei Schweiz beschlossen. Nationalrat Thür blieb zunächst fraktionslos und schloss sich erst nach diesem Entscheid der grünen Fraktion im Bundeshaus an, die dadurch in den 1990er-Jahren stärker nach links rückte.[572] Die grünen Aargau waren zurückhaltend in der Frage des Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) 1992, da diesem die politische Perspektive eines geeinten Europas gefehlt habe. Anfang des 21. Jahrhunderts führten die weiter schwelenden Spannungen zwischen marktliberalen und linken Strömungen unter anderen Voraussetzungen zum erneuten Auseinandergehen und zur Gründung der Grünliberalen Partei (GLP).

Grüne Erfolge bei Strassenbauprojekten im Aargau

Im Grossen Rat versuchten sich die Grünen mit einer prononcierten Oppositionspolitik und, etwa in der Fichen-Affäre, als regierungskritische Partei zu profilieren. Gegen die «ökologisch gesehen absolute Nullwachstumspolitik», wie sie im Legislaturprogramm von 1986 zum Ausdruck kam, wurde eine stärkere Lenkung in Energie-, Umwelt- und Strassenbauprogrammen und die Gleichstellung von Frau und Mann in der Verwaltung gefordert.[573] Ihre kantonale Volksinitiative für «Mehr Demokratie im Strassenbau» wurde 1987 zwar abgelehnt, mit dem angenommenen Gegenvorschlag liessen sich aber die Volksrechte bei der Finanzierung von Strassenbauten ausweiten. Auslöser dafür war besonders die umstrittene Staffelegg-Zubringerstrasse östlich von Aarau nach Küttigen, die 1984 vom Grossen Rat in einer Variante mit kürzerem Tunnel durch das Horenbachtäli bewilligt worden war und die mittels der grünen Initiative rückwirkend noch einem Volksentscheid unterstellt werden sollte.[574]

In einem Rückblick auf die ersten sechs Jahre wurde 1989 konstatiert: «Die grüne Bewegung im Aargau hat etwas gebracht. […] Konkret würde z. B. die Strassenbau- und Umweltpolitik im Aargau anders aussehen, wenn es keine grüne Bewegung gäbe.»[575] Die parteipolitischen Wahlerfolge der 1980er-Jahre konnten die Grünen erst im neuen Jahrtausend weiterführen, wiederum meist auf Kosten der SP.[576] «Das meiste, was wir erreicht haben, geschah indirekt, indem wir grüne Kräfte in anderen Parteien, an anderen Stellen gestärkt haben.»[577]

Reaktion auf die grüne Welle – die Autopartei

In den 1990er-Jahren wählte mehr als ein Viertel der Aargauer Wählenden Nichtregierungsparteien, analog zum Ergebnis auf gesamtschweizerischer Ebene.[578] Nebst einem emotionalen Politikstil wurde die «punktuelle Betroffenheit» als gemeinsamer Nenner rechter und linker Oppositionsgruppierungen identifiziert, deren Wählerpotenzial sich aus dem Protest gegen die etablierten Parteien und

dem Schwund von deren Stammwählerschaft ergebe. Dieser Wert fiel im 21. Jahrhundert wieder unter zwanzig Prozent, trotz der Etablierung der grünen Parteien, die mit Ausnahme der Regierungszeit von Susanne Hochuli (2009–2016) Opposition blieben.

Als Gegenpol zu den Grünen wurde 1985 die Autopartei gegründet. Die Aargauer Sektion folgte 1987.[579] Mit einem harten Kampagnenstil und der Zeitschrift *Tacho*, die vor Wahlen mit Grossauflagen in Millionenhöhe verteilt wurde, griff die Partei eine «grüne Verbotsdemokratie» und bürgerliche Umweltpolitiker in den Reihen der Freisinnigen und der SVP an. So profilierte sie sich rasch als behördenkritische Protestpartei. Der Aargauer Sektion gehörten Ende 1988 bereits 1300 Mitglieder an.[580] Die meisten Wähler und Kandidaten waren Männer und arbeiteten in der Transport- und Garagistenbranche. 1991 holte die Autopartei in den Mittellandkantonen acht Nationalratssitze, davon zwei im Aargau. Die Autopartei ermöglichte ihren Exponenten kometenhafte Politkarrieren, so wurde der Wohler Unternehmer René Moser (*1941) innert kurzer Zeit Einwohnerrat, dann Grossrat und schliesslich Nationalrat. 1993 erfolgte bei den Grossratswahlen ein Wähleranteil von 11,3 Prozent. Mit 19 Grossratssitzen wurde die Autopartei stärkste Oppositionskraft.

Der Einsatz für automobile Freiheit wurde um die Forderung nach tiefen Steuern und Abgaben, wenig staatlicher Regulierung und einer harten Asylpolitik ergänzt.[581] Nach österreichischem Vorbild umbenannt in Freiheitspartei (FPS) folgte ab Mitte der 1990er-Jahre rasch der Einbruch. Zwischen 1995 und 1999 verlor die FPS in allen Parlamentswahlen Sitze; auch wegen Parteiübertritten wurden ihre politischen Aushängeschilder und ihr Wählerpotenzial Anfang des neuen Jahrzehnts von der SVP aufgesogen.[582] FPS-Wortführer Ulrich Giezendanner hatte seine politische Tätigkeit in den 1980er-Jahren bei den Freisinnigen begonnen und die Partei wegen deren Unterstützung der Schwerverkehrsabgabe verlassen. Als Nationalrat schloss sich der Rothrister Transportunternehmer schliesslich der SVP an, wo er zu deren verkehrspolitischem Sprecher aufstieg. Zuvor waren vier Aargauer Grossräte der FPS geschlossen zur FDP übergetreten, die wieder «konsequenter» eine bürgerliche Politik betreibe.[583]

Bespitzelung von Aargauer Oppositionellen

Im Rahmen der Untersuchung von Begünstigungsvorwürfen gegenüber Bundesrätin Elisabeth Kopp wurde im Herbst 1989 öffentlich, dass die Bundespolizei während des Kalten Kriegs jahrzehntelang politisch aktive Schweizerinnen und Schweizer überwacht hatte. Da die Informationen vorwiegend über die kantonalen Polizeikorps beschafft worden waren, geriet der Staatsschutz auch im Aargau ins Scheinwerferlicht.[584] Rund 5800 Einzelpersonen, davon fast vierzig Prozent Ausländerinnen und Ausländer, und 300 Organisationen wurden seit dem Aufbau einer eigenständigen Staatsschutzabteilung im Aargau registriert; rund 250 Personen wurden ausschliesslich durch den kantonalen Nachrichtendienst erfasst.[585] Bezahlte Spitzel und private Agenten habe es im Aargau keine gegeben. «Es wurden zweifellos Fehler begangen, indem zuviel registriert wurde und die Beurteilung zuwenig differenziert erfolgte», so die Bilanz des Regierungsrates.[586]

Die Fichenaffäre führte im Mai 1990 zu einer Debatte im Grossen Rat. Parlamentarierinnen und Parlamentarier wiesen vor allem auf die verstärkte Kontrolle des Staatsschutzes hin, aber auch darauf, dass es die Regierung an einer staatspolitischen Einordnung und Bewertung der Vorgänge fehlen lasse. Giorgio Leuenberger trat als Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei mit seiner eigenen Fiche auf: «Wo der Geist in der politischen Auseinandersetzung nichts erreicht, muss der Gendarm hinzugezogen werden.»[587] Bei ihm selbst seien zum Beispiel alle Wohnungswechsel registriert worden. Der grüne Aargauer Nationalrat Hanspeter Thür war bereits als Präsident der Studierendenschaft der Universität Basel registriert worden, dann wieder als «neuer Linksextremist im Aargau» im Rahmen seiner Tätigkeit bei den Demokratischen Juristen, später bei der Gründung der Grünen Aargau 1983 und schliesslich auch noch wegen einer parlamentarischen Anfrage als Nationalrat.[588] «Entscheidend waren nicht die oft banalen Einträge in einer Fiche, sondern *dass* man registriert war. Das war das Armutszeugnis für einen demokratischen Staat», so Thür, der später als Eidgenössischer Datenschutzbeauftragter wieder mit der «gesunkenen Halbwertszeit» nun digital gesammelter Daten konfrontiert war.[589] Am anderen Ende des politischen Spektrums meinte Ulrich Giezendanner von der Autopartei, er habe auch eine Fiche, weil er einmal im Osten gewesen sei: «Wir haben keine Staatskrise. Wir haben ein links gesteuertes Medientheater, das ist das Ganze.»[590]

Das Parlament untersucht die Staatsschutzakten

Auf Antrag der Grünen beschloss der Grosse Rat eine Parlamentarische Untersuchungskommission. Der Schlussbericht der PUK verzögerte sich aufgrund von «Machtkämpfen» zwischen Exekutive und Legislative.[591] «Wir hatten zunächst nichts in der Hand, der Regierungsrat war sehr misstrauisch. Es war eine Wahnsinnsmühe, überhaupt erst Zugang zu bekommen», so PUK-Präsident Heiner Studer (*1949, EVP) im Rückblick.[592] Das von der PUK eruierte Tätigkeitsfeld des kantonalen Staatsschutzes betraf – nebst dem Interesse der Bundespolizei für Spionageaktivitäten und Terrorismus – die Kategorien Extremismus, Bürgerrechtsehen, Asylsuchende, Einbürgerungen sowie Bewerbungen auf kantonale Stellen.

Die meisten Informationen kamen von den Bezirksposten der Kantonspolizei. Bezüge gab es auch zu den Einwohnerkontrollen der Gemeinden, der Fremdenpolizei oder zu privaten Informantinnen und Informanten, die unaufgefordert an den Nachrichtendienst gelangten.[593] Teils erhielten auch Personen eine Fiche, die einzig von ihren politischen Rechten Gebrauch gemacht hatten, indem sie Leserbriefe geschrieben, Flugblätter verteilt oder an einer Demonstration teilgenommen hatten. Die «Badener Bewegung» (so die Interessengemeinschaft Kulturzentrum Baden und die Hausbesetzung der ehemaligen Brauerei Falken) wurde observiert; hingegen verneinte der Aargauer Nach-

217 Die Gründung der Grünen Aargau im Restaurant Ochsen in Zofingen, 1983. Entstanden aus verschiedenen linksalternativen und lokalen Oppositionsbewegungen, etablierten sich die Grünen rasch als stärkste kantonale Oppositionskraft. Ab 2009 stellten sie mit Susanne Hochuli ihre erste Regierungsrätin.

218 Manifest zur Gründung der Grünen Aargau, 1984. Das 55-seitige Programm vertrat eine prononcierte Oppositionspolitik im Parlament und auf der Strasse. Das Dokument war das Resultat eines intensiven Diskussionsprozesses unter linksökologisch Bewegten aus verschiedenen Gruppen und bildete den Auftakt für die Grossratswahlen 1985.

219 Ulrich Giezendanner (*1953) präsentiert die Verlagerung von Gütern auf die Schiene am Standort seines Transportunternehmens in Rothrist, 1997. Giezendanner war aus dem Freisinn zur neuen Autopartei übergetreten, um gegen ökologische Lenkungsabgaben und für tiefe Steuern und Abgaben zu kämpfen. Später politisierte Giezendanner für die SVP.

Ueberwachung der Tätigkeit der RML
(Revolutionäre Marxistische Liga) im Kanton Aargau

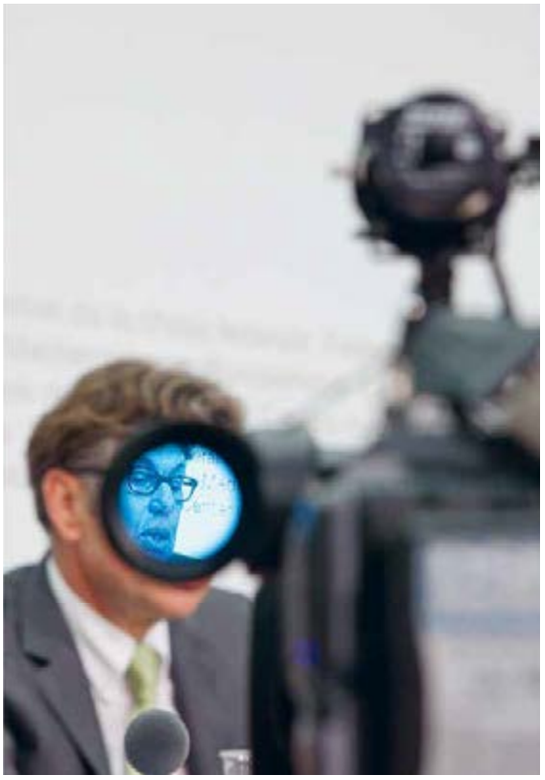
In einem Bericht vom 13.1.1976 macht die Kantonspolizei Olten darauf aufmerksam, dass u.a. nachstehende Person mit Linksextremisten in Olten in Verbindung steht und zum mindesten als RML - Anhänger angesprochen werden muss.

(1) Im Auftrage des Herrn [redacted] ersuchen wir Sie um Ihren dreifachen Bericht, unter besonderer Berücksichtigung der politischen Belange, bis 6.3.1976. Keine Hinweise auf frühere Berichte. Anzuführen ist besonders die jetzige Tätigkeit und Arbeitsstelle. Die Erhebungen sind diskret zu machen.

[redacted] Strasse !

220 Auszug aus einer Fiche über die Revolutionäre Marxistische Liga Aargau. Fichierte Personen erfuhren zum Teil berufliche Nachteile, etwa wenn sie als Lehrer oder an der Universität arbeiteten. Auch im Aargau erhielten während der Jahrzehnte des Kalten Kriegs Tausende Einzelpersonen und Hunderte Organisationen einen Eintrag in die Staatsschutzkartei.

221 Die «Wanzenaffäre» im Oppositionsmagazin *Gegendruck*, 1986. Der versuchte Einbau von Abhöranlagen im Neubau des Polizeikommandos in Aarau sorgte schweizweit für Schlagzeilen. Zuvor war die Kantonspolizei Aargau bereits für ihre harte Verhör- und Verhaftungspraxis in die Kritik geraten.



222 Der als Grüner lange Jahre überwachte und als linksrevolutionär verdächtigte Aarauer Politiker Hanspeter Thür (*1949) wurde später Eidgenössischer Datenschutzbeauftragter.

richtendienst, je Abhörvorrichtungen verwendet zu haben.[594] Eine systematische Bespitzelung erkannte die PUK nicht, hingegen «zeigte sich, dass überaus sensibel reagiert wurde, sobald die Polizei in irgendeiner Art und Weise kritisiert wurde».[595] Eine Einordnung der so beschafften Informationen fehlte in den meisten Fällen.

Als eigene Abteilung der Kantonspolizei war der Nachrichtendienst 1977 im Nachgang der Besetzung des Baugeländes für das AKW Kaiseraugst gebildet worden. Bis 1989 wurden die Dossiers ohne EDV-Mittel geführt. Die Observationen der Besetzerinnen und Besetzer in Kaiseraugst wurden von der PUK als «sachbezogen, korrekt und verhältnismässig» bewertet.[596] Man habe besonders über die Anführer Informationen gesammelt. Die im *Aargauer Kurier* geäusserte Vermutung, wonach – ähnlich wie im Kanton Zürich – versteckte Akten des Staatsschutzes im Freiämter Kloster Hermetschwil weggeschafft worden seien,[597] konnte nicht erhärtet werden: «Das waren Beauftragte der Kirchgemeinden, die dort Hostien aus der Bäckerei abgeholt haben.»[598]

Fichierte Personen erhielten Probleme mit Arbeitgebern

In ihrer vorsichtigen Bewertung der Staatsschutztätigkeit im Kanton Aargau bilanzierte die PUK, dass «zuvieles und zuviel registriert worden [sei] und Informationen von Zuträgern zuwenig geprüft bzw. kritiklos übernommen» wurden. Die PUK relativierte auch die Aussage des Regierungsrates, wonach Aargauer Bürgerinnen und Bürger, die ihre Grundrechte ausgeübt und sich an demokratische Maximen gehalten hätten, in keiner Weise bespitzelt worden seien. «Die beim Bund festgestellten Mängel treffen auch auf den kantonalen Nachrichtendienst zu, aber in geringerem Ausmass» – die politische Gesinnung wurde auch im Aargau in die Fichen eingetragen, was bei Einzelnen zu Problemen mit Arbeitgeberinnen oder Vermietern führte, weil diese sensiblen Daten zwischen Behörden und Privatpersonen zirkulierten.[599]

In anderen, kleineren Kantonen war der Nachrichtendienst wesentlich grösser. «Im Aargau hatten sie genug zu tun, die Aufträge des Bundes wahrzunehmen. Was sie bekamen, waren Mitteilungen von Gemeindeschreibern, in denen diese mitteilten, wer in die DDR oder nach Ungarn gegangen war. Da konnten wir nur den Kopf schütteln», so der damalige PUK-Präsident Heiner Studer.[600] Während der Aufarbeitung der Fichenaffäre beschrieb SP-Grossrat Heinrich Buchbinder, wie er selbst den «Dilettanten» auf die Schliche gekommen war: 1968 adressierte er eine Einladung zur Gründung der Schweizer Bewegung für atomare Abrüstung an sich selbst und steckte die Einladungskarte unter Zeugen verkehrt herum ins Couvert, um den Brief drei Tage später wieder in Empfang zu nehmen – mit korrekt eingelegter Einladungskarte.[601]

Im Sommer 1991 liess der Regierungsrat die kantonalen Kopien der Bundesfichen vernichten, was im Aargauer Parlament für einen Tadel sorgte: Linke und rechte Parlamentarierinnen und Parlamentarier kritisierten das Vorgehen. PUK-Präsident Heiner Studer meinte, das Problem liege darin, dass die «Originalakten des Bundes mit Bundesakten bei den Kantonen nicht identisch sein müssen». Die unterschiedliche Praxis könne nun nicht mehr nachvollzogen werden.[602]

Abhöranlagen im Aargauer Polizeikommando fliegen auf

Zeitgleich mit der Eröffnung des neuen Polizeikommandos in der Aarauer Telli 1985 machte die Zeitung *Weltwoche* eine Abhöreinrichtung in der Zelle für Untersuchungshäftlinge sowie im Anwaltszimmer publik. Der vorinformierte ehemalige freisinnige Aarauer Stadtpräsident und Grossrat Markus Meyer (1934–2015) hatte mit den Regierungsräten Victor Rickenbach und Ulrich Siegrist einen Augenschein genommen, damit die «Regierung die Sache nicht aus der Zeitung erfährt».[603] Die Mikrofone waren in fest installierte Leitungen eingelassen, die während der Bauzeit errichtet, aber gegenüber den politischen Verantwortlichen verheimlicht worden waren. Der Aargauer Polizeikommandant Léon Borer (*1945) erklärte zunächst, die Abhöranlangen seien im Hinblick auf «ausserkantonale Rechtshilfeersuche» eingerichtet worden, und bestätigte damit seine Mitwisserschaft. Der Vorsteher des Innen- und Polizeidepartements, Victor Rickenbach, war bei der Besichtigung «aus allen Wolken» gefallen.[604] Die Regierung erklärte, dass eine Rechtsgrundlage zum Abhören von Gefangenen fehle, und veranlasste die unverzügliche Demontage der Abhöranlagen.

Erste Abklärungen des Regierungsrates ergaben keine klare Verantwortlichkeit für die Installation der Abhörmikrofone. Borer nahm einzig bauliche Vorkehrungen für die Installation auf sich und betonte, dass «entgegen seinen Intentionen auf der unteren Dienstebene angeordnet worden sein soll, die Massnahmen weiterzutreiben als nur im baulichen Bereich».[605] Die Inbetriebnahme wäre nur bei einer richterlichen Verfügung erfolgt. «Darüber bestand stets völlige Klarheit», so Borer. Der Finanzposten für die Leitungsinstallation war in einem anderen Posten versteckt worden und nur mündlich ergangen, wogegen mit dem zuständigen Regierungsrat und Chef des Polizeidepartements, dem Sozialdemokraten Louis Lang, sogar die Standorte der Kaffeeautomaten besprochen worden waren.[606] Lang hatte seine Beteiligung in Abrede gestellt und zugleich seinen Polizeikommandanten in Schutz genommen.[607]

Juristische und politische Bewertung der «Wanzenaffäre»

Im Grossen Rat gingen die Wogen hoch: Während die Bürgerlichen mehrheitlich von einer aufgebauschten Medienkampagne sprachen und der Polizei ihr Vertrauen bekundeten, wurde vom Grünen Hanspeter Thür die Entlassung des Polizeikommandanten gefordert: «Sicher ist, dass jemand, der im klaren Bewusstsein handelt, dass für eine bestimmte Massnahme eine richterliche Verfügung nötig ist, nicht klammheimlich unter Umgehung der politischen Instanzen ‹Wanzen› einbaut.»[608] Der «Wanzenaffäre» vorangegangen war eine kritische Berichterstattung ausserkantonaler Medien

zur Praxis der Aargauer Kantonspolizei bei Verhaftungen und Hausdurchsuchungen, deren Verhältnismässigkeit infrage gestellt worden war.[609]

Mehr als zwei Monate nach Bekanntwerden der Abhöreinrichtungen lag der Untersuchungsbericht eines ehemaligen Oberrichters vor. Dem Polizeikommandanten sei es darum gegangen, «Gespräche zwischen Gefangenen oder Gefangenen und Besuchern abzuhören». Die Abhörung von Gesprächen zwischen Gefangenen und Anwälten sei gemäss dem Bericht des Polizeikommandanten «nicht vorgesehen» gewesen.[610] Der politische Vorgesetzte im Regierungsrat, die Staatsanwaltschaft, das Obergericht oder das Parlament seien nicht informiert worden, weil der Polizeikommandant die Sache «vertraulich» habe behandeln wollen.[611]

Ein Ergänzungsbericht hielt fest, dass «im Dunkeln» bleibe, wie weit der ursprüngliche Auftrag des Polizeikommandanten an seinen untergebenen Funktionär gegangen sei, ob dieser nur die baulichen Vorkehrungen oder auch die Erstellung der Abhöranlage umfasst habe. Auch ein «Unrechtsbewusstsein» der beiden hohen, mit dem Auftrag betrauten Polizeioffiziere könne nicht ohne Weiteres angenommen werden, da der Auftrag zur Erstellung an ein auswärtiges Elektroingenieurbüro gegangen sei und damit angenommen werden könne, dass die Sache nicht geheim bleiben würde.[612] Ein juristisches Gutachten kam zum Schluss, dass die Abhörung in einem Bezirksgefängnis ohne Genehmigung durch die Beschwerdekammer des Obergerichts zwar rechtlich nicht zulässig sei, dass aber der Straftatbestand des eventualvorsätzlichen Abhörens trotzdem nicht erfüllt sei.[613]

Parlamentarier kritisieren Informationspolitik der Regierung

Während die meisten Grossräte mit Regierung und Gutachtermeinung einig gingen, zeigten sich die Grünen enttäuscht, dass das Verhalten der verantwortlichen Personen nicht in seiner ganzen Tragweite diskutiert worden war. Aufgrund einer zusätzlichen juristischen Abklärung wurde schliesslich gegen den Polizeikommandanten sowie zwei weitere hohe Kader der Kantonspolizei, deren Namen die Parlamentarier aus der Presse erfuhren, ein Disziplinarverfahren eröffnet.[614] Verschiedene Grossräte fühlten sich als «Glögglifrösche» und kritisierten die «unsystematische Informationspolitik mit falschen Prioritäten», die das Parlament nicht ernst genommen habe.[615] Kurt Blum (1948–2017) kommentierte, dies sei die «Informationspolitik eines Nachtwächterstaats».[616] Schliesslich erhielten die beteiligten Polizeifunktionäre einen disziplinarischen Verweis, die mildest mögliche Disziplinierungsmassnahme. Regierungsrat Victor Rickenbach urteilte abschliessend, dass die verantwortlichen Polizisten das Geschehene «nicht in seiner Tragweite erkannt und nicht entsprechend dieser Tragweite gehandelt» hätten.[617]

Grossräte wollten Beschwerde gegen die Einstellung des Strafverfahrens durch die Aargauer Staatsanwaltschaft einreichen, weil die Regierung nicht alle Informationen herausgerückt habe. Die Regierung hatte Passagen zensuriert, in denen der Gutachter seinem Erstaunen Ausdruck gab, wie juristisch unzureichend das Überwachungsprojekt in die Wege geleitet worden war.[618] Wegen des Vorwurfs der Begünstigung eines Beamten waren 1986 im Nachbarkanton Solothurn vier von fünf Regierungsräten verurteilt worden. Dies deshalb, weil sie zunächst Akten nicht an die Justiz herausgegeben und die Zeugeneinvernahme von kantonalen Beamten untersagt hatten.[619] Das Aargauer Obergericht wies die Beschwerden gegen die Einstellung der Strafverfahren schliesslich 1987 ab.[620]

Gleichstellungspolitik auch von bürgerlichen Frauen

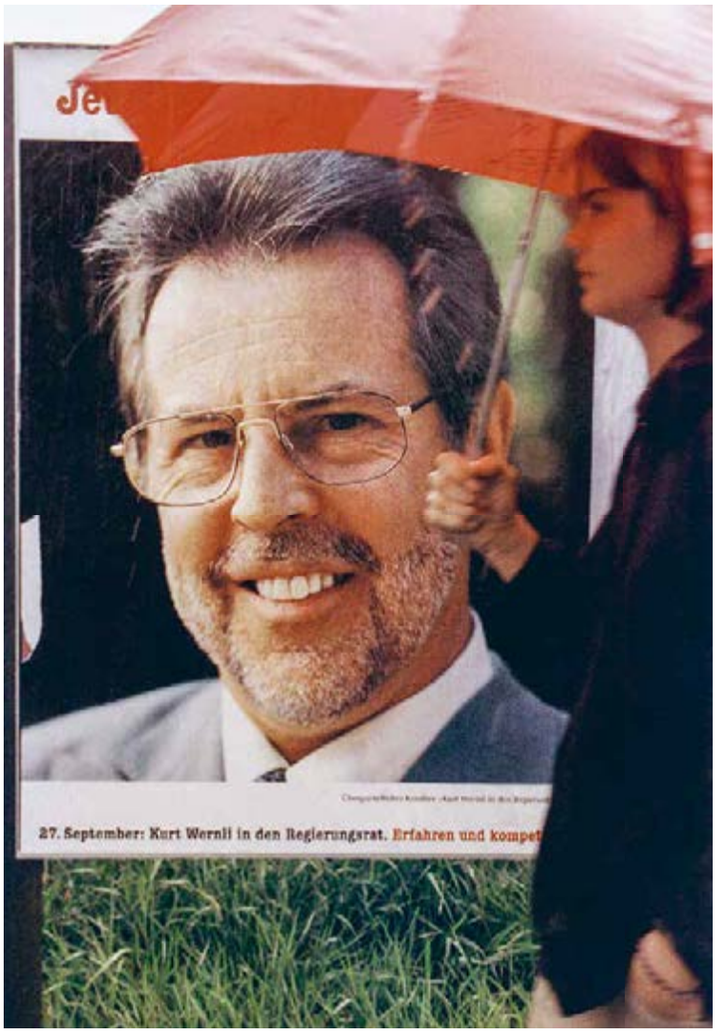
Antifeministische Reflexe von politisch rechter Seite brachten die Gleichstellungsdebatte nicht zum Erliegen. Anfang der 1990er-Jahre war eine «Aufbruchsstimmung» in der institutionellen Politik wie in breiten Bevölkerungskreisen spürbar.[621] Nach der Annahme des Verfassungsartikels zur Gleichstellung von Mann und Frau 1981 wurde der Ruf nach konkreter Umsetzung laut. Staatliche Gleichstellungsbüros sollten den Bewusstseinswandel fördern. Die Institutionalisierung feministischer Forderungen und der «Marsch durch die Institutionen» waren innerhalb der Frauenbewegung anfänglich umstritten. Die eingeschlagene Doppelstrategie, sowohl eigenständige Frauenräume zu schaffen als auch Anliegen in den herkömmlichen Institutionen zu verankern, setzte sich aber schliesslich durch.[622]

Dies zeigte sich am Wandel der entsprechenden Diskussionen bei der bürgerlich eingestellten Mehrheit der Frauen im Kanton Aargau. Ein Postulat für eine Kommission oder Stabsstelle zur Gleichstellung wurde 1982 vom Grossen Rat deutlich abgelehnt. Auch die spätere Motionärin für eine kantonale Gleichstellungspolitik, Irmeline Gehrig-Borner (*1936) von der CVP, meinte damals, die Frauen und ihre Verbände sollten ihre Probleme selbst lösen. Die Motion zur Schaffung eines Gleichstellungsbüros erhielt Ende der 1980er-Jahre wieder Schub, weil diese in Nachbarkantonen und einigen grösseren Städten erfolgreich umgesetzt worden waren.[623]

Frauenorganisationen setzen sich durch

Zwei Dutzend Frauenorganisationen aus dem ganzen Spektrum von links bis rechts und mit vielen Tausenden Mitgliedern hatten zusammengearbeitet. Die grosse Mehrheit war für die Errichtung eines Gleichstellungsbüros.[624] Der Prozess dauerte nochmals drei Jahre, in denen eine kantonale Arbeitsgruppe aus verschiedenen Vertreterinnen der Frauenorganisationen einen Katalog an Vorschlägen ausarbeitete, um die sich das Büro zu kümmern hätte: von Rollenmustern und Lebensformen über Arbeitsmarkt und Erziehung, Kunst, Kultur, Medien und Politik bis zur kantonalen Gesetzgebung und Rechtsprechung.

Der Regierungsrat strich den Katalog zusammen und schlug 150 Stellenprozente für die staatlich gesteuerte Gleichstellungspolitik in- und ausserhalb der Verwaltung vor. SVP-Regierungsrat Ulrich Siegrist verwies auf den «Lernprozess», den auch die Regierung durchgemacht habe: «Es gibt



223 Wahlplakat für Kurt Wernli, 1998. Wernli brachte die Strategie der SP-Parteileitung, erstmals eine linke Frau in die Aargauer Regierung zu bringen, zum Scheitern. Er wehrte sich gegen ein seiner Meinung nach unfaires parteiinternes Nominationsverfahren und wurde als «wilder» Kandidat gegen die offizielle SP-Kandidatin gewählt.

224 Die erste Frau im Regierungsrat: Stéphanie Mörikofer-Zwez (*1943) vertrat von 1993 bis 2001 die FDP in der Aargauer Regierung. Für eine dritte Amtsperiode wurde sie nicht wiedergewählt.

225 Europa! Im Grenzkanton Aargau wurde die Auseinandersetzung über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum 1992 emotional ausgetragen. Die ABB unter Edwin Somm sponserte ein «EWR-Fest» auf dem Bahnhofplatz Baden mit gross angebrachter Landkarte. Die Stadt war eine der wenigen Aargauer Gemeinden mit einer knappen Ja-Mehrheit.

226 Sondersession unter dem Motto «200 Jahre Aargau» im Bundeshaus, 2003. Nach Jahrzehnten vermeintlich fehlender Aussenwahrnehmung präsentierte sich der Kanton am Ende des 20. Jahrhunderts wieder selbstbewusster – und hier auch selbstironisch mit Verkehrswarnschild.

eben Bereiche, in denen der Staat der Gesellschaft die Aufgaben nicht abnehmen kann, aber an einer gesellschaftlichen Aufgabe mittragen muss.» Als Parlamentarier hatte Siegrist noch gegen Frauenförderung plädiert: «Man kann nicht einen Lebensstil allen Frauen aufzwingen.»[625]

Die Stelle wurde auf fünf Jahre befristet.[626] Für Rechtsbürgerliche blieb sie allerdings ein rotes Tuch. «Ich bin überzeugt, dass die Mehrheit der Frauen im Kanton Aargau nichts von einer totalen Gleichstellung hält und sich von vielen in der kantonalen Arbeitsgruppe vertretenen Organisationen und ihren Forderungen distanziert», so eine SVP-Vertreterin.[627] 2003 beantragte die SVP erstmals die ersatzlose Streichung des Gleichstellungsbüros. Die Kantonsregierung wandelte die Fachstelle daraufhin in eine Stabsstelle «für Familien und Gleichstellungspolitik» um. 2018 wurden die Aufgaben in der Gleichstellungspolitik von der damaligen SVP-Regierungsrätin Franziska Roth (*1964) gestrichen, die Fachstelle sollte sich ausschliesslich Familien- und Altersfragen widmen, was von feministischer Seite Proteste auslöste.[628]

Frauenkandidatur und der erste parteilose Regierungsrat

In den 1990er-Jahren eroberten in der Frauenbewegung politisierte Sozialdemokratinnen die Führungsgremien der SP. Bei der Nachfolge von Regierungsrat Silvio Bircher präsentierte die Spitze der Delegiertenversammlung nach einem geheimen Auswahlverfahren als Einervorschlag Ursula Padrutt, deren Kandidatur von der Basis abgesegnet wurde. Kurz vor Ablauf der amtlichen Eingabefrist reichte der ehemalige SP-Kantons- und Grossratspräsident Kurt Wernli seine Kandidatur ein. Wernli rechtfertigte seinen späten Entscheid damit, dass er von der SP-Basis dazu gedrängt worden sei, nachdem er vom Auswahlverfahren der Partei enttäuscht gewesen war.[629] Einem rein bürgerlichen Gegenkomitee hätte er sich nicht zur Verfügung gestellt.

Die bürgerlichen Parteien beschlossen Stimmfreigabe, was zu Wernlis deutlichem Sieg im zweiten Wahlgang führte. Während des emotional geführten Wahlkampfs wurde Wernli aus seiner Ortssektion Windisch ausgeschlossen und war anschliessend und bis zu seinem Rücktritt 2008 der erste parteilose Regierungsrat des Aargaus.[630] Die SP fühlte sich nach Wernlis Wahl nicht mehr im Regierungsrat vertreten und kündigte eine «harte Oppositionspolitik» an, die am ersten Amtstag im Parlament mit einem geschlossenen Auftritt in roten Tenüs unterstrichen wurde. Ein Jahr später stellte die Fraktionspräsidentin allerdings fest, dass sich «nicht viel verändert habe», ausser dass man den Reformdruck auf Wernlis Departement mit Vorstössen verstärkt habe. 2009 kehrten die Sozialdemokraten mit der Wahl von Urs Hofmann (*1956) offiziell in die Regierung zurück.

Europa! Tauziehen um die Öffnung im vernetzten Grenzkanton

Der Brücken- und Grenzkanton Aargau nutzte die wirtschaftlichen Potenziale geöffneter europäischer Märkte schon früh. Gleichzeitig zeigen die Abstimmungsergebnisse des Aargaus im interkantonalen Vergleich ab den 1980er-Jahren eine mehrheitlich liberalkonservative Positionierung. Die Abstimmung über den Beitritt der Schweiz zum EWR sorgte 1992 für eine heftige Debatte, was sich etwa an einer noch nie dagewesenen «Leserbrieflawine» in den Zeitungen zeigte.[631] In allen Parteien, von den Grünen bis zu den Bürgerlichen, gab es Befürworterinnen wie Gegner des EWR. Die Befürworterinnen hoben besonders die wirtschaftlichen Chancen der Integration in die europäischen Märkte heraus. Auch die positive Haltung des Regierungsrates zum EWR speiste sich vor allem aus der Optik der Exportorientierung der Aargauer Wirtschaft. Die Kantone würden zwar «in ihrem Kompetenzbereich etwas eingeschränkt», diese Einschränkungen beträfen jedoch keine «Kerngehalte kantonaler Eigenständigkeit». Zudem hätten die Kompetenzverschiebungen an den Bund in den letzten Jahrzehnten eine viel stärkere Einschränkung der Kantone gebracht, als dies der Beitritt zum EWR darstellen würde.[632]

Als Grenzkanton stehe der Aargau künftig in direktem Bezug zum europäischen Binnenmarkt, als Kanton der Mitte in starker Wechselwirkung mit den starken wirtschaftlichen Ballungszentren Zürich, Basel, dem Elsass und Süddeutschland. Auch politische Bereiche könnten zunehmend nur noch grenzüberschreitend gelöst werden. Ins selbe Horn stiess etwa der Aargauer CVP-Ständerat Hans Jörg Huber (1932–2008): «Der EWR bringt die Optimierung der wirtschaftlichen Chancen und die Minimierung der ökonomischen Gefahren bei einem geringen politischen Preis.»[633]

EWR-Gegner in allen politischen Lagern

Die Gegner des EWR-Beitritts wie etwa der Aargauer FDP-Nationalrat Rolf Mauch sprachen von einem «Trainingslager» hinsichtlich der Europäischen Gemeinschaft (EG, später EU), bei der achtzig Prozent des europäischen Rechts übernommen würden. Dies schränke die Souveränität und Unabhängigkeit der Schweiz zu stark ein.[634] In den Podiumsdiskussionen landauf, landab spielte vor allem die Angst vor Zuwanderung und «Überfremdung» eine wichtige Rolle.[635] Insbesondere in den ländlichen Regionen war die Skepsis gross: An der CVP-Parteiversammlung des Bezirks Muri wurde unter den vielen Landwirtschaftsvertretern kein einziges Votum für den EWR laut.

Auch Linke wie der Altregierungsrat der Sozialdemokraten, Louis Lang, taten ihre Nein-Parole öffentlich kund: Wer unter EWR-Recht noch an die Wirkung des Referendums glaube, «der lebt in Illusionen», so Langs staatspolitisch begründetes Fazit.[636] Zu einer Debatte zwischen Christoph Blocher und Edwin Somm (*1933), Direktor der ABB Schweiz, fanden sich in Wettingen rund 2000 Leute ein. Blocher betonte die Angst vor der Zuwanderung im Arbeits- und Wohnungsmarkt,

während Somm die wirtschaftspolitische Notwendigkeit und die Vorteile für die Exportindustrie herausstrich.[637] Dass sich der Grossbetrieb ABB zwei Wochen vor der Abstimmung in Baden mit einem grossen «EWR-Fest» aktiv in die politische Meinungsbildung einschaltete und dafür mehrere 100 000 Franken aufwarf, stiess nicht überall auf ungeteilte Zustimmung und wurde teils als unzulässiger Beeinflussungsversuch gewertet.[638]

Der Aargau lehnte bei einer hohen Stimmbeteiligung von 76 Prozent den Beitritt deutlich mit rund sechzig Prozent ab (Schweiz 50,3 %), am deutlichsten der Bezirk Muri, am knappsten der Bezirk Baden. Auch die Rheinbezirke an der Grenze zu Deutschland lehnten den EWR alle ab. Nur 11 der 232 Gemeinden (darunter die Städte Baden, Rheinfelden und Laufenburg) wiesen Ja-Mehrheiten auf; in Aarau gab es ein Patt, Zofingen dagegen stimmte deutlich Nein zum EWR.[639]

Der Aargau: konservatives Image und reformerische Impulse

Der soziale Wandel vollzog sich im Aargau aufgrund seiner ländlich-kleinstädtischen Struktur verzögert. Die daraus hervorgegangenen politischen Signale zeigten sich aber am Ende des 20. Jahrhunderts umso deutlicher. Die fremdenfeindlichen Parteien auf der einen, die Grünen und die als Reaktion darauf entstandene, das rechtspopulistische Protestpotenzial aufsaugende Autopartei auf der anderen Seite konnten in den 1970er- und 1980er-Jahren ansehnliche Stimmengewinne verbuchen. Oppositionelle Gruppen am rechten Rand versammelten 1989 zusammen mehr Stimmen als die stärkste Regierungspartei. In den 1990er-Jahren verdoppelte die SVP ihren Wähleranteil und wurde in allen Bezirken die stärkste politische Kraft mit über einem Drittel Stimmenanteil; die drei anderen Regierungsparteien erhielten in keinem Bezirk mehr über 25 Prozent der Stimmen.

Diese parteipolitische Konstellation hielt, bei einer allmählichen Neukonfiguration des Mittelagers mit den Grünliberalen, bis Ende der 2010er-Jahre an; dann zeichneten sich Sättigungstendenzen beim Wählerpotenzial der SVP ab: Bei den Grossratswahlen 2020 verlor die Partei auf hohem Niveau 1,6 Prozent Wähleranteile, sprach aber fast doppelt so viele Wählerinnen und Wähler an wie die zweitplatzierte SP.

Im 21. Jahrhundert deutet sich ein neues Identitätsverständnis an. Eine sozialdemokratisch inspirierte Politik der verdichteten Agglomerationsentwicklung mit einem entsprechenden staatlichen Einsatz bei der Infrastruktur und dem öffentlich-kollektiven Konsum hatte im Aargau politisch lange keine Chance. Allmählich begannen die Bewohnerinnen und Bewohner des Mittellands ihr Umfeld aber nicht mehr als dörflich, sondern als städtisch zu deuten und deshalb politisch anders zu interpretieren. Die Stagnation der SVP, der Aufstieg der Grünen und Grünliberalen, die Stabilisierung der Mitteparteien und der Sozialdemokratie sind der politische Ausdruck davon.

In den 1980er-Jahren wurde häufig auf die fehlende oder verzerrte Wahrnehmung des Aargaus in der Schweiz hingewiesen und «eine Aussenpolitik in den eidgenössischen Raum hinaus» gefordert, um aus dem «Schatten hinauszutreten, in dem die Aargauer zu stehen scheinen». Zwar bildet der Aargau auch im frühen 21. Jahrhundert kein Schwergewicht in der eidgenössischen Politik.[640] Die innovativen und wegweisenden Lösungen in neuen politischen Feldern des Umweltschutzes, der Verkehrs-, Kultur- und Bildungspolitik, etwa im Fachhochschulwesen, sowie die geglückten Staatsreformen unterstreichen aber die Veränderungskraft des selbstbewusster gewordenen ehemaligen «Kulturkantons der Mitte», von dem immer wieder kantons- und grenzüberschreitende Impulse ausgegangen sind.

Von der Milieupresse zum Medienkonzern

Die Aargauer Medienlandschaft im Wandel

Die kantonalen Tageszeitungen waren aus der Meinungspresse des 19. Jahrhunderts entstanden. Ende der 1960er-Jahre verloren sie ihr Informationsmonopol allmählich an Fernsehen und Radio. Daneben existierten weiter Lokalzeitungen. Grössere Inseratevolumen und die steigende Bevölkerungszahl liessen in der Hochkonjunktur Wachstum zu – trotz der Konkurrenz durch Anzeiger ohne redaktionellen Inhalt. Um das Jahr 2000 dominierte die *Aargauer Zeitung* den Medienmarkt im Mittelland. — *Fabian Saner*

Freisinnige Tagblätter wachsen im Gleichschritt

Die Presselandschaft im Aargau wurde durch die Konkurrenz und die Dominanz der beiden dynamischsten Zeitungshäuser geprägt. Das *Aargauer Tagblatt* und das *Badener Tagblatt*, beides freisinnig-liberale Meinungsblätter, expandierten deutlich rascher als die übrigen Lokal- und Parteizeitungen. Das *Aargauer Tagblatt* in Aarau verfocht den Anspruch, mit Zukäufen und ausgebauten lokalredaktionellen Ablegern das führende kantonale Blatt zu produzieren. So konnte die Auflage zwischen 1955 und 1995, überproportional zum Bevölkerungswachstum, von 12 000 auf 57 000 Exemplare gesteigert werden.[641] Die Zweimannredaktion der 1950er-Jahre wurde auf über zwanzig Redaktorinnen und Redaktoren in den 1970er-Jahren erweitert. Das florierende Inseratege schäft deckte zu dieser Zeit drei Viertel der Einnahmen und ermöglichte einen massiven Ausbau des Druckzentrums in der Aarauer Telli.[642]

Das *Aargauer Tagblatt* galt als regierungsnahe Zeitung, als Blatt des Aarauer und des Aargauer Freisinns, der sich in der Selbstwahrnehmung «nicht als progressiv, aber fortschrittlich» beschrieb.[643] Die liberal ausgerichteten Zeitungen waren, im Gegensatz zu den katholischen und dem sozialdemokratischen *Freien Aargauer*, parteiunabhängig.[644] Das Aktionariat des *Aargauer Tagblatts* war breit aufgestellt, Grossaktionäre mit über fünf Prozent Aktienbesitz waren nicht zugelassen. Wie andere freisinnig orientierte Blätter öffnete das *Aargauer Tagblatt* seine Spalten früher als die anderen Parteiblätter für unterschiedliche politische Meinungen und betonte den Forumscharakter insbesondere im Ausbau der Regionalberichterstattung.[645]

Das *Badener Tagblatt* wurde und wird hingegen seit der Gründung 1830 von der Verlegerdynastie Zehnder/Wanner gelenkt. Otto Wanner (1909–1998), der die Geschicke des *Badener Tagblatts* seit der Nachkriegszeit und bis in die 1990er-Jahre bestimmte, war «ein Patriarch alter Schule». Unter seiner Ägide wurde vor allem die Redaktion gefördert, weniger die drucktechnische Ausrüstung oder die Umstellung auf eine frühmorgendliche Auslieferung der Zeitung. In den 1960er- und frühen 1970er-Jahren vermochten profilierte Journalisten wie Werner Geissberger (1921–1986), der das Team 67 mitgründete (siehe «Politik», S. 239), den Ruf des *Badener Tagblatts* als interessanteste Regionalzeitung der Deutschschweiz zu festigen.

Der Kurswechsel des *Badener Tagblatts*

1973 folgte kurz vor Beginn der Rezession der später berühmt gewordene Kurswechsel des *Badener Tagblatts*.[646] Innert weniger Monate verliessen neun Redaktoren das Blatt, nachdem die Einforderung eines internen Mitspracherechts gegenüber dem Verleger gescheitert war. Die versuchte «Palastrevolution der Linken», so Otto Wanner, ist im Zusammenhang mit den konfrontativeren Aktionsformen der Volksbewegungen der frühen

1970er-Jahre gegen die Atomenergie zu sehen. Nach dem personellen Umbau der Redaktion wurde das *Badener Tagblatt* zum Fürsprecher der Energiewirtschaft – die Brown, Boveri & Cie. (BBC) war auch eine wichtige Mieterin in Wanners Medienhaus – und zunehmend als rechtsfreisinnig wahrgenommen. Dieser Kurs wurde kritisiert, weil linksliberale Kreise dadurch ein meinungsbildendes Organ mit Ausstrahlung verloren hatten. Leserbriefe von Linksalternativen wurden etwa konsequent nicht abgedruckt.[647] – «Der ‹andere› Aargau hat keine Stimme mehr»: Der Aarauer Buchverleger Hans Christof Sauerländer (1943–2016) etwa kritisierte, dass die Tagblätter ihren öffentlichen Auftrag nicht erfüllten.[648] «Die Redaktionen glauben, der Meinung der Leser entlang zu schreiben, die gar nicht mit neuen Ideen konfrontiert werden wollen. Dadurch wird das Spektrum der veröffentlichten Meinungen immer enger, und der Aargau verfällt in einen selbstzufriedenen geistigen Tiefschlaf.»[649]

Kampf gegen Zürcher Verlage

Ottos Sohn Peter Wanner (*1944) übernahm allmählich die verlegerische Verantwortung für das stark gewachsene Badener Medienhaus und realisierte grosse Projekte wie die Radio- und Fernsehsender. Zum innerfamiliären Übergabeprozess existieren zahlreiche Anekdoten.[650] Der seit 1968 im eigenen Hochhaus beim Bahnhof Baden residierende Medienkonzern schloss zu Beginn der 1990er-Jahre auflagemässig fast zum *Aargauer Tagblatt* auf und hatte im Ostaargau, etwa im Limmattal und im Bezirk Bremgarten, den Einfall des finanzkräftigen Zürcher *Tages-Anzeiger*-Konzerns bremsen können. Der *Tages-Anzeiger* verkaufte 1980 12 400 Exemplare im Aargau, war damit also in acht Prozent aller Aargauer Haushalte vertreten und hatte eine grössere kantonale Verbreitung als das *Zofinger Tagblatt*.[651]

Die Anfänge eines anderen grossen Verlags aus Zürich, des Medienunternehmens der Familie Ringier, gehen auf die 1833 von Johann Rudolf Ringier (1797–1879) gegründete Druckerei in Zofingen zurück.[652] Zum industriellen Druckunternehmen und Presseverlag ausgebaut, entstand 1938 die Ringier Holding, die ihren Sitz nach wie vor im Aargau hat. Zunächst war Ringier vor allem als «Heftlifabrik»[653] mit Unterhaltungs-, Familien- und Programmzeitschriften bekannt; mit der Gründung der ersten und sehr erfolgreichen Deutschschweizer Boulevardzeitung *Blick* 1959 stieg das Familienunternehmen allerdings zum führenden Medienhaus auf. Die 1974 eröffnete Ringier-Journalistenschule, die erste ihrer Art in der Schweiz, hat ihren Sitz im familiären Stammhaus der Villa Römerhalde in Zofingen. 2008 war Ringier in zehn Ländern mit über 8000 Mitarbeitenden aktiv und gab über neunzig Publikationen heraus.[654]

Das *Badener Tagblatt* unter Peter Wanner setzte auf die Weiterentwicklung zum Medienhaus, bis seine Expansionsstrategie Mitte der 1990er-Jahre mit der als Fusion dargestellten Übernahme des *Aargauer Tagblatts* gefestigt werden konnte. Der alte Kontrahent, Regierungsrat Kurt Lareida (1923–1998), spielte eine wesentliche Rolle dabei, Otto Wanner zu diesem kantonalen Zusammenschluss zu bewegen. Als Chefredaktor des *Aargauer Tagblatts* hatte Lareida 1972 die Badener Konkurrenz noch spitzzüngig in die Schranken gewiesen: «Die relative Abhängigkeit vom Verleger wächst parallel zum Grad der finanziellen Abhängigkeit von diesem Verleger. Sie ist demnach fast vollständig dort, wo der Verleger gleichzeitig der Besitzer der Zeitung ist […]. Die Freiheit ist am allergrössten dort, wo der Verleger ein Angestellter ist und wo – wie beim *Aargauer Tagblatt* – die Redaktion nicht dem Verleger, sondern direkt dem Verwaltungsrat unterstellt ist.»[655]

Regionale Verlage ringen ums Überleben

Von den 1960er- bis in die 1990er-Jahre hatten die beiden Zeitungshäuser in Aarau und Baden eine wirtschaftliche Blüte erlebt. Mittels ihrer Regional- und Kopfblattstrategien gruben sie den anderen Tages- und Lokalzeitungen im Kanton die Leserschaft ab und vereitelten gleichzeitig die Expansionspläne der grösseren Zürcher und Basler Zeitungen. Die lokalen Verleger, die teils wöchentlich, teils zwei- oder dreimal wöchentlich erscheinende Zeitungen mit einer Auflage von einigen Tausend Exemplaren herausbrachten, hatten daneben auch mit lokalen Anzeigeblättern ohne redaktionelle Inhalte um die Inserate der Regionalwirtschaft zu kämpfen und gerieten unter Druck.

In Bezug auf Zahl und Verbreitungsgrad der Zeitungstitel lag der Aargau lange im Schweizer Durchschnitt. Das Eingehen der traditionsreichen *Lenzburger Zeitung* 1959 eröffnete den mehrere Jahrzehnte andauernden wirtschaftlichen Kampf mit Übernahmen, Zusammenlegungen und Kooperationen zwischen Aarau und Baden, der auch mit der Fusion des Aargauer und des *Badener Tagblatts* zur *Aargauer Zeitung* noch nicht beendet war.[656] Am stärksten spürbar war der «Zeitungskrieg» im Bezirk Brugg: Als die BBC 1960 auf das Birrfeld expandierte, zogen Angestellte und *Badener-Tagblatt*-Leser in die Nähe des neuen Arbeitsorts.[657] Das *Badener Tagblatt* fasste dadurch im Gebiet des kleinen *Brugger Tagblatts* Fuss, wo zwei Redaktoren noch ohne Fernschreiber und Bildfunkgerät jeden Morgen um 9 Uhr eine Tageszeitung druckten.[658] Die Badener bauten redaktionell aus und streuten jeden Mittwoch eine grosse Gratisauflage, während das *Aargauer Tagblatt* das *Brugger Tagblatt* Ende der 1960er-Jahre kaufte und zum Kopfblatt machte.[659]

Im Bezirk Zurzach wurde die katholisch-konservative *Botschaft* 1972 mit dem liberalen Konkurrenzblatt *Zurzacher Zeitung* zusammengelegt, was Mitte der 1980er-Jahre eine Abdeckung von siebzig Prozent des Bezirks brachte. Die parteipolitische Ausrichtung des Blatts aus Döttingen/Klingnau war kein Thema mehr; man «wollte der Region dienen» und sich der Konkurrenz aus Baden erwehren.[660] Im Raum Freiamt/Seetal hatte das *Aargauer Tagblatt* Anfang der 1970er-Jahre die Nase vorne. Als die wirtschaftlichen Schwierigkeiten die dortigen Lokalzeitungen und Anzeiger zur Zusammenarbeit zwangen, stand das *Aargauer Tagblatt* mit einem Kopfblattsystem bereit; einzelne Titel wurden auch aufgekauft.

Tabelle 14

Die Auflagezahlen der grösseren Aargauer Zeitungen 1930–2020

	1930	1950	1960	1972	1980	1985	1990	1995	2000	2010	2020
Aargauer Tagblatt	8280	11000	13757	31247	48768	55174	58495	57228			
Badener Tagblatt; ab 1996 Aargauer Zeitung (Fusion aus Aargauer Tagblatt und Badener Tagblatt)	2925	7850	12091	24288	31845	37407	42100	50149	119381	104697	63449
Zofinger Tagblatt	7200	9000	10215	12962	14118	15186	15969	16777	17024	14561	9998
Aargauer Volksblatt	4800	6600	7413	13566	10430	8125	8125				
Freier Aargauer	10160	11000	10587	11922	6612	4700					
Die Botschaft	1800	3060	3512	5171	7629	8037	9130	9774	9969	9336	7702
Wynentaler Blatt	1980	4850	3633	7364	8802	9223	9789	10172	10174	8396	5605
Reussbote	2150	2450	2495	3012	3237	3335	3333	3375	3647	3690	3496
Fricktaler Zeitung (fusioniert aus Volksstimme und Möhliner Zeitung)			3042	3535	5367	4633	4777	4668	4193	15953	5423
Fricktaler Bote	1896	2800	2789	3630	6500	6541	6976	7140	6608		
Aargauer Bauern- und Bürgerzeitung	3600	3500	3155	3415							
Brugger Tagblatt	1800	3000									
Der Fricktaler	2745	2850	2309								
Lenzburger Zeitung	2700	1550	2054								
Der Freischütz	2160	2400	2205	2614	3106	3170	3538	3965	4018	3749	
Wohler Anzeiger	4950	5450	5466	7456	8676	9227	9662	10503	15953	13384	12173

Tabelle 01 Seit den 1960er-Jahren dominierten das *Aargauer* und das *Badener Tagblatt*. Der Strukturwandel der Medien zeigte sich in Zusammenlegungen und dem Verschwinden von Titeln verstärkt ab den 1970er-Jahren. Im 21. Jahrhundert verlieren die gedruckten Bezahlzeitungen auch im Aargau massiv Leserinnen und Leser. Quellen: Bürgin 1939; Katalog Schweizer Presse 1950–2010; WEMF 2020.

Traum- und Nebenberuf Journalist

Im Fricktal wurden 1980 Bezirksblätter mit Lokalblättern zusammengelegt, was zur Gründung der *Fricktaler Zeitung* (Rheinfelden) und des *Fricktaler Boten* (für den Bezirk Laufenburg) führte. Ab 2006 hiess der Zusammenschluss dieser beiden Zeitungen *Neue Fricktaler Zeitung*.[661] Daneben behaupteten sich 2018 die Freiämter Zeitungen (mit dem *Wohler Anzeiger*, der *Freiämter Zeitung*, dem *Reussboten* sowie dem *Freischütz*), Die *Botschaft* im Zurzibiet und das *Wynentaler Blatt* als eigenständige Familienverlage mit der Herausgabe von Zeitungen mit lokal-regionalem Anspruch und einer Auflage von mehreren Tausend Exemplaren.[662]

Journalistisch lebten die Lokalzeitungen von engagierten nebenamtlichen Journalistinnen und Journalisten, oftmals Lehrpersonen, die ohne professionelle Ausbildung und für ein kleines Entgelt oder gratis die lokale Berichterstattung aufrechterhielten – entsprechend unterschiedlich war deren Qualität.[663] Der Konkurrenzdruck hatte die Arbeitsteilung zwischen Lokalzeitungen und den führenden kantonalen Zeitungen, zwischen regionalisierten Radio- und Fernsehangeboten sowie geografisch nicht mehr an Kantons- oder Landesgrenzen gebundenen Unterhaltungsmedien bereits vor dem flächendeckenden Aufkommen des Internets im ersten und den Social Media im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts gefördert. Zwar spiegeln die unabhängig gebliebenen Zeitungen die vielfältige regionale Struktur des Aargaus immer noch vergleichsweise gut wider, sie können aber auf kantonaler Ebene keine journalistischen Leistungen erbringen und sind deshalb auch keine publizistische Konkurrenz für die AZ Medien.[664]

Lange eigenständig: das *Zofinger Tagblatt*

Das *Zofinger Tagblatt* konnte seinen Verbreitungsgrad ab den 1950er-Jahren zwar ebenfalls erhöhen,[665] blieb aber durch die Kantonsgrenzen zu Bern, Luzern und Solothurn eingeschränkt. Einzig der Sprung in die luzernische Nachbarschaft gelang mit der Zeit. Als Organ des Zofinger Freisinns galt das *Zofinger Tagblatt* in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts als linksliberal und wandelte sich in den 1970er-Jahren zur Tageszeitung mit Forumscharakter.[666] Die Lokalberichterstattung wurde erweitert und wanderte aufgrund der verstärkten Leserbindung, wie bei vielen anderen Zeitungen auch, von den hinteren Seiten nach vorne. Dabei «war allerdings viel noch dem Zufall überlassen, und von flächendeckender Berichterstattung war noch keinesfalls die Rede».[667] 1977 zählte das *Zofinger Tagblatt* 14 000, 1997 – nach dem Ende der vollkommen unabhängig produzierten Zeitung – 17 000 Abonnentinnen und Abonnenten.[668]

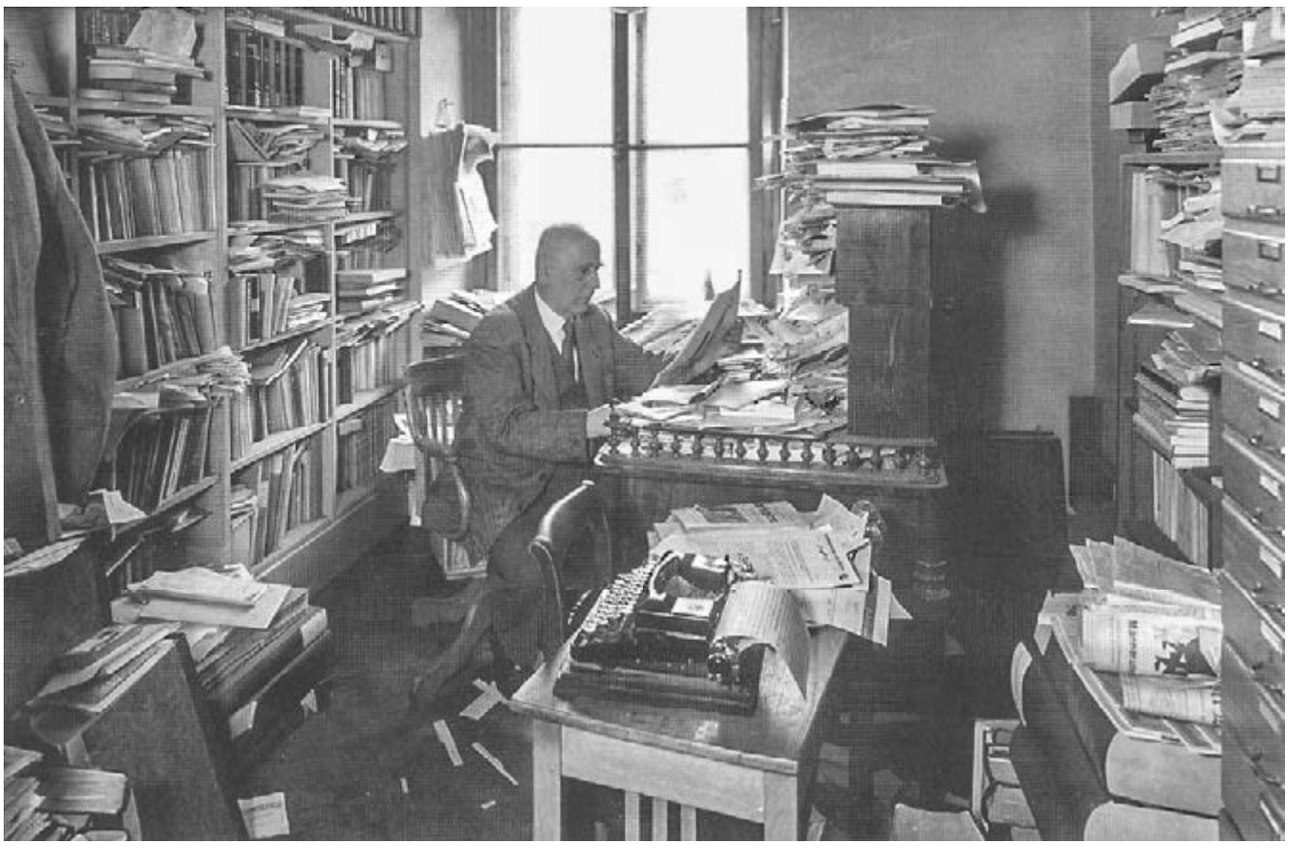
Lange blieb der Westaargau von den «Zeitungskriegen» des zentralen Mittellands zwischen Aarau und Baden unbehelligt. Ende der 1980er-Jahre stiess das *Aargauer Tagblatt* aber auch in die Region Zofingen vor und eröffnete eine eigene Redaktion.[669] Der Verlag des *Zofinger Tagblatt*s reagierte mit dem Kauf des *General-Anzeigers* der Keller AG in Aarau. Diese gab in den 1990er-Jahren auch ein Wochenblatt für die albanische Gemeinschaft in der Schweiz heraus, das auflagemässig rasch von 5000 auf 17 000 Exemplare anwuchs. Mit der Übernahme beziehungsweise Lancierung von Gratisanzeigern entbrannte ein heftiger Konkurrenzkampf mit dem *Aargauer Tagblatt*, der in den Briefkästen gewisser Gemeinden rund um Aarau zu einer Anzeigerflut führte.[670] Dies war die Vorstufe der 1993 beschlossenen technischen und redaktionellen Zusammenarbeit im Verbund der ersten *Mittelland-Zeitung*. Dabei lieferte das *Aargauer Tagblatt* die überregionalen Inhalte, die Druckstandorte aber blieben erhalten.[671] Die lokalen Zeitungsverlage erhielten einige Jahre Aufschub, bevor die wirtschaftliche Dominanz der neu entstandenen AZ Mediengruppe das *Zofinger Tagblatt* ab 2001/02, unter Wahrung der Eigenständigkeit, in den Verbund der *Neuen Mittelland Zeitung* (später *Die Nordwestschweiz*) integrierte.

Sprachrohr zerfallender Milieus: Der *Freie Aargauer* …

Bis in die 1960er-Jahre blieben die meisten Zeitungen mit einem redigierten Textteil auch im Aargau meinungsorientierte Blätter. Eine Übersicht von 1930 weist bei den 36 Aargauer Zeitungen mit einer Gesamtauflage von insgesamt gut 200 000 Exemplaren Anteile von knapp einem Viertel freisinniger, zwölf Prozent katholisch-konservativer, rund zehn Prozent bürgerlich-bäuerlicher und fünf Prozent sozialdemokratischer Orientierung aus. Die übrigen fünfzig Prozent entfielen auf die politisch neutralen Anzeigenblätter, die aber nur fünf der insgesamt 36 Titel ausmachten. Diese Verhältnisse hatten sich einige Jahrzehnte später in der Zahl der Titel kaum, in der Auflagenstärke aber zugunsten der freisinnigen Blätter verändert.[672]

Die Abstimmung zur Einführung der Alters- und Hinterlassenenversicherung von 1947 zeigt den Einfluss der Parteiblätter auf: Der Bezirk Aarau nahm im Verhältnis zehn zu eins an, der katholisch-konservative Bezirk Muri, wo das *Aargauer Volksblatt* die Nein-Parole ausgegeben hatte, verwarf das Begehren mit Ausnahme einer Gemeinde.[673] Dies galt auf der anderen Seite auch für den *Freien Aargauer*, die Arbeiterzeitung des Kantons. Am 1. Mai 1906 zum ersten Mal gedruckt, war die Zeitung aus einem Streik von Aarauer Typografen entstanden, die aus den Druckereien ausgesperrt worden waren.[674] Ab 1912 erschien der *Freie Aargauer* täglich und etablierte sich, neben den schon lange bestehenden freisinnigen Organen in den Aargauer Kleinstädten, als erste eigentliche Parteizeitung des Kantons.[675] In den 1950er-Jahren fuhr der *Freie Aargauer* einen pragmatisch-gewerkschaftlichen Kurs, der ihn auch für Unternehmen und das Gewerbe salonfähig machte: Die 1.-Mai-Nummer des *Freien Aargauer*s von 1950 zählte 37 Seiten mit bezahlten Inseraten von Aargauer KMU.

Der *Freie Aargauer* hatte seine Auflage gesteigert und sich von einer Parteizeitung zu einem im ganzen Kanton gelesenen Volksblatt entwickelt. Trotz der Zusammenarbeit mit anderen Zeitungen blieb das Inseratengeschäft aber ein Handicap.[676] Die ausgebaute Regionalberichterstattung von *Aargauer* und *Badener Tagblatt* erwies sich dabei als Erfolgsfaktor gegenüber den Meinungsblättern,

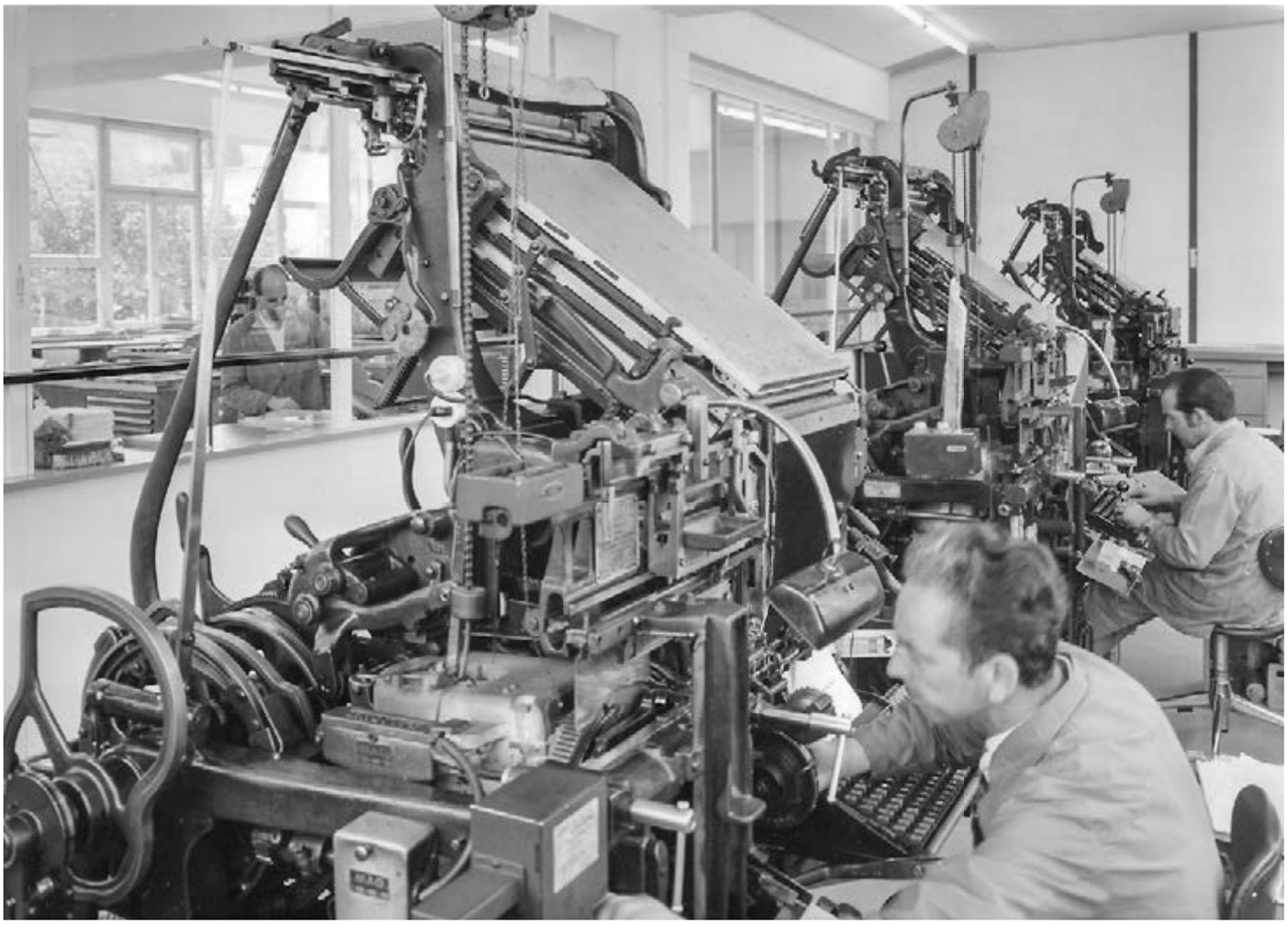


227 August Bärlocher (1887–1968) betreute als Alleinredaktor das *Aargauer Volksblatt* fast fünfzig Jahre lang. Die Zeitung galt als Sprachrohr des «schwarzen Erdteils», des katholischen Milieus im Ostaargau.

228 Als Verleger und Chefredaktor in Personalunion prägte Otto Wanner das *Badener Tagblatt* bis in die frühen 1990er-Jahre. Hatte der freisinnige Patron die Zeitung in den 1960er-Jahren linksliberal positioniert, erfolgte im Umfeld der Rezession ein Kurswechsel nach rechts.

229a und b Der liberale Katholik Lukas Bader (1899–1972, oben) leitete jahrzehntelang die Kleinredaktion des freisinnigen *Brugger Tagblatts*. Der junge Journalist Hans-Peter Widmer (*1941, unten) redigierte nach der Übernahme durch das *Aargauer Tagblatt* ab 1969 das Regionalressort Brugg und später die Kantonsredaktion. Widmer war ein profunder journalistischer Begleiter der Aargauer Politik und sass lange für die FDP im Grossen Rat.

230 Redaktionskonferenz beim *Zofinger Tagblatt* in den 1990er-Jahren. Waren Redaktionen früher reine Männerrunden, wurde deren Zusammensetzung allmählich weiblicher und altersdurchmischter.



231 Der technische Wandel veränderte ab den 1970er-Jahren die Zeitungsproduktion, so auch beim *Wynentaler Blatt* in Menziken. An den Linotype-Setzmaschinen mussten die Setzer in den 1960er-Jahren noch technisches und mechanisches Verständnis mitbringen und im Sommer die Hitze des Bleiofens aushalten.

232 Blick in die Fotosatzabteilung des *Wynentaler Blatts* Ende der 1970er-Jahre, wo Tasterinnen die Texte erfassten; die weiteren Schritte der Zeitungsproduktion wurden von Typografen (Text) und Lithografen (Bildherstellung) erledigt. Ab Mitte der 1990er-Jahre hielten die Desktop-Computer Einzug, und die ganze Druckvorstufe mit Text- und Bildlayout wurde allmählich zusammengeführt.

233 Werbesujet für die Arbeiterzeitung *Freier Aargauer*, um 1977. Das Blatt der Aargauer Sozialdemokraten geriet in den 1970er-Jahren in die Krise. Besonders die regionale Berichterstattung liess zu wünschen übrig.

die zugleich vom ausgebauten Informations- und Unterhaltungsangebot des Fernsehens bedroht wurden. Die Parteizeitung wurde also zur «Zweitzeitung der bewussten politischen Bildung und Meinungsprofilierung».[677] Auch diesen Anspruch vermochte der *Freie Aargauer* in den Umbruchsjahrzehnten und mit dem Generationenwechsel innerhalb der Linken aber zunehmend nicht mehr zu erfüllen: Gewerkschaftlich-wertkonservative Positionen wurden durch die ausserparlamentarische Opposition, die sich nach dem alternativen «Bürgerbuch» zum 175-Jahr-Jubiläum 1978 bis Mitte der 1980er-Jahre mit aufmüpfigen, monatlich erscheinenden «Bürgerblättern» ein Sprachrohr zu schaffen und das Establishment anzugreifen versuchte, infrage gestellt.[678] Besonders heftig waren die Debatten um die Atomenergie. Im Mantelteil des *Freien Aargauer*s, überregional für verschiedene Arbeiterzeitungen produziert, wurden die «Energiebarone» angegriffen und die Sicherheit der Atomenergie angezweifelt. Im Aargauer Teil wurde diese «Basler Agitation gegen Kaiseraugst» vehement zurückgewiesen.

Der schwindenden Leserschaft begegnete der *Freie Aargauer* mit Zusammenlegungen und dem Auslagern des Zeitungsdrucks.[679] 1987, nach weiteren gescheiterten Experimenten der Zusammenarbeit mit verbliebenen Arbeiterzeitungen, ging der *Freie Aargauer* nach über achtzig Jahren im «einseitig wirtschaftsfreundlichen Kanton» ein.[680]

… und das katholisch-konservative *Aargauer Volksblatt*

Das *Aargauer Volksblatt* wurde 1911 durch den Katholischen Presseverein gegründet.[681] Nach der Hochphase des Milieukatholizismus in den 1920er- und bis in die 1950er-Jahre setzte mit dem Nachkriegsaufschwung ein unwiderruflicher Prozess der Verweltlichung ein, dem sich das *Aargauer Volksblatt* als Sprachrohr und Ausdrucksort katholischen Lebens im Aargau vergeblich zu entziehen versuchte. Bei einer Gesamtauflage der aargauischen katholisch-konservativen Presse (darunter etwa *Die Botschaft*, der *Reussbote* oder der *Fricktaler Bote*) von rund 30 000 Exemplaren Ende der 1950er-Jahre kam das *Aargauer Volksblatt* auf eine Auflage von 7500 Exemplaren.[682] In den 1960er-Jahren versuchten jüngere Redaktoren, das Volksblatt sanft zu modernisieren, ohne das katholische Fundament aufzugeben.[683] «Wir wollten eine der konservativ-christlichsozialen Partei nahe Zeitung machen, die aber auch für Aussenstehende, Unpolitische, für Frauen und Jugendliche interessant sein sollte. Wir pflegten journalistische Formen, die in jener Zeit in dieser Art Presse nicht üblich waren: Reportagen, Interviews, Befragungen von Experten und Betroffenen, Kolumnen, kurze Glossen.»[684] Das Credo der Trägerschaft lautete dagegen: Die Zeitung sei das wichtigste «Werkzeug» der CVP, müsse aber gleichzeitig Zeitung für den ganzen Kanton wie verlässliches Regionalblatt für die Region Baden sein.[685]

Die wirtschaftliche Situation zwang die Zeitung zur Zusammenarbeit mit dem lokalen Konkurrenten, dem *Badener Tagblatt*. Ende der 1980er-Jahre löste sich das *Aargauer Volksblatt* aus Parteigebundenheit und Kirchennähe und produzierte mit dem Slogan «Wil mer anderscht sind» einige Jahre die einzige kantonale Tageszeitung, die nicht freisinnig-liberal orientiert war. Ende Oktober 1992 kam das Ende, begleitet von einem «Entrüstungssturm» jener, für die das Volksblatt ein Hoffnungsträger in der freisinnigen «Tagblattlandschaft» gewesen war.[686]

Die Krise der Parteizeitungen hatte in den 1980er- und 1990er-Jahren Debatten um ein kantonales Medienförderungsgesetz angestossen. Dessen Befürworterinnen und Befürworter konnten sich dabei auf die Kantonsverfassung von 1980 beziehen, wonach ein «Gesetz über die Massenmedien» zur Förderung der «Vielfalt der Information» erlassen werden sollte. Trotz des Zeitungssterbens fand sich keine Mehrheit, ein solches Gesetz ausarbeiten zu lassen.[687] Die ordnungspolitischen Bedenken gegen die Subventionierung der Presse durch den Staat überwogen.[688]

Die Entstehung der *Aargauer Zeitung*

Nach dem Verschwinden der Parteizeitungen stand die Flurbereinigung auf der Ebene der beiden kantonalen Tageszeitungen an. Anfang der 1990er-Jahre lag der Unterschied im unternehmerischen Selbstverständnis der beiden Häuser in der strategischen Entwicklung und Ausrichtung ihrer Geschäftsfelder. Das Verlagshaus des *Aargauer Tagblatt*s hatte sich zunehmend in eine Druckereifirma verwandelt, in welcher Zeitungen, Zeitschriften und Beilagen vom Management vor allem als «Maschinenfutter» begriffen wurden. Das *Badener Tagblatt* setzte dagegen auf publizistische und verlegerische Aktivitäten, betrieb ein aktives Marketing und baute sein Marktgebiet stetig aus.[689]

Die Übernahme sorgte im Kanton für Furore: Der Aargauer Regierungsrat war zwei Tage, die Redaktionen nur wenige Stunden vor der Pressekonferenz informiert worden.[690] Obwohl der Anstoss zur Fusion vom Verwaltungsratspräsidenten des *Aargauer Tagblatts*, Arthur Gross, kam, keimte zunächst Widerstand einzelner Aktionäre des *Aargauer Tagblatts* rund um den SVP-Ständerat Maximilian Reimann (*1942) auf, der aber rasch verflog.[691] «Es war klar, dass politisch und gesellschaftlich nur eine 50:50-Lösung infrage kommen würde. Das *Aargauer Tagblatt* war eine Publikumsgesellschaft, die Aktionäre hätten einer unvorteilhaften Übernahme kaum zugestimmt», so Peter Wanner rückblickend.[692] Innert kurzer Zeit wurden Redaktion, Technik und Vertrieb zusammengelegt, wobei das *Badener Tagblatt* technisch weiter vorangeschritten war.[693] Eine ausgebaute Mantelredaktion für die überregionalen Ressorts, eine bessere Regionalberichterstattung mit diversen regionalen Ausgaben, ein neues, plakativeres Zeitungslayout sowie ein wachsendes Onlineangebot prägten die ersten beiden Jahrzehnte der neuen *Aargauer Zeitung*.

Wachsende Marktmacht der AZ Medien

Mit einer Auflage von rund 110 000 verkauften Zeitungen spielte die neu gegründete *Aargauer Zeitung* in der Nationalliga A der Schweizer Zeitungen. Die Regionalteile wurden mit der Zeit eher wieder

Aargauer Kurier – der Aargauer Blick

Der *Aargauer Kurier* wurde als wöchentlicher Gratisanzeiger von 1967 bis 1993 kantonsweit ausgeliefert. Als Abwehr gegen einen ausserkantonalen Gratisanzeiger lanciert, mauserte sich der *Aargauer Kurier* zum attraktiv aufgemachten populären Wochenblatt für den Aargau aus dem Verlagshaus des *Aargauer Tagblatts*.[1] Die Auflage lag bei rund 170 000 Exemplaren oder höher, womit Hunderttausende Aargauer Leserinnen und Leser erreicht werden konnten. Der redaktionelle Inhalt zur Anreicherung der Inseratespalten bestand zunächst aus einer Mischung aus politischen Glossen, Lebenshilferubriken zu Geld, Gesundheit, Landwirtschaft oder Erziehung, Kreuzworträtseln und allgemeinbildenden Artikeln. Im Laufe der 1980er- und 1990er-Jahre wurde der *Aargauer Kurier* deutlich boulevardesker. Mit grossformatigen Farbbildern und Schlagzeilen entstand eine Art Aargauer *Blick* mit Schwerpunkt auf regionalen Geschichten, die emotionale Nähe zu den Leserinnen und Lesern herstellten.
Die Publikumsbindung wurde mit Aufrufen, Umfragen und dem ausführlichen Abdruck von Reaktionen der Leserschaft erreicht, die Titelseite zierte jeweils ein grösserer, oft reisserisch aufgemachter Artikel mit Aargauer Bezug, wobei Themen dominierten, die auch in den grossen nationalen Medien behandelt wurden. Aufgrund der grossen Auflage und der Verbreitungsdichte war der *Aargauer Kurier* allmählich zu einem Forum für Aargauisches geworden. Mit der Fusion von *Aargauer* und *Badener Tagblatt* ging der *Aargauer Kurier* in der *Aargauer Woche* mit zwei Teilausgaben auf.[2]

1 Müller 2002, 307.
2 Müller 2002, 308.

234 Titelseite des *Aargauer Kuriers* aus den 1960er-Jahren. 1967 startete der Gratis-Inserateanzeiger mit redaktionellen Inhalten aus dem Verlag des *Aargauer Tagblatts*. Aufgrund seiner Grossauflage und wegen des Boulevardstils entwickelte sich der *Aargauer Kurier* zu einer Art kantonalem *Blick*.

235 Titelseite des *Aargauer Kuriers* aus den 1990er-Jahren. In der Region Aarau wurde ein erbitterter Kampf um Werbeanzeigen geführt. Mit dem Zusammenschluss von *Aargauer* und *Badener Tagblatt* wurde der *Aargauer Kurier* eingestellt.

ausgebaut. Die Leute sagten noch lange «s'AZ» in Anlehnung an «s'Tagblatt».[694] Dank der gewonnenen Wirtschaftskraft und der florierenden Inserate-Einnahmen ab Ende der 1990er-Jahre expandierte das Verlagshaus von Peter Wanner über die Kantonsgrenzen nach Basel-Landschaft, Solothurn und Bern. Das Konzept der Kopfblätter mit eigenständigen Lokalredaktionen sowie im Verbund produzierten überregionalen Teilen wurde allmählich auf das gesamte westliche Mittelland zwischen den Städten Bern, Luzern, Zürich, Basel und Biel ausgedehnt; meist mündete die redaktionelle und technische Zusammenarbeit mit den kleineren Verlagen in deren Übernahme. Im Jahr 2020 belieferte ein konvergenter, kanalübergreifender Newsroom aus ein paar Dutzend Journalistinnen und Journalisten in der Aarauer Telli die übrig gebliebenen Printzeitungen (mit ihrem Onlineangebot) des gesamten Mittellands, der Inner- und Ostschweiz.

Bereits in den 1990er-Jahren hatte die Aufsichtsbehörde, das Bundesamt für Kommunikation, den Besitzanteil der neuen *Aargauer Zeitung* an Radio Argovia zunächst beschränken wollen, wogegen Peter Wanner eingewendet hatte, es werde «keinen Konzernjournalismus» geben.[695] Die AZ Mediengruppe blieb auch im 21. Jahrhundert im Fokus der Wettbewerbskommission, die deren marktbeherrschende Stellung im Mittelland untersuchte. Allerdings konnte «kein systematischer Machtmissbrauch» festgestellt werden, weshalb Konkurrenzprojekte im Radio- und Fernsehbereich auch keine Konzession erhielten.[696] Aufgrund des immer höheren Marktanteils der AZ Medien (2012 im Tages- und Sonntagspressebereich der Nordwestschweiz mehr als sechzig Prozent) waren innerhalb der verbliebenen Zeitungstitel, Portale und Sender «kaum unterschiedliche Perspektiven und politisch-publizistische Auseinandersetzungen zu erkennen».[697] Viele Beiträge wurden aufgrund der konzerninternen Zusammenführung der Redaktionen mehrfach verwertet.

Radio und Fernsehen nach der Liberalisierung

Die Frequenzen für Radiosender blieben bis in die 1980er-Jahre ein Monopol der öffentlich-rechtlichen Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft. Die Radiogesellschaft Aargau/Solothurn wurde 1980 als letzte regionale SRG-Gesellschaft in der Deutschschweiz gegründet. Vorausgegangen waren Debatten um eine bessere Abdeckung des Aargaus im Programm von Radio DRS.[698] Seit 1978 wurde aus dem Radiostudio Basel ein wöchentliches Informationsangebot für den Aargau ausgestrahlt. Ab 1984 ging mit dem Regionaljournal Aargau/Solothurn das letzte Regionalfenster der Schweiz aus dem neuen Radiostudio Aarau auf Sendung, jeweils mit einer längeren täglichen Abendsendung, einem Mittagsjournal und später auch einem Morgenbulletin. Die gemeinsamen Sendungen «trugen einiges zur Bildung einer ursprünglich künstlichen, gemeinsamen Identität der Kantone Aargau und Solothurn bei».[699] Im unteren Fricktal um Rheinfelden hörte man dagegen nach wie vor das Basler Regionaljournal.[700] Daneben betreuten ab den 1980er-Jahren auch bei der ausgebauten Fernsehsendung «DRS aktuell» im Vorabendprogramm zwei Redaktoren den Aargau.[701]

In den 1970er-Jahren geriet das neue Massenmedium Fernsehen in die politische Auseinandersetzung zwischen Bürgerlichen und der Neuen Linken. Aus dem bürgerlich geprägten Aargau kamen Angriffe auf die als «Monopolmedien» bezeichneten SRG-Sender. In Aufsichtsbeschwerden und öffentlichen Kampagnen wurde «linke Infiltration», «Manipulation» und «Missbrauch» bei Sendungen über das Geschichtsbild der Schweiz oder die Bewegung gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst angeprangert.[702] «Wir Aargauer erkennen uns oft nicht in den Problemsendungen des Zürcher Fernsehens», so der freisinnige Nationalrat und Sekretär der Aargauer Handelskammer, Rolf Mauch (1934–1995).[703]

Von Rüsler TV zu Tele M1

Für den Empfang des Fernsehens in den Haushalten wurden in den 1960er-Jahren zunächst in Gemeindezusammenschlüssen Gemeinschaftsantennen geplant, um der Antennendichte auf den Hausdächern entgegenzuwirken. Bald setzte sich aber die Erschliessung per Kabel durch. So konnte auch ein regionales Fernsehprogramm in einem bestimmten Einzugsgebiet verbreitet werden. 1973 hatte ein Dutzend lokale Netzbetreiber Konzessionsgesuche für lokal verbreitete, selbst produzierte Programme eingereicht, der Bundesrat genehmigte unter diesen dasjenige der Agglomeration Baden.[704] Daraufhin nahm die Regionalplanungsgruppe Baden mit einer neuen Sendestation auf dem namengebenden Hügelzug oberhalb von Neuenhof ihre Arbeit auf: Rüsler TV war eines der ersten lokal produzierten Schweizer Fernsehprogramme.[705] Zu sehen war ab 1979 eine Bildschirmzeitung – eine Art Teletext mit Regionalnachrichten. 20 000 Haushaltungen in 14 Gemeinden der Region wurden von der Kopfstation «Rüsler» mit 13 TV- und 17 Radioprogrammen bedient.[706]

1985 wurde die Bildschirmzeitung durch eine regionale Ton-Bild-Schau abgelöst. Laufen lernten die Bilder am 16. August 1987, als die erste Live-Reportage vom Badenfahrt-Umzug über den Bildschirm flackerte. Wegen des Werbeverbots kam der Sender finanziell, redaktionell und technisch nie aus den Kinderschuhen.[707] Die Modernisierung der Studiotechnik und ein Sendegebiet, das inzwischen 170 000 Personen in den Kantonen Aargau und Zürich umfasste, bildeten die Grundlage für den erfolgreichen Start in den liberalisierten Privatfernsehmarkt. Der Nachfolger von Rüsler TV, Tele M1, etablierte sich rasch als führendes Privatfernsehen der Region. Die erste Sendung im Januar 1995 startete mit einem Bericht über einen Sexsalon in Döttingen.[708] Allmählich kam der Ausbau zum Fernsehen mit kantonsweitem beziehungsweise überkantonalem Anspruch fürs ganze Mittelland.

Im Jahr 2000 schauten sich 28 000 Personen die Nachrichtensendung «Aktuell» von Tele M1 an – 2010 waren es über 70 000. Aktualität blieb das Standbein des Senders, der um Talk-

Kanal K: der alternative «Störsender»

Die UKW-Versorgungslücke war einer der Gründe, warum der aargauische Regierungsrat 1983 dem Bund bei einem ersten Testlauf alle Gesuche für Lokalradios zur Ablehnung empfahl. Die Regierung und die politische Linke argumentierten, zunächst müsse die Ausstrahlung des «Regionaljournals» im ganzen Kantonsgebiet gesichert sein. Die Rechte sprach sich für die Liberalisierung aus und kritisierte den Informationsstil der SRG-Sender. Medienpolitische Debatten wurden im Aargau oft vor dem Hintergrund des Arguments einer schwach ausgebildeten Identität des Kantons gegen innen und gegen aussen geführt:[1] «Es muss doch ins Auge fallen, wie miserabel schlecht die Kenntnis über unseren Kanton ist, dass selbst eine dürftige Sendung über das 175-Jahr-Jubiläum des Aargaus 1978 offenbar zur Bereicherung des Publikums beitragen konnte.»[2]

1989 erteilte der Bundesrat die Konzession für ein Privatradio im Aargau. Radio Argovia als gemeinsames Projekt der Aargauer Verleger setzte sich gegen die Konkurrenz des Verlagshauses Ringier durch. Radio Argovia entwickelte sich mit einem auf Breitenwirkung angelegten Musikprogramm, regionalen Informationshäppchen und Unterhaltungssendungen zu einem der grössten Privatradios der Schweiz und erschloss dem Medienkonzern der Familie Wanner einen lukrativen Werbemarkt.[3]

Linksalternative Kreise um Lukas Weiss (*1960) gründeten Ende der 1980er-Jahre die IG Regionalradio. Radio Alora – der Name orientierte sich am Zürcher Alternativradio Lora – sendete 1988 bei einem Testbetrieb an fünf Wochenenden jeweils durchgehend 48 Stunden lang. Dabei wurden verschiedenste künstlerische Formate wie Interviews, Live-Performances oder die Teilnahme des Hörpublikums via Telefon ausprobiert. Es wurde «die schlechteste Schallplattenmusik» abgespielt, um die Platten anschliessend vor dem Mikrofon zu zerbrechen und aus dem Fenster zu werfen. Das erste Sendestudio lag im Aarauer Ziegelrain.

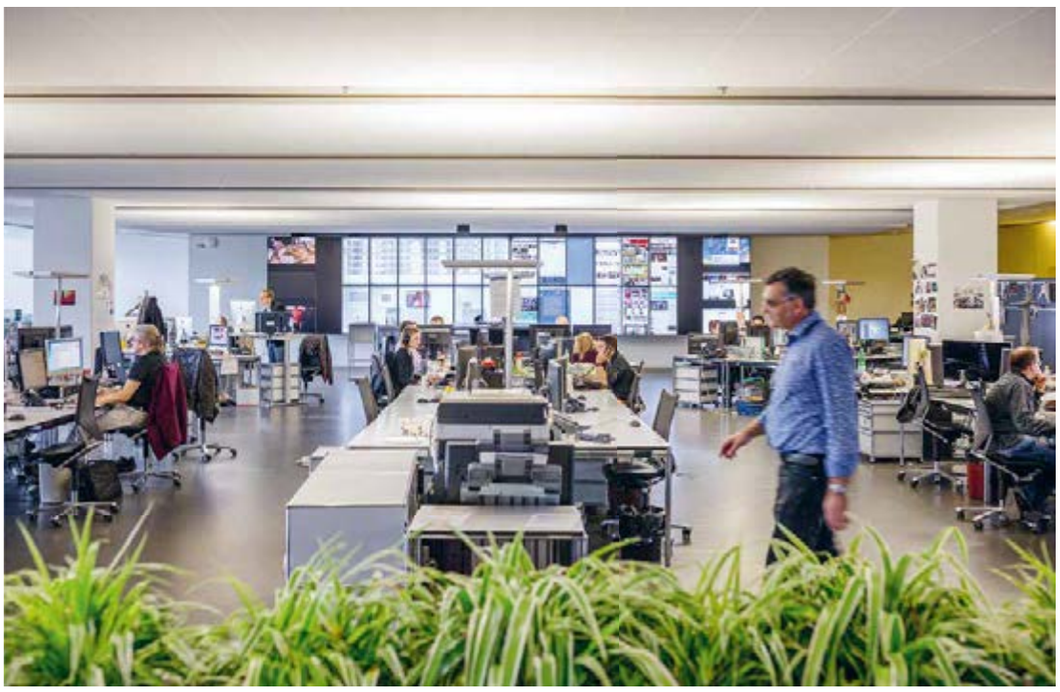
Unter dem späteren Namen «Kanal K» wurde das nichtkommerzielle Radiokonzept mit Kultur und Musik vom Bundesamt für Kommunikation genehmigt. Weil nur eine Frequenz zur Verfügung stand, löste Kanal K von Montag bis Freitag für je eine Viertelstunde und am Donnerstag für drei Stunden das Programm von Radio Argovia ab. Das Angebot wurde durch Werbung im Argovia-Programm finanziert. Das gegenseitige Verhältnis war spannungsvoll, was sich vor allem auch in der gesendeten Musik zeigte.[4] Ab 1997 erhielt der «Aargauer Störsender», so Kanal-K-Moderator Leo Niessner, eine eigene Frequenz und wurde dank Geldern aus den Radio- und Fernsehgebühren zum Kultur- und Ausbildungsradio mit dem angeschlossenen Beschäftigungsprogramm «Stage on air», das freiwilligen Radiomacherinnen und Radiomachern in Praktika das Handwerk vermittelte und dabei besonders auch migrantischen Plattformen Sendemöglichkeiten in den Muttersprachen ermöglichte.[5]

1 Protokoll des Grossen Rates, 14.12.1982, 1092ff.; NZZ, 10.4.1989.
2 So Markus Meyer (FDP-Stadtpräsident von Aarau und Grossrat), Protokoll des Grossen Rates, 26.9.1978, 973.
3 AZ 2011, 88.
4 AZ, 31.8.2017.
5 AZ, 4.5.2012, 31.8.2017.

236 Peter Kuntner mit einer Leseperformance am Mikrofon von Kanal K, 1998. Kuntner gehörte zum Gründungsteam des Aarauer Alternativradios, das im Testbetrieb 1988 mit fünf durchgesendeten Wochenenden startete und danach zunächst bloss ein tägliches Fenster auf der Frequenz von Radio Argovia erhielt.

237 Das Sendesignet von Radio Alora, dem späteren Kanal K, 1988. Der erste Name orientierte sich am Zürcher Alternativradio Lora.

238 Verleger Peter Wanner (links) und Franz Straub, der erste Chefredaktor, begutachten die druckfrische erste Ausgabe der neuen *Aargauer Zeitung* im November 1996. Die neue «AZ» wurde zur ersten national beachteten Aargauer Tageszeitung.



239 Die Nachrichtenfabrik im AZ-Medienhaus in der Aarauer Telli. Im Jahr 2020 belieferte ein kanalübergreifender Newsroom aus ein paar Dutzend Journalistinnen und Journalisten die übrig gebliebenen Printzeitungen (mit ihrem Onlineangebot) des gesamten Mittellands, der Inner- und Ostschweiz.

240 Arbeitsplatz des Produzenten von Tele M1 in den 1990er-Jahren. Erste Gehversuche mit privatem Lokalfernsehen starteten im Aargau mit der Bildschirmzeitung Rüsler TV ab 1979. Das werbefinanzierte Tele M1 ging 1995 auf Sendung und entwickelte sich zum führenden Privatsender im Mittelland.

241 Susanne Wille (*1974) im 10-vor-10-Studio von Fernsehen SF DRS, 2001. Die Aargauer Medienfrau begann Ende der 1990er-Jahre bei Tele M1 als Videojournalistin und wechselte dann zum Schweizer Fernsehen, wo sie als Moderatorin Karriere machte.

showformate, Magazine für Kochen, Sport, Tiere, Gesundheit, Reisen, Wohnen und Lifestyle ausgebaut wurde. Kritisch hingewiesen wurde auf die «Flutung durch Soft News» bei Tele M1: Ein Infotainment-Mix aus Unfällen, Verbrechen und Sportereignissen dominierte die Nachrichtensendung; staatspolitische Einordnungen fehlten, kantonale politische Themen kamen, wie auch bei anderen Regionalfernsehsendern, nur noch am Rand vor.[709] Ab 2008 erhielt Tele M1 als konzessionierter Privatsender jährlich rund 2,3 Millionen Franken aus den Radio- und Fernsehgebühren und musste dafür Qualitätsauflagen in der regionalen Berichterstattung erfüllen.[710]

Anhaltender Strukturwandel im 21. Jahrhundert

Ab den 1960er-Jahren diktierten zunehmend die Werbewirtschaft und ausserkantonale grosse Verlagshäuser den Gang der Entwicklung. Das weitgehend auf bestimmte soziale Milieus im Kanton ausgerichtete Pressewesen wandelte sich, wenn auch nicht alle Untergangsszenarien eintrafen: Das *Wynentaler Blatt* etwa hielt sich, trotz der Befürchtungen des Verlegers Manfred Baumann.[711] Wie andere Lokalzeitungen behauptete es sich dank einer extrem dichten regionalen Verankerung und Haushaltsabdeckung und trotzte jahrzehntelanger Konkurrenz durch den *Aargauer Kurier* sowie durch regionale Gratisanzeiger.

Die beschleunigte Medienkonzentration, wegbrechende Werbeeinnahmen und die Gratiskultur des Internets blieben für die Medienhäuser wie auch für die Medienpolitik eine ungelöste Herausforderung. Die von wirtschaftlichen Überlegungen gedrängten Prozesse unterlagen auch im frühen 21. Jahrhundert einer grossen Dynamik und führten zu einem steten Abbau an journalistischen Ressourcen bei einem gleichzeitig unabgeschlossenen Strukturwandel, der die selbstständigen Medienkanäle von Zeitung, Radio und Fernsehen im digitalen Raum vereinigte, wo weder traditionelle Geschäftsmodelle galten, noch wie in den Social Media, das Publikum auf seine Rolle als Konsumentinnen und Konsumenten beschränkt blieb.

Wirtschaft

Der Aargau – das Rüebliland. Ein Klischee will es so. Tatsächlich entwickelte sich der Gemüsebau seit 1950 in Teilen des Kantons zu einer der tragenden Säulen der Aargauer Landwirtschaft. Der Anbau von Saison- und Feldgemüse verspricht eine höhere Wertschöpfung als der traditionelle Mischbetrieb. Solche Höfe mit einer Palette verschiedenster Produkte sind selten geworden. Während sich die Bauernbetriebe mechanisiert, motorisiert und chemisiert haben, setzte eine Spezialisierung auf ein hauptsächliches Erzeugnis ein. Entscheidend dabei war, dass Erdölprodukte vergleichsweise günstig und in grossen Mengen verfügbar waren: Treibstoffe, Schmiermittel, Plastikprodukte, synthetische Dünge- und Pflanzenschutzmittel. Günstige Kredite und Subventionen finanzierten diese Umstrukturierung.

Patrick Zehnder hat die Aargauer Landwirtschaft untersucht und beschreibt, weshalb zahlreiche Bauernfamilien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ihren traditionellen Erwerbszweig verliessen. Wer trotz Deagrarisierung weiter Landwirtschaft betrieb, erlebte einen tiefgreifenden Wandel. Ausserhalb der Dörfer entstanden moderne Hofsiedlungen, wo wenige Personen immer grössere Flächen bearbeiteten. Die ökologischen Bestrebungen der Landwirtschaftsreformen nach 1990 begannen nach und nach zu greifen.

Einen Überblick über die historische Entwicklung der Landwirtschaft seit der Kantonsgründung bietet der Band «Landwirtschaft im Aargau – gestern, heute, morgen», erschienen 1988 aus Anlass der Zentenarfeier der landwirtschaftlichen Berufsbildung im Aargau. Aus dem Jahr 2013 stammt das Aargauer Bauernbuch, herausgegeben vom Bauernverband Aargau zu seinem 175-jährigen Bestehen. Ergänzt wird die regionale Übersicht von Untersuchungen aus dem Umkreis des Berner Archivs für Agrargeschichte, das auch über die Landesgrenzen hinaus zu schauen pflegt. Reichhaltig gestaltet sich auch das Material, das die Landwirtschaftsstatistik auf nationaler und kantonaler Ebene bereithält. Die Angaben aus den Betriebsbuchhaltungen waren einerseits Grundlage zur Steuerung des einzelnen Bauernhofs, andererseits auch die Basis für die Subventionen und Direktzahlungen. Doch alle diese Publikationen und Datensätze wären blutleer, wären nicht die Bäuerinnen und Landwirte dahinter zu greifen. Ihre Aufzeichnungen und Erinnerungen zeigen, wie individuell jede Familie, jeder Hof, jedes Dorf in landwirtschaftlicher Hinsicht letztlich ist.

Einmal Industriekanton – immer Industriekanton? Dieser Frage widmete sich Astrid Baldinger Fuchs in ihrem Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte des Industrie- und Dienstleistungssektors. In der Mitte des 20. Jahrhunderts war der Aargau einer der am höchsten industrialisierten Kantone der Schweiz, und der Höhenflug setzte sich mit dem Wirtschaftswunder während der «Trente Glorieuses» fort. Bereits bestehende Industriecluster – vor allem Baden – wuchsen weiter. Neue Industrien siedelten sich im Limmattal, im Fricktal, im Birrfeld und im Wynenfeld an. Die Bauwirtschaft boomte, denn Wohnungsraum war knapp, gleichzeitig entstanden Fabriken, Schulen und Spitäler. Als wäre es nicht genug,

verlangte der Ausbau der Strasseninfrastruktur – verursacht durch die Massenmotorisierung – weitere Arbeitskräfte. Gewerkschaften erstritten höhere Löhne, Arbeitsverträge und bessere Arbeitsbedingungen. Der Konsum als neuer Wirtschaftsfaktor etablierte sich. Es herrschte Vollbeschäftigung.

In Zeiten, wo es an Arbeitskräften mangelte, hatte das Wort «Rationalisieren» eine positive Bedeutung. Das änderte sich ab Mitte der 1970er-Jahre. Mehrere Faktoren kamen zusammen. Zum einen änderten sich die Rahmenbedingungen für den Export. Flexible Wechselkurse verteuerten den Franken, die Liberalisierung des Handels öffnete den Markt, der Schutz des Binnenmarktes löste sich auf. Im Kampf um billige Massenprodukte lag die Konkurrenz in Osteuropa oder im Fernen Osten. Der Industriekanton mit seinem einst vielseitigen Branchenmix war konfrontiert mit Desindustrialisierung: Arbeitsplatzabbau, Industriebrachen, globalen Eigentümern – und Arbeitslosigkeit. Im schweizweiten Vergleich blieb der Aargau dennoch ein Industriekanton.

Seit den 1970er-Jahren sind neue Arbeitsplätze verstärkt im Dienstleistungsbereich entstanden. Informatik und Kommunikation, Konsum und Gesundheit waren Branchen mit grossem Wachstum. Hier entstanden Teilzeitstellen, welche es den Frauen vermehrt ermöglichten, berufstätig zu sein. Teilzeitarbeit und Tieflohnstrukturen sind auch nach 2000 Merkmal der weiblichen Erwerbstätigkeit.

Ein starkes Standbein der aargauischen Wirtschaft waren und sind die Elektro- und die Kernenergie. Der Wasserreichtum unserer Flüsse hatte zum Bau von Laufkraftwerken und drei Atomkraftwerken geführt. In diesem Umfeld entstanden hochwertige Arbeitsplätze in der Forschung. Im Dreieck BBC-Forschungszentrum Dättwil (heute ABB), HTL Brugg-Windisch (FHNW) und Paul Scherrer Institut siedelten sich weitere Institutionen an wie Hightech Aargau oder der Park Innovaare.

Statistiken machen einerseits einen Strukturwandel in Zahlen nachvollziehbar, andererseits unterliegen sie ihm selbst. Betriebszählungen erfassten 1939, 1955 und dann bis 1985 im Zehnjahresrhythmus die Zahl der Betriebe und Arbeitskräfte nach Sektoren unterteilt. Danach gab es einen Systemwechsel: häufigere Zählung, andere Einteilungen. Einen Überblick in die Entwicklung aller Branchen und manchmal einen Einblick in einzelne Betriebe bieten die Berichte der Aargauischen Handelskammer, ergänzt durch die Mitteilungsblätter des Aargauischen Arbeitgebervereins. Im Staatsarchiv Aarau erweitern die Akten der Gewerkschaften und Verwaltung die Sichtweise auf Problemstellungen. Im Schweizerischen Wirtschaftsarchiv in Basel finden sich zu Aargauer Unternehmen, Branchen, Verbänden und zur Energiewirtschaft Jahresberichte und Dokumente sowie eine thematische Sammlung von Zeitungsartikeln. Wertvolle Tiefenbohrungen ermöglichten die Zeitzeugengespräche und die seit den 1990er-Jahren entstandenen Unternehmens- und Ortsgeschichten.

Vom Aargauer Mischbetrieb zum spezialisierten Grosshof

Deagrarisierung nach 1950

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erlebte auch der Aargau eine eigentliche Deagrarisierung der Gesellschaft. Trotzdem behielt die Landwirtschaft ihre ökonomische Bedeutung, insbesondere indem sich die Bauernhöfe vergrösserten und rationalisierten. Viele der einst vergleichsweise kleinen Mischbetriebe spezialisierten sich auf wenige Produkte. Sie mechanisierten und motorisierten ihre Arbeitsweise – und setzten Kunstdünger und Pflanzenschutzmittel ein. In jüngster Zeit zeichnet sich eine ökologische Wende ab. — *Patrick Zehnder*

Bedrohte bäuerliche Existenz

Es waren die Erfahrungen von Unterversorgung und Mangel der ersten Jahrhunderthälfte, welche die Schweizer Landwirtschaft und die Landwirtschaftspolitik prägten.[1] Vor diesem Hintergrund wurden die Bauernfamilien zu «Arbeitern im öffentlichen Dienst» zur Sicherung der Nahrungsversorgung, zu einer Art landwirtschaftlichem Service public. Zahlreiche Organisationen bäuerlicher Gruppen und staatliche Eingriffe, etwa die massiven Subventionen, gehen auf diese Zeit zurück. Massgeblich daran beteiligt war der 1897 gegründete Schweizerische Bauernverband. Seine zentrale Figur war Ernst Laur (1871–1964),[2] der während vierzig Jahren, als streitbarer Schweizer Bauernführer und zuweilen als «König der Bauern» apostrophiert, von Brugg aus mit nationalökonomischen Ansätzen die Modernisierung der Schweizer Landwirtschaft vorantrieb.

Laurs Vermächtnis wirkte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nach: mit Subventionen, Zollschranken für Milch, Fleisch und Getreide sowie weiteren protektionistischen Massnahmen, die aus der Mangelerfahrung der beiden Weltkriege heraus auch im Kalten Krieg die Ernährungssicherheit so weit wie möglich gewährleisten sollten.[3] Gleichzeitig führten die Industrialisierung und die Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion nach 1950 zu einem regelrechten «Bauernsterben» (siehe Grafik 38). Dieser Vorgang ist laut dem britischen Universalhistoriker Eric Hobsbawm (1917–2012) der «dramatischste und weitreichendste soziale Wandel in der zweiten Hälfte dieses [d. h. des 20.] Jahrhunderts, der uns für immer von der Welt der Vergangenheit getrennt hat».[4]

Schutz und Förderung der Landwirtschaft

Unmittelbar nachdem die Friedensglocken eine neue Ära eingeläutet hatten, machte sich der Gesetzgeber auf eidgenössischer Ebene an die Neugestaltung des Agrarsektors. Der Bund gab mit dem «Bundesgesetz über die Förderung und die Erhaltung des Bauernstandes» – wie das Landwirtschaftsgesetz von 1951 mit vollem Wortlaut hiess – fortan in der Landwirtschaftspolitik den Takt an.[5] Zentral waren die gesetzlichen Bestimmungen zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Ausbildung und zur sogenannten Bodenverbesserung.[6] Dazu kamen detaillierte Angaben zum Schutz und zur Förderung einzelner Landwirtschaftszweige, vom Ackerbau über die Viehzucht bis zu den Spezialkulturen wie etwa dem Weinbau. Das Landwirtschaftsgesetz übertrug der Eidgenossenschaft nicht nur die Oberaufsicht über die Agrarwirtschaft, sondern bürdete ihr auch wachsende Kosten auf, die einmalig zur Strukturverbesserung beitrugen oder in Form von Subventionen wiederkehrenden Charakter erhielten. Es war an den Kantonen, die eidgenössischen Vorgaben umzusetzen.

So war die Aargauer Landwirtschaftsdirektion bis Ende der 1950er-Jahre mit den praktischen Ausführungsbestimmungen zum Landwirtschafts-

gesetz beschäftigt. Vorab galt es, den Rebbau mit dem Weinstatut neu zu regeln, ebenso das landwirtschaftliche Bildungs- und Versuchswesen sowie die Unfallversicherung landwirtschaftlich tätiger Personen und die Unfallverhütung im landwirtschaftlichen Arbeitsfeld.[7] Auch die Schaffung der Landwirtschaftlichen Schulen in Frick (Eröffnung 1956), Muri (1956) und auf der Liebegg bei Gränichen (1958) als Ersatz für die zentrale Ausbildung in Brugg war eine direkte Auswirkung dieser Tätigkeit.[8] Die Neuerungen begleiteten eine Reihe von Veränderungen, die über das ganze Jahrzehnt immer wieder Thema waren: Spekulation mit Landwirtschaftsland, überrissene Pachtzinsen, steuerliche Bewertung landwirtschaftlicher Immobilien und gehäufte bäuerliche Konkurse.[9] In jener Zeit schieden zudem wenig ertragreiche Areale aus der landwirtschaftlichen Produktion aus, beispielsweise Riedwiesen und Torfland, ebenso am Südhang der Gislifluh die karge Chläbmatte, die Naturisten seit 1952 als Klubgelände nutzen.[10]

Arbeitnehmerschutz gegen Abwanderung in die Industrie

Eines der drängendsten Probleme bildete der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften. Denn diese wandten sich in den 1950er-Jahren zu Hunderten der Industrie zu.[11] So schlecht waren die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft, so gering der Arbeitnehmerschutz. Ein Mittel dagegen sollte der «Normalarbeitsvertrag über das Dienstverhältnis in der Landwirtschaft und in Freilandgärtnereien» werden, wie er im Kanton Aargau im April 1957 in Kraft trat.[12] Voraus ging ein zähes Ringen zwischen der Aargauischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft, dem Christlichen Landarbeiterbund des Kantons Aargau (CLB) und dem Aargauischen Gemüseproduzentenverband. Sie verhandelten unter der Leitung von Regierungsrat Ernst Schwarz (1917–1985, Mitglied der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei), der von 1953 bis 1965 Landwirtschaftsdirektor war.[13] In der Vernehmlassung offenbarte CLB-Präsident Eugen Frey (1921–2006) aus Wettingen einen Einblick in die landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisse.[14] Er pochte auf eine Beschränkung der Arbeitszeit, auf Mindestlöhne inklusive Regelung des Naturallohns (Zimmer, Verpflegung, Besorgung der Wäsche), einen besseren Schutz der Taglöhner und auf eine klare Regelung des Kündigungsschutzes: «Das Wort Präsenzzeit ist prinzipiell wegzulassen. Die Zahl von 14 Stunden würde erneut Anlass zu Gründen der Landflucht! […] Dazu soll, wie vorgeschlagen, eine nächtliche Ruhezeit von 10 Stunden, und eine Mittagspause von mindestens 1 Stunde festgelegt werden. […] Der Vorstand empfiehlt zu prüfen, ob bei der Berechnung der Ferien nicht die Dienstjahre in der Landwirtschaft anstatt Dienstjahre beim gleichen Arbeitgeber gezählt werden sollen. Dies wäre ein Anreiz, der Landwirtschaft treu zu bleiben. Bei Volljährigkeit der eigenen Kinder werden oft die Angestellten überflüssig, sodass sie dann wieder von vorne beginnen müssen.»[15] Begründet wurden die christlich-sozialen Anliegen mit dem Schutz der Familie und des Individuums. Deshalb unterschied man deutlich zwischen verheirateten und ledigen Personen. Letztlich setzten sich die Arbeitgebervertreter weitgehend durch. Damit wurden die Arbeitsplätze in der Industrie mit kürzeren Arbeitszeiten, besseren Löhnen und längeren Ferien noch attraktiver (siehe «Industrie», S. 324).

Produktionssteigerung durch Motorisierung

Die Landwirtschaft der 1950er-Jahre steigerte die Produktion enorm. Verantwortlich dafür waren in erster Linie Maschinen.[16] Im Aargau und in den anderen Mittellandkantonen erleichterten der Motormäher und der Einachstraktor mit Triebachsanhänger die Arbeit. Anbaugeräte zum Mähen von Gras und Wenden von Heu beschleunigten die Produktion.[17] Bereits 1951 fuhren erste Dreschmaschinen für Erbsen auf dem Birrfeld und im Unterfreiamt auf. Auf die stürmische Entwicklung reagierte der Bund 1959/60 mit einer Agrarpolitik, welche die Rationalisierung noch stärker förderte.[18] Entscheidend dabei war die weitgehend freie Verfügbarkeit von fossiler Energie als Treibstoff, Schmiermittel und in Form von Dünger.

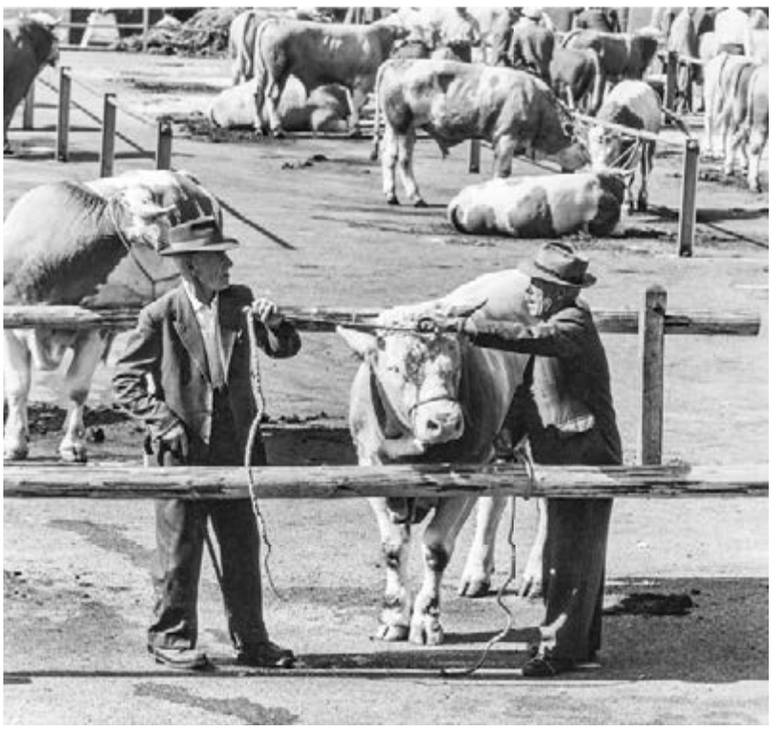
Nach 1960 verbreiteten sich im Aargau immer mehr Traktoren und auch erste Ladewagen.[19] Das Fricktaler Dorf Wittnau beispielsweise setzte in jenen Jahren zu einem motorisierten Höhenflug an.[20] Einige wenige Zugfahrzeuge baute die Traktorenfabrik Eckert in Leibstadt, bevor die Erzeugnisse von Vevey, Bührer, Hürlimann, Bucher und Rapid in Gebrauch kamen.[21] 1964 fuhren die ersten Kreiselmähwerke über die Kunstwiesen, während Heugebläse die Heustöcke beschickten. Gegen Ende des Jahrzehnts fanden sich immer häufiger Melkmaschinen, Güllepumpen, Jauchedruckfässer, Mistzetter und stehende Siloanlagen auf den Bauernhöfen, die Silos teilweise produziert von der Firma Huber aus Lengnau im Surbtal. Die Motorisierung der Landwirtschaft entschärfte auch den drückenden Mangel an Arbeitskräften. Die Bauern sahen diese Entwicklung in einer ersten Phase positiv, auch weil die Arbeit weniger anstrengend und rationeller wurde.[22] Sie erlebten jedoch, wie der einst stolze Meisterbauer mit Mägden und Knechten und grosser Familie zunehmend vereinzelte. Zudem entstand unter Bauern ein gewisser Druck, die neusten Maschinen anzuschaffen, um auf dem Stand der Zeit zu sein, was auf vielen Höfen finanzielle Engpässe auslöste. Die moderne Landtechnik entwickelte sich zunehmend zu einem Statussymbol. Ein Ausweg aus der dabei drohenden Schuldenfalle bildeten der gemeinsame Erwerb und der genossenschaftliche Besitz und Unterhalt in sogenannten Maschinenringen. Zum Beispiel schaffte die Landwirtschaftliche Genossenschaft Suhrental mit Sitz in Schöftland schon in den frühen 1960er-Jahren eine selbst fahrende Hochdruckspritze an, die bei den Genossenschaftern von Wittwil über Moosleerau bis Attelwil zum Einsatz kam.[23]

Platz schaffen mit Güterregulierungen und Aussiedlungen

Die Rationalisierung mittels Maschinen verlangte nach grosszügigeren Betriebsstrukturen, als sie die im nationalen Vergleich kleinen Mischbetriebe im Aargau besassen.[24] Dies führte dazu, dass in den Aargauer Kleinstädten die Bauernhöfe

242 Getreideernte auf dem Kornberg im Fricktal, 1961. Der vom Bauern gelenkte Traktor zog den Bindemäher, den der Jungbauer überwachte. Die Maschine schnitt die Halme ab und band sie zu Garben. Das Aufschichten zu Puppen war noch immer Handarbeit, ebenso das Aufladen, um sie zum Dreschen ins Tenn zu fahren.

243 «Rekordkuh» in Moosleerau, 1959. Der Zuchterfolg eines Suhrentaler Milchbauern machte Schlagzeilen, als seine Kuh von der Rasse Simmentaler Fleckvieh ihr bereits siebtes Kalb zur Welt brachte. Der stolze Besitzer präsentierte mit seinen Kindern die beiden Tiere.



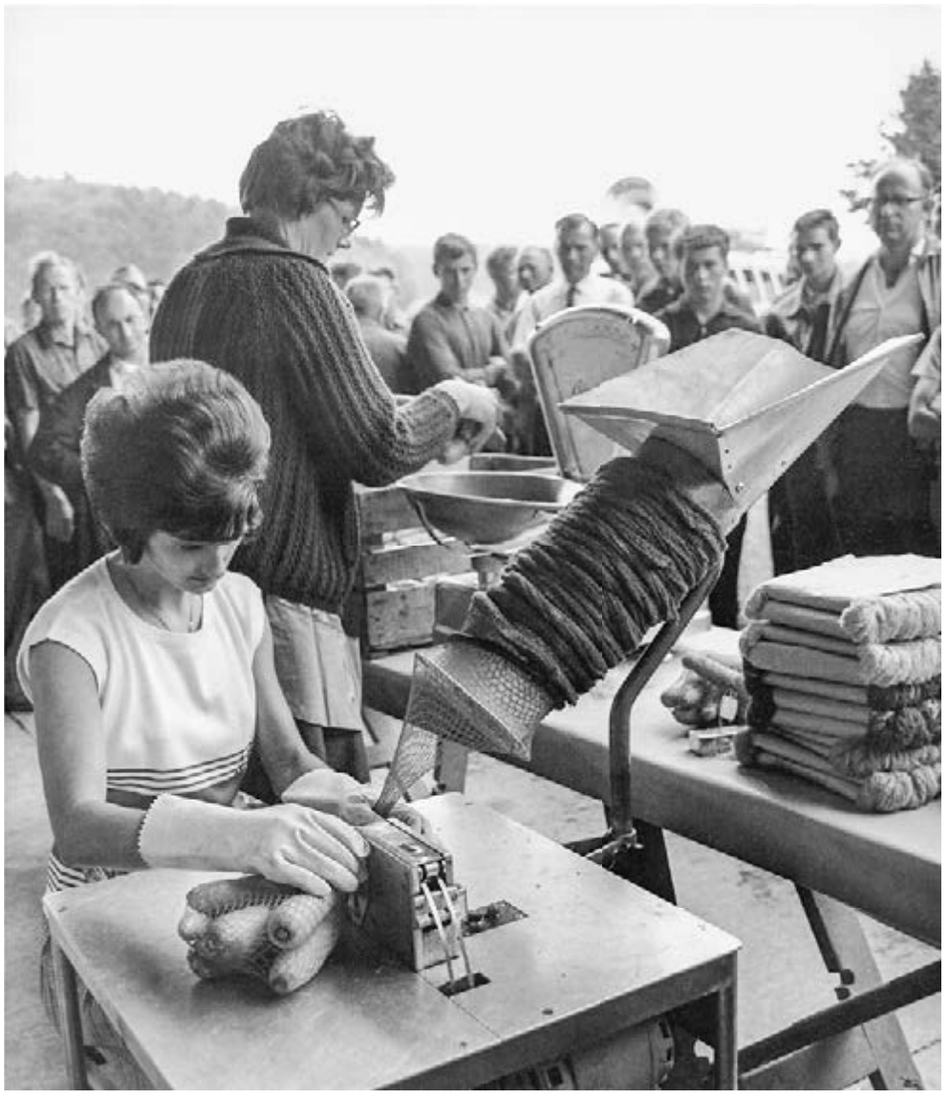
244 Viehmarkt Ende August 1961 in Brugg. Auf dem Platz hinter der 1929 erbauten Markthalle Brugg-Windisch feilschen zwei Männer um ein Stück Vieh. Damals wickelten Züchter und Viehhändler ihre Geschäfte direkt und in aller Öffentlichkeit ab, lange vor dem anonymen Grosshandel.

245 Riesenkartoffel aus Frick, 1952. In den 1950er-Jahren berichteten die Aargauer Zeitungen regelmässig über Erfolge in der Landwirtschaft. Grosse Ernten, wie hier die 990 Gramm schwere «Rekordkartoffel», betrachtete man als einen Beitrag zur sicheren Landesversorgung.

246 Pflügen mit Vevey-Traktor in den 1950er-Jahren. Der Traktor erleichterte die Arbeit der Bauern, ganz besonders im Acker- und Futterbau. Zwischen 1937 und 1963 wurden 3300 solche Zugmaschinen ausgeliefert. Mancher Aargauer reiste an den Genfersee, um von Vevey seinen Traktor persönlich heimzufahren.

247 Melkmaschine an der Maschinenschau in Brugg, 1959. Die Bauernfamilien informierten sich an Ausstellungen über die jüngsten Entwicklungen und neusten Maschinen. Durch die Mechanisierung wurde das Melken weitgehend zur Männersache, die Reinigungsarbeiten in der Milchkammer dagegen blieben Frauenarbeit.

248 Erbsenernte mit Mähdreschern, 1970. Im Umfeld der Aargauer Konservenfabriken bauten die Bauern Erbsen, Bohnen und anderes Gemüse an, die selbst fahrende Spezialmähdrescher – hier der Marken Herbort und Brüser – von den Stauden trennten und direkt auf Lastwagen für den Transport in die Fabrik umluden.

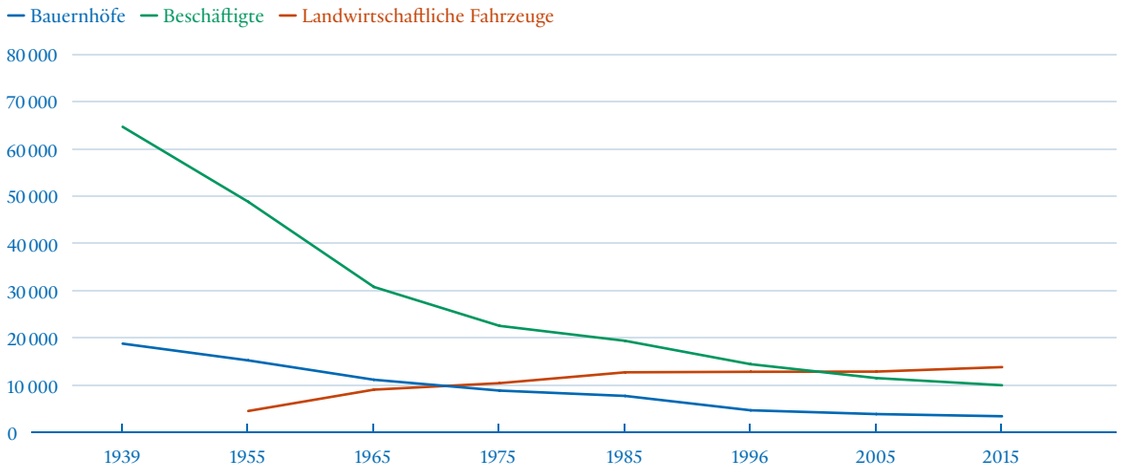


249 Rationelles Gemüseverpacken im Murimoos, 1964. Der Aargauische Gemüseproduzentenverband liess Bäuerinnen zeigen, wie Gemüse marktgerecht zu verpacken war. Die «Rüebli» wurden exakt abgewogen, über einen Trichter in ein Plastiknetz gefüllt, das dann mit einer Metallklammer verschlossen wurde.

250 Runkelrübenputzen auf dem Acker in den 1950er-Jahren. Frauen und Mädchen rüsten zusammen mit dem Grossvater das einst begehrte Futter für Rinder und Schafe. Die Arbeit in der Gruppe verschwand durch die Mechanisierung der Landwirtschaft. Arbeitsspitzen aber deckten Familienmitglieder noch immer selbst ab.

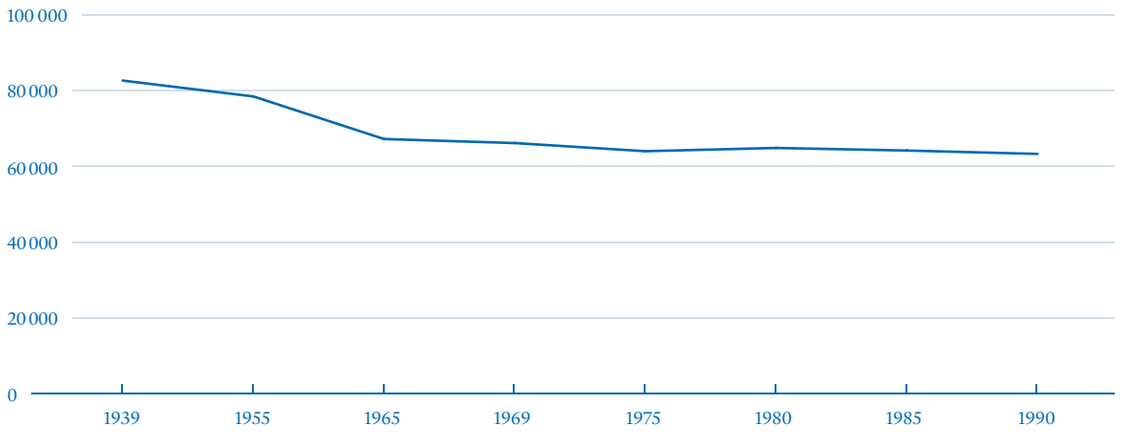
Grafik 38

Landwirtschaftliche Betriebe, Beschäftigte und Fahrzeuge im Aargau 1939–2015



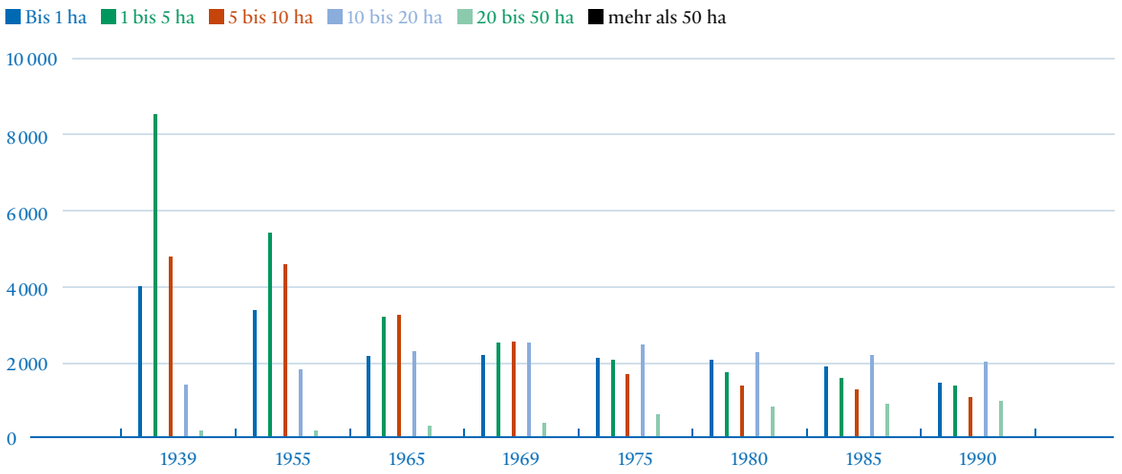
Grafik 39

Landwirtschaftliche Nutzfläche im Aargau 1939–1990 (in Hektaren)



Grafik 40

Landwirtschaftliche Betriebe nach bearbeiteten Flächen im Aargau 1939–1990



Grafik 38 Von 1939 bis 2015 gaben über 15 000 der ursprünglich fast 19 000 Bauernbetriebe auf. Die Deagrarisierung ging einher mit der Motorisierung der Landwirtschaft. 1970 fand sich durchschnittlich auf jedem Aargauer Hof ein Traktor, ein einachsiger Mäher oder eine selbst fahrende Maschine. Zur Jahrtausendwende kam auf jede landwirtschaftliche Arbeitskraft mindestens ein solches Fahrzeug. Quelle: Statistik Aargau.
Grafik 39 Die landwirtschaftliche Nutzfläche im Aargau schrumpfte nach 1939 um knapp ein Viertel, am stärksten zwischen 1950 und 1970, bevor kommunale Nutzungsordnungen vorlagen. 1990 machte die Landwirtschaftsfläche mit 63 328 Hektaren 45 Prozent der Kantonsfläche aus. Sie ging bis 2018 nochmals um 3200 Hektaren zurück. Quelle: Statistik Aargau.
Grafik 40 In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nahmen im Aargau die Bauernbetriebe mit einer Grösse bis zehn Hektaren am stärksten ab, wobei die Kleinsthöfe mit bis einer Hektare Fläche weniger stark schwanden. Die Anzahl grösserer Betriebe wuchs, jene mit zwanzig bis fünfzig Hektaren verfünffachte sich. Zwei Dutzend Grossbetriebe mit über fünfzig Hektaren blieben bis 1990 die Ausnahme. Quelle: Statistik Aargau.

fast ausnahmslos verschwanden.[25] In den Dörfern dagegen strengten örtliche Bodenverbesserungsgesellschaften, unterstützt von Bund, Kanton und Gemeinden, langwierige Meliorationsprojekte an.[26] Sie beinhalteten Güter- und Waldzusammenlegungen, Flurwegbauten, Entwässerungen, Hofwasserversorgungen, Hangrutschsanierungen oder die Rekonstruktion alter Drainagen. Vor 1945 gab es im Aargau nur ganz wenige Meliorationen, so im Rebbaudorf Mandach im Bezirk Brugg zwischen 1928 und 1934.[27] Erst in den 1950er- und 1960er-Jahren kam es im Aargau zu einer grossen Zahl von Güterregulierungen, vor allem im Fricktal, im Freiamt und im Studenland.[28] Sie erfassten auch den zentralen Kantonsteil, wo die Planung und der Bau der Nationalstrassen und deren Zubringer- und Umfahrungsstrassen Anlass dazu gaben.[29] Zeitweilig waren kantonsweit fünfzig Gesamtmeliorationen gleichzeitig im Gange.

Hand in Hand mit den Güterregulierungen ging der Bau neuer Bauernhöfe ausserhalb der beengenden Dorfstrukturen. Dazu entwickelte man in den frühen 1960er-Jahren den «Aargauer Siedlungstyp».[30] Sein Raumprogramm gab wieder, was der Aargau von alters her unter einem Bauernhof verstand: einen Mischwirtschaftsbetrieb mit einem Dutzend Milchkühen, bewohnt von zwei bis drei Generationen, die unter einem Dach lebten. Die Siedlungen wurden zum Erfolg. Bis in die frühen 1980er-Jahre entstanden zwischen 200 und 250 solche Bauernhöfe im Baukastensystem (siehe «Raumplanung», S. 74).[31]

Auswege aus der Misere: Hofaufgabe

Wer nach 1950 nicht in der Lage war, seinen Hof zu vergrössern und sich zu spezialisieren, musste sich zwangsläufig mit der Frage befassen, ob der Betrieb nicht besser aufzugeben und anderweitig nicht einfacher ein Auskommen zu finden sei. Die Überlegungen differierten von Dorf zu Dorf, von Hof zu Hof, von Familie zu Familie und folgten keinem erkennbaren Muster.[32] Wichtige Fragen etwa waren, ob es nachfolgewillige Söhne gab oder die Möglichkeit bestand, Bauland zu verkaufen. Die kleinsten Bauerngüter, oft im Nebenberuf von Frau und Kindern betrieben, verschwanden im Kanton in den 1960er- und 1970er-Jahren.[33] Sie setzten am meisten Arbeitskräfte frei, die in der wachsenden Baubranche und in der Industrie unterkamen.

Zur Illustration der Deagrarisierung diene hier Gansingen im Fricktal, das sich 1957 zu einer Güterzusammenlegung entschlossen hatte.[34] Zwanzig Jahre später surrten auf den 41 hauptberuflichen Bauernhöfen 22 Melkmaschinen, brummten 44 Traktoren, die 42 Ladewagen zogen. 1988 gab es im Dorfkern noch acht Betriebe. Zwei Bauernfamilien waren in neue Siedlungen ausserhalb des Dorfs gezogen. 31 hatten aufgegeben, ihren Hof verkauft oder das Land verpachtet, was den verbleibenden erlaubte, ihre Betriebe zu arrondieren.[35] In Seengen im Seetal gaben bis 2010 sogar 73 Bauernhöfe auf, meist kleinere, die in der Nähe des Dorfkerns lagen. In dieser Zeit kam es zu vier Aussiedlungen. 17 weitere Höfe hielten sich, wovon zwei sich gänzlich auf Ackerbau respektive Weinbau spezialisierten.[36] Diese Entwicklung brachte mit sich, dass viele landwirtschaftliche Genossenschaften, die ursprünglich aus lokalen Initiativen hervorgegangen waren, sich auflösten. So etwa 2004 die 1892 gegründete Landwirtschaftliche Genossenschaft Suhrental, die zu den besten Zeiten für siebzig Anteilsnehmer 1,4 Millionen Franken Umsatz (1981) erzielte.[37] Auch die Milch- und Landwirtschaftliche Genossenschaft Frick gab 2010 kurz vor der Hundertjahrfeier auf.[38] Sie verzeichnete 1956 Milchablieferungen von 650 000 Litern und wagte Mitte der 1970er-Jahre einen Neubau mit Volg-Laden und Wohnungen im Dorfzentrum.

Auswanderung nach Kanada und Australien

Den veränderten Bedingungen in der Landwirtschaft liess sich auch mit Auswanderung begegnen. Ab dem Zerfall des US-Dollars 1974 akzentuierte sie sich auch unter Aargauer Landwirten, sodass Grossrat Karl Kyburz (1918–1984, Mitglied der Schweizerischen Volkspartei) aus Unterentfelden 1980 eine Interpellation im Grossen Rat eingab.[39] Er sorgte sich um die zahlreichen auswanderungswilligen Bauernfamilien, die unbekannte Agenten mit Inseraten in der Landwirtschaftspresse nach Kanada abwarben.[40] Diese Tätigkeit unterstand noch immer dem Bundesgesetz betreffend den Geschäftsbetrieb von Auswanderungsagenturen von 1888. In seiner Antwort betonte der freisinnige Regierungsrat Kurt Lareida (1923–1998) als Finanz- und damit Landwirtschaftsdirektor, weder beim Bund noch beim Kanton lägen Klagen gegen fehlbare Vermittler vor.[41] Zudem sei die kanadische Regierung daran interessiert, dass den rund 400 übersiedelten Schweizer Bauern weitere folgten, um kanadische Farmen zu pachten oder zu kaufen.

Es war ebenfalls Mitte der 1970er-Jahre, als Verena und Ruedi Kull-Märki aus der Region Brugg auf die Nordinsel von Neuseeland auswanderten.[42] Dort gründeten sie eine Familie und betrieben während zwanzig Jahren eine 38 Hektaren umfassende Milchfarm, um 1996 nach Kanangra westlich von Sydney (Australien) zu übersiedeln. Dort erwarben sie eine grössere Farm mit 300 Milchkühen, bevor sie 2002 auf einen dritten Betrieb zur Zucht von Rindern übergingen.

Direkt nach Australien verschlug es Beatrice und Herbert Würsch-Voser aus Killwangen.[43] Sie wanderten 1988 nach Coonabarabran im australischen Gliedstaat New South Wales aus. Anfänglich noch mit Schafzucht befasst, konzentrierten sie sich auf der Farm «Terrawinda» auf Ackerbau und Mutterkuhhaltung mit Grasland. 1993 und 2016 kauften die Würschs jeweils eine Nachbarfarm dazu, sodass sie heute gegen 2000 Hektaren Fläche bewirtschaften, davon 500 für Ackerbau, und mehrere Hundert Mutterkühe halten.[44]

Neue bäuerliche Lebenswelt

Wer im Aargau in der Landwirtschaft tätig blieb, erlebte in der zweiten Jahrhunderthälfte einen epochalen Wandel. Vor der Motorisierung bewältigten Bauernbetriebe ihre Aufgaben immer in der Gruppe, besonders bei Arbeitsspitzen in der Erntezeit. Die Arbeiten im Tages- und Jahreslauf folgten einer klaren Struktur, die Wetter und Natur vorgaben. Sie

waren gleichzeitig eingebunden in eine religiöse Praxis, die Werktage und Festtage miteinander verflocht.[45] Je nach Ort ergaben sich andere Akzente, besonders im konfessionell gemischten Aargau.

Unter dem Eindruck der Modernisierung und der Säkularisierung verschwanden die meisten Bräuche und Traditionen – besonders religiöse –, die mit der Landwirtschaft zusammenhingen. Erhalten haben sich ausgelassene Erntefeste wie eine «Sichlete» oder Winzerfeste, zum Beispiel in Döttingen das grösste seiner Art in der Deutschschweiz. Auch die traditionelle «Metzgete» gibt es noch.

Als ausgesprochen stark erwies sich der Wandel für die Bäuerinnen. Das Bedürfnis nach Bäuerinnenschulen entstand in der Zwischenkriegszeit.[46] Ein traditionelles Rollenverständnis prägte die Lehrinhalte in den 1950er-Jahren. Unterrichtet wurden Haushaltsarbeiten, Garten- und Gemüsebau sowie Schweine- und Geflügelhaltung. Abgesehen von Buchhaltung fehlten allgemeinbildende Fächer fast ganz. Dies änderte sich erst vor der Jahrtausendwende, als zahlreiche Quereinsteigerinnen zur Landwirtschaft kamen, die meist eine Erstausbildung mitbrachten.

Obwohl die Lehrpläne und die Berufsprüfungen seit 1950 vereinheitlicht und staatlich überprüft waren, blieben einige Schulen konfessionell geprägt. Im Aargau traf dies auf die Bäuerinnenschule im Kloster Fahr zu, wo zwischen 1944 und 2013 über 4000 Frauen aus der ganzen Deutschschweiz – am meisten aus den Kantonen Luzern und Aargau – eine weiterherum anerkannte Ausbildung erhielten.[47] Eine kantonale Bäuerinnenschule gab es im Aargau ab 1948.[48] Die angehenden Bäuerinnen absolvierten Sommerkurse von zwanzig Wochen Dauer, nach 1958 auch Winterkurse. Bis die Bäuerinnenschule 1974 von Brugg nach Frick zog, schlossen dort rund 1900 Frauen ihre Ausbildung erfolgreich ab. Der Lehrgang wurde auf diesen Zeitpunkt hin umgestaltet.[49] Seither besteht ein Abschluss als Diplomierte Bäuerin mit dem entsprechenden Eidgenössischen Fachausweis, den die Frauen seit 1998 auf der Liebegg bei Gränichen erlangen.[50]

Bauersfrauen, Bäuerinnen und Landwirtinnen

Die Luzernerin Theres Suter-Kaufmann (1929–2013) bestand 1955 die Bäuerinnenprüfung. Als sie 1957 auf den eben erworbenen Bauernhof im Aargau zog, traf sie dort einfachste Verhältnisse an.[51] Neben dem zweilöchrigen Holzherd stand zwar ein Elektroherd, doch nebst Boiler und Kühlschrank fehlte bis 1963 auch eine Waschmaschine. «Der Mann hätte sich gerne eine gute Kuh gekauft, für beides aber reichten unsere Finanzen nicht, und so freute ich mich natürlich sehr, dass der Entscheid zu meinen Gunsten ausfiel.»[52] Trotzdem blieben die Führung des Haushalts und die Versorgung der unterdessen sechs kleinen Kinder eine strenge Tätigkeit. Theres Suter-Kaufmann arbeitete auf dem Betrieb mit, oft auf dem Feld beim Hacken und Heuen und im Stall, wo sie das Milchgeschirr zu besorgen hatte und in der Erntezeit und im Falle von Militärdienst ihren Mann ersetzen musste. Deshalb waren die langjährige Anstellung eines Saisonarbeiters und die Installation einer Melkmaschine im Jahr 1965 eine grosse Erleichterung. Die unablässige Arbeit wurde höchstens von Veranstaltungen im örtlichen Landfrauenverein und bei kirchlichen Organisationen unterbrochen.

Gleichstellung, Anerkennung und Absicherung

Zwei Generationen später, ab den 1980er-Jahren, stieg die Zahl junger Frauen, die eine Ausbildung zur Landwirtin durchliefen.[53] Dies tat auch Marion Sonderegger, die sich zur Biolandwirtin ausbilden liess. Nach einem Sommer auf einer Alp zog sie auf den Mooshof in Lenzburg, den sie mit ihrem Lebenspartner von dessen Eltern übernahm. Das Paar bewirtschaftete, seit 2014 biologisch zertifiziert, zwanzig Hektaren mit Getreidebau, Kartoffeln, Feldgemüse und Grasland für ihre Mutterkühe und Mutterschafe.[54] Es bestritt die Arbeit im Haushalt, in der Familie mit den beiden Kindern und auf dem Bauernhof gemeinschaftlich. Eine gewisse Arbeitsteilung bestand trotzdem. Sonderegger backte wöchentlich Brot und baute Gemüse an. Die Produkte verkaufte sie im Abonnement und auf dem städtischen Wochenmarkt, während ihr Partner die Hauptlast im Ackerbau schulterte.

In den vergangenen Jahrzehnten änderte sich die Wahrnehmung der Beziehung zwischen Bauer und Bäuerin. So betonte 1979 die damalige Leiterin der Bäuerinnenkurse an der Landwirtschaftlichen Schule in Frick, Verena Reist: «Zur Führung eines existenzgesicherten Betriebes braucht es nicht nur einen bestens geschulten Betriebsleiter, sondern ebenso tüchtige Partnerinnen.»[55] Zehn Jahre später wies Brigitt Ineichen-Burger, von 1969 bis 1987 Präsidentin des Aargauischen Landfrauenverbands, auf die fehlende soziale Absicherung der Bäuerinnen im Alter und im Fall einer Trennung, Scheidung oder im Todesfall des Bauern hin.[56] Dieser Missstand wurde auch Gegenstand der eidgenössischen Politik und war Thema am zweiten nationalen Frauenstreik von 2019, in dessen Umfeld der Schweizerische Bäuerinnen- und Landfrauenverband mit klaren Forderungen selbstbewusst auftrat.[57]

Gerade die Landfrauenvereine hatten und haben eine wichtige Funktion bei der Weiterbildung und Vernetzung der Bauersfrauen. Der Aargauische Landfrauenverband wurde 1929 gegründet, drei Jahre vor dem schweizerischen Dachverband.[58] 1957 waren im Aargau gegen 6000 Landfrauen organisiert und bildeten landesweit den grössten Kantonalverband. Einen Höhepunkt erreichte die Mitgliederzahl 1985 mit 10 000, 2019 waren es noch knapp 7000 in allen elf Aargauer Bezirken.

Bauernproteste angesichts der Überproduktion

Die rasante Entwicklung der Landwirtschaft brachte mit sich, dass im Verlauf der 1950er-Jahre das zweite Ziel des Landwirtschaftsgesetzes von 1951, die «Erhaltung eines gesunden Bauernstandes», beinahe stillschweigend zugunsten einer «leistungsfähigen Landwirtschaft» aufgegeben wurde.[59] Die schweizweite bäuerliche Protestwelle gegen diese Entwicklung äusserte sich am sichtbarsten in der ostentativen Vernichtung von Lebensmitteln und in machtvollen nationalen Demonstrationen. Ausserhalb der Landwirtschaft stiessen die Anliegen auf wenig Verständnis.

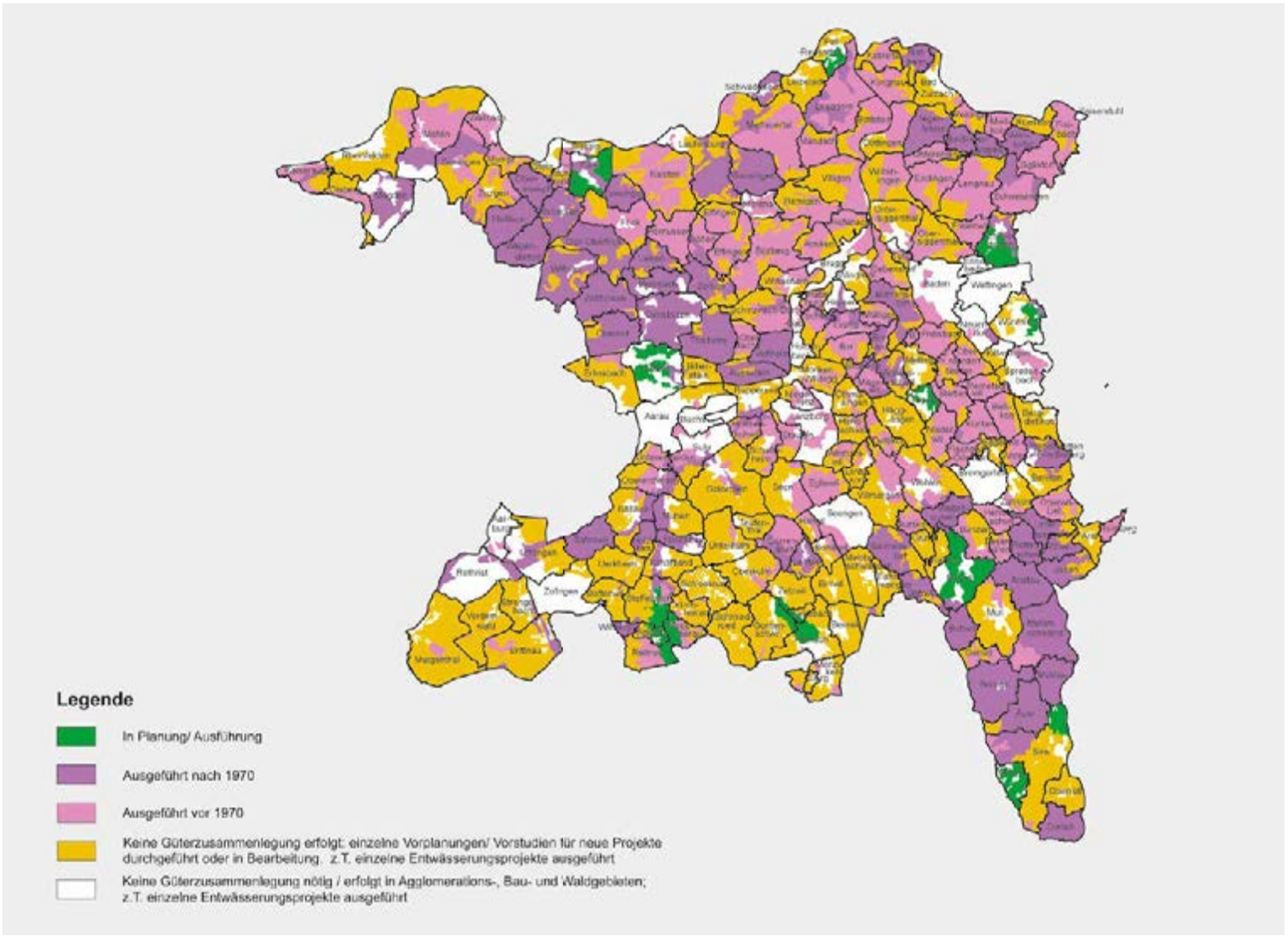
Zur Selbsthilfe gegründet, in der Agglomeration aufgegangen: Landfrauenverein Rohr (1940–2014)

Als 29 Bäuerinnen im September 1940 den Landfrauenverein Rohr gründeten, zählte das Dorf tausend Einwohnerinnen und Einwohner und mehr als sechzig Landwirtschaftsbetriebe. Im zweiten Kriegsjahr hatten sie vor Augen, «dass in der heutigen schweren Zeit die Mithilfe der Frau auf allen möglichen Gebieten, Feld und Haushaltung, doppelt notwendig sei, dass alle unsere Kräfte angestrengt werden müssen, dass wir unserem lieben Vaterland eine fleissige Stütze sein können».[1] Im Zeichen der Geistigen Landesverteidigung halfen sich die Rohrerinnen selbst. Sie veranstalteten Gartenbaukurse für Gemüse, Beeren und Kompostierung, Vorträge über Krankenpflege, gesunde Ernährung und Milchverwertung und Schulungen im Stricken, Sticken und Bügeln. Bis 1945 organisierte der Landfrauenverein auch die örtliche Eiersammelstelle und beteiligte sich an der Aktion «Soldatenpäckli».[2]

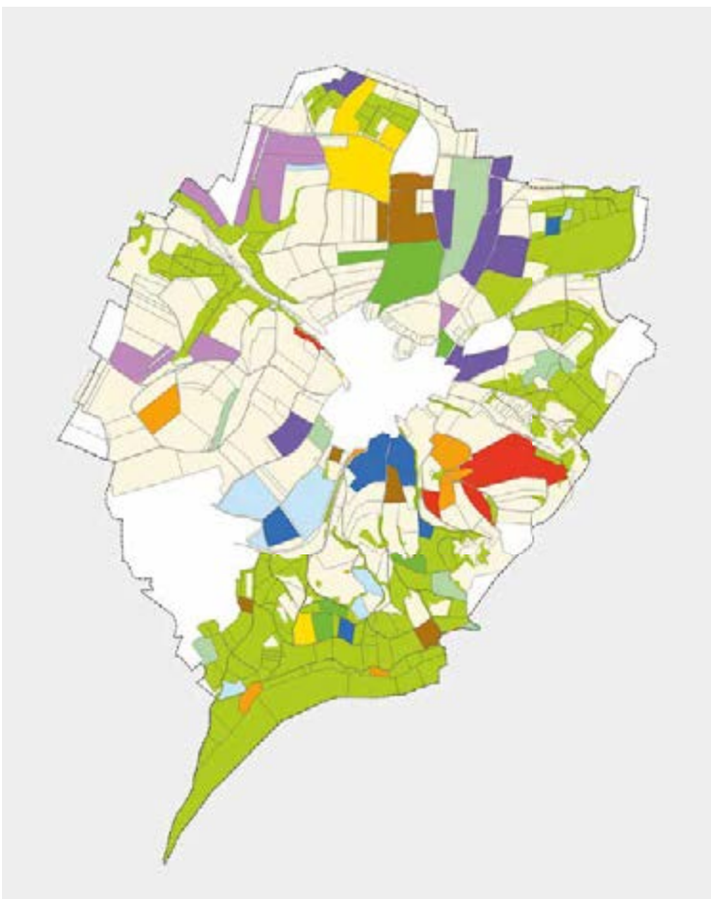
In den folgenden Jahren intensivierte der Verein seine Tätigkeiten. Betriebsbesichtigungen, etwa bei der Getreideflockenfabrik Matzinger in Lenzburg, oder gemütliches Beisammensein bei Gesang, Vorlesen, Musik, Tee und Kuchen gehörten ebenso zum Jahresprogramm wie die Gratulationen zu hohen Geburtstagen, Goldenen und Diamantenen Hochzeiten oder die Begleitung verstorbener Mitglieder auf dem letzten Gang. Die treibende Kraft in den ersten vierzig Vereinsjahren war Martha Graf-Bongni (1910–2009).[3] Unter ihrer Präsidentschaft geschah auch der Umbruch Mitte der 1970er-Jahre, als die Aktuarin notierte: «Ein Nähkurs wird abgelehnt, da man Sommerkleider günstiger kauft.»[4] Die Lebens- und Konsumgewohnheiten hatten sich in der Hochkonjunktur geändert. Ab diesem Zeitpunkt, Rohr zählte noch ein Dutzend Bauernhöfe, wurde der alljährliche «Blustbummel» nach Buchs nicht mehr durchgeführt. Die Baumgärten zwischen den beiden Dörfern waren abgeholzt oder Überbauungen gewichen. Nach der Jahrtausendwende trafen sich die verbleibenden Mitglieder einmal monatlich zu Kaffee und Kuchen, bis zur Auflösung des Vereins 2014. Rohr war Teil der Stadt Aarau geworden.

1 Stadtarchiv Aarau NK.007-01, Landfrauenverein Rohr, Protokoll der Gründungsversammlung vom 11. September 1940.
2 Stadtarchiv Aarau NK.007-01, Landfrauenverein Rohr, Protokoll vom 26. Juni 1945.
3 AT, 10.3.1980.
4 Stadtarchiv Aarau NK.007-01, Landfrauenverein Rohr, Protokoll vom 10. März 1976.

251 Volkstanzgruppe Rohr, 1992. Die Volkstanzgruppe ging aus dem Landfrauenverein Rohr hervor. Als Sektion des Aargauischen Trachtenverbands förderte sie das lokale Brauchtum und das ländliche Selbstbewusstsein. Bis zur Auflösung der Volkstanzgruppe 2004 bestand eine grosse personelle Überschneidung zwischen den beiden Vereinen.



252 Übersicht der Strukturverbesserungsprojekte (Stand August 2020). In den vergangenen neunzig Jahren erfassten die Meliorationswerke praktisch das ganze Kantonsgebiet. Ausnahmen bilden verstädterte Gemeinden mit wenig Landwirtschaftsland.



253a und b Parzellierung von Schupfart im Fricktal vor und nach der Gesamtmelioration, 1994/2013. Die Güterregulierung legte Grundstücke mit dem Ziel zusammen, eine effiziente Landwirtschaft mit möglichst kurzen Wegen zu gewährleisten. Die Farben symbolisieren die einzelnen Landbesitzerinnen und Landbesitzer.

Dass dem so war, hing zum einen an den offeneren Grenzen, die den Konkurrenzdruck erhöhten.[60] Zum anderen war das starre System der staatlich kontrollierten Landwirtschaft dafür verantwortlich. Es führte zur Überproduktion, vor allem in der Milchwirtschaft, und damit zu einem stetigen Preiszerfall. Da konnten auch Interessenverbände der Milch- und Käsewirtschaft nicht viel ausrichten, die unablässig den Konsum von Milchprodukten mit grossen, wiederkehrenden Werbeaktionen propagierten.[61] «Butterberg» und «Milchsee» lauteten zwei Schlagworte der Landwirtschaftsdebatten. Die eidgenössische Politik reagierte darauf mit Mengenbeschränkungen und verordnete 1977 die Kontingentierung der Milch.[62] Bis 2009 blieb für jeden Bauernhof festgelegt, wie viel Milch er produzieren und verkaufen durfte. Die indirekte Folge bestand darin, dass viele Bauern auf Fleischproduktion umstiegen, was wiederum jene Märkte aus dem Gleichgewicht brachte. Dessen ungeachtet wurde auf eine Beschränkung der Schweinefleischproduktion verzichtet.

Gegensatz von Ökologie und Produktion?

In den zwei Jahrzehnten nach 1970 gab es wiederholt Hinweise auf die Gefahren, die von einer intensiven Nutzung der natürlichen Ressourcen, beispielsweise des Bodens, ausgehen. Entsprechende Warnrufe ertönten schon früh im Umfeld der landwirtschaftlichen Bildung,[63] später auch von bäuerlichen Organisationen.[64] Manche vermuteten, Ökologie und agrarische Ökonomie könnten sich künftig sogar bedingen.[65] 1987, am Jubiläumsanlass zu «200 Jahre landwirtschaftlicher Berufsbildung im Kanton Aargau», warnte Festredner Walter Meier, Direktor der Forschungsanstalt Tänikon, davor, den konventionellen und den integrierten respektive biologischen Landbau gegeneinander auszuspielen.[66] Auf der Ebene des einzelnen Bauernbetriebs formulierte 1988 ein Mitglied der Aargauer Landjugend, Paul Frey aus Asp, das ökologische Dilemma aus Sicht des Produzenten: «Tatsache ist, dass viele nach Bio-Produkten rufen. Ich bin jedoch fest überzeugt, dass nur ein kleiner Teil der Konsumenten bereit ist, mehr für die Nahrungsmittel zu bezahlen. Die Bestätigung liefert mir das Batteriehaltungsverbot bei den Hühnern. Hier ist der Verbrauch an Importeiern, die sicher aus Batteriehaltung stammen, angestiegen. Die integrierte Produktion, die heute von fast allen Landwirten betrieben wird, ist für die Umwelt keineswegs schädlich.»[67]

Neue Agrarpolitik im Spannungsfeld zwischen Markt und Umweltschutz

Der zitierte Jungbauer machte auf den Gegensatz von gleichzeitig «mehr Markt» und «mehr Ökologie» aufmerksam, der die neue Agrarpolitik bestimmen sollte, die in den frühen 1990er-Jahren eingeführt wurde. Der Berner Agrarhistoriker Peter Moser (*1954) hält diesen Widerspruch für eine «einprägsame, produktive Missverständnisse geradezu fördernde Formel».[68]

Diese neue Agrarpolitik war eine Reaktion auf veränderte Marktbedingungen in der globalisierten Welt, geringere Ansprüche an die Ernährungssicherheit nach dem Ende des Kalten Kriegs und neue gesellschaftliche Erwartungen an eine umweltschonende, möglichst naturnahe Landwirtschaft.[69] Sichtbarstes Zeichen davon war die Einführung von Direktzahlungen, mit denen Bauernbetriebe für ihre gemeinwirtschaftlichen, insbesondere ökologischen Leistungen abgegolten werden.[70] Wer von solchen Beiträgen profitieren will, muss strenge Auflagen erfüllen, die mit einem ökologischen Leistungsnachweis zu belegen sind.

Mit der neuen Agrarpolitik setzte vor der Jahrtausendwende eine weitere Rationalisierung ein: Viele Bauernhöfe gaben einzelne Standbeine auf.[71] Damit verschwanden die traditionellen Mischbetriebe zusehends. Die im Gesamten multifunktionale Landwirtschaft bestand bald schon weitgehend aus monofunktionalen, hoch spezialisierten Betrieben, die mit weniger Arbeitskräften ein einziges Produkt herstellten. Dies bewerkstelligte man mit einem noch höheren Grad an Maschinisierung, Motorisierung und Digitalisierung. Sogar Roboter und Drohnen werden heute eingesetzt. Im Endeffekt wirkt sich die neue Agrarpolitik auf die bäuerliche Bevölkerung gleich aus wie die alte: Weiterhin verschwinden Bauernbetriebe.[72]

Ernährungssicherheit mit ökologischem Anspruch

Noch vor der Einführung der neuen Agrarpolitik stellte der traditionsreiche Trolerhof in Menziken auf biologische Landwirtschaft um.[73] Als Ruedi Weber (*1955) den Bauernhof mit Milchwirtschaft und Ackerbau 1988 übernahm, galt der Betrieb als teilweise vernachlässigt.[74] Der nicht begradigte Bach, die ungepflegten Hecken und die alten Obstbäume waren für die Gemeinde Menziken allerdings Anlass, zusammen mit dem Besitzer ökologische Ausgleichsflächen auszuscheiden und die damit verbundene Mehrarbeit zu entschädigen.

Zeitgemässe Strukturen im Sinne der neuen Agrarpolitik schuf die Gesamtmelioration von Schupfart, die als komplexeste Güterregulierung im Kanton galt.[75] Die Fricktaler Gemeinde führte von 1994 bis 2013 insgesamt 2000 Einzelparzellen von 219 Eigentümern in 445 Grundstücke von 194 Besitzern über. Zwei Bauernfamilien bauten Siedlungen ausserhalb des Dorfs. Das erlaubte den sechs Haupt- und zwei Dutzend Nebenerwerbsbetrieben auf 400 Hektaren Fläche eine Bewirtschaftung, ohne die ökologischen Anforderungen der Zeit zu vernachlässigen. So entstanden 15 Prozent ökologische Ausgleichsflächen sowie Waldreservate von vierzig Hektaren, und das Flurwegnetz wurde nicht ausgeweitet. Sieben Weiher und Tümpel, je 1400 Meter renaturierte Bäche und neue Hecken unterstreichen seither die umweltschützenden Absichten.

Während die Schupfarter ihre Güterregulierung verwirklichten, setzte der Aargau 2012 sein zweites Landwirtschaftsgesetz in Kraft.[76] Es war an der Urne unbestritten und verfolgte das Hauptziel, die Bevölkerung sicher mit gesunden Nahrungsmitteln zu versorgen. Gleichzeitig sollte das Gesetz die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Bauernbetriebe sicherstellen.[77] Was die ökologische Landwirtschaft als Ganzes betrifft, verfügt der Aargau

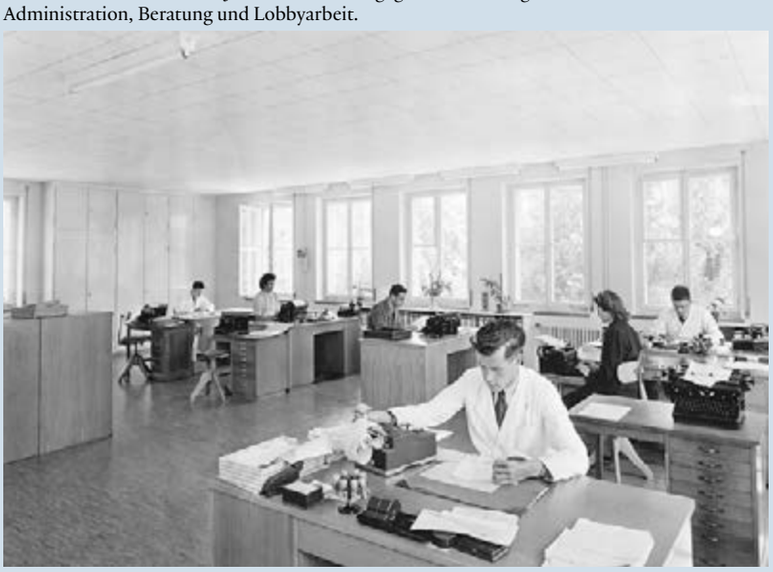
Bauernpolitik aus dem Aargau: zwischen Brugg und Reitnau

Brugg blieb in der Schweiz auch nach 1950 das Synonym für Bauernpolitik, namentlich für den 1897 gegründeten Schweizerischen Bauernverband (SBV).[1] Er einte die heterogene Schweizer Bauernschaft und vertrat im 20. Jahrhundert die agrarpolitischen Positionen erfolgreich in Bundesbern.[2] Gleichzeitig integrierte der SBV die vielen landwirtschaftlichen Vereinigungen, die mit ihren bündischen oder genossenschaftlichen Merkmalen weit ins 19. Jahrhundert zurückreichen, und überzog das Land mit einem Geflecht bäuerlicher Interessengruppen und Institutionen.[3] Der erste SBV-Direktor, Ernst Laur (1871–1964), wirkte dabei als Schlüsselfigur. Dass der mit 600 000 Mitgliedern (1960er-Jahre) mächtige SBV sein Domizil in Brugg fand, geht auf Sophie Laur-Schaffner (1875–1960) zurück.[4] Die in Brugg und Effingen verwurzelte Gattin Ernst Laurs weigerte sich, mit ihrer Familie nach Bern umzuziehen, was dem Aargau einen Platz in der Schweizer Agrarpolitik sicherte.[5]

In den 1970er-Jahren fühlten sich zahlreiche kleinere Bauernbetriebe vom SBV nicht mehr genügend vertreten.[6] So kam es 1980 zur Gründung der Schweizerischen Vereinigung zum Schutz der kleinen und mittleren Bauern (VKMB). Ihr unbestrittener Kopf war René Hochuli (1936–1989) aus Reitnau.[7] Wortgewandt und telegen verstand er es, die Anliegen der nie mehr als 3000 Mitglieder umfassenden Vereinigung auf die politische Agenda zu setzen. Sie bildete eine Art innerbäuerliche Opposition, die international vernetzt war. Dies führte dazu, dass sich «Brugg» und «Reitnau» nicht immer einig waren. Anfänglich Teil des SBV, trat die VKMB 1982 aus dem nationalen Dachverband aus.[8] Zum Höhepunkt der Auseinandersetzung wurde die Eidgenössische Volksinitiative «Für ein naturnahes Bauern – gegen Tierfabriken», die der VKMB mit der Firma Denner anstrengte. Die auch «Kleinbauerninitiative» genannte Vorlage scheiterte im Juni 1989 knapp am Volksmehr, aber deutlich am Ständemehr. Der Aargau lag mit 51,3 Prozent Nein-Stimmen im nationalen Mittel.

1 Baldinger Fuchs 2005, 574f.
2 Moser 1994, 33–60.
3 Brugger 1989.
4 Moser 1993, 3.
5 Baumann 2005, 232.
6 Moser 1994, 282–307.
7 StAAG NL.A-0271, Nachlass René Hochuli.
8 Baumann 1989, 1–3.

254 Grossraumbüro des Schweizerischen Bauernverbands in Brugg, 1948. Das «Haus des Schweizerbauern» bildete für Jahrzehnte das Zentrum der Schweizer Landwirtschaftspolitik. Hier fanden in der zweiten Jahrhunderthälfte gegen hundert Angestellte ein Auskommen in Administration, Beratung und Lobbyarbeit.



255 Titelblatt von *Gnueg Heu dune!*. Mit ihrem scharfzüngigen Mitteilungsblatt vermittelte die Führung der VKMB ihre politischen Anliegen, die für Jahrzehnte aktuell blieben.

Gnueg Heu dune!

Monatsbulletin der Schweizerischen Vereinigung zum Schutz der kleinen und mittleren Bauern Nr 4 Mai 1989

Weshalb die VKMB aus dem Bauernverband austritt

von Ruedi Baumann, Vizepräsident der VKMB

Nach der Gründung der VKMB vollzog der Schweizerische Bauernverband (SBV) im November 1981 einen programmatischen Kurswechsel mit der Schrift «Gesunder Bauernstand und leistungsfähige Landwirtschaft». Der sogenannte «neue agrarpolitische Kurs» mit dem Postulat der Ausrichtung der Agrarpolitik auf den bäuerlichen Familienbetrieb erwies sich in der Folge als reiner Etikettenschwindel. Die Politik des SBV blieb trotz vieler Lippenbekenntnisse die alte. Die neue Führung des SBV kümmert sich nun auch ganz offen nicht mehr um das Programm. SBV-Präsident Jean Bovary befürwortet öffentlich einen forcierten Strukturwandel – die Differenz zur EG müsse verringert werden; kleinere Betriebe müssten zu grösseren zusammengelegt werden.

Undemokratischer Bauernverband

Der SBV bot nie Hand zu einer ernsthaften Zusammenarbeit bei der Lösung der Probleme der kleinen und mittleren Bauern. Als deshalb die VKMB 1982 die Volksinitiative «für naturnahes Bauern – gegen Tierfabriken» lancierte, schoss sich der SBV ohne Prüfung sofort und pauschal darauf ein.

Eine ernsthafte, demokratische Auseinandersetzung über ein sehr ernsthaftes Anliegen der grossen Mehrheit der Schweizer Bauern hat innerhalb des Bauernverbandes nie stattgefunden und kann offenbar nicht stattfinden. Statt sich dem Anliegen zu stellen, bemüht sich der SBV krampfhaft, die Kleinbauern-Initiative als «Denner-Initiative» zu diskriminieren. Höhepunkt: An der Sitzung des 150köpfi-

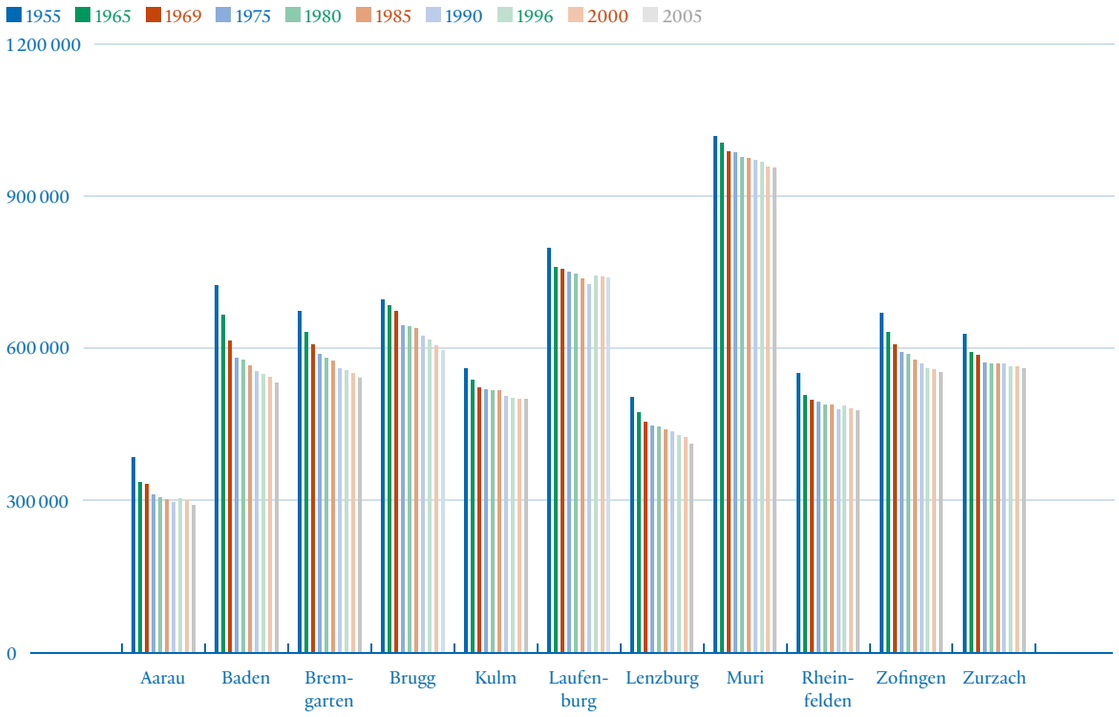
gen Grossen Vorstandes wurde von einer Woche Karl Schwer als «Initiant» eingeladen. Eine ordentliche und faire Gelegenheit zur Vorstellung der Initiative wurde hingegen der VKMB verwehrt.

Von der Futtermittellobby abhängig

Der SBV vertritt nicht die Interessen einer bäuerlichen Landwirtschaft. Er vertritt die Interessen der Futtermittelimporteure, die ihm jährlich dafür 600 000 Franken Beiträge überweisen. Tragisch ist daran, dass die Futtermittelimporteure dieses Geld auf Betreiben des

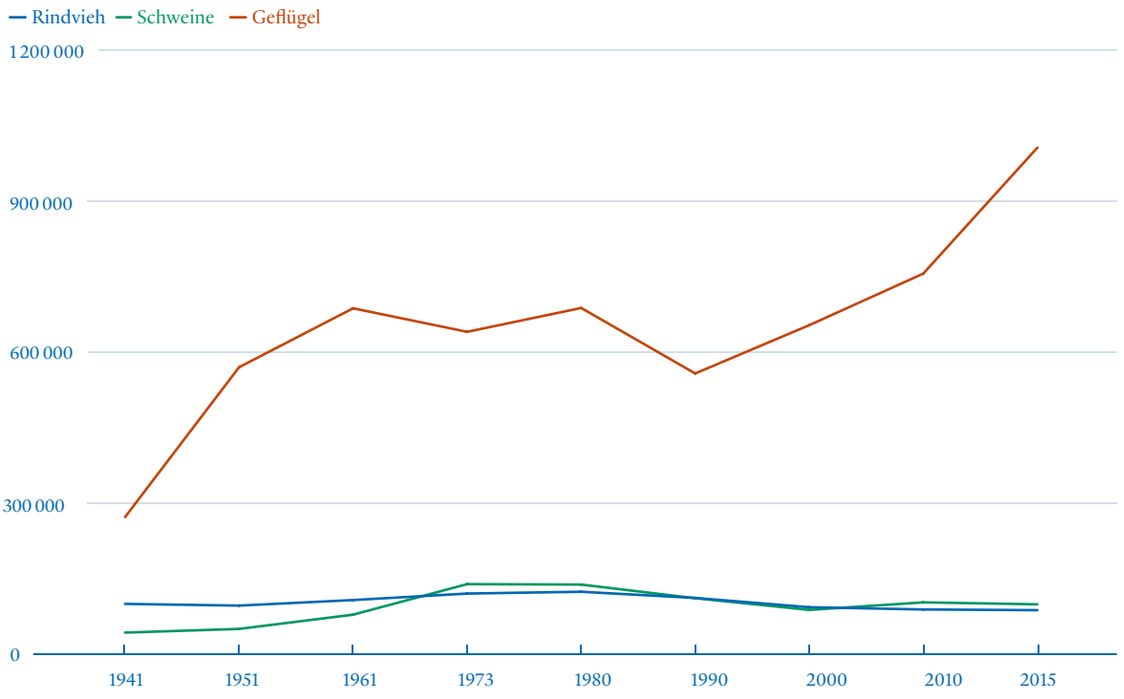
Grafik 41

Landwirtschaftliche Nutzflächen nach Bezirken 1955–2005 (in Hektaren)



Grafik 42

Nutztierbestände im Aargau 1941–2015



Grafik 41 Die Aargauer Landwirtschaft produzierte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts schwergewichtig in den Bezirken Muri, Laufenburg und Brugg, gefolgt von Zurzach, Zofingen und Bremgarten. Bei den drei Spitzenreitern ging die landwirtschaftliche Nutzfläche nur wenig zurück. Quelle: Statistik Aargau.
Grafik 42 Seit 1951 leben mehr Hühner, Gänse und Truten im Aargau als Menschen. Das Wachstum des Geflügelbestands seit 1990 betrug mehr als achtzig Prozent. Es entstand durch die Nachfrage nach leichtem Fleisch und nach Eiern und wurde durch die schon bestehenden Futtermühlen, Schlachthöfe und Gefrieranlagen gefördert. Quelle: Statistik Aargau.

über eine international renommierte Institution.[78] Vom 1973 gegründeten Forschungsinstitut für biologischen Landbau, das seit 1997 in Frick ansässig ist, sind zahlreiche Impulse in Pflanzenbau und Tierhaltung ausgegangen, die weltweit die landwirtschaftliche Praxis beeinflussen (siehe «Raumplanung», S. 75).[79]

Kleinteilige, vielfältige, regional spezialisierte Aargauer Landwirtschaft

Die Aargauer Landwirtschaft lässt sich bis heute nicht über einen Leisten schlagen. Sie kennt keine so ausgeprägte Milchwirtschaft und Schweinezucht wie der Kanton Luzern. Der Ackerbau mit Getreide und Kartoffeln dominiert nicht derart wie in der Waadt. Die Spezialkulturen von Obst und Wein ragen nicht heraus wie im Thurgau und im Wallis.[80] Vielmehr zeichnet sich die Aargauer Landwirtschaft durch eine grosse Vielfalt mit regionalen Schwerpunkten aus.[81] Während im oberen Freiamt Milchwirtschaft, Mutterkuhhaltung und Schweinezucht überwiegen, liegt im Fricktal und im Seetal ein Schwerpunkt auf dem Obstbau.[82] Im westlichen Kantonsteil spielt der Getreidebau noch immer eine bedeutende Rolle, während die grössten Rebbaugebiete in den Bezirken Brugg und Zurzach liegen.

Von alters her typisch für den Aargau waren zudem Kleinbauernbetriebe (siehe Grafik 40). Deren Zahl hatte schon seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts abgenommen.[83] Viele dienten dem Nebenerwerb, was den Aargau bis in die 1970er-Jahre hinein weitgehend wie eine Region von Bauerndörfern aussehen liess: «Nicht nur die Dörfer als Ganzes zeigen fast durchwegs eine Mischung von landwirtschaftlich und gewerblich-industriell tätiger Bevölkerung, auch jede einzelne Familie zeigt diese Mischung. Der Vater ist vielleicht noch Bauer, Söhne und Töchter gehen in die Fabrik. Aber sogar der einzelne ist häufig sowohl Arbeiter als Bauer: Über ein Drittel der Landwirte sind Landwirte nur im Nebenberuf, was kräftig über dem schweizerischen Mittel liegt.»[84] Besonders deutlich zeigte sich die Kleinteiligkeit der Landwirtschaft im Oberen Wynental, bedingt durch die ständigen Erbteilungen und die Mischung von agrarischer und industrieller Tätigkeit.[85]

Ein weiteres Merkmal der Aargauer Bauernhöfe: Es handelte sich meist um Mischbetriebe, die mehrere Kulturen pflegten und unterschiedliche Erwerbszweige verfolgten. In der Nachkriegszeit blieb dieses Betriebsmerkmal während Jahrzehnten sogar eine Voraussetzung für die Ausbildung von landwirtschaftlichen Lehrlingen.[86] Solche Mischbetriebe produzierten Milch, Fleisch von verschiedenen Tieren, Kartoffeln, Getreide, Tierfutter, Obst, oft auch Wein sowie Bau-, Papier- und Brennholz. Historisch gesehen entstanden sie in der Zeit der Selbstversorgung und aus der Absicht, mögliche Missernten oder Unheil in einem Betriebszweig mit einem anderen aufzufangen. Jüngst bewährten sich gemischte Bauernhöfe bei der teils automatisierten Direktvermarktung an Orten mit grösserer Nähe zu den Konsumentinnen und Konsumenten. Alle anderen Landwirtschaftsbetriebe spezialisierten sich seit den 1990er-Jahren und setzten im Idealfall auf zwei, drei Betriebszweige.[87]

Die Aargauer Landwirtschaft profitiert von vergleichsweise guten topografischen und klimatischen Verhältnissen.[88] Von der gesamten Kulturlandfläche liegen nur gerade 1,5 Prozent in der exponierten Bergzone, 1,24 Prozent in der Hügelzone und volle 74,5 Prozent in der produktiven Talzone. Das macht den Kanton Aargau im Vergleich mit den übrigen Kantonen zur Nummer acht bei der Agrarproduktion. Gegen drei Viertel seines Bedarfs an Hauptnahrungsmitteln deckt der Aargau selbst.

Stabile Aargauer Wälder: neue Schäden und Nutzung

Die Forstwirtschaft zählt im weiteren Sinne zur Landwirtschaft und ist flächenmässig die grösste Kultur. Denn auf mehr als einem Drittel der Gesamtfläche des Aargaus steht Wald.[89] Bedingt durch Höhenlage, Böden und Klima handelt es sich schweizweit um die wüchsigsten Wälder, sodass der Aargau bei der Holzproduktion auf dem fünften Platz aller Kantone liegt.[90] Seit den letzten kriegsbedingten Rodungen blieb die Fläche des Waldes stabil. Er gehört zu 73 Prozent den Ortsbürgergemeinden, sieben Prozent besitzt als Staatswald der Kanton, und nur zwanzig Prozent befinden sich in Privatbesitz.[91]

Typisch für den Aargau sind die alten Buchenwälder, die als Hallenwälder mit den dort vorherrschenden Rotbuchen verschiedensten Pflanzen und Tieren ein geeignetes Biotop bieten. Nur noch eine Randerscheinung bilden die ursprünglich an Rhein, Aare, Reuss und Limmat so prägenden Auenwälder (siehe «Natur und Landschaft», S. 135). Sie sind beim Bau und Betrieb der 27 grösseren Kraftwerkbauten seit dem Ende des 19. Jahrhunderts praktisch verschwunden.[92] Im aufgrund eines Volksentscheids von 1993 geschaffenen Auenschutzpark Aargau wird über ein Prozent der Kantonsfläche entsprechend gefördert und geschützt.[93] Ebenfalls seit den 1990er-Jahren vereinbarte der Kanton Aargau mit zahlreichen Waldbesitzern Nutzungsbeschränkungen für bestimmte Waldgebiete.[94] In solchen Reservaten wird die Natur sich selbst überlassen, um die Artenvielfalt von Flora und Fauna zu fördern. Waldbesitzer verzichten unterdessen freiwillig auf eine forstwirtschaftliche Nutzung, weil sich diese nicht mehr lohnt.

Holzhunger nach 1950

In den 1950er- und 1960er-Jahren profitierte die Aargauer Wald- und Forstwirtschaft vom Aufschwung der Baubranche, die einen kaum zu stillenden Holzhunger entwickelte.[95] So verwundert es nicht, dass im eidgenössischen Landwirtschaftsgesetz von 1951 keine forstwirtschaftlichen Massnahmen enthalten waren.[96] Der Wald bereitete damals seinen bäuerlichen Besitzern mehr Freude als Sorgen.

Die beiden folgenden Jahrzehnte bildeten die goldene Phase der Aargauer Sägereien, Zimmereien, Spanplatten- und Möbelfabriken. In diesem

Klimaveränderung im Rebberg und im Wald

Sämtliche Zweige der Landwirtschaft und auch die Forstwirtschaft sehen sich wegen der Veränderung des Klimas mit grossen Herausforderungen konfrontiert.[1] Besonders offensichtlich ist der Klimawandel im Weinbau. Die beiden wichtigsten Rebsorten im Aargau reagieren unterschiedlich. Für den Blauburgunder ergeben sich beste Bedingungen, während es für den frühreifen Riesling-Silvaner eher zu warm geworden ist. Bis in die 1990er-Jahre waren lediglich diese beiden Sorten sowie Gewürztraminer und Pinot gris gesetzlich zugelassen. Seither pflanzt man im Aargau eine Vielzahl von Rebensorten an, namentlich Chardonnay, Sauvignon blanc, Merlot, Gamaret und Garanoir, ebenso pilzresistente Sorten wie Cabernet Jura.[2] Sie sind beliebt bei jenen Aargauer Rebbauern, die als «Integrierte Produktion» mit einem Minimum an Pflanzenschutzmitteln auskommen.[3] Das wärmere Klima, verbunden mit Mengenbeschränkungen und Fortschritten in der Kellerbehandlung der Weine, führte dazu, dass heute im Aargau Weine von höchster Qualität gedeihen, die an nationalen und internationalen Weinproben regelmässig Preise gewinnen.

Im Wald geraten die für den Aargau charakteristischen Buchenbestände unter Druck. Wie die Rottanne (Fichte), der bisherige «Brotbaum» vieler Forstbetriebe, passen sie sich schwer an die Wärmeperioden und Dürrephasen an.[4] Eichen, Spitzahorn und Kirschbäume, eventuell Douglasien, dürften künftig die häufigsten Baumarten im Aargauer Wald sein, denn dieser könnte im 21. Jahrhundert noch stärker für die Freizeitnutzung gefragt sein, auch als kühler Rückzugsort im Zuge der Klimaerwärmung.[5]

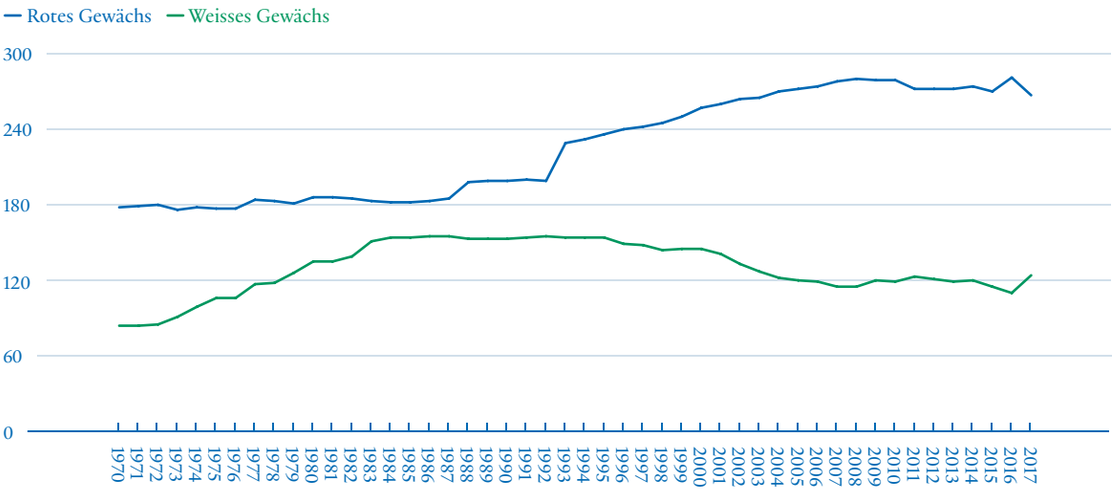
Wie schnell sich das Ökosystem Wald auf neue Gegebenheiten einzustellen vermag, zeigte sich nach den Wirbelstürmen Vivian 1990, Lothar 1999 und Burglind 2018, die alle früheren Schadenlagen in den Schatten stellten.[6] Zwar folgte auf alle ein verstärkter Befall mit Schädlingen, was noch mehr Holz auf den ohnehin gesättigten Markt brachte und die Rentabilität der Forstbetriebe noch stärker verringerte.[7] Indes stellte sich eine positive ökologische Wirkung ein, wie die Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft herausarbeitete.[8] Abgesehen von den Pioniergehölzen wuchsen zahlreiche Bäume nach, die künftig klimarobuste Wälder bilden.

1 MeteoSchweiz: Klimanormwerte Buchs/Aarau 1961–1990 sowie 1981–2010.
2 Weinlesekontrolle 2019 Kanton Aargau, 9.
3 Schrag 1993, 4.
4 Gespräch mit Marcel Murri, 2020.
5 Wirth 2020, 2f.
6 Küng 2019, 30.
7 Landolt 2019, 24f.
8 Knellwolf 2019, 15.

256 Arbeitspause im Rebberg von Birmenstorf in den 1950er-Jahren. Die Frauen leisteten die meiste Arbeit im Rebberg: vom Schneiden über das Ausbrechen und Anbinden bis zur Laubarbeit und Traubenlese. Dagegen blieb alle Maschinenarbeit – Pflügen, Rebenspritzen und Transportdienste – Männersache.

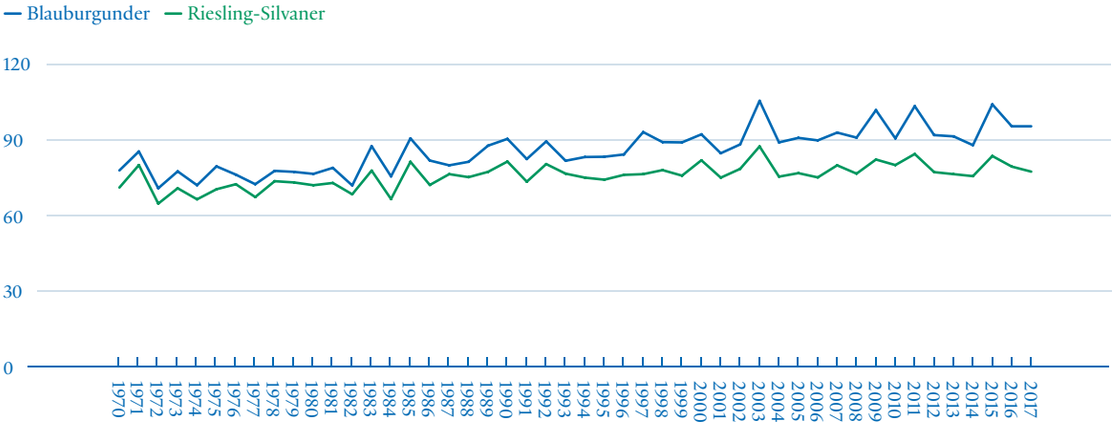
Grafik 43

Gesamte Rebfläche im Aargau nach Weinsorten 1970–2017 (kumuliert, in Hektaren)



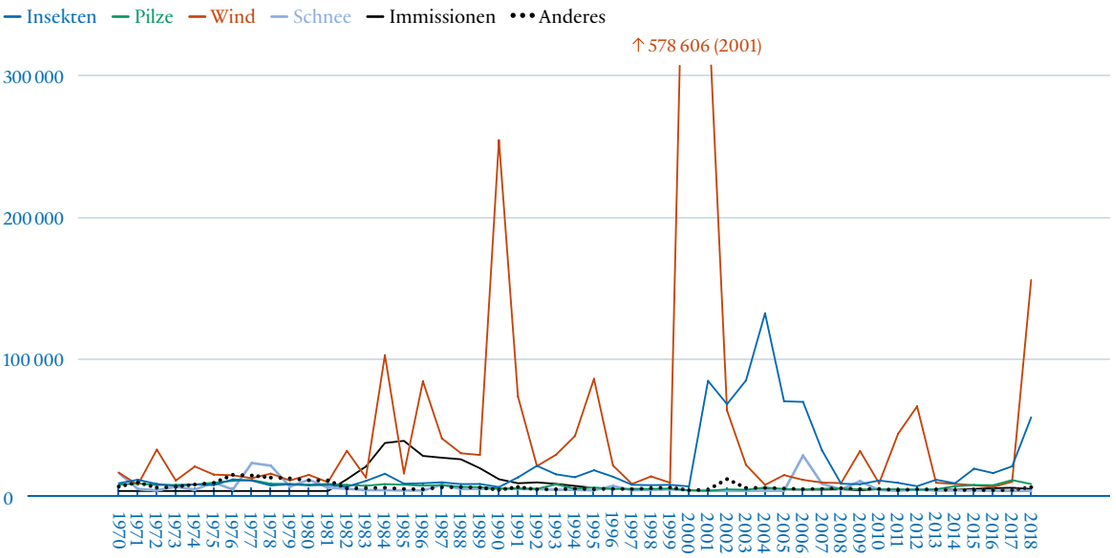
Grafik 44

Oechslegrade Aargau 1970–2017



Grafik 45

Zwangsnutzungen von Holz nach Ursachen in Kubikmeter im öffentlichen Wald 1975–2018



Grafik 43 Seit 1970 wuchs die Rebfläche im Aargau um ein Drittel auf 391 Hektaren. Anfänglich bevorzugten die Winzerinnen und Winzer bei Neupflanzungen weisse, nach 1990 blaue Trauben. Riesling-Silvaner und Blauburgunder blieben die hauptsächlichen Sorten. Flächen von Chardonnay und Sauvignon blanc legen jüngst zu. Quelle: Statistik Aargau.
Grafik 44 Im steigenden Zuckergehalt der Trauben, gemessen in Öchslegraden, zeigen sich die Mengenbeschränkungen und die Klimaerwärmung. Spitzenwerte erzielte im Aargau der Hitzesommer 2003. Zwischen 1981 und 2010 stieg die mittlere Jahrestemperatur um rund ein Grad Celsius, die jährliche Sonnenscheindauer um siebzig Stunden. Quelle: Statistik Aargau.
Grafik 45 Waldsterben 1980er-Jahre, Viviane 1990, Lothar 1999, Burglind 2018: Auf Stürme mit Windfall folgt in der Regel Insektenbefall (Borkenkäfer). Traditioneller Schaden durch Pilzbefall oder Schneebruch ist unterdessen marginal. Quelle: Statistik Aargau.

Boom entstand 1955 in Laufenburg das Familienunternehmen Kuratle AG.[97] Umgewandelt in ein Holzwerkstoff-Handels- und Logistikunternehmen war es 2020 in dritter Generation vom Standort Leibstadt aus mit weltweit 750 Mitarbeitenden international aufgestellt. 1970 gründete der Würenlinger Arthur Schneider (*1941) in Schlossrued die Ruedersäge AG.[98] Ausgehend von traditionellen Sägereiprodukten spezialisierte sich das Unternehmen unter Mitarbeit von Schneiders Sohn auf Schalplatten und Absperrmaterial für den Hoch- und Tiefbau sowie auf Holzpaletten und Verpackungsmaterial, wie sie das Transportgewerbe verwendet. Einen Schwerpunkt der Holzverarbeitung im Aargau bildete in jenen Jahren der Bezirk Zurzach, wo praktisch in jedem Dorf mindestens eine kleine Möbelfabrik fräste und nagelte.[99]

Finanzieller Druck durch Freihandel

Zwei Entwicklungen prägten die Wald- und Forstwirtschaft seit 1970. Erstens entwickelte sich ein Bewusstsein dafür, dass der Wald eine zentrale Bedeutung in Fragen der Raumplanung und des Umweltschutzes hat.[100] Die Bevölkerung verstand die Waldungen zunehmend als Erholungsraum und «grüne Lunge» zwischen den wachsenden Agglomerationen.

Zweitens kam es 1972 zu einem Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Freihandelszone (EFTA) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).[101] Innert fünf Jahren, so sah es die Abmachung vor, sollten sämtliche Zollschranken abgebaut sein. Seither erfahren Holz und Holzproduzenten keine Schutzmassnahmen mehr. Deshalb wurden Stamm- und Rundholz sowie Schnittwaren meist im benachbarten Ausland beschafft, wo sie kostengünstig zu haben waren. Wegen des hohen Preis- und Kostenniveaus in der Schweiz sowie des billigen Transports spielte der bisher geltende Distanzschutz nicht mehr, was bis heute für die schweizerische Wald- und Holzwirtschaft tiefgreifende Konsequenzen zeitigt. So ging die Eigenwirtschaftlichkeit der Forstbetriebe mit der Zeit verloren.[102] Gemeindeförster im Aargau waren nach 1975 erleichtert, wenn sie den Ortsbürgergemeinden in der Forstabrechnung überhaupt eine «schwarze Null» vorlegen konnten. Dies war angesichts der Motorisierung der Waldarbeit, welche die Pflege und Holzernte verteuerte, keine Selbstverständlichkeit. Die Einmannmotorsäge entwickelte sich in dieser Zeit zum wichtigsten Arbeitsgerät.

Waldschäden durch Luftverschmutzung

Nach dem Zweiten Weltkrieg traten neuartige Waldschäden auf.[103] Zwischen 1952 und 1968 hatten Land- und Forstwirtschaft rund um Rheinfelden Fluorimmissionen aus dem Badischen (siehe «Naturschutz», S. 131) und 1960 im Kirchspiel Leuggern Staubablagerungen aus dem Lonzawerk in Waldshut zu gewärtigen. Die Proteste von Bevölkerung und Lokalbehörden trugen erst langfristig Früchte, als die Fabrik endgültig geschlossen wurde.

Heftige Stürme mit grossem Windfall in den Jahren 1966 und 1967 veränderten die Situation im Aargauer Wald grundsätzlich, wie der damalige Kantonsoberförster Erwin Wullschleger (1917–2009) feststellte: «Von den Sturmschäden 1967 haben sich manche älteren Waldbestände nie mehr völlig erholt, sie verloren durch dieses Schadenereignis viel von ihrer Stabilität.»[104] Auf die geschwächten Bäume wirkte Schwefeldioxid über den «sauren Regen» ein, der in Osteuropa zu einem regelrechten Waldsterben führte. In der Schweiz realisierten die verantwortlichen Stellen in den frühen 1980er-Jahren die Bedrohung, was die Politik zu einer einschneidenden Gesetzgebung zwang – zum Beispiel die Einführung des Katalysators bei Personenwagen.[105] Auf den angegriffenen Wald trafen wiederholt Wirbelstürme, auf die ein verstärkter Schädlingsbefall folgte.[106]

Zu den erwähnten Schäden im Wald gesellte sich jener durch das Wild, namentlich Rehe und Gämsen, und ausserhalb des Waldes durch Wildschweine.[107] Die Aargauer Jägerinnen und Jäger sorgten anstelle der fehlenden Raubtiere für eine Regulation.

Hochtechnologische Rindviehzucht und schwindende Milchwirtschaft

Begünstigt durch die regelmässigen Niederschläge und geeignete Böden war der Aargau im 20. Jahrhundert ein für die Milchwirtschaft geeignetes Grasland.[108] Das traf insbesondere auf die Bezirke mit grossen landwirtschaftlichen Nutzflächen zu (siehe Grafik 41). Dem war nicht immer so. Vor 1900 geriet der Schweizer Getreidebau durch den günstigen Import mit Dampfeisenbahn und Dampfschiff aus der Ukraine und aus Übersee unter Druck. Als Reaktion auf die kostengünstige Konkurrenz forcierten die Bauern die Milchwirtschaft. Erst mit der Anlage von Kunstwiesen mit Klee und Luzerne begann die grosse Zeit von Schweizer Käse, Schweizer Trinkmilch und Schweizer Schokolade, die im Aargau zur Gründung kleinerer und grösserer Firmen führte, um Fleisch und Milch verarbeiten zu können:[109] von den meist genossenschaftlich organisierten Dorfkäsereien über die Aargauer Zentralmolkerei in Suhr bis zu Chocolat Frey SA in Buchs, dem grössten Schokoladenhersteller des Landes (siehe «Wirtschaft», «Konsumgüterindustrie», S. 338 und «Konsum», «Lebensmittel», S. 401). Gewisse Dorfkäsereien konnten sich mit Nischenprodukten erfolgreich positionieren. In der Käsereigenossenschaft Künten (1861–2020) stellten die 27 aufeinanderfolgenden Käsermeister jahrzehntelang den ihnen vorgeschriebenen Tilsiter her. Bis der Schweizer Käsemarkt 1995 liberalisiert wurde, nahm man für die «regelwidrig produzierten» Sorten empfindliche Bussen in Kauf.

Eine erfolgreiche Milchwirtschaft stellt auf geeignete Viehrassen ab. Bis in die 1950er-Jahre verfolgte die Schweizer Rinderzucht aller Rassen dieselben Ziele: Das Vieh sollte gleichzeitig guter Milchlieferant sein, zur Fleischproduktion taugen und erst noch als Zugtier dienen.[110] Diese Dreinutzungskühe verloren mit der Motorisierung der Landwirtschaft einen ihrer Daseinszwecke. Fortan achteten die grossen Zuchtverbände des Braunviehs und des Simmentaler Fleckviehs auf eine kombinierte Eignung als Zweinutzungskuh für Milch und Fleisch.

Künstliche Besamung aus dem Aargau

Die Zuchtverbände waren es, die sich mit den kantonalen und eidgenössischen Amtsstellen gegen die künstliche Besamung sperrten und sich für die Reinzucht der Viehrassen einsetzten. In anderen europäischen Ländern setzte man schon länger nicht mehr ausschliesslich auf den Natursprung durch den hofeigenen Stier oder den «Dorfmuni». Auch in der Schweiz forschte man an der künstlichen Besamung: 1949 begannen die Gebrüder Ineichen auf dem Gutshof der Psychiatrischen Klinik Königsfelden zu experimentieren.[111] Mit behördlicher Bewilligung arbeiteten sie mit dem Samen von drei Stieren, auch im Kampf gegen die sexuell übertragbare Deckseuche (Trichomoniasis). Als Labor diente den Schweizer Pionieren ein kleiner Küchenraum. Berchther Ineichen (1917–2002) stammte vom Sentenhof in Muri und wurde 1964 erster Leiter der Besamungsstation Mülligen.[112]

Die Station Mülligen entstand als zweiter Standort des 1960 gegründeten Schweizerischen Verbands für künstliche Besamung.[113] Dessen Gründung war eine Auswirkung der 1959/60 eingeleiteten Neuorientierung der staatlichen Agrarpolitik, die verstärkt auf Rationalisierung und Ausweitung der Produktion setzte. Mit der neuen Fortpflanzungsmethode war es möglich, auf Fleischproduktion oder Milchleistung spezialisierte Kühe zu züchten. Doch erst das 1966 eingeführte Gefrierverfahren erlaubte eine breite Anwendung der künstlichen Besamung, was auch als «Viehzuchtrevolution» bezeichnet wurde.[114] Hier zeigte sich, wie sich in der zweiten Jahrhunderthälfte agrarwissenschaftliche Spitzenforschung mit der praktischen Erfahrung der Landwirte verbinden liess.[115]

Die Rindviehhaltung spezialisierte sich ab den 1990er-Jahren spürbar. Zum einen konzentrierten sich gewisse Bauern auf Milchwirtschaft, vergrösserten dazu ihre Herden, intensivierten den Futterbau und verabreichten teils importiertes Kraftfutter.[116] Andere Rindviehhalter gaben die Milchproduktion auf und sattelten auf Mutterkuhhaltung zur Fleischproduktion um.[117] Diese Entscheidung war getrieben von der ungünstigen Entwicklung des Milchpreises, aber auch vom Fleischkonsum im steigenden Wohlstand und von den Möglichkeiten, mittels Direktvermarktung ein engeres Verhältnis zu den Konsumentinnen und Konsumenten aufzubauen. Auch die verschärften Tierschutzbestimmungen verlangten ab den 1980er-Jahren bedeutende Investitionen und trieben damit die Spezialisierung der Tierhalter voran.

Industrialisierte Geflügelhaltung

Beim Kleinvieh (siehe Grafik 42) ragte der Aargau schon 1950 als geflügelreicher Kanton über das schweizerische Mittel hinaus.[118] Bei der Geflügelzucht dürfte es sich um den am stärksten industrialisierten Zweig der Landwirtschaft handeln. Schauten 1951 noch über 21 000 Hühnerhalterinnen – das Federvieh gehörte lange Zeit zur Domäne der Bäuerinnen – zu durchschnittlich 27 Hühnern, gackerten 1980 auf knapp 3000 Höfen im Mittel 232 Stück Geflügel. Dreissig Jahre später hielten weniger als tausend Betriebe gemittelt fast 800 Tiere.[119] Die grösste Dichte an geflügelproduzierenden Betrieben entstand zwischen Brugg und Zofingen.[120] Typisch waren Grossbetriebe wie die von Fritz Kunath 1926 gegründete Geflügelfarm und Futterfabrik in Aarau[121] oder der Betrieb von Paul und Olga Stauffer-Rellstab in Seon.[122] Stauffers liessen sich von den USA inspirieren und bezeichneten sich auch als Geflügelfarmer. Ihre 1956 eröffnete Geflügelfarm produzierte Eintagsküken, Junghennen, Milchmastpoulets und Trinkeier. Die Mast von Schlachtschweinen diente der innerbetrieblichen Abfallverwertung. Stauffer stellte sämtliches Kraftfutter in eigenen Mühlenanlagen her und setzte auf eine weitgehende Automation bei der Fütterung und beim Eiergreifen. Daraus ging 1963 die Firma Globogal AG hervor, die schlüsselfertige Hallen in Elementbauweise mit Heizung, Lüftung, Kühlung, Belichtung und Fütterung baute, in denen Geflügel, Schweine oder Kaninchen gehalten wurden.

Was man damals unter automatisierter, moderner Tierhaltung verstand, kollidierte spätestens in den 1980er-Jahren mit den höheren Anforderungen an den Tierschutz.[123] Das eidgenössische Tierschutzgesetz von 1978, das eine über zehn Jahre dauernde Übergangsfrist vorsah, schrieb Legenester und Sitzstangen sowie Mindestanforderungen an Tageslicht und Bodenfläche vor. Dies kam 1992 einem Verbot der Batteriehaltung gleich.

Auch die Schweinezüchter und Schweinehalter vergrösserten nach 1950 ihre Herden.[124] Am meisten Schweine lebten in jenen Gegenden, wo ursprünglich Milchwirtschaft betrieben wurde und aus der Käsefabrikation die proteinreiche Schotte anfiel. Mit dem fruchtbaren Allesfresser Schwein liess sich vergleichsweise kostengünstiges Fleisch produzieren, das bis in die 1980er-Jahre stark nachgefragt war. Mit dem wachsenden Wohlstand der Bevölkerung landete mehr Fleisch auf dem Teller. Der eigentliche Schwerpunkt im Aargau lag stets im Freiamt, wo sich wie in den angrenzenden Kantonen Luzern und Zug zahlreiche Bauern auf Schweinezucht und -mast verlegten.[125] Auch hier wandelte sich die Branche unter dem Eindruck der Bemühungen um stärkeren Tierschutz.[126]

Getreidebau: Futter- und Brotgetreide

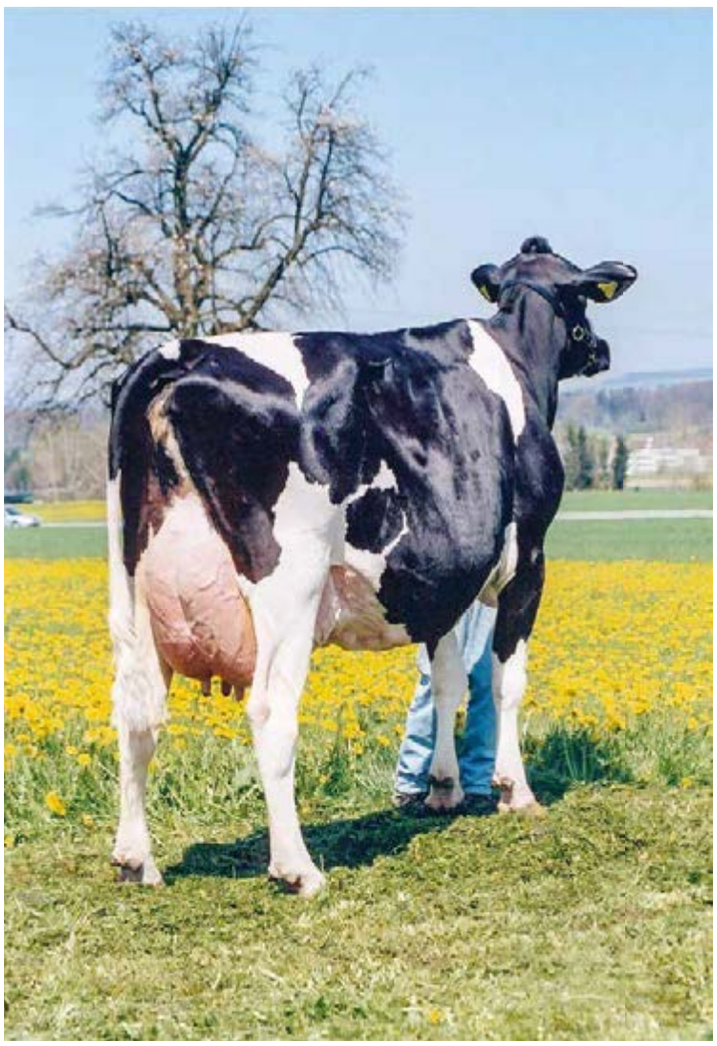
Die seit 1950 wachsenden Tierbestände verlangten nach artgerechter Ernährung.[127] Zu den traditionellen Futterkulturen von Gras, Heu und Futterrüben kamen allmählich Silofutter von Kunstwiesen und Futtergetreide wie zum Beispiel Mais. Die immer grösseren Herden wurden zunehmend mit importierter pflanzlicher Nahrung wie etwa Soja gefüttert. Um die Versorgungssicherheit zu erreichen, förderte die Eidgenossenschaft die Produktion, Verarbeitung und Lagerhaltung von Ackerfrüchten, ganz besonders Kartoffeln und Brotgetreide – Weizen, Gerste, Hafer –, aber auch Zuckerrüben und Raps.[128] In einzelnen Phasen bauten die Aargauer Bauern besondere Pflanzen an, die finanziellen Erfolg versprachen, etwa Hopfen und Tabak. Die Produzenten suchten gezielt Nischen: um die Jahrtausendwende mit Chinaschilf und der Faserpflanze Kenaf, in jüngster Zeit mit Hanf, Reis oder Urdinkel.[129] In den 1950er-Jahren ernteten flinke Kinderhände den Pilz Mutterkorn, der vor allem

257 Bauerndemonstration auf dem Bundesplatz, 1961. 35 000 Bäuerinnen und Bauern protestierten in Bern gegen die bundesrätliche Getreide- und Milchpreispolitik. Die Manifestation artete in den bis dahin grössten Krawall der Schweizer Nachkriegszeit aus. Politisch blieben die Proteste folgenlos.

258 Protestkundgebung in Möhlin, 1958. Wiederholt machte das Fricktal auf die Fluorimmissionen aus den Aluminiumwerken von Badisch-Rheinfelden aufmerksam. Hauptsächlich Bauernfamilien waren wegen verbrannter Kulturen und notgeschlachteter Kühe betroffen, aber auch die privaten und kommunalen Waldbesitzer.

259 Pressefahrt in den Zofinger Wald, 1983. Eine Pressekonferenz führte Medienschaffende aus der ganzen Schweiz in den Staatswald, um die Waldschäden zu illustrieren. Der Aargauer Finanzdirektor Kurt Lareida zeigte Bundesrat Alphons Egli (1924–2016) (links) im Beisein von Kantonsoberförster August Studer (1927–2016) das Ausmass des drohenden «Waldsterbens».

260 Pflügen im Reusstal mit Kuhgespann, 1945. Bis zur Motorisierung deckte die sogenannte Dreinutzungskuh die Bedürfnisse der gemischten Bauernbetriebe als Milchkuh, Fleischlieferantin und Zugtier wie hier im Ackerbau. Erst mit der künstlichen Besamung entstanden auf Milch oder Fleisch spezialisierte Tiere.



261 Holsteinkuh Golinda in Kallern, 2000. Sie belegte in den Jahren 1999 und 2000 an der nationalen Schau den ersten Platz. Als Stierenmutter prägte Golinda die Holsteinzucht national und international. Ihre Nachkommen leben in 13 Ländern und erreichen eine Lebensleistung von gegen 150 000 Kilogramm Milch.

262 Siegerhahn der Geflügelausstellung in Villmergen, 1957. An der sechsten Schweizerischen Geflügelausstellung gewann Walter Itt aus Hilfikon den ersten Preis in der Kategorie Hofgeflügel. Die Jury beurteilte auch Zwerg- und Wassergeflügel. Ausstellungen bilden nach wie vor Höhepunkte für Züchterinnen und Züchter.

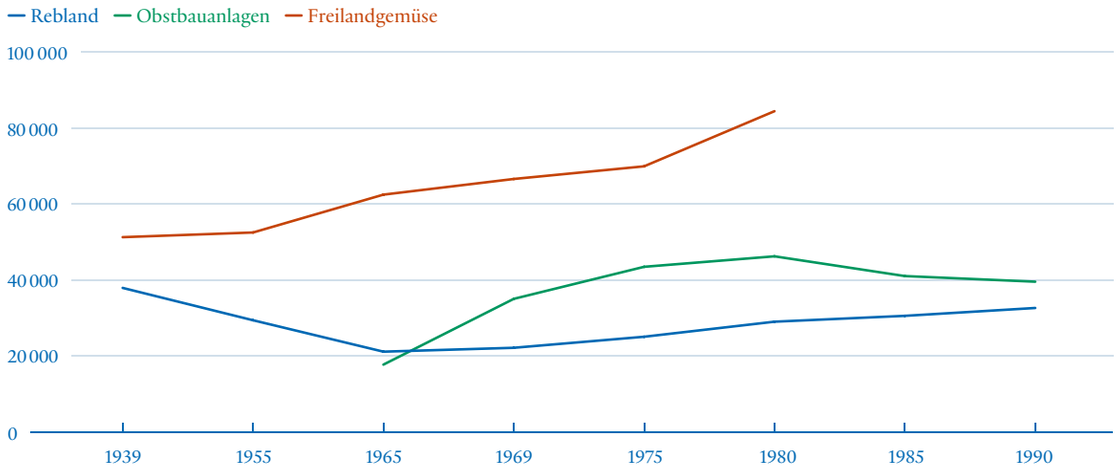
263 Schafherde vor der Holzbrücke in Bremgarten, 1962. Der Schäfer trieb seine Tiere und seinen Esel durch die Stadt, während die Autos und Velofahrer warteten. Auf einer der Hauptverbindungen zwischen Bern und Zürich entstanden durch die unterschiedlichen Geschwindigkeiten von Landwirtschaft und Motorfahrzeugverkehr Nutzungskonflikte.

264 Feldwerbung am Baregg, 2006. Auch im Aargau säte man Werbeaufschriften auf Felder. Sie brachten innovativen Bauern einen Zusatzverdienst und erhielten 2002 den Aargauer Innovationspreis für Landwirtschaft. Bevor das Bundesamt für Strassen die Praxis untersagte, sahen sie täglich über 100 000 Fahrzeuglenkerinnen und Fahrzeuglenker.

265 Terrassenbau an der Goldwand in Ennetbaden, Ende der 1970er-Jahre. Winzer Bruno Wetzel (1931–2012) liess mit Schreitbagger und Handarbeit terrassieren, um eine rationelle Bewirtschaftung zu ermöglichen. Neu war die Pflanzung der Rebstöcke an der Kante der Terrasse, was als Innovation national ausstrahlte.

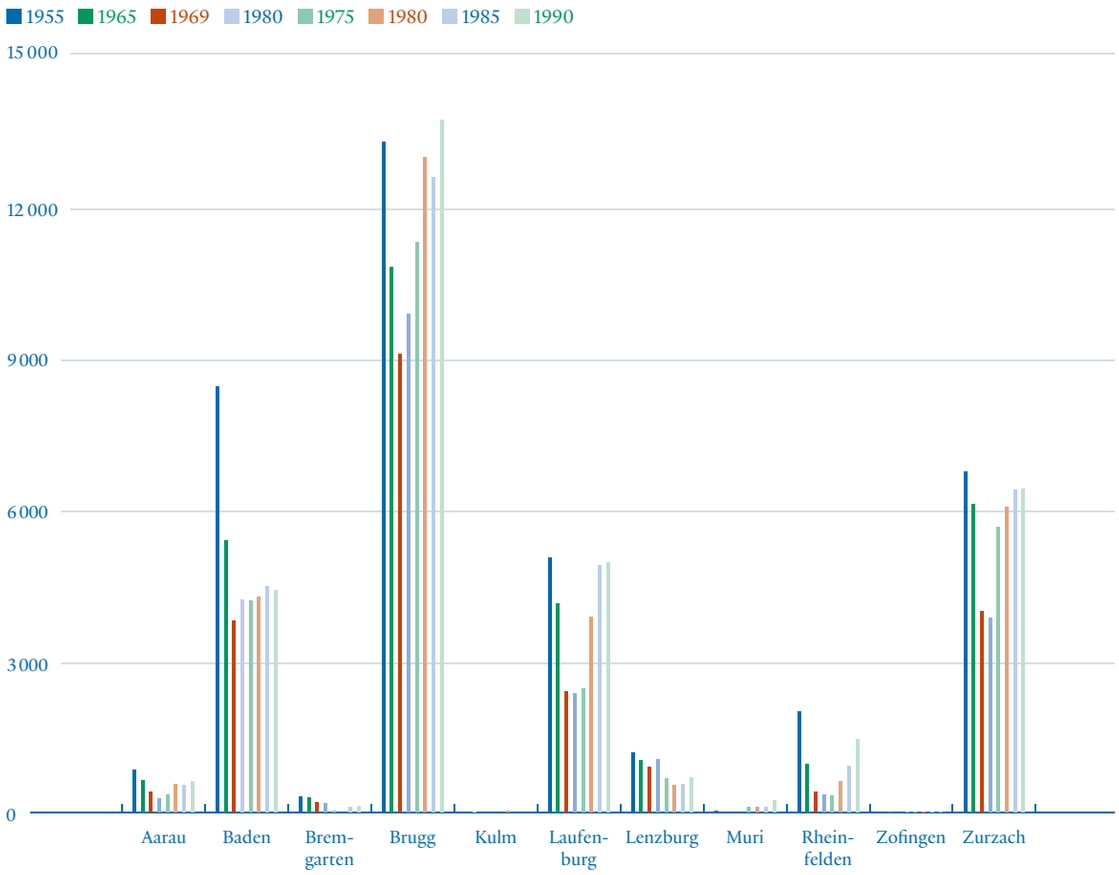
Grafik 46

Ausgewählte Spezialkulturen im Aargau 1939–1990 (in Aren)



Grafik 47

Rebflächen nach Bezirken 1939–1990 (in Aren)



Grafik 46 Im Aargau spezialisierten sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Bauernbetriebe auf Gemüse-, Obst- oder Weinbau. Diese Spezialkulturen versprachen ein höheres Einkommen, auch wenn dabei der finanzielle und personelle Aufwand und somit das unternehmerische Risiko wuchsen. Quelle: Statistik Aargau.
Grafik 47 Der Bezirk Brugg verfügt mit 137 Hektaren über die weitaus grössten Rebgelände, gefolgt von Zurzach (64), Laufenburg (49) und Baden (44). Lenzburg, Rheinfelden und Aarau haben deutlich geringere Rebareale – die anderen Bezirke verschwindend kleine. Deutlich wird das Wachstum der Rebflächen nach 1965. Quelle: Statistik Aargau.

Roggen befällt.[130] Von der Basler Pharmafirma Sandoz gegen gutes Geld aufgekauft, wurde Mutterkorn in der medizinischen Geburtshilfe eingesetzt.

Als lange Hand der Eidgenössischen Getreideverwaltung fungierten in den Dörfern Ackerbaustellen.[131] Deren Leiter koordinierte die Verteilung von Saatgut, den Anbau, das Einbringen und den Abtransport der Ernte. Er überwachte gleichzeitig, dass sich auf den Feldern keine Unkräuter, Pilze oder Schädlinge breitmachten. Bauern, deren Äcker von solchen Problemen betroffen waren, erhielten nicht die vollen Subventionen. So wurden sie mit finanziellen Anreizen zum Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln gebracht. Das von 1970 bis 2019 verwendete Fungizid Chlorothalonil beispielsweise findet sich als Abbauprodukt im Grundwasser vieler Gemeinden des Aargauer Mittellandes.[132]

Für die Verarbeitung von Brot- und Futtergetreide standen 2020 im Aargau hinter dem Kanton Bern am zweitmeisten Mühlenbetriebe.[133] Häufig bauten sie auf eine lange Tradition und mahlten in Birmenstorf, Leibstadt, Lengnau, Seengen, Sins, Villmergen, Wittnau und Würenlingen – im Kern des alten Getreidelandes.

Wachsende Rebflächen, steigende Qualität

Die 1950er-Jahre bildeten für den Aargauer Weinbau einen Tiefpunkt.[134] Nach einem extremen Winterfrost 1956 mussten so viele alte Weinstöcke weichen, dass die Rebfläche 1965 mit 241 Hektaren ihren Tiefststand erreichte (siehe Grafik 47).[135] Erst in den späten 1960er-Jahren besserte sich die Marktlage bei steigenden Weinpreisen, wie der langjährige Aargauer Rebbaukommissär Ernst Näf (1924–2016) die Trendwende festhielt.[136] In dieser Zeit begannen sich Bauern mit gemischten Betrieben auf den Weinbau zu konzentrieren und die Trauben selbst zu keltern. Es entstanden Weingüter wie jene von Hartmann in Remigen oder Wetzel in Ennetbaden. Einige – namentlich Fürst in Hornussen, Deppeler in Tegerfelden oder Büchli in Effingen – gingen einen Schritt weiter und erstellten Rebsiedlungen mitten in ihren Rebbergen. Gleichzeitig wuchsen die Rebflächen in den grossen Weinbaugemeinden, etwa im Schenkenbergertal, in Klingnau und Döttingen.[137]

Technisierung im Rebberg und im Keller

Nur allmählich verbesserte sich die Infrastruktur: Neue Wege wurden angelegt, Drahtanlagen erstellt, Parzellen entwässert, Brunnen mit Zuleitungen gebaut und Neupflanzungen vorgenommen.[138] Letztere erfolgten in reinen Sortenbeständen veredelter Trauben. Es war der Würenlinger Rebbaupionier Albert Meier (1896–1964), der diese weiterentwickelte und erforschte und so die Grundlage für die landesweit führende Rebschule legte.[139] In den 1960er-Jahren erfolgte wie in den anderen Landwirtschaftszweigen ein Mechanisierungsschub.[140] Hochdruckspritzen mit grosser Reichweite erleichterten den Pflanzenschutz, Drehhacken, Raupenschlepper und Spatenmaschinen die Bodenbearbeitung.[141] In einer Reihe von Rebbergen setzte sich die Querterrassierung durch, die das Schneiden, die Laubarbeit und die Ernte erheblich vereinfachte.[142] Der moderne Weinbau reduzierte den Arbeitsaufwand im Aargau deutlich auf gemittelt 800 Stunden pro Hektar und Jahr.[143] Als Nachteil erwies sich, dass im Drahtbau der wertvolle Boden bei Regen leicht weggeschwemmt wurde. Deshalb setzten sich seit den 1970er-Jahren begrünte Rebberge durch. Die Bodenbedeckung hält die Krume zusammen und sorgt für eine grössere Artenvielfalt.[144]

Es dauerte lange, bis die Kellermeister zu Beginn der 1970er-Jahre den biologischen Abbau der Säure in den Weinen beherrschten.[145] Unter dem Eindruck der neuen Agrarpolitik reduzierte der Kanton Aargau die Ertragsmengen pro Quadratmeter deutlich. Gewisse Produzenten verringerten die Mengen je nach Weinjahr zusätzlich, um die Qualität und den Absatz sicherzustellen.[146] Weitere Qualitätsverbesserungen machte die strikte Weinverordnung des Bundes von 2007 möglich, die etwa die kontrollierte Ursprungsbezeichnung (AOC) zulässt.[147] 2019 baute man 96 Prozent der Rebfläche als AOC Aargau an.[148] Trotzdem blieben die rund 600 Aargauer Winzerinnen und Winzer wie die anderen Weinbaugebiete der Deutschschweiz – mit Ausnahme der Bündner Herrschaft und des schaffhausischen Klettgaus – auf den lokalen Markt ausgerichtet.[149]

Aargauer Gemüse mit überregionaler Bedeutung

Der Gemüsebau erlangte im Aargau eine Bedeutung, die über den Kanton hinausreichte. Hinter dem Berner Seeland wurde der Aargau zum grössten Gemüsebaugebiet des Landes. Gemüsekulturen entwickelten sich seit dem frühen 20. Jahrhundert von einer landwirtschaftlichen Nebentätigkeit zu einer spezialisierten Hauptbeschäftigung.[150] Wenn in den Gärten der Bäuerinnen über die Selbstversorgung hinaus Gemüse übrig blieb, verkauften sie es von Haus zu Haus oder bald auf den noch immer bestehenden Wochenmärkten in Rheinfelden, Zofingen, Aarau, Reinach, Lenzburg, Wohlen, Brugg, Baden, Wettingen oder Zurzach. Die Nachfrage in den wachsenden Kleinstädten führte zu verstärktem Anbau und mehrte das Wissen im Gemüsebau.

Schon vor dem Zweiten Weltkrieg fragten die Seethal-Konservenfabrik in Seon und die Hero Conserven in Lenzburg Bohnen, Erbsen und Früchte nach.[151] Anfänglich in der unmittelbaren Umgebung, nach 1945 in weiteren Gebieten des Kantons, bauten Landwirte Gemüse als zusätzliches Standbein ihres Mischbetriebs an. Die Dreschерbsen und Maschinenbohnen wurden ursprünglich zu Nasskonserven in Konservenbüchsen, später zu Tiefkühlprodukten verarbeitet.

Seit der Krise der 1930er-Jahre sattelten auch zahlreiche Bauernhöfe auf den Anbau von Lagergemüse um. Auf Feldern, die zuvor als Ackerflächen gedient hatten, wuchsen nun Rüebli, Zwiebeln, Sellerie, Lauch und Kabis. Für Randen entstand in Dottikon ein regelrechter Hotspot. Bei der Weiterentwicklung des Lagergemüseanbaus übernahmen die Strafanstalt Lenzburg, die Arbeitskolonie Murimoos und die Psychiatrische Klinik Königsfelden eine führende Rolle.

266 Hagelraketen in Baumgarten, 1951. Um ihre Spezialkulturen zu schützen, impften Obst- und Gemüsebauern Gewitterwolken mit Silberjodid, damit ein drohender Hagelzug weniger heftig ausfalle. Im Aargau benützte man ab 1977 Hagelraketen schweizerischer Bauart, ganz im Vertrauen auf den technischen Fortschritt.

267 Naturkuriosität in Mellingen, 1957. Die Lokalpresse berichtete immer wieder über Sonderbares aus der Landwirtschaft, wie über diesen Klara-Apfelbaum, der gleichzeitig blühte und Früchte trug. Solche «soft news» sollten zu vermehrtem Obstkonsum anregen. Das verwertende Gewerbe strengte dafür Werbeaktionen an.

268 Klein und Gross im Murimoos, 1964. Die kantonale Zentralstelle für Maschinenberatung und Unfallverhütung zeigte die neusten Traktoren für den Gemüsebau. Dort blieb trotz des grossen Maschineneinsatzes ein bedeutender Teil Handarbeit, verrichtet seit den 1950er-Jahren von Fremdarbeitern aus Südeuropa.

269 Plastiktunnel in Villigen, 1974. Im Gemüsebau setzten die Pflanzer schon in den 1950er-Jahren auf fixe Glasgewächshäuser, um früher und länger als die Konkurrenz liefern zu können. Plastiktunnels, wie sie hier Emil Süss zum Schutz seiner Salatsetzlinge einsetzte, waren temporärer Natur.

270 Abfüllstation der Mosterei Schlör in Menziken, 1945. In vielen Dörfern ermöglichten Dörranlagen, Mostereien und Brennereien, Früchte und Säfte haltbar zu machen. Einige Betriebe schufen neue Produkte, Schlör im Oberen Wynental etwa erfand 1956 das Erfrischungsgetränk Prego auf der Basis von Milchserum.

271 Gewächshaus in Rüfenach, 1965. Das schweizweit erste Gewächshochhaus ersetzte mit seinen 18 Metern Höhe ein herkömmliches Treibhaus von 320 Quadratmetern Fläche. Der Glasturm bot Platz für 7000 Topfpflanzen, die zur Pflege und zum Giessen auf einem Förderband zirkulierten. Das Patent setzte sich letztlich nicht durch.

Nachfrage von Grossverteilern und Städten

Ehemalige Marktfahrer-Nebenbetriebe spezialisierten sich dagegen auf die Produktion von Frischgemüse. Schon länger lieferte das untere Fricktal Gemüse an die Regio Basiliensis, das Oberfreiamt in Richtung Zentralschweiz.[152] Als grösste Gemüsebaugemeinde im Kanton stellten sich Birmenstorf wie das umliegende untere Reusstal und die Gärtnereien am Mutschellen auf den Markt der nahen Stadt Zürich ein.[153] Dort verkauften die Aargauer ihr Gemüse anfänglich an der Ausstellungsstrasse, bevor sie 1980 in die Markthalle des von ihnen mitbegründeten Engrosmarktes umzogen. Auch Grossverteiler verkaufen Aargauer Gemüse. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts stellten Kopfsalate, Radiesli und Spinat, im Jahreslauf gefolgt von Gurken, Blumenkohl und Tomaten die hauptsächlichen Kulturen dar.[154] Esserfahrungen aus den Ferien in Italien führten seit 1960 zur Nachfrage nach Fenchel, Zucchetti, Broccoli, rotem Chicorée und Auberginen – auch nach Rucola, dem ersten Trendprodukt im 21. Jahrhundert.

Die genannten Gebiete im Aargau eigneten sich klimatisch besonders für den Gemüsebau. Wasser gab es genug, obwohl immer auch die Versalzung von einzelnen Parzellen drohte. Ausserdem ermöglichte die Verfügbarkeit von Erdölprodukten maschinelles Arbeiten, ebenso das Heizen von Gewächshäusern und das Einrichten von Plastiktunnels und Bodenfolien. Gleichzeitig erlaubte es der Einsatz von agrochemischen Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, die Zahl der jährlichen Ernten und deren Qualität zu steigern. Die Verwendung von Chemikalien brachte eine Belastung des Grundwassers durch Rückstände von Nitrat und Bromid mit sich, was eine langwierige Sanierung seit den späten 1980er-Jahren nach sich zog.[155] Trotz Mechanisierung und Chemisierung blieb im Gemüsebau vieles Handarbeit, vom Setzen über die Pflege bis zur Ernte. Vor allem Gastarbeiter leisteten diese Arbeiten seit den 1950er-Jahren. Mit den Saisonarbeitern aus Südeuropa wurde der Gemüsebau zu einem Türöffner für Einwanderer. Der fossilfreie Betrieb von Gewächshäusern, die Nachfrage nach ökologisch produzierten Lebensmitteln und immer wieder neue Schädlinge stellen die jüngsten Herausforderungen für die Aargauer Gemüsebauern dar.[156]

Wachsende Beerenkulturen

Eine jüngere Spezialkultur als der Gemüsebau bildet im Aargau mit neunzig Hektaren (2019) der Anbau von Beeren.[157] Ursprünglich standen Früchte für Konserven im Vordergrund, vor allem Johannisbeeren aus dem Seetal. Diese wurden in den 1950er-Jahren erstmals in grösserem Umfang kultiviert, als die Hero Conserven in Lenzburg die Produktion von Konfitüre steigerte.[158] Im folgenden Jahrzehnt wurde der Anbau von Erdbeeren ausgeweitet, die mit rund der Hälfte der Fläche die wichtigste Beere im Aargau wurden. Später folgten grosszügige Strauchbeerenflächen mit Himbeeren, Brombeeren und verschiedenen Johannisbeerensorten.[159] Die Früchte gelangen mittlerweile frisch in den Handel oder können auf dem Feld selbst gepflückt werden. So kommt es, dass auf einigen Bauernhöfen bereits die zweite oder dritte Generation Beeren kultiviert. Typischerweise handelt es sich dabei um Betriebe, die auch Tiere halten oder Ackerbau betreiben. Neuere Anlagen umfassen Heidel- und Apfelbeeren (Aronia), die moderne Ernährungstrends abbilden.

Intensiver Obstbau in geschützten Anlagen

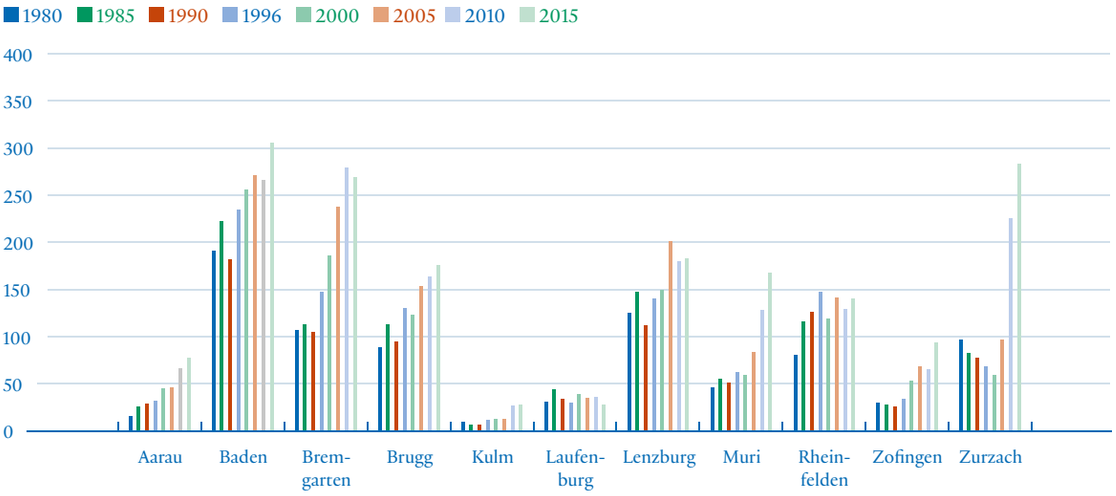
Nach dem Zweiten Weltkrieg genügte das einheimische Obst den Anforderungen des Marktes nicht mehr.[160] Im Aargau traf dies insbesondere auf die Kirschen zu, die vor allem im Fricktal und rund um den Hallwilersee angebaut wurden. Die Kirschen waren übermässig verwurmt von Larven der Kirschfliege. Die Vereinigten Ostschweizer Landwirtschaftsgenossenschaften (VOLG) nahmen zusammen mit der Forschungsanstalt Wädenswil den Kampf gegen dieses Insekt auf. Die agrochemischen Produkte der Firma Maag, verspritzt mit Rücken- und Karrenspritzen der Firma Birchmeier aus Künten, machten die Aargauer Kirschen wieder marktauglich. Auch den Früchten der damals knapp 740 000 Apfelbäume mangelte es an Qualität. Sie waren stark verschorft, und die Sorten entsprachen nicht mehr den Bedürfnissen der Konsumentinnen und Konsumenten. Dieses Problems nahm sich der Aargauer Baumwärterverein an, der beim Kernobst den Ersatz der Hochstammbäume durch den Niederstamm propagierte. Diese Entwicklung ging als «der lange Marsch vom extensiven Streuobstbau zum gepflegten Obstbau in geordneten Anlagen» in die Agrargeschichte ein.[161] Sie führte zum präzedenzlosen Verlust von Baumgärten und Einzelbäumen. Von den 1,8 Millionen Obstbäumen Mitte des 20. Jahrhunderts reduzierte sich der Bestand im Aargau auf 228 000 zur Jahrtausendwende. Allein auf gezielte Aktionen motorisierter Baumfällkolonnen, welche die Eidgenössische Alkoholverwaltung (EAV) organisierte und finanziell unterstützte, entfielen im gesamten Kanton 200 000 Bäume.[162] Das Ziel dieser von 1954 bis 1973 dauernden eidgenössischen Intervention war es, mit weniger Bäumen besseres Obst billiger zu produzieren.[163] Die Früchte sollten vor allem für den unvergorenen Verzehr geeignet sein, weshalb die von 1887 bis 2017 bestehende EAV auch Methoden zur Haltbarmachung als Most und Apfelschnitze oder zum Einmachen und Einfrieren propagierte (siehe «Konsum», «Haltbarmachung», S. 401).[164]

Das Verschwinden der Hochstammbäume aus der offenen Flur und die Konzentration von kürzeren Bäumen in Obstanlagen verbesserten die Aussichten des Obstbaus im Aargau. Zugleich schufen sie den Platz, den die Landwirtschaftsmaschinen für eine rationelle Bewirtschaftung der in den Meliorationen zusammengelegten Acker- und Wiesenflächen benötigten. So ging die Sanierung des Obstbaus mit der Motorisierung und Rationalisierung der Landwirtschaft Hand in Hand, was die Artenvielfalt einschränkte.[165]

Schon vor der Neuausrichtung der Agrarpolitik in den 1990er-Jahren entstand eine Gegenbewegung zurück zu Hochstammbäumen im Feldobstbau, zum Teil gefördert mit Bundesbeiträgen;[166] ebenso die Integrierte Produktion und der Anbau im Bioqualität.[167]

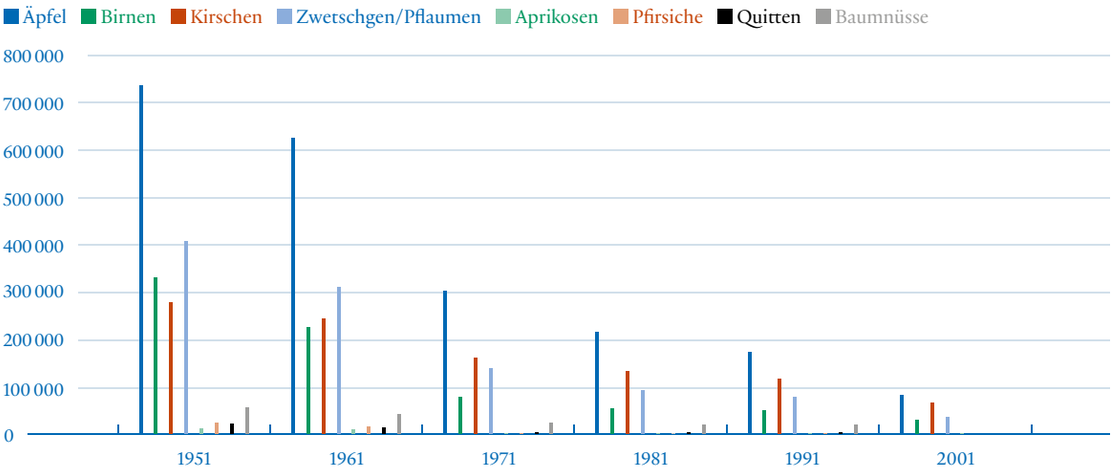
Grafik 48

Landwirtschaftliche Nutzfläche Freilandgemüse nach Bezirken 1980–2015 (in Hektaren)



Grafik 49

Obstbaumbestand im Aargau 1951–2001



Grafik 48 Die Gemüseäcker wuchsen im Aargau seit 1980 deutlich. Die wichtigsten Anbaugebiete entwickelten sich im Einzugsgebiet des Engrosmarktes in Zürich sowie im Umfeld der Verarbeitungsbetriebe in Lenzburg, Schafisheim und Möhlin. Gleichzeitig nahm die Gemüseproduktion in Gewächshäusern zu. Quelle: Statistik Aargau.

Grafik 49 1951 wuchsen im Aargau mehr als 1,8 Millionen Obstbäume, fünfzig Jahre später nur noch ein Achtel davon. Dabei wich der Streuobstbau Obstanlagen, häufig mit Schutznetzen gegen Hagel. Nuss- und Kirschbäumen galt bis in die 1950er-Jahre besonderes Augenmerk, aus ihnen liess die Armee Karabinerschäfte machen. Quelle: Statistik Aargau.

Industrie: das wirtschaftliche Rückgrat des Kantons

Wachstum und Wohlstand «made in Aargau»

«Les Trente Glorieuses» nennen französische Historikerinnen und Historiker die dreissig Jahre Hochkonjunktur nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Was als sorglose Zeit verstanden werden kann, war geprägt von anfänglichen Arbeitskämpfen, dem Verschwinden von Industriezweigen und dem Aufkommen neuer Branchen und Berufe. Ob der kapitalistischen Wirtschaftsmacht USA oder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft: Schweizer und Aargauer Unternehmen passten sich den äusseren Bedingungen an und orientierten sich an weltwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen. — *Astrid Baldinger Fuchs*

Ein fortschrittlicher Industriekanton

In der Mitte des 20. Jahrhunderts war der Aargau einer der am stärksten industrialisierten Kantone der Schweiz. Eine zeitgenössische Beschreibung liefern die Bezirkschroniken aus den Jahren 1947 bis 1949. Sie verdeutlichen, wie die Ansiedlung von Industrie Verdienst brachte und damit der Entvölkerung in den Dörfern Gegensteuer gab. In Gemeinden, welche sich ausschliesslich auf das Einkommen aus der Landwirtschaft abstützten, nahm die Bevölkerung ab oder stagnierte. So zählten acht Orte im Bezirk Kulm 1947 weniger Einwohner als 1837, hingegen verzeichneten die Tabakgemeinden im oberen Wynental einen deutlichen Zuwachs. Vor diesem Hintergrund genoss die Industrie als «moderne» Wirtschaft hohes Ansehen. Sie sicherte die Entwicklung von Dörfern und Städten.[168]

Über die Hälfte der Berufstätigen im Aargau stand nach 1939 auf der Lohnliste von Industrie- und Gewerbebetrieben. Vergleicht man die absoluten Zahlen, so kam der Aargau mit seinen 63 200 Beschäftigten im zweiten Sektor an dritter Stelle nach den bevölkerungsstärksten Kantonen Zürich (124 708) und Bern (123 987), gefolgt von St. Gallen (58 313). Der Aargau war eingebettet und Teil des Industriegürtels entlang des Jurabogens im Nordwesten der Schweiz.

Die Industrie verteilte sich nicht gleichmässig über den ganzen Kanton. In den Bezirken Aarau, Baden, Kulm, Zofingen, Lenzburg und Brugg lagen die Zentren mit mehreren grossen industriellen Arbeitgebern. In der Wahrnehmung der Zeitgenossen war der Aargau nicht nur ein Industrie-, sondern ein stark ländlich geprägter Agrarkanton mit grossen industriellen Clustern, die sich durch weitflächig verteilte Wohnquartiere auszeichneten. «Aus Reinach, Menziken, Burg, Beinwil und Pfeffikon/LU ist ein einziges grosses Wohngebiet geworden. […] Mit gegen 12 000 Einwohnern, weithin städtischer Bauweise und lockerer Besiedlung ist das Oberwynental zu einer Industrielandschaft geworden, die allmählich zur Einheit zusammenwächst», schrieb der Chronist 1947.[169] Auch zwischen Lenzburg und Wildegg hatte sich ein zusammenhängendes Industriegebiet mit gegen 10 000 Einwohnern entwickelt. Im Bezirk Brugg kontrastierte die locker überbaute Fläche mit über 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern in den Gemeinden Brugg, Umiken, Lauffohr, Windisch und Hausen mit dem Siedlungsbild der geschlossenen Bauerndörfer auf dem Bözberg und am Rande des Birrfelds, neben den damals noch grossen Ackerflächen.[170]

Der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung im Aargau war Baden. Die Weltfirma Brown, Boveri & Cie. (BBC) beschäftigte 1941, im fünfzigsten Jahr ihres Bestehens, über 7200 Personen in der Schweiz und war landesweit die grösste private Arbeitgeberin. In den vier zusammengewachsenen Gemeinden Baden, Wettingen, Ennetbaden und Obersiggenthal lebten über 25 000 Menschen. Im Bezirk Baden arbeiteten 1941 von 20 905 Erwerbstätigen nur noch zwölf Prozent hauptsächlich in der Landwirtschaft. Die Zahlen spiegeln allerdings

nicht die Lebensrealität der Menschen wider: Über fünfzig Prozent der Arbeiterschaft war in diesem Bezirk nebenberuflich in der Landwirtschaft tätig.[171] Den «Rucksackbauern», wie er typisch war für den Aargau, gab es bis in die 1960er-Jahre auch in anderen Regionen (siehe «Landwirtschaft», S. 309).[172]

Zu den von der Landwirtschaft dominierten Regionen zählten 1939 vor allem die katholischen Bezirke Muri (67 % Anteil im ersten Sektor), Laufenburg (64 %) und Zurzach (50 %). Fehlende Arbeitsmöglichkeiten vor Ort führten zu Pendelströmen in andere Bezirke. Von Muri pendelte 1946 eine grosse Anzahl Frauen mit dem Zug in die Strohfabriken nach Wohlen oder nach Dottikon in die Schuhfabrik Bally. Boswiler und Waltenschwiler profitierten von ihrer Nähe zur Wohler Industrie in Fuss- oder Velodistanz.[173] Ohne Bahnanschluss oder eine Fabrik in der Nachbargemeinde stagnierte die Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden im Bezirk Muri.[174]

Rohstoffreicher Kanton in rohstoffarmer Schweiz

Der Rohstoffmangel bereits vor der Kriegszeit führte dazu, dass eigene Bodenschätze ausgebeutet wurden. Von 1937 bis 1967 lieferte das Jura-Bergwerk in Herznach Eisenerz ins Ruhrgebiet und ins jurassische Choindez. Das Stollensystem umfasste 32 Kilometer. Neben dem Eisenbergerwerk Gonzen bei Sargans war das Bergwerk in Herznach während des Zweiten Weltkriegs ein Eisenerzlieferant von nationaler Bedeutung.[175] Die Geologie des Kantons erlaubte den Abbau weiterer bedeutender Rohstoffe. Zahlreiche Kiesgruben lieferten Material für den Strassenbau und zur Betonherstellung. Kalk war zentral für die Herstellung von Dünger, Soda und Zement. So produzierte die Kalkfabrik Spühler in Rekingen (bis 1989) zusammen mit den Zementfabriken in Holderbank, Wildegg und im Siggenthal 1951 rund 45 Prozent des gesamtschweizerischen Bedarfs. Im Bergwerk Felsenau, das in erster Linie die Zementindustrie belieferte und Ende der 1950er-Jahre als grösster Lieferant der Schweiz täglich gegen 200 Tonnen Gips zutage förderte, wurde zwischen 1910 und 1989 Gips abgebaut. Mit den drei Zementwerken in Würenlingen-Siggenthal, Holderbank und Wildegg stammten rund vierzig Prozent des gesamtschweizerischen Zements aus dem Aargau. Mächtige Opalinustonlager wurden abgebaut, das Dachziegelwerk etwa dominierte Frick in den 1950er-Jahren mit seiner Seilbahn und Gebäuden auf einer Fläche von 34 Hektaren. Ein weiteres Tonwerk gab es in Kölliken, die Tonsteinbrüche in Holderbank und am Schmiedberg bei Böttstein waren Zulieferer für die Zementwerke, in Döttingen verarbeitete 1949 auch die «modernste Ziegelei Europas» Opalinuston.[176]

Der Aargau ist mit den Kantonen Basel-Landschaft und Waadt einer der Salzkantone der Schweiz. Die Salinen an den Standorten Riburg und Schweizerhalle deckten zusammen mit dem waadtländischen Bex sämtlichen Salzbedarf von Streu- bis Speisesalz. Die Saline Rheinfelden förderte bis 1973 Sole für Kurzwecke. Auch die Bohrtürme zwischen Zurzach und Rietheim dienten der Salzgewinnung für die Sodafabrik. Der Aargauer Schriftsteller und Lehrer Charles Tschopp (1899–1982) beschrieb 1961, dass als Folge der gewaltigen Ausbeutung des Untergrunds der Boden in Rietheim sich da und dort senke und dies «sogar auf der neuen Landeskarte vermerkt worden» war. Von diesen Bodensenkungen berichtete auch das Schweizer Fernsehen in einer Antennen-Sendung 1966. Tschopp ergänzte seine Beobachtung über die Auswirkungen der industriellen Tätigkeit mit der Bemerkung, dass bei der Sodaherstellung jährlich 200 000 Tonnen Kalziumchlorid anfallen würden. Der Hauptteil davon werde «dem Rhein übergeben; im Tage macht es einen Güterzug mit 37 Wagen aus».

Thermalwasser speiste die Bäder von Baden, Rheinfelden und Schinznach, nach 1955 erschloss man auch die bereits seit 1914 bekannte Zurzacher Mineralquelle für den Kurbetrieb (siehe «Kuren», S. 430). Wasser war für die Region seit Ende des 19. Jahrhunderts zum Schlüsselfaktor der industriellen Entwicklung geworden: Der Wasserreichtum der Flüsse bescherte dem Kanton den Bau von Elektrizitätswerken. 1955 produzierten nur das Wallis, Bern und Graubünden mehr hydraulische Energie als der Aargau, der 18 Prozent zur gesamtschweizerischen Energieproduktion beitrug.[177]

Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg

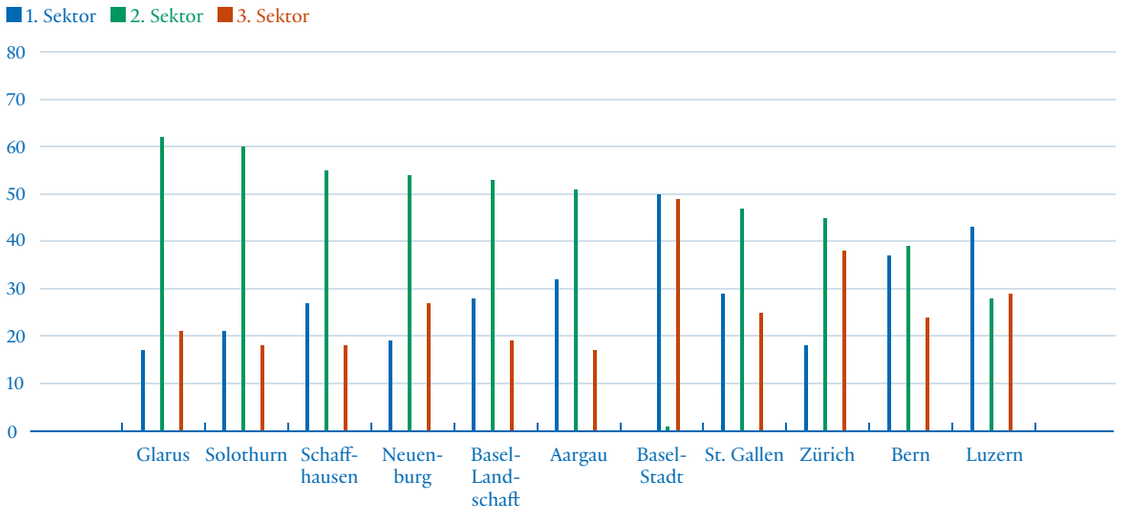
Nach 1945 erfolgte schrittweise der Übergang von der Kriegswirtschaft zur Nachkriegswirtschaft. Die Arbeitslosigkeit und der Landesstreik nach dem Ersten Weltkrieg 1918 sollten sich nicht wiederholen. Das kantonale Arbeitsamt war vorbereitet für die Vermittlung von Arbeit in anderen Betrieben, in der Landwirtschaft, bei Rodungen oder Meliorationen.[178] Es kam anders. Der Schweizer Produktionsapparat war im Gegensatz zu den umliegenden Ländern unversehrt geblieben, aargauische Exportprodukte waren nach Kriegsende gefragt. Ihren Anteil am Wiederaufbau Europas leistete die Schweiz 1945 mit der Gewährung von Krediten an Belgien, Holland, Frankreich und Italien. «Wir haben den Export selbst finanziert», bilanzierte die Aargauische Handelskammer, «und damit aus eigenen Mitteln zur Konjunkturbelebung beigetragen». Der boomende Arbeitsmarkt absorbierte die bei der Demobilmachung der Armee frei werdenden Arbeitskräfte problemlos.[179]

Trotz gut anlaufender Wirtschaft litt die Bevölkerung Mangel. Der Kanton finanzierte Notstandsaktionen zugunsten der Minderbemittelten und gab verbilligte Textilien und Schuhe ab, 122 Gemeinden verteilten 657 Tonnen Kartoffeln, 55 Gemeinden gaben 187 Tonnen Obst ab.[180] Die staatlich gelenkte Kriegswirtschaft erfuhr allmählich Lockerungen wie das Wiederzulassen des Motorfahrzeugverkehrs an Sonntagen, es fiel auch das Verbot des Frischbrotverkaufs. Wichtige Rationierungen blieben allerdings bis 1948 in Kraft.

Der Rohstoffmangel stellte die Unternehmen weiterhin vor grosse Herausforderungen. Die Aluminiumfabrik Menziken konnte ihre Arbeiter nur durch «äusserste Ausnutzung der Altstoffverwertung» beschäftigen. Auch die Nachfrage nach Lenzburger Konserven war gross, doch konnte Hero die Produktion nicht steigern, da Weissblech für die Dosen fehlte und Zucker stark rationiert war. Das zerstörte Transportnetz in den Kriegs-

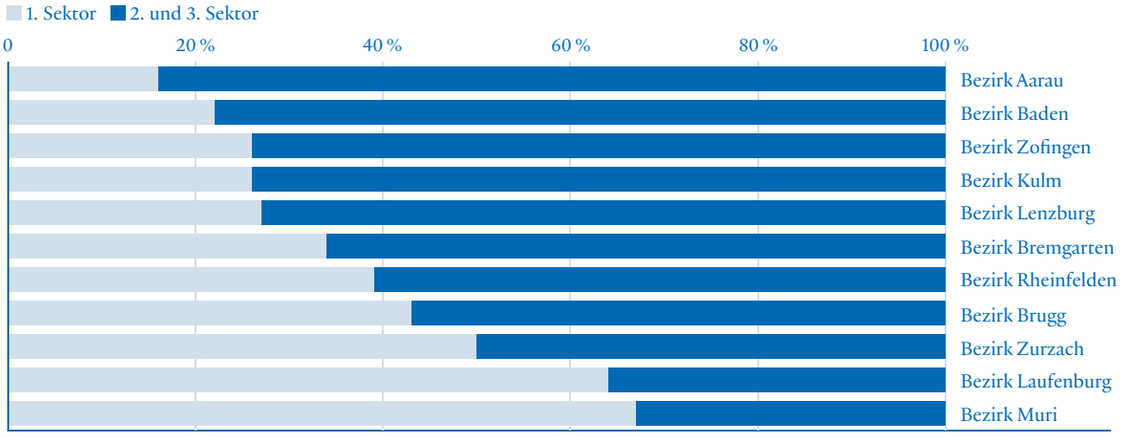
Grafik 50

Industrieanteil im Kantonsvergleich 1939



Grafik 51

Regionale Unterschiede der Wirtschaftsstruktur 1939 (in Prozent)



Grafik 50 Mit 62 Prozent aller Beschäftigten in der Industrie stand der Kanton Glarus 1939 an erster Stelle. Einen überdurchschnittlich hohen Industrieanteil wiesen die Kantone Solothurn, Schaffhausen, Neuenburg und Basel-Landschaft auf. An sechster Stelle kam bereits der Aargau mit 51 Prozent aller Arbeitsplätze in der Industrie. Der Schweizer Durchschnitt betrug 42 Prozent. Quelle: Statistik Aargau; HLS.
Grafik 51 Der Industriekanton Aargau war nach wie vor stark geprägt von der Landwirtschaft. Auch wenn zwei Drittel der erwerbstätigen Bevölkerung 1939 im zweiten und dritten Sektor ihr Auskommen fanden, waren viele als «Rucksackbauern» tätig, und die Verwandtschaft half in Spitzenzeiten auf dem Hof aus. In den Bezirken Muri und Laufenburg dominierte die Landwirtschaft, stark war sie auch in den Bezirken Zurzach und Brugg. Quelle: Statistik Aargau.

Tabelle 15

Grosse Industriezentren und Dörfer mit hohem Industrieanteil 1939

Ort	Arbeitsplätze im 2. und 3. Sektor	Wichtige Arbeitgeber und Branchen vor Ort
Baden	10 382	BBC, Merker
Aarau	9156	Oehler, Kern, Sprecher + Schuh
Zofingen	4933	Ringier, Textilindustrie, Siegfried
Brugg	3041	Kabelwerke Brugg, Betonwerk Hunziker, Müller AG
Lenzburg	2719	Hero, Wisa-Gloria, Kartonfabriken, Schwarz Stahl
Wohlen (AG)	2379	Strohunternehmen
Rheinfelden	2192	Feldschlösschen, Salmenbräu
Reinach (AG)	2008	Tabakfirmen, Fischer Drahtwerke
Menziken	1774	Aluminium AG Menziken, Tabakfirmen
Villmergen	1687	Bally
Schöftland	1343	Textilfabrik Fehlmann, Bally
Wettingen	1258	Spinnerei und Weberei Wettingen
Bad Zurzach	1193	Sodafabrik
Windisch	1100	Spinnerei Kunz, Spital Königsfelden
Aarburg	1046	Franke, Textilfabrik Weber
Murgenthal	1034	Textilfabriken
Strengelbach	1029	Textilfabriken
Buchs	997	Lonstroff
Laufenburg	993	Kera-Werke
Beinwil am See	954	Tabakindustrie
Bremgarten	951	E. Hermann Comolli, Howisa
Möhlin	937	Bata
Seon	900	Textilfabrik Müller
Oberentfelden	891	Bürstenfabrik Walther
Oftringen	805	Papier- und Kartonfabrik, Plüss-Staufer
Niederlenz	798	Schweizerische Leinenindustrie
Rothrist	749	Papiersackfabrik
Wildegg	671	Jura-Cement-Fabrik
Obersiggenthal	667	Oederlin
Suhr	667	Möbel Pfister, Baumann Maschinenfabrik
Gontenschwil	630	Aluminium AG Menziken

Tabelle 15 Die Tabelle verdeutlicht zum einen die grosse Industriedichte und die hohen Beschäftigtenzahlen der städtischen Zentren. Zum anderen lagen Fabriken dezentral verteilt in Dörfern, wo es Arbeitskräfte gab. Der Textilbetrieb der Gebrüder Fehlmann in Schöftland etwa führte Zweigbetriebe in Birrwil, Boniswil, Triengen, Büron, Staffelbach und Kirchleerau. Die Schuhfabrik Bally verteilte die Fabrikation im Aargau auf fünf Standorte – Schöftland, Aarau, Frick, Kulm, Villmergen. Quellen: Statistik Aargau; Datenbank industriekultur.ch.

ländern erschwerte 1945 den Export, und so produzierte das Eisen- und Stahlwerk Oehler in Aarau vorwiegend für den Inlandbedarf. Unter anderem erstellte es mehrere Skilifte, mit dem Hörnli-Skilift in Arosa damals die grösste und schnellste Anlage der Schweiz. Dafür steigerte die ebenfalls in Aarau domizilierte Firma Kern den Export. Vermessungsinstrumente und Feldstecher waren im Ausland gefragt, während die Lieferungen an die Schweizer Armee zurückgingen. Die Aarauer Glühlampenfabriken mussten Bestellungen aus dem Ausland wegen fehlenden Rohmaterials und Personals ablehnen. Und die BBC warnte in ihrem Jahresbericht 1945 vor einer reinen Produktionssteigerung: Ziel müssten vielmehr neue Produkte und Investitionen in Forschung und neue Maschinenanlagen sein. Angesichts der ausländischen Konkurrenz, die ihre Produktion mit neusten Maschinen aufbaue, würden die Schweizer Unternehmen ins Hintertreffen geraten.[181]

Ruf nach ausländischen Arbeitskräften

Die Unternehmen in der Textilindustrie hatten in der Kriegszeit wegen des Rohstoffmangels wenig Arbeit, und geschulte Arbeitskräfte wanderten in andere Branchen ab. Nach dem Krieg jedoch konnte auf Hochtouren produziert werden, die Tieflohnbranche forderte regelrecht den Zuzug von ausländischen Arbeitskräften. Die Hutgeflechtindustrie rund um Wohlen spürte die Konkurrenz der Textilbetriebe und der Landwirtschaft. Einen Arbeitermangel beklagten 1945 ebenso die Zigarrenfirmen im Wynental, und die Firma Bally suchte explizit nach Arbeiterinnen. Nur der BBC gelang es bereits in diesem Jahr, rund siebzig Berufsleute nach Baden zu holen, hauptsächlich aus Norditalien (siehe «Migration», S. 40).[182]

Die Baukonjunktur zog an, es herrschte Wohnungsnot, da zwischen 1939 und 1945 kaum Wohnraum erstellt worden war. Der Kanton subventionierte 1946 mit 3,2 Millionen Franken Gesuche für 1170 Wohnungen. Das damit ausgelöste Bauvolumen belief sich auf über 37 Millionen Franken. Nach der Aufhebung der Zementrationierung im April 1946 verzeichneten die industriellen Bauvorhaben einen Rekordstand.[183] Doch die Arbeiter fehlten hier wie auch in der Industrie. Italien war 1946 das einzige Land, das Arbeitskräfte zur Verfügung stellte.

Mit Misstrauen begegneten die Gewerkschaften dem Zuzug ausländischer Arbeitskräfte. Sie befürchteten, dass die Anpassung der Löhne an die Teuerung verhindert würde. Es lag am Kanton, die Bewilligungen zu erteilen, und das kantonale Arbeitsamt führte bei Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen eine Vernehmlassung durch: Bewilligungen wurden von berufsüblichen oder gesamtarbeitsvertraglichen Löhnen abhängig gemacht. Das war ein Steilpass an die Gewerkschaften, solche Regelungen überhaupt erst herbeizuführen, denn Gesuche um ausländische Arbeitskräfte wurden «einfach nicht behandelt, solange die Gewerkschaften nicht die Beendigung der Lohnverhandlung bestätigten», stellte der Arbeitgeberverband fest.[184]

Gleichzeitig zog sich der Staat aus dem «Lohndiktat» zurück. Während der Kriegszeit hatte die Lohnbegutachtungskommission des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements über den Teuerungsausgleich entschieden. Sie stellte 1946 ihre Tätigkeit ein. Von nun an stützten sich die Verhandlungspartner auf den Lebenskostenindex.[185]

Zeit der Streiks und der Arbeitsverträge

Mit allen Mitteln wehrte sich der Aargauische Arbeitgeberverband gegen jegliche Kollektiv- oder Gesamtarbeitsverträge. Er empfahl individuelle Lohnerhöhungen, generelle Lösungen seien zu vermeiden. Diese Strategie durchkreuzten die Gewerkschaften. Sie verglichen die Leistungen der verschiedenen Arbeitgeber, spielten die Firmen gegeneinander aus und drückten die besten Bedingungen eines Arbeitgebers bei den anderen durch.[186]

Auch im Aargau verliefen die Lohnverhandlungen nicht immer friedlich.[187] Die für Jahrzehnte letzte grosse Schweizer Streikwelle brachten die Jahre 1945 bis 1948. An der Kundgebung des Zofinger Chemiearbeiterstreiks 1946 beteiligten sich gemäss bürgerlicher Seite rund 2000 Personen, gemäss Zahlen der Sozialdemokraten rund 6000. Die Arbeiter der Chemiefabriken Siegfried und Landolt forderten den seit vielen Jahren nicht mehr ausgerichteten Teuerungsausgleich, Minimalstandards bei Löhnen, Ferien und Feiertagsentschädigung sowie die Anerkennung der Gewerkschaft STFV (Schweizerischer Textil- und Fabrikarbeiterverband) als Interessenvertreterin der Arbeiterschaft. Die Fabrikanten wurden herausgefordert, ihre patriarchale Haltung aufzugeben und sich auf Verhandlungen einzulassen. Angesichts der hohen Gewinne der Unternehmen im und nach dem Krieg war die Arbeiterschaft nicht mehr bereit, schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen einfach als schicksalsgegeben hinzunehmen, sondern prangerte dies als Ungerechtigkeit an. Der erfolgreiche Zofinger Streik markierte den Durchbruch für zukünftige sozialpartnerschaftliche Verhandlungslösungen.[188]

So kam es 1947 im Aargau zum Abschluss von 16 Branchenverträgen und 24 Einzelverträgen von Textil- und Chemieunternehmen, zusätzlich zu den gesamtschweizerischen Arbeitsverträgen.[189] Nach einer groben Schätzung des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit unterstand 1947 etwas mehr als ein Drittel der Schweizer Arbeiterinnen und Arbeiter einem Gesamtarbeitsvertrag (siehe «Gewerkschaften», S. 345).[190]

Schwierige Handelsgeschäfte in der Nachkriegszeit

1946 konstatierte die Aargauische Handelskammer eine «einschneidende Neuorientierung unserer Handelswege. […] Die weltwirtschaftliche Lage hängt heute in Anbetracht der Machtstellung der Vereinigten Staaten entscheidend von diesem Lande ab». Die aargauische Hutgeflechtindustrie, die 98 Prozent ihrer Produkte im Ausland absetzte, galt im Aargau als Wirtschaftsbarometer für die Weltkonjunktur. Sie verzeichnete 1946 einen plötzlichen und massiven Bestellungsrückgang aus Amerika – eine Rezession kündigte sich an.[191] Wegen Devisenmangel hatten europäische Länder

kaum Lebensmittel und Rohstoffe aus den USA bezogen und verstärkten damit eine bereits stotternde Entwicklung. Gegensteuer gaben 1947 die amerikanischen Hilfsprogramme für Europa, die zu höheren Agrarpreisen in den USA führten und einen Aufschwung der dortigen Industrie bewirkten. «Damit war ein Zusammenbruch der ersten Nachkriegskonjunktur verhütet», so die Aargauische Handelskammer.[192] Im März 1948 unterzeichnete Präsident Harry S. Truman den Marshall-Plan, der weitere US-Milliarden für den Wiederaufbau Europas vorsah, welche bis 1949 für den Bezug lebenswichtiger Güter und Nahrungsmittel aus den USA oder anderen Ländern bestimmt waren.[193]

Für die Schweiz brachte der Marshall-Plan keine Handelserleichterung. 63 Prozent des Güterexports musste mit Gegengeschäften durch Importe finanziert werden. So schilderte ein Aargauer Importeur seine Mühe, etwa Wein aus Portugal einzuführen, weil sich die Kompensation mit Textilien und Uhren als schwierig gestaltete; mit Spanien war erst gar kein Geschäft möglich.[194] Der Import nahm ab. Wegen dessen Verknüpfung mit dem Export befürchteten die Unternehmen den Verlust ihrer Absatzmärkte durch die ausländische Konkurrenz.[195] Erschwerend kam hinzu, dass die europäischen Länder eine Wirtschaftslenkung betrieben und zwischen «essential» oder «non-essential goods» unterschieden. Die BBC erwies sich in dieser schwierigen Zeit als «eigentliche Stütze des schweizerischen Aussenhandels». «Die rege Nachfrage nach ihren Produkten im Ausland […] gab unseren Unterhändlern ein Mittel in die Hand, durch welches im Rahmen der Handelsvertragsverhandlungen auch anderen Industriezweigen weiterhin ein Export ermöglicht wurde.» Im Fahrwasser der Elektromaschinenindustrie konnten Unternehmen mit «non-essential»-Produkten ihre ausländischen Absatzmärkte halten. Der 1949 abgeschlossene Handelsvertrag mit Westdeutschland verbesserte schliesslich die Lage der Aargauer Textilindustrie schlagartig: «Der Warenhunger unseres nördlichen Nachbars leerte die Lager in Spinnerei und Weberei innert kurzer Zeit.»[196]

Koreakrieg: Umstellung auf Rüstungskonjunktur

Nach drei guten Nachkriegsjahren erlitt die schweizerische Wirtschaft 1949 einen Rückschlag, die Aargauische Handelskammer sprach von einer Normalisierung der stürmischen Konjunktur.[197] Die Arbeitslosigkeit stieg leicht an. Dazu trug bei, dass aus dem Aargau rund 2200 ausländische Arbeitskräfte heimgeschickt wurden.[198]

Wie stark die Weltpolitik das Wirtschaftsgeschehen im Aargau bestimmte, zeigte die Krise im Juni 1950 zu Beginn des Koreakriegs. Die Aargauer Wirtschaft stellt auf Rüstungskonjunktur um: Die Stahlbaufirmen und Kesselschmieden von Zschokke (Döttingen) und Wartmann (Brugg) erhielten Aufträge für Tanklager von flüssigen Brennstoffen, Hero (Lenzburg) legte Pflichtlager für Zucker an, die Versorgung mit Weissblech blieb jedoch ihre Hauptsorge. Nachdem die Konjunktur im ersten Halbjahr geschrumpft war, wurden im weiteren Jahresverlauf Warenlager aufgefüllt, es kam zu Preiserhöhungen und Umsatzsteigerung.[199] Hauptsächlich die Metall-, Maschinen- und Textilindustrie spürte das Wiederaufrüsten im Ausland durch vermehrte Aufträge. Die Koreakrise führte zudem die existenzielle Bedeutung der Schweizerischen Sodafabrik (Zurzach) vor Augen, welche als Einzige den für die Industrie lebenswichtigen Grundstoff Soda produzierte und zuvor unter Druck geraten war, als ausländische Lieferanten ihre Überschüsse günstig in der Schweiz abgesetzt hatten.[200]

Wirtschaft im Bann der Zölle

In der Zwischenkriegszeit hatte sich in der Schweiz eine duale Wirtschaftsstruktur durchgesetzt. Unternehmen setzten ihre Güter entweder auf dem geschützten Binnenmarkt ab oder exportierten diese. Verschiedene Wirtschafts- und Branchenverbände sicherten sich den Binnenmarkt mit wirtschaftspolitischen Massnahmen wie Zöllen, Normen und Kartellen (z. B. Bierkartell, Zementkartell).[201] Den Abbau von Handelsbeschränkungen und die Liberalisierung des Zahlungsverkehrs hingegen verfolgte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, welcher die Schweiz 1948 beitrat. 1958 wurden die Karten mit dem provisorisch erfolgten Beitritt zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen neu gemischt.[202] Die Aargauische Handelskammer erkannte, dass der Konjunkturverlauf im Kanton Aargau «unzweifelhaft mit der allgemeinen Wirtschaftslage der westlichen Länder zusammen[hange]», und konstatierte, dass mit der nun erreichten Liberalisierung beim internationalen Güteraustausch dem Zoll ein viel grösseres Gewicht zukomme als bisher. Als Verlierer sahen sich die Bürstenfabriken (Bürstenfabrik Walther, Hinnen & Cie), und die Aargauer Möbelproduzenten klagten, wegen zu hoher Zollschranken kaum Chancen zu haben, ihre Produkte im Ausland abzusetzen.[203] Von prohibitiv wirkenden Zöllen sprach der Jagd- und Sportwaffenfabrikant Hämmerli in Lenzburg. Um den Marktanteil im Raum der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) halten zu können, baute er ab 1959 eine Tochterfabrik in Deutschland auf.[204]

Die Bildung der EWG bedeutete für deren Mitglieder den Abbau von Handelsschranken und den Aufbau eines gemeinsamen Markts mit 270 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten – ohne Schweizer Beteiligung. Als Antwort auf die EWG-Gründung 1957 forcierte die Schweiz die Bildung der EFTA, der Freihandelszone mit Dänemark, Grossbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal und Schweden. Mit der EFTA versprach sich die Schweiz den Zugang zu einem Markt von achtzig Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern.[205] Trotz günstigerer EFTA-Zölle blieb die EWG mit Deutschland der wichtigste Handelspartner für die Aargauer Exportindustrie (siehe «Forstwirtschaft», S. 309).[206]

Neuer Konjunkturträger: Konsum

Ab Mitte der 1950er-Jahre veränderte das gestiegene Realeinkommen das Kaufverhalten spürbar. Der Detailhandel registrierte nicht nur einen Mehrkonsum, sondern zusätzlich eine «erhebliche»

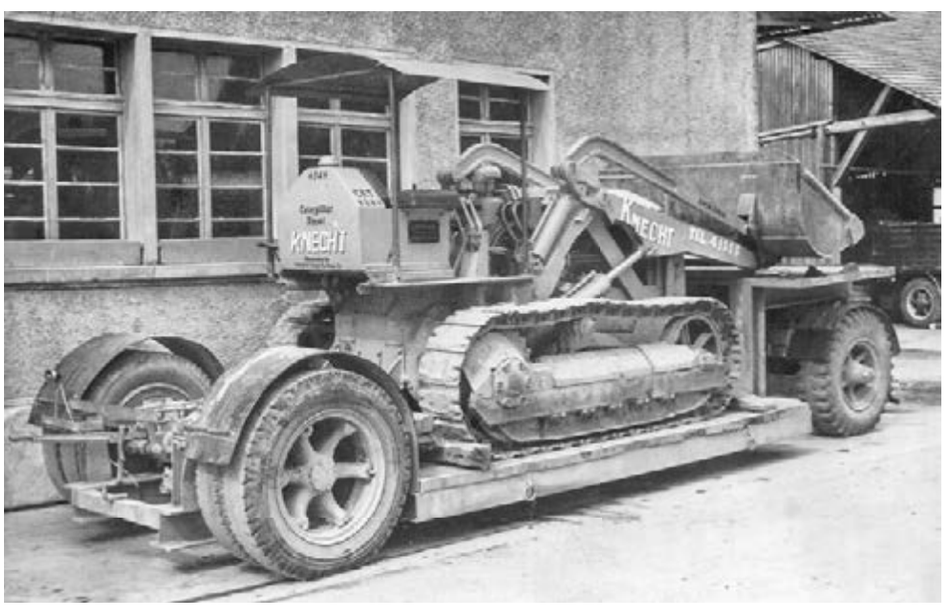
272 Flugaufnahme von Menziken und Reinach, 1945. Die Industrialisierung wandelte den Charakter der Aargauer Landschaft. Industrieanlagen mit Hochkaminen und ausgedehnte Wohnquartiere prägten das Erscheinungsbild des industriellen Aargaus.

273 Flugaufnahme der Jura-Cement-Fabrik Wildegg, 1948. Die zentrale Lage mit Bahnanschluss und der Rohstoffreichtum des Juragebirges führten zur Ansiedlung von Zementwerken in Wildegg, Holderbank und Würenlingen. Problematisch waren die Schadstoffe in den Rauchfahnen, welche sich in hoher Höhe verteilten, bis der Einbau von Filtern 1964 gesetzlich vorgeschrieben wurde.

274 Streikende mit Banner, Juli 1946. Der Zofinger Chemiearbeiterstreik endete nach 16 Tagen mit einem grossen Erfolg für die Arbeiterschaft. Nach dem Krieg ging es nicht mehr an, schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen als schicksalsgegeben hinzunehmen. Ein Kollektivvertrag und die Anerkennung der Gewerkschaft beendeten die Willkürbehandlung der «Herren-Fabrikanten-Monarchen».

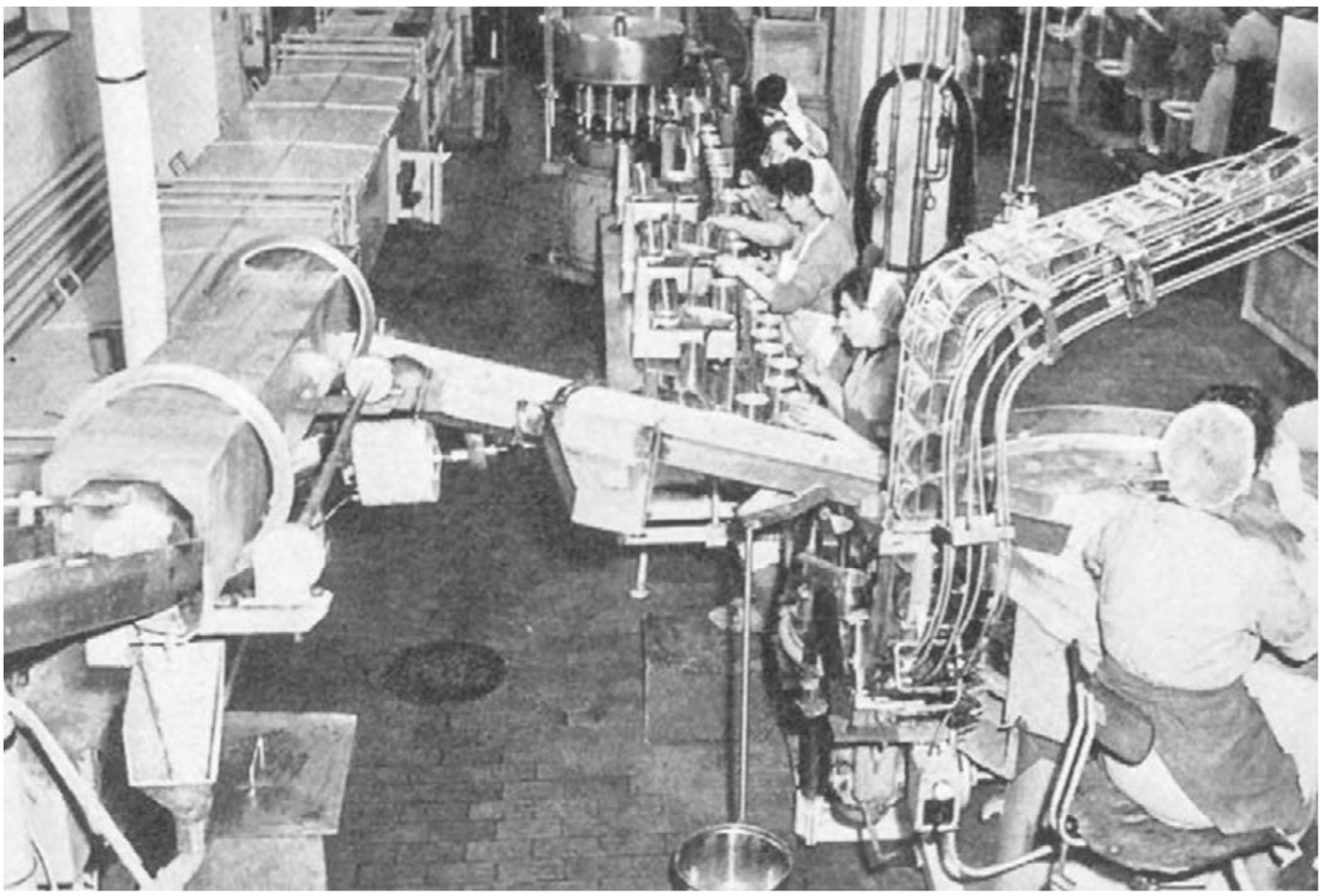
275 Zahnbürstenfabrikation bei Walther Bürsten in Oberentfelden, 1960er-Jahre. Nicht alle Interessen konnten bei Zollverhandlungen gleich stark berücksichtigt werden. 1958 bestätigte die Handelskammer, dass die Bürstenindustrie benachteiligt worden war.

276 Safenwil, 1965: Der Autohandel spürte die Reallohnerhöhung deutlich. Immer mehr Leute leisteten sich ein Auto, auch auf Pump. Im Aargau gab es drei Automobil-Grossimporteure mit einem Autolager: Amag in Schinznach-Bad, Emil-Frey AG in Safenwil und Ford in Rothrist.



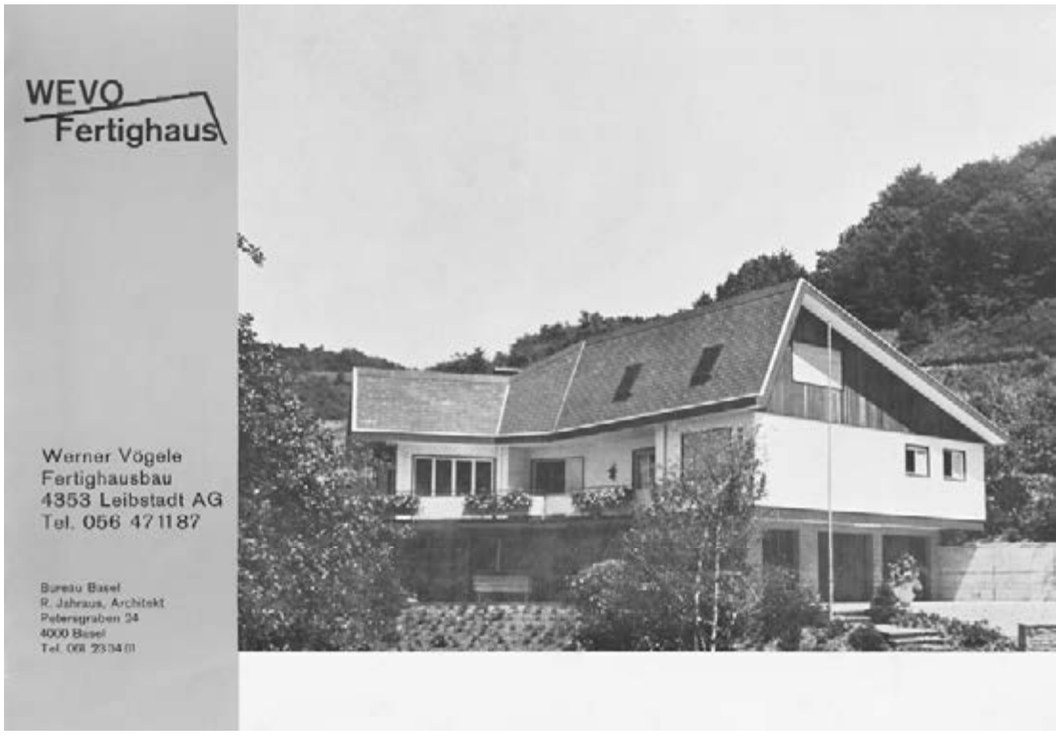
277 Mechanisierung beim Bau: der erste Caterpillar-Trax auf einem Anhänger Marke «Eigenbau» der Windischer Firma Knecht, 1952. In den 1950er-Jahren schafften sich Transportunternehmen einen Trax an und erweiterten damit ihr Geschäftsfeld. So kaufte etwa die Firma Häfeli-Brügger den ersten Trax in der Region Klingnau im Jahr 1956.

278 Verarbeitung von Kirschen bei Hero in Lenzburg, um 1964. Die Erntezeit ist kurz, und die Früchte sind empfindlich. Trotz leistungsfähigen neuen Einrichtungen brauchte es viel Handarbeit – die Förderbänder waren von Frauen gesäumt. Hero zählte damals zu den 15 bedeutendsten Industrieunternehmen der Schweiz.



279 Ravioli-Abfüllanlage, um 1964. Nach Kriegsende rationalisierte Hero laufend die Produktion mit Einrichtungen wie Fliessbändern, elektronischen Steuerungs- und Kontrollanlagen, hydraulischen Transporteinrichtungen für Früchte sowie Schwemmkanal und Rohrleitungsnetz oder Hubstapler in Fabrikations- und Lagerhallen.

280 Keine Wegwerfhäuser in Gebenstorf, 1967. Das Schweizer Fernsehen interviewte BBC-Direktor Gottfried Bütikofer (1923–1989) und den Architekten zur neuen Leichtbauweise mit Eternitfassadenplatten. Der Rohbau stand innert zweier Tage – in Zeiten von Arbeitskräftemangel ein wichtiger Faktor.



281 Preiswertes Haus für die kinderreiche Familie, Anfang der 1960er-Jahre. Der Katalog «Wevo-Fertighaus» empfahl hierzu speziell den Ausbau des Dachstocks mit zwei bis vier Zimmern und einem WC.

282 Wevo-Fertighaus-Katalog Anfang der 1960er-Jahre. Durch Vorfabrikation in der trockenen Halle und eine beschränkte Auswahl von Normtypen gelang es Werner Vögeli (*1926), in Leibstadt günstig und schnell Fertighäuser aufzustellen. Die Holzplatten lieferte die ortsansässige Firma Thermopal.

Konsumverlagerung: Dauerhafte Güter wie Möbel, Küchengeräte oder Autos rückten in Reichweite der Angestellten und allmählich auch der Arbeiter. Die auch statusbildende Funktion des Konsums beschrieb ein Aargauer Unterwäscheunternehmen 1955: «Waschmaschinen, Kühlschränke, Autos, Roller, Kosmetik, Coiffeur und nicht zuletzt der verfeinerte Ess-Standard drücken aufs Haushaltungsbudget. Während die Oberbekleidung den ‹run› mitmacht, da man sich ja immer besser kleiden muss, leidet die Damenwäsche unter dieser Entwicklung. Es spielt keine Rolle mehr, wie man ‹darunter› angezogen ist. Hauptsache: dass man mit dem wenigen Geld, das nach Bezahlung der Raten übrig bleibt, noch ein Nachthemd oder Pyjama kaufen kann» (siehe «Unterwäsche», S. 394f.).[207]

Spürbar wurde nun ein neuer Luxus, da der Konsument nach «feineren Qualitäten» verlangte, sich eine Kinderzimmerausstattung bei Wisa-Gloria (Lenzburg) leistete oder den Kauf eines Autos schneller ins Auge fasste. 1959 stellte die Amag (Schinznach-Bad) fest: «Fuhr man früher ein Auto während sieben bis zehn Jahren, so schaffte man sich nun nach zwei bis vier Jahren ein neues Auto an.» Und durch den Occasionshandel gelang auch einer finanzschwächeren Käuferschaft die Teilhabe an der Mobilität.[208]

Die Hochkonjunktur der 1950er-Jahre führte zu Rationalisierungsinvestitionen und Kapazitätsaufbau in der Industrie, die steigende Kaufkraft der breiten Bevölkerung zur Ausweitung der Konsumgüterherstellung. Zu den drei bisherigen Konjunkturträgern – dem Export, der Bauwirtschaft und den Investitionsgütern – zählte die Handelskammer 1960 ein neues Standbein: den Konsum.[209]

Vor einer Umstellung auf reine Massenproduktion hingegen warnte die Handelskammer. Die Vereinigten Staaten hätten während des Zweiten Weltkriegs systematisch ihre Wirtschaft auf die Befriedigung von Massenbedürfnissen ausgerichtet. In der Schweiz funktioniere das nicht, im 19. Jahrhundert sei man gezwungen gewesen, Güter zu produzieren, welche trotz Transportkosten und hohen Auslandszöllen Gewinne versprachen. Darauf sei die Schweizer Handelspolitik ausgerichtet. Eine Umorientierung auf Massenbedürfnisse sei schwierig und der Schweizer Binnenmarkt zu klein.[210]

Rationalisierung von Handarbeit

Bis in die frühen 1970er-Jahre verstand man unter innovativem Handeln Rationalisierung und Standardisierung.[211] Mit maschineller Fertigung galt es einerseits, den Mangel an Arbeitskräften und Lohnerhöhungen auszugleichen, andererseits hiess es, durch grössere Stückzahlen (tiefere Stückgutkosten, grössere Marktabdeckung, kurze Lieferfristen) konkurrenzfähig zu bleiben oder auf Innovationen zu reagieren. Hero testete in der Schweiz neue maschinelle Verfahren, die sie danach in ihren Auslandsniederlassungen einführte. Ausgerechnet in der Hochkonjunktur führten diese Investitionen aber zu einer noch höheren Auslastung der Fabriken. Die von Oehler (Aarau) produzierten elektrischen Hubstapler und Transportbänder rationalisierten andernorts innerbetriebliche Abläufe, das Unternehmen selbst nahm 1955 einen weiteren 6-Tonnen-Schmelzofen in Betrieb, um die Kapazität zu erhöhen, und stellte zusätzliche Fremdarbeiter ein. Viel Kapital investierte die Aluminium AG Menziken in eine komplett neue Fabrikationsanlage für neue Produkte, die 1957 ebenso zum Ausbau der Beschäftigtenzahl führte.[212] Unter den Begriff «Rationalisieren» fielen auch die Normierung und die Sortimentsbeschränkung, die Reduktion auf weniger Artikel, dafür diese mit höheren Stückzahlen.[213] Die Aarauer Elektrofirma Sprecher + Schuh hatte in den 1950er-Jahren Lohnerhöhungen durch mehr Umsatz ausgeglichen, ab 1960 setzte das Unternehmen auf raffiniertere Konstruktionen und Planung, um die Produktionskosten zu senken – und brauchte dafür mehr Techniker, auch aus dem Ausland.[214] Einen anderen Weg schlug die Möbelbranche ein: Bedrängt durch günstige Importe, suchte sie den Ausweg für eine rationellere Fertigung in der Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Betrieben.[215]

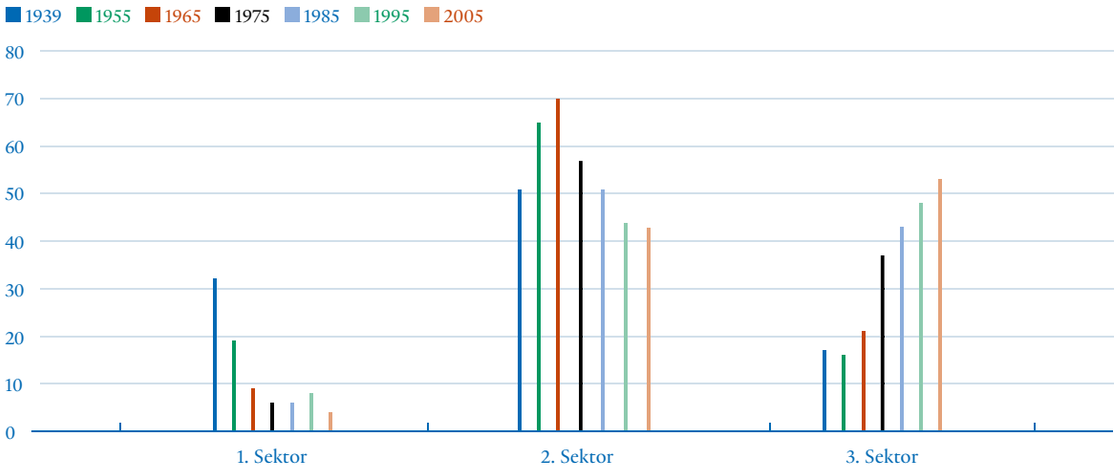
Effizientere Bauweise

Wie in der Landwirtschaft steigerten die Mechanisierung und die Motorisierung im Hoch- und Tiefbau die Produktivität. Ein Geschäftsfeld tat sich für Transportunternehmen auf, welche sich die ersten Trax-Laderaupen anschafften.[216] Eine neue Bauweise setzte sich durch mit Vorfabrikation und neuen Planungsinstrumenten. Dazu kamen Generalunternehmer, welche Bauten zu Festpreisen erstellten, indem sie Organisation, Terminplanung und Arbeitsvergebung übernahmen.[217] Vorfabrizierte Leichtbauelemente kamen nicht nur bei Industrie- und Gewerbebauten mit grossflächigen Konstruktionen zur Anwendung, sondern nun auch im Wohnungsbau. Als neue Firma liess sich 1960 in unmittelbarer Nähe zur Jura-Cement-Fabrik die auf Vorfabrikation und Spannbeton spezialisierte Element AG in Veltheim nieder.

Die BBC erstellte 1967 für ihre Betriebsangehörigen in Gebenstorf eine Siedlung in Leichtbauweise, innert zweier Tage war jeweils ein Haus im Rohbau errichtet.[218] Als beispielhaft galt der Zusammenschluss von zehn Firmen zur Industriellen Wohnbaugenossenschaft Frick: In nur acht Monaten gelang es 1968, drei Häuser mit 48 günstigen Mietwohnungen für die Belegschaft zu erstellen. Dazu verwendete man vorfabrizierte Baumaterialien, setzte Netzplantechnik für Planung und Bau ein und unterschritt dank elektronischer Datenverarbeitung bei der Baukostenabrechnung die budgetierte Bausumme (siehe «Wohnsiedlungen», S. 95).[219]

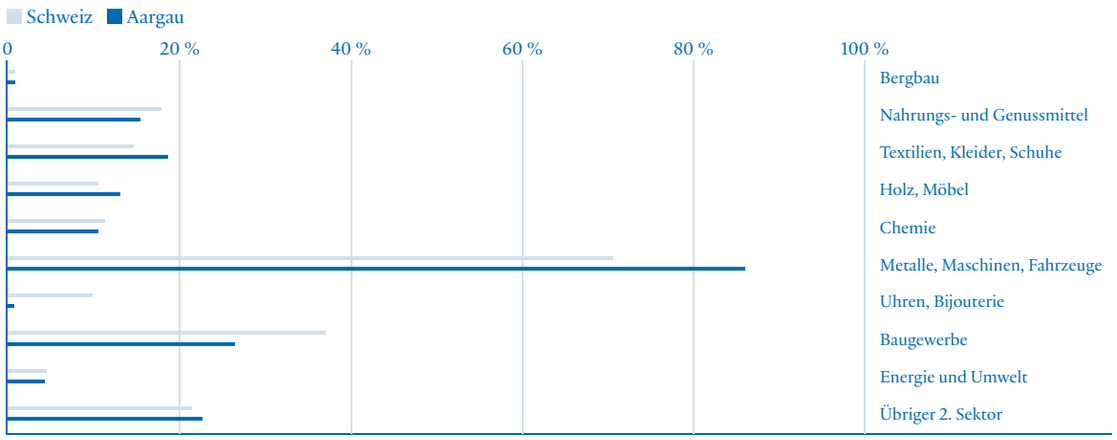
Grafik 52

Beschäftigte nach Sektoren 1939–2005 (in Prozent)



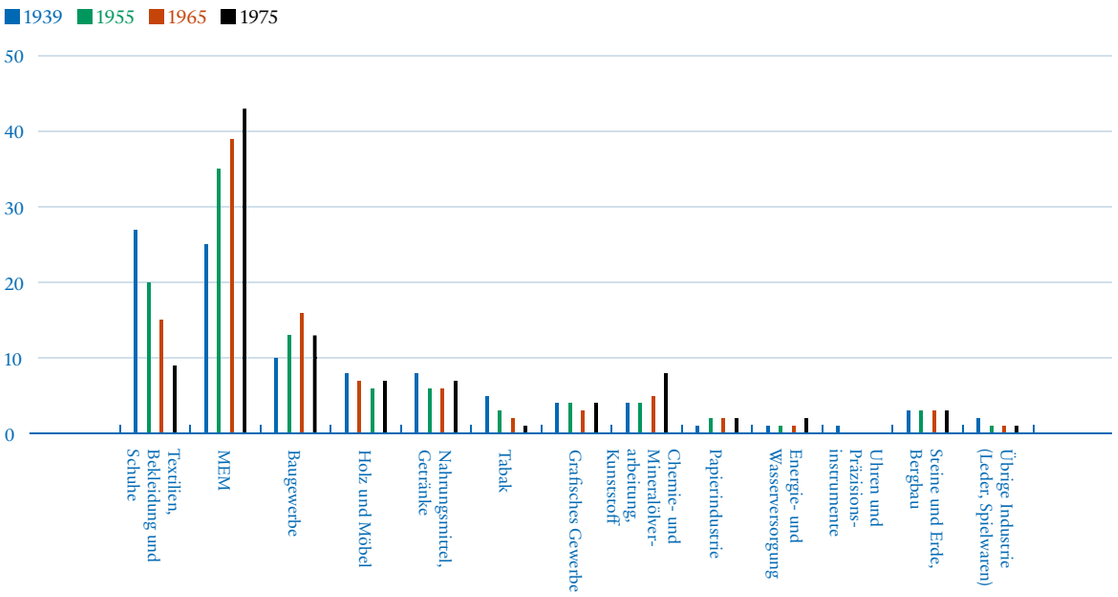
Grafik 53

Industrievergleich Aargau–Schweiz 1975 (in Prozent)



Grafik 54

Beschäftigte nach Branchen im Aargau 1939–1975 (in Prozent)



Grafik 52 Der hohe Anteil der Beschäftigten in der Industrie prägte das Selbstverständnis des Kantons als Industriekanton und Werkplatz der Schweiz. 1965 konnten siebzig Prozent aller Arbeitsplätze im zweiten Sektor verortet werden. Der Aargau galt 1970 als finanzstarker Kanton und erhielt deswegen weniger Ausländerkontingente zugeteilt, als es seiner Grösse entsprochen hätte. Quelle: Statistik Aargau.
Grafik 53 Die Branchenvielfalt des Aargaus bildet nahezu die Schweizer Verhältnisse ab. 1975 wiesen die Textilindustrie, die Holz-, Möbel- und insbesondere die Maschinen- und Metallindustrie einen höheren Anteil als der schweizerische Durchschnitt auf. Die Uhrenindustrie war im Aargau kaum vertreten, die sehr bedeutende Baubranche wies im Aargau weniger Beschäftigte auf. Quelle: Statistisches Amt Aargau, Betriebszählung 1975, Heft 33.
Grafik 54 Eine überragende Bedeutung kam im Aargau der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) zu. Die Textilindustrie baute laufend ab, während die Kunststoff- und Chemiebranche neue Arbeitsplätze schuf. Quelle: Statistik Aargau.

Neue Schwergewichte im Aargau

In den zwanzig Jahren nach dem Krieg beruhte das Wirtschaftswachstum des Kantons auf dem zweiten Sektor. Die Zahl der Beschäftigten verdoppelte sich von 63 000 auf 123 000. Siebzig Prozent aller Berufstätigen im Aargau arbeiteten 1965 in der Fabrik, auf dem Bau, im produzierenden Gewerbe – so viel wie nachher nie mehr. Ein Höhepunkt, der zusammenfiel mit dem Ausscheiden neuer Industriezonen, dem Bau von Fabriken entlang der nun entstehenden Autobahnen sowie dem Vorstossen der Basler Chemie- und Pharmaindustrie ins Aargauer Rheintal. Die gleichzeitige Restrukturierung und Mechanisierung in der Landwirtschaft (siehe «Motorisierung», S. 295) setzte Arbeitskräfte frei, die in der Industrie hoch willkommen waren. Doch der Zuwachs von rund 60 000 Stellen bedingte in erster Linie den Zuzug von Fremdarbeitern: 1965 waren es die rund 40 000 ausländischen Arbeitskräfte, die das aussergewöhnliche Wirtschaftswachstum im industriellen Sektor ermöglichten.[220]

Im Vergleich mit anderen Kantonen hatte sich im Aargau eine Vielfalt an Branchen in verschiedenen Regionen entwickelt, eine Diversifizierung, die sich in Krisenzeiten durch geringere Arbeitslosigkeit positiv auswirkte. Waren etwa für den Kanton Solothurn die Papierherstellung (Attisholz, Biberist), die Schwerindustrie (Von Roll), die Schuhproduktion (Bally) oder die Uhrenindustrie prägend, bot der Industriemix des Aargaus 1975 ein Abbild der schweizerischen Verhältnisse mit kleinen Abweichungen: praktisch keine Arbeitsplätze in der Uhrenindustrie, dafür einen Akzent bei der Textilindustrie und einen grösseren Schwerpunkt bei der exportorientierten Maschinen-, Metall- und Elektroindustrie. Eine Besonderheit waren die im Aargau angesiedelte Geflecht- und Tabakindustrien, die bis in die 1960er-Jahre den Arbeitsalltag in der Region prägten.

Aargauer Spezialität: Hutgeflechtindustrie

Im Freiamt und im Seetal florierte seit dem 19. Jahrhundert die Geflechtindustrie mit Wohlen als Zentrum. 1949 beschäftigten rund 25 Firmen 1796 Personen in dieser Tieflohnbranche. Sie bot in jenen Jahren das aussergewöhnliche Bild, dass aus den umliegenden Dörfern über 550 Frauen am Bahnhof Wohlen eintrafen, während 400 Männer auswärts ihren Verdienst fanden.[221] 1958 meldete der Verband Aargauischer Hutgeflechtfabrikanten mit zwanzig Millionen Franken den tiefsten Umsatz seit zehn Jahren, Japan war zum schärfsten Konkurrenten aufgestiegen. Eine darauffolgende kleine Hausse stabilisierte die Beschäftigung, 1964 fanden sich 1369 Personen auf den Lohnlisten dieses Industriezweigs. Doch 1967 brach der Export um ein Drittel ein. Mit ein Grund war, dass sich die hutlose Mode in den 1960er-Jahren durchsetzte. Damit veränderte sich die Industrielandschaft des Freiamts.[222] Zahlreiche Unternehmen gaben auf oder stellten ihre Produktion um auf Litzen und Kordeln für Verpackungen, Lampenschirme, Kleiderbesetzartikel.[223]

Die Hutgeflechtproduzenten waren in den 1920-Jahren Pioniere in der Verwendung künstlicher Rohmaterialien gewesen und wussten das damals neu erfundene Cellophan für sich zu nutzen.[224] Aus Zulieferbetrieben für die Hutgeflechtindustrie entstanden neue Unternehmen im Kunststoff- und Verpackungsbereich (1935 Firma Cellpack, Wohlen). Als sich der Verband Aargauischer Hutfabrikanten 1974 auflöste, gab es noch einen Mittel- und einen Kleinbetrieb, die sich das verbliebene Exportvolumen teilten. 1992 übernahm die Villmerger Geflechtfabrik Tressa AG die alteingesessene Firma Jacob Isler & Co. AG, Wohlen. Von der einst blühenden Strohindustrie überlebte ein Betrieb. Das Strohmuseum in Wohlen erinnert seit 1976 an die Branche.[225]

Textilindustrie: Kampf um einen Platz an der Sonne

Bis auf die Stickerei- (etwa St. Gallen) und die Seidenindustrie (etwa Basel und Zürich) war im Aargau das gesamte Spektrum an textiler Produktion der Schweiz vertreten. Typisch waren die Baumwollbandfabrikation und die Wollindustrie.[226] Der Schwerpunkt der Textilindustrie lag im Bezirk Zofingen, dazu kamen die Standorte der Spinnereien/Webereien, welche sich im 19. Jahrhundert an den grossen Flüssen im Aargau niedergelassen hatten. War die Textilindustrie im 19. Jahrhundert die Leitindustrie, lief ihr die Maschinenindustrie im 20. Jahrhundert den Rang ab.

Nach dem Zweiten Weltkrieg stagnierte die Beschäftigtenzahl bis 1965. Die Zahl der Betriebe ging zurück.[227] Die Schilderungen in den Jahresberichten der Aargauischen Handelskammer zeichnen ein differenziertes Bild jener Jahre. Schwierigkeiten brachten Innovationen: Der aus Amerika kommende Nylonstrumpf bedrängte die bestehenden Strumpffabriken. Erst nach 1951 waren Rohmaterial und Maschinen in der Schweiz erhältlich, und dieses Geschäftsfeld musste ohne Zollschutz aufgebaut werden.[228] Im Aargau gehörten die Betriebe ab Mitte der 1950er-Jahre zu einer «schwächelnden Branche». So berichtete die Schweizerische Leinen-Industrie (Niederlenz) 1955 von einer Ausdehnung der Produktion ohne Mehrgewinn.[229] Ende der 1950er-Jahre kam die Textilindustrie weiter unter Druck: In allen Industrieländern habe eine Kapazitätsausweitung stattgefunden, registrierte die Handelskammer 1958, vor allem die Tiefstpreise für Produkte aus dem Fernen Osten stellten «eine wahre Heimsuchung» dar.[230] Die abnehmende Bedeutung der Textilindustrie, die sich als «Stiefkind» behandelt fühlte, zeigte sich zum Beispiel bei den Zollverhandlungen im Rahmen der Kennedy-Runde 1967, als sie gegenüber der Maschinen-, der Chemischen und der Uhrenindustrie das Nachsehen hatte.[231]

Die Maschinensäle von Spinnereien und Webereien leerten sich. Vollautomatisierte Einrichtungen reduzierten die Personalbestände, während der Ausstoss sich vergrösserte. Dieser Industriezweig hatte sich von einer personal- zu einer kapitalintensiven Branche gewandelt. Ein Arbeitsplatz erforderte 1964 eine Investition von 500 000 Franken.[232] Dazu kam, dass der Maschinenpark nicht mehr von Hilfsarbeitern bedient werden konnte, sondern Fachkräfte brauchte, die eingearbeitet werden mussten. Sinkende Margen, hohe Kapi-

Strukturwandel im Stumpenland

Die Produktion von Zigarren (Stumpen) in den Gemeinden Beinwil, Reinach, Menziken und Burg seit dem 19. Jahrhundert verlieh der Region ihren Namen: Stumpenland. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Tabakindustrie mit 3147 Beschäftigten ein bedeutender Erwerbszweig im Aargau. Sie stellte fünf Prozent aller Arbeitsplätze im zweiten Sektor. Der in den folgenden sechs Jahrzehnten stattfindende Konzentrationsprozess reduzierte einen Industriezweig mit ursprünglich 69 Betrieben auf zwei Unternehmen (Villiger Söhne AG in Pfeffikon/LU und Burger Söhne AG in Burg).

Strukturerhaltend hatte sich zunächst die vor dem Krieg eingeführte Kontingentierung des Rohtabaks ausgewirkt, welche den kleinen und mittleren Betrieben ihre Existenz sicherte und die Expansion der grössten Unternehmen, Villiger Söhne AG und Burger Söhne AG, beschränkte. Bis 1958 galt diese Mengenzuteilung, dennoch verschwanden bis 1955 17 Betriebe respektive ein Viertel aller Unternehmen. In den folgenden Jahren gaben weitere 13 Betriebe auf. Erst nach 1955 startete die Branche Versuche, Handarbeit durch Maschinen zu ersetzen.[1] Bezüglich technischen Stands war die Schweizer Zigarrenindustrie damals eine der rückständigsten in Europa. Die tiefe Besteuerung in der Schweiz bot lange einen Konkurrenzvorteil gegenüber dem Ausland, verhinderte dadurch aber Innovationen.[2] Kleinfabrikanten konnten sich weder teure Einrichtungen leisten, noch gelang es ihnen, ihr Fabrikat zu einem Markenartikel mit entsprechender Werbung zu entwickeln. Der erneute Einbruch nach 1970 ging auf ein verändertes Konsumverhalten zurück – Stumpenrauchen war out, die Zigarette in. Damit standen auch mittelgrosse Firmen vor dem Aus. Die grossen Hersteller überlebten, weil sie Konkurrenten samt Markenrechten aufgekauft und sich deren Marktanteil und Kontingent in der Schweiz gesichert hatten. Vor allem erreichten sie ab Ende der 1980er-Jahre eine internationale Expansion und Marktführerschaft durch Zukäufe im Ausland.[3]

1 BAH 1956, 67.
2 Steigmeier, Blauer Dunst 2002, 36.
3 Steigmeier, Blauer Dunst 2002, 35–39.

283 Opal-Zigarrenfabrik A. Eichenberger-Bauer, Beinwil am See. Der Maschinenpark Mitte der 1960er-Jahre zeigt die Mechanisierung der Wickelproduktion. Doch in den Zigarrensälen waren noch immer viele Frauenhände am Werk bei der Verarbeitung des Halbfabrikats zu Zigarren, Stumpen oder Zigarillos. Junge Italienerinnen ersetzten die ausscheidenden älteren Schweizer Arbeiterinnen.

talkosten, wenig Aussicht auf langfristige Gewinne und ein zunehmend veralteter Maschinenpark führten ab Mitte der 1980er-Jahre vor allem bei familiengeführten Unternehmen zur Schliessung.[233]

Bekleidungsindustrie: Maxikosten, Minipreise, Midiaussichten

Bis in die 1960er-Jahre verzeichnete die Konfektion einen sehr guten Geschäftsgang, ab Mitte der 1970er-Jahre setzte der Rückgang ein.[234] Der Wandel in der Bekleidungsindustrie war vielschichtig: Anfänglich profitierten die Betriebe von der Kaufkraftsteigerung, doch stiegen auch die Ansprüche der Kundschaft. Die Nachfrage nach modischen Kleidern bedeutete, jedes Jahr mit Neuigkeiten aufzuwarten. Unterwäsche war nicht mehr weiss, sondern bunt (siehe «Konsum», S. 394f.). Ab Mitte der 1960er-Jahre führte die Veränderung im Detailhandel zu Neuausrichtungen und Sortimentsänderungen. Kleine «Bonneteriegeschäfte» schlossen, die Unternehmen mussten sich auf neue Absatzkanäle einstellen. Abnehmer waren Warenhäuser wie Manor oder Detailhandelsorganisationen wie die Migros.[235] Doch Stapelartikel, welche den Betrieben eine Grundauslastung geboten hatten, wurden zunehmend importiert, und die Fertigung von modischen Kleinserien war aufwendig. «Gegen Konkurrenz von Billigstpreisländern wie Hongkong, Macao, Formosa, Südkorea mit gleichen Produkten ankämpfen zu wollen, ist zu einem Gefecht mit ungleich langen Spiessen geworden, [liegt] das Lohnniveau in der Schweiz [doch] bis zu 500 Prozent höher», hiess es 1972 im Bericht der Handelskammer.[236] Der hohe Frankenkurs setzte der Textilindustrie 1974 massiv zu, im Ausland brach der Markt zusammen, den man in langjährigem Einsatz «mühsam aufgebaut» hatte.[237] Der Bund stützte die Schweizer Textilindustrie mit der Vergabe von Armeeaufträgen, wie dem sogenannten Gnägi-Leibchen.[238] Doch wer preislich mithalten wollte, lagerte die personalintensive Konfektion ins Ausland aus.[239] Die Aargauer Textilhochburg Zofingen spürte den Niedergang am deutlichsten: Im Jahrzehnt von 1970 bis 1980 verzeichnete der Bezirk einen Bevölkerungsrückgang von 3,5 Prozent. Von 245 Betrieben mit 7200 Beschäftigten (1985) gab es im Aargau zwanzig Jahre später (2005) noch 127 Unternehmen mit 1500 Beschäftigten. Unternehmen hielten sich mit Spezialisierungen im technischen Bereich oder mit der Positionierung im Hochpreissegment und im Export.[240] Eine weitere Strategie war die Spezialisierung auf Kleinserien oder der Ausbau im medizinischen Bereich mit Fokus auf Verbandstoffe.[241] Als Pionier der ökologischen Textilveredelung machte sich die Johann Müller AG in Strengelbach einen Namen.[242]

Holzindustrie im unteren Aaretal

Die ersten Betriebe im unteren Aaretal entstanden bereits im 19. Jahrhundert. Sie produzierten etwa Zigarrenkisten in Klingnau oder Bugholzstühle in Koblenz. Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich die Region zur Hochburg der Holzverarbeitung mit namhaften Produzenten von Tischen, Stühlen, Büromöbeln, Polstermöbeln, Spanplatten oder Sperrhölzern. Einige Betriebe waren durch die Trennung von Geschäftspartnern entstanden, welche im gleichen Produktsegment tätig waren und in der Zeit der Hochkonjunktur gute Absatzmöglichkeiten fanden.[243] Noch im Zweiten Weltkrieg hatte die Firma Keller & Co. AG in Klingnau den Probebetrieb zur Herstellung von Spanplatten aufgenommen, eine Erfindung des Schweizer Ingenieurs Fred Fahrni (1907–1970). Die neu gegründete Firma Novopan AG produzierte 1947 als erste Spanplattenfabrik der Welt stabile, spannungsfreie Holzplatten. Auf allen Kontinenten entstanden Spanplattenbetriebe nach «Klingnauer Vorgabe», denn die Spanplatten erlaubten das Verwerten von minderwertigem Industrieholz.[244] In Leibstadt siedelte sich 1961 mit der Firma Thermopal AG das zweite grosse Spanplattenwerk im Aargau an.[245] 1977 entfielen sechzig Prozent der gesamtschweizerischen Spanplattenproduktion auf diese zwei Werke.[246] Innovativ wirkte auch Albert Stoll (1909–1999) in Koblenz, der zusammen mit der von ihm gegründeten Giroflex Entwicklung AG das Bürostuhldesign revolutionierte und mit einer Tochterfirma in Brasilien auch den internationalen Markt bediente.[247] 1965 überraschten die Gründer der Firma de Sede AG den Markt mit Kreationen aus Leder, einem bis dahin in der Möbelbranche selten verwendeten Material. Der Ausbau der Marke de Sede of Switzerland bewies, dass Möbel aus dem unteren Aaretal nicht nur Gebrauchsgegenstände waren, sondern weltweit Anklang fanden als Teil der Innenarchitektur.[248]

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Holz- und Möbelindustrie im Kanton war gross: Gemäss Betriebszählung 1939 stellte die Branche acht Prozent oder 5379 Arbeitsplätze. Die folgenden Jahre führten bis 1965 zu einem Ausbau der Beschäftigten (7909) bei gleichzeitigen Betriebsaufgaben beziehungsweise Zusammenschlüssen. Die Rezession Mitte der 1970er-Jahre traf die Branche dann aber hart: Einige Betriebe gaben auf, andere erholten sich, teilweise mit neuen Besitzern. Die Betriebszählungen zeigen, dass der drastische Strukturwandel erst noch bevorstand: Von 1985 bis 1995 reduzierte sich die Beschäftigtenzahl von rund 5900 auf 4000, von 670 Betrieben schlossen 189.[249] Die Öffnung der Märkte im Osten nach dem Kalten Krieg setzte der bisher schon stark durch Importe konkurrenzierten Branche zu.[250]

Nahrungsmittelindustrie: Ausrichtung auf den Binnenmarkt

Hauptsächlich auf den Binnenmarkt ausgerichtet war die Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie. Mit 5350 Beschäftigten in 1144 Betrieben dominierten 1939 viele KMU und wenige Grossbetriebe diesen Industriezweig. Der Anteil der Branche am zweiten Sektor betrug acht Prozent, ein Wert, der in den folgenden Jahrzehnten relativ konstant blieb (1975: 6 %). Die Wachstumsphase der «Trente Glorieuses» sorgte mit steigenden Löhnen und Kaufkraft, aber auch wegen der Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte für zunehmende Umsätze und Gewinne, welche von den mittleren und grossen Betrieben in die Rationalisierung und den Ausbau der Produktionsanlagen investiert wurden.

Im Gegensatz zur Maschinen- und Metallindustrie verzeichnete die Nahrungsmittel- und Getränkebranche kein Explodieren der Beschäftigtenzahlen. Bei einem bescheidenen Ausbau des Personalbestands erlebte die Branche einen markanten Konzentrationsprozess zwischen 1955 und 1975, als 35 Prozent der Betriebe aufgaben. So verschwanden zum Beispiel die kleinen und kleinsten Bonbonfabrikanten, die nicht grosse Mengen zu Engrospreisen für den Detailhandel liefern konnten, welcher mit der Migros in Konkurrenz stand.[251] Es traf aber auch Biskuitfabrikanten, die ihr Sortiment nicht als Markenartikel mit Werbung und neuer Verpackung positionieren konnten. Sie verloren ihren angestammten Absatzkanal: Grossverteiler und Discounter verdrängten Detailhändler.[252]

Erfolgreich behauptete sich die Konserven- und Fleischfabrik Hero in Lenzburg. Das Unternehmen mit über 1000 Beschäftigten im Jahr 1965 hatte sich eine marktbeherrschende Stellung durch Übernahmen verschiedener Konkurrenten schon vor dem Zweiten Weltkrieg gesichert. Gleichzeitig hatte sich Hero ein internationales Standbein mit Produktionsanlagen in wichtigen Erntegebieten in Frankreich, Holland und Spanien aufgebaut.[253] Das Unternehmen investierte seit Kriegsende unablässig in die Modernisierung seiner Anlagen, um den Ausstoss zu erhöhen und die Kosten tief zu halten. Der Import von Früchten und Gemüse aus Ländern mit günstigeren Agrarpreisen gehörte zur Preiskalkulation.[254] Die Lenzburger Konfitüren, Kompotte, Fleischkonserven, Ravioli, Tortelloni und weitere Fertigprodukte fanden Absatz in der Gastronomie, die mit dem Einsatz von vorgefertigten Produkten dem Personalmangel in den Küchen begegnete. Hero belieferte hier einen wachsenden Markt, dazu entlasteten die Produkte die Hausfrau «von undankbarer Arbeit».[255] Nach dem Krieg wurde dank steigenden Haushaltsbudgets die Notwendigkeit obsolet, Gemüse, Beeren und Obst im eigenen Garten oder auf dem eigenen «Pflanzblätz» selbst zu produzieren, zu verarbeiten und haltbar zu machen. Das Sortiment von Hero ersetzte die Subsistenzproduktion durch marktorientierte Angebote.[256] «Zeit für alles… Hero hilft Ihnen kochen… mit fixfertigen Gerichten» lautete der Werbeslogan auf der Firmenbroschüre 1965. Als traditionelle Artikel im Absatz stagnierten, setzte das Unternehmen auf Neuheiten und warb beim Gastgewerbe und bei den Hausfrauen damit, «Abwechslungsmöglichkeiten durch vorpräparierte Qualitätsprodukte» zu bieten.[257]

Bier aus dem Aargau

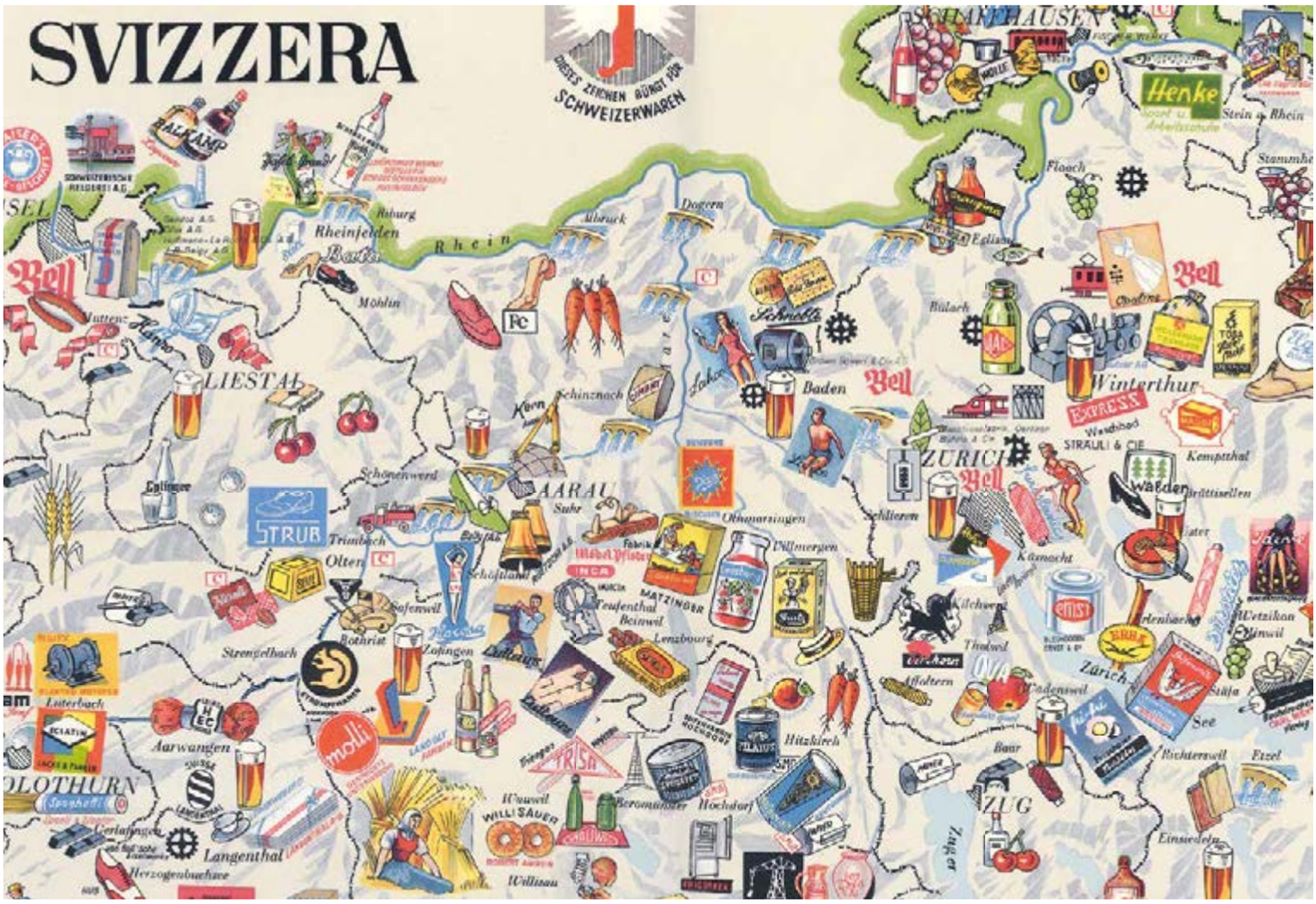
Die zentrale Lage im Mittelland mit Anschluss an das Eisenbahnnetz war ausschlaggebend für den Getränkehersteller Rivella, sich 1954 in Rothrist niederzulassen (siehe «Konsum», S. 404).[258] Auf rationelle Verteilung durch die Bahn hatte seinerzeit auch die Brauerei Feldschlösschen bei ihrer Standortwahl im 19. Jahrhundert in Rheinfelden gesetzt. Der Zugang zu einem grossen Absatzgebiet begünstigte die Massenproduktion. In der Bierbranche hatte der Konzentrationsprozess bereits im 19. Jahrhundert stattgefunden. Im Aargau gab es nach dem Zweiten Weltkrieg noch fünf Brauereien: Falkenbräu und die Brauerei H. Müller in Baden, die Klosterbrauerei in Zofingen, Feldschlösschen und Salmenbräu in Rheinfelden. Zusammen produzierten sie 22 Prozent des in der Schweiz verkauften einheimischen Biers – jedes fünfte Glas Bier kam also aus dem Aargau. Bier war damals noch kein Alltagsgetränk, der Konsum erfolgte in Wirtschaften. Die jährliche Absatzsteigerung bis 1964 verdankte die Branche in erster Linie der Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften (1964: 640 000) und den vielen ausländischen Ferienreisenden.

Einschneidende Veränderungen im Trinkverhalten führten zur Umstellung vom Fassbier auf Flaschenbier. Sie erforderte ab 1950 grosse Investitionen in neue Abfüllanlagen und Neubauten für die Lagerung von Leer- und Vollgut. Mit dem Flaschenbier verschob sich der Bierkonsum von der Wirtschaft in den Haushalt.[259] Im Vorfeld der Schwarzenbach-Initiative verliessen Fremdarbeiter die Schweiz: Die Branche bekam den ersten Absatzrückgang nach Jahrzehnten zu spüren. Ein zweiter Konzentrationsprozess setzte ein. 1970 übernahm Feldschlösschen das Aktienkapital der Brauereien zum Gurten AG in Wabern-Bern, 1971 den Zweigbetrieb Birra Lugano, 1972 die Brauereien Muller, Neuenburg, und Valaisanne in Sitten. Die älteste aargauische Brauerei, Salmenbräu, schloss sich der Sibra-Holding in Freiburg an, im Frühling 1973 stellte die Klosterbrauerei in Zofingen ihren Betrieb ein, 1979 Falkenbräu in Baden.[260] Das Bierkartell verhinderte eine Expansion mit neuartigen Bieren, 1996 fusionierten Hürlimann (Zürich) und Feldschlösschen. Im Jahr 2000 wechselte der Besitzer erneut: Das Unternehmen ging an die dänische Gruppe Carlsberg.[261] Nach der Auflösung des Bierkartells 1991 entstanden neben dem Bierriesen bis 2020 rund sechzig Kleinbrauereien, die mit regionalem Bier eine neue Nische entdeckten.[262]

Investitionsgüterindustrie: Überkapazitäten aufgebaut

Hauptsächlich auf den Binnenmarkt ausgerichtet war die Metallindustrie. Für die Maschinen- und Elektroindustrie mit ausländischem Zielmarkt hingegen boten die Anlagen in der Schweiz interessante Aufträge und die Möglichkeit, Neuentwicklungen auf dem Heimmarkt als Referenzprojekte vorzuweisen. Beide Branchen hatten von 1939 bis 1955 ihre Beschäftigtenzahlen mehr als verdoppelt und legten bis 1965 nochmals um fünfzig Prozent zu. Bis Anfang der 1970er-Jahre klagte die grosse Mehrheit der Betriebe über Arbeitskräftemangel, rief nach ausländischen «Gastarbeitern» und baute den Personalbestand aus. Die Vollbeschäftigung verdeckte den Strukturwandel, der sich bereits in den 1960er-Jahren abzuzeichnen begann.

Ob Industrie- und Kraftwerkbau, Brückenbau, Apparatebau für die Chemie, Containment für Kernkraftwerke, Kläranlagen oder Öltanklager: Die Aufträge der Stahl- und Kesselbaufirmen Zschokke (Döttingen) und Wartmann (Brugg) zeugten vom Boom jener Zeit. Mitte der 1950er-Jahre waren immense Auftragsvolumen vorhanden, Bestellungen mussten an Dritte vergeben


SVIZZERA
DIESES ZEICHEN WÜNSCHT FÜR SCHWEIZERWAREN
SCHAFFHAUSEN
Henke
Stein a. Rhein
Stammheim
Flaach
Eglisau
Bell
Rheinfelden
Rheinfelden
Rheinfelden
Rhein
Möhlin
Mönthal
Dogern
Laufenburg
Bülach
Winterthur
EXPRESS
Baden
Bell
LIESTAL
Kirschnach
Kern
Schönenwerd
Suhr
AARAU
Oftringen
Triengen
Olten
Trimbach
Zofingen
Strengelbach
Rothrist
Aarwangen
Langenthal
Herzogenbuchsee
Wauwil
Willisau
Hitzkirch
Beromünster
Hochdorf
ZÜRICH
Schlieren
Kilchberg
Thalwil
Affoltern
Wädenswil
Horgen
Richterswil
Pfäffikon
Einsiedeln
ZUG
Zug
See
Kempthal
Wetzikon
Illnau
Kämoscht
STRUB
Fabrik
Beinwil
Lenzburg
Teufenthal
Villmergen
Hallwyl
Schloss
Wohlen
Brugg
Leuzigen
Lüterbach
Solothurn
Grenchen
Biel
Bern
Fribourg
Lausanne
Genève
Basel
Luzern
Sursee
Sempach
Schwyz
Altdorf
Glarus
Chur
Davos
St. Gallen
Appenzell
Herisau
Frauenfeld
Weinfelden
Kreuzlingen
Romanshorn
Arbon
Rorschach
Sargans
Wil
Uzwil
Gossau
Bischofszell
Amriswil
Arbon
Romanshorn
Kreuzlingen
Weinfelden
Frauenfeld
Diessenhofen
Schaffhausen
Neuhausen
Thayngen
Singen
Stockach
Radolfzell
Konstanz
Meersburg
Überlingen
Salem
Pfullendorf
Sigmaringen
Ulm
Donau
Bodensee
Untersee
Obersee
Rhein
Aare
Reuss
Limmat
Sihl
Zürichsee
Walensee
Linth
Sarine
Rhône
Saane
Emme
Wigger
Suhr
Wyna
Ergolz
Birs
Birsig
Birsfelden
Muttenz
Pratteln
Liestal
Sissach
Gelterkinden
Waldenburg
Langenbruck
Balsthal
Oensingen
Olten
Aarburg
Zofingen
Strengelbach
Rothrist
Aarwangen
Langenthal
Herzogenbuchsee
Wauwil
Willisau
Sursee
Sempach
Hochdorf
Beromünster
Hitzkirch
Lenzburg
Beinwil
Teufenthal
Villmergen
Wohlen
Muri
Bremgarten
Mellingen
Baden
Brugg
Windisch
Turgi
Gebenstorf
Döttingen
Klingnau
Leuggern
Koblenz
Laufenburg
Rheinfelden
Stein
Möhlin
Wallbach
Mumpf
Obermumpf
Eiken
Frick
Gipf-Oberfrick
Herznach
Ueken
Oberhof
Schinznach
Veltheim
Windisch
Brugg
Lupfig
Birrfeld
Birrhard
Habsburg
Wildegg
Hunzenschwil
Lenzburg
Seengen
Boniswil
Hallwyl
Seon
Staffelbach
Reinach
Menziken
Beinwil am See
Gontenschwil
Leimbach
Zetzwil
Dürrenäsch
Schafisheim
Suhr
Buchs
Rohr
Aarau
Rombach
Küttigen
Biberstein
Erlinsbach
Gränichen
Lenzburg
Othmarsingen
Hendschiken
Meisterschwanden
Fahrwangen
Sarmenstorf
Hägglingen
Boswil
Bünzen
Waltenschwil
Muri
Rudolfstetten
Friedlisberg
Berikon
Widen
Mutschellen
Bergdietikon
Urdorf
Schlieren
Zürich
Altstetten
Albisrieden
Affoltern
Oberrieden
Thalwil
Rüschlikon
Kilchberg
Adliswil
Langnau
Horgen
Wädenswil
Au
Hirzel
Hütten
Schönenberg
Hirzel
Richterswil
Samstagern
Pfäffikon
Freienbach
Wollerau
Feusisberg
Schindellegi
Einsiedeln
Willerzell
Biberbrugg
Euthal
Gross
Rothenthurm
Sattel
Steinen
Schwyz
Ibach
Brunnen
Morschach
Axenstrasse
Flüelen
Altdorf
Bürglen
Seedorf
Attinghausen
Erstfeld
Amsteg
Silenen
Gurtnellen
Wassen
Göschenen
Andermatt
Hospental
Realp
Furka
Oberalppass
Disentis
Sedrun
Tavetsch
Curaglia
Medels
Rueras
Tschamut
Selva
Brigels
Waltensburg
Andiast
Breil
Obersaxen
Mundaun
Flims
Laax
Falera
Sagogn
Ilanz
Castrisch
Luven
Rueun
Duvin
Schnaus
Strada
Obersaxen
Meierhof

285 Innovation der Schweizerischen Leinen-Industrie (SLI) in Niederlenz, 1964. Die Traglufthalle Arova versprach Flexibilität. Sie diente als Lager-, Montage-, Messe- oder als Tennishalle. Die SLI baute die Traglufthallen nach eigenen Plänen und Berechnungen. Sie waren wasserdicht, liessen sich beheizen und beleuchten und waren schnell aufgestellt.

286 Die Schweizerische Leinenindustrie (SLI) in Niederlenz, 1948. Die SLI wies um 1959 mit 1000 Arbeiterinnen und Arbeitern einen Höchststand aus. Die «Pfupfi» war eine angesehene Arbeitgeberin und holte ihre Leute mit dem Arbeiterbus aus den umliegenden Dörfern ab. Sie produzierte unter anderem Dekorationsstoffe, Überkleider- und Filterstoffe, imprägnierte oder beschichtete Blachen- und Zeltstoffe.

287 Das Bierkartell hatte bis 1991 Bestand und regelte die Gebietsaufteilung der Brauereien. Die kleinste Bierbrauerei im Aargau, die 1884 gegründete Klosterbrauerei AG Zofingen, stellte 1973 ihren Betrieb ein.

288 Franke Küchenkombination, 1950er-Jahre. Die Metallwarenfabrik Walter Franke in Aarburg hatte sich als Pionierin von Norm-Einbauküchen mit Chromstahlabdeckungen einen Namen gemacht und entwickelte Küchen für den Gastrobereich. Der Personalbestand stieg innert zwanzig Jahren von 100 Beschäftigten nach Kriegsende auf 973 Mitarbeitende 1964.

289 Möbel Pfister in Suhr, 1964. Das grösste Einrichtungshaus der Schweiz bildete einen Riegel am Rand des damals noch mit Gärten und Bäumen durchsetzten Dorfs. Das Möbelhaus war 1939 wegen der zentralen Lage an der Hauptstrasse Zürich–Bern nach Suhr gezogen und lockte mit dem Slogan, dass 1000 Parkplätze vorhanden seien.

290 Ende der 1960er-Jahre stand das grösste Tanklager der Schweiz bei Mellingen. 25 Tanks enthielten 760 Millionen Liter Treib- und Brennstoff und konnten die gesamte Schweiz während eines Monats versorgen.

291 Die Aluminium AG Menziken war 1968 mit einem jährlichen Ausstoss von 12 000 Tonnen das zweitgrösste Leichtmetall-Halbzeugwerk der Schweiz. Das in den Jahren 1964/65 errichtete Werk in Reinach (im Bild) war für den Drei-Schicht-Betrieb ausgelegt worden, doch die Fremdarbeiterbestimmungen ermöglichten danach nur noch den Ein-Schicht-Betrieb.

werden. Es kam zu Ausbau und Neugründungen kleinerer Firmen, und Überkapazitäten wurden aufgebaut. Die grösste Konkurrenz für den Stahlbau erwuchs aus dem Eisenbetonbau. Im Stahlbau war 1957 noch von Mengenkonjunktur die Rede, ab 1965 rentierten nur noch hochwertige Spezialausführungen und der Stahlwasserbau. Im Jahr 1967 waren die Firmen gut ausgelastet, der Preiskampf führte aber zu Substanzverlust. 1968 kündigten die beiden Firmen den Zusammenschluss an, die Produktion kam nach Döttingen, das Büro blieb am Standort Brugg.[263]

Ein weiteres Beispiel, wie angesehene Firmen ab den 1960er-Jahren in Schwierigkeiten gerieten, gibt die traditionelle Stahlgiesserei und Maschinenfabrik Oehler in Aarau. 1962 fasste die ausländische Konkurrenz Fuss in der Schweiz, Oehler wich aus auf Anlagen, welche Service und Beratung erforderten. Die Stahlgiessereien der Nachbarländer kämpften mit Überkapazitäten, was zu noch mehr Konkurrenz führte.[264] 1970 wurde Oehler von der Georg Fischer AG Schaffhausen übernommen, die Produktion kam nach Brugg, die Stahlgiesserei am Standort Aarau schloss 1981.[265]

Dauerhafte Konsumgüter

Steigende Kaufkraft, Bauboom, Bevölkerungswachstum nach 1950: Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern wie Waschmaschinen, Kühlschränken, Boilern oder Elektrogeräten hatte kein Ende. Schweizweit bekannt waren die Haushaltsartikel und Geräte der Firma Merker in Baden (siehe «Konsum», S. 394). Die Erfindung der ersten vollautomatischen Waschmaschine in der Schweiz 1950 war ein lang anhaltender Erfolg. Ab 1962 verkaufte die Firma auch Geschirrspülmaschinen. In den 1950er-Jahren stiegen die Umsätze durch die gute Baukonjunktur, gleichzeitig traten neue Konkurrenten auf, aus dem Ausland und dem Inland. Die deutsche Firma Bauknecht gründete 1952 eine Niederlassung in Hallwil. Zeitweise gab es im Aargau bis zu sechs Waschmaschinenanbieter.[266] 1956 fiel der Ertrag bei Merker ungenügend aus. 1961 verkauften ausländische Firmen bereits ein Drittel aller Waschmaschinen; sie waren nur mit einem minimalen Zollsatz belastet. Bei Merker sanken die Margen, 1966 war ein Geschäftsjahr mit «profitloser Prosperität».[267] Merkers Maschinen glänzten zwar durch Langlebigkeit, eine Qualität, die im Mehrfamilienhausbau und in den neu aufgekommenen Waschsalons für gute Verkaufszahlen sorgte. Doch die deutsche Konkurrenz hielt die Preise durch Fabrikationsserien, die sie mit einer Massenproduktion für einen viel grösseren Absatzmarkt erreichte, tief. Ähnlich erging es den Aarauer Traditionsunternehmen Elcalor und Maxim: Deutsche Hersteller und ein Konzentrationsprozess verdrängten die Kochherd- und Heizapparatebauer. Gab es in den 1950er-Jahren noch zwölf Schweizer Firmen, produzierten 1971 nur noch vier – auch Maxim gab diesen Bereich 1970 auf.[268] Der Schweizer Markt mit Haushaltsgeräten war gesättigt, der Export durch Zollhürden erschwert, grosse Serien waren nicht absetzbar.

Maschinen- und Elektroindustrie: Schweizer Exportstandbein

Die Konjunkturlokomotive des Kantons war die BBC. Von 1950 bis 1960 wies die Region Baden mit einer Bevölkerungszunahme von 41 Prozent die schweizweit höchste Wachstumsrate auf, was hauptsächlich auf den Erfolg des Unternehmens zurückzuführen ist.[269] Eine in der BBC-Hauszeitung veröffentlichte Studie aus dem Jahre 1959 illustriert die monopolartige Stellung der Weltfirma und deren Einfluss: In Baden arbeiteten 45 Prozent aller Berufstätigen bei der BBC, in den sieben umliegenden Gemeinden betrug der Anteil zwischen 30 und 40 Prozent. Laut Geschäftsjahr 1958/59 zahlte die BBC eine Lohnsumme von 80 Millionen Franken an die Belegschaft, Aufträge im Gesamtwert von rund 13,7 Millionen Franken wurden an Zulieferer und Dienstleister in der Region vergeben. 20 Prozent der ordentlichen Steuereinnahmen der Stadt Baden stammten direkt von dieser Firma.[270]

1971 unterstrich die *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) in einem Porträt über den Aargau die enorme Bedeutung des Konzerns BBC damit, dass die jährliche Lohnsumme von 350 Millionen Franken das aargauische Volkseinkommen von 1965 um zehn Prozent übersteige.[271] Hinter diesen Zahlen standen ein Ausbau der Beschäftigten von 7200 im Jahr 1941 auf 19 000 im Jahr 1971 und ein Wachstum ausserhalb der Stadt Baden mit Produktionsstätten im Birrfeld (1957), in Turgi (1959, Turbogruppen), in Ennetturgi (1967, Elektronikkomponenten), in Dättwil (1973, Konzernforschungszentrum) und in Lenzburg (1974, Flüssigkristallanzeigen).[272] Weltweit beschäftigte der Konzern auf seinem Zenit Anfang der 1970er-Jahre rund 92 000 Personen.[273]

Die Maschinen- und Metallindustrie verkaufte 1950 die Hälfte ihrer Produkte ins Ausland. Der Anteil dieser Branche am gesamten Schweizer Export betrug 31 Prozent oder rund zwei Milliarden Franken.[274] Die BBC trug mit ihrem hohen Exportvolumen wesentlich dazu bei. Die im Aargau führende exportorientierte Maschinen- und Elektroindustrie gab auch in Sachen Lohn den Ton an. Wollten andere Branchen ihre Arbeitskräfte nicht vollends verlieren, so musste man nachziehen, wie die im unteren Aaretal beheimatete Möbelindustrie feststellte: Gewerkschaftliche Forderungen traten angesichts der Arbeitsmarktrealität in den Hintergrund.[275]

Neue Industrieregionen, keine Ölraffinerie

Noch in den 1930er-Jahren hatte die Schuhfabrik Bata bei Riburg-Möhlin eine Fabrikstadt gegründet (siehe «Raumentwicklung», S. 111).[276] Ab den 1950er-Jahren sicherten sich die grossen Basler Chemiefirmen riesige Landflächen entlang des Rheins im agrarisch gebliebenen Fricktal. Zweigfabriken entstanden 1956 in Stein (Ciba), 1967 in Sisseln (Hoffmann-La Roche) und 1971 in Kaisten (Geigy). Die geplante Schiffbarmachung des Rheins brachte den Stahlkonzern Von Roll dazu, zwischen Säckingen und Sisseln Land zu kaufen für die Verschiffung von Erz aus Herznach.[277] Eine mächtige Anlage im Fuller Feld hatte bereits die Chemische Fabrik Ue-

tikon 1948 errichtet, und Sandoz hatte sich dreissig Hektaren Land in Leibstadt gesichert.[278]

Für die Ansiedlung von Industrie wurden nach 1954 im oberen Wynenfeld 48 Hektaren ausgeschieden, Land, das sich die Gemeinden Suhr und Buchs fast hälftig teilten. Die Regionalplanungsgruppe Aarau und Umgebung rechnete mit 3000 bis 6000 Arbeitsplätzen für 10 000 bis 20 000 Einwohnerinnen und Einwohner.[279] Wegleitend bei der Planung war der Gedanke, die Industrie auf ein bestimmtes Gebiet zu konzentrieren und dabei die Dörfer frei zu halten von «störenden und lästigen Einflüssen der Fabrikbetriebe».[280] Die zentrale Lage mit Bahn- und Autobahnschluss in nächster Nähe brachte die Migros-Produktionen in den Aargau. 1962 siedelte sich die Kosmetikproduktion von Mibelle an, 1963 die Jowa Teigwarenfabrik, 1965 zog Chocolat Frey von Aarau nach Buchs.[281] Weitere grosse Ebenen, die nun überbaut wurden, waren das Limmattal mit dem Schwerpunkt Spreitenbach oder das Birrfeld (siehe «Raumplanung», S. 57).

Lange vor dem Autobahnbau war es die zentrale Lage im Mittelland an der Hauptstrasse Bern–Zürich, die Möbel Pfister 1939 nach Suhr brachte.[282] Das Geschäftsmodell des Unternehmens basierte auf der Mobilität der Zukunft: «Das Auto holt den Kunden, das Auto bringt ihm die Möbel.»[283] Am Dorfrand erstellt, war das mit 200 Metern Länge gebaute Verkaufsgebäude ein nicht zu übersehendes Werbebanner. Der Autobahnbau durch den Aargau löste einen Wachstumsschub aus und erschloss neue Gebiete: Durch die weite, offene Ebene zwischen Lenzburg und Hunzenschwil führte das geplante Trassee der Nationalstrasse N1, schon 1962 entstanden Hallen zur Fabrikation von elektrischen Maschinen.[284]

Die negativen Seiten des Industriewachstums offenbarten sich immer deutlicher, die Kritik fand ihren Niederschlag in Zeitungen und Büchern.[285] Nicht mehr jede Industrie wollte der Aargau 1963 ansiedeln. Die Fluorseuche im unteren Fricktal, die Staubplage in der Nähe der Zementfabriken und ungenügend gereinigte Industrieabwässer waren noch nicht gelöste Probleme, als die Errichtung einer Ölraffinerieanlage in Mägenwil im Raum stand. Das war dem industriefreundlichen Aargau nun doch zu viel: Auf Anfrage im Grossen Rat sprach sich der Regierungsrat gegen die Bewilligung einer solchen Anlage aus.[286]

Zeitökonomische Grundlagen

Noch 1945 galten dieselben Arbeitszeiten, wie sie nach dem Ersten Weltkrieg errungen worden waren. Damals brachte das 1920 eingeführte Fabrikgesetz die letzte substanzielle Arbeitszeitverkürzung auf 48 Stunden. Auf eidgenössischer Ebene änderte erst das Arbeitsgesetz von 1966 diese Minimalregelungen, fortan waren 46 Stunden für die Industrie und 50 Stunden für die übrigen Branchen die erlaubte Höchstgrenze. Zentral waren darum die Gesamtarbeitsverträge. Sie enthielten günstigere Bestimmungen für einzelne Branchen. Ende der 1950er-Jahre setzte im Aargau eine Entwicklung zur schrittweisen Reduktion auf eine 44-, 45- oder 46-Stunden-Woche ein.[287] Als Vorläufer diente die 5-Tage-Woche mit 44 Arbeitsstunden. Einige Fabriken hatten im Zweiten Weltkrieg, als das Brennmaterial knapp war, die 5-Tage-Woche eingeführt und sie beibehalten.[288] Die Erfahrungen zeigten, dass eine grössere Produktivität bei weniger Arbeitszeit möglich war. Im Aargau kannten 1955 bereits über 92 Betriebe die 5-Tage-Woche. Eine Umfrage durch den Arbeitgeberverband deckte die Vorteile auf: In Fabriken, in denen vorwiegend weibliches Personal beschäftigt war, verzeichnete man viel weniger Absenzen, da die Frauen am Samstag ihre Wäsche oder Einkäufe erledigen konnten. Fabriken auf dem Land ermöglichten so ihren Männern, den kleinen Landwirtschaftsbetrieb zu führen. 1960 war die Zeit reif: Als der im Aargau gewichtigste Maschinen- und Metallarbeitgeberverband für seine Mitglieder die Einführung der 5-Tage-Woche beschloss, führte das umgehend zu Fahrplanverhandlungen mit den Schweizerischen Bundesbahnen.[289] Der freie Samstag hatte sich in der Industrie durchgesetzt – mit spürbaren Folgen für das Freizeit-, Konsum- und Mobilitätsverhalten (siehe «Konsum», S. 415).

Kein Aargauer Feriengesetz

Im Gegensatz zu Zürich, Solothurn oder Basel-Landschaft kannte der Aargau bis 1966 kein kantonales Feriengesetz, ein entsprechender Vorschlag der Regierung von 1947 und weitere Vorstösse versandeten.[290] Der Ferienanspruch berechnete sich anhand der Dienstjahre der Arbeitenden und variierte von Betrieb zu Betrieb. Gesamtarbeitsverträge setzten firmenübergreifende Regelungen fest, in den 1950er-Jahren waren 14 Ferientage üblich.[291] Mit dem System «Betriebstreue» liessen sich Personalwechsel minimieren und eine Stammbelegschaft pflegen. Nur für Lehrlinge schrieb das Eidgenössische Gesetz für berufliche Ausbildung sechs Ferientage vor, dies erhöhte der Kanton 1952 auf zwölf Tage.[292] Wann wem wie viele Ferien zustanden, war und blieb eine der komplizierteren Fragen des schweizerischen Arbeitsrechts.[293] Erst das Eidgenössische Arbeitsgesetz von 1966 setzte zwei Ferienwochen obligatorisch fest, Lehrlinge bis zum 20. Altersjahr erhielten drei. Mit dieser Regelung verlor der Aargau im Wettbewerb um Arbeitskräfte gegenüber den angrenzenden Kantonen an Attraktivität, diese boten bessere Ferienregelungen. Noch 1965 beantragte der Regierungsrat, die OR-Bestimmungen auf drei Wochen Ferien ab dem 40. Altersjahr zu ergänzen.[294] 1966 genehmigte die Bevölke-

rung ein Gesetz, das drei Ferienwochen vorsah für alle über dreissig oder für solche, die zehn Dienstjahre beim gleichen Arbeitgeber verbracht hatten. Diese Bestimmungen regelten zum ersten Mal die Arbeitszeiten für die gesamte erwerbstätige Bevölkerung, ohne Unterscheidung von Arbeitern und Angestellten.[295]

1976 erhielten die Staatsangestellten nach dem 40. Altersjahr eine vierte Ferienwoche zugestanden, 1981 kam die fünfte Ferienwoche ab dem 55. Lebensjahr, 1986 die sechste für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über 60 Jahre hinzu. Nach 1988 arbeiteten die Beamten und Angestellten des Kantons 42 Stunden in der Woche, der Kanton hatte sich der Privatwirtschaft angepasst.[296]

Arbeiter und Angestellte: soziale Angleichung

Die Unterscheidung zwischen «Arbeitern», generell in den Werkstätten tätig, und «Angestellten» in Büros erfasste der Bund in den Betriebszählungen bis 1965. Mit dieser Kategorisierung verbunden waren eine soziale Zugehörigkeit und finanzielle Besserstellungen der Angestellten. Der wöchentlich ausbezahlte Lohn des Arbeiters beruhte auf einem Stundenansatz oder Akkord. Angestellte erhielten einen Monatslohn, ihnen traute man den planerischen Umgang mit Geld zu, sie waren nicht dem Fabrikgesetz unterstellt, hatten längere Kündigungsfristen und Anspruch auf eine Pensionskasse oder Dienstaltersgeschenke.[297] Reallohnerhöhungen, aber auch die zunehmend anforderungsreicheren Berufe in den Maschinensälen und Werkstätten verwischten alte Statusunterschiede: Zunehmend wurden Arbeiter und Angestellte vereinheitlicht als Arbeitnehmerschaft wahrgenommen, der soziale Aufstieg innerhalb der Arbeiterschaft definierte sich über die Besserstellung gegenüber den ausländischen Arbeitskräften.[298]

Ende der 1960er-Jahre zahlten die Unternehmen grundsätzlich Monatslöhne aus, was den Aargauischen Arbeitgeberverband zur Aussage verleitete, der Arbeiter verliere seine Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft.[299] 1970 befand der Arbeitgeberverband, eine Schlechterstellung der Arbeiter gegenüber dem Büropersonal sei nicht mehr gerechtfertigt, und erlaubte die «Überführung der Arbeiter in Angestelltenverhältnisse». Die Tatsache, dass die BBC die Kategorie «Arbeiter» abgeschafft hatte, fand 1971 Eingang in die Berichterstattung der NZZ.[300] Die Gewerkschaften zogen nach und ersetzten ihrerseits die Bezeichnung «Arbeiter» durch das Wort «Arbeitnehmer» oder «Personal».[301]

Lohnkategorie für Frauen: Tiefstlohn

Der von den Gewerkschaften geforderte Familienlohn, der hoch genug war, um eine Familie zu unterhalten, ermöglichte es zunehmend auch Arbeitern, dass sich die Frau nach der Heirat um Haushalt und Kinder kümmerte.[302] So lehnten die Aargauischen Branchenverbände Familien- und Kinderzulagen 1954 ab mit der Begründung, die Löhne erlaubten es dem Arbeitnehmer «ohne besondere Zulagen sich und seine Ehefrau zu unterhalten».[303] Im Aargau sank der Anteil der Frauen an der Erwerbsarbeit von 33 (1939) auf 28 Prozent (1965).[304] Männer verdienten grundsätzlich mehr als Frauen. Bei den Arbeitern verglich man schweizweit drei Lohnkategorien, für den Aargau galten 1950 folgende durchschnittlichen Stundenlöhne: Frauen bezahlte man 1.55 Franken pro Stunde, ungelernte Männer erhielten 2.09 Franken oder 35 Prozent mehr, gelernte und angelernte Männer erhielten 2.45 Franken – 58 Prozent mehr. Vor diesem Hintergrund sprach man von «Frauenlöhnen» und «Männerlöhnen». Im Vergleich mit anderen stark industrialisierten Kantonen rangierten die Aargauer Durchschnittslöhne am Schluss.[305]

In den dem Fabrikgesetz unterstellten aargauischen Betrieben blieb der Frauenanteil insgesamt recht stabil. 1939 betrug er 28 Prozent, reduzierte sich bis 1965 auf 23 Prozent und pendelte sich bis 2005 bei 21 Prozent ein. Noch mehr Konstanz bezüglich Geschlechteraufteilung bewies der Dienstleistungssektor in fünf Jahrzehnten. Zwischen 49 und 51 Prozent bewegte sich der Frauenanteil an den Beschäftigten im dritten Sektor von 1939 bis 2005 – mit einem Ausreisser im Jahr 1975. Im Zuge der kurzen Rezession wurde verheirateten Frauen nahegelegt, ihren Arbeitsplatz Familienvätern zu überlassen.[306] Das gegen die Frauenerwerbsarbeit gerichtete Kampfwort «Doppelverdienertum» aus der Krisenzeit der 1930er-Jahre erlebte eine neue Blüte und zeigte Wirkung. Der Frauenanteil im dritten Sektor sank 1975 auf 41 Prozent.

Traditionell sehr hoch war der Anteil der Frauen in der Textil- und Bekleidungsindustrie/Konfektion mit 59 beziehungsweise 65 Prozent. Übertroffen wurde dieser Wert nur noch von der Tabakindustrie mit 72 Prozent, alle drei zählten zu den Tieflohnbranchen.[307] Im Zuge der boomenden Wirtschaft verloren sie in den 1950er-Jahren ihre Schweizer Arbeiterinnen und Arbeiter an Industriebetriebe, die höhere Löhne bezahlten, oder an den dritten Sektor. Als Ersatz zogen die Unternehmen ausländische Arbeitskräfte nach (siehe «Demografie», S. 40). Da die Entlöhnung weiterhin tief blieb, gingen der Branche als Folge der Fremdarbeiterneuregelung 1970 die ausländischen Arbeitskräfte verlustig. Zu spät realisierte die Branche den Nachteil der tiefen «Frauenlöhne» und erkannte, dass man nur mit «Männerlöhnen» die alten und treuen Arbeitnehmerinnen behalten konnte, denn junge Schweizerinnen waren auch bei bester Bezahlung nicht mehr bereit, in der Fabrik zu arbeiten.[308]

Generell stieg der Anteil von Frauen in der Industrie oder stagnierte in einzelnen Branchen auf einem hohen Niveau. Der Maschinen- und Apparatebau galt zwar als männerdominierte Branche. Trotzdem verdoppelte sich der Frauenanteil 1939 von 9 auf 18 Prozent (1975), in der Chemieindustrie stieg er von 11 auf 25 Prozent. Die in Möhlin seit den 1930er-Jahren angesiedelte Schuhfabrik Bata spürte die Lohnkonkurrenz der neu entstandenen Chemiefirmen im Fricktal durch Abwanderung der Beschäftigten.[309]

Vom Hilfsarbeiter zur qualifizierten Arbeitskraft

Die erste Konjunkturflaute 1948 zeigte, dass es widersinnig war, ausgerechnet qualifizierte ausländische Berufsleute entlassen zu müssen.[310] Die

Tabelle 16

Durchschnittlicher Stundenlohn 1950 (in Franken)

Kanton	Gelernte und angelernte Männer	Ungelernte Männer	Frauen
BS	2.95	2.56	1.69
ZH	2.80	2.41	1.68
BE	2.55	2.19	1.65
SO	2.52	2.17	1.69
BL	2.43	2.28	1.60
AG	2.45	2.09	1.55
LU	2.44	2.14	1.54
SG	2.43	2.06	1.47
Schweiz	2.62	2.20	1.63

Tabelle 17

Erwerbsquote der Frauen im Aargau 1939–1975

	1939	1939	1955	1955	1965	1965	1975	1975
Frauenanteil im 2. Sektor	17 772	28 %	23 835	25 %	28 299	23 %	21 349	21 %
Frauenanteil im 3. Sektor	9 802	48 %	12 581	51 %	17 020	49 %	26 740	41 %
Anteil an der Gesamterwerbsquote	27 584	33 %	36 416	30 %	45 257	28 %	48 089	29 %

Tabelle 18

Frauenanteil in der Industrie 1939–1975: ausgewählte Branchen

Branche	1939	1955	1965	1975
Textilindustrie	62 %	59 %	59 %	50 %
Konfektion, Schuhe	60 %	66 %	65 %	68 %
Maschinenindustrie	9 %	12 %	15 %	18 %
Metallindustrie	9 %	12 %	12 %	11 %
Chemie	11 %	15 %	24 %	25 %
Nahrungsmittel	32 %	32 %	40 %	39 %
Getränke	7 %	11 %	18 %	15 %
Tabak	69 %	73 %	72 %	59 %
Grafische Industrie	27 %	33 %	27 %	26 %
Papierindustrie	35 %	29 %	42 %	31 %
Holz- und Möbelindustrie	5 %	9 %	10 %	13 %

Tabelle 16 Die strukturelle Ungleichheit zwischen der Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern zeigen die Durchschnittslöhne aus dem Jahr 1950: Im Aargau erhielt ein ungelernter Mann 35 Prozent und ein angelernter Mann 58 Prozent mehr Lohn als eine Frau. Quelle: Monatsblätter Aargauischer Arbeitgeberverband 1951, 120.
Tabelle 17 Der Rückgang der Erwerbsquote der Frauen im zweiten Sektor bis 1965 ist zurückzuführen auf den im Aargau enormen Ausbau der männerdominierten Metall- und Maschinenindustrie. Quelle: Statistisches Amt Aargau, Betriebszählungen.
Tabelle 18 In den meisten Industriebranchen nahm der Frauenanteil zu, die Unterschiede zwischen «Männerlöhnen» und «Frauenlöhnen» blieben aber bestehen. Quelle: Statistisches Amt Aargau, Betriebszählungen.

Hochkonjunktur ohne Ende

Nach 1960 stellte sich eine Hochkonjunkturphase ein, die Nachfrage überstieg das Angebot, die Wirtschaftsleistung war am Limit, Löhne stiegen, Preise zogen nach, die Lohn-Preis-Spirale liess sich nicht stoppen. 1961 betrug die Bauteuerung acht Prozent.[1] Die Aargauer Bauwirtschaft war am Anschlag mit der Gleichzeitigkeit von grossen Infrastrukturaufgaben, die nun auch vonseiten des Staates an sie herangetragen wurden: Bau der Autobahn (ab 1960), Erstellung von Grossprojekten der Basler Chemie, Verwirklichung der BBC-Stadt und Grossfabrik im Birrfeld, Migros-Bauprojekte von Jowa und Chocolat Frey im Wynenfeld (1963, 1965).[2] Der Kanton erliess auf Anordnung des Bundes eine Dringlichkeitsverordnung, nicht nötige Bauvorhaben zu verschieben, öffentliche Bauten mussten von der «Konjunktur-Dämpfungsstelle» bewilligt werden.[3] Der Bund verordnete den Banken eine Kreditbegrenzung. Doch durch die Geldverknappung stiegen Zinsen und Mieten. Die Inflation war nicht zu bändigen, halbjährlich wurde der Teuerungsausgleich gewährt. Die Lohnsteigerungen 1964 (11,2 %), 1965 (7,5 %), 1966 (6,4 %), 1968 (4,5 %), 1970 (8–10 %) oder 1973 (8–11 %) hielten an. Massgeblich für die Beschäftigten war allerdings die Reallohnerhöhung, welche in den 1960er-Jahren jährlich zwischen 2,4 bis 3,6 Prozent lag.[4] Erst mit dem Wirtschaftseinbruch Mitte der 1970er-Jahre änderte sich die Ausgangslage. 1976 betrug die Inflation noch 1,7 Prozent gegenüber 6,7 Prozent im Jahr 1975.[5]

1 BAH 1961, 68.
2 BAH 1962, 67–69.
3 BAH 1963, 171–173; AAV 1965, 1f.; Baldinger Fuchs 2016, 133: Kirche Birrfeld.
4 AAV 1967, 76; AAV 1968, 83; BAH 1964, 67; AAV 1970, 72; AAV 1972, 106.
5 Straumann 2001, 407.

292 Angestellte und Arbeiter der Badener Industriebetriebe auf dem Heimweg, 1957. Die Reallohnerhöhung lag in den 1960er-Jahren jährlich zwischen 2,4 und 3,6 Prozent. Alle Betriebe suchten händeringend nach Arbeitskräften, die Nachfrage überstieg das Angebot.

ersten italienischen Gastarbeiter nach dem Zweiten Weltkrieg waren Berufsleute, Mechaniker, Maurer oder Textilarbeiterinnen aus Norditalien. Handlanger- und auch Hilfsarbeiten führten Schweizer aus.[311] Viele einheimische Schulabgänger unterstützten ihre Familien, wenn sie nach der obligatorischen Schulzeit als Laufbursche Geld nach Hause brachten oder in der Fabrik an den Maschinen standen.[312] Die expandierende Maschinen- und Metallindustrie jedoch suchte händeringend nach Lehrlingen, suchte Mechaniker, Maschinenschlosser, Werkzeugmacher oder Maschinen- und Bauzeichner; in der Möbelindustrie und auf dem Bau waren Schreiner, Zimmerleute und Maurer die gefragtesten Berufe. Im industriellen und gewerblichen Sektor gab es für Frauen wenig Auswahl an Berufsbildung: Damenschneiderinnen brauchte es in der Konfektion, für die Arbeit in den Spinnereien, Webereien, in der Nahrungsmittel- und Tabak- oder sogar der Maschinenindustrie genügte eine Anlehre.[313] Die in allen Industrien durchgeführte Automatisierung erforderte Ende der 1950er-Jahre zunehmend Fachleute statt Hilfsarbeiter.[314] Doch von über 4000 Aargauer Jugendlichen, die in den Fabriken arbeiteten, standen 1957 42 Prozent in keinem Lehrverhältnis.[315] 1958 gab es zwar kantonale Berufsberater für Mädchen und Knaben, aber nur zwei Berufswahlklassen. Mit deren Ausbau erreichte man mehr Lehrabschlüsse.

Der Aufschwung der Industrie zusammen mit der Aufwertung der Berufsbildung bedeutete einen Anstieg von Lehrstellen in Industrie, Gewerbe, Büro und Verkauf von 4086 (1939) auf 11 717 (1974). 1947 gab es im Aargau 94 verschiedene Berufslehren (Schweiz: 130) in 481 Betrieben, 1967 waren es 124 Berufe (Schweiz: 255) in 889 Unternehmen.[316] Radioelektriker, Automechaniker, Schaufensterdekorateur, Bonbonmacher oder Spinnereimechaniker waren neue Lehrberufe. Frauen brachen ab Mitte der 1960er-Jahre in einzelne Männerdomänen ein, es gab erste Elektrozeichnerinnen, Augenoptikerinnen oder Fotografinnen. Im Jahr 1967 waren es immerhin schon 18 Schriftsetzerinnen, 38 Laborantinnen, 31 Maschinen- und 31 Hochbauzeichnerinnen.[317] 1969 stellte der Arbeitgeberverband befriedigt fest, dass deutlich weniger Schulabgänger keine weiterführende Schule besuchten oder keine Lehrstelle antraten.[318]

Bis in die höchsten Stufen benötigte die aargauische Industrie Fachkräfte. Der Bedarf an Zeichnern, Technikern und Ingenieuren war unbestritten, die Planung des Technikums wurde 1956 an die Hand genommen. Im Nichthochschulkanton bedeutete die Eröffnung der Höheren Technischen Lehranstalt Brugg-Windisch 1965 einen Meilenstein und bot jungen Männern auch aus einfacheren Verhältnissen die Möglichkeit einer Karriere als Ingenieur oder Architekt.[319]

Gesamtplafonierung statt Betriebskontingentierung

Zwischen 1950 und 1970 ging die Hälfte des Bevölkerungswachstums auf den Zustrom von ausländischen Arbeitskräften zurück (siehe «Demografie», S. 40).[320] Mit dem Zuzug von Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeitern verhinderten die Unternehmern, dass es eine zu starke Nachfrage nach Schweizer Arbeitskräften gab. Dies hätte zusätzlichen Druck auf die Lohnpolitik ausgeübt. So verwiesen sie auf den temporären Charakter dieser «Arbeitsreserve». Spätestens Ende der 1950er-Jahre stellte der anhaltende Arbeitskräftemangel diese Puffertheorie infrage. Trotzdem galten Ausländerinnen und Ausländer weiterhin als provisorisch Anwesende, auf ihre Integration wurde kaum Gewicht gelegt.[321]

Gedrängt durch die Überfremdungsfrage, griff der Bund ab 1963 in den Arbeitsmarkt ein und fror den Anteil ausländischer Arbeitskräfte pro Betrieb ein.[322] 1965 musste die ausländische Belegschaft um fünf Prozent reduziert werden, weitere Verschärfungen folgten. Erste Gerbereien und Textilfirmen im Aargau schlossen.[323] Die Fremdarbeiterbeschlüsse des Bundes führten aber auch dazu, dass Unternehmen Fehlinvestitionen verzeichnen mussten. Hart traf es die Aluminiumfabrik Menziken 1968: «Als unsere Firma ihr neues Werk, welches für Zwei- bis Drei-Schichten-Betrieb ausgelegt wurde, plante und die entsprechenden Bestellungen aufgab, war von Plafonierung noch nicht die Rede. Eine Beschränkung der Fremdarbeiterzahl wurde erst Jahre später, kurz vor Inbetriebnahme der neuen Werkanlagen angekündigt und in Kraft gesetzt. Dies hatte – und hat noch immer zur Folge – dass wir nicht einmal über die erforderliche minimale Anzahl von Arbeitskräften verfügen, um das Werk so auslasten zu können, dass wenigstens eine angemessene Amortisation möglich wäre. Heute können wir nur einen knapp einschichtigen Betrieb aufrechterhalten, dies bei einem Auftragsbestand, welcher einen Drei-Schichten-Betrieb ermöglichen würde!»[324]

Trotz aller Massnahmen stieg die Zahl der kontrollpflichtigen Ausländerinnen und Ausländer 1969 weiter an. Nun verordnete der Bund einen Systemwechsel und ersetzte die Betriebsplafonierung durch ein Gesamtkontingent pro Kanton.[325] Damit liberalisierte der Bund den bis anhin nicht vorhandenen Arbeitsmarkt für ausländische Arbeitskräfte.

Grosser Energiehunger

Der Ausbau vom Strom- zum Atomkanton

Kohlemangel und Stromengpässe nach dem Zweiten Weltkrieg begleiteten das Wachstum einer boomenden Industrie. Nach den Bergkantonen war der Aargau mit seinen Laufkraftwerken der grösste Stromlieferant. Im Aargau wurde 1969 das erste und 1984 das letzte Kernkraftwerk der Schweiz in Betrieb genommen. Die Nuklearindustrie spielte im Nichtuniversitätskanton eine bedeutende Rolle: Sie führte zur Ansiedlung von internationaler Forschung, schuf hochwertige Arbeitsplätze in strukturschwachen Gebieten und zog die Lagerung radioaktiver Abfälle nach sich.
— Astrid Baldinger Fuchs

Katastrophaler Kohlemangel

Auf das Kriegsende folgte der grosse Energieschock für die Schweizer Wirtschaft. Noch 1944 hatte die Schweiz 1,34 Millionen Tonnen Kohle importiert, 1945 war es ein Bruchteil davon: 213 000 Tonnen. Sogar Benzin war zu Kriegszeiten leichter erhältlich gewesen als danach: 1944 gelangten 33 440 Tonnen in die Schweiz, 1945 waren es gerade noch 10 450 Tonnen, weniger als ein Drittel. Die Branchenberichte der aargauischen Wirtschaft beschreiben eindrücklich die Notlage wegen der Abhängigkeit vom Ausland und den teilweisen Versuch, auf Elektrizität umzustellen. So wurde den Biskuit- und Zuckerwarenfabriken Holz statt Kohle zugeteilt. Der absolute Tiefpunkt dabei war, dass die Unternehmen das Brennholz am Schlag selbst sägen, spalten und abtransportieren mussten. «Diese vollkommen unproduktiven Arbeiten ermöglichten wohl das Durchhalten der Arbeiterschaft, ergaben aber einen drückenden Unkostenfaktor», lautete das Fazit der Branche.[326]

Nicht weniger hart traf es die Hutgeflechtindustrie im Freiamt. War es ihr endlich möglich geworden, ihre Exportprodukte trotz zerstörter Transportwege zu den Kunden zu bringen, so bahnte sich die nächste «Kalamität» an: der Mangel an Packmaterial wegen fehlender Kohle und ungenügender Stromversorgung der Kartonproduzenten. Katastrophal wirkte sich der Rückgang der Kohleeinfuhr für die aargauischen Zementwerke aus. Ihre Anlagen waren in diesem Jahr nur drei bis vier Monate in Betrieb. Daher stellten sie Versuche an mit elektrischem Brennen von Zement. Um von der Kohle unabhängiger zu werden, installierte die Schweizerische Sodafabrik in Zurzach eine grosse Elektro-Dampfkesselanlage, allerdings erhielt sie den Strom nur im Sommer zugeteilt.[327] Nur das Eisen- und Stahlwerk Oehler in Aarau konnte der Situation etwas Gutes abgewinnen: «Während der ganzen Berichtsperiode war eine sehr rege Nachfrage nach Elektrofahrzeugen zu verzeichnen, so dass in dieser seit 15 Jahren fabrizierten Spezialität der bis anhin grösste Umsatz pro Jahr erreicht wurde.»[328]

Keine Stromgarantie im Energiekanton

Der Wasserreichtum der grossen Flüsse im Aargau wurde ab den 1890er-Jahren zur Elektrizitätsgewinnung genutzt und führte zur Entwicklung einer starken Elektrobranche im Kanton. Prägend für die schweizerische Energiepolitik waren die Unternehmen Brown, Boveri & Cie. (BBC), Motor-Columbus AG und die Nordostschweizerische Kraftwerke AG (NOK) mit ihren Hauptsitzen in Baden (siehe «Stromgeschäft», S. 360). Mit dem Bau von Niederdruckkraftwerken hatte sich der Aargau bis Mitte der 1950er-Jahre neben den Bergkantonen zum grössten Schweizer Stromproduzenten entwickelt.

Der Strommangel prägte die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Nur im Sommerhalbjahr bot der Wasserstand der Flüsse wegen der Schneeschmelze eine Stromgarantie. Bei nicht genügend gefüllten Stauseen im Herbst erlaubte das Bundes-

amt für Industrie und Arbeit eine Ausnahme vom Fabrikgesetz: Betriebe mit einem Stromverbrauch von mehr als 15 000 Kilowattstunden im Monat durften Arbeit vorholen und ausgefallene Stunden nachholen, ohne einen Überzeitzuschlag von 25 Prozent zu entrichten. Eine andere Strategie war, den Vielverbrauchern weniger zuzuteilen. So bestand für die stromintensive chemische Industrie keine Liefergarantie.[329] Das veranlasste die NOK, mit Öl betriebene Gasturbinenanlagen in Beznau (1948) und Weinfelden (1950) zu erstellen. Die Gesamtleistung aller thermischen Kraftwerke belief sich in der Schweiz auf 210 Megawatt, die beiden Werke Beznau (40 MW) und Weinfelden (20 MW) waren damals die grössten.[330]

Die unberechenbare Wasserführung der Flüsse, eine Industrieproduktion, die je nach Konjunkturphase mal mehr oder weniger Strom verlangte, sowie saisonale Bedürfnisse von Gewerbe und Haushalten liessen das grosse NOK-Netz in acht Kantonen buchstäblich an seine Grenzen stossen. Das führte zum Ausbau eines Verbundnetzes mit anderen Elektrizitätswerken, das den gegenseitigen Energieaustausch im grossen Stil ermöglichte und auch das Ausland miteinschloss.

Grenzkraftwerk Laufenburg: vom Stromtausch zum Stromhandel

Innerhalb der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft spielte das Grenzkraftwerk Laufenburg (KWL) eine entscheidende Rolle. Seit seiner Gründung 1908 belieferte es das badische Gebiet und einige Gemeinden in der Schweiz mit Strom. In den 1930er-Jahren beteiligte sich das Werk an der Schluchseewerk AG und sicherte sich Strom in Spitzenzeiten. Nach dem Zweiten Weltkrieg rückte das KWL von der lokalen Versorgung ab und begann, den nationalen Markt mit Strom aus dem Ausland zu bedienen. Die einmalige Grenzlage begünstigte den Austausch mit Frankreich und Deutschland.

Unmittelbar nach dem Krieg fehlte es Frankreich an Devisen, und so behalf man sich mit Tauschgeschäften. Als Gegenleistung für Schweizer Elektroanlagen lieferte die Électricité de France Kilowattstunden. Erstmals importierte das Kraftwerk Laufenburg im Winter 1946 Strom in bedeutendem Umfang. Und für Lieferungen im Wert von 14 Millionen Franken an das Kraftwerk Dieppedalle bei Rouen erhielt das KWL während sieben Jahren bis 1957 Winterenergie. Solche Geschäfte wurden wiederholt abgeschlossen. Die Abmachungen waren zeitlich begrenzt, doch verschafften sie der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft Luft, um eigene hydraulische Energiequellen in den Alpen zu erschliessen, welche die umfangreichen Importe ablösten. Der Stromhandel via Laufenburg versprach eine wirtschaftliche Win-win-Situation. Thermische Energie aus dem Ausland ergänzte die Schweizer Wasserkraft im Winter, und der überschüssige Sommerstrom trug zur Verbilligung der elektrischen Energie in der Schweiz bei. Zudem erlaubte dessen Export, Deutschland und Frankreich Kohle, Öl oder Gas einzusparen. Das Kraftwerk Laufenburg baute in den folgenden Jahren dieses Geschäftsfeld aus und beteiligte sich an der Erstellung neuer Wasserkraftwerke in den Alpen.[331]

Schon vor dem Zweiten Weltkrieg existierte im 50-Kilovolt-Unterwerk Kaisterfeld eine Verbindung mit dem Netz der NOK. Doch erst der Ausbau auf 150-Kilovolt-Leitungen und die Erstellung eines Unterwerks ermöglichten die Weiterleitung von grösseren Mengen. In den 1950er-Jahren genügten diese Leitungen nicht mehr. Die Beteiligungen an den neuen Wasserkraftwerken in Graubünden und im Wallis führten zum Bau von Leitungstransportkapazitäten von 220 Kilovolt mit den entsprechenden Schaltanlagen. Der Stromaustausch zwischen den getrennten Netzen der verschiedenen Gesellschaften war eine technische Herausforderung. Das Schaltpersonal im Unterwerk nahm von den Energieplanern die Liefer- und Bezugsanfragen der anderen Elektrizitätsgesellschaften entgegen und schaltete Maschinengruppen zu oder weg. Aus dem Grenzkraftwerk Laufenburg mit bestimmten Versorgungsaufgaben war ein Verbundunternehmen mit Beteiligungen an mehreren anderen Kraftwerkgesellschaften und eine gewichtige Stromhändlerin geworden. 1956 kam es zur Aufgabenentflechtung und zur Gründung der Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg, an welcher die international tätige Zürcher Beteiligungs- und Finanzierungsunternehmung Elektrowatt die Mehrheitsbeteiligung innehatte.[332]

Energie muss günstig sein

In den Jahrzehnten vor dem Zweiten Weltkrieg hatten die Stromproduzenten die Erfahrung gemacht, dass es schwierig war, die auf einen Schlag zusätzlich gewonnene grosse Energiemenge eines neu erstellten Kraftwerks abzusetzen. Denn der Bedarf nahm in kleinen Schritten zu und bei schlechtem Wirtschaftsgang auch wieder ab. Die anhaltend gute Konjunkturlage nach dem Krieg steigerte den Energiebedarf jedoch stetig, er wurde berechenbar. Im Verbreitungsgebiet der NOK war die Wachstumszunahme von Industrie und Bevölkerung sogar noch stärker als in der übrigen Schweiz. Im Aargau entstanden die letzten grossen Flusskraftwerke: 1953 Wildegg-Brugg, 1966 Säckingen. Ab den 1950er-Jahren plante die NOK – analog zur EGL – den umfassenden Ausbau von Speicherkraftwerken in den Alpen und beteiligte sich an Partnergesellschaften.[333]

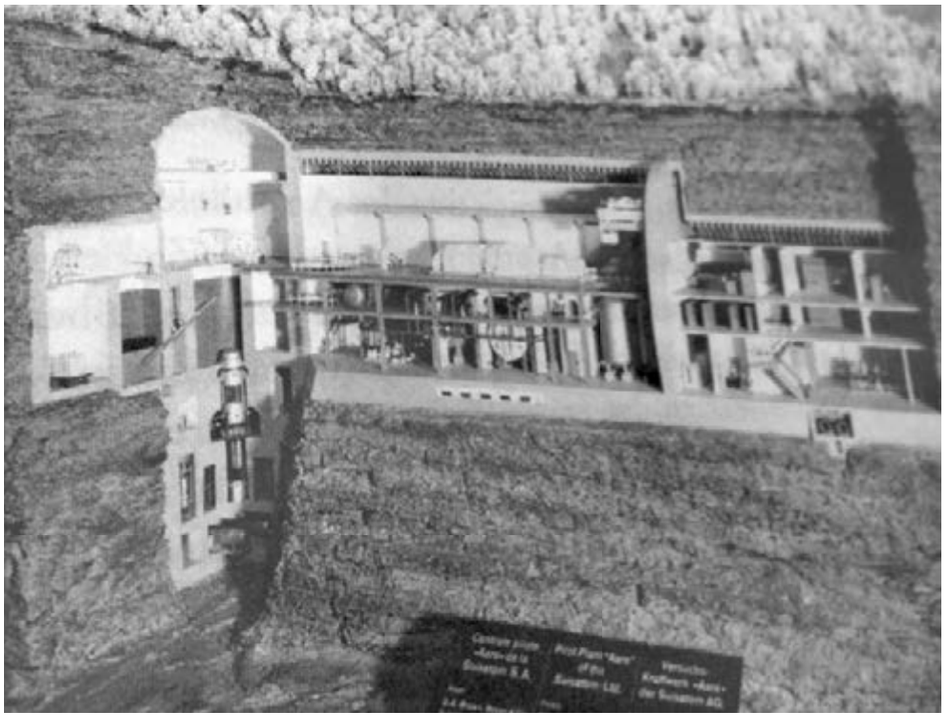
Zwei Prämissen galten damals: Die Abhängigkeit vom Ausland sollte klein gehalten werden, und Strom musste um jeden Preis günstig sein. Eine Strategie, um die Stromkosten tief zu halten, bestand darin, dass die NOK 1958 in den USA Kohle beschaffte, um in ausländischen Kraftwerken Winterstrom für die Schweiz produzieren zu lassen. 1959 nahm die NOK die erste Hochspannungsverbindung zwischen der Schweiz und Österreich in Betrieb und bezog Speicherenergie aus dem Vorarlberg. In Rüti (SG) versuchte die NOK, ein thermisches Kraftwerk zu planen, stiess aber bereits auf Ebene der Gemeindebehörde, welche sich gegen die schwefelhaltigen Emissionen wehrte, auf Widerstand. Die NOK trat 1954 einem Konsortium für Erdölforschung in der Schweiz bei.[334]

Ab Mitte der 1950er-Jahre zeichnete sich eine neue Energieform ab, als 1956 in England mit Calder Hall das erste kommerziell betriebene Atomkraftwerk ans Netz ging. Konkrete Pläne in

293 Elektrowagen von Oehler in der Hocosa-Strickerei Safenwil, 1947. Die höhere Verfügbarkeit von Strom anstelle der importierten Kohle führte im Aargau dazu, dass manche Betriebe auf Elektroantrieb umstellten und sich Elektrokessel anschafften.

294 Das thermische Kraftwerk mit Öltanks 1964, links davon das Tonwerk. Um Bedarfsschwankungen auszugleichen, erstellte die NOK in Döttingen, vis-à-vis des Flusskraftwerks Beznau, 1948 ein thermisches Kraftwerk mit vierzig Megawatt Leistung.

295 Kraftwerk Beznau, 1964. Die frühe Nutzung des Wasserreichtums begründete den Ruf des Energiekantons Aargau. Das Laufkraftwerk Beznau aus dem Jahr 1902 legte den Grundstein für die NOK. Zusammen mit dem Speicherkraftwerk Löntsch bildete es schon früh einen Verbund, der Bandenergie mit Spitzenenergie aus Speicherseen ergänzte.

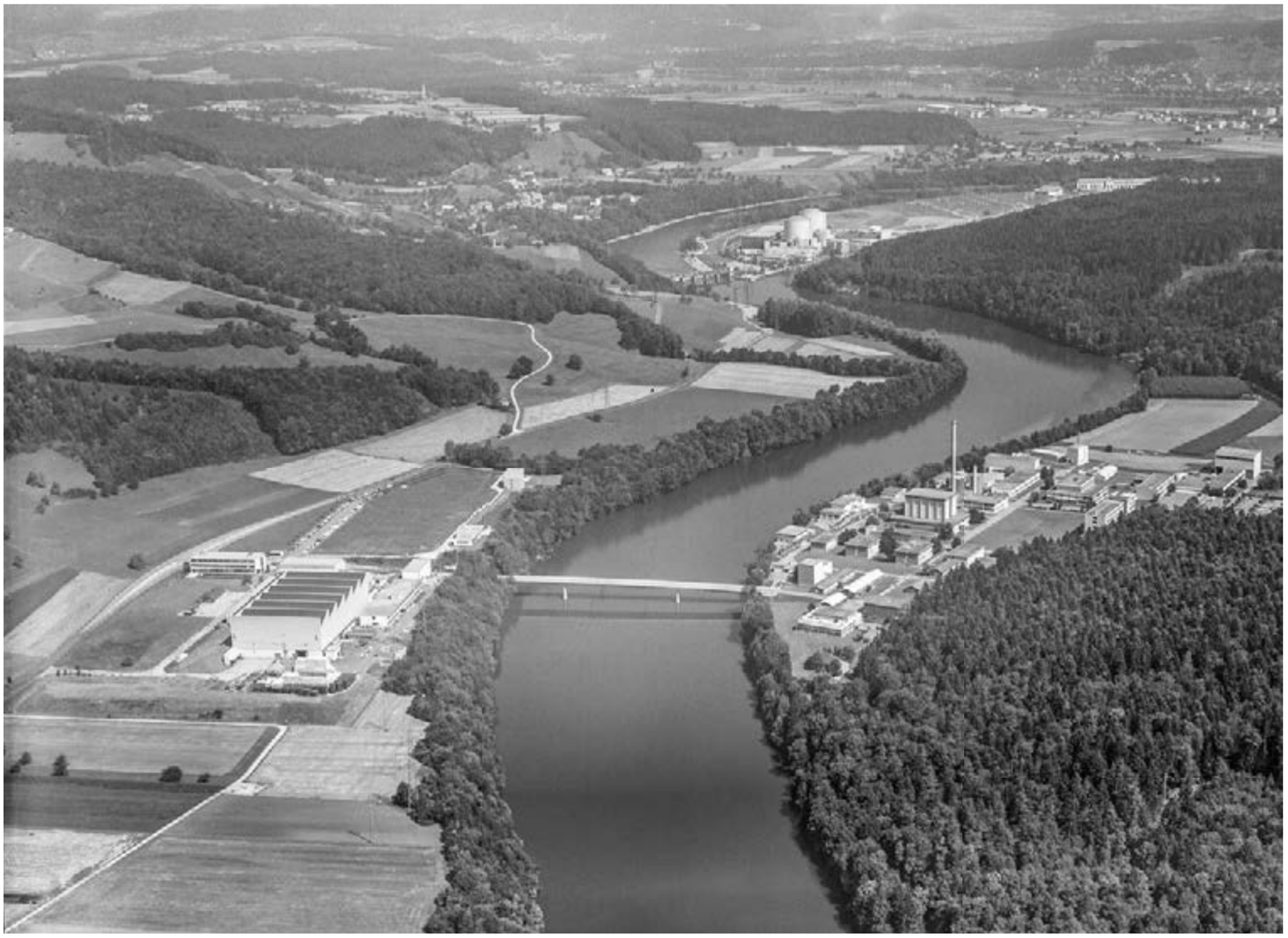


296 Frühe Atomenergiepläne im Aargau: Das Modell zeigt das Suisatom-Versuchskraftwerk «Aare» mit zwanzig Megawatt Leistung. Es wäre in einer Kaverne unter dem Gelände des PSI in Villigen gebaut worden. Den Reaktor hätte General Electric geliefert, die BBC den konventionellen Teil. 1959 stoppte der Bund das Projekt.

297 Modellaufnahme eines geplanten Kohlekraftwerks in Sisseln: Die Wasserkraft deckte den steigenden und schwankenden Strombedarf nicht mehr. Thermische Kraftwerke galten daher als Zwischenlösung, bis Atomenergie wirtschaftlich wurde. 1963 sistierte die Elektrowatt das Projekt.

298 Gründungsakt der Reaktor AG im Kurtheater Baden, 1. März 1955. Der Industrielle Walter Boveri jun. (rechts) und der Kernphysiker Paul Scherrer waren die treibenden Kräfte der schweizerischen Atomtechnologieentwicklung. Das abgebildete Modell zeigt die schweizerische Eigenentwicklung, den Forschungsreaktor «Diorit». Er wurde 1960 in Würenlingen in Betrieb genommen.

299 Protest der Gruppe «Gewaltfreie Aktion gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst» vor der Bautafel Leibstadt, 1975. Doch der erste Widerstand kam vonseiten der Konkurrenz. 1966 ritt NOK-Direktor Fritz Aemmer (†1990) «eine scharfe Attacke gegen den Bau der geplanten Atomkraftwerke von Kaiseraugst und Leibstadt». Diese entsprächen keiner dringenden Notwendigkeit und würden von Unternehmen erstellt, die über kein eigenes Absatzgebiet verfügten, sondern den Strom ins Ausland abführten.



300 Im unteren Aaretal sind drei Kernkraftwerke, die Nuklearforschung sowie das Zwischenlager für hoch radioaktive Abfälle angesiedelt. Das Bild von 1974 zeigt rechts der Aare das EIR (Würenlingen), über die Brücke damit verbunden das SIN (Villigen), im Hintergrund die Kernkraftwerke Beznau I und II (Döttingen).

301 Geplant, bewilligt, gebaut: Die Erstellung des ersten Atomkraftwerks Beznau I dauerte von der Ankündigung 1964 bis zur Eröffnung fünf Jahre. Das Bild zeigt die Lieferung des Reaktors der amerikanischen Firma Westinghouse 1967. Es ist heute das älteste in Betrieb stehende AKW der Welt.

302 Leibstadt im Bau, 1974. Das dritte Kernkraftwerk im Aargau war das grösste in der Schweiz und kostete über fünf Milliarden Franken. Ab 1964 geplant, erwarb die Elektrowatt für rund zehn Millionen Franken das Land von fünfzig Bauern. Nach zwanzig Jahren Planungs- und Bauzeit wurde 1984 der Reaktor in Betrieb genommen.

303 Die Fässer stehen 1976 bereit für eine Zugreise durch Europa. Behälter mit radioaktiven Abfällen gelangten mit der Bahn von Siggenthal Station nach Holland, wo der Atommüll auf Schiffe verladen und im Atlantik versenkt wurde.

304 Der Plasmaofen im Zwischenlager Würenlingen ist weltweit die erste Anlage, in der leicht radioaktive Abfälle mit einem Hochleistungs-Plasmabrenner bei einigen Tausend Grad Celsius aufgeschmolzen werden. Die Radioaktivität wird durch das Verbrennen nicht verringert, doch das Volumen verkleinert.

«Stern von Laufenburg» – Stromdrehscheibe Europas

Das Grenzkraftwerk Laufenburg hatte nach dem Krieg unter der Federführung der Elektrowatt in den Ausbau eines leistungsfähigen Netzes mit Höchstspannungsleitungen und Schaltanlagen investiert und damit das Import- und Exportgeschäft ausgebaut. 1958 wurden die Stromnetze von Frankreich, Deutschland und der Schweiz erstmals auf der 220-Kilovolt-Spannungsebene zusammengeschaltet – eine europäische Premiere. Die als «Stern von Laufenburg» benannte Schaltanlage legte den Grundstein für das europäische Stromnetz. In den 1960er-Jahren wickelte sich der internationale Energieaustausch über das 380-Kilovolt-Höchstspannungsnetz ab. Zur Einweihung der ersten 380-Kilovolt-Schaltanlage in Laufenburg hiess es 1968 von deutscher Seite: «Nicht zu Unrecht hat man von Laufenburg als von der Drehscheibe des europäischen Stromaustausches gesprochen. […] auch der Austausch zwischen den verschiedensten anderen Ländern wie Österreich, Belgien, Holland, Italien und Jugoslawien geht über die Laufenburger Sammelschiene.»[1]

Die ab 1956 formierte Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg (EGL) spielte nun in der grossen Liga und gehörte in den 1960er-Jahren zum Klub der «Grossen Zehn» in der Schweizer Energiewirtschaft. Kaufte und verkaufte die Gesellschaft 1956/57 noch 1,5 Milliarden Kilowattstunden Strom, so verdreifachte sie ihren Umsatz auf 4,2 Milliarden Kilowattstunden in den Jahren 1968/69. Der Leistungsausbau ging weiter, die EGL investierte in Wasserkraftwerke, in Kernkraftwerke in Frankreich (Bugey) und diejenigen von Leibstadt, Kaiseraugst und Gösgen.[2]

Im Zuge der Liberalisierung des Schweizer Strommarkts entstand 2006 die Netzgesellschaft Swissgrid. Das Stromversorgungsgesetz von 2008 verlangte eine nationale Gesellschaft für das schweizerische Übertragungsnetz. Bis 2013 übernahm Swissgrid die Höchstspannungsnetze und Schaltanlagen der NOK, der EGL und anderer Werke. Im Jahr 2018 zog die Netzleitstelle von Laufenburg nach Aarau. Operateure überwachen dort das Übertragungsnetz und sorgen dafür, dass die Produktion und der Verbrauch von Strom in der Schweiz im Gleichgewicht sind. Zudem koordiniert Swissgrid heute die Netznutzung im europäischen Austausch.

1 25 Jahre Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg 1982, 38.
2 25 Jahre Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg 1982, 24–33, 38.

305 Der «Stern von Laufenburg»: Die Schaltanlage der Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg machte die Aargauer Grenzstadt zum Strommittelpunkt Europas. 1970 war auf dem Gebiet der Stromerzeugung und -verteilung der Zusammenschluss mit Europa längst umgesetzt.

306 Verbundnetz 380/220-Kilovolt, 1972: Keine Landesgrenze behinderte den Energiefluss über das Höchstspannungsnetz. Die schwarz eingetragenen Leitungen waren entweder in Besitz der Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg oder bedeuteten Beteiligung/Transitrecht.

der Schweiz gab es vonseiten der NOK 1957: Zusammen mit drei Elektrizitätsgesellschaften gründete sie die Suisatom AG, welche in einer unterirdischen Kaverne bei Villigen ein Versuchskraftwerk mit zwanzig Megawatt plante. Die US-Firma General Electric sollte den Reaktor liefern, die BBC die Turbinen. Die Verträge lagen 1959 zur Unterschrift bereit, als der Bund das Vorhaben stoppte. Die Forschungsgelder sollten für eine schweizerische Eigenentwicklung eingesetzt werden.[335]

Keimzelle der Kernenergie im Aargau

Paul Scherrer (1890–1969), ETH-Professor und eine Koryphäe auf dem Gebiet der Kernphysik, beschrieb 1945 in der *Neuen Zürcher Zeitung* (NZZ) erstmals die Möglichkeiten der Atomenergie und erklärte, dass für die Energiewirtschaft ein neues Zeitalter anbreche, in dem «wir von der Kohle loskommen können».[336] Diese Überzeugung teilte er mit Walter Boveri junior (1894–1972), dem Verwaltungsratspräsidenten der BBC. Für Boveri war klar: Die neue Technik passte zur industriellen Grundlage der Schweiz und zum Lieferprogramm der Maschinenfabriken im Aargau.[337] Boveri sah die Bedeutung der Kernenergie als Unternehmer, Scherrer brachte das wissenschaftliche Rüstzeug mit, und beide waren hervorragend vernetzt in Wirtschaft, Wissenschaft, Militär und Politik. Sie entwickelten die Idee eines von der Privatwirtschaft getragenen Forschungszentrums für den Bau und Betrieb eines Studienreaktors.[338] Die Bemühungen trugen Früchte und führten zur Gründung der Reaktor AG in Würenlingen. Anlässlich des Gründungsaktes am 1. März 1955 verkündete Walter Boveri: «Mit ganz geringen Ausnahmen ist die gesamte schweizerische Industrie an der Reaktor AG beteiligt. […] Und da ausserdem die Zusammenarbeit mit den Hochschulen, insbesondere der ETH, gesichert erscheint, darf füglich behauptet werden, dass das gesamte schweizerische Wissen und sämtliche Forschungsmöglichkeiten unseres Landes der jungen Reaktor AG zur Verfügung stehen werden.»[339]

Als im August 1955 in Genf die erste internationale Konferenz über die zivile Verwendung von Atomenergie stattfand, erwarben Paul Scherrer und Walter Boveri das Ausstellungsmodell, den amerikanischen Swimmingpool-Reaktor «Saphir». Am 17. Mai 1957 wurde der Reaktor im Beisein von Bundesrat Max Petitpierre (1899–1994) in Würenlingen in Betrieb genommen.[340] Der zweite Reaktor, «Diorit», die schweizerische Eigenentwicklung eines Schwerwasserreaktors, die auch militärischen Forschungszwecken diente, ging 1960 in Betrieb. Im selben Jahr übernahm der Bund die Reaktor AG mit 300 Mitarbeitenden als Eidgenössisches Institut für Reaktorforschung (EIR). Es diente nicht nur für Experimente, sondern auch zur Ausbildung von Reaktortechnikern und für die Erprobung von Strahlenschutzmassnahmen.[341] 1968 entstand eine zweite Forschungsstätte am gegenüberliegenden Aareufer in Villigen, das Schweizerische Institut für Nuklearforschung (SIN). 1988 fusionierten das EIR und das SIN zum Paul Scherrer Institut (PSI). Im unteren Aaretal entstand in den folgenden Jahrzehnten eine Forschungsstätte mit internationalem Ansehen. Um das Jahr 2000 arbeiteten allein am PSI etwa 1200 Personen aus über 45 Nationen, die sich mit Festkörperforschung, Materialwissenschaften, Elementarteilchenphysik, Biowissenschaften, medizinischer Strahlentherapie, nuklearer und nichtnuklearer Energieforschung sowie energiebezogener Umweltforschung befassten.[342]

Kernkraft wird billig: Erlösung für die NOK

1940 belief sich der Stromumsatz der NOK auf eine Milliarde Kilowattstunden, 1957 waren es drei Milliarden, 1961 bereits vier Milliarden. Den Auftrag, den im Verbreitungsgebiet abzusetzenden Strom selbst zu produzieren, konnte die NOK nicht mehr erfüllen. Absehbar war ein weiterhin steigender Strombedarf, aber auch die Tatsache, dass Auflagen der erstarkten Naturschutzbewegung den Ausbau von Wasserkraftprojekten verteuerten und thermische Kraftwerke bereits auf Behördenebene auf Widerstand stiessen (siehe «Flussauen», S. 135).

1964 war die NOK die grösste Elektrizitätsgesellschaft der Schweiz, als sie den Einstieg ins Atomzeitalter im Alleingang ankündigte und damit der nationalen Energiepolitik eine neue Ausrichtung gab, was auch von Umweltschutzverbänden begrüsst wurde.[343] Rund ein Viertel des gesamtschweizerischen Bedarfs oder fünf Milliarden Kilowattstunden betrug der Stromumsatz der NOK. Sie musste 1964 etwa zwei Milliarden Kilowattstunden Fremdstrom einkaufen.[344] Die Ankündigung kam überraschend. Noch 1963 hiess es, der Bau von Atomkraftwerken sei unwirtschaftlich. Doch das Blatt hatte sich in kürzester Zeit gewendet: Die amerikanischen Firmen Westinghouse und General Electric versuchten, im europäischen Markt Fuss zu fassen, und boten schlüsselfertige Referenzanlagen mit Garantien zu einem Fixpreis an. Wie sich später herausstellte, waren es Dumpingpreise.[345] Westinghouse offerierte der NOK zudem eine günstige Option: die Erstellung eines zweiten, typengleichen Werks zum selben Preis. Das von der NOK bestellte Kernkraftwerk mit einer Leistung von 350 Megawatt und einer Jahresproduktion von 2,5 Milliarden Kilowattstunden kostete 350 Millionen Franken. Die angekündigte Leistung von Beznau I übertraf die Stromproduktion des damals grössten Wasserkraftwerks der Schweiz, der Grande Dixence im Wallis.[346] Kernkraft war nun vermeintlich wirtschaftlich geworden. Die Gelegenheit war so günstig, dass die NOK das bereits im Bau befindliche Laufwasserkraftwerk Koblenz-Kadelburg sistierte, in das sie bis 1963 schon zwölf Millionen Franken investiert hatte.[347]

Grosse Wassermengen waren für die Flusskühlung eines Kernkraftwerks unabdingbar. Die Beznau-Insel im Gemeindegebiet Döttingen lag ideal, abseits von Siedlungen, und gehörte der NOK. Zudem bestanden bereits grosse Stromverteilanlagen mit 220-Kilovolt-Leitungen, und das EIR in unmittelbarer Nähe bot ein Reservoir an Fachkräften.[348] Im September 1965 erfolgte der Baustart von Beznau I, 1966 die Ankündigung für den Bau des zweiten Atomkraftwerks, Beznau II. Mit dem Einstieg in die Atomenergie verbunden

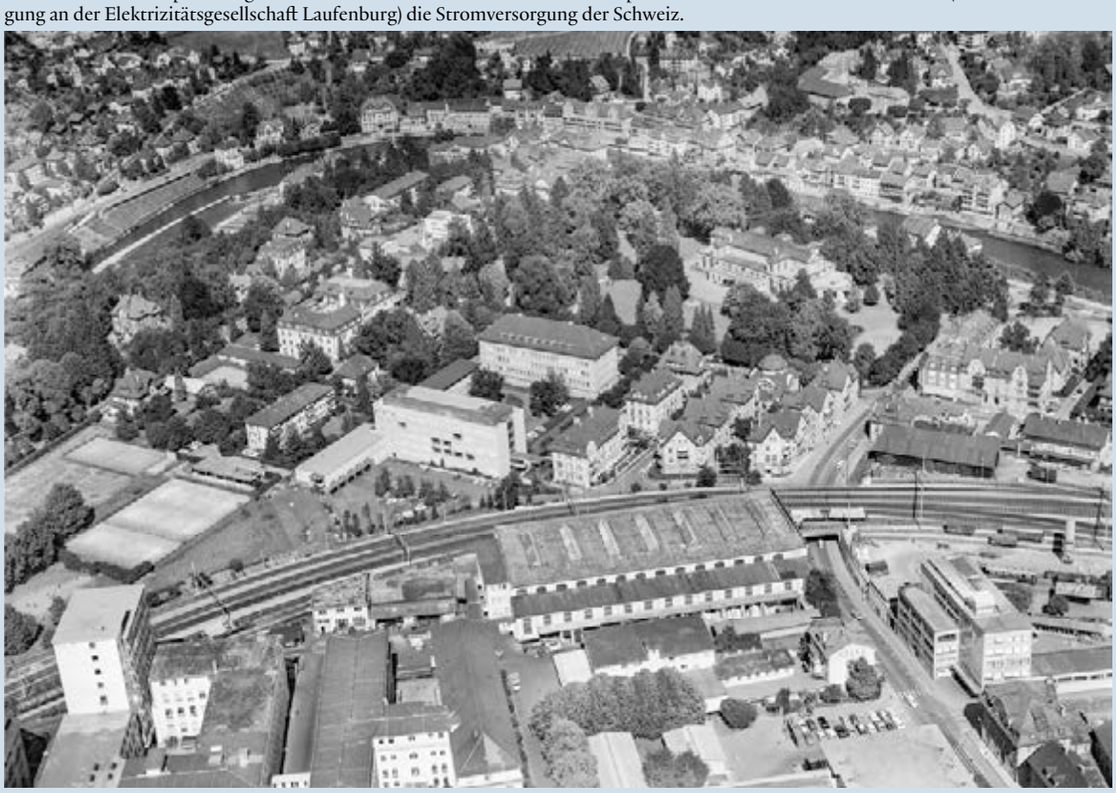
Das Netzwerk im Stromgeschäft

Federführend an der Einführung der Nukleartechnologie waren drei Unternehmen mit Sitz in Baden: die BBC (Generatoren und Turbinenbau), die Motor-Columbus AG (Projektleitung Kaiseraugst, Gösgen), die Nordostschweizerische Kraftwerke AG (Bauherrin Beznau I + II). Die Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg war die europäische Stromdrehscheibe und via Elektrowatt (Projektleitung Leibstadt) sowohl am AKW Kaiseraugst als auch Leibstadt beteiligt.

1960 beteiligten sich die folgenden acht Kantone an der NOK: Zürich, Aargau, St. Gallen, Appenzell Ausserrhoden, Thurgau, Schaffhausen, Glarus und Zug. Der Kanton Aargau (28 %) verzeichnete nach dem Kanton Zürich (36 %) die grösste Beteiligung an der NOK. Im Verwaltungsrat der NOK vertreten waren vorwiegend Ständeräte, Nationalräte und Regierungsräte der beteiligten Kantone. Das Präsidium und das Vizepräsidium hielten in den 1960er-Jahren der Aargau und Zürich. 2009 erfolgte die Überführung der NOK in die Axpo Holding. Die Aktien der Axpo Holding sind vollständig in der Hand der nordostschweizerischen Kantone und deren Kantonswerken. Damit sind die Kantone zu hundert Prozent Besitzer der Kernkraftwerke Beznau I + II, zu 58 Prozent von Leibstadt und zu 37,5 Prozent von Gösgen.[1]

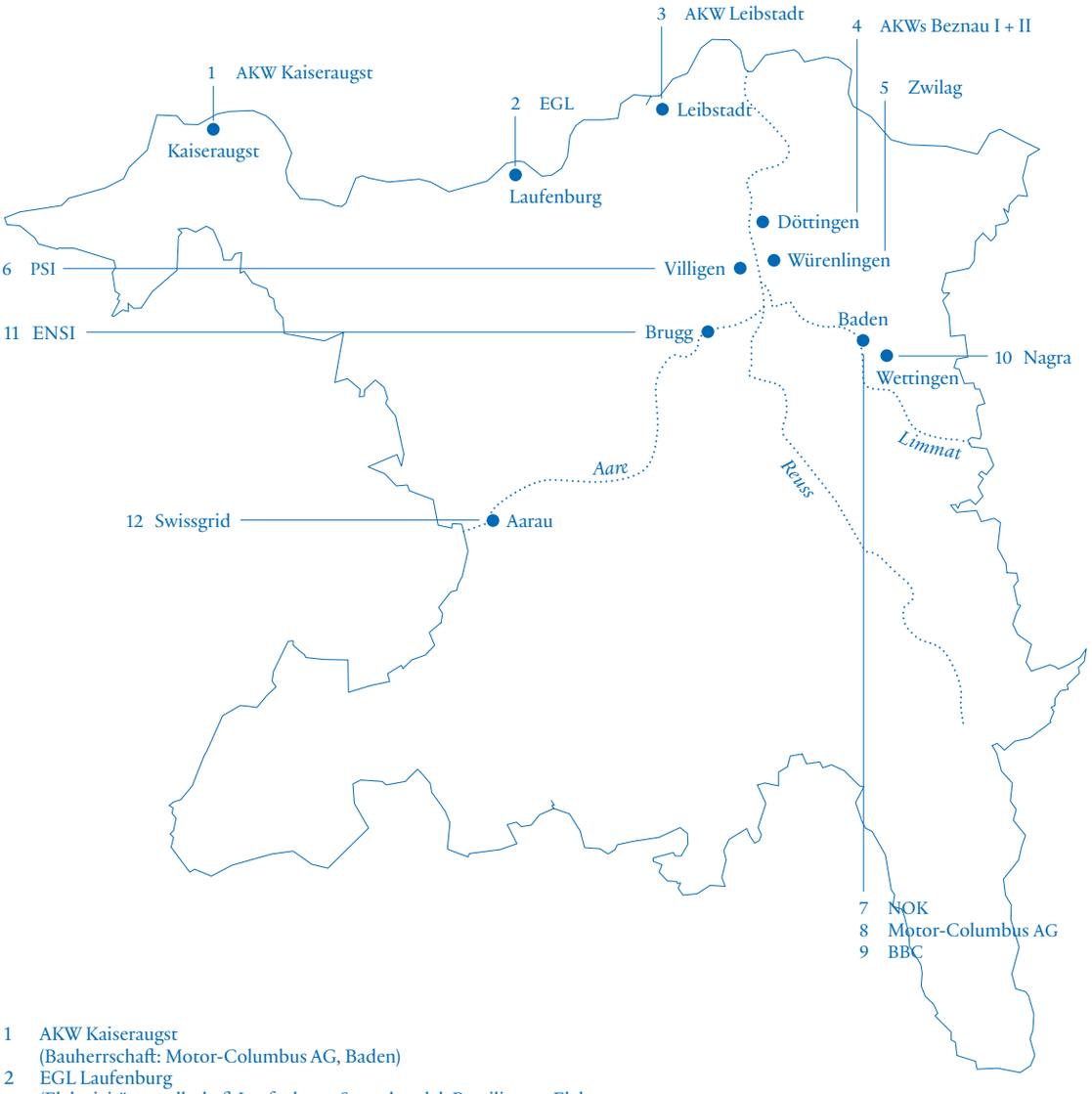
1 «Axpo Holding», Wikipedia (Online-Quelle).

307 Verwaltungsgebäude der NOK und der Motor-Columbus AG, Fabrikationshallen des Weltkonzerns BBC, 1964. Die Schaltstelle der Schweizer Strompolitik lag in Baden. Die drei Unternehmen bauten und planten zusammen mit der Elektrowatt (Mehrheitsbeteiligung an der Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg) die Stromversorgung der Schweiz.



Grafik 55

Akteure im nuklearen Stromgeschäft



1 AKW Kaiseraugst
(Bauherrschaft: Motor-Columbus AG, Baden)
2 EGL Laufenburg
(Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg, Stromhandel, Beteiligung: Elektrowatt, mit Grossaktionär Schweizerische Bankgesellschaft SBG – heute UBS)
3 AKW Leibstadt
(Bauherrschaft: Elektrowatt)
4 AKWs Beznau I und II
(Bauherrschaft: NOK, Beteiligung: Kantone)
5 Zwilag, Zwischenlager Würenlingen AG
(Aktionäre: AKW-Betreibergesellschaften)
6 PSI, Paul Scherrer Institut
(hervorgegangen aus Reaktor AG/EIR und SIN)
7 NOK, Nordostschweizerische Kraftwerke AG – heute Axpo, mit Hauptsitz in Baden
8 Motor-Columbus AG
(Hauptsitz: Baden, Finanzierungsgesellschaft, Ingenieurunternehmen, bis 2007, dann Atel Holding, seit 2009 Alpiq Holding)
9 BBC, heute ABB
10 Nagra, Nationale Gesellschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle
(Sitz in Wettingen)
11 ENSI, Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat
(Sitz in Brugg)
12 Swissgrid
(nationale Netzgesellschaft, Strombörse; Kontrollzentrum in Aarau)

Grafik 55 Von der Forschung über die Produktion bis zur Abffalllagerung und den Kontrollbehörden: Der Ruf als Atomkanton leitet sich aus der hohen Konzentration nuklearer Anlagen ab.

Grafik 56

Kernkraftwerkbeteiligungen 1967–1973

Kernkraftwerk Beznau I
Projektleitung: Nordostschweizerische Kraftwerke AG (NOK)
Inbetriebnahme: 1969

100% NOK

Kernkraftwerk Beznau II
Projektleitung: NOK
Inbetriebnahme: 1971

100% NOK

Kernkraftwerk Mühleberg
Projektleitung: Berner Kraftwerke (BKW)
Inbetriebnahme: 1972

100% BKW

Studienkonsortium Kaiseraugst: Beteiligungen 1967
Projektleitung: Motor-Columbus AG, Baden

50 % Électricité de France (EdF; Stromexport)

25 % Alusuisse (Werke in Badisch-Rheinfelden; Stromexport)

12,5 % Atel (Grossaktionär Motor-Columbus AG)

12,5 % Motor-Columbus AG, Baden (Grossaktionär SKA/CS-Holding)

Kernkraftwerk Kaiseraugst: Beteiligungen 1973
Projektleitung: Motor-Columbus AG, Baden
Projektaufgabe: 1988

16,5 % Atel (Mehrheitsaktionär Motor-Columbus AG)
15 % Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg (EGL; Mehrheitsaktionär Elektrowatt)
10 % Centralschweizer Kraftwerke (CKW; Beteiligungen Motor-Columbus AG, Elektrowatt)
8,5 % NOK (acht Kantone)
7,5 % Badenwerk (Beteiligung Elektrowatt)
7,5 % BKW
5 % Grenzkraftwerk Laufenburg (KWL)
5 % Elektrowatt (Mehrheitsaktionär SBG/UBS)
5 % Kraftübertragungswerk Rheinfelden (KWR)
5 % AEW (Aargauisches Elektrizitätswerk, Kanton Aargau)
5 % Energie Ouest Suisse (EOS)
5 % Motor-Columbus AG (Mehrheitsaktionär SKA/CS-Holding)
5 % Schweizerische Bundesbahnen (SBB)

Kernkraftwerk Leibstadt: Beteiligungen 1973
Projektleitung: Elektrowatt, Geschäftsleitung: Elektrowatt
Inbetriebnahme: 1984

5 % Elektrowatt
16,5 % Atel (Mehrheitsaktionär Motor-Columbus AG)
15 % EGL (Mehrheitsaktionär Elektrowatt)
10 % CKW (Beteiligungen Motor-Columbus AG, Elektrowatt)
8,5 % NOK
7,5 % BKW
7,5 % Badenwerk (Beteiligung Elektrowatt)
5 % KWR (Beteiligung Elektrowatt)
5 % AEW (Kanton Aargau)
5 % EOS
5 % KWL
5 % Motor-Columbus AG
5 % SBB

Kernkraftwerk Gösgen: Beteiligungen 1973
Projektleitung: Motor-Columbus AG, Geschäftsleitung: Atel
Inbetriebnahme: 1979

22,5 % Atel
22,5 % NOK
15 % EWZ (Elektrizitätswerk Zürich)
10 % CKW
7,5 % Elektrizitätswerk Stadt Bern
10 % Elektrizitätswerk Basel
7,5 % Alusuisse
5 % SBB

Grafik 56 Investoren (Banken, Kantone, Elektrizitätswerke) und Abnehmer hinter den Atomkraftwerken. Plante und baute die NOK ihre Werke primär für das eigene Absatzgebiet, so zeigen die Beteiligungen an Kaiseraugst, dass 75 Prozent des Stroms ins Ausland abgeführt worden wären. Die veränderten Besitzverhältnisse bis 1973 sollten den nationalen Charakter des Projekts hervorheben. Quellen: Kupper 2003, 82–84; Seiler, Steigmeier 1998, 206.

war ein Konzeptwechsel der Stromproduktion auf Pump-Speicher-Betrieb.[349] 1969 nahm Beznau I als erstes AKW der Schweiz den Betrieb auf.

Kaiseraugst: Atomstrom für das Ausland

Andere sprangen auf den Zug auf. Kerntechnologie ist eine wissensintensive Spitzen- und Grosstechnologie. Nur wenige sollten den zukünftigen Nuklearmarkt unter sich aufteilen. Die Badener Firma Motor-Columbus AG war bis Anfang der 1960er-Jahre an rund einem Drittel der in der Schweiz laufenden Wasserkraftwerkprojekte beteiligt. 1963 übernahm Michael Kohn (1925–2018), einer der beiden Direktoren, das Atomdossier und präsentierte 1966 die Pläne für den Bau eines Atomkraftwerks in Kaiseraugst. 1965 hatte die Firma Elektrowatt ihren Einstieg in die Kernenergie mit dem Bau eines Werks in Leibstadt angekündigt. Im Unterschied zu Beznau wurden diese zwei AKWs von einem Konsortium aus verschiedenen Stromabnehmern getragen, die den Absatz garantierten und den Strom auch ins Ausland exportierten. In einem kurzen Zeitfenster waren in der Schweiz bis 1972 alle später zu bauenden Kernkraftwerke aufgegleist worden und hatten vom Bundesrat die Standortbewilligung erhalten. Die Konkurrenzsituation brachte die Projekte jedoch ins Stocken. In der Folge beteiligten sich die verschiedenen Konsortien gegenseitig an ihren Unternehmungen (siehe Grafik 56).[350]

Anfang der 1970er-Jahre sorgte ein fundamental veränderter Umweltdiskurs dafür, dass die Kernenergie in neue gesellschaftliche Bedeutungszusammenhänge gestellt wurde und in Kritik geriet. Die Umsetzung des Gewässerschutzes hatte zum Verbot der Flusskühlung geführt, das bis dahin unbestrittene AKW-Projekt Kaiseraugst landete in den nationalen Schlagzeilen. 1971 befand ein Vorstandsmitglied der Studienkommission Kaiseraugst, aus «psychologischen Gründen» sei es zweckmässig, das Wort «Kernkraftwerk» anstelle von «Atomkraftwerk» zu verwenden, was auch systematisch umgesetzt wurde.[351] Kaiseraugst wurde in den folgenden Jahrzehnten zum Schweizer Symbol des Widerstands gegen Atomkraftwerke. Nach anhaltenden Protesten und der Besetzung des Baugeländes war das Projekt nicht mehr durchführbar. 1988 kam das Aus (siehe «Anti-AKW-Bewegung», S. 241 und 244f.).[352]

Im Schatten von Kaiseraugst wird Leibstadt gebaut

Seit 1963 plante die Elektrowatt ein eigenes Kernkraftwerk und erwarb in den folgenden Jahren in Leibstadt von rund fünfzig Besitzern etwa 200 Grundstücke. Wie viel eine Gemeinde zum AKW-Projekt zu sagen hatte, war 1972 ein Diskussionspunkt in Leibstadt. Galt die Standortbewilligung des Bundes, welcher für Kernkraftwerke zuständig war? Oder konnte eine Gemeinde ein AKW verhindern, wenn sie eine Zonenplanänderung verweigerte? Ein Professorengutachten stützte die Position der Elektrowatt. Man versprach dem Tausend-Seelen-Dorf jährlich drei Millionen Kilowatt Gratisstrom, Steuereinnahmen von einer Million Franken sowie einen Zustupf von 250 000 Franken in einen Fonds. Mit 177 Ja- zu 78 Nein-Stimmen fielen die Würfel im Dezember 1972 zugunsten des Kernkraftwerks. Auch die Nachbargemeinden wurden später am Geldsegen beteiligt.[353] Nach dem ruhigen Baustart 1974 stellten die *Basler Nachrichten* 1976 fest: «Leibstadt wird kein zweites Kaiseraugst. Vor den Besetzern ist das Areal sicher, als die 1200 Arbeiter, die in Baracken auf der Baustelle wohnen, sehr wohl wissen, was ihr Arbeitsplatz heute wert ist.»[354] Nach dem Reaktorunfall in Harrisburg (USA) 1979 verlangte der Bund Verbesserungen und Anpassungen. Mit mehrjähriger Verzögerung nahm Leibstadt im April 1984 den Betrieb auf. Statt der geplanten zwei kostete der Bau über fünf Milliarden Franken.

Der Einstieg ins Atomzeitalter brachte niedrige Stromkosten, neue Geschäftsfelder für die Industrie und finanziellen Gewinn für die Kantone und Banken. Die Gemeinden profitierten vom tiefen Steuerfuss und von hochwertigen Arbeitsplätzen, insbesondere seit dem Niedergang der Holzindustrie im unteren Aaretal und am Rhein in den 1980er-Jahren. Die Atomausstiegsinitiative vom Mai 2003 erhielt am wenigsten Zustimmung im Kanton Aargau (77,6 % Nein-Stimmen), in der Gemeinde Leibstadt wurde sie gar mit 95,8 Prozent verworfen.[355] Auch das revidierte Energiegesetz (Energiestrategie 2050), welches unter anderem den Bau neuer Kernkraftwerke verbot, lehnte der Aargau 2017 mit 52 Prozent ab, während es schweizweit mit 58 Prozent angenommen wurde.[356]

Abfall ohne Verfallsdatum

Als die Schweiz in die Kernenergie einstieg, wussten die Verantwortlichen um die Abfallproblematik, die damit einherging. Paul Scherrer schrieb schon 1945: «Es entstehen Spaltprodukte, welche sehr stark radioaktiv sind […]. Mit den Mengen, die bis jetzt in den grossen Anlagen anfallen, könnten im Kriegsfall grosse Landstriche unbewohnbar gemacht werden […]. Man sieht, dass die Vernichtung dieser Stoffe direkt ein Problem ist.»[357] Doch es bestand kein Problembewusstsein dafür. Seit 1955 besass die Schweiz den Versuchsreaktor «Saphir». Im ersten, 1959 vom Parlament verabschiedeten Atomgesetz blieb die Entsorgung der radioaktiven Abfälle unerwähnt. Bis Anfang der 1960er-Jahre wurden schwach- und mittelaktive Abfälle aus Forschung, Industrie und Spitälern mit der Kehrichtabfuhr oder über die Abwässer entsorgt.[358] «Was geschieht mit den radioaktiven Abfällen der Reaktor AG in Würenlingen?», fragte 1958 der Zürcher SP-Nationalrat Paul Steinmann (1893–1971) und wies auf «die Schwierigkeiten einer gefahrlosen Unterbringung» hin. Der Bundesrat schob die heikle Angelegenheit auf, indem er auf die geringe Menge Radioaktivität verwies. Provisorisch könnten diese Abfälle ohne Weiteres im Areal aufbewahrt werden, und eine Kommission zur Überwachung der Radioaktivität befasse sich mit dieser Frage.[359]

Begehrt waren die hoch radioaktiven Abfälle wegen des militärisch nutzbaren Plutoniumgehalts: Als die NOK Beznau I und II baute, schloss sie 1968

Erdölpreiskrise – Energiesparen und neue erneuerbare Energien

Im Juni 1973 beauftragte der Aargauer Regierungsrat eine Arbeitsgruppe damit, das Thema Energiebeschaffung und -bedarfsdeckung für den Kanton zu klären. Der Erdölpreisschock ab Oktober 1973 verlieh der Energiefrage eine neue Dringlichkeit, Sparen und Substitution des Erdöls waren angesagt. Das 1975 veröffentliche «Aargauische Energiekonzept» riet dazu, Forschung zu fördern. Auch sollten umweltbelastende durch umweltfreundliche Energieformen ersetzt werden, an erster Stelle stand dabei die Kernenergienutzung.[1] Eine ähnliche Stossrichtung verfolgte ab 1974 die Eidgenössische Kommission für die Gesamtenergiekommission, präsidiert vom Aargauer «Atompapst» Michael Kohn. Um die Erdölabhängigkeit zu reduzieren, wurde eine Verlagerung von Ölheizungen zu Elektroheizungen oder Wärmepumpen propagiert.[2] Die installierte Leistung von Elektroheizungen stieg in der Schweiz zwischen 1975 und 1990 von gut 500 Megawatt auf über 3000.[3]

Einen anderen Weg schlug SP-Grossrätin Ursula Mauch (*1935) ein, sie forderte 1974 in einer Motion Massnahmen zum Energiesparen mittels Wärmedämmung bei Neu- und Umbauten. Was oppositionslos überwiesen wurde, verschwand für Jahre in der Schublade.[4] Wenn auch auf Gesetzesebene nichts geschah, so machten die ersten konkreten Umsetzungen der Alternativenergie von sich reden: Ein Pionier war Hans Steinemann (1922–2009). Einst BBC-Manager der Firma Micafil, wurde er zum Energieberater und Geschäftsführer der 1974 gegründeten Schweizerischen Vereinigung für Sonnenenergie mit Sitz in Rudolfstetten: Bereits 1968 hatte er sein Wohnhaus isoliert und entwickelte ein eigenes Kollektorensystem. Ein frühes Beispiel waren 1976 auch die in Umiken installierten Flachkollektoren (63 m²) zur Warmwasseraufbereitung und für die Schwimmbadheizung von Franz Lee (*1934). Dazu kamen eine Elektrowasser-Speicherheizung und ein Holzbrandherd mit Kachelofen. Auch öffentliche Bauten zogen nach: 1978 erzeugte eine Kollektorenanlage von 200 Quadratmetern Fläche das Warmwasser für den Kantinenbetrieb des EIR in Würenlingen.[5] An der Höheren Technischen Lehranstalt Brugg-Windisch nahm die Beratungsstelle für Sonnenenergie Infosolar 1980 ihren Betrieb auf.[6] Ziel dieser Genossenschaft war es, Photovoltaik im Aargau bekannt zu machen und den Mitgliedern die Nutzung von Solarstrom im Netzverbund zu ermöglichen.

1 SWA, HXII 11a: Aargauisches Energiekonzept, 8.12.1975, 3, 38; Einberufung der Kommission, Juli 1973.
2 SWA, Energie: Die Kosten der Energieversorgung, Schweizerische Energiestiftung; SES-Report Nr. 1: Ist die GEK auf dem rechten Weg? Eine kritische Stellungnahme zum Zwischenbericht der Eidgenössischen Kommission für die Gesamtenergiekonzeption (GEK), Affoltern am Albis, 1976, 22; Lonza-Prospekt; GEK-Bericht.
3 Kupper 2003, 158.
4 Magazin Tages-Anzeiger, 25.8.1979.
5 SWA, Energie: Pandareport. Alternative Energie-Anlagen der Schweiz, hrsg. vom WWF Schweiz, von der Schweizerischen Vereinigung für Sonnenenergie (SSES) und der Schweizerischen Energiestiftung Schweiz (SES), 1979, 24–26, 38, 58; Gespräch und Fotos: Hannes Keller, Riniken (31.1.2020).
6 RR-RB 1980, 117.

308 Franz und Rita Lee aus Umiken waren begeisterte Energiepionier-Anwender: Unterwegs mit einem «Horlacherli», dem Elektroauto des Möhliner Erfinders Max Horlacher (*1931), Mitte der 1980er-Jahre.

309 Ein ungewohntes Bild bot sich Mitte der 1970er-Jahre im EIR Würenlingen: Im Herzen der Kernenergieforschung stand ein Freiluft-Prüfstand für Kollektoren. In der Abteilung Physik befasste sich eine Gruppe damit, Anlagen zu testen. Damit legte sie Grundlagen zur Akzeptanz und Normung von Sonnenenergie.

einen Vertrag mit der UKAEA, der staatlichen Atomenergiebehörde von Grossbritannien, für die Wiederaufbereitung der Brennstäbe in Windscale (Sellafield) ab. Die UKAEA gewinne aus den abgebrannten Brennelementen «die darin enthaltenen wertvollen Stoffe, speziell das schwach angereicherte Resturan und das Plutonium», schrieb die NZZ und meinte: «Durch den Abschluss dieses Vertrages sind auf viele Jahre hinaus die Beseitigung der abgebrannten, radioaktiven Brennstoffelemente und deren wirtschaftliche Verwertung für friedliche Zwecke [sic!] gesichert.»[360] Während Jahrzehnten wurde die Entsorgungsfrage ins Ausland ausgelagert. Von 1969 bis 1982 liess die Schweiz Tausende Atomfässer im Nordatlantik versenken.[361] Ende der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre kam es zur Neuregelung der Verträge mit Sellafield und La Hague. Die abgeschobenen Brennstäbe mussten ab 1992 zurückgenommen werden.[362]

Erste Standortsuche und Gründung der Nagra

Mit der Betriebsaufnahme von Beznau II begann sich die NOK für das Gipsbergwerk in Felsenau (Full-Reuenthal) als Endlager für schwach und mittel aktive Abfälle zu interessieren. Denn die dortigen Anhydritvorkommen galten bis Ende der 1970er-Jahre als «vorzügliches Wirtsgestein».[363] Beunruhigt darüber zeigte sich der Gemeinderat von Leibstadt und forderte 1973 eine Antwort auf die Frage, wie die Endlagerung des Atommülls aussehe. Doch der Aargauer Regierungsrat lehnte die Verknüpfung der Baubewilligung für das AKW in Leibstadt mit der Abfallfrage ab. Das Studienkonsortium müsse keinen Entsorgungsnachweis erbringen.[364]

1972 kam es zur Gründung der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) mit Sitz in Baden, seit 1991 in Wettingen. Mitglieder waren die Kernkraftwerkbesitzer und der Bund. Anfänglich erledigte die NOK die administrativen Arbeiten der Nagra. Ab 1977 gab es eine Geschäftsstelle mit einem Leiter, denn das Thema Atomabfall war auf die politische Agenda gesetzt worden.[365] Die Volksinitiative «Zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen» verlangte einen Bedarfsnachweis für AKWs, das Mitspracherecht der Bevölkerung beim Standortentscheid und die Lösung der Atommüllfrage. Sie kam 1979 zur Abstimmung.[366] Bundesrat Willi Ritschard (1918–1983) erkannte ihre Brisanz und erklärte 1977: «Im Vordergrund aller Probleme stehen in der Öffentlichkeit die Bedenken wegen der Entsorgung. Deren Lösung ist für den Bau weiterer Kernkraftwerke entscheidend.»[367] 1978 stellte die Nagra das Forschungsprogramm «Gewähr» vor und plante, dafür 200 Millionen Franken auszugeben. Bis 1985 werde die «dauernde sichere Entsorgung und Endlagerung» der radioaktiven Abfälle im kristallinen Gestein erreicht, versprach Ritschard, sonst müssten die Kernkraftwerke den Betrieb einstellen.[368] Damit gelang es, vor der Abstimmung die Gemüter zu beruhigen. Elf Bohrungen plante die Nagra bis 1985 in der Nordschweiz auszuführen. In Leuggern, Böttstein und Riniken erfolgten Sondierungen ab 1982. Das Resultat war überraschend: Die Nagra stiess in Riniken nicht auf das gesuchte kristalline Grundgebirge, sondern entdeckte Kohleflöze und heisses Thermalwasser.[369] Nun gab es vonseiten des Bundes Fristerstreckung, und die Anforderungen wurden angepasst: Der Entsorgungsnachweis war mit dem theoretischen Konzept des Programms «Gewähr» erbracht, es fehlte nur der Standort.

Schweizer Zwischenlager für hochaktive Abfälle

Die Verzögerungen bei der Umsetzung des Entsorgungsprogramms zwangen die Kernkraftwerkbetreiber 1989, ein Zwischenlager für ihre hochaktiven Abfälle zu planen. Neben dem Paul Scherrer Institut auf dem Boden der Gemeinde Würenlingen entstand das Schweizer Zwischenlager (Zwilag). Gelagert werden dort seit 2001 Behälter mit den hoch radioaktiven Abfällen aus dem laufenden AKW-Betrieb sowie die Abfälle aus dem Rückbau des AKW Mühleberg. Auch das Bundeszwischenlager (BZL) mit den Abfällen aus Medizin, Industrie und Forschung steht auf dem Gelände des PSI. Die zwei Hallen des Zwischenlagers für die Trockenlagerung von abgebranntem Brennstoff sowie von schwach aktiven Abfällen befinden sich auf dem Gelände des AKW Beznau.[370]

Nach dem Aus im Kristallingestein akzeptierte der Bundesrat ein Konzept für ein Endlager im Opalinuston. Ende 2004 leitete der Bund unter dem Namen «Sachplan geologisches Tiefenlager» die nächste Phase der Standortsuche für ein Endlager für alle radioaktiven Abfälle in der Schweiz ein.[371] Drei Standorte in den Kantonen Aargau und Zürich standen 2020 im Fokus der Untersuchungen: der Bözberg, «Nördlich Lägern» im Nordwesten von Bülach und das Zürcher Weinland.

Trotz des nicht gelösten Abfallproblems reichte die Axpo 2008 das Gesuch um eine Rahmenbewilligung für ein neues Kernkraftwerk Beznau III ein, welches 2010 vom Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) gutgeheissen wurde. Es lag am Bundesrat, das Vorhaben zu bewilligen, als sich am 11. März 2011 in Fukushima (Japan) ein Super-GAU ereignete. Dieser erschütterte das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Kernkraft nachhaltig. Die Aargauer Bundesrätin und Energieministerin Doris Leuthard (*1963) stellte die Weichen neu. Noch 2011 beschloss der Bundesrat den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie und leitete damit einen Wendepunkt in der Schweizer Energiepolitik ein (siehe «Doris Leuthard», S. 245). Im Dezember 2019 ging mit Mühleberg das erste Kernkraftwerk vom Netz.[372]

Von der Industrie- zur Informationsgesellschaft

Wirtschaft und Beschäftigung nach 1970

Die Aufgabe der internationalen Währungsordnung von Bretton Woods, das Ende des Kalten Kriegs und die Bildung des Europäischen Wirtschaftsraums schufen grundlegend neue Rahmenbedingungen für die Aargauer Unternehmen. Der geschützte Binnenmarkt löste sich in der deregulierten und globalisierten Wirtschaft auf. Sockelarbeitslosigkeit und Teilzeitarbeit charakterisierten fortan eine veränderte Arbeitswelt mit einem nun dominierenden Dienstleistungssektor. Die Deindustrialisierung veränderte Städte und Dörfer erneut. — *Astrid Baldinger Fuchs*

Weltkonjunktur trifft Aargau

Schwarze Wolken zogen schon vor der Konjunkturkrise Mitte der 1970er-Jahre auf. Für verschiedene binnenorientierte Branchen zeichnete sich gegen Ende der 1960er-Jahre eine Marktsättigung ab, verstärkt durch billige Importe. Für exportorientierte Unternehmen wurden dagegen die Zölle der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zunehmend zum Problem.[373] Das Badener Unternehmen Brown, Boveri & Cie. (BBC) verlagerte deshalb gewisse Serienerzeugnisse und auch moderne Produkte wie die Halbleiterfabrikation ins Ausland.[374] Sprecher + Schuh sah sich 1971 wegen der verstärkten europäischen Integration zu Preiskonzessionen veranlasst.[375] Aargauer Möbelfirmen, bedrängt durch Importe von Grossserien mit günstiger Massenfertigung, versuchten, die höheren Zölle durch die Abgabe von Lizenzen an ausländische Firmen zu umgehen.[376]

Trotz Hochkonjunktur berichteten Zeitungen, dass schweizweit grosse Betriebe aus verschiedenen Gründen reorganisiert wurden und eine hohe Zahl von Arbeiterinnen und Arbeitern die Kündigung erhielt.[377] Im Aargau gab es 1972 mehr Betriebsschliessungen als Neugründungen.[378] So liquidierte die Baumwollspinnerei Wettingen 1972 ihren Betrieb.[379] Die Amag kommunizierte im März 1972 den Abbau von achtzig Arbeitsplätzen im Montagewerk Schinznach-Bad. Auslöser waren veränderte Zollbestimmungen, die einen Direktimport mit einem «Swiss finish» begünstigten. Seit 1949 hatte die Amag in Schinznach-Bad Amerikanerwagen zusammengebaut, da der Import von Einzelteilen günstiger war als derjenige von fertigen Modellen.[380]

Die Aargauische Handelskammer beobachtete 1971 eine Stagnation für viele Unternehmungen und Betriebe, zu geringe Margen, Abschreibungen, die nicht mehr gemacht wurden, und notwendige Investitionen, die über Fremdmittel finanziert wurden. Sie folgerte daraus: «Der Weg zum Zusammenschluss mit anderen Unternehmen oder zur Geschäftsaufgabe ist in dieser Situation angeraten. Die Fachsprache bezeichnet diesen Vorgang schonend als Strukturbereinigung und Strukturwandel.»[381] Einschneidende Veränderungen der Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt kamen vom Bund: Als Antwort auf die Schwarzenbach-Initiative hatte er 1970 Ausländerkontingente pro Kanton statt pro Betrieb eingeführt (siehe «Demografie S. 53 und «Politik» S. 240). Der Wettbewerb um Arbeitskräfte erhöhte den Innovationsdruck, besonders in Tieflohnbranchen. Renommierte Webereien zogen es nun vor, anstelle von Millioneninvestitionen, deren Erfolg ungewiss war, rechtzeitig zu liquidieren.[382]

In diese Konstellation fiel die Währungskrise von 1971, der Zusammenbruch des Gold-Dollar-Standards. Die Schweiz wurde von Geldströmen überschwemmt. Zur Abwehr beschloss der Bundesrat die Aufwertung des Frankens. Doch durch die von US-Präsident Nixon angekündigte Importsteuer von zehn Prozent fiel der Export in die USA

weg, und auf dem europäischen Markt verschärfte sich die Konkurrenz. Der Preisdruck nahm zu, stellte etwa die Aluminium AG Menziken fest. Die BBC forderte den Ausbau der Exportrisikogarantie.[383] Das Ende des Abkommens von Bretton Woods bedeutete 1973 zudem einen Systemwechsel von fixen zu flexiblen Wechselkursen. Zentral dabei war nicht die Aufwertung des Schweizer Frankens – auch andere Währungen wurden im Vergleich zum US-Dollar aufgewertet –, sondern die Tatsache, dass die Schweiz von den Folgewirkungen weniger betroffen war. Die europäischen Länder liberalisierten ihre Finanzmärkte – hier hatte die Schweiz mit ihrem offenen Kapitalmarkt wenig Anpassungsbedarf – und bauten Handelsbeschränkungen ab. Damit setzten sie ihre Binnenmärkte früher dem Wettbewerb aus als die Schweiz.[384]

Die ersten Arbeitslosen seit Jahrzehnten

Die Erdölpreiskrise ab Oktober 1973 hatte in der Schweiz keine besonders gravierenden wirtschaftlichen Auswirkungen, da sie in relativ kurzer Zeit überwunden wurde.[385] In diesem Jahr wirkten sich aber die konjunkturdämpfenden Massnahmen des Bundes (Kreditbeschränkungen der Banken) im Baugewerbe aus und führten zu einem Abbau von Kapazitäten; kleinere Baugeschäfte im Aargau wurden liquidiert.[386] 1974 schwächte sich das Wachstum ab, was durchaus begrüsst wurde. Das jahrelang boomende Baugewerbe kam nun aber zu einem abrupten Stillstand. Noch 1974 entstanden im Aargau 6520 Neubauwohnungen, nach 1975 sank diese Zahl auf jährlich rund 2000.[387] Stark betroffen vom Konjunktureinbruch Mitte der 1970er-Jahre waren die binnenorientierten Industrien, die Bauwirtschaft und im Aargau die Zementindustrie.[388] Die in der Phase der Hochkonjunktur geplante Kapazitätsausweitung mit dem 1975 in Betrieb genommenen Zementwerk in Rekingen musste reduziert werden. Stillgelegt wurden energieintensive, im veralteten Nasstrockenverfahren produzierende Ofeneinheiten in Wildegg und Siggenthal sowie die Zementfabrik in Holderbank.[389] Im Jahr 1974 kam es zur Aufgabe der Tonwarenfabriken in Holderbank und in Döttingen sowie der Ziegelei Kölliken.[390]

Die BBC überstand diese Krise gut. Die starke Abhängigkeit vom Erdöl hatte manche Länder veranlasst, ihre Energiewirtschaft zu restrukturieren und auszubauen, um zukünftige Versorgungsengpässe zu verringern. Die Nachfrage nach Produkten im Energiesektor, speziell bei der BBC, aber auch bei Sprecher + Schuh, war gross. Letztere vermeldete Bestellungen für ölarme Schalter aus der ganzen Welt.[391]

Der Konjunktureinbruch Mitte der 1970er-Jahre wurde in der Schweiz als Trendbruch interpretiert.[392] Verwöhnt von bald drei Jahrzehnten Hochkonjunktur – mit schwächeren Jahrgängen um 1949 und 1958 – und Vollbeschäftigung bis Januar 1975, rissen nun Meldungen über Firmenschliessungen und Entlassungen nicht mehr ab. Bis Ende Dezember 1975 gingen im Aargau 133 Betriebe mit 7208 Arbeiterinnen und Arbeitern zur Kurzarbeit über. 2240 Arbeitslose zählte die Statistik im Februar 1976 auf dem Höchststand. Ab November 1975 gab es eine kantonale Arbeitslosenkasse, das schweizweite Obligatorium kam 1977. Der Kanton bewilligte zudem 1975 ein Investitionspaket in Form eines «Eventualhaushalts» von 34 Millionen.[393]

Spürbare Abwanderung aus dem Aargau

Den grössten Teil des Konjunktureinbruchs trugen die ausländischen Arbeitskräfte. Man schickte sie umgehend in ihr Heimatland zurück. Rund 25 000 Niedergelassene und Saisonniers waren es bis 1976 – die Arbeitslosigkeit wurde exportiert.[394] Die Nahrungsmittelproduzenten, die Bierbrauereien, aber auch die Textilindustrie spürten diesen Bevölkerungsrückgang im Aargau. Der Konsum ging deutlich zurück. Mit den zurückgeschickten Bauarbeitern verliessen auch deren Ehefrauen, gut qualifizierte und gesuchte Facharbeiterinnen, ihren Arbeitsplatz in den Textilbetrieben.[395] Schweizerinnen spürten die Krise ebenso. Die verschiedentlich geäusserte Aufforderung, den Männern den Vorrang zu geben, zeigte Wirkung. Die Frauenerwerbstätigkeit ging zurück (siehe Tabelle 17). Die Branchenvielfalt der Industrie, die stabilen Unternehmen im Energiesektor und die nur wenigen Arbeitsstellen in der Uhrenindustrie erwiesen sich in den 1970er-Jahren als struktureller Vorteil für den Aargau. Allerdings verdankte der Kanton die tiefere Arbeitslosenrate im Vergleich zur Schweiz auch dem Umstand, dass vorher überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze von Ausländerinnen und Ausländern besetzt gewesen waren.[396]

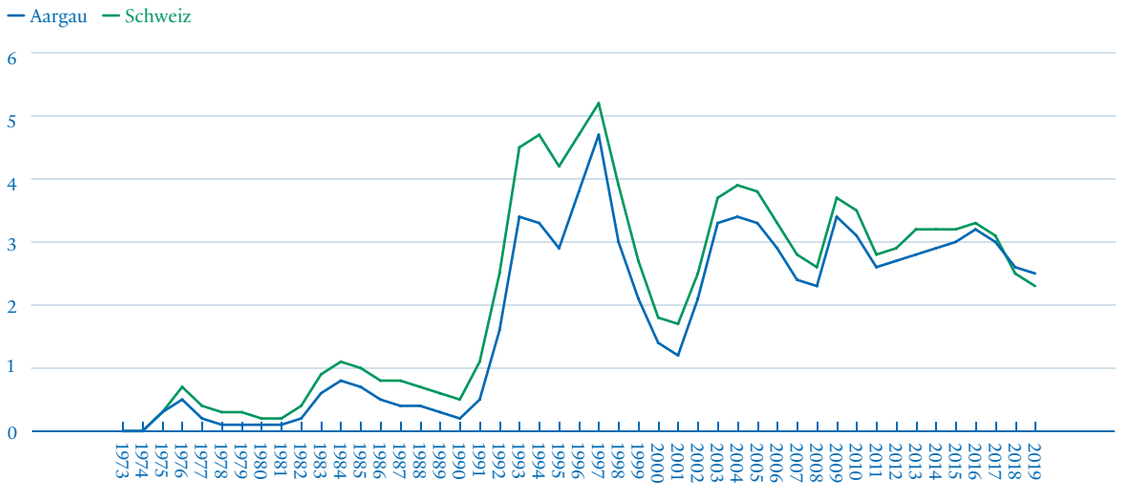
Für die Entlassenen bedeutete dies keinen Trost, wie der freisinnige Unternehmer und Grossrat Walter Franke (1918–1991) aus Aarburg festhielt, der im Auftrag der Reformierten und der Katholischen Landeskirche die Situation von rund hundert Betroffenen erfasste. Probleme ortete er bei der Jugendarbeitslosigkeit, den Lehrern, bei den über Fünfzigjährigen und bei den jungen Familienvätern.[397] Noch 1976 bewilligte der Kanton Gelder zur Errichtung einer Übungsfirma für die Vermittlung von Berufserfahrung für stellenlose jugendliche Kaufleute.[398] Bald erholte sich die Wirtschaft. Im Laufe des Jahres 1976 zeichnete sich ein Rückgang der Arbeitslosigkeit ab. Die Wirtschafts- und Beschäftigungslage normalisierte sich jedoch erst 1979.[399]

Sockelarbeitslosigkeit und Umschulung

Für die Arbeiterinnen und Arbeiter verschwand im Zuge der Strukturkrise der 1970er-Jahre die Selbstverständlichkeit einer Lebensarbeitsstelle. Schon 1968 stellte der Personalchef von Bally fest, dass man Arbeiterinnen und Arbeiter nicht mehr von der Strasse weg anstellen könne.[400] Mit Folgen: Ungelernte, welche lange Jahre treu bei einem einzigen Arbeitgeber ihren Lebensunterhalt verdient hatten, waren in Krisenzeiten kaum mehr vermittelbar. Walter Franke bemerkte 1975, dass die Arbeitslosigkeit kein vorübergehendes Problem mehr sei: «Die Entwicklung in den umgebenden Industrie-Staaten wie USA, Kanada bestätigen diese Erfahrung, wir müssen damit rechnen, dass die Arbeitslosigkeit eine mehr oder minder starke Dauer-Erscheinung ist.»[401] Einen Vorgeschmack auf zukünftige Firmenschliessungen gab 1978 die Einstellung der

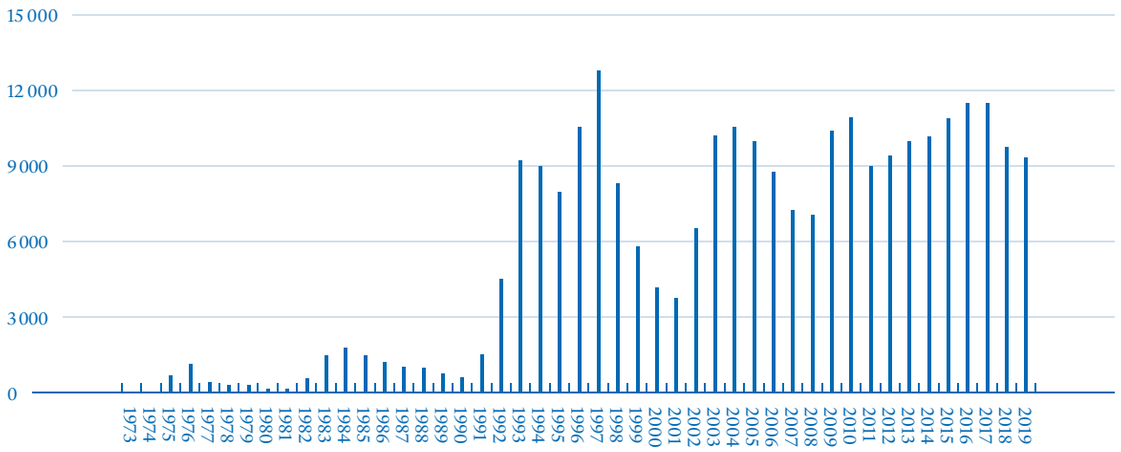
Grafik 57

Arbeitslosenquote 1973–2019 (in Prozent)



Grafik 58

Arbeitslosenzahlen Aargau 1973–2019 (absolute Zahlen)



Grafik 56 Das Ende der Vollbeschäftigung kam 1975: Typisch für den Aargau war die geringere Zahl an Arbeitslosen gegenüber dem schweizerischen Durchschnitt aufgrund des vielfältigen Branchenmix der Industrie. Quelle: Statistik Aargau.
Grafik 57 Von null auf 100 und 10 000: Die grosse Zahl von Arbeitslosen, die in keiner Kasse versichert waren, führte zur Gründung der kantonalen Arbeitslosenkasse 1975. Zählte man in den 1980er-Jahren maximal 1800 Arbeitslose, so explodierte die Zahl im folgenden Jahrzehnt auf über 10 000. Die Zahlen geben den Jahresdurchschnitt an, die Situation in den einzelnen Monaten variierte stark. Quelle: Statistik Aargau.

Technologietransfer und Managementmethoden aus Amerika

Sei es bei der Übernahme rationeller Produktionsmethoden, der Computertechnik oder Managementsystemen: Die Technologie und das betriebswirtschaftliche Wissen kamen aus den USA.[1] Einerseits besuchten Schweizer Delegationen die USA, andererseits erfolgte die Verkaufsoffensive in der Schweiz. So lud die amerikanische Botschaft 1978 zur Fachtagung und Ausstellung «Word Processing USA» ein, an der amerikanische Textverarbeitungssysteme präsentiert wurden. Überhaupt waren die Beziehungen zu Amerika eng: Die Aargauische Industrie- und Handelskammer, die 1976 aus der Fusion der Aargauischen Handelskammer und des Aargauischen Arbeitgeberverbands hervorgegangen war, vermittelte 1977 einen sechswöchigen USA-Studienaufenthalt an der Universität von Massachusetts für Nachwuchskräfte aus Handel und Industrie, um sie mit den amerikanischen Managementprinzipien und dem aktuellen Stand der Betriebswirtschaftslehre vertraut zu machen.[2]

Amerikanisches Managementdenken unter dem Vorzeichen der Gewinnmaximierung geriet im Krisenjahr 1975 erstmals in Kritik, als der Colgate-Palmolive-Konzern die Kosmetikproduktion von Helena Rubinstein von Spreitenbach nach Deutschland verlegte und im Aargau sechzig Leute entliess, obwohl das Unternehmen mit Gewinn wirtschaftete, wie die lokale Sektion der Sozialdemokratischen Partei (SP) kritisierte. Der Konzern verbessere so seine Marktposition, entgegnete SP-Regierungsrat Louis Lang (1921–2001), und «fördere damit die Beschäftigung in kostengünstigeren Gegenden. Leider ist die Schweiz […] keine kostengünstige Region mehr, was sie im Gegensatz zu heute vor 20 Jahren war».[3]

1 Gugerli, Tanner 2012, 283.
2 AIHK Mitteilungen 1977, 112; AIHK Mitteilungen 1978, 103.
3 StAAG, DIA04/0266/04: Dossier Schliessung Firma Helena Rubinstein AG, Brief Louis Lang, 12.2.1976: «Die amerikanischen Firmen, übrigens im Einverständnis mit den amerikanischen Gewerkschaften, zeichnen sich im allgemeinen durch ein auf das Äusserste auf Wirtschaftlichkeit bedachtes Management aus. Daraus hat die internationale Arbeitsteilung und die Weltwirtschaft in der Vergangenheit in höchstem Mass profitiert. Der Entschluss des amerikanischen Konzerns für die Anlagen in Spreitenbach ist daher zum grössten Teil aus diesem Gesichtswinkel zu verstehen.»

310 Ein Beispiel für amerikanisches Managementdenken und Gewinnmaximierung bot das Kosmetikunternehmen Helena Rubinstein 1975: Die lokale SP kritisierte im *Aargauer Volksblatt* vom 14. November, dass die gut rentierende Firma die Produktion von Spreitenbach nach Deutschland verlagere, weil dies beim aktuellen Franken-Wechselkurs etwas mehr einbringe. Für den Unterhalt der Arbeitslosen müsse die Öffentlichkeit aufkommen, der Gewinn werde ins Ausland transferiert.

311 Bonbonplakat von Disch Othmarsingen, 1960: Alfred Disch (1905–1989) bereitete sich auf die Übernahme des väterlichen Betriebs vor, indem er mehrere Jahre in Amerika und in europäischen Ländern arbeitete. Produktionssteigerung erreichte er später durch geschickten Verkauf und Werbung.

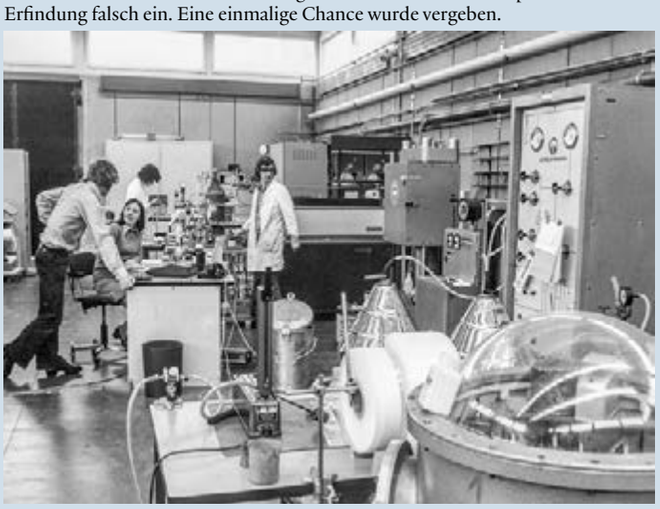
KMU-Innovationsförderung, Mikroelektronik und Roboter

Die japanische Massenproduktion von Quarzpräzisionsuhren ab Mitte der 1970er-Jahre führte zur grössten Krise der Schweizer Uhrenindustrie. Die Aargauische Industrie- und Handelskammer erkannte Ende der 1970er-Jahre, dass viele KMU den Anschluss an die Mikroelektronik verpasst hatten. Von weltweit installierten 8000 bis 10 000 Robotern standen 3000 bis 4000 in Japan.[1] Technologieförderung wurde zum relevanten Faktor, mit dem sich gezielt eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erreichen liess.[2] Angeschlossen an die HTL Brugg-Windisch, startete 1981 unter der Ägide der Industrie- und Handelskammer ein Beratungsdienst für Technologietransfer. Anwendungsbereites technisches Wissen sollte durch Forschungsarbeiten mit Studierenden und Beratung von Professoren in die Produktion übertragen werden. Die ersten Kurse deckten Themen ab wie «Schweissen mit Industrierobotern» oder «Messen, Steuern, Regeln mit Mikrocomputern». Eine Mikrocomputerausstellung besuchten 1985 über 1500 Personen. Ab 1986 kamen Kurse für Computer Aided Design dazu. 1986 schätzte die Industrie- und Handelskammer den weltweiten Einsatz von Industrierobotern bereits auf 90 000 Einheiten und stellte fest: «Bei uns steckt diese Entwicklung noch in den Kinderschuhen. Unter den Höheren Technischen Lehranstalten HTL gibt es nur wenige, die das Fach Robotik führen, an der HTL Brugg-Windisch ist es Professor Walter Guttropf» (1930–2020). Unter seiner Ägide kam es 1990 zur Eröffnung des Center for Industrial Marketing (CIM) in Baden.[3] Innovationsförderung blieb seither die Wirtschaftsstrategie des Kantons und führte zur Bildung und Unterstützung des Technoparks und des Hightech-Zentrums in Brugg sowie zur Ansiedlung des Parks Innovaare oder des Technologietransferzentrums Anaxam in Villigen.[4]

1 BAH 1980, 56f.
2 Gugerli, Tanner 2012, 293.
3 AIHK Mitteilungen 1987, 5; AIHK Mitteilungen 1986, 38; AIHK Mitteilungen 1990, 96.
4 AZ, 17.10.2020; Webportal Kanton, Hightech Aargau (Online-Quelle): Der Bund initiierte 2012 ein Netzwerk von fünf Innovationsparks (Ansiedlung des Parks Innovaare aufgrund eines vom PSI unterstützten Antrags des Kantons); Website Anaxam (Online-Quelle).

312 1972 entwickelte Kern den ersten elektronischen Distanzmesser. Ab 1980 kamen elektronische Theodolite und Datensysteme auf den Markt. Doch die Weiterentwicklung stockte. Der Markt war schnelllebig geworden, und Kapital für Neuentwicklungen fehlte. 1988 wurde die Firma an den Konkurrenten Wild Leitz verkauft. Kern wurde 1991 liquidiert, die Produktion nach Heerbrugg und Singapur verlegt.

313 Im BBC-Forschungszentrum Segelhof, Dättwil, forschte der Weltkonzern BBC unter der Leitung von Ambros Speiser (1922–2003). Hier entwickelte man nach 1970 die Grundlagen für die Flüssigkristallanzeigen der Flachbildschirme – LCD. Das Management schätzte das Marktpotenzial dieser Erfindung falsch ein. Eine einmalige Chance wurde vergeben.



Produktion der Firma Firestone Schweiz in Pratteln. Innert dreier Monate verloren 600 Arbeiter auf einen Schlag ihren Job. Die Personalabteilung von Firestone, Gewerkschaften, Spitzenverbände, die Arbeitsämter der Kantone Aargau, Basel-Stadt, Solothurn und Basel-Landschaft bemühten sich um die Vermittlung neuer Stellen und beschrieben die Hauptschwierigkeiten: relativ hohes Durchschnittsalter, in der Mehrheit ungelernte Arbeitskräfte, die im Pneuaufbau angelernt worden waren und keine Berufserfahrung mitbrachten, die anderswo ohne Weiteres zu verwerten gewesen wäre.[402]

Auf tiefem Niveau, zwischen 150 bis 300 Personen, bewegte sich nach 1977 die Arbeitslosigkeit im Aargau. Als sie nach 1982 auf rund 1500 Personen anstieg, beschrieb der nun verwendete Begriff «strukturelle Arbeitslosigkeit» die Tatsache, dass man sich damit abgefunden hatte: Es gab nicht mehr für alle eine passende Arbeitsstelle.[403] Zum einen hatte eine Spezialisierung innerhalb der Berufe stattgefunden, aber auch technische Innovationen veränderten Branchen, wie zum Beispiel im grafischen Gewerbe die Ablösung des Bleisatzes durch den Filmsatz in den 1970er-Jahren und der Übergang vom Buchdruck zum Offsetverfahren.[404] Zum anderen war ab Mitte der 1980er-Jahre Erfahrung in Bereichen wie Betriebskunde, Elektronik und Informatik gefragt, in den Werkstätten erforderte die Bedienung von NC- und CNC-Maschinen neue Ausbildungen. Langjährige Betriebstreue wurde zum Nachteil, Stellenwechsel nach ein paar Jahren galt als Vorteil, und lebenslangem Lernen durch Weiterbildung kam ein hoher Stellenwert zu. Als die Konjunktur nach 1983 wieder anzog, fanden manche Personen dank Umschulung und Computerkursen nach einer gewissen Zeit wieder einen Arbeitsplatz.

Technologiewandel aus Amerika

So wie einst die Einführung des Stroms Alltag, Gesellschaft und Wirtschaft umpflügte, durchdrang die Computerisierung in einem langsamen Prozess alle Arbeits- und Lebensbereiche. Schweizer Unternehmen waren frühe und bedeutende Anwender der ab den 1960er-Jahren sich ausbreitenden kommerziellen Computer aus Amerika, damals als «Elektronische Datenverarbeitung» (EDV) bezeichnet.[405] Eine der ersten Computerinstallationen dokumentiert der Jahresbericht der Aargauischen Handelskammer, worin die Autohändlerin Amag 1959 sich selbstbewusst rühmte: «Nachdem auch weniger bemittelte Leute sich zum Kaufe eines Automobils entschliessen, nehmen auch die Finanzierungsgeschäfte zu, und nachdem das fortschrittliche aargauische Grosshandelsunternehmen in einer Schwestergesellschaft ein eigenes Finanzierungsinstitut besitzt, welches sogar als erstes Unternehmen seiner Art in der Schweiz mit einem Elektronenhirn Ramac 305 arbeitet, kann wohl von einer ultramodernen Organisation gesprochen werden.»[406]

Die ersten Computer kamen bei Banken, Versicherungen, der Swissair und den Post-, Telefon- und Telegrafenbetrieben zum Einsatz, zunächst als Ergänzung der Lochkartenmaschinen.[407] So schaffte sich auch die Hypothekarbank Lenzburg 1961 Buchhaltungsgeräte mit elektronischen Funktionen an. Die Maschinen berechneten automatisch Abschlusszinsen sowie Kredit- und Umsatzkommissionen. Der nächste Schritt 1970 war die Anschaffung einer Datenverarbeitungsanlage, einer NCR-Century, für 833 300 Franken. Zur Bedienung brauchte es einen Anlagenchef, zwei Programmierer, einen Operateur und zwei Datatypistinnen für die Erfassung der Daten. Die Hypothekarbank Lenzburg behielt ihre Rolle als Pionierin im digitalen Bankenwesen. Unter ihrer Ägide schlossen sich bis zu vierzig Bankinstitute 1980 zur gemeinsamen Entwicklung des Software-Pakets FIS (Financial Information System) zusammen.[408]

Programmierkurse für ihre Studierenden und Berechnungsangebote für Privatpersonen bot die 1965 eröffnete Höhere Technische Lehranstalt (HTL) Brugg-Windisch mit dem 1967 angeschafften Rechenautomaten IBM 1131.[409] Bis Anfang der 1970er-Jahre erfasste die Computerisierung den Verwaltungsapparat sowie mittelgrosse Industrie- und Dienstleistungsunternehmen. Beispielsweise Wisa-Gloria, welche dank des erstmaligen Einsatzes eines Computers 1971 den Geschäftsverlauf «recht präzise schildern» konnte.[410]

Mit dem Aufkommen des Personal Computer (PC) von IBM in der Schweiz ab 1983 vollzog sich ein Paradigmenwechsel.[411] Er löste die als Mainframe bezeichneten Grossrechneranlagen mit Terminals ab. Galt die Aufmerksamkeit zu Beginn der Rationalisierung einzelner Aufgaben, bewirkte der PC einen kompletten Umbau der Arbeitsprozesse.[412] Bis Mitte der 1980er-Jahre erreichte die technologische Entwicklung der Informatik die Gesellschaft als Ganzes. Die auf oder neben einem Schreibtisch aufgestellte Rechnereinheit mit Monitor, Tastatur und Drucker hielt Einzug in den Haushalt. Atari und Commodore gelang der Durchbruch in den Heimbereich mit Computerspielen. Die Preise sanken drastisch, 1990 kostete ein Heimcomputer erstmals weniger als tausend Dollar.[413] Der 1984 gegründete Aargauische Computerclub Brugg führte als erster Homecomputerclub zum Wissensaustausch ausserhalb des Hochschulbereichs.[414]

Manche Unternehmen erkannten im Bereich computerbasierter Steuerungs-, Leit- und Automatisierungssysteme neue Geschäftsfelder. Die BBC gründete 1967 ein Forschungszentrum, dessen Direktor Ambros Speiser (1922–2003) ein Informatikpionier der ersten Stunde war. 1980 machten Steuerungen bei der BBC fast ein Drittel des Exportwerts aus. Auch Banken, Versicherungen, Verwaltungen und die Industrie waren abhängig von der Computertechnik und für die Entwicklung ihrer Systeme auf Informatikabsolventen angewiesen – ein riesiges Anwendungsfeld für Leute aus der Praxis hatte sich innert weniger Jahre entwickelt. Die Fachkräfteausbildung passte sich langsamer an.[415] Im sich gegenseitig befruchtenden Forschungsdreieck HTL, Eidgenössisches Institut für Reaktorforschung Würenlingen und BBC-Forschungszentrum Dättwil startete 1980 die erste Vollzeit-Informatikausbildung der Schweiz an der HTL Brugg-Windisch, ein Jahr vor dem Studiengang an der ETH Zürich.[416]

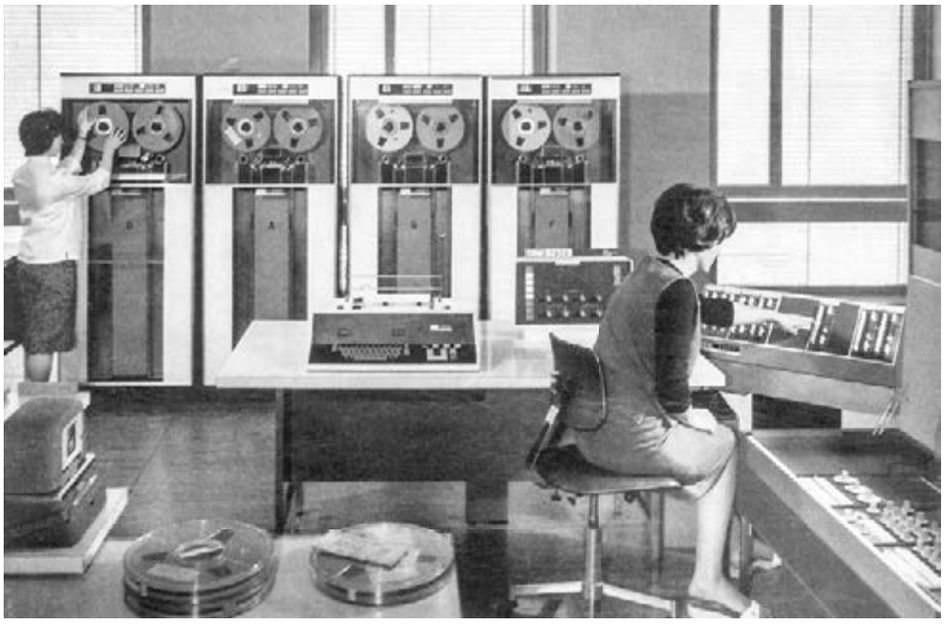
314 Automontage, 1958. Ab 1948 baute die Amag ihre Amerikanermodelle in Schinznach-Bad. Veränderte Zollbestimmungen und der Kleinserienbau liessen die Automontage in Schinznach-Bad unrentabel werden. Als die Amag im März 1972 den Abbau von achtzig Arbeitsplätzen bekannt gab, tat sie dies im Beisein von Regierungsrat Louis Lang.

315 Die Schliessung der Schuhfabrik «Oco» 1972 bewegte die Gemüter, da rund 200 Arbeiterinnen und Arbeiter diese Hiobsbotschaft aus der Zeitung erfahren mussten. Noch galt der Arbeitsmarkt als «ausgetrocknet», den grössten Teil der Belegschaft übernahmen die Firma de Sede und die Möbelfabrik Kägi sowie weitere Unternehmen in der Region.

316 Angehende Kindergärtnerinnen am Kantonalen Seminar in Brugg machen 1977 mit humorvollen Sprüchen auf die ernste Lage auf dem Arbeitsmarkt aufmerksam. Im Schuljahr 1977 fanden bloss 25 Prozent der Seminaristinnen eine Stelle. Die Klassengrössen waren eingebrochen, da die geburtenschwachen Jahrgänge ins schulpflichtige Alter kamen. Die Krise wurde verstärkt durch die Ausreise vieler ausländischer Familien.

317 Das in der Hochkonjunktur geplante Zementwerk Rekingen, hier auf einer Flugaufnahme von 1985, nahm 1975 den Betrieb auf. Im selben Jahr wurden die Produktionskapazitäten in Holderbank stillgelegt. Die Erdölpreiskrise lies 1974 den Bausektor einbrechen, die Nachfrage nach Zement ging drastisch zurück.

318 Betriebsanlage Sprecher + Schuh Oberentfelden, 1964. Die Erdölpreiskrise steigerte den Absatz der Aarauer Elektrofirma, deren ölarme Schalter gefragte Produkte waren. 1974 berichtete das Unternehmen, pro Arbeitsplatz 100 000 Franken Umsatz zu machen.



319 Die BBC besass 1964 die grösste und leistungsstärkste Datenverarbeitungsanlage der Schweizer Industrie. Die Operatrice hantiert an der Magnetbandeinheit, die sitzende Kollegin bedient die Technikkonsole. Das Unternehmen rationalisierte mit der Anlage die Lohnbuchhaltung.

320 Eine Datenverarbeitungsanlage galt 1969 als etwas Besonderes und fand Erwähnung in Wort und Bild. So im Firmenporträt der Schuhfabrik Odermatt & Co. AG, Zurzach, in der Bezirkschronik Baden-Rheinfelden. Die «Oco», wie sie sich selbst nannte, beschäftigte 400 Personen und produzierte täglich 1500 Paar Schuhe.

321 Am 21. Januar 1983 kündigte die IBM Schweiz den Personal Computer für zu Hause an: mit einem Monochrombildschirm, einer Systemeinheit und einer Tastatur, die sich bequem auf die Knie nehmen liess. Im selben Jahr startete die Firma den Vertrieb über den Fachhandel in den grossen Städten mit anfänglich vier Vertretungen im Aargau.

322 Coop-Zentrale Schafisheim im Bau, 1965. Die geografisch zentrale Lage im Mittelland, Bahn-, Autobahnanschluss und günstige Landpreise führten zur Ansiedlung von Lagerhäusern und Verteilzentralen im Aargau.

323 Verteilzentrale Denner in Mägenwil, 1973. Optimale Verkehrslage mit Autobahn- und Bahnanschluss machten das Dorf begehrt als Standort für grossflächige und verkehrsabhängige Industrie- und Gewerbebetriebe.

324 Im Migros-Verteilzentrum laufen die Food-Bestellungen sämtlicher Filialen zusammen, Suhr 2009. 2021 arbeiteten hier 450 Personen. Die Auslieferung von 1,6 Millionen Europaletten und 400 000 Rollcontainern an Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs erfolgt per Bahn und LKW. 1964 beschäftigte der Standort 370 Personen und verzeichnete einen täglichen Warenumschlag von 200 bis 250 Tonnen.

325 Logistikzentrum mit vollautomatisiertem Hochregallager von Digitec Galaxus in Wohlen, 2018. Die Entwicklung des Internets nach der Jahrtausendwende veränderte das Einkaufsverhalten der Konsumenten und damit auch den Warenfluss. Im Logistikzentrum finden auf einer Fläche von 46 500 Quadratmetern und über 100 Kilometern Regallänge bis zu 1,5 Millionen Artikel Platz für den Online-Versand.

Flucht aus Werkstätten und Maschinensälen

Im Windschatten einer boomenden Industrie und auf der Grundlage eines ungebrochenen Konsums waren im Laufe der 1960er-Jahre neue Geschäftsfelder entstanden: in der Werbung und Unternehmensberatung, in der Stellen- und Immobilienvermittlung, in der Informatik, im Kultur- und Freizeitsektor. Zudem bauten Handels-, Finanz- oder das Transportwesen bedeutend aus. Eine «Flucht aus Werkstatt und Maschinensaal» nannte der Aargauische Arbeitgeberverband 1970 den Rückgang der Beschäftigung im Industriesektor bei gleichzeitiger Zunahme im Dienstleistungssektor.[417] Der Industrie gingen aber auch Arbeitskräfte aus dem Kanton Aargau verloren. Denn höhere Löhne und attraktivere Stellen im dritten Sektor bot der Kanton Zürich.[418]

Betriebszählungen belegten den Strukturwandel: 1965 arbeiteten siebzig Prozent der Beschäftigten im zweiten und 21 Prozent im dritten Sektor. 1975 waren es im zweiten Sektor noch 57, im dritten bereits 37 Prozent. Die Industrie baute in diesem Zeitraum 23 000 Stellen ab, während im Dienstleistungssektor rund 28 000 neue Jobs entstanden. Dominant blieben Industrie und Gewerbe mit über 102 000 Arbeitsstellen gegenüber 65 000 im dritten Sektor. Die Zahlen der Betriebszählungen sind allerdings nicht präzise. Niederschlag in den Statistiken fand, was zum damaligen Zeitpunkt als wichtige Erkenntnisgrösse betrachtet wurde. Die öffentliche Verwaltung (3719 Personen), das Unterrichtswesen (4466) und die kirchlichen Organisationen (412) wurden erst 1975 berücksichtigt. Auch wurde ein Beruf je nach Arbeitgeber dem einen oder anderen Sektor zugeschlagen. Wenn ein Industrieunternehmen eine eigene Werbeabteilung führte, so rechnete man diese Arbeitsplätze ab 1966 dem zweiten Sektor zu. Wurde die Werbung ausgelagert in einen eigenständigen Betrieb, dann erschienen dieselben Stellen im dritten Sektor.[419] Die in der nationalen Buchhaltung erfassten Dienstleistungen beschrieben zudem nur marktfähige, bezahlte Leistungen wie Kinderbetreuung in einer Krippe.[420] Der Wert der von Frauen zu Hause erbrachten Arbeit war kein Thema und blieb unsichtbar. Ein Umstand, an dem sich bis heute nichts verändert hat.

Wie auch in anderen Kantonen verschob sich im Aargau in den folgenden Jahrzehnten der Schwerpunkt vom zweiten in den dritten Sektor. Nach 1991 war der Beschäftigungsanteil des Dienstleistungssektors höher als derjenige von Industrie und Gewerbe. Eine im Jahr 1990 vom Kanton in Auftrag gegebene Studie zur Wirtschaft erkannte im vergleichsweise geringen Anteil des Dienstleistungssektors eine strukturelle Schwäche, dem Aargau fehle ein Zentrum mit Grossagglomeration.[421] Einmal Industriekanton, immer Industriekanton: Mit nun über 60 000 Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe bezeichnete ihn eine Studie der Neuen Aargauer Bank 2014 sogar als «Hochburg der Industrie». Denn der Aargau lag bei einem Anteil von 23 Prozent der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe weit über dem Landesmittel von rund 16 Prozent.[422]

Aargauer Standbein gerät ins Wanken

Mitte der 1970er-Jahre stammten fünfzig bis sechzig Prozent des Volkseinkommens der engeren Region Baden direkt oder indirekt von der BBC.[423] Doch die Weltfirma geriet ins Wanken. 1977 beklagte die BBC den «alle Rekorde brechenden Aufwertungsdruck des Schweizer Frankens», welcher die Firma vor «fast unlösbare Probleme» stellte. Die bestehenden Märkte waren gesättigt, und das Unternehmen sah sich starkem internationalem Konkurrenzdruck ausgesetzt. So verlagerte die BBC das Geschäftsfeld vermehrt in Entwicklungsländer.[424] Von 1977 bis 1985 stagnierte der Umsatz.[425] Der Konjunktureinbruch 1982 verstärkte die Probleme, die BBC musste teilweise Kurzarbeit einführen. Bis 1987 sank der Personalbestand.[426] Der Konzern zahlte schon einige Jahre keine Steuern mehr, als die aus heiterem Himmel angekündigte Fusion der BBC mit der schwedischen Firma Allmänna Svenska Elektriska Aktiebolaget (Asea) am 10. August 1987 Bevölkerung und Politik überraschte und erschütterte.[427] Die neue Firma Asea Brown Boveri (ABB) verlegte ihren Hauptsitz nach Oerlikon und kündigte 1988 einen Abbau von 2500 Stellen an. Gewerkschaften und Arbeiterschaft reagierten mit Protestkundgebungen, das Schlimmste wurde befürchtet. Unter Edwin Somm (*1933) schaffte die Ländergruppe Schweiz in den 1990er-Jahren den Turnaround und schrieb wieder Gewinne – mit reduzierter Belegschaft. Gestandene Familienväter verloren in den folgenden Jahren ihre Stelle, menschlich eine schwierige Situation, wie sich der Gewerkschaftssekretär Max Chopard (*1966) erinnerte.[428]

Hatte die BBC 1980 in der Region Baden noch 14 300 Arbeitsplätze gestellt, beschäftigte ABB Schweiz 1994 im Kanton Aargau noch 8400 Personen.[429] Der Weltkonzern strukturierte in den folgenden Jahren weiter um und stiess die einstigen Kernbereiche des Unternehmens ab: 1995 erfolgte der Zusammenschluss der Sparte Verkehrstechnik von ABB und Daimler-Benz zur Adtranz, vier Jahre später der Ausstieg aus der Bahntechnik; 1999 kam es zu einem Joint Venture mit der französischen Alstom, ein Jahr später erfolgte der Ausstieg aus dem Kraftwerksgeschäft. 2016 übernahm General Electric, der grosse Konkurrent aus den USA, das Geschäft von Alstom. Das Gasturbinengeschäft wechselte dabei zur italienischen Ansaldo. 2018 legte die ABB ihr drittes Standbein aus der Gründerzeit, die Stromnetzsparte, mit dem japanischen Konkurrenten Hitachi zusammen. Mit dem Verkauf realisierte die ABB ein Aktienrückkaufprogramm, der Erlös floss an die Aktionäre zurück. Die ABB fokussiert heute auf digitale Industrien.[430]

Metamorphose von Sprecher + Schuh

Auch die Aarauer Elektrofirma Sprecher + Schuh, welche im Bereich Hochspannung, Niederspannung und Schaltanlagen tätig war, spürte in den 1960er-Jahren den verschärften Konkurrenzdruck, da der weltweite Zuwachs im Elektrizitätsverbrauch von einst jährlich fünf bis zehn Prozent auf zwei bis vier Prozent abflachte.[431] Sprecher + Schuh investierte in die Entwicklung pionierhafter Pro-

dukte (SF6-Schalter und -Anlagen), reorganisierte die Produktion als betriebswirtschaftliche Einheiten mit Profitzentren pro Sparte und lieferte 1972 als Generalunternehmer erstmals ein computergesteuertes Hochregallager. Daraus entwickelte sich in späteren Jahren ein neues Kerngeschäft.[432]

Mit 500 Millionen Franken Umsatz und 4800 Mitarbeitenden erreichte die weltweit tätige Sprecher + Schuh-Gruppe 1980 zwar ihre grösste Dimension, doch die Ertragslage war ungenügend. Ein neu zusammengesetzter Verwaltungsrat verkaufte die Beteiligungen in Belgien, Kanada und der Schweiz, das Unternehmen schrieb erneut Gewinne, und die Aktienkurse erreichten Höchstwerte – ein Scheinwert und ein gutes Geschäft für Aktionäre und die am Unternehmen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Erfolgskurs täuschte darüber hinweg, dass ein weiteres Bestehen aus eigener Kraft vom Verwaltungsrat als nicht erfolgreiche Strategie gewertet wurde. Die Standardisierung im europäischen Markt hatte die Geräte der Anbieter austauschbar gemacht, der Preisdruck stieg. Mit dem Verkauf des Hoch- und Mittelspannungsgeschäfts an die französische Alstom fand sich 1986 ein passender Partner, den man bereits kannte. Alstom übernahm die erfolgreichen Produkte ins eigene Sortiment und deckte den Weltmarkt ab. Die Standorte Oberentfelden, Suhr, Stuttgart, Linz und São Paulo wechselten die Hand. Im Niederspannungsgeschäft ermöglichte ab 1988 die gemeinsame Verkaufsorganisation mit Rockwell Inc. USA die bessere Bearbeitung des Markts. 1993 übernahm Rockwell den gesamten Niederspannungsbereich. Damit wurden wichtige Fabrikationsbereiche an zwei ausländische Grossfirmen und ehemalige Partner verkauft. Auf zukünftige Reorganisationsmassnahmen hatte man in der Schweiz keinen Einfluss mehr.[433]

Den Bereich Hochregallager und Automation entwickelte Sprecher + Schuh, 1994 zu Swisslog umfirmiert, weiter zu einem Unternehmen, welches daten- und robotergesteuerte Logistiklösungen anbot und im Jahr 2010 über 2000 Mitarbeitende beschäftigte.[434] 2014 übernahm Kuka, ein weltweit tätiger Anbieter von Automatisierungslösungen, Swisslog. Ende 2016 erwarb die chinesische Midea-Gruppe die Aktienmehrheit des Kuka-Konzerns.[435] Globalisierung bedeutete nicht nur Zugang zu weltweiten, deregulierten Märkten, sondern auch neue Besitzverhältnisse.

Die Aargauer Elektrotechnikindustrie baute zwischen 1975 und 1991 28 Prozent der Arbeitskräfte ab, während in der Schweiz in dieser Branche sieben Prozent neue Arbeitsstellen geschaffen wurden. Die Gründe lagen am Produktemix der im Aargau niedergelassenen Unternehmen mit Aktivitäten in stagnierenden oder sogar schrumpfenden Weltmarktsegmenten (Stromerzeugung und -verteilung).[436] Die einst überragende Bedeutung der Elektroindustrie belegt die Exportstatistik: Von 1977 bis 1983 übertraf der Aargau die Schweizer Exportwachstumsraten. Eine Trendumkehr kam 1984 und dann verstärkt 1989/90. Aargauer Exporte sanken, gleichzeitig weiteten sich die Schweizer Ausfuhren aus.[437]

Desindustrialisierung trotz Hochkonjunktur

1982/83 gerieten die Aargauer Unternehmen in den weltweiten Strudel einer kurzen Rezession. Die Krise verschärfte den Strukturwandel in der Industrie, die Arbeitslosenquote stieg. Nach 1984 stabilisierte sich die Wirtschaftslage, bis zum Ende des Jahrzehnts trocknete der Arbeitsmarkt aus, die Zuwanderung und die Zahl der Grenzgängerinnen und Grenzgänger wie auch die Teilzeitarbeit von Frauen nahmen zu.[438] Unter der Oberfläche einer florierenden konjunkturellen Entwicklung vollzog sich ein massiver Umbau im zweiten Sektor. Viele Firmen, vor allem die im Aargau dominierende Metall- und Elektroindustrie, aber auch die Textil-, Schuh- und Holzindustrie mussten Personal und Kapazität abbauen.[439] Die Anpassung an neue Märkte und vor allem neue Technologien wurde zur grossen Herausforderung: Die Veränderungen erfolgten «mit derart rasanter Geschwindigkeit, dass oft, was heute investiert wird, morgen schon veraltet ist», schrieb die Industrie- und Handelskammer zur Ausgangslage 1986.[440] Die Ausbreitung der Mikroelektronik in alle Wirtschaftsbereiche bewirkte den Austausch ganzer Betriebseinrichtungen in immer kürzeren Abständen. Viele traditionelle Produkte aus der Maschinenbranche verschwanden.[441] Es kam zu Firmenübernahmen, Zusammenschlüssen, zu Kooperationen. Es erfolgte eine Ausrichtung auf hochwertige Güter und Dienstleistungen. Investitionen zielten auf Rationalisierung und Roboterisierung.[442]

Dennoch verzeichnete die Maschinenindustrie ab der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre bis zur Konjunkturflaute Ende 1990 einen guten Geschäftsgang. Als wachsendes Marktsegment zeichnete sich die Umwelttechnik ab: Wasseraufbereitung, Luftreinhaltung, Energieeinsparung, Mess-, Regel- und Analyseentwicklung, Abfallbeseitigung und Werkstoffrückgewinnung boten neue Geschäftsfelder.[443]

Wachstum: Kunststoff und Recycling

Durch ihre Bedeutung für den Export stand die Aargauer Elektro- und Maschinenindustrie lange im Fokus der Technologieförderung und der Ausbildung. In den 1980er-Jahren wurde neben der Chemie (im Fricktal) die Kunststoffindustrie mit ihrem Nukleus im Freiamt eine Wachstumsbranche.[444] 1965 stammten vierzig Prozent des schweizerischen Bedarfs an Kunststofffolien aus Polyäthylen aus Aargauer Produktion.[445] Unter Professor Wolfgang Kaiser (*1936) etablierte sich «Kunststoff» als neuer Lehrgang an der HTL Brugg-Windisch, 1971 wurde ein Kunststofflabor eingerichtet.[446] Kaiser begründete 1992 das Kunststoff-Ausbildungs- und -Technologie-Zentrum (KATZ) in Aarau. Im Aargau entstand ein Kunststoffcluster mit einer Dichte von Unternehmen und Know-how, das europaweit seinesgleichen suchte.[447] Die Nutzung und Verarbeitung von Kunststoff verschafften ab den 1980er-Jahren nicht nur der Industrie, sondern überall im Kanton auch dem Gewerbe neue Perspektiven.[448] Mit dem Recycling von Kunststoffabfällen, anfänglich aus industrieller Fertigung, ab 2016 mit der Einführung des Haushaltsplastik-Sammelsacks

Tabelle 19 Das grosse Wachstum im Dienstleistungsbereich 1939–2005 (absolute Zahlen)

	1. Sektor	2. Sektor	3. Sektor
1939	40 511	63 223	21 108
1955	28 330	96 957	24 456
1965	15 244	122 964	37 042
1975	10 488	102 466	65 563
1985	12 007	100 382	85 036
1995	15 625	87 693	94 051
2005	6 466	78 274	96 680

Tabelle 20 Strukturwandel in der Industrie: ausgewählte Branchen 1975–1985–1991

	Arbeitsstätten			Beschäftigte			Veränderung Beschäftigtenzahlen	
Branche (Auswahl)	1975	1985	1991	1975	1985	1991	1975/1985	1985/1991
2. SEKTOR: VOM ABBAU BETROFFENE BRANCHEN								
Textilien	91	68	62	4 111	3 297	2 446	–814 / –20%	–851 / –26%
Bekleidung/Wäsche	231	119	97	3 727	2 338	1 527	–1 389 / –37%	–811 / –35%
Lederwaren, Schuhe	102	58	45	1 761	1 564	469	–197 / –11%	–1 095 / –66%
Möbel, Holzbearbeitung und -verarbeitung	788	670	723	7 009	5 867	5 186	–1 142 / –16%	–681 / –12%
Metallbearbeitung und -verarbeitung	591	523	610	11 714	9 653	10 585	–2 061 / –18%	9320
Elektrotechnik, Elektronik, Optik	201	218	305	20 032	19 575	14 172	–457 / –2%	–5 403 / –28%
2. SEKTOR: AUSBAU VON BRANCHEN								
Energie, Wasserversorgung	73	65	68	2 035	2 630	3 038	595 / + 30%	408 / +16%
Nahrungsmittel	145	170	179	3 216	3 886	4 304	670 / + 21%	418 / +11%
Grafische Erzeugnisse, Verlage	193	243	312	4 010	4 434	4 943	424 / + 11%	509 / +12%
Chemische Erzeugnisse	85	77	84	5 459	5 986	6 517	527 / + 9%	531 / +9%
Kunststoff- und Kautschukwaren	81	94	90	2 443	3 366	3 542	923 / + 38%	176 / +5%
Maschinen- und Fahrzeugbau	225	285	387	8 072	9 626	12 266	1 554/ + 19%	2 640 / + 27%
Bauhauptgewerbe	635	706	906	10 802	12 353	13 183	1 551/ + 14%	830 / +7%
Ausbaugewerbe	1 211	1 305	1 602	7 100	8 417	9 387	1 317/ + 19%	970 / +12%
2. Sektor, 1975–1991: Abbau und Ausbau halten sich die Waage	5 060	5 068	5 971	99 409	100 382	99 136	stabil	stabil
3. Sektor, 1975–1991: Ausbau in allen Branchen	12 610	14 061	16 956	68 620	85 036	96 239	+16 416 / +24%	+ 14 305 / +17%

Tabelle 19 Rund 60 000 Stellen schufen Industrie und verarbeitendes Gewerbe in den zwanzig Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Nach 1985 war die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im zweiten Sektor Zeugnis der Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland oder in den Dienstleistungsbereich. Der dritte Sektor boomte im Zeitraum zwischen 1975 bis 1995, als rund 30 000 neue Stellen geschaffen wurden. Quelle: Statistik Aargau.
Tabelle 20 Der Strukturwandel zeigt sich in den Beschäftigtenzahlen zwischen 1975 und 1991: In der Summe hielten sich die Arbeitsplätze in der Industrie. Textilindustrie, Schuh- und Holzindustrie bauten dauerhaft ab, Chemie und Kunststoffindustrie legten zu, die Bauwirtschaft boomte erneut, im Dienstleistungsbereich herrschte «Goldgräberstimmung». Quellen: Statistisches Amt Kanton Aargau, Heft 78, Betriebszählung 1985, 17; Statistische Mitteilungen Nr. 18, Betriebszählung 1991.

Tabelle 21

Strukturwandel in Raten

Spinnereien und Webereien	1982	Spinnerei am Rothkanal (Stilllegung)
	1980er-Jahre	Zwirnerei Stroppel, Untersiggentahl (Stillegung)
	1992	Färberei AG, Zofingen (Übernahme durch Johannes Müller AG Strengelbach, 1994 Aufgabe Produktion Standort Zofingen)
	1995	Buntweberei Müller & Cie. AG, Seon (Produktionsaufgabe)
	2000	Spinnerei Kunz, Windisch (Produktionsaufgabe)
Konfektion	1989	HOCOSA, Safenwil (Umfirmierung in Sawaco AG, 1990 Produktionsauslagerung nach Jugoslawien, Infrastruktur im Krieg zerstört)
	1992	Fehlmann, Schöftland (Schliessung Färberei Birrwil, 2002: Auflösung Fehlmann AG)
	1992	Strickerei Rüegger (Schliessung)
	1995	Bleiche AG Zofingen (Umwandlung in Immobiliengesellschaft Bleiche AG)
	2002	Ritex AG, Zofingen (Liquidation)
Schuhfabriken	1990	Bata Möhlin (Produktionsaufgabe)
	1985	Bally Villmergen (Produktionsaufgabe Standort Villmergen)
Holzindustrie	1977	Novopan AG, Klingnau (Sanierung, Übernahme durch Hiag-Gruppe, 1994 Produktionseinstellung)
	1982	Thermopal, Leibstadt (Konkurs)
	1984	Bugmann, Schifferle & Co. AG Döttingen (Produktionseinstellung)
	1988	Möbelfabrik Mutter AG, Kleindöttingen (Liquidation)
	1989	Franz Minet Möbelfabrik Zurzach (Produktionseinstellung)
	1990	A. Schifferle & Co. AG, Döttingen (Fusion mit Tütsch AG, 2007 Einstellung Produktion)
	1997	Oberle + Hauss AG, Döttingen (Aufgabe Produktion, Umbau zu Geschäftszentrum)
	2001	Kellco AG, Kleindöttingen (Produktionseinstellung)
Chemieindustrie	1987	Sodafabrik Zurzach (Einstellung Sodafabrikation, 1999 Vermietung Firmenareal an Drittfirmen)
	1993	Reichhold Chemie, Hausen (Stilllegung)
Maschinenindustrie/Elektroindustrie	1970	Oehler Aarau (Übernahme durch Georg Fischer, 1983: Stilllegung Giesserei)
	1971	Hämmerli AG, Lenzburg (Übernahme durch die Schweizerische Industrie Gesellschaft, 2003: Aufgabe Produktionsstandort Lenzburg)
	1985	Oederlin, Baden (Einstellung Sanitärtechnik , 1990er-Jahre: Immobilien und Giesserei, 2015 Schliessung Giesserei)
	1986	Sprecher + Schuh (Verkauf Mittel- und Hochspannung an Alstom, 1993: Verkauf Niederspannung an Rockwell Inc. USA)
	1988	Kern (Verkauf, 1990 Fusion mit Cambridge Instruments, Leica, 1991: Liquidation Kern, Produktionsverlagerung nach Heerbrugg, Singapur)
	1988	BBC (Fusion mit Asea zu ABB, 1995: Auslagerung Verkehrstechnik zu Adtranz)
	1991	Merker, Baden (Umfirmierung zu Merker Liegenschaften)
	1992	Maxim, Aarau (Aufgabe)
	1994	Ferrowohlen, Wohlen (Einstellung Produktion)
	1998	BAG Turgi (Auflösung der Sparten, Verkauf Tochtergesellschaften, Umfirmierung zur BAG Immobilien)
	1990	Injecta, Teufenthal (Stellenabbau, 2010: Auflösung)

Tabelle 21 Den tiefen Strukturwandel nach 1970 belegen die obigen Beispiele: Für den Aargau wichtige Unternehmen mit meist auch schweizweitem Bekanntheitsgrad legten die Produktion still oder lagerten sie aus. Einer Schliessung voran gingen Personalentlassungen, oft über mehrere Jahre verteilt. Quellen: u. a. Firmengeschichten, Websites, Ortsgeschichten, industriekultur.ch.

auch für Privathaushalte entwickelte sich fürs Gewerbe ein neuer Geschäftszweig. Beispielhaft hierfür steht die Firma Häfeli-Brügger in Klingnau. Als Pionier im Glasrecycling galt Rudolf Häfeli (1934–2015), der zusammen mit der Vetropack in Bülach ein Verfahren entwickelte, Glas zu sammeln und es der Wiederverwertung zuzuführen. In den 1970er-Jahren fand er zusammen mit seinen Brüdern einen Weg, industrielle Rindenabfälle der Firma Novopan zu recyclieren und damit in den Kreislauf zurückzuführen. Daraus entwickelte sich in den 1990er-Jahren die Wiederverwertung von Grüngut aus dem Haushalt. Mit dem Einsammeln von Abfällen und Wertstoffen und deren umweltgerechter Entsorgung oder Wiederverwertung war ein neuer Industriezweig entstanden.[449]

Industriebrachen und Umnutzungen

In Aargauer Städten und Dörfern verschwanden bedeutende Industrieunternehmen, die oft über mehrere Generationen gewirkt hatten. Mit ihnen lösten sich Identitäten auf, manchmal blieben deren Namen als Haltestelle des öffentlichen Verkehrs oder Quartierbezeichnung erhalten. Unterschiedlich war die weitere Nutzung: Bauliche Wahrzeichen wie das 1968 eingeweihte Hochhaus Sprecherhof in Aarau wurden gesprengt, ein neues Hochhaus bildet heute den Auftakt zu einem neuen Stadtquartier.[450] Im Oederlin- und Merker-Areal in Baden oder im Kern-Areal in Aarau entstanden Ateliers für Kunst- und Kulturschaffende, Gewerbe und eine Schule. Baden nutzte auf dem Areal, das einst nur für die BBC-Arbeitenden zugänglich war und daher als «verbotene Stadt» bezeichnet wurde, die Chance für eine zweite Stadtentwicklung. Die Fabrikgebäude der Sodafabrik Zurzach wurden als Industriepark vermietet.[451] In Lenzburg verlagerte Hero die Fabrikation an den Stadtrand, an der zentralen Lage am Bahnhof entstand ein neuer Stadtteil.[452] Die Spinnereigebäude des Spinnerkönigs Heinrich Kunz in Windisch wurden zu Lofts umgewandelt.

Wiederholt erkannten Investoren, Architektinnen oder Besitzer den historischen Fabrikcharakter als Baukultur. Die Anlagen wurden nun teilweise unter Denkmalschutz gestellt, wie der Bata-Park in Möhlin. Das steigende Interesse an der industriellen Vergangenheit liess Industriekulturpfade entlang von Flüssen entstehen. Das Museum Aargau pflegt eine Industriesammlung, das Staatsarchiv übernimmt Nachlässe von Aargauer Industrieunternehmen, und lokale Museen präsentieren Ausstellungen zur Industriegeschichte. Nationale Verkehrsgeschichte dokumentiert das Archiv von SBB Historic in Brugg. Ein zweites Leben erhielt das ehemalige Eisenbergwerk Herznach, das neu als öffentlich zugängliches Bergwerk Industrie- und Geologiegeschichte schreibt.[453]

Die Krise der 1990er-Jahre

Führten die 1980er-Jahre im Dienstleistungssektor noch zu einem Ausbau in allen Branchen, so wurden die 1990er-Jahre zum Jahrzehnt der Stagnation. Bis dahin war der Konsum ein zuverlässiger Wachstumsfaktor gewesen. Die Kategorie «Handel und Reparaturen» zählte 1975 24 000 Personen, zwanzig Jahre später waren es 44 000 Vollzeitbeschäftigte. Von Konjunkturrückschlägen seit dem Zweiten Weltkrieg kaum betroffen, stagnierte dieser Bereich erstmals in den 1990er-Jahren und verzeichnete bis 2014 einen Rückgang auf umgerechnet 39 000 Vollzeitbeschäftigte. Die Teilzeitstellen erfuhren dabei eine Ausdehnung auf rund 48 000 Personen. Die schwere Rezession der 1990er-Jahre, verbunden mit einem realen Kaufkraftverlust, manifestierte sich in dieser Branche deutlich.[454] Der private Konsum leistete keinen Beitrag als Konjunkturstütze.[455]

Zu einem konjunkturresistenten Standbein der Binnenwirtschaft entwickelte sich in den Jahren 1975 bis 2014 der Bereich «Gesundheit und Soziales». Von rund 7000 (1975) auf 29 000 (2014) Beschäftigte wuchs diese Branche zum zweitwichtigsten Arbeitsbereich im dritten Sektor heran, mit dem höchsten Anteil an Teilzeitstellen (42 166).[456] Stellen wurden in den 1990er-Jahren auch in den Bereichen «Telekommunikation» (Mobiltelefon und Internet kamen auf), «Computer und Software» (PCs verbreiteten sich rasant), «Robotik und Mikroelektronik» geschaffen.[457]

Immobilienblase und Entkopplung von Kapital- und Realwirtschaft

Zwischen 1980 und 1990 verdoppelten sich die Land- und Liegenschaftspreise im Aargau, eine gefährliche Blase entstand. Bauwilligen wurden die Hypotheken regelrecht «nachgeworfen».[458] Dementsprechend florierte die Baubranche und erreichte 1991 den Stand von rund 22 500 Beschäftigten. Die Branche stagnierte dann aber im Verlauf der 1990er-Jahre. Erst nach der Jahrtausendwende profitierte sie von einer Konjunkturerholung und – dank der Regelung des freien Personenverkehrs mit der EU – der Zuwanderung.

Hatten in den 1980er-Jahren die Banken noch ihr Filialnetz ausgebaut, zeigte sich die Kehrseite des Immobilienbooms. Die Inflation betrug Ende 1990 über sechs Prozent. Die Nationalbank verknappte daher die Geldmenge, die Zinsen stiegen in der Folge und erreichten 1992 einen Höchststand, mit Nebenwirkungen: Unternehmen konnten diese Zinslast, die teilweise acht Prozent und mehr ausmachte, nicht mehr tragen. Auch Liegenschaftsbesitzer waren nicht mehr imstande, die rekordhohen Zinsen zu zahlen. Die Immobilienblase platzte und riss Banken in den Abgrund. Die Spar- und Leihkasse Thun kollabierte 1991, die Schweizerische Volksbank und die Solothurner Kantonalbank verloren ihre Eigenständigkeit.[459] Kein Stein blieb auf dem anderen, auch im Aargau fusionierten die Banken und bauten Stellen ab.[460] Das Paradox jener Zeit: Während die Wirtschaft insgesamt stagnierte, verzeichnete der Finanzsektor mit «modernen» Finanzdienstleistungen eine starke Umsatzerhöhung, wies Gewinne aus und profitierte vom Börsenboom.[461]

Tabelle 22

Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im Dienstleistungsbereich

		Dienstleistungen	Handel, Reparaturen	Gastgewerbe	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Banken, Versicherungen, Beratung	Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung	Bildung	Gesundheits- und Sozialwesen	Immobilien, Vermittlung, Interessenvertretung, F&E	Übrige Dienstleistungen	Total Beschäftigte
1939	Betriebe	3 318	1 492	658	95			112		687	6 363
	Beschäftigte	7 431	5 509	3 181	912			1 297		1 609	18 330
1955	Betriebe	3 537	1 531	764	251		11	741	234	188	7 257
	Beschäftigte	9 109	5 280	4 129	1 998		35	3 385	686	593	25 215
1965	Betriebe	3 432	1 274	855	198		101	966	7 432	323	7 432
	Beschäftigte	13 644	5 513	5 630	2 059		264	5 039	34 890	1 613	34 890
1975	Betriebe	4 680	1 366	942	430	539	953	699	11 866	1 265	11 866
	Beschäftigte	23 723	7 013	6 498	3 754	3 719	4 466	7 062	65 563	3 273	65 563
1985	Betriebe	5 442	1 372	920	457	594	1 013	988	14 061	657	14 061
	Beschäftigte	31 060	7 980	7 896	4 935	4 701	4 929	10 322	85 036	1 433	85 036
1995	Betriebe	6 002	710	1 234	1 288	625	1 182	1 408	18 495	2 020	18 495
	Beschäftigte	43 673	6 744	13 402	11 605	6 621	12 031	19 837	141 723	7 741	141 723
2005	Betriebe	6 093	630	1 440	1 438	556	1 199	1 554	19 774	1 879	19 774
	Beschäftigte	43 577	6 056	15 178	10 618	7 506	14 368	26 604	158 470	8 802	158 470

Grafik 59

Hypothekarzinsen Aargau 1970–2014 (in Prozent)

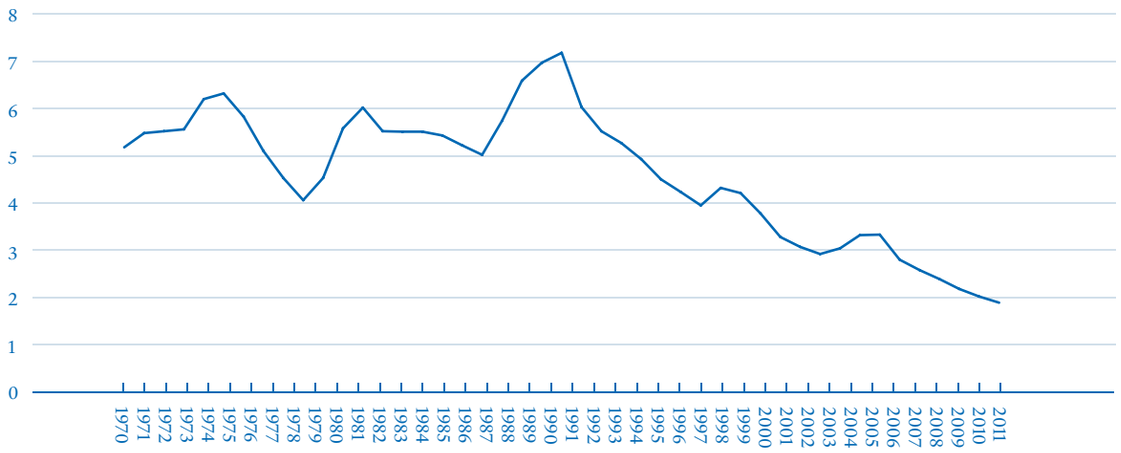


Tabelle 22 Die Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungsbereich zeigte immer nach oben: Konsum, Gesundheit oder die Informationstechnologie schufen neue Stellen ausserhalb von Werkstatt und Maschinensaal. Quellen: Bundesamt für Statistik, Betriebszählungen; Statistisches Jahrbuch des Kantons Aargau.

Grafik 58 Hypothekarzinsen von 1970 bis 2014: Zwischen 1981 und 1995 lag der Hypothekarzins immer über fünf Prozent. Auch die Kapitalaufnahme gestaltete sich für Unternehmer als teuer. Die Steigerung Anfang der 1990er-Jahre war für Liegenschaftsbesitzer nicht tragbar, manche Banken sassen auf zu hohen Schulden. Die 1990er-Jahre wurden zum Fusionsjahrzehnt der Banken. Quelle: Statistik Aargau.

Frauen im Beruf: Teilzeitarbeit

Unter dem Eindruck chronisch mangelnder Arbeitskräfte schilderte der eidgenössische Fabrikinspektor 1964 anhand eines Beispiels, wie mit besseren Rahmenbedingungen vierzig- oder fünfzigjährige verheiratete Frauen für Teilzeitpensen zu gewinnen wären, sogar für die Fabrikarbeit. «Die Kinder ziehen aus, die relativ kleine moderne Wohnung im Wohnblock bietet keinen genügenden und befriedigenden Aufgabenbereich mehr. […] Oft heisst es, es sei unmöglich aus organisatorischen Gründen […], aber bei näherem Zusehen entdeckt man verschiedene Frauen, die seit Jahren regelmässig Teilzeitarbeit leisten […]. In einem Dorf, wo bereits grosse Betriebe mit stark weiblicher Belegschaft bestehen, hat sich eine kleinere neue Fabrik niedergelassen, die ausschliesslich Frauen benötigt. Erstaunlicherweise war die nötige Anzahl Frauen leicht zu finden, aber von zehn Personen halten nur ganz wenige die normale Arbeitszeit ein, alle anderen arbeiten nach persönlichen Vereinbarungen. Der Betrieb kommt ohne Ausländerinnen aus.»[1]

1939 führten Menzinger Ordensschwestern die erste Aargauer Kinderkrippe im Kinderheim Wohlen. Denn in der Hutgeflechtindustrie dominierte die Frauenarbeit.[2] In den 1960er-Jahren entstanden weitere, anfänglich von italienischen Nonnen geführte Krippen, die sich in den 1970er-Jahren für alle öffneten.[3]

In den 1980er-Jahren nahm die Zahl der Erwerbstätigen nicht nur wegen der Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte zu, nun traten zunehmend gut ausgebildete Frauen in den Arbeitsmarkt ein. Dabei spielte die Teilzeitarbeit eine wichtige Rolle. Die Statistik erfasste diese Veränderung erst ab 1985, als sie hierzu Zahlen erhob. 1991 standen 6,6 Prozent aller erwerbstätigen Männer in einem Teilzeitarbeitsverhältnis, bei den Frauen waren es 36,6 Prozent.[4]

1 AAV 1964, 20; Bezirkschronik Lenzburg Kulm 1966, 106: Passt zum Betrieb Ruth Senn-Obi Strickerei in Hendschiken.
2 AZ-Online, 2.9.2014.
3 Baldinger Fuchs 2016, 165f.
4 AIHK Mitteilungen 1991, 50.

326 Hilfszeichnerin als Frauenberuf, 1963. Eine Lehre sei für Mädchen nicht unbedingt erforderlich, sie würden ja doch eines Tages heiraten, erklärten zwei Frauen in der BBC-Hauszeitung. Mit der vier Monate dauernden Hilfszeichnerschule fand die BBC einen Weg, dem Personalmangel zu begegnen, und Frauen gelang der Eintritt in die Männerdomäne der Werkzeugkonstruktion.

327 Firma Ruth Senn-Obi in Hendschiken, 1965. Die Strickerei nahm 1958 den Betrieb auf und fand genügend Schweizer Arbeiterinnen, da Arbeitszeit und Arbeitsumfang persönlich vereinbart wurden. Sieben Jahre später produzierte das Unternehmen 45 000 Paar Strumpfhosen mit 15 Heimarbeiterinnen und 9 Frauen in der Fabrik.

Tabelle 23

Zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen 1985–2005

	1985	1985	1995	1995	2005	2005
Erwerbstätigkeit von Frauen	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Frauenanteil im 2. Sektor	24 399	23%	20 226	21%	18 837	21%
Frauenanteil im 3. Sektor	53 365	49%	72 092	51%	83 889	53%
Anteil der Frauen an den Beschäftigtenzahlen	77 764	36%	92 318	39%	102 736	42%

Tabelle 24

Teilzeitarbeit im Aargau 1985–2015

	1985	1995	2005	2015
Teilzeit bei Frauen	37%	49%	55%	53%
Teilzeit bei Männern	6,4 %	8%	11%	10%

Tabelle 25

Entwicklung der beruflichen Lehrverhältnisse Frauen und Männer 1955–1992

Lehrabschlüsse	1955		1965		1974		1980		1992	
Männer total	1270	71%	1357	63%	2305	64%	2610	61%	2564	57%
Frauen total	511	29%	785	37%	1272	36%	1672	39%	1926	43%

Tabelle 23 Teilzeitarbeit wurde ab 1985 in der Betriebszählung erfasst. Die Reduktion im zweiten Sektor spiegelt den Stellenabbau im Industriebereich, im wachsenden Dienstleistungsbereich entstanden viele Teilzeitstellen im Verkauf und im Gesundheitsbereich. Quellen: Statistisches Amt Aargau, Betriebszählungen; Statistisches Jahrbuch 2007.
Tabelle 24 Die Zunahme der Anzahl berufstätiger Frauen ging zwischen 1985 und 1995 ausschliesslich aufs Konto von Teilzeitstellen. Es lässt sich eine deutliche Verlagerung der Frauenerwerbsarbeit in Richtung Teilzeitbeschäftigung feststellen. Quellen: Statistisches Jahrbuch 2007, 82; Statistisches Jahrbuch 2017, 61.
Tabelle 25 Der Berufsfächer öffnete sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts für Frauen. Noch 1950 gab es wenig Auswahl: Schneiderin und Verkäuferin deckten den Grossteil des Lehrstellenangebots ab – Berufe, die ein Einkommen mit Tieflohn garantierten. Quellen: BAH 1950, 1960, 1974, 1980, 1992.

328 Der Paukenschlag erfolgte 1987 mit der Ankündigung der Fusion der Schweizer Weltfirma BBC mit der schwedischen Asea zur ABB. «Elefantenhochzeit» titelte die Presse. Es war der Auftakt für den Verkauf der verschiedenen Sparten in den folgenden Jahrzehnten.

329 Grosskundgebung gegen die Entlassungen bei der ABB im April 1988 in Baden: Rund 1500 Personen folgten dem Aufruf des Gewerkschaftsbundes Aargau und demjenigen von Zürich und protestierten gegen die «Arbeitsplatzvernichtung» bei Asea Brown Boveri.

330 Hauptsitz von Sprecher + Schuh in Aarau, vor 1965. Trotz hervorragender Produkte wurde es im gesättigten Markt der Elektrizitätsversorgung immer schwieriger, sich gegen die Konkurrenz im Ausland zu behaupten. Für Sprecher + Schuh war der Weltmarkt eine Schuhnummer zu gross geworden, das Abstossen einzelner Geschäftsbereiche ab Mitte der 1980er-Jahre versprach für diese mehr Entwicklungsmöglichkeiten.

331 Arbeiter und Politiker aus Freiburg demonstrierten 1996 in Rheinfelden gegen die Schliessung der Brauerei Cardinal. Mit Fusionen und Stilllegungen ab 1988 war die Feldschlösschen-Gruppe gewachsen, bis sie ihrerseits im Jahre 2000 von der dänischen Carlsberg übernommen wurde.

332 Sonderausgabe *Aargauer Tagblatt* 1992: Die 1990er-Jahre wurden zum Jahrzehnt der schweren Rezession. Die Krise war besonders hartnäckig, weil verschiedene Entwicklungen wie der Zusammenbruch des langjährigen Immobilienbooms, die Hypothekenkrise der Banken, die Deindustrialisierung, die Verlagerung von Produktionsstandorten ins Ausland oder die Lohn- und Konsumstagnation zusammenkamen.

333 Produktkatalog der Stuhl- und Tischfabrik Klingnau AG, 1970: Der wirtschaftliche Umbau betraf auch das untere Aaretal – lange Hochburg der Holzverarbeitung. Die Fabriken gingen reihenweise ein. Umso wichtiger war die Ansiedlung hochwertiger und gut bezahlter Stellen durch die Nuklearindustrie in den Dörfern Villigen, Würenlingen, Döttingen und Leibstadt.

334a und b Kunststoffprodukte «made in Aargau»: 1969 erfand die Firma Riwisa in Hägglingen die Stapeltasse Swissair, ein Jahr später folgte der Einwegbecher mit Wabenmuster. Die Vielfalt und die Grösse der Kunststoffindustrie sind eine Aargauer Spezialität.

335 Industriedesign und Kunststoff: Die Firma Rotho produziert in Würenlingen Haushaltsgegenstände. Der rote Fleischhammer von 1981 befindet sich in der Sammlung des Museums für Gestaltung, Zürich.

336a und b Die Anlage des Bioriko-Erdenwerks der Firma Häfeli-Brügger in Klingnau, 1970er-Jahre: Das Denken in Kreisläufen war naheliegend, als es darum ging, die Unmengen an Rindenabfällen der Spanplattenfabrik Novopan der Wiederverwertung zuzuführen. Aus dem gehäckselten Material in Rottenkörben entstand Rindenkompost für den Garten.

337 Glascontainer und Sammellastwagen der Firma Häfeli-Brügger, nach 1979. Ein neues Geschäftsfeld tat sich Ende der 1960er-Jahre mit der Glassammlung in der Mulde auf. Was im Ausland möglich war, sollte auch in der Schweiz umgesetzt werden. Häfeli-Brügger organisierte die Glassammlung, die Firma Vetropack entwickelte das Einschmelzverfahren.

338 Industrie als Erlebnis: Glocken werden seit über 650 Jahren mitten in der Stadt Aarau gegossen. Einen Besuch in der letzten Schweizer Glockengiesserei H. Rüetschi AG empfiehlt Aargau Tourismus. Geführte Touren durch die Produktionsstätte zeigen traditionelles Kunsthandwerk in Verbindung mit moderner Technologie.

Galten steigende Börsenkurse als Indikator für eine prosperierende Wirtschaft, verfälschten sie in den 1990er-Jahren die Konjunkturprognosen. So erklärte Hans-Peter Zehnder (*1954), Präsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer, im Jahr 1996, dass die Konjunkturforscher einen Aufschwung versprachen, wo sich die Realität doch anders präsentierte: «Fast jeden Tag lesen wir in den Zeitungen, dass sich unsere Wirtschaft in einer schlechten Verfassung befindet. Entlassungen, Restrukturierungen, Betriebsschliessungen und Produktionsverlagerungen sorgen für Schlagzeilen. Solch einschneidende Massnahmen einzelner Unternehmen widerspiegeln die gesamtwirtschaftliche Lage. […] bemerkenswert ist eine Meldung, die Anfang April 1996 erschienen ist. Die Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF) teilt mit, dass sie ihr Konjunkturbarometer geändert habe. Statt sechs Einzelindikatoren werden nun nur noch deren fünf berücksichtigt, da der Aktienindex wegen der Globalisierung der Wertpapiermärkte und der zunehmenden Bedeutung der Sekundärmärkte (Derivate!) den Bezug zur realwirtschaftlichen Entwicklung verloren habe! Und prompt zeigt denn auch der neue Sammelindex der vorlaufenden Indikatoren, dass für 1996 ein deutlich schlechteres Bild zu erwarten ist.»[462]

Langzeitarbeitslosigkeit und «Berufswechsler»

Die Schweizer Wirtschaft geriet nach 1990 ins Stocken und kam während fast eines Jahrzehnts kaum wieder in Schwung. 1991 sank die Beschäftigung in zwei Dritteln aller Branchen, die Arbeitslosenzahlen erreichten ein Niveau, das bisherige Erfahrungen von Konjunktureinbrüchen weit übertraf. Innerhalb eines Jahres verdoppelten sie sich in der Schweiz von 25 000 auf über 58 000 Personen. Ungewöhnlich war, dass alle Berufsgruppen und Regionen betroffen waren.[463] Der grösste Teil umfasste unqualifizierte Arbeitskräfte, doch neu stammten zwanzig Prozent der Stellenlosen aus der Berufsgruppe «Verwaltung, Büro». Noch ungewöhnlicher war, dass auch «Qualifizierte aus dem Kader oder mit Fachfunktion» auf der Strasse standen.[464] 1993 sprach man erstmals von Langzeitarbeitslosigkeit. Das Instrument der Arbeitslosenversicherung genügte nicht mehr als soziale Absicherung einer vorübergehenden Krisenzeit.[465] Für eine wachsende Zahl von Arbeitsuchenden bestand auch nach monatelangem Bewerben keine Aussicht auf eine bezahlte Arbeitsstelle. Sie wurden ausgesteuert.

Zwischen 1991 und 1997 stieg die Zahl der Anmeldungen bei den Arbeitsämtern im Aargau von 1500 auf über 12 000 Personen und pendelte sich seither auf sehr hohem Niveau ein. Der Kanton reagierte darauf mit zwei Massnahmen: Zur Vermittlung von Arbeitslosen wurden zum einen Regionale Arbeitsvermittlungszentren eingeführt, zum anderen wurden ausgesteuerte Personen einem Beschäftigungsprogramm zugewiesen.[466] Gewerkschaften setzten durch, dass bei Entlassungen in grösseren Firmen ein Sozialplan vorgelegt werden musste, der vor allem älteren Arbeitnehmenden eine vorzeitige Pensionierung ohne Rentenkürzung ermöglichte. Ausgesteuerte versuchten den Gang in die Selbstständigkeit oder erhielten Unterstützung vom Sozialamt.

Eine im Vergleich zur Schweiz (1995: Ø 5,2 %) tiefere Arbeitslosenrate gehörte in den 1990er-Jahren trotz des hohen Industrieanteils zu den Merkmalen der Aargauer Wirtschaft (1995: Ø 2,9 %).[467] Vorteilhaft wirkte sich einerseits die Lage aus: eine dezentrale Siedlungsstruktur ohne Grossstadt zwischen mehreren grossen Arbeitsmarktzentren. Andererseits federten der Branchenmix der Industrie, die gute Berufsbildung im technischen Bereich und die Anstrengungen der KMU, für Schulabgängerinnen und Schulabgänger Lehrstellen bereitzustellen, die Arbeitslosigkeit ab.

Der Strukturwandel veränderte die Berufsbildung: Die Maschinenindustrie reduzierte im Jahr 2000 die Zahl der Lehrberufe von zwanzig auf sieben. Neue Berufe wie Mediamatikerin, Telematiker, Mechapraktiker oder Betriebspraktikerin entstanden. Dazu gab es neue Ausbildungsmodelle wie Ausbildungsverbünde. Neu sprach man von «Berufswechslern». Fünfzig Prozent der Erwachsenen übten im 2000 nicht mehr den einst erlernten Beruf aus. Bereits in der Gruppe der 15- bis 24-Jährigen arbeiteten drei von zehn Lehrabsolvierenden in einem anderen Beruf. Bei den 55- bis 60-Jährigen betrug der Anteil der Berufswechselnden sogar sechzig Prozent.[468]

Deutliches EWR-Nein und Globalisierung

Der Fall der Berliner Mauer 1989, der Zusammenbruch der Sowjetunion, der Reformprozess in China und die Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) führten zu einer Ausweitung der Märkte und zu einer Intensivierung der internationalen Verflechtung. 1987 war klar, dass die Europäische Gemeinschaft den gemeinsamen Binnenmarkt verwirklichen würde. Der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital würde die ausländische Konkurrenz stärken. Eine Umfrage der Industrie- und Handelskammer ergab 1988, dass die grossen Industrieunternehmungen frühzeitig mögliche Auswirkungen analysiert und entsprechende Verhaltensszenarien entwickelt hatten. Von den KMU glaubten hingegen viele, sie seien von den anstehenden Umwälzungen nicht betroffen.[469]

Am 6. Dezember 1992 lehnte das Schweizer Volk mit 50,3 Prozent den Beitritt der Schweiz zum EWR ab. Im Aargau betrug die Ablehnung satte sechzig Prozent. Der Aargauische Gewerbeverband mit Mitgliedern, die mehrheitlich im Binnenmarkt agierten, sprach sich dagegen aus. Die Industrie- und Handelskammer hingegen setzte sich für ein Ja ein. Als der europäische Binnenmarkt 1993 in Kraft trat, suchte die Schweiz den Anschluss über bilaterale Verträge und passte ihr Kartellrecht schrittweise den in der Europäischen Union geltenden Wettbewerbsbestimmungen an.[470] Für die KMU ging die Rechnung nicht auf. Die stetige Öffnung der Märkte veränderte die Konkurrenzverhältnisse nachhaltig, der Preisdruck erhöhte sich massiv. «Vor allem die bisher vornehmlich im Inland operierenden KMU-Betriebe finden sich in dem veränderten Umfeld nur schwer zurecht», analysierte die Industrie- und Handelskammer die Lage 1997.[471] Das Konzept der dualen Wirtschaft mit einem geschützten Binnenmarkt und einer auf dem Weltmarkt sich behauptenden Exportwirtschaft löste sich auf.[472]

Aufgrund dieser Entwicklung folgerte der Präsident der Industrie- und Handelskammer, Hans-Peter Zehnder, 1996, dass die Stagnation der 1990er-Jahre letztlich nicht auf eine schwache Konjunktur zurückzuführen war, sondern fundamentale Probleme aufzeigte: «Politische Veränderungen, wie sie vor 10 Jahren undenkbar gewesen wären, führten dazu, dass wir mit neuen Wirtschaftsräumen konkurrieren (Osteuropa, China), die mit Schweizer Produkten auch in Sachen Qualität durchaus mithalten können, aber billiger sind. Die Globalisierung der Wirtschaft wird im weiteren stark gefördert durch eine eigentliche Revolution in der Kommunikations- und Informationstechnologie (Stichworte Internet, Multimedia-Techniken). Damit werden die Märkte sehr transparent, herkömmliche Grenzen fallen weg. Je nach Branche hat es in der Vergangenheit genügt, sich am Inlandmarkt zu orientieren, heute ist der europäische Kontinent oder sogar die ganze Welt der relevante Wirtschaftsraum. […] Globalisierung betrifft nicht nur Industriegüter, sondern auch Dienstleistungen und tägliche Konsumprodukte. Der Schweizer Software-Entwickler steht in Konkurrenz zu Anbietern aus der Tschechei oder Asien, der Schweizer Obstbauer muss sich mit Produzenten aus Kalifornien oder Südafrika messen.»[473]

Trotz Strukturanpassungen und Entlassungen war der Kanton Aarau einer der wenigen Kantone, die lange Zeit keine aktive Wirtschaftsförderung kannten. Das Finanzdepartement führte eine Stabsstelle für Wirtschaftsfragen und Beratung mit dem Ziel: Förderung des Dienstleistungssektors und einer konkurrenzfähigen Industrie. Steuererleichterungen, Finanzhilfen oder kostenloses Zurverfügungstellen von Bauland für einzelne Firmen kamen nicht infrage.[474] Im Standortwettbewerb der Kantone untereinander und gegenüber dem Ausland rückten in den 1990er-Jahren günstige Steuerbedingungen für Kapitalgesellschaften in den Vordergrund, die 1999 zu einem neuen aargauischen Steuergesetz führten.[475]

Kommunikation und Digitalisierung

Hans Erich Roth (1931–2020), Direktor der Mühlebach Papier AG und Präsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer, kritisierte 1986 die Monopolstellung der PTT im Fernmeldebereich und beschrieb die Schlüsselfunktion der Kommunikation für die zukünftige Informationsgesellschaft: «Wir sind gegenwärtig daran, von der Industrie- zur Informationsgesellschaft zu wechseln. […] Es ist nicht übertrieben zu behaupten, dass derjenige einen strategischen Vorsprung haben wird, der es am besten versteht, mit der Information umzugehen. Die Information wird damit mehr und mehr zur Handelsware. […] Wir sträuben uns dagegen, Information gar als Investition zu betrachten. Maschinen und Anlagen sind klar definierte Investitionsobjekte. […] Wir erkennen den unwahrscheinlichen Aufschwung der Kommunikationstechnologie. […] es wird notwendig sein, dass der monopolistische Anbieter des Netzwerkes, nämlich die PTT, uns mit den modernsten Mitteln versorgt.»[476] Im selben Jahr gab die PTT das Monopol auf Endgeräte auf, neue Telefonapparateanbieter traten auf den Markt.[477] Im Zuge der Liberalisierung der PTT kam es 1993 zur Aufteilung des Unternehmens in die Bereiche Post und Telekommunikation, aus letzterer entstand 1998 die Swisscom AG mit Mehrheitsbeteiligung durch den Bund.[478]

Die Entwicklung des Internets in den 1990er-Jahren veränderte die Informationsmöglichkeiten grundlegend und führte innerhalb eines Jahrzehnts zu komplett neuen Geschäftsfeldern. Die Nutzung von E-Mails etablierte sich in den Unternehmen ab Mitte der 1990er-Jahre, im privaten Bereich verlief die Entwicklung langsamer. 1997 nutzten sieben Prozent der Bevölkerung das Internet regelmässig, 2016 waren es 85 Prozent.[479] Einzelne Anwender und Gruppen erkannten früh das Potenzial. Drei Beispiele: Als 1994 Google und Yahoo aufkamen, gründete Roland Brack (*1972) die Einzelfirma Brack Consulting für den Verkauf von Elektronik mit Firmensitz und Lager in Mägenwil. Bereits 1997 programmierte er eine Website mit direkten Bestellmöglichkeiten unter brack.ch – die erste Version eines Online-Shops. Bis 2020 entwickelte sich das Unternehmen zu einem der umsatzstärksten E-Commerce-Plattformen der Schweiz mit einem Vollsortiment am Lagerstandort im luzernischen Willisau.[480] In Wohlen belegte Digitec-Galaxus, 2020 der grösste Online-Händler der Schweiz, seit 2009 mit seinem Schweizer Zentrallager die Hallen des einstigen Stahlwerks Ferrowohlen.[481]

Aus der Informatikabteilung des Schweizerischen Bauernverbands in Brugg entstand die Firma green.ch, die 2010 den fünftgrössten Internetprovider der Schweiz stellte. Gegründet 1995, bot die Firma als eine der ersten Anbieterinnen den Endbenützern in der Schweiz unter dem Namen «@pop.agri.ch» einen E-Mail-Account an. Swisscom führte erst 1996 das Internetportal «Blue Window» ein. Mit dem zweiten Unternehmensbereich, Green Datacenter AG, entstanden in Lupfig bis 2020 vier Rechenzentren – der Schweizer Datenhub für Unternehmen und internationale Cloud-Provider.[482]

Gesellschaft und Alltag

Die Erfahrungen von Mangel und Sparsamkeit während der Kriegszeit prägten die Schweizer Haushalte bis in die 1960er-Jahre. Dennoch vermittelte die strukturelle Stabilität während des Kalten Kriegs allgemeine Sicherheit und Planbarkeit. Und der wachsende Wohlstand bewirkte, dass anteilsmässig immer weniger Geld für Nahrungsmittel, Bekleidung und Miete ausgegeben werden musste. Die rasche Technisierung von Haushalt und Arbeitsplatz, neue Kommunikationsmedien und die zunehmende Mobilität brachten aber nicht nur materielle Veränderungen mit sich, sondern berührten alle Lebensbereiche und führten zu einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel.

Seit 1945 entwickelte sich die Bevölkerung im Aargau von einer dörflich-konfessionell geprägten Gesellschaft hin zu einer pluralisierten Konsum- und Freizeitgesellschaft. Dieses Kapitel zeigt, wie sich diese Veränderung in verschiedenen Alltags- und Gesellschaftsbereichen vollzog. Querschnittsthema dabei ist die Geschlechtergeschichte. Für Frauen änderte sich mitunter durch die steigende Erwerbsquote vieles grundlegend. Der Zugang zu hormonellen Verhütungsmitteln war ein Schritt hin zu weiblicher Selbstbestimmung. Beratungsstellen, Frauenzentren in Baden und Aarau sowie die Frauenbewegung setzten sich für die rechtliche und soziale Gleichstellung der Frauen ein. Die Kleinfamilie galt als Nukleus der Gesellschaft, doch pluralisierten sich Lebenskonzeptionen zunehmend.

Eine Darstellung für den Kanton Aargau zu diesen Themenbereichen fehlt bislang. Als Grundlage für das Kapitel dienten einerseits Standardwerke und andererseits Vereins-, Verbands- und Ortsgeschichten sowie regionalhistorische Periodika. Passende Quellenbestände wurden in Nachlässen, staatlichen Aktenbeständen und in der bis 1990 vielfältigen Aargauer Tagespresse gefunden. Zeitzeugengespräche füllen die Lücken.

Der erste Abschnitt von Annina Sandmeier-Walt und Ruth Wiederkehr zeigt, wie aargauische Produkte den Alltag und die Konsumgewohnheiten prägten und wie Frauen über die Anschaffung der meisten Verbrauchsgüter bestimmten. So erleichterte zum Beispiel ein Waschautomat der Firma Merker die Haushaltsarbeit. Ursprünglich in den USA entwickelte Nahrungsmittel wie Kaugummi oder Pommes-Chips wurden schliesslich auch im Aargau produziert und fanden grossen Absatz. Auch Fertigprodukte von Hero in Lenzburg waren ein Inbegriff des modernen Lebensstils. Dazu gehörte es, im Shoppingcenter einzukaufen. Hierfür wurde Spreitenbach zum Synonym. Auch die Fast-Food-Gewohnheiten ab den 1980er-Jahren wurden im Aargau geprägt, etwa mit Döner Kebab in Spreitenbach oder mobilen Imbissständen aus Birmenstorf. Firmen in Schinznach und Safenwil importierten Personenwagen in die Schweiz, die ab den 1960er-Jahren zum unverzichtbaren Gut wurden – auch in der Freizeit.

Im zweiten Abschnitt von Fabian Saner wird dargelegt, wie Sport sich pluralisierte und wie Kur- und Freizeitbäder ihre Angebote am zunehmenden Bedürfnis der Gesundheitsförderung ausrichteten. Sport, als Spiel, Spass und Wettkampf wurde bis in

die 1960er-Jahre vor allem in den Turnvereinen betrieben, die nach Konfession und Milieu in geschlechtergetrennte Sektionen aufgefächert waren. Aus der Turnbewegung entstanden Sportarten wie Leichtathletik oder Handball, die im Aargau auf hohem Niveau und teils professionell betrieben wurden. Fussball bildete ab den 1970er-Jahren einen integrierenden Faktor für Migranten in den Industriedörfern und Agglomerationen. Den ersten Frauenfussballclub der Schweiz gründeten zwei Murgenthalerinnen. Der Kanton Aargau förderte den – vielfach nicht mehr in Vereinen, sondern individuell betriebenen – Breiten- und Spitzensport. Daneben war der Aargau mit verschiedenen Salzwasser- und Warmwasserquellen seit Langem ein Bäderkanton mit Kur- und Freizeitbädern. Immer seltener wurden Kuraufenthalte gemacht, sondern bei Kurzbesuchen Wellnessbedürfnisse befriedigt, so auch in Zurzach, wo 1955 eine Quelle erbohrt wurde.

Im dritten Abschnitt von Annina Sandmeier-Walt und Ruth Wiederkehr liegt der Fokus auf Religion und Säkularisierung. Bis in die 1960er-Jahre waren die christkatholische, die reformierte und die römisch-katholische Kirche gesellschaftlich und politisch wichtige Stimmen. Sie verloren jedoch bis Ende des 20. Jahrhunderts stark an Bedeutung, denn organisierte Religion als ein Mittel sozialer Kontrolle hatte ausgedient. Gleiche Erfahrungen machte die traditionell im Aargau beheimatete religiöse Minderheit der Jüdinnen und Juden, wobei die israelitischen Gemeinschaften auch von einer Abwanderung betroffen waren. Durch die Migration aus Osteuropa, Asien und Afrika entstanden neue christlich-orthodoxe Gemeinschaften, die sich getrennt nach sprachlichem Hintergrund organisierten. Besonders deutlich wurde die Präsenz des Islams verschiedenster Herkunft und Tradition, oft in diskreten Gebetsräumen, nur selten in Neubauten von eigentlichen Moscheen. Während im Untersuchungszeitraum der Anteil der konfessionell Nichtgebundenen deutlich anstieg, etablierten sich in den wachsenden Agglomerationen des Kantons freikirchliche Vereinigungen.

Die politische und materielle Stabilität wurde auch als Trägheit wahrgenommen, der soziale Bewegungen entgegentraten. Patrick Zehnder untersucht im vierten Abschnitt, wie soziale und politische Jugendproteste die Aargauer Kleinstädte und Dörfer erreichte. Meist mit etwas Verspätung fanden hier erst Halbstarke, nach «1968» Hippies und schliesslich die Jugendbewegung von 1980 einen Rückzugsraum für ihre Experimente. Sie erprobten neue Formen des Zusammenlebens und -arbeitens in den Bauernhäusern, die infolge der Deagrarisierung leer standen. Ebenso boten sich hierfür Industriebrachen an, die mit der Entwicklung von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft entstanden. Wenn auch die jungen Leute ihre musikalischen und politischen Vorbilder im Ausland fanden, so entstand in den 1980er-Jahren mit einer Handvoll Aargauer Wanderdiscos ein Phänomen, das auf den ländlichen Raum zugeschnitten war.

Konsum und Freizeit

Der Sog der Waren- und Erlebniswelt

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wandelte sich die Gesellschaft zu einer Konsum- und Freizeitgesellschaft. Der Aargau trug mit seiner industriellen Produktion von Verbrauchsgütern und grossen Shoppingcentern im Grünen zur Versorgung der Massen bei. Die zunehmende freie Zeit neben der Arbeit und die Verlängerung der Feriendauer beförderten zudem die Reiselust und die motorisierte Freizeitgestaltung. — *Annina Sandmeier-Walt und Ruth Wiederkehr*

Das stilvolle Heim

Mit steigender Kaufkraft und zunehmender politischer Stabilität wurde die Spar- und Rationalisierungsmentalität der 1930er- und 1940er-Jahre ab den 1950er-Jahren verdrängt. Für die breite Bevölkerung gehörte es in den 1960er-Jahren dazu, ein Auto zu kaufen, und neben einem Fernseher leistete man sich auch Kühlschrank und Waschmaschine.[1] Die technischen Entwicklungen ermöglichten es, viele Haushaltsarbeiten maschinell zu erledigen. Neben der Technisierung des Haushalts prägten aber auch die Verfügbarkeit neuer Textilien und Möbeltrends das Leben im Eigenheim.

Mehr Freizeit dank Waschmaschine?

Im Jahr 1950 war Merker die erste Firma in der Schweiz, die nach amerikanischem Vorbild einen Waschvollautomaten aus einheimischer Produktion auf den Markt brachte. Die neue Trommelwaschmaschine kostete 2100 Franken. Zwei Jahre später war das neuste Modell bereits 2750 Franken teuer, was im Jahr 2020 12 000 Franken entspräche. Die Anschaffung dieses Automaten war demnach eine grosse Investition und musste wohlüberlegt sein. Die Werbung von Merker betonte daher jahrzehntelang Qualität und Beständigkeit als zentrale Merkmale einer Waschmaschine aus ihrem Haus. Das technische Gerät faszinierte die Besitzerinnen und Besitzer. Man habe ganze Waschgänge «geschaut», so ein Bericht aus jener Zeit.[2] Waschen mit der Maschine wurde bald zur Normalität.[3] Und wer sich eine Waschmaschine nicht leisten konnte, ging in den Waschsalon, wo wie in Birmenstorf eine «Merker» installiert war.[4]

Die verschiedenen Haushaltsapparate wurden mit Arbeitserleichterung und der Aussicht auf mehr Freizeit beworben. Auf den Fotografien einer Werbebroschüre des Schweizerischen Spenglermeister- und Installateurverbands von 1970 sind Mütter zu sehen, die dank gewonnener Zeit auf dem Markt einkaufen gehen, sich den Kindern widmen, sich im Zoo oder im Restaurant mit der Familie oder beim Kaffeekränzchen mit anderen Frauen vergnügen. Neben den Apparaten der Verzinkerei Zug oder der Firma Schulthess in Zürich beherrschte die Badener Firma Merker zu diesem Zeitpunkt den Schweizer Markt für Waschautomaten. Bald gehörten auch Geschirrspüler, Kühlschränke und Tiefkühltruhen zur Selbstverständlichkeit im Haushalt. Es folgten Elektroherde mit Dampfabzügen oder mobile Geräte wie der Mixer und der Staubsauger. Die dadurch gewonnene Zeit war aber rasch wieder aufgebraucht, denn mit der Mechanisierung des Haushalts stiegen die Ansprüche an Sauberkeit und Hygiene.[5]

Mode direkt auf der Haut

Bis zum Zweiten Weltkrieg gab es ausserhalb der Aargauer Städte kaum Modeläden, obwohl der Aargau hinsichtlich Produktion von Kleidung und Schuhen führend war (siehe «Textilindustrie»,

S. 336). Im Dorf kamen Konfektionsreisende vorbei, die ihre Waren anboten. Je nach Budget wurde dort Kleidung erstanden, umgenäht oder von Schneiderinnen und Schneidern nach Mass gefertigt. Ab den 1950er-Jahren präsentierten Läden auch in ländlichen Gebieten ein modisches Sortiment.[6]

Die Entwicklung der Unterwäscheproduktion im Aargau zeigt, wie dieser Zweig der Kleidungsindustrie erst ab 1950 mit der Ausbreitung von Mode ab Stange für die breite Bevölkerung erschwinglich wurde. Zuvor wurde Unterwäsche häufig selbst genäht und bestand aus einem einfachen langen Unterhemd; Rundstrickware, wie sie die Aarburger Strickwarenfirma Zimmerli produzierte, war noch nicht verbreitet (siehe «Industrialisierung», S. 26). Zimmerli hatte sich bereits ab 1920 auf Unterwäsche und Trikotstoffe konzentriert und diese zu mehr als der Hälfte ins Ausland exportiert. Nach dem Zweiten Weltkrieg begann die Firma, die immer feiner werdende Wäsche vermehrt im Inland zu vertreiben, und wurde so insbesondere für Männerunterhemden bekannt. Sie bewarb diese beispielsweise in der *Handelszeitung* mit den Worten: «In über 40 Ländern tragen Männer mit Niveau Herrenwäsche von Zimmerli.»[7]

Auch Frauenwäsche wurde von Zimmerli hergestellt: Um 1950 bestanden Unterkleider aus anliegenden Beinkleidern, einem Büstenhalter und einem Unterhemd; viele Frauen trugen ein Korselett, das die Figur betonte. In der Werbung besonders hervorgehoben wurde die Pflegeleichtigkeit der neuen Miedermaterialien: rasch gewaschen (in der Maschine) und rasch getrocknet.[8] Erst Mitte der 1960er-Jahre verbreiteten sich Büstenhalter aus elastischen Stoffen, die verstellbare Träger und Bügel aus Kunststoff für die jeweils der Mode entsprechende Brustform enthielten. Von dieser Entwicklung profitierte auch die Badener Firma Beldona. Sie wurde 1955 durch den Ökonomen Karl Roth (1923–2013) für den Vertrieb von «Formfit»-Korseletts gegründet und entwickelte bald eigene Kollektionen, die sie in Heerbrugg (SG) herstellte. Die deutsche Firma Triumph, die ihre Artikel in der Schweiz aus Bad Zurzach vertrieb und seit 1934 auch dort herstellte, warb 1965 mit einem «Stretch-Programm» und brachte 1967 den Büstenhalter «Doreen» mit einer intensiven Werbekampagne auf den Markt: Er lasse die Brust «jugendlicher, zierlicher erscheinen» und sei «unentbehrlich bei modernen Kleidern».[9]

Ab Mitte der 1970er-Jahre vertrieb Triumph in der Schweiz Unterwäschesets, bestehend aus elastischem BH und Miederhosen oder Wäscheslips, die auch mit Minirock getragen werden konnten, da sie keinen Beinansatz mehr hatten. In der Werbung wurde mit springenden, die Arme in die Luft werfenden Models gezeigt: Unterwäsche bietet Bewegungsfreiheit, Körperform wird nun nicht mehr durch ein Korselett bestimmt. Das Geschäft florierte für die Aargauer Firmen: Im Jahr 1980 konnte Beldona in Baden-Dättwil ein Verwaltungsgebäude eröffnen, kaufte die Zofinger Herrenkleidermarke Ritex auf und betrieb bald rund achtzig Filialen in der Schweiz.[10]

Hausfrau als Kundin der Einrichter

Ein grosser Teil des zunehmenden Warenangebots richtete sich an die Frauen, die für Ernährung und Erziehung der Kinder und zu Teilen auch für die Einrichtung der Wohnräume zuständig waren. Entwicklungs- und Marketingabteilungen mussten deshalb ihre Bedürfnisse kennen. So wurden die Verkäufer der Besenfabrik Walther in Oberentfelden explizit dafür geschult, «Hausfrauen immer wieder auf Neuerungen aufmerksam zu machen, die das Haushalten erleichtern».[11] Die Haushaltsmaschinenfabrik Merker lud Frauen unter anderem zur Besichtigung von Musterwohnungen in Birr ein (siehe «Grosswohnsiedlungen», S. 95 und Abb. 69). Die Räume sollten so eingerichtet sein, dass Kochen, Reinigen, Waschen oder Bügeln möglichst effizient vonstattengehen konnten.[12] Weil die Auswahl der Kühlschränke, Tiefkühltruhen, Waschmaschinen oder Kochherde den Frauen oblag, hatten sie auch den Stichentscheid für den Energieträger: Nachdem erst Holz der Hauptenergieträger gewesen war, gewannen Elektrogeräte gegenüber Gas; diese Entwicklung hatte sich bereits in den 1930er-Jahren abgezeichnet.[13]

Der Bauboom der 1950er- und 1960er-Jahre beeinflusste die Einrichtungsindustrie wesentlich. Das neue Heim hatte nicht nur mit den entsprechenden Haushaltsgeräten ausgestattet, sondern auch wohnlich zu sein. Möbelhäuser nahmen diesen Trend auf und konzentrierten sich auf Einrichtungen für das Eigenheim. Unter der Leitung des Einkäufers Toni Cipolat (1935–2023) begann die Suhrer Firma Möbel Pfister damit, ganze Wohneinrichtungen als Lebensgefühl zu verkaufen. Wer nach Suhr ins Möbelgeschäft fuhr, fand eingerichtete Zimmer und Räume vor: Möbelstücke wurden im Laden zusammen mit Teppich und Vorhang in Form einer Ausstellung präsentiert. Bewusst waren die Einrichtungen auf einzelne Kundensegmente ausgerichtet.[14] Dass Möbelgeschäfte eigentliche Möbelausstellungen waren, die man mindestens einmal wöchentlich auch abends bis 20 oder 21 Uhr besuchen konnte, war auch in den Ladenschlussverordnungen der Gemeinden verankert.[15]

Geschmack- und stilvoll eingerichtet zu sein, bedeutete auch, dass Möbel zum Verbrauchsgut wurden und je nach Trend und Mode ausgetauscht wurden. Hersteller hatten sich also an den Vorlieben zu orientieren und neue Materialien wie Plastik zu integrieren. Gleichzeitig mussten Möbel nicht mehr so dauerhaft und massiv sein, wie dies bis anhin der Fall gewesen war. Sie konnten also billiger produziert und als Massenware abgesetzt werden.[16]

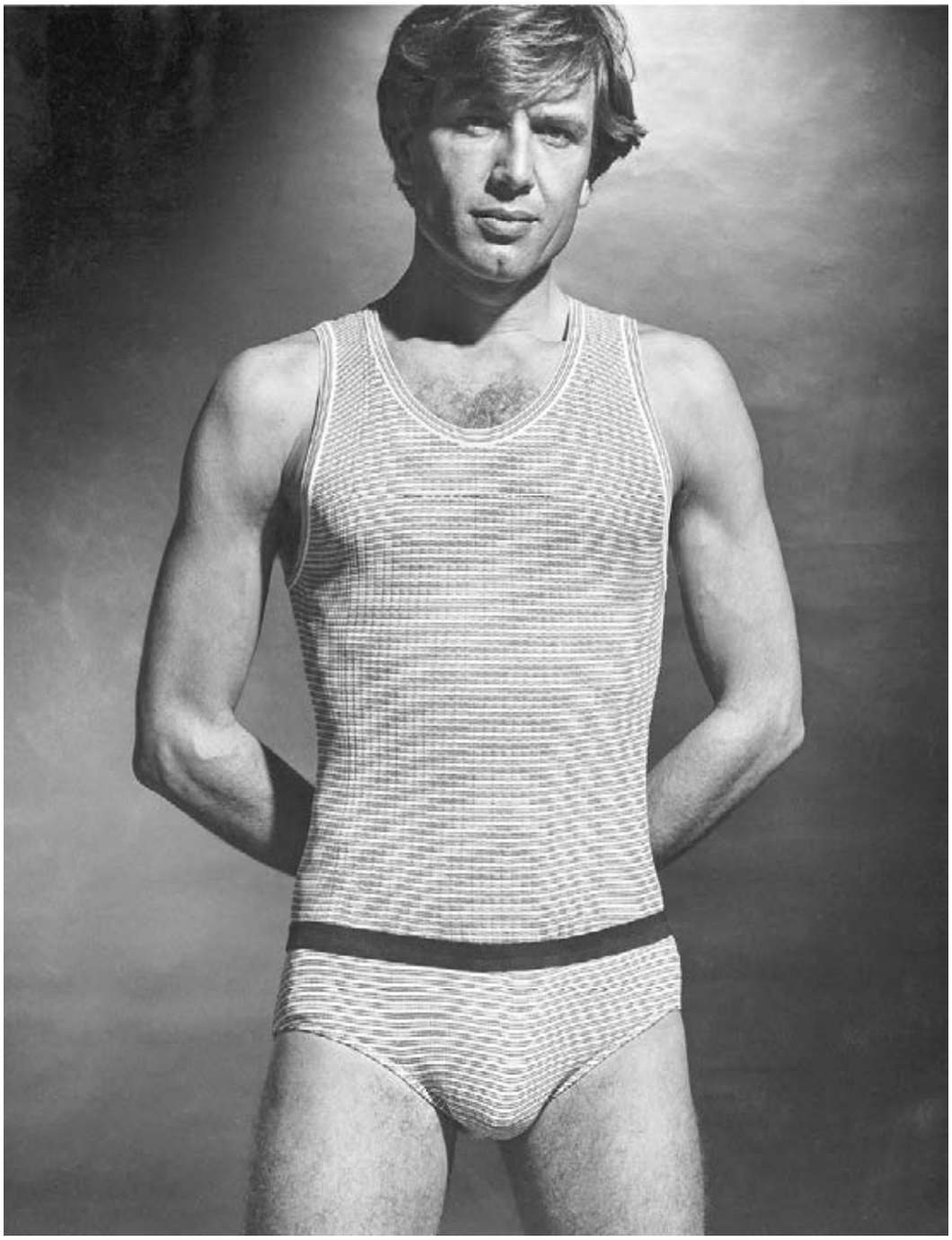
Ein schönes Kinderzimmer

Zur Hauseinrichtung gehörten auch «Bébésachen» und Kinderspielzeuge. Zu den bekannten Marken für Kleinkinder avancierte Bébé-jou. Unter diesem Namen wurden Strampelsäckchen, Badewannen, Rasseln, Teller und Trinkbecher, Häfen oder Musikdosen vertrieben. Sie gehörten zum Sortiment des «Ateliers 49», das ab 1956 in Killwangen, ab 1963 im Härdli in Spreitenbach die Artikel mit handgestickten oder -gemalten ikonischen Entlein

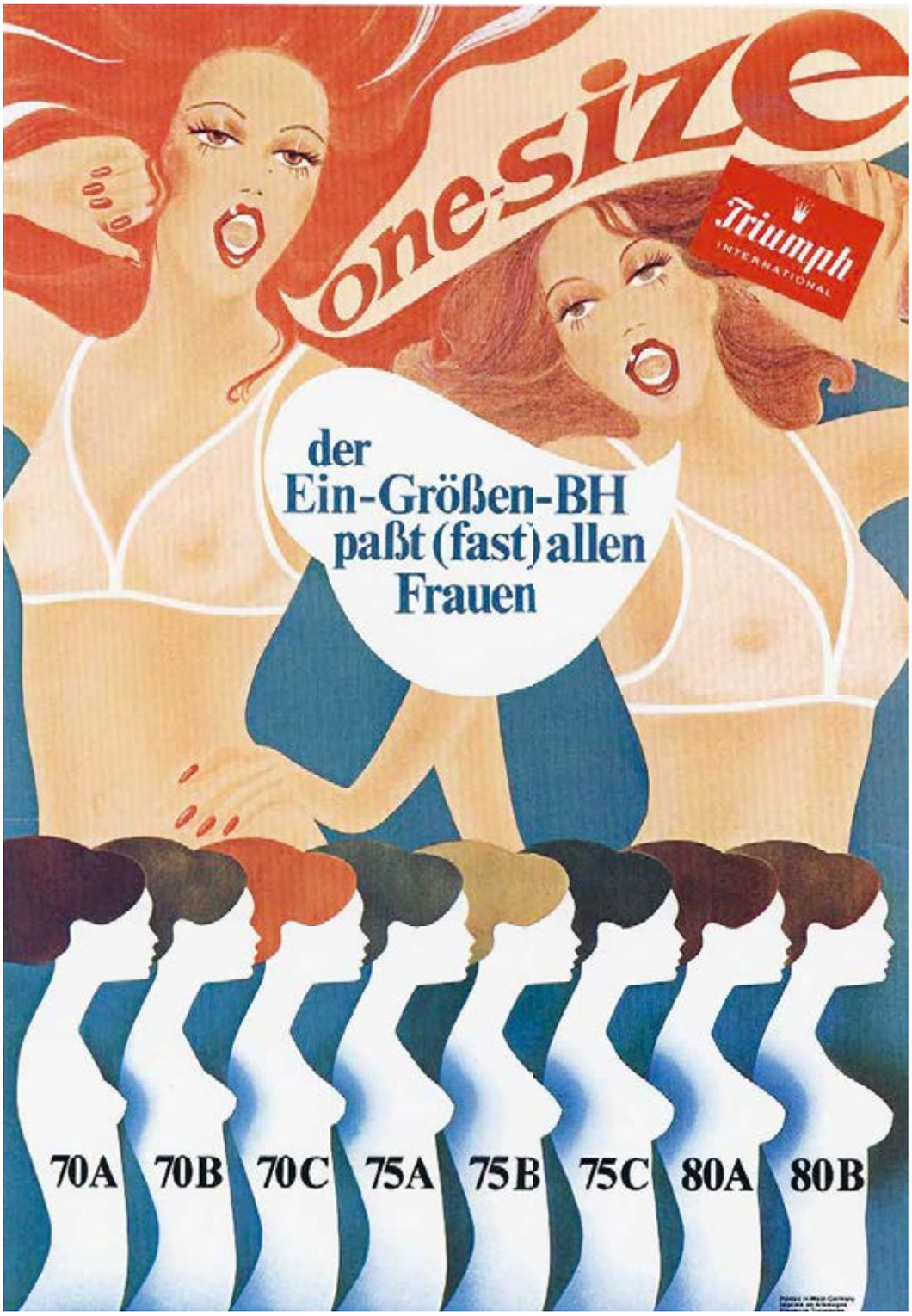
339 An der Miss-Schweiz-Wahl 1966 präsentierten sich die Kandidatinnen in Bikinis. Als Sponsorin des Anlasses trat die Firma Lahco auf. Sie produzierte zwischen 1922 und 1985 in Baden Bademode. Die ikonischen «Dreieckstaschen» bei Herrenbadehosen waren das Markenzeichen des Labels.

340 Zwei Models posieren im Beldona-Katalog vom Frühjahr/Sommer 1968 in Bademode. Unterhalb des Bildes steht: «Teenager haben das Wort». Die Mode war für junge Frauen gemacht.

341 Drei Models präsentieren für den Beldona-Katalog vom Frühjahr/Sommer 1968 Damenunterwäsche, die mit dem Slogan «Schlank ohne Diät» angepriesen wird.



342 Werbung für Zimmerli-Unterwäsche, 1980er-Jahre. Die Herrenwäsche wird als «feinste, exklusivste Herrenwäsche der Welt» angeboten.



343 Werbung der Firma Triumph, 1976. Der One-Size-Büstenhalter wird grafisch im Stil der 1970er-Jahre und mit den tanzenden Frauen als befreiend inszeniert.

344 Merker-Katalog zum 100-jährigen Bestehen der Firma, 1973. Die Firma inszeniert ihre Maschine in der idealen Küche: Die Hausfrau bereitet das Essen für die Kleinfamilie zu.

345 Broschüre des Spenglermeister- und Installateurverbands, 1970er-Jahre. Die Firma Merker preist die «Merker-Bianca» an und suggeriert: Wer eine solche Waschmaschine hat, geniesst mehr Ruhe und Entspannung.

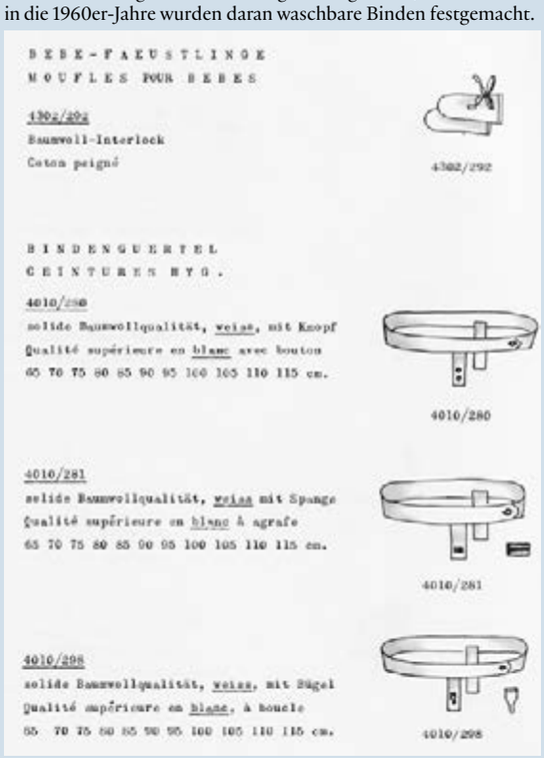
Moderne Monatshygiene

Dass Veränderungen in der Unterwäscheform möglich wurden, hatte nicht nur mit der Kleidermode zu tun, sondern auch mit der veränderten Monatshygiene der Frauen. Denn die Möglichkeiten dazu wurden immer kompakter. An einem Gürtel befestigte Leinen- oder Wollbinden waren bis weit ins 20. Jahrhundert üblich, auch wenn es bereits Einwegbinden aus Watte (Zellstoff) gab. Die Safenwiler Trikotfirma Hocosa vertrieb in den 1940er-Jahren Bindengürtel aus Baumwolle.[1] Im Jahr 1950 berichtete ein medizinisches Fachblatt erstmals über Tampons, die in den USA bereits Verwendung fanden. Zwar wurden die Vorzüge eines Tampons geschätzt: Bewegungsfreiheit, saubere Wäsche, kein Wundscheuern. Unklar war aber, ob damit eine höhere Infektionsgefahr einherging. Man mutmasste auch, dass dadurch das Hymen (Jungfernhäutchen) verletzt oder gar die Masturbation gefördert würde.[2]

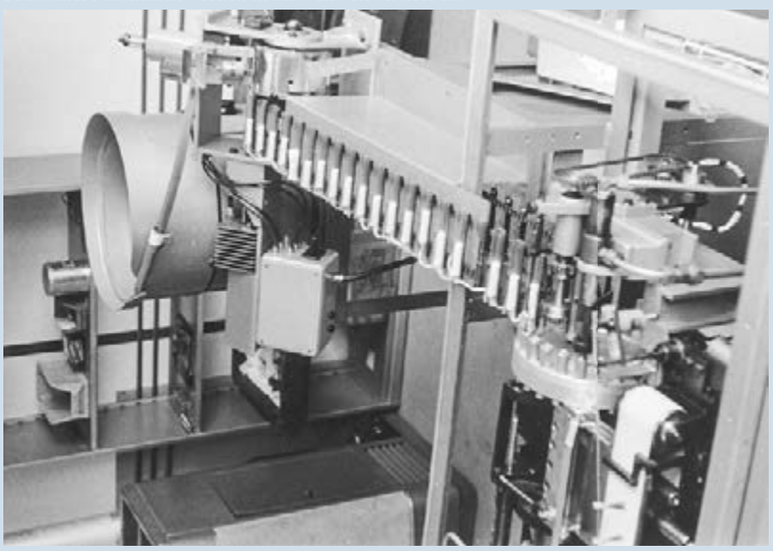
In Deutschland stellte o.b. auf eigenen Maschinen Tampons her. In der Schweiz produzierte die in Fisibach und später in Koblenz ansässige Firma Ruggli ab den 1960er-Jahren Maschinen, die zehn Tampons pro Minute herstellen konnten; rund ein Jahrzehnt später waren die Ruggli-Maschinen achtmal so schnell. Unter der Leitung von Karl und später Emilie Ruggli vertrieb die Firma Maschinen an Firmen, die No-name-Tampons herstellten, darunter auch für die Migros. Die Tampon-Technologie entwickelte sich rasch weiter. Um 1980 kam ein Tampon in den Verkauf, dessen Superabsorber die Genitalflora beeinträchtigte und das Toxic Shock Syndrome (TSS) auslöste. In den 1980er-Jahren brach der Markt für Tampons daher weltweit ein; die Firma Ruggli ging Konkurs, wurde jedoch erst von Niepmann in Deutschland und Mitte der 1990er-Jahre durch die Dax Holding übernommen. Sie ist heute Weltmarktführerin für Tamponmaschinen für die Produktion von Produkten mit und ohne Applikator («Röhrchen»).[3]

1 Privatarchiv Robert Hochuli, Katalog undatiert (1940er-Jahre), 17.
2 Hering, Maierhof 1991, 113f., 122–124.
3 Persönliche Auskunft von Valon Maliqi, Leiter Marketing Ruggli AG, 25.9.2020; Geschichte, Website Ruggli AG, Koblenz; Archiv Firma Ruggli, Broschüre Tampon-Automat TAR-KA, undatiert.

346 Im Katalog der Firma Hocosa, um 1950, werden neben «Bebe-Faeustlingen» auch Bindengürtel angeboten, undatiert. Bis in die 1960er-Jahre wurden daran waschbare Binden festgemacht.



347 Eine Maschine der Firma Ruggli fertigt Tampons an, Aufnahme um 1965/1970. Die Fisibacher Maschinen werden heute weltweit vertrieben.



und Käferchen versah. Frieda Jakob-Henrizi (1916–2011) – in erster Ehe Kirschbaum-Henrizi – hatte die Firma 1948 begründet und baute sie bis zu ihrem Austritt 1970 kontinuierlich aus. In der in den 2000er-Jahren abgefassten Firmengeschichte beschreibt sie, wie die Italienerinnen einen «besonderen Wert und Stolz auf einen prächtig ausgestatteten Kinderwagen» gelegt hätten. Diese wiederum hätten dann «unsere Schweizer-Mütter beeinflusst […] und damit auch unseren Umsatz vermehrt».[17]

Auch die 1883 gegründete Firma Wisa-Gloria in Lenzburg profitierte vom Wachstum der Bevölkerung und des Wohlstands. «Wisa-Gloria» als Gravur auf Kinderwagen und Spielzeugen galt als Gütesiegel.[18] In ihren Werbekatalogen betonte die Firma in den 1950er-Jahren den Wert des Spiels und garantierte, dass ihre Produkte «mit wissenschaftlicher Gründlichkeit» entwickelt würden. Später wurde die Dauerhaftigkeit beworben, zum Beispiel 1967 mit dem Slogan «So ein Dreirad, das haut! Und hält!». Zu Beginn der 1970er-Jahre machten sich wegen sinkender Geburtenzahlen erste Umsatzeinbussen bei Kinderwagen bemerkbar, und die einst viel gelobte Qualität wurde nun zum Verhängnis (siehe «Pillenknick», S. 37). Dauerhafte Güter bescherten nur bedingt Umsatz, denn die Wisa-Gloria-Spielzeuge nutzten sich kaum ab.[19] Zu Beginn der 1970er-Jahre forcierte die Firma daher Kindermöbel und Holzspielzeuge, die als pädagogisch sinnvoll galten.[20] Sinnvolles Spiel war auch das Ziel von Constri, einem 1959 entwickelten Plastikspielzeug aus Bausteinen, das seit 1964 in Schinznach produziert wird und ähnlich wie Lego als kreativitätsfördernd gilt.[21]

Die Ernährung wird effizient

Zur modernen Lebensweise gehörten auch neue Ernährungsgewohnheiten. Zu Hause sollte ein Mahl rasch zubereitet werden können. Folglich entwickelten die Konservenfabriken das Sortiment an Fertiggerichten zunehmend weiter. Amerikanische Produkte übten einen grossen Reiz auf die Konsumentinnen und Konsumenten aus: Chips und Softdrinks etwa durften spätestens ab 1970 an keiner Party mehr fehlen. Auch wenn Imbissstände keine Neuigkeit waren, so nahmen die Möglichkeiten bei der raschen Verpflegung am Take-away-Stand ab Ende der 1980er-Jahre stark zu. Mit den Einkaufs- und Verpflegungsgewohnheiten ging ein Aufschwung der Einwegverpackungen einher, die, nur kurz gebraucht, zu Abfall wurden.[22]

Fertiggericht für Onkel Otto

Die Konservierung von Nahrungsmitteln durch Verfahren wie das Räuchern oder Einlegen in Öl, Essig oder Zucker blieb trotz der Technisierung der Haushalte auch in den 1950er- und 1960er-Jahren eine wichtige Tätigkeit, um Gemüse und Früchte aus dem eigenen Gemüsegarten haltbar zu machen. Eigenanbau war besonders in den landwirtschaftlich geprägten Dörfern oder im Rahmen von städtischen Gartenkolonien üblich, wenn auch nicht mehr im Sinne einer umfassenden Selbstversorgung.[23] Denn die Nahrungsmittelindustrie bot bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts eine grosse Auswahl an Fleisch-, Gemüse- oder Fruchtkonserven an, welche die Grundversorgung absicherte.[24] Die Haltung von Hühnern oder Kaninchen zur Selbstversorgung war denn auch nicht mehr überall genehm: Gehobene Einfamilienhausquartiere wie das Quartier Allmend in Baden sollten schöne Gärten haben; Stallungen für Kleintiere bedurften einer Bewilligung, Bienen waren ganz untersagt.[25]

An Bedeutung gewann ab den 1950er-Jahren die Effizienz bei der Zubereitung einer vollwertigen Mahlzeit.[26] Vorreiter im Feld der Fertiggerichte waren Ravioli, die schon in den 1930er-Jahren beispielsweise als «Super Raviolini alla Milanese» von der Konservenfabrik Seetal angeboten und 1948 dann erneut als «italienische Delikatesse» von der Lenzburger Firma Hero gezielt beworben wurden. Nun konnten sich auch Nichtköche selbst verpflegen: Mit «Onkel Otto kocht selbst!» pries eine Hero-Werbung 1957 Büchsenravioli an. Hero-Ravioli wurden bald zum Marktführer in der Schweiz. Ihr Absatz brach jedoch erheblich ein, als die Konsumentenschutzsendung «Kassensturz» im März 1978 berichtete, die Füllungen der Teigtaschen bestünden aus Schweinsköpfen und Innereien.[27] Konserven in Dosen und Gläsern wurden deswegen, aber auch wegen zunehmend vorhandener Tiefkühlgeräte, immer seltener abgesetzt. Zudem gab es mit der Verbreitung von Plastik neue Formen, Frischgemüse oder Pasta abzupacken. Schweizweit sank die Zahl der Verkäufe von Gemüsekonserven zwischen 1986 und 1995 von rund 62 500 auf 45 000 Tonnen.[28] Convenience-Food kam aber auch in anderer Form daher: als Fertigmahlzeit in der Aluschale (Hero ab 1972), als Rösti im Beutel (Hero ab 1978) oder als Vermicelles-Tube (Hero ab 1984).[29] Erst der zunehmende Trend zu Take-away sollte hier eine Konkurrenz werden.

Schlecksucht und Softdrinks

Die Amerikanisierung der europäischen Konsumgewohnheiten betraf auch die Ernährung. Aufsehen erregte zum Beispiel der Kaugummi, den die amerikanischen Soldaten seit dem Zweiten Weltkrieg nach Europa brachten.[30] Vorerst waren Kaugummis Importware, und nur langsam entwickelte sich eine europäische Produktion dafür, so ab 1960 in Aarau. Die Kaugummi AG stellte verschiedene Sorten der Marke SAM her und profitierte vom Boom.[31] Auch diverse Bonbonhersteller – darunter Zile aus Rupperswil, Disch aus Othmarsingen oder Halter aus Beinwil – profitierten vom Aufschwung. Die Naschgewohnheiten bereiteten Sorgen, wie eine grossrätliche Interpellation von 1957 zeigt: Die «Schlecksucht der Kinder» habe teure Zahnreparaturen zur Folge. Seit die Schleckereien an den «zur Kauflust reizenden Automaten» bezogen werden könnten, sei der Missstand kaum mehr zu kontrollieren.[32]

Zahnhygiene war indes noch keine verbreitete Gewohnheit, und erst die sukzessive Einführung von zahngesundheitlicher Erziehung in der Schule vermochte Karies bei Kindern zu senken.[33] Als wirkungsvoll erwies sich ab den 1950er-Jahren Zahn-

348 Werbung der Firma Walther, um 1963. «Sie kutschieren gut mit Walther», propagiert das Plakat für Blocher, Kehrflaumer und Besen.

350 Werbung der Firma Walther, um 1963. «Ich kann den Walther Kehrflaumer wirklich empfehlen», versichert die Hausfrau im Katalog für die Oberentfelder Produkte.

349 Ein Auszug aus einem Produktekatalog von Wisa-Gloria, 1954. Er zeigt Kinder, die beim Spielen eine Erwachsenenwelt inszenieren.

351 Wisa-Gloria-Katalog, 1973. Die Fotos zeigen das Wohnwagenquartier des Zirkus Knie. Kinderwagen wurden konsequent mit Mädchen beworben.

352 Stand von «Atelier 49» aus Killwangen an der Baby-Messe in Köln, 1961. Die Firma mit dem Label Bébé-jou zeigt ein breites Sortiment von der Rassel über die Badewanne bis zum Nachttöpfchen.

353 Blick in die Malerei von Bébé-jou in Killwangen, um 1963. Die Malerinnen verzieren Töpfchen oder Essgeschirr für Kleinkinder.

354 Ein Koch bereitet den Apéro für die Eröffnung der Franz-Carl-Weber-Filiale in Baden im Jahr 1960 vor. Das Geschäft befand sich an der Badstrasse.

pasta mit Fluor. Mit der Candida-Fluor-Zahnpasta produzierte die seit 1962 in Buchs ansässige Mibelle AG ab 1967 für die Schweiz einen Zahnpastaverkaufsschlager.[34] Zur Zahnhygiene trugen zudem Zahnbürsten der Bürstenfabrik Walther in Oberentfelden bei, die in den 1960er-Jahren mit einem lachenden Bubengesicht mit «Perlenzähne[n]» für ihre neue elektrische Zahnbürste warb.[35]

Auch die Trinkgewohnheiten alkoholischer und nichtalkoholischer Getränke wurden durch ausländische Einflüsse geprägt. Softdrinks waren ab den 1950er-Jahren verbreitet. Ihnen versuchte die Nahrungsmittelindustrie Alternativen entgegenzuhalten. Hero, bereits erfahren im Fruchtgetränkemarkt, versuchte es mit dem in Holland erfolgreichen Sip, einem Getränk in kleinen Apéro-Fläschchen.[36] Auch mit Milchserum wurde experimentiert, und so entwickelte Jules Schlör (1882–1970) 1956 im Oberen Wynental Prego. Berühmt wurde das «alkoholfreie, diätetische Tafelgetränk» Rivella, das Robert Barth (1922–2007) erst in Stäfa (ZH) und ab 1954 in Rothrist produzierte. Der Absatz von Rivella stieg in der Schweiz rapide: 1955 wurden in Rothrist 4,1 Millionen, 1956 bereits 6,7 Millionen und 1977 insgesamt 27,6 Millionen Liter Rivella hergestellt. Der erfolgreiche Aargauer Softdrink bedrohte die Most- und Mineralwasserproduzenten, die beispielsweise für das Eidgenössische Turnfest 1955 den Verkauf von Rivella verhindern wollten.[37]

Pommes-Chips als Snack beim Apéro

Pommes-Chips gehörten ebenfalls zu den Ernährungsimporten aus den USA. Über einen unerwartet verstorbenen Verwandten erwarb die Wein- und Mostereiunternehmung Zweifel im zürcherischen Höngg Know-how und eine kleine Produktionsstätte zur Fabrikation von Chips. Bei einer Reise in die USA im Jahr 1959 informierte sich Hansheinrich Zweifel (1933–2020) bei diversen Produzenten über Kartoffelqualität, den Produktionsprozess, die Maschinen und über Rezepte für Kartoffelchips. In der Schweiz verfeinerte Zweifel die eigene Produktion und investierte in Werbung, die amerikanische Gewohnheiten auf die Schweiz übersetzte: So wurden die Chips auf Bildern als idealer Apéro-Snack mit Dips «aus der amerikanischen Party-Küche», als Beilage zum Poulet oder schlicht mit einem Bier präsentiert.

Die Frische der knusprigen Chips garantierte ein «Frisch-Service» mit einer Flotte oranger VW-Busse, welche die Packungen an die Verkaufsstandorte transportierten. In den Schweizer Haushalten war man überzeugt vom Produkt und nahm die Serviervorschläge rasch auf. Der Umsatz der Firma wuchs zwischen 1958 und 1962 von 250 000 Franken auf 2,5 Millionen Franken.[38] Ab 1969 errichtete die Firma in Spreitenbach eine Fabrik und produzierte hier ab Mai 1970 ihre Pommes-Chips. Mit weiteren Kulinarikimporten aus den USA hatte Zweifel aber kein Glück: Zweifel-Donuts beispielsweise liessen sich in der Schweiz nicht etablieren.[39]

Vom «Kacheliwagen» zum «Fressbalken»

Am 22. Januar 1960 berichtete die Tagesschau vom «Kacheliwagen» von Erlinsbach. Dieser hatte den Arbeitern in der Fabrik lange Jahre das von den Ehefrauen und Müttern in gepolsterten Weidenkörben zubereitete warme Essen gebracht. Nun wurde sein Betrieb eingestellt.[40] Die Zeiten hatten sich gewandelt: Wer über den Mittag aus der Fabrik nicht nach Hause zum Mittagessen fahren konnte, verpflegte sich in der Firmenkantine, wie sie beispielsweise die Brown, Boveri & Cie. (BBC) im Gemeinschaftshaus Martinsberg ab 1954 für 1200 Personen bereitstellte. Bald hatten auch Selbstbedienungsrestaurants Konjunktur: 1960 öffnete in der Igelweid Aarau das erste M-Restaurant. Drei Jahre später bestanden solche in Baden, Reinach, Wettingen und Wohlen. Im Badener Restaurant konnte man zwischen Selbstbedienung und bedientem Service wählen – und hier war der Andrang besonders hoch. 1969 entstand schweizweit das erste eigenständige M-Restaurant im *Tagblatt*-Hochhaus.[41]

Essgewohnheiten flexibilisierten sich ab den 1960er-Jahren, und Möglichkeiten des «Überall-und-jederzeit-Essens» wurden ausgedehnt, wozu auch die Motorisierung der Gesellschaft beitrug.[42] Restaurantketten oder Imbisse wie zum Beispiel in Shoppingcentern, so in Spreitenbach, aber auch an der Nationalstrasse N1 in Würenlos, entstanden. Das 1972 eröffnete Autobahnrestaurant, das als 140 Meter langer Brückenbau über die Autobahn bald den Namen «Fressbalken» trug, war zugleich Raststätte, Tankstelle, Shoppingcenter und Unterhaltungszentrum.[43]

Schnellimbisse erobern die Orte

Gegen Ende der 1970er-Jahre entstanden in Bahnhöfen und in Shoppingcentern zunehmend mobile Stände, an denen Esswaren «to take away» verkauft wurden, ab Ende der 1980er-Jahre waren sie selbstverständlich. Mitgeprägt hat diese Entwicklung das Ehepaar Ursula (*1949) und Leo Bätschmann (*1946), das in seinem Betrieb in Birmenstorf ab 1976 Verkaufswagen baute, sowie Fredy Hiestand (*1943), der in Lupfig 1993 «die modernste Gipfelistrasse Europas» in Betrieb nahm. Hier produzierte er täglich 230 000 Croissants für den wachsenden Take-away-Markt an Tankstellen oder Bahnhöfen.[44]

Bald spiegelte sich auch die kulturelle Durchmischung der Gesellschaft an den mobilen Essständen wider. Der mutmasslich erste Döner Kebab der Deutschschweiz wurde 1984 am Weihnachtsmarkt im Shoppingcenter Spreitenbach verkauft. Arsen Cam (*1953), der als Dreher bei der BBC arbeitete, war ab 1984 im Nebenerwerb im «Shoppi» Spreitenbach, im Neumarkt Brugg und im Markthof Nussbaumen tätig und expandierte zu Beginn der 1990er-Jahre nach Zürich. 1991 erreichte er einen Weltrekord: Er hatte den grössten Döner hergestellt. In grösseren deutschen Städten war Döner Kebab bereits in den 1970er-Jahren verbreitet, im Verlauf der 1990er-Jahre wurde er auch in der Schweiz zu einem Massenprodukt.[45]

Gleichzeitig öffneten die ersten McDonald's-Restaurants im Aargau: 1991 in Baden und 1995 – nach Widerstand – in Aarau.[46] Ebenfalls entstanden kleine Einkaufsläden, die von Migrantinnen und Migranten aus Südostasien oder Indien geführt wurden und die nebenbei auch Take-away-Menüs anboten.[47] Sie bedienten damit das Bedürfnis derje-

Wein, Bier und Schnaps daheim und in der Beiz

In den konsumfreudigen Jahren zwischen 1950 und 1985 stieg der jährliche Konsum alkoholischer Getränke in der Schweiz von 112 auf 130 Liter pro Kopf an. Einen besonders starken Aufschwung erlebten Wein, von knapp 34 auf 49 Liter, und Bier, von 48,5 auf 70 Liter pro Person. Der Konsum von Obstwein verringerte sich hingegen von 27 auf 5 Liter pro Person. Spirituosen (Branntwein) erlebten ebenfalls einen Anstieg von 3 auf 5,4 Liter.[1] Bei Letzteren ist auch die Verwendung von Kirsch für Süssigkeiten eingerechnet, die im gleichen Zeitraum ebenfalls einen Aufschwung erlebten.

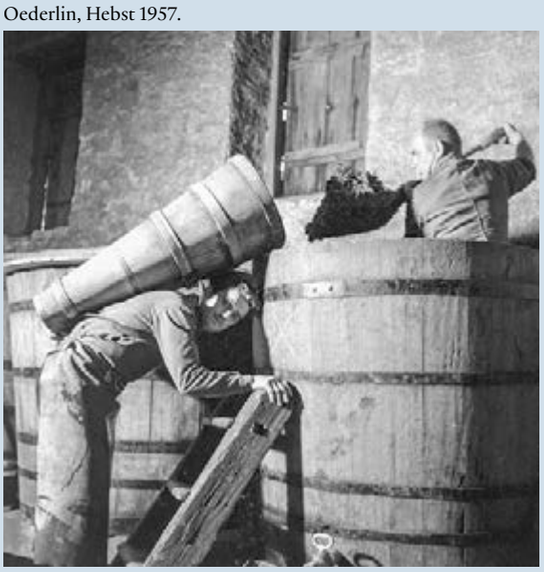
Im Aargau erregte der Anstieg des Alkoholkonsums auch Gegenwehr, wie verschiedene Vorstösse zur Senkung der Promillegrenze beim Autofahren oder die Förderung alkoholfreier Getränke in Gaststätten durch den EVP-Grossrat und Generalsekretär des Blauen Kreuzes, Heiner Studer (*1949), zu Beginn der 1980er-Jahre zeigen.[2]

Wo fand der Alkoholkonsum vornehmlich statt? Während der Biertrinker in den 1950er-Jahren primär männlich und tendenziell ein Handwerker auf der Baustelle oder Arbeiter war, verbreitete sich der Bierkonsum in den 1970er-Jahren auf weitere Gruppen, blieb aber vor allem ein Vergnügen ausser Haus. Kirsch wurde zudem tagsüber häufig in «Kafi Schnaps» getrunken. Kunden der Bier- und Schnapsproduzenten waren also in erster Linie Restaurants, die grosse Gebinde direkt bezogen.[3] Ab den 1990er-Jahren wurden Mischgetränke zunehmend beliebt: Die Alcopops hatten den Geschmack von Süssgetränken und gehörten zum Clubbesuch (siehe dazu «Weinbau», S. 318).

1 HSSO, 2012, Tab. T.9a.
2 GRP, u.a. 7.12.1982 und 14.12.1982.
3 Gespräch mit Angela Humbel-Somm (1931–2021) und Lorenz Humbel, 2020; Humbel-Somm, Humbel 2018; Wiesmann 2011, 187.

355 In der Badener Brauerei Müller füllt ein Arbeiter Bierfässer ab, 1956. Bier ist das am häufigsten konsumierte alkoholische Getränk in der Schweiz.

356 Blick in die Ennetbadener Trotte bei der Metallwarenfabrik Oederlin, Hebst 1957.



357 In einem Storyboard wird 1978 eine Hero-Werbung geplant, die die neue Rösti im Alubeutel anpreist. Dieser Beutel ist der Vorreiter späterer Plastikverpackungen für Convenience-Food.

358 «Immer frisch auf jeden Tisch!» Die Pommes-Chips-Packungen der Firma Zweifel werden in den 1960er-Jahren mit Serviervorschlägen versehen. Die Kombination von Poulet und Pommes-Chips bürgerte sich in Schweizer Küchen ein.

359 Am 24. August 1991 stellte Arsen Cam den damals grössten Döner her. Der Kalbfleischspiess wog 211,4 Kilogramm, war achtzig Zentimeter hoch und siebzig breit. Damit schaffte er einen Eintrag ins Guinness-Buch der Rekorde. Cam hatte sich 1984 in Deutschland die technische Einrichtung und ein Rezept für den Drehspiess angeschafft.

360 Am «Open House» der Firma Bätschmann Verkaufssysteme AG stellten im Jahr 2004 Kunden in Birmenstorf aus. Die Verkaufsstände wurden alle durch Bätschmann gebaut und waren in der ganzen Schweiz in Gebrauch. Den ersten mobilen Stand dieser Art hatte die Firma 1976 hergestellt.

361 In Hunzenschwil kaufen Menschen an einem Kiosk in Pilzform Getränke ein, 1953. Eine kurze Rast auf dem Weg zwischen Zürich und Bern konnte direkt mit dem Tanken des Fahrzeugs verbunden werden.

362 Das Restaurant im «Fressbalken» Würenlos kurz nach der Eröffnung, 1972. In der Restaurant- und Shoppingbrücke wurde ein umfassendes Erlebnis geboten: Hier fanden Konzerte statt, Kinder wurden während des Sonntagsbrunchs ins Kinderparadies geschickt, hier konnte man Kleider einkaufen.

363 Die Firma Rivella wirbt 1987 am Engadiner Skimarathon auf Loipentafeln. Ab 1954 produzierte die Firma in Rothrist und etablierte Rivella bald als Getränk für Sportlerinnen und Sportler.

364 Arbeiterinnen bereiten bei Zweifel in Spreitenbach Kartoffeln so vor, dass sie zu Chips verarbeitet werden können, 1987.

365 Zweifel-Kartoffelchips kommen abgepackt in Schachteln aus der Fabrik, 1987.

nigen, die sich zur Mittagszeit rasch und zeitlich flexibel verpflegen wollten. Ausserdem bestand ab den 1990er-Jahren vermehrt die Möglichkeit, sich eine Pizza per Kurier liefern zu lassen oder sich einen Burger im Drive-through-Restaurant zu holen.[48]

Damit einher ging in den besonders zur Mittagszeit stark frequentierten Innenstädten ein Abfallproblem: Die Take-away-Menüs waren aufwendig verpackt. Kritik an der Verpackung rief im Aargau ab Mitte der 2010er-Jahren die Entstehung von Läden hervor, die Nahrungsmittel offen verkaufen und wo wiederverwendbare Behältnisse zum Einsatz kommen. Grossverteiler folgten dem Trend: Sie verbannten kostenlose Plastiksäcke an der Kasse aus den Geschäften, und die Migros erprobte 2020 in Baden erstmals eine Abfüllstation für Cerealien und Dörrfrüchte.[49]

Konsumerlebnisse ausser Haus

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg gab es im Aargau noch keine Selbstbedienungsläden. Wer einkaufen wollte, ging in einen bedienten Laden oder auf den Markt. Mit den Grossverteilern setzte sich das Prinzip der Selbstbedienung allmählich durch, doch blieben bediente Läden 1970, als in Spreitenbach das erste Shoppingcenter der Schweiz eröffnete, durchaus üblich. Selbstbedienung wurde bald auch in den Firmenkantinen zum Erfolgsrezept und ist heute selbstverständlich.[50]

Das Lädeli schliesst

Die aargauischen Altstädte, deren Gassen gesäumt waren von kleinen Lebensmittelläden und Handwerksbetrieben, litten ab den 1950er-Jahren unter dem immer stärker werdenden Verkehr (siehe «Raumplanung», S. 84–87). Längst waren Wohnlagen ausserhalb dieser Innenstädte beliebt, und Verkaufsläden siedelten sich fern der Altstadt an, so zum Beispiel in Rheinfelden die Migros.[51] Denn hier gab es genügend Raum für Parkplätze, und es war möglich, Geschäfte so auszustatten, wie es das Konzept eines Selbstbedienungsladens verlangte – mit modernen Elektroinstallationen oder Kühltresen beispielsweise, die viel Platz brauchten. Der Selbstbedienungsladen und Grossverteiler nach amerikanischem Modell war ein Erfolgsrezept. So eröffnete die Migros 1952 den ersten Migrosmarkt (MM) in Zürich, ab 1954 konnte man auf 800 Quadratmetern im MM in der Igelweid Aarau einkaufen.[52] Aber auch Konsumgesellschaften eröffneten Selbstbedienungsläden, so beispielsweise 1953 in Zofingen.[53]

Die immer grösser werdenden Läden ersetzten zunehmend den kleinen Laden um die Ecke, boten aber auch ein breites Sortiment an Waren an. Für Frischwaren, also Gemüse, Früchte oder Eier, spielten im städtischen Gebiet aber weiterhin Wochenmärkte eine wichtige Rolle, während in der Mehrheit der Aargauer Gemeinden die Selbstversorgung durch eigene Gemüsegärten oder die Haltung von Hühnern üblich war (siehe «Landwirtschaft», S. 319). Für das Jahr 1954/55 waren für den Badener Wochenmarkt insgesamt 153 Marktanbieter registriert, viele davon Einzelpersonen oder Kleinbäuerinnen, die gelegentlich einen Verkaufsstand aufbauten mit einem Angebot aus dem eigenen Betrieb oder Gemüsegarten. Die Zahl der Marktfahrerinnen und Marktfahrer nahm während der Folgejahre stark ab. Der Wochenmarkt verlor auch wegen des zunehmenden Verkehrs in der Innenstadt und der dadurch wechselnden Marktorte ab den 1960er-Jahren an Attraktivität, blieb jedoch bestehen und erlebte ab den Nullerjahren einen Aufschwung.[54]

Das «Shoppi» öffnet

Am 20. Januar 1970 richtete Hans Rudolf Brönnimann (1925–1975) aus Rothrist eine Anfrage an den Regierungsrat: «Speziell in unserem Kanton» schössen «die Discount-Verkaufsläden wie Pilze zum Boden heraus.» Der Grossrat von der Schweizerischen Volkspartei fragte, was der Regierungsrat «von diesen Auswüchsen» halte und ob er die Möglichkeit habe, die Sache zu stoppen oder zu verlangsamen. Das «Lädelisterben», das hier indirekt bedauert wird, und der Aufstieg der Selbstbedienungsläden und Grossverteiler waren in aller Munde. Das Shoppingcenter Spreitenbach wurde knappe zwei Monate später eröffnet. In einem Inserat im Vorfeld war in der *Neuen Zürcher Zeitung* zu lesen: «Wir bauen ein Paradies», und Spreitenbach wurde in der Folge zum Inbegriff für Einkaufsvergnügen (siehe «Raumplanung», S. 113–122).[55]

Was war die Antwort des Regierungsrates auf die besorgte Anfrage Brönnimanns? Die Bundesverfassung garantiere den Discountgeschäften die Handels- und Gewerbefreiheit, sie stellten «eine neue Form des Geschäftslebens dar». Gegen solche Geschäfte könne nur vorgegangen werden, wenn die Ausverkaufsordnung, also die Regel dazu, wann Rabatte gewährt werden, verletzt würde oder der Tatbestand unlauteren Wettbewerbs vorliege. «Es ist zu hoffen, dass der Konsument merkt, wo er mit echten Vorteilen rechnen kann und wo nicht», ist in der Antwort des Regierungsrates ausserdem zu lesen. Im Aargau entstanden in der Folge weitere Einkaufszentren. In Oftringen öffnete 1973 das Perry Center, in der Aargauer Telli 1974 das Einkaufscenter, in Buchs 1976 das Wynecenter. Weitere «Einkaufszentren im Grünen» wurden wegen der Ölkrise nicht mehr gebaut, die nächste Welle von Malls ausserhalb der Stadtkerne folgte ab den 1990er-Jahren.[56]

Einkaufszonen nahe der Stadt

Die veränderten Konsumgewohnheiten hatten insbesondere zu Beginn der 1970er-Jahre Debatten zu Ladenöffnungszeiten zur Folge: Dem Verschwinden von kleinen Geschäften könne nur Einhalt geboten werden, wenn die Abendverkäufe kantonal eingeschränkt würden. Es war Sache der Gemeinde, die Ladenöffnungszeiten im Detail zu bestimmen – und Spreitenbach, wo seit 1970 das Shoppingcenter stand, erlaubte täglichen Abendverkauf bis 21 Uhr. Eine kantonale «Lex Spreitenbach» sollte diese Möglichkeit auf einen Abend pro Woche einschränken. Die Vorlage scheiterte im Mai 1973

an der Urne.[57] Zu diesem Zeitpunkt tauschte man sich intensiv zur Zukunft des Detailhandels aus: Die «amerikanische Verkaufsmethode (vollautomatisch)» werde Einzug halten, und ein grosser Teil des Essens werde «gefriergetrocknet» sein, waren nur zwei der Prognosen in einem 1970 erschienenen Bericht zum «Detailhandel im Jahr 2000».[58] Nur ein Teil der Prognose wurde wahr.

Auch der städtische Raum sollte seine Zentrumswirkung mit verkehrsfreien Strassen vermehrt einlösen. Schon 1973 entstand in Baden eine Fussgängerzone (siehe «Metron», S. 66). Links und rechts der verkehrsfreien Badstrasse befanden sich Geschäfte. Man konnte eine Reise buchen, Schuhe kaufen oder auf die Bank gehen; im unterirdischen Metro Shop im Bahnhof setzte sich die Ladenstrasse fort. In Brugg war schon mit der «City-Planung» ab 1966 beabsichtigt worden, dass man im Stadtzentrum «auf kürzestem Weg eine Vielzahl von Wünschen» befriedigen können sollte. Mit genügend Parkplätzen nahe bei der geplanten «City» sollte der ab 1975 bestehende Neumarkt Brugg mit Migros-Multi-Markt (MMM) «besser als ein Einkaufszentrum im Grünen» funktionieren. Zudem sollten mit einem der Altstadt nahen Einkaufscenter zwischen Bahnhofs- und Badenerstrasse auch mehr Leute ins Städtchen gelockt werden.[59]

Abseits der Städte und Shoppingcenter setzte sich in den 1980er-Jahren der Rückgang der Einkaufsläden fort: 1986 drohten binnen weniger Wochen gerade drei Dorfläden auf dem Bözberg zu schliessen, wobei ein Laden, durch eine Genossenschaft getragen, weitergeführt werden konnte.[60]

Detailhandel in der Krise und in der Kritik

Die zahlreichen Einkaufscenter und die in den 1980er-Jahren flächendeckend vorhandenen Grossverteiler konkurrenzierten den traditionsreichen Detailhandel in den Innenstädten. Eine mehr als vierzigseitige Sonderausgabe zu «Konsum im Aargau» vom 20. September 1995 illustriert die Situation deutlich: Artikel werben für das Warenangebot in den Altstädten, die als historische Orte ja die eigentlichen «natürliche[n]» Einkaufscenter seien und im Gegensatz zu «Satelliten» in der Peripherie weit stimmungsvoller. Noch immer hatte man dieselben Gegenmittel wie in den 1970er-Jahren zur Hand: Mit der Einführung von Fussgängerzonen und guten Parkmöglichkeiten (Zofingen, Aarau) werde man den Niedergang der Innenstädte stoppen können. Auch die Einführung des Abendverkaufs (Reinach, Menziken) oder ein Fast-Food-Restaurant in der Marktgasse (Rheinfelden) könnte die Innenstadt attraktiver machen.[61]

Die Konsumkritik und die Kritik an Einkaufscentern und Grossverteilern spiegeln sich auch in der Entstehung von Hofläden, zum Beispiel 1993 dem Mattenhof-Hofladen in Kölliken, und im Fokus auf die Direktvermarktung der Produkte von Kleinproduzenten. 1996 entstand zur Promotion von Aargauer Produkten das Label «Natürlich Aargau», aus dem schliesslich Grossverteiler zu Marketingzwecken Labels wie «Aus der Region für die Region» entwickelt haben sollen.[62] In diesem Diskurs anzusiedeln ist auch die kantonale Förderung des Biolandbaus (siehe «Landwirtschaft», S. 306) und auf nationaler Ebene die Entstehung von Bio- und Fair-Trade-Labels der Grossproduzenten.[63] Naturaplan von Coop sowie Max Havelaar als Non-Profit-Stiftung entstanden 1992.[64] Seit Ende der 1970er-Jahre waren dieser Entwicklung sogenannte Dritte-Welt-Läden oder Standaktionen zum Verkauf von Produkten aus fairem Handel vorausgegangen, so zum Beispiel in Rheinfelden: Der seit 1982 bestehende Claro-Laden mit Fair-Trade-Artikeln geht zurück auf eine Missionsausstellung im Herbst 1979, bei der auf Initiative des Pfarreirates der römisch-katholischen Kirchgemeinde Produkte «aus der Dritten Welt» verkauft wurden.[65]

Ein weiterer Grund für die Krise des Detailhandels waren die Grenznähe des Aargaus und die zunehmende Vorliebe, für den Samstagseinkauf nach Waldshut oder Badisch-Rheinfelden zu fahren. Denn Fleisch, Alkohol, Milchprodukte und Reinigungsmittel waren in Deutschland günstig und die genannten Orte mit dem Auto, dem Zug – nach Waldshut bestand ab Baden ab 2000 der Einstundentakt[66] – oder zu Fuss über die Rheinfelder Brücke gut erreichbar. «Einkaufstourismus» war ab Ende der 1980er-Jahre ein dominierendes Thema, über das in der Branche häufig diskutiert wurde. Im Jahr 1993 seien von Schweizerinnen und Schweizern allein für Milchprodukte 250 Millionen Franken und 1995 1,5 Milliarden Franken für diverse Güter im grenznahen Ausland ausgegeben worden, war in einer Sonderausgabe des *Aargauer Tagblatts* zum Thema Konsum zu lesen.[67] Der Versandhandel von Modehäusern wurde Mitte der 1990er-Jahre noch nicht explizit als Konkurrenz genannt, während die Zahl der Angestellten bereits ab diesem Zeitpunkt sank. Einen grundlegenden Strukturwandel bedeutete die Entstehung des Onlinehandels, zu dessen Vorreitern unter anderem Le Shop gehörte. Die Firma belieferte ab 2001 aus Bremgarten die Schweizer Haushalte mit Lebensmitteln, 2004 übernahm die Migros die Firma. In den 2010er-Jahren verschwanden Modeläden wie Charles Vögele, Schild, Switcher oder OVS aus den Einkaufsstrassen, und der Leerstand erhöhte sich.[68]

Konsum als Sucht oder das «Drogenproblem»

Im August 1971 äusserte sich Kantonsarzt Hans Pfisterer (1910–1995) zu einem öffentlich stark diskutierten Thema: zum «Drogenproblem» (siehe «Jugendbewegung», S. 468f. und 473f.). Das 20. Jahrhundert sei von Materialismus, Lustgewinn, Überflusskultur und einer Isolation der Individuen, verbunden mit der Angst vor Geborgenheitsverlust, geprägt. Die Wohlstandsgesellschaft hatte hier ihre Schattenseite, gemäss Pfisterer war es eine «kranke Gesellschaft».[69] Eben hatte der Zürcher Drogenprozess stattgefunden, bei dem 13 Angeklagte zu Geldstrafen oder unbedingten Gefängnisstrafen verurteilt worden waren. Sie alle waren Drogenabhängige, und viele hatten mit Betäubungsmitteln gehandelt oder andere Kleindelikte verübt.[70] Neben Haschisch war seit Ende der 1960er-Jahren vor allem auch Heroin eine Modedroge geworden.[71]

Alkohol-, Medikamenten- oder Drogenabhängigkeit wurden zwischen 1971 und 1990 mehrfach auch aus Sorge um die Verkümmerung der Jugend im Grossen Rat verhandelt: Die CVP-Gross-

366 Das neu eröffnete Shoppingcenter Spreitenbach, 1970. Im Shoppingcenter gab es nicht nur Einkaufsläden, die von Lebensmitteln bis zur Elektronik alles feilboten. Es gab auch ein Restaurant, Cafés, einen Andachtsraum, eine Bildergalerie, ein Schwimmbad und einen Kinderhort. Zentrum und Treffpunkt war der Springbrunnen.

367 Besucherinnen und Besucher des Shoppingcenters Spreitenbach kehren im Restaurant ein, 1970.

368 Einkauf in der «Chäshütte» im Shoppingcenter Spreitenbach, 1970. Ein Teil des Ladens war auf Selbstbedienung ausgelegt, damals ein neues Konzept.

369 Frauen und Männer tragen ihre Einkäufe aus dem neuen Einkaufszentrum Tivoli in Spreitenbach zum Parkplatz, 1974. Das «Tivoli» und das Shoppingcenter Spreitenbach waren Konkurrenten.

370 Blick auf den Badener Wochenmarkt auf dem Kirchplatz, 1972. Wochenmärkte blieben für Frischwaren trotz Grossverteilern ein wichtiger Einkaufsort.

371 Eröffnung des ersten Migrosmarkts im Kanton in Aarau, 1954. Das riesige Sortiment, das auf 800 Quadratmetern angeboten wurde, faszinierte die Konsumentinnen und Konsumenten.

rätin Elsbeth Pilgrim (1943–2022) aus Muri fragte in einer Interpellation 1974 nach Möglichkeiten der Betreuung von Drogensüchtigen. Im Aargau gab es in Königsfelden und neu in Gontenschwil Kliniken zur Behandlung primär von Alkoholsucht.[72] In den Jahren 1976 und 1977 folgten weitere Debatten zur Thematik. Doch fehlten konkrete Zahlen, um das «Drogenproblem» im Aargau zu quantifizieren.[73] Das schweizerische Betäubungsmittelgesetz von 1975 setzte mit einem allgemeinen Drogenverbot – mit Ausnahme von Alkohol – eine sehr restriktive Politik in Kraft, die sich als Bumerang erwies. Zu Beginn der 1980er-Jahre habe das «Drogenproblem» ein «beängstigendes Ausmass» erreicht. Eine besorgte Interpellation im Grossen Rat berichtete 1982 von Drogenhandelsplätzen in Baden, Aarau, Brugg und Zofingen. Wohl an die 3000 Personen im Kanton Aargau seien abhängig von Heroin – der *Aargauer Kurier* titelte: «Drogen lösen keine Probleme. Sie schaffen neue.»[74]

Mitte der 1980er-Jahre war auch im hinsichtlich Drogenpolitik zurückhaltenden Kanton Aargau erkannt worden, dass es sich um ein «interdisziplinäres Problem» handelte. Entsprechend wurde eine kantonale Drogenkommission eingesetzt, später auch die Methadonabgabe eingeführt. Zu einer etwas progressiveren Drogenpolitik beigetragen hatte auch das Aufkommen von Aids in der Schweiz. Zu Beginn der 1990er-Jahre stieg die Anzahl Verzeigungen gegen das Betäubungsmittelgesetz. Auch wenn in Städten wie Baden und Aarau Drogen gehandelt und konsumiert wurden, so gab es im Aargau keine offene Drogenszene. 1992 wurden 27 «Drogentote» gezählt. Aargauerinnen und Aargauer begaben sich auch nach Olten («Gleisspitz») oder Zürich («Platzspitz» und «Letten»). Diese offenen Drogenszenen wurden 1995 geschlossen. Danach verringerte sich im Aargau die Zahl der Delikte gegen das Betäubungsmittelgesetz, und mittels Methadon konnte sozialen Problemen und der Übertragung von Krankheiten entgegengewirkt werden.[75]

Prostitution und die Doppelmoral

Ähnlich mit moralischen Vorbehalten behaftet war die Prostitution. Prostitution sei eine «alte Erscheinung», notierte Marie Meierhofer (1909–1998) als Vorbereitung für einen Vortrag Mitte der 1970er-Jahre. Die aus Turgi stammende Ärztin führte seit 1957 das Zürcher Institut für Psychohygiene im Kindesalter (heute Marie Meierhofer Institut) und äusserte sich zum Thema der «Möglichkeiten einer Prophylaxe der Prostitution auf lange Sicht». In einem Exzerpt des Vortrags ist zu lesen, dass «Untersuchungen über die Persönlichkeit der Prostituierten» ergeben hätten, dass die Frauen in der Regel in gestörten Familienverhältnissen aufgewachsen seien. Die Kinder hätten sich nie richtig entwickeln können und landeten darum in der Prostitution. Meierhofer führte schliesslich aus, wie mit pädagogischer Arbeit «eine gesunde Persönlichkeitsentwicklung» gefördert werden könne.[76] Der Vortrag zeigt die Ambivalenz in Bezug auf die Prostitution: Die Legalität war national seit der Einführung des Strafgesetzbuches von 1942 gegeben, 1973 betonte das Bundesgericht, dass die Tätigkeit unter dem Schutz der Wirtschaftsfreiheit stehe.[77] Moralisch hingegen wurde die Prostitution verurteilt, auch wenn die Dienstleistungen immer nachgefragt wurden. Brigitte Obrist (*1962) aus Mettauertal, die während der 1980er-Jahre als Prostituierte gearbeitet hatte, nannte das Fricktal 1993 «eine der Hochburgen des Spiessbürgertums und Doppelmoral».[78]

Einschränkungen des Gewerbes wurden mit Bezug auf das Migrationsrecht oder das Bau-, Umwelt- und Nachbarrecht geltend gemacht. Aargauer Bordelle sind daher vor allem ausserhalb der Dörfer oder bei Ein- und Ausfahrten von Autobahnen angesiedelt. In Ennetbaden wurde ab den 1960er-Jahren das einst für Kurgäste oberhalb des Dorfs errichtete Panoramarestaurant zum Herrenclub Golden Hill. Siedelten sich Bordelle zu nahe der belebten Zentren an, gab es Widerstand. So forderte beispielsweise 1983 ein grossrätliches Postulat, dass Etablissements «zur Lustgewinnung» in der Nähe von Schulen und Kirchen gesetzlich verboten würden. Auslöser dafür war die «Rote Laterne» unweit des Schulhauses Rottenschwil.[79]

Anders als in Olten oder Zürich gab es im Aargau keine Strassenprostitution. Es etablierten sich aber Orte, an denen sexuelle Dienstleistungen in Anspruch genommen werden, so in der Gemeinde Birr das «Schwulewäldli», wo sich seit den 1990er-Jahren Männer treffen, die mit Männern Sex haben möchten, oder Industrie- beziehungsweise Gewerbeareale, wo Sexarbeiterinnen und Freier verkehren. In den Jahren 2001 und 2002 gab es in Leibstadt auch einen schweizweit ersten, jedoch erfolglosen Versuch für ein Bordell, in dem Männer Dienste für Frauen anboten und der selbst in deutschen Medien Aufmerksamkeit erregte.[80]

Sexarbeit, Sexindustrie und der Wertewandel

Zahlen zur Prostitution im Aargau wurden nie flächendeckend erhoben. Sie beruhen auf Schätzungen und Hochrechnungen oder sind nur im Zusammenhang mit Aufenthaltsbewilligungen zu ermitteln. Zwischen 1995 und 2014 konnten im Zusammenhang mit dem Cabaret-Statut (auch Cabaret-Tänzerinnen-Statut) Personen aus Drittstaaten kurzzeitige Arbeitsbewilligungen erhalten, wobei hiermit nicht eine Bewilligung für Sexarbeit, sondern ausdrücklich für Tanz ausgestellt wurde. Für 22 Nachtlokale seien rund 130 solche Bewilligungen ausgestellt worden, ist im regierungsrätlichen Rechenschaftsbericht von 1995 zu lesen, ein erster umfassender nationaler Bericht von 2015 führte 103 polizeilich registrierte Erotikbetriebe für den Aargau auf, wovon 43 als «Grossbetriebe (mehr als 3 Personen)» galten. Der Kanton Aargau befand sich hinter der Waadt, Zürich, Basel-Stadt, Genf und St. Gallen auf dem fünften Platz.[81]

Der Gesundheitsdiskurs im Zusammenhang mit HIV und der Wertewandel liessen ab den 1980er-Jahren Beratungsstellen für Sexarbeitende entstehen. Ab 1985 bot das Zürcher Fraueninformationszentrum, heute Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration, Beratungen für Sexarbeiterinnen an und ist seither auch politisch tätig, in Bern gibt es seit 1984 mit Xenia eine ähnliche Beratungsstelle. Daraus erwuchs schliesslich eine Dachorganisation namens ProKoRe. Im Aargau gab es nie

eine dauerhafte Beratungsstelle für Sexarbeitende, wobei der Kanton 1995 eine Beratungsstelle im Zusammenhang mit dem Cabaret-Statut betrieb. Die ehemalige Prostituierte Brigitte Obrist war am Zürcher «Barfüsserprojekt» der 1985 gegründeten Aids-Hilfe Schweiz beteiligt, aus dem schliesslich die Non-Profit-Organisation Aidsprävention im Sexgewerbe entstand, die mitunter Grundlage für die Arbeit des 2016 gegründeten Vereins Sexuelle Gesundheit Aargau ist.[82]

Der Wertewandel ermöglichte aber auch die zumindest vordergründige Enttabuisierung, sodass der Lokalradiosender Argovia dem Thema «Sex im Aargau» im November 2018 eine Themenwoche widmete. Der in Oftringen ansässige Erotikmarkthändler Libosan betrieb in den 2000er-Jahren in Basel, Bern, Olten und Zürich Sexshops, bevor der Onlinehandel in den 2010er-Jahren den Durchbruch erlebte. Davon profitierte der Ehrendinger Alan Frei (*1982), der 2014 mit einem Geschäftspartner in Zürich das Sextoy-Geschäft Amorana gründete. Dieses wuchs in der Folge rasant und wurde mit einem Versandlager in Heerbrugg (SG) zum grössten Sextoy-Händler der Schweiz. Gemäss eigenen Angaben hat die Corona-Krise ab Frühling 2020 das Geschäft stark befördert, während Erotikbetriebe längere Zeit geschlossen blieben.[83]

Motorisierte Freizeitgestaltung

Freizeit und Ferien als Form der Lebensgestaltung wurden erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts für den grossen Teil der Bevölkerung zur Gewohnheit. In den 1950er-Jahren waren 14 Tage Ferien üblich. Im Jahr 1966 nahm das Aargauer Stimmvolk dann das Feriengesetz an, das allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit dem 30. Altersjahr oder zehn Dienstjahren drei Wochen Ferien garantierte (siehe «Wachstum und Wohlstand», S. 345f.).[84] Die neu gewonnene «freie Zeit» wollte nun gestaltet werden. Dabei spielten Reiseanbieter und das eigene Auto eine zentrale Rolle.[85]

Das Freizeitproblem

«Freizeitbeschäftigung; Was ist das? – So würde meine Urgrossmutter […] verwundert fragen. Ein Freizeitproblem gab es nicht.»[86] So begann am 14. Juni 1959 die Rede der Spreitenbacherin Alice Ruchti-Kubli (1927–2011) an der Mitgliederversammlung des Kaufmännischen Vereins in Lenzburg. Die Wochenarbeitszeit für Angestellte und Arbeiterinnen war klar geregelt. Erst seit wenigen Jahrzehnten blieb neben der Arbeit etwas Zeit – Freizeit. Und diese wollte sinnvoll gestaltet sein, insbesondere jetzt, wo die Fünftagewoche zur Norm werden sollte.

Als «Freizeitproblem» galt die Sorge um die Jugend, die in dieser neu gewonnenen Freizeit Unfug anstellen konnte. Deshalb warb die Pro Juventute mit Broschüren für ihre Freizeitwerkstätten und mit dem Slogan «Nützet die Freizeit».[87] Der Arbeiterbildungsverein Aarau liess zum Pauschalpreis von fünf Franken seine Mitglieder am eigenen Kursprogramm teilhaben, gewährte aber auch Rabatte von zehn bis zwanzig Prozent auf die Kurse der Volkshochschule und die Veranstaltungen der Theatergemeinde Aarau.[88] Dass Ferien für jeden Arbeiter und jede Angestellte auch zur «unerlässlichen Voraussetzung [für die] Erhaltung seiner geistigen und körperlichen Gesundheit» beitragen und dass man in dieser Freizeit beispielweise an Kultur teilhaben solle, wurde ab den 1950er-Jahren vermehrt betont.[89] Mit dieser Absicht baute die BBC ihr Gemeinschaftshaus am Martinsberg, wo sie ab 1953 nicht nur eine Kantine betrieb, sondern auch eine Kegelbahn, eine Bibliothek, Fotolabors und diverse weitere Freizeitwerkstätten. Auch ein grosser Saal stand zur Verfügung. Arbeiterinnen und Arbeiter formierten sich zu Vereinen und konnten den Martinsberg zwischen den 1950er- und den 1970er-Jahren als Lokal nutzen, Anlässe für Angestellte fanden in der Villa Boveri, dem Clubhaus der BBC, statt.[90]

Ferienkanton Aargau

Im Jahr 1941 wurde die Aargauische Verkehrsvereinigung gegründet, die neben Mitwirkung bei Zugsfahrplänen oder beim Ausbau des ÖV-Netzes auch «Verkehrspropaganda» machte. So führte sie noch während der Kriegsjahre die Basel-Städter Regierung durch den Aargau. Man besichtigte die Schlösser in Schöftland und im Ruedertal, fuhr vom Wynen- ins Seetal, wo man unter anderem die Stroh- und Zigarrenindustrie besuchte, anschliessend ging es nach Baden in die Bäder, in den Tagsatzungssaal, zur BBC und dann zu den römischen Funden aus Vindonissa ins Museum in Brugg. In den Aargau kam man primär zur Kur oder fürs Geschäft. Ziel der Organisation war es aber, dass vermehrt auch Freizeit und Ferien hier verbracht würden.[91]

Als Aargauer Ferienregion etablierte sich in den 1950er-Jahren der Hallwilersee. Das Arbeiterstrandbad Tennwil von 1935 entwickelte sich in der Nachkriegszeit von der Badeanstalt zum Campingplatz. Bald kamen nicht mehr nur «Zeltler», sondern auch Familien, die während der ganzen Saison ihren Wohnwagen hier stationierten. Um die Zufahrt mit dem Auto zu erleichtern, asphaltierte man 1967 die Strasse, und für den Komfort baute man die sanitären Anlagen aus und installierte 1972 eine Waschmaschine.[92]

Im Jahr 1975 erstellte das kantonale Baudepartement eine «Erholungsplanung» über die Nutzung der Natur und Landschaft für die Freizeit.[93] Wandern als niederschwellige Freizeitaktivität spielte dabei eine zentrale Rolle. Rund 1300 Kilometer markierte Wanderwege bestanden zu diesem Zeitpunkt im Kanton Aargau. Im nächsten Jahrzehnt wuchs dieses Netz um weitere 200 Kilometer. An Tourismusmessen wurde der Aargau mit Bildern von Kleinstädten, vom Hallwilersee und von den Jurabergketten präsentiert. Die gute Verkehrsanbindung, die Badekurorte und das Wanderwegnetz strich man dabei besonders heraus.[94] Die Werbung lohnte sich: Im Jahr 1990 konnte der Aargau mit rund einer Million einen Viertel mehr Logiernächte als im Vorjahr verzeichnen. Bei der Dokumentation im Jahresbericht der Tourismuskommunikation wurde aber auch betont, dass der Aargau als Wirtschaftskanton besonders viele Geschäftsreisende beherberge.[95]

372 In einer Fotoreportage wird der Renault Floride vor diversen Kulissen in der Schweiz präsentiert, hier in Bremgarten, um 1960. Wer ein eigenes Auto hat, kann damit Sonntagsausfahrten an die schönsten Orte der Schweiz unternehmen, so die Botschaft.

373 Ein Prospekt informiert 1962 über die Wanderwege im Kanton Aargau, die seit 1934 von einem eigenen Verein unterhalten werden.

374 Die vier Kantone der Nordwestschweiz werben im Jahr 1944 vermutlich am Hauptbahnhof Zürich für sich als Tourismusorte. «Historische Kleinodien» und Wanderwege werden besonders angepriesen.

375 Ein Knecht-Car 1968 auf den Champs-Elysées. Die Windischer Firma hatte eben den ersten Doppelstöcker, eine Neuheit, angeschafft.

376 Ein Car der Firma Twerenbold fährt 1946 über den Sustenpass. Die Strasse war zu diesem Zeitpunkt erst seit einem Jahr ausgebaut, Gesellschaftsfahrten waren sehr beliebt.

22 By Pruntrut im Jura, da het e Wirt es Hus.
de luegt es Meitschi alli Stund drimal zum Pfeister us,
und fragecht du dein d'Soldate, wer echt das Meitschi sei,
da lüpft es jedem Schwyzerbueb sys Herz und au sys Bei:
C'est la petite Gilberte, Gilberte de Courgenay,
qui connait trois cent mill soldats et tous les officiers!

23 Am Brunnen vor dem Tore,
da steht ein Lindenbaum.
Ich träumt in seinem Schatten
so manchen süßen Traum.
Ich schnitt in seine Rinde...
Ich mußt auch heute wandern...

24 Die Gedanken sind frei, wer kann sie
erraten, sie fliegen vorbei...
ich denke, was ich will...
und sperrt man mich ein in finsteren Kerker...
denn meine Gedanken zerreißen die
Schranken und Mauern entzwei...

Holland

25 Wir sind jung, die Welt ist offen . . .
Unser Sehnen, unser Hoffen
geht hinaus in Wald und Feld
Bruder, laß den Kopf nicht hängen,
kannst ja nicht die Sterne seh'n
aufwärts blicken, vorwärts dringen,
wir sind jung und das ist schön.
Liegt dort hinter jenem Walde
nicht ein schönes, fernes Land,
blüht auf jenes Berges Halde
nicht ein Blümlein unbekannt
laßt uns schweifen ins Gelände,
über Berge, über Hügeln, wo sich
auch der Weg hin wende, wir sind
jung und das ist schön.
Auf denn, und die Sonne zeige...
Bruder, schnall den Rucksack über,
heute soll's ins Weite gehn,
Regen, Wind, wir lachen drüber...

Erinnerungen an die Venedig-Reise

Hr. Ferd. Buchser, Schinznach-Dorf

Nach einer Gondelserenade (Venedig)

Gern gedenk ich jener Stunde,
Da wir nach der Glut, der sturen,
Im Verein, im frohen Bunde,
Durch die schwarzen Wasser fuhren.
Mondlicht auf den dunklen Wogen,
Sänger bringen ihre Weisen,
So sind wir dahingezogen,
Das war mehr als nur ein Reisen.
Mehr als Reisen, ein Erleben,
Dunkel standen die Paläste
In der Brust ein leises Beben,
Großer Zeiten fremder Gäste.
Glitzernd Mondlicht auf den Wellen
Aus der Gondel sanfte Töne
Sind das nicht die besten Quellen
unseres Seins — das ewig Schöne. —

Italienische Riviera

D'Venedigerreis Frau Buchser, Rombach

De Reisaspricht isch ganz famos!
I findes eifach grandios,
Daß me jetzt daheim im Hus
No einisch cha of Reise us.
Mer goht jo bis Venedig gar
Mit em Herr Knecht im Autocar.
Chas eu no Spois Schönera geh,
Als das, wo mir händ chönne gseh?
Wie isch doch d'Wält so wunderbar
und d'Mönsche mängisch sonderbar.
Sie hocke immer on gliche Flück
und iammere, s'Läbe sig halt kei Schläck
Ganz sicher ist Freud i d'Härze cho,
Wenn sie au würde of Reise go.
Freud händ mer alli dörte gspure
Zum Abschied denn sogar no fyre.
I dr Sonne z'Windisch sind alli Gäscht
Um e Tisch ume ghocket wie unsere Fescht.
Jo, eigetli es Fescht isches gsy.
I möcht es danke hindedry
Euse liebe Sunnewirtsleit.
Läb weht du schöni Reiszyt!

377 Der Reisekalender von Knecht aus dem Jahr 1959 enthält einerseits das Programm, andererseits aber auch Liedtexte, die unterwegs im Reisebus angestimmt werden konnten.

378 Am Samstag, 2. Oktober 1971, reihen sich Autos auf dem noch nicht eröffneten Teilstück der N1 bei Würenlos für ein Rennen im Rahmen der Aargauischen Automobilmeisterschaft, organisiert durch den ACS, ein.

379 Eine Bildseite in der Chronik der Sektion Aargau des ACS vom Juni 1968 gibt Einblick in zahlreiche Anlässe des Clubs, der Meisterschaften veranstaltete, aber auch Geselligkeit bot. An der «ACS-Photo-Pirsch» (rechts oben) nahmen 83 Equipen teil. Im Jahr zuvor hatte erstmals eine solche Orientierungsfahrt durch die Wälder stattgefunden.

380 Automobilbegeisterte des ACS Aargau nehmen am 2. September 1972 an einer «Sie-und-Er-Fahrt» teil, zu der auch das Abfahren einer vordefinierten Strecke gehört.

381 Die Zuschauerinnen und Zuschauer drängen sich beim Start des Bergrennens Reitnau, hier 1969. Heinz Kohler (1936–2014) startet mit seinem Alfa Romeo 1300 GTV.

382 Eine Frau nimmt in Uerkheim an einem Antischleuderkurs teil, um 1980. Die Erhöhung der Fahrsicherheit war ab den 1970er-Jahren ein wichtiges Thema.

Mit dem Car unterwegs

In den 1940er-Jahren kamen Gesellschaftsfahrten in Mode. Fuhrhaltereiunternehmungen wie zum Beispiel Twerenbold in Baden oder Gebrüder Knecht in Windisch boten Ausflüge «rund um die Lägern» oder Passfahrten über die teils neuen Strassen am Susten, an der Furka oder am Grimsel an.[96] Ab den 1950er-Jahren standen beim Windischer Unternehmen auch Reisefahrten nach München, Stuttgart, in die Dolomiten oder an die italienische Riviera an. Eine zentrale Rolle spielte die Geselligkeit auf der Fahrt, die man mit diversen Zwischenhalten oder Gesang verbrachte. Hierfür wurde ein Liedblatt erstellt, das die Texte zu bekannten Melodien enthielt.[97] Das Wachstum dieser Art von Freizeitangeboten bremste der zunehmende motorisierte Individualverkehr.[98]

Tourismus blieb ein Wachstumsmarkt, und Ferien im Ausland wurden ab den 1970er-Jahren für einen grossen Teil der Bevölkerung zur Selbstverständlichkeit.[99] Die inzwischen zu Reiseunternehmen gewordenen Betriebe Knecht und Twerenbold begannen, Carreisen ins Ausland anzubieten. Dafür hatte Knecht 1962 ein erstes Reisebüro in Brugg eröffnet, 1967 folgte eines in Lenzburg, 1969 in Wettingen. Pauschalangebote waren gefragt, und Reisebüros entwickelten unterschiedliche Spezialitäten. Dazu gehörten auch die jeweils neusten Reisebusse: Knecht schaffte sich 1968 den ersten «Doppelstöcker» in der Schweiz an. Twerenbold war auf Jugoslawien spezialisiert und warb 1979 für «aktives Nichtstun auf der Insel Krk»; die Reise erfolgte in einem «Luxuscar» mit Toilette, Leinwand und Lautsprechern.[100]

Reisebüros weiteten zudem ihre Tätigkeitsfelder auf Flugreisen und Kreuzfahrten aus. Das Flugzeug war ab Mitte der 1980er-Jahre ein gängiges Verkehrsmittel, Kreuzfahrten wurden erschwinglich. Die Digitalisierung veränderte ab den 2000er-Jahren zudem das Buchungs- und Ferienverhalten stark, und viele Reisebüros mussten schliessen. Die Carunternehmen spezialisierten sich in der Folge beispielsweise auf Kultur-, Firmen- oder Fussballreisen, Tagesausflüge in den Europapark Rust oder in Skigebiete und weiteten ihre Segmente durch Fusionen mit anderen Anbietern oder durch den Ausbau des Angebots zum Beispiel im Bereich der Kreuzfahrten aus.[101]

Vierrädrige Träume

Im Jahr 1946 gab es im Aargau 3500 Personenwagen, 1955 waren es über 15 700, ein weiteres Jahrzehnt später 57 800, und Mitte der 1970er-Jahren gab es weit über 120 000 Personenwagen mit dem Kennzeichen AG. Am 31. März 1980 wurde das 200 000. Auto eingelöst, vier Jahrzehnte später erreichte die Zahl der registrierten Fahrzeuge mit 573 210 einen neuen Höchststand.[102] Dieses Wachstum bedeutete mehr Mobilität, auch mehr Freizeitmobilität. Ab den 1960er-Jahren wurden ausgedehnte Sonntagsfahrten mit dem Familienauto zum Vergnügen der breiten Bevölkerung. Das Auto war Freiheits- und Statussymbol zugleich. Es wurde zum Lebensstil, und unterschiedliche Marken repräsentierten unterschiedliche Lebensgefühle, Generationen von Jungen wählten den Traumberuf Automechaniker.[103]

Für den Schweizer Automobilmarkt waren zwei Aargauer Importeure wichtig: zum einen die Firma Automontage Schinznach AG (Amag), die ab 1949 aus Rohteilen Fahrzeuge montierte, aber auch den für die Motorisierung der breiten Bevölkerung zentralen VW Käfer einführte. Zum anderen war es die Emil Frey AG, die erst in Zürich Jaguar- und ab 1967 auch Toyota-Modelle aus Japan einführte. Das Geschäft lief gut, und 1972 eröffnete in Safenwil das Importzentrum für die japanischen Autos, die neben dem Käfer die Motorisierung vollends realisierten.[104]

Schinznach und Safenwil waren nicht nur zentral für die Massenmotorisierung in der Schweiz. Sie beförderten durch ihre Mitarbeitenden auch die Begeisterung für den Autosport. Der Automobil Club der Schweiz (ACS) beispielsweise war im Aargau besonders aktiv als Veranstalter von Autoanlässen und Meisterschaften. Dazu gehörten ab Ende der 1960er-Jahren Ballonverfolgungsjagden, Sie-und-Er-Fahrten, bei denen sich Paare untereinander in Geschwindigkeit massen, oder Orientierungsfahrten wie Fotopirsch durch die Wälder. Ebenfalls wurden Slalomrennen auf den seit den 1960er-Jahren entstehenden Autobahnen, so 1970 und 1971 auf bereits erbauten, aber noch nicht eröffneten Abschnitten der N1, durchgeführt.[105]

Berühmt wurde der Aargau unter den Autosportbegeisterten durch das Bergrennen Reitnau, das 1965 erstmals im Tausend-Seelen-Dorf ausgetragen wurde, nachdem bereits ab 1956 Bergprüfungsfahrten – eigentliche Bergrennen – stattgefunden hatten.[106] «Reitnau» wurde in der Folge zum wichtigsten, über Jahrzehnte lückenlos ausgetragenen Motorsportanlass der Schweiz. Das Rennen führt über eine hundert Höhenmeter umfassende, 1,5 Kilometer lange, kurvenreiche Strecke. 1968 zog es 5000 Zuschauerinnen und Zuschauer an, in den 2010er-Jahren jubelten bis zu 12 000 Menschen am Strassenrand.[107] 1975 fiel die «1-Minuten-Schallmauer» des Streckenrekords, der sich schliesslich weiter verringerte und der 2020 bei 47,22 Sekunden lag.[108]

Sicherheit auf der Strasse und in der Luft

Autofahren war bis Mitte der 1960er-Jahre zur selbstverständlichen Alltags- und Freizeitbeschäftigung geworden. Mehr Verkehr bedeutete indes auch mehr Unfälle. Am 15. April 1970 titelte der *Aargauer Kurier:* «Jeden 3. Tag stirbt ein Mensch auf den Strassen des Aargaus.» 1969 waren bei fast 3500 Verkehrsunfällen 129 Menschen gestorben.[109] Die Fahrsicherheit wurde in der Folge zum zentralen Thema. So solle sich unter anderem das Gokartfahren positiv auf die Sicherheit auswirken, wurde im Mai 1970 in einer Sportsendung des Schweizer Fernsehens mitgeteilt.[110] Mit einem ähnlichen Argument warb man vonseiten ACS für die Durchführung von Eisslaloms. Im Jahresbericht 1971 widmete sich der ACS der Unfallverhütung, 1972 verkehrte gar ein Ford Consul alias «Weisser Rabe» des ACS auf den Aargauer Strassen und beanstandete fehlerhaftes Verhalten im Verkehr.[111]

Die Strassensicherheit erhöhten schliesslich Massnahmen in der Ausbildung, denn ein Führerschein gehörte ab 18 «zur Allgemeinbildung».[112] Im

1972 aus dem Polizeikommando ausgegliederten Strassenverkehrsamt Aargau in Schafisheim fand 1975 der erste schweizerische Ausbildungskurs für Prüfungsexperten statt.[113] Der Plan hingegen, in Schafisheim sodann ein Ausbildungszentrum für Lernfahrerinnen und Lernfahrer zu gründen, scheiterte 1979. Die Fahrlehrer bevorzugten es, ihre Schülerinnen und Schüler dezentral auszubilden.[114] Bereits 1977 unterstützte die Emil Frey AG ein privates Verkehrs-Sicherheits-Zentrum Veltheim (VSZV) – «Veltheim» galt gesamtschweizerisch als wegweisend.[115]

Einen ähnlichen Rang wie das VSZV nahm in der Aviatik der 1937 gegründete Regionalflugplatz Birrfeld ein. Im Jahr 1940 entstand hier die Fliegerschule Birrfeld. Der Flugplatz wurde ab den 1960er-Jahren sukzessive ausgebaut und über die Kantonsgrenze hinaus zum bekannten Sportflughafen insbesondere für Segelflieger und deren Ausbildung.[116] Weitere Flugschulen entstanden ab 1966 im Fricktaler Schupfart und 1970 in Buttwil im Freiamt.

Spiel, Spass und Gesundheit in der Breite, Wettkampf und Leistung an der Spitze

Sport bewegt den Aargau

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Sport im Aargau zum organisierten Massenphänomen. In Turnen, Leichtathletik, Handball, Fussball und Radfahren traten Spitzenathletinnen und -athleten sowie Spitzenvereine hervor. Sport bildete in den vielen Aargauer Vereinen den Rahmen für Freizeit und Geselligkeit. Ab den 1970er-Jahren rückten die auch staatlich unterstützte Gesundheitsförderung und das individuelle körperliche Wohlbefinden stärker ins Zentrum. — *Fabian Saner*

Der Turnverein: von der patriotischen Gemeinschaft zum polysportiven Netzwerk

Gemeinschaftsstiftende Sportvereine bilden vor allem in ländlichen Gebieten einen wichtigen Ort der Integration für die Einwohnerinnen und Einwohner. Daneben ermöglichen Trendsportarten auch eher lose Bündnisse, welche die flüchtigeren und unverbindlicheren Beziehungen jüngerer Lebensformen widerspiegeln.[117] Am Ende des 20. Jahrhunderts hatten sich im Kanton Aargau je nach Region verschiedene dominante Sportarten herausgebildet – eine gemeinsame Klammer blieben aber nach wie vor die Turnvereine, die in jeder der rund 230 Aargauer Gemeinden aktiv waren.

In der Region Aarau hatten Fussball, Handball, Leichtathletik und der Pferdesport Vorrang, im Ostaargau neben Fussball Basketball, Volleyball und Landhockey. Die Region Brugg/Baden verzeichnete Schwerpunkte im Geräteturnen, im Trampolinspringen und im Sektionsturnen. Zofingen wurde für die Organisation des Powerman-Duathlon bekannt. Im Fricktal stand Laufsport im Trend, im Wynental waren es der Orientierungslauf und der Reinacher Waffenlauf, der lange zum eisernen Bestand des freiwilligen Militärsports gehörte. Im Freiamt wiesen Ringen und Tauziehen einen sehr hohen Leistungsstand auf, im Zurzibiet der Radsport.

Der Aargau zeichnet sich durch eine Sportinfrastruktur aus, die auch dem Breitensport einen grossen Stellenwert einräumt. Trotz fehlender Grossvereine und damit verbundener Sponsorings behaupteten sich im Fussball und Handball Mannschaften jahrzehntelang in der obersten nationalen Liga; in ihrem Umfeld wurde auch die Talentförderung ausgebaut, die später vom Kanton finanziell und mit besseren Rahmenbedingungen gestützt wurde.[118]

Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hatten die patriotisch-erzieherisch ausgerichteten Turnvereine Konkurrenz durch Arbeiterturnvereine und konfessionelle Vereinigungen erhalten. Die Jahrzehnte der Massenkonsumgesellschaft der Nachkriegszeit beförderten den Abbau gesellschaftlicher Hierarchien. Mehr Kaufkraft und mehr Freizeit trugen zur raschen Auflösung politisch-ideologisch getrennter Lebenswelten bei. In den Turnvereinen zeigte sich dieser Wandel weg von der militärisch überformten und teils geschlechtergetrennten Leibeserziehung als Form der Eingliederung in eine organische Gemeinschaft hin zum Sport als geselligem Freizeitvergnügen bei körperlichem Wohlbefinden, mit Lust an Wettbewerb und Leistung.

Der Bedeutungsverlust des «Gemeinschaftsturnens» blieb aber schon Mitte der 1950er-Jahre nicht unwidersprochen: «Die jungen Leute lehnen den regelmässigen Turnstundenbesuch ab, sie wollen sich nicht mehr dem Kommando eines Oberturners unterstellen. […] Sie üben ja nur für sich und kümmern sich wenig um die Kameraden links und rechts. Es wird das Bestreben unserer Turnvereine sein, allen Versuchen in der Richtung

des wilden Sportes entgegenzuwirken.»[119] Diese Argumente bildeten allerdings ein Rückzugsgefecht gegenüber dem Siegeszug von Breiten- und Spitzensport.

Aarau als Turnerzentrum

Die Aargauer Turnvereine unter dem Dach des Eidgenössischen Turnvereins (ETV), des Arbeiterturnvereins SATUS und des Katholischen Turnverbands (AKTV) florierten dank steigender Mitgliederzahlen und Neugründungen auch in kleinen Dörfern. Zwischen 1935 und 1984 wuchs die Zahl der Sektionen des ETV von 170 auf 206.[120] Der SATUS hatte 1976 73 Sektionen mit rund 6000 Mitgliedern.[121] In Aarau fanden 1932 (mit den ersten Schweizer Frauenturntagen) sowie 1972 und 2019 Eidgenössische Turnfeste statt. Der Bürgerturnverein Aarau war einer der grössten Schweizer Turnvereine, und der Zentralverband hat in der Kantonshauptstadt seit 1930 seinen Geschäftssitz.

Die Turnvereine fächerten sich ab den 1950er-Jahren etwa ins Leistungsturnen, die Leichtathletik und in verschiedene Spielsportarten auf. Sie bildeten Jugend-, Frauen- und Seniorenabteilungen sowie Riegen für unterschiedliche Leistungssegmente. «Seit über einem Jahrzehnt ist der BTV Aarau ein polysportiver Verein geworden, der in verschiedenen Bereichen oft sehr erfolgreiche Athleten oder Handballer in Mannschaften, Riegen und Staffeln stellt», hiess es 1960 im *Aarauer Turnblatt*.[122] Auf dem Wettkampfplatz der Kreis-, Regional- und Kantonalturnfeste wurden Lauf- und Hüpfübungen, Synchronizität und Einzelausführung anstelle der früheren Marschübungen bewertet. Die Turntenüs wurden farbenfroher, die Körperschule erhielt «vermehrte Gestaltungsfreiheit».[123] Der Aufmarsch der Turnerkolonnen mit Fahnen als kultureller Höhepunkt im dörflichen Festkalender veränderte sich hingegen kaum. Die Choreografien wurden ab den 1960er-Jahren von Klaviermusik, Handorgel oder zusammengeschnittener Plattenmusik begleitet. Wettkampf, Gemeinschaftsgefühle, individuelle Fitness und Leistungswille kamen fortan ohne Bezüge auf patriotische Traditionen oder soldatische Tugenden aus. Die Trennung der Geschlechter hielt sich im Turnbetrieb dagegen hartnäckiger und länger.

Gesellschaftlicher Wandel und Infrastrukturausbau

Das Bevölkerungswachstum brachte einen massiven Ausbau der Sportinfrastruktur. Gemeinden, Kanton und Private ermöglichten nicht nur ein breiteres Angebot an sportlichen Aktivitäten durch das ganze Jahr – etwa mit einer Vielzahl an neu eröffneten Hallenbädern ab den 1960er-Jahren –, sondern auch die Ausdifferenzierung des Breitensports, der nun unabhängig von Vereinsangeboten betrieben werden konnte. Dieses neue Selbstverständnis wirkte auf die Turnvereine zurück, die sich verstärkt in der Kinder-, Jugend- und Seniorenförderung engagierten. Der Ausbau des Jugendturnens auch auf die ganz kleinen Kinder («Mutter-und-Kind»-Turnen) brachte eine Verdoppelung der Riegenzahl zwischen 1960 und 1984, womit der zunehmende Bedeutungsverlust des Turnens gegenüber Team- oder Einzelsportarten wie Fussball, Handball oder Tennis kompensiert werden konnte.[124]

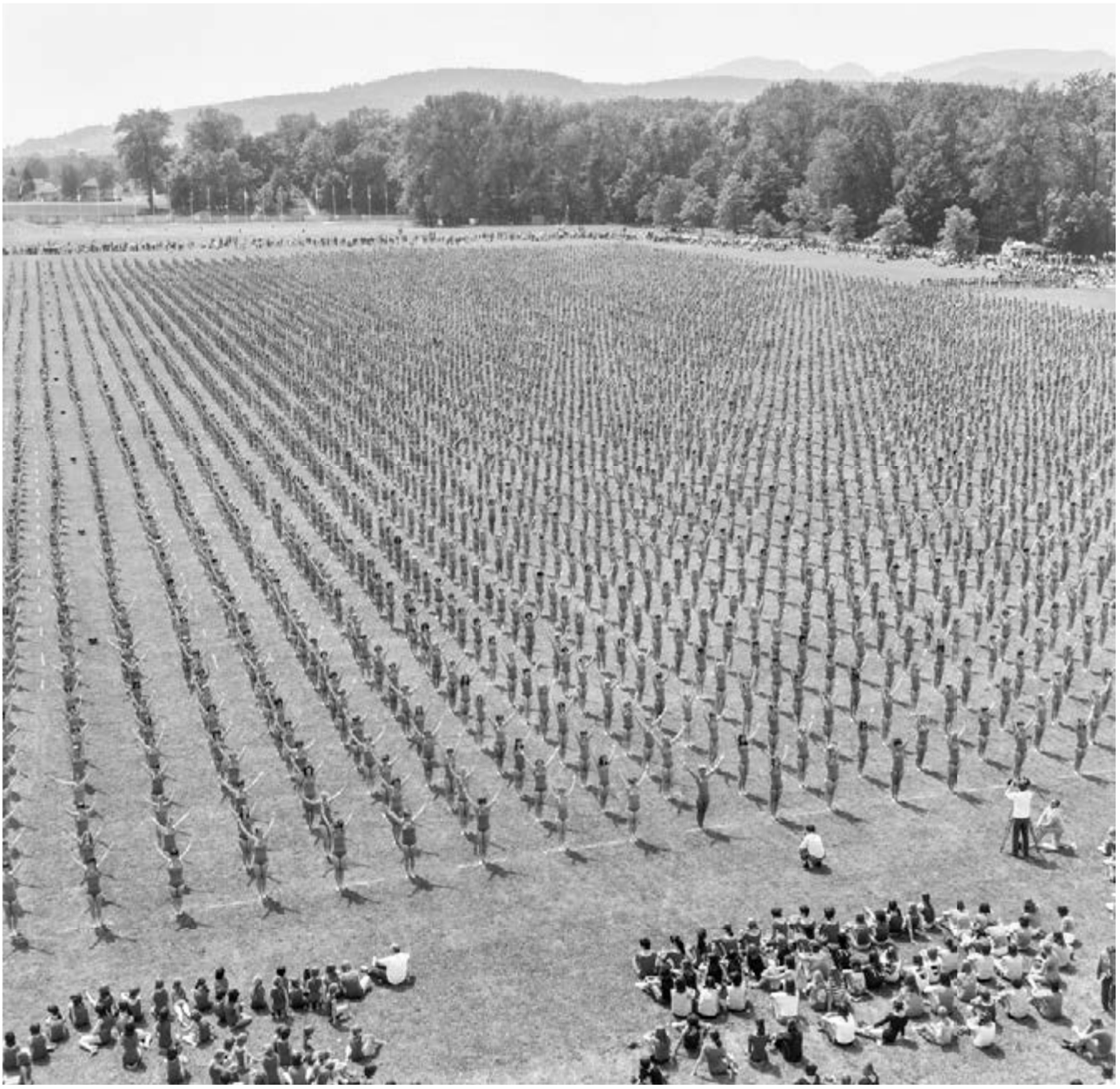
Ab 1963 wurde das «Turnen für jedermann» angeboten. Diese sportlich-gymnastische Betätigung sollte auch jene ansprechen, die «sich beharrlich weigern, in einem Verein organisiert zu werden».[125] «Seniorenturnen» unter der Obhut der Stiftung für das Alter (heute Pro Senectute) gehörte ebenfalls fast in jedem Turnverein zum Grundangebot.[126] Auch in den ländlichen Regionen des Aargaus, etwa im Oberwynental, war eine Breite an sportlichen Aktivitäten von Boxen über Segeln, Fallschirmspringen, Tauchen bis zu Armbrustschiessen möglich.[127] Wintersport liess sich im Aargau auf den Loipen auf dem Horben zwischen Seetal und Freiamt und auf Skipisten im Jura betreiben.[128]

Sportunterricht anstatt Turnen in den 1970er-Jahren

Der gesellschaftliche Wertewandel der 1960er- und 1970er-Jahre zeigte sich nicht zuletzt in neuen körperlichen Rollenbildern für Mann und Frau. In diese Periode fiel mit dem 1972 gestarteten Subventionsprogramm des Bundes, Jugend und Sport (J + S), eine weitgreifende sportpolitische Reform. Das Programm verschrieb sich der breiten Jugendsportförderung und beschleunigte den Trend weg vom Turn- hin zum Sportunterricht in den Schulen.[129] Die grösste Wirkung von J + S zeigte sich in der zunehmenden Integration von Mädchen und jungen Frauen in den schulischen Sportunterricht und ausgehend davon auch ins gemeinsame Vereins- und Sportwesen. So stellte der Aargauer Regierungsrat 1967 fest: «In den drei in unserem Kanton durchgeführten Versuchskursen für Jugend und Sport für Mädchen haben die Teilnehmerinnen mit Begeisterung mitgemacht. Ein Fingerzeig, dass die Einführung des Jugendsportes auch für die weibliche Jugend ein Bedürfnis ist.»[130]

Schiesssport ohne Armee

Im Militärkanton Aargau hatte der Schiesssport eine grosse Tradition, die in zahlreichen Schützengesellschaften und Schiesssportvereinen gepflegt wurde. Im 20. Jahrhundert lösten sich sportliche Schiesswettkämpfe und entsprechende Schiessvereine – so beispielsweise in Rupperswil – aus den Schützengesellschaften und militärisch geprägten Schiessanlässen wie dem Obligatorischen und dem Eidgenössischen Feldschiessen. Nach den Armeereformen in den 1990er-Jahren nahm die Bedeutung des Schiesssports ab. Viele Vereine hatten schon länger mit Nachwuchsproblemen zu kämpfen, weil die Verzahnung mit den obligatorischen jährlichen Schiessübungen wegen der sinkenden Zahl an Armeeangehörigen, für die die Mitgliedschaft in einem Schützenverein zudem keine Pflicht mehr war, aufgehoben wurde.[131]



383 Eidgenössisches Turnfest in Aarau, 1972. Die Turnfeste waren Massenanlässe mit Zehntausenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der ganzen Schweiz und Höhepunkte, auf die sich die Vereine lange vorbereiteten.

384 In der Breite der Turnübungen und Wettkämpfe zeigte sich auch die Ausdifferenzierung des Turnwesens in verschiedenste Sportarten, hier am Aargauer Kantonalturnfest in Reinach, 1950.

385 Spitzensportler wie der Speerwerfer Urs von Wartburg (*1937) vertraten den Bürgerturnverein Aarau bei nationalen und internationalen Wettkämpfen. Von Wartburg wurde mehrfacher Schweizer Meister und nahm wiederholt an Olympischen Spielen teil.

386 Dehnübungen auf dem Vitaparcours in Wohlen, 1970er-Jahre. Erste solche Parcours entstanden in Brugg, Küttigen und Aarau, 1977 gab es bereits 29 Vitaparcours in jeder Region des Kantons. Mit dem Aufkommen der Fitnesscenter in den 1980er-Jahren verloren sie an Attraktivität – bis zum Ausbruch der Covid-19-Pandemie im Jahr 2020.

387 Schülerskirennen im Höhtal in Ehrendingen, 1956. Der Wintersport wurde zunächst vor allem lokal betrieben, mit Loipen auf den flach gezogenen Hügeln wie dem Horben zwischen Freiamt und Seetal und Skifahren im Aargauer Jura. Ab den 1980er-Jahren gehörte der Skiurlaub in den Alpen dann in vielen Schweizer Familien zum Standard.

Turnfeste: Die Aargauerinnen turnen getrennt

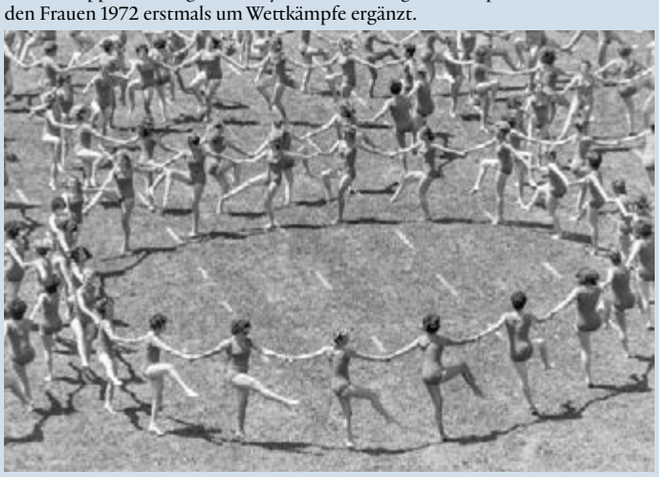
Der Aargauische Frauenturnverband hatte seit der Gründung 1922 ein starkes Wachstum verzeichnet, insbesondere in der Nachkriegszeit. 1974 waren 11 500 Turnerinnen in 315 Riegen aktiv. Zunächst blieb den Frauen aber die Teilnahme an Turnwettkämpfen mit Ranglisten verwehrt: «Bis in die 1960er-Jahre hiess die Devise: persönliche Höchstleistung ‹Ja›, Zurschaustellung in Ranglisten ‹Nein›.»[1] Geräteturnen und Wettkampf (Gymnastik, Spiele, Stafettenläufe und Leichtathletik) bei den Frauen bildeten Anlass für Diskussionen im Aargauischen Turnverein wie im Frauenturnverband.[2] Die «Erhaltung der spezifisch weiblichen Art» drückte sich in der notorischen Kritik am Tragen von bequemer Turnkleidung aus. Die Präsidentin des Aargauischen Frauenturnverbands, Dora Joho (1900–1978), schrieb 1946 an die Sektionen: «Das Turnkleid sei sauber und anständig. Ausserhalb des Festplatzes, also auf dem Weg von und zu den Garderoben werden Mäntel, Jupes oder Trainingshosen darüber getragen. Wir sind dies der Einstellung der Bevölkerung und der Würde unseres Verbandes schuldig.»[3]

Dabei war von den Choreografien der Turnerinnen auch ein Impuls auf die Gymnastikpräsentationen der Männer ausgegangen. Durch Druck von der Basis, aber auch durch den drohenden Ausschluss von Schweizer Verbandssektionen bei internationalen Wettkämpfen entstanden erste leistungsorientierte Riegen wie jene der Kunstturnerinnen in Obersiggenthal, die ihre Wettkämpfe zuerst gegen deutsche Gegnerinnen austragen mussten. Bei der Förderung des Frauengeräteturnens war der Arbeiterverband SATUS vorangegangen, jedoch ohne dass der Wettkampfgedanke eine Rolle gespielt hätte.[4]

Die grossen, alle sechs Jahre stattfindenden Schweizer Verbandsfeste der Frauen und der Männer wurden seit der erstmaligen Austragung in Aarau 1932 noch bis 1991 getrennt durchgeführt. «Die Rollen an den Turnfesten waren klar verteilt, klarer noch als in der Gesellschaft, in der bereits ein beachtlicher Teil der Frauen berufstätig war.»[5] Mit den Wettkämpfen stieg die Beteiligung der Frauen an den Turnfesten massiv an. Der zeitweilig grösste Frauenturnverein der Schweiz, der Damenturnverein Aarau, hatte am Ende des 20. Jahrhunderts wie viele andere Turnvereine mit der Überalterung zu kämpfen.[6]

1 Aargauischer Kantonalturnverein 1985, 76.
2 Borner, Gilomen et al., 1997.
3 Isacson 2006, 80.
4 Isacson 2006, 83f.
5 Triet, Schildknecht (Hg.) 2002, 33–38.
6 Damenturnverein Aarau, Geschichte (Online-Quelle).

388 Gruppenchoreografien, rhythmische Einlagen oder Spiele wurden bei den Frauen 1972 erstmals um Wettkämpfe ergänzt.



389 Eidgenössisches Frauenturnfest in Aarau, 1972. Rund 15 000 Turnerinnen nahmen daran teil. Bis in die 1990er-Jahre wurden die grossen Schweizer Turnfeste geschlechtergetrennt durchgeführt.

Leistungszentren und Schulmodelle für den Spitzensport

Die frühere Skepsis gegenüber einem vorab in den Städten betriebenen, die Gemeinschaftsgefühle «verderbenden» individuellen Leistungsspitzensport – etwa in der Leichtathletik, die sich zunehmend von den Turnvereinen löste – wich der Besorgnis, dass die eigenen Talente in die professionalisierten Sportvereine der städtischen Zentren abwandern könnten. Die Kreisturnverbände Freiamt und Fricktal gründeten deshalb eigene Leichtathletikvereinigungen.[132] Immer wieder schafften auch Spitzenamateure aus dem Aargau den Sprung an die Olympischen Spiele, so etwa der fünfmalige Teilnehmer Urs von Wartburg (*1937) vom BTV Aarau als Speerwerfer, Fünf- und Zehnkämpfer.

Anfang der 1970er-Jahre sollte die Spitzensportförderung in einem kantonalen Sportleistungszentrum auf der Juraweid oberhalb von Biberstein konzentriert werden. Dieses liess sich aufgrund von Einsprachen nicht realisieren, andere Standorte konnten nicht gefunden werden. Die dazu geschaffene Interessengemeinschaft der aargauischen Turn- und Sportverbände blieb bestehen und vertrat 2004 als Lobbyorganisation des Aargauer Sports über fünfzig Turn- und Sportverbände mit 90 000 Sportlerinnen und Sportlern.[133] Die Teilverbände betrieben im Jahr 2020 mehr als zwanzig regionale oder nationale Trainingsstützpunkte zur Nachwuchs- und Spitzensportförderung in allen populären Sportarten, daneben auch in Randsportarten wie Judo, Karate oder Wasserspringen.[134] Schulmodelle für ambitionierte junge Spitzensportlerinnen und Spitzensportler gab es in der Sportschule Aarau-Buchs (Sekundarstufe I, seit 2002), für die Kunstturner in Niederlenz und am Sportgymnasium der Alten Kantonsschule Aarau.

Profihandball in Suhr, Zofingen und Endingen

Aus der ausgeprägten Turnertradition im Aargau entwickelte sich, als populärste männlich konnotierte Spielsportart, der Handball.[135] Der früher im Freien gespielte Feldhandball verlagerte sich durch die breitflächige Turnhalleninfrastruktur in den 1970er-Jahren nach drinnen. Die Handballsektion des Turnvereins Suhr etwa war sehr erfolgreich (1967 Schweizer Meister und Cup-Sieger) und spielte lange Zeit in der obersten Liga, ebenso Zofingen und die Dorfvereine Möhlin und Endingen. In Letzterem bildete die Juniorenhandballriege des Turnvereins die Basis für die späteren Erfolge und für die regionale Ausstrahlung der Endinger Handballmannschaften, die Spieler der Nationalmannschaft stellten und in denen in den 1990er- und 2000er-Jahren auch Profis engagiert wurden.[136] Im 21. Jahrhundert verlor der Handball an Attraktivität, was sich in sinkenden Zahlen der lizenzierten Spieler abzeichnete.

Spitzenfussball beim FC Aarau

In den 1920er-Jahren wandelte sich der Fussball zum Volks- und Massensport und dehnte sich von den städtischen Zentren auf das Land aus.[137] Der 1904 gegründete FC Wohlen gilt als schweizweit erster Club ausserhalb einer Stadt, daneben entstanden zwischen 1900 und 1915 Klubs in Baden, Aarau, Sarmenstorf oder Brugg.[138] Dennoch blieben viele Gemeindebehörden nach wie vor skeptisch gegenüber den fussballspielenden Jünglingen und begegneten der Ausbreitung des Spielbetriebs mit Restriktionen in der Platzbenutzung wie etwa in Schöftland 1943.[139]

Die Spitzenteams von Aarau, Baden und Wettingen spielten im 20. Jahrhundert in den obersten beiden Fussballligen; der FC Aarau hielt sich zwischen 1981 und 2010 durchwegs in der obersten Spielklasse, holte drei Meisterschaftstitel (1912, 1914 und 1993) und gewann 1985 unter dem späteren Spitzentrainer Ottmar Hitzfeld (*1949) den Cup.[140] In den 1980er- und 1990er-Jahren qualifizierten sich die «unabsteigbaren» Aarauer einige Male für die europäischen Wettbewerbe, was die nationale und internationale Karriere von Spielern (Roberto di Matteo, *1970), Trainern (Rolf Fringer, *1957) und Funktionären (Präsident Ernst Lämmli, 1939–2022) förderte. Erfolgreichste Aargauer in der Nationalmannschaft waren der Suhrer Libero Roger Wehrli (*1956) mit 68 und der Wohlener Mittelfeldspieler Ciriaco Sforza (*1970) mit 79 Spielen, später der Spreitenbacher Torhüter Diego Benaglio (*1983). Der Aargau brachte auch Spitzenschiedsrichter hervor: Der Suhrer Kurt Röthlisberger (*1951) und Urs Meier aus Würenlos (*1959) pfiffen an Europa- und Weltmeisterschaften sowie in Champions-League-Finalspielen.

Bis zu seinem finanziellen Konkurs 1994 bildete der FC Wettingen im Ostaargau das Pendant zu Aarau: 1988/89 spielte Wettingen in der zweiten Runde des Europacups gegen die SSC Neapel mit deren Weltstar Diego Maradona (1960–2020). Im Hinspiel (ausgetragen in Zürich) gab es ein 0:0, im Rückspiel in Neapel folgte mit der 1:2-Niederlage das Aus. Das Badener Fanionteam spielte von den 1980er- bis in die frühen 2000er-Jahre in der Nationalliga B, der FC Wohlen erkämpfte sich den Aufstieg 2002 und hielt sich danach über ein Jahrzehnt in der Challenge League. Erfolgreiche Dorfvereine waren etwa auch Zofingen, Suhr, Muri, Brugg, Oberentfelden und Kölliken, die sich über mehrere Jahre in der ersten Liga, der höchsten Amateurliga, halten konnten. Der SC Schöftland, Brugg und Wohlen gewannen je siebenmal die Aargauer Zweit-Liga-Meisterschaft.[141]

Integration des migrantischen Aargaus

Der ab 1940 eigenständige Regionalverband Aargau begünstigte die Entwicklung der Vereine. Nach dem Zweiten Weltkrieg überwand der Fussball alle Schranken und sorgte für gesellschaftliche und soziale Integration im zunehmend migrantisch geprägten Aargau. Manchmal traten Italienerklubs den Dorfvereinen als Untersektionen bei wie in Wohlen (1968) oder Spreitenbach (1970), manchmal blieben sie unter sich wie beim FC Brugg Colonie Libere.

390 Der Handballer René Nünlist (*1933) vom BTV Aarau auf dem Brügglifeld, um 1960. Früher wurde der Feldhandball draussen betrieben, später als Hallenhandball in den vielenorts neu erbauten Turnhallen.

392 Der FC Aarau feiert seinen Titel als Schweizermeister. Trainer Rolf Fringer (*1957) und Stürmer Petar Aleksandrow (*1962) jubeln nach dem letzten Spiel am 13. Juni 1993 im heimischen Stadion Brügglifeld.

391 Der Powerman Zofingen wurde als Duathlon 1989 ins Leben gerufen und setzt sich aus 10 Lauf-, 150 Rad- und 30 Laufkilometern zusammen. Zweimal schwang die Oftringerin Natascha Badmann (*1966) obenaus. Badmann gewann um die Jahrtausendwende sechsmal den Ironman auf Hawaii und wurde zweimal zur Schweizer Sportlerin des Jahres gewählt.

393 Der Aargau ist auch ein Motorsportkanton. In Schupfart im Fricktal, in Muri und in Wohlen fanden regelmässig Motocrossrennen statt. Das Bild zeigt ein Rennen in Hilfikon oberhalb von Wohlen, wo auch Weltmeisterschaften ausgetragen wurden und in den 1970er-Jahren Zehntausende Zuschauer zugegen waren.

394 Finale der Schachweltmeisterschaft 1978 mit Aargauer Beteiligung. Viktor Kortschnoi (1931–2016) war einer der grössten russischen Schachspieler, als er sich 1976 während eines Turniers absetzte und in Wohlen niederliess. 1978 und 1981 trat der Grossmeister erfolglos für die Schweiz gegen den sowjetischen Weltmeister Anatoli Karpow an. Kortschnoi spielte bis ins hohe Alter Schach und wurde noch 2007 Seniorenweltmeister, während er bis 2011 Schweizer Landesmeister blieb.

395 Militärradfahrer erhalten eine Abkühlung auf ihrer Hundert-Kilometer-Fahrt in Gippingen, 1986. Die Radsporttage in Gippingen wurden im Laufe der Jahre um verschiedene Amateurkategorien erweitert.

396 Der Riniker Roland Salm (*1950, links) wartet zusammen mit Weltmeister Felice Gimondi (*1942, Mitte) 1974 auf den Start des elften Grand Prix von Gippingen.

397 Das Hauptfeld am 46. Grand Prix des Kantons Aargau in Gippingen, 2009. Erstmals drehten die Radprofis 1964 ihre Runden über den Hügel Strick und am Klingnauer Stausee entlang. Gippingen war auch immer wieder Zielort von Etappen der Tour de Suisse.

Später wurde dieser in den FC Brugg integriert, in dem 2013 von den 355 spielberechtigten Fussballerinnen und Fussballern 250 Schweizerinnen und Schweizer waren, viele davon mit Migrationshintergrund, 53 Angehörige von EU-Staaten, 41 aus weiteren europäischen Staaten und elf aus dem Rest der Welt – bei insgesamt 24 Nationen.[142] Im Aargauer Verband wirkten im selben Jahr Fussballspielende aus 96 Nationen, wobei nebst Schweizern Italiener, Serben, Albaner, Türken und Deutsche dominierten. Mit Schwerpunkt im Mittelland kämpften im Aargau 87 Vereine mit rund 18 000 Aktiven, darunter ein Zehntel Frauen und Mädchen, um das runde Leder.[143]

Der Aargau als Velokanton

Fahrradfahren zur günstigen und gesunden Fortbewegung und als Sportart, die Freiheitsgefühle versprach, war in der Arbeiterschaft in der Zwischenkriegszeit sehr populär. 1925 zählten die Arbeiterradfahrer bereits 36 Aargauer Sektionen, rund ein Siebtel von insgesamt 258 in der Schweiz.[144] Frauen waren ebenso Mitglieder wie Ausländer, und auch Jugendgruppen bildeten sich. Mitglieder der Arbeiterradfahrervereine unterlagen einem Rennverbot. Dies war Ausdruck der politischen Organisation und der Unterordnung des Sports unter ein sozialistisches Erziehungs- und Kulturideal, wie es etwa der Aargauer Arbeiterführer Arthur Schmid sen. (1889–1958) gegen die kapitalistische Entwicklung vorbrachte: «Der Sport ist aber noch in anderer Weise vom Kapitalismus beeinflusst worden. Im kapitalistischen Wirtschaftsleben wird alles nach dem Erfolg gemessen. So hat der Sport im Laufe seiner jüngsten Geschichte in seinen Zielen gewisse Wandlungen durchgemacht. Es kommt nicht mehr auf die körperliche Ertüchtigung an, sondern es kommt darauf an, dass Rekordleistungen erreicht werden.»[145] So konzentrierte sich etwa der Arbeiterradfahrerbund Seon nebst den Ausflugsfahrten auf das Geschicklichkeitsfahren, nach dem Zweiten Weltkrieg auf das Radballspielen; die bürgerliche Konkurrenz des Veloclubs Seon pflegte dagegen auch den Rennsport. Später überholte die gesellschaftliche Entwicklung diese Gegensätze und liess ganze Sektionen der Arbeiterradfahrervereine zum Schweizer Radfahrerbund wechseln.[146]

Velorennen waren im Aargau populär: Viele Vereine organisierten Amateurrennen, wozu die Aargauer Landschaft mit Steigungen und Hochplateaus im Faltenjura, coupiertem Gelände und flachen Passagen in den Flussebenen prädestiniert ist. Aargauer Firmen wie die Tigra-Fahrradwerke in Gränichen rüsteten in den 1950er- und 1960er-Jahren Berufsrennfahrer aus, andere wie Möbel Märki in Hunzenschwil oder Willora Teppiche in Birr finanzierten Rennfahrerteams. In Brugg findet seit 1967 das traditionelle Abendrundrennen statt.[147]

Der Grand Prix Gippingen

Im Zurzibiet lebte der Radsport in den 1960er-Jahren mit unzähligen Veranstaltungen und Aktiven auf: Das Rennen von Gippingen entwickelte sich zum bedeutendsten Eintagesrennen der Deutschschweiz.[148] Unter der Leitung des Gippingers und später langjährigen Tour-de-Suisse-Organisators Sepp Voegeli (1922–1992) sollte «etwas für den Profi-Radsport» getan werden. 1964 standen erstmals 43 Radprofis am Start für die zwanzig Runden à zehn Kilometer über den Hügel Strick zum Klingnauer Stausee. Die Präsenz des französischen Radstars Jacques Anquetil (1934–1987) bescherte den «kleinen Aargauern» grosse Schlagzeilen im damals neuen Boulevardblatt *Blick*. Später wurde die Gippinger Radsportwoche zu einer vielfältigen Breitensportveranstaltung erweitert. Neben den Profirennen fanden Prüfungen für Frauen, Amateure, Kinder, Schülerinnen, Senioren, Militärs, Mountainbikerinnen und Tandemteams statt.[149] Der «Grand Prix des Kantons Aargau» sicherte Gippingen seinen Platz in der Radsportwelt und wurde zu einem der wichtigsten kantonalen Sportanlässe, der 2013 zum fünfzigsten Mal ununterbrochen stattfand.[150]

Wie viele Veloklubs erweiterte auch jener von Magden seinen Namen um die Motorradfahrer, machte dies aber 1986 mit dem Veloboom wieder rückgängig.[151] 1989 waren 8000 Mitglieder in 120 Sektionen im Radfahrerbund Aargau organisiert.[152] Der Velo- und Moto-Club Schupfart im Fricktal organisierte in den 1970er- und 1980er-Jahren Tour-de-Suisse-Etappenankünfte und ein bedeutendes Motocrossrennen. Seit 1983 stemmte der Verein mit 150 Mitgliedern im Fricktaler Juradorf ein grosses Rock-, Country- und Schlagerfestival, das mit internationalen Musikstars regelmässig Zehntausende anlockte. In Aristau oder Schneisingen wurden kantonale Radquerrennen organisiert, die durch den Mountainbikeboom seit den 1990er-Jahren jedoch an Anziehungskraft verloren.

Kuren, Heilen und Erholung: die Aargauer Thermalbäder

Baden und Schwimmen entwickelten sich in den zahlreichen neu erbauten Volksbädern zum Freizeitvergnügen beziehungsweise zum Sport, der von Schwimmklubs gefördert wurde. Die medizinische Badekur hielt sich besonders für Rheumaleiden und auch als sozialmedizinische Therapieform.[153] Die traditionellen Aargauer Kur- und Heilbäder in Baden, Rheinfelden und Schinznach-Bad wurden seit der erfolgreichen Quellbohrung von 1955 um den Standort Zurzach erweitert. Der Wandel im Gesundheitswesen und in der Freizeitkultur führte an diesen Standorten zu unterschiedlichen Modernisierungsstrategien – teils mit Rückschlägen wie in Baden, das zeitweise seinen Ruf als Bäderstadt einzubüssen drohte. Als spezialisierte Gesundheits- und Rehabilitationsstadt positionierte sich Rheinfelden, auf Mischformen von Kur- und Freizeitangeboten setzten Schinznach-Bad und Bad Zurzach. 1979 standen im Aargau für Bädertherapien rund 570 Betten zur Verfügung, die meisten in Rheinfelden und Bad Zurzach.[154] Eine «Symbiose aus Kurtradition und moderner Wellness- und Badekultur» boten im 21. Jahrhundert wieder alle traditionellen Aargauer Badeorte.[155]

Pionierinnen des Schweizer Frauenfussballs

Die Schwestern Monika (*1948) und Silvia Stahel (*1947) aus Murgenthal gründeten 1963 den ersten Frauenfussballklub der Schweiz. Als FC Goitschel nach den beiden französischen Skistars Christine und Marielle Goitschel benannt, nahmen die Murgenthalerinnen an Grümpelturnieren in Region und Kanton teil. Im Frühjahr 1967 kam es in Wohlen zum ersten Spiel zwischen zwei weiblichen Elferteams: Der FC Goitschel gewann gegen ein gemischtes Team aus Zürich und Wohlen mit 6:0. Murgenthal und Zürich waren Mitte der 1960er-Jahre «die Zentren des Frauenfussballs in der Schweiz». Nebst Häme und anmassend sexistischen Kommentaren ernteten die fussballspielenden Aargauerinnen auch Anerkennung: «Auf jeden Fall sind die sechs Mädchen in Murgenthal vom Fussballspielen so begeistert, wie ich es bei Männern und Buben noch nie gesehen habe», schrieb ein Journalist des *Brückenbauers* 1966.[1] Eine Anfrage der Schwestern an den Schweizerischen Fussballverband um Anerkennung des Vereins und den Aufbau einer Frauenfussballmeisterschaft wurde Mitte der 1960er-Jahre noch abgelehnt. Der Verband bot stattdessen eine Schiedsrichterausbildung an, welche die Stahel-Schwestern und weitere Fussballerinnen erfolgreich bestanden. Sie beteiligten sich auch am Aufbau der Frauenabteilung beim FC Aarau, die während der ersten Jahre die Schweizer Damenfussballliga dominierte und viermal in Serie den Titel holte. Im ersten Cupfinal 1975/76 unterlagen die Aargauerinnen dem FC Sion. Die Nationalliga A der Frauen startete 1970 mit 18 Teams und 270 Spielerinnen – vor jener von Deutschland oder England.

1 Meier, Marianne 2004, 112ff.; AZ, 5.7.2015; Der Wiggertaler, 26.8.2020; Schweiz am Wochenende, 23.7.2017; Bajour, 15.8.2020 (Online-Quelle).

398 Der FC Goitschel tritt 1965 gegen den Gemeinderat von Murgenthal an und gewinnt haushoch. Zwei fussballverrückte Schwestern aus Murgenthal gründeten den FC Goitschel und damit die erste bekannte Frauenfussballgruppe der Schweiz.

399 Der Damenfussballclub Aarau im Finalspiel der Schweizer Meisterschaft in Bern, 1971. Der DFC Aarau dominierte in den ersten Jahren der Austragung den Schweizer Frauenfussball und gewann mehrere Male den Meistertitel.

«Aarau – eusi gsund Stadt»

Gesundheit ist in der Massenkonsumgesellschaft nicht mehr die schicksalsbestimmte Abwesenheit von Krankheit. Vielmehr wird sie zum zunehmend gestaltbaren und teuren gesellschaftlichen Gut, das mittels Anleitung zu individueller Vorsorge und einem gesunden Lebensstil beeinflusst werden kann.[1] «Aarau – eusi gsundi Stadt» erhob mit politischen Begleitmassnahmen das körperliche Wohlbefinden der Aarauerinnen und Aarauer über Jahrzehnte hinweg zum Ziel der lokalen Präventionsarbeit.[2] 1977 startete in Aarau das nationale Forschungsprogramm des Bundes – das erste überhaupt – zur Gesundheitsvorsorge auf der Ebene einer Gemeinde. Dabei wurde festgestellt, dass jeder zweite Stadtbewohner übergewichtig war, dass vierzig Prozent rauchten, dass ebenso viele einen zu hohen Blutdruck hatten und jede und jeder zweite selten oder gar keinen Sport betrieb.[3] Jeder vierte Aarauer nahm 1979 am «Lauf rund um d'Wält» teil, bei dem gemeinsam mehr als der Erdumfang, rund 43 000 Kilometer, gemeistert wurden. Damit war «Aarau – eusi gsund Stadt» in aller Munde.[4] Nach Abschluss der Anschubfinanzierung durch den Bund und gewonnener Volksabstimmung gründeten Stadt und Kanton mit der Krebsliga eine Stiftung zur Weiterführung dieses gesundheitserzieherischen Programms.

Im Zentrum der Stiftung stand die Anleitung zur individuellen Verhaltensänderung «ohne Drohfingerpädagogik»: «Die Stiftung will Hilfe zur Selbsthilfe für ein besseres Gesundheitsbewusstsein bieten.»[5] In den 1990er-Jahren kamen neue Angebote wie Broschüren für gesundes Kochen, Seniorensport, die Aktion «Näbelfrei» zur Förderung suchtfreien Lebens sowie das Nez Rouge zur Vermeidung von Verkehrsunfällen wegen Alkoholkonsums hinzu. Mit 130 Fahrerinnen und Fahrern gestartet, wurde das Aargauer Nez Rouge 2013 mit kantonsweit fast 1000 Freiwilligen und 2000 Fahrten zur schweizweit erfolgreichsten Sektion. Auch Handyentwöhnungskurse fanden Zuspruch.[6] In den 2000er-Jahren zogen Trendsportarten wie Inlineskating beim Aarauer Monday Night Skate Tausende Teilnehmende an. Nordic-Walking, Jogging, Schwimmkurse und Ernährungsprogramme blieben die Zugpferde im Programm. 2016, nach fast vierzig Jahren, wurde die Stiftung aufgelöst, weil die Stadt den Beitrag als Sparmassnahme strich.

1 Vgl. Ruckstuhl, Ryter 2017, 207–212.
2 Stadtarchiv Aarau, Bestand NK017: «Aarau – eusi gsund Stadt».
3 Stadtarchiv Aarau, Bestand NK017: «Aarau – eusi gsund Stadt», Botschaft des Aarauer Stadtrates zur Abstimmung 1981, 4.
4 Mittelland Zeitung, 30.5.2007.
5 Stadtarchiv Aarau, NK017: «Aarau – eusi gsund Stadt», Leitbild Stiftung «Aarau – eusi gsund Stadt», 19.6.1991.
6 Stadtarchiv Aarau, Bestand NK017: «Aarau – eusi gsund Stadt», Leitbild Stiftung «Aarau – eusi gsund Stadt», Jahresbericht 1994, 8f., Jahresbericht 2014; AZ, 18.2.2016.

400 Der Aarauer Altstadtlauf, 2019. Auch nach dem Ende von «Aarau – eusi gsund Stadt» (1977–2016) wurde der populäre Lauf durch die Altstadt weiter ausgetragen.

Auf und ab in Baden

Nach Jahrhunderten mondäner Badekultur entwickelte sich Baden in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Genesungs- und Rehabilitationsort für die Mittel- und Unterschicht. Dies zeigte sich etwa in den zahlreichen Umbauten der ehemaligen Hotels an der Limmatpromenade zugunsten der Bedürfnisse eines weniger kaufkräftigen Publikums.[156] 1964 eröffnete das damals grösste Thermalhallenbad der Schweiz in Baden seine Tore. 1980 wurde es um ein Aussenbad erweitert. Dies sorgte neben den verbliebenen traditionellen Badehotels nochmals für einen Aufschwung des Kurbetriebs. Die neuen Gäste kamen aber nicht mehr für Langzeitkuren, sondern für die kurzzeitige Erholung oder zur modernen medizinischen Rehabilitation. Die zunehmend veraltete Infrastruktur und der steigende Durchgangsverkehr auf der Ennetbadener Seite setzten den traditionellen Badehotels zu, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eins ums andere geschlossen wurden. Im Zeichen gewandelter Bedürfnisse sollte das Thermalwasser im 21. Jahrhundert für die Limmatstadt mit der Eröffnung der Wellnesstherme von Mario Botta (*1943) neue Bedeutung erlangen und die Landschaft der Badehotels dies- und jenseits der Limmat aus dem Dornröschenschlaf erwecken.[157]

Modernisierung des Schwefelbads in Schinznach

Bad Schinznach, seit dem 17. Jahrhundert unter Berner Herrschaft gefasst und mit einem «Armenbad» ausgestattet, ist die stärkste Thermalschwefelquelle der Schweiz. Bis in den 1960er-Jahren ruhte der Betrieb jeweils im Winter. Die neue, 1972 eröffnete Rheumaklinik war ebenso auf «erschöpfte wie gesundheitsbewusste Menschen» ausgerichtet. Noch 1976 spielte ein Kurorchester, wie auch in Rheinfelden, beinahe täglich.[158] 1988 wurde das Parkhotel neu eröffnet, 1991 das Freizeitthermalbad Aquarena mit Innen- und Aussenbecken und verschiedenen Schwefelgrotten, gespiesen durch eine zweite Quelle, aus der 42 Grad heisses Wasser strömte. Diese Freizeitanlage bescherte Schinznach-Bad wieder schwarze Zahlen und wurde 2011 zur Bäder- und Wellnessanlage ausgebaut. 1993 wurden der halbkreisförmige Rundbau aus dem 19. Jahrhundert innen ausgehöhlt und das alte Badhotel zur Rehabilitationsklinik umfunktioniert. Die in den 1920er-Jahren angelegten und zunächst noch auf englische Kurgäste ausgerichteten Tennis- und Golfplätze wurden nach dem Zweiten Weltkrieg von den Einheimischen genutzt.[159]

Rheinfelden: vom Salzwasserkurort zur Gesundheitsstadt

Während die Fricktaler Salzwasserbäder in Möhlin oder Mumpf eingingen, erlebte der Kurort Rheinfelden mit bis zu 70 000 Übernachtungen in den 1950er-Jahren wieder einen leichten Aufschwung. In den 1960er-Jahren begann die Gemeinde mit einer Kurortplanung, die zum Bau des grössten Schweizer Soleschwimmbads mit Aussenbereich und mit über 1500 Eintritten pro Tag führte.[160] Drei Badehotels überlebten die Modernisierung, indem sie auf den Ganzjahresbetrieb umstellten. Die renommierte, im 19. Jahrhundert dank eigener Salzwasseranschlüsse in jedem Badezimmer florierende Kuranstalt Salines-au-Parc musste jedoch schliessen und wurde in Rheinfelden in den 1960er- und 1970er-Jahren als zerfallendes Nobelhaus zu einem Mahnmal für den schwierigen Umbau des Kurorts.

In den 1970er- und 1980er-Jahren löste das medizinisch-therapeutische Gesundheitsangebot das traditionelle Kurwesen endgültig ab. Das Solebadsanatorium entwickelte sich dank finanzieller Zuschüsse des Kantons zur modernen Rehabilitationsklinik (ab 2006 «Reha Rheinfelden»), die immer mehr schwer beeinträchtigte Patientinnen und Patienten etwa nach Operationen aufnahm. Rheinfelden verkaufte sich fortan als Gesundheitsstadt mit Hunderten von spezialisierten Betten für die Rehabilitation und 1500 Arbeitsplätzen. Mit dem Ausbau der Wellness-Welt sole uno 1999 wurde Rheinfelden zum beliebten Ausflugsziel im Dreiländereck mit einem Bäder- und Saunaangebot.[161]

Boom im jüngsten Kurort Bad Zurzach

Bereits 1914 war in Zurzach eine Warmwasserquelle erbohrt, aber nicht ausgebeutet worden.[162] Die Ausschüttung der 1955 erschlossenen Quelle war dann reicher als erhofft und beflügelte den geplanten Bäderstandort über das zunächst geplante Rehabilitationszentrum für Kinder mit Lähmungen hinaus. In Form stark steigender Landpreise kam Goldgräberstimmung auf: «Wer in den vergangenen Tagen nicht selber in Zurzach war, […] kann die Begeisterung im historischen Marktflecken über die Erschliessung der neuen Thermalquelle nur entfernt ahnen», schrieb das *Zurzacher Volksblatt*.[163] Ohne jede Werbemassnahme lockte das erste noch ungedeckte Thermalschwimmbecken bereits in den ersten Jahren Hunderttausende Gäste an. Als die Anlage um Liegehallen und Therapieräume erweitert wurde, stieg die Zahl der Besucherinnen und Besucher pro Jahr auf über 500 000.

Im Boom wurden Hotels, die Rheumaklinik sowie der Turm mit Wasserreservoir gebaut. In den 1960er- und 1970er-Jahren kam es zu Kontroversen, die den Ausbau der Bäderanlagen teilweise lahmlegten. Unterschiedliche Interessen bei der Zonenausscheidung eines Kurparks, der vom alten historischen Marktflecken Zurzach abgetrennt wurde, sowie der geplante Bau eines Zementwerks in der Nähe der Bäderanlage sorgten für Auseinandersetzungen. Die durch Lobbying im Grossen Rat beschlossene Kurtaxe ermöglichte die Alimentierung der Weiterentwicklung des Kurorts.[164] 1973 öffnete auch die Rheumaklinik ihre Tore, für die Zurzach in Konkurrenz mit Schinznach-Bad um kantonale Subventionen gefeilscht hatte.[165]

Mit über einer Million Eintritten 1977 war Zurzach das modernste Freiluft-Thermalbad Europas.[166] Angestrebt wurden bis zu 300 000 Übernachtungen, wofür Mitte der 1980er-Jahre die Kapazität bereitstand. Dieses Ziel erreichte man allerdings nicht. In den 1990er-Jahren waren die Übernachtungszahlen trotz verstärkter Werbemassnahmen rückläufig. Nach der Jahrtausendwende folgten weitere Ausbauschritte, die Höchstzahlen an Gästen wurden jedoch nicht mehr erreicht.

401 Die 1955 mittels Bohrturm erschlossene Warmwasserquelle in Bad Zurzach liess die Herzen der Dorfbevölkerung höher schlagen. In den 1970er-Jahren wurde Bad Zurzach mit angeschlossener Rheumaklinik das modernste Thermalbad Europas.

402 Bereits die ersten improvisierten Bäderanlagen lockten Hunderte Tagesgäste an.

403 Das 40 Grad warme Wasser liess die Herzen der Dorfbevölkerung höherschlagen.

404 Das Innenbecken des neuen Thermalbads in Baden, 1969. In diesem Jahrzehnt erlebte die traditionelle Bäderkultur in der Limmatstadt mit Neu- und Umbauten einen Aufschwung.

405 Der grosszügige Kurpark beim Thermalbad Rheinfelden lud zum Verweilen und zur Erholung ein. Rheinfelden entwickelte sich vom Kurort mit Salzwasserbädern zur modernen Gesundheitsstadt mit spezialisierten Rehabilitationskliniken.

406 Flugbild der Bäderanlage von Bad Schinznach, 1993. Mir der damals neuen Aquarena verwandelte sich die Schwefel-Thermalquelle in ein modernes Freizeitbad. Neben den bereits bestehenden Golf- und Tennisplätzen wurde das halbrundförmige Hotel aus dem 19. Jahrhundert zur Rehabilitationsklinik umgebaut.

Religion, Kirche und Frömmigkeit

Vom angestammten Milieu zur Individualisierung des Glaubens

Die aargauische Gesellschaft war bis in die 1960er-Jahre von konfessioneller Segregation geprägt. Dies zeigte sich insbesondere im Bereich der Erziehung und in der Freizeitgestaltung. Mit der vermehrten Mobilität, der Einwanderung und der sinkenden Akzeptanz kirchlicher Normen fand ein Rückzug der Religion ins Private statt. Gleichzeitig führten Migration und Globalisierung zu einer Pluralisierung der Glaubenswelt. — *Annina Sandmeier-Walt und Ruth Wiederkehr*

Dominanz der Landeskirchen bis 1960

Die drei Aargauer Landeskirchen – die römisch-katholische, die reformierte und die christkatholische Kirche – dominierten bis in die 1960er-Jahre die religiöse Landkarte und den dörflichen Alltag im Aargau. Das Tätigkeitsfeld, die gesellschaftliche Bedeutung und der Einfluss der Kirchen waren umfassend, der Pfarrer war neben dem Lehrer eine der wichtigsten Autoritätspersonen.

Bis in die 1940er-Jahre blieben die Zahlenverhältnisse von Reformierten und Römisch-Katholischen praktisch gleich, wobei die Reformierten seit dem 19. Jahrhundert gegenüber Katholikinnen und Katholiken eine Mehrheit von etwa zwanzig bis dreissig Prozent bildeten.[167] Andere Konfessionen fielen zahlenmässig bis dahin kaum ins Gewicht. Ab 1950 stieg der Anteil der Römisch-Katholischen stark an und verzeichnete um 1970 einen Höhepunkt, während die Mitgliederzahlen bei den Reformierten rückläufig waren. Erstmals bezeichneten sich im Aargau zu diesem Zeitpunkt mehr Menschen als katholisch denn als reformiert, was an der steigenden Migration aus katholischen Ländern lag.[168]

Kirche und Staat

Die Ursprünge der heutigen Organisationsform der Kirchen und ihrer Beziehung zum Staat fussen in der aargauischen Verfassung von 1885. Diese erlaubte den Kirchgemeinden, die als öffentliche Korporationen bezeichnet wurden, Steuern zu erheben, kantonale Synoden zu wählen sowie ihre Angelegenheiten unter der Aufsicht des Staates selbst zu ordnen.[169] Die finanzielle Trennung von Kirche und Staat erfolgte 1906/07 mit der Herausgabe der Pfrund- und Kirchengüter durch den Kanton an die Kirchgemeinden.[170] Dieser Prozess war damit aber nicht gänzlich abgeschlossen, noch 1941 wurde beispielsweise die Klosterkirche Muri aus staatlichem Besitz der römisch-katholischen Kirchgemeinde ausgehändigt.[171]

Die Revision der Kirchenartikel 1927 schuf die Voraussetzungen für eine Verselbstständigung der Kirchen, die Bildung von Landeskirchen und letztlich die vermehrte Trennung von Kirche und Staat.[172] Anders als in traditionell reformierten Kantonen hatte im Aargau eine weitgehende Entflechtung von Kirche und Staat stattgefunden.[173] Die Aufsicht des Staates über die Kirchen war damit jedoch keineswegs beendet. Auf das sogenannte Plazet-Recht, wonach die bischöflichen Schreiben beider katholischen Konfessionen der Genehmigung des Regierungsrates unterstanden, verzichtete der aargauische Regierungsrat erst 1951.[174]

Auch die neuste Verfassung des Kantons Aargau von 1980 anerkennt als Landeskirchen lediglich die reformierte, die römisch-katholische und die christkatholische Kirche mit «öffentlich-rechtlicher Selbstständigkeit und eigener Rechtspersönlichkeit», übrige Religionsgemeinschaften unterstehen dem Privatrecht.[175]

Organisation der Landeskirchen

Die Organisationsstruktur der Landeskirchen war und ist geregelt durch Organisationsstatute, die von den jeweiligen Synoden, gestützt auf die aargauische Staatsverfassung, beschlossen werden. Alle Neuerungen unterliegen der Zustimmung des Grossen Rates. Jede Kirchgemeinde ist in den Synoden mit mindestens einem Synodalen vertreten, wobei sich die Anzahl der Synodalen nach der Grösse der Kirchgemeinde richtet. Sie werden von den stimmberechtigten Mitgliedern an der Urne gewählt. Der Kirchenrat bildet die für vier Jahre gewählte Exekutive, die im Auftrag der Synode die Geschäfte der Landeskirche führt.[176]

In einzelnen Bereichen mussten weitere Regelungen zwischen Kirche und Staat gefunden werden. Dies galt beispielsweise für die Seelsorge in staatlichen Krankenhäusern und in der Psychiatrie Königsfelden.[177] Was den schulischen Religionsunterricht betraf, setzte sich unter den Landeskirchen die Einsicht durch, dass sie ihre Interessen vereint besser vertreten konnten.[178] Ab 1975 gab es deshalb eine Gesprächskommission mit Vertretern der drei Landeskirchen, die 1978 beim Regierungsrat erreichte, dass eine zweite interkonfessionelle Wochenstunde Religionsunterricht an der Volksschule erteilt werden konnte.[179] Die Landeskirchen intervenierten aber auch gemeinsam bei der Regierung zu gesellschaftlichen Themen. 1949 fand beispielsweise eine Aussprache der Landeskirchen mit der Jugendanwaltschaft statt. Es ging um die von ihnen postulierte Notwendigkeit der Filmzensur, die Kontrolle der Filmreklame und die allgemeinen Jugendschutzbestimmungen (siehe «Kino», S. 504f.).[180]

Konfession und ihre Bedeutung im Alltag

Die einzelnen Konfessionen bildeten in allen Bezirken des Aargaus starke Mehrheiten. So waren und sind beispielsweise Zofingen und das Seetal überwiegend reformiert, während das Freiamt und das Fricktal katholisch geprägt sind. Diese starke Homogenität war 1950 signifikant und auch im Jahr 2000 noch sichtbar, jedoch weniger deutlich.[181] Seit der Reformation gab es Gemeinden an den Bezirksgrenzen, die praktisch paritätisch zusammenlebten. Im Fricktal lebten die beiden katholischen Gemeinschaften seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert Seite an Seite. Die letzten simultan genutzten Kirchen, wie in Birmenstorf, Zuzgen und Spreitenbach, wurden zumeist in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufgegeben.

Die gepflegte konfessionelle Einheit prägte das Zusammenleben auch in gemischtkonfessionellen Dörfern. Dies wurde im Alltag durch weltanschaulich getrennte Vereinsstrukturen, entsprechende Presse- und Freizeitangebote gefördert (siehe «Medien», S. 277 und 282).[182] «Bis in die fünfziger und sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts besass der römische Katholizismus ein weitgehend homogenes Gepräge», lautete die Analyse des Historikers Urs Altermatt.[183] Christkatholische und reformierte Milieustrukturen sind weniger gut erforscht als das römisch-katholische Milieu.[184] Zweifellos war Letzteres ungleich abgeschlossener und beständiger, als dies in reformierten Gemeinschaften der Fall war.[185] Trotzdem gibt es Anzeichen, dass sich auch Reformierte um konfessionelle Einheit bemühten, wie eine Wegleitung zum Ehe- und Familienleben des reformierten Kirchenrates des Kantons Aargau 1945 zeigt: Die Kirche habe «ein Interesse daran, liederliche Eheschlüsse sowie Mischehen zu verhindern».[186] Ähnliche Ziele verfolgte die christkatholische Eheanbahnung, die innerkonfessionelle Trauungen förderte. Auch in den gemischtkonfessionellen Dörfern des Fricktals blieben die Angehörigen beider katholischen Konfessionen unter sich. Bis in die 1960er-Jahre war es in den Strassen Möhlins nicht üblich, Entgegenkommende anderer Konfession zu grüssen, und vom gegenseitigen Kirchenbesuch wurde abgeraten.[187] Auch im Seetal gibt es Beispiele aus dem gemischtkonfessionellen Alltag dieser Zeit: So habe die katholische Jugend aus Sarmenstorf die reformierten Tennwiler von der Tanzveranstaltung im eigenen Dorf abgehalten, indem sie den Jugendlichen auflauerte.[188]

Kirchliche Traditionen und Rituale

Insbesondere im landwirtschaftlichen Kontext gab es in überwiegend katholischen Regionen eine «Symbiose von Hof und Kirche». Der bäuerliche Alltag war im Oberfreiamt bis in die 1960er-Jahre geprägt durch den Rhythmus der Kirchenglocken, die wenige Freizeit wurde grösstenteils durch religiöse Rituale und Gottesdienste ausgefüllt. Heiligenbilder im Haus und am Stall waren ebenso üblich wie der Gebrauch von Weihwasser zum Verlassen des Hauses.[189] Die agrarische Prägung des Religiösen zeigt sich vor allem im immateriellen Kulturerbe im Jahreszyklus. Die im Frühjahr stattfindenden Prozessionen dienten zum Teil der Segnung der Äcker und Wiesen, die Fronleichnamsprozession – vor allem in gemischtkonfessionellen Dörfern – war auch eine politische Demonstration kirchlicher Macht.[190] An dieser Prozession wurde ohne Rücksicht auf «konfessionelle Befindlichkeiten und Besitzverhältnisse» ein Teil des Dorfs vereinnahmt, Altäre beispielsweise auch vor Häusern der reformierten Bevölkerung aufgestellt.[191] Nach der Heuet war es Brauch, die Heureste in Form eines Kreuzes zusammenzurechen.[192]

In reformierten Gebieten liess die Abkehr vom katholischen Kirchenjahr seit der Reformation viele Traditionen verschwinden. Es wurden primär die hohen Feste, wie beispielsweise Ostern, gefeiert.[193] Generell hatte der Sonntagsgottesdienst aber eine weniger verpflichtende Bedeutung als bei den Katholiken.[194] Lebensabschnitte waren jedoch ebenso durch Rituale und ungeschriebene Gesetze strukturiert, wie das Beispiel der Konfirmation zeigt.[195] Sie fand in der reformierten Kirchgemeinde Kirchberg immer am Karfreitag statt, Geschenke waren nicht üblich, bis auf den «Fünfliber» der Paten. An Ostern durften die Neukonfirmierten erstmals am Abendmahl teilnehmen. Dieser Akt galt als Aufnahme in die Erwachsenenwelt. Danach war es ihnen erlaubt, zum Tanz zu gehen.[196]

407 Drei Stadtbasler Soldaten der Füs Kp III/99 lauschen 1945 dem landesweiten viertelstündigen Glockengeläut zum Ende des Zweiten Weltkriegs vor der katholischen Annakapelle in Rümikon. Ein Beispiel dafür, wie weltliche Ereignisse Widerhall in kirchlichen Kontexten fanden.

408 Die Klosterkirche Wettingen, 1977, von Westen her gesehen. Nach der Aufhebung des Klosters 1841 blieb sie in Staatsbesitz. Bis 1939 wurde sie von allen Landeskirchen für Gottesdienste genutzt, danach nur noch von den katholischen Landeskirchen.

409 Prozession am Palmsonntag 1958 in Aristau, Freiamt. Prozessionen sind römisch-katholische Traditionen, ein feierlicher Umzug mit Gesang und Gebet. Bekannt sind insbesondere Fronleichnamsprozessionen, bei denen die Hostie in der Monstranz mitgetragen wird.

410 Konfirmandinnen von Kirchberg 1965 mit Pfarrerin Katharina Frey (1923–2007). Für die Konfirmandinnen begann offiziell ein neuer Lebensabschnitt.

411 Die Turnerinnengruppe Birmenstorf bei ihrer «Revue» im November 1961 im «Adlersaal», gemäss Vorschrift des Schweizerischen Verbands Katholischer Turnerinnen im «Röckli». Diese Vorschriften, die der Sittlichkeit dienen sollten, hatten hier nicht den erwünschten Effekt. Der Präses und Dorfpfarrer rügte die Turnerinnen an der Generalversammlung für die Freizügigkeit der Darbietung.

412 Feier zur Aufnahme von Mädchen in die Marianische Kongregation Herznach am Mariafest (8. Dezember), Mitte 20. Jahrhundert. Die Strukturen der römisch-katholischen Jugendorganisationen waren zu diesem Zeitpunkt noch intakt.

Weltanschauung prägt Erziehung

Konfessionsbedingte Weltanschauung spielte insbesondere für den römisch-katholischen Bevölkerungsteil in den Bereichen Erziehung, Bildung und Freizeit eine grosse Rolle. In katholischen Familien des Freiamts war es beispielsweise bis Ende der 1960er-Jahre üblich, dass die Kinder für weiterführende Schulen katholische Internate in der Innerschweiz besuchten.[197] Bemängelt wurden die Untervertretung katholischer Lehrkräfte an staatlichen Schulen und das Fehlen eines Gymnasiums in einer vorwiegend katholischen Region. «Unsere Parole lautet also nicht auf Konfessionalität, auch nicht mehr auf Parität, sondern auf Proportionalität», meinte Arnold Helbling (1919–2005), damals Religionslehrer und später Kantonaldekan.[198] Die aufgrund des Bevölkerungswachstums erfolgten Gründungen von Kantonsschulen in angestammt katholischen Gegenden wie Baden (1961) und Wohlen (1976) machten diese Forderungen obsolet.

Heimerziehung lag im Aargau vielfach in den Händen der Kirchen. Von römisch-katholischen Ordensschwestern geführte Kinderheime bestanden seit Ende des 19. Jahrhunderts, so beispielsweise in Baden oder in Hermetschwil. In Baden wirkten Menzinger Schwestern, bis die alten Räumlichkeiten aufgrund der dortigen Verkehrssanierung 1959 geräumt werden mussten und 1964 das neue Heim «Klösterli» in Wettingen bezogen werden konnte.[199] In Hermetschwil waren erst Karmelitinnen, später Benediktinerinnen aus dem Melchtal für den Betrieb des Kinderheims verantwortlich. Neuste Untersuchungen förderten aber auch die Schattenseiten der Aargauer Heime zutage, da Vorwürfe zu Missbräuchen und demütigenden Erziehungsmethoden im Fall von Hermetschwil bestätigt wurden.[200]

Ein reformiertes Kinderheim wurde erst 1947 dem sogenannten Kinderspitäli in Brugg angegliedert. Der damalige kantonale Armensekretär, Jörg Hänny (1914–1995), hatte sich bereits 1943 über das Fehlen eines reformierten Kinderheims im Aargau beklagt und den Kirchenrat zur Gründung einer solchen Institution aufgefordert.[201] 1962 gründete die Reformierte Landeskirche des Kantons Aargau zudem das Arbeitszentrum für Behinderte in Strengelbach, nur ein Jahr später folgte die Stiftung Schürmatt in Zetzwil, um beeinträchtigten Kindern einen Ausbildungs- und Wohnplatz zu ermöglichen.[202]

Freizeit nach Konfession

Kinder- und Jugendgruppen betonten die christliche und zum Teil auch konfessionsgebundene Zugehörigkeit.[203] Der überkonfessionelle, evangelisch geprägte Christliche Verein Junger Männer Aarau wollte in seinem Jugendtreff «Bunker» den «Glauben an Jesus Christus als ‹Demonstration› leben, durch ihre Präsenz die ‹Liebe Jesu› ausstrahlen und durch ‹Offensive› eingreifen in den Dschungel des jungen Lebens».[204] Christkatholische Kinder und Jugendliche trafen und treffen sich in regionalen Gruppen, die dem nationalen Verband Christkatholische Jugend der Schweiz angehören. Ab den 1930er-Jahren wurden im Aargau katholische Pfadfinderabteilungen gegründet. In Aarau feierte die katholische Pfadfinderabteilung 1956 ihr zwanzigjähriges Bestehen und war überzeugt: «Soll der junge Mensch wirklich zu dem erzogen werden, was die Pfaderei will, so ist dies undenkbar ohne eine solide religiöse, weltanschauliche Grundlage.» Diese hatte in der «weltanschaulichen Geschlossenheit» der Konfessionen stattzufinden.[205]

Eine weitere Dimension, die in den Freizeitangeboten gepflegt wurde, waren die damaligen Ideale der Geschlechterrollen. Sie werden hier anhand von Frauenvereinen und Mädchenorganisationen dargestellt, die im Aargau meist um die Jahrhundertwende oder in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden. Die konfessionsneutralen Frauenvereine waren oft protestantisch orientiert.[206] Dazu bildeten die katholischen Vereine einen Kontrapunkt. So sollten sie «katholische Frauenpersönlichkeiten» gestalten und junge Frauen in sittlicher und religiöser Hinsicht schulen.[207] In den 1950er-Jahren bedeutete dies, Mädchen durch Mitgliedschaften in Marianischen Töchterkongregationen auf ihre Rolle als Mutter oder Nonnen vorzubereiten.[208] Gefordert war hier ein «stilles Wirken» im Hintergrund. Ab den 1960er-Jahren kämpften die Marianischen Kongregationen wie in Baden mit Mitgliederschwund.[209] Frauenturnvereine sollten Wettkämpfe und Schauturnen ablehnen. Der «echten Frauenart» als «Wesen voll Feinheit, voll Gemüt und voll Güte» war wegen der «Gefahr der Vermännlichung» und des Umstands, dass der «Leib der Frau» als «Schaustück für begehrliche Augen» dienen könnte, Rechnung zu tragen.[210] Die entsprechenden Bedenken der Geistlichkeit blieben noch länger bestehen, allerdings setzten die Frauen nach und nach ihre Forderungen durch. Bis Ende der 1950er-Jahre war beispielsweise der Beitritt zur katholischen Turnerinnengruppe Birmenstorf nur ledigen, katholischen Turnerinnen vorbehalten. In den 1970er-Jahren verloren jedoch Konfession, Zivilstand, Alter und Kleidervorschriften ihre Bedeutung für den Vereinsbeitritt.[211]

Geschlechtergetrennte katholische Vereine und insbesondere die soziale Kontrolle, die sie ausübten, hatten sich Ende der 1960er-Jahre überlebt.[212] Ähnlich klang es bei der Reformierten Landeskirche, die etwa zur selben Zeit nach dem «weitgehenden Zusammenbruch der bündischen Jugendarbeit in den örtlichen Gruppen der Jungen Kirche» nach neuen Möglichkeiten suchte, die Jugend in die Kirchgemeinde einzubinden und für Aufgaben zu begeistern.[213]

Säkularisierung sozialer Aufgaben

Die Kirchen übernahmen bis weit ins 20. Jahrhundert soziale Aufgaben und Dienstleistungen, die zunehmend als staatliche Aufgaben wahrgenommen und ausgeübt wurden. So zeigt der kantonale Bericht über die Volksbibliotheken von 1946, dass zu dieser Zeit viele Bibliotheken in den Dörfern von den Kirchen zur Verfügung gestellt wurden, vor allem von der Römisch-Katholischen Landeskirche. Diese betrieb zwei Drittel aller Bibliotheken in katholischen Gemeinden, während es in reformierten Gebieten zu über achtzig Prozent die Gemeinden selbst waren, die Bibliotheken unterhielten.[214]

Mit dem Ausbau des staatlichen Wohlfahrtswesens wie der Alters- und Hinterlassenenversicherung 1947, der Invalidenversicherung 1960 und der obligatorischen Arbeitslosenversicherung 1982 verloren einige sozial-karitative kirchliche Einrichtungen ihre Bedeutung. Trotzdem konnten Hilfswerke wie die Caritas ihre gesellschaftliche Reichweite ausbauen.[215] In Zusammenarbeit mit anderen Vereinen und Institutionen bildete die Caritas im Aargau Mitarbeitende der Pfarreien für soziale Aufgaben aus oder begleitete beispielsweise ein Projekt zum Strafgefangenenbesuch in Lenzburg.[216]

Auch die Pflege der Kranken war Teil des institutionellen Säkularisierungsprozesses: In Niederwil führten Ingenbohler Schwestern im Auftrag des Hilfsvereins Gnadenthal (ab 1993 Verein Gnadenthal) im ehemaligen Klostergebäude von Gnadenthal während fast hundert Jahren eine Pflegeanstalt.[217] 1992 verliessen die letzten Ordensschwestern die Pflegeinstitution. Diese besteht weiter, seit 1998 unter dem Namen «Reusspark». 1961 öffnete hier die erste Schule für praktische Krankenpflege im Kanton Aargau, die 1969 durch das Schweizerische Rote Kreuz anerkannt wurde. Die Ausbildung in der Krankenpflege entsprach jedoch nicht derjenigen der diplomierten Krankenschwester. Die Schule bestand bis 2004.[218] Pionierarbeit in der Krankenpflege leistete auch die Aargauerin Sr. Liliane Juchli (1933–2020) aus Nussbaumen. Als ausgebildete Pflegefachfrau verfasste die Ingenbohler Schwester den «Juchli», die 1973 erstmals aufgelegte und in mehrere Sprachen übersetzte «Bibel» der Krankenpflege. Sr. Liliane Juchli beeinflusste die Entwicklung und Professionalisierung der Krankenpflege im deutschen Sprachraum nachhaltig.[219]

Verlagerung kirchlicher Angebote

Die gemeinnützige Arbeit der Landeskirchen verlagerte sich immer mehr auf Beratungs-, Bildungs- und Kulturangebote. Die Reformierte Landeskirche gründete insbesondere in den 1950er- und 1960er-Jahren mehrere Institutionen und Beratungsstellen. 1956 übernahm sie das Patronat für das Männerheim in Seon, ab 1958 «SATIS» genannt, eine Zufluchtsstätte für Männer in Notlagen.[220] Nur ein Jahr später, 1957, wurde die Aargauische Evangelische Frauenberatungsstelle gegründet, die ab 1961 auch eine Budgetberatung anbot.[221] Ein Fonds für Ferienhilfe ermöglicht bis heute Ferien- und Kuraufenthalte.[222]

Der Fokus auf Bildungsangebote hatte noch andere Gründe. Mit der zunehmenden Spezialisierung der kirchlichen Aufgaben und Ämter galt es, auch die Laien besser auszubilden. Schweizweit kam es zur Gründung sogenannter Heimstätten, an denen entsprechende Tagungen angeboten wurden.[223] 1956 erbaute die Reformierte Landeskirche mit dem «Rügel» bei Seengen ihr Tagungshaus, das sie als Ort der Stille, der Begegnung und der Gemeinschaft einrichtete.[224] 1976 errichtete die Römisch-Katholische Landeskirche in der Propstei Wislikofen ihr Bildungshaus als «Haus der Begegnung, der Besinnung und der Bildung».[225] 1981 folgte die Christkatholische Landeskirche, die seither mit der Vereinigung Hortus Dei Olsberg kulturelle Veranstaltungen im renovierten ehemaligen Zisterzienserinnenkloster Olsberg organisiert.[226]

Aargauisches Judentum

Die Geschichte der Jüdinnen und Juden im Aargau hat eine besondere Bedeutung für die Schweizer Geschichte, weil die Surbtaler Gemeinden Endingen und Lengnau über 200 Jahre das Zentrum jüdischen Lebens in der Schweiz waren. Während sich die aargauische Bevölkerung zwischen 1900 und 2000 mehr als verdoppelte, verringerte sich der Anteil der jüdischen Bevölkerung in dieser Zeit jedoch auf ein Drittel. Die jüdischen Gemeinden des Aargaus verzeichneten nach dem Zweiten Weltkrieg eine kontinuierliche, aber gegen Ende des 20. Jahrhunderts verlangsamte Abnahme ihrer Mitglieder. Im Bezirk Baden, wo die meisten Jüdinnen und Juden wohnten, war die Abwanderung besonders gross, ebenso in den beiden Surbtaler Gemeinden.[227] Während im Fricktal und in Zofingen nur vereinzelt jüdische Familien wohnten, gab es sowohl in den Bezirken Aarau als auch Bremgarten jüdische Gemeinschaften mit dreissig bis sechzig Personen. Die Zahlen stabilisierten sich zwar um 1970. Doch waren Kultusgemeinden inzwischen so klein geworden, dass regelmässige Gottesdienste und die Anstellung von Kantoren oder Lehrern eine Herausforderung waren.[228] In Bremgarten fand 1977 die letzte Bar-Mizwa-Feier statt, 1992 wurde der Betsaal aufgegeben.[229] Heute gibt es israelitische Kultusgemeinden in Baden und Endingen sowie als Verein mit wenigen Mitgliedern in Bremgarten.[230]

Wie bei Mitgliedern christlicher Landeskirchen stieg auch beim jüdischen Bevölkerungsteil die Anzahl Mischehen.[231] Die jüdischen Gemeinden im Aargau waren und sind wie die meisten jüdischen Gemeinden der Schweiz orthodoxe Einheitsgemeinschaften. Aufgrund der kleinbürgerlichen oder mittelständisch-kaufmännischen Herkunft der Mitglieder fehlte ein jüdisch-intellektueller Diskurs.[232] Die in den 1950er- und 1960er-Jahren angestossene Pluralisierung der jüdischen Gemeinschaft verfing im Aargau kaum. Die grösste israelitische Kultusgemeinde in Baden ist der Orthodoxie verpflichtet. Einen egalitären Ansatz verfolgte die Wettingerin Bea Wyler (*1951), die nach ihrer Ordination durch das Jewish Theological Seminary in New York ab 1995 als erster weiblicher Rabbiner im Nachkriegsdeutschland wirkte. Nach acht Jahren kehrte sie in die Schweiz zurück. Hier war es für sie aber schwierig, als Rabbiner ein Auskommen zu finden.[233]

Jüdische Flüchtlinge im Aargau

Jüdische Gemeinden waren auch engagiert in der Flüchtlingshilfe während des Zweiten Weltkriegs und in der Zeit unmittelbar danach. Der Kanton vertrat eine restriktive Aufnahmepolitik, es gibt aber keine Anzeichen, dass diese rigider als die Praxis der Bundesbehörden gewesen wäre.[234] Es waren während des Kriegs mehrere Arbeits- und Internierungslager in Betrieb, in denen jüdische Flüchtlinge untergebracht wurden, so beispielsweise auf dem Hasenberg bei Bremgarten. Moritz Sobol, damals Vorbeter und Religionslehrer, erinnerte sich 1987: «Die Betreuung dieses Lagers wurde durch die jüdische Gemeinde Bremgarten besorgt […].

413 Das 1956 von der Reformierten Landeskirche Aargau eingerichtete Tagungsheim Rügel 2008. Es befindet sich bei Seengen mit Aussicht auf den Hallwilersee.

414 Ansicht des Klosters Olsberg, 1982. Zu dieser Zeit etablierte die christkatholische Kirche mit der Vereinigung Hortus Dei Olsberg kulturelle Anlässe sowie besondere Gottesdienste im Pfarrhaus und in der Klosterkirche in Olsberg.

415 Der 1956/57 errichtete Neubau des Urech'schen Kinderspitals und des Reformierten Kinderheims Brugg. Im heutigen Kinderheim Brugg leben Kinder und Jugendliche unterschiedlichen Alters, zum Teil mit kognitiven Beeinträchtigungen, unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit.

416 Kinder machen ihre Betten im Schlafsaal der Erziehungsanstalt Kasteln, 1943. 1855 wurde die «Privat-Rettungsanstalt für arme, verwaiste, verlassene oder verwahrloste Kinder evangelisch-reformierter Konfession» auf Schloss Kasteln bei Oberflachs im Kanton Aargau eingerichtet. Heute ist die Institution ein Wocheninternat mit Sonderschule für Kinder und Jugendliche mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen.

417 Diplomfeier von Absolventinnen der Pflegeschule Gnadenthal in der Kirche des ehemaligen Zisterzienserinnenklosters, 1980er-Jahre. Die 1961 eröffnete Schule für praktische Krankenpflege war die vierte Pflegeschule der Schweiz und wurde bis 1975 von Ingenbohler Schwestern geleitet.

Die Insassen konnten das Lager nur unter Aufsicht von Militär verlassen und waren des öfteren auch in Bremgarten. Die Bevölkerung hat sie sehr gut aufgenommen. Es waren auch Kinder mit ihren Eltern im Lager. Diese Kinder wurden dann in jüdischen Familien untergebracht.»[235]

Nach dem Krieg gelangten Flüchtlinge in umfunktionierte Quarantäne- oder Auffanglager.[236] In der «Alten Saline» in Rheinfelden trafen im Juni 1945 350 Jugendliche aus dem Konzentrationslager Buchenwald ein, die dort für ihre Weiterreise in Quarantänelager kontrolliert wurden. Da die Schweizer Spende aber Kinder und nicht Jugendliche erwartet hatte, wollte sie nicht für alle Verantwortung übernehmen. So blieben einige der eingereisten Personen in Rheinfelden zurück. Dass Jugendliche aus Konzentrationslagern wieder hinter Stacheldraht landeten, führte zu einer medialen Kontroverse. Mangelhafte Lebensbedingungen und «antisemitische Parolen» hätten den Lageralltag geprägt. Gegenstimmen beklagten unkooperatives Verhalten auf Seite der Jugendlichen.[237]

Der Aufenthalt in der Schweiz war jedoch für die Flüchtlinge kaum von Dauer. Zu gering waren die Perspektiven für ein langfristiges Auskommen, zu restriktiv die Niederlassungspolitik des Bundes, die sich erst in den 1950er-Jahren änderte. Dies und antisemitische Überfremdungsängste verhinderten jedoch nicht die erfolgreiche Integration weniger Personen.[238]

Hilfsaktionen nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Landeskirchen beteiligten sich an der sogenannten Nachkriegshilfe, die bereits vor Kriegsende einsetzte. Sie übertraf die Budgets für die Flüchtlingshilfe bei Weitem. Nur wenige Monate nach dem Krieg schlossen sich protestantische Hilfswerke zum Hilfswerk Evangelischer Kirchen der Schweiz (HEKS) zusammen. Insbesondere in der sogenannten Deutschlandhilfe engagierte sich die Reformierte Landeskirche Aargau. Abgesehen von Geldspenden gab es auch Naturalspenden, Gegenstände und Esswaren, die Aargauerinnen und Aargauer in den Pfarrhäusern ablieferten, wo Pfarrfamilien mit deren Lagerung und Sortierung alle Hände voll zu tun hatten. Es gab unter den Protestantinnen und Protestanten eine Grundstimmung, zwar allen Versehrten helfen zu wollen, bevorzugt aber den Glaubensgenossinnen und Glaubensgenossen.[239] Diese konfessionellen Kriterien galten auch für die Verschickungskinder, die aus kriegsversehrten Gebieten zur Erholung in die Schweiz kamen und entsprechenden Familien zugeteilt wurden.[240] So kamen beispielsweise altkatholische Kinder aus den Niederlanden zu christkatholischen Familien im Aargau.[241] Altkatholische gehören wie Angehörige der christkatholischen Kirche zu einer selbstständigen katholischen Kirche und zudem zur Utrechter Union. Ganz allgemein herrschte die Überzeugung, dass Hilfe nicht nur in Form von Nahrungsmittelspenden erfolgen musste, sondern auch «geistiger» Wiederaufbau in Form alternativer Denkmuster notwendig war.[242]

Kirchen auf Mission

Geistigen und materiellen Aufbau wollten auch die in Missionen im Ausland tätigen Aargauerinnen und Aargauer leisten. Als erster Schweizer reiste der spätere Bischof Burkard Huwiler (1868–1954) aus Buttwil im Freiamt 1906 nach Ruanda. Er gehörte der römisch-katholischen Missionsgesellschaft der «Weissen Väter» an. Deren Ziel war es, Ost- und Zentralafrika nachhaltig für den Katholizismus zu gewinnen. Sie nahm die afrikanische Bevölkerung damals primär als «schwarze Kinder» wahr, die religiöse, moralische, soziale und intellektuelle Unterstützung nötig hatten.[243] Als Bischof Burkard Huwiler 1954 nach 54 Jahren Missionstätigkeit in Afrika starb, hatten sich die katholisch Getauften in seinem Wirkungsgebiet in Bukoba in Tansania seit 1900 praktisch vervierfacht. Als Missionsleiter in Ostafrika hatte er Bauarbeiten an Schulhäusern, Kapellen, Krankenstationen sowie die Entwicklung der Seelsorge im von Deutschen und später von Briten kolonialisierten Gebiet begleitet.[244]

Reformierte Missionsgesellschaften schlossen sich 1944 im Schweizerischen Evangelischen Missionsrat zusammen, was ein wichtiger Schritt zur Koordination der Arbeit bedeutete.[245] Die «äussere» Missionstätigkeit wurde auch bei den Reformierten zunehmend zu einer positiv angesehenen Angelegenheit, und es gab in den 1950er-Jahren vermehrte Bemühungen, die Mission in die Kirche zu integrieren.[246] Dies war nur schon wegen der unterschiedlichen kantonalen Vorschriften ein schwieriges Unterfangen. So konnten im Kanton Aargau nur Spenden geleistet werden, jedoch keine Beiträge aus Kirchensteuern, die nur für die Kirchgemeinde und kantonale Landeskirche verwendet werden durften.[247]

Ab den 1960er-Jahren entkolonialisierte sich die Missionstätigkeit, die sich administrativ und hinsichtlich ihrer Motive neu ausrichten musste. Neu gegründete Hilfswerke wie das katholische Fastenopfer oder das reformierte Brot für Brüder waren ein Zeichen dafür, dass die Kirchen ihre Aktivitäten in der Entwicklungszusammenarbeit ausdehnten.[248] 1970 folgte die Gründung des christkatholischen Hilfswerks Partner sein.[249] Auch die Schweizerischen Katholischen und Evangelischen Missionsräte verstärkten ihre Zusammenarbeit.[250] Sr. Gaudentia Meier (*1939) aus Waltenschwil im Freiamt, die 1969 als Baldegger Schwester zum Aufbau einer Missionsstation nach Papua-Neuguinea aufbrach, berichtet von den Veränderungen im Missionswesen: «Früher war die Einstellung verbreitet, die Einheimischen als minderwertig zu betrachten. Und man glaubte, man müsse sie zivilisieren. Das war bei uns nicht mehr so. Es ging allem voran darum, medizinisch zu helfen.»[251] Die Missionarinnen wurden aber gleichwohl in der Katechese geschult, um ihre christliche Botschaft vermitteln zu können.

Sakrale Bauten als Kulturgut

Mit der Stärkung der Denkmalpflege im Aargau ab den 1940er-Jahren kam auch das Bewusstsein für eine Notwendigkeit, Bauten für die Nachwelt zu erhalten. Kantonale Altertümerverzeichnisse, mit denen man wichtige Baudenkmäler unter Denkmalschutz stellte, wurden in den Jahren 1946 bis 1967 in allen Bezirken des Aargaus erarbeitet.[1] Unter diesen Objekten waren viele Kirchen und Klosterbauten in Staatsbesitz, die in dieser Zeit eine grundlegende Renovation erfuhren. Zu Beginn der 1950er-Jahre liess der Kanton im Hinblick auf das Kantonsjubiläum im Kloster Muri den vernachlässigten Kreuzgang wiederherstellen. Der in Aarau aufbewahrte Glasmalereizyklus fand an seinen ursprünglichen Ort zurück.[2] Ein anderes Beispiel ist die Propstei Wislikofen, deren Bausubstanz bis in die 1970er-Jahre derart angegriffen war, dass Teile des eingestürzten Konventflügels abgebrochen werden mussten. Seit dem Wiederaufbau, der möglichst viel von der alten Bausubstanz und vom ursprünglichen Erscheinungsbild erhielt, ist der Ort ein Bildungszentrum der Römisch-Katholischen Landeskirche.[3] 1963 wurden die beiden Synagogen in Lengnau und Endingen sowie der jüdische Friedhof unter kantonalen Denkmalschutz gestellt.[4]

Es wurden aber nicht nur konservatorische Schritte zur Erhaltung sakraler Bauten unternommen. Die Erfassung der Kunstdenkmäler im Aargau förderte oft erst zutage, welche kunsthistorischen Schätze es in diesen Bauten zu bestaunen und zu bewahren gab (siehe «Kunstdenkmälerinventraisation», S. 91 und 546). Der langjährige Inventarisator der aargauischen Kunstdenkmäler, Peter Hoegger (*1939), beschrieb in seiner Arbeit über das Kloster Wettingen beispielsweise den Wandaufbau mit Simsen und Nischenfiguren der Brüder Castelli im südöstlichen Querhausflügel der Klosterkirche. Er kam zum Schluss, dass hier «ein frühes, wenn nicht überhaupt das erste in Stuck umgesetzte Programm», gemeint ist ein theologisch-historisches Konzept, nördlich der Alpen vorliegt.[5] Von nationaler Bedeutung ist der weitgehend erhaltene Glasmalereizyklus im Chor des Klosters Königs felden aus dem 14. Jahrhundert.[6]

1 Kanton Aargau, Denkmalpflege 1993, 20.
2 Allemann, Felder 2017, 25.
3 Maurer Gafner 1996, 8 und 12; Hoegger 1977, 45–48.
4 DSI-LNA001 Synagoge, 1845–1847 (Dossier Denkmalschutzinventar); DSI-END001 Synagoge, 1852 (Dossier Denkmalschutzinventar); Oppenheim, Dreyfus 2020.
5 Hoegger 1998, 214.
6 «Königsfelden», HLS 2008.

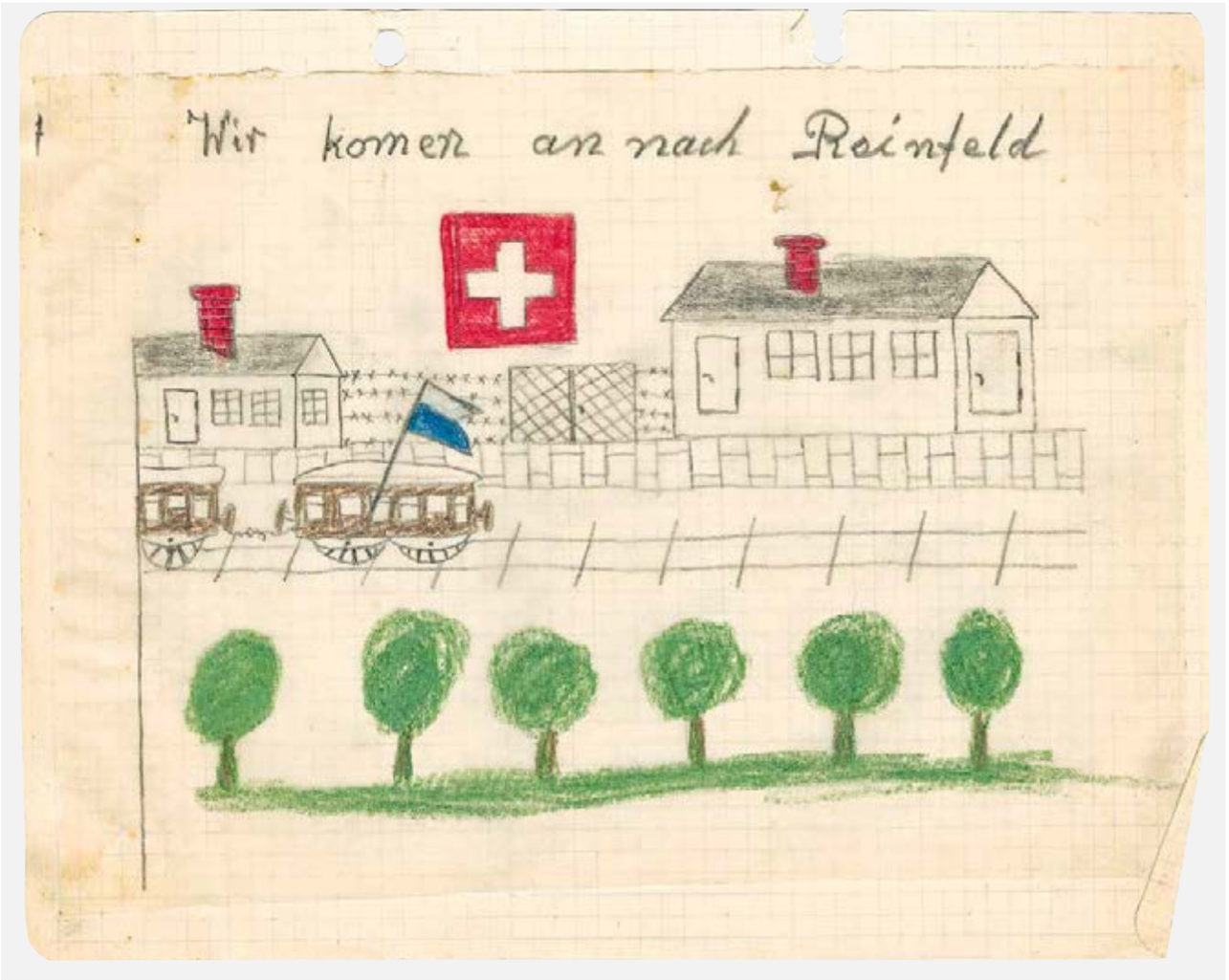
418 Der Wandaufbau mit Simsen und Nischenfiguren der Brüder Castelli von 1607/08 im südöstlichen Querhausflügel der Klosterkirche Wettingen gegen Südosten. Das Programm umfasst biblische, kirchliche und weltliche Gestalten sowie szenische Darstellungen mit Landschafts- und Architekturhintergründen.

419 Diese Aussenansicht der Propstei Wislikofen dokumentiert den verwahrlosten Zustand der Gebäude vor der Renovation 1972.

420 Innenansicht der 1913 erbauten Synagoge in Baden. Die mitgliederstärkste Israelitische Kultusgemeinde Baden, die nach orthodoxem Ritus als Einheitsgemeinde geführt wird, bildet ein jüdisches Zentrum im Aargau. Von 2004 bis 2018 hatte die Gemeinde einen festangestellten Rabbiner.

421 Gebetsraum der Synagoge Bremgarten auf einer Aufnahme Ende der 1960er-Jahre. 2002 wurde die Synagoge aufgegeben und das Mobiliar sowie ein Teil der Ritualgegenstände dem Schweizerischen Landesmuseum zur Lagerung übergeben.

422 Blick in den Kreuzgang des Klosters Muri während der Restaurierungsarbeiten Mitte der 1950er-Jahre. Im verwahrlosten Kreuzgang fehlten die Glasscheiben und es war ein Kaninchenstall dort untergebracht.



423 Zeichnung des «Buchenwald-Kindes» Kalman Landau (*1928) vom Lager in Rheinfelden. Landau, der in den Konzentrationslagern Auschwitz, Gross-Rosen und zuletzt in Buchenwald inhaftiert gewesen war, hielt die Ankunft in Rheinfelden 1945 in einer 39-teiligen Serie von Zeichnungen fest.

424 Die Reformierte Landeskirche Aargau verteilt im Rahmen der «Deutschlandhilfe» 1945 oder 1946 in der süddeutschen Gemeinde Freudenstadt Essen und Kleider.

Kirchenbote

für das reformierte Volk des Aargaus

Lenzburg, April 1965

Nr. 4 / 75. Jahrgang

Aargauische Kantonsbibliothek
A B T u
300

Jetzt wieder BROT FÜR BRÜDER

Unser täglich Brot gib uns heute

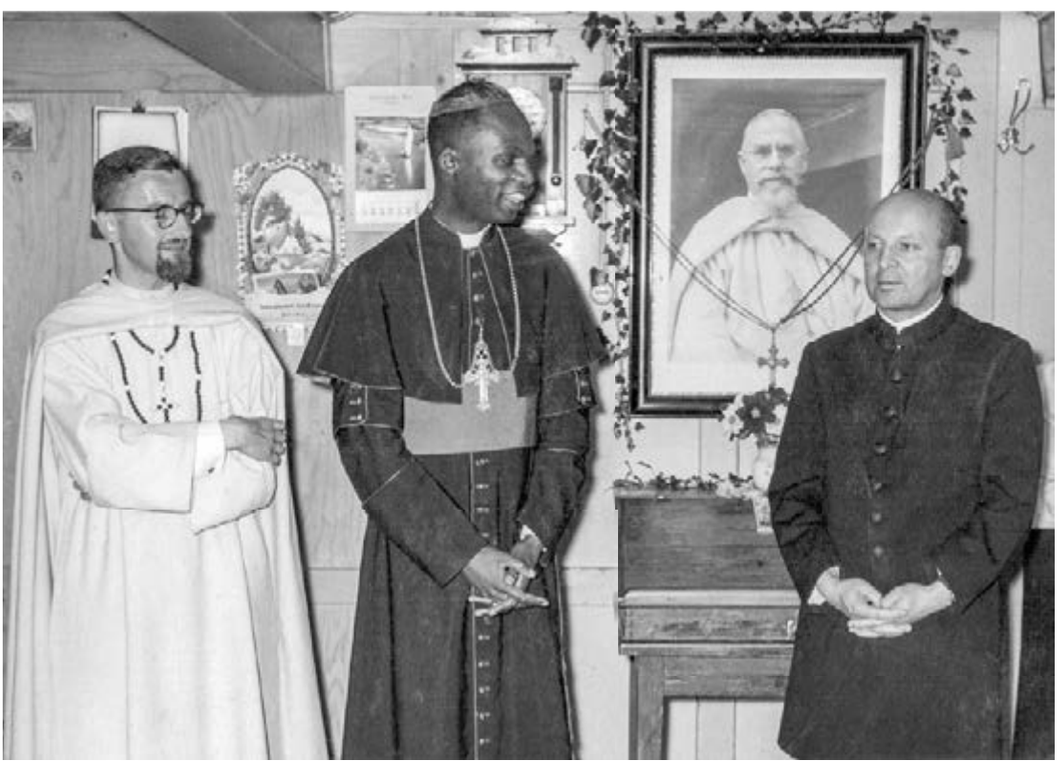
Herr, gib uns,
gib allen Menschen
ihr täglich Brot,
allen Menschen –
nicht nur
unseren Lieben, unseren Nachbarn, unseren Landsleuten.
Allen Menschen,
jenen zahllosen Tausenden,
überall in der ganzen Welt verstreut,
die nie genug zu essen haben,
den ganzen Tag hindurch hungern müssen,
Tag um Tag.
Unser täglich Brot gib uns heute.
Diesen Vater von neun Kindern in der Casbah,
zu arm, genug Brot für die ganze Familie zu kaufen.
(Wie soll man schlechtzend, hungrigen Kindern
das quälende «Nein» des hilflosen Vaters klarmachen?)
Unser täglich Brot gib uns heute.
Jener ärmlichen Familie in einem entlegenen Dorf in Togo,
deren einziges Mahl am Tag das Jahr hindurch
eine Schüssel Hirse ist.
Unser täglich Brot gib uns heute.
Wie kann man, Herr, mit ihnen von Umkehr reden?
Wie von ihnen Gutes erwarten?
Als Du auf Erden warst,
hast Du nicht damit begonnen,
daß Du den Hungernden Brot gabst?
«Und Jesus nahm die Brote. Und als Er gedankt hatte,
gab Er denen, die sich gelagert hatten.»
Und uns,
die wir wissen, daß heute Abend eine Mahlzeit uns erwartet,
gib uns, daß wir jener Millionen gedenken, die verhungern.
Gib uns den Willen,
mit ihnen unser täglich Brot zu teilen.
Uns, die wir nicht wissen, was Hungerleiden bedeutet,
gib uns,
daß wir von Deinen Lippen im Großen Gericht hören:
«Kommt, ihr Gesegneten meines Vaters,
ich war hungrig, und ihr gabt mir zu essen.»

Er ist zufrieden

Der kleine Mann auf unserem Bild hat allen Grund, jetzt wieder zufrieden in die Welt zu schauen. Seine kranke Mutter ist nämlich im Spital von Manyemen aufgenommen worden, und sie hat gute Aussichten, dort geheilt zu werden. Dann wird sie wieder ganz für ihre Familie sorgen können. Das Spital von Manyemen (Kamerun) konnte durch die Mittel der ersten Aktion «Brot für Brüder» aufgebaut werden. Aber noch immer warten unzählige Kranke, Erwachsene und Kinder in Afrika und Asien darauf, daß auch ihnen die nötige ärztliche Hilfe gebracht wird. Helfen Sie darum kräftig mit, daß die neue Aktion «Brot für Brüder» wieder ein gutes Ergebnis hat. Die Not in der Welt ist noch immer riesengroß. Christus erwartet, daß wir helfen.

25

425 Diese Anzeige im Aargauer Kirchenboten vom April 1965 ruft zur Spende auf. 1961 führte die spätere Stiftung Brot für Brüder (ab 1991 Brot für alle) erstmals Sammelaktionen zugunsten des HEKS und der Evangelischen Missionsgesellschaft durch.



426 1959 besuchte Bischof Laurean Rugambwa (1912–1997) von Bukoba in Tansania das in Buttwil befindliche Elternhaus seines Vorgängers Burkard Huwiler, dessen gerahmtes Foto im Hintergrund erkennbar ist. Flankiert ist er von Pater Josef Brunner (1921–2006) und Pfarrer Albert Huwiler (1904–1967), Verwandte von Bischof Burkard.

427 «Buschklinik» in Det, Papua-Neuguinea, um 1971. Die Baldegger Schwester Gaudentia Meier (*1939) aus Waltenschwil im Freiamt wird bei ihrer Arbeit von zwei angelernten einheimischen Schwestern begleitet.

428 Konvent des Benediktinerinnenpriorats Hermetschwil 1950, das seit 1985 wieder eine Abtei ist. Die Benediktinerinnenklöster Hermetschwil und Fahr sind die einzigen Klöster auf Kantonsgebiet, die als mittelalterliche Gründungen trotz Aufhebungswellen in der Neuzeit bis heute hier fortleben. Das in einer Exklave des Kantons Aargau gelegene Kloster Fahr führte von 1944 bis 2013 eine Bäuerinnenschule.

Auflösungserscheinungen und Reform bis 1980

Der beschleunigte gesellschaftliche Wandel, Binnenmigration, wachsende Mobilität und ausländische Zuwanderung führten zu einer stärkeren konfessionellen Durchmischung und zur Auflösung von traditionellen kirchlichen Milieus. Eine Segregation der Konfessionen im Alltag hätte dem entgegenwirken sollen, was ganz allgemein auf dem Vormarsch war: konfessionsverschiedene Ehen ebenso wie die konfessionelle Durchmischung in den Gemeinden. 1998 waren gesamtschweizerisch mehr Mischehen als Eheschliessungen innerhalb derselben Konfession zu verzeichnen.[252] Im Aargau lässt sich diese Entwicklung insbesondere an den Diasporagemeinden zeigen. Der reformierte *Kirchenbote* stellte 1969 fest, dass die «vielen» Mischehen im Fricktal «wohl noch immer ein heisses Eisen» seien, «auch wenn heute viel weniger hinten herum agitiert» werde. So habe sich dort das Verhältnis der Konfessionen – vor allem seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil – «merklich gebessert». Aber es gab aus dieser Sicht Probleme mit den «ökumenischen Trauungen», die aufgrund der Haltung der römisch-katholischen Kirche zu Mischehen abgelehnt wurden. Ganz allgemein sei «der Katholik stärker an seine Kirche gebunden», während «mancher Reformierte […] zu wenig an seine politische Verantwortung als Christ» denke.[253]

So brachen alte Ressentiments in der Bevölkerung schnell wieder auf, wenn sie sich auf konfessioneller Basis herausgefordert fühlte. Dies zeigte sich im Aargau beispielsweise in reformierten Kreisen bei den Debatten zur Abschaffung der konfessionellen Ausnahmeartikel in der Bundesverfassung im Vorfeld der Abstimmung von 1973, in katholischen Bevölkerungsteilen bei der Aufführung von Rolf Hochhuths «Stellvertreter» 1963 (siehe «Kultur», S. 497). Ganz allgemein war der Zeitabschnitt zwischen 1960 und 1980 geprägt von einem Demokratisierungsprozess in den Landeskirchen, erhielten doch auch Frauen und Ausländerinnen und Ausländer das Stimm- und Wahlrecht in kirchlichen Angelegenheiten.

Wahrnehmungen des Zweiten Vatikanischen Konzils

In der Erinnerung Arnold Helblings (1919–2005), Kantonaldekan des Aargaus und Domherr, war es ein «Klima der Hoffnung», das die Ankündigung des Zweiten Vatikanischen Konzils im Aargau auslöste. Die Menschen in- und ausserhalb der Kirche «lechzten» nach dieser «frischen Frühlingsluft».[254] Das Konzil von 1962 bis 1965 fasste zahlreiche Beschlüsse zu liturgischen Reformen, zur Ökumene, zur Religionsfreiheit und formulierte das kirchliche Selbstverständnis gegenüber der modernen Welt neu, was einer Öffnung der römisch-katholischen Kirche gleichkam.[255]

Für die Umsetzung in den Aargauer Pfarreien war aber primär die Synode 72 wichtig. 1969 beschlossen die Schweizer Bischöfe, in allen Bistümern Diözesansynoden durchzuführen. Neben Geistlichen und anderen Seelsorgern sollten nun ebenso viele Laien der Synode angehören und mitbestimmen. Dies war ein Bruch zu früheren Synoden, an denen die Geistlichen das vom Bischof Vorgegebene abnickten.[256] Dieser Demokratisierung und letztlich der Polarisierung von «fortschrittlichen» und «konservativen» Kräften in der Kirche standen viele Katholikinnen und Katholiken skeptisch gegenüber. Im Konzil und an der Synode wurde die Differenz von Anspruch und Wirklichkeit deutlich: Gerade im Seelsorgebereich herrschte immer mehr Mangel, und die traditionell vom jungen Klerus betreuten Schüler- und Jugendgruppen gerieten in die Krise.[257] Diese Zeit des Umbruchs wurde insbesondere für die Ökumene als positiv bewertet, denn sie hatte eine gegenseitige Öffnung zur Folge.[258] Für jene, die sich bis dahin ganz auf die von der Kirche vorgegebenen Regeln und Verhaltensformen verlassen hatten, war diese Veränderung bezüglich Lebensgestaltung jedoch herausfordernd.[259]

Innerhalb der römisch-katholischen Kirche trat insbesondere bei an der Synode 72 beteiligten Personen Ernüchterung ein, was die Umsetzung der Entscheidungen des Zweiten Vatikanischen Konzils anging. Sr. M. Petra Müller (1932–2021) aus dem Kloster Fahr, die an der Synode teilnahm und in einem Synode-Gottesdienst in Bern die Predigt hielt, meinte 2018 rückblickend, dass diese Umsetzung nicht gelungen sei. Sie erinnerte sich nach über vierzig Jahren: «Ich litt mit, dass so wenige Ideen aus dem Zweiten Vatikanischen Konzil bis hinunter an die kirchliche Basis gelangt sind.»[260]

Auflösung traditioneller Milieus

Bei den Reformierten vollzog sich die Auflösung des Milieus, zumindest in gemischtkonfessionellen Dörfern, früher als bei den Katholikinnen und Katholiken, wie das Beispiel von Birmenstorf zeigt. Dort verschwanden die meisten protestantischen Vereine bereits in den 1950er-Jahren. Doch war das Netz katholischer Vereine ungleich dichter aufgrund der stärkeren Abgeschlossenheit des Milieus und der zentraleren Organisation in der römisch-katholischen Kirche.[261] Hier begannen sich Jugendvereine im Verlauf der 1960er-Jahre stark zu verändern. Die katholische Jungmannschaft Wettingen etwa löste sich 1970 resigniert auf. Die jungen Männer sahen keinen Sinn mehr, einer kirchlich gebundenen Organisation anzugehören. Man wollte raus aus dem Milieu und auch an bisher verpönten Tanzanlässen teilnehmen.[262] In Baden war diese Entwicklung bereits in den frühen 1960er-Jahren zu beobachten.[263] Auch in den katholischen Organisationen für schulpflichtige Kinder, dem Blauring für die Mädchen und der Jungwacht für die Knaben, waren nach einem schweizweiten Höchststand in den 1950er- und 1960er-Jahren die Mitgliederzahlen rückläufig. Der geistliche Einfluss nahm ab. Viele der geschlechtergetrennten Scharen schlossen sich zu gemischten Jubla-Scharen zusammen (siehe «Jugendorganisationen», S. 472).[264]

Es schienen zu dieser Zeit mehrere Veränderungsprozesse zusammenzufallen: Einerseits fand eine gesellschaftliche Verweltlichung statt, die konfessionelle Geschlossenheit war nicht mehr erstrebenswert. Andererseits fehlte in der römisch-katholischen Kirche zunehmend der kle-

rikale Nachwuchs, der sich traditionellerweise um Kinder- und Jugendgruppen kümmerte.[265] Zudem führte die Neuorientierung nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil grundsätzlich zu «kirchlich selektivem Verhalten» bei der jüngeren Generation. «Kinder echt katholischer Eltern stellten von einem Tag auf den anderen den Kirchenbesuch ein, machten nicht mehr mit. Die Eltern kamen sich vor wie Überreste einer untergegangenen Kultur», zitierte der Kirchenhistoriker Victor Conzemius (1929–2017) einen Laien in einem Rückblick auf den konziliaren Aufbruch.[266]

Doch bedeutete die Auflösung des Milieus nicht automatisch das Ende ursprünglich konfessionsgebundener Vereine. Die Badener Emausbruderschaft, 1722 als eine Art Sozialversicherung der Vormoderne gegründet, verzeichnete Mitte der 1980er-Jahre mit rund 150 Mitgliedern einen Höchststand. Die Bruderschaft stellte in der zu beträchtlichen Teilen katholischen Stadt ein politisches Netzwerk und eine Möglichkeit zur gelegentlichen Ausübung von Spiritualität dar.[267]

Frauen in leitenden Positionen

Grössere gesellschaftliche Veränderungen gab es insbesondere für die Frauen, deren Rolle in den Kirchen gerade in Führungspositionen neu definiert wurde. Die erste Ordination einer Frau in der Reformierten Landeskirche erfolgte im Aargau 1938, vergleichsweise früh in der Deutschschweiz. Der Zugang zum vollen Pfarramt war den Pfarrerinnen allerdings noch bis 1963 verwehrt, und es war ihnen nur möglich, als Pfarrhelferinnen, Vikarinnen und Lernvikarinnen zu wirken.[268] Katharina Frey (1923–2007), die Ende der 1940er-Jahre ordiniert worden war, beschrieb die schwierige Situation der Theologinnen, denn im Aargau gab es zu dieser Zeit kaum Stellen für Vikarinnen oder Pfarrhelferinnen. «Meine bisherige Tätigkeit im Aargau hatte sich deshalb beschränkt auf Sonntagsvertretungen oder Aushilfen während einer Vakanz in dieser oder jener Gemeinde.»[269] Sie amtete als eine der ersten Pfarrerinnen ab 1964 in Kirchberg.

Dass eine komplette Gleichstellung der Pfarrerinnen auch mit diesem Schritt noch nicht gegeben war, zeigt der Fall von Sylvia Michel (*1935). Die ebenfalls 1964 in Ammerswil eingesetzte Pfarrerin drohte ihrer Stelle verlustig zu gehen, weil sie heiratete und die Vereinbarkeit von Ehe und Pfarramt für eine Frau keineswegs selbstverständlich war.[270] Mit der Verleihung des Internationalen Sylvia-Michel-Preises zur Förderung von Frauen in der kirchlichen Führung erinnert die Reformierte Landeskirche Aargau heute daran, dass Sylvia Michel 1980 zu deren Präsidentin gewählt wurde. Sie war die erste Frau in Europa, die Präsidentin einer kirchlichen Exekutive war.[271]

1963 zog auch die christkatholische Kirche mit dem aktiven Stimm- und Wahlrecht für Frauen nach. Frauenordinationen waren erst ab 1999 möglich. Denise Wyss (*1965) wurde im Juni 2000 unter grosser medialer Aufmerksamkeit zur ersten christkatholischen Priesterin der Schweiz geweiht.[272] Wyss amtete darauf als Pfarrverweserin mit Gemeindeleitung in den christkatholischen Kirchgemeinden Baden-Brugg und Aarau. Länger wartet die römisch-katholische Kirche zu.[273] Die in Wohlen geborene Juristin und Frauenrechtlerin Gertrud Heinzelmann (1914–1999) strebte 1962 in einer Eingabe an das Zweite Vatikanische Konzil die Gleichstellung der Geschlechter sowie die Zulassung der Frauen zur Ordination an.[274] «Das gab einen Wirbel! Innerhalb von 6 Wochen stand ich aufgrund von internationalen Pressemeldungen in der Weltöffentlichkeit. […] Weltweit war ich die erste Frau, welche die Ordination der Frauen mit wissenschaftlicher Begründung von der katholischen Kirche verlangte», beschrieb Gertrud Heinzelmann ihre damalige Aktion.[275] Während die römisch-katholische Kirche den Aargauer Frauen 1968 das Stimm- und Wahlrecht zugestand,[276] blieb die Zulassung zur Ordination bislang aus, obwohl sich Frauen wie die im Aargau wohnhafte katholische Theologin Jacqueline Straub (*1992) hartnäckig darum bemühen. Gleichwohl gab es mit Rita Bausch (*1942) von 1983 bis 1990 bereits eine erste leitende Seelsorgerin im Birrfeld, Dekanat Brugg. In dieser Funktion predigte sie, teilte die Kommunion aus und hielt unter anderem Taufen und Beerdigungen ab.[277]

Konfessionelle Ausnahmeartikel als Relikte

Seit 1848 sind «konfessionelle Ausnahmeartikel» Teil der Bundesverfassung. Im 19. Jahrhundert war es das Ziel, die Säkularisierung voranzutreiben, und so wurden der Jesuitenorden und die Gründung neuer Klöster verboten. Geistliche waren zudem bis 1999 nur dann in den Nationalrat wählbar, wenn sie auf ihr kirchliches Amt verzichteten.[278] Die vom katholisch-konservativen Ständerat und späteren Bundesrat, Ludwig von Moos (1910–1990), 1953 eingereichte Motion zur Abschaffung der konfessionellen Ausnahmeartikel machte diese zum Gegenstand öffentlicher Debatte. 1968 lud das Philipp-Albert-Stapfer-Haus zum 9. Aargauer Gespräch zu diesem Thema mit der Intention, «ein konstruktives Modell für die künftig zu führende schweizerische Diskussion» darstellen zu können. Der damalige Leiter des Stapferhauses, Martin Meyer (1928–2008), schien überzeugt: «Der Aargau trägt für die ‹konfessionellen Ausnahmeartikel› geschichtliche Verantwortung.»[279] Der Aargau ging im Umgang mit dem Jesuitenorden sogar weiter als die Bundesverfassung. Das 1845 erlassene Gesetz über den Ausschluss der Jesuitenzöglinge von der Maturitäts- und Staatsprüfung wurde erst 1981 durch das Schulgesetz aufgehoben.[280] Bis dahin war es Schülern von Jesuiten nicht gestattet, eine kantonale Maturität oder eine andere Staatsprüfung abzulegen. Auch staatliche Anstellungen waren ausgeschlossen.[281]

Der 1973 aufgehobene Klosterartikel hatte auch Auswirkungen auf den Aargau. Erst jetzt konnte das Benediktinerinnenkloster Hermetschwil seine Rechtsform als Priorat rückgängig machen und wurde 1985 wieder eine Abtei. In den Gebäuden des aufgehobenen Klosters Muri war das 1960 eingerichtete Hospiz, das von Mönchen des Klosters Muri-Gries betreut wurde, kurz vor Aufhebung des Klosterartikels noch einmal in den Fokus geraten: Die aargauische Regierung musste sich gegenüber der Eidgenössischen Justizabteilung für dessen Existenz rechtfertigen und versichern, dass es nicht gegen die Bundesverfassung verstiess.[282]

Demokratie bestimmt Religionsfreiheit

Ganz allgemein war die Stimmung vor der Abstimmung zur Abschaffung des Jesuiten- und Klosterartikels im Frühling 1973 emotional aufgeladen. Kritische Stimmen meinten, der konfessionelle Frieden werde durch «gerechtfertigte Schutzbestimmungen»[283] gewahrt. Für Befürworterinnen und Befürworter war die längst ersehnte Aufhebung hingegen ein «Gebot der Gerechtigkeit und der Glaubensfreiheit».[284] Die konfessionelle Spaltung der Aargauer Bevölkerung zeigte sich in den Abstimmungszahlen. Anders als in den Nachbarkantonen Zürich und Bern stimmte sie aber für die Abschaffung der Artikel und lag mit 53,3 Prozent befürwortenden Stimmen knapp unter dem nationalen Durchschnitt von 54,9 Prozent.[285] Allerdings zog sich der konfessionelle Graben durch den ganzen Kanton – katholisch dominierte Bezirke stimmten dafür, reformierte dagegen. Gerade in reformierten Gemeinden, die an katholische Regionen angrenzten, so in den Bezirken Zofingen und Kulm, waren die verwerfenden Stimmen besonders zahlreich.[286] Unter den Christkatholischen sei man grundsätzlich für eine Abschaffung der Ausnahmeartikel gewesen.[287]

Konfessionelle Ausnahmeregelungen betreffen aber nicht nur die Landeskirchen.[288] Das 1893 national erlassene Schächtverbot traf insbesondere die jüdische, später auch die muslimische Bevölkerung im Aargau. Während Fleisch von Vierbeinern zukünftig aus dem Ausland importiert werden musste, blieb die Schächtung von Geflügel erlaubt. In Baden beschäftigte die israelitische Gemeinde bis 1961 einen Schächter für Geflügel.[289] 1973 befürwortete der Aargau mit grossem Ja-Stimmenanteil die Überführung des Schächtartikels in einen neuen Tierschutzartikel. Das Schächtverbot hat damit unvermindert Geltung in der Schweiz.[290] Die in der nationalen Abstimmung im November 2009 mit 57,5 Prozent Ja-Stimmenanteil angenommene Vorlage «Gegen den Bau von Minaretten» verbuchte im Aargau mit 64 Prozent überdurchschnittlich viele Befürworterinnen und Befürworter. Halit Duran (*1969) nahm als Präsident des Verbands Aargauer Muslime nach der Abstimmung Stellung. Die Deutlichkeit des Resultats war für ihn erschreckend, insbesondere aber bezeichnete er die neuen «Sonderrechte» für den muslimischen Bevölkerungsteil als «Rückschritt in die Zeiten des Kulturkampfes».[291]

Seelsorge für Migrantinnen und Migranten

Das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Seelsorge für Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten, die auch soziale Aspekte berücksichtigt, war im Aargau bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg vorhanden. Zwei Missionsstationen für italienische Gläubige (Missioni Cattoliche Italiane) wurden noch in den 1940er-Jahren gegründet und von italienischen Missionaren betreut. Kritik an Kirchensteuererhöhungen vonseiten der Kirchgemeinden konterte man mit dem Hinweis auf die Gefahr kommunistischer oder sektiererischer Beeinflussung der Migrantinnen und Migranten.[292] 1967 übernahm die Synode die Hauptverantwortung für die «Italienerseelsorge». Sie kümmerte sich auch um die administrativen Belange anderer Seelsorgegruppen von Ausländerinnen und Ausländern.[293]

Anders als die anderen aargauischen Kirchgemeinden waren die Missionen zentral und kantonal organisiert, was die Integration vor Ort erschwerte und das Misstrauen förderte, da die Kirchenpflegen kein Mitspracherecht und keine Einsicht in die finanziellen Ausgaben hatten. Umso mehr förderten die Diözese und kantonale Gremien diese spezielle Art von Seelsorge, die als temporär angenommene Institutionen schliesslich mehrere Generationen überdauerte.[294] Am Beispiel der Seelsorge für italienische Gläubige in Wohlen kann gezeigt werden, wie zäh der Prozess bis zur eigenen Mission war. 1948 fanden erstmals italienischsprachige Gottesdienste statt. 1963 wurde die Mission eingerichtet – inzwischen waren es 4000 Personen –, und der italienische Seelsorger hielt regelmässig Gottesdienst. Erst 1966 konnten die Messen hauptsächlich in der Pfarrkirche stattfinden. Neben Platzproblemen gab es auch einigen Widerstand in der einheimischen, mehrheitlich katholischen Bevölkerung zu überwinden, andererseits wollten auch die italienischen Gläubigen lieber unter sich bleiben.[295] Nirgendwo im Kanton war die Zahl der italienischen Katholikinnen und Katholiken 1975 grösser als in Wettingen. Grösstenteils wohnten hier niedergelassene Familien. Auch die Betreuungsstrukturen mussten ausgebaut werden, und die Kirchgemeinde stellte unentgeltlich ein Haus für den Kinderhort zur Verfügung.[296] Im Verlauf der Jahre entstanden im Aargau römisch-katholische Missionen für Albanisch-, Italienisch-, Kroatisch-, Portugiesisch- und Spanischsprachige sowie eine Seelsorge für Polnischsprachige. Die Landeskirchen führten sukzessive das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer ein: 1964 die christkatholische, 1970 die reformierte und 1977 die römisch-katholische Kirche.[297] Migration brachte aber auch neue Traditionen in den Aargau, deren Etablierung einen integrativen Charakter hatte. Ein Beispiel ist das Fest zu Ehren von San Giuseppe. Die ab den 1960er-Jahren in Laufenburg ansässigen Italienerinnen und Italiener begingen diese Feier bis in die 1990er-Jahre in privatem Rahmen. Mit der Involvierung der katholischen Pfarreien in Laufenburg wurde diese Feier zu einer öffentlichen Veranstaltung, an der inzwischen mehrere Hundert Personen aus der ganzen Schweiz und Süddeutschland teilnehmen.[298]

Diaspora der Landeskirchen

Nicht nur Migrantinnen und Migranten waren als Minderheiten in der Mehrheitsgesellschaft ihrer Gemeinde gefordert, auch in Diasporagemeinden mussten Strukturen erst erarbeitet werden. Im Bezirk Muri hatte der reformierte Bevölkerungsteil 1960 einen Anteil von 8,6 Prozent. 1894, als dieser Anteil noch unter zwei Prozent lag, gründeten die Reformierten in Muri eine Genossenschaft, die damals etwa achtzig Personen umfasste. Sie hielt ihre religiösen Feiern lange im Musiksaal der Bezirksschule Muri ab. Mit der Zeit kamen Reformierte aus umliegenden Dörfern dazu, und ein vollamtlicher Pfarrer sowie eine Kirche wurden immer dringender. 1938 wurde in Muri der erste reformierte

Pfarrer eingestellt, 1955 konnte die Kirche bezogen werden. Erst 1961 erfolgte auf Antrag des Kirchenrates unter Zustimmung der Synode die Errichtung der reformierten Kirchgemeinde durch ein Dekret des Grossen Rates.[299]

Obwohl im Aargau nach Solothurn die grösste christkatholische Minderheit beheimatet ist, lag ihr Anteil um 1940 bei zwei Prozent, ab 1980 fiel er unter ein Prozent der Gesamtbevölkerung.[300] Im Jahr 2000 war die politische Gemeinde Möhlin die Gemeinde mit dem grössten Anteil christkatholischer Mitglieder der Schweiz. Allerdings bilden die Christkatholiken auch im einst überwiegend christkatholischen Dorf inzwischen eine Minderheit.[301] Ein Blick auf die Statistik der Wohnbevölkerung nach Religionszugehörigkeit von 2015 zeigt, dass von den knapp über 3000 aargauischen Mitgliedern der christkatholischen Kirche gut 2000 im Bezirk Rheinfelden wohnten. Die restlichen tausend Personen sind heute in allen Bezirken des Kantons verteilt und bilden eine weitverzweigte Diaspora.[302] 1967 erfolgte mit grossrätlichem Dekret die «Eingemeindung aller Christkatholiken in eine bestehende Kirchgemeinde».[303] Die damals 260 Mitglieder der neuen Kirchgemeinde Baden-Brugg stammten aus verschiedenen Gemeinden der Bezirke Baden, Brugg, Bremgarten und Zurzach.[304] Der Kirchgemeinde Aarau waren Mitglieder aus dem Freiamt, den Bezirken Aarau, Lenzburg, Kulm und Zofingen zugeteilt.[305] Erstmals gehörten nun alle Angehörigen der christkatholischen Konfession zu einer Kirchgemeinde.[306] Die Mitgliederzahlen der christkatholischen Kirche sanken im Aargau kontinuierlich, wobei diese Landeskirche, anders als die anderen, bereits 1970 überproportional von Überalterung betroffen war.[307]

Frühe Ökumene im Aargau

Die ökumenische Bewegung christlicher Gemeinschaften erhielt durch den Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit Auftrieb. Ein Zusammenstehen für eine neue Zukunft in Europa war gefragt.[308] Während sich auf theoretischer Ebene Reformen ankündigten, war in den 1950er-Jahren an der Basis noch nicht viel von Ökumene zu spüren. Dies änderte sich in den 1960er-Jahren. In Baden gab es ab 1965 regelmässige Zusammenkünfte der reformierten und katholischen Kirchenpflege sowie der Seelsorger beider Konfessionen. Zusammenarbeit entstand beispielsweise in der Telefonseelsorge und Jugendberatung, beim schulischen Religionsunterricht, aber auch bei Vortragsreihen. Auch im kirchlichen Alltag sowie bei theologischen Fragen zum Unterschied der Konfessionen entstand ein Dialog und gab es gegenseitige Unterstützung.[309] «Auf kantonaler Ebene sind die ökumenischen Beziehungen sehr freundschaftlich und offen», hiess es im Geschäftsbericht der christkatholischen Kirche von 1974/75.[310] Es war üblich, dass Vertreter der anderen Konfessionen an den Sitzungen des reformierten Kirchenrates, des römisch-katholischen Synodalrates und des christkatholischen Synodalausschusses teilnahmen.

Kleinere christliche Gemeinden schlossen sich zur gemeinsamen Nutzung von Kirchen zusammen. In Baden, wo die Parkkapelle zwischen Kurpark und Hotel von der christkatholischen Gemeinschaft, der reformierten ungarischen Gemeinde, der anglikanischen Kirche, Mitgliedern der Eglise réformée de langue française en Argovie, Römisch-Katholischen der Romandie sowie zum Teil von der Heilsarmee und Waldensern genutzt wurde, entstand eine «besondere ‹Ökumene›». In den 1960er-Jahren feierten diese Gemeinschaften Gottesdienste in drei Sprachen, wobei beim Kirchengesang alle Anwesenden in ihrer eigenen Sprache sangen.[311]

Dialog zwischen christlichen Kirchen

Der Dialog innerhalb der beiden katholischen Kirchen erwies sich bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts als zäh. Bis in die 1940er-Jahre prägten Auseinandersetzungen um die Simultannutzung von Kirchen das schwierige Verhältnis.[312] Ein Archiveintrag des christkatholischen Pfarrers Josef Fridolin Waldmeier (1924–1988) im Archiv der Stadtkirche Rheinfelden von 1955 zeugt von der Skepsis und Vorsicht, die auch gegenüber liberalen Römisch-Katholischen vorherrschten.[313] Ein Grundanliegen der Christkatholiken war und blieb die «Wiedervereinigung der getrennten Kirchen», dies nicht als eine einzige katholische Kirche unter Aufsicht des Papstes, sondern als eine Gemeinschaft von «gleichgestellten, selbstständigen katholischen Kirchen».[314]

In den 1980er-Jahren, als die Anzahl Konfessionsloser und Muslime im Aargau weiter stieg, überlegten die Landeskirchen eine weitere Zusammenarbeit mit Freikirchen.[315] Es formierte sich eine Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen im Aargau, die 2020 zehn Kirchen und kirchliche Gemeinschaften umfasste. Neben den drei Landeskirchen gehören dazu auch die Baptisten, die anglikanische, die evangelisch-lutherische, die evangelisch-methodistische und die syrisch-orthodoxe Kirche sowie die Heilsarmee und die Siebenten-Tags-Adventisten.[316]

Der im Jahr 2000 gegründete Sozialrat der Aargauer Landeskirchen, der sich als «kritische Stimme» versteht, befasst sich in einem Gremium von Expertinnen und Experten der Landeskirchen, ihren Hilfswerken sowie der Pro Infirmis und Vertretern der Wirtschaft mit sozialpolitischen Themen wie der Diakonie.[317]

429 Am 14. September 1975 findet im Berner Alfa-Zentrum die letzte gesamtschweizerischen Sitzung der römisch-katholischen Synode 72 statt.

430 Glockenaufzug mit Pferden bei der neu erbauten reformierten Kirche in Muri im Freiamt am 2. September 1955.

431 Prozession der San-Giuseppe-Feier nach einer sizilianischen Tradition aus Leonforte, 2016. Nach der deutsch-italienischen Messe folgen jeweils die Prozession mit dem Heiligen Josef durch die Laufenburger Altstadt, ein Feuerwerk und die Segnung des reich gedeckten Altars in der Stadthalle.

Vielfältige Glaubenslandschaft ab 1980

«Vor rund 80 Jahren wusste man in einer Aargauer Gemeinde noch ziemlich genau, wo Gott hockt. Man war reformiert oder katholisch, man lebte ländlich oder urban, war arm oder reich. […] Heute ist das anders. Nicht nur dass alle Weltreligionen im Aargau praktiziert werden, sondern auch in der Aufnahmegesellschaft glaubt es sich divers», so die Aargauer Grossrätin Lelia Hunziker (*1973) 2014.[318] In der zunehmend individualisierten Gesellschaft verlor die Religion immer mehr ihre Funktion als «soziale Klammer». Religion entwickelte sich zur Privatsache und zur individuellen Willensentscheidung. Die Dominanz der Landeskirchen liess nach. Gleichzeitig gewannen andere Kirchen und Religionen an Bedeutung. Insbesondere stieg der Anteil Konfessionsloser.

Islam im Aargau

Mit dem Wirtschaftsaufschwung ab den 1950er-Jahren nahm die Zuwanderung aus dem Ausland im Aargau zu (siehe «Immigration», S. 48 und 51). Während um 1970 über die Hälfte der Einwanderinnen und Einwanderer aus Italien stammte, waren es um 2000 nur noch etwa 25 Prozent, etwa gleich gross war die Zuwanderung aus dem Balkan und der Türkei.[319] Muslimische Zugewanderte, die in den 1970er-Jahren primär aus beruflichen Gründen in den Aargau kamen und dort beruflich tätig waren – vor allem im Raum Baden – trafen wohl auf Unwissenheit gegenüber der vielfach noch unbekannten Religion, jedoch kaum auf Ablehnung. Von Anfang an war das Islambild in der Schweiz und im Aargau vor allem durch die Wahrnehmung des Islam im Ausland geprägt. Im Kontext des Kalten Kriegs war man eher wohlgesinnt. Diese Stimmung änderte sich nach dem 11. September 2001, als die Mehrheitsgesellschaft gegenüber Musliminnen und Muslimen zunehmend eine ablehnendere Haltung entwickelte.[320]

Infrastruktur in Form von Gebetshäusern oder Vereinen gab es in den 1970er-Jahren kaum. Gemeinsame religiöse Veranstaltungen fanden erst nur im privaten Rahmen statt. Mit der türkischen Zuwanderung gab es erste Versuche zur Organisation.[321] Bereits 1990 bildeten die Muslime mit 16 218 Angehörigen die drittgrösste Religionsgemeinschaft im Aargau.[322] Durch die Zuwanderung während des Balkankriegs in den 1990er-Jahren kamen mehr Musliminnen und Muslime in den Aargau, und die Zahl stieg bis 2018 auf rund 38 000.[323] Seit den 1990er-Jahren entstanden Moscheen und Vereine. Der Verband Aargauer Muslime wurde 2004 gegründet, vor allem, um den Aargauer Musliminnen und Muslimen im Dialog mit Behörden und Landeskirchen mehr Gewicht zu verleihen und öffentlich-rechtliche Anerkennung zu erlangen. Er umfasste 2019 acht muslimische Vereinigungen an 18 Standorten.[324] Die einzelnen muslimischen Gemeinden organisieren sich selbst und sind durch die zumeist albanische, bosnische oder türkische Herkunft ihrer Mitglieder geprägt. Baugesuche für neue Moscheen hatten oft einen schweren Stand. Nur ein Teil der Projekte wurden umgesetzt, viele Moscheen befinden sich in bestehenden Gebäuden. 2020 gab es rund 25 Moscheen im Aargau.[325] 2018 öffnete auf dem Friedhof Liebenfels in Baden das erste Grabfeld für Musliminnen und Muslime im Aargau, auf dem im gleichen Jahr die ersten Toten nach muslimischem Ritus begraben wurden.[326]

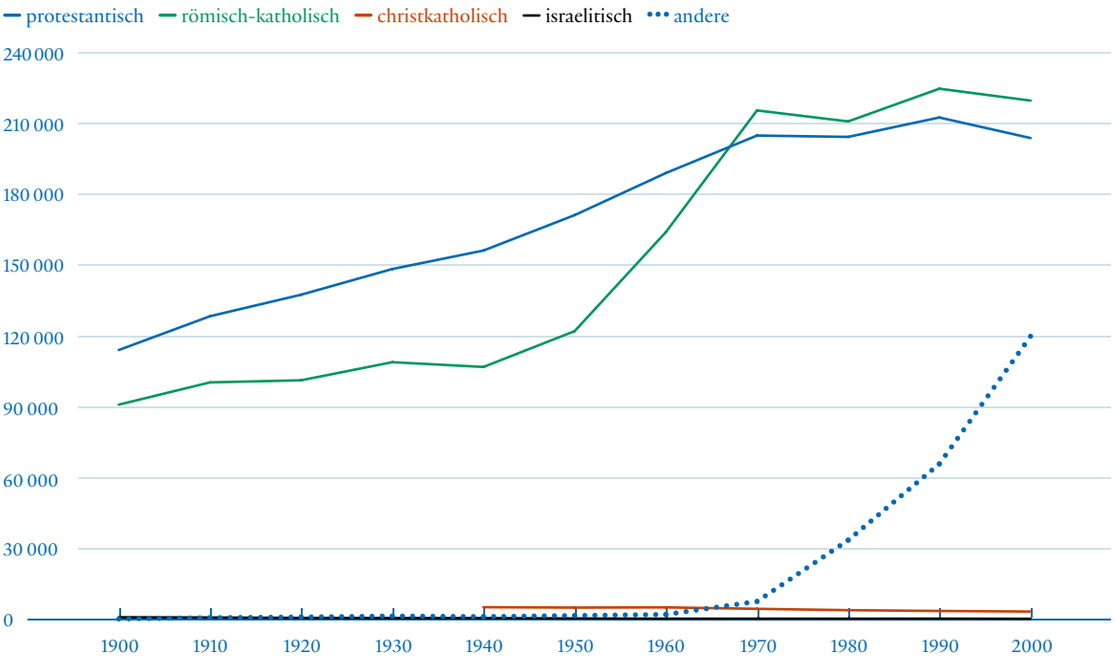
Vielfalt der Glaubensgemeinschaften

Die christlich-orthodoxen Gläubigen machen im Aargau zwischen zwei und drei Prozent der Bevölkerung aus.[327] Orthodoxe Kirchen sind meist Nationalkirchen mit angestrebter Einheit von Bevölkerung, Sprache und Religion. Ihre Kirchenvorsteher in den Herkunftsländern sind oftmals auch für die Gläubigen im Ausland zuständig.[328] Nach der Oktoberrevolution von 1917 kamen Orthodoxe aus Russland in den Aargau. Ihnen folgten ab den 1950er-Jahren Menschen aus Serbien, Mazedonien und Griechenland als Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten in die Nordwestschweiz. Die Seelsorge wurde für diese Gemeinschaften lange von Zürich aus betrieben. Erst 1994 entstand ein eigener serbisch-orthodoxer Kirchensprengel für die Kantone Aargau, Basel und Solothurn und um 1990 die Orthodoxe Gemeinde Freier Rumänen in Baden.[329] Griechisch-orthodoxe Gemeinschaften aus dem Aargau teilen sich die 2003 im Baselbieter Münchenstein erbaute Kirche mit anderen griechisch-orthodoxen Gemeinschaften in der Nordwestschweiz. Hauptsitz der syrisch-orthodoxen Kirche in der Schweiz ist das Kloster Mor Avgin in Arth. Gottesdienste im Aargau finden regelmässig in Gebenstorf und Suhr statt.[330] Die syrisch-orthodoxe Kirche ist ausserdem Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen im Aargau. Seit 2008 existiert die eritreisch-orthodoxe Trinitatis-Gemeinde in Aarau und stellt einen Treffpunkt für eritreische Gläubige aus der ganzen Schweiz dar. Hier wird nicht nur Gottesdienst gefeiert, sondern auch ein allgemeiner Austausch gepflegt. Zu den wichtigsten Festen der eritreischen Kirche gehört das Trinitatis-Fest am ersten Sonntag nach Pfingsten, das in einer Kirche in Buchs gefeiert wird.[331]

Andere, nichtchristliche Religionsgemeinschaften fassten gegen Ende des 20. Jahrhunderts im Aargau Fuss. 1998 wurde beispielsweise der hinduistische Tamilische Tempel Verein in Aarau gegründet. 2014 waren neunzig Familien Mitglieder des Vereins. An den für Hindus heiligen Freitagen kamen im dortigen Murugan-Tempel bis zu achtzig Personen zusammen, um zu beten, zu feiern und gemeinsam zu essen.[332] Ausserdem werden im Aargau verschiedene Formen des Buddhismus praktiziert. Zu unterscheiden sind Zentren, die primär von originären Schweizerinnen und Schweizern besucht werden, und Gemeinschaften, denen Zugewanderte angehören. Während buddhistische Praxis für Erstere Meditationspraxis und Schriftenstudium sein kann, die der persönlichen Entwicklung dienen, gehören Tempelbesuche, traditionelle Rituale und gemeinsam gefeierte Festtage bei Letzteren dazu.[333] Nur unweit der Kantonsgrenze liegt im solothurnischen Gretzenbach der grösste buddhistische Tempel der Schweiz, der für viele Buddhistinnen und Buddhisten aus der ganzen Schweiz ein spirituelles und kulturelles Zentrum darstellt.[334]

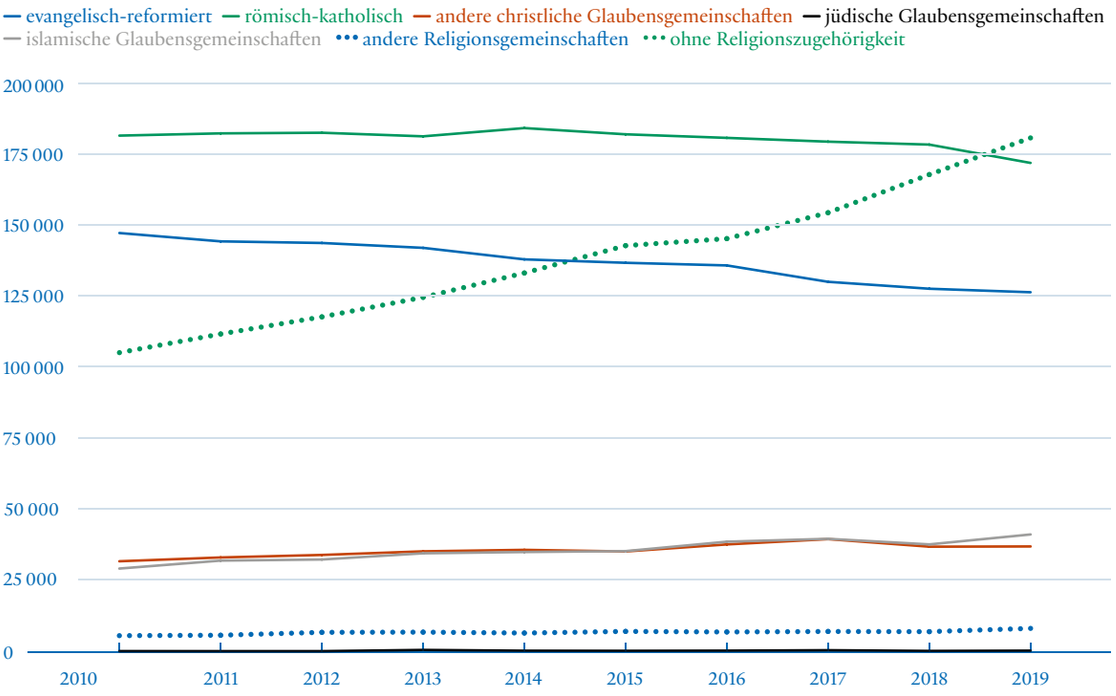
Grafik 60

Religionszugehörigkeit im Aargau 1900–2000



Grafik 61

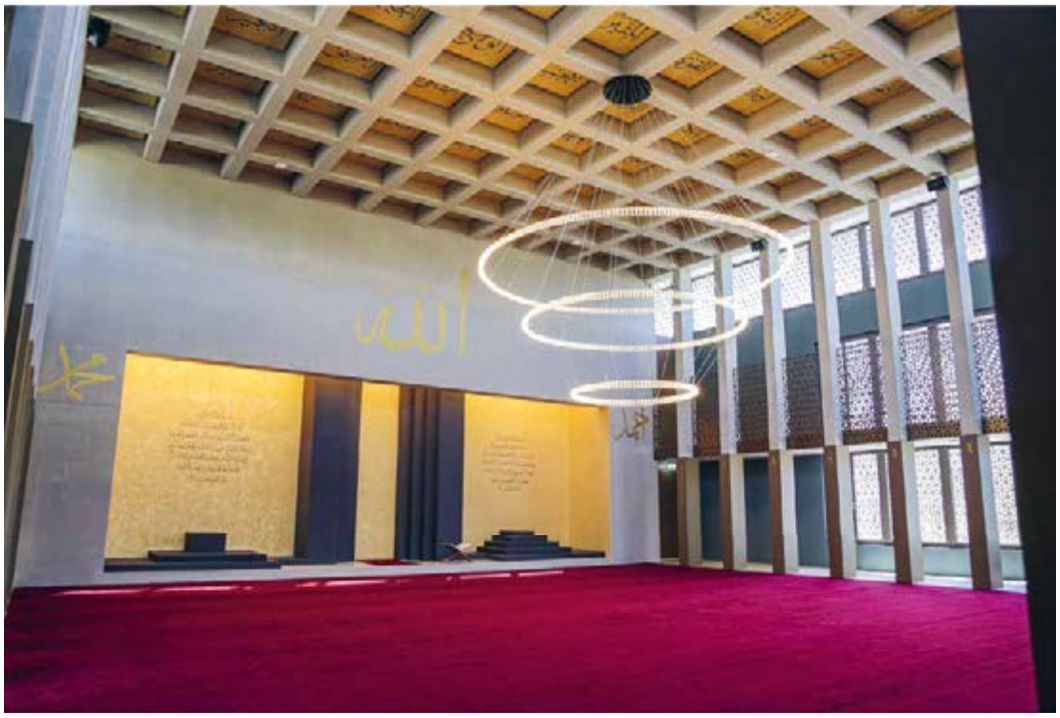
Religionszugehörigkeit im Aargau 2010–2019



Grafik 59 Die Statistik der Religionszugehörigkeit im Aargau von 1900 bis 2000 zeigt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts den starken Anstieg der Anzahl Römisch-Katholischer. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stagnieren die Mitgliederzahlen in den Landeskirchen. Andere oder keine Religionszugehörigkeit werden häufiger. Quelle: Statistisches Jahrbuch 2011, 168.
Grafik 60 Die neuste Entwicklung religiöser Zugehörigkeiten im Aargau von 2010 bis 2019. Besonders markant steigt die Anzahl Konfessionsloser. Quelle: Bundesamt für Statistik.

432 Blick in den Tempel der Freimaurerloge Zur Brudertreue Aarau, 2019. Im Tempel finden die Rituale, die Initiation und die Beförderungen in die höheren Grade statt. In der Freimaurerei sieht die Loge eine «Anleitung zu einer menschlicheren Lebensführung».

433 Das Innere der Kirche der Minoritätsgemeinde Aarau vor dem Umbau, erste Hälfte 20. Jahrhundert. 2020 gehörten der Minoritätsgemeinde etwa 300 Gläubige jeden Alters an, die den Gottesdienst besuchten. Die Kirche ist ausserdem in der Diakonie und in der Sozialarbeit tätig.



434 Die grösste Moschee des Kantons Aargau, 2020. Sie ist Teil des Kultur- und Begegnungszentrums Tulipan der Albanisch-Islamischen Gemeinschaft in Reinach.

435 Neuapostolische Kirche in Zofingen, 2020. Neuapostolische Kirchen gab es bereits 1909 in Baden, von wo aus die neuapostolische Gemeinde Mellingen ab 1930 aufgebaut wurde. Die Bremgartner Gemeinde wurde 1933 von Zürich Albisrieden aus gegründet.

436 Der Neubau der 1888 gegründeten Chrischona-Gemeinde Seon, heute «seetal chile», 2014. Nach der Jahrtausendwende hatte die Gemeinde mit rückläufigen Mitgliederzahlen und Überalterung zu kämpfen. Dieser Umstand konnte mit Jugendarbeit, einer neuen Gemeindeleitung und einem neuen Leitbild behoben werden. Weitere 13 Chrischona-Gemeinden waren 2020 im Aargau aktiv.

437 Hindupriester Somaskandasarma Sasikarasarma bei der Puja im Murugan-Tempel in der Aarauer Telli, 2014. Bei der Puja wird Murugan, dem Sohn Shivas, Nahrung angeboten.

438 Gebetsraum der 1979 eröffneten Mimar-Sinan-Moschee in Buchs. Sie gehört dem Türkisch-Islamischen Verein Aarau-Buchs.

439 Gottesdienst in der eritreisch-orthodoxen Trinitatis-Gemeinde in der Stadtkirche Aarau mit Trommeln und Gesang, 2014.

440 Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Religionsgemeinschaften am «Gebet der Religionen» in der katholischen Stadtkirche Baden, 2017. Die interreligiöse Veranstaltung findet jeweils am eidgenössischen Dank-, Buss- und Bettag statt und soll den Respekt vor den Andersgläubigen in den Fokus stellen.

Wiederentdeckung der jüdischen Kultur

Mit der kontinuierlichen Abwanderung aus den ehemaligen «Judendörfern» Endingen und Lengnau drohte seit dem 19. Jahrhundert ein ganzer Kulturraum in Vergessenheit zu geraten. Ab den 1980er-Jahren wuchs jedoch das Bewusstsein dafür, dass jüdische Geschichte in dieser einzigartigen Form einem grösseren Publikum vermittelt und für die Zukunft bewahrt werden sollte.[1] Einzigartig deshalb, weil die Dörfer im aargauischen Surbtal über 200 Jahre Zentren jüdischen Lebens in der Schweiz waren und dort die Wohnform der Doppeltürhäuser mit zwei identischen, nebeneinander liegen Eingängen – in der Überlieferung einem für die jüdischen und einem für die christlichen Bewohnerinnen und Bewohner – gebräuchlich war. Aus der Gegenwart betrachtet, diente die Doppeltür vor allem als Symbol und ist Zeichen für das friedliche Zusammenleben. Die jüdische Kultur bestand im Surbtal nicht unabhängig von einer christlichen und führte in ihren Interaktionen zur spezifisch «lengnauischen Praxis» oder «Surbtaler Praxis» in Bezug auf Handel und Zusammenleben.[2]

Die Kontinuität der jüdischen Kultur in dieser Region hat auch baulich ein reiches Kulturerbe hinterlassen: zwei Synagogen und einen Friedhof, ein rituelles Tauchbad, ein Bethaus, eine Metzgerei sowie jüdische Schul- und Doppeltürhäuser. Die Synagogen und der Friedhof haben bis heute eine religiöse und rituelle Bedeutung. Zahlreiche Gegenstände und einige Gemälde, die den jüdischen Alltag in Endingen und Lengnau bezeugen, sind Teil der Sammlung des Jüdischen Museums Schweiz in Basel.[3]

Grössere Bekanntheit erlangten Endingen und Lengnau auch international durch ihre berühmt gewordenen jüdischen Familien, die beispielsweise in Philip Roths Roman «Portnoy's Beschwerden» von 1969 erwähnt werden. Diese Surbtaler Gemeinden bildeten einen Ankerpunkt für bekannte Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland, deren Vorfahren von hier stammen: so die ehemalige Bundesrätin Ruth Dreifuss (*1940), der Hollywood-Regisseur William Wyler (1902–1981) und der Kunstsammler Solomon R. Guggenheim (1861–1949).[4]

Nach der Jahrtausendwende entstand ein jüdischer Kulturweg, der in mehr als zwanzig Stationen das jüdische Kulturerbe und das jüdisch-christliche Zusammenleben in Text und Bild erlebbar macht. Der 2016 gegründete Verein Doppeltür setzt sich zum Ziel, die Geschichte der jüdisch-christlichen Koexistenz am historischen Schauplatz mittels Ausstellungen, Workshops, Audiotours, Inszenierungen und Führungen einem interessierten Publikum zu vermitteln. 2018 erwarb der Verein ein Doppeltürhaus, 2020 folgte ein Vermittlungs- und Ausstellungskonzept für ein Begegnungszentrum.[5] Das jüdische Kulturerbe Aargau ist als lebendige Tradition der Schweiz in der Liste des Bundesamts für Kultur verzeichnet.[6]

1 Oppenheim 2020, 494.
2 Verein doppeltür 2020 (Online-Quelle).
3 Rapp Buri 2008.
4 Oppenheim 2020, 494; Wiederkehr 2015, 213.
5 Verein Doppeltür 2020 (Online-Quelle).
6 Janz, Schürch 2018 (Online-Quelle).

441 Der Filmregisseur und Produzent William Wyler (1902–1981) besucht 1960 Endingen, die Heimat seiner Vorfahren, und jasst im Restaurant Schützen (rechts vorne im Bild). Wyler war über Jahrzehnte einer der führenden Hollywood-Regisseure und dreifacher Oscar-Gewinner, unter anderem für «Ben Hur».

442 Blick auf die beiden Eingänge eines Doppeltürhauses in Lengnau. Die Tradition der Doppeltürhäuser in den Surbtaler Gemeinden Lengnau und Endingen ist heute ein Symbol für das Zusammenleben der jüdischen und christlichen Bevölkerung in diesen Dörfern.

Christentum ausserhalb der Landeskirchen

Neben den Landeskirchen bildeten sich bereits im 19. Jahrhundert weitere christliche Gemeinschaften. Besonders im südwestlichen Aargau finden sich bis heute zahlreiche Anhängerinnen und Anhänger pietistischer Strömungen.[335] Pietistischen Ursprungs sind die um 1900 entstandenen evangelisch-methodistischen Gemeinden im Aargau, die Minoritätsgemeinde Aarau und die Heilsarmee.[336] Eine kleine methodistische Gemeinschaft gab es beispielsweise in Bremgarten, wo sich die Mitglieder erst jeweils in einer Stube, später im «Schlössli» und bis 1954 in einem Haus neben der reformierten Kirche trafen. 1996 konnte in einem umgebauten Haus eine Kapelle eingeweiht werden.[337] Die Minoritätsgemeinde Aarau der Reformierten Landeskirche entstand auch aus der Gegenbewegung zur liberalen Theologie des 19. Jahrhunderts. Um 1850 führte sie erste Gottesdienste durch.[338] Die Heilsarmee ist verankert in den traditionell reformierten Gebieten und kümmert sich um gesellschaftliche Randgruppen. Die Kombination von Sozialarbeit und Kirche zeigt sich beispielsweise im seit 1891 bestehenden Korps Reinach, wo 2019 eine Kirche mit Brockenhaus gebaut wurde, nachdem aufgrund von Platzmangel während acht Jahren ein Zirkuszelt für Gottesdienste hatte dienen müssen.[339]

Die Erweckungsbewegung oder neupietistische Bewegung im 19. Jahrhundert führte in der Schweiz zu Neugründungen von zahlreichen Freikirchen, so von Freien Evangelischen Gemeinden und von Chrischona-Gemeinden. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts fasste die Pfingstbewegung im Aargau Fuss, und im Zuge der charismatischen Bewegung wurden neue, pfingstlich orientierte Kirchen gegründet. In den 1960er-Jahren zählte der an Mitgliedern stärkste Ort Aarau, die Freie Christengemeinde, etwa 200 Mitglieder, 2017 waren es nahezu 400.[340]

In Wettingen wurden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verschiedene Gebäude durch freikirchliche Vereinigungen erbaut. Die dort ansässigen Baptisten, die Pfingstmission, die Freie Evangelische Gemeinde und die Neuapostolische Kirche pflegten zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht nur untereinander, sondern auch mit den Landeskirchen vermehrten Austausch. «Das Verhältnis zu den Landeskirchen ist heute besser, weil wir mittlerweile von ihnen akzeptiert sind. Früher waren für sie viele Freikirchen einfach nur Sekten. Heute ist ein ökumenisches Miteinander da», meinte der neuapostolische Gemeindeseelsorger Robert Stumpf im Jahr 2018.[341] Kritische Stimmen, die Freikirchen als dogmatisch und ausschliessend charakterisieren, fehlen auch im Aargau nicht.[342]

Religion und Rituale ohne Kirche

Seit 1970 ist eine deutliche Zunahme der Austritte aus den Landeskirchen zu verzeichnen. Die Gruppe der Konfessionslosen in der Schweiz wächst kontinuierlich, so auch im Aargau. Lag der Anteil der Konfessionslosen im Kanton um 1970 noch bei 0,9 Prozent, stieg er deutlich an und lag 1990 bei 6,3 Prozent, 2000 bei 11,3 Prozent. Mit einem Anteil von 29,9 Prozent an Konfessionslosen lag der Aargau 2018 knapp über dem Schweizer Durchschnitt von 28 Prozent.[343] Für traditionelle Feste und Rituale wie Hochzeiten oder Beerdigungen waren und sind neue Formate gefragt. Foren für Konfessionslose bieten entsprechende Ritualbegleitungen im Zeichen des Humanismus an.[344]

Das Angebot an esoterischen und neuen religiösen Bewegungen nahm im Aargau stetig zu. Die in Aarau ansässige, 1811 gegründete aktive Freimauerloge, bei der die Aufnahme durch rituelle Initiation erfolgt, kann zu Vorläufern esoterischer Bewegungen gerechnet werden.[345] In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wird Esoterik vor allem im Sinn von Denkformen, Daseinsdeutungen und Praktiken zur Selbsterkenntnis gelebt.[346] So gibt es anthroposophische Einrichtungen wie die Rudolf-Steiner-Schule in Schafisheim und entsprechende medizinische Angebote.

Im beginnenden 21. Jahrhundert ist das Spektrum der Angebote inzwischen sehr weit gefächert von Astrologie über Geistheilung, Meditation, Schamanismus bis hin zur Hexerei.

Als Beispiel für Letzteres kann die neuheidnische Wicca-Bewegung dienen, die naturverbundene Spiritualität vermittelt. Deren Anhängerinnen und Anhänger bezeichnen sich oft als «Hexen».[347] Die Wicca-Bewegung hat sich gemäss Auskunft von Wicca Meier-Spring seit Mitte der 2000er-Jahre verändert. Meier-Spring unterscheidet zwischen initiierten Hexen, die im Aargau mit rund hundert in der Minderzahl sind und nicht initiierten, «neuen» Hexen. Letztere pflegen diese Form einer Naturreligion ohne bestimmte Vorschriften als «Freifliegende», wobei die wenigsten in Zirkeln tätig sind.[348]

Interreligiöser Dialog

Viele Initiativen für den interreligiösen Dialog entstanden im Aargau vor allem ab den 1990er-Jahren, wie die 1993 gegründete Christlich-Jüdische Arbeitsgemeinschaft (CJA) Aargau. Ihr nationales Pendant aus dem Jahr 1946 war vor dem Hintergrund der Schoah gegründet worden. Heute versteht sich die Aargauer CJA als Bildungsorganisation, die den kulturellen und religiösen Austausch sowie interreligiöses Lernen fördert.[349]

Als «Initiative von unten» startete der Interreligiöse Arbeitskreis Aargau 1994 mit dem Ziel, dass sich Menschen verschiedener Religionsgemeinschaften kennenlernen und einen Austausch pflegen sollten.[350] Dazu dienten ab 1999 Veranstaltungen wie das «Gebet der Religionen» in Baden mit anschliessendem Begegnungsfest, die von da an auch in anderen Regionen des Aargaus durchgeführt wurden. Weitere Aktivitäten waren die Einrichtung interreligiöser Stammtische in Aarau und Baden ab 2009.[351]

2014 gründeten die Römisch-Katholische, die Reformierte und die Christkatholische Landeskirche, der Verband Aargauer Muslime sowie die Israelitische Kultusgemeinde Baden die Aargauer Konferenz der Religionen. Die Konferenz setzte sich jährliche Treffen unter wechselnden Präsidien zum Dialog über grundsätzliche Themen mit religiösem Hintergrund als Ziel.[352]

Der Aargau als Rückzugsraum und Experimentierfeld

Jugend zwischen Anpassung und Aufbruch

Am Verhalten der Jugend lassen sich gesellschaftliche Veränderungen ablesen.[353] Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erreichten zahlreiche Strömungen und Bewegungen aus den benachbarten Zentren – meist mit etwas Verspätung – auch die jungen Leute im Aargau. Ganz besonders gilt dies für die 68er-Bewegung und die Unruhen in den 1980er-Jahren. Hier fanden die Jugendlichen Freiräume für ihre kulturellen und ökonomischen Lebensentwürfe. Doch die sozialen Bewegungen erfassten längst nicht alle.
— Patrick Zehnder

Halbstarke, «Rockers», «Töfflibuebe»

Starre Werte und Normen ordneten die Gesellschaft in der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg. Militär, Kirchen und Amtsträger galten als unverrückbare Autoritäten und setzten gesellschaftliche Konventionen sowie rigide Moralvorstellungen. So jedenfalls erlebten es viele Jugendliche in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In Jugendbewegungen und Jugendprotesten lehnten sie sich gegen diese bürgerliche Ordnung auf und suchten eigene Ideale und Wege durch ihre Jugendzeit.[354] Gleichzeitig kam es zu einem wirtschaftlichen Aufschwung, der eine Konsumgesellschaft hervorbrachte, die im Zuge des Kalten Kriegs stark US-amerikanisch geprägt war (siehe «Konsum», S. 404). Die jungen Leute verfügten über genügend Mittel, um erstmals eine eigenständige Konsumentengruppe zu bilden. Und da die Bevölkerung im Durchschnitt älter wurde, erlebte die Jugendzeit gleichzeitig eine ungeahnte Überhöhung. Was man zuvor als lästige Übergangsphase betrachtet hatte, strebten plötzlich alle Altersschichten an: Auf einmal wollten alle jung sein![355]

Nach 1950 definierten sich junge Leute in der Schweiz immer stärker über die Musik, die in der Regel aus dem angelsächsischen Raum stammte. Der Boden für eigene Bands und Interpreten, welche die verschiedenen Stile der aufkommenden Rock- und Popmusik pflegten, blieb hierzulande allerdings steinig.[356] Auch hinkte man den Vorbildern auf den Inseln und in Übersee um mehrere Jahre hinterher.[357] Wer moderne Musik hören wollte, stellte von Radio Beromünster auf Radio Luxemburg um, das die jeweils neusten Hits ausstrahlte und Trends abbildete. Mitte der 1960er-Jahre gestaltete sich nämlich der Erwerb einer Beat-Schallplatte als praktisch unmöglich. Wie wichtig Musikhören, Musikmachen und Tanzen waren, unterstreicht eine Aussage des Badener Schriftstellers Beat Gloor (1959–2020): «Wer einem Jugendlichen die Musik wegnimmt, nimmt ihm einen Teil seiner Jugend weg.»[358]

Die sogenannten Halbstarken als erste Jugendbewegung in der Nachkriegsschweiz orientierten sich am Rock'n'Roll. Bis in die frühen 1960er-Jahre nahm die Schweizer Öffentlichkeit die auch «Töfflibuebe», «Strangers» oder «Rockers» genannten nicht als Problem wahr.[359] Erst danach sah sich die Gesellschaft vom Auftreten der jungen Männer und Frauen herausgefordert. Sie trugen «genagelte Hosen» – so die damalige Bezeichnung für enge Jeans –, Cowboystiefel, Lederjacken, Tücher und Ketten um den Hals und fielen mit langen Haaren auf. Man bezeichnete sie als verwahrlost und kriminell, wenn sie sich auf der Strasse oder öffentlichen Plätzen aufhielten. Ihre bevorzugte Musikrichtung, etwa die Songs von Elvis Presley (1935–1977), hielt man für zügellos und verwerflich. In ihren Treffpunkten mit Jukebox und Flipperautomat waren sie Ziel polizeilicher Überwachung und strafrechtlicher Verfolgung. Etliche Jugendliche sahen sich wegen ihrer Zugehörigkeit zu «Banden» administrativ versorgt. Wer sich damals in einem Aargauer

Dorf im erwähnten Aufzug zeigte, riskierte, verprügelt, auf offener Strasse geschoren und in den Dorfbrunnen geworfen zu werden.[360]

Jugendliche als Gefahr, Jugendliche in Gefahr

Das Auftreten der Halbstarken im Aargau rief im Oktober 1971 besorgte Politiker auf den Plan. Der sozialdemokratische Grossrat Heinrich Kurth (1923–1999) und sein Ratskollege Beda Humbel (1933–2019) von der Christlichdemokratischen Volkspartei sorgten sich in ihrer Anfrage respektive Interpellation um das Wohl der Jugend und die öffentliche Sicherheit.[361] Hintergrund davon bildete die boulevardeske Berichterstattung im *Badener Tagblatt* über eine Strassensperre an der Reuss, wo «Rockers» unter Androhung von Gewalt Brückenzoll verlangt haben sollen.[362] Der Artikel listete Gewalttaten, Überfälle und Schlägereien auf. Innendirektor Louis Lang (1921–2001) von der Sozialdemokratischen Partei bestätigte in einer längeren Antwort vor dem Grossen Rat die Straftaten der «Rockers», beruhigte aber insgesamt, es seien verschiedene polizeilich erfasste Ereignisse zeitlich zusammengefallen.[363]

Dass Teile der Jugend gerade in den frühen 1960er-Jahren aufzubegehren begannen, hatte einen demografischen Hintergrund. Der Jugendquotient, das Verhältnis der bis 19-Jährigen zu den 20- bis 64-Jährigen, erreichte damals mit einem Wert von über 55 einen letzten Höhepunkt.[364] Es gab demnach eine grosse Anzahl Jugendlicher und junger Erwachsener aus dem Babyboom, der unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg eingesetzt hatte, die sich Gedanken über eine andere Zukunft machten und einen Platz in der Gesellschaft suchten (siehe «Bevölkerungsentwicklung», S. 32). Mit diesen Jugendlichen setzte in der ganzen westlichen Welt Mitte der 1960er-Jahre ein besonders bewegtes Jahrzehnt ein.[365]

Die Jugend sah sich konfrontiert mit einer hierarchischen und traditionellen Arbeitswelt. Wie man sich die damalige Situation vorstellen muss, illustrieren die Erinnerungen junger Angestellter des Aargauischen Elektrizitätswerks (AEW).[366] Neueintretenden schlugen Geringschätzung und ein gewisses Mass an Misstrauen entgegen. Selbstverständlich siezte man sich, orientierte sich an Funktionsstufen und Rangordnung und hielt viel auf Ordnung, Disziplin und Pflichterfüllung. Selbst am Bürotisch trugen die Angestellten kleiderschonende Schürzen. Gerade jungen Leuten, insbesondere jungen Frauen, machten die Langeweile und die Distanziertheit zu schaffen. Erst nach 1965 soll sich im AEW das Arbeitsklima verbessert haben – mit von der Firma durchgeführten und finanzierten Skirennen, Wanderungen, Betriebsfesten und weiteren Freizeitaktivitäten mit gemütlichem Ausklang.

Jugendhäuser als erste Freiräume

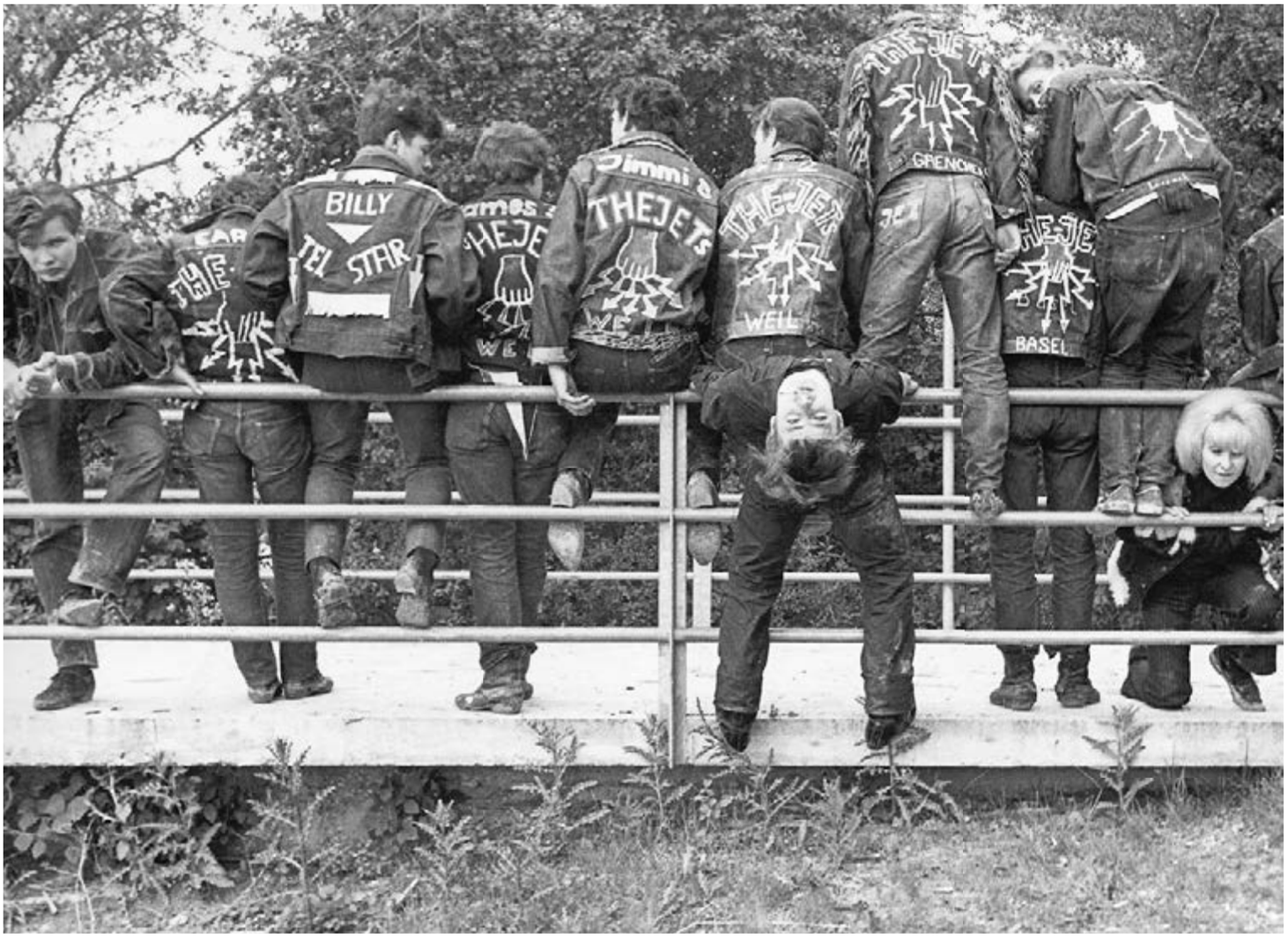
Behörden und weiteren Exponenten der Gesellschaft war längst klar, dass sie auf die Ausbrüche aus den gesellschaftlichen Konventionen reagieren mussten. Städtische Jugendhäuser mit begleitenden Kommissionen schienen das probate Mittel, die Probleme mit Banden von Halbstarken einzudämmen, indem man die jungen Leute in allgemein zugänglichen Treffpunkten erfasste, betreute und sie damit besser integrierte.[367] Vor diesem Hintergrund öffnete in Baden im August 1965 das Jugendhaus im ehemaligen Kornhaus seine Tore. Unterstützt von der lokalen Industrie, Politik und namhaften Vereinen erlebte das Jugendhaus in den 1970er-Jahren seinen Höhepunkt als weitherum anerkanntes Beispiel geglückter Jugendarbeit.

Die Ursprünge des Jugendhauses Piccadilly in Brugg gehen sogar in das Jahr 1963 zurück, als sich junge Männer zum «Forum 63» zusammenschlossen, zur «freiwilligen Schulung von Jugendlichen und Interessenbildung an den demokratischen Einrichtungen der Schweiz und des Aargaus sowie zur Diskussion aktueller innen- und aussenpolitischer Themen».[368] Schon im Jahr darauf stieg die Eröffnungsparty, und fortan wechselten sich Lesungen, Vorträge und Diskussionen mit Konzerten, Tanzveranstaltungen und Filmvorführungen ab. Die zwei Dutzend Aktiven ermüdeten nach wenigen Jahren, sodass ab 1970 der «Piccadilly-Club» ähnliche Anlässe durchführte. Das von der Stadt unterstützte und von einem Verein getragene Jugendhaus richtet sich fünfzig Jahre später an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene von 12 bis 25 Jahren.[369] Für die Älteren der Zielgruppe finden an Wochenenden Konzerte statt. Die Jüngeren verpflegen sich unter der Woche am Mittagstisch. An Nachmittagen und Abenden bietet ihnen die städtische Jugendarbeit einen Treffpunkt mit altersgerechten und geschlechterspezifischen Aktivitäten an.

Hippies und Blumenkinder

In den Aargauer Jugendhäusern gingen auch jene ein und aus, die sich zu den Hippies oder Blumenkindern zählten. Sie gehörten zu einer von zwei Gruppen der Bewegung, welche die Etikette «1968» bezeichnet.[370] Sie hielten nichts von politischem Aktivismus, sondern wollten die Welt verändern, indem sie selbst sich änderten. Sie schlossen sich in Wohngemeinschaften zusammen, wo sie neue Lebenswege ergründeten.[371] Manche reisten auf dieser Suche nach Indien, Nepal oder Marokko. Andere begnügten sich mit «psychischen Reisen», praktizierten Meditation mit Drogen aller Art. Die zweite Gruppe dagegen war politischer, berief sich auf linke Theoretiker und Symbolfiguren wie Leo Trotzki, Mao Zedong und Che Guevara. Sie kämpften mit Kundgebungen, Traktaten, Wandzeitungen und Flugblättern für die in naher Zukunft erwartete Revolution.

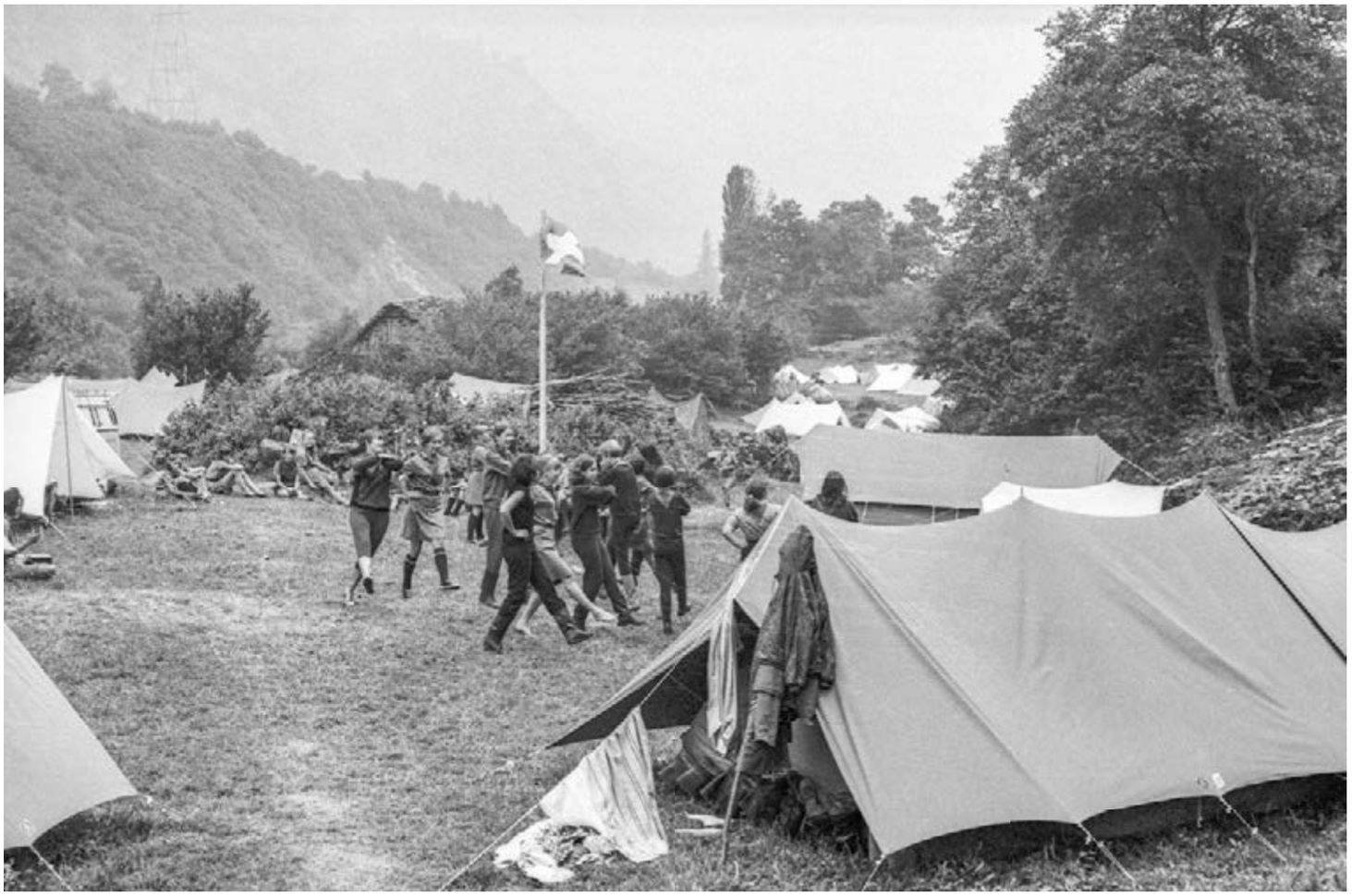
Diese linken, politischen 68er fanden weniger Widerhall im Aargau (siehe «Politik», S. 256). So pfiff das Publikum 1977 am Folkfestival auf der Lenzburg den politischen Liedermacher Aernschd Born (*1949) aus, als er zu einer Protestrede ansetzte (siehe «Folkfestival», S. 496).[372] Er zählte zum Umfeld der vor allem im Fricktal starken Anti-AKW-Bewegung, die als Nachfolgerin der 68er konkretere Ziele verfolgte. In einzelnen Dörfern regte sich Opposition, beispielsweise mit der Vereinigung Junges Würenlingen, die sich um 1970 mit dem dörflichen Establishment anlegte.[373] Die Gruppierung «Team 67», gegründet von jungen Männern aus meist freisinnigen Familien, feierte



443 Treffen von Halbstarken auf der St. Petersinsel bei Erlach, 1965: Mit dabei waren verschiedene Gruppen aus der Deutschschweiz und dem grenznahen Ausland. Auch der Vertreter der «Partisanen Gäng Aarau» (ganz rechts) trug Stiefel, Blue Jeans, Lederjacke und die Haare gestylt wie das Idol: US-Schauspieler James Dean (1931–1955).

444 Plakat der Vereinigung Junges Würenlingen, 1970: Sie lud den Schriftsteller Sergius Golowin (1930–2006) zu einem Referat ein. Im übervollen Pfarreiheim ging es bei der Diskussion drängender Probleme und möglicher Lösungen hoch zu und her. Die dörfliche Elite sah sich und ihre Werte infrage gestellt.

445 Zwischenstopp in Zentralafghanistan, 1974: Mariann und Hans Rudolf Lüscher-Wälty reisten aus dem Wynental auf dem «Hippietrail» nach Kathmandu und wieder zurück. Mitten in Afghanistan machten sie mit anderen Reisenden aus Europa einen kurzen Halt. Ihr umgebautes Gefährt bestand aus einem blauen Ford Transit und einem Mini Cooper.



446 Drittes Bundeslager der Pfadfinderinnen im Bleniotal, 1969: Am Treffen nahmen 7000 Schweizerinnen teil, dazu zahlreiche Gäste aus verschiedenen Ländern. Die Aargauerinnen zelteten bei Aquila und übten sich im Generalthema «Übermittlung», aber auch wie hier in russischen Tänzen.

447 «Arbeitsgemeinschaft Lovecraft» in Birmenstorf, 1972: Die Arbeitsgemeinschaft fand sich von 1971 bis 1973 in einem alten Bauernhaus zusammen. In nächtelangen Diskussionen und mithilfe von Lektüre, makrobiotischer Kost und elektronischer Musik suchten die Hippies ihren eigenen Lebensweg. Später gründeten sie in Bremgarten, Brugg und Baden die ersten Bioläden im Aargau.

gleichzeitig ihre kurzzeitigen Erfolge in den grösseren Gemeinden von Zofingen über Wohlen bis Spreitenbach, wo ihr die eben eingeführten Einwohnerräte eine ideale Plattform boten.[374] In denselben Jahren regte sich in Aarau und Baden unter den Lehrlingen verschiedener Berufe und Branchen vorübergehend Widerstand gegen Lehrmeister und Lehrbetriebe.[375]

Zahlreiche junge Aargauerinnen und Aargauer zogen in dieser Zeit nach Zürich, Basel oder Bern, wo sie sich neuen sozialen Bewegungen anschlossen – von der Reformpädagogik über die Frauenbewegung oder die Neue Linke bis zur Anti-AKW-Bewegung.

«Arbeitsgemeinschaft Lovecraft» als Experiment

In den Dörfern fanden die Blumenkinder genügend Örtlichkeiten für ihre Lebensexperimente und zur Selbstverwirklichung. Seit den 1950er-Jahren ging im Zuge der Deagrarisierung die Zahl der Bauernhöfe merklich zurück. Im Aargau verschwanden zuerst vor allem Kleinbetriebe. Deren leer stehende Bauernhäuser boten sich an für die neuartigen Wohn- und Arbeitsgemeinschaften (siehe «Deagrarisierung», S. 294).

Eine solche wurde in Bottenwil im aargauischen Abschnitt des Uerkentals gegründet.[376] Hierher zog der Wettinger Hanspeter Frey (*1949) Ende der 1960er-Jahre mit der Absicht, in einem abgelegenen ehemaligen Bauernhaus ein «offenes Haus» zu führen. Das Leben in diesem Haus war geprägt von selbst gemachter Musik, Festen und wechselnden Mitbewohnerinnen und Mitbewohnern – sowie gelegentlicher Erwerbsarbeit. Dieses Konzept verfolgte Frey auch an der zweiten Station, in Birmenstorf im Bezirk Baden, wo die «Arbeitsgemeinschaft Lovecraft» in einem baufälligen Bauernhaus von 1971 bis 1973 eine Bleibe fand. Zusammen mit Felix Bugmann (*1949), Ewa Jonsson (*1953) und Hanspeter Ruesch (1951–1998) suchte er in Lektüre und Diskussion, bei Musikmachen und Experimenten mit makrobiotischer Ernährung, Drogen und «freier Liebe» nach möglichen Idealen, sich selbst und dem Sinn des Lebens. In der Gestaltung ihres Alltags blieb «Lovecraft» allerdings den gesellschaftlichen Konventionen treu: Die einzige Frau in der Wohngemeinschaft erledigte die gesamte Wäsche und kümmerte sich um weitere Belange des Haushalts.

Mit dabei waren, vor allem an Wochenenden, weitere temporäre Bewohnerinnen und Bewohner, die vor Ort feierten oder dazu in die freie Natur zogen – bevorzugt zum Fischbacher Moos oder ins Gippinger Grien. Mit ihrem unkonventionellen Lebensstil sowie der von Pazifismus und Konsumverzicht geprägten Weltanschauung stiessen sie im Dorf auf Unverständnis. «Drecksäcke», «Pack», «Früchtchen» und «Kommunisten» – schwer wiegende Vorwürfe in Zeiten des Kalten Kriegs – lauteten die zitierfähigen Bezeichnungen.

Als die Liegenschaft 1973 umgebaut werden sollte, zog «Lovecraft» auf den Hof Gauchen im sankt-gallischen Gähwil. Wenig später kam die Gemeinschaft in den Aargau zurück. Die jungen Leute gründeten eine Biobäckerei in Tegerfelden und in Brugg, Bremgarten und Baden drei Bioläden. Dabei kam ihnen die Erfahrung aus den Selbstversuchen mit naturbelassener, vegetarischer Ernährung zugute. Während das «Rüssbrugg-Lädeli» in Bremgarten bald in Konkurs ging, hielt sich das «Haldelädeli» in Baden mehrere Jahre, bevor die Betreiberfamilie Bugmann im Schwarzenburgerland für zwei Jahrzehnte einen Bauernhof nach biologischen Grundsätzen zu führen begann. Die restlichen Angehörigen von «Lovecraft» kamen unter grösseren materiellen Druck, denn ihre Familien wuchsen, und Temporärstellen wurden in der Rezession der 1970er-Jahre knapp. So passten sie sich weitgehend den gesellschaftlichen Normen an, die sich zwischenzeitlich aber auch gewandelt hatten. Der Bioladen in Brugg besteht noch, in anderer Form und nach mehrfachem Besitzerwechsel.

«Hippietrail» von Zofingen nach Goa – von Unterkulm nach Kathmandu

Weit in Richtung Osten brachten es zahlreiche Reisende: Der indische Subkontinent übte seit den 1960er-Jahren eine grosse Faszination auf die europäische Jugend aus.[377] Unter ihr brach ein regelrechtes Reisefieber aus, das allein 1971 50 000 Westeuropäerinnen und Westeuropäer auf den «Hippietrail» in Richtung Kabul, Goa und Kathmandu aufbrechen liess.[378] Die Daheimgebliebenen nahmen Indien längst als «Hungerland» wahr und sorgten sich um eine mögliche Drogensucht der jungen Reisenden. Die Ateliergemeinschaft am Aarauer Ziegelrain bildete in den frühen 1970er-Jahren eine Zwischenstation auf dem «Hippietrail» zwischen Amsterdam und Kabul.[379] Die Kombiautos parkierten beim angrenzenden «Affenwäldli», die Reisenden rollten ihre Schlafsäcke in den Ateliers aus.[380]

Auf den «Hippietrail» machten sich viele Schweizerinnen und Schweizer, auch aus dem Aargau, auf. Sie profitierten im wirtschaftlichen Aufschwung vom starken Schweizerfranken und der Tatsache, dass sich nach der Rückkehr relativ einfach Arbeit finden liess. Sie nutzten das geopolitisch günstige Zeitfenster zwischen einer ersten Entspannung im Kalten Krieg einerseits und der Islamischen Revolution im Iran im April 1979 und dem Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan im Dezember des gleichen Jahres andererseits. Diese Ereignisse riegelten den Landweg des «Hippietrails» ab.

Mit der Absicht, ihren Horizont zu erweitern, reisten zwei Jugendfreunde aus Nussbaumen, Ernst Blumenstein (*1942) und Hanspeter Schnell (*1943), im Frühling 1964 nach Israel.[381] Im Norden des jungen Landes fanden sie als Volontäre in einem Kibbuz ein Auskommen, später als Gelegenheitsarbeiter am Roten Meer. Zu Jahresbeginn 1965 begaben sie sich nach Istanbul. Doch statt nach Hause ging es auf getrennten Wegen ostwärts per Autostopp, im Auto anderer Europäer oder mit der Eisenbahn durch Syrien und den Iran nach Pakistan. In der Jugendherberge von Karatschi stiessen die beiden wieder aufeinander und gelangten nach Nordindien, das sie mit Zug und Velo erkundeten. Unterkunft und Verpflegung erhielten sie in Sikhtempeln. Blumenstein unternahm einen Abstecher nach Nepal, bevor man beschloss, zu Fuss zurück in die Schweiz zu gelangen. Das Ansinnen scheiterte

früh. Wiederum per Anhalter ging es auf separaten Reiserouten über Afghanistan, den Iran und die Türkei nach Thessaloniki. Mit der Entschädigung, die Schnell für eine Blutspende kassierte, ging es Mitte Juni 1965 Richtung Mitteleuropa. Sein zeitweiliger Reisegefährte traf ungefähr einen Monat später ein, gerade noch rechtzeitig für die Infanterie-Offiziersschule. Geblieben ist ein Mosaik aus positiven Eindrücken der Landschaften, Städte, Menschen und Bauwerke, das die beiden Männer gefestigt und persönlich weitergebracht hat, wie die beiden Reisegefährten im Rückblick urteilten.

Abenteuer, Flucht, Freiheitsdrang

Eher wie eine einzige Flucht mutet die elfmonatige Reise an, die Anita Steiner (*1952) 1971 nach Indien führte.[382] Noch minderjährig, plünderte sie nach abgeschlossener Lehre als Telegrafistin bei den staatlichen Post-, Telefon- und Telegrafenbetrieben (PTT) ihr Sparheft und erreichte mit dem Orientexpress Istanbul. Die Weiterreise nach Pakistan bewerkstelligte sie dank Lastwagenfahrern, die sie mitfahren liessen. Anschliessend ging es mit der Eisenbahn über Neu-Delhi nach Goa, wo sich Steiner drei Monate unter Gleichgesinnten aufhielt. Während der Reise nach Südindien ging ihr Reisepass verloren. Die Hilfestellung des Schweizer Konsulats endete damit, dass die Minderjährige per Schub in die Schweiz zurückgebracht wurde.

Beliebt war der «Hippietrail» auch bei jungen Ehepaaren. Mariann und Hans Rudolf Lüscher-Wälty (*1949 und 1944) reisten in ihrem selbst umgebauten Wohnmobil in der zweiten Hälfte des Jahres 1974 von Unterkulm nach Kathmandu und zurück.[383] Sie verstanden sich als neugierige Reisende, als Hippies bezeichneten sie sich aber nicht. Zur gleichen Zeit waren Marie-Therese und Peter Kamm-Bretscher (*1950 und 1945) in einem umfunktionierten VW-Bus im Vorderen Orient und in Indien unterwegs.[384] Sie erweiterten ihre Reise, über die sie in 14 Beiträgen im *Aargauer Kurier* berichteten, um eine Afrikarundreise mit Durchquerung der Sahara.

Aus Abenteuerlust und mit einem grossen Freiheitsdrang reisten Isabelle Bütikofer und Annemarie Peter (beide *1955) nach bestandener Maturität an der Kantonsschule Baden mit dem Junior Travel Service im Sommer 1975 nach Indien.[385] Marianne Geissberger (*1948) unterrichtete als Sekundarlehrerin in Schlossrued, bevor sie 1974 mit einer Jugendfreundin aufbrach – allerdings nach Lateinamerika, mit der Absicht, Konventionen zu hinterfragen, welche die Gesellschaft an junge Frauen mit höherer Ausbildung herantrug.[386]

Musikinstrumente, Kleider oder Drogen als Souvenirs

Längst nicht alle jungen Leute, die im Lichte von «1968» nach neuen Lebenswegen suchten, wollten oder konnten sich auf Fernreisen begeben. Trotzdem profitierten sie von den Erlebnissen und Berichten der Heimgekehrten, die oft Musikinstrumente, Kleidungsstücke, Essgewohnheiten oder Drogen nach Hause brachten. «Reisen waren starke Erlebnisse. Vorher kannten wir nur die Schweiz. Es machte unser Gehirn auf, auch die Begegnungen mit anderen Menschen», hielt Ueli Frey (*1954) fest, der als Mitglied der «Arbeitsgemeinschaft Lovecraft» mehrfach per Autostopp und Eisenbahn durch ganz Westeuropa gereist war.[387]

Aus der Horizonterweiterung entstanden neue Bedürfnisse und Angebote für den alternativen Lebensstil. In Aarau bestand am Ziegelrain von 1973 bis Anfang der 1980er-Jahre der Kleiderladen «1001 Nacht» von Hanny und Tarek Baghdadi-von Arx.[388] Er wurde zu einem regelrechten Treffpunkt von Aussteigern und Hippies aller Couleur. Die farbigen Baumwollcrêpehemden, bedruckten Wickeljupes, bestickten Blusen, Ledertaschen und die Messing- und Kupferartikel aus dem Mittleren Osten fanden Absatz in der ganzen Deutschschweiz. Die passende Fussbekleidung war von 1985 bis 1995 bei Giovanni Schuhe in Mägenwil erhältlich.[389] Kombiniert mit langer Bart- und Haartracht, erregte die alternative Mode auch Misstrauen und Ablehnung.

Wie stark ein Kleidungsstück in jenen Jahren polarisieren konnte, zeigte sich im Herbst 1968 in Baldingen im Bezirk Zurzach.[390] Die 21-jährige Rosmarie Brandes aus Zürich unterstützte im Service das Wirte-Ehepaar Brusa in der Wirtschaft zur Rose. Bei ihrer Arbeit trug sie einen Minirock, damals Symbol eines neuen weiblichen Selbstbewusstseins. Der Gemeinderat von Baldingen nahm Anstoss daran und forderte von den Wirten schickliche Kleidung, ansonsten der Betrieb geschlossen würde. Daraufhin berichtete das Boulevardblatt *Blick* darüber, und der Gemeinderat erhielt Lob und Tadel aus der halben Schweiz. Der Bericht war beste Werbung. Nun kamen auch Ausflügler, um das Restaurant zu besuchen und vor allem die berühmte «Serviertochter» zu sehen. Angesichts des Zulaufs krebste die Gemeindebehörde zurück. Die Nachfolgerin von Rosmarie Brandes, die auf Rollschuhen servierte, erregte nur noch bei den Gästen Aufmerksamkeit.

Selbstbestimmte Arbeitswelt

Auch in der Arbeitswelt suchte man neue Wege via Mitgestaltung und Mitbestimmung. Bereits 1965 taten sich zwei Architekten, ein Raumplaner und ein Soziologe zur Firma Metron zusammen (siehe «Raumplanung», «Architektur», S. 66).[391] Daraus entwickelte sich in Brugg im Laufe der Zeit ein Unternehmen für Architektur, Raumentwicklung, Landschafts- und Verkehrsplanung, das ein ausgeprägtes Modell der Mitbestimmung pflegt. Mit vergleichbaren Vorstellungen bestand von 1981 bis 1988 im Gasthof Bären in Veltheim ein alternatives Lokal.[392] Betrieben von einer regional abgestützten Genossenschaft, wurde das Restaurant ehemaligen Hippies und Alternativen zur Stammbeiz.[393] Im Saal traten Musikgruppen und Kleintheater aus der Schweiz und ganz Westeuropa auf. Referate, Diskussionen und Filmabende ergänzten das vielfältige Programm, das von der staatlichen Kulturförderung unterstützt wurde. Die ungewohnte Betriebsform der Selbstverwaltung führte im ausgehenden Kalten Krieg zu Misstrauen und Argwohn, die sich wie folgt zusammenfassen lassen: «Ja, also im Keller, da basteln sie Bomben, im Parterre fixen sie Hasch, und im oberen Stock machen sie Gruppensex – und das Ganze wird von Moskau finanziert.»[394]

448 Eidgenössische Kadettentage in Aarau, 1949: Kriegsbedingt trafen sich mit zehnjähriger Verspätung vierzig Korps mit 4300 Kadetten aus der ganzen Schweiz. Sie massen sich im sportlichen Wettkampf mit Patrouillenlauf, Schwimmen und Tauziehen. Höhepunkt bildete der Umzug durch die Stadt, wie hier die Zofinger Kadetten, angeführt von ihrer Blasmusik.

449 Beatkonzert in Schöftland, 1969: In der Turnhalle spielten drei Beatbands auf, hier The Resurrection. Der Reingewinn des Eintrittspreises von vier Franken und der Konsumationen – es wurde am Tisch serviert – ging an die Opfer des Erdbebens in Westsizilien von 1968. Die Jugend sei besser als ihr Ruf, titelte die Lokalpresse.

450 Punk in der besetzten Merz-Fabrik in Aarau, 1985: Nachdem Jugendliche die ehemalige «Zeltli-Fabrik» widerrechtlich besetzt hatten, entfaltete sich dort eine Vielfalt kultureller Aktivitäten. Der hier abgebildete Mann trug sorgfältig arrangiert die Merkmale seiner Vorbilder: Irokesenkamm, schwere Stiefel und selbstgemachte Jacke.

451 Sprayereien der Radikalen Mutschellenfront (RMF), 1992. Die RMF verwies mit ihren Emblemen auf den rassistischen Ku-Klux-Klan und bediente sich neonazistischer Symbole. Das Keltenkreuz und die Othala-Rune standen für die angebliche Überlegenheit der «weissen Rasse».

Althergebrachte Institutionen unter Zugzwang

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verblieben die meisten jungen Menschen beiden Geschlechts in den traditionellen Strukturen althergebrachter Vereine und Jugendorganisationen.[395] Die Mitgliedschaft und die Teilnahme an deren Anlässen waren bis Anfang der 1980er-Jahre von den kantonalen Behörden reglementiert.[396] Doch auch diese Traditionsvereine sahen sich zunehmend einem bedeutenden Wandel und dem jeweiligen Zeitgeist unterworfen.

Aarau und die Umgebung beispielsweise waren in den 1950er- und 1960er-Jahren eine regelrechte Hochburg der Kadettenbewegung.[397] Als zweitwichtigste Organisation am Ort erlebten die Pfadfinder, erst später zusammen mit den Pfadfinderinnen, eine Blütezeit. Die Abteilung Pfadi Adler führte vier Stämme zu je drei Fähnli. Ähnliches Wachstum erlebten in der Kantonshauptstadt die Katholischen Pfadfinder St. Georg. Im Geiste des Pfadi-Gründers Robert Baden-Powell (1857–1941) unternahmen sie Wanderungen, lösten technische Aufgaben, nahmen an OL-Wettkämpfen teil und verbrachten Zeltlager in der Schweiz und im Ausland. Ein Altpfader resümiert zum Jahr 1959: «Wenn ich meine Notizen […] heute lese, so kommen mir fast die Tränen: soviel fast naiver Glaube an das Gute im jungen Menschen, rührende Führungsanleitungen, tiefsinnige Gedanken und so weiter. Man könnte sie nicht mehr so formulieren und umsetzen, aber die Grundsätze gelten zweifellos auch heute noch.»[398] In der Tat entluden sich Spannungen als Folge der gesellschaftlichen Veränderungen und jugendpolitischen Diskussionen auch in der Aarauer Pfadi.[399] Schliesslich setzte sich ein kooperatives Modell gegen den traditionell hierarchischen Führungsstil durch. Gleichzeitig fiel mit den kurzen Hosen und dem Hut auch ein Teil der Uniform. Eine weitere grosse Veränderung brachte im Jahr 1988 die Fusion mit der Mädchenabteilung Ritter, nur ein Jahr nachdem sich die Schweizerischen Pfadiverbände vereinigt und den koedukativen Vorstellungen der Gesellschaft angeschlossen hatten.

Druck durch Verweltlichung

Noch grössere Schwierigkeiten, sich dem Zeitgeist anzupassen, hatten kirchliche und religiöse Jugendorganisationen zu überwinden. Die 1934 gegründete Jungwacht Baden beispielsweise sammelte die männliche römisch-katholische Schuljugend, um sie auf die Mitgliedschaft in der Jungmannschaft vorzubereiten.[400] In wöchentlichen Gruppenstunden und regelmässigen Lagerwochen sollten Glaubensinhalte und allerlei technische Fertigkeiten – vom Zeltbau über Abkochen und Morsen bis zu Seil- und Kartentechnik – vermittelt werden. Etwas später rief man den Blauring ins Leben, der die Mädchen der Marianischen Jungfrauenkongregation zuführen sollte.

Wie die gesamte Gesellschaft militarisierte sich die Jungwacht in den Jahren des Zweiten Weltkriegs. Die rund hundert Badener Jungwächter erlebten mit ihren Leitern bereits in den 1950er-Jahren gewisse «religiöse Ermüdungserscheinungen» in einem straff organisierten Verband. Im Jahrzehnt darauf wandten sie sich verstärkt aktuellen Fragen zu. Der Gewässerschutz und die «Gastarbeiterfrage» gewannen an Bedeutung. Besonders die Kinder der aus Italien Zugezogenen weckten das Interesse, weil sie als katholische Kinder die Rekrutierungsbasis von Jungwacht und Blauring verbreiterten. Deren Öffnung und die Politisierung nahmen weiter zu, sodass ganz selbstverständlich mehr Ökumene und Reformpädagogik einflossen. Mitte der 1970er-Jahre fiel mit dem Begriff «Gruppenführer» die straffe Hierarchie. Gleichzeitig wich das grüne Uniformhemd mit dem Christus-Monogramm einem orangeroten Pullover, auf dem drei vergleichsweise langhaarige Kinder zu sehen waren. Wüste Streitigkeiten begleiteten die Neuerungen. Sie entluden sich zwischen dem Bischof von Basel, Anton Hänggi (1917–1994), und den Bundesleitern der Jungwacht, den Aargauern Guido Muntwyler (1932–1999) und Urs Heller (1942–2018).[401] Vordergründig ging es um den Inhalt eines zeitgemässen Handbuchs für die Jungwachtbuben. Im Grunde kämpfte die katholische Kirche um die Deutungshoheit, vor allem auf den Feldern der Pädagogik und der Sexualmoral.[402] Vergeblich, die religiöse Praxis verschwand in der Jungwacht weitgehend, die Zusammenarbeit mit dem Blauring begann zu blühen.[403]

Jungwacht und Blauring haben sich in vielen Aargauer Ortschaften – oft zusammengeführt als Jubla – in gewandelter Form gehalten. Andere einst explizit katholische Vereine wie die Jungmannschaften und die Marianischen Jungfrauenkongregationen verschwanden um 1970.[404] Sie überstanden den Zerfall der katholischen Lebenswelt im Zuge der Säkularisierung nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962–1965) nicht.

Ähnliches widerfuhr den im Aargau bis zuletzt starken Kadettenkorps.[405] Schon länger umstritten, wurden sie mit dem kantonalen Schulgesetz von 1972 abgeschafft. Zeitgleich verloren sie die Bundesgelder für den militärischen Vorunterricht. Die Nachfolgeorganisation Jugend + Sport stand in verschiedensten Sportarten beiden Geschlechtern von 14 bis 20 Jahren offen. Etwas besser erging es den meisten der Mittelschüler- und Studentenverbindungen:[406] In den 1950er-Jahren lebte etwa die traditionsreiche Studentenvereinigung Industria Aarau nach mobilmachungsbedingten Abwesenheiten und Unterbrüchen wieder auf.[407] Mitglieder aus allen Kantonsteilen, ob als Aktive oder Altherren, beteiligten sich an den verschiedenen gesellschaftlichen, vernetzenden und weiterbildenden Anlässen. Zahlreiche Mitglieder dieser einen von fünf Verbindungen im Aargau erreichten wie früher in der Vereinsgeschichte höchste Positionen in Politik, Justiz, Militär und Industrie. Obwohl gewisse Konventionen gefallen waren, beklagte die Verbindung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mehrfach den fehlenden Nachwuchs. Ein herber Schlag war das Desinteresse des Ostaargaus an einer eigenen Verbindungssektion nach der Gründung der Kantonsschule Baden im Jahr 1961. Gegen Ende dieses Jahrzehnts sahen sich die Aarauer Verbindungen von einer kritischen Öffentlichkeit mehrfach infrage gestellt. Gewisse Zugeständnisse an die Moderne, wie die Aufgabe von

strengen Verhaltensregeln und die Anschaffung von Schallplatten – je zur Hälfte klassische Musik und Jazz – zeigen, dass ein bestimmter Druck zur Veränderung bestand.

Junge wollen, können und machen selbst

Gefordert waren auch die weiterführenden Schulen. Die Kantonsschule Baden setzte 1969 mit einem Anschlagbrett, dem Schülerparlament und einer paritätischen Disziplinarkommission auf ein partizipativeres Modell, das Schülerinnen und Schülern eine beschränkte Mitsprache einräumte.[408] Am Lehrerseminar Aarau, das ausschliesslich Frauen ausbildete und schon länger die Mitbestimmung der angehenden Lehrerinnen pflegte, bestand der Schülerrat Anfang der 1970er-Jahre nur für kurze Zeit.[409]

In den ländlichen Gebieten des Aargaus und auch in der wachsenden Agglomeration blieb die Mitgliedschaft in einem der traditionellen Vereine für Jugendliche eine valable Möglichkeit zur Freizeitgestaltung. Obwohl gewisse Vereinigungen wie Schützengesellschaften und Chöre Schwierigkeiten beim Gewinnen von jungen Leuten hatten, verstanden es manche Turn- und Sportklubs oder Musikvereine, ihre Tätigkeiten an aktuelle Bedürfnisse anzupassen.

Die wachsende Mobilität der Gesellschaft setzte die Vereine jedoch unter Druck. Aus einigen gingen neuartige Vereinigungen hervor. Beispielsweise entstanden seit 1950 vielerorts aus den traditionellen Musikgesellschaften «Guggenmusiken».[410] So fanden sich im Jahr 1972 in Kaiseraugst ein Dutzend junge Männer und Frauen zusammen, um die «Grossschtadtchnulleri» zu gründen.[411] Die Guggenmusik entstand aus einem Streit in der Musikgesellschaft Kaiseraugst, mit welchem Repertoire und welchen Instrumenten man den Fasnachtsumzug zu Hause und in Pratteln begleiten sollte. Die «Grossschtadtchnulleri» verstanden es, sich immer wieder zu verjüngen und den Bedürfnissen nachwachsender Generationen gerecht zu werden. Sieben Jahre später schloss sich in Kaisten eine Gruppe fasnachtsbegeisterter Musikanten zur «Guggemusig Prototype» zusammen.[412] Sie bereichert seither die Dorffasnacht mit dem «Hurli-Ball» als Ergänzung zur traditionellen «Tschättermusik». Seit auch Frauen mitmachen konnten, wuchs die «Gugge» deutlich.

«1980» in den Aargauer Kleinstädten

1980 feierte der geburtenstärkste Jahrgang der Schweiz seinen 16. Geburtstag, während der Jugendquotient in den vorangegangenen zwanzig Jahren bereits um zehn Punkte auf den Wert von 45 gefallen war.[413] Die Adoleszenz der damaligen Teenager entlud sich in den 1980er-Unruhen. Ausgehend von Zürich, nach Vorbildern in den Niederlanden, in Deutschland und England, erfasste die Bewegung zuerst die grösseren Städte des Landes.[414] In den Schweizer Städten forderte die Bewegung zum Beispiel autonome Jugendzentren mit kreativem Freiraum und finanzieller Unterstützung.[415] Um ihre Forderungen zu unterstreichen, demonstrierten die Aktivistinnen und Aktivisten, warfen grossflächig Scheiben ein und brachten Sprayereien an. Dies führte zu Auseinandersetzungen mit der Polizei und zu Krawallen. Daneben ironisierte die Bewegung mit kreativen Protestformen, um alles «subito» zu bekommen.

Im Frühling 1981 wunderte sich die Tageszeitung *Die Ostschweiz:* «Es rumort in der Provinz. Im Sog der Ereignisse von Zürich machen auch Aargauer Jugendliche auf ihre Anliegen aufmerksam. In Baden und Wohlen wurden Häuser besetzt, in Aarau protestieren junge Leute gegen Häuserabbruch und Strassenbau, und in Lenzburg fordern Jugendliche ein Jugendhaus.»[416] Mit wenig Verzögerung entwickelte sich im Aargau für rund zwei Jahre eine beinahe flächendeckende Jugendbewegung mit Schwerpunkten in den für den Aargau typischen Kleinstädten und Zentren.[417]

Naturgemäss erreichte die Bewegung auch die Aargauer Mittelschulen, wo Flugschriften kursierten und die Schülergewerkschaft mobilisierte.[418] Die Lebensläufe, mit denen sich die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten an der Neuen Kantonsschule Aarau zu den Maturaprüfungen anmeldeten, zeugen von alternativen Lebenseinstellungen und völlig offenen Zukunftsplänen.[419] Die Maturandinnen und Maturanden genossen die Vorzüge neuer Unterrichtsformen. Beispielsweise behandelten die Absolventinnen und Absolventen des pädagogisch-sozialen Typus in individualisierten Projektarbeiten aktuelle Themen wie Jugendproteste, Minderheiten oder «Alternativen zur Familienerziehung».[420] Entsprechend vielfältig und gegenwartsbezogen lesen sich die Titel der Abschlussarbeiten zu Reisen, Armut, Umweltschutz, Drogen, Arbeitslosigkeit oder Alter.[421] So weit hatten sich die Mittelschulen als Folge von «1968» bereits gewandelt.

Industriebrachen als zwischenzeitliche Freiräume

Wie schon ihre Vorgänger, die Hippies, forderten die Jugendlichen der frühen 1980er-Jahre Freiräume zum Wohnen und Leben und für ihre kulturellen Aktivitäten. Dafür besetzten sie – am Anfang meist widerrechtlich, danach mit behördlicher Duldung und privatrechtlichen Mietverträgen – in verschiedenen Ortschaften Wohn- und Gewerbebauten. Durch den Umbau der Industrie und die teilweise Deindustrialisierung standen seit den späten 1970er-Jahren zahlreiche Fabrikliegenschaften im Aargau leer. Manche von ihnen blieben für einige Jahre Investitionsruinen (siehe «Deindustrialisierung», S. 377). Ihre neuen Besitzer begannen zusammen mit den lokalen Behörden zu planen, was einige Zeit in Anspruch nahm und potenziellen Besetzerinnen und Besetzern die Möglichkeit gab, die Räumlichkeiten zwischenzeitlich als autonome Jugendzentren zu nutzen.

Wie stark die Ereignisse in Zürich in den Aargau wirkten, zeigte ein offener Brief an den Zürcher Stadtrat im *Tages-Anzeiger* vom 13. Dezember 1980.[422] Er warf diesseits der Kantonsgrenze hohe Wellen. Viele Hundert Mitunterzeichnende des Vereins Pro A.J.Z. sprachen sich gegen behördliche Gewalt und für einen Fortbestand des autonomen

Jugendzentrums in Zürich aus. Zu den namentlich aufgeführten Unterstützern gehörten ein Jugendpsychologe, ein Kantonsschullehrer und ein Volksschullehrer mit einer Anstellung im Aargau. Dies veranlasste den Safenwiler Grossrat Jakob Hüssy (1915–2000) von der Schweizerischen Volkspartei zu einer Interpellation mit der Kernfrage, ob der Aufruf mit einer öffentlichen Anstellung zu vereinbaren sei. Der sozialdemokratische Erziehungsdirektor Arthur Schmid (1928–2023) resümierte in seiner eingehenden Antwort, Staatsangestellte und Lehrpersonen sollten zwar ermuntert werden, sich politisch zu betätigen, jedoch mit der nötigen Zurückhaltung gegenüber widerrechtlichen Handlungen und mit dem nötigen Takt. Eine personalrechtliche Disziplinierung der drei Personen unterblieb jedoch.

Nach Zürcher Vorbild machten sich Aargauer Jugendliche im Frühling 1981 daran, autonome Jugendzentren einzurichten – zuerst in Baden, dann in Lenzburg, Wohlen, Aarau und im Fricktal.[423] Junge Lenzburgerinnen und Lenzburger besetzten im April 1981 im Anschluss an eine Vollversammlung das leer stehende «Malagahaus» am Freiämter Platz.[424] Unklare Mietverhältnisse nach einem Besitzerwechsel komplizierten die Entwicklung eines selbstbestimmten Freiraums ebenso wie der Auftritt einer Art Bürgerwehr. Schliesslich gelang es, mit städtischer Unterstützung in der ehemaligen Teigwarenfabrik Tommasini ein Jugendhaus zu schaffen.[425] Fast zur gleichen Zeit wie in Lenzburg besetzten Jugendliche in Wohlen die Wohnliegenschaft Untere Farnbühlstrasse 26.[426] Das dort ausgerufene Jugendzentrum hatte nur kurz Bestand. Zwischenzeitlich warf eine selbst ernannte Bürgerwehr zwei Dutzend Personen aus der Liegenschaft.[427] Unbeteiligte Beobachter in der Gartenwirtschaft des benachbarten Restaurants Bahnhof spendeten den kräftigen, ebenfalls jungen Wohlern Beifall. Anschliessende Verhandlungen zwischen den Liegenschaftsbesitzern und den Jugendlichen unter Vermittlung von Gemeindeammann Rudolf Knoblauch (1922–2006) ermöglichten eine vierwöchige Zwischennutzung des bereits zwei Jahre leer stehenden Wohnhauses als «Autonomes Jugendhaus». Darauf erfolgte der Abbruch.

«No Future»?

Zu Beginn der 1980er-Jahre beschäftigten sich die Aargauer Behörden mehrfach mit Sachbeschädigungen durch Sprayereien, die der damaligen Jugendbewegung zugeschrieben wurden. Nach entsprechenden Vorkommnissen in Wohlen im Januar 1981 wandte sich der Beriker Grossrat Robert Jenzer (1916–1985) von der Republikanischen Bewegung mit einer Kleinen Anfrage an den Regierungsrat, die folgenden Passus beinhaltete: «Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass für derartige Schmierfinken die Prügelstrafe wieder eingeführt werden sollte?»[428] Innendirektor Louis Lang teilte diese Ansicht in seiner ausführlichen Antwort nicht, musste allerdings Schwierigkeiten bei der Prävention von Schmierereien einräumen, obwohl mutmassliche Täter der Polizei bekannt seien.

Behörden und Gesellschaft sorgten sich auch um die Jugend, weil sich in der Schweiz erstmals die Problematik des Drogenkonsums offen zeigte. Zudem verstörte der neue Musikstil Punk (englisch für «Mist» oder «Abfall») mit seinem apokalyptischen Slogan «No Future». Zu diesem Lebensstil gehörten Viervierteltakt, verzerrte Gitarren, höchstens drei Akkorde, Slogans und Bandnamen auf nietenbesetzten Lederjacken, grellbunte Irokesenfrisuren, ein freches Maul und der exzessive Konsum legaler wie illegaler Drogen.[429]

In Aarau wurde in den 1980er-Jahren eine baufällige Patriziervilla am Rain zur provisorischen Bleibe einer Wohngemeinschaft nicht mehr ganz junger Personen.[430] Wolfgang Bortlik (*1952) zählte zu diesem halben Dutzend, für das die beiden Musikübungsräume im Erdgeschoss den exemplarischen Freiraum bedeuteten. Ein Teil der Bewohnerinnen und Bewohner zählte zur Herausgeberschaft des von 1975 bis 1995 erschienenen *Alpenzeigers*, der sich als Zeitschrift einer anarchistischen Gegenöffentlichkeit verstand.[431] Die am Rain übenden Bands vernetzten sich mit der halben Schweiz und spielten im Zaffaraya in Bern, im AJZ Biel, in der Grabenhalle in St. Gallen, in der Basler Stadtgärtnerei und in der Roten Fabrik in Zürich, aber auch in der besetzten Falkenbrauerei in Baden. Hier kam es auch zur Besetzung des ehemaligen italienischen Generalkonsulats an der Felsenstrasse 1.[432] In der 12-Zimmer-Villa, die der Brown, Boveri & Cie. gehörte, suchten die Aktivistinnen und Aktivisten der «Badener Bewegig» ihre Freiräume im Sog der Zürcher Jugendunruhen.

Trotz des anfänglichen, gegenseitigen Unverständnisses entwickelten die besorgte Öffentlichkeit und die Aktivistinnen und Aktivisten ein produktives Nebeneinander. In Baden entstand im Verlauf der 1980er-Jahre um die Interessengemeinschaft Kulturzentrum Baden eine alternative Kulturszene, die Generationen- und Lokalwechsel zu meistern verstand.[433] In Aarau machte Ende des Jahrzehnts das Lokal «Kultur in der Futterfabrik» auf.[434] Erst viel später, wiederum in Baden, öffnete 2011 das ehemalige Kino Royal als Kulturhaus seine Türen und bot eine breite Palette nichtgewinnorientierter Veranstaltungsreihen und Anlässe in kulturellen Nischen.[435]

Jüngste Entwicklung nach 1990

Ab Mitte der 1980er-Jahre pluralisierten sich die Lebensentwürfe der Jugendlichen in einer Vielzahl von Jugend- und Kulturszenen: Punks, Popper, New Wavers, Rastas, Skinheads, Skaters, Sballos, Teddies, Technofreaks oder Ravers.[436] Abgesehen von den beschriebenen sozialen Bewegungen entstanden neue, nur zum Teil kommerzielle Freizeitangebote, die meist auf die Initiative der jungen Generation zurückgingen. Ein schönes Beispiel dafür sind die Aargauer Wanderdiscos Xenon, Megatron, White Horse und Prism. Letztere begann in kommunalen Jugendzentren und füllte zwischen 1980 und 1988 im Ostaargau Turnhallen, Aulen und Casinos von Bremgarten bis Klingnau.[437] Eintritt fanden Jugendliche ab 15 Jahren, sodass Karawanen von Hunderten von Motorfahrrädern zu den Anlässen aufbrachen. Die Partys waren alkoholfrei und dauerten von 20 Uhr bis Mitter-

Genossenschaft Ochsen in der Zofinger Altstadt

Die 1980er-Bewegung wirkte sich bis in den äussersten Westaargau aus. Von angehenden Lehrerinnen und Lehrern an der damaligen Höheren Pädagogischen Lehranstalt ging 1981 der Impuls aus, in Zofingen die Genossenschaft Ochsen zu gründen.[1] Der ehemalige Gasthof in der Unterstadt erfuhr eine sanfte Renovation in eine freundliche und lebendige Altstadtbeiz mit ökologischer Küche und ohne Konsumzwang, wie dies die Initiantinnen und Initianten beabsichtigt hatten. Konzerte, Filmabende, Diskussionsrunden und Lesungen im Saal des Hauses sollten Leben in die Zofinger Altstadt bringen. Das selbst verwaltete Beizenkollektiv wollte gleichzeitig zur Abschaffung hierarchischer Verhältnisse, zu Lohngleichheit und Gleichberechtigung der Geschlechter beitragen. In regelmässigen Betriebsversammlungen organisierten sich die meist jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und betonten damit, wie stark sie in der Tradition der 68er-Bewegung standen. Der häufige Personalwechsel führte mit der ständigen Verjüngung dazu, dass der «Ochsen» zu einer Ausbildungsstätte alternativen Arbeitens und Verwaltens wurde.

Das soziale Projekt stiess auf grosses Interesse. Nach einem Jahr zählte es 300 Genossenschafterinnen und Genossenschafter, die auch aus bürgerlichen Kreisen stammten. Der «Dachgenossenschaft Ochsen» gehörte das Haus. Sie vermietete nicht nur die Beiz, sondern auch ein kleines Ladenlokal – lange Jahre an den «Gmüeschratte» – und günstige Mietwohnungen, beispielsweise an Menschen einer betreuten Wohngruppe. Zuweilen äusserte die Zofinger Bevölkerung Bedenken, es handle sich um einen Treffpunkt Linksextremer. Dieses Vorurteil entstand durch die enge personelle Verbindung zum links ausgerichteten, basisdemokratischen Verein Läbigs Zofige. Erst ein Urteil des Friedensrichters räumte mit dem Argument auf, hier werde Politik mit Kultur vermischt.[2]

1982 entstand der Kulturverein Ochsen, der bis zu seiner Auflösung 2500 kulturelle Veranstaltungen organisierte.[3] Als Höhepunkte galten laut dem jahrelang ehrenamtlich wirkenden Günti Zimmermann (1972–2018) die Konzerte, die anfänglich regionales Schaffen abbildeten. Die zentrale Lage Zofingens begünstigte, dass Bands wie Baby Jail, Züri West, Patent Ochsner, Needles, Stiller Has und Der Böse Bube Eugen hier auftraten, lange bevor sie ein grosses Publikum begeisterten. Als 1985 die Finanzlage kritisch war, gab der Berner Mundartmusiker Polo Hofer (1945–2017) ein Benefizkonzert. Mit dem Umbau des Saals 1998 benannte man sich in «OX. Kultur im Ochsen» um.[4] Nach Lärmklagen und langwierigen juristischen Verfahren zog das Kulturlokal 2015 aus der Altstadt weg.

1 Ros 1999, 398.
2 Zimmermann 2002, o. S.
3 30 Jahre Genossenschaft Ochsen, Festschrift 2012.
4 Website Oxil (Online-Quelle), 2020.

452 Eine Baugruppe begann 1982 den Zofinger «Ochsen» umzubauen. Der ehemalige Gasthof diente anschliessend dreissig Jahre lang der selbst verwalteten, kulturorientierten Genossenschaft als Veranstaltungslokal.

453 Ehemalige Kleiderfabrik Meyer & Co. in Bremgarten, um 2000: Aktivistinnen und Aktivisten besetzten 1990 die Industriebrache. Seither entstanden kreative, sportliche, soziale und kulturelle Programme im Kulturzentrum Bremgarten, das sich als ältestes, unabhängiges Kulturhaus der Schweiz bezeichnet.

454 Freiwillige der Aargauer Wanderdisco Prism, 1986: 36 Mal tanzten in den 1980er-Jahren Hunderte von Jugendlichen zu den Rhythmen von «Prism». Zu den alkoholfreien Veranstaltungen fuhren sie mit dem laut heulenden «Töffli». Vor Augen hatten sie in Fislisbach allerdings den Mustang-Showcar.

Fight like your world depends on it!

SCHULSTREIK FÜR UNSER KLIMA

Keine Zeit für Schule, wir müssen jetzt handeln!

Wir streiken!

An vielen Schulen in der ganzen Schweiz wurde am letzten Freitag vor den Ferien gestreikt. Am 10. Januar wird der Streik wiederholt, diesmal auch im Kanton Aargau!

Der Ständerat berät am 10. Januar über das CO2-Gesetz. Deshalb wollen wir klar machen, was wir wollen:

Netto null Treibhausgas-Emissionen im Inland bis 2030 und die nationale Ausrufung des Klimanotstandes.

Zeitpunkt:

10. Januar, 10:30

Treffpunkt:

Aarau: Bahnhofplatz
Baden: Bahnhofplatz

Schüler*innen aus Wohlen und Zofingen dürfen auch später in Aarau oder Baden dazustossen.

Wir streiken, bis gehandelt wird!

www.climatestrike.ch - aargau@climatestrike.ch

455 Flugschrift zum Schulstreik im Aargau, 2019: Zu Beginn des Jahres fanden im Aargau die ersten Manifestationen von «Fridays for Future» statt. Getragen von einer weltweiten Bewegung zum Schutz des Klimas beteiligten sich vor allem Schülerinnen und Schüler der sechs Aargauer Mittelschulen an den zeitweiligen Schulstreiks

nacht. Bis zu 1200 Tanzwütige vergnügten sich bei Dance Battles zu den neusten Maxi-Single-Alben aus dem englischsprachigen Ausland und Italien. Drei Discjockeys legten auf und steuerten eine eindrückliche Lichtshow mit künstlichem Nebel. Nach einer längeren Pause finden seit 2004 regelmässig Prism-Revival-Parties statt, mit denselben Teilnehmerinnen und Teilnehmern, demselben DJ und der gleichen Musik wie zwei Jahrzehnte zuvor.[438] Die Wanderdiscos bildeten die Vorläufer der späteren Clubszene, die auch im Aargau Fuss fasste (siehe «Kultur», S. 532).

Die wirtschaftliche Rezession der 1990er-Jahre war für die Jugendlichen verbunden mit einem Kampf um Lehrstellen, Praktikums- und Arbeitsplätze.[439] Diese Konkurrenzsituation verstärkte die Vereinzelung. Statt sich in Öffentlichkeit und Politik einzubringen, wandte sich die Mehrzahl der Jugendlichen apolitischen Szenen zu, die ihnen Orientierung bei der Lebens- und Freizeitgestaltung gaben. Schliesslich bildete sich die hochpermissive Multioptionsgesellschaft heraus, die jungen Menschen vieles ermöglicht, aber gleichzeitig auf klare Normen verzichtet. Trotzdem blieb ein gewisser Konformitätsdruck bestehen. Damit fanden sich die Jugendlichen im Spannungsfeld der ambivalenten 1980er-Jahre, die zu einer partiellen gesellschaftlichen Öffnung führten, wieder: «Privatradios wurden legal, kultureller Freiraum in Städten erkämpft und es entstanden Kleinunternehmungen, dazu stieg eine kreative Klasse auf, die den Kunstbetrieb professionalisierte.»[440]

Autonomes Kulturhaus ohne öffentliche Förderung in Bremgarten

Nach 1990 erscholl erneut der Ruf nach selbst verwalteten Freiräumen im gesamten Aargau.[441] Im Herbst 1992 besetzten in Rheinfelden zwei Dutzend Jugendliche die Villa Salve, einst das Wohnhaus des Brauereidirektors von Feldschlösschen. In der «Villa Kunterbunt» benannten Liegenschaft planten sie ein «kreatives Wohn- und Kulturzentrum». Nach der polizeilichen Räumung erfolgte der Abbruch im Frühjahr 1995. Im Herbst gleichen Jahres besetzte in Aarau eine deutlich grössere Gruppe kurzzeitig das ehemalige Fabrikationsgebäude der Firma Elcalor AG. Auf ein Ultimatum folgten Demonstrationen, Sitzstreiks und die Besetzung des leer stehenden Bürogebäudes des Chemieunternehmens Elfa AG, das sofort von der Polizei geräumt wurde. Seither ereigneten sich in Aarau mehrfach «Sauvages», worunter die Beteiligten ein «kulturelles Austoben für eine Nacht» verstanden.[442]

Die Anfänge des Kulturzentrums Bremgarten, kurz KuZeB, gehen auf den Sommer 1990 zurück.[443] Damals besetzte eine Handvoll junger Leute die ehemalige Kleiderfabrik Meyer & Co., um in den seit Längerem leer stehenden Räumlichkeiten ihre Utopie einer selbst verwalteten, gerechten Gemeinschaft mit einem selbstbestimmten Kulturprogramm zu verwirklichen. 1992 fanden die Besetzerinnen und Besetzer eine Lösung mit den Besitzern, den Gebrüdern Meyer, und mieteten als Verein fortan die alte Fabrik. Nach Eigendefinition handelt es sich beim KuZeB um das älteste, autonome Kulturhaus der Schweiz, das gänzlich ohne öffentliche Förderung auskommt. Seither organisierten Freiwillige Hunderte von Konzerten und Veranstaltungen, zu denen jeweils bis 300 Personen aus dem Einzugsgebiet bis Baden und Brugg kamen. Konflikte mit der Nachbarschaft und den Stadtbehörden waren unausweichlich, ständiger Dialog der Weg zur Problemlösung. Auch geriet das KuZeB verschiedentlich ins Visier der Polizei, wegen Verstosses gegen das Betäubungsmittelgesetz, Nachtruhestörung oder weil sich Personen, nach denen gefahndet wurde, dort aufhielten. Abgesehen von Bar, Café, Kino, Ateliers, Sporträumen und Spielecke entstanden im Laufe der Jahre die vegane «Volxküche» und die gut sortierte «Läsothek».[444]

Das KuZeB verstand sich zeit seines Bestehens als Gegenpol zur rechtsextremen Bewegung, die in den frühen 1990er-Jahren auf dem Mutschellen bestand.

Rechtsextreme Jugendliche im Freiamt

Das Phänomen des Rechtsextremismus unter Jugendlichen zeigte sich am offensten in der von 1990 bis 1993 bestehenden Radikalen Mutschellenfront (RMF).[445] Sie verübte verschiedene Angriffe auf Konzerte Andersgesinnter und auf Asylbewerberunterkünfte, war gründlich vernetzt und fand beispielsweise im Freiamt Nachahmer in der Neuen Hitlerjugend, die sich in den Oberstufenschulhäusern von Muri breitmachte.

Ob die Schlägereien mit den selbst erklärten Antifaschisten als Jugendgewalt zu taxieren sind oder ob es sich um einen Protest gegen die Erwachsenenwelt im Sinne einer Jugendbewegung handelte, bleibt schwierig abzuschätzen.[446] Auf jeden Fall erreichte die rechtsextreme Gewalt zu Beginn der 1990er-Jahre schweizweit einen Höhepunkt, besonders abseits der städtischen Zentren.[447]

Politik und Justiz befassten sich mehrfach und längere Zeit mit dem Rechtsradikalismus. Der damalige Innendirektor Kurt Wernli (1942–2023) verlas im Herbst 2000 im Grossen Rat eine regierungsrätliche Erklärung mit dem Titel «Mit Entschlossenheit gegen Rechtsextremismus».[448] Ihr Tenor lautete, dass genügend gesetzliche Grundlagen bestünden, die es allerdings mit der nötigen Klarheit anzuwenden gelte. Aufgeschreckt wurden die Behörden durch die erwähnten Ereignisse sowie Aufmärsche und Konzertveranstaltungen von Rechtsextremisten im Kanton. Im Sommer des gleichen Jahres bestätigte das Aargauer Obergericht ein Urteil des Bezirksgerichts Bremgarten gegen den mehrfach vorbestraften Aargauer Rechtsextremisten Reinhold Fischer (*1971) wegen Verstössen gegen die seit 1995 geltende Antirassismus-Strafnorm.[449] In den Nullerjahren beruhigte sich die rechtsradikale Szene.

Milchjugend, Klimajugend

Unter dem Eindruck ausgeprägter Hitzeperioden in der zweiten Hälfte der 2010er-Jahre liessen sich auch im Aargau Schülerinnen und Schüler der Gymnasien und Bezirksschulen für die weltweiten Klimaproteste mobilisieren.[450] Im Januar 2019 fanden, wie nach der Ausrufung des Klimanotstands, erste Manifestationen mit konkreten ökologischen

Forderungen in Aarau und Baden statt. Befeuert wurden sie durch die weltweite Bewegung «Schulstreik für das Klima», die im schwedischen Teenager Greta Thunberg (*2003) ihre globale Ikone gefunden hatte. Ob diese Protestaktion das Potenzial zu einer neuen sozialen Bewegung hat, wird sich weisen.[451] Die tektonischen Verschiebungen der Kräfteverhältnisse im eidgenössischen Parlament hin zu ökologischen Parteien im Herbst 2019 dürfte der Klimajugend den Wind aus den Segeln nehmen.

Wenig länger besteht die Milchjugend, die sich aus der LGBTIQ*-Community zusammensetzt.[452] Interessierte treffen sich regelmässig in Milchbars zu einem Austausch, der im Aargau in Baden stattfindet. Der «Generation Y», den sogenannten Millennials, wird nachgesagt, sie würde keine politischen oder gesellschaftlichen Veränderungen anstreben. Milchjugend wie Klimajugend belegen das Gegenteil. Mögen die Jugendlichen im 21. Jahrhundert als Ganzes auch weniger auffallen, so sehen sie sich doch verstärkten Versuchen behördlicher Kanalisierung und Kontrolle durch aufsuchende Jugendarbeit, beispielsweise mit nächtlichen Sportangeboten, ausgesetzt. Gleichzeitig steigen die Anforderungen in Schule, Beruf und Freizeit, wozu die Digitalisierung und die Kommerzialisierung beitragen.

Kunst und Kultur

Im 19. Jahrhundert förderte die aargauische Gesellschaft für vaterländische Kultur mit einem breiten Kulturverständnis Anliegen im Bereich der Bildung und unterstützte soziale Aktivitäten. Die vielseitigen Tätigkeiten der Gesellschaft und das grosse Engagement der «Kulturmänner» waren in der Schweiz beispiellos und trugen dem Aargau den Beinamen «Kulturkanton» ein. Dies ist die gängigste Interpretation dazu, wie der Begriff «Kulturkanton» entstanden ist. Andere sehen seinen Ursprung im Demokratisierungsprozess zur Zeit der Regeneration zwischen 1830 und 1848. In diesen Jahren begann der Kulturkampf als Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat Fahrt aufzunehmen. In jüngster Zeit wird gerade vonseiten der Medien der «Kulturkanton» oftmals mit einem Fragezeichen versehen und mit Hinweis auf das als unterdotiert erachtete Kulturförderungsbudget infrage gestellt; gleichzeitig wirbt der Kanton für sein breites Angebot mit diesem Begriff. Diese Auslegung des «Kulturkantons» hat seine Wurzeln in den 1950er-Jahren, als Ideen für staatliche Strukturen zur Kulturförderung aufkamen. Die heutige Interpretation der förderungswürdigen «Kultur» im Kanton, so auch im Kulturgesetz, ist weniger breit als noch vor 200 Jahren. Für den Untersuchungszeitraum dieses Kapitels beschränkt sich die Bezeichnung «Kultur» auf das Kunstschaffen in Sparten, auf Institutionen der kulturellen Förderung, auf die Vermittlung sowie auf das Kulturerbe.

Kunst und Kultur im Aargau seit 1945 spiegeln den gesellschaftlichen Wandel wider. Während nach dem Zweiten Weltkrieg der Begriff «Kultur» klar für die Hochkultur – klassische Konzerte, Theaterinszenierungen und Malerei mit Heimatfokus – reserviert war, fasst er heute viele weitere Formen des künstlerischen Ausdrucks. Bisweilen gelten auch Sport, Essen oder Alltag als Kultur. Kultur ist auch ein Wirtschaftsfaktor, denn kulturelle Anlässe steigern die Attraktivität von Wohngemeinden. Das Kapitel zu Kunst und Kultur im Kanton Aargau zeichnet diese grosse Entwicklungslinie nach und fokussiert auf die Bereiche Musik, Literatur, Kunst und Theater in vier Teilkapiteln.

Die Geschichte des aargauischen Kulturschaffens nach Sparten sowie der Kulturförderung wurden bislang nicht umfassend dargestellt. Das Kunstschaffen der letzten siebzig Jahre lässt sich hingegen gut mittels kulturhistorischer Publikationen wie den «Aarauer» oder «Badener Neujahrsblättern», Dorfchroniken, Ausstellungskataloge, via Privatarchive oder Zeitzeugen nachvollziehen. Kulturförderungsinstrumente wie das Kuratorium sind gut erforscht, andere wie der Swisslos-Fonds sind historisch gänzlich unbearbeitet. Jahresberichte sind für die Erfassung der Institutionengeschichte im Bereich des Aargauer Kulturerbes wichtige Quellen, fundierte Darstellungen zu Museum, Archiv und Bibliothek fehlen hingegen. Das immaterielle Kulturerbe hat aber in viele lokale und überregionale Publikationen Eingang gefunden.

Das erste Teilkapitel behandelt die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als Kultur bis in die 1960er-Jahre in den Dienst des Staates gestellt wurde, um Massenkultur und Konsum entgegenzuwirken und um die Identifikation mit dem Kanton zu för-

dern. Entsprechend unterstützte die Kulturstiftung Pro Argovia Schulhauskunst, die Aargauer Motive und Landschaften abbildete. Diese Bemühungen hatten den «ästhetisch kompetenten» Menschen zum Ziel. Besonders in den darstellenden Künsten erprobten Aargauer Kleintheater aber bereits in den 1960er-Jahren neue Formen. Ein wichtiger Umbruch in der Aargauer Kultur war die Schaffung des Kulturgesetzes im Jahr 1968, welches 1969 in Kraft trat. Ein weiterer Fokus dieses Teilkapitels bildet die Musik – von der Klassik bis zu Jazz und Folk, die alle zwischen 1950 und den 1970er-Jahren ihre aargauischen Anhängerschaften hatten.

Das zweite Teilkapitel widmet sich der Zeit ab etwa 1970. Mit dem Kulturgesetz bestand erstmals eine solide Grundlage für das Kulturschaffen im Aargau. Kultur zu machen oder Kultur zu schaffen, bedeutete nun, die als Hochkultur gepflegten Sparten für eine breite Bevölkerung zugänglich zu machen, alle Menschen Teil der Kultur werden zu lassen. Anlässe wie «zofiscope» 1974 oder «Aktion Blumenhalde» 1976 folgten diesem Ideal: Profis schufen zusammen mit und vor einem interessierten Publikum Kunst, in welcher der Prozess der Erarbeitung das wesentliche Moment darstellte. Ein Demokratisierungsprozess setzte im Kulturbereich ein. Diesem folgte ein Professionalisierungsschub im Kulturschaffen, der auch durch die gezielte Förderung einzelner Sparten sowie durch Gefässe wie den Aargauer Literaturpreis der Aargauer Kantonalbank möglich wurde. Besonders in der Literatur lässt sich zeigen, wie wichtig Netzwerke unter Kunstschaffenden waren.

Das dritte Teilkapitel widmet sich der Zeit ab 1990, in der die Vielfalt der als förderungswürdig angesehenen Kultur zunahm – auch alternative Kultur gehörte nun dazu. Allerdings öffnete sich die Schere zwischen steigenden Gesuchen und vorhandenen Mitteln immer mehr. Generell strebten alle kulturellen Ausdrucksformen nach Attraktivität in Form und Vermittlung, um den Menschen eine unterhaltsame Freizeit in Form von professionell organisierten Events zu ermöglichen. Die Erlebniskultur funktioniert nach ökonomischen Prinzipien, wobei Kunst und Konsum verschmelzen. So entstand beispielsweise eine grosse Anzahl Musikfestivals, von denen einzelne, kommerziell ausgerichtet, Tausende Besucherinnen und Besucher anzogen, andere wiederum auf spezifische Interessen setzten und alternative Kunstsparten pflegten.

Das vierte Teilkapitel geht der Frage nach, wie im Aargau mit der eigenen Geschichte umgegangen wurde und wie sich das immaterielle Kulturerbe entwickelte. Kantonale Schriften vermitteln Geschichte ebenso wie Publikationen regionaler Geschichtsvereine, Vermittlungsangebote des Museums Aargau oder Grossinszenierungen zu kantonalen Jubiläumsanlässen ebenso wie Ausstellungen in Ortsmuseen. Zu den regional bedingten Eigenheiten des Kantons Aargau gehören ausserdem Traditionen wie Jugendfeste oder spezifische Fasnachtsbräuche, die sich im Untersuchungszeitraum zwar veränderten, aber noch immer Bestand hatten.

Der Wert der Kunst nach 1945

Kultur nach Idealvorstellungen

Mit der zunehmenden Mobilität und der Pluralisierung der Bevölkerung nach 1945 manifestierte sich gesellschaftlich und politisch das Bedürfnis, das Eigene zu bewahren und eine aargauische Identität zwischen den schweizerischen Grossstädten zu schaffen. Mit dieser Motivation wurden die ersten kulturpolitischen Debatten im Grossen Rat geführt, aber beispielsweise auch Volkstheater inszeniert. Besonders in den Bereichen Musik und Theater entwickelten sich im Kanton Aargau hingegen schon ab den 1960er-Jahren innovative künstlerische Ausdrucksformen. — *Annina Sandmeier-Walt und Ruth Wiederkehr*

Anfänge staatlicher Kulturförderung

«Wahre Kunst und wahre Literatur bedeuten eine unumgänglich notwendige seelische Stärkung der Volksseele. Sie bedeuten wahre Landesverteidigung.»[1] Diese 1955 im *Aargauer Volksblatt* veröffentlichte Aussage, basierend auf dem Postulat des freisinnigen Lenzburger Grossrates und Präsidenten der aargauischen Kulturstiftung Pro Argovia, Markus Roth (1911–1996), verdeutlicht zwei vorherrschende Ansichten über die Funktion von Kultur und deren Förderung in dieser Zeit.[2] Einerseits wurde der Kultur eine bildende und identifikatorische Wirkung zugestanden, andererseits waren gerade dies die Aspekte, die Kultur aus damaliger Sicht förderungswürdig machten. Die Dimensionen des Bildungs- und Identifikationsanspruchs waren vielschichtig. Allgemein wurde eine Fortführung der Geistigen Landesverteidigung wie zu Zeiten des Zweiten Weltkriegs als notwendig angesehen.[3] Die Gefahren lauerten gemäss damaliger Empfindung aber auch im Inland: Gerade im Aargau galt Kultur als ein Mittel, um den Bezug zum Lokalen, zur Region, quasi ein «aargauisches Selbstbewusstsein» zu stärken. Abgewehrt werden sollte der Verlust der «aargauischen Eigenart» durch die Verlockungen der umliegenden Städte Zürich, Basel, Bern und Luzern. In den 1960er-Jahren verstärkten sich diese Bedenken durch Ängste vor gesellschaftlichem Niedergang.

Eine Förderung der Kultur sollte dem Massenkonsum und der Oberflächlichkeit der zunehmend wirtschafts- und technikorientierten Lebensweise entgegenwirken.[4] Ausgangspunkt in den Diskussionen darüber, ob Kulturförderung zu institutionalisieren sei, war also primär die Sorge um die Befindlichkeiten der Bevölkerung und weniger das Kulturschaffen als solches. Letztlich sollte Kultur im Interesse des Staates dienstbar gemacht werden.

Im Hinblick auf das 1953 anstehende Kantonsjubiläum 150 Jahre Aargau (siehe «Jubiläen», S. 176) entstand eine medial und politisch geführte Debatte über den Kulturbegriff und die Frage nach den Kriterien für förderungswürdige Kultur. Die Kulturstiftung Pro Argovia lancierte ein Preisausschreiben zu «Sinn, Ziel und Möglichkeiten der Kulturpflege im Kanton Aargau».[5] Der prämierte Essay konstatierte, es sei eine Tatsache, dass «der Aargau bis heute seine kulturbewahrenden und kulturschaffenden Kräfte nicht so erkannt und zusammengefasst» habe, wie dies möglich gewesen wäre. Grund dafür sei die historisch bedingte fehlende innere Einheit des Kantons.[6] Ein anderes Thema war dabei auch die Frage der Unterschiedlichkeit von städtischer und ländlicher Kulturpflege. Es zeigte sich deutlich, dass gerade im Aargau das Fehlen eines städtischen Ballungszentrums und einer Universität als Gründe dafür gesehen wurden, dass Regionen und Kleinstädte im Aargau ihre Eigenständigkeit bewahrten. Das aargauische Bildungssystem trug ebenfalls zu diesem Umstand bei. Die regionalen Bezirksschulen beliessen Jugendliche in ihrer angestammten Umgebung, was nach da-

maliger Ansicht einer Stärkung der Verbundenheit der «zukünftigen Intellektuellen» mit der Heimat gleichkam.[7]

Kulturinitiativen als Gegengift

Der Aargau schien also prädestiniert für dezentralisiertes Kulturschaffen und hatte somit eine grosse Reichweite kulturellen Konsums in der Bevölkerung. Kultur einer breiten Bevölkerung zugänglich zu machen, war ein Kernanliegen der Zeit. «Durch eine Stiftung Pro Argovia soll die Kultur ins Volk hinausgetragen werden», konstatierte Regierungsrat Kurt Kim (1910–1977) im Arbeitsausschuss zum Kantonsjubiläum 1953 bereits zwei Jahre vor dem Fest.[8] Im Erziehungsdepartement kursierten Vorstellungen von einer Pro Argovia als öffentlich-rechtlicher Stiftung analog zur Pro Helvetia. Dies war im Regierungsrat jedoch nicht durchzusetzen.[9] Die Pro Argovia wurde daher 1952 als privatrechtliche Stiftung im Rahmen der Feierlichkeiten zu 150 Jahre Kantonsschule Aargau gegründet. Neben dem «lokalpatriotischen Gedanken, dass der Kanton Aargau seinem Namen Kulturkanton mehr Ehre erweisen sollte», war es die allgemeine Wahrnehmung, dass der «rastlos umgetriebene Mensch leidet».[10] Es entsprach dem Hauptzweck der Stiftung, für eine Vermittlung zeitgenössischen Kulturguts in alle Kantonsteile besorgt zu sein.[11] Zu den ersten Projekten, die von der Pro Argovia realisiert wurden, gehörte der Beschluss, alle neu erbauten Schulhäuser mit einem künstlerischen Werk auszustatten.[12] Diese Werke standen – wie der Heimatkundeunterricht auch – primär im Dienst kantonaler und nationaler Identitätsbildung. Es stand nicht die Kunst an sich im Vordergrund, was sich vielfach in der künstlerischen Qualität niederschlug.[13]

Thinktank Stapferhaus

Als Keimzelle für vielseitige kulturelle Entwicklungen im Kanton – namentlich für das Stapferhaus auf Schloss Lenzburg – war die Pro Argovia jedoch massgebend.[14] Dies lag nicht zuletzt an namhaften Personen, die sich für kulturelle Anliegen und deren Förderung besonders einsetzten. Grossrat Markus Roth war federführend einerseits bei der Gründung der Pro Argovia, andererseits in der politischen Debatte um staatliche Kulturförderung. Sein 1955 im Grossen Rat eingereichtes Postulat, mit dem er ein Gesetz zur staatlichen Kulturpflege forderte, bildete gewissermassen den Auftakt zum 1968 etablierten Kulturgesetz. Roth präsidierte nicht nur die Pro Argovia nach deren Gründung, sondern auch das Aargauer Kuratorium ab 1969.

Der Erwerb der Lenzburg 1956 aus privatem Besitz durch den Kanton Aargau und die Stadt Lenzburg bahnte den Weg für eine vielseitige Nutzung des Gebäudekomplexes. 1959 konnte dort das Philipp-Albert-Stapfer-Haus, ebenfalls unter Roths Ägide und mit tatkräftiger Unterstützung des Historikers Jean Rudolf von Salis (1901–1996), seine Arbeit aufnehmen.[15] Das Stapferhaus war aber nicht nur Plattform für verschiedene Veranstaltungsformate. Es führte später zudem das Sekretariat des Forum Helveticum und war Ort mehrerer Geschäftsstellen, so unter anderem der Pro Argovia und der Volkshochschule Lenzburg. Dies war förderlich für die kulturelle Vernetzung. In den ersten dreissig Jahren seines Bestehens standen die Tagungen im Vordergrund der Tätigkeit des Stapferhauses. Das Format hatte sich in den 1990er-Jahren dann jedoch überlebt. Seit 1994 werden Ausstellungen geboten, die das Programm des Stapferhauses bis in die Gegenwart prägen.[16] Seit 2018 ist das gesamte Stapferhaus in einem Neubau am Bahnhof Lenzburg untergebracht und international für sein eigenständiges Ausstellungskonzept bekannt.[17]

National ausgerichtete Thinktanks waren in der Schweiz der 1950er-Jahre ganz allgemein im Gespräch. Sie dienten als Vorbilder für das Stapferhaus, so unter anderem eine von Walter Robert Corti (1910–1990) angedachte internationale Akademie und eine von Martin Meyer (1928–2008) – dem späteren Leiter des Stapferhauses – ursprünglich für die Neue Helvetische Gesellschaft entworfene Idee für ein College als Begegnungszentrum.[18] Ebenfalls war ein «Schweizerisches Institut für geistige Landesverteidigung» angedacht. Jean Rudolf von Salis wehrte sich allerdings gegen eine Institution dieser Art, die als national angelegte Diskussionsplattform in Konkurrenz zum Stapferhaus gestanden wäre, dies ganz im Geist und Dienst des Antikommunismus. Der Aargau erhielt schliesslich ein «kulturelles Gravitationszentrum», das dem Kanton bis anhin gefehlt hatte.[19]

Beginn der Kulturförderung

Nach politischen Debatten gab es einen Konsens, dass von staatlicher Seite mehr für den Kulturbereich geleistet werden musste. Dennoch war der Aargau in den vorangegangenen Jahrzehnten nicht untätig geblieben. Der zunehmende politische und gesellschaftliche Stellenwert von Kulturgütern zeigte sich bereits zu Beginn der 1940er-Jahre. 1942 begann im Kanton Aargau die Kunstdenkmälerinventarisation in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte,[20] ein Jahr später verabschiedete der Regierungsrat eine Verordnung über den Schutz von Altertümern und Baudenkmälern. Zu den Neuerungen gehörten eine «Altertümerkommission» und ein Kantonsarchäologe.[21] Im Fokus waren primär Ausgrabungen und Verhandlungen zur Unterschutzstellung von schützenswertem Kulturgut. Es standen jedoch bald viele Restaurierungsfragen an, welche die Kapazitäten des Kantonsarchäologen weit überschritten. 1954 ernannte der Kanton Aargau den Inventarisator der aargauischen Kunstdenkmäler, Emil Maurer (1917–2011), zu seinem ersten Denkmalpfleger.[22] Der Aargau gehörte in der Schaffung einer kantonalen Denkmalpflege in der Deutschschweiz zu den Pionieren. Einzelne Kantone, vor allem in der Westschweiz, hatten zwar bereits um die Jahrhundertwende entsprechende Stellen gegründet, doch führten beispielsweise die Nachbarkantone Bern (1959) und Zürich (1958) ihre vollamtliche Denkmalpflege erst später ein.[23]

Auch die Unterbringung der Bestände des Staatsarchivs im Pflanzen- und Kohlenkeller des Grossratsgebäudes wurde zu Beginn der 1950er-Jahre zunehmend als konservatorisch prekär eingestuft. Der Platzmangel im Archiv war so akut,

456 Die letzte «Schundverbrennung» der Schweiz in Brugg, 1965. Sie symbolisiert die Furcht von Teilen der Bevölkerung vor gesellschaftlichem Niedergang durch den Konsum von Comics, Groschenromanen und Boulevardblättern, die hier auf einem Scheiterhaufen verbrannt werden. Im Kampf gegen Trivialliteratur konnten die Leute den «Schund» gegen ausgewählte Bücher eintauschen.

457 Blick in den alten Archivkeller unter dem Grossratsgebäude, 1950er-Jahre. Von 1925 bis 1959 diente er als Hauptarchivraum, bis 1998 noch als Aufbewahrungsort für Bezirksakten, Direktionsakten und Akten des Handelsregisteramtes. Der feuchte Keller war jedoch nicht für die Aktenaufbewahrung geeignet.

458 Kunstdenkmälerautor Emil Maurer in der Klosterkirche Königsfelden im Jahr 1952. Zwei Jahre später wurde er zum ersten Denkmalpfleger im Kanton Aargau ernannt.

459 Nach 22 Jahren Planungsphase eröffnete 1959 in Aarau der Neubau für Kunsthaus, Kantonsbibliothek und Staatsarchiv in unmittelbarer Nähe zum Regierungsgebäude. Die Badener Architekten Loepfe, Hänni und Hänggli hatten 1937 den Wettbewerb für sich entscheiden können. 2003 folgte der Erweiterungsbau durch Herzog & de Meuron aus Basel.

460 Das ehemalige Philipp-Albert-Stapfer-Haus auf Schloss Lenzburg im Mai 1984. Nach dem Umzug des Stapferhauses an den heutigen Standort neben dem Bahnhof Lenzburg heisst es gemäss seiner ursprünglichen Bezeichnung im Schlosskomplex wieder «Bernerhaus».

461 Über 400 Personen aus dem ganzen Aargau kommen am 7. Dezember 1968 zusammen, um auf damals neue Art und Weise mit einer «Sternfahrt» Abstimmungspropaganda zu betreiben, hier die BBC-Lehrlingsmusik und der Freitagsclub des Kornhauses Baden auf der Wettinger Landstrasse.

dass die neueren Akten der Zentralverwaltung und der Bezirksbehörden keinen Platz mehr fanden. Auch die Unterbringung der Bücher der Kantonsbibliothek an acht verschiedenen Standorten in ganz Aarau entsprach nicht den konservatorischen Standards.[24]

Nach mehreren Anläufen konnte schliesslich 1959 der Neubau für Kantonsbibliothek, Archiv und Kunsthaus in unmittelbarer Nähe zum Regierungsgebäude in Aarau eröffnet werden. Beide Abstimmungen zur Sache von 1952 und 1954 waren von anderen Interessen überlagert worden, was dazu führte, dass die erste Vorlage abgelehnt worden war. Investitionen für kantonale Institutionen riefen vielerorts Skepsis hervor.[25] Weiter knüpften beispielsweise katholisch-konservative Kräfte eine Rückgabe klösterlicher Archivalien und Handschriften aus Staatsarchiv und Kantonsbibliothek an eine Zustimmung zum Neubau. Dies sollte als Wiedergutmachung für die einstige Aufhebung der Klöster von 1841 und die Verstaatlichung von Kulturschätzen aus den Klöstern dienen. Dieser Forderung wurde in einem 1960 durchgeführten Kulturgütertausch zwischen dem Kloster Muri-Gries und dem Kanton Aargau entsprochen.[26]

Private und politische Initiativen

Neben der Schaffung der Kulturgütererhaltung und des Denkmalschutzes änderte sich aber auch das Verständnis von Kulturpolitik im Allgemeinen. Es stand nicht mehr nur vergangenheitsorientierte Kulturpflege im Fokus, die Überliefertes konservieren wollte und primär auf regionales Brauchtum und Volkskunst reduziert war. Zunehmend rückten auch zeitgenössisches Kunstschaffen und wissenschaftliche Tätigkeiten in den Vordergrund. Dies äusserte sich auch in einer kulturpolitischen Aufbruchsstimmung. Bereits vor dem Postulat von Markus Roth von 1955 hatte der sozialdemokratische Grossrat Arthur Schmid (1889–1958) 1952 den Regierungsrat aufgefordert zu überlegen, wie «bedeutenden Künstlern, Musikern und Dichtern und anderen um Kultur und Wissenschaft verdienten Männern» – von Frauen war keine Rede – eine Rente auf Staatskosten gewährt werden könnte.[27]

Noch vor konkreten gesetzgeberischen Massnahmen äusserte sich diese Aufbruchstimmung in der Gründung von bedeutenden Kulturinstitutionen im Aargau, die aus privater Initiative entstanden. Dazu gehörte das Künstlerhaus Boswil, das die von Arthur Schmid erwähnte Problematik aufnahm. Die 1953 von Willy Hans Rösch (1924–2000) und Albert Rajsek (1921–2011) gegründete Stiftung Alte Kirche Boswil hatte einerseits das Ziel, den Kirchenbezirk vor dem Abbruch zu bewahren, andererseits sollte hier ein Heim für alternde und mittellose Künstlerinnen und Künstler entstehen.[28] Nur wenige Jahre später erfolgte die Gründung eines aargauischen Symphonieorchesters – damals «Orchester der aargauischen Musiklehrer», dann «Aargauer Symphonie Orchester» und heute «Argovia Philharmonic» genannt – nach einer Idee, die an einem Weiterbildungskurs von Aargauer Instrumentallehrerinnen und -lehrern entstanden war. Die klassische Musik im Kanton Aargau sollte belebt und professionalisiert werden. 1963 fand das erste Konzert unter der Leitung von Urs Voegelin (1927–1995) statt.[29] Ebenfalls etablierten sich die ersten Kleintheater wie die Innerstadtbühne in Aarau (1965) und die Claque in Baden (1968) in diesen Jahren. Verstärkte Bemühungen im Bereich der Bildung äusserten sich in den 1960er-Jahren auch in den Debatten um eine letztlich nicht realisierte aargauische Hochschule (siehe «Aargauer Hochschule», S. 193) sowie in der Gründung der Kantonsschule Baden 1961 und der Höheren Technischen Lehranstalt (HTL) Brugg-Windisch 1965.[30] Dies galt auch für die Erwachsenenbildung. Bereits in den 1940er- und 1950er-Jahren hatten vereinzelt Veranstaltungen an einer Volkshochschule stattgefunden, bevor 1964 die Volkshochschule Aarau gegründet wurde (siehe «Erwachsenenbildung», S. 512).[31]

Diskussionen über ein Kulturgesetz

Parallel zu den Initiativen im Kultur- und Bildungsbereich wurde die politische Diskussion um eine gesetzgeberische Lösung vorangetrieben. Nach der Motion von Grossrat Robert Reimann (1911–1987), die ein Gesetz zur Förderung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses und des geistigen Schaffens forderte, setzte der Regierungsrat im April 1960 eine Expertenkommission unter der Präsidentschaft von Markus Roth zur Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs ein.[32] Im Grossen Rat gab dann insbesondere der Finanzierungsplan der Kommission zu reden. Vorgesehen war, jährlich ein Prozent der kantonalen Steuereinnahmen des Vorjahres für kulturelle Belange ausgeben zu können, wobei ein unabhängiges Kuratorium über förderungswürdige Projekte entscheiden sollte. Dem Gedanken eines Mindestansatzes gemäss Steuervolumen machte der Grosse Rat einen Strich durch die Rechnung, indem er, gerade umgekehrt, eine Plafonierung bei einem Prozent beschloss.[33]

Der ursprünglich substanziell konzipierte Vorschlag des Kulturprozents wurde nicht nur dadurch ausgehöhlt: Der Grosse Rat vergrösserte den Kreis der Institutionen, die in den Genuss der Finanzierung aus diesem Kulturprozent kommen sollten. Darunter fielen Bildungs- und Kulturinstitutionen wie das Tagungszentrum Herzberg und das Stapferhaus, aber auch längst in staatlicher Hand liegende Aufgaben wie die kantonale Denkmalpflege und die Kantonsarchäologie. Letzteren sollte mit dem Kulturgesetz zu einer gesetzlichen Grundlage verholfen werden. Weil diese fehlte, häuften sich Ausgaben an, die ebenfalls dem Kuratorium zur Tilgung übermacht wurden. Das Budget, das dem Kuratorium für die eigentliche Kulturförderung zugesprochen wurde, war somit von Anfang an deutlich tiefer als ursprünglich geplant.[34]

Debatten bis zur letzten Minute

Das geplante Kulturgesetz wurde auch in den Medien thematisiert. In der Debatte überwogen die Stimmen der Befürworterinnen und Befürworter. Argumentiert wurde mit dem Vorbild der Pro Helvetia: Eine spezifisch aargauische Kulturförderung würde die Eigenart des Kantons bewahren. Überhaupt wurde die vergangenheitsausgerichtete

Kultur in den Vordergrund gestellt, wohl auch um jene zu überzeugen, die modernem Kunstschaffen gegenüber skeptisch waren und hinter dem Kuratorium «fette Erbpfründen» vermuteten. Es gab keine eigentliche Opposition zur Abstimmungsvorlage. Kritische Stimmen zielten auf die finanziellen Aspekte der Kulturförderung ab und befürchteten entsprechende Steuererhöhungen.[35]

Nicht alle Kunstschaffenden waren vom Gesetz begeistert. Ein Flugblatt von Aarauer Künstlern aus der Ateliergemeinschaft Ziegelrain machte die Runde, worin diese ein Unbehagen gegen staatlich organisierte Kulturförderung und damit assoziierte «Staatskultur» äusserten. Sie befürchteten vor allem, dass die Zusammensetzung des Kuratoriums parteipolitischen Gesichtspunkten folgen und es als Laiengremium dann primär Mittelmass fördern würde. «Laien sitzen kraft eines höheren Amtes in den Gremien, deren Beschlüsse immer auf das eine herauslaufen: das Antischöpferische.»[36]

Anders war es bei den Befürwortern, die in den Tageszeitungen sehr präsent waren und die Dringlichkeit eines Kulturgesetzes in den Vordergrund stellten. Es wurde ein Aktionskomitee mit namhaften Personen gebildet und medienwirksam eine «Sternfahrt» aus dem ganzen Aargau nach Brugg-Windisch organisiert.[37] Auf dem Weg dorthin wurde in den Dörfern für das Kulturgesetz geworben. Am Ziel schliesslich waren Exponentinnen und Exponenten der Aargauer Kulturszene vertreten. Unter anderem war die Narro-Alt-Fischerzunft Laufenburg mit ihrer «Tschättermusik» dabei. Es fanden im Vorfeld der Abstimmung aber auch heimatkundliche Veranstaltungen statt, an denen mit Blick auf die unterfinanzierte Denkmalpflege und Archäologie das Kulturgesetz zur Annahme empfohlen wurde.[38] Am 15. Dezember 1968 nahmen die Stimmberechtigten das Kulturgesetz mit einem Ja-Stimmen-Anteil von knapp 54 Prozent an, wobei der positive Abstimmungsausgang keineswegs vorhersehbar gewesen war. Er markierte nicht nur eine Wende im Hinblick auf Förderung und Umgang mit Kultur, ganz allgemein fiel die aargauische Zustimmung zur gesetzlich verankerten Kulturförderung in eine Zeit gesellschaftspolitischer Veränderungen, die neuen kulturpolitischen Fragestellungen Raum gaben.[39]

Zeichen des Aufbruchs

Die Ansicht darüber, was gute Kunst sei, veränderte sich zwischen 1950 und Mitte der 1970er-Jahre radikal. War zu Beginn der 1950er-Jahre noch selbstverständlich, dass die Künste von einem Kanon dominiert sind, fanden ab 1970 auch im Aargau Diskussionen dazu statt, dass beispielsweise Theaterinszenierungen auf die gesellschaftlichen Veränderungen reagieren sollen. Dominierend war insgesamt die Vereinskultur, welche die Aargauer Gemeinden mit Operetten und Cabaret versorgte. Sie bot jungen Theater- und Musikbegeisterten gleichzeitig Auftrittsmöglichkeiten und mancherorts Raum für Experimente.

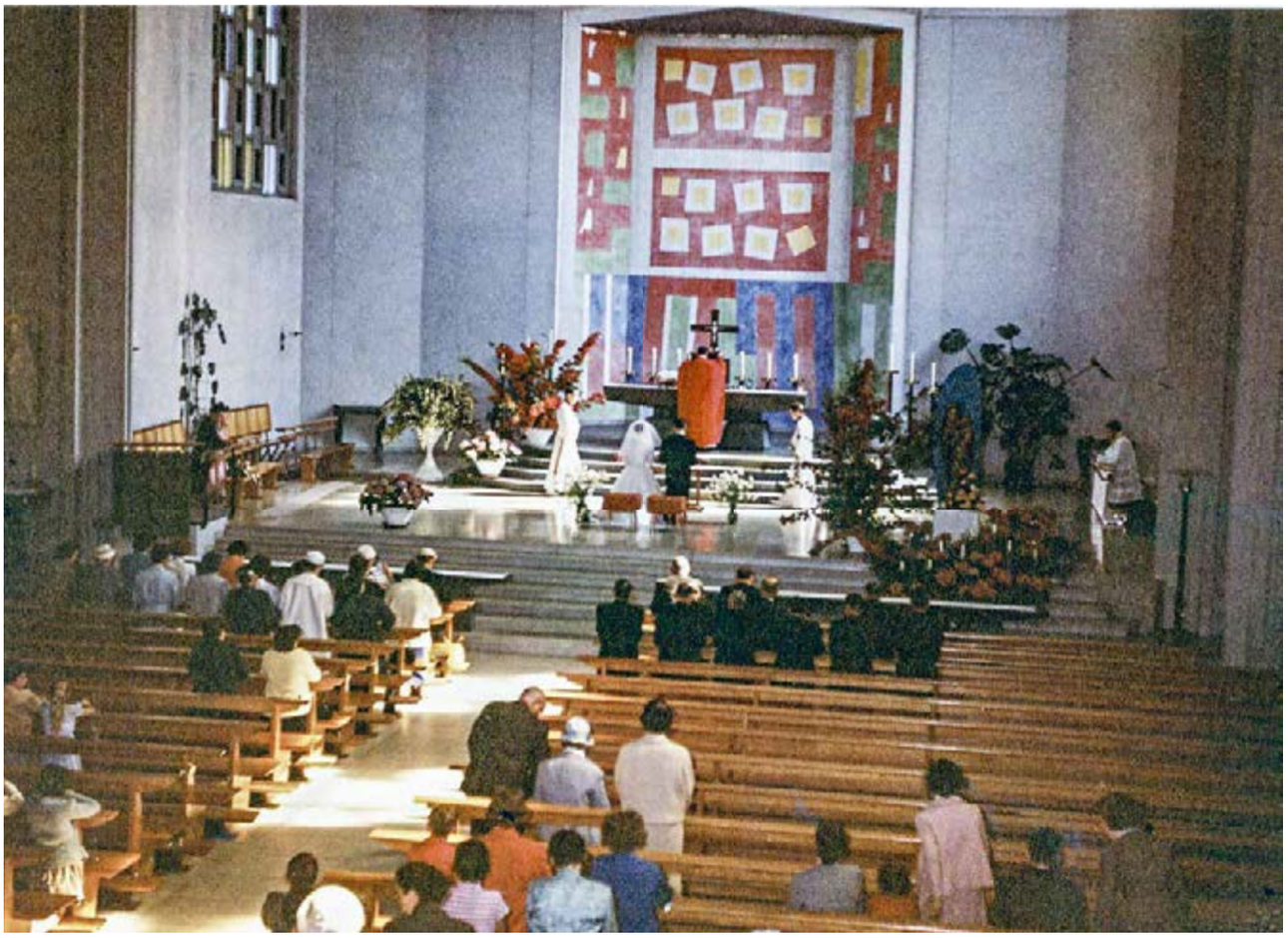
Was ist gute Kunst?

In den Schulhäusern Brugg und Strengelbach finanzierte die Pro Argovia 1952 zwei Werke, die eine Ansicht eines Tessiner Dorfs, eingebettet zwischen Feld und Berg, und einen Blick auf ein Dorf am Rhein, über ein mit Blumen besetztes Ufer, zeigen. Die Bilder entsprachen dem Kunstbedürfnis und -geschmack der Zeit.[40] So repräsentierte auch der grossformatige Band mit dem Titel «Mensch und Landschaft in Schrifttum und Malerei», der 1959 zum Abschluss des Baus der Kantonsbibliothek und des Kunsthauses erschien, den Zeitgeist. Es sind darin primär Idyllen zu sehen, wobei einzelne Gemälde von Otto Wyler (1887–1965) auch Industriemotive zeigen.[41] Radikal dagegen war die Ausgestaltung des Chors der neuen katholischen Kirche St. Anton in Wettingen im Jahr 1954. Für die Gestaltung luden Architekt Karl Higi (1920–2008) und die Baukommission im Einverständnis mit dem neuen Pfarrer Alois Keusch (1920–2013) den Sakralkünstler Ferdinand Gehr (1896–1996) ein. Dies löste grossen Widerstand in der Pfarrei aus. Bei der Weihe der Kirche wurde das Kunstwerk von Gehr verhüllt, später zerstört. Die «Wettinger Bilderdiskussion» setzte sich über Jahre fort – die Gestaltung war in ihrer Abstraktheit der Zeit weit voraus.[42]

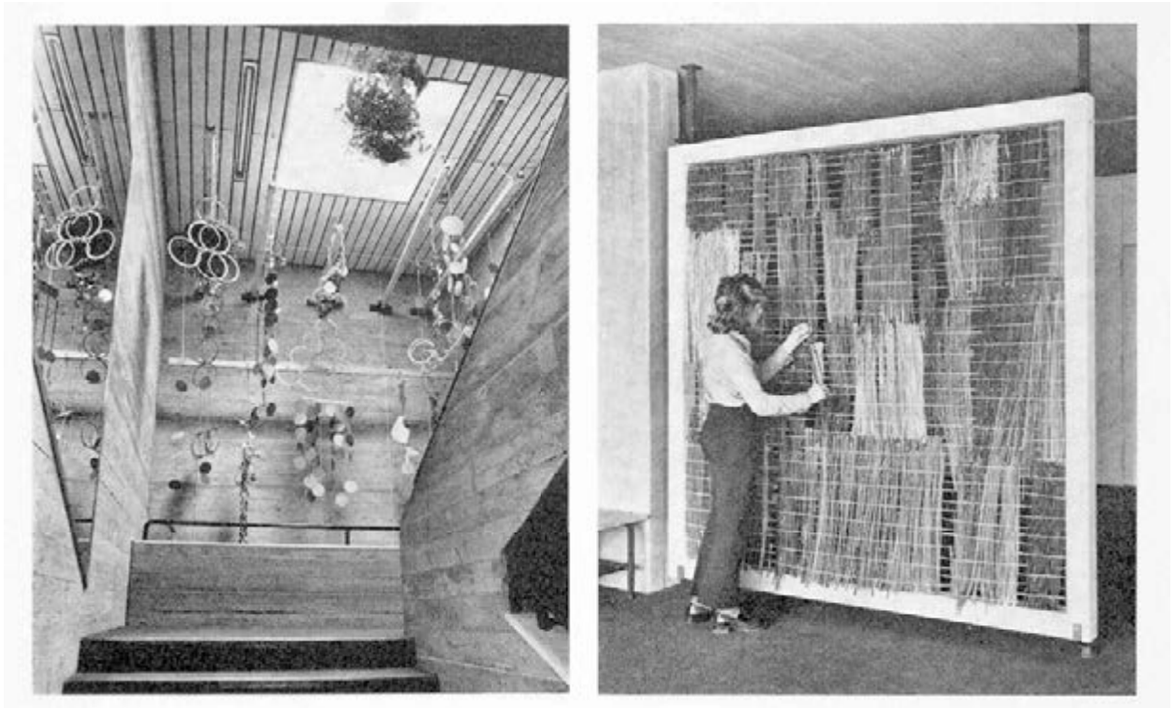
Erst in den 1970er-Jahren entwickelte sich eine breitere Diskussion über neue Formen der Kunst, die nicht mehr primär figurativ war. Die klassischen Sujets wie Landschaften nützten sich viel zu rasch ab, war 1975 im Magazin des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins über die Schulhauskunst zu lesen.[43] Kunst am Bau dürfe sich nicht auf ein Wandbild, eine Tafel oder eine Plastik beschränken. Es gehe um «gestaltete Architektur», nicht einfach Schmuck. Als Beispiel hierfür wurde die Schulanlage Oberfeld in Mägenwil zitiert. Der Aargauer Künstler Max Matter (*1941) hatte hierfür ein Kunstwerk konzipiert, an dem sich die Schülerinnen und Schüler beteiligen konnten – am Xylophon, am Flechtrahmen.[44] Eine ähnliche Entwicklung war in der Musik und im Theater zu beobachten.

Musikverein und Operette im Dorf

Das aargauische Musikvereinswesen war zu Beginn der 1950er-Jahre gut ausgebaut. In allen Teilen des Kantons bestanden Gesellschaften, die sich dem Wettbewerb stellten. So nahmen im Mai 1951



462 Ferdinand Gehrs Wandbild im Chor der Kirche St. Anton, 1954. Die Gestaltung erregte in Wettingen grossen Widerstand. Das Bild wurde verhüllt und schliesslich zerstört. Heute bleibt nur noch dieses eine Foto aus dem Jahr 1959.



463 Blick in die neue Schulanlage Oberfeld in Mägenwil im Jahr 1975. Die *Schweizerische Bauzeitung* zeigt die neue Schulhauskunst von 1973 exemplarisch. Die Plastikelemente wurden vom Künstler Paul Agustoni (1934–2012) aus Möhlin und das Aktivierungskonzept für Schülerinnen und Schüler von Max Matter aus Aarau entwickelt.

464 Zum 100-jährigen Bestehen der Theatergesellschaft Beinwil wird 1964 «Die gold'ne Meisterin» aufgeführt. Hier ist eine Ballettszene zu sehen.

465 Im Jahr 1967 kommt in Möriken die Operette «Eine Nacht in Venedig» von Johann Strauss (1825–1899) zur Aufführung. Verantwortlich war der Männerchor Möriken-Wildegg – «unter Mitwirkung des Frauen- und Töchterchors und weiterer Musikfreunde».

466 Der Flötist Marcel Moyse unterrichtet im Künstlerhaus Boswil im August 1975. Zu seinem Meisterkurs reisten Schülerinnen und Schüler von weither an.

467 Die Sporthalle Aue ist am 1. Februar 1959 seitlich mit Baden-Fahnen geschmückt und gut gefüllt für das Konzert von Count Basie und dessen Orchester. Der 55-jährige Jazzpianist war ein legendärer Vertreter des Swing; zu diesem Zeitpunkt hatte er jedoch in den USA den Zenit überschritten. Auf seiner Europatournee zog er ein grosses Publikum an.

total 77 Musikgesellschaften am 18. Aargauischen Kantonal-Musikfest in Bremgarten teil. In vier Kategorien traten sie gegeneinander an, wobei zur ersten Klasse bloss fünf Musikgesellschaften gehörten – darunter gleich zwei aus Wettingen: die Jägermusik und die Harmonie Wettingen-Kloster. Alle Gesellschaften hatten Selbstwahl- und Pflichtstücke zu spielen, anhand derer verglichen wurde. Das Niveau muss beträchtlich gewesen sein: Über 45 Prozent der Gruppierungen erhielten von der Fachjury das Prädikat «vorzüglich».[45]

Ein weiterer Pfeiler der Vereinskultur waren Operetten, die durch den gemischten Chor oder den Männerchor, zusammen mit Jungmannschaft oder Turnverein, organisiert wurden. Die Operette «Das Dreimäderlhaus» des Österreichers Heinrich Berté (1857–1924) erregte in den 1920er-Jahren auf den Bühnen im Aargau Aufsehen. Diese Operette gelangte 1927 in Möriken und 1929 in Wettingen zur Aufführung.[46] In Wettingen wurden bis 1956, in Möriken, Bremgarten, Beinwil oder Rheinfelden werden bis in die Gegenwart regelmässig Operetten aufgeführt. Die Operettentradition wirkte derart identitätsbildend, dass in Möriken die Ausgestaltung des Gemeindesaals im Jahr 1959 auf die Bedürfnisse der örtlichen Chöre ausgerichtet wurde. Das Resultat war ein «Theatersaal mit einer vorzüglichen Bühne, den nötigen Garderobe-Räumen sowie einem versenkbaren Orchester-Graben». Auch professionalisierten sich die Operetten im Laufe der Zeit. Die Beinwiler Operetten wurden schon ab 1961 durch einen honorierten Regisseur betreut. Die Finanzierung der für das Dorf wichtigen Aufführungen stellte die örtlichen Vereine jedoch vor Herausforderungen – eine Kombination aus Kulturbeiträgen und Sponsorings von Privaten und Firmen vermochte und vermag die Operettenbühnen im Kanton aufrechtzuerhalten.[47]

Ein Orchester in der Stadt

Die Orchestermusik bildete primär im städtischen Umfeld ein Pendant zu den grossen Musikgesellschaften, die in fast allen Dörfern bestanden. In diesem Feld entstanden auf professioneller Ebene in den 1940er-Jahren Konzertzyklen.[48] Die Initiativen zu Räumen für professionelles Musikschaffen kamen primär aus Schulen. So dirigierte beispielsweise der Zofinger «Musikdirektor» der Bezirksschule, Ernst Obrist (1887–1971), in der Stadt zusätzlich den Männergesangsverein, den Frauenchor und den Orchesterverein.[49] Auch in Baden kam aus der Bezirksschule die Initiative zu einem Konzertfonds, der ab 1947 und bis 2010 regelmässig Programme ermöglichte.[50] Unter dem Namen «Wettinger Kammerkonzerte» wurde im Musiksaal Altenburg Wettingen ab 1949 ein Programm kuratiert, welches das in derselben Gemeinde bestehende Sommerprogramm ergänzen sollte. Gerade weil in Baden und Wettingen so bald nach dem Zweiten Weltkrieg Konzertreihen entstanden, gelang es den Verantwortlichen, Musikerinnen und Musiker in das Dorf zu holen, die sonst auf den grossen Bühnen der Welt auftraten – so das renommierte Stuttgarter Melos Quartett.[51]

Konzertzyklen boten Aargauer Musikerinnen und Musikern zwar ab und zu neben den genannten Weltgrössen die Möglichkeit eines Auftritts. Es fehlte jedoch ein Orchester. Eine Ausnahme bildeten die Kurorchester in Rheinfelden und Baden, die saisonweise verpflichtet wurden. In den 1960er-Jahren beispielsweise spielte das Orchester Barbieri nachmittags in Baden und abends in Bad Ragaz. In Rheinfelden wurde 1970 die Orchestertätigkeit ganz eingestellt, in Baden spielte als letzter Kurorchestermusiker noch in den 1980er-Jahren ein Pianist im Stadtcasino.[52] Diese Situation wurde durch Aargauer Musiklehrer moniert, und 1963 fanden in Aarau und Brugg erste Konzerte des Aargauer Sinfonie Orchesters statt.[53]

Boswil als Heimat

Nicht alle Künstlerinnen und Künstler kamen in den Genuss der seit 1948 bestehenden Alters- und Hinterlassenenversicherung. Diesen Umstand berücksichtigte das Künstlerhaus Boswil, das als «Initiative […] für alte und unbemittelte Künstlerinnen und Künstler» 1953 gegründet wurde.[54] Zwischen 1960 und 1991 lebten hier Künstlerinnen und Künstler im Altersheim, die so die Gelegenheit erhielten, weiterhin schöpferisch tätig zu sein. Es entstand eine Gemeinschaft von mittellosen Malern, Tänzerinnen und Plastikerinnen.[55]

Die Finanzierung des Grossprojekts Boswil begann mit einem Benefizkonzert in der Tonhalle Zürich am 4. Oktober 1953. Musikerinnen und Musiker spielten zu Fundraising-Zwecken auch unentgeltlich in der Alten Kirche Boswil. Ab den 1960er-Jahren wurde diese dann zu einem Veranstaltungsort. An literarisch-musikalischen Abenden traten im Jahr 1966 beispielsweise die deutsche Schauspielerin und Sprecherin Maria Becker (1920–2012) mit der Pianistin Silvia Kind (1907–2002) oder der erfolgreiche Autor Günter Grass (1927–2015) mit dem Flötisten Aurèle Nicolet (1926–2016) auf. Grass schrieb anschliessend in das Gästebuch: «Boswil ist der Ort, das Neue zu versuchen, ohne vorschnell nach dem Gelingen zu fragen.»[56]

Die Alte Kirche wurde bald nicht mehr nur für Auftritte, sondern auch als Atelier für Seminare und Sommerkurse genutzt – für Kammermusik, Theater, Bildhauerei, Neue Musik oder Musikkritik. Klaren Vorrang erhielt zu Beginn die klassische Musik, unterrichtet zum Beispiel 1975 von Marcel Moyse (1889–1984), einem Flötisten von Weltrang, zu dessen Meisterkurs auch eine japanische Delegation anreiste. Der in Ennetbaden wohnhafte Stiftungsratspräsident Willy Hans Rösch, Lichtplaner mit eigener Firma, war in der Kulturszene bestens vernetzt, und es gelang ihm, aus dem Altersheim und Konzertort Boswil ein «Podium […] für kulturelle und künstlerische Gespräche» zu machen.[57] Ab 1969 lud man daher auch Künstler aus dem sozialistischen Osten Europas ein, darunter mehrfach auch Paul-Heinz Dittrich (1930–2020) und Wilfried Jentzsch (*1941), beide Komponisten aus der DDR. Sie bezeichnen rückblickend die Aufenthalte in Boswil als «stilistischen Neuanfang» oder «Erlebnis». Wilfried Jentzsch erhielt 1972 ein Stipendium für einen Aufenthalt in Boswil und nutzte die Zeit im Aargau zur Flucht aus der Enge seines Staates. Noch bis zur Wende kamen Künstler aus dem Osten ins Freiamt, wurden im Künstlerhaus uraufgeführt, knüpften Kontakte zu Verlegern und stiessen auf

«O mein Papa» aus dem Aargau

Rosa Mina Schärer kam 1924 in Rupperswil zur Welt und wuchs mit neun älteren Geschwistern in Zürich auf, wo der Vater ein Geschäft als Sanitärinstallateur hatte. «Schon zu Hause hatten wir ein richtiges Hausorchester», erzählte sie als 83-jährige Frau in einem Interview. Sie habe Zither gespielt, eine Lehre als Coiffeuse gemacht und erst dann Gesang studiert. Nun nannte sie sich Lys Assia, war zielstrebig und wusste sich zu vernetzen. Neben Vico Torriani (1920–1998) sei sie – so sagte sie selbstbezogen in einem späteren Interview einmal – «die einzige Perle in der Landschaft» gewesen. Und so reiste sie unter anderem nach Paris für Auftritte, kam aber wieder zurück in die Schweiz.

Für einen Auftritt im Bernhard Theater Zürich bat sie den Komponisten Paul Burkhard (1911–1977), ein Lied für sie zu komponieren. Dieser arrangierte «O mein Papa» aus der in den späten 1930er-Jahren geschriebenen Operette «Der schwarze Hecht» neu. Das Lied schrieb sich in die Gedächtnisse von Generationen Deutschsprachiger ein. Es war Lys Assias grösster Hit. Und ihr grösster Erfolg? Der Sieg am ersten Concours Eurovision de la Chanson 1956 in Lugano. Lediglich sieben Länder waren dabei. Assia bleibt die einzige Schweizerin, die den heute als Eurovision Song Contest (ESC) bekannten Wettbewerb je gewonnen hat. An dieser ersten Durchführung des ESC sang sie zwei Lieder, eines auf Deutsch, eines auf Französisch. Mit dem zweiten war sie erfolgreich. Sein Titel war «Refrain», und der Text, den die damals 33-Jährige sang, handelt von der nachhallenden Jugendzeit mit Versen wie «J'aurais voulu que tu reviennes comme jadis».[1]

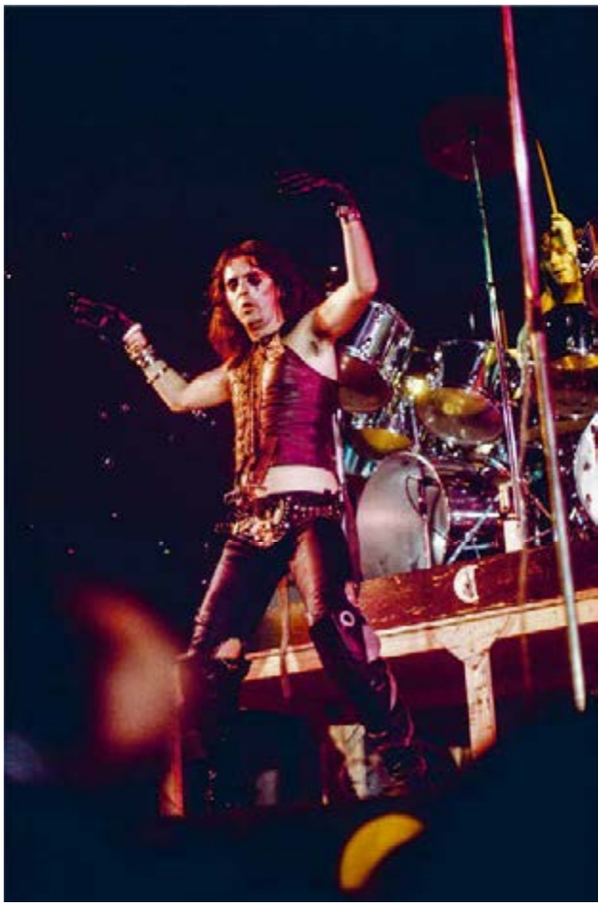
1 Schwager 2010, 204, 209; Klette 2018, 18.

468 Lys Assia (1924–2018) singt an einem Auftritt, um 1950. Die Sängerin kam in Rupperswil zur Welt und verbrachte die ersten Jahre dort, bevor die Familie nach Zürich zog. Sie gewann 1956 den ersten Eurovision Song Contest.

Das Wochenende im Bild

Alice Cooper in Zofingen

469 Am Sonntag, 26. November 1972, tritt Alice Cooper (*1948) mit Band in der Sporthalle Zofingen auf. Der Rockmusiker ist eben mit seinem Album «School's Out» weltberühmt geworden. Das *Zofinger Tagblatt* berichtet auf der Seite «Das Wochenende im Bild» neben dem Konzert der Musikgesellschaft Oftringen, dem Brittnauer Turnerabend und der Weihnachtsausstellung in Kölliken über das Konzert: 5000 Jugendliche seien gekommen; sogar aus Deutschland und Österreich sei Publikum angereist, um den Star zu sehen.


470 Alice Cooper präsentiert sich in Zofingen 1972 im Lederoutfit und mit langen Haaren.

471 Fans von Alice Cooper warten am Flughafen Kloten auf den Star, 1972.

472 Besucherinnen und Besucher des Folkfestivals auf der Lenzburg tanzen im Rittersaal, 1975. Drei Jahre später gab es im Aargau vier Folkclubs.

473 Blick in den Hof der Lenzburg während des Folkfestivals, 1975. Das Festival war ein Publikumsmagnet, nur 2400 Zuschauerinnen und Zuschauer konnten teilnehmen, Tickets waren begehrt.

474 Pepe Lienhard (2. von rechts) posiert mit seiner Band am Flughafen Kloten vor dem Abflug zum Eurovision Song Contest, 3. Mai 1977. Der 1946 in Lenzburg geborene Saxofonist und Flötist war zu diesem Zeitpunkt bereits berühmt, das Stück «Swiss Lady» in der Schweiz, in Deutschland und Österreich in den Charts.

internationales Interesse.[58]

Jazz, Beatmusik und Rock

Während die Musikvereine in den Dörfern primär Marschmusik spielten, die Orchester sich der klassischen Musik widmeten und in Boswil an zeitgenössischer Musik gefeilt wurde, fanden auch Jazz, Beatmusik und Rock zunehmend Gefallen. Am 1. Februar 1959 trat in der kalten Sporthalle Aue in Baden Count Basie (1904–1984), einer der renommiertesten Swingmusiker der 1950er-Jahre, mit seinem Orchester auf. Auch andere klingende Namen kamen in dieser Zeit nach Baden, so Lionel Hampton (1908–2002) 1958 oder Quincy Jones (*1933) 1961. Baden war deshalb noch keine Jazzstadt. Es hatte nämlich rund ein Jahrzehnt gedauert, bis der Jazz genügend Leute begeisterte. Der Versuch eines BBC-Mitarbeiters, eine Jazz-Konzertreihe zu initiieren, scheiterte 1952. Einen ähnlichen Versuch startete das Café Siesta (später «Porta Romana» und «Kanchi») im Jahr 1961, das täglichen Live-Jazz im Programm hatte.[59]

Dauerhaft erfolgreich war schliesslich das Konzertangebot unter dem Namen «Jazz in der Aula», das sich ab 1965 in Baden als gesellschaftlicher Anlass etablierte. Der Veranstalter Arild Widerøe (*1938) «setzte auf Altbewährtes» und konnte die grossen Swingmusiker aus den USA gewinnen, die ab den 1930er-Jahren weltberühmt geworden waren. Dazu gehörten Earl Hines (1903–1983), Benny Carter (1907–2003) oder Buck Clayton (1911–1991).[60]

Ab den 1960er-Jahren pluralisierten sich die Musikstile dank schneller Verbreitung via Platten, Radio und Fernsehen, 1963 erreichte die «Beatlemania» die Schweiz. Zahlreiche Bands verschrieben sich der Beatmusik, in der Schweiz am erfolgreichsten Les Sauterelles. Auch im Aargau entstanden in den 1960er-Jahren oft kurzlebige Musikformationen, die durch Auftritte an Jugendfesten oder in Gemeinschaftshäusern unter Jugendlichen zu lokalen Bekanntheiten wurden (siehe «Beatband», Abb. 449).[61]

Die Auftritte dieser Bands ebenso wie genannte Konzertreihen oder Theaterinszenierungen wirkten wiederum prägend auf andere Jugendliche, die später eine professionelle Musikkarriere einschlagen sollten. So berichtet es Christoph Baumann (*1954), Schweizer Jazzpianist aus Baden. Zusammen mit dem Wettinger Saxofonisten und Komponisten Urs Blöchlinger (1954–1995) bildete er eine spezifische Form des Free Jazz aus, die auch als «Aargauer Schule» bezeichnet wird. Die beiden späteren Jazzstudenten experimentierten an Bezirks- und Mittelschule musikalisch und theatralisch, spielten im Aargauer Freejazzensemble und entwickelten sich im Bereich Free Jazz schliesslich weiter.[62]

Folk auf der Lenzburg

Ein weiteres Genre stellte die Folkmusik dar, die im Kanton Aargau besonders in den 1970er-Jahren eine wachsende Anhängerschaft fand. 1978 gab es in Aarau, Baden, Brugg und Laufenburg Folkclubs. Einer der Auslöser für die Begeisterung war das Folkfestival auf der Lenzburg, das zwischen 1972 und 1980 jährlich im Juni stattfand und eine schweizweit einmalige Vielfalt an Musikstilen zuliess.[63] Musiker wie Pete Seeger (1919–2014), Woody Guthrie (1912–1967) oder anfänglich auch Bob Dylan (*1941) hatten die amerikanische Folkbewegung in den 1950er- und 1960er-Jahren geprägt. Sie fasste schliesslich in den 1970er-Jahren auch in Europa Fuss.[64]

Die ersten Folkclubs in der Deutschschweiz entstanden dann doch in den Städten, etwa in Bern oder Zürich. So sei 1972 eine Gruppe von Zürcher Folkmusikern auf der neuen A1 nach Bern gefahren und habe die Lenzburg gesehen, berichtet Urs Hostettler (*1949), der als Musiker in der Folkszene verkehrte. Einer dieser Zürcher Musiker mochte als Dudelsackpfeifer schottische Schlösser und begeisterte sich daher sofort für die Idee eines Festivals auf dem Schloss. Es bildete sich ein Organisationskomitee; man mietete das Schloss und veranstaltete ein erstes Festival.[65] Platz hatte es im Schlosshof und Rittersaal für maximal 2400 Personen. Ab 1974 musste man die Tickets verlosen, denn der Andrang war gross. Bis zu achtzig Bands traten am Festival auf. Sie waren im Zwanzig-Minuten-Takt programmiert. Jede halbe Stunde war auf der Hauptbühne ein anderes Programm angesagt, im Stapferhaus fanden ergänzend Diskussionsrunden und Workshops statt.[66]

Hostettler, der Mathematik und Psychologie studierte und später als Spieleentwickler («Kreml» oder «Tichu») erfolgreich wurde, schrieb 1972 ein Lied, das die Mentalität des Festivals, die Improvisationslust, Verbundenheit zur eigenen Musik und Internationalität zugleich zeigte, verkörperte: «Gang hol d'Gitarre, sig's e neui oder es alts Schiit, / gang hol' dis Bänjo, lueg dass d'Giige nid diheime blibt, / für din alte Dö-schwo chunt e herti Ziit, / hüt faare mer uf d'Länzburg / alli mitenand / Hüt faare mer uf d'Länzburg zum Singe. / Si chöme us Züri, us Lausanne, us Basu u us Bärn, / si chöme über Flüss und über Bärge si chöme vo nach u färn / eine us Amerika, eine vo'mne and're Stärn.»[67]

Auf der Lenzburg spielten in den Jahren zwischen 1972 und 1980 Hunderte von Bands, darunter internationale Künstler und Sängerinnen, aber auch Schweizer Musiker, die bereits bekannt waren oder später Berühmtheit erlangten: Toni Vescoli (*1942), die Minstrels («Grüezi wohl, Frau Stirnimaa»), Max Lässer (*1950), Linard Bardill (*1956) oder Aernschd Born (*1949) waren nur einige davon. Daneben spielten Ländlerkapellen oder eine türkische Folkloregruppe. Im Zuge des Schweizer Folkbooms entstanden kurz nach Lenzburg weitere Folkfestivals, so auf dem Bachtel 1975, in Nyon 1976 und 1977 auf dem Berner Gurten. In Zusammenarbeit mit dem Berner Festival wurden zwischen 1977 und 1980 auch Platten veröffentlicht.[68] Zwei dieser Festivals wuchsen in den darauffolgenden Jahrzehnten als Paléo Festival Nyon und Gurtenfestival zu Grossanlässen heran.

Gastspiele auf grossen Bühnen

Im Kanton Aargau gab und gibt es bis heute kein dauerhaftes Theaterensemble, das an einer städtischen Bühne eine Heimat hatte oder hat. Bühnen hingegen waren vorhanden: In Zofingen beispielsweise war es der Stadtsaal, in Aarau der Saalbau,

und in Baden wurde 1952 der erste Theaterneubau im Nachkriegseuropa eröffnet, nach Plänen der Architektin Lisbeth Sachs (1914–2002). Weil die Kurgäste schon immer unterhalten sein wollten, waren hier 1674 der erste Theatersaal in der Schweiz und im 19. Jahrhundert ein Sommertheater im Kurpark entstanden. Bespielt wurde die Bühne von Truppen, die für einige Aufführungen in Baden haltmachten. Ein ständiges Gastspiel hatte ab 1926 während 51 Jahren das Stadttheater St. Gallen, teilweise mit über achtzig Vorstellungen pro Sommer. Wie die St. Galler, so reisten auch andere Truppen in den Aargau, zum Beispiel aus Luzern, aus Biel (mit Solothurn), aus Basel oder Bern. Den lokalen Vereinen, die für die Programme zuständig waren, bot sich dadurch eine gute Auswahl. Der Stadtsaal Zofingen etwa konnte ab 1941 ein vielfältiges Programm, bestehend aus Schauspiel, Oper, Operette oder ab und zu auch Ballett, präsentieren.[69]

Dank Gastspielen waren in den grösseren Städten des Kantons also klassische Stücke zu sehen. In einigen Fällen war die Programmation provokant, so zum Beispiel das Stück «Der Stellvertreter» des deutschen Autors Rolf Hochhuth (1931–2020) am 31. Oktober 1963 im Saalbau Aarau, inszeniert durch das Basler Stadttheater. Das Stück thematisiert die Rolle der römisch-katholischen Kirche – insbesondere des Papsts – in Nazi-Deutschland. Dies geschah just in der Zeit, als in Jerusalem im Eichmann-Prozess oder in den Auschwitz-Prozessen in Deutschland die Gräuel des Zweiten Weltkriegs langsam aufgeklärt und die Schuldfragen öffentlich diskutiert wurden. Das Stück war im Februar desselben Jahres in Berlin uraufgeführt und schliesslich in verschiedenen Ländern auf Bühnen gebracht worden. Die darauffolgende «Stellvertreter-Debatte» spürte man an jenem Oktoberabend auch im protestantischen Aarau. In der Chronik der «Aarauer Neujahrsblätter» 1965 ist zu lesen, dass es «dabei mehrmals zu Pfeifkonzerten von katholischen Jugendlichen [kam], die vorwiegend aus dem solothurnischen Niederamt nach Aarau gekommen waren».[70] Das *Aargauer Tagblatt* nahm die Aarauer Aufführung zum Anlass für einen sehr ausführlichen Artikel über den Inhalt, aber auch eine Kritik des Stücks und der Inszenierung. Das Stück sei von hoher schriftstellerischer Qualität, der Autor habe darin aber zu viele «kleinliche […] Sticheleien» eingebaut. Für die Proteste der Solothurner Jugend hatte man kein Verständnis – im Theater müssten «Missfallensbekundungen» möglich sein, «organisierte und gesteuerte Pfeifkonzerte wollen uns aber nicht gefallen».[71]

Theaterexport Cabaret Rüeblisaft

Das Kantonsjubiläum 1953 beförderte das Aargauer Kulturschaffen und den Kulturexport (siehe «Jubiläen», S. 176). So ist in der Broschüre zum zehnjährigen Bestehen des Cabaret Rüeblisaft 1964 zu lesen: «Das Jubiläum war da – und wir waren da. Und weil wir 150 Jahre jünger waren als das gefeierte Staatsgebilde, ließen wir es am nötigen Respekt fehlen und taten uns ad hoc zu einem Cabaret-Ensemble zusammen.» Ziel sei es gewesen, eine zehntägige Tournee zu machen, schreiben die Initianten Alfred Bruggmann (1922–2006) und Oskar Hoby (1918–1998), die zusammen mit Regine Brandt und Rosmarie Knöpfli das Programm «Früsche Rüeblisaft» zusammengestellt hatten. Sie alle waren am Theater St. Gallen engagiert. Das Cabaret Rüeblisaft hatte schliesslich bis 1976 Bestand, tourte in der ganzen Schweiz, in Österreich und Deutschland und inspirierte auch weitere Gruppen wie das Badener Cabaret Blinddarm, das sich 1968/69 formierte.[72] Einer der ersten Texte des Cabaret Rüeblisaft, vorgetragen von Bruggmann, beschreibt den Kanton der Regionen und bringt die wichtigsten Desiderate und Diskussionen der Zeit auf den Punkt:[73]

D Badener sind rich an Wünsche,
Das Verkehrsproblem isch da,
Und dänn wänds au scho sit Johre
Sälber e Kantonsschuel ha.

Euse Kanton söll zahle,
Ob er s chan, isch einerlei.
Doch wenn Aarau öppis möchti,
Sägets z Bade obe: «Nei!»

Jo händ Sie en Ahnig,
Jo händ Sie en Ahnig,
Was mir z Aarau unde als für Sorge händ!
Jo händ Sie en Ahnig,
Nei Sie händ kei Ahnig,
Eusi Sorge – säg i – nämed gar keis Aend.

S Fricktal wünscht sich längst es Bähnli,
Womer uf diräktem Glöis
Chönnt uf Aarau ine fahre,
Denn sie schwärmet sehr für eus.

Doch wenns zuenis kommen könnten
Durch die Staffelegg ganz grad,
Chertits sofort um uf Basel,
Denn bi eus do wärs ne z fad.

Jo händ Sie en Ahnig …

S Seetal lit eus sehr am Herze,
S isch scho so gsi je und je,
Schliessli lit i säbem Täli
Euse allereinzig See.

Doch die Lüt us säber Gägend,
Schpöttlet mit geblähtem Bauch:
«Mir im Seetal mached Schtümpe,
Und ihr z Aarau händ de Rauch!»

Jo händ Sie en Ahnig …

A de Bünz entlang d Freiämter
Sind gar liebi, bravi Lüüt,
Sparsam sind sie und bescheide,
Essed d Würscht mitsamt de Hüüt.

Wenn mer z Aarau Gsetzli mached,
Schuflets z Muri obe s Grab,
Und us Angst, sie müesed zahle,
Schickeds jedes Gsetz bachab.

Jo händ Sie en Ahning …

Aarau het als Metropole
Gar nüt z lache, jemers nei!

Papa Moll und Globi sind Aargauer

Deutschschweizer Kinder kennen sie seit Jahrzehnten aus Bilderbüchern: Papa Moll und Globi. Die eine Figur verdankt ihre Existenz einer kreativen Aargauerin, die andere die kecken Sprüche einem BBC-Techniker, der wohl am liebsten Künstler geworden wäre. Er hiess Alfred Bruggmann (1896–1958), wie sein älterer Sohn, der 1954 das Cabaret Rüeblisaft gründete, und war ausserdem Vater von Paul (1930–2017), der als Bass-Solist die Aargauer Oper leitete.

Globi entstand 1932 als Werbefigur zum 25-jährigen Bestehen der Warenhauskette Globus. Bald schon gründete man Globi-Clubs, und die jährlich erscheinenden Bücher wurden von Tausenden spannungsvoll erwartet. Ab 1937 enthielten die Globi-Bücher nicht nur Bildergeschichten, sondern waren auch mit Versen ausgestattet. Ihr erster Autor: der Ennetbadener Bruggmann. Der Gründer und Redaktor der BBC-Hauszeitung *Wir und das Werk* brachte seine Texterfahrung ein. Obwohl er das Konzept der vierzeiligen, sich reimenden Strophen selbst entwickelt hatte, empfand er diese auch als einengend. Dennoch blieb er bis zu seinem Tod Globi-Dichter. Seine Nachfolger übernahmen das Schema.[1]

Ohne die BBC wäre auch Edith Jonas (1907–2001), spätere Oppenheim, nicht in Baden aufgewachsen. Ihr Vater war Ingenieur ebenso wie ihr Mann John Eric Oppenheim (1903–1975), den sie 1932 als 25-Jährige heiratete. Edith Oppenheim hatte sich bis dahin an der Handelsschule und in Malerei ausgebildet und war als Mutter dreier Kinder vor allem abends künstlerisch tätig, zum Beispiel als Karikaturistin für das Satiremagazin *Nebelspalter*. 1953 entstand im Auftrag des erst zweijährigen *Junior*-Hefts die Figur Papa Moll. Der Verleger hatte eine Figur gesucht, die eine Alternative zu amerikanischen Comics bot – «pädagogisch wertvoll», «ohne Sprechblasen». Papa Moll wurde zum Hit und erschien fortan monatlich im *Junior*. Ab 1968 entstanden Papa-Moll-Bücher, die ersten acht wurden von Edith Oppenheim gezeichnet.[2] Heute werden Globi und Papa Moll vom gleichen Verlag verwaltet. Der Zürcher Globi Verlag, der seit 1944 besteht, gibt regelmässig weitere Bücher zu den beiden Figuren heraus.[3]

1 Zimmermann 2013, 59–69; Globi Verlag 2003, 13 und 151.
2 Nater 2013, 37f.; «Edith Oppenheim», HLS 2009; Fuchs-Oppenheim, Oppenheim 2008, 131 (Abbildung erste Papa-Moll-Geschichte 1953), 70f. (zur Entstehung der Figur).
3 Website Globi Verlag, über den Verlag (Online-Quelle); «Edith Oppenheim», HLS 2009.

475 Edith Oppenheim-Jonas an ihrem Zeichentisch, um 1992. Sie ist die Erfinderin der Figur Papa Moll, deren Geschichten monatlich im *Junior* erschienen.

476 Eine der Bildergeschichten aus «Globi der Kinderfreund», 1947. Alfred Bruggmann hatte das Konzept der Globi-Verse entwickelt: Strophen bestehend aus vier Versen, mit Paarreimen.

Vom Verschlag im Estrich droben
Wird der Deckel abgehoben:
Hüte, Mützen aller Art
Sind hier achtlos aufbewahrt.

Schon trägt Globi — seht, ihr Kinder —
Vor dem Spiegel den Zylinder:
Doch der Hut, das sieht er ein,
Ist für einen Bub' zu fein.

Mit dem Strohhut auf der Glatze
Lacht er mit verschmitzter Fratze.
Und sein ganzes Tun wird kurz.
Tom ruft heiter: «Welch ein Geck!»

Globi greift jetzt nach den Mützen,
Um die schönste zu benützen;
Aber mit der Kappe hier
Gleicht er einem Gauner schier.

Auch die Kopfzier der Marine
Prüft er nun mit Seemanns-Miene.
Ach, sie steht ihm nicht famos,
Denn er ist ja kein Matros.

Plötzlich ruft er, halb im Fieber:
«Diese Mütze paßt, mein Lieber!»
«Gut», spricht Tom, «sie bleibe dein;
Trage sie jahraus, jahrein!»

50

Wie Globi zu seiner Mütze kam

51

Die verschidne Landesteili
Choched all en eigne Brei.
Und wenn mer mol öppis säged,
Rüefed alli voller Hohn:
«S Mul zue! D Hauptstadt isch jo schliessli
Nur geduldet im Kanton!»

Jo händ Sie en Ahnig …

Laienbühnen und eine Oper

Eine weitere künstlerische Initiative ging von Junglehrern aus, die frisch aus dem Seminar Wettingen kamen. «Was mich betrifft, so war ich als frischgebackener Primarlehrer durch Zufall nach Möhlin gekommen», schreibt Heini Kunz (1935–2010) in der Festschrift zum fünfzigjährigen Bestehen des Lehrertheaters Möhlin. Er habe neben der pädagogischen Ausbildung Theaterleidenschaft mitgebracht, «genährt von häufigen Besuchen im Kurttheater Baden, im Schauspielhaus und Stadttheater Zürich, vor allem aber von der aktiven Theatertradition an unserer Ausbildungsstätte». 1957 kam in Möhlin «Ein Inspektor kommt» zur Aufführung. Das Stück war anders als die vom Gemischten Chor und der Möhliner Theatergesellschaft aufgeführten Werke: Soziale Verantwortung, Generationen- oder Klassenunterschiede wurden thematisiert. Das Dorf nahm das Stück begeistert auf, bald danach entstand nebst der Theatergesellschaft eine Theatergruppe der Lehrer, später «Lehrertheater», mit eigenem Programm und eigener Besetzung. In «Der Regenmacher» im August 1958 übernahmen eine Reihe ehemaliger Seminaristen aus Wettingen Rollen, so Hansrudolf Twerenbold (*1939). Das Lehrertheater Möhlin verschaffte sich in den folgenden Jahren den Ruf guter Inszenierungen. Davon zeugen Besuche von Autoren wie Adolf Muschg (*1934) im Jahr 1970 oder Aufführungen von zukünftigen Theaterexperten wie Roger Lille (1956–2014), der später die Theaterpädagogik an der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) begründete.[74]

Das Kantonsjubiläum und die Lehrerausbildung im Seminar Wettingen waren in den Bereichen Literatur (siehe «Literatur», S. 513–516) und Theater für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts wichtige Triebfedern. Anstösse gab ebenfalls die Aargauische Kulturstiftung Pro Argovia, die 1964 die Initiierung und erste kantonale Tournee der «Kleinen Opernbühne» unterstützte. Aus dieser Formation wurde ab 1965 die Aargauer Oper, die sich für Aufführungen im Ausland den Namen «Schweizer Gastspieloper» anheftete. Inszeniert wurden Werke von Mozart, Rossini, Donizetti – also eher «heitere» Werke, wie in einer Dokumentation zum zwanzigjährigen Bestehen zu lesen ist. Die Ensembles konstituierten sich für jedes Projekt neu. Die Leitung der Oper oblag Paul Bruggmann, dem Bruder des Kabarettisten Alfred Bruggmann und Sohn des gleichnamigen Globi-Dichters.[75] Die Oper wurde im Jahr 1990 aufgelöst.[76]

Professionelles Theater im Keller

Das Cabaret Rüeblisaft, das Lehrertheater Möhlin und die Aargauer Oper illustrieren, wie frisch ausgebildete Lehrer oder junge Schauspielerinnen in neuen Formationen den Aargau kulturell um neue Facetten erweiterten und gleichzeitig die Professionalisierung des Kulturbetriebs inhaltlich und strukturell vorantrieben. Die Initiativen führten auch zur Eröffnung verschiedener Klein- oder Kellertheater. Sowohl die Kulturstiftung Pro Argovia als auch der Lotteriefonds sprachen Finanzierungen beispielsweise für die Innerstadtbühne Aarau ab 1965 oder das Kurtheater Baden. Ab 1969 verwies der Lotteriefonds an das Kuratorium für die Unterstützung der neuen Theater und Ensembles.[77] Mitte der 1970er-Jahre bestanden im Aargau zwei feste Theaterensembles; in Baden der Verein Die Claque und in Aarau die Innerstadtbühne (in der «Tuchlaube»).[78]

Den Anfang der Klein- und Kellertheater im Aargau machte der Kornhauskeller in Baden, der ab Dezember 1954 – den ersten Auftritt hatte das Cabaret Rüeblisaft – auf Initiative des Quartiervereins mit einer Bühne ausgestattet worden war. 1968 initiierte der Deutschlehrer Anton Keller (*1934) in der Kronengasse Baden die Gründung des Vereins Die Claque. Die Gruppe stand erst unter der Leitung von Reinhard Lang (*1937). Ab 1971 war Jean Grädel (*1943) der erste hauptamtliche Leiter des festen Ensembles, das aus professionellen Schauspielerinnen und Schauspielern bestand. Ziel der Claque war es, als Theater einen gesellschaftskritischen Standpunkt einzunehmen. Stücke mussten dennoch «immer allgemeinverständlich und unterhaltend» sein. Die Zusammenarbeit mit Schweizer Autoren sei wichtig, und bekannte Stücke seien immer «so zu bringen, dass dem Zuschauer eine sonst ungewohnte Perspektive des Stückes gezeigt» werde.[79] In den ersten fünf Jahren, zwischen 1967 und 1972, stieg die Zahl der Vorstellungen der Claque von rund vierzig auf rund hundert; in den nachfolgenden Jahren pendelte sich die Zahl zwischen 160 und 170 ein.[80]

Das Spiel auf der kleinen Bühne hatte in Aarau bereits drei Jahre früher als in Baden einen Ort erhalten: 1965 eröffnete hier die Innerstadtbühne im Keller einer Buchbinderei und Papeterie in der Rathausgasse, die den ungenutzten Raum zur Verfügung stellte. Nach der Räumung des Kellers entstand so ein Theater mit 108 Plätzen, das in den ersten zehn Spieljahren bei einer Auslastung von siebzig Prozent jährlich 5000 bis 7500 Besucherinnen und Besucher anzog. Ein Ausschuss, der sich um Programmation, Werbung, Fotografie, Buchhaltung und Kasse kümmerte, hatte die Absicht, ergänzend zu den Gastspielen im Saalbau erstens «Eigeninszenierungen mit Berufsschauspielern», zweitens «Gastspiele befreundeter Kleintheater» und drittens «Aufführungen von Schülern oder Laien» zu ermöglichen.[81] Unter der Leitung des Journalisten Anton Krättli (1922–2010) wurde bis 1974 professionelles Theater aufgeführt, das im Gegensatz zu den Aufführungen im Saalbau einen Gegenwartsbezug aufwies: «Keine Frage, dass Theater […] immer politisch ist. Nur heisst das noch lange nicht, von der Bühne herab müsse agitiert oder ein politisches Credo verfochten werden», schrieb Krättli.[82] Der Kritik konnte die neue Bühne standhalten und ab 1974 unter gänzlich professioneller Leitung und mit festem En-

477 Vera Furrer (*1929), Alfred Bruggmann und Oskar Hoby vom Cabaret Rüeblisaft treten im Kornhauskeller Baden auf, 1953. Später trat das Ehepaar Furrer/Bruggmann auch als Kabarettduo auf.

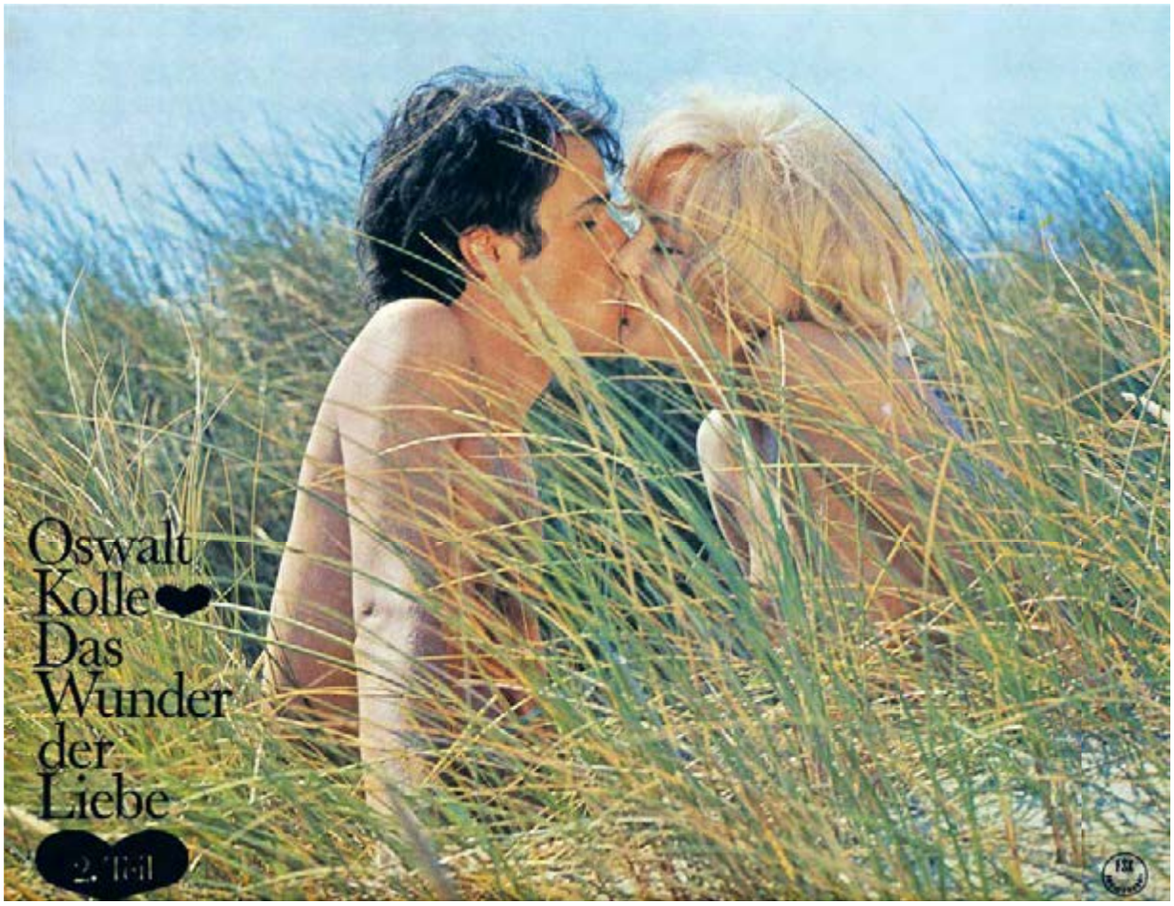
478 Der Künstler Werner Holenstein (1932–1985) diskutiert mit dem Redaktor Anton Krättli, der die Gründung der Innerstadtbühne vorantrieb, wohl im Oktober 1965, im Theaterkeller. Anton Krättli wirkte nach der Eröffnung als künstlerischer Leiter.

479 Zwei Frauen studieren das erste Programm der Innerstadtbühne Aarau, im Oktober 1965. Die Innerstadtbühne befand sich im Untergeschoss eines Altstadthauses an der Rathausgasse in Aarau.

480 Szene aus der Inszenierung «Spielverderber» von Spatz & Co. im Jahr 1977/78, Regie: Jean Grädel. Auf dem Bild zu sehen sind (von links nach rechts) Werner Panzer (*1946), Gardi Hutter (*1953), Lilly Friedrich und Rowena Morris im Claque-Keller Baden. Die Gruppe inszenierte Stücke für Kinder und Jugendliche.

481 Szene aus dem Stück «Und sie legen den Blumen Handschellen an» von Fernando Arrabal, hier am 22. April 1975. Die Inszenierung des Claque-Regisseurs Jean Grädel erregte weit über die Kantonsgrenzen hinaus Aufmerksamkeit und war wegen ihrer Freizügigkeit mancherorts auch ein Skandal.

482 Schauspielerinnen und Schauspieler der Claque proben 1982 im «Falken», einem besetzten Haus in Baden. Das Theaterensemble Claque bestand zwischen 1968 und 1992, ab 1971 als festes professionelles Ensemble, und erregte in den ersten Jahren seines Bestehens durch die gesellschaftskritischen Stücke schweizweit Aufmerksamkeit.



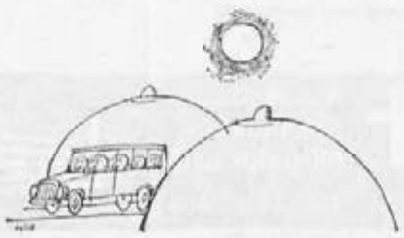
483 Das Plakat kündigt 1968 den Film «Das Wunder der Liebe» an, der über sexuelle Partnerschaft aufklärte. Im Aargau war er in einigen Kinos unzensiert zu sehen.

»Heisser Draht« Zürich–Baden

Bg. Baden, 12. April. Die Telephonlinie Baden–Waldshut, deren man sich seit langem als Selbstwähler bedienen kann, hat ernste Belastungsproben hinter sich, ähnlich jenen, mit denen zurzeit die Linie Zürich–Baden zu kämpfen hat.

Als der bekannte und begehrte Liebeswunderfilm Oswalt Kolles im *Kino Ali in Waldshut* in ungekürzter Fassung zu laufen begann, stand nämlich noch keineswegs fest, ob er auch im Aargau ohne »Feigenblatt« zu sehen sein werde. Doch ereignete sich nach dem »Wunder der Liebe« auch dieses zunächst auch im Aargau nicht erwartete »Wunder der grosszügigen Zensur«. Vorher aber war es zu gewissen Tagesstunden schwer, in Waldshut die *Nummer 22 23* zu sprechen, die Nummer des Kinos Ali nämlich. Am Vorverkaufsschalter gingen dort *täglich bis zu 200 Anrufe* ein.

Kein Wunder, dass sich einige Stunden nach der Welle des abendlichen Grenzgängerverkehrs jeweils gegen acht Uhr eine nicht zu übersehende *Welle der Kino-Grenzgänger* aus dem Aargau über die Koblenzer Rheinbrücke ergoss. Im ohnehin bumsvollen Ali-Saal konnte dann der schweizerdeutsche Dialekt dem alemannischen der badischen Nachbarn mühelos die Stange halten. Die vielen Schweizer, die erst *nach der Verdunkelung* des Kinosaales eintraten, waren nicht extra durch die Kontrolle ihres Silbergeldes an der Grenze aufgehalten worden, vielmehr zogen sie es vor, von ihren »Landsleuten im Ausland« nicht erkannt zu werden. Konsequenterweise verliessen sie den Saal auch schon, bevor das »Ende« auf der Leinwand aufleuchtete.



Zürcher auf Sexkursion nach Baden

Ein fast zum Verwechseln ähnliches Schauspiel – nur ohne Zoll und Landes-, dafür mit Kantonsgrenze – findet zurzeit *in einem Badener Kino* statt. Auch hier kostet es zuweilen Mühe, sich eine Karte im Vorverkauf zu erstehen. Die Abendvorstellungen sind, nicht zuletzt der interessierten Zürcher wegen, meist für eine ganze Woche ausgebucht. Die Dame am Schalter wiederholt denn auch ihren abschlägigen Bescheid mit nie erlahmender Geduld und Freundlichkeit.

Dass auch hier *beim Filmbeginn überraschend viele Plätze leer sind*, kann nicht mehr mit den Badener Barrieren zusammenhängen, sondern hat den gleichen Grund wie »draussen« im Waldshuter Kino. Auch diese leeren Sessel füllen sich in der Dunkelheit erstaunlich rasch, und wenn sie besetzt sind, werden Notsitze hereingebracht.

Wenn sich dann nach dem Wiederaufflammen des Lichts nach dem »Ende« Enttäuschte erheben, so sind es meist jene Besucher, die sich vergeblich den Kopf darüber zerbrechen, welches nun die sieben unsittlichen Minuten gewesen seien, für die sie eine kleine Badenfahrt riskierten.

484 Ein Artikel in einer Zürcher Zeitung vom April 1968 berichtet von den Badener Kinos mit der Karikatur «Zürcher auf Sexkursion nach Baden». Denn dort lief der Aufklärungsfilm «Das Wunder der Liebe» unzensiert.

485 Ein Mann sieht sich 1947 das Programm des Kinos Odeon am Brugger Bahnhofplatz an. Das Kino besteht seit 1921 und wird heute als Kulturhaus betrieben.

486 Das Foyer des Kinos Sommer Reinach nach dem Umbau, 1951/52. Das Kino bestand ab den 1930er-Jahren und bis Ende 1979. Seit 1984 wird es als Theater- und Kinohaus betrieben und ist als «TaB» bekannt.

487 Das Kino Elite in Wettingen kurz nach seiner Eröffnung, 1947. Das Kino steht bis heute an der Landstrasse auf dem inzwischen dicht bebauten Wettinger Feld. 1997 erfolgte der Umbau in ein Triplex-Kino. 2022 wurde das Elite geschlossen.

semble in das neu ausgebaute Theater Tuchlaube wechseln.

Kleintheater provozieren

Ab 1972 intensivierte sich die Zusammenarbeit der Aargauer Theater. Unter der Leitung von Jean Grädel kam in der Saison 1972/73 die Inszenierung «Eisenwichser» des in der Schweiz tätigen deutschen Dramatikers Heinrich Henkel (1937–2017) auf die Bühne, koproduziert von den drei Bühnen Innerstadtbühne Aarau, Claque Baden und Kleine Bühne Zofingen, die seit 1971 bestand. Bald schon wirkte auch das seit 1967 existierende Kellertheater Bremgarten bei der kantonalen Zusammenarbeit verschiedener Theaterbühnen mit. Die Zusammenarbeit erwies sich hinsichtlich der Inhalte und Fördergelder als erfolgreich. Die beiden von Laien programmierten Theater in Bremgarten und Zofingen profitierten von der Professionalität aus Aarau und Baden.[83]

Die Zeit zwischen 1965 und 1975 kann für den Aargau bezüglich Theater als schöpferische Phase betrachtet werden. Schauspielerinnen und Schauspieler, Dramaturgen und Autoren erhielten durch die neuen Bühnen die Möglichkeit, abseits der Stadttheater zu experimentieren.[84] Sie waren zudem mit weiteren Bühnen ihrer Art in der ganzen Schweiz vernetzt und kamen so zu Austauschen und Auftritten. Gemeinschaftsproduktionen der beiden Kleintheater Aarau und Baden zwischen 1975 und 1980 wie 1975 Fernando Arrabals (*1932) «Und sie legen den Blumen Handschellen an» (Regie: Jean Grädel) entwickelten über den Aargau hinaus Bekanntheit, etwa in Chur, wo das Stück aus politischen Gründen nicht aufgeführt werden durfte. Der Leiter des Stadttheaters verhandelte gerade eine Erhöhung der Subventionen und fürchtete, das als blasphemisch, obszön oder pervers kritisierte Stück könnte die Verhandlungen negativ beeinflussen.[85]

Im Jahr 1976 antwortete die Claque mit «Gebt sie mir wieder meine schwarzen Puppen» auf den Nestlé-Skandal. Das Stück reagierte auf die ab 1974 stark kritisierte Vermarktung von Säuglingsnahrung. Es stiess «auf wütende Ablehnung und lebhafte Zustimmung» und wurde in der Folge mehrfach zensuriert – beim Schweizer Fernsehen zum Beispiel «auf Drängen der Firma Nestlé».[86] Der Vorwurf der Ideologisierung und gleichzeitige finanzielle Herausforderungen machten auch dem Theaterleiter der Aarauer Innerstadtbühne, Peter Schweiger (*1939), zu schaffen. Er verliess Aarau Ende der Saison 1977/78.[87]

Das provokante Theaterschaffen litt gegen Ende der 1970er-Jahre finanzielle Not, und Spendenaktionen halfen, das Schlimmste abzuwenden.[88] Der Auftakt zur in den 1980er-Jahren vollends einsetzenden Theaterkrise wurde durch einen Skandal der Innerstadtbühne Aarau in Form von nackten Brüsten und einer Penisattrappe ausgelöst, der ein behördliches Nachspiel hatte und 1980 zur Auflösung des Ensembles führte.[89] Eine Volksabstimmung zur Erhöhung der Beiträge an die Innerstadtbühne scheiterte. «Das Ende einer institutionalisierten Alternative» wurde mit der Auflösung des Vereins Innerstadtbühne am 29. Oktober 1981 endgültig besiegelt.[90]

Die Theaterszene litt auch in den 1980er-Jahren unter Konkurrenz und stagnierenden Publikumszahlen. Dagegen gab es trotz Tagungen zur Dauerkrise des Theaters kein Rezept. Das Kuratorium versuchte mit gezielter Unterstützung von Projekten und besserer Vermarktung, die professionellen Truppen und etablierten Bühnen zu stärken,[91] konstatierte jedoch mit einer gewisser Ratlosigkeit, aufgrund begrenzter Finanzen kaum mehr für die Theater tun zu können.[92] Für die Theaterschaffenden war diese Misere «zermürbend», insbesondere weil keine festen Arbeits- und Vorstellungsräume zur Verfügung standen.[93]

Spiel für Kinder und Jugendliche

«In den letzten drei Jahren ist im deutschsprachigen Theater so etwas wie ein Boom ausgebrochen: alles redet vom Kinder- und Jugendtheater, vom Schulspiel, von einer neuen Betrachtungsweise und Methodik der Kunstdidaktik»,[94] war 1975 in der Broschüre «KleinTheaterArbeit» vonseiten Innerstadtbühne Aarau zu lesen. Tatsächlich hatte die Claque bereits 1971 zum ersten Mal mit der Bezirksschule Wettingen einen achtmonatigen Schultheaterkurs durchgeführt. Nach weiteren aktiven Versuchen war 1974 die Schaffung einer kantonalen Schultheater-Beratungsstelle in der Badener Kronengasse möglich. Wenig später kam ein erstes Stück der Claque zur Aufführung, das für Kinder produziert worden war.[95]

Für das Theaterspiel mit Kindern wurden von den Initianten zahlreiche Gründe angeführt. Der Nachwuchs sei in den heutigen kleinen Wohnungen in seiner Bewegung stark eingeschränkt, die Kleinfamilie ermögliche nur wenige Begegnungen, gleichzeitig erlebe jedes Kind eine Fülle von Sinneseindrücken aus Fernsehen, Radio, Heften, Plakatwänden, welche die Fantasieentfaltung mindere. Eine gesamtheitliche Entwicklung der Kinder könne durch Theater befördert werden, war sich Peter Schweiger, Leiter der Innerstadtbühne Aarau, sicher. Aus der Claque entstand 1976 schliesslich das Kinder- und Jugendtheater Spatz & Co., initiiert und geleitet durch Jean Grädel und Schauspielerin Lilly Friedrich (*1946). Die freie Gruppe inszenierte Jugendstücke, die Themen im Zusammenhang mit dem Erwachsenwerden aufnahmen, und spielte sie direkt an den Schulen. Sie hatte bis 1993 Bestand, und ihr Erbe wurde von der Gruppe Zamt & Zunder bis in die 2010er-Jahre weitergeführt.[96]

Grädel blieb im Feld der Kinder- und Jugendtheater aktiv und gründete zusammen mit Westschweizer Kollegen eine schweizerische Sektion der Internationalen Kinder- und Jugendtheatervereinigung. Zudem veranstaltete er 1979 das erste schweizerische Jugendtheatertreffen in Bremgarten.[97] Auch für das Laienschauspiel der Erwachsenen war 1979 ein wichtiges Jahr: Im Mai wurden in Baden die zwei bestehenden Gesellschaften für Theaterverbände zum Zentralverband Schweizer Volkstheater fusioniert.[98]

Kinokultur im Kanton Aargau

Zahlenmässig ist das Jahr 1963 der Höhepunkt für

die Kinos im Kanton Aargau. Insgesamt 41 Säle gab es damals. Zwei Jahrzehnte davor waren es erst 16, zwei Jahrzehnte später nur noch 30.[99] Der Aargau ist damit statistisch kein Ausreisser. Nach dem Zweiten Weltkrieg entfaltete der Film als Massenmedium seine Wirkkraft. In den 1950er-Jahren war das Kino der einzige Ort, an dem Filme und dazu die Wochenschau als Vorläuferin der späteren «Tagesschau» im Fernsehen angeschaut werden konnten.[100] Nach dem Zweiten Weltkrieg etablierte sich der Film als Kunstform, und so entstanden Kulturfilmvereine wie 1956 die Kulturfilmgemeinde Bremgarten, die 1962 190 Mitglieder zählte und monatlich einen ausgewählten Film zeigte. Tierfilme seien am besten angekommen.[101] Die einzelnen Kinos programmierten unterschiedliche Arten von Filmen. So galt das «Rössli» in Reinach als «Räuberkino», analog in Wettingen das «Orient» oder in Wohlen das «Capitol» als «Revolverküche». Im Kino Sommer in Reinach hingegen schaute man eher hochstehende Filme. Umso grösser war das Erstaunen, als gerade in diesem Kino im Jahr 1968 der deutsche Sexualaufklärungsfilm «Das Wunder der Liebe» zu sehen war. Ebenfalls ins Programm genommen hatte den Film das Kino Sterk in Baden. Es machte damit guten Umsatz mit Gästen aus Zürich, denn der Film war dort ebenso wie in Luzern gänzlich verboten. In Reinach sei das «Sommer» sieben Wochen ausverkauft gewesen, in Baden spielte der Film 13 Wochen lang jeweils mittags und abends unzensiert.[102]

Doch auch im Aargau bestanden zwischen 1957 und 1970 Zensurvereinbarungen, die den Jugendschutz in der kantonalen Filmverordnung von 1953 ergänzten. Als der Badener Peter Sterk (*1945) 1965 als Zwanzigjähriger in das gleichnamige Familienunternehmen eintrat, erlebte er Zensurvorführungen: Lehrer, Pfarrer und Kinobetreiber sassen im Saal. Wenige Filme wurden verboten, bei einzelnen Filmen Kürzungen unpässlicher Szenen vorgenommen.[103] Bereits 1968 wurden die Vereinbarungen allerdings als reif zur Abschaffung taxiert.[104] 1970 hob der Regierungsrat die Zensur unter Beibehaltung des Jugendschutzes auf, traf allerdings weitere Vereinbarungen mit dem Aargauischen Lichtspieltheaterverband, was umgehend in den Medien kritisiert wurde.[105]

Ab 1960 explodierten die Fernsehkonzessionen in der Schweiz. Bis 1970 hatten über 1,2 Millionen Haushalte einen solchen Apparat.[106] Das grosse Landkinosterben begann. Eines der Kinos, die stillgelegt wurden, war das «Rex» in Wildegg. Die Infrastruktur wurde aber als Abrissprojekt 1985 weiterhin benutzt: als Probelokal für die eben gegründete Theatertruppe Theaterunser.[107] In Aarau formierte sich auch eine Gegenbewegung: Interessierte junge Männer zeigten ab 1974 in wechselnden Lokalen unter dem Titel «Freier Film» Werke, die zu Diskussionen anregten; so zum Beispiel 1980 das politische Video «Züri brännt». Seit 1994 besitzt der «Freie Film» eigene Räumlichkeiten in Aarau.[108]

Unternehmen wie die Sterk Cine AG in Baden konnten durch den Betrieb mehrerer Häuser verschiedene Publika bedienen und flexibel auf neue Bedürfnisse reagieren. So wurde das 1947 eröffnete Grossraumkino Elite in Wettingen bereits 1997 zu einem Triplexkino umgebaut, in den 1990er-Jahren wurde im Juli im Badener Kurpark ein Open-Air-Kino betrieben, 2002 entstand anstelle einer ehemaligen Werkhalle der BBC der Kinomultikomplex Trafo mit fünf Sälen und einer Bar.[109] Dieselbe Entwicklung ist auch in Schöftland zu beobachten, wo 1999 das «Cinema 8» entstand, das 2014 zu einem Fünfsaalkino und Eventort umgebaut wurde.[110] Den Wandel hin zum Mehrfachanbieter machten in den 2000er-Jahren auch die Kinos Odeon in Brugg, das «Monti» in Frick, das Atelierkino TaB in Reinach sowie das «Orient» in Wettingen, die heute alle Restaurant, Barbetrieb und Kulturveranstalter mit Programmkino sind.

Kunst für alle ab 1970

Kultur wird popularisiert und gefördert

Das aargauische Kulturgesetz entfaltete in den 1970er-Jahren seine Wirkung als Instrument zur Förderung neuer Formen in der Kunst. So konnte eine kulturelle Infrastruktur für verschiedene Sparten geschaffen werden. Die Institutionen professionalisierten sich zunehmend, sodass auch im Kanton Aargau eine Existenz als Künstlerin oder Künstler möglich wurde und produktive Netzwerke entstanden. Die Vorstellung davon, was gute Kunst sei, pluralisierte sich nicht zuletzt mit verschiedenen Anlässen und Aktionen, die die Bevölkerung aktiv einbezogen. — *Annina Sandmeier-Walt und Ruth Wiederkehr*

Institutionalisierung von Kulturgeldern

Als das neue aargauische Kulturgesetz am 1. April 1969 in Kraft trat, war der Kanton Aargau nicht der erste Kanton, der kulturelle Belange gesetzlich regelte – in anderen Kantonen wie Basel-Landschaft (1963), Zug (1965), Graubünden (1965) und Solothurn (1967) gab es bereits Kulturgesetze, allerdings mit unterschiedlicher Reichweite und anderen Förderungsbereichen.[111] Der Aargau war jedoch der einzige Kanton der Schweiz, der die Ausgaben für den Kulturbereich gesetzlich mit dem Kulturprozent festlegte. Grundlegend neu und einzigartig in der Schweiz war auch das Konzept eines Kuratoriums, das unabhängig von politischer Einflussnahme über die Förderung von Kultur entscheiden sollte.[112] Dennoch war die Zusammensetzung des Kuratoriums Sache der Politik, und so gab es ein Tauziehen um dessen Mitglieder, insbesondere um die ausserkantonalen Fachpersonen, bis endlich am 28. Oktober 1969 die konstituierende Sitzung des elfköpfigen Kuratoriums unter dem Präsidium von Markus Roth stattfinden konnte.[113]

Aargauer Kuratorium in der Zwickmühle

Die Arbeit im Kuratorium war zu Beginn durch Pragmatismus geprägt, was einerseits am äusserst begrenzten verfügbaren Budget lag, andererseits am Zeitdruck.[114] Denn bereits in der ersten Sitzung lagen Gesuche um Unterstützung vor, die ursprünglich an den Lotteriefonds gerichtet waren. Nicht nur musste das Kuratorium diese übernehmen; ganz allgemein gab es Tendenzen aus der Verwaltung des Erziehungsdepartements, Ausgaben für kulturelle Belange aus dem ordentlichen Budget über das Kulturprozent abrechnen zu wollen. Dagegen wehrte sich das Kuratorium.[115] So war es in den ersten Jahren seiner Tätigkeit neben der Flut von Gesuchen vor allem mit dem Abbau von Ausgaben der Denkmalpflege, mit Abgrenzungsfragen gegenüber der Regierung und Verwaltung sowie anderen Kulturförderern wie der Pro Argovia beschäftigt.[116] Darüber hinaus musste sich das ehrenamtlich arbeitende Gremium eigene Arbeitsstandards setzen. Zentral blieben die Frage knapper Finanzen und letztlich die Problematik institutionell gebundener Beiträge, die das Kuratorium zu leisten hatte und die im Vergleich zur individuellen Unterstützung von Kunstschaffenden beträchtliche Mittel absorbierten. Gleichzeitig waren die Erwartungen gerade aus den Gemeinden gross, was die individuelle Unterstützung für kultureller Anliegen betraf. Absagen auf dieser Ebene bargen politischen Sprengstoff.[117] Die Arbeit des Kuratoriums war ein Drahtseilakt zwischen Kulturschaffenden, Gesellschaft und Politik.

Welche Kultur soll gefördert werden?

Die Entwicklung der Professionalisierung von Kulturförderung, Kulturschaffen und der Erhaltung von Kulturgut hatte sich bereits in den 1960er-Jahren abgezeichnet. Sie erhielt vom Kulturgesetz und

den neuen gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen entscheidenden Aufwind. Kunstschaffende sahen jedoch zum Teil mit Argwohn auf die Verteilung der Fördergelder und kritisierten den vergangenheitsorientierten Fokus, den der Kanton mit seinen Zahlungen an die Denkmalpflege verfolgte. So wurde das neue Kulturgesetz kurz nach seiner Einführung von mehreren Kulturschaffenden auch öffentlich kritisiert. Die Lyrikerin Erika Burkart (1922–2010) beispielsweise bezeichnete es als «eher museal denn musisch».[118] Gefordert wurde vor allem vermehrte Unterstützung von Kunstschaffenden aller Sparten.

1978, nach zehn Jahren Kulturgesetz, luden die Pro Argovia und das Philipp-Albert-Stapfer-Haus dazu ein, im 16. Aargauer Gespräch über «Kulturgesetz und Wirklichkeit» Bilanz zu ziehen.[119] An dieser Tagung, an der Kulturschaffende, Personen aus der Kulturförderung und Politik diskutierten, zeichnete sich ab, dass mehr Aktivität des Kuratoriums gewünscht wurde. Einerseits war damit vermehrte Vermittlungstätigkeit und bessere Kommunikation zwischen Kuratorium, Kulturschaffenden und der Bevölkerung gemeint, andererseits sollte das Kuratorium kulturpolitisch tätig sein können. Kritische Stimmen orteten im Kulturgesetz den Grund für eine fehlende kulturpolitische Auseinandersetzung.[120] Obgleich nun mehr Geld für das Kulturschaffen vorhanden war, hatten sich die Lebensumstände von Kunstschaffenden kaum gebessert.[121] Gerade in der bildenden Kunst, so eine weitere Replik, klaffe der «Graben abgrundtief», und es würden «elitäre Werke für elitäre Zirkel» geschaffen, ohne diese für ein allgemeines Publikum verständlich zu vermitteln.[122]

Andere Stimmen mahnten, im Aargau gebe es ein kulturelles Überangebot, dem langfristig das notwendige Publikum fehlen würde. Es wurde befürchtet, das herrschende Kulturangebot sei zu überbordend und zersplittert, um überleben zu können. Das private Fernsehen und die verbesserte Mobilität in die grösseren Städte anderer Kantone stünden in Konkurrenz dazu. Hinzu kamen die hohen Ansprüche des Publikums, aber auch das Versagen moderner Kunst, grössere Bevölkerungsgruppen anzusprechen.[123]

Kuratorium, Lotteriefonds und weitere Gefässe

Der Kanton Aargau blieb zu Beginn der 1970er-Jahre der einzige Kanton der Schweiz, der die Geldbeschaffung für die Kultur gesetzlich festgelegt hatte. Andere Kantone hatten sich mit Gesetzen zur Förderung der Kultur verpflichtet – die Höhe des Finanzeinsatzes blieb jedoch Sache der Budgetierung im Parlament. Der Bericht der eidgenössischen Expertenkommission «Beiträge für eine Kulturpolitik in der Schweiz», auch «Clottu-Bericht» genannt, konstatierte allerdings bereits 1975, dass so zwar «eine Mindestbeteiligung der öffentlichen Hand» gesichert sei. «Aber das Aargauer Beispiel zeigt gleichzeitig, dass ein einziges Steuerprozent nicht ausreicht.»[124] Ungeachtet dessen wurde das Kulturprozent im Aargau erst zu Beginn der 1990er-Jahre erstmals ausgeschöpft. Über die Höhe der Beiträge entschied der Grosse Rat jährlich auf Antrag der Regierung. Neben den als zu niedrig kritisierten staatlichen Gesamtausgaben für Kultur war auch der Verteilmodus wieder Gegenstand von Debatten. Ein grosser Teil des Kulturprozents war für erhaltende und vergangenheitsbezogene Kulturförderung reserviert. Dies hatte der aargauische Regierungsrat bereits 1939 bei der Vergabe von Geldern aus dem Lotteriefonds konstatiert.[125] Kritik dieser Art hielt sich bis in die 1990er-Jahre, als noch immer ein «offensichtliche[s] Übergewicht» der Ausgaben für Kulturpflege festgestellt wurde.[126]

Trotzdem gelten die 1980er-Jahre als Zeit der Konsolidierung, in der sich das Kuratorium stetig für den Ausbau des Budgets einsetzte, um die Bedürfnisse der Kulturinstitutionen und deren Weiterentwicklung zu finanzieren.[127] Die Institutionalisierung der Kultur und mit ihr die an Institutionen gebundenen Beiträge nahmen stetig zu, ebenso die Flut an Einzelgesuchen an das Kuratorium, mit denen die ebenfalls steigenden Fördergelder jedoch nicht mithalten konnten. Knapp ein Drittel der Beiträge für Kulturförderung standen dem Kuratorium 1991 für individuelle Gesuche zur Verfügung.[128]

Neben dem Kuratorium existieren noch andere Gefässe, aus denen Kultur im Aargau finanziert wurde und wird. Institutionen wie die Kantonsbibliothek, das Kunsthaus und die historische sowie die ur- und frühgeschichtliche Sammlung werden vom Staat ausserhalb des Kulturprozents gespeist.[129] Mit dem 1938 errichteten und ab 1939 «zu einem erheblichen Teil» für «kulturelle Zwecke» verwendeten Lotteriefonds, später Swisslos-Fonds, verfügt der Regierungsrat über ein wichtiges Mittel der Kulturförderung.[130] Über die Verwendung der Lotteriegelder gab es immer wieder Diskussionen im Grossen Rat, der den Regierungsrat dafür kritisierte, dass er die vorhandenen Mittel nicht in vollem Umfang und entsprechend ihrer Zweckgebundenheit einsetzen würde.[131] Weitere Staatsanstalten traten kulturfördernd auf, wie beispielsweise die Aargauer Kantonalbank, die von 1978 bis 2006 alle zwei Jahre einen Literaturpreis im Wert von 25 000 Franken entrichtete.

Städte fördern Kultur

Kulturförderung war und ist grundsätzlich subsidiär aufgebaut. Ausgehend von der Annahme, dass Kultur in kleinen Gemeinschaften stattfindet, galt und gilt die Reihenfolge Gemeinde, Kanton und Bund. In vielen Kantonen mit grösseren städtischen Zentren überwiegen die Ausgaben der Städte und Gemeinden die Kulturbudgets der Kantone. Im Aargau ist das anders. Hier übertrifft die kantonale Förderung jene der Gemeinden.[132] Gleichwohl machte die Kulturförderung in Gemeinden, vor allem in Städten, eine grosse Entwicklung durch. Vielerorts wurden Kulturkommissionen, später auch Kulturkonzepte geschaffen. Ab den 1970er-Jahren waren die Bevölkerungszahlen in Kleinstädten wie Zofingen rückläufig, und die Stadt als regionale Zentrumsgemeinde verlor an Attraktivität. Das Kulturangebot im kleinstädtischen Bereich galt zunehmend als wichtiger Standortfaktor und die Kulturförderung als eine der Hauptaufgaben für das Jahrzehnt. In den 1980er-Jahren entwickelte Zofingen ein Kulturkonzept und definierte Aufgabenbereiche der städtischen Kulturpolitik, zu denen die Bereitstellung

488 Christa Wälchli-Patzen (*1938) mit einer Auswahl Fricker Kunstkeramik für die Mustermesse 1962. Die Werke befinden sich in der Sammlung von Heinz Acklin (*1947). Diese dokumentiert mit rund 3000 Stück Fricker Töpferwaren die einst rege Keramikproduktion im Fricktal von 1940 bis 1980.

489 Frühstück im Frauenzentrum, kurz nach der Eröffnung 1981. Weder die Stadt Baden noch umliegende Gemeinden wollten damals einen Beitrag zur Gründung eines Frauenzentrums sprechen. Nach wiederholten Anträgen sprach die Stadt Baden 1988 erstmals kleinere Beiträge.

490 Blick in den Lesesaal der neu eröffneten Kantonsbibliothek, der sich in den vergangenen sechzig Jahren kaum verändert hat, 1959.

491 Gemäldegalerie in der Villa Langmatt zu Beginn der 1990er-Jahre. 1990 öffnete das Museum Langmatt seine Tore für Kunstinteressierte und präsentiert als kultureller Aargauer «Leuchtturm» eine bedeutende Sammlung französischer Impressionisten.

von Infrastruktur, die Subventionierung privater Kulturaktivitäten und die Dokumentation von Vergangenheit und Gegenwart gehörten.[133] 1982 beispielsweise wurde das Zofinger Kunsthaus durch die Schenkung der Familie Haller realisiert.

Auch in Zurzach waren die 1970er-Jahre Zeiten des Umbruchs. Bereits 1958, lange vor dem kantonalen Kulturgesetz, führte die Gemeinde das Kulturprozent ein. Eine Kulturkommission konnte fortan ein Steuerprozent für kulturelle Förderung vergeben. Berücksichtigt wurden dabei primär die Malerei und die Plastik sowie klassische Konzerte. Ab 1970 gab es – wie anderswo – tiefgreifende Veränderungen in den Vereinsstrukturen der Laienkultur. Traditionelle Gesangs- und Theatervereine verschwanden fast ganz. Zugleich gab es neue private Initiativen wie 1978 die Eröffnung eines Kulturzentrums auf Schloss Bad Zurzach, wo bis 2010 die Bilder des deutschen Künstlers August Deusser (1870–1942) ausgestellt waren, oder die 1971 eröffnete Galerie Zum Elephanten (heute Mauritiushof).[134]

Ganz allgemein standen und stehen Kulturförderung und Kulturpolitik unter konstantem Druck, gerade an Orten und Regionen, wo keine grösseren Kulturhäuser beheimatet sind. Ausgaben für Kultur sind abhängig von politischen Konjunkturen und werden in regelmässigen Abständen von verschiedenen Gruppierungen hinterfragt. Besonders in Baden und Aarau gab es aber früh eine eigenständige Kulturpolitik, die jedoch primär eine Zentrumspolitik blieb. Ideen, die städtische Kulturförderung zu regionalisieren und Synergien mit verschiedenen Gemeinden zu schaffen, etwa gar mit einem regionalen Kuratorium, wurden von der Politik kaum aufgegriffen.[135]

Lokale und private Kulturförderung

Regionale Kulturförderung gibt es nach wie vor kaum im Kanton Aargau. Die Einbindung der Agglomerationen in die Kulturpolitik hat bisher nicht stattgefunden.[136] Kulturträger in der Aargauer Peripherie waren und sind meist Stiftungen und Gemeinden, die mit Kultur die Dorfgemeinschaft beleben und ihre Orte mittels kultureller Anlässe auch zum Anziehungspunkt für auswärtiges Publikum machen. Am Beispiel der Kulturstiftung St. Martin in Muri lässt sich diese Entwicklung von der 1969 gegründeten Kulturstiftung bis zum kulturellen Aargauer «Leuchtturm» ab 2011 nachzeichnen (siehe «Leuchtturm», S. 527 und 531).[137] Als weiteres Beispiel kann die «Zähnteschüür» in Oberrohrdorf dienen. Hier verwandelte man 1982 ein historisches Haus in eine Mehrzweckanlage. Eine vom Gemeinderat gewählte Kulturkommission sorgt für Planung, Organisation und Durchführung kultureller Veranstaltungen wie Lesungen, Theateraufführungen, Ausstellungen und Konzerte.[138] Diese Kulturlokale in den Regionen des Aargaus werden zumeist vom ehrenamtlichen Engagement einzelner Personen getragen.

Private Kulturförderung ist im Aargau im interkantonalen Vergleich schwach ausgebildet. Dies ist unter anderem in der Aargauer Gesellschaft begründet: Der Anteil vermögender Personen ist im Aargau unterdurchschnittlich, es gibt kaum Stiftertraditionen von wohlhabenden Familien oder Unternehmen, und es mangelt an Identifikationsmöglichkeiten mit dem Kanton. Auch wirtschaftliche und rechtliche Voraussetzungen tragen dazu bei: Neben administrativen und steuerlichen Hürden für Stiftungen und Vereine ist auch die Banken- und Unternehmenslandschaft wenig geeignet für regionale Kulturförderung.[139] Gleichwohl gab es 2019 im Kanton Aargau 115 Stiftungen für kulturelle Zwecke. Diese und zu einem erheblichen Teil auch ausserkantonale Stiftungen leisten bis zu einem Viertel der gesamten Unterstützungssumme kantonal geförderter Projekte.[140] Zu erwähnen ist auch die private Kulturförderung von staatsnahen Institutionen wie dem Kunstverein, der gemeinsam mit dem Kanton das Kunsthaus trug, oder der Pro Argovia. Ein ausgeprägtes Mäzenatentum als Träger grösserer kultureller Vorhaben aber fehlt im Aargau.[141]

Profilierung des Kunsthauses

Im Aargau sind die grösseren Kulturinstitutionen zumeist in staatlicher Hand. Sie wurden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts etabliert. Das 1959 eröffnete Kunsthaus in Aarau entwickelte unter seinem zweiten Direktor, Heiny Widmer (1927–1984), ab 1970 ein «unverwechselbares Profil».[142] Widmer verstärkte den Fokus auf die Gegenwartskunst und förderte nichtetablierte Schweizer Kunst. Sein Renommee und seine gute Vernetzung liessen Widmer Skandale um Unterschriftenfälschung und Rechnungsmanipulationen zugunsten des Kunsthauses überstehen.[143] Die erfolgreiche Ausstellung «Übersicht» von 1983 zeigte dem breiten Publikum, welche Kunst der Kanton Aargau seit Bestand des Kuratoriums gefördert hatte. Widmers Nachfolger Beat Wismer (*1953) gelang es mit seiner Ausstellungstätigkeit, das Aargauer Kunsthaus national und auch international bekannt zu machen. Noch stärker richtete er die Sammlungstätigkeit auf neuste Kunst, insbesondere Schweizer Kunst, aus. Es brauchte mehrere Anläufe und viel Hartnäckigkeit, bis der Grosse Rat im Jahr 2000 einem Erweiterungsbau des Kunsthauses zustimmte. Im langjährigen Tauziehen um die Finanzierung hatte zuletzt sogar die Stadt Baden einen Kredit in Aussicht gestellt – unter der Bedingung, dass die Erweiterung des Kunsthauses in Baden realisiert würde.[144]

Zeitgleich mit der Profilierung des Kunsthauses entstanden private Galerien im Aargau, die sich auf zeitgenössische Kunst spezialisierten. Eine der ersten war die 1960 in Lenzburg eröffnete Galerie des Malers und Sängers Josef Raeber (1923–2012) aus Muri (siehe «Galerien», S. 521). Um die Jahrtausendwende öffneten auch Museen dank Sammlungstätigkeiten Privater oder Kunsträume zwecks Präsentation von Werken einzelner Künstlerinnen und Künstler. Ein Beispiel für Ersteres ist das 1990 eröffnete Museum Langmatt, das die impressionistische Gemäldesammlung von Sidney (1865–1941) und Jenny Brown-Sulzer (1871–1968) in deren ehemaliger Villa der Öffentlichkeit zugänglich machte.[145] Ein anderes Beispiel ist das Atelierhaus und der Skulpturengarten des Bildhauers Erwin Rehmann (1921–2020) in Laufenburg.[146] Eine Spende ermöglichte 2001 den Bau

und die Eröffnung des Rehmann-Museums, in dem Rehmanns Werke, aber auch Wechselausstellungen anderer Künstler präsent sind. Grosse Herausforderungen stellen sich oft bei der langfristigen Finanzierung solcher Einrichtungen.[147]

Bücher als Bildungsmittel für alle

Das Schulgesetz von 1940 sah vor, dass der Kanton die «Volksbibliotheken» unterstützen sollte.[148] Auf diesen Gesetzesparagrafen stützte sich die Motion von 1971, die das öffentliche Bibliothekswesen fördern und ausbauen wollte, mit folgender Begründung: «Das öffentliche Bibliothekswesen ist jenes Kulturgebiet, auf dem mit geringen Mitteln eine grosse Breitenwirkung erzielt wird. Von der Bildung jedes einzelnen hängt der Stand der Kultur des Landes ab. Die Bibliothek gehört deshalb in jede Gemeinde.»[149]

In Folge der Umsetzung dieser Forderungen wurden 1975 die Aargauische Bibliothekskommission gebildet sowie ein Bibliotheksplan ausgearbeitet und 1982 publiziert. Ähnlich wie in der Motion klang es im Clottu-Bericht von 1975, der die Bibliotheken als wichtiges Instrument zur «Demokratisierung der Kultur» bezeichnete und in dessen Folge das Philipp-Albert-Stapfer-Haus 1976 eine Tagung zum Thema «Kulturvermittlung und Animation culturelle am Beispiel der allgemeinen öffentlichen Bibliotheken» organisierte.[150] Zu dieser Zeit gab es im Aargau etwa 110 Stadt-, Gemeinde- und Schulbibliotheken, von denen aber nur siebzig als aktiv und funktionstüchtig eingestuft wurden.[151] Statistische Erhebungen ergaben grosse Unterschiede in den Ausleihfrequenzen einzelner Bezirke. Bei angestrebten zwei Ausleihen pro Einwohnerin beziehungsweise Einwohner lag der Aargauer Schnitt im Kalenderjahr 1978 bei 1,83, wobei Baden mit 2,88 Ausleihen Spitzenreiter war, Muri bildete mit 0,03 das Schlusslicht.[152] Zum Vergleich war es im Jahr 2017 eine kantonsweite Ausleihfrequenz von fünf Medien pro Person – inklusive der seit 2012 in der Kantonsbibliothek erhältlichen E-Books.[153] Bis zur Jahrtausendwende veränderte sich in der Bibliothekslandschaft Aargau vieles. Der Buchbestand verdoppelte sich in dieser Zeit, ebenso die Ausleihzahlen auf Medien.[154] Insbesondere die Städte investierten in ihre Bibliotheken und leisteten der Professionalisierung Vorschub.[155]

Eine besondere Rolle nahm die Kantonsbibliothek ein, die gerade im Hinblick auf die Errichtung einer aargauischen Hochschule zu Beginn der 1970er-Jahre mit wissenschaftlicher Fachliteratur hätte ausgebaut werden sollen.[156] Auch ohne Aargauer Universität bezeichnet sie sich als «Studien- und Bildungsbibliothek», die der «Förderung der wissenschaftlichen und kulturellen Bestrebungen sowie der allgemeinen Bildung dient» sowie als «bibliothekarisches Kompetenzzentrum».[157] Im Gegensatz zur ursprünglichen Fassung hob das Kulturgesetz von 2009 das Bibliothekswesen ganz explizit als Förderbereich des Staates hervor.[158] Im Kulturkonzept von 2017 sind die rund neunzig Aargauer Bibliotheken – jede zweite Gemeinde verfügt über eine Bibliothek – als förderungswürdige Kulturinstitutionen integriert.[159] Das Entwicklungskonzept von 2015 zeigte allerdings auch die Schwächen des Aargauer Bibliothekswesens auf: Die Vernetzung unterschiedlicher Bibliothekstypen – wissenschaftliche Bibliotheken sowie Schul- und Gemeindebibliotheken – funktionierte nicht optimal, und der Kernauftrag blieb letztlich unklar. Bereits im Jahresbericht 2004 wurde geklagt, dass Ressourcen personell wie finanziell knapp seien und ganz generell eine Lobby auf politischer Ebene fehle.[160]

Kampf um die Förderung alternativer Kultur

Kulturelle Veranstaltungen wurden auch abseits des Mainstreams in alternativen Formen organisiert. Bereits in den 1970er-Jahren war in Baden die Frauenbefreiungsbewegung aktiv (siehe «Frauenbewegung», S. 245 und 249). In diesem Umfeld entstand 1981 ein Frauenzentrum, das bis 1996 existierte.[161] Diese Räumlichkeiten waren nicht nur ein «Treffpunkt, der allen Frauen offensteht», sondern auch ein «Ort für Veranstaltungen und Kurse jeder Art».[162] In der Zeit seines Bestehens organisierte das Frauenzentrum Veranstaltungen mit Künstlerinnen und Theaterfrauen. Diese stellten ihre Werke vor und debattierten darüber. Auch Theater- und Musikaufführungen wurden organisiert, beispielsweise in Zusammenarbeit mit der Claque Baden. Dreimal fanden Frauenkulturwochen statt, an denen Musikerinnen, Theaterschaffende, Tänzerinnen und Kabarettistinnen auftraten.[163]

«Angst vor dem Atomkrieg, aufkeimendes ökologisches Bewusstsein, staatliche Fichierwut, Wohnungsnot, enges Kulturverständnis – es lag Spannung in der Luft, damals, Anfang der 80er-Jahre.» So beschrieb Stefan Ulrich (*1965) die Situation der Jugendlichen im Baden der 1980er-Jahre.[164] Dort war die Wohnungsnot spürbar, und der Abriss von Häusern löste Besetzungsaktionen aus. Der Spielraum für die die alternative Kulturszene wurde immer knapper: Musikveranstaltungen im Kornhaus-Jugendhaus wurden untersagt, der vorübergehend besetzte Schlachthof geschlossen und das Streule-Areal gerichtlich blockiert.[165] In Aarau waren Zwischennutzungen wie die Merz-Fabrik oder der Glockenhof nicht nachhaltig, die Zukunft des Ziegelrain 18 unsicher. Es fehlte ein Zentrum für zeitgenössische, alternative und populäre Kultur mit Atelier-, Übungs- und Konzerträumen.[166] Man sah, dass die Kulturbedürfnisse eines Bevölkerungsteils nicht befriedigt wurden mit der Folge, dass dieser seine Bedürfnisse ausserkantonal, vor allem in Zürich, stillte. Es entstanden Vereine wie die Interessengemeinschaft Kulturzentrum Baden (Ikuzeba) oder die Interessengemeinschaft Kultur in der Futterfabrik (KiFF) in Aarau. Diese hatten es sich zum Ziel gesetzt, ein Kulturzentrum zu realisieren. Mit unzähligen Stunden Freiwilligenarbeit, Kooperationen und der Zusammenarbeit mit Kulturschaffenden entstand schliesslich eine breite Bewegung, die auf dem Areal der Firma Kunath Futter AG in Aarau das KiFF entstehen liess (siehe «Jugendbewegungen», S. 473f.).[167]

Erwachsenenbildung als Kulturbestandteil

Im Kulturgesetz von 1968 wurde die Erwachsenenbildung explizit als Förderbereich definiert. Die gesetzliche Verankerung ermöglichte die staatliche Finanzierung längst bestehender Institutionen und Initiativen zu lebenslangem Lernen im Aargau – so die seit den 1920er-Jahren entstehenden Volkshochschulen oder das Volksbildungsheim Herzberg. Dieses wurde 1936 durch Fritz Wartenweiler (1889–1985) als eine der ersten Heimvolksschulen der Schweiz gegründet und bot nach dem Zweiten Weltkrieg vorwiegend Weiterbildungskurse für Bäuerinnen und Bauern an.[1] Die Gründung der Stiftung Herzberg 1967 sowie die staatliche Kulturförderung ermöglichten ab 1969 eine bauliche Erweiterung und einen Ausbau des Angebots, das weiterhin dem ganzheitlichen Bildungsgedanken des Gründers verpflichtet blieb.[2]

Ab 1961 folgte eine Gründungswelle von regionalen Volkshochschulen in Zofingen, Wettingen, Wohlen und Aarau.[3] Diese schlossen sich 1966 zwecks Erfahrungsaustauschs und Vertretung gemeinsamer Interessen zu einem Dachverband der Aargauischen Volkshochschulen zusammen.[4] Insgesamt elf Volkshochschulen entstanden in allen aargauischen Regionen, die, wie auch der «Herzberg», nach 1969 vom Aargauer Kuratorium unterstützt wurden. Gut fünfzig Erwachsenenbildungsorganisationen bildeten ab 1978 die Interessengemeinschaft IGEB, die später eng mit der Fachstelle Erwachsenenbildung des Aargauer Kuratoriums zusammenarbeitete und durch das Kuratorium mitfinanziert wurde.[5]

Grundlegende Veränderungen in der Finanzierung der Institutionen der Erwachsenenbildung traten mit der Revision des Kulturgesetzes von 2009 in Kraft. Wie bereits seit Längerem gefordert, wurden die Erwachsenenbildung und die kulturwissenschaftliche Forschung vom Geldtopf des Kuratoriums abgekoppelt. Der Kanton finanziert die Institutionen der Erwachsenenbildung nun über individuelle Leistungsvereinbarungen. Der Zweck und die Notwendigkeit einer kantonalen Dachorganisation waren zu dieser Zeit infolge des veränderten Freizeit- und Weiterbildungsverhaltens ebenso wie der Möglichkeiten, welche die Digitalisierung bot, weitgehend überholt. Die IGEB beschloss daher 2019, den Verein aufzulösen.[6]

1 Herzberg 2000, 9.
2 Interessengemeinschaft der Erwachsenenbildungsorganisationen im Aargau 1989, 42f. und Herzberg 2020.
3 Baier 1977, 8f.
4 Pletscher, Schöni 1971, 11.
5 Stiftungsrat Aargauische Kulturstiftung Pro Argovia 1993, 16.
6 AZ, 8.7.2019, Medienmitteilung IGEB.

492 Flugaufnahme des Seminar- und Tagungszentrums Herzberg im Aargauer Jura, 1994. Der «Herzberg» war eine der ersten Heimvolksschulen der Schweiz und engagiert in der Erwachsenenbildung.

493 Das Tagungszentrum Herzberg widmet dem Aargauer Komponisten Ernst Widmer (1927–1990) 2002 eine Ausstellung. Widmer wanderte 1956 nach Bahia, Brasilien, aus und prägte dort das zeitgenössische Musikschaffen. Er hinterliess rund 280 Werke mit und ohne Opuszahl.

Neue Formen in der Kunst

Ab den 1970er-Jahren verfügte der Aargau über eine kulturelle Infrastruktur, die für einen Kanton ausserhalb der grossen Zentren beachtlich war: Die Bühnen ebenso wie die Vereinskultur ermöglichten Spielraum, den ausgebildete Musiker oder Schauspielerinnen zu nutzen wussten. So engagierten Männer- oder Kirchenchöre zum Beispiel ausgebildete Dirigenten und konnten ihr Niveau dank neuer Methoden wie Einsingen verbessern. Ähnlich entwickelte sich die Professionalisierung auch im Bereich Theater: Hatte der Kanton jahrzehntelang Bühnen, auf denen ausschliesslich Gastspiele auftraten, so formierten sich ab Ende der 1960er-Jahre zahlreiche Truppen mit professionellem Anspruch. Die Claque oder das Tourneetheater M.A.R.I.A waren weit über den Kanton hinaus bekannt und erschlossen Netzwerke, die an die schweizerischen Stadttheater, aber auch ins Ausland reichten. In Kaiserstuhl liess sich der bekannte Regisseur Jon Laxdal (1933–2005) nieder und gründete ein Theater nach seinem Namen, heute Kaiserbühne.[168]

Netzwerke in Musik und Literatur

Das Fehlen eines Zentrums im Kanton animierte Künstlerinnen und Künstler, Netzwerke zu knüpfen, um zu Auftritten zu gelangen. Mithilfe von Erfahrungen aus dem Vereinswirken und des Kontakts zu jungen Sängerinnen und Sängern aus den Gymnasien gründete der Musiker Thomas Baldinger (*1950) in Lenzburg 1979 das Collegium Vocale. Wachsende Kantonsschulen ermöglichten die Gründung verschiedener musikalischer Ensembles, die schliesslich den bereits hundertjährigen Frauen-, Männer, Kirchen- und gemischten Chören in den Gemeinden den Nachwuchs teilweise entzogen und in der Auswahl der Literatur und der Qualität ein höheres Niveau anstrebten.[169] Aus dieser ambitionierten Chorkultur entstanden schliesslich auch neue Anlässe wie 1985 «Ludi vocales» in Lenzburg («Musikalische Begegnungen Lenzburg»). Das Festival verschrieb sich der Alten Musik, lud weltberühmte Musikerinnen und Musiker wie 1988 das Hilliard Ensemble in den Aargau ein und ermöglichte einheimischen Aargauer Ensembles Auftritte.[170]

Auch zwischen der Literatur und den Theatern verdichteten sich die Netzwerke. Der Menziker Autor Klaus Merz (*1945) verfasste seit den 1980er-Jahren für verschiedene Theater Stücke; der Laufenburger Christian Haller (*1943) war 1987 bis 1990 Dramaturg in der Claque Baden, und die im Kloster Fahr wohnhafte Silja Walter (1919–2011) schrieb eine Reihe von Theaterstücken, unter anderem 1954 das zweite Spiel der Wettinger Sternsinger. Die Tanzcompagnie Flamencos en route arbeitete 2008 mit dem in Suhr wohnhaften Schriftsteller Andreas Neeser (*1964).[171] Verbindungen ergaben sich aber auch zwischen der Malerei und der Literatur, so beispielsweise zwischen der Schriftstellerin Erika Burkart und der Wohler Malerin Heidi Widmer (*1940).[172]

Das Haus Kapf war ab 1960 ein wichtiger Austauschort für das literarische Schaffen im Kanton Aargau. Erika Burkart empfing an ihrem Wohnort bis zu ihrem Tod 2010 regelmässig Literaten und Künstlerinnen zu freundschaftlichen Austauschen. Die Aargauer Schriftsteller Klaus Merz, Andreas Neeser oder Markus Bundi (*1969) waren darunter, die deutsch-jüdische Lyrikerin Hilde Domin (1909–2006), der Komponist János Tamás (1936–1995), der Kunsthausdirektor Heiny Widmer oder der Historiker und Mitgründer des Stapferhauses, Jean Rudolf von Salis.[173] Der wichtigste Gast meldete sich am 23. Juni 1967 an der Tür an. Der eben promovierte Germanist und Kunsthistoriker Ernst Halter (*1938) wollte auf dem Weg von Zürich nach Zofingen, dem Wohnort seiner Eltern, die Tapetenmalereien im Landhaus Kapf besichtigen. Hier traf er Erika Burkart, mit der er sofort ins Gespräch kam. Nach zwei Stunden sei es «einfach klar gewesen». Die beiden heirateten und wirkten fortan gemeinsam im «Kapf». Halter war neben seinem Brotberuf als Lektor literarisch tätig. «Tausende von Gesprächen» hätten Burkart und Halter geführt, viele davon über die eigenen Texte.[174]

Burkart und Burger im Austausch

Die zwei bedeutendsten Aargauer Namen der Literatur in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind Erika Burkart und Hermann Burger (1942–1989). Burkart war in den 1950er-Jahren im deutschsprachigen Raum durch ihre Lyrik bekannt geworden, die durch ihre Freiämter Herkunft geprägt ist. Burgers erster Roman, «Schilten. Schulbericht zuhanden der Inspektorenkonferenz», von 1976 erlangte im ganzen deutschsprachigen Raum Anerkennung. Im Aargauer Ruedertal hingegen, wo sich in Schmiedrued der Weiler Schiltwald befindet, erregte Burger mit seinem Text über einen Schulmeister auf Abwegen Empörung.[175] Die regionale Reaktion beeinflusste seinen schriftstellerischen Erfolg jedoch nicht. Er erhielt wie Erika Burkart, die 2005 als erste Frau mit dem Grossen Preis der Schweizerischen Schillerstiftung geehrt wurde, zahlreiche Auszeichnungen.[176] Auch wenn sich Burgers und Burkarts Texte unterscheiden, so waren die beiden sich menschlich verbunden, wie folgender Briefauszug zeigt: «Wie schön, wie sehr schön, deine Schrift wieder zu sehn! […] ich war krank und dreimal kam mir, wohl durch eine Nervenstörung, das Augenlicht bis auf einen diffusen grauen Nebel abhanden. […] Lieber Hermann, trage sehr Sorge zu deiner zarten Gesundheit. […] Falls du mich in den folgenden Tagen einmal aufsuchen wolltest: am Mittwoch oder Donnerstag.»[177]

Diese Zeilen schrieb die 43-jährige Burkart im August 1965 an den Menziker Germanistikstudenten Burger. Er bewunderte die Lyrik Burkarts, deren Form und Sprache zu dieser Zeit – zumindest in der Schweiz – kein Vorbild und auch keinen Vergleich kannten.[178] Burger besuchte die Autorin an ihrem Heimat- und Arbeitsort in Aristau und pflegte so nicht nur brieflich einen regen Austausch. Beide hatten eine «zarte Gesundheit», Burkart gab deswegen 1963 ihre Tätigkeit als Primarlehrerin auf, Burgers psychisches Wohlergehen war zeitlebens ein Kampf, der 1989 im Suizid endete.

494 Junge Schauspieler proben 1983 das Stück «Klassenfeind». Es war die erste Inszenierung des Theaters M.A.R.I.A und hatte am 15. November Premiere. Damit das Projekt umgesetzt werden konnte, war die neue Truppe auf Unterstützung angewiesen, die sie unter anderem vom bekannten Kabarettisten Emil Steinberger (*1933) erhielt. Die Produktion war schliesslich ein Grosserfolg: Sie hatte 30 000 Franken gekostet, zählte 15 000 Zuschauende und spielte 115 000 Franken ein.

495 Die Schauspieler Dodó Deér (*1949) und Jörg Niederberger (*1957) proben eine Szene des Stücks «Klassenfeind», 1983. Das Theater M.A.R.I.A. war zu diesem Zeitpunkt in Luzern ansässig, etablierte sich dann in den Folgejahren als freie Truppe im Aargau, inzwischen als Theater Marie.

496 Erika Burkart erhält im Januar 1964 im Musiksaal des damaligen Lehrerseminars Wettingen den Kulturpreis der Stiftung Pro Argovia. Zu diesem Zeitpunkt war sie vor allem als Lyrikerin tätig und erlangte mit ihren Texten Bekanntheit im gesamten deutschen Sprachraum.

498 Klaus Merz auf einer Aufnahme von 1997. Der Schriftsteller aus Menziken erhielt 1992 den Aargauer Literaturpreis und im Anschluss daran zahlreiche weitere, auch internationale Auszeichnungen.

497 Ernst Halter und Erika Burkart posieren im Jahr 1999 im Haus Kapf in Aristau. Die beiden verband eine Lebens- und Arbeitsgemeinschaft.

499 Silvio Blatter auf einer Aufnahme von 1988. Der aus Bremgarten stammende Maler und Autor wurde mit seiner Romantrilogie zum Freiamt über die Landesgrenzen hinaus bekannt.

500 Hermann Burger signiert im November 1982 Bücher in der Buchhandlung zum Rennwegtor in Zürich. Er war im ganzen deutschsprachigen Raum bekannt.

Orte und Zeiten der literarischen Verdichtung

Zahlreiche weitere Orte, Personen und Anlässe prägten das literarische Schaffen im Kanton Aargau: Das Stapferhaus Lenzburg und persönliche Förderer wie Jean Rudolf von Salis in Brunegg oder der Redaktor Anton Krättli in Aarau gehörten dazu (siehe «Stapferhaus», S. 485 und «Innerstadtbühne», S. 499). Für die Männer war zudem das Lehrerseminar Wettingen von Bedeutung, wo im Internat intensive Austausche über dichterische Versuche gepflegt wurden. Angespornt wurden sie mitunter durch den ortsansässigen Schriftsteller Max Voegeli (1921–1985), Künstlername Michael West. In «Verborgene Ufer» von 2015 schreibt der Laufenburger Dramaturg und Autor Christian Haller über diese regelmässig stattfindenden Austausche zu Beginn der 1960er-Jahre: «Ich begann Max Voegeli nach dem Handwerk des Schreibens zu fragen. […] Literatur und Leben ließen sich nicht trennen, sagte er, vielmehr bedeute Schriftsteller zu sein eine Form der Auseinandersetzung mit sich und der Welt.»[179] Das Seminar besuchten auch Urs Faes (*1947), der die Klosterhalbinsel in seinem Roman «Und Ruth» (2001) zum Thema machte, oder Klaus Merz, der in der Erzählung «Der Entwurf» (1982) das Leben als Seminarist beschrieb.[180] Ebenfalls Seminarist war in den 1960er-Jahren der Bremgarter Silvio Blatter (*1946). Er machte allerdings nicht die Klosterhalbinsel Wettingen, sondern seine Herkunftsregion zum Thema seiner «Freiamt-Trilogie». Die drei Romane mit den Titeln «Zunehmendes Heimweh» (1978), «Kein schöner Land» (1983) und «Das sanfte Gesetz» (1988) erschienen im Frankfurter Suhrkamp Verlag.[181] Aargauer Schriftstellerinnen lassen sich wegen geteilter Ausbildungsstätten weder örtlich noch thematisch oder stilistisch gemeinsam fassen. Ab 1970 traten neben den mehrfach ausgezeichneten Autorinnen Erika Burkart und Silja Walter insbesondere die in Zofingen wohnhafte Margrit Schriber (*1939) und die Aarauerinnen Claudia Storz (*1948) und Anna Felder (*1937) mit unterschiedlichen Werken hervor.[182]

In der aargauischen Literatur ist ab 1970 generell eine «Zeit der Verdichtung» beziehungsweise ein Aufbruch festzustellen, der sich jedoch nicht auf Aargauer Themen herunterbrechen lässt und in dessen Rahmen auch keine spezifische Aargauer Literatur entstand.[183] Dieser Aufbruch zeigte sich mitunter in neuen Formaten und einer Reihe neuer Auszeichnungen für die Literatur. So gab es im Aargauer Verlag Sauerländer zwischen 1969 und 1983 die Reihe «Junge Autoren bei Sauerländer», in der neben Silvio Blatter oder Klaus Merz zahlreiche weitere Deutschschweizer Autorinnen und Autoren publizierten.[184] Im gleichen Jahr feierte die Aargauische Kantonalbank ihr 175-jähriges Bestehen und stiftete den Aargauer Literaturpreis, mit dem bis 2006 insgesamt elf Autoren und drei Autorinnen ausgezeichnet wurden, darunter 1986 der aus Zofingen stammende Hansjörg Schneider (*1938), der ab den 1990er-Jahren mit den teils vom Schweizer Fernsehen verfilmten Hunkeler-Romanen Bekanntheit erlangte. Ebenfalls erhielten 1988 Martin R. Dean (*1955) und 1996 Matthias Zschokke (*1954) diese Auszeichnung.[185] 1985 wurden Diskussionen über eine Literaturveranstaltung in Brugg aufgenommen, 1986 fand erstmals die «Brugger Begegnung» statt, seit 2008 «Brugger Literaturtage». Jeweils rund zehn Autorinnen und Autoren aus dem deutschsprachigen Raum lesen und diskutieren während eines Wochenendes in Brugg. Im Jahr 1998 gastierte hier Herta Müller (*1953), die 2009 den Nobelpreis für Literatur erhielt.[186]

Bildende Kunst als Gemeinschaftswerk

Mit der Deindustrialisierung entstand ab den 1960er-Jahren viel Leerraum: Ungenutzte Fabrikräume, Werkstätten und Lagerhallen gehörten bis weit in die 1990er-Jahre zum Anblick der Ortschaften, insbesondere der Stadtränder. Sie boten dem Kunstschaffen eine neue Chance. «Ganze Etagen standen leer: heizbare Räume mit vielen Fenstern», so schilderte der Künstler Christian Rothacher (1944–2007) die Situation der ehemaligen «Kern»-Fabrik am Aarauer Ziegelrain 18 im Jahr 1968.[187] Zu diesem Zeitpunkt hatte er sich bereits schräg gegenüber in einer ehemaligen galvanischen Werkstatt eingemietet, die leer stand – zusammen mit den zwei Künstlerkollegen Markus Müller (*1943) und Max Matter. Es war weder eine programmatische noch eine politische Motivation, welche die Künstler zusammenbrachte, sondern eher eine ökonomische. Mit dem Umzug in die gegenüberliegende, komfortablere Werkstatt – einen grossen Raum, der Platz für weitere Atelierplätze bot – entwickelte sich die Gemeinschaft am Ziegelrain produktiv; 1968 fand eine erste Ausstellung der Ziegelrain-Künstler in der Galerie Palette in Zürich statt. Die Gemeinschaft war bald landesweit bekannt, unter anderem auch für eine schweizerische Ausprägung der Pop-Art, und nahm an internationalen Ausstellungen teil. Die jüngere Forschung hat Aarau und insbesondere die Ateliergemeinschaft Ziegelrain als zentralen Ort für die Schweizer Kunst der 1970er-Jahre herausgestrichen.[188]

Das gemeinschaftlich genutzte Atelier hatte nicht nur ökonomische Vorteile, sondern brachte dank regen Austauschs auch neue Kunst hervor. Neben dem Aarauer Ziegelrain entstanden andernorts in nicht mehr genutzten Industriearealen weitere Schaffensräume für Künstlerinnen und Künstler, so beispielsweise Ateliers in der Spinnerei Wettingen direkt an der Limmat.[189] Die bekannteste Künstlerin war Ilse Weber (1908–1984), die bereits ab 1944 im eigenen Atelierhaus, ab 1974 und bis 1982 in der «Spinni» arbeitete. Ihr Werk hatte einige der um eine Generation jüngeren Ziegelrain-Künstler inspiriert. Deren Interesse wiederum «wirkte sich stimulierend auf Ilse Webers Arbeit aus».[190]

Partizipative Kunstanlässe

Unter den Vertreterinnen und Vertretern der 1968er-Generation entstand die Überzeugung, Kunst müsse auch politisch sein. Sie solle provozieren und auf diesem Weg zum Denken anregen. Zentral dabei sei der Dialog über die einzelnen Sparten und Disziplinen hinweg sowie der Einbezug neuer Formen, etwa der Videokunst. Und noch eine Forderung wurde laut: Kunst solle partizipativ sein und die Bevölkerung einbeziehen. Das neue Aargauer Kulturgesetz bot den Rahmen für solche

Experimente. Dazu gehörten auch Grossanlässe und spartenübergreifende Zusammenarbeiten. Für drei solche Grossanlässe in Zofingen («zofiscope», 1974), Aarau («Aktionen Blumenhalde», 1976) und Seengen («Symposium Seengen», 1978) sprach das Aargauer Kuratorium in den 1970er-Jahren eine finanzielle Unterstützung.[191]

«Wir möchten Anlass geben, viele neue Möglichkeiten zu erproben und bisher unbekannte Fähigkeiten zu wecken.»[192] Unter anderem mit diesen Worten riefen die Initianten die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zofingen auf, am zehntägigen «zofiscope» vom 5. bis 15. Juni 1974 teilzunehmen und künstlerische Interventionen innerhalb der Altstadt zu wagen. Bereits im September 1973 waren die Leute aufgefordert worden, ihre Ideen für ein Kunstexperiment in Zofingen einzubringen. Während des Anlasses bemalte beispielsweise eine Schulklasse die Bahnhofsunterführung neu, auf dem Thutplatz entstand ein Gerüst, auf dem man dem hoch über dem Platz thronenden Helden Niklaus Thut direkt in die Augen schauen konnte, Frauen nähten «Fahnen mit abstrakten oder dekorativen Mustern».[193] Neben bekannten lokalen Künstlern – so dem bei Ringier beschäftigten Maler Willy Müller-Brittnau (1938–2003) – kamen Studierende, Kunstschaffende und Medien aus der ganzen Deutschschweiz nach Zofingen, schufen und berichteten über die Kunstereignisse, die «einseitig auf die Jungen zugeschnitten» gewesen seien, so die Kritik.[194] Unterstützt wurde der Anlass durch das Kuratorium mit 80 000 Franken, durch die Stiftung Pro Argovia und die Stadt Zofingen mit je 30 000 und Geld- und Materialspenden von über 40 000 Franken.[195]

Mit derselben Motivation, aber ohne expliziten Einbezug der Bevölkerung, wurden vom 10. bis 13. Juni 1976 die «Aktionen Blumenhalde» veranstaltet. Ziel war es, rund um die Villa Blumenhalde Aarau 42 Kunstschaffende und Truppen für ein gegenseitiges «Aufeinander-Eingehen» zu motivieren. Free Jazz, Malerei, Tanz oder Varieté hätten sich am Abschlussabend zu einem grossen Ganzen verwoben, ohne dass man geprobt habe, schrieb die Leiterin und Musikerin Laura Buchli (später Weidacher) (*1940) rückblickend. Die «Trennwände zwischen den einzelnen Kunstgattungen» hätten sich an diesen vier Tagen aufgehoben, ist andernorts zu lesen.[196]

Heftige Kritik an künstlerischen Experimenten

Einen Raum für interdisziplinären Austausch schuf schliesslich 1978 das «Symposium Seengen». Parallel dazu fand das kulturell vielfältige Fest zur Feier des 175-jährigen Bestehens des Kantons Aargaus in Lenzburg statt (siehe «Jubiläen», S. 180) – hier traten die Claque aus Baden, der Wohler Primarlehrer Peach Weber (*1952), der später als Komiker bekannt wurde, oder der in der Folkszene bekannte Max Lässer auf.[197] «Seengen» wollte Kontrapunkt sein: Rund sechzig Künstlerinnen und Künstler aus den Bereichen Theater, Musik, Tanz, Literatur, bildende Kunst, Video und Film trafen sich vom 23. bis zum 29. August mit dem Ziel, in «gegenseitiger Partizipation» Ideen auszutauschen. Die Künstlerinnen und Künstler wollten sich weder in Klausur begeben noch «auf der Schaubühne» ihre Kunst vortragen. Dabei entstand ein reger Austausch zwischen den Kunstschaffenden.[198]

Das Echo zu «Seengen» in der breiten Öffentlichkeit war jedoch vernichtend. Das *Aargauer Volksblatt* fragte: «Leistet man mit solchen unverstandenen Happenings der Aargauer Kulturpolitik letztlich nicht einen Bärendienst?»[199] Grossrat Jakob Hüssy (1915–2000) von der Schweizerischen Volkspartei reichte im Grossen Rat eine Interpellation ein, worin er verlangte, Symposien dieser Art von der Unterstützung mit staatlichen Geldern auszuschliessen.[200] Das Kuratorium geriet unter Druck, sich für seine Entscheide zu rechtfertigen, und war in seinen eigenen Reihen geteilter Auffassung, was die Durchführung derartiger Anlässe betraf.[201] Hüssy erklärte sich auch mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und sprach von «merkwürdigem Kunstmeditieren von Leuten», die «Anspruch darauf erheben, Intellektuelle zu sein, und die glauben, das Volk für dumm verkaufen zu können».[202]

Die Kritik fiel in eine Zeit, in der die Ölkrise ihre Folgen zeigte. Die Rezession der 1970er-Jahre prägte auch das Kulturleben und -schaffen nachhaltig, wie das nachfolgende Zitat aus einer zeitgenössischen Publikation zur Kunst im Aargau illustriert: «Die Zeiten sind härter geworden, nicht nur in materieller Hinsicht mit den Folgen der Rezession. Auch im geistigen Bereich ist etwas passiert, das schwer zu umschreiben ist: es wirkt sich aus in der Brechung der – wenn auch bescheidenen – Euphorie der frühen Siebzigerjahre. Das unerbittliche Klima, dem die Künstler, selbst in ihrer kreativen Welt, ausgesetzt sind, spiegelt sich mannigfach wider.»[203]

Neue Kunst braucht Vermittlung

Das «Symposium Seengen», die «Aktionen Blumenhalde» und «zofiscope» entsprachen den Kunstdiskursen der Zeit, doch irritierten sie die breite Bevölkerung. Diese hielt wenig von Basisdemokratie und Konsumkritik.[204] Selbst aus den Reihen der Kunstschaffenden war zu hören: «Künstler-Attitüde» sei nichts, was man im Aargau zur Schau tragen wolle.[205] Mittler wie der in Baden tätige Kantonsschullehrer und Kunstkenner Uli Däster (1942–2012) sahen in der modernen Kunst jedoch viel Potenzial. Däster sprach von Künstlern als «Seismograph[en]». In einem Vortrag an der Volkshochschule Zofingen im Frühjahr 1974 schlussfolgerte er: «Beschäftigung mit der Gegenwartskunst kann daher eine Horizonterweiterung bedeuten in jenen Regionen, die dem Alltagsbewusstsein sonst unzugänglich sind, sie kann Welt- und Selbsterkenntnis sein.»[206] Einer ähnlichen Aufgabe widmete sich auch die in Brugg wohnhafte Cécile Laubacher (1924–2018), Zeichenlehrerin und Pianistin, die Kunst für Erwachsene unterrichtete und sich in den 1980er- und 1990er-Jahren auch als Stiftungsrätin der Pro Argovia für Kunstprojekte engagierte. Die Abstraktheit war für sie Ansporn zur Analyse, um Strukturen und Systeme zu erkennen, die sie dann in den praktischen Kursen oder auf Führungen weitergab und damit unzähligen Leuten den Zugang zur Kultur erleichterte (siehe «Theatervermittlung», S. 504).[207]
Die neue Kunst war trotz Skepsis nicht aufzuhalten.

EXTRABLATT DER JUNGEN

Vier Künstler hausen in einer Fabrik

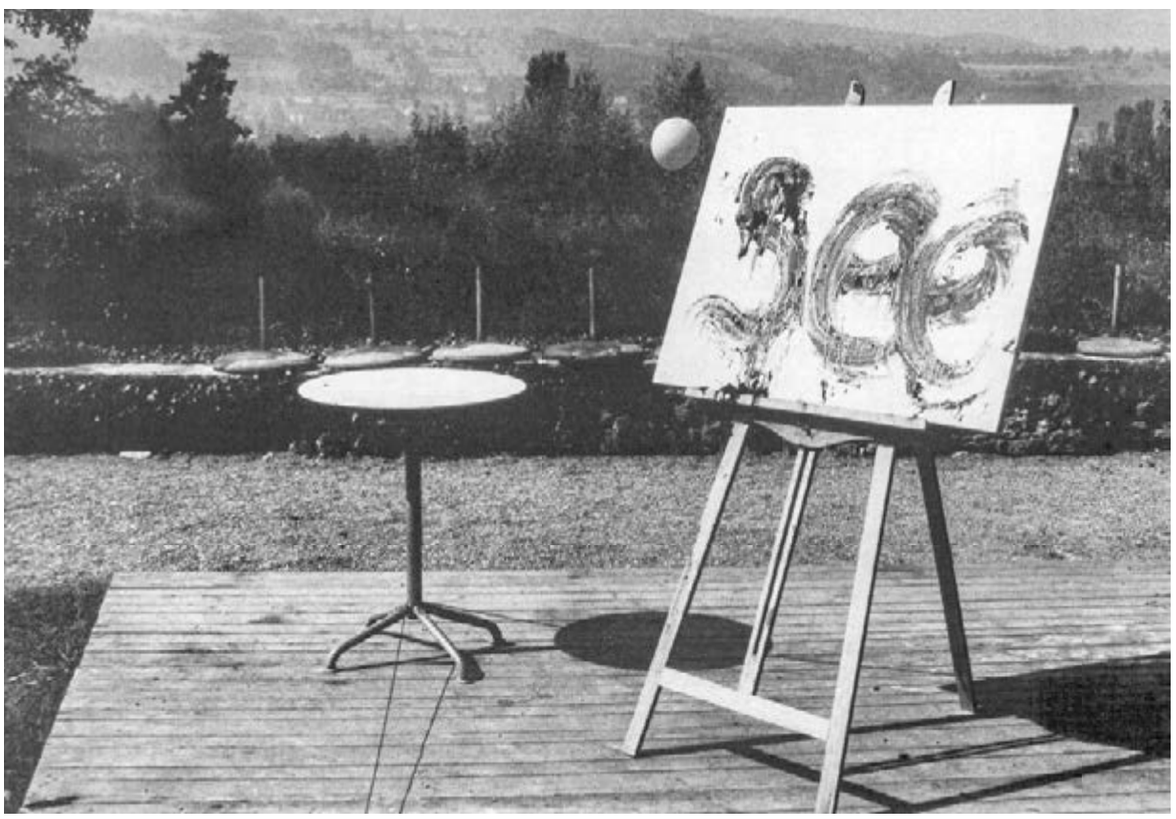
501 «Vier Künstler hausen in einer Fabrik» titelt der *Tages-Anzeiger* am 26. Februar 1969. Er berichtete über das Aargauer Atelier am Ziegelrain 18, das im Vorjahr mit einer Ausstellung in Zürich erstmals Aufmerksamkeit erregt hatte.

502 Heiner Kielholz (*1942) und Hugo Suter (1943–2013) posieren 1976 in Aarau. Die beiden Mitbegründer der Ateliergruppe Ziegelrain in Aarau waren zu diesem Zeitpunkt bekannte zeitgenössische Künstler.

503 Auf einer Plakatsäule sind während «zofiscope» im Juni 1974 die aktuellen Anlässe aufgeführt – Filmvorführungen, Ausstellungen, Konzerte. Während der zehntägigen Veranstaltung wurde die Stadt Zofingen zum Schauplatz verschiedener kultureller Aktivitäten.

504 Auf Augenhöhe mit dem Stadthelden Niklaus Thut, Juni 1974. Der Anlass «zofiscope» fand im öffentlichen Raum Zofingens statt und bezog Laien wie auch Profis mit ein.

505 Zuschauerinnen und Zuschauer wohnen im Sommer 1976 einer «Aktion» im Park der Villa Blumenhalde Aarau bei. Ziel des Anlasses war die spartenübergreifende Zusammenarbeit.



506 Ein Werk des «Symposiums Seengen», das 1978 während der Feierlichkeiten zum Kantonsjubiläum stattfand. Das Symposium brachte rund sechzig Künstlerinnen und Künstler zusammen, wurde in der Öffentlichkeit aber als «unverstandenes Happening» auch kritisiert.

Aussenseiterkunst von Kunz und Weber

Die Entstehung von Kunst und deren Würdigung sind häufig zeitverschoben. So haben Patientinnen und Patienten der Psychiatrischen Klinik Königsfelden in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zahlreiche heute als aussergewöhnlich bezeichnete Werke geschaffen. Die Königsfelder Sammlung ist die zweitgrösste ihrer Art in der Schweiz.[1] Während Lebzeiten nicht anerkannt war auch die in Brittnau bei Zofingen geborene Emma Kunz (1892–1963). «Die Zeit wird kommen, in der man meine Bilder versteht», soll sie über ihr Schaffen gesagt haben.[2] Die Künstlerin verstand sich als Forscherin, war nicht vernetzt in der Kunstszene ihrer Zeit und lebte zurückgezogen. 1938 begann sie mit dem Zeichnen, war aber vor allem als Naturheilerin tätig. Ausgangspunkt jedes Werks war eine Frage, die sie an sich oder ihre Patientinnen und Patienten richtete. Mithilfe eines Pendels machte sie «innere Gesetzmässigkeiten und Kräfteverläufe modellhaft sichtbar», indem sie die gesetzten Punkte mit Linien zu grossformatigen geometrischen Zeichnungen ausgestaltete.[3] Emma Kunz starb 1963, ohne dass ihre Werke je ausgestellt worden waren. 1973 widmete Kunsthausdirektor Heiny Widmer ihr erstmals eine Schau. Seither wuchs ihre internationale Bekanntheit, es folgten Ausstellungen in Deutschland, Frankreich, London und Tel Aviv. 1986 wurde in Würenlos das Emma Kunz Zentrum geschaffen, das rund 400 erhaltene Werke der Künstlerin aufbewahrt. Mit «Kosmos Emma Kunz» fand 2021 eine weitere Ausstellung im Aargauer Kunsthaus statt.

Auch Bruno Weber (1931–2011) erfuhr eine späte Anerkennung seiner Werke. Er bewegte sich lange in einer Grauzone der Legalität und gesellschaftlichen Akzeptanz. 1962 erhielt Weber vom Spreitenbacher Gemeinderat eine Baubewilligung für sein «Schönwetter»-Atelier im dortigen Rebengelände. Er begann mit dem Bau des Wohnhauses und des Ateliers; ab 1969 entwarf er die ersten Skulpturen und erregte damit auch die Aufmerksamkeit der Medien. Das Schweizer Fernsehen nannte Weber in Anlehnung an sein Markenzeichen – eine turbanartige Kopfbedeckung – und seine orientalisch anmutenden Formen den «Sultan vom Limmattal».[4] Für die NZZ war er ein «Volkskünstler im besten Sinne».[5] Webers Park wuchs in den 1970er- und 1980er-Jahren durch viele unbewilligte Bauten. Dem ab 1977 auch durch das Kuratorium geförderten Künstler drohte nach langem Hin und Her mit der Gemeinde eine Abbruchverfügung seiner Kunstwerke. 1988 stoppten die aargauischen Behörden diese mithilfe einer generellen Baubewilligung. Inzwischen war Webers Kunst im In- und Ausland in Ausstellungen gezeigt worden, und er hatte öffentlich sichtbare Kunstwerke geschaffen, so in Wien oder an der Weltausstellung in Sevilla 1992.[6] Nach über 25 Jahren konnte Weber aus «der Nische des belächelten Spinners» entweichen.[7] Der Bruno-Weber-Park ist heute eine touristische Attraktion im Limmattal. Die Finanzierung und der Erhalt des Parks lösen weiterhin Diskussionen aus.[8]

1 Luchsinger 2016, 254–259.
2 Emma Kunz Zentrum 1998, 30.
3 «Emma Kunz», HLS 2006. Zu ihrer Tätigkeit als Naturheilerin siehe auch Kerckhoff 2020; AZ, 26.5.2020.
4 SRF, Blickpunkt Region, 27.2.1976.
5 NZZ, 5.7.2007.
6 Wehrli 2002, 92.
7 Wehrli 2002, 12.
8 Z. B. Rundschau Süd, 8.4.2021.

507 Bruno Weber im Weinrebenpark in Spreitenbach auf seinem 103 Meter langen Drachenhund im Oktober 1998. Die zweiteilige Skulptur in Form von zwei Drachenhunden bildet ein riesiges Oval, in dessen Mitte ein See angelegt wurde.

508 Emma Kunz an ihrem Arbeitstisch in Waldstatt, 1952/53. Sie verstand sich als Forscherin und nicht als Künstlerin.

Eine Ausstellung im New York Cultural Center präsentierte 1971 unter dem Titel «The Swiss Avant Garde» eine Werkauswahl von 44 Künstlerinnen und Künstlern, darunter auch die Männer vom Aargauer Ziegelrain.[208] Zeitgleich entstanden in der ganzen Schweiz viele Galerien, die sich auf zeitgenössische Kunst spezialisierten. Ab Mitte der 1970er-Jahre sei sie «unzählige Male» ins Fricktal gefahren, um die vielen neuen Galerien zu besuchen, sagte die Kunstkritikerin Annelise Zwez (*1947) 1994 an der Feier zum zwanzigjährigen Bestehen der Galerie Elisabeth Staffelbach in Lenzburg. Viele dieser Galerien blieben nur kurze Zeit bestehen, während die Galeristin Elisabeth Staffelbach (*1941) bis in die Gegenwart mit Hunderten von Ausstellungen in Galerien in Lenzburg, Aarau und mit dem «Art Project Staffelbach» über die Kantonsgrenzen hinausstrahlte. Von besonderer Bedeutung waren dabei auch die schweizweit ersten Freilichtausstellungen in Lenzburg, die sie 1982 und 1985 veranstaltete.[209] Für Kunstinteressierte gehörte während der 1970er- und 1980er-Jahre der Ausstellungsbesuch in der Galerie zur Freizeitbeschäftigung. Dies ermöglichte eine Professionalisierung in diesem Feld. Das «Trudelhaus» in Baden beispielsweise, als Stiftung organisiert, leistete sich ab 1983 eine Teilzeitgaleristin.[210]

Kunstwerke im öffentlichen Raum

Während der 1950er- und 1960er-Jahre wurde im Aargau Kunst im öffentlichen Raum primär durch die Stiftung Pro Argovia angeregt und finanziert. Bis Mitte der 1970er-Jahren hatten schliesslich viele grössere Gemeinden und der Kanton einen festen Prozentsatz (häufig ein Prozent) für Kunst an neuen öffentlichen Bauten reserviert, häufig legten aber auch Private oder die Architektinnen und Architekten bei Um- und Neubauten Wert auf den Einbezug von Künstlerinnen und Künstlern. Ab 1970 lässt sich daher ein Anstieg der Zahl der Kunstwerke im öffentlichen Raum feststellen. «Fünf neue Kunstwerke in Rheinfelden» titelten beispielsweise die «Rheinfelder Neujahrsblätter» 1975. Auffällig ist hier die Vielfalt der Stifterinnen: Einmal ist es die Schweizerische Eidgenossenschaft, einmal die Einwohnergemeinde, einmal eine Privatperson und einmal die Kulturstiftung Pro Argovia gemeinsam mit einer Privatperson.[211] Ein Verzeichnis von 1995 führt über 200 moderne Werke im ganzen Kanton auf.[212] Das Vorgehen bei der Auswahl und die Einbindung der Künstlerinnen und Künstler in den Bauprozess gestalteten sich je nach Ort und Gönnerschaft unterschiedlich. Deshalb ist die Bandbreite der Werke gross: Installiert wurden mal gefällige Werke, mal provokante Skulpturen wie Eric Hattans (*1955) «Eingriff» beim Historischen Museum Baden von 1993. Die Reaktionen auf dieses Werk des Wettinger Künstlers umfassten unter anderem Wörter wie «Kabis» oder «Unsinn».[213]

Kunst im öffentlichen Raum bot Bildhauern und plastischen Künstlerinnen einerseits eine Möglichkeit, wahrgenommen zu werden, gleichzeitig aber auch eine sichere Einnahmequelle. Der Möhliner Paul Agustoni (1934–2012) beispielsweise gestaltete in den 1980er-Jahren allein 14 Werke im Kanton Aargau. Viele Plätze und Brunnen errichtete der aus Gebenstorf stammende Franz Pabst (1927–2000), darunter 1985 bis 1987 den Neumarkt Brugg. Als eine der wenigen Frauen ist Gillian White (*1939) seit 1977 in diesem Feld sehr produktiv: Über zwanzig Werke hat die Plastikerin aus Leibstadt seit 1973 an öffentlichen Orten errichtet. Exponiert sind die vier Installationen «Da und dort» von 1997 an der Autobahn A3 zwischen Schinznach und Bözbergtunnel.[214] Kunst in der Öffentlichkeit wird auch durch Vereine und Stiftungen installiert, die Skulpturenwege unterhalten, so der Kulturweg Limmat in den Gemeinden Baden, Wettingen und Neuenhof, der Freiämter Sagenweg im Waltenschwiler Wald oder der grenzüberschreitende Skulpturenweg Kaiserstuhl–Hohentengen–Eglisau. Mit zunehmender Zahl an Strassenkreiseln – in den ersten zwei Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts entstanden im Aargau rund 200 Kreisel – in allen Gemeinden des Kantons erhielt die «Kreiselkunst» einen Aufschwung, die trotz Einschränkungen durch Sicherheitsvorschriften Formen fand.[215]

509 Die Tropfenskulptur Herbert Distels (*1942) war im Januar 1968 im Kunsthaus Zürich ausgestellt. Anschliessend wurde sie dauerhaft als Kunst am Bau bei der HTL (heute FHNW) in Windisch platziert (siehe Abb. 51).

510 Die Installation der Künstlerin Rosmarie Vogt-Rippmann (*1939) aus Scherz schwimmt an der Ausstellung «Kunst am Wasserschloss» im Schlossgraben Hallwil, 1996. Veranstalterin war die Fachstelle Umwelt- und Gesundheitserziehung, die acht Aargauer Kunstschaffende einlud, die Umgebung des Schlosses zu gestalten.

511 Die Künstlerin Gillian White geht auf ihrem Werk «Sphäre V», das 1992 im Eisenwerk Frauenfeld ausgestellt wurde. Die Plastikerin aus Leibstadt ist die wichtigste Aargauer Gestalterin von Kunst im öffentlichen Raum.

512 Künstler und Kuratoren richten die Platzgestaltung vor dem Aargauer Kunsthaus ein, 1991. Auf dem Bild zu sehen von links nach rechts sind Beat Wismer, Heiri Bernhard, Heiner Richner (*1944) und Stephan Kunz (*1962).

513 Maia Aeschbach (1928–2015) arbeitet in ihrem Atelier im KiFF Aarau, 1990. Die Künstlerin war lange als Werklehrerin tätig und widmete sich erst ab den 1980er-Jahren der plastischen Kunst, wurde dann im Aargau auch ausgestellt und gefördert.

514 Die Wohler Malerin Heidi Widmer als Studentin in Genf, um 1960. Ihr Diplom erlangte sie später an der Accademia di Belle Arti in Rom, bereiste als Tramperin dann die Welt und widmete sich schliesslich im Freiamt ihrer Kunst.

Eine internationale Tanzgeschichte

Ende Oktober 1963 trat das Tanzpaar «Susana y José» im Saalbau Aarau auf. «Wahrhaft bezaubernd wirkten die den Abend beschliessenden Flamencotänze.» Das Publikum sei begeistert gewesen. Was an «Erregung, Uebermut, Lebensfreude und […] Temperament» dargeboten worden war, habe man so noch nie gesehen, war in der Zeitung zu lesen. Die Art, wie Susana und José spanischen Tanz interpretierten, war neu für den Aargau, aber auch in Spanien eine Innovation: auf der grossen Bühne, ohne die traditionelle Kleidung. Susanne Looser alias Susana (1916–2010) lebte in Zürich und Spanien und pflegte mit der im Kloster Fahr lebenden Silja Walter, Schwester Hedwig, Briefkontakt.[1] Als Paar mit José verfolgte Susana bis kurz nach 1970 eine internationale Tanzkarriere.[2]

In Zürich besuchte Brigitta Luisa Merki (*1954), eine tanz- und theaterbegeisterte Theatermacherin aus Wettingen, die Sommerkurse von Susana und Armin. Nach der Ausbildung im Flamencotanz gründete Merki in Baden die Kompanie «Flamencos en route», deren künstlerische Leitung Susana in den ersten zehn Jahren übernahm. Das erste Ensemble bestand aus fünf Tänzerinnen aus fünf unterschiedlichen Nationen. Im April 1985 startete die erste Tournee unter dem Titel «Obsesión», geprobt wurde ab sofort im Oederlin-Areal in Rieden (Gemeinde Obersiggenthal). Die freie Tanztruppe wurde über die Schweizer Landesgrenzen hinaus bekannt. Ab 1994 übernahm Merki als Choreografin die künstlerische Verantwortung. 1999 erhielt «Flamencos en route» den Kulturpreis der *Aargauer Zeitung,* 2004 Merki den Hans-Reinhart-Ring der Schweizerischen Gesellschaft für Theaterkultur. Das Ensemble blieb 35 Jahre lang bestehen und wurde 2020 wegen der veränderten Förderpolitik des Aargauer Kuratoriums aufgelöst.[3]

Ein Kontinuum in der Aargauer Tanzgeschichte bilden auch Tanzinszenierungen in der Königsfelder Kirche, 1973 durch den in Brugg wohnhaften ehemaligen Tänzer und Ballettmeister Jean Deroc (1925–2015). In unregelmässigen Abständen inszenierte Deroc unter dem Namen «Königsfelder Festspiele» Tanz- und Musikaufführungen, die sich grossen Figuren des Alten Testaments widmeten und gemäss «Brugger Neujahrsblätter» 2009 «schon fast eine eigene Gattung darstellten».[4]

Deroc verfügte über ein breites Netzwerk von Tänzerinnen und Tänzern und war Gründer des Schweizer Kammerballetts. Auf seine Anregung hin versammelten sich im Künstlerhaus Boswil mit Unterstützung der Pro Helvetia 1986 erstmals die verschiedenen Vertreterinnen und Vertreter insbesondere der freien Tanzszene. Im Anschluss daran entstand der Schweizerische Verband der Tänzer und Choreographen (SVTC), heute Teil von Danse Suisse. Deroc zeichnete bis 2000 für die Festspiele verantwortlich und übergab dann an den Dirigenten und Flötisten Peter Siegwart (*1948), der bereits seit 1990 musikalischer Leiter gewesen war und dann die Festspiele bis 2012 verantwortete. Ab 2007 schuf am gleichen Ort Brigitta Luisa Merki die Tanzplattform «tanz und kunst königsfelden», die 2012 zum kulturellen «Leuchtturm» wurde.[5]

1 AT, 1.11.1963 (Zitate); Walter 2019.
2 Rosiny 2005, 1776f.; zu Susana vgl. Film «Flamenco at 5:15» (1983), Cynthia Scott.
3 Rosiny 2005, 1794; Moser-Ehringer 2004; Gespräch mit Brigitta Luisa Merki, 2020; Merki 2005, 193–196; AK, 23.10.1986; AZ, 22.6.2020.
4 Jakob 2009, 75f.
5 Davier, Suquet 2021, 139–143; Rosiny 2005, 1659f.; Rosiny 2005, 455f.; Rothenbach 2014, 26–31.

515 Brigitta Luisa Merki in der Inszenierung «Nocturnos» mit Sänger Hassan «El Moro», 1990. «Flamencos en route» war zu diesem Zeitpunkt bereits eine bekannte Kompanie.

Kultur als Erlebnis nach 1990

Events strahlen – und werfen Schatten

Kultur, die für alle Teile der Bevölkerung interessant sein wollte, musste sich ab 1990 zunehmend um eine attraktive Form einerseits und um Vermittlung andererseits bemühen. Konzerte, Theaterinszenierungen und Führungen entwickelten sich ab 1990 auch im Aargau zu Events, die spartenübergreifend beispielsweise künstlerische und gastronomische Erlebnisse zugleich ermöglichten. Die Kulturförderung fokussierte dabei auf «Leuchttürme», die Publikum aus der ganzen Schweiz anziehen sollten. Open-Air-Anlässe folgten ebenfalls dem Bedürfnis der Menschen nach Eventkultur und Konsum. — *Annina Sandmeier-Walt und Ruth Wiederkehr*

Kulturpolitik in Zeiten der «Leuchttürme»

1991 beschloss der Grosse Rat, aus Anlass der 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft, erstmals das Kulturprozent auszuschöpfen.[216] Zur selben Zeit stand aber auch eine Motion zur Überprüfung und Revision des Kulturgesetzes im Raum. Das Kuratorium erstellte auf Forderung des Erziehungsdepartements eine «Kulturpolitische Standortbestimmung», in der die strukturellen Schwächen des aargauischen Kulturförderungssystems aufgezeigt wurden.[217]

Auch die Pro Argovia war erneut Motor für Ideen zu Veränderungen in der Kulturpolitik. 1993 gab sie das Anstosspapier «Kultur Land Aargau» heraus und organisierte eine Tagung im Stapferhaus, an der die Anwesenden die kulturellen Aktivitäten und deren Förderung im Kanton analysierten.[218] Bemängelt wurde das Ungleichgewicht in der Förderung gegenwärtiger und vergangenheitsorientierter Kultur. Insbesondere bei der Förderung von Theater und Musik verorteten die Verfasser von «Kultur Land Aargau» ein Defizit. Die Beiträge seien zu bescheiden, um diesen Sparten einen professionellen Betrieb zu ermöglichen. Die Aargauer Kulturlandschaft sei ähnlich einem hügeligen Hochplateau, «keineswegs flach und langweilig»: «Höhepunkte und Spitzen, die sich im eidgenössischen Kulturpanorama profilieren würden, fehlen aber fast ganz».[219] Als Ziele wurden eine bessere Profilierung durch Kulturleistungen mit grösserer Ausstrahlung sowie vermehrte Schwerpunktsetzung bei der Kulturvermittlung angestrebt.[220] Der Aargauer Regierungsrat konstatierte anlässlich einer Medienkonferenz zu 25 Jahren Kulturgesetz: «Die Regierung hat erkannt, dass grundsätzliche Gedanken darüber anzustellen sind, wie in Zukunft Kulturförderung sinnvoll und ausreichend sichergestellt werden kann.»[221]

So herrschte ein Vierteljahrhundert nach der Annahme des Kulturgesetzes von 1968 Aufbruchstimmung in Kreisen von Kulturschaffenden und Kulturförderern. Insbesondere die Forderungen und das Zusammenstehen von Pro Argovia, dem Aargauer Kuratorium und dem Kunstverein bewirkten neue Impulse.[222] Breite Kulturförderung fand jedoch nicht zwingend Unterstützung in der Bevölkerung. 1994 wurde über den Kulturförderungsartikel in der Bundesverfassung abgestimmt, den der Aargau mit 57,9 Prozent verwarf.[223] Das Anliegen scheiterte schweizweit trotz rund 51 Prozent Ja-Stimmen am verfehlten Ständemehr. Im Jahr 2000 erhielt die Bundesverfassung erstmals einen Artikel zur Kultur, der vor allem den Föderalismus und die Mehrsprachigkeit betont. Er räumt dem Bund aber dort Kompetenzen ein, wo gesamtschweizerische Interessen, Kunst und Musik, hier insbesondere im Bereich der Ausbildung, im Fokus stehen.[224]

Infrastruktur für alternative Kultur

Zu Beginn der 1990er-Jahre hatte das aargauische Theater ein Krisenjahrzehnt überwunden. Nun kämpfte das Aargauer Symphonie Orchester (ASO) gegen seinen Untergang. Neben knappen

Finanzen, ungenügendem Marketing und tiefen Besucherzahlen kam erschwerend hinzu, dass die Infrastruktur für grössere Konzerte – der Saalbau in Aarau und das Casino in Baden – modernen Ansprüchen nicht mehr genügte. Eine qualitative Erneuerung des Repertoires unter Räto Tschupp (1929–2002) wie auch eine zweijährige Finanzierung durch den Lotteriefonds erlaubten schliesslich, das Orchester nachhaltig auszubauen.[225] Mit dem Umbau und der Renovierung des Saalbaus in Aarau Mitte der 1990er-Jahre entstand das Kultur- und Kongresshaus (KuK), das dem Orchester als moderner Konzertsaal fortan bessere Probebedingungen verschaffte. Dies führte auch zu einer Verbundenheit des ASO mit der Stadt Aarau.[226]

Zu Beginn des neuen Jahrtausends wollte der Kanton der seit den 1980er-Jahren bestehenden Forderung der Theaterschaffenden nach einem zentralen Produktions- und Aufführungsort entsprechen und lancierte 2006 das Projekt «Mittlere Bühne». Es zeichnete sich jedoch ab, dass in mehreren Kultursparten Bedürfnisse nach einem «multifunktionalen Kulturhaus» vorhanden waren. Nach dem Umbau der Alten Reithalle in Aarau eröffnete 2021 ein «Kulturhaus für Theater, Musik, Tanz und Zirkus».[227]

Doch nicht nur konventionelle Kultur wurde gestärkt. Mit dem «Kulturdünger» entstand bereits 1989 ein Fördergefäss, das sich explizit an junge Kulturschaffende richtet.[228] Ein Jahr später öffnete das KiFF in der Aarauer Telli seine Tore und wollte «regionaler und nicht-etablierter Kultur» eine Bühne geben. Auf dem Eröffnungsprogramm standen zum Teil aargauische Bands und ein Auftritt des «Theater M.A.R.I.A. Unser».[229] An ein junges Publikum richtete sich auch das nach einer Lockerung des Gastgewerbegesetzes aktivere Kultur- und Nachtleben in Aarau, das in den Nullerjahren mit der Disco Kettenbrücke Aarau und dem «Boiler» einen Boom erlebte und auch Publikum aus den Nachbarkantonen anzog.[230]

Zwischen Sparrunden und Erneuerung

Auch das Kuratorium bemühte sich in den 1990er-Jahren um Erneuerung und Professionalisierung. Nach strukturellen Anpassungen konnte 1998 erstmals ein Geschäftsführer angestellt werden, was das Präsidium erheblich entlastete. Die Förderbereiche wurden reorganisiert, und 1998 wurde ein neues Leitbild entwickelt. Das Kuratorium verlangte die Auslagerung der Erwachsenenbildung und der Wissenschaftsförderung ins Kantonsbudget und eine Ausschöpfung des Kulturprozents. Im gleichen Jahr aber kürzte der Grosse Rat den Kredit für das Kuratorium erstmals seit 1969.[231] Der Spartrend setzte sich fort. Zwar waren Beiträge an das Kuratorium, von Schwankungen abgesehen, bis 2002 in etwa gleichbleibend.[232] Gesuche an das Kuratorium hatten jedoch innert fünf Jahren um über fünfzig Prozent zugenommen.[233]

Es gab Kräfte im Kanton, die diese Situation ändern wollten. 2003 wurde bei der Staatskanzlei die aargauische Volksinitiative «Der Aargau bleibt Kulturkanton» eingereicht. Diese zielte darauf ab, die Regierung dazu zu verpflichten, das Kulturprozent vollumfänglich auszuschöpfen, ohne weitere Anpassungen am Kulturgesetz vornehmen zu wollen. Die Regierung empfahl dem Grossen Rat die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung, weil man keinen Sinn in der «Gesetzeskosmetik» sah und mittelfristig ohnehin eine Teilrevision des Kulturgesetzes als notwendig erachtete.[234] In der Tat waren zu dieser Zeit bereits zwei Motionen hängig, die dies forderten.[235] Der Grosse Rat folgte dem Antrag des Regierungsrates, mehrere Mitglieder betonten aber die Wichtigkeit staatlicher Kulturförderung.[236] Im September 2005 wurde die Initiative auch von den Aargauerinnen und Aargauern abgelehnt. Dennoch konnten zu Beginn des neuen Jahrtausends viele kulturpolitische Forderungen aus dem vergangenen Jahrzehnt umgesetzt werden, so beispielsweise der Erweiterungsbau zum Kunsthaus. Es kam zu einem Schwerpunktwechsel: Statt auf der Kulturpflege lag der Fokus nun eher auf der Kultur- und Institutionenförderung.[237]

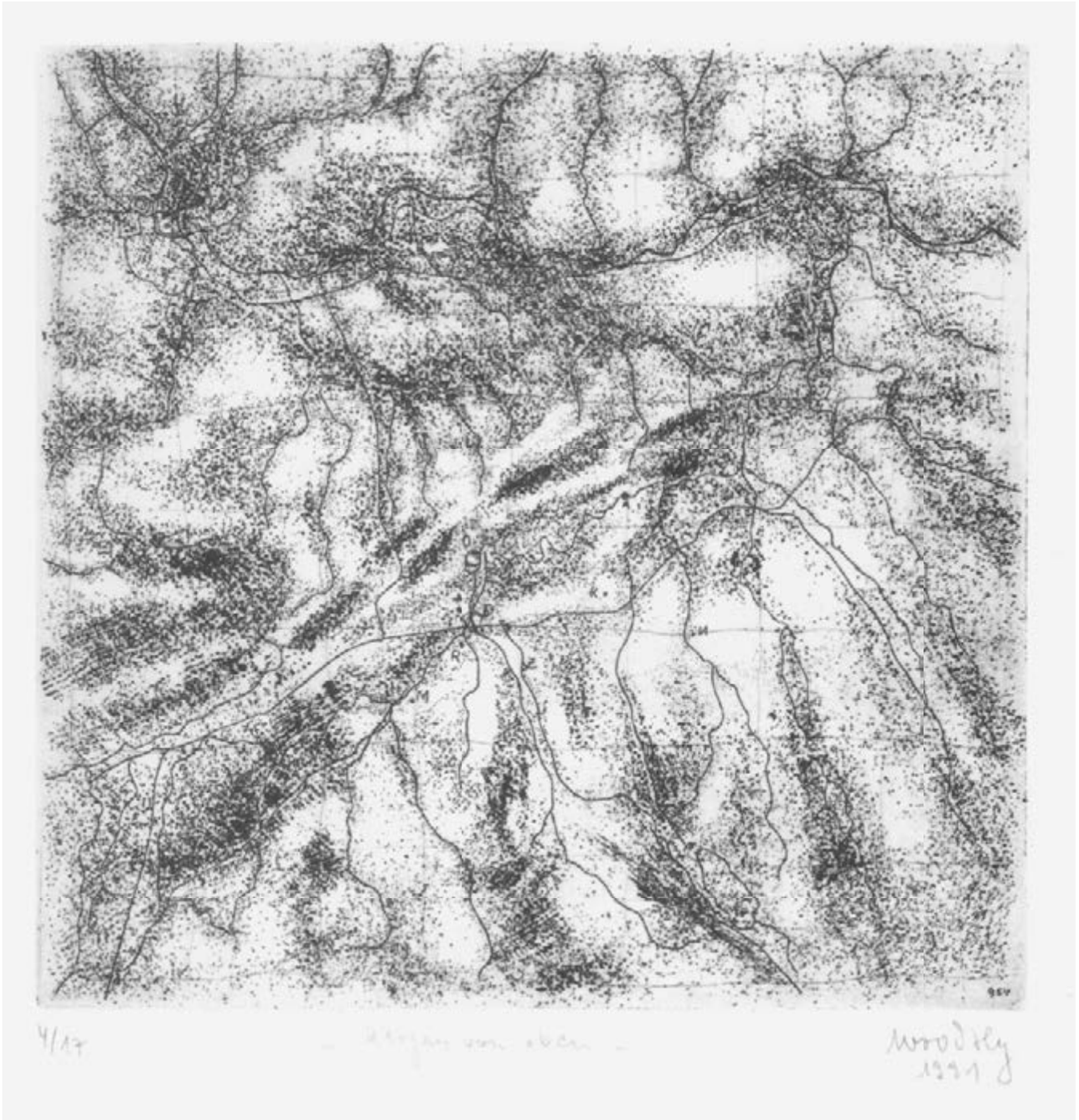
Revision Kulturgesetz und neues Kulturkonzept

Vierzig Jahre nach der Annahme des Kulturgesetzes von 1968 beriet der Grosse Rat im November 2008 erstmals über den Entwurf einer Teilrevision des Gesetzes. Mit wohl seltener Einigkeit wurde diese Vorlage mit 127 zu null Stimmen angenommen.[238] Die Referendumsfrist verstrich ungenutzt, und das neue Kulturgesetz trat im Januar 2010 in Kraft. Das Kulturprozent wurde abgeschafft und damit auch die Beschränkung auf ein Steuerprozent. Neu wurde es möglich, Kulturinstitutionen mit mindestens kantonaler Bedeutung mit Betriebsbeiträgen zu unterstützen. Kulturvermittlung und ausserschulische Jugendarbeit wurden gesetzlich verankert. Unangetastet blieb das Konzept eines autonom entscheidenden Kuratoriums.[239] Explizit fördert der Staat laut Gesetz nun «Kunst» und nicht «Kultur». Neu geregelt ist auch der Bezug, den das zu fördernde Projekt oder die gesuchstellende Person zum Aargau haben muss.

Ein neues Kulturkonzept für den Kanton Aargau legte Ziele und Massnahmen für den Zeitraum von 2017 bis 2022 fest. Dazu gehören: die Stärkung von Kooperationen auch unter den Kultursparten sowie die Förderung der kulturellen Teilhabe unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, die Aktivierung von Potenzialen bei Kulturthemen mit Alleinstellungsmerkmalen, das Schaffen von idealen Voraussetzungen für Innovationen, insbesondere im Bereich von kulturellen Aktivitäten, die wenig publikumswirksam und kommerziell schlecht verwertbar sind und die der Kultur Gehör verschaffen in der täglichen Flut von Informationen und Angeboten.[240]

«Leuchttürme» für den Kanton

Eine von den Medien aufmerksam verfolgte Neuerung des Kulturgesetzes waren die «Leuchttürme». Als solche wurden Kulturinstitutionen gemäss Kriterien des Regierungsrates von mindestens kantonaler Bedeutung definiert, die fortan Betriebsbeiträge erhalten sollten. Zwei bereits lange bestehende Forderungen zur kulturellen Standortförderung im Aargau sollte dieses kulturpolitische Instrument erfüllen: Einerseits sollte so ein



516 Der Aargauer Radierer und Zeichner Max Woodtly (1946–2014) visualisierte 1991 die Aargauer Kulturlandschaft mit ihren sanften Höhen und Tiefen. Das Bild entstand für die Pro Argovia und das Anstosspapier «Kulturland Aargau», 1993.

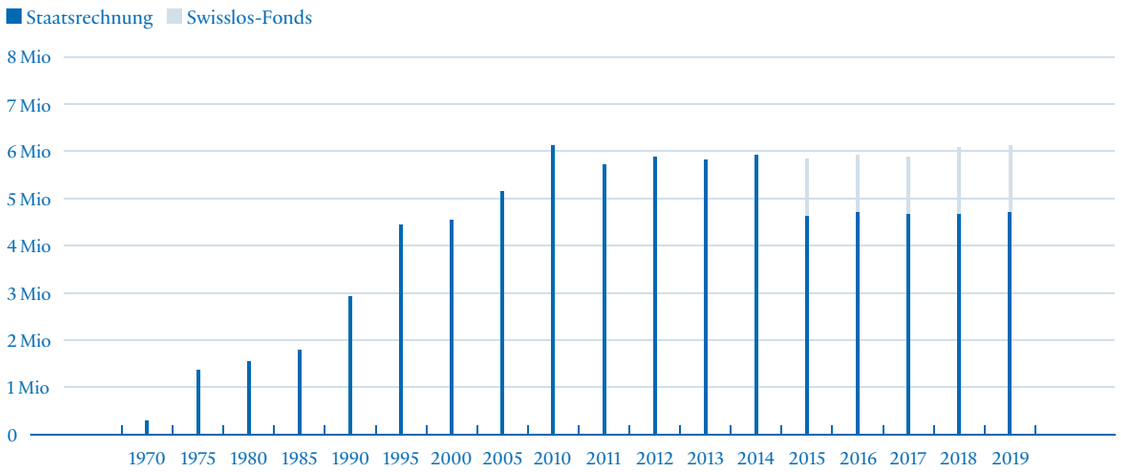
517 Dorothea Schürch (*1960) war mit «Sing Think VII» eine der Gewinnerinnen des Perfomancepreises 2012, der im Kunstraum Baden verliehen wurde. 2011 entstand mit dem Perfomancepreis eine nationale Veranstaltungsplattform für die damals noch marginal geförderte Performancekunst.

518 Das Museumsplakat des 1985 eröffneten Schweizer Kindermuseums in Baden zeigt die «Rakete» von Louis Wälti (*1993), gestaltet im Rahmen eines Plakatwettbewerbs an der Berufsschule für Gestaltung Zürich 2013.

519 Kinder erkunden die Ausstellung im Schweizer Kindermuseum kurz nach der Jahrtausendwende. Es ist schweizweit das einzige Museum, das sich der Kinderkultur widmet und erhielt 2010 vom Kanton Aargau den Status eines kulturellen «Leuchtturms».

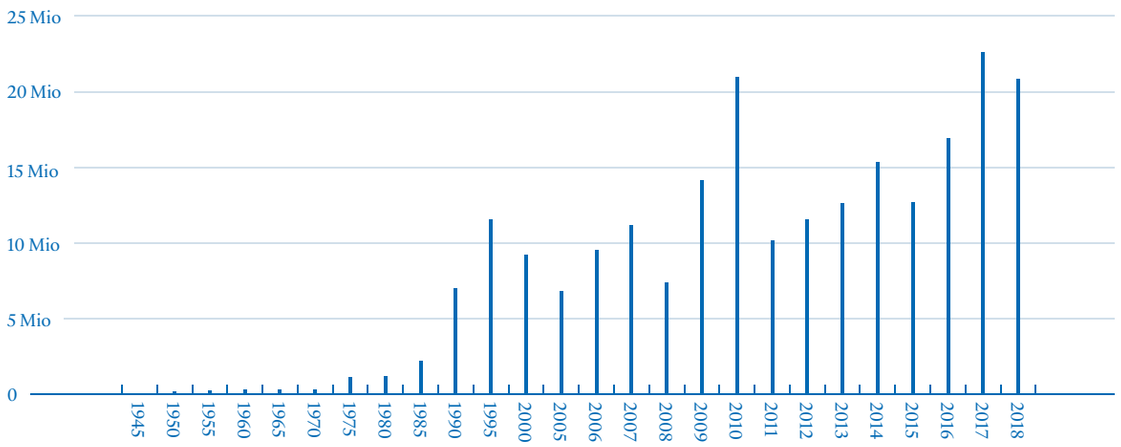
Grafik 62

Übersicht der jährlich ausbezahlten Beiträge des Aargauer Kuratoriums aus der Staatsrechnung ab 1970 und des Swisslos-Fonds ab 2015



Grafik 63

Entwicklung der Ausgaben des Swisslos-Fonds Kanton Aargau im Bereich Kultur 1945–2018



Grafik 61 Der Trend der jährlich ausbezahlten Beiträge des Aargauer Kuratoriums aus der Staatsrechnung zeigte generell aufwärts, bis die Ausgaben für Kultur in den 2010er-Jahren stagnierten. Quelle: Statistisches Jahrbuch Kanton Aargau 2020, 173.
Grafik 62 Lotteriebeiträge (Swisslos), 1945–2018. Die Daten zu den Kulturausgaben des Swisslos-Fonds wurden im Lauf der Jahre nicht einheitlich gesammelt und dargestellt. In dieser Abbildung sind von 1945 bis 2006 daher auch die Ausgaben für die Bereiche Erziehung, Bildung und Forschung eingerechnet. Ab 2007 wurden diese Bereiche separat ausgewiesen. Bis 1975 waren in der Staatsrechnung Zuwendungen an einzelne Institutionen und Projekte aufgeführt, ohne Zuordnung zu einem Bereich.

qualitativ hochstehender Betrieb von Kulturinstitutionen ermöglicht werden, andererseits erhoffte man sich durch die verbesserte Qualität «Kulturspitzen», die über die Grenzen des Kantons wahrnehmbar sein sollten. Im Kuratorium gab es aber auch Stimmen, die einer Privilegierung grösserer Institutionen mit Besorgnis entgegensahen. Deren Finanzierung sollte nicht auf Kosten kleinerer Kulturveranstalter geschehen, denn: «Was stärker leuchtet, wirft grössere Schatten.»[241] Das Kuratorium vertrat das Ideal einer politikfernen Kulturförderung und war skeptisch gegenüber einer staatlichen Vergabe. Die neun für eine Vertragszeit von drei Jahren ausgewählten «Leuchttürme»[242] würden von Sockelbeiträgen für die Betriebskosten profitieren, die sie nicht über eine Projektförderung akquirieren müssten. «Leuchttürme» trugen durch ihre Auszeichnung auch Risiken: Allfällige Erweiterungen, die sie vornahmen, wären durch wegfallende Kantonsbeiträge nur schwer kompensierbar gewesen.[243] Vorteile wurden aber vor allem in der «Labelqualität» gesehen, die den Zugang zu weiteren Drittmitteln erleichtern konnte.[244]

Neu verlangte das Kulturgesetz alle sechs Jahre auch eine Überprüfung der Wirksamkeit kulturpolitischer Massnahmen. Veröffentlichte Wirkungsberichte sollen die Ergebnisse dieser Überprüfungen transparent machen. Der im Rahmen der Erarbeitung des Kulturkonzepts erstmals von externen Beauftragten erstellte Wirkungsbericht von 2015 attestierte dem Kulturangebot im Aargau eine hohe Zufriedenheit in der Bevölkerung, höher noch als 2009.[245]

Eventisierung als Fokuspunkt

«Wir leben in einer Zeit, in der grandiose Freiluftheater, Stadionopern und spektakuläre Ausstellungen die Kulturlandschaft zunehmend überstrahlen.»[246] Der Tätigkeitsbericht des Kuratoriums von 2009 beleuchtete die vermehrte Kommerzialisierung der Kultur und die dazugehörigen Massenevents kritisch. Einerseits konnten mit Open-Air-Anlässen, Grosskonzerten, Festivals und medienwirksamen Preisverleihungen vor Grosspublikum viele Menschen erreicht werden. Andererseits wurden Bedenken geäussert, dass Kulturproduktionen dieser Art kleinere Betriebe immer mehr in den Schatten stellten und es für diese immer schwieriger werde, finanzielle Mittel und Publikum zu generieren. Aus Sicht des Kuratoriums schien es der Politik mehr um Standortmarketing als um die Kunst an sich zu gehen.[247]

Erlebnisorientierte Kulturveranstaltungen galten aber auch als Chance, im stetig wachsenden und konkurrierenden Kulturangebot die Aufmerksamkeit insbesondere eines jungen Publikums zu erlangen. In medienwirksamen Preisverleihungen wie derjenigen des «Kunstpreises des Kantons Aargau», der vom Aargauer Kuratorium erstmals 2011 vergeben wurde, sah man «Signalcharakter für den Stellenwert der Kultur in der Gesellschaft». Es war einerseits eine Werbung für Kultur, andererseits ein Zeichen der Wertschätzung für die Kunstschaffenden.[248]

Schwerpunkt Vermittlung

Der Kanton Aargau war ein Pionier in der Kulturvermittlung. 1973 wurde schweizweit die erste Beratungsstelle für Schultheater eingeführt zu einer Zeit, als Theaterpädagogik noch kaum ein Thema war (siehe «Kinder- und Jugendtheater», S. 504). 1978 nahm die Musikvermittlung GONG ihre Arbeit auf.[249] Im Fokus der Vermittlungstätigkeiten, die ab den 1990er-Jahren auch in Positionspapieren vermehrt gefordert wurden, standen vor allem Kinder.[250]

2005 startete die kantonale Abteilung Kultur das schweizweit pionierhafte Projekt «Kultur macht Schule», ein inzwischen weitverzweigtes Netzwerk im Kultur- und Bildungsbereich.[251] Schnell wurde es zur zentralen Anlaufstelle für die Kulturvermittlung in Aargauer Schulen und ermöglichte bald jährlich über 85 000 Aargauer Schülerinnen und Schülern die Teilnahme an Workshops, Gesprächen mit Kunstschaffenden und Aufführungen.[252] Erst das Kulturgesetz von 2009 verankerte die Kulturvermittlung in den staatlich zu fördernden Bereichen.[253] Während Kulturvermittlung als solche nun Priorität genoss, wurde zur selben Zeit die Lehrerbildung gerade im Bereich Theaterpädagogik beschnitten und als freiwillig erklärt, obschon die Notwendigkeit ausgebildeter Fachleute unbestritten war.[254] Nichtsdestotrotz verdoppelte sich die Zahl der gebuchten Angebote von «Kultur macht Schule» innerhalb von zehn Jahren. Spitzenreiter dabei war die Sparte «Theater und Tanz».[255]

Für Kulturinstitutionen bedeutete die Umstellung «von der kuratorisch- zur publikumsorientierten Vermittlung und Präsentation» jedoch eine Herausforderung.[256] Das Museum Aargau intensivierte sein Marketing und setzte auf seinen Schlössern und dem 2009 eröffneten Legionärspfad in Windisch vermehrt auf Veranstaltungen und Partizipation der Besucherinnen und Besucher.[257] Diverse kleinere Museen schafften es, ihr Angebot zu modernisieren, so beispielsweise das Strohmuseum im Park in Wohlen. Andere, wie die beiden Fricktaler Museen Rheinfelden und Laufenburg (Schiff), befinden sich 2021 am Anfang von Erneuerungsprozessen.[258]

Aargauer Kulturpolitik – wohin?

Sparen, sparen, sparen hiess es auch wieder zu Beginn der 2010er-Jahre. Das von der Regierung angeordnete Sparpaket kürzte dem Kuratorium, der Kantonsarchäologie und anderen Institutionen im Kulturbereich den Jahreskredit, kompensierte dies jedoch mit Beiträgen in gleicher Höhe aus dem Swisslos-Fonds.[259] Im Kuratorium, aber auch in den Medien wurde dies kritisch aufgenommen, da man um die Autonomie des Kuratoriums fürchtete, wenn es seine Förderung nach den Bestimmungen des Swisslos-Fonds auszurichten hätte. Die Ausgaben des Kuratoriums stagnieren seit 2010.[260] Die Schere zwischen den steigenden Kulturproduktionen beziehungsweise den dafür beantragten Unterstützungsbeiträgen und den stagnierenden staatlichen Mitteln öffnete sich immer weiter.[261] Langfristig sackte der Kanton Aargau im interkantonalen Vergleich der Kulturausgaben pro Kopf vom 6. Platz im Jahr 1970 auf den 20. Platz 2019

ab und lag hinsichtlich seines Vergabevolumens in seiner Referenzgruppe mit strukturähnlichen Kantonen wie Solothurn, St. Gallen und Thurgau ebenfalls unter dem Durchschnitt.[262] Gleichzeitig wurden Stimmen laut, die im Fahrwasser des «Kulturinfarkts», der in der geförderten Kunstwelt «von Allem zu viel und überall das Gleiche» verortete, ein Argumentarium für weiteres Sparpotenzial ausmachten.[263]

Ende der 2010er-Jahre wurde der Ruf nach einem Systemwechsel in der Kulturpolitik sowie einer Erweiterung des staatlichen Kulturbudgets immer lauter.[264] Inhaltlich nahmen die neuen Forderungen an die Kulturpolitik alte Begehren auf, die bereits in den ersten Jahren nach der Arbeitsaufnahme des Kuratoriums zuvorderst gestanden hatten. So sollten Teile der regelmässigen Betriebs- und Programmbeiträge an Institutionen und Veranstalter verlagert werden. Denn sie machen bis zu 75 Prozent des Ausgabenbudgets des Kuratoriums aus.[265] Einig sind sich alle Beteiligten aus dem Kulturbereich in einem Punkt: Nur mit mehr finanziellem Spielraum ist im Kulturbereich mehr zu erreichen und können Plätze im interkantonalen Vergleich gutgemacht werden. Mit dieser Haltung begann sich die Stiftung Pro Argovia erneut zu engagieren, organisierte im Rahmen von «Pro Kul Aargau» Anlässe wie Podiumsdiskussionen zu Kulturförderung oder Kulturjournalismus und unterstützte im November 2019 die Gründung eines Aargauischen Kulturverbands. Ziel des Verbands sei es, «die Anliegen der Kultur zu den kantonalen und staatlichen Stellen» zu tragen, andererseits aber auch Informationen von Seite Bund an Kulturschaffende weiterzugeben.[266] Zeitschriften wie das Aargauer Kulturmagazin AAKU, bis 2016 unter dem Namen JULI bekannt, informieren über das Kulturangebot im Kanton, bieten aber durch Hintergrundberichte, Interviews, Porträts und Kolumnen auch Anregungen im Diskurs über die aargauische Kulturförderung. Das AAKU wird von der IG Kultur Aargau, einem Verein von über Hundert Kulturveranstaltern, herausgegeben.[267] Das neuste, 2021 publizierte Anstosspapier «AG, oder achtung: Kultur» analysiert die Situation des Kultursektors im Aargau, macht eine Standortbestimmung der Strukturen und Bedingungen, unter denen Kultur geschaffen wird, und unterbreitet Vorschläge für die Zukunft des «Kulturkantons».[268]

Vielfalt der Pop- und Eventkultur

«Die Suche nach neuen Strömungen, neuen Stilen, neuen Kräften, neuen Künstlerinnen und Künstlern scheint viele zu bewegen», ist 1995 in einer Broschüre des Aargauer Kunsthauses zu lesen. Kurator Stephan Kunz blickte darin zurück auf 1905, als die Aargauer Sektion der GSMBA, der Gesellschaft Schweizerischer Maler, Bildhauer und Architekten, die erste Jahresausstellung veranstaltet hatte. Diese Schau ausschliesslich von Männern sei «ziemlich homogen» gewesen.[269] Kunz kontrastiert diesen Anspruch mit der Gegenwart der 1990er-Jahre: Eine gute Jahresausstellung sollte nun die Vielfalt der künstlerischen Ausdrucksweisen zeigen. Vielfalt und Vielseitigkeit war ein neues Credo des Kunstschaffens; Kuratorinnen und Kuratoren in Galerien standen vor der Herausforderung, stets nach neuen Strömungen zu suchen und diese in ihre etablierten Häuser aufzunehmen.

Vielfalt als Thema in einer globalisierten Welt und multikulturellen Gesellschaft wollte auch explizit gefördert sein. Der Kanton Aargau finanzierte zwischen 1991 und 2011 Austausche von Aargauer und Belaruser Kunstschaffenden.[270] Das weissrussische Publikum habe eine «Wachheit», die Jugend sei «unverwöhnt», schilderte die Aargauer Schriftstellerin Claudia Storz 2009.[271] Gleichzeitig erlebte die Spoken-Word-Szene im Aargau ihren Durchbruch. Das Literaturhaus führte 2008 und 2009 die «Argovia Poetry Slam Tours» durch, im Wohler Chappelehof oder im Stoffwechsel Baden fanden regelmässig Slams statt. Solche Performances, die Lyrik, Auftritt und geselliges Beisammensein kombinierten, fanden Anklang. Die Kombination verschiedener Sparten und die Fusion von Kunst und Unterhaltung traf den Nerv der Zeit. Genauso populär waren seit den 1990er-Jahren Festivals und Open-Airs für die verschiedenen Kunst- und Kulturformen, die als attraktive Events das Publikum anzogen.

Sommerkultur unter freiem Himmel

Ab den 1990er-Jahren und bis zur Jahrtausendwende entwickelte sich der Aargau zum Open-Air-Kanton – im Jahr 2001 gab es hier so viele Musikfestivals unter freiem Himmel wie sonst nirgends in der Schweiz.[272] Dazu gehören das «Heitere Open Air», das 1991 im Rahmen der Feier «700 Jahre Eidgenossenschaft» entstand und Ende der 2010er-Jahre mit rund 35 000 Besucherinnen und Besuchern zu den grössten Pop- und Rockfestivals der Schweiz gehörte. Radio Argovia veranstaltete zu seinem fünften Geburtstag 1995 auf dem Parkplatz vor den Studios in Brugg ein «Fäscht». Fünf Jahre später war daraus bereits ein Grossanlass geworden, der in den Schachen verlegt werden musste. Seit 2006 fand die mutmasslich grösste Party des Kantons jeweils im Birrfeld statt, 2023 erstmals in Wohlen. Mit einem populären Programm lockt Radio Argovia jeweils 50 000 Personen auf das grosse Festgelände.[273]

Mit neun Kino-Open-Airs stand der Kanton 2001 schweizweit an dritter Stelle – hinter Bern und Zürich.[274] Die Idee der Leinwände unter freiem Himmel war bereits Ende der 1980er-Jahre in den Aargau gekommen. Kinobetreiber oder

Filmschaffen und Filmförderung im Aargau

Nach der Jahrtausendwende tat sich einiges in der Filmförderung, sowohl auf nationaler als auch auf kantonaler Ebene. So stockte das Bundesamt für Kultur sein Budget für Film signifikant auf. Auch das Aargauer Kuratorium passte 2008 seine Eingabemöglichkeiten für Herstellungs- und Drehbuchbeiträge an. Neu konnten Filmschaffende zwei- statt einmal jährlich ein Gesuch stellen und auch Beiträge für Filmmusik und Sounddesign beantragen.[1] Mit der Neuregelung wurde der subsidiäre Charakter der Beiträge betont. Da Filmschaffen kostenintensiv ist, braucht jedes Werk Eigenmittel oder weitere Geldgeber. Daher wirkt die aargauische Filmförderung bis auf den Bereich der Kurzfilme vor allem auf nationaler Ebene ergänzend zu anderen Beiträgen. Das Aargauer Kuratorium zeigte sich überzeugt von dieser Art Förderung, weil sie nicht nur Filmprojekte sichere, sondern auch den Nachwuchs im Aargau fördere. Im Jahresbericht 2018 konstatierte es, «dass wir eben doch bekannte Filmschaffende hervorbringen – auch wenn sie nicht alle im Aargau wohnen».[2]

Doch nicht nur Kuratoriumsbeiträge ermöglichen das Filmschaffen, es sind auch Kulturpreise, die der Branche und Personen Publizität verschaffen. In der Tat haben sich Aargauer Filmschaffende auch national und international einen Namen gemacht. Der Regisseur Greg Zglinski (*1968), der seine Jugend im Aargau verbracht hatte, erlangte mit seinem Debütkinofilm «Tout un hiver sans feu» nationale und internationale Auszeichnung. An den Filmfestspielen von Venedig wurde er 2004 prämiert, und 2005 erhielt er den Schweizer Filmpreis.[3] Der Kurzfilm «Parvaneh» der im Aargau aufgewachsenen Talkhon Hamzavi (*1979) gewann 2013 Silber bei den Studenten-Oscars und gehörte 2015 zu den Kandidaten an der Oscarverleihung.[4] Mehrere Publikumshits gelangen der Regisseurin Sabine Boss (*1966) aus Schöftland mit den Filmen «Ernstfall in Havanna» (2002) und «Der Goalie bin ig» (2014). Für Letzteren erhielt Boss 2014 den Schweizer Filmpreis sowie 2015 den Swiss Award Kultur und den Kulturpreis der AZ Medien. Ebenfalls 2014 erhielt der in Baldingen und Zurzach aufgewachsene Benny Jaberg (*1981) den Schweizer Filmpreis für seinen Kurzfilm «The Green Serpent».[5] Wie Boss und Jaberg erhielt auch die Suhrerin Petra Volpe (*1970) mehrmalige Förderung durch das Aargauer Kuratorium.[6] Sie gewann mit ihrem Drehbuch zum Film «Die göttliche Ordnung» 2017 den Schweizer Filmpreis. Mediale Aufmerksamkeit erhielt auch die 2020 im Schweizer Fernsehen ausgestrahlte Serie «Frieden» zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Petra Volpe schrieb das Drehbuch, und der Aarauer Michael Schaerer (*1975) führte Regie. «Wenn man im Aargau geboren und aufgewachsen ist, hat man immer etwas Aargau in sich», meint die international tätige Petra Volpe.[7]

1 Kanton Aargau, Neuerungen in der Filmförderung, 20.12.2007 (Online-Quelle).
2 Aargauer Kuratorium 2018, 15.
3 AZ, 17.1.2013.
4 AZ, 28.2.2016.
5 Ehrismann 2016, 128.
6 Aargauer Kuratorium 2017, 11.
7 Altorfer 2017 (Online-Quelle).

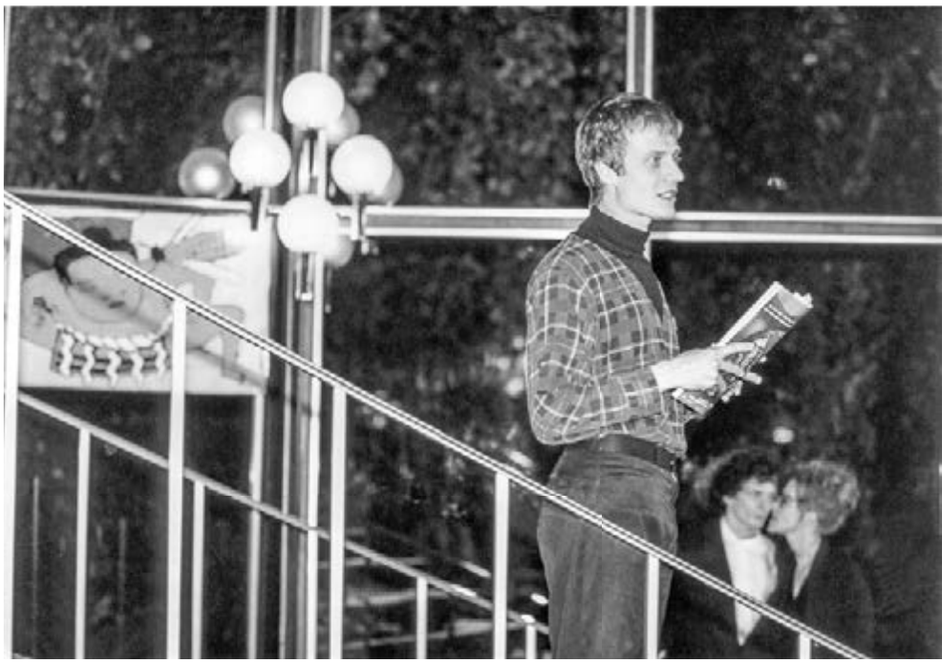
520 Regisseurin Sabine Boss gibt während der Proben zum Film «Das Fräuleinwunder» 2008 Anweisungen im Hintergrund. Im Vordergrund die Schauspielerinnen Brigitta Furgler (*1952), links, und Stephanie Glaser (1920–2011), rechts, auf dem Areal des Altersheims Sömmerli in St. Gallen.

521 Talkhon Hamzavi, Stefan Eichenberger, Nissa Kashani und Cheryl Graf an der 87. Verleihung der Academy Awards im Dolby Theatre in Los Angeles, 2015. Hamzavis Film «Parvaneh» war in der Kategorie Kurzfilme für den Oscar nominiert.

522 Die Berner Mundartband Patent Ochsner tritt im Sommer 1992 am Open-Air Guggibad in Buttwil bei Muri auf. Die Band hatte 1991 ihr erstes Album veröffentlicht und war in der Folge regelmässig Spitzenreiter der Schweizer Charts. Das von Freiwilligen organisierte Musikfestival wurde erstmals 1981 durchgeführt und hatte in unregelmässigen Abständen bis 2002 Bestand.

523 Das Festivalgelände des Open-Air-Festivals Gränichen im Jahr 1997 im Moortal Gränichen besteht aus einer Bühne, einer Beiz und einem grossen «Pöröm-Zelt». Es wird seit 1995 durchgeführt und zählte zunächst bloss einige Hundert Eintritte. Seit 2000 strömen jährlich zwischen 2000 und 3500 Besucherinnen und Besucher an das Rock-, Punkrock- und Metal-Festival.

524 Ein Blick auf die Bühne am «Argovia-Fäscht» 2005 im Schachen, Brugg. Das Festival wird seit 1995 durchgeführt und findet seit 2006 wegen seiner Grösse auf dem Birrfeld statt, 2023 erstmals in Wohlen. Zum «Argovia-Fäscht» gehören auch Beizen.



525 An der Eröffnung des ersten Filmfestivals Fantoche im Badener Kurtheater spricht der Gründer Frank Braun zu den Gästen, im Hintergrund Peter Hossli und Suzanne Grieder-Buchan, 1995. Das internationale Festival wird inzwischen jährlich durchgeführt und zählt über 25 000 Eintritte.

526 DJ Bobo legt im Club Don Paco in Wohlen auf, hier auf einer Fotografie um 1986. Ein Jahrzehnt später war DJ Bobo international bekannt.

527 Eine Szene aus «Space Dream» an der letzten Vorstellung im Juni 2000. Das Musical war 1994 für die Gewerbeausstellung Berikon geschrieben worden und wurde zwischen 1995 und 2000 in Baden aufgeführt.

528 Der Wohler Peach Weber (*1952) nimmt 2015 seinen zweiten Prix Walo für die Sparte Kabarett/Comedy in Empfang. Der ursprünglich als Primarlehrer tätige Unterhaltungskünstler publizierte 1980 sein erstes Album und erzielte rasch nationale Erfolge. Weber schreibt heute unter anderem Kinderbücher und geniesst in der Deutschschweiz grosse Popularität.

529 Ursus & Nadeschkin empfangen im Jahr 2000 ihren zweiten Prix Walo, hier für Kabarett/Comedy. Das Komikerduo arbeitet seit 1987 zusammen. Urs Wehrli (*1969) stammt aus Aarau und ist auch als Autor und bildender Künstler tätig, Nadja Sieger (*1968) ist Zürcherin und arbeitet zudem als Kolumnistin und Regisseurin.

530 Der Sänger Seven (*1978) 2015 bei einem Auftritt im KKL Luzern im Rahmen seiner Tour «BackFunkLoveSoul». Der Wohler Jan Dettwyler hatte als 15-Jähriger seinen ersten Auftritt beim Schweizer Fernsehen, veröffentlichte 2002 sein erstes Album und erlangte als R & B- und Soulsänger auch in Deutschland Bekanntheit.

531 Die Sängerin Sina (*1966) bei einem Konzert, wahrscheinlich im Salzhaus Brugg, um 2010. Die Musikerin mit bürgerlichem Namen Ursula Bellwald stammt aus Visp und wurde in den 1990er-Jahre zu einer der bekanntesten Mundartsängerinnen der Schweiz. Sie wohnt seit Anfang der 2000er-Jahre im Kanton Aargau.

532 Der Sänger und Songschreiber Adrian Stern (*1975) in seinem Atelier im Elternhaus in Baden, 2003. Im gleichen Jahr veröffentlichte er sein Debütalbum mit dem Titel «Stern». Das Lied «Han nur welle wüsse …» wurde zum Radiohit und Stern zu einem der bekanntesten Schweizer Musiker.

Tourismusvereinigungen in Lenzburg, Baden, Aarau, Wohlen oder Zurzach veranstalteten während der Sommermonate Kinovorführungen im Freien.[275] Aber auch Private ergriffen die Initiative, so zum Beispiel in Rheinfelden, wo im August 1994 in der Altstadt ein Open-Air-Kino aufgebaut wurde.[276]

Das Fehlen einer Zentrumsstadt mit Kulturangeboten während des Sommers ermöglichte verschiedenen lokalen Initiativen den erfolgreichen Aufbau solcher mittleren bis grossen Anlässe in den Monaten, in denen Theater und Konzertsäle kein Programm anboten – anfänglich zumeist ehrenamtlich und mit einer durch das stark verankerte Vereinswesen geprägten Motivation.[277] Die Ausrichtungen der Festivals variierten stark. Generell entsprach die Gründung von Open-Airs in den 1990er-Jahre einem Bedürfnis der Massen: Die grossen Veranstaltungen zogen Tausende an, indem sie Musik mit Gastronomie kombinierten. Verschiedene kleinere Festivals vermochten es, dank Fokus auf einen spezifischen Stil oder einer besonderen Ambiance jeweils mehrere Hundert Menschen anzusprechen. Einige sommerliche Grossanlässe, so zum Beispiel das 1993 gegründete «Gauklerfestival» in Lenzburg, sahen die Durchführung als «Win-Win-Situation für alle Beteiligten»: Für viele Leute in der Stadt bedeutete die Förderung des Standorts potenzielle Umsätze für das Gewerbe, aber auch Auftrittsmöglichkeiten für Künstlerinnen und Künstler.[278]

Alternative Open-Airs

Anders als die kommerziellen und professionellen Grossanlässe waren Open-Airs, die sich entweder dem Sponsoring versagten oder bewusst klein bleiben wollten. Bereits 1981 entstand das Open-Air Guggibad Muri, das bis 2002 in unregelmässiger Folge Bands nach Muri brachte und sich vor allem an ein lokales Publikum richtete.[279] Das Festival Openeye auf dem Bauernhof von Hans und Marlis Hagenbuch in Oberlunkhofen war ab 1995 ein weiteres Open-Air, das sich als Alternative zu den Grossveranstaltungen sah. Es bestand bis 2010 und hatte zum Ziel, insbesondere jungen Bands eine Auftrittsgelegenheit zu bieten. Bis zu 3000 Personen kamen für diesen Anlass jeweils ins Freiamt.[280] Die Lust daran, ein Festival mit Ambiance zu ermöglichen, war bei den Gründerinnen und Gründern des «Festival des Arcs» in der Gipsgrube Ehrendingen leitend. Lokale Politikerinnen und Politiker der Sozialdemokratischen Partei gründeten es im Jahr 2000 mit der Absicht, «alternativkulturelle» Vielfalt zu fördern: Musik, Tanz, Akrobatik, Schreibwerkstätten, Figurentheater.[281]

Um den Austausch zwischen den verschiedenen kleinen Festivals im Aargau zu gewährleisten, schuf die Fachstelle Kulturvermittlung des Departements Bildung, Kultur und Sport um 2010 ein «Openairforum»; es sollte Wissensaustausch, Vermittlungsangebote und Hilfestellungen für Förderungsgelder ermöglichen. 2017 entstand daraus das Festivalforum, ein Verein, der als Netzwerk «für nicht-kommerziell ausgerichtete Festivals jeglicher Disziplinen im Kanton Aargau» agiert und von Blues- bis Rockfestivals zwölf solcher Veranstaltungen vereint.[282]

Austausch für Profis an den Festivals

An den Trend zur Eventisierung von Kultur konnten auch Kunstsparten anknüpfen, die ihr Dasein eher im Schatten der klassischen Kultur oder der Popkultur fristeten. Die Globalisierung, neue Kommunikationsformen und allgemein die erhöhte Mobilität dienten dem internationalen Austausch in der Kunst. Kunstschaffende aus Übersee oder Russland konnten für ein mehrtägiges Festival problemlos in die Schweiz eingeladen werden. Exemplarisch für die Entwicklung neuer Festivals sind «Figura» und «Fantoche» zu nennen, die sich dem Figurentheater und dem Animationsfilm widmen und 1994 beziehungsweise 1995 erstmals durchgeführt wurden. Beide Anlässe entstanden auf Initiative von Fachleuten mit der Absicht, für die jeweiligen Szenen ein inhaltlich hochstehendes Festival mit internationaler Ausstrahlung zu programmieren und gleichzeitig auch die lokale Bevölkerung anzusprechen.[283]

Die Initiative für «Figura» entstand aus einer etablierten Vereinigung, der Schweizerischen Vereinigung für Puppenspiel, deren Absicht es war, an wechselnden Orten regelmässig ein Festival durchzuführen. Bei «Fantoche» hingegen kam dieser Anstoss nicht aus institutionalisierten Kreisen. Eine «regelmässige Präsentation des Trickfilms» fehle in der Schweiz, ist im «Fantoche»-Konzept von 1994 zu lesen. Das in der Schweiz vorhandene «Potential an kreativen Trickfilmschaffenden» finde zwar im Ausland Anerkennung, werde aber hierzulande kaum beachtet. Deshalb sei es notwendig, ein Festival mit hohem Qualitätsanspruch zu gründen, schrieben die Initianten Frank Braun (*1965), Suzanne Grieder-Buchan (*1959) und Peter Hossli (*1969). Bis auf den Geschichts- und Filmwissenschaftsstudenten Hossli, der in der Region Baden aufgewachsen und ebenda als Kinomitarbeiter tätig war, hatte niemand Verbindungen zum Kanton Aargau. Die Kleinstadt Baden schien den dreien jedoch der ideale Ort zu sein, um dem Animationsfilm ausserhalb der kulturell gesättigten Stadt Zürich Raum zu geben. Unterstützung wurde unter anderem durch ein Patronatskomitee zugesichert, das aus Mitgliedern der Schweizer Kulturszene, des Journalismus, aus Badener Unternehmern und aus in der Regional- und Kulturpolitik tätigen Männern und Frauen bestand. Dieser Rückhalt dürfte neben der fachlichen Argumentation sowohl bei der erfolgreichen Akquise von über 300 000 Franken Sponsoring-Geldern als auch bei einer begeisterten Kritik zum neuen Festival von Bedeutung gewesen sein.[284]

Unterhaltung und Stars aus dem Aargau

1994 war für die Aargauer Unterhaltungsbranche das Jahr schlechthin: Es ist das Jahr, in dem René Baumann als DJ Bobo seinen ersten Prix Walo gewann. Und es ist das Jahr, in dem das Musical «Space Dream» an der Gewerbeausstellung Berikon uraufgeführt wurde – ein Jahr später war ihm die Prix-Walo-Auszeichnung beschieden. Es folgten 14 Jahre mit 1500 Shows in Baden und Winterthur, was die Produktion zum wohl bekanntesten Musical der Schweiz machte. Eurodance und Musicals waren populär.

Die Kunst der Überraschung – Aargauer Zirkusse

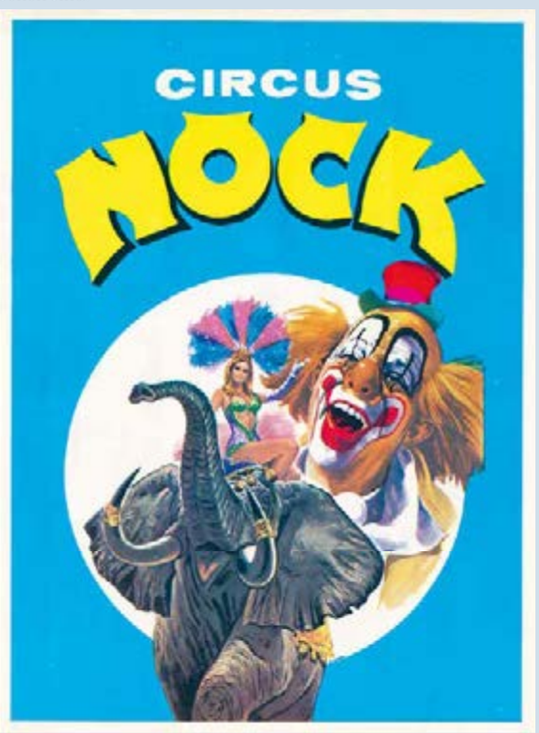
Im Jahr 1970 wurde der Kanton Aargau zum Zirkuskanton: Das Unternehmen des international vernetzten «Bilderbuch-Zirkus» Nock erwarb einen alten Bauernhof in Oeschgen, wo die Familie von nun an während der Wintermonate lebte, trainierte und die nächste Tournee, die jeweils acht Monate dauerte, vorbereitete.[1] Der Circus Nock war zu diesem Zeitpunkt bereits 110 Jahre alt und konnte sowohl in Genf als auch im Engadin auf ein Stammpublikum zählen. Mitte der 1990er-Jahre beschrieb der damalige Zirkusdirektor Franz Nock (*1936) den Traditions- und Grosszirkus wie folgt: «100 Wagen, 100 Personen, 100 Tiere.» Entsprechend wurden in Oeschgen auch Stallungen benötigt, um Affen und Elefanten zu halten. Im Jahr 2019 ging das Unternehmen in Konkurs. Das ab 1996 eingerichtete Nock-Archiv mit Museum dokumentiert die Geschichte des «ältesten Schweizer Zirkus».[2]

Während der 1980er-Jahre entstanden im Aargau mehrere kleinere Zirkusse, so 1982 «Viva» der Familie Zimmermann in Suhr und 1985 «Monti» der Wohler Familie Muntwyler. Der 1984 in Winterthur gegründete Zirkus Medrano von Urs Strasser (1946–2013) hatte sein Winterquartier in Villigen. Alle diese Zirkusse orientierten sich an einem traditionellen Nummernprogramm, das im deutschsprachigen Raum zu diesem Zeitpunkt die Norm war, während beispielsweise in Frankreich unter dem Namen «cirque nouveau» andere Formen des Zirkus erprobt wurden, die in der Schweiz kaum Aufnahme fanden.[3] «Monti» integrierte bereits in den 1980er-Jahren und vermehrt ab 1990 neue Formen in den Zirkus, so in der Tournee 1992 ein Puppentheater, und arbeitete mit Regisseuren wie Adrian (Adi) Meyer (*1956) und später Thomy Truttmann (*1956). Eine Veränderung von der Nummerngestaltung hin zur gemeinsamen Erarbeitung eines Programms mit zweimonatiger Probe geschah mit der Regie durch den Clown und Pantomimen Dimitri (1935–2016) in den Jahren 1998/99.[4] Die wechselnde Zusammensetzung der Künstlertruppe bei «Monti» und die Probemöglichkeiten im Winterquartier in Wohlen erwiesen sich auch als Nachwuchsförderung – so nahm Roman Müller (*1972) als Jongleur an der Tournee 2000 teil, arbeitete dann in Frankreich und weiteren europäischen Ländern. 2015 gründete Müller das internationale Festival cirqu'Aarau, das alle zwei Jahre zeitgenössische Zirkusdarbietungen nach Aarau einlädt.[5]

1 Amiet, Aebi 2002, 85.
2 Amiet, Aebi 2002, u. a. 157; SRF, Schweiz aktuell 1995; Gespräche mit Francesco Nock, 2020.
3 Gespräche mit Mirjam Hildbrand, 2020.
4 Circus Monti 2009, u. a. 112–116; Gespräche mit Johannes Muntwyler, 2020.
5 Gespräche mit Roman Müller, 2020; vgl. Maleval 2010, 9–15; Wiederkehr 2020 (Online-Quelle).

533 Die Kinder der Familie Muntwyler aus Wohlen treten in der Saison 1978/79 in der Manege des Zirkus Olympia auf. Der Circus Monti wird schliesslich 1985 gegründet.

534 Das Plakat für die Tournee des Circus Nock in der Saison 1978. Das Zirkusunternehmen mit Winterquartier in Oeschgen war bekannt für seine Elefanten, die auf vielen der Plakate zu sehen sind.



Als René Baumann 1994 seinen ersten Prix Walo von insgesamt vier gewann, lagen zehn Jahre Aufbauarbeit hinter ihm. Baumann wurde 1968 in Kölliken geboren, wo er bei seiner Mutter und seinem Stiefvater aufwuchs. Ab 1984 absolvierte er in der Bäckerei Gerber in Kölliken eine Lehre als Bäcker-Konditor, widmete sich daneben dem damals neuen Breakdance und legte im Jugendhaus Tuchlaube Aarau auf. Hier sei er bald «Bobo» genannt worden, ein Codename, den er «beim Graffiti-Sprayen benutzte».[285] Und hier knüpfte er Kontakte und gewann als 18-Jähriger bereits erste Preise als Tänzer und DJ. In der Wohler Disco Don Paco erhielt er die erste Stelle als DJ, schloss seine Lehre ab und verfolgte eine Karriere als Musiker. Ab 1990 erschienen verschiedene Singles. Die vierte Veröffentlichung, «Somebody Dance With Me», folgte 1992 und wurde im Verlauf des Jahres 1993 erst in der Schweiz und dann in Deutschland zum Hit. Mit den Alben «There Is a Party» und «Just For You» wurde DJ Bobo schliesslich international zum Star und füllte besonders in der Schweiz und Deutschland ab 1996 Hallen mit Zehntausenden Zuschauerinnen und Zuschauern.[286]

Britische Musicals wie «Cats» oder «Phantom of the Opera» hatten ab 1980 auch in der Schweiz eine grosse Gefolgschaft. Deshalb schien es für den Werber und passionierten Musiker Harry Schärer (*1959) naheliegend, für die «Mega 94», die Gewerbeausstellung auf dem Mutschellen, ein Musical zu komponieren. Als 1993 in Oberwil ein Informationsabend des neuen Musicalvereins zum geplanten Musicalprojekt stattfand, kamen statt der erwarteten 30 Personen «etwa 150 bis 200», wovon sich schliesslich rund 120 für das Musical engagierten. Schärer komponierte, Peter Schwinger (*1950) schrieb Texte für ein neues Musical namens «Space Dream», das im Berikerhuus neunmal aufgeführt wurde und für das 7500 Eintrittskarten verkauft wurden. Bereits 1995 vereinbarten die Initianten mit der ABB in Baden eine Zwischennutzung in einer der leer stehenden Hallen im Stadtteil Baden Nord, wo bis im Jahr 2000 insgesamt 800 Aufführungen von «Space Dream» stattfanden. «Alle sprachen beim Thema Musical von Zürich. Und plötzlich kam das kleine Baden und mischte die Musical-Welt auf», sagt Schärer rückblickend.[287]

Geschichtskultur und Kulturerbe

Tradition verpflichtet zur Pflege

Die Aufarbeitung aargauischer Geschichte und ihre Vermittlung sind geprägt durch den starken Regionalismus im Kanton. Entsprechend zögerlich identifizierte sich die aargauische Bevölkerung mit kantonalen Institutionen zur Bewahrung und Vermittlung. Die Professionalisierung von Archiv, Bibliothek und Museum erfolgte daher spät. Ein bedeutender Teil der regionalen und lokalen Identität ist ausserdem das immaterielle Kulturerbe, das sich entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklungen verändert. — *Annina Sandmeier-Walt und Ruth Wiederkehr*

Regionale vor kantonaler Identität

Aargauische Geschichte wurde und wird in den einzelnen Regionen mit ihrer unterschiedlichen Sicht auf die Vergangenheit geschrieben.[288] Historische Vereine und ihre Publikationsorgane sowie Orts- und Stadtgeschichten bilden das Gedächtnis ihrer Regionen und dienen Kantonsgeschichten als Basis für eine Sicht auf die kantonale Vergangenheit. Die angestammte Fokussierung auf die Regionen, konfessionell bedingte Sichtweisen und ein zuweilen ambivalentes Verhältnis zum Kanton zeigten sich insbesondere bei den Vorbereitungen zu Kantonsjubiläen.[289] Der Aarauer Journalist Anton Krättli analysierte die Situation im Jubiläumsjahr 1953 folgendermassen: «Die wechselvolle Geschichte der einzelnen Kantonsteile hat verhindert, dass der Aargau innerlich zu einer Einheit zusammenwuchs. Das zeigt sich nicht etwa nur darin, dass das Stimmvolk gemeinsame kulturelle Aufgaben nicht erkennt, wie die Verweigerung eines Neubaus der Kantonsbibliothek bewiesen hat, sondern auch darin, dass sich der Aargauer überhaupt nicht in gleichem Masse als Aargauer fühlt wie der Berner als Berner.»[290]

Der Mangel an Identifikation mit dem Kanton verhinderte auch einen Konsens für die Darstellung aargauischer Geschichte. Noch um 1950 war in dieser Beziehung kein Einvernehmen vorhanden.[291] Wie bereits 1903 gab es zum Kantonsjubiläum 1953 neben einer offiziellen vom Regierungsrat herausgegebenen Publikation auch eine, die der katholisch-konservativen Sichtweise folgte und sich insbesondere den umstrittenen kirchenpolitischen Vorgängen des 19. Jahrhunderts widmete.[292] Festivitäten und Schriften rund um die Kantonsjubiläen hatten daher nicht zuletzt zum Ziel, die aargauische Bevölkerung zu einen und eine aargauische Identität zu formen (siehe «Jubiläen», S. 176).[293] Besonders stark war dies der Fall beim Jubiläum von 1953, das unter dem Nachwirken der Weltkriegssituation und der Geistigen Landesverteidigung stand.[294] 1978 schien die konfessionelle Gespaltenheit kein Thema mehr zu sein, wenn auch die Konzentration auf die Regionen bestehen blieb.[295] Mit dem Helvetik-Jubiläum 1998 fand der Aargau zu einem neuen Geschichtsbild und sah sich erstmals selbstbewusst als «Leitkanton» der damaligen Schweiz.[296] Es konnte innerkantonal ein Bewusstsein für diesen wichtigen Abschnitt der Aargauer Geschichte geschaffen aber auch Aufmerksamkeit auf nationaler Ebene gewonnen werden. Das Ringen um die kantonale Identität liess und lässt somit auch Spielraum für neue Interpretationen.[297]

Institutionen für das historische Kulturerbe

Die Sammlungspraxis in der Kantonsbibliothek Aargau ist ebenfalls ein Abbild der Entwicklung hin zu einem geeinten Kanton. Während Aarauer

Pressezeugnisse schon im 19. Jahrhundert den Weg in die Kantonsbibliothek fanden, sind bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts kaum Zeitungen aus dem Fricktal und dem Freiamt auffindbar. Sie wurden erst von diesem Zeitpunkt an systematisch gesammelt. Zu gross waren die Hemmungen in diesen Regionen, ihr Material an eine Institution in der Kantonshauptstadt zu übergeben. Umgekehrt gab es auch keine Initiative von staatlicher Seite, sich darum zu bemühen.[298] Mit einem bis dahin offenbar mangelnden Konsens in der aargauischen Bevölkerung bezüglich dem Unterhalt kantonaler kultureller Einrichtungen verwundert es nicht, dass es mehrere Anläufe brauchte, bis in den 1950er-Jahren der dringend benötigte Neubau für Kantonsbibliothek, Staatsarchiv und Kunsthaus in Angriff genommen werden konnte.[299] Dieser äussere und innere Ausbau der Kulturinstitutionen wie der Kantonsbibliothek, die hinsichtlich des Kulturerbes zunehmend den Gesamtkanton Aargau vertraten und auch so wahrgenommen wurden, fand in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts statt.

Aufbewahrungsorte für das Schriftgut

Zwar bot der Neubau von 1959 dem Staatsarchiv mehr Platz, doch wurde der Archivraum im Grossratsgebäude weiterhin in Anspruch genommen. Denn erst jetzt übergaben die Departemente weitere Akten an das Archiv, das bereits unter Platznot litt.[300] Die Unterbringung des Staatsarchivs im Verwaltungsneubau Buchenhof 1998 löste die prekären Platzverhältnisse schliesslich auf.[301] Der Tätigkeitsschwerpunkt der Angestellten im Staatsarchiv verschob sich nun hin zum Dienstleistungsbetrieb für Verwaltung, Behörden und Öffentlichkeit und richtet sich nicht mehr nach den Forschungsinteressen einzelner Gruppen.[302]

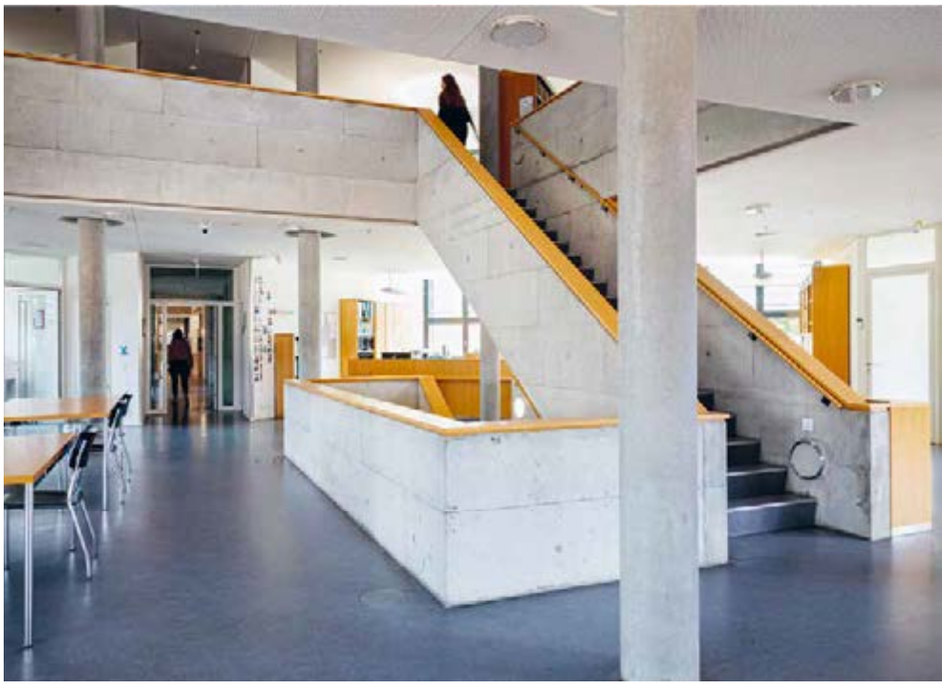
Zu Beginn der 1970er-Jahre fand eine Reform in der kantonalen Verwaltung statt, in deren Folge im Erziehungsdepartement eine neue Abteilung «Kulturpflege» entstand. Ziel war es, die kantonalen Kulturinstitutionen in einer Verwaltungsabteilung unterzubringen. Die Denkmalpflege, die Kantonsbibliothek und die Kantonsarchäologie gehörten bis dahin zur Abteilung «Sammlungen».[303] Eine Ausnahme bildete das Staatsarchiv, das bis 2005 der Staatskanzlei angegliedert blieb und damit direkt dem Landammann unterstand.[304] Dies zeigte sich auch im Organigramm. Von 1889 bis 1967 war das Amt des Staatsarchivars und des Kantonsbibliothekars vereinigt und wurde in Personalunion geführt. Zwischen 1967 und 2016 waren Archiv und Kantonsbibliothek eigenständige Abteilungen und wurden dann wieder unter einem Dach als «zentrale Gedächtnisinstitution» vereint.[305] Seit 1998 begleiten Archiv- und Bibliothekskommissionen die Institutionen als Fachaufsicht und Förderungsorgane. Die Kantonsbibliothek verwahrt als Bibliothek mit wissenschaftlicher Ausrichtung einen Teil des historischen Erbes und der kulturellen Identität des Kantons. Zudem trägt sie die Fachaufsicht über die Bibliotheken der Kantonsschulen und der Kantonsverwaltung und betreibt den Verbund der kantonalen Bibliotheken. 2001 wechselte das Erziehungsdepartement die Bezeichnung und wurde neu zum Departement für Bildung, Kultur und Sport. Entsprechend heisst die bisherige Abteilung «Kulturpflege» heute Abteilung «Kultur».[306]

Die Archivlandschaft des Kantons Aargau abseits des Staatsarchivs, insbesondere die Gemeindearchive, geriet ab den 1930er-Jahren in den Fokus der Behörden. Nach Archivbesuchen vor Ort wurden von 1943 bis 1946 auf Initiative des Staatsarchivs Gemeindearchive inventarisiert. Diese Arbeit fand unter Staatsarchivar Roman Brüschweiler (1934–2017) zwischen 1983 und 1998 ihre Fortsetzung. Inspektionen dürfen laut Archivverordnung von 1998 heute nicht mehr stattfinden, dem Staatsarchiv kommt jedoch eine Fachaufsicht zu.[307]

Museale Einrichtungen

Auch die Vermittlung aargauischer Geschichte in musealer Form ist letztlich Abbild genannter Entwicklungen. Die Pläne für ein Historisches Museum im Kanton Aargau reichen zwar beinahe so weit zurück wie jene für das Aargauer Kunsthaus. Bereits bei der Übernahme des Schlosses Lenzburg aus Privatbesitz 1956 war eine Ausstellung zur Kantonsgeschichte angedacht. Eine Dauerausstellung zu Aspekten der Aargauer Geschichte musste jedoch aus rechtlichen, finanziellen und bautechnischen Gründen bis zur Eröffnung des Museums 1987 warten.[308] Gleichwohl stand das Schloss bis dahin einer interessierten Öffentlichkeit offen. Die 1895 entstandene Kantonale Historische Sammlung – bis 1948 «Kantonales Antiquarium» genannt – war bis 1962 im Gewerbemuseum in Aarau untergebracht. Danach wechselte sie auf Schloss Lenzburg. Der Konservator der Historischen Sammlung, Hans Dürst (1929–2002), bemühte sich um eine Planung des Museumsbetriebs und fürchtete entgegen warnender Stimmen eine mögliche Volksabstimmung zum Projekt nicht.[309] Schweizweite Pionierarbeit leistete Hans Dürst in der Vermittlung von Geschichte auf Schloss Lenzburg bereits in den 1970er-Jahren, als Testjahre mit Museumspädagogik in Form von «Living History» stattfanden.[310] Er widmete sich zusammen mit Spezialistinnen und Spezialisten intensiv dem Sammlungsgut, das er bis Mitte der 1980er-Jahre inventarisierte und dokumentierte.[311]

Nach der Jahrtausendwende galt es, mittels Umstrukturierungen Synergien der verschiedenen Museumstandorte für das neu «Museum Aargau» genannte kantonale Museum zu nutzen.[312] Das Habsburger-Erbe wurde nach dem Gedenkjahr 2008, das die Beziehungen des Aargaus zum Adelsgeschlecht mit Tagungen, Ausstellungen, Festspielen und Publikationen in neues Licht stellte, für das Museum immer wichtiger.[313] «Aus den bösen Habsburgern wurden unsere Habsburger, der Aargau wurde mit der Stammburg Habsburg zur Wiege eines Weltreichs», meinte Journalist Hans Fahrländer (*1950) zum geänderten Geschichtsbild.[314] Zur selben Zeit fand die Integration der neuen Museumsstandorte statt. Neben den Standorten Schloss Lenzburg und Schloss Hallwyl kamen 2009 die Klosterkirche Königsfelden und Schloss Habsburg hinzu, 2011 das Schloss Wildegg. Mit dem Legionärspfad in Windisch vermittelt das Museum zusätzlich seit 2009 das römische Kulturerbe.[315] Das dezentrale Museum Aargau gehört inzwischen zu



535 Der 1998 eröffnete «Buchenhof» bietet 360 Arbeitsplätze, zehn Konferenzräume, eine Cafeteria sowie Platz für das Staatsarchiv, hier auf einer Fotografie von 2021. Burkard Meyer Steiger Architekten aus Baden setzten den Neubau 1992 bis 1998 um. Das Gebäude bietet klimatisch ideale Bedingungen zur Bestandserhaltung.

536 Vernissage der Ausstellung «Badekult. Von der Kur zum Lifestyle» im Historischen Museum Baden 2019. Die Professionalisierung des städtischen Museums fand vergleichsweise früh, noch vor kantonalen Institutionen, ab den frühen 1990er-Jahren statt.

537 Das Hexenmuseum Schweiz an seinem neuen Standort Schloss Liebegg, 2018. Ursprünglich befand sich das 2009 eröffnete Museum in Auenstein. Es ist das einzige Hexenmuseum dieser umfassenden Art im deutschsprachigen Europa und bietet Einblicke in die Geschichte der Hexen vom Mittelalter bis in die heutige Zeit.

538 Falkner Ulrich Lüthi zeigt auf Schloss Wildegg den Leinenflug eines Greifvogels, Bild von 2020. Das Schloss Wildegg ist seit 2011 im Besitz des Kantons Aargau und wird vom Museum Aargau geführt.

539 Mittelaltermarkt auf Schloss Lenzburg, 2019. An den Mittelaltermärkten vermittelt das Museum Aargau altes Handwerk, Musik und Tänze sowie Rezepte aus der Vergangenheit.

540 Besucherinnen und Besucher sehen sich Exponate im Wohler «Strohmuseum im Park» an. Das Museum vermittelt die Geschichte der Freiämter Hutgeflechtindustrie aus drei Jahrhunderten. Das Freiämter Strohflechten wird vom Bundesamt für Kultur als Lebendige Tradition geführt.

den grössten und meistbesuchten historischen Museen der Schweiz.

Die neuere Kantonsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts wird im Aargau professionell aufgearbeitet vor allem in den Städten vermittelt. Das Historische Museum Baden beispielsweise richtete in den 1990er-Jahren seinen Sammlungsfokus auf Alltagsgegenstände des 20. Jahrhunderts aus.[316] Das Stadtmuseum Aarau setzte seine Schwerpunkte mit seiner Wiedereröffnung 2016 ebenfalls in der neueren Zeit und inszenierte Objekte auf neue Weise multimedial.[317] Die städtischen Museen bilden zudem das Gedächtnis ihrer Region. Das 1985 eröffnete Museum Burghalde in Lenzburg zeigt unter anderem Ausstellungen zur Industriegeschichte Lenzburgs.[318]

Seit den 1980er-Jahren entstanden zudem vermehrt Museen in Städten und Dörfern, die gleichzeitig einen Kulturort bildeten. Zu diesen gehört beispielsweise das 1981 eröffnete Museum Schiff in Laufenburg, das neben Sammlungsgegenständen aus der Region auch immer wieder Wechselausstellungen zu regionalen und kulturellen Themen für das Publikum präsentiert.[319] Ein anderes Beispiel ist das 1987 eröffnete Dorfmuseum im Kölliker «Salzmehus». Neben der Ausstellung zum bäuerlichen und handwerklichen Leben um 1900 gibt es auch Wechselausstellungen zu Kunst, Geschichte und Natur der Region. Zudem findet der jährliche Strohhausmarkt dort statt.[320]

Events in der Geschichtsvermittlung

Geschichtsvermittlung nahm um die Jahrtausendwende zuweilen neue Formen an und fand vermehrt unter freiem Himmel mit Events statt. In den 1990er-Jahren entstand zwischen Wettingen und Brugg der erste Industriekulturpfad. Durch eine Kooperation zwischen dem Museum Aargau, dem Museum Burghalde und dem Verein Industriekultur am Aabach entstand 2018 die «IndustriekulTOUR Aabach», der erste virtuelle Museumsraum im Kanton Aargau.[321] 2009 eröffnete der «Jüdische Kulturweg Endingen-Lengnau», der die Geschichte der Jüdinnen und Juden im Surbtal nacherzählt (siehe «Judentum», S. 441). Geschichtliche Ereignisse wie 200 Jahre Beginn der Helvetik 1998 und das Kantonsjubiläum 2003 wurden neben Publikationen vielseitig aufbereitet und in Erinnerung gerufen.

Vergangenheit war nicht immer einfach zu vermitteln. Ein grosszügig gesponsertes Musiktheater, «Die Helvetische Sphinx», sollte 1998 die Geschichte der helvetischen Revolution im Aargau und die Zeit der Helvetik einem grösseren Publikum in verschiedenen Regionen des Aargaus erfahrbar machen. Die Kritiken waren jedoch durchzogen und die Tournee des Theaters musste vorzeitig abgebrochen werden.[322] Zum 200. Geburtstag des Kantons sollte im Jahr 2003 das frisch renovierte Schloss Hallwyl im Sommer zur Opernbühne werden; ein «Jubiläumstraum», ist im ersten Programmheft zu lesen.[323] Aus dem erstmaligen Spektakel entwickelte sich eine Operntradition im Seetal. Die mangelnde Finanzierung grosser Festspiele brachte das Unternehmen nach anderthalb Jahrzehnten zum Scheitern. Der Trägerverein wurde deshalb im Januar 2020 aufgelöst.[324]

Bewahrung des materiellen Kulturerbes

Vor der Etablierung der Kantonsarchäologie setzten sich in erster Linie die regionalen Vereinigungen der Gebiete mit Bodenfunden für Ausgrabung und Dokumentation ein. Dazu gehörten die Historische Vereinigung Seetal und Umgebung, die Fricktalisch-Badische Vereinigung für Heimatkunde sowie die Antiquarische Gesellschaft von Brugg und Umgebung, heute Gesellschaft Pro Vindonissa. Deren archäologische Funde fanden ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Eingang in die Historische Sammlung des Kantons Aargau, wurden aber nach einer erstmaligen Untersuchung eines Spezialisten in den 1950er-Jahren der Kantonsarchäologie übergeben.[325] Ab 1943 war Reinhold Bosch (1887–1973) als erster Kantonsarchäologe der Deutschschweiz einerseits mit den Grabungen im Kanton, andererseits auch mit denkmalpflegerischen Aufgaben betraut (siehe «Denkmalpflege», S. 88, 91 und 485).[326] Damals war die Kantonsarchäologie ein Einmannbetrieb, weitere Arbeitskräfte wurden bei Bedarf für Grabungen hinzugezogen. Dies änderte sich mit dem Bau der Autobahnen in den 1970er-Jahren.[327] Der Personalbestand wurde aufgestockt, später wurden Betriebsfahrzeuge angeschafft. Doch die Grabungen banden viele Kräfte, die Sammlungen und die wissenschaftliche Arbeit hatten vorerst keine Priorität. Dies änderte sich mit der Jahrtausendwende, als sich die Zusammenarbeit mit universitären Stellen intensivierte und Grossprojekte, beispielsweise in Vindonissa und Kaiseraugst, durchgeführt wurden.[328] 2009 entstand mit Unterstützung des Kantons Aargau die «Vindonissa-Professur», eine Professur für provinzialrömische Archäologie, an der Universität Basel. Sie soll die interdisziplinäre Grundlagenforschung durch die Aufarbeitung von Ausgrabungen in römischen Fundstellen im Kanton Aargau vorantreiben. Neue gesetzliche Grundlagen brachten für die Kantonsarchäologie konkrete Verbesserungen: Der «Römervertrag» von 1998 regelt die interkantonale Zusammenarbeit bezüglich der Fundstelle Augusta Raurica an der Grenze zwischen Basel-Landschaft und dem Aargau, das neue Kulturgesetz von 2009 führte zu klaren Zuständigkeiten bezüglich der Funde und zu einem grösseren Engagement der Gemeinden.[329]

Vermittlung des materiellen Kulturerbes

Die Denkmalpflege vermittelte die Ergebnisse ihrer Inventarisation aargauischer Kulturdenkmäler seit 1948 einer interessierten Öffentlichkeit in den Publikationen der «Kunstdenkmäler des Aargaus». 2020 wurde am elften Band der fast abgeschlossenen Ersterfassung gearbeitet. In diesem Zusammenhang sind auch die Arbeiten zur Glasmalerei und Bauernhausforschung in den 1990er-Jahren zu erwähnen. Unter der Leitung der Fachstelle für Kulturgüterschutz wurde eine vierteilige Publikationsreihe über die national bedeutenden Aargauer Glasmalereibestände aus dem Mittelalter bis zum Ende des 18. Jahrhunderts erarbeitet. Die Aargauer Bände der Reihe «Die Bauernhäuser der Schweiz» dokumentieren die kulturhistorische Bedeutung der Bauernhäuser in einer Zeit des umfassenden landwirtschaftlichen

Strukturwandels und sollten in der Öffentlichkeit ein «grösseres Verständnis für die gebaute Umwelt» erwirken.[330] Die akribische Dokumentation des Aargauer Kulturguts bildet die Grundlage für die Arbeit der Denkmalpflege, die sich für eine gezielte und wirkungsvolle Erhaltung einsetzt.

Die Vermittlung der Funde in Schulen bildete eine der Möglichkeiten zur Bekanntmachung des materiellen Kulturerbes. Bereits Kantonsarchäologe Reinhold Bosch zeigte als Lehrer archäologische Funde in Schulen, wobei die «Schulkoffer» damals Originalfunde enthielten. Seit der Jahrtausendwende konnten dank des vermehrten Fokus auf Vermittlung weitere Stätten dem Publikum zugeführt werden.[331] Heute werden die Ergebnisse aus rund 3000 archäologischen Fundstellen sowie die etwa 2,5 Millionen archäologischen Funde aus einem Zeitraum von über 100 000 Jahren einer interessierten Öffentlichkeit bei Kulturerbetagen, Führungen und Grabungsstellen vermittelt.[332] Bis 2017 führte die Gesellschaft Pro Vindonissa das Museum Vindonissa an einem der wichtigsten Grabungsorte im Kanton, in Windisch.[333] Dort präsentierte die Gesellschaft, später die Kantonsarchäologie Aargau Ausgrabungsgegenstände und Ausstellungen. Mittlerweile ist der Betrieb in den Legionärspfad integriert.[334] Beide sind inzwischen Teil des Museums Aargau.

Wie im gesamten Kulturbereich und Vereinswesen ist auch Geschichtsvermittlung nicht denkbar ohne Freiwilligenarbeit. Dies begann in den Historischen Vereinen bereits im 19. Jahrhundert und fand im 20. Jahrhundert Kooperationen mit staatlichen Stellen. Beispiel hierfür sind die freiwilligen Bodenforscher der Fricktalisch-Badischen Vereinigung für Heimatkunde.[335] Seit 1981 engagieren sich in Zusammenarbeit mit der Kantonsarchäologie Aargau bis zu sechzig Freiwillige bei der Sicherung archäologischer Funde.[336] Freiwilligenarbeit ist seit 2009 auch im Freiwilligenprogramm des Kantons im Museum Aargau, seit 2018 auch in der Kantonsbibliothek, im Aargauer Kunsthaus und in der Kantonsarchäologie möglich.

Immaterielles Kulturerbe

Zur aargauischen Identität gehört neben dem materiellen auch immaterielles Kulturerbe. Der Kanton Aargau weist historisch bedingt vier starke Regionen auf, in denen kulturell verschiedene Traditionen und Szenen beheimatet sind. Vielfältigkeit ist ein Merkmal dieses Kulturerbes, dessen Förderung seit 2009 auch im Kulturgesetz verankert ist und zum Aufgabenbereich des Aargauer Kuratoriums gehört.[337] Der gesellschaftliche Wandel, die Mobilität, neue Technologien und verändertes Freizeitverhalten führten einerseits zur Verdrängung von lebendigen Traditionen.[338] Andererseits schufen und schaffen gerade diese Umwälzungen ein Bedürfnis, Traditionen zu bewahren und so Stabilität zu generieren.

Während Archive und Kantonsbibliothek vor allem schriftliche Zeugnisse zu Traditionen sammelten, waren es bei Museen Objekte, und die Denkmalpflege kümmerte sich um bauliche Zeitzeugen. Verbände wie beispielsweise der Trachtenverband setzten fest, welche Art von Trachten und Musik als kulturelles Erbe gelten sollten. Gelebte Traditionen und das durch sie geschaffene Kulturerbe können als «das Resultat einer Auseinandersetzung mit einer weitegehend imaginierten Vergangenheit» gelten, «das dem Ziel der Identitätsbildung in der Gegenwart dient».[339] So zeigt sich, dass das vielfach als authentisch und unveränderlich wahrgenommene immaterielle Kulturerbe weniger statisch als dynamisch auf verschiedene gesellschaftliche Prozesse reagiert.

Feste mit langer Tradition

Seit den 1940er-Jahren haben sich die kulturellen Praktiken des Aargaus gewandelt. Neues kam hinzu, anderes wurde wiedererweckt oder verändert. Im Aargau gibt es eine Reihe von gesellschaftlichen Praktiken, die weit zurückreichen und praktisch unterbruchslos bis in die Gegenwart gepflegt wurden. Dazu gehören die spätestens im 16. Jahrhundert entstandenen Jugendfeste Maienzug und Bachfischet in Aarau, der Rutenzug in Brugg und das Jugendfest Lenzburg, im 19. Jahrhundert kam das Kinderfest Zofingen hinzu. Diese Feste, von denen einige ihre Form mit kleinen Abänderungen im 19. Jahrhundert erhielten, wurden als wichtigste Feste ihrer Stadt wahrgenommen.[340] In Aarau galt und gilt der Maienzug als das schönste Fest am Tag, der Bachfischet als schönstes Fest der Nacht.[341] Letzterer soll gemäss der Aarauer Heinerich-Wirri-Zunft der älteste, ununterbrochen gelebte Brauch der Schweiz sein.[342] Ebenfalls im 16. Jahrhundert aufgrund der grassierenden Pest zur Tradition geworden und in fast unveränderter Form praktiziert, ist das Brunnensingen der Sebastianibruderschaft in Rheinfelden.[343]

Einzigartige Aargauer Bräuche

Bis ins 15. Jahrhundert dokumentiert sind die fasnächtlichen Feuertraditionen in Wittnau und Oeschgen. In Wittnau werden konkurrierende Fasnachtsfeuer entzündet und Flammenbilder mit wechselnden Sujets entworfen. In Oeschgen gehören das «Schiibespränge» und seit 1977 auch das vier Meter grosse Feuerrad zur Fasnachtstradition.[344] 1949 verbot der Pfarrer in Oeschgen das Scheibensprengen mit der Begründung, es sei ein heidnischer Brauch. Seit der Wiedereinführung des Brauchs 1969 steigt die Zahl der Scheibensprengenden kontinuierlich.[345]

Auch das Beispiel des «Bärzeli» in Hallwil zeigt, wie eine Einzelperson einen Brauch nachhaltig beeinflussen und verändern kann. Im Seetal waren in mehreren Gemeinden sogenannte Mittwinterbräuche eine Tradition. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts war der Zyklus von fünf Bräuchen – «Chlauschlöpfe», «Chlausjage», «s'Wienechtschindli», «Silväschtertrösche» und «Bärzeli» – nur noch in Hallwil anzutreffen. Die ersten vier gibt es an verschiedenen Orten, das «Bärzeli» hingegen nur noch in Hallwil, weshalb es hier kurz näher beschrieben wird. Der Berchtoldstag am 2. Januar war traditionellerweise der Tag ausgelassenen Fei-

541 Spätrömischer Silberschatz, ausgegraben 1961/62, aus dem spätantiken Kastell in Kaiseraugst im Römermuseum Augusta Raurica auf einer aktuellen Fotografie. Weitere 18 Stücke wurden 1995 ergänzt und von der Kantonsarchäologie Aargau untersucht. Hervorzuheben aus diesem zweiten Teil des Silberschatzes ist die Constansplatte mit Inschriften, datiert um 342/343 n. Chr. (links).

542 Schauspielerische Darstellung einer Schlacht zwischen römischen Soldaten gegen die Germanen auf dem Legionärspfad in Windisch 2012. Vindonissa ist schweizweit das einzige römische Legionslager. Das Museum Aargau vermittelt seine Geschichte an elf Schauplätzen.

543 Die Kantonsarchäologie vermittelt die Ergebnisse ihrer Arbeit mittels Grabungsführungen, hier am 4. August 1989 in Jonen bei der Ausgrabung eines frühmittelalterlichen Gräberfeldes mit 16 Gräbern aus dem 7. Jahrhundert n. Chr.

544 Restauration des 1802 erbauten «Salzmehus» (Salzmannhaus) in Kölliken zu Beginn der 1980er-Jahre. Als eines der letzten Strohdachhäuser im Aargau wurde es neu mit Schilf gedeckt. Es ist ein Kulturgut nationaler Bedeutung und steht unter Denkmalschutz.

545 «Eierleset» in Effingen um 1950. Hier verstellt der «Straumuni» als Wintergestalt dem Läufer den Weg. Der Brauch versinnbildlicht den Sieg des lebensfreudigen Frühlings über den schon müden Winter. Während ein Eierleser im Zweikampf um Geschwindigkeit die ausgelegten Eier aufliest, kämpfen die «Dürren» des Winters gegen die «Grünen» des anbrechenden Frühlings.

546 Die Junioren bei der Fasnacht in Brittnau auf ihrem Musikwagen vor dem Umzug, 1966. Die Fasnachtsgesellschaft Häfe-Zunft Brönznau wurde 1956 im überwiegend reformierten Dorf Brittnau gegründet. Es etablierten sich nach und nach Schnitzelbänke, Guggenmusik und ein Umzug.

547 Die «Räbehegel» in Aktion an der Fasnacht 2018. Im Städtchen Klingnau versammeln sich am Schmutzigen Donnerstag bis zu 500 Kinder, um die «Räbehegel» mit Chabisstorzen, Runkeln und anderem zu bewerfen, während sich diese mit Geisseln wehren.

548 Die Narronen der Narro-Alt-Fischerzunft bei ihrem Marsch durch die gemeinsame Stadt vor dem «Narrolaufen» an der Fasnacht 2019. Die länderübergreifende Fasnachtstradition der beiden Laufenburg reicht bis 1386 zurück. Ein weiterer Höhepunkt neben dem «Narrolaufen» am Fasnachtsdienstag ist die «Tschättermusik».

erns und Maskierens und sollte zur Jahreswende Glück für den Neubeginn bringen. Die verkleideten und maskierten «Bärzeli» ziehen dabei durchs Dorf und machen allerlei Unfug zur Belustigung der Zuschauerinnen und Zuschauer.[346] Der ehemalige Kurator des Schlosses Hallwil, Hansjakob Suter (1921–1990), regte Ende der 1940er-Jahre nach grösseren Recherchen an, dass das «Bärzeli» wieder in seiner ursprünglichen Form von vor 1920 mit sechs maskierten, traditionellen Figuren durchgeführt werden sollte.[347] Zudem schuf er im Dorf ein allgemeines Bewusstsein, den Zyklus weiterzuleben und zu erhalten. Er nahm aber auch Einfluss auf Änderungen des «Bärzeli»-Brauchs: Die Figuren wurden mit der Zeit um weitere neun ergänzt, zum Teil inspiriert von Figuren anderer Bräuche, wie dem «Hobuspöönig» der Effinger «Eierleset», einem einst weit verbreiteten Frühlingsbrauch, der heute vor allem noch im Fricktal gepflegt wird.[348]

Viele lebendige Traditionen im Jahresverlauf sind nicht nur im Aargau, sondern auch in anderen Kantonen verbreitet. Es gibt aber auch Einzigartiges, wie den noch immer zelebrierten «Meitlisunntig» in Fahrwangen und Meisterschwanden im aargauischen Seetal, der im Zusammenhang mit dem Villmergerkrieg 1712 entstanden ist.[349] Anderes wurde durch Migration im Aargau heimisch und etablierte sich als Tradition. Ein Beispiel hierfür ist die San-Giuseppe-Feier in Laufenburg oder die Synesius-Feier in Bremgarten (siehe «San Giuseppe», S. 452). So sind lebendige Traditionen auch immer ein Spiegel der sich im Wandel befindenden Gesellschaft. Das Aufbrechen konfessioneller Grenzen beispielsweise lässt sich gut an der Entwicklung der Fasnacht zeigen. Diese hat in angestammt katholischen Gebieten wie dem Fricktal, der ehemaligen Grafschaft Baden und dem Freiamt eine lange Tradition. Die Grenzen sind aber durchlässig geworden, und längst haben sich Maskenbälle, Fasnachtsumzüge und Guggenmusik auch in reformierten Gebieten etabliert.[350] Während die Besuchszahl an Fasnachten vielerorts stetig abnahm, verzeichnete der grösste Aargauer Fasnachtsumzug in Würenlingen 2020 eine Rekordzahl von 17 000 Zuschauerinnen und Zuschauern.[351]

Mit der etwa alle zehn Jahre stattfindenden Badenfahrt – erstmals 1923 als Fest zur Spendensammlung für ein neues Kurtheater durchgeführt – existiert im Aargau ein Grossanlass mit über einer Million Besucherinnen und Besuchern. Das zehntägige Fest mit partizipativem und integrativem Charakter gehört zu den grössten modernen Volksfesten der Schweiz. Mit ausserordentlichem Engagement beteiligt sich ein Grossteil der Bevölkerung in der Region am Aufbau und guten Gelingen der Festivitäten. Dabei findet eine Verbindung von Laienkultur und professionellem Kulturschaffen statt.[352]

Junges Brauchtum

Neuere Bräuche haben sich oft zufällig ergeben. So beispielsweise das «Chüttiger Rüebli», eine Erfolgsgeschichte. Als dieses gegen Ende der 1970er-Jahre als Sorte auszusterben drohte, beschlossen die Küttiger Landfrauen 1978, die Rüebli in Zukunft selbst anzupflanzen. Sie pflanzten sie erst in privaten Gärten an, später pachteten sie einen Acker und stellen das Saatgut selbst her. Dieser Beitrag zur Biodiversität wurde 2008 in das Inventar des Kulinarischen Erbes der Schweiz aufgenommen. Seit 1981 findet zudem am ersten Mittwoch im November der Rüeblimarkt in Aarau statt, wo rund eine Tonne der «Chüttiger Rüebli» Absatz finden. Der Erhalt des Saatguts ist heute auch durch die Aufnahme in die Samenbibliothek der «ProSpecieRara» gesichert.[353]

Ein anderes Beispiel ist das 2009 ins Leben gerufene «Erzähltal» im Wynental. Der Marginalisierung der Region durch den Niedergang der Industrie wollten die Initiantinnen und Initianten mit einem regionalen Kulturevent entgegenwirken. «Kulturellen und gesellschaftlichen Aufschwung und Zusammengehen» sollte das von mehreren Gemeinden getragene, jeweils am Bettagswochenende stattfindende Kulturereignis dem Wynental und angrenzenden Gemeinden bringen.[354] Es finden Lesungen statt oder Menschen der Region erzählen aus ihrem Leben. Dieser Event hat sich als Tradition etabliert und wird jährlich von bis zu 1500 Personen besucht.[355]

Vermittlung des immateriellen Kulturerbes

Wichtig für den nachhaltigen Fortbestand der lebendigen Traditionen ist deren Vermittlung. Einerseits braucht es Menschen, die einen Brauch fortführen und andererseits müssen sich auch immer Personen damit identifizieren und daran teilnehmen können. Steigende Mobilität und Migration machen neue Formen der Vermittlung notwendig. Dies lässt sich gut an Fasnachtsbräuchen in kleinstädtischem Kontext wie den Klingnauer «Räbehegel», «Lächerli» und «Brieggerli» mit ihren Masken, zeigen. Sie sorgen am Schmutzigen Donnerstag für ein besonderes Spektakel.[356] Bevor die beiden Figuren die Kinder traditionsgemäss aus den Schulzimmern ins «Städtli» treiben, werden die Kinder von ihren Lehrerinnen und Lehrern über den Ablauf der Tradition aufgeklärt.[357] Zudem werden auf der Website der Primarschule Klingnau die Fasnachtsbräuche und ihre Regeln genau beschrieben.[358]

Die Vermittlung und die Dokumentation lebendiger Traditionen finden auch auf Bundesebene statt. Von 2009 bis 2013 fanden Aargauer Traditionen Eingang in die Liste «Die lebendigen Traditionen der Schweiz» des Bundesamtes für Kultur, zu deren Pflege die Schweiz mit dem Beitritt zum UNESCO-Übereinkommen zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes seit 2008 verpflichtet ist.[359] In dieser Liste finden sich beispielsweise auch Handwerk wie das Strohflechten im Freiamt oder die Operettenkultur (siehe «Operetten», S. 489 und 492).

Wesentlich beteiligt an der Vermittlung von Geschichte, Geschichtskultur und des Kulturerbes sind insbesondere Vereine in den Regionen sowie die Historische Gesellschaft des Kantons Aargau (HGA), die nicht nur Artikel zu Sachthemen veröffentlicht, sondern auch Jahresberichte der kantonalen Kulturinstitutionen. Neben der Publikationstätigkeit, der Organisation von Tagungen und Exkursionen und der Übernahme von Patronaten sorgt sie für eine Vernetzung zwischen den regionalen historischen Vereinigungen und der kantonalen Geschichtsschreibung.[360]

Zuletzt sind auch die Medien und Verlage zu nennen, die diese Themen einem breiten Personenkreis zugänglich machen. Dazu gehören die Tageszeitungen, die gelebte Traditionen tagesaktuell begleiten und deren Wandel dokumentieren. Es sind aber auch Aargauer Verlage wie der von 1807 bis 2001 bestehende Verlag Sauerländer und der 1998 gegründete und bis 2020 im Aargau ansässige Verlag Hier und Jetzt zu nennen. Sie vermitteln die Geschichte einer interessierten Öffentlichkeit mit Publikationen wie der Argovia, der wichtigsten Schriftenreihe der HGA, die bis 2001 bei «Sauerländer», seit 2002 bei «Hier und Jetzt» erscheint. Seit 1978 existieren zudem die Beiträge zur Aargauer Geschichte in unregelmässigen Abständen. «Hier und Jetzt» erhielt 2017 den Aargauer Heimatschutzpreis für die Publikation von fundierten Sachbüchern zu Geschichte und Kultur im Kanton Aargau.[361]

Epilog

Die Miniaturschweiz — ein Blick von aussen auf den Aargau

Ein Essay von Marc Tribelhorn

«Aargau heisst Anarchie.» Dieser Satz stammt vom Schriftsteller Hansjörg Schneider, der in Aarau geboren und in Zofingen aufgewachsen ist. Nichts scheint unzutreffender, zumindest auf den ersten Blick: Seit ewigen Zeiten steht der Aargau für bürgerliche Politik, Solidität und Durchschnitt. Brav, bescheiden, bodenständig, auch etwas bieder und bünzlig sei der Kanton, sagt man. Als dessen populärste Kulturexporte gelten DJ Bobo, Papa Moll sowie die Rüeblitorte. Und doch trifft der Dramatiker Schneider ins Schwarze.

Der Aargau ist zwar bevölkerungsmässig der viertgrösste Kanton der Schweiz und wirtschaftlich die fünftstärkste Kraft. Aber er ist keine Einheit, sondern ein Flickenteppich aus einem guten Dutzend Täler und Regionen mit unterschiedlichen Mentalitäten, Konfessionen und Bräuchen. Er ist kein Stadtkanton, kein Landkanton, kein Bergkanton, kein Urkanton, kein Ferienkanton. Es gibt kein Zentrum, keine grossen Städte, keine Universität, keinen Spitzenfussball, keinen einheitlichen Dialekt – die Badener zürchern, die Zofinger bernern, die Seetaler luzernern, die Fricktaler baslern –, und folglich fehlt auch eine kantonale Identität. 2001 forderte der damalige Landammann Kurt Wernli für den Aargau ein «Gschpüri für sich selber». Die Losung zieht sich durch die Geschichte des Kantons. «L'Argovie n'existe pas», könnte man in Anlehnung an Ben Vautier sagen. Der Aargau lässt sich nur historisch verstehen, genau gleich wie sein grösseres Ganzes, die Eidgenossenschaft.

Geschichtsträchtig ist sein Gebiet. Die Römer errichteten in Vindonissa, beim Aargauer Wasserschloss, wo Limmat und Reuss in die Aare münden, einst eines der grössten Legionslager nördlich der Alpen. Unweit davon bauten Jahrhunderte später die Habsburger ihren Stammsitz, von wo sie in die Welt ausschwärmten und ein Imperium beherrschten, in dem «die Sonne nie unterging», von Wien bis nach Amerika und zu den Philippinen. Die Historie brachte indes auch schmerzliche Erfahrungen. 1415 verleibten sich die Eidgenossen den Aargau ein, hielten ihn als Untertanengebiet. Er blieb kolonialisiert, bis Napoleon kam, bis 1798 in einem revolutionären Akt die Helvetische Republik ausgerufen wurde, Aarau sogar kurzzeitig die Hauptstadt der Schweiz war und 1803 schliesslich der Kanton Aargau Tatsache wurde: ein Kunstprodukt aus der Konkursmasse der Habsburger und der Alten Eidgenossenschaft, eingemittet im Dreieck zwischen den Städten Basel, Bern und Zürich, wohin sich ein Grossteil der Aargauerinnen und Aargauer bis heute orientiert (während der Rest im Norden nach Deutschland und im Süden nach Luzern blickt).

Von einem ausgeprägten kantonalen Selbstbewusstsein kann wahrlich nicht die Rede sein. Als 1953 die 150-Jahr-Feier des Aargaus anstand, waren die Bedenken zahlreich, ob es denn überhaupt etwas zu festen gebe. Man habe ja aus der Vergangenheit nichts Heroisches anzubieten. Zweifellos wirkte damals die Geistige Landesver-

teidigung nach, die angesichts der Bedrohung durch Nazideutschland die Taten der Alten Eidgenossen glorifiziert hatte. Der Aargau, als einstiger Hort der «bösen» Habsburger, hatte in dieser Erzählung schlicht keine Rolle gespielt, ebenso wenig Napoleons Besetzung der Eidgenossenschaft, die letztlich die Eigenständigkeit des Aargaus ermöglichte (und die moderne Schweiz begründete). Was also feiern?

1978, beim 175-Jahr-Jubiläum, lautete das Motto dann so selbstgenügsam wie symptomatisch: «Kennenlernen». Es war eine Veranstaltung gegen zentrifugale Kräfte im Kanton und für ein neues Gemeinschaftsgefühl. Die Einheit wurde auch noch beschworen, als 1998 die 200-Jahr-Feier der Helvetik anstand und ein textlich ziemlich bescheidenes Festlied angestimmt wurde: «A-a-a Allons-y, A-a-a Argovie, das singe Gross und Chly, die Melodie schloht ii!» Der Aargau? Weiter auf Identitätssuche. Das hatte auch mit dem rasanten Wandel zu tun, der den Kanton seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erfasst hatte und von dem dieses Buch so anschaulich erzählt.

Die Bevölkerungszahl stieg von rund 300 000 im Jahr 1950 auf heute über 680 000. Eine solche Verdoppelung hat Ursachen und Folgen, die sich besonders ins Raumbild des Kantons einschrieben. Auf Teufel komm raus wurde aus dem Boden gestampft: Einfamilienhäuser, Wohnblöcke, Terrassensiedlungen, Lagerhallen, Einkaufszentren, Strassen, Schienen, Infrastruktur aller Art. Es kamen Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger aus dem Ausland, die die Arbeiten ausführten, auf dem Bau, in der Fabrik, im Büro. Es kamen immer mehr Kantonsfremde, die hier wohnten, aber wegen des Jobs weiterhin über die Kantonsgrenze pendelten. Die Landwirtschaft wurde mechanisiert und industrialisiert. Der Wirtschaftsboom und die Wohlstandseuphorie der Nachkriegszeit pflügten den Aargau buchstäblich um. Jean Rudolf von Salis, der berühmte Historiker und Schlossherr von Brunegg, schrieb schon 1971: «Man macht kein Omelett, ohne Eier zu zerschlagen, und man ist nicht Nutzniesser der modernen Zivilisation, ohne das Bild einer alten Agrarordnung zu zerbrechen.»

Zu dieser modernen Zivilisation gehörten auch zwei Elemente, die den Aargau und dessen Image bis heute prägen: die Mobilität und die Energie. Die Planung des Bundes legte mit der A1 die Hauptschlagader des Schweizer Ost-West-Verkehrs quer durch den Aargau, 47,4 Kilometer, von Spreitenbach bis Rothrist. Hinzu kamen Teilstücke der A2 und A3, womit der Kanton das dichteste Autobahnnetz pro Flächeneinheit in der Schweiz erhielt und zur Mobilitäts- und Logistikdrehscheibe wurde. Obendrein wurde er auch gleich als Industrie- und Gewerbestandort gestärkt. Seither haftet dem Aargau der zweifelhafte Ruf an, ein Durchfahrts- und Niemandsland zu sein, das man im Auto oder Zug so schnell wie möglich hinter sich lässt. Zu sehen gibt es auf den Hauptachsen auch keine lieblichen Landschaften, die der Aargau sehr wohl zu bieten hat, sondern vor allem zäher Siedlungsbrei. Das Aargauer Autokennzeichen AG steht bei Spöttern längst nicht mehr für «Achtung Gefahr»; sie denken

vielmehr an «Agglo». Was gerne vergessen geht: Die Agglomeration, diese Landschaftsform, über die Max Frisch einst ätzte: «Es ist nicht Stadt, es ist nicht Dorf. Es ist ein Jammer», kann keineswegs als Aargauer Spezialität bezeichnet werden. Heute wohnt fast die Hälfte der Schweizer Bevölkerung in einer Agglo – und tut dies leidlich gerne.

Ebenso ungerecht ist die Häme wegen der drei Atomkraftwerke, die zwischen 1969 und 1984 auf Aargauer Boden ans Netz gingen: Beznau I und II sowie Leibstadt (Gösgen liegt bereits im Kanton Solothurn). Zum einen waren sie, als sie geplant wurden, aufsehenerregende Pionierprojekte gegen Energieknappheit, eigentliche Wunderwerke der Technik, während die Sicherheits- und Entsorgungsproblematik noch kaum jemanden scherte. Zum anderen produzieren sie zusammen mit den zwei Dutzend Aargauer Wasserkraftwerken bis heute einen Drittel des Schweizer Stroms. Auf dem Gelände des Paul Scherrer Instituts in Würenlingen findet sich überdies das einzige Zwischenlager für radioaktive Abfälle der Schweiz, notabene oberirdisch. Und auch das Tiefenendlager, über dessen Standort im Land seit Jahrzehnten gestritten wird, könnte einst im Aargau gegraben werden. Apropos Sondermüll: In der Gemeinde Kölliken entsorgte die grosse Basler Chemie während Jahren ihre Giftfässer, insgesamt fast 500 000 Tonnen. Die Umweltschäden waren ebenso massiv wie die Kosten zur Sanierung der Deponie. Doch statt einer Wertschätzung der Lasten, die der Aargau für das Land trägt, lästert die Schweiz lieber über den vermeintlichen Güselkanton.

Ironischerweise war es dann mit Bundesrätin Doris Leuthard ausgerechnet eine Energieministerin aus dem Aargau, die der Atomkraft den Stecker zog. Nach dem Reaktorunfall im japanischen Fukushima brachte sie flugs die Energiestrategie 2030 durch – gegen die Mehrheit des Stimmvolks in ihrem Heimatkanton. Überhaupt ist der Bundesrat für den Aargau ein weiteres, eher zwiespältiges Thema. Angesichts der ökonomischen Bedeutung und der Bevölkerungsgrösse hätte der Kanton häufiger Anspruch auf einen Sitz in der Landesregierung geltend machen können. Vor Leuthard (2006–2018) stammten indes nur die Bundesräte Friedrich Frey-Herosé (1848–1866), Emil Welti (1866–1891) und Edmund Schulthess (1912–1935) aus dem Aargau; immerhin blieben alle vier vergleichsweise lange im Amt. Hans Schaffner (1961–1969) wird wegen seines Heimatorts Gränichen offiziell zwar auch als Aargauer Bundesrat gezählt, er lebte aber in Bern und war damit etwa so sehr Aargauer wie der Luzerner Kaspar Villiger (1989–2003), der in Aarau die Kantonsschule besucht hatte. Schon eher dem Aargau zuzuordnen wäre die Berner Bundesrätin Simonetta Sommaruga (2010–2022), die in Sins im Freiamt aufgewachsen ist.

Wieso die Aargauer Bundesratsausbeute so dünn ausfällt, bleibt ein Rätsel. Der Kanton stellt die viertgrösste Parlamentarierdelegation in Bern, und es mangelte ihm auch nie an starken Persönlichkeiten. Politisch ist der Aargau ohnehin immer auf Kurs gewesen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, entschieden die Aargauer und nach 1971 auch die Aargauerinnen bei Abstimmungs-

vorlagen so, wie es die Eidgenossenschaft als Ganzes tat, nicht auf die Kommastelle genau, aber doch sehr ähnlich: nie übermütig, stets abwägend-konservativ, immer leicht Mitte-rechts. Der Aargau, obwohl von den grossen Zentren des Landes mitunter als hinterwäldlerisch und reaktionär belächelt, offenbarte während Jahrzehnten seismografische Qualitäten. Das gilt auch für die Parteienlandschaft: Die lange Dominanz und der langsame Abstieg der FDP, die Mühen der CVP mit der Säkularisierung, die einstige Oppositionskraft der SP, die in die Regierung eingebunden wurde, der Aufstieg der SVP ab den 1990er-Jahren oder die aufkeimende grüne Bewegung – alles ist im Aargau modellhaft abgebildet.

Der kantonale Minderwertigkeitskomplex aber blieb. 1988 verlangte der FDP-Nationalrat Ulrich Fischer vom Bundesrat gar mit einem Vorstoss Auskunft über die Stellung des Aargaus in der Schweiz: Es gehe darum, «diesem Stand seitens des Bundes nicht nur dauernd Lasten aufzubürden, sondern gelegentlich auch Leistungen zukommen zu lassen, die eine echte Aufwertung bedeuten und den Willen des Zentralstaats dokumentieren, diesen grossen Gliedstaat in seiner Bedeutung anzuerkennen». Der Bundesrat antwortete, er sei der «festen Absicht», dem Kanton die ihm gebührende Anerkennung zukommen zu lassen – machte aber auch keine Versprechungen für die Zukunft. Weder sollte es für den Aargau weitere Bundesbetriebe und Forschungseinrichtungen geben noch den Sitz eines eidgenössischen Gerichts. Immerhin versuchte der Kanton endlich, was ihm der Staatsrechtler Kurt Eichenberger längst empfohlen hatte: nämlich «eine Aussenpolitik in den eidgenössischen Raum hinaus» zu betreiben, um sich mehr Gehör und Gewicht zu verschaffen.

Der Ruf des Aargaus – oder besser: die verzerrte Wahrnehmung von aussen – hielt sich dennoch hartnäckig. «Jede Klasse braucht ihren Klassentrottel, die Schweiz hatte den Aargau», schrieb Hans Fahrländer, der ehemalige Chefredaktor der «Aargauer Zeitung», einmal pointiert. Tatsächlich liessen sich Seiten füllen über den Spott, der schon über den Kanton gekippt wurde, diesen «grossen Hinterhof» der Schweiz, wie die «Bilanz» den Aargau in den 1990er-Jahren bezeichnete. Kein Klischee zu billig, um nicht noch einmal bedient zu werden, angefangen bei weissen Socken und aufgemotzten Sportwagen. Die «Weltwoche» kürte die Aargauer 1997 in einer so hämischen wie nichtrepräsentativen Umfrage zu den unbeliebtesten Schweizern. Sie seien «Pfeifensäcke» und «Blöffer», las man dort zum Beispiel. Statt gelassen darauf zu reagieren, fühlten sich einige Profi-Aargauer und Medien gleich zur Gegenrede provoziert. Dabei sagen solche Witze oft mehr aus über jene, die sie machen: Arroganz und Dünkel bei den grossstädtischen Zürchern, Baslern, Bernern und Luzernern. Erleichterung hingegen bei den Solothurnern oder Thurgauern, dass sie nicht selbst als Prügelknaben herhalten müssen – dem Aargau sei Dank!

In der historischen Rückschau lässt sich erst nach der Jahrtausendwende eine gewisse Entkrampfung feststellen. Als der Aargau an der Expo.02 seinen Kantonaltag inszenierte, tat er das

viel beachtet und selbstironisch: mit einem Liebesspiel aus Baggern und einem Heer von Strassenschildern. 2003, beim 200-Jahr-Jubiläum, zweifelte auch niemand mehr daran, dass es etwas zu feiern gab im Kanton, der im frühen 19. Jahrhundert mit radikalen Reformern wie Philipp Albert Stapfer und Heinrich Zschokke der Eidgenossenschaft Schwung verliehen hatte. Auch die Habsburger waren nicht mehr länger eine erinnerungskulturelle Bürde, sondern verströmen seither einen willkommenen Hauch von Aargauer Weltpolitik.

Vermarktung ist wichtig. Das scheinen auch die Aargauerinnen und Aargauer begriffen zu haben. 2005 kündigte der Regierungsrat ein liberales Fitnessprogramm an, samt Wachstumsspritze, Steuersenkungen und Bildungsoffensive: «Ein Standort in Bewegung» hiess das Motto zur Förderung der Standortattraktivität. Dazu gehörte auch der Plan von Gemeindefusionen im grossen Stil, um etwa aus Baden und Aarau Städte mit über 50 000 Einwohnerinnen und Einwohnern zu machen. Die bürgerliche Schweiz staunte und klatschte über den mutigen Schritt des Kantons, der sich vom Durchschnittsschüler zum Musterschüler wandeln wollte. Natürlich kam nur ein Teil der ambitionierten Ideen letztlich zum Fliegen, und quantitatives Wachstum ist nicht qualitatives. Doch seither herrscht ein neues Selbstbewusstsein. Auch touristisch hat der Kanton aufgeholt. Das Museum Aargau, das Stapferhaus in Lenzburg und das Kunsthaus in Aarau sind Publikumsmagnete. Der gesellschaftliche Trend zum Regionalen und Nachhaltigen dürfte vermehrt Naturfreunde und kulinarisch Interessierte in den Aargau locken, zumal dort mittlerweile auch vorzügliche Weine gekeltert werden. Wer diesen Kanton verstehen will, sollte sich ohnehin an die Kulinarik halten.

Christine Egerszegi, die langjährige freisinnige National- und Ständerätin, empfahl im «Schweizer Monat» einmal das traditionelle Gericht «Schnitz und Drunder»: einen Eintopf aus Kartoffeln, Apfel- oder Birnenstückchen und Speck, gut gewürzt. «So ist mein Aargau», erklärte Egerszegi, «lieblich mit Pfiff!» Man könnte auch sagen: von allem ein bisschen, nichts Extravagantes, aber gut. Wie die Schweiz.

Das Generationenprojekt und das Jahrhundertereignis
Nachwort der Projektleitung

Am 13. März 2020 arbeitete das Team von «Zeitgeschichte Aargau» im Rahmen einer Retraite an den Inhalten des vorliegenden Buchs. Kurz vor der Nachmittagspause vernahmen wir in Reinach live aus der bundesrätlichen Pressekonferenz die Ankündigung des ersten landesweiten Lockdowns aufgrund des grassierenden Corona-Virus. Plötzliche Konsternation und Sprachlosigkeit. Obwohl sich in den Tagen davor zunehmende Hektik verbreitet hatte, rechnete niemand ernsthaft mit der Schliessung von Schulen, Gastronomie, Läden, Sporteinrichtungen und Kulturbühnen. Zum ersten Mal seit 1945 wurden Teile der Armee mobilisiert. Wir waren uns der historischen Tragweite der Massnahmen bewusst. Es war ein «9/11-Moment». Mitten in der Recherche- und Schreibphase sahen wir uns gezwungen, wegen der geschlossenen Bibliotheken und Archive sowie wegen Zeitzeugen, die nicht mehr besucht werden konnten, die Veröffentlichung unserer Arbeit um ein halbes Jahr auf Herbst 2021 zu verschieben.

Zwei Jahre früher, Anfang 2018, waren wir damit beschäftigt gewesen, das Gesamtvorhaben «Zeitgeschichte Aargau» im Detail zu konzipieren. Die Vorprojektgruppe der Historischen Gesellschaft hatte uns Ende 2017 die Projektleitung übertragen. Aus rund vierzig Bewerbungen konnten wir ein ideales Team zusammenstellen. Zuerst stiess Nina Kohler als Assistentin und Koordinatorin zu uns. Bei der Verpflichtung der Autorinnen und Autoren haben wir auf eine möglichst grosse Diversität geachtet. Von den vier Frauen und vier Männern stammen sechs aus verschiedenen Regionen des Aargaus, während zwei den Aussenblick aus den Nachbarkantonen einbrachten. Teamwork war uns wichtig. Die Forscherinnen und Forscher unterschiedlichen Alters brachten ihre jeweiligen Perspektiven und thematischen Expertisen ein, die wir in mehreren ganztägigen Workshops untereinander austauschten.

Wir entschieden uns für eine klassische, sozialhistorische Gliederung des vorliegenden Werks und haben die Teilgebiete der Geschichtswissenschaft nach fünf Themenbereichen gruppiert. Es finden sich darin keine gesonderten Kapitel über Geschlecht, Minderheiten oder Transnationalität. Diese Themen haben wir zu übergeordneten Untersuchungskategorien deklariert und in jeder Analyse zur Anwendung gebracht.

Jede wissenschaftliche Arbeit muss Verzicht üben. Bei der schieren Fülle an Quellen in der zeitgeschichtlichen Forschung soll dieser Aspekt früh und konzeptionell berücksichtigt werden. In diesem Bewusstsein gaben wir uns den Auftrag, mit dem Mut zur gezielten Auswahl ein besonderes Augenmerk auf Aargauer Spezifika zu richten.

Nicht jeder Generation von Historikerinnen und Historikern wird das Privileg zuteil, an der Kantonsgeschichtsschreibung mitzuwirken. Wir entschieden uns auch deshalb dafür, nicht in den Elfenbeinturm zu verschwinden und nach drei Jahren unsere Arbeit zu veröffentlichen. Der Entstehungsprozess sollte sichtbar

sein und Zwischenergebnisse unserer Forschung laufend zugänglich gemacht werden. So entstand bereits im Sommer 2018 die Projektwebsite www.zeitgeschichte-aargau.ch als Dreh- und Angelpunkt verschiedener, nach und nach veröffentlichter Teilprojekte. Die wichtigsten sind rund sechzig gefilmte Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und eine Reihe von zwölf Dokumentarfilmen über Teilaspekte, die sich für eine filmische Vermittlung anbieten. Das «Historische Bild des Monats» in der «Aargauer Zeitung» sowie aufbereitete Archivtrouvaillen ergänzen unsere Online-Angebotspalette.

Die Vermittlung unserer Erkenntnisse ist unser grosses Anliegen. Deshalb erscheint gleichzeitig mit dem vorliegenden Buch als Essenz des Gesamtprojekts in Zusammenarbeit mit der Videojournalistin Simone Morger der Dokumentarfilm «Stromland». Er versteht sich als zeitgeschichtliches Porträt des Aargaus. Und in Kooperation mit dem Stadtmuseum Aarau dürfen wir unsere Arbeit auch als Sonderausstellung präsentieren. Weiter entwickelt die Pädagogische Hochschule an der FHNW aus unseren Recherchen spezifische Unterrichtseinheiten für die Stufen Sek I und Sek II, und zum Abschluss des Forschungs- und Vermittlungsprojekts erscheint Anfang 2023 ein Geschichtsmagazin.

Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieser Zeilen ist die Pandemie am Abklingen. Nach weit mehr als einem Jahr Ausnahmezustand kehrt langsam Normalität zurück. Jede Krise eröffnet auch Chancen. Es wird die spannende Aufgabe unserer Nachfolgerinnen und Nachfolger sein, die historische Dimension der Pandemie im Aargau zu erörtern.

Wir danken der Historischen Gesellschaft Aargau und allen Projektpartnern, namentlich dem Aargauer Regierungsrat, für das in uns gesetzte Vertrauen. Die Leitung dieses spannenden Vorhabens war uns eine Ehre und eine grosse Freude. Und nicht zuletzt: Merci beaucoup, liebe Autorinnen und Autoren, für die freundschaftliche und erspriessliche Zusammenarbeit.

Fabian Furter und Patrick Zehnder, im August 2021

Anhang

1950–1970	grösstes Bevölkerungswachstum im Aargau
1950	erste vollautomatische Waschmaschine der Schweiz (von Merker in Baden)
1951	erstmals mehr Hühner im Aargau als Menschen
1952	Gründung Aargauische Kulturstiftung Pro Argovia
1952	Eröffnung Neubau Kurtheater Baden
1952	Eröffnung erster MM-Migrosmarkt im Aargau (in Aarau)
1953	Jubiläum 150 Jahre Kanton Aargau
1953	Gründung Künstlerhaus Boswil
1954	letzter grosser Katholikentag mit Zehntausenden von Teilnehmenden (erstmals auch Frauen) im Amphitheater Windisch
1955	Inkrafttreten erstes kantonales Gewässerschutzgesetz
1955	Gründung Reaktor AG in Baden
1955	Erbohrung Thermalquelle in Zurzach (Grundlage für Kurort)
1956	Fertigstellung erstes Hochhaus im Aargau (Schwesternhaus Kantonsspital Aarau)
1956	Gründung evangelisch-reformiertes Tagungshaus «Rügel» bei Seengen
1957	Baubeginn BBC Birrfeld (damals als grösste Fabrik Europas bezeichnet)
1958	Protestkundgebung gegen Fluorimmissionen im unteren Fricktal
1958	Stern von Laufenburg: Stromnetz mit Europa auf Ebene von 220 kV zusammengeschaltet
1959	Eröffnung Philipp-Albert-Stapfer-Haus auf Schloss Lenzburg
1959	Eröffnung Aargauer Kunsthaus und Kantonsbibliothek in Aarau
1959	erste Terrassensiedlung im Aargau (Klingnau), die zweite in der Schweiz
1960	Einführung Fünf-Tage-Woche in der Maschinen- und Elektroindustrie und freier Samstag
1961	Eröffnung Kantonsschule Baden (zweite Aargauer Kantonsschule)
1961	aktives Stimm- und Wahlrecht der Frauen in der evangelisch-reformierten Landeskirche (passives Stimmrecht seit 1949)
1963	Gründung Aargauer Symphonie Orchester (heute Argovia Philharmonic)
1964	Bezug erste landwirtschaftliche Aussiedlungen nach Aargauer Typ
1964	erstes Profivelorennen in Gippingen («Grosser Preis des Kantons Aargau»)
1965–1975	zahlreiche Aargauerinnen und Aargauer auf dem Hippie-Trail nach Indien/Nepal
1965	Eröffnung Höhere Technische Lehranstalt Brugg-Windisch
1965	Annahme Initiative für eine freie Reuss
1965	erste Durchführung Auto-Bergrennen Reitnau
1965	Gründung FC Goitschel in Murgenthal (erster inoffizieller Frauenfussballclub der Schweiz)
1965–1990	Aargauer Oper
1966	Neues kantonales Feriengesetz (drei Wochen Ferien)
1967	Entstehung der linksliberalen Partei «Team 67» (1977 Rückzug aus der kantonalen Politik)
1968	Annahme Aargauer Kulturgesetz mit Kuratorium (Revision 2009)
1968	Besiedlungskonzept AG Zwischenbericht mit Grossstadt «Aarolfingen»
1969	Schaffung kantonales Verwaltungsgericht
1969	Inbetriebnahme Kernkraftwerk Beznau I (Beznau II 1971, Leibstadt 1984)
1970	Eröffnung erstes grosses Einkaufszentrum der Schweiz in Spreitenbach
1971	Eröffnung der durchgehenden Autobahn A1 zwischen Bern und Zürich, 1996 Eröffnung der A3 zwischen Frick und Birrfeld
1971	Frauenstimmrecht knapp angenommen
1971–1973	Kommune Arbeitsgemeinschaft Lovecraft in Birmenstorf
1972	Inkrafttreten Aargauer Baugesetz
1972–1975	römisch-katholische Synode 72
1972–1980	Folkfestival auf Schloss Lenzburg
1973	Motocross-Rennen in Hilfikon bei Wohlen mit 40 000 Zuschauern
1975	Jahr stärkster Abwanderung aus dem Aargau
1975	Protest gegen geplantes AKW in Kaiseraugst, dreimonatige Besetzung des Geländes
1975	Einführung kantonale Arbeitslosenversicherung
1976	Eröffnung Höhere Pädagogische Lehranstalt Zofingen
1976	Gründung römisch-katholisches Bildungshaus in der Propstei Wislikofen
1977	erstes Projekt zur Gesundheitsprävention auf Gemeindeebene in Aarau (1980–2016 als städtische Stiftung)
1978	Eröffnung Kantonsspital Baden
1978	Jubiläum 175 Jahre Kanton Aargau
1978–1985	Betrieb Sondermülldeponie Kölliken (Sanierung 2005–2018)
1980–1988	zahlreiche Wanderdiscos im ganzen Aargau
1980	erste Frau Kirchenratspräsidentin der Reformierten Landeskirche des Kantons Aargau (Sylvia Michel, 1964 bereits erste vollamtliche Pfarrerin)
1981	Auftakt zu Hausbesetzungen im Aargau im Sog der Zürcher Jugendunruhen
1981	Gründung Frauenzentrum Baden

1982	Inkrafttreten neue Kantonsverfassung
1982	erstes kantonales Landwirtschaftsgesetz (zweites Landwirtschaftsgesetz 2011)
1983	Gründung Grüne Partei Aargau
1984	erster Döner Kebab der Schweiz in Spreitenbach
1985	Zum ersten Mal ist der Geburtenüberschuss (Geburten minus Sterbefälle) kleiner als die Zuwanderung
1985	Inkrafttreten des ersten kantonalen Richtplans
1985	erste Tournee Circus Monti
1987	Gründung Autopartei Aargau
1989	erste Austragung Powerman-Duathlon Zofingen
1990	Besetzung ehemalige Kleiderfabrik Meyer und Umwandlung in Kulturzentrum Bremgarten
1991	Eröffnung erste McDonald's-Filiale im Aargau (Baden)
1993–1995	rechtsradikale Umtriebe im Aargau (Radikale Mutschellenfront und Neue Hitlerjugend)
1993	FC Aarau wird Schweizer Meister
1994	Gründung Interreligiöser Arbeitskreis Aargaus (airak)
1995	Regionalfernsehen Tele M1 auf Sendung
1995	Informatikabteilung des Bauernverbandes lanciert E-Mail-Account (unter @pop.agri.ch)
1995	erstes «Argovia Fäscht»
1995	erstes Fantoche Festival für Animationsfilme in Baden
1997	Einleitung Reform Staatsleitung
1997	Roland Brack mit erster Version seines Online-Shops
2000	Weihe von Denise Wyss zur ersten christkatholischen Priesterin der Schweiz
2001	Auflösung Landesring der Unabhängigen (Gründung 1937 im Aargau)
2003	Jubiläum 200 Jahre Kanton Aargau
2004	Gründung Verband Aargauer Muslime (VAM)
2009	Gründung Jurapark (seit 2012 Regionaler Naturpark)
2009	Eröffnung Jüdischer Kulturweg im Surbtal
2019	Gründung Aargauischer Kulturverband (AGKV)
2021	Eröffnung Alte Reithalle Aarau (Projekt «Mittlere Bühne»)

Anmerkungen

Raum und Mensch

Rasante Bevölkerungsentwicklung zwischen den nationalen Zentren
Wachstum, Alterung und Zuwanderung im Aargau

1 Schuler 2002; Statistik Aargau 2018, 8–10.
2 Website BfS, Das Wichtigste in Kürze (Online-Quelle), 2019.
3 Lorenzetti 2012, 249.
4 Statistisches Jahrbuch des Kantons Aargau 2018, 12.
5 Aschwanden 2015, 11; vgl. Fahrländer 2010, 12.
6 Gerny 2015, 12.
7 Kurmann 2018, 65f.
8 Schneeberger 2018 (elektronische Ausgabe).
9 BAK 2017.
10 Zehnder, Arbeitskräfte 2010, 99–107.
11 Statistik Aargau 2010, 8–10.
12 Statistik Aargau 2010, 11.
13 Tanner 2015, 482.
14 Statistik Aargau 2013, 5.
15 Statistik Aargau 2013, 5.
16 Widmer 2008, 21.
17 Güller 1999, 173–180.
18 Statistisches Amt Aargau 2010, 44–46.
19 Statistisches Amt Aargau 2000, 22–29; Statistik Aargau 2010, 44–46.
20 Mohr 1964/65, 67–71.
21 Statistik Aargau 2010, 61–64.
22 Tanner 2015, 482.
23 Schneeberger 2018, 12.
24 Mohr 1964/65, 71.
25 Statistisches Amt Aargau 2000, 22–29; Statistik Aargau 2010, 44–46.
26 Medienmitteilung BKS vom 22.11.2013.
27 Mohr 1964/65, 55.
28 Wyss-Meier 2004, 72–78.
29 Statistische Jahrbücher des Kantons Aargau; Datenportal Statistik Aargau.
30 Statistisches Amt des Kantons Aargau: Mitteilung Nr. 3/77 vom 29.3.1977.
31 Wyss-Meier 2004, 72–78.
32 Wehrli 2010, 28.
33 Lorenzetti 2012, 223–264, 224–227.
34 Statistisches Jahrbuch des Kantons Aargau 2019, 21.
35 Lorenzetti 2012, 240–241.
36 Kurmann 2018, hier 71.
37 Altermatt 1991, 361f.
38 Lorenzetti 2012, 227–229.
39 Tanner 2015, 360–363.
40 Kommission Bevölkerungspolitik 1985.
41 BfS 2017, 11–13.
42 BfS 2017, 11.
43 Statistisches Jahrbuch des Kantons Aargau 2018, 21.
44 Rechenschaftsbericht des Aargauer Regierungsrates 1964, 82.
45 StAAG AG 34.3072, Akten zur Sitzung des Aargauischen Grossen Rates vom 2. Mai 1967.
46 Gemeinde Spreitenbach, Gemeinderatsnachrichten, 4.1.2019.
47 StAAG AG 34.3072, Akten zur Sitzung des Aargauischen Grossen Rates vom 2. Mai 1967.
48 König 1994, 418.
49 Statistisches Jahrbuch des Kantons Aargau 2013, 26.
50 Statistisches Jahrbuch des Kantons Aargau 2018, 27.
51 BfS 2015, 21.
52 Lorenzetti 2012, 227–229.
53 Statistisches Jahrbuch des Kantons Aargau 2018, 28.
54 Lorenzetti 2012, 228.
55 Tanner 2015, 479f.
56 AZ, 4.10.2018.
57 Tanner 2015, 479f.
58 Tanner 2015, 479f.
59 Lorenzetti 2012, 241.
60 Gespräch mit Dario Marioli, 2013.
61 Rundschau Süd, 24.1.2019, 16.
62 Conidi 2010, 46f.
63 Buomberger 2004, 89.
64 Buomberger 2004, 11f.
65 Parise 2016, 91–124.
66 Buomberger 2004, 89.
67 Lattmann 2015, 91–115.
68 Tremp 2004, 56–63.
69 Buomberger 2004, 76.
70 Lo Stanco, Ryser 2016, 54–60.
71 Welter 2004, 10–16.
72 Wiederkehr 2015, 240–243.
73 StAAG NL.A-0309/0078, Mitteilung an die Belegschaft der Textildruckerei Suhr vom 4. Dezember 1980.
74 Tanner 2015, 361.
75 Statistisches Amt 2004, 13–15.
76 Auskunft per E-Mail von Leo Erne, 2019.
77 Die Botschaft, 4.6.1969.
78 Holenstein 2018, 289–346.
79 Maiolino 2011, 75.
80 StAAG DIA04/0280, Verteilung des Saisonarbeiterkontingentes 1975/7 per 31. Oktober 1976.
81 StAAG DIA04/279–282, Korrespondenz und Berichte aus dem Departement des Inneren.
82 Boškovska 2000, 2647–2651.
83 Beck 2004, 29–37.
84 Statistische Jahrbücher des Kantons Aargau 1986, 33 sowie 1991, 33.
85 Marjanovic 2015.
86 Website Tanzschule Shota (Online-Quelle), 2019.
87 Schulz 2018, 340.
88 Statistisches Amt 2004, 13–15.
89 Statistik Aargau 2013, 18.
90 Statistik Aargau 2013, 18.
91 Lorenzetti 2012, 240f.
92 Lorenzetti 2012, 245.
93 Lorenzetti 2012, 245.
94 Tanner 2015, 361.
95 Buomberger 2004.
96 Gespräch mit Luigi und Rita Marchesin-Bernardo, 2019.
97 Parise 2013, 92.
98 AV, 17.4.1969.
99 StAAG NL.A-0272/0123/08, Tagungsakten vom 21./22. November 1969.
100 Hauszeitung BBC 4/1970, 108f.
101 Starčević 2004, 22–28.
102 Buomberger 2004, 151.
103 Buomberger 2004, 36–39.
104 Protokoll Generalversammlung der Emausbruderschaft Baden vom 30.3.1970.
105 Gloor 2019; Angstmann 2019, 41.
106 Jahresbericht der Aargauischen Industrie- und Handelskammer 1978, 105–107.
107 Gespräch mit Gertraud Müllauer, 2019.
108 Buomberger 2004, 161.
109 StAAG NL.A-0309/0078, Mitteilung an die Belegschaft der Textildruckerei Suhr vom 14. Oktober 1974; Angaben zur Anzahl der Beschäftigten (1953: 25; 1965: 50) aus Datenbank Industriekultur (VAMUS, abgerufen am 16.12.2019).
110 StAAG NL.A-0309/0078, Mitteilung an die Belegschaft der Textildruckerei Suhr vom 14. Oktober 1974.
111 Jahresbericht AIHK 1975.
112 «Bürgerrecht», HLS 2007.
113 De Carli 2014.
114 Tanner 2015, 479.
115 NZZ, 12.10.2018.
116 NZZ, 19.12.2018.

Testfeld Planung
Raumentwicklung, Städtebau und Architektur

117 Scherer 1959, 62.
118 Kugler 1963, 5f.; Baumann, Steigmeier 2005, 249f.
119 Schuler, Ullmann, Haug 2002, 122.
120 Bundesamt für Statistik (Online-Quelle).
121 Eisinger, Siegenthaler 2008, 105.
122 Ritzmann-Blickenstorfer, Siegenthaler 1996, 779.
123 HSSO, R.3 Anlageinvestitionen 1948–1990.
124 Statistik Aargau, Datenportal.
125 Widmer 1964, 160.
126 Ruedin, Hanak 2008, 39.
127 AGV, Baukostenindex.
128 «Raumplanung», HLS 2011.
129 RR-RB 1964, 50f.; RR-RB 1971, 72f.
130 RR-RB 1964, 50f.; RR-RB 1965, 50.
131 Widmer 1964, 159.
132 Brüschweiler, Kottmann et al. 2000, 264f.; NZZ, 22.11.1956.
133 Brüschweiler, Kottmann et al. 2000, 278.
134 NZZ, 9.5.1959.
135 Plan: Schweizerische Zeitschrift für Landes-, Regional- und Ortsplanung, Heft 11/12, 1955, 200f.
136 (Das) Werk, Heft 9, 1976, 592–598.
137 Brüschweiler, Kottmann et al. 2000, 280.
138 Kunst + Architektur in der Schweiz, Heft 4, 1995, 404f.
139 NZZ, 18.8.1994.
140 Eidgenössisches Raumplanungsgesetz vom 22. Juni 1979, Art. 1.
141 Lendi 2018, 314.
142 Neue Helvetische Gesellschaft 1973, 383f.
143 Siegel 2012.
144 Zimmerlin 1960, 6f.
145 Barman 2015, 32f.; StAB E.33.
146 Wyrsch, Schneeberger 2018, 5.
147 Koll-Schretzenmayr 2008, 23.
148 Gemeindearchiv Wohlen, Protokoll Gemeinderat, 17.9.1945.
149 Plan. Schweizerische Zeitschrift für Landes-, Regional- und Ortsplanung, Heft 1, 1946, 3.
150 Ruedin, Hanak 2008, 12f.
151 Gespräch mit Claude Ruedin, 2020.
152 Josef + Margrit Killer-Schmidli Stiftung 2010, 73; Plan. Schweizerische Zeitschrift für Landes-, Regional- und Ortsplanung, Heft 3, 1944, 70.
153 Josef + Margrit Killer-Schmidli Stiftung 2010, 76; Killer 1952, 52.
154 Killer 1968, 49.
155 Brogle 1997, 189; NZZ, 21.5.1972.
156 Marti 1951, 73.
157 Killer 1952, 52.
158 Meyer-von Gonzenbach, Bellwald 1968, Anhang 1.
159 Lüthi, Ros et al. 1999, 274.
160 NZZ, 2.2.1955.
161 Marti 1960, 129f.
162 Burckhardt, Frisch et al. 1955, 27.
163 Burckhardt, Frisch et al. 1955, 14.
164 Burckhardt, Frisch et al. 1955, 23.
165 Burckhardt, Frisch et al. 1955, 37.
166 Ruedin, Hanak 2008, 167.
167 Beilage AT, November 1965, 11.
168 RR-RB 1962, 221.
169 RR-RB 1963, 266.
170 RR-RB 1971, 37.
171 Koll-Schretzenmayr 2008, 59.
172 Kaufmann 1985, 15 und 68f.
173 RR-RB 1967, 272; RR-RB 1970, 20; Der Landanzeiger, 2.8.2019.
174 Baudepartement 1971, 4f.
175 Meyer-von Gonzenbach 1968.
176 Zum Beispiel in der Abendausgabe der NZZ, 8.10.1962.
177 Rotach 1973, 12f.
178 Kneschaurek 1969, 64; Kneschaurek 1974, 48.
179 Wehrli 2012.
180 Meyer-von Gonzenbach 1968, 10.
181 Rotach 1973.

182 Rotach 1973, Fig. 2.
183 Gespräch mit Heinrich Bachmann, 2019.
184 Kim 1971, 17.
185 Kim 1971, 2.
186 Schweizerische Bundesverfassung BV, Art. 75.
187 Pfisterer 1976, 117.
188 Merz 1974, 2f.
189 Lendi 1978, 19.
190 Arbeitsgruppe des Bundes für die Raumplanung 1972, 7.
191 Koll-Schretzenmayr 2008, 79.
192 Schweizer Fernsehen, Sendung «CH-Magazin», Raumplanungsgesetz (1/2), 7.5.1976.
193 Lendi 1979, 33.
194 Bachmann 1979.
195 Regierungsrat 1985.
196 Statistik Aargau, Datenportal.
197 EFD, ESTV 2010, 5.
198 BfS, Gebäude- und Wohnungsstatistik, Datenportal.
199 Gespräch mit Lucia Vettori, 2020.
200 Richtplan Kanton AG 2011, 1.9/3.
201 Gerber, Schneeberger 2020, 2–6.
202 Krättli et al. 1972, 1.
203 Bibergeil Anzeiger, No. 3 2020, 2f.
204 BfS 2020, 17.
205 Bridel 2011.
206 BfS 2020, 18f.
207 Buser 1968, 46; BfS 2020, 18f.
208 BT, 28.11.1964.
209 Theiler, Jost 1967, 1.
210 Brogle 1995, 31.
211 Wanner 2012.
212 BT, 13.11.2020.
213 AZ, 31.3.2021.
214 Furter, Krebs 2013, 54f.
215 Bauern- und Bürgerzeitung, Sondernummer 24.2.1967; Gespräch mit Paul Stäuble, 2019.
216 Privatarchiv Paul Stäuble, Sulz, Protokoll GV ALSG, 28.2.1969.
217 AT, 1.5.1965.
218 Rist, Burger 1966, 3f.
219 Schweizerische Allgemeine Volkszeitung, 24.4.1965.
220 U. a. in (Das) Werk, Heft 5, 1965, 180f.
221 Gespräch mit Paul Stäuble, 2019.
222 AT, 1.5.1965; Wanner 1968, 50.
223 ALSG 1967, o. S.
224 RRP, 16.3.1962, Nr. 760.
225 Bauern- und Bürgerzeitung, Sondernummer vom 24.2.1967.
226 Gespräch mit Paul Stäuble, 2019.
227 RRP, 17.6.1961, Nr. 1592.
228 StAAG DL02/0554 und 0555 AS/19/(63), Protokoll Aussprache mit Vertretern Umwelt- und Heimatschutz.
229 Bauern- und Bürgerzeitung, 3.2.1967; Gespräch mit Paul Stäuble, 2019.
230 Arbeitsgruppe Transportplan 1966, 3.
231 RR-RB 1964, 232.
232 Theiler, Jost 1967, 2.
233 Gespräch mit Herbert Otto, 2020.
234 Heller, Volk (Hg.) 1999, 114f.; Kammann 1990, 79f.
235 Kammann 1990, 84f.
236 Bundesgesetz über die Nationalstrassen vom 21. Juni 1960 (725.11).
237 «Nationalstrassen», HLS 2020.
238 RR-RB 1962, 223; Gespräche mit Herbert Otto und Josef Bürge, 2020.
239 RR-RB 1961, 279; RR-RB 1966, 244.
240 Heller, Volk (Hg.) 1999, 217.
241 Baudepartement 1996, 13.
242 gta, Nachlass Marti, 3-021.3, Resolution Gemeinderat Lupfig.
243 SRF, Blickpunkt, 4.1.1977.
244 Baudepartement 1996, 8.
245 Heller, Volk (Hg.) 1999, 311f.
246 RR-RB 1981, 301.
247 Schibli, Geissmann, Weber 1978, 119; RR-RB 1974, 12.
248 Tschopp 1961, 164.
249 Tschopp 1961, 162.
250 Furter, et al. 2015, 282f.
251 SBB Statistikportal 2019.
252 Schibli, Geissmann, Weber 1978, 123f.
253 AZ, 20.6.2018.
254 «Eisenbahnen», HLS 2015.
255 RR-RB 1985, 4; RR-RB 1987, 4.
256 RR-RB 2004, 132.
257 AZ, 16.11.2020.
258 Brüschweiler, Kottmann et al. 2000, 270f.
259 RR-RB 2005, 120.
260 RR-RB 1947, 292.
261 Neujahrsblatt von Dietikon 1970, 13.
262 Boesch 1964, 175.
263 Boesch 1964, 175.
264 Boesch 1992.
265 Mazenauer 2008, 52.
266 NZZ, 10.9.1960.
267 RR-RB 1955, 264; RR-RB 1970, 261.
268 Flückiger Strebel 2014, 20.
269 RR-RB 1980, 296.
270 Regierungsrat 1985, 69.
271 Flückiger Strebel 2014, 20.
272 Horta 1969; NZZ, 27.9.1968; NZZ, 28.3.1969.
273 Beispielsweise in: Neue Helvetische Gesellschaft 1973, 249.
274 U. a. Baumann 1975; Meyer-von Gonzenbach 1975.
275 Keller 1973, 109.
276 Geissberger et al. 1978, 299.
277 Halder 1975, 7.
278 RR-RB 1975, 126.
279 RR-RB 1964, 178.
280 Tietz 2014, 25.
281 Furter et al. 2015, 251.
282 «Denkmalpflege», HLS 2011.
283 Barman 2015, 35.
284 RR-RB 1947, 199.
285 Felder 1963, 2.
286 RR-RB 1958, 203.
287 RR-RB 1963, 175.
288 RR-RB 1963, 175.
289 495.200 Kulturgesetz AG, § 25.
290 Schilling 1987, 140.
291 TA, 27.4.1998.
292 Kantonale Denkmalpflege, Dossier DSI-MWI014.
293 EDI 1988, 11.
294 Wagner, Bühler Krebs, Blöchlinger o. J.
295 Hanak (Hg.) 2017.
296 Die erwähnten Bauten finden sich u. a. in: Zeller 1994.
297 AZ, 5.3.2020.
298 gta, Nachlass Stucky, 240.
299 Furter, Schoeck 2011, 53f.
300 Hnilica 2018, 5.
301 Hassler, Dumont d'Ayot 2009, 246.
302 AZ-Z, 19.2.1971.
303 TA, 14.8.1971.
304 Statistik Aargau, Datenportal Wohnbaustatistik (Online-Quelle).
305 Hönig 2001, 7f.
306 Furter et al. 2015, 294–296.
307 Hassler, Dumont d'Ayot 2009, 120.
308 BT, 17.7.1965.
309 NZZ, 15.12.1968.
310 AK, 3.11.1971.
311 Enezian 1973, 40; Prüfbericht Marti von 1967 in: gta, Nachlass Marti, 3-01.36-1.
312 Gelpke & Düby 1969, 365.
313 NZZ, 18.8.1969.
314 Enezian 1973, 58.
315 Massarotti 1983, 63f.
316 BfS 2002, 210.
317 NZZ, 24.10.1972.
318 Frey 1980, 56f.; NZZ, 27.3.1979.
319 Fuchs, Hanak 1998, 136.
320 Ruedin, Hanak 2008, 109.
321 NZZ, 25.1.1973.
322 Fuchs, Hanak 1998, 147.
323 Furter, Schoeck 2013, 217f.
324 NZZ, 13.5.1973.
325 (Das) Werk, Heft 12, 1976, 820.
326 NZZ, 17.8.2001.
327 Schilling 1987, 148f.
328 Archithese, Heft 2, 1985, 40f.
329 Schilling 1987, 8 und 136.
330 Furter et al. 2015, 269.
331 SRF, Regionaljournal Aargau Solothurn, 9.10.2014.
332 Loderer 2007, 27f.; Furter et al. 2015, 269.
333 Hanak 2008, 5.
334 Wochenzeitung WOZ, 20.8.2020.
335 NZZ, 17.7.2019.
336 Meier 1996, 78.
337 Schmid 2004, 119.
338 RR-RB 1946, 10.
339 Zit. nach: Lägereposcht, Ausgabe 36, Dezember 2011, 4.
340 Schmid 2004, 94.
341 Röthlin 2020, 161; Wirz (Hg.) 2018, 27.
342 (Das) Werk, Heft 12, 1975, 1065.
343 Kurz, Maurer et al. 2003, 70f.
344 Kurz, Maurer et al. 2003, 132f.
345 (Das) Werk, Heft 10, 1964, 374.
346 (Das) Werk, Heft 10, 1964, 352.
347 (Das) Werk, Heft 10, 1964, 349.
348 U. a. SRF, Regionaljournal Aargau Solothurn, 25.4.2017.
349 SRF, Antenne, 17.8.1967.
350 NZZ, 5.10.1970.
351 Bauen+Wohnen, Heft 6, 1971, 241.
352 Automobil Revue, 16.4.1959.
353 Bundi 2020, 8.
354 SBZ, Heft 1, 1951, 4–7; Zeller 1994.
355 AK, 6.12.1972; Gespräch mit Claude Ruedin, 2020.
356 Itor 1993, 96.
357 AK, 6.12.1972; Würsch 2019, 61–66.
358 Furter, Schoeck 2014, 40.
359 Kurzinventar kantonale Denkmalpflege, DSI-LUP001.
360 Köth 2012, 41f.
361 Köth 2012, 10f.
362 Furter, Schoeck 2014, 38f.; Gespräch mit Walter Hunziker, 2019.
363 Erben 2016, 25f.; Furter et al. 2015, 209.
364 Furter 2019, 3f.

Im Widerspruch
Natur und Landschaft seit 1945

365 Rüedi 1953, 231f.
366 RR-RB 1959, 281; RR-RB 1965, 278.
367 Automobil Club der Schweiz 1960, 24.
368 Motorfahrzeugstatistik.
369 RR-RB 1970, 252.
370 ANG 1950, 8f.
371 ANG 1966, 235.
372 Widmer 2007, 11, 88–90.
373 Stiftung Reusstal Jahresbericht 1964, 5f.
374 RR-RB 1962, 273; ANG 1966, 235.
375 RR-RB 1972, 8.
376 AT 1966, 19.
377 RR-RB 1962, 244.
378 AT 1966, 46; RR-RB 1965, 285.
379 AT 1966, 3.
380 AT 1966, 17.
381 RR-RB 1971, 287.
382 RR-RB 1972, 238; 1979, 287
383 RR-RB 1990, 280f.
384 RR-RB 1953, 246; RR-RB 1959, 290.
385 RR-RB 1959, 289.
386 RR-RB 1965, 294.
387 RR-RB 1961, 252.
388 RR-RB 1962, 254.
389 RR-RB 1974, 271f.
390 RR-RB 1971, 294f.
391 RR-RB 1976, 303; Meuli 2015, 12.
392 RR-RB 1977, 314.
393 Hochreuter 2016, 144.
394 Bütler 2014, 12.
395 Meuli 2015, 12.
396 Hess, Riesendebakel (Online-Quelle); Hess 1999, 8ff. 1984; Meuli 2015, 12; Hochreuter 2016, 145.
397 Meuli 2015, 11f.; Sondermülldeponie Kölliken (Online-Quelle).
398 Kupper 2003.
399 RR-RB 1970, 305.
400 Zimmerli 1970, 3.
401 Zimmerli 1970, 9.
402 Zimmerli 1970, 10.
403 Huber 1985, 68.
404 Huber 1985, 70f.

405 «Umwelt», HLS 2014.
406 «Antiatombewegung», HLS 2007.
407 Kupper 2003, 223–225.
408 Länzlinger, Schärer 2020, 54–60.
409 Länzlinger, Schärer 2020, 53f.; Häni 2018, 55–61.
410 RR-RB 1975, 88, 236.
411 Kupper 2003, 223–225; Häni 2018, 73–99; Länzlinger, Schärer 2020, 66.
412 Häni 2018, 132–137.
413 RR-RB 1974, 12f.
414 «Umwelt», HLS 2014.
415 RR-RB 1983, 15; RR-RB 1984, 17.
416 RR-RB 1985, 13.
417 RR-RB 1985, 274f.; Maurer, Stapfer et al. 2020, 44; Gespräch mit Richard Maurer, 2020.
418 Schelbert 2015, 30.
419 Schelbert 2015, 126.
420 RR-RB 1989, 285.
421 Agrofutura 1995, 16.
422 Gespräch mit Peter Bircher, 2019; Bircher 2015, 48f.
423 Agrofutura 1995, 17.
424 Gespräch mit Peter Bircher, 2019; Amtliches Bulletin 1992, 1043–1051; Amtliche Sammlung 1992, 115.
425 Gespräch mit Peter Bircher, 2019; Bärtschi 2010, 55–58; Bircher 2015, 32–34, 49f.
426 Maurer, Stapfer et al. 2020, 135f.

Ausbau und Konsolidierung des Staatswesens
Der Aargau wird modernisiert

1 Raumstatistik BfS.
2 Planungsgruppe Region Baden-Wettingen 1997, 31f.
3 Baugesetz vom 2.2.1971, §117, §124f.
4 Pfisterer 1997, 62–65; Kistler 2002 zu §11.
5 Seiler, Steigmeier 1998, 174.
6 Furter 2015, 277.
7 Meier 2021, 82–86.
8 Botschaft (3204) betreffend Dekret über die Bildung der Einwohnergemeinden Arni und Islisberg vom 14.6.1982; GRP 24.1.1978, Art. 378 und 31.10.1978, Art. 838; Rauber 1945, 159–197.
9 Botschaft (1149) betreffend Gesetz über den Einwohnerrat vom 18.4.1947, 1.
10 StAAG RO5.26.3 und DIA03-0124; Unterlagen des Regierungsrates zum Gesetz über den Einwohnerrat, 1947–1953, Gehrig 1967, 12f.
11 Hofmann 2016.
12 StAAG AG 34.2943; Brief FDP Spreitenbach an den Grossratspräsidenten Max Müller, 9.11.1964, 4.
13 Botschaft betreffend Abänderung des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen, 3. Lesung, 29.10.1962.
14 RR-RB 1963, 8.
15 Widmer 1981, 38.
16 Pfisterer 1983, 19.
17 RR-RB 1968, 34.
18 Botschaft (484) zum Gesetz über die Einwohnergemeinden und Gesetz über die Ortsbürgergemeinden vom 12. Juni 1972; Botschaft (1469) zum Gesetz über die Einwohnergemeinden vom 20. Dezember 1976; Widmer 1978, 5.
19 Sieber 2005.
20 GRP 29.10.1962, Art. 404.
21 Leber 1988, 22–36; Gesetz über die Ortsbürgergemeinden vom 19. Dezember 1978, §14.
22 Meier 1963, 153.
23 Reimann 1991, 34.
24 Reimann 1991, 37.
25 Staatrechnungen 1991–2002.
26 Bieri 2000, 6f.
27 Vgl. S. 167.
28 RR-RB 1996, 11.
29 RR-RB 2001, 8.
30 Reimann 1991, 106.
31 Staatsrechnungen 1950, 1960, 1970, 1980, 1990, 2000.
32 Reimann 1991, 65–68.
33 Bolliger 1958, 154.
34 Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung vom 8. November 1983, §34.
35 Botschaft (2916) betreffend Gesetz über den Finanzausgleich (Finanzausgleichsgesetz) vom 26.1.1982, 2f.
36 Wicki 2006, 162.
37 GRP 29.11.1918, 339; 23.1.1919, 442f.
38 GRP 4.4.1927, 484; Gesetz über die Armenfürsorge vom 12.3.1936; Schulgesetz vom 20.11.1940; Gesetz über die Arbeitsgerichte vom 8.3.1944.
39 Gautschi 1978, 64.
40 GRP 4.9.1945, Art. 92.
41 Vorlage des Regierungsrates vom 21.12.1945.
42 GRP 28.1.1947, Art. 443.
43 Gautschi 1978, 65.
44 Gesetz über die Strafprozesspflege (Strafprozessordnung) vom 11.11.1958.
45 GRP 4.5.1961, Art. 30.
46 GRP 22.1.1962, Art. 231.
47 GRP 6.7.1965, Art. 92; 1.3.1966, Art. 358; 5.12.1966, Art. 643.
48 Entwurf des Regierungsrates vom 2. Mai 1968, Volksbeschluss über die Einführung des Frauenstimmrechts.
49 Botschaft des Regierungsrates zur Einführung des Frauenstimmrechts, 2. Lesung vom 30. April 1970; GRP 16.12.1969, Art. 424.
50 RR-RB 1971, 36.
51 RR-RB 1971, 38; Bundesbeschluss über die Gewährleistung der geänderten Verfassung des Kantons Aargau vom 10. Juni 1971, BBl I, 1520.
52 Wicki 2006, 162.
53 Dekret über Erleichterungen bei der Stimmabgabe vom 20. Juni 1978.
54 Bundesgesetz über die politischen Rechte (BPR), Inkraftsetzung 15.12.1994, Art. 5, Abs. 3.
55 KV/AG 1885, Art. 12, Abs. 1, Bst. b; vgl. Wüthrich 1990, 33–35; Wicki 2006, 107.
56 KV/AG 1980, §59, Abs. 1.
57 Wüthrich 1990, 36f.; Protokolle des Verfassungsrates, 130–134, 675–681, 1017–1023, 1227–1233.
58 RR-RB 1984, 42.
59 GRP 06.152, 22.8.2006; 9.1.2017, Art. 2007–0919.
60 GRP 14.126, 4.11.2014, Art. 2014–0627; GRP 15.281, 10.5.2016, Art. 2106–1375; GRP 20.297, 23.3.2021, Art. 2021–0093.
61 Schlussbericht Sachkommission 4, Aarau 1974, 18; Protokoll des Verfassungsrates, 134–142, 681, 1023, 1233.
62 GRP 6.12.1988, Art. 1941; 21.2.1989, Art. 2048.
63 KV/AG 1980, §76, Abs. 1.
64 KV/AG 1885, Art. 25, Abs. 1, Bst. a; Art. 25, Abs. 1, Bst. b–d.
65 Kübler 2020, 94.
66 KV/AG 1980, §63, Abs. 1, lit. a–f.
67 RR-RB 1952, 6; KV/AG 1885, Art. 28, Abs. 2.
68 Motion (98.2011) der Fraktion der Grünen vom 28. April 1998 betreffend Verkleinerung des Grossen Rates unter gleichzeitiger Restrukturierung des Kantons in vier Bezirke; RR-RB 2001, 10.
69 Vgl. Botschaft (06.200) betreffend Revision der Kantonsverfassung und des Grossratswahlgesetzes vom 27.9.2006, 4.
70 Wicki 2006, 159.
71 Wicki 2006, 157; StAAG AG 34.3318, Dossier 2395: Neueintritt und Inpflichtnahme von Marlene Baenziger, 27.2.1973, Wirtschaftsgesetz durchberaten, in: AT, 28.2.1973.
72 Geschäftsreglement des Grossen Rates vom 16.9.1970, §28, §35.
73 Vgl. Geschäftsreglement des Grossen Rates 1941 und 1970.
74 Auskunft Adrian Schmid, 2020.
75 Postulat (798) Katharina Kerr betreffend modernes Verwaltungsmanagement in der aargauischen kantonalen Verwaltung vom 29.11.1994; Motion Daniel Heller (1171) betreffend Einleitung einer umfassenden Verwaltungsreform im Sinne des «New Public Managements» vom 27.6.1995.
76 Botschaft (00.424) Parlamentsreform vom 6.12.2000, 3.
77 Econcept 2009, 15.
78 Regierungsrat Verwaltungsreform 1968, 11.
79 Bericht (2922) betreffend Wahl von zwei Mitgliedern des Regierungsrates in die Bundesversammlung vom 10.11.1961.
80 Bericht (1771) zur Motion Arnold Widmer vom 2.7.1964.
81 Orientierung (633) über die Regierungs- und Verwaltungsreform; Schaffung der Stelle eines Rechtskonsulenten des Regierungsrates, 4.3.1965.
82 Organisationsdekret vom 17.3.1969, §27.
83 Botschaft (1088) Verwaltungsreform, Rechenschaftsbericht, 21.4.1975, 14f.
84 Bircher 1979, 62f.
85 Botschaft (1088) Verwaltungsreform, Rechenschaftsbericht, 21.4.1975, 16.
86 Botschaft (517) Anschaffung einer UNIVAC-UCT-Anlage für die aargauische Staatsverwaltung vom 21.2.1963.
87 Auskunft Kurt Müller, 2021.
88 Vgl. Müller 1976; Botschaft (2767) betreffend Ausbau der installierten Computersysteme und Beschaffung eines neuen Computersystems vom 22.6.1981, 2f.
89 RR-RB 1985, 145.
90 Hayek 1988.
91 Botschaft (99.102) zum Gesetz über das Personalrecht vom 19.5.1999.
92 Rieder, Farago 2000, 16.
93 RR-RB 2005, 14f.
94 RR-RB 1999, 11.
95 Botschaft (02.397) betreffend Projekt Spitallandschaft Aargau vom 20.11.2002.
96 Botschaft (07.246) betreffend Dekret über die Kantonale Unfallversicherung vom 26.9.2007.
97 Botschaft (2633) zum Gesetz über die Organisation der ordentlichen richterlichen Behörden vom 8.12.1980, 8.
98 Gesetz über die Strafrechtspflege (Strafprozessordnung) vom 11. November 1958.
99 Hierzu und im Folgenden: Gesetz über die Strafrechtspflege (Strafprozessordnung) vom 11. November 1958; Dubs 1961, 30; Brühlmeier 1969, 241–254.
100 Botschaft zum Gesetz über die Strafrechtspflege (Strafprozessordnung), Änderung vom 22.9.1975.
101 Vgl. Botschaft (09.258) zur Umsetzung der eidgenössischen Strafprozessordnung vom 2.9.2009.
102 Moor 1969, 263.
103 Moor 1961, 31–56.
104 Schweizerische Jugendstrafprozessordnung vom 20.3.2009.
105 Gesetz über die Organisation der ordentlichen richterlichen Behörden; Gesetz über die Zivilrechtspflege; Gesetz über die Ausübung des Anwaltsberufes; Botschaft (2633) zum Gesetz über die Organisation der ordentlichen richterlichen Behörden vom 8.12.1980, 7.
106 KV/AG 1885, Art. 51.
107 Gesetz über die Organisation der ordentlichen richterlichen Behörden vom 11.12.1984, §88f.
108 Botschaft (2633) zum Gesetz über die Zivilrechtspflege vom 8.12.1980.
109 Botschaft (97.3717) zum Gesetz über die Massnahmen zur Erneuerung der Justiz vom 9.7.1997, 2. Lesung, 24.
110 Vgl. Botschaft (09.276) zum Einführungsgesetz zur schweizerischen Zivilprozessordnung vom 16.9.2009.
111 Hierzu und im Folgenden: Botschaft (1282) zum Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege vom 3.5.1967; GRP 28.11.1967, Art. 1021, Art. 1024; 9.7.1968, Art. 1301.
112 Interpellation Dr. Julius Binder, 27.2.1958; Eichenberger 1969, 293–306.
113 GRP 14.1.1964, Art. 832; 17.11.1964, Art. 1066.
114 GRP 28.11.1967, Art. 1021/24; 9.7.1968, Art. 1301; RR-RB 1968, 30.

115 Botschaft (99.343) zur Justiz- und Verwaltungspflegereform vom 27.10.1990, 7.
116 Botschaft (99.343) zur Justiz- und Verwaltungspflegereform vom 27.10.1990, 12f.
117 GRB 9.5.2000, Art. 2000–1947; vgl. Botschaft (11.154) zur Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes vom 27.4.2011.
118 Eichenberger 1986, Ziffer 3.
119 GRP 8.6.1965, Art. 53; 19.10.1965, Art. 187.
120 GRP 6.2.1966, Art. 324.
121 RR-RB 1968, 3.
122 RR-RB 1970, 3; 1971, 3.
123 Rüegg 1989, 152.
124 Rüegg 1989, 169.
125 StAAG VR.1980/0001, XEROX-Bericht des Sekretärs des Verfassungsrates Heinz Suter, 4.1.1974.
126 Vgl. Schlussberichte der Sachkommissionen 1–11, Aarau 1974.
127 Müller 2005, 24.
128 Eichenberger 1986, 31.
129 Eichenberger 1986, 34.
130 KV/AG 1980, Übersicht über die Änderungen.
131 Botschaft (00.422) betreffend Demokratiereform vom 13.12.2000.
132 Scholl 1989, 4f.
133 Fuchs 2004, 8–24.
134 Halder 1953, 31.
135 Weber, Halder 1979, 9.
136 RR-RB 1978, 18f.
137 Fuchs 2004, 22f.
138 RR-RB 1991, 101.
139 RR-RB 1991, 23.
140 Weber 1996.
141 Bruder 2004, 25–34.
142 SRF Aargau Solothurn: Expo 64 – Stolze Solothurnerinnen und knausrige Aargauer, 8.12.2014.
143 RR-RB 2002, 15.
144 Kleine Anfrage Dr. Hans Jörg Huber betreffend Präsenz des Aargaus in der Eidgenossenschaft, GRP 1.2.1966, Art. 314; GRP 21.6.1966, Art. 498.
145 RR-RB 1985, 173; 2005, 45.
146 AV, 20.4.1988.
147 Kappeler 1989, 1.
148 Schulgesetz vom 20. November 1940; vgl. Gautschi 1978, 143f.
149 RR-RB 1968, 8.
150 Botschaft betreffend vierte Teilrevision des Schulgesetzes vom 14. August 1969, 3.
151 RR-RB 1967, 155; 1970, 7f.
152 RR-RB 1970, 44; 1972, 18.
153 RR-RB 1967, 155; 1985, 19; 1988, 76.
154 RR-RB 1974, 4f.
155 RR-RB 1981, 46.
156 Botschaft (1799) betreffend Totalrevision des Schulgesetzes vom 24. April 1979, 5.
157 Schulgesetz vom 17. März 1981, §14, Abs. 1.
158 Brändli 1998, 110.
159 RR-RB 1994, 69.
160 RR-RB 1996, 83; 1997, 48
161 Schulgesetz 1940, §19, Abs. 2.
162 Schulgesetz 1940, §18, §22, §25.
163 Lehrplan Bezirksschulen, 10f.
164 Schulgesetz 1981, §12.
165 RR-RB 1947, 5.
166 RR-RB 1971, 117.
167 Brändli 1998, 117f.
168 GRP 19.3.1968, Art. 1152; 8.10.1968, Art. 1393; 22.10.1968, Art. 1417; 18.2.1969, Art. 1567; Botschaft betreffend vierte Teilrevision des Schulgesetzes vom 14. August 1969, 22.
169 Botschaft zur vierten Teilrevision des Schulgesetzes vom 14. August 1969, 8f.; Schulgesetz (Abänderung) vom 9. Mai 1972, §47, §47a, §47b.
170 Botschaft (99.167) Schulgesetz: Partialrevision Etappe II vom 2. Juni 1999, 3f.
171 RR-RB 2013, 8.
172 Manz et al. 2013, 53f.
173 Entstehungsgeschichte Heilpädagogische Schule Lenzburg (Online-Quelle).
174 Hard 2013, 8f.
175 Schulgesetz (Abänderung) vom 9. Mai 1972, §2a.
176 10 Jahre Rudolf-Steiner-Schule Aargau, 6f.
177 RR-RB 1979, 211.
178 RR-RB 1963, 133; 1967, 166.
179 RR-RB 1968, 125.
180 RR-RB 1980, 143.
181 RR-RB 1991, 73.
182 RR-RB 1998, 53f.
183 Botschaft (07.134) Planungsbericht Bildungskleeblatt vom 23. Mai 2007; Botschaft (08.126) Bildungskleeblatt; Verfassungs- und Gesetzesänderungen vom 14. Mai 2008.
184 Staehelin 2002, 157.
185 Staehelin 2002, 163.
186 Brand 2011, 21f.
187 Brand 2011, 27f.
188 Staehelin 2002, 162.
189 Keller, Zehnder 2011, 134f.
190 Vgl. Gautschi 1978, 526.
191 Brand 2011, 33.
192 Staehelin 2002, 164–166.
193 StAAG, Bericht Abschlussprüfung an Bezirksschulen und Aufnahmeverfahren an aargauischen Mittelschulen, 10.9.1968; Bericht Sektion Schulaufsicht zur Verordnung über die Abschlussprüfung an den Bezirksschulen, Änderung von §5, Abs. 3, 29.2.1984; RRP 1975/1972.
194 Departement für Bildung, Kultur und Sport (Hg.): Anhörungsbericht Revision der Übertrittsverfahren an der Volksschule, 21.11.2014, 6f.
195 Staehelin 2002, 159.
196 Dekret über die Organisation der Kantonsschulen vom 16. September 1958, §3.
197 Staehelin 2002, 160.
198 Staehelin 2002, 160.
199 Staehelin 2002, 191.
200 Wettstein 2020, 168–172.
201 Schmid 2012, 10.
202 Metz 2001, 142.
203 Metz 2001, 148.
204 Metz 2001, 167.
205 Reglement über die Erteilung der Lehrberechtigung für Primar- und Sekundarschulen vom 21. Februar 1972, §34–37.
206 Christen, Erne 1998, 7f.
207 Criblez et al. 2013, 88.
208 Reglement über die Erwerbung der Wahlfähigkeit für Lehrstellen an aargauischen Bezirksschulen vom 18. Februar 1971.
209 Metz 2001, 162.
210 RR-RB 1996, 109.
211 Criblez et al. 2006, 102.
212 Manz 2013, 80f.
213 Vgl. Statistik Aargau (Hg.): Lehrkräftestatistik 2014, 1f.
214 Criblez et al. 2006, 98f.
215 RR-RB 1956, 195f.
216 Rütschi 1975, 9.
217 RR-RB 1959, 169; 1960, 152; 1962, 12.
218 RR-RB 1965, 180; 1966, 170.
219 RR-RB 1970, 268.
220 Schlachter 2006, 138.
221 Schlachter 2006, 131.
222 Criblez, Herren 2006, 32f.
223 GRP 4.6.1962, Art. 320.
224 Fricker 2001, 19–21.
225 GRP, 5.2.1963, Art. 523.
226 GRP, 23.6.1964, Art. 969; 8.7.1964, Art. 978.
227 Botschaft (2806) betreffend Volksbeschluss über die Errichtung der Vorbereitungsstufe einer Hochschule im Kanton Aargau vom 2.10.1969.
228 RR-RB 1970, 44.
229 Fricker 2001, 34–37.
230 Seiler, Steigmeier 1998, 201.
231 Reimann 1991, 55.
232 Fricker 2001, 44.
233 Fricker 2001, 46.
234 RR-RB 1978, 60.
235 Criblez, Herren 2006, 40.
236 Hofmann 2006, 49.
237 Fahrländer 2006, 188.
238 Fahrländer 2006, 192f.
239 ABB Technikerschule 2011, 11.
240 Pritzker 2014, 166.
241 Hunziker 2017, 101–123.
242 Vindonissaprofessur (Online-Quelle).
243 Botschaft zum Gesetz über den Ausbau des Kantonsspitals Aarau, die Errichtung eines zweiten Kantonsspitals im Raume Baden sowie die Unterstützung der Bezirks- bzw. Kreisspitäler und Pflegeanstalten (Spitalgesetz) vom 14. Dezember 1962, 2.
244 RR-RB 2005, 11.
245 Botschaft (3417) vom 14.12.1962, 38.
246 RR-RB 1964, 10.
247 GRP, 27.10.1970, Art. 2148.
248 Gesetz über den Bau, Ausbau und Betrieb sowie die Finanzierung der Spitäler und Krankenheime (Spitalgesetz) vom 19. Oktober 1971, §5, §7.
249 RR-RB 1978, 22f.
250 Wohnlich 1979, 257–286.
251 Departement des Gesundheitswesens (Hg.): Die Spitalkonzeption für den Kanton Aargau. Aarau 1972; Botschaft (446) vom 24.4.1972; GRP, 27.6.1972, Art. 2023, 2025, 2026.
252 Botschaft zur Spitalkonzeption 1972 (Zwischenbericht) vom 7.4.1975.
253 Botschaft (2575) vom 27.10.1980 betreffend Thesen 1980 zum aargauischen Gesundheitswesen, Bericht und Arbeitsprogramm.
254 Spitalkonzeption 2005, 1f.
255 RR-RB 1994, 192.
256 Gesundheitspolitische Gesamtplanung 2005.
257 Botschaft betreffend Ausbau der aargauischen Heilbäder vom 31.10.1968; GRP, 11.3.1969, Art. 1608, 1614.
258 Spitalkonzeption 2005, 101f.
259 Altersheimgesetz vom 26. Februar 1957.
260 Altersheimkonzeption 1972.
261 Spitalkonzeption 1972, 120–141.
262 Clivio 1996, 5–15.
263 Meier 2009, 141–154; Wittweiler 2008, 141–148.
264 Gesundheitspolitische Gesamtplanung 2005, 93.
265 Gesundheitspolitische Gesamtplanung 2005, 51.
266 Jahresbericht Königsfelden 1995, 20.
267 Jahresbericht Königsfelden 1974, 3.
268 RR-RB 1969, 249.
269 Jahresbericht Königsfelden 1965, 1.
270 RR-RB 1977, 233.
271 RR-RB 1993, 190.
272 RR-RB 1947, 119; Mohr 1949, 2–32.
273 Planungsbericht Psychiatrie 1991, 30f.
274 Jahresbericht Königsfelden 1995, 4.
275 Braun 2018, 298.
276 Braun 2018, 334.
277 «Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)», HLS 2007.
278 RR-RB 1946, 60.
279 Dubach 1954, 236.
280 RR-RB 1956, 19–24; Zusatzrentengesetz vom 11.1.1956.
281 RR-RB 1967, 24; Ergänzungsleistungsgesetz vom 14.6.1967.
282 «Familienzulagen», HLS 2004.
283 Gesetz über den Anschluss der Lehrer und Lehrerinnen der Volksschule an eine für das Personal der Staatsverwaltung zu errichtende Ausgleichskasse für die Ausrichtung von Kinderzulagen vom 24. August 1942.
284 RR-RB 1964, 10.
285 Gesetz über Kinderzulagen für Arbeitnehmer vom 23.12.1963.

286 Gesetz über Kinderzulagen für Arbeitnehmer (Abänderung) vom 26.3.1968 und 20.9.1972.
287 Botschaft betreffend Teilrevision Gesetz über Kinderzulagen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom 23.1.2008, 1.
288 Dubach 1954, 237f.
289 RR-RB 1952, 40; Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung vom 16.6.1952.
290 Bundesgesetz über die Arbeitslosenversicherung vom 22.6.1951, Art. 14, Abs. 1.
291 RR-RB 1972/73, 62/63.
292 «Arbeitslosenversicherung (ALV)», HLS 2002.
293 Dubach 1954, 235.
294 «Krankenversicherung», HLS 2008.
295 RR-RB 1996, 13.
296 Dubach 1954, 241f.
297 Botschaft zum Sozialhilfegesetz vom 21.4.1980; 5. Änderungen Zuständigkeitsgesetz vom 14.12.2012.
298 RR-RB 1968, 48f.
299 Botschaft zum Sozialhilfegesetz vom 21.4.1980, 6–9; Sozialhilfegesetz vom 2.3.1982.
300 Botschaft zum Sozialhilfegesetz vom 21.4.1980, 9–27.
301 Meier, AIHK 2018.
302 Frauenhaus AG/SO (Online-Quelle).
303 RR-RB 1995, 210.
304 Cassée 2016, 29–32.
305 Braun 2018, 339f.; Gesetz über die Gewährung von Staatsbeiträgen an die anerkannten gemeinnützigen und öffentlichen aargauischen Erziehungsheime (Erziehungsheimgesetz) vom 6.10.1964.
306 Schulthess 2018, 93; Wenger 2009, 43; «Anstaltswesen», HLS 2010.
307 Cassée 2016, 30f.
308 Unabhängige Expertenkommission 2019, 80.
309 Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch, Änderung vom 25.10.1980, §67b.
310 Unabhängige Expertenkommission 2019, 19.
311 Unabhängige Expertenkommission 2019, 261.
312 Wuchner, Döbeli 2003, 35.
313 Wuchner, Döbeli 2003, 57.
314 RR-RB 1955, 115; Wuchner, Döbeli 2003, 34.
315 Wuchner, Döbeli 2003, 35.
316 RR-RB 1953, 99.
317 Wuchner, Döbeli 2003, 57.
318 RR-RB 1983, 8.
319 Wuchner, Döbeli 2003, 71.
320 Fröhlich 1980.
321 RR-RB 1986, 49.
322 RR-RB 1985, 10.
323 Verband Aargauer Kantonspolizei 2004, 76.
324 Polizeikonzept 1991.
325 RR-RB 1995, 26.
326 Botschaft (01.291) Polizeiliche Sicherheitsarchitektur Aargau (Projekt «Horizont 2003»), Gesamtbericht mit Leitsätzen vom 17. Oktober 2001; Botschaft (05.185) betreffend Neue Polizeiliche Sicherheitsarchitektur (Projekt Horizont Realisierung) vom 10. August 2005.
327 Botschaft (01.291) Polizeiliche Sicherheitsarchitektur Aargau (Projekt «Horizont 2003»), Gesamtbericht mit Leitsätzen vom 17. Oktober 2001, 5.
328 Steigmeier 2004, 24.
329 Aargauische Gebäudeversicherung 2018, 10.
330 Aargauische Gebäudeversicherung 2018, 12.
331 Steigmeier 2004, 69.
332 Gesetz über das Feuerwehrwesen vom 23.3.1971, §36, Abs. 1.
333 Steigmeier 2004, 69.
334 RR-RB 1994, 226.
335 Steigmeier 2004, 56.
336 Steigmeier 2004, 91–93.
337 RR-RB 1957, 327.
338 RR-RB 1969, 243; 1974, 267.
339 RR-RB 1976, 296; 1978, 334.
340 RR-RB 1982, 327.
341 RR-RB 1989, 279.
342 RR-RB 2005, 131.
343 RR-RB 1973, 202.
344 Meier 2007, 102.
345 RR-RB 1973, 206; 1979, 17.
346 RR-RB 1971, 212.
347 RR-RB 2003, 102.
348 Müller, Wicki 2006, 4.
349 BV 1874, Art. 19, Abs. 4.
350 BV 1874, Art. 21, Abs. 2; Rasi 1975, 305.
351 Widmer 2004, 110.
352 Wirz 2010, 7f.
353 «Hans Senn», HLS 2011.
354 «Eugen Lüthy», HLS 2008.
355 Wirz 2010, 19.
356 Huber 1986, 204.
357 Müller, Wicki 2006, 5–7.
358 RR-RB 1985, 241.
359 Müller, Wicki 2006, 30.
360 Widmer 2004, 163–171.
361 Widmer 2004, 197–202.
362 Widmer 2004, 202–204.
363 Meier 2016, 67.
364 Auskunft Rudolf Hauser, 2020.

Regionalismus, Reformimpulse und ein konservatives Image
Der politische Aargau

365 VBS armasuisse 2006, 14.
366 Vatter 2002, 288, Tabelle.
367 Vatter 2019, 373f.
368 Vatter 2019, 372.
369 Heiden, Schwab Cammarano et al. 2011, 46.
370 Gautschi 1978, 55 und 61.
371 NZZ, 23.3.1953.
372 Bircher 1984, 81f.
373 Bircher 1984, 11; Die Tat, 18.3.1949; TA, 11.11.1969.
374 StAAG, Archiv der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Aargau, NL.A-0295.11.1, Protokolle der ordentlichen und ausserordentlichen Parteitage: Referat Arthur Schmid am Parteitag, 21.8.1949 und am Parteitag 28.1.1951.
375 StAAG, Archiv der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Aargau, NL.A-0295.11.1, Protokolle der ordentlichen und ausserordentlichen Parteitage: Kantonalpräsident Hans Theiler, 1.12.1956.
376 Vatter 2002, 65; Gruner 1977, 42.
377 Freier Aargauer, 5.3.1950.
378 StAAG, Archiv der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Aargau, NL.A-0295.11.1, Protokolle der ordentlichen und ausserordentlichen Parteitage: Protokoll des Parteitags am 9.11.1952.
379 AZ, 24.10.2015.
380 Zurbriggen 2004, 109.
381 NZZ, 18.8.2020.
382 Vgl. Meier 2003; CVP Aargau 1992, 40; Steigmeier 1994.
383 StAAG, Archiv der Christdemokratischen Partei CVP des Kantons Aargau, ZwA 1995.0103/0129, 1947–1951, Protokoll, 24.6.1950: Aussprache zwischen Katholisch-Konservativen und der Christlichsozialen Bezirkspartei Bremgarten.
384 Baldinger Fuchs, Baumann, Meier 2016, 106–112, hier 107f.
385 StAAG, Archiv der Christdemokratischen Partei CVP des Kantons Aargau, ZwA 1995.0103/0132, Protokoll 18.2.1956.
386 StAAG, Archiv der Christdemokratischen Partei CVP des Kantons Aargau, ZwA 1995.0103/0134, Protokoll Parteitag, 26.2.1964.
387 StAAG, Archiv der Christdemokratischen Partei CVP des Kantons Aargau, ZwA 1995.0103/0134, Rechenschaftsbericht der CVP-Fraktion für die Legislaturperiode 1965–1969, 1f.
388 Bircher, Huber et al. 1981.
389 Longchamp 1982, 59.
390 Zurbriggen 2004, 106.
391 Zurbriggen 2004, 114f.
392 CVP Aargau 1992, 30.
393 CVP Aargau 1992, 27.
394 Gautschi 1978, 72ff.
395 Seiler, Steigmeier 1991, 213.
396 FDP Aargau 1945, 3 und 8.
397 StAAG ZwA 1999.040, Archiv Kurt Lareida, Ts. «Die politischen Strukturen des Kantons der Mitte», 12.3.1989, 7; Lareida 1995.
398 StAAG, Archiv Kurt Kim, NL.A-0285, Kurt Kim bei der FDP Rheinfelden, 1965, 3.
399 NZZ, 23.10.1964, Nr. 4479; 20.12.1967, Mittagsausgabe, Nr. 5493; 19.11.1969 Mittagsausgabe, Nr. 684.
400 Trautweiler, Hans: Standort und Zukunft der Aargauer Freisinnigen, in: Standpunkt. Politische Information für die Aargauer Freisinnigen, Nr. 15/1969, 1–3.
401 SVP Aargau 1990, 52f.
402 SVP Aargau 1990, 53.
403 SVP Aargau 1990, 53; SVP Aargau 2020, 21ff.
404 SVP Aargau 1990, 53.
405 NZZ, 23.3.1953; Bircher 1979, 85.
406 Gespräch mit Theo Fischer, 2019.
407 SVP Aargau 2020, 22.
408 Bircher 1979; StAAG ZwA 1999.040, Archiv Kurt Lareida, Ts. «Die politischen Strukturen des Kantons der Mitte», 12.3.1989.
409 NZZ, 25.3.1957; NZZ, 9.3.1965.
410 Wettingen 2001, 125f.; Seiler, Steigmeier 1998, 207.
411 «Arnold Widmer», HLS 2015.
412 TA, 24.4.1967; Weltwoche, 24.5.1972.
413 Regierungsrat des Kantons Luzern 2013, 219ff.; Regierungsrat des Kantons Solothurn 2018, 78ff.
414 Seiler, Steigmeier 1998, 211.
415 Rote Revue, 36/1957, 4 und 118 (Online-Quelle).
416 StAAG, Archiv der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Aargau, NL.A-0295.11.1, Protokolle der ordentlichen und ausserordentlichen Parteitage, Parteitag vom 9.11.1952.
417 StAAG, Archiv der Christdemokratischen Partei CVP des Kantons Aargau, ZwA 1995.0103/0129, Protokoll vom 13.12.1947, Protokoll vom 9.11.1955.
418 NZZ, 27.1.1969; TA, 17.2.1969.
419 NZZ, 16.3.1965.
420 Gespräch mit Theo Fischer, 2019.
421 Imboden 1964; Tanner 2015, 354f.
422 NZZ, 18.12.1968; Neue Zürcher Nachrichten, 18.12.1968; Sidler 2013.
423 StAAG, Archiv der Christdemokratischen Partei CVP des Kantons Aargau, ZwA 1995.0103/0134, Protokolle des Kantonalvorstandes, 4.11.1963, 21.6.1967.
424 AT, 5.3.1977.
425 Kriesi 2005, 113.
426 StAAG, Archiv Kurt Kim, NL.A-0285, Kurt Kim bei der FDP Rheinfelden, 2f.
427 Protokoll des Grossen Rates, 17.3.1964, 1475, Votum Louis Lang.
428 AZ, 21.5.2019.
429 NZZ, 27.10.1964.
430 TA, 27.10.1964; Protokoll des Grossen Rates, 17.11.1964, 1774ff.; NZZ, 17.1.1964.
431 Schindler 2019; RR-RB 1968, 79; RR-RB 1969, 4.
432 NZZ, 26.1.1965.
433 StAAG, Archiv der Christdemokratischen Partei CVP des Kantons

Aargau, ZwA 1995. 0103/0134, Brief des Gewerbeverbands an die bürgerlichen Parteien, 10.12.1964.
434 TA, 14.3.1974.
435 Altermatt 1994, 5; Skenderovic 2007.
436 Gespräch mit Raphael Zehnder, 2020.
437 Widmer, 2004, 14.
438 Zur Kantonsschule Baden vgl. Blum 2011, 111–126, zur Neuen Kantonsschule Aarau vgl. Hodler 2014, besonders 139–157.
439 StAAG, Archiv Arbeitgeberverband Aargau, Flugblatt 1973.
440 StAAG, Archiv Arbeitgeberverband, Verbandsmitteilungen 1971, 93f., 1973, 10ff.
441 AZ, 29.11.2016; Gespräch mit Kurt Emmenegger, 2019. Zeugnisse ehemaliger trotzkistischer Aktivistinnen und Aktivisten, darunter auch einige Aargauer, finden sich online; vgl. auch Heinen 2019.
442 Neue Bürger Zeitung, 8.6.1970.
443 Von Wyl, Benjamin: Mein Tal, in: Die Zeit 7/2018 (Online-Quelle); Statistik Aargau 2004, 40.
444 Sozialarchiv Zürich, Archiv James Schwarzenbach, Ar 108.5.3, Republikaner, 1971–1975: Sektionen Aargau, Schwyz, Westschweiz, Einladungsschreiben an 250 Gesinnungsgenossen, Baden, Juni 1971.
445 Meier, Textatelier 2014 (Online-Quelle).
446 Gespräch mit Pirmin Meier, 2020.
447 Bircher 1976, 34.
448 Gespräch mit Ursula Mauch, 2019.
449 AT, 1.5.1976.
450 StAAG, Archiv der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Aargau, NL.A-0295.52.1.2.3.2, Wahlplattform 1973; AT, 19.10.1972.
451 StAAG, Archiv der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Aargau, NL.A-0295.11.1, Protokolle der ordentlichen Parteitage, Rückblick des Fraktionschefs auf die Jahre 1973/74.
452 Gespräch mit Ursula Mauch, 2019.
453 StAAG, Archiv der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Aargau, NL.A-0295.52.1.2.4.1, SP-Wahlplattform 1981, Pt. 4.3.
454 StAAG, Archiv der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Aargau, NL.A-0295.52.1.2.4.7, Wahlplattform 1985, «Umwelt, Verkehr und Energie».
455 Froidevaux, Gysin 2000; Häni 2018.
456 Sozialarchiv Zürich, Archiv der Revolutionären Marxistischen Liga Aargau RML, Ar 648.10.1, «RML-Sektion Aargau – Aufbautext für die nächste RL und erste wichtige Erfahrungen»; «Sozialistische Arbeiterpartei», HLS 2012.
457 Sozialarchiv Zürich, Archiv der Revolutionären Marxistischen Liga Aargau RML, Ar 648.10.1, «Welche kantonale und lokale Politik?», 22.5.1977, 1.
458 Zit. Zehnder 2019 (Online-Quelle).
459 Fischer 2019, 142.
460 Kupper 2003.
461 Ortsbürgergemeinde Kaiseraugst 2007, Bd. 2, 282–288.
462 Häni 2018, 70.
463 Onlinearchiv www.atomfrei.ch.
464 Häni 2018, 68ff.; Saner 2018, 112.
465 Protokoll des Grossen Rates, 8.4.1975, 1464f.
466 Häni 2018, 233ff.
467 Froidevaux, Gysin 2000, 25f.
468 Fischer 2013; vgl. auch Gespräch mit Hans-Peter Widmer, 2020.
469 Saner 2018, 110ff.
470 Häni 2018.
471 Kupper 2003, 274–279.
472 Schmid 2021, 47 und 50f.
473 Schmid 2021, 61f.; «Gertrud Heinzelmann», HLS 2013.
474 Marti, Rufli 2018, 14 und 22ff.
475 Freier Aargauer, 14.6.1965.
476 Gespräch mit Ursula Mauch, 2019.
477 AT, 14.5.1979.
478 Gespräch mit Doris Stump, 2020.
479 Gespräch mit Doris Stump, 2020.
480 Kuhn 2017.
481 StAAG, NL.A-0263/0005/35, 2. Frauenlandsgemeinde auf dem Rügel, 12./13. Juni 1993.
482 Glarner 2017, 13ff.
483 Nachruf, verfasst von Heiner Studer, Privatarchiv Heiner Studer.
484 Glarner 2017, 32f.
485 Amlinger 2017, 278.
486 Regula Frei-Stolba (Aarau), Präsidentin der FDP Frauen, in: FDP Schweiz 1994, 111.
487 AT, 27.11.2000; NZZ, 27.11.2000.
488 Tanner 2015, 489.
489 StAAG, Archiv der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Aargau, NL.A-0295.25.5.1, Jahresbericht der SP-Fraktion im Grossen Rat, 1983.
490 Biberstein, Brändli et al. 1993, 164.
491 Freier Aargauer, 12.3.1985.
492 StAAG, Archiv der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Aargau, NL.-A-0295.22.0.1, zur Frage der Listenverbindung mit den Grünen; StAAG, Archiv der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Aargau, NL.-A-0295.25.6.1, Jahresbericht der SP-Fraktion 1984/85.
493 StAAG, Archiv der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Aargau, NL.A-0295.52.1.2.4.1, SP-Wahlplattform 1981, 5.1.
494 StAAG, Archiv der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Aargau, NL.A-0295.52.1.2.4.7, Wahlplattform 1985, «Umwelt, Verkehr und Energie»
495 Buchbinder, Heinrich, in: NZZ, 10.4.1989.
496 TA, 13.3.1981.
497 Vatter 2002, 195f.
498 Gespräch mit Hans-Peter Widmer, 2020; Bircher 2018, 166f.; Lareida 1996, 4.
499 Gespräch mit Hans-Peter Widmer, 2020; Cassidy, Loser 2015, 30.
500 Vatter 2002, 202.
501 Tanner 2015, 432 und 423.
502 AT, 13.11.1986; vgl. auch Lareida 1989, 6.
503 «Freisinnig-Demokratische Partei», HLS 2017.
504 Lareida 1989, 8.
505 Gespräch mit Willy Loretan, 2020.
506 Gespräch mit Willy Loretan, 2020.
507 NZZ, 24.2.1982.
508 Protokoll des Grossen Rates, 10.1.1984, 1910ff.; Protokoll des Grossen Rates, 16.1.1996, 2806ff.
509 Weil 2017, 30 und 68; vgl. auch für die Umsetzung im Kanton Luzern und Solothurn, Regierungsrat des Kantons Luzern 2011, Bd. 1, 175ff., Regierungsrat des Kantons Solothurn 2018, Bd. 2, 134ff.
510 AT, 5.5.1986.
511 StAAG ZwA 1999.0040, Archiv Kurt Lareida, Ts. «Paukenschlag der freisinnigen Kantonalpartei», 1.3.1989, 6; Lareida 1996, 5.
512 NZZ, 26.1.1966 und 25.2.1966.
513 AT, 26.11.1985.
514 Gespräch mit Hans-Peter Widmer, 2020.
515 AT, 27.6.1983; vgl. auch Heinz Suter, Präsident der Aargauer Handelskammer, in: NZZ, 22.6.1999.
516 SRF, 29.10.2015 (Online-Quelle); AT, 17.10.1987; AZ 29.10.2015.
517 NZZ, 2.7.1988.
518 NZZ, 22.6.1999, Sonderbeilage zum Kanton Aarau, B12.
519 Scholl, Herbert, in: SVP Aargau 2020, 58f.
520 SVP Aargau 2020, 45.
521 Altermatt 2019, 627; NZZ, 8.2.2000; Tanner 2015, 513f.
522 So etwa die Einschätzung vonseiten der SP-Nationalrätin Ursula Mauch, in: TA-Magazin 51/52, 1985, 33.
523 Burkhard 2015, 55.
524 FDP Kaiseraugst, 14.
525 AT, 17.10.1987.
526 Gespräch mit Pirmin Meier, 2020.
527 Schenker 1997, 13f.
528 Meier 2003; CVP Aargau 1992, 40.
529 Lang, Meier 2016.
530 Bircher 2018, 175f.
531 «Julius Binder», HLS 2002.
532 Schweiz am Sonntag, 18.5.2014.
533 Historisches Museum Baden 2018, 31ff.
534 AT, 5.3.1977.
535 Seiler, Steigmeier 1998, 201.
536 NZZ, 16.1.1971.
537 NZZ, 29.11.1982.
538 AT, 11.11.1983.
539 StAAG, Archiv der Christdemokratischen Partei CVP des Kantons Aargau, ZwA 1995.0103/0010: CVP-Programmpunkte, 21.2.1984, 13f., 16; Bircher, Huber, Rennhart (Hg.) 1981, 29f.
540 StAAG, Archiv der Christdemokratischen Partei CVP des Kantons Aargau, ZwA 1995.0103/0019, Wahlzeitung von 1985, 12-Punkte-Programm der CVP Aargau für die Legislaturperiode 1985 bis 1989.
541 StAAG, Archiv der Christdemokratischen Partei CVP des Kantons Aargau, ZwA 1995.0103/0019, CVP, Programmpunkte, 21.2.1984, 13f., 16.
542 AT, 9.5.1977; AV, 12.5.1986 und 28.6.1988; StAAG, Archiv der Christdemokratischen Partei CVP des Kantons Aargau, ZwA 1995.0103/0019, «Neue Wählerschichten».
543 AZ, 24.10.2015.
544 Vatter 2018, 150f.
545 Tanner 2015, 488. Vgl. zur Entwicklung der SVP und der rechten Parteien Jost 2007, Skenderovic 2007, Zürcher 2007.
546 Wicki 2006, 159.
547 SVP Aargau 1990, 59.
548 AT, 26.2.1986.
549 StAAG, Archiv der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Aargau, NL.A-0295.25.6.1, Jahresbericht der SP-Fraktion 1984/85, Anhang: Analyse der Vorstösse der Fraktionen im Grossen Rat zwischen 1965 und 1985.
550 SVP Aargau 1990, 71f.
551 Mörgeli 2017.
552 SVP Aargau 1990, 73.
553 SVP Aargau 2020, 27.
554 Gespräch mit Theo Fischer, 2019.
555 AT, 21.8.1995.
556 SVP Aargau 2020, 42.
557 Kriesi 2005, 113.
558 SVP Aargau 2020, 43.
559 Zit. Herbert Scholl (FDP), in: SVP Aargau 2020, 58f.
560 Jucker 2018, 118f.
561 SVP Aargau 2020, 29.
562 Siegrist 1998, 15f.
563 Radio DRS, Echo der Zeit, 11.8.2004 (Online-Quelle).
564 Freier Aargauer, 17.12.1984.
565 So das Gründungsmitglied, die spätere Grossrätin Kathrin Kuhn, SRF 19.8.2013 (Online-Quelle).
566 Manifest der Grünen Aargau 1984; Gespräch mit Hanspeter Thür, 2020.
567 Sozialarchiv Zürich, Archiv der Revolutionären Marxistischen Liga Aargau RML, Ar 648.10.1: SAP Info Bulletin 13/1983, 17.11.1983.
568 50 Jahre Team 67, 75; Sozialarchiv Zürich, Archiv der Revolutionären Marxistischen Liga Aargau RML, Ar 648.10.1: so auch Antwortschreiben der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) Aargau an die Grünen Aargau 3.3.1987 in Bezug auf eine gemeinsame Nationalratsliste.
569 Vatter 2002, 169.
570 Claude Longchamp in SRF Regionaljournal, 19.8.2013 (Online-Quelle).
571 Grüne Aargau 33/1988, 1–4.
572 Sozialarchiv Zürich, Archiv der Revolutionären Marxistischen Liga, Archiv 61.10.1, RML/SAP Schaffhausen, darin: SAP Baden; Gespräch mit Heinz Emmenegger, 2019; Gespräch

mit Hanspeter Thür, 2020; «Grüne Parteien», HLS 2017.
573 Archiv Hanspeter Thür, Manifest der Grünen Aargau 1984; Volksrecht, 4.3.1986.
574 AT, 14.3.1984; NZZ, 23.9.1987.
575 Rundbrief Grüne Aargau 39/1989, 1.
576 Vatter 2002, 175.
577 Rundbrief Grüne Aargau 1993, 9.
578 Altermatt 1994, 3ff.
579 AZ, 21.3.2015.
580 Altermatt 1994, 138.
581 Altermatt 1994, 145ff.
582 Vatter 2002, 176.
583 NZZ, 13.4.1996 und 20.4.1996.
584 Vgl. beispielsweise Buomberger 2017.
585 Protokoll des Grossen Rates, 13.3.1990, 827.
586 Protokoll des Grossen Rates, 13.3.1990, 829 und 831.
587 Protokoll des Grossen Rates, 13.3.1990, 836f.
588 Rundbrief Grüne Aargau 40/1990, 6.
589 Gespräch mit Hanspeter Thür, 2020.
590 Protokoll des Grossen Rates, 13.3.1990, 845.
591 StAAG, Grosser Rat des Kantons Aargau: Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission PUK zur Klärung der kantonalen Aktivitäten im Rahmen des Staatsschutzes, Oktober 1990, 9.
592 Gespräch mit Heiner Studer, 2019.
593 Grosser Rat 1990 (PUK), 12f.
594 Grosser Rat 1990 (PUK), 19.
595 Grosser Rat 1990 (PUK), 16f.
596 Grosser Rat 1990 (PUK), 11 und 29.
597 AK, 29.3.1990 und 15.11.1990.
598 Grossert Rat 1990 (PUK), 32f.; Gespräch mit Heiner Studer, 2019; Gespräch mit Christine Egerszegi, 2020.
599 Grosser Rat 1990 (PUK), 39f.
600 Gespräch mit Heiner Studer, 2019.
601 Protokoll des Grossen Rates, 13.3.1990, 843.
602 Protokoll des Grossen Rates, 2.6.1992, 3080.
603 AT, 18.9.1985.
604 Weltwoche, 11.9.1985.
605 AT, 14.9.1985.
606 AT, 22.5.1986.
607 Weltwoche, 30.9.1985.
608 Protokoll des Grossen Rates, 17.9.1985, 279; AT, 18.9.1985.
609 BT, 9.1.1985.
610 StAAG, Auszüge aus dem Protokoll des Regierungsrates, 23.12.1985, 2.6.1986 und 7.7.1986, Beilage, Ts. Bericht Heinrich Heuberger, 1.
611 StAAG, Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates, 7.7.1986, Beilage, Ts. Bericht Heinrich Heuberger, 3f.
612 StAAG, Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates, 7.7.1986, Beilage Ts. Bericht Fritz Rohr, 3f.
613 Protokoll des Grossen Rates, 14.1.1986, 601f.
614 Protokoll des Grossen Rates, 19.11.1985, 413f.; DRS aktuell, 7.1.1986.
615 Protokoll des Grossen Rates, 14.1.1986, 582.
616 Protokoll des Grossen Rates, 14.1.1986, 604.
617 AT, 22.5.1986.
618 NZZ, 14.10.1985.
619 Saner 2018, 115ff.
620 DRS aktuell, 17.10.1986; Radio DRS, Echo der Zeit, 13.1.1987.
621 Amlinger 2017, 355.
622 Schmid 2021, 181.
623 Schmid 2021, 104.
624 Protokoll des Grossen Rates, 21.2.1991, 1810f.
625 Protokoll des Grossen Rates, 12.1.1982, 376.
626 Protokoll des Grossen Rates, 22.11.1994, 1493ff.
627 Protokoll des Grossen Rates, 22.11.1994, 1494.
628 Work, 2.3.2018 (Online-Quelle).
629 AZ, 8.8.1998.
630 NZZ, 17.11.1998.
631 BT, 2.12.1992.
632 Regierungsrat Kanton Aargau 1992, 27.
633 BT, 24.9.1992.
634 BT, 28.9.1992.
635 BT, 5.9.1992.
636 BT, 24.11.1992.
637 BT, 20.11.1992.
638 BT, 19.11.1992; NZZ, 15.12.1992; Cassidy, Loser 2015, 77ff.
639 BT, 7.9.1992.
640 So der Aargauer Staatsrechtler und Redaktor der neuen Aargauer Verfassung, Kurt Eichenberger, in: AT, 7.5.1985; NZZ, 22.6.1999.

Von der Milieupresse zum Medienkonzern
Die Aargauer Medienlandschaft im Wandel

641 StAAG, Archiv Kurt Lareida, ZwA 1999.040, Referat vor dem «Arbeiterbildungsausschuss» 19. November 1974, Ts., 1–6.
642 Müller 2002; Beilage 125 Jahre Aargauer Tagblatt: AT, 12.6.1972, 5; «Aargauer Tagblatt», HLS 2016; AZ 2011, 15.
643 StAAG, Archiv Kurt Lareida, ZwA 1999.040, Ts. Ziele und Aufgaben der Redaktion (ca. 1974); Beilage 125 Jahre Aargauer Tagblatt: AT, 12.6.1972, 2.
644 Müller 2002, 127.
645 StAAG, Archiv Kurt Lareida, ZwA 1999.040, Widmer, Hanspeter: «Im Spannungsfeld von Politik und Journalismus», 3.5.1991, Referat anlässlich der Generalversammlung des Aargauer Tagblatts.
646 Der ehemalige Redaktor des *Badener Tagblatts*, Werner Bucher (1938–2019), veröffentlichte im Aarauer Sauerländer-Verlag dazu 1978 gar einen Schlüsselroman («Die Wand»), der die Geschehnisse auf der Redaktion verarbeitet.
647 Gespräch mit Kurt Emmenegger, 2019.
648 BT, 4.12.1992.
649 Müller, Fred: «Aargau. Ein Kanton vollzieht die neokonservative Wende», in: TA-Magazin 51/52, 1985, 30–35, hier 33.
650 Porträt von Peter Wanner, in: TA-Magazin 2, 1998: «An sich ist der Aargauer ja ein lustiger – Sondernummer über einen sonderbaren Kanton».
651 Seiler, Steigmeier 1998, 195.
652 «Ringier», HLS 2010.
653 Meier, Häussler 2011, Bd. 2, 611.
654 Meier, Häussler 2011, Bd. 1, 17.
655 Beilage 125 Jahre Aargauer Tagblatt: AT, 12.6.1972, 2; vgl. auch Müller 2002, 608.
656 Vgl. Müller 2002, 324ff.; AZ, 27.2.1999.
657 Zum *Brugger Tagblatt* als Feindbild der Katholiken, vgl. Baldinger Fuchs, Baumann et al. 2016, 106f.
658 Gespräch mit Hans-Peter Widmer, 2020.
659 AZ 2011, 15 (Online-Quelle).
660 Müller 2002, 437f.; AV, 9.4.1984.
661 Herzog 2012, 199ff.
662 SRF, 16.3.2017 (Online-Quelle).
663 AZ, 27.10.1999.
664 Heiden, Schwab Cammarano 2011, 64.
665 Ehinger 1997, 119.
666 Ehinger 1997, 124f.
667 Protokoll des Verwaltungsrates der Zofinger Tagblatt AG, 16.2.1967, in: Ehinger 1997, 119/136.
668 Ehinger 1997, 119f.
669 Ehinger 1997, 137.
670 Müller 2002, 302ff.
671 Ehinger 1997, 142ff.
672 Bürgin 1939, Tabelle nach 116; Jäger 1967, 28.
673 Müller 2002, 216f.
674 Für das Folgende: Bircher 1976; Müller 2002, 171–243.
675 Müller 2002, 171ff.
676 Bircher 1976, 11f.; Müller 2002, 222ff.
677 So der Beobachter-Redaktor und Aargauer CVP-Politiker Josef Rennhard im Aargauer Volksblatt, 9.4.1984.
678 Trouvaille «Eine etwas andere Festschrift auf den Aargau. Im ‹Bürgerbuch› von 1978 geblättert», Website Zeitgeschichte Aargau (Online-Quelle).
679 Müller 2002, 239f.
680 Zit. Müller 2002, 243.
681 Müller 2002, 244f.
682 Bärlocher 1953, 213/218f.
683 Steigmeier 1994, 22–41, hier 32f.
684 Otmar Hersche, zit. Künzler 2013, 212. Hersche wurde später Direktor von Radio DRS.
685 StAAG, Archiv der Christdemokratischen Partei CVP des Kantons Aargau, ZwA 1995.0103/0134, Protokoll Kantonalvorstand 21.11.1968.
686 Steigmeier 1994, 39.
687 Wie etwa im Kanton Solothurn; der Entwurf des Mediengesetzes scheiterte aber bereits vor der parlamentarischen Debatte. Regierungsrat Kanton Solothurn (Hg.) 2018, 239.
688 Protokoll des Grossen Rates, 26.9.1989, 397ff.
689 AZ 2016, 20.
690 AZ 2016, 7.
691 Auskunft von Christoph Bopp, 2020.
692 AZ 2016, 12.
693 Auskunft von Christoph Bopp, 2020.
694 Auskunft von Christoph Bopp, 2020.
695 NZZ, 11.9.1997.
696 NZZ, 23.10.2013.
697 Bundesamt für Kommunikation 2012, 57–60.
698 Protokoll des Grossen Rates, 20.12.1972, 2725, 2765f.
699 So der spätere Redaktionsleiter Andreas Capaul, in: AZ, 30.8.2014 (Online-Quelle).
700 Meier 1998; Gespräch mit Regine Roth-Gloor, 2020.
701 NZZ, 10.4.1989.
702 Vgl. Ehinger 2020, 101ff.
703 TA-Magazin 51/52, 1985, 34; StAAG, Archiv Kurt Lareida, ZwA 1999.040, Widmer, Hanspeter: «Im Spannungsfeld von Politik und Journalismus», 3.5.1991, Referat anlässlich der Generalversammlung des *Aargauer Tagblatts*.
704 Künzler 2013, 90ff.
705 Streif 2010, 65–75, hier 65f.
706 Streif 2010, 74.
707 NZZ, 10.4.1989; AZ, 3.7.2014.
708 25 Jahre Tele M1, 7.1.2020 (Online-Quelle).
709 So Medienprofessor Kurt Imhof, in: AZ 2011, 30; NZZ, 16.9.2010.
710 Kolb, Schwotzer 2011, 56f.; AZ, 8.1.2010, 3.7.2014, 8.1.2015 (Online-Quellen).
711 Müller 2002, 369; Gespräch mit Hans Baumann, 2020.

Wirtschaft

Vom Aargauer Mischbetrieb zum spezialisierten Grosshof
Deagrarisierung nach 1950

1 Moser 2012, 619f.
2 Schweizerischer Bauernverband 1964.
3 Moser 2012, 619f.
4 Hobsbawm 1995, 365.
5 Bundesblatt 12.10.1951, 129–163.
6 Brugger 1990.
7 StAAG R05.4328.1220–1230, Akten des Aargauischen Regierungsrates, Vollzug des Landwirtschaftsgesetzes.
8 Keller, Landwirtschaft 1979, 105–109.
9 StAAG DL02/0197, Akten der Landwirtschaftsdirektion.
10 Heliosport 2001, 3f.
11 BAH 1955, 10f.; 1956, 10; 1957, 153.
12 StAAG DL02/0363, Akten der Landwirtschaftsdirektion.
13 StAAG DL02/0363, Beschluss-Protokoll der Sitzung vom 21. Januar 1957.
14 StAAG DL02/0363, Schreiben des Christlichen Landarbeiterbundes des Kantons Aargau vom 26. Dezember 1956 an die Landwirtschaftsdirektion des Kantons Aargau.
15 StAAG DL02/0363, Schreiben des Christlichen Landarbeiterbundes des Kantons Aargau vom 26. Dezember 1956 an die Landwirtschaftsdirektion des Kantons Aargau.
16 Müri 1988, 206–212.
17 Schmid 1984, 26–28.
18 Moser 2012, 575.
19 Müri 1988, 206–212.
20 Müller 2007, 7–11.
21 Gemperle 1998.
22 Hersche 2013, 103–105.
23 StAAG NL.A-0313/0001, Protokollbücher und Akten der Landwirtschaftlichen Genossenschaft Suhrental (1892–2004).
24 Brugger 1948, 9.
25 Z. B. Schär 1997, 23–25.
26 Brunner 1988, 220–226.
27 Sommerauer 1951, 123–126.
28 Brunner 1988, 220–226.
29 Z. B. Steiner 1978, 469f.
30 StAAG NL.A-0302/0008/11, Nachlass Albin Danioth (1936–1994): Landwirtschaftliche Siedlungen im Aargau.
31 Furter 2013, 57f.
32 Zehnder, Entscheidungsmechanismen 2010, 94–96.
33 Zehnder, Wahl 2011, 115–140.
34 Oeschger 1979, 58–60.
35 Schweizer Illustrierte, 11.4.1988.
36 Wacker-Erismann 2010, 15.
37 StAAG NL.A-0313/0001, Protokollbücher und Akten der Landwirtschaftlichen Genossenschaft Suhrental (1892–2004).
38 Keller 2010, 113–120.
39 StAAG R06.1971–1989/1980/1325, Protokoll des Regierungsrates des Kantons Aargau vom 7. Juli 1980.
40 Protokoll des Grossen Rats des Kantons Aargau vom 17. Juni 1980 (1737).
41 Protokoll des Grossen Rats des Kantons Aargau vom 1. Juli 1980 (1771).
42 Kull-Märki 2008, 103–112.
43 Limmatwelle, 3.8.1998.
44 Gespräch mit Herbert Würsch, 2019.
45 Hersche 2013, 350f.
46 Moser 2014, 207–216.
47 Bosshard-Kälin 2014, 219–222.
48 Keller, Ausbildung 1979, 91–94.
49 Reist 1979, 88–91.
50 Güdemann 2018, 25.
51 Suter-Kaufmann 1987.
52 Suter-Kaufmann 1987.
53 Dyttrich 2019, 15–17.
54 Website Mooshof Lenzburg (Online-Quelle), 2020.
55 Reist 1979, 88–91.
56 Ineichen 1988, 84–86.
57 Dyttrich 2019, 15–17.
58 Meer 2019, 8–10.
59 Moser 2012, 575.
60 Furter 2013, 53.
61 Moser 2007, 186–195.
62 Rüssli 2008, 114f.
63 Schwarz 1979, 66–71.
64 Jäggi 1988, 214–219.
65 Keller 1988, 232–236.
66 Meier 1987.
67 Frey 1988, 88–90.
68 Moser 2012, 590.
69 Moser 2012, 618f.
70 Moser 2012, 618f.
71 Moser 2012, 619.
72 Moser 2012, 619.
73 Steiner 2010, 11.
74 Gespräch mit Ruedi Weber, 2020.
75 Schweizer Bauer, 25.4.2013.
76 AZ, 5. und 12.6.2012.
77 Schweizer Bauer, 2.6.2012.
78 AZ, 27.9.2018.
79 Hardegger 2019, 16; Hardegger 2020, 9.
80 Gespräch mit Josef Wüest, 2020.
81 Gespräch mit Ralf Bucher, 2020.
82 Kempfer 2004, 187–192; Wacker-Erismann 2010, 15.
83 Brugger 1948, 9.
84 Tschopp 1961, 150.
85 Gespräch mit Ruedi Weber, 2020.
86 Gespräch mit Marlen Würsch-Voser, 2019.
87 Gespräch mit Ralf Bucher, 2020.
88 Bertschi 1999.
89 Statistisches Jahrbuch des Kantons Aargau 2019, 12 und 98.
90 Gespräch mit Marcel Murri, 2020.
91 Studer 1979, 199–204.
92 Statistisches Jahrbuch des Kantons Aargau 2019, 104.
93 Website BVU Aargau Auenschutzpark (Online-Quelle), 2020.
94 Wullschleger 1997, 538.
95 Wullschleger 1997, 456.
96 Wullschleger 1997, 456.
97 Mitteilungsblatt der Gemeinde Leibstadt vom Oktober 2013; Garcia 2020, 26.
98 Website Ruedersäge Firmengeschichte (Online-Quelle), 2020.
99 Auskunft von Leo Erne, 2019.
100 Wullschleger 1997, 456.
101 Wullschleger 1997, 457.
102 Wullschleger 1997, 457.
103 Wullschleger 1997, 580–585.
104 Wullschleger 1997, 585.
105 Gespräch mit Marcel Murri, 2020.
106 Küng 2019, 30.
107 Wullschleger 1997, 591.
108 Märki 1988, 140–150.
109 Waltenspül 1986, 46f.
110 Moser 2010, 12–15.
111 Moser 2010, 28–31.
112 Website Archiv für Agrargeschichte, Personenregister (Online-Quelle), 2018.
113 Moser 2010, 34–37.
114 Swissgenetics 2010, 32f. und 38f.
115 Märki 1988, 140–150.
116 Schweizer Bauer, 25.2.2016.
117 Zehnder, Gemüsebau 2011b, 119–128; Gespräch mit Ralf Bucher, 2020.
118 Oeschger 1988, 160–164.
119 Statistisches Jahrbuch des Kantons Aargau 2019, 96.
120 Oeschger 1988, 162.
121 Ammann 1945, 24.
122 Nussberger 1966, 36f.
123 Oeschger 1988, 162.
124 Zemp 1988, 155–159.
125 Stenz 2008, 33–39.
126 Zehnder, Schweinesuppe 2009, 122–125.
127 Remund 1979, 20–28.
128 Moser 2003, 49–53.
129 Gespräch mit Ralf Bucher, 2020.
130 Bächi 2020.
131 Gespräch mit Ruedi Weber, 2020.
132 Knellwolf 2020, 18.
133 Auskünfte von Albert Lehmann 11.6.2013 und 29.6.2020.
134 Näf 1975, 138.
135 Näf 1985, 2f.
136 Näf 1975, 138.
137 Müller 1977, 10.
138 Näf 1975, 138.
139 Schrag 1993, 3.
140 Altwegg 2018, 134.
141 Näf 1979, 36.
142 Wetzel 2003, 164–173.
143 Agridea 2014, 40.
144 Altwegg 2018, 134.
145 Altwegg 1980, 210–212.
146 Schrag 1993, 4.
147 Altwegg 1980, 194.
148 Beratungszentrum Liebegg: Faktenblatt Weinbau, Ausgabe vom Juli 2019.
149 Gespräch mit Andres Altwegg, 2020.
150 Peter 1979, 40–43.
151 Hero 1986.
152 Beratungszentrum Liebegg: Faktenblatt Gemüsebau, Ausgabe vom Januar 2019.
153 Zehnder, Gemüsebau 2011, 119–128.
154 Furter 2013, 135f.
155 Rauchenstein 1988, 194–198.
156 Beratungszentrum Liebegg: Faktenblatt Gemüsebau, Ausgabe vom Januar 2019.
157 Beratungszentrum Liebegg: Faktenblatt Beeren, Ausgabe vom Juni 2019.
158 Peter 1979, 40–43.
159 Rauchenstein 1988, 194–198.
160 Schmid 1979, 29–34.
161 Schmid 1979, 29.
162 Schmid 1979, 33.
163 Auderset 2016, 152–159.
164 Gespräch mit Angela und Lorenz Humbel, 2020.
165 Bürgi 2016, 254–266.
166 Baeschlin 1988, 187–193.
167 Beratungszentrum Liebegg: Faktenblatt Obstbau, Ausgabe vom September 2019.

Industrie: das wirtschaftliche Rückgrat des Kantons
Wachstum und Wohlstand «made in Aargau»

168 Bezirkschronik Lenzburg-Kulm 1947, 27.
169 Bezirkschronik Lenzburg-Kulm 1947, 21, 27.
170 Bezirkschronik Brugg 1948, 17, 43.
171 Bezirkschronik Baden 1947, 16, 19, 32.
172 Tschopp 1961, 150.
173 Bezirkschronik Freiamt 1946, 71. Präzisierung: Die Schuhfabrik Bally gehörte zur Gemeinde Villmergen, liegt aber angrenzend an Dottikon.
174 Bezirkschronik Freiamt 1946, 86.
175 Hirt 2020, 66–70.
176 Tschopp 1962, 213–220.
177 Tschopp 1962, 201f., 206, 222–226 (Zitat); SRF, «Antenne», 4.3.1966: «Rietheim bedroht».
178 AAV 1945, 4, 17.
179 BAH 1945, 16.
180 BAH 1946, 76.
181 BAH 1945, 56–58, 67, 71–76.
182 BAH 1945, 82, 89, 98, 100, 108; Catrina 1991, 79.
183 BAH 1946, 13f., 73f.
184 BAH 1946, 15f.; BAH 1947, 46 (Zitat).
185 BAH 1946, 17.
186 AAV 1947, 18, 35.
187 AAV 1947, 47 (Bau- und Holzarbeiter), 75 (Dottikon); AAV 1948, 45, 47 (Schreinergewerbe mit Streik in Aarburg, Zofingen, Aarau, Lenzburg, Wynental, Baden), 71 (Aarburg), 81–83 (Dottikon).

188 Boillat 2006, 216, 236–238; Lüthi, Ros et al. 1999, 253–256.
189 AAV 1947, 44f.
190 Boillat 2006, 217.
191 BAH 1946, 11 (Zitat)
192 BAH 1947, 5f.
193 BAH 1948, 5–7.
194 BAH 1949, 106.
195 BAH 1948, 8.
196 BAH 1949, 8, 117f. (Zitat), 129 (Zitat).
197 BAH 1949, 5.
198 Fremdarbeiter gemäss RR-RB, 1946: 5033, 1947: 2844, 1948: 3477, 1949: 1764, 1950: 1232, 1951: 9377. Rund 50 000 Personen wurden schweizweit zurückgeschickt; Boillat 2006, 229.
199 BAH 1950, 5, 90, 98, 109.
200 RR-RB 1950, 38; BAH 1950, 110, 150.
201 Regierungsrat des Kantos Solothurn 2018, 122.
202 «Freihandel», HLS 2014; BAH 1959, 149f.
203 BAH 1958, 7–10, 84; BAH 1959, 83.
204 BAH 1958, 51; BAH 1959, 49; BAH 1964, 61.
205 BAH 1959, 148f.
206 BAH 1967, 19: Die Kennedy-Runde war abgeschlossen, die EWG-Zollunion mit neuen Tarifen trat am 30. Juni 1968 in Kraft. Rund vierzig Prozent aller Ausfuhren gingen in den EWG-Raum und sechzig Prozent der Einfuhren kamen aus ihm.
207 BAH 1955, 5f., 60.
208 BAH 1959, 86, 51.
209 BAH 1960, 5.
210 BAH 1954, 6–8.
211 Straumann 2001, 406.
212 BAH 1954, 33; BAH 1955, 42; BAH 1957, 45.
213 BAH 1959, 33.
214 BAH 1960, 51.
215 BAH 1959, 83.
216 BAH 1955, 92: erster Trax der Baufirma Knecht 1952, bei Häfeli-Brügger 1956.
217 BAH 1959, 91.
218 Website zeitraumaargau.ch, Film 1967: BBC-Einfamilienhaussiedlung (die Siedlung steht in Gebenstorf an der Jurastrasse).
219 AAV 1968, 16; Website zeitraumaargau.ch, Film 1965: griffbereites Bauen, Veltheim.
220 RR-RB 1965, 42f.: Ausländeranteil total: 43 197, davon Baubranche 11 736, Metall- und Elektroindustrie 13 976, Textilberufe 4267, Landwirtschaft 964, Gastgewerbe 2061.
221 Bezirkschronik Freiamt 1946, 57f.
222 BAH 1954, 6; BAH 1961, 74; BAH 1962, 83; BAH 1964, 76; BAH 1967, 85; Kuhn, Wohler et al. 1991, 86, 182.
223 BAH 1971, 40.
224 Kuhn, Wohler et al. 1991, 69f.; BAH 1970, 106–108; BAH 1971, 40.
225 BAH 1974, 11f.; Kuhn, Wohler et al. 1991, 124; Website Geflechtfabrik Tressa AG (Online-Quelle).
226 Aufzählung aller Branchen BAH 1950, 124–141; BAH 1967, 76: grösste Zahl der Schweizer Baumwollbandfabriken im Aargau und angrenzend; Lüthi, Ros et al. 1999, 264: Anteil der Bleiche AG, Zofingen, am gesamtschweizerischen Produktionsumsatz bei Wollwebwaren: dreissig Prozent.
227 Betriebszählungen fassen Strohgeflechtindustrie und Textilindustrie zusammen. Liste mit Unterscheidung der Aargauer Textilbranchen: BAH 1965, 128.
228 BAH 1951, 146f.: Die Textilindustrie sah sich als «Stiefkind» behandelt und forderte Zollschutz für die eigene Nylonproduktion.
229 BAH 1955, 68.
230 BAH 1959, 7f.
231 BAH 1967, 33: Die Kennedy-Runde führte zu Zollsenkungen der Schweizer Exporte zwischen dreissig und vierzig Prozent. «Bevorzugt sind in unserem Lande vor allem die Maschinen-, die Chemische und die Uhrenindustrie sowie die Käsefabrikation. Auf dem Textilsektor kein so durchschlagender Erfolg erzielt.»
232 BAH 1964, 66.
233 Lüthi, Ros et al. 1999, 280–284; Gespräch mit Robert Hochuli, 2020.
234 Gespräch mit Robert Hochuli, 2020.
235 BAH 1964, 73.
236 BAH 1972, 34.
237 BAH 1974, 11.
238 Gespräch mit Robert Hochuli, 2020.
239 Gespräch mit Robert Hochuli, 2020.
240 Website Bandfabrik Huber, Oberkulm: Schmalgewebe für die Industrie (Online-Quelle); Zimmerli, Aarburg: Unterwäscheproduktion im Tessin; Triumph, Zurzach: weltweite Tochterunternehmen.
241 Website Jakob Härdi, Oberentfelden: Vlies (Online-Quelle); Website Bandweberei Kuny, Küttigen: Geschenkbänder (Online-Quelle); Website Wernli, Rothrist: Verbandstoffe (Online-Quelle).
242 Website Johann Müller AG, Strengelbach (Online-Quelle).
243 Generell zur Holzindustrie im Aargau: Schneider 2020; Steigmeier 1990.
244 Schneider 2020, 209–220.
245 Schneider 2020, 284.
246 Schweizerische Handelszeitung, 2.9.1977.
247 Schneider 2020, 247–249.
248 Schneider 2020, 194–199.
249 Statistisches Amt Aargau, Betriebszählungen 1985, 1995.
250 Schneider 2020, 139. Die Firma Oberle & Hauss AG, Döttingen, sprach von einer «alarmierenden» Entwicklung durch die Ostblockländer.
251 BAH 1954, 37; BAH 1957, 35; BAH 1958, 35; BAH 1964, 62.
252 BAH 1966, 35.
253 Die Hero-Familie 1965: Conservenfabrik Frauenfeld 1906, Fleischwarenfabrik Lenzburg 1917, Conservenfabrik Seetal in Seon 1927, Conservenfabrik Hallau 1932.
254 BAH 1954, 33; BAH 1955, 32; BAH 1963, 41; BAH 1964, 38.
255 BAH 1953, 30.
256 Tanner, Studer 2012, 651.
257 Die Hero-Familie 1965, Rückseite; BAH 1968, 25.
258 Rieder, Minder 2001, 27.
259 BAH 1964, 44; BAH 1961, 41: Bierverkauf Wirtschaften 81 %, Detailhandel 19 %; BAH 1966, 38: Detailhandel 25 %.
260 BAH 1970, 23; BAH 1971, 27; BAH 1972, 25f.; BAH 1973, 9; Wiesmann 2001, 258.
261 Wiesmann 2001, 243, 258.
262 Regionaljournal Aargau-Solothurn, 14.4.2020: «Mini-Brauer gehen in die Offensive».
263 Wartmann, Firmenbroschüre 1977, 61–63.
264 BAH 1967, 53f.: Strukturveränderung, da weniger Wasserkraftwerke gebaut wurden, zunehmend Kunststoff verwendet wurde oder auch Schweisskonstruktionen den Stahlguss ablösten.
265 Datenbank industriekultur.ch.
266 Bezirkschronik Zofingen 1967, 97: Bauknecht, ab 1952 in Hallwil; AAV 1957, 91: Carl Hirt, Waschmaschinenfabrik in Zofingen; Bezirkschronik Lenzburg 1967: Firma Rymann AG, Hunzenschwil, Wäschetrockner Zeruth-Hurrikan; Bezirkschronik Aarau 1967, 9: Firma Bettenmann AG; BAH 1962, 66f.: Hämmerli Jagd- und Sportwaffenfabrik, Abteilung Apparatebau für Geschirrwaschmaschinen aus Kunststoff und Aluminium; Website Firma Huwa, seit 1956 in Gontenschwil (Online-Quelle).
267 BAH 1961, 48; BAH 1966, 47.
268 BAH 1970, 32.
269 Seiler, Steigmeier 1998, 173.
270 Starčević 2004, 76.
271 NZZ, 21.3.1971.
272 Seiler, Steigmeier, 1998, 177.
273 Wildi 1998, 25.
274 BAH 1950, 115.
275 BAH 1971, 10.
276 Tschopp 1962, 247.
277 SWA, HI4: St. Galler Tagblatt, 10.11.1960.
278 Tschopp, 1962, 249; Seiler, Steigmeier 1998, 177.
279 SWA, HI4: Basler Nachrichten, 8.8.1961. Baupreis für das erschlossene Bauland: 25 Franken pro Quadratmeter.
280 SWA, HI4: Basler Nachrichten, 22.3.1962.
281 Meier, Sauerländer 2003, 116.
282 «Möbel Pfister», HLS 2009.
283 Tschopp 1962, 248.
284 SWA, HI4: Basler Nachrichten, 27.12.1961.
285 Tschopp 1962, 216, 224, 226; SWA, HI4: z. B. Basler Nachrichten, 22.3.1962.
286 SWA, HI4: Basler Nachrichten, 22.3.1962, Der Bund, 29.7.1963.
287 BAH 1956, 78; BAH 1957, 84; BAH 1958, 79f.; BAH 1959. 1957: Lithografen, 44 Std.; 1958: Biskuitfabrikarbeiter, 44 Std., Buchbinder, 45 Std.; 1959: Bierbrauer, 46 Std.
288 AAV 1955, 30f.
289 AAV 1959, 74.
290 RR-RB 1954, 9f.
291 «Ferien», HLS 2015.
292 RR-RB 1952, 6: Gesetz über die Abänderung des aargauischen Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die berufliche Ausbildung vom 5. Februar 1952.
293 Boillat 2006, 223.
294 AAV 1965, 63, 94.
295 AAV 1966, 36.
296 RR-RB 1976, 155; RR-RB 1981, 242; RR-RB 1977, 167; RR-RB 1984, 243; RR-RB 1985, 143; RR-RB 1988, 123.
297 AAV 1946, 88; AAV 1947, 48.
298 Boillat 2006, 230f.; Gespräch mit Kurt Emmenegger, 2019.
299 AAV 1968, 65; AAV 1971, 76.
300 NZZ, 21.3.1971: Zschokke-Wartmann nannte die Arbeiter «Werkangestellte»; Schweizerische Bauzeitung 1971, 1318.
301 AAV 1973, 53.
302 Studer 2001, 79f.
303 BAH 1954, 154.
304 Betriebszählungen 1939, 1955, 1965.
305 AAV 1951, 120.
306 StAAG, DIA04/0265/09: Zeitungsausschnitt, AT, 27.12.1975.
307 Betriebszählung 1965.
308 BAH 1970, 38.
309 BAH 1969, 100.
310
311 AAV 1946, 73; AAV 1947, 55; AAV 1971, 58–60.
312 AAV 1958, 35.
313 BAH 1950, 60–62 und BAH 1960, 120–124: Statistik «Der berufliche Nachwuchs».
314 AAV 1958, 52f.; BAH 1967, 138: Neue Männerberufe im Zusammenhang mit der Mechanisierung in der Textilindustrie: Geflechtmaschineneinrichter, Maschinenwirker, Webereimaschinen-Vorrichter, Spinnereimechaniker.
315 AAV 1958, 35.
316 AAV 1967, 28f.
317 BAH 1960, 120–124; BAH 1967, 137–143. Nach 1967 wurden die

Frauenberufsbezeichnungen mit denjenigen der Männer verschmolzen.
318 AAV 1969, 10.
319 AAV 1956, 15, 82.
320 Seiler, Steigmeier 1998, 174.
321 Boillat 2006, 230.
322 BAH 1963, 171.
323 BAH 1967, 92, 73.
324 BAH 1968, 34.
325 BAH 1965, 197; BAH 1967, 5; BAH 1968, 5; BAH 1969, 5–7.

Grosser Energiehunger
Der Ausbau vom Strom- zum Atomkanton

326 BAH 1945, 1–13, 60 (Zitat).
327 BAH 1945, 98, 106, 112.
328 BAH 1945, 67; Oehler 1956, 39: Elektro-Hubstapler im Produktionsprogramm.
329 AAV 1948, 74.
330 Bundesamt 1981, 38–42.
331 25 Jahre Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg 1982, 13–26: Ab 1947 Studiensyndikat Mauvoisin, Walliser Val de Bagnes, nach 1949 Calancasca AG, Misox.
332 25 Jahre Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg 1982, 17.
333 25 Jahre Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg 1982, 15, 19–21; SWA, ERW.G/G&I/Bi 508: Zeitungsausschnitte 1956–1970; NOK-Chronik 1899–2014 (Online-Quelle).
334 Kernfachleute 1992, 162.
335 Wildi 2003, 109; Seiler, Steigmeier 1998, 153. Calder Hall war ein Atomkraftwerk der 50-Megawatt-Klasse.
336 Kernfachleute 1992, 27.
337 Wildi 2003, 10.
338 Wildi 2003, 63. Bereits 1954 wurden für Boveri 60 000 Quadratmeter Land in Würenlingen für die zukünftige Reaktor AG erworben.
339 SWA, Reaktor AG: Rede Walter Boveri, 1.3.1955. 135 Firmen finanzierten den schweizerischen Kernreaktor, es waren dies 64 Firmen aus der Industrie, 16 aus der Gruppe «Banken, Finanzgesellschaften und Handel», 30 Versicherungsgesellschaften und 41 Elektrizitätsgesellschaften.
340 Schweizer Gesellschaft der Kernfachleute 1992, 45, 47–55; Wildi 2003, 71.
341 Wildi 2003, 10.
342 «Physik», HLS 2011; «Paul Scherrer», HLS 2012.
343 Siehe zeitgeschichte-aargau.ch: Film «50 Jahre Kernkraftwerk Beznau».
344 SWA, Beznau: NZZ 1965. Von den in der Schweiz rund 22,5 Milliarden hydraulisch produzierten Kilowattstunden verbrauchte das Land 1964 21,7 Milliarden.
345 Wildi 2003, 203–206; Kupper 2003, 47.
346 SWA, Beznau: NZZ 1965.
347 SWA, Beznau: NZZ 1965.
348 SWA, Beznau: NZZ 1965.
349 SWA, Beznau: NZZ 1967, Die Tat, 4.3.1968. Das Speicherwerk Sarganserland wurde umgebaut zu einem «kombinierten Speicher-Pumpspeicher-Spitzenkraftwerk» für eine Jahresnutzung von 525 Millionen Kilowattstunden.
350 Kupper 2003, 18, 34, 42, 54–65.
351 Kupper 2003, 85–103, 159.
352 Kupper 2003, 274.
353 SWA, Leibstadt: National-Zeitung Basel, 8.12.1972, Thurgauer Zeitung, 26.11.1980.
354 SWA, Leibstadt: Basler Nachrichten, 4.2.1976.
355 Fischer 2019, 218.
356 Admin: Energiestrategie UVEK (Online-Quelle).
357 Kernfachleute 1992, 26; Scherrer 1945; Wildi 2003, 31.
358 Buser 1988, 46f.; Fischer 2019, 279.
359 SWA, EIR: Volksrecht, 18.3.1958 (Zitat).
360 SWA, NOK: NZZ, 3.5.1968.
361 EKRA 2000 (Online-Quelle); NZZ, 11.11.2019; Buser 2019, 108; SWA, X XII 11: BBC-Broschüre 1978, «Weichenstellen. Ein Beitrag für ein besseres Verständnis des Energieproblems»: Jährlich ging ein Eisenbahnzug nach England.
362 Buser 1988, 55f.; Lüthi 1980, 13f.; Fischer 2019, 284.
363 Nagra 1981, Beilage 3; Buser 2017, 27.
364 SWA, Leibstadt: National-Zeitung Basel, 19.11.1973.
365 Website Nagra: Geschichte (Online-Quelle).
366 Website Bundeskanzlei (Online-Quelle); Fischer 2019, 293.
367 Fischer 2019, 293.
368 Buser 1988, 66f.; Buser 2019, 199f.
369 Vögtli 2003, 219–222: Im Aargau waren sieben Bohrstandorte vorgesehen: Birrhard, Böttstein Hornussen, Kaisten, Leuggern, Schafisheim, Riniken. Heftiger Protest kam aus dem Fricktal.
370 Website ENSI, Zwischenlagerung (Online-Quelle).
371 Bundesamt für Energie 2008; Website Bundesamt für Energie, Sachplan Tiefenlager (Online-Quelle).
372 Fischer 2019, 378.

Von der Industrie- zur Informationsgesellschaft
Wirtschaft und Beschäftigung nach 1970

373 BAH 1964, 5, 27.
374 BAH 1970, 30.
375 BAH 1971, 33.
376 BAH 1970, 51.
377 StAAG, DIA04/02, NZZ 1972.
378 AAV 1974, 37; AAV 1972: 215 Betriebsschliessungen, 167 neue Betriebe.
379 StAAG, DIA04/0266/01: NZZ, 18.3.1973, AZ, 7.4.1972.
380 StAAG, DIA04/0266/02: Betriebsumstellung Amag, März 1972.
381 BAH 1971, 6f.
382 BAH 1971, 40.
383 BAH 1971, 30f.
384 Müller, Woitek 2012, 157f.
385 Müller, Woitek 2012, 157, 173.
386 BAH 1973, 15.
387 Seiler, Steigmeier 1998, 186.
388 Müller, Woitek 2012, 161.
389 Wassmer 1977, 21: Einstellung der Fabrikation in Holderbank. Die Aargauer Werke produzierten 1976 rund ein Drittel des Schweizer Bedarfs.
390 Website Holderbank, Geschichte (Online-Quelle).
391 BAH 1973, 14; BAH 1974, 14.
392 Müller, Woitek 2012, 171.
393 StAAG, DIA04/0262: Bericht «Die Wirtschaft am Jahresende 1976»; RR-RB 1975, 4f.
394 Seiler, Steigmeier 1998, 186: 20 % der 80 000 Niedergelassenen und 80 % der 11 000 Saisonniers.
395 BAH 1973 und 1974: Berichte der jeweiligen Branchen; StAAG, DIA04/0262: Bericht «Die Wirtschaft am Jahresende 1976».
396 StAAG, DIA04/0265/01: Bericht Beauftragter für Finanz- und Wirtschaftsfragen, Daten und Kommentare zur gesamtwirtschaftlichen Lage der Schweiz und des Kantons Aargau, Stand: September 1978.
397 StAAG, DIA04/0252/02: Büchlein «Arbeitslos. Eine Orientierungshilfe für die Beratung Arbeitsloser», 1976.
398 StAAG, DIA04/0262/01: Bericht, 9.6.1976.
399 Seiler, Steigmeier 1998, 188.
400 AAV 1968, 81: P. Kläsi, Bally-Personalchef, untersuchte die Auswirkungen des Personalwechsels.
401 StAAG, DIA04/0262/02: Bericht, 2.11.1975.
402 StAAG, DIA04/0261/01: Bericht, 7.8.1978, DIA04/0265/07: Bericht, 18.4.1978.
403 AIHK Mitteilungen 1982, 49.
404 BAH 1973, 17.
405 Egger 2014, 10.
406 BAH 1959, 50.
407 Egger 2014, 11.
408 Furter 2018, 66f., 90f.; Gespräch mit Marianne Wildi, 2019.
409 AAV 1967, 106.
410 BAH 1971, 52; Furter 2018, 77.
411 Egger 2014, 11–13.
412 Egger 2014, 234.
413 Egger 2014, 233; Weiss 2009, 126: In der Schweiz standen 1990 bereits 807 000 Computer im Einsatz.
414 Website Aargauischer Computerclub Brugg, Jubiläumsbroschüre 10 Jahre ACCB, 1995 (Online-Quelle).
415 Nef, Wildi 2009, 48.
416 Gros 2020, 85–98; Nef, Wildi 2009, 45, 57.
417 AAV 1970, 22f., 23 (Zitat).
418 BAH 1971, 10 (Einführung).
419 AAV 1970, 22. Weitere statistische Veränderungen stellte der Arbeitgeberverband fest: Der Trend zum dritten Sektor sei stärker, denn die neue Konzeption der Industriestatistik verfälsche deren Aussagekraft. Bis 1966 wurde nur das Personal in den Produktionsstätten gezählt. Seither sei das Verwaltungs- und Büropersonal ebenfalls miteinbezogen.
420 Gilomen, Müller 2007, 9f.
421 Hanser, Kuster 1990; AIHK Mitteilungen 1996, 18f.
422 Neue Aargauer Bank: Regionalstudie Aargau 2016, 3.
423 Preisch, Arnet 1995, 26.
424 BAH 1977, 14.
425 Wildi 1998, 66.
426 Wildi 1998, 76.
427 Catrina 1991, 214, 236.
428 AZ-Online, 22.12.2018; Gespräch mit Max Chopard, 2020.
429 Preisch, Arnet 1995, 26.
430 «Unter Strom», Ausstellung in der Alten Schmiede Baden, 2020.
431 Roth 2004, 47.
432 Roth 2004, 51.
433 Roth 2004, 53f.
434 Roth 2004, 57; «Sprecher + Schuh», HLS 2011.
435 Website Swisslog (Online-Quelle).
436 Aregger 1992, 11f.
437 AIHK Mitteilungen 1996, 75f. 1977–1983: In dieser Zeitspanne gelang es, den Anteil an den Gesamtausfuhren der Schweiz von 7,3 auf 8,3 % zu steigern. 1983–1994: Von 8,3 % im Jahr 1983 verringerte sich der Exportanteil des Aargaus auf 6,2 % im Jahr 1994.
438 AIHK Mitteilungen 1983, 19–21; Seiler, Steigmeier 1998, 189.
439 AIHK Mitteilungen 1987, 63f.
440 AIHK Mitteilungen 1986, 34.
441 Aregger 1992, 11; Seiler, Steigmeier 1998, 189.
442 AIHK Mitteilungen 1989, 39.
443 Aregger 1992, 12.
444 Frühe Firmen im Aargau z. B.: Utz (Bremgarten), Airex (Sins), Cellpack (Wohlen), Symalit (Lenzburg), Riwisa (Hägglingen), Plüss-Stauffer (Oftringen), WEZ (Oberentfelden), Rotho (Neuenhof, dann Würenlingen).
445 BAH 1965, 92: Kunststofffolien für Verpackung und Bau.
446 BAH 1971, 31: 1971 wurde neu ein Direktor von der Firma WEZ in den Stiftungsrat zur Förderung der HTL gewählt. In der Aufsichts-

kommission vertrat Walter Benz von der Firma Utz (Bremgarten) die Kunststoffindustrie.

447 2011: Kunststoff-Ausbildungs- und Technologie-Zentrum Aarau (Online-Quelle).

448 Schmid 2019, 97.

449 Gespräch mit Walter Häfeli, 2020; Schmid 2019, 77–80; Website Kunststoffsammelsack-Schweiz (Online-Quelle).

450 Roth 2004, 47: Sprengung 2013.

451 AZ-Online, 26.8.2014.

452 AZ-Online, 22.9.2019; Weber 2019.

453 Hirt 2020, 66.

454 Müller, Woitek 2012, 167.

455 AIHK Mitteilungen 1992, 50.

456 Statistisches Jahrbuch Kanton Aargau 2017.

457 AIHK Mitteilungen 1999, 45; Schmid 2019, 116: Gründung Amazon 1994, Yahoo 1995, Google 1998.

458 Schmid 2019, 97.

459 Schmid 2019, 116.

460 NZZ, 22.6.1999: «Die Bankenlandschaft nach dem grossen Sturm».

461 Müller, Woitek 2012, 130.

462 AIHK Mitteilungen 1996, 57.

463 BAH 1991, 8.

464 BAH 1991, 10.

465 BAH 1993, 8.

466 Schmid 2019, 118; Online-Portal Statistik Aargau, Arbeitslose.

467 AIHK Mitteilungen 1996, 28.

468 AIHK Mitteilungen 2000, 27.

469 AIHK Mitteilungen 1989, 9.

470 Schmid 2019, 117; Müller 2012, 334.

471 AIHK Mitteilungen 1997, 86.

472 Müller 2012, 336.

473 AIHK Mitteilungen 1996, 58.

474 BAH 1988, 4.

475 AIHK Mitteilungen 1996, 46; AIHK Mitteilungen 1999, 37.

476 AIHK Mitteilungen 1986, 35: Präsidialansprache von Hans Erich Roth.

477 AIHK Mitteilungen 1986, 68.

478 «Telekommunikation», HLS 2012.

479 «Digitale Gesellschaft», HLS 2018.

480 «Roland Brack», Wikipedia (Online-Quelle); Gespräch mit Roland Brack, 2019.

481 «Ferrowohlen», Wikipedia (Online-Quelle).

482 «Green.ch», Wikipedia (Online-Quelle).

Gesellschaft und Alltag

Konsum und Freizeit
Der Sog der Waren- und Erlebniswelt

1 Schumacher 2012, 70. Weitere Überblicke: «Konsumverhalten», HLS 2008; Andersen 1998, Kap. 2; Pfister 1996 (alle Aspekte); König 2013; Tanner 1999, 101–127; Tanner 2015, 333–338.
2 StAB, U.02.6.1, Katalog 1950, Merker Bianca (neue Trommel-Waschmaschine); HMB, Walter Murbach, Erinnerungen an den Alltag mit der Wundermaschine, Auszug aus einem Brief mit der Beschreibung alter und neuer Waschtechnik, 1959.
3 «Haushaltsmaschinen», HLS 2007.
4 Rufli 2015, 81; vgl. «Waschen», HLS 2015.
5 Schumacher 2012, 80f.; «Haushaltsmaschinen», HLS 2007.
6 «Kleidung (2.1. Kleidung im Spannungsfeld von Bedürfnis und Mode)», HLS 2008.
7 Handelszeitung, 2.6.1977; Archiv Firma Zimmerli Aarburg, Fotosammlung; persönliche Auskunft Renzo Sigrist, CMO Zimmerli, per E-Mail, 3.9.2020.
8 Archiv Firma Zimmerli Aarburg, Fotosammlung, Werbungen 1950er- und Anfang 1960er-Jahre.
9 Archiv Firma Triumph, Bad Zurzach, Prospekte «Stretch-Programm 1965», «Glückwunsch für Doreen», Werbeplakat «Doreen macht Sie als Frau vollkommen …».
10 Archiv Firma Triumph, Bad Zurzach, Prospekte und Werbung 1967 Doreen, weitere Werbung ab 1970er-Jahre. Schriftliche Mitteilungen von Carina Goetz, Assistant to Managing Partner Triumph, 4.9.2020, sowie Dieter Braun, ehem. geschäftsführender Gesellschafter, 20.4.2021; Privatarchiv Susanne Roth, Ascona, Kataloge Frühjahr/Sommer 1968, Festschrift 15 Jahre Beldona; schriftliche Mitteilung von Susanne Roth, Witwe von Karl Roth, Gründer der Beldona AG, per Brief am 1.11.2018, dazu mündliche Auskünfte vom 19.1.2021.
11 StAAG, NL.A-0296/0089, div. Broschüren.
12 StAB, U.02.6.28.
13 Schneider 2017, 80f.
14 Gespräch mit Toni Cipolat, 2019. Zitat: Toni Cipolat im Interview mit Textilmuseum St. Gallen, Film vom 11.7.2018 (Online-Quelle), 01:39; Meier 1990, 82–85.
15 RR-RB 1971, 106, auch: RR-RB 1972, 76.
16 BAH 1971, 52.
17 StAAG, NL.A-0341 ZwA 2011.0031, Mappe 1, Zitat Festschrift, 10; AZ, 3.6.2011.
18 O. N. 1958, 70.
19 BAH 1973, 13.
20 Museum Burghalde, Lenzburg, Kataloge aus den Jahren 1954, 1967, 1972.
21 Constri 2019, 2.
22 Brändli 1997, 29–98; Andersen 1998, 57–62; Furter, Schoeck 2014, 14–20.
23 «Gartenbau (1. Subsistenzorientierter Gartenbau bis 1850)», HLS 2010.
24 «Konservenindustrie», HLS 2008.
25 Furter 2015, 277; Grundbuchamt Baden, Ortsbürgergemeinde, Spezielle Bauvorschriften für das Baugebiet Allmend 1957, Art. 9.
26 Tanner 1999, 120–124.
27 Kollreuter, Lüpold, Schürch 2011, 116–119.
28 «Konservenindustrie», HLS 2008. Grundlegend: von Wyl 2015, 54–59.
29 Kollreuter, Lüpold, Schürch 2011, 150f.
30 Von Wyl 2015, 63 und 69.
31 BAH 1960, 36; BAH 1964, 33.
32 GRP, 19.2.1957
33 «Zahnmedizin», HLS 2014.
34 Häsler 1985, 331.
35 StAAG, NL.A-0296/0089.
36 Kollreuter, Lüpold, Schürch 2011, 78; Museum Burghalde, Sammlung, Werbung «sip» um 1970.
37 Prego, prego.swiss.ch; Rieder, Minder 2001, 15–64; Widmer-Dean 2012, 357–360.
38 Von Wyl 2015, 136–145; Hämmig 2007, 69 (Zahlen); Wiesmann 2011, 238.
39 Hämmig 2007, 73–76.
40 SRF, Tagesschau, 22.1.1960.
41 Furter, Schoeck 2014, 19; Even, Hanak 2009, 24–26; Migros-Archiv, Geschäftsberichte Migros Aare 1960, 9, 1963, 21, 1968, 20, 1969, 5.
42 Von Wyl 2015, 63–65.
43 Würsch 2020, 61–66; SRF, Schweiz aktuell, 20.7.2015.
44 Rundschau Süd, 14.5.2020; Firmenwebsite Baetschmann AG (Online-Quelle); Gut 2017, 74–76.
45 Gespräch mit Arsen Cam, 2020; Möhring 2012, 431, 442 (FN 282); BT, 24.8.1991; Rundschau Nord, 17.11.2016; AZ, 27.8.2016.
46 AZ online, 11.2.2017.
47 Wiederkehr 2009, 87–97.
48 «Ess- und Trinksitten (4. Wandel der Ess- und Trinksitten im 19. und 20. Jahrhundert)», HLS 2008; NZZ, 23./24.10.1999.
49 Vgl. AZ online, 27.6.2019, 7.10.2020; Migros-Zeitung, 9.11.2020.
50 Furter, Schoeck 2014, 14–20.
51 Vgl. Hochreiter et al. 2014, 253.
52 Brändli 1997, 29–98; Andersen 1998, 57–62; Häsler 1985, 320; Timeline «Die Migros Geschichte von der Gründung bis heute», Website der Migros; Girschick, Ritschl et al. 2003.
53 Sawerschel 1972, 104.
54 Sawerschel 1972, 104–108; StAB, E.21.25.11.1; Rufli 2015, 176f.
55 StAAG, DIA04/0235/09; Sawerschel 1972, 104. Verteidigung der Migros: Häsler 1985, 275.
56 StAAG, DIA04/0235/09; Furter, Schoeck 2014; Furter 2020 (Online-Quelle); Suter 2018, 62; Stadtanzeiger Olten, 17.4.2013 (zum vierzigjährigen Bestehen des Perry Center); Fakten & Daten, Website Wynecenter; RR-RB 1974, 6.
57 RR-RB 1971, 106; RR-RB 1973, 59; RR-RB 1974, 60; RR-RB 1975, 59, DIA04/0250. Einen Überblick bietet Tages-Anzeiger, 12.5.1973.
58 STAAG, DIA04/0250, Detailhandel im Jahr 2000, 1970.
59 Furter, Schoeck 2014, 34–36; Furter 2015, 294; Locher 1984, 70–98, insbesondere 76–79 (Zitat).
60 SRF, DRS aktuell, 24.3.1986; Website Ladengenossenschaft Bözberg (Online-Quelle).
61 AT, Sonderausgabe, 20.9.1995, 3, 9, 12, 18, 24, 31, 40.
62 AT, Sonderausgabe, 20.9.1995, 17; Furter, Krebs et al. 2013, 75.
63 RR-RB 1992, 159; RR-RB 1999, 90.
64 «Ernährung (3.4. Entfaltung der Konsumgesellschaft – Überfluss als Problem)», HLS 2017.
65 Vosseler 2014, 189–198.
66 RR-RB 1997, 127.
67 NZZ, 27.4.1993; AT, Sonderausgabe, 20.9.1995, 6; vgl. u. a. NZZ, 22./23.2.1997; Die Volkswirtschaft 6/2006, 24.
68 BfS, Beschäftigte nach Vollzeitäquivalente und Wirtschaftsabteilungen 1.7.1991–30.9.2020; Gespräch mit Roland Brack, 2019; AZ, 19.11.19; TA, 14.7.2018.
69 AK, 4.8.1971; SRF Antenne, 10.2.1971.
70 NZZ, 4.7.1971.
71 «Drogen», HLS 2015.
72 GRP, 19.2.1974 und 5.3.1974.
73 GRP, 15.12.1976, 22.2.1977, 27.9.1977.
74 GRP, 27.4.1982; RR-RB 1982, 223; AK, 10.4.1980.
75 GRP, 27.4.1982 und 20.10.1987; AK, 29.10.1992; RR-RB 1991, 13f., 1992, 60 und 190, 1993, 58 (Zahlen), 1995, 40; AZ, 15.2.2020.
76 StAAG, NL.A-0266/0120/07, Datum und Ort nicht klar.
77 BGE 99 Ia 504, 513. Zentral: Hürlimann 2004, 1–25.
78 AK, 25.2.1993.
79 Fahrländer 2019, 62–64; GRP, 29.6.1983.
80 AZ, 18.9.2018; mündliche Mitteilung von Cynthia Zurkirchen, 22.3.2021; Blick, 29.11.2001; Die Welt, 30.11.2001; Spiegel, 18.11.2002.
81 RR-RB 1995, 56; Biberstein, Killias 2015, 36.
82 FIZ 2015; Obrist 1991, 10–12; mündliche Mitteilung von Cynthia Zurkirchen, 22.3.2021. Überblick: «Prostitution in der Schweiz», Wikipedia; «Prostitution», HLS 2011.
83 Handelszeitung, 4.5.2019, 28.9.2020; NZZ, 18.2.2019.
84 Vgl. z. B. StAAG, NL.A-0282/53.1.2.2.3.
85 Vgl. z. B. StAAG, NL.A-0282/53.1.2.2.3.
86 StAAG, NL.A-0239/0078/22.5.
87 StAAG, NL.A-0239/0078/22.5.
88 StAAG, NL.A-0284.6.6, Winterprogramm 1955/56.
89 «Freizeit», HLS 2015; vgl. StAAG, NL.A-0282.53.1.2.2.3; Schmid 1955, 107.
90 Even, Hanak 2009, 26f.
91 StAAG, NL.A-0320.0002.1944, Jahresbericht 1941–1944; Schweizer Reisekasse 1966, 295.
92 Stiftungsrat Arbeiterstrandbad Tennwil 1975, 10–12, 27f.
93 StAAG, ZwA 2006.0008/0001/05, ZwA 2006.0008/0062/02, ZwA 2006.0008/0067/04.
94 StAAG, ZwA 2006.0008/0001/05; AT, 16.12.1988; StAAG, ZwA 2006/008/0002/02, Jahresbericht 1983, 3.
95 STAAG, ZwA 2006/0008/0002/02, Jahresbericht 1990.
96 Müller 2020, 60–67.
97 Archiv der Firma Knecht AG, Windisch, Reisekalender 1959 inkl. Liedblatt; Gespräch mit Heinz Knecht, 2020.
98 Müller 2020, 67.
99 «Tourismus», HLS 2014.
100 Müller 2020, 74–82, Statistik 68; Archiv der Firma Knecht AG, Windisch, Handblatt Geschäftseröffnung 1962, Badereisen 1964, Reisebroschüren 1970, 1990, 1994, 1998; Gespräch mit Heinz Knecht, 2020.
101 Müller 2020, 87–125; Gespräch mit Heinz Knecht, 2020.
102 StAAG, DIA04/0225, Motorfahrzeugstatistik 1958–1973; ZwA 2005.0037/0001, Geschichte, 3; Kanton Aargau, Medienmitteilungen AG, 16.11.2020.
103 Vgl. div. Beiträge in Stapferhaus Lenzburg 2002.
104 Lüönd 2007, 23–51; AZ, 6.7.2020.
105 Persönliche Auskunft Bernhard Taeschler und Thomas Kohler, 19.11.2020; Privatarchiv Bernhard Taeschler, Chronik Sektion Aargau des ACS, Ausgaben zwischen 1968 und 1973.
106 Automobil Club der Schweiz 2015, 19; Privatarchiv Bernhard Taesch-

ler, Sektionschronik ACS 1956/5, 151.
107 Automobil Club der Schweiz 2015, 24f., 40; persönliche Auskunft Bernhard Taeschler und Thomas Kohler, 19.11.2020; AZ online, 2.7.2018, 1.7.2019.
108 Automobil Club der Schweiz 2015, 65; Bergrennen Reitnau, bergrennen-reitnau.ch, 20.11.2020.
109 AK, 15.4.1970.
110 SRF, 26.5.1970.
111 Persönliche Auskunft Bernhard Taeschler und Thomas Kohler, 19.11.2020; Privatarchiv Bernhard Taeschler, Chronik Sektion Aargau des ACS, 1972/2, 16–18, sowie 1972/11, 9.
112 AK, 14.10.1970.
113 StAAG, ZwA 2005.0037/0001, Geschichte, 2.
114 StAAG, ZwA 2005.0037/0001, Dokumentation Ausbildungszentrum.
115 Geschichte, auf: Website Driving Center Schweiz AG (Online-Quelle).
116 Rundschau Nord, 12.3.2020; Fliegerschule Birrfeld 1990; StAAG, DB.02.0045.03.

Spiel, Spass und Gesundheit in der Breite, Wettkampf und Leistung an der Spitze
Sport bewegt den Aargau

117 Gamper 2005, 9–12.
118 200 Jahre Aargau, 206–209.
119 Aarauer Turnblatt, Mai 1953, 3–5 (Online-Quelle BTV Aarau).
120 AKTV 1985, 20.
121 Bircher 1976, 105.
122 Aarauer Turnblatt, Juli 1960, 9 und Aarauer Turnblatt, April 1977, 1 (Online-Quellen BTV Aarau).
123 50 Jahre AKTV, 17 und 37.
124 AKTV 1985, 56–60.
125 AK, 17.1.1968.
126 Sport für alle 1976, 18.
127 AK, 26.8.1978.
128 Sport für alle im Kanton Aargau 1976/77, 6–15; Vita-Lebensversicherungsgesellschaft 1993, 67; AZ, 7.5.2020 (Online-Quelle).
129 «Sport», HLS 2018.
130 RR-RB 1967, 402.
131 «Schützenwesen», HLS 2015; «Militärische Vereine», HLS 2013; Holliger 2006, 305f.
132 AKTV 1985, 22; Aargauer Leichtathletikverband 2019, 7–10.
133 Regierungsrat des Kantons Aargau (Hg.) 2002, 206ff.; Schweiz am Wochenende, 18.11.2017.
134 Kanton Aargau, Sektion Sport (Online-Quelle).
135 Zobrist 2006, 6f.; Historisches Museum Baden 2018, 90, für das erste Frauenhandballspiel der Wettinger Seminaristinnen 1970.
136 Ehrensperger 2004, 18–20; Zobrist 2006, 20–23.
137 «Fussball», HLS 2009.
138 FC Wohlen 2004; FC Brugg 2014.
139 Aargauischer Fussballverband 2015, 57.
140 Aargauischer Fussballverband 2015, 74f., 92; AZ, 17.5.2002, Beilage 100 Jahre FC Aarau, 11.
141 Aargauischer Fussballverband 2015, 84f.
142 FC Wohlen 2004, 90f.; FC Brugg 2015, 14f., 33; Geschichte des FC Spreitenbach (Online-Quelle).
143 Aargauischer Fussballverband 2015, 17, 20f. und 72.
144 Zehnder 2019, 72.
145 Zit. Zehnder 2019, 74.
146 Zehnder 2019, 80f.
147 RB Brugg (Online-Quelle)
148 Radsport Gippingen 2013, 54.
149 Radsport Gippingen 2013, 10f.
150 Renggli, Nötzli 1992, 38–40; AK, 13.6.1991.
151 Gemeinde Magden 2002, 352.
152 AK, 15.6.1989.
153 «Bäder», HLS 2017.
154 Bircher 1979, 171, 166.
155 AZ, 27.8.2019.
156 Furter 2015, 80.
157 Furter 2015, 85–90.
158 AK, 12.8.1976.
159 «Bad-Schinznach», HLS 2020; Balmer 1987/2011.
160 Stadt Rheinfelden 2014, 265–270.
161 Stadt Rheinfelden 2014, 273f.
162 Sennhauser 2004, 439.
163 Zit. Wiedmer-Zingg 1994, 214; Sennhauser 2004, 443.
164 RR-RB 1967, 227; Sennhauser 2004, 444.
165 Sennhauser 2004, 448–452.
166 Bircher 1979, 166; RR-RB 1979, 67.

Religion, Kirche und Frömmigkeit
Vom angestammten Milieu zur Individualisierung des Glaubens

167 Regierungsrat des Kantons Aargau 1954, 51.
168 Römisch-katholischer Kirchenrat des Kantons Aargau 1986, 122.
169 KV/AG 1885, Art. 67 (Fassung von 1885).
170 Heuberger 1908.
171 Sandmeier-Walt 2019, 321–325; Allemann 1991, 215–218.
172 Gautschi 1978, 100.
173 «Kirche und Staat», HLS 2008; Gespräch mit Philipp Nanz, 2021.
174 Römisch-katholischer Kirchenrat des Kantons Aargau 1986, 114.
175 KV/AG 1980, § 109 (Stand 1.7.2019).
176 Reformierte Landeskirche Aargau (Online-Quelle) und römisch-katholische Kirche im Aargau (Online-Quelle).
177 StAAG, NL.A-0257/0040/08, XCII, Geschäftsbericht des Synodalausschusses an die Christkatholische Synode des Kantons Aargau 1968/69, 11.
178 StAAG, NL.A-0257/0041/09, CII, Geschäftsbericht des Synodalausschusses an die Christkatholische Synode des Kantons Aargau 1977/78, 9.
179 StAAG, NL.A-0257/0049/04, Protokolle, Korrespondenz, Zirkulare I 1976–1978; Christkatholische Landeskirche Aargau 2011, 13f.
180 Römisch-katholischer Kirchenrat des Kantons Aargau 1986, 114f.
181 Statistisches Amt des Kantons Aargau 2004, 16.
182 Bärlocher 1953, 218f.; Steigmeier 1994, 32f.; Müller 2002, 244.
183 Altermatt 2003, 173.
184 Zu den Milieus: Altermatt 1993, 258–264. Umfassend für die Reformierten der Stadt Basel: Hofmann 2013.
185 Zehnder 2008, 94f.
186 Reformierter Kirchenrat des Kantons Aargau 1945, 6.
187 Gespräch mit Fritz-René Müller, 2021.
188 Gespräch mit Philipp Nanz, 2021. Er hat dies aus Erzählungen erfahren.
189 Lang 2013, 19; Hersche 2013, 356f.
190 Weber, Fröhlich 1983, 83.
191 Zehnder, Jauchefass 2015, 333–335; Lang 2013, 19.
192 Weber, Fröhlich 1983, 89. Zum Erntedank: Fischer 1953 und Heim 1968.
193 Bolliger, Widmer-Dean 2019, 114.
194 Vischer et al. 1998, 282.
195 Weiss 1965, 85.
196 Wullschleger 1987, 104.
197 Lang 2011, 209f., 212; Sammlung Murensia, Nachlass Josef Waltenspül, Mappe P. Gregor Meng, 3.
198 Helbling 1953, 192.
199 Kaufmann, Kaufmann 1994, 65–68; Kinderheim Klösterli Mariä Krönung 2014, 110f.
200 Breitschmid 2020; Landolt 2018.
201 Guggisberg 2016, 47; Ryser 1987.
202 Schürmatt 2020 (Online-Quelle).
203 Kirchenbote 74, August 1964.
204 Kirchenbote 79, Juni 1969.
205 20 Jahre katholische Pfadfinder Aarau, 3.
206 Zur Schweizerischen Evangelischen Frauenhilfe: Müller 2005.
207 Zehnder 2008, 97.
208 Andermatt 1953, 397f.
209 Wiederkehr 2015, 203.
210 Andermatt 1953, 402.
211 Zehnder et al. 2015, 155–157.
212 Zehnder 2008, 98.
213 Reformierter Kirchenrat 1978, 6.
214 Aargauische Erziehungsdirektion 1946, 6f.
215 Altermatt 2001, 194.
216 Römisch-katholischer Kirchenrat des Kantons Aargau 1986, 264.
217 Verein Gnadenthal 1994.
218 Reusspark – Zentrum für Pflege und Betreuung 2020 (Online-Quelle).
219 Wiederkehr 2021, 163–178; AT, 18.6.2013; Lücke 2018, 12–19.
220 Stiftung Satis 2020 (Online-Quelle); Kirchenbote 79, Juli 1969.
221 Aargauische Evangelische Frauenhilfe 2020 (Online-Quelle).
222 Reformierte Landeskirche Aargau 2020 (Online-Quelle).
223 Vischer et al. 1998, 281.
224 Evangelisch-Reformierte Landeskirche des Kantons Aargau 1956, 5–7.
225 Maurer Gafner 1996, 6.
226 StAAG, NL.A-0257/0051/01, Hortus Dei Olsberg, 1970–1988.
227 Sauerländer, Wiederkehr 2020, 278, 287.
228 Sauerländer, Wiederkehr 2020, 285.
229 Epstein-Mil 2020, 314f.
230 Janz, Schürch 2018 (Online-Quelle). Für Endingen: Frenkel 2008, für Baden: Bollag 1998.
231 Dreyfus 2016, 127f.
232 Gerson 2014, 100.
233 Gespräch mit Bea Wyler, 2020; Rhein 2020, 262–365; NZZ, 2.8.1999 und 11.2.2017.
234 Gerson 2020, 401; Binnenkade 1999, 54f.
235 Meyer 1990 (Online-Quelle); AZ, 4.1.2016.
236 Königs 2016, 240f.
237 Lerf 2010, 144.
238 Kreis 1998, 557–559; Mächler 1998, 406f. Beispiel von Walter Strauss in Baden: Gerson 2020, 401.
239 Binnenkade 1999, 82f.
240 Binnenkade 1999, 96f.
241 Christkatholische Landeskirche Aargau 2011, 15.
242 Binnenkade 1999, 83 und 92.
243 Zürcher 2014, 45f.
244 Bischof Burkard Huwiler Werk 2018, 7f. und 13; Agustoni 1955.
245 «Missionen», HLS 2010; Guggisberg 1971.
246 Kurz 1957, 8.
247 Blum 1957, 11 und 13.
248 Vischer et al. 1998, 287.
249 Christkatholisches Hilfswerk (Online-Quelle).
250 «Missionen», HLS 2010.
251 Arnet 2020, 51f.
252 Ebneter 2000.
253 Kirchenbote 79, November 1969.
254 Römisch-katholischer Kirchenrat des Kantons Aargau 1986, 150.
255 «Vatikanische Konzile», HLS 2014; Altermatt 1993, 252–258.
256 Römisch-katholischer Kirchenrat des Kantons Aargau 1986, 154.
257 Römisch-katholischer Kirchenrat des Kantons Aargau 1986, 158.
258 Römisch-katholische Kirchgemeinde Frick 2018, 40f.
259 Conzemius 2005, 2.
260 Bosshard-Kälin 2018, 142.
261 Zehnder 2008, 94f. Entspricht

dem Beispiel Basels: Hofmann 2013, 243 und 261.
262 Meier, Jungmannschaft Wettingen 2003, 10. Zur Jungmannschaft Oberehrendingen: Bürgin 2008, zur Jungmannschaft Bremgarten: Koch 2019.
263 Wiederkehr 2015, 203.
264 «Blauring», HLS 2002 und «Jungwacht», HLS 2007.
265 Römisch-katholischer Kirchenrat des Kantons Aargau 1986, 158.
266 Conzemius 2005, 2.
267 Wiederkehr 2022.
268 Aerne 2004, 51–59.
269 Wullschleger 1987, 68.
270 Aerne 2004, 59f.
271 Reformierte Kirche Aargau, Sylvia-Michel-Preis (Online-Quelle); Girsberger 2007, 41–45.
272 NZZ, 19.2.2000.
273 Frauen in der römisch-katholischen Kirche: Altermatt 1991, 203–216.
274 «Gertrud Heinzelmann», HLS 2013; Kopp 2003.
275 Küng, Heinzelmann 1981, 22f.
276 Römisch-katholischer Kirchenrat 1986, 116.
277 Baldinger 2016, 212–217.
278 «Ausnahmeartikel», HLS 2008.
279 StAAG, ZwA 2003.0047/32.58, Neuntes Lenzburger Gespräch, Ankündigung und Einladung, 11.9.1968.
280 Aargauische Staatskanzlei 1991, 172.
281 Baumberger 1927, 402.
282 CH-BAR#E4110B#1993/147 #356*, G.70.4. Klosterverbot (Art. 52), Jesuitenverbot (Art. 51), Konkrete Einzelfälle: Kloster- und Ordensverbot (Zwischenbericht der eidg. Justizabteilung), 10. Januar 1972.
283 AT, 15.5.1973. Allgemein für die Schweiz: Altermatt 2009, 146–156.
284 AV, 17.5.1973.
285 Bundesbeschluss vom 6.10.1972, 2020 (Online-Quelle).
286 Detaillierte Abstimmungsergebnisse nach Gemeinden, in: AT, 21.5.1973.
287 Gespräch mit Fritz-René Müller, 2021.
288 Vatter 2011, 286f.
289 Frenkel 1998, 72; Frenkel 2002, 22.
290 Krauthammer 2000, 218f.
291 AZ, 3.12.2009.
292 Parise 2016, 96.
293 Parise 2016, 99.
294 Parise 2016, 119.
295 Conidi 2010, 37–46.
296 Wiederkehr 2017, 135.
297 Christkatholische Landeskirche Aargau 2011, 15; GRP, 17.3.1970.
298 Janz 2013, 18.
299 Leuscher 1994, 41, 47 und 50.
300 Bovay 2004, 21; Statistik Aargau 2011, 168.
301 Gespräch mit Fritz-René Müller, 2020.
302 Bundesamt für Statistik 2015.
303 StAAG, NL.A-0257/0040/05, LXXXIX, Geschäftsbericht des Synodalausschusses an die Christkatholische Synode des Kantons Aargau 1966, 8f.
304 Hagmann 2020, 133.
305 Hagmann 2022 (in Vorbereitung).
306 Kirchenbote 79, November 1969.
307 Bovay 2004, 21.
308 Binnenkade 1999, 93f.
309 Sieber 2008, 65–69.
310 StAAG, NL.A-0257/0040/05, CI, Geschäftsbericht des Synodalausschusses an die Christkatholische Synode des Kantons Aargau 1974/75, 11.
311 Hagmann 2020, 134.
312 Waldmeier 1986, 100–102.
313 Christkatholische Kirchgemeinde Rheinfelden/Kaiseraugst 2020, 161 und 163.
314 Christkatholische Landeskirche Aargau 2011, 2.
315 Römisch-katholischer Kirchenrat 1986, 228.
316 Reformierte Kirche Aargau, Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen Aargau, AGCK-AG (Online-Quelle).
317 Reformierte Kirche Aargau, Aargauer Sozialrat (Online-Quelle).
318 Hunziker 2014, 3.
319 Statistisches Amt des Kantons Aargau 2004, 15.
320 Gespräch mit Malik Allawala, 2020.
321 Gespräch mit Malik Allawala, 2020.
322 Stähelin 2018 (Online-Quelle).
323 Bundesamt für Statistik 2020 (Online-Quelle).
324 Kurmann 2019, 79.
325 AZ, 3.6.2020.
326 AZ, 9.6.2018; BT, 30.8.2018.
327 Gstrein 2006.
328 Baumer 2007, 169.
329 Gstrein 2006.
330 Müller 2018.
331 Sarafoglu 2014, 9.
332 Hunziker 2014, 17.
333 Sindemann 2007, 208.
334 Kloster und Wat Srinagarindravararam (Online-Quelle).
335 «Aargau», HLS 2018.
336 Favre, Stolz 2007, 138. Zur Heilsarmee: Häusler 1978; Heilsarmee Seon 1993.
337 Kurmann 2019, 76–78.
338 Gemeinde-Leitbild Minoritätsgemeinde aus der Evangelisch Reformierten Landeskirche Aarau (Online-Quelle).
339 AZ, 28.1.2016, 18.8.2018.
340 AZ, 24.3.2017.
341 Rüttimann 2018; BT, 14.12.2014. Für die Neuapostolische Kirche: Kurmann 2019, 74–76; Neuapostolische Kirche (Schweiz) 1995.
342 AZ, 18.8.2011.
343 Schweizerisches Pastoralsoziologisches Institut 2020.
344 Frei-denken.ch, Humanistische Rituale (Online-Quelle).
345 «Esoterik», HLS 2013.
346 «Esoterik», HLS 2013.
347 «Neue religiöse Bewegungen», HLS 2010; Wicca, Wikipedia; Rensing 2006.
348 Schriftliche Auskunft von Wicca Meier-Spring, 11.2.2021.
349 Christlich-jüdische Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz 2020 (Online-Quelle).
350 Rundbrief des Oekumenischen Friedensnetzes Aargau zur Gründung des Interreligiösen Arbeitskreises Aargau, November 1994.
351 Aargauer Interreligiöser Arbeitskreis 2020 (Online-Quelle).
352 Aargauer Landeskirchen 2020 (Online-Quelle) und Aargauer Konferenz der Religionen 2020 (Online-Quelle).

Der Aargau als Rückzugsraum und Experimentierfeld
Jugend zwischen Anpassung und Aufbruch

353 Isler 1997, 9–19.
354 «Jugendbewegung», HLS 2013.
355 «Jugend», HLS 2013.
356 Keller, Pop 2019, 11.
357 Schneider 1997, 69–79.
358 Gloor 1990, 77.
359 Meyer 1997, 48–57.
360 Auskünfte per E-Mail von Rolf Schneider, 2020.
361 GRP 5.10.1971, 1687 und 1717.
362 BT, 1., 2. und 5.10.1971.
363 GRP 20.10.1971, 1766–1769.
364 BfS 2017 (ESPOP/ESTATPOP).
365 Tanner 2015, 381–389.
366 Schneider 2016, 105–114.
367 Ruch 1996, 126–133.
368 Müller 2013, 10–13.
369 Website Jugendhaus Piccadilly (Online-Quelle), 2020.
370 Skenderović 2012, 101–130.
371 Zeugin 1993, 21.
372 Künzli 2019, 4.
373 Meier 1980, 197f.
374 Tremp 2017, 156–163.
375 AAV, Ausgaben Oktober und Dezember 1971.
376 Zehnder, Folgen 2015, 103–123.
377 Müller 2019, 349–397.
378 Zanetti 1972, 8f.
379 Kielholz 2006.
380 Auskünfte per E-Mail von Max Matter, 2019.
381 Gespräche mit Ernst Blumenstein und Hanspeter Schnell, 2019.
382 Gespräch mit Anita Steiner, 2019.
383 Gespräch mit Mariann und Hans Rudolf Lüscher-Wälty, 2019.
384 Gespräch mit Peter Kamm-Bretscher, 2019.
385 Gespräch mit Annemarie Peter und Isabelle Wipf-Bütikofer, 2019.
386 Gespräch mit Marianne Blattner-Geissberger, 2019.
387 Gespräch mit Ueli Frey, 2014.
388 KMU Business 4/2004, 48; AZ 31.7.2013.
389 Handelsregister Aargau, Eintrag vom 17.3.1995.
390 Furter 2010, 120–122 und 128f.
391 AZ, 10.8.2015.
392 Website Bären Veltheim (Online-Quelle), 2020.
393 Guntern 1987, 89–98.
394 Guntern 1987, 96.
395 Zehnder 2004, 75–85.
396 Schulgesetz mit Vollziehungsverordnung des Kantons Aargau vom 20.11.1966, § 10.
397 Altpfadfinder Adler Aarau 2019.
398 Jungi 2019, 8f.
399 Altpfadfinder Adler Aarau 2019, 13.
400 Hitz 2000.
401 Hitz 2000, 14–18.
402 Gespräch mit Kurt Emmenegger, 2019.
403 Wiederkehr 2008, 126–137.
404 Meier 2003, 10–24.
405 Müller 1998, 104–108.
406 Chaudhuri 2015, 39–76.
407 Chaudhuri 2009, 119–237.
408 Blum 2011, 111–126.
409 Hodler 2014, 141.
410 Flütsch 2016, 44–53.
411 Salathé 2007, 311–314.
412 Bircher 2003, 337.
413 BfS 2017 (ESPOP/ESTATPOP).
414 Nigg 2001, 336–351.
415 Tanner 2015, 423–429.
416 Eggenberger 1981.
417 Zehnder 2017, 121–129.
418 Blum 2011, 123f.
419 Archiv Neue Kantonsschule Aarau, Lebensläufe des Maturajahrgangs 1981.
420 Archiv Neue Kantonsschule Aarau, Akten zur Einführung des Pädagogisch-sozialen Unterrichts PSU im PSG-Typus (1977–1979).
421 Archiv Neue Kantonsschule Aarau, Abschlussarbeiten des PSG-Typus (1980–1988).
422 Verhandlungen des Grossen Rates 1977 bis 1981, Band II, 2023 und 2178.
423 FA, 21.4.1981.
424 FA, 21. und 26.4.1981.
425 FA, 9.7.1981.
426 FA, 14.4.1981.
427 Marti 2019, 5.
428 StAAG R06.1971–1989/1981/0368, Regierungsratsakten 1981.
429 Zehnder 2009, 210.
430 Bortlik 2012, 242–251.
431 Kantonsbibliothek Aargau, AKB CoQ 490: 1982–1995, Der Alpenzeiger.
432 Gespräch mit Raphael Zehnder, 2020.
433 Ulrich 2003, 48–69.

434 Bortlik 2012, 242–251.
435 Website Royal Baden (Online-Quelle), 2020.
436 Ruch 2003, hier 75.
437 Gespräch mit Roli Isler, 2020.
438 Website Prism Party/The Prism (Online-Quelle), 2020.
439 Ruch 2003, 75.
440 Tanner 2015, 428f.
441 Emmisberger 1995, 11.
442 Blogeintrag Creeping Distrust 11.8.2007 (Online-Quelle), 2020.
443 Rolle 2012, o. S.
444 Von Wyl 2018, 32f.
445 Mäder 1998, 164–189.
446 Ruch 2003, 70–77.
447 Senn 1995, 19; Frischknecht 1995, 21; Dunkel 1995, 38–43.
448 AZ, 6.9.2000.
449 AZ, 24.7.2000.
450 AZ, 22.1.2019.
451 Saner 2019, 3.
452 Website Milchjugend (Online-Quelle), 2020.

Kunst und Kultur

Der Wert der Kunst nach 1945
Kultur nach Idealvorstellungen

1 AV, 7.9.1955.
2 GRP, 6.9.1955.
3 Keller 2019, 38.
4 Keller 2019, 37.
5 StAAG, ZwA 2003.0047/12.1, Aargauische Kulturstiftung Pro Argovia, Tätigkeitsbericht 1952–1954, 6.
6 Krättli 1953, 4 und 13.
7 Gerber 1953, 8f.
8 StAAG, ZwA 1958.003/0014, Arbeitsausschuss 150 Jahre Aargau, Protokoll 18. April 1951, 5.
9 Brändli 2002, 4.
10 StAAG, ZwA 2003.0047/12.1, Aargauische Kulturstiftung Pro Argovia, Tätigkeitsbericht 1954–1956, 10.
11 StAAG, ZwA 2003.0047/12.1, Aargauische Kulturstiftung Pro Argovia, Tätigkeitsbericht 1952–1954, 6.
12 StAAG, ZwA 2003.0047/12.1, Aargauische Kulturstiftung Pro Argovia, Tätigkeitsbericht 1952–1954, 6.
13 Sidler 2013, 21–23.
14 Krättli 2002, 7.
15 Vgl. «Philipp Albert Stapfer», HLS 2012 und Bitterli 2000, 159.
16 Zur Bedeutung des Stapferhauses: Gespräch mit Hans Ulrich Glarner, 2020. Er prägte das neue Ausstellungsformat.
17 Philipp-Albert-Stapfer-Haus 2010.
18 StAAG, ZwA 2002.0016/0155, Schloss Lenzburg und Neugestaltung der Kantonalen Historischen Sammlung; Birrer 2000, 68–70.
19 Keller 2019, 39f.
20 Vgl. StAAG, ZwA 2002.0016/0320, Inventarisation der Kunstdenkmäler durch die Denkmalpflege.
21 Kanton Aargau, Denkmalpflege 1993, 22f.
22 Kanton Aargau, Denkmalpflege 1993, 50.
23 «Denkmalpflege», HLS 2011; Knoepfli 1972, 220.
24 StAAG, ZwA 2002.0016/0144, Kantonsbibliothek, Kunstsammlung, Staatsarchiv Ja, Aarau 1952, 33 und 42. Siehe auch GRP 14.1.1954, 183.
25 Halder 1952, 2–8.
26 Sandmeier-Walt 2011, 117–172.
27 Wittmer 1993, 32.
28 Stiftung Künstlerhaus Boswil 2013, 6f.
29 50 Jahre ASO im Bild 2012/13, 8; Naegele 2011, 10.
30 Vgl. Fricker 2001.
31 Baier 1977, 9.
32 RR-RB 1961, 7.
33 Wittmer 1993, 36.
34 Sidler 2019, 81; Wittmer 1993, 41f.
35 BT, 9.12.1968; AV, 9.12.1968.
36 Privatarchiv Max Matter, Flugblatt; siehe auch: Wiederkehr 2019 (Online-Quelle).
37 AV, 8.11.1968.
38 AV, 7.12.1968.
39 Dal Molin 2018, 105.
40 Sidler 2013, 37–39.
41 Aargauer Tagblatt 1959, 60 oder 119.
42 Wiederkehr 2017, 116; Begriff «Wettinger Bilderdiskussion» in AV, 16.4.1960.
43 Schweizerische Bauzeitung 1975, 683.
44 Schweizerische Bauzeitung 1975, 683–685.
45 Baumann 2005; 18. Kantonal-Musikfest 1951.
46 Meier 2000; Lehrertheater Möhlin 2008.
47 150 Jahre Männerchor Möriken-Wildegg, 45 (Zitat); Persönliche Mitteilung von Markus Bitterli, Theatergesellschaft Beinwil, per E-Mail am 12.1.2020. Website Operette Bremgarten, Vereinsgeschichte (Online-Quelle); Sponsorenlisten der Programme (analog und auf Websites).
48 Meier 2015, 176f.
49 Nachruf Zofinger Tagblatt, 29.3.1971.
50 Landa 1970; Zantop 2010; Schaerer 1981.
51 Feller 1981, 190; Zumsteg, 1995.
52 Loepfe 2016, 43; Hochreiter et al. 2014, 271.
53 Naegele 2011, 10f.
54 Rösch 2000, 12.
55 Kuhn 2017.
56 Rösch 2000, Klappentext (Zitat) und 22–26; ebenso Meyer 2017, 2.
57 Rösch 2000, 68–70 (Moyse); Willy Hans Rösch in einem Brief von 1969, zit. nach Meyer 2017, 3.
58 Meyer 2017; Meyer 2019, 35.
59 Rub 1994, 86.
60 Rub 1994, 88 und 92; Rub 2015, 168. Schriftliche Auskunft von Arild Widerøe vom 20.4.2021.
61 Vgl. Tremp 2016, 87–93; Keller, Pop 2019, 7–14.
62 Liebmann 2005, 123–126.
63 Schweizerisches Archiv für Volkskunde Basel, Schachtel Programme «Folk-Festival Lenzburg».
64 Burckhardt-Seebass 1987, 157.
65 Hostettler, Lenzburg-Chronik (Online-Quelle).
66 Burckhardt-Seebass 1987, 154–168; Hostettler, Lenzburg-Chronik, Informationen zu den Festivals (Online-Quelle); Volksliedarchiv Basel, Schachtel Programme «Folk-Festival Lenzburg».
67 Urs Hostettler, «Länzburglied» (1972), greifbar auf Spotify, transkribiert durch Ruth Wiederkehr.
68 Schweizerisches Archiv für Volkskunde Basel, Schachtel Programme «Folk-Festival Lenzburg», hier auch erste Programmhefte des Gurtenfestivals. Lugano, Schweizerische Nationalphonothek, CD 8433, MC 40151, LP 11090, LP 11241, LP 1284, LP 22725, LP 11423, LP 11573, LP 11575. Die Aufnahmen werden digitalisiert, https://archiv.sgv-sstp.ch.
69 Vilas 2017, 63f.; Ros 1999, 322f.
70 Chronik 1963/64, 97.
71 AT, 1.11.1963. Dazu generell: Ritzer 2006.
72 BT, 27.3.1969, Bericht «Cabaret Blinddarm. Ein neues Badener Ensemble».
73 Bruggmann, Hoby 1963, 6. Text und Musik wurden von Alfred Bruggmann geschrieben.
74 Lehrertheater Möhlin 2008, 4f. (Zitate), 2f. (Lille), 17 (Muschg). Gespräch mit Hans Rudolf Twerenbold, 2019.
75 Theatergemeinde, Theater in Aarau, ganzes Heft.
76 Blubacher 2005.
77 StAAG, AG 65.1, Protokoll Kuratorium 28.10.1969.
78 Zur Entstehung und Einordnung der Claque aus der Warte der 1980er-Jahre: Arnold 1987; Gespräch mit Hans Rudolf Twerenbold, 2019.
79 Claque 1975, 7.
80 Claque 1975, 35.
81 Innerstadtbühne 1975, Beitrag Anton Krättli, Zahlen: 13, Ziele: 8.
82 Innerstadtbühne 1975, Beitrag Anton Krättli, 9.
83 Innerstadtbühne 1975, 89; Arnold 1987, 2. Kapitel.
84 Aargauer Kantonsbibliothek, Brülle Aargau, Jg. 1–10, Oktober 1975 bis September 1983, circa 5 bis 6 Ausgaben pro Jahr.
85 Arnold 1987, 111f.
86 Arnold 1987, 113–115.
87 StAAG, AG 65.10.1, Protokoll Kuratorium, 3.7.1978, 4–7; Arnold 2005.
88 Brülle, Aargau (4, 18), August 1978.
89 Wittmer 1993, 46.
90 Krättli et al. 1982, 23 und 30; Arnold, Stenzl 2005, 903f.
91 Sidler 2019, 96.
92 Aargauer Kuratorium 1988, 12.
93 Aargauer Kuratorium 1988, 14.
94 Innerstadtbühne 1975, 95.
95 Claque 1975, 20; Arnold 1987, 76. Retrospektiv: Jörg 2013, 40–43.
96 Innerstadtbühne 1975, 91; Arnold 2005, 1708f.; schriftliche Auskunft von Jean Grädel, Landschlacht, 11.4.2021; Schmid, Trotz allem 2021, 163f.
97 Arnold 2005, 1708; Arnold 1987, 76–78.
98 Zentralverband Schweizer Volkstheater, Geschichte 2019 (Online-Quelle).
99 HSSO, 2012. Tab. Y.11. (Online-Quelle).
100 «Kino», HLS 2008.
101 Knecht 1985, 102–104.
102 Walti, Schmid 2016, 210; Gespräch mit Peter Sterk, 2019; NZZ, 3.4.1968.
103 Statistik: RR-RB 1954–1967, Abschnitte «Filmkontrolle» bzw. «Filmwesen».
104 AV, 13.11.1968, «Filmzensur Nein! – Jugendschutz Ja!».
105 StAAG, DIA04/0235/01; AT, 20.10.1970; RR-RB 1970, 104.
106 HSSO, 2012. Tab. N.27 (Online-Quelle).
107 Brändle 2009, 65f.
108 Walti, Schmid 2016, 204.
109 Gespräch mit Peter Sterk, 2019; Wiederkehr 2015, 231; Walti, Schmid 2016, 201.
110 Walti, Schmid 2016, 206.

Kunst für alle ab 1970
Kultur wird popularisiert und gefördert

111 Eidgenössische Expertenkommission 1975, 376.
112 Eidgenössische Expertenkommission 1975, 380.
113 Sidler 2019, 82. Mitglieder waren: Hans Ulrich Amberg, Werner Düggelin, Anton Keller, Anton Krättli, Erwin Rehmann, Markus Roth (Präsident), Ambros Speiser, Elisabeth Suter-Korrodi, Hermann Schmidt, Friedrich Walti und Heiny Widmer.
114 Sidler 2019, 84.
115 StAAG, AG 65.1, Protokoll Kuratorium vom 9.12.1969, 2–4.
116 StAAG, AG 65.2, Protokolle Kuratorium vom 16.6.1970, 16.11.1970 sowie 18.1.1971; Kanton Aargau, Denkmalpflege 1993, 51.
117 Sidler 2019, 88.
118 Künstlerporträt Erika Burkart, in: AK, 5.8.1970. Vgl. auch Künstlerporträt Josef Villiger, in: AK, 12.8.1970, Künstlerporträt Hans Weber, in: AK, 19.8.1970 sowie Künstlerporträt Josef Ineichen, in: AK, 9.9.1970.
119 StAAG, NL.A-0272/0217/01, 16. Aargauer Gespräch.
120 AT, 16.1.1978.
121 Zofinger Tagblatt, 17.1.1978.
122 BT, 21.1.1978.
123 Schnider 1969, 70–74.
124 Eidgenössische Expertenkommission 1975, 384.
125 RR-RB 475, 17.3.1939.
126 Stiftungsrat Aargauische Kulturstiftung Pro Argovia 1993, 12.
127 Wittmer 1993, 47.
128 Sidler 2019, 98.
129 Stiftungsrat Aargauische Kulturstiftung Pro Argovia 1993, 13.
130 RR-RB 475, 17.3.1939.
131 Beispiele dafür: GRP 67, 7.6.1977; GRP 287, 9.11.1977; GRP 305, 23.11.1977; ausserdem die Interpellationen Grosser Rat 13.240, 19.11.2013 und 15.287, 15.12.2015.

132 Bundesamt für Statistik, Kulturausgaben der Kantone 2018 (Online-Quelle).
133 Ros 1999, 329.
134 Keller-Spuhler 2004, 522–525.
135 Gespräch mit Bruno Meier, 2020; Meier, Küng, 2009.
136 Gespräch mit Bruno Meier, 2020.
137 Gespräch mit Urs Pilgrim, 2019. Zur Geschichte: Kulturstiftung St. Martin 2009.
138 Hauser 2000, 175.
139 Schwenkel et al. 2019, 27–28.
140 Schwenkel et al. 2019, 27–28.
141 Schwenkel et al. 2019, 44; Aargauer Regierungsrat 2017, 34.
142 NZZ, 24.1.2010. Siehe auch: Wismer 1988, 196.
143 Siehe dazu AT, 29.1.1974 und AT, 5.7.1975. Vgl. GRP 12, 25.4.1973; GRP 61, 8.5.1973; GRP 388, 19.2.1974; GRP 414, 5.3.1974.
144 Naegele 2001, 110 und 118f.
145 Zur Entstehung des Museums: Preiswerk-Lösel 2001. Zur Sammlung: ebd. und Stegmann 2016.
146 Zu Rehmann, siehe «Erwin Rehmann», HLS 2021.
147 Wiederkehr 2010, 18–22.
148 Gesetzessammlung XVI., § 42, 311.
149 GRP 1217, 27.4.1971.
150 StAAG, NL.A-0272/0016/01. Vgl. auch Eidgenössische Expertenkommission 1975, 189.
151 Meyer 1982, 7.
152 Meyer 1982, 9.
153 Aargauer Bibliotheksstatistik 2017 (Online-Quelle).
154 Aargauische Bibliothekskommission 2004, 4.
155 Gespräch mit Bruno Meier, 2021.
156 Fricker 2001, 27.
157 Aargauische Bibliothekskommission 2004, 8.
158 Kulturgesetz 2009, § 7.
159 Aargauer Regierungsrat 2017.
160 Departement Bildung, Kultur und Sport, Abteilung Kultur 2015, 30.
161 Emanzipation, Dezember 1982, 24 und Januar/Februar 1984, 22.
162 Marti, Rufli 2018, 14.
163 Marti, Rufli 2018, 15.
164 Ulrich 2003, 48.
165 Gloor 1990, 76f.
166 Kekic, Roth 2011, 12.
167 Interessengemeinschaft KiFF 1989, 2.
168 Brändle 2009, 61–63; Muscionico 2009, 163; Grädel 2005.
169 Gespräch mit Thomas Baldinger, 2019; schriftliche Auskünfte von Hans Zumstein, Wettingen, per E-Mail, 17.11.2019.
170 Sommerhalder 2009, 80–104.
171 Diverse Einträge in Kotte 2005; Büchi, Kaspar 2016, 55; Gespräch mit Brigitta Luisa Merki, 2020.
172 Vgl. Burkart, Widmer 1978, 105–114; Gespräch mit Heidi Widmer, 2020.
173 Lang 2016, zahlreiche Texte; Gespräch mit Ernst Halter, 2019.; Halter 2021.
174 Gespräch mit Ernst Halter, 2019; Halter 2007, 9–15; Lang 2016, Bildserien.
175 Burger 2009, Nachwort von Thomas Strässle, 393f.
176 Ganzer Absatz: Stähli, Gros 2003, 147–194 (zu Erika Burkart), 53–105 (zu Hermann Burger). Auszeichnungen «Erika Burkart», HLS 2010; «Hermann Burger», HLS 2003; SRF, Doppelpunkt 2009.
177 Burkart 2005.
178 Burkart 2005, editorische und biografische Notizen.
179 Haller 2005, 178. Persönliche Auskunft per E-Mail von Christian Haller, Laufenburg, vom 13.2.2020. Herzlichen Dank an Peter Gros, Aarau, für den Austausch zur Aargauer Literatur.
180 Faes 2001; Stähli, Gros 2003, 273–278; Merz 2011, z. B. 238–242.
181 Stähli, Gros 2003, 220–242; Der Spiegel, 24.9.1978.
182 Von Matt 1998, zahlreiche Stellen.
183 Z. B. Strässle 1990, 75–82; Gespräch mit Ernst Halter, 2019.
184 Aargauer Kantonsbibliothek, Reihe «Junge Autoren bei Sauerländer».
185 «Aargauer Literaturpreis», Wikipedia (Online-Quelle).
186 Eggenschwiler 2017, 24–26; Brugger Literaturtage, Archiv (Online-Quelle).
187 Kunz 2006, 7.
188 Kunz 2006, 24–35; Kneubühler 1972, u. a. 15; Gespräch mit Max Matter, 2019; Wiederkehr 2019 (Online-Quelle); Generell: Imhof, Omlin 2014.
189 Vgl. Klage im AK, 13.8.1987 (Oederlin).
190 Lienhard, SIKART 1998 (Online-Quelle). Gespräch mit Max Matter über seinen Austausch mit Ilse Weber, 2019. Die Verfasserin des SIKART-Eintrags ist die Tochter der Künstlerin. Sie besuchte mit Max Matter die Kantonsschule in Aarau.
191 Sidler 2019, 89f.
192 Stadtarchiv Zofingen, Archiv «zofiscope», Programmbroschüre.
193 Colberg 1975, 178.
194 SRF, «Antenne» vom 18.6.1974 («zofiscope 74»); Ros 1999, 327–329.
195 Stadtarchiv Zofingen, Archiv «zofiscope», Abrechnung 30.9.1974.
196 Aktionen Blumenhalde 1976, 6 und 15.
197 Vgl. Programm AK, 24.8.1978.
198 Alle Zitate aus Interdisziplinäres Symposium der Künste 1978; Bericht: PA Max Matter.
199 AT, 1.9.1978.
200 Wittmer 1993, 44; GRP 719, 12.9.1978.
201 StAAG, AG 65.10.2, Protokoll Kuratorium, 22.9.1978, 6f. und Protokoll Kuratorium, 7.11.1978, 5–7.
202 GRP 799, 17.10.1978.
203 Art argovien d'aujourd'hui 1976.
204 Sidler 2019, 90.
205 Aktionen Blumenhalde 1976, 11, Kommentar von Peter Killer.
206 Däster, Meier 1974, 9.
207 Fassbind 2010, 114–116; Aargauische Kulturstiftung Pro Argovia 2020, 8; Feller 2014.
208 Kneubühler 1972, z. B. 15.
209 Zwez 1997, 67–86; Aargauische Kulturstiftung Pro Argovia 2002, 62f.; Gespräch mit Sabine Altorfer, 2019. Zu Staffelbach: StAAG, Ablieferung 2017/00063; Weber 1983, 28f.; schriftliche Mitteilung von Elisabeth Staffelbach am 21.4.2021.
210 Meier 2010, 186f.
211 Rheinfelder Neujahrsblätter 1975, 25.
212 Anliker, Kunz 1994, Verzeichnis, 141–173.
213 Kunz 1994, 15–32; Altorfer 1995, 17.
214 Anliker, Kunz 1994, Verzeichnis, 141–173; White 2020 (Online-Quelle).
215 Zehnder 2012, 150; vgl. Kunst im Kreisverkehr, Sammlung (Online-Quelle). Vgl. z. B. auch SRF Kulturplatz 2014.

Kultur als Erlebnis nach 1990
Events strahlen – und werfen Schatten

216 StAAG, AG 16.5, Stichworte zur Kulturförderung im Aargau, 4.
217 Sidler 2019, 98.
218 StAAG, ZwA 2003.0047/12.1, Zweijahresbericht Pro Argovia 1994, 7f.
219 Stiftungsrat Aargauische Kulturstiftung Pro Argovia 1993, 12.
220 Stiftungsrat Aargauische Kulturstiftung Pro Argovia 1993, 18f.
221 StAAG, AG 16.5, Erziehungsdepartement des Kantons Aargau, Medienorientierung 25 Jahre Kulturgesetz vom 14. Dezember 1993, 2.
222 Gespräch mit Hans Ulrich Glarner, 2020.
223 Sidler 2019, 101.
224 Keller 2004, 104f.
225 Naegele 2011, 15. Siehe auch Aargauer Symphonie Orchester 1991, 5 und Aargauer Symphonie Orchester 1993, 5.
226 Naegele 2011, 9.
227 Kanton Aargau 2018 (Online-Quelle).
228 Kulturdünger, Über 2020 (Online-Quelle).
229 Zensur 6./7., Juli/August/September 1990.
230 AZ, 16.12.2011; AZ, 20.4.2019.
231 Sidler 2019, 102.
232 Botschaft des Regierungsrates des Kantons Aargau an den Grossen Rat, 19.1.2005, 16.
233 Das «Kulturprozent» muss ausgeschöpft werden (Broschüre).
234 Botschaft des Regierungsrates des Kantons Aargau an den Grossen Rat, 19.1.2005, 19f.
235 Motionen von Maja Wanner und Andreas Binder, GRP 2326 und 2349, 18.1.2005.
236 GRP 425, 15.3.2005.
237 Gespräch mit Hans Ulrich Glarner, 2020.
238 GRP 2002, 25.11.2008.
239 AZ, 9.9.2009.
240 Aargauer Regierungsrat 2017, 64–73.
241 Aargauer Kuratorium 2008.
242 Stapferhaus Lenzburg, Museum Langmatt Baden, Schweizer Kindermuseum Baden, Aargauer Symphonie Orchester (seit 2013 argovia philharmonic), KiFF Aarau, Künstlerhaus Boswil, Murikultur, Fantoche, Tanz und Kunst Königsfelden.
243 Gespräch mit Bruno Meier, 2020.
244 Rufli 2017 (Online-Quelle).
245 Rieder, Spörri et al. 2016, 9; Regierungsrat des Kantons Aargau 2017, 46; AZ, 23.5.2016.
246 Aargauer Kuratorium 2009, 15.
247 Aargauer Kuratorium 2009, 15.
248 Aargauer Kuratorium 2011, 5.
249 Ehrismann 2019, 127–135; JULI, Nr. 38, 2013; Lille 2010, 94.
250 Gespräch mit Hans Ulrich Glarner, 2020.
251 Zu Kultur macht Schule: Hamer 2009.
252 Kanton Aargau, Kultur macht Schule (Online-Quelle).
253 Kulturgesetz, 31. März 2009, 2.
254 Lille 2010, 99.
255 AZ, 16.1.2020.
256 Aargauer Regierungsrat 2017, 58.
257 Schulblatt AG/SO, Nr. 23, 2008.
258 Wehrli, Museum Schiff 2020; Herbrig 2020.
259 AZ, 28.9.2013. Vgl. Geschäft Grosser Rat 13.240, 19.11.2013, Interpellation der Fraktion der Grünen vom 19.11.2013 betreffend (Mit-)Finanzierung von Projekten des Kantons über den Swisslos-Fonds. Beantwortung durch den Regierungsrat am 19.2.2014.
260 Aargauer Kuratorium 2019, 31.
261 Keller 2016, 28.
262 Brülle, Aargau 5 (26), November 1979; Bundesamt für Kultur 2019, 12; Altorfer 2020. Berücksichtigt sind ebenfalls die Ausgaben des Swisslos-Fonds.
263 Haselbach et al. 2012.
264 AAKU, Februar 2020, 28f.
265 AAKU, Februar 2020, 29.
266 Aargauische Kulturstiftung Pro Argovia, 32.

267 Über AAKU (Online-Quelle).
268 Küng, Meier 2021.
269 Kunz 1995, o. S.
270 Rey 2011.
271 Bütler, Rey 2009, 4.
272 Hofstetter 2001, 32 und 36.
273 Auskunft per E-Mail von Marco Kugel vom 16.4.2020.
274 Hofstetter 2001, 32 und 36.
275 Gespräch mit Peter Sterk, 2019.
276 Müller, Joray 2006, 93–96.
277 Auskunft per E-Mail von Jane Wakefield, Winterthur, 20.6.2020; Wakefield 2004, 4f.
278 Halder 2009, 73–77, Zitat 75.
279 Gespräch mit Ursula Huber, 2021. Gründungsjahr aus Hofstetter 2001, 29.
280 AZ, 26.6.2019; Gespräch mit Lukas Renckly, 2020.
281 Festivalforum Aargau 2020 (Online-Quelle).
282 Gespräch mit Lukas Renckly, 2020; Festivalforum Aargau 2020 (Online-Quelle).
283 StAB, E.62.89 und E.62.88.
284 StAB, E.62.89, E.62.88 und E.62.180 I/II; Gespräch mit Peter Hossli, 2020.
285 Ansems 2010, 23.
286 Ansems 2010 14–30; Bortlik, Gautschi 1998, verschiedene Stellen.
287 StAB, E.62.120; Gespräch mit Harry Schärer, 2020; «Space Dream», Wikipedia; SRI 2000.

Geschichtskultur und Kulturerbe
Tradition verpflichtet zur Pflege

288 Meier, Geschichtsschreibung 2003, 39.
289 StAAG, ZwA 1905.0001/0001, Protokoll der Sitzung der Spezialkommission betr. Festschrift für die aarg. Centenarfeier, 1. April 1901 und Schreiben von J. Hunziker und H. Herzog an den Regierungsrat, 8. Mai 1901.
290 Krättli 1953, 4.
291 Sandmeier-Walt 2019, 249–259.
292 Halder 1953; Regierungsrat des Kantons Aargau 1954; Brühlmeier, Weber 1953.
293 Gautschi 1978, 529–532.
294 Fuchs 2004, 21.
295 Halder, Weber 1978, 10.
296 Gespräch mit Bruno Meier, 2020.
297 Gespräch mit Hans Ulrich Glarner, 2020.
298 Müller, Archivierung 2002, 225.
299 Halder 1952, 2–8.
300 Boner 1979, 442.
301 Mathé 2003, 13 und 160.
302 Mathé 2003, 12.
303 RR-RB 1975.
304 RR-RB 2005, 15.
305 Departement Bildung, Kultur und Sport, Abteilung Kultur 2015, 13. Siehe auch Bericht von Bibliothek und Archiv Aargau 2016, 202; Kanton Aargau, Bibliothek und Archiv (Online-Quelle).
306 Kanton Aargau 2002, 79.
307 Mathé 2003, 219.
308 StAAG, Isler, 21.10.2016.
309 StAAG, ZwA 2002.0016/0167, Bericht zum Projektierungskredit Gesamtplanung II.
310 Dettling 2009, 276f. Vgl. auch StAAG, AG 46.6.
311 Süry 2008, 218.
312 Dettling 2009, 272; Gespräch mit Hans Ulrich Glarner, 2020.
313 Moos 2016, 250f.; Meier 2008, 8–17.
314 NZZ, 31.3.2011.
315 Pauli-Gabi 2008, 31–35.
316 Meier 1993, 101f.
317 Rössler 2016, 31–47.
318 Arx, Meier 2015, 9–16.
319 Banholzer 1992, 188–190.
320 Sauerländer 2014, 18.
321 Industriekultur am Aabach (Online-Quelle). Zur Industriekultur im Museum: Ackermann 2011, 48–51.
322 StAB, E.62.172; AZ, 14.11.1998.
323 Kanton Aargau, Abteilung Kultur 2003, 5.
324 Künzli 2020.
325 Süry 2008, 217.
326 Baur 1974, 719.
327 Gespräch mit Riccardo Bellettati, 2021.
328 Zu verschiedenen Grabungen: Guggisberg 2003, Doppler 2012, Flück 2017.
329 Vertrag über die Römerstadt Augusta Raurica, 31. März 1998 (ersetzt den Vertrag über die Römerforschung von 1975); Gespräch mit Elisabeth Bleuer, 2021.
330 Kanton Aargau, Aargauische Bauernhausforschung mit Buchvernissage abgeschlossen (Online-Quelle).
331 Gespräch mit Elisabeth Bleuer, 2021.
332 Zahlen nach Kanton Aargau, Archäologie (Online-Quelle). Zur Vermittlung: Matter, Weber 2018, 5f.
333 Zum Museum: Fellmann Brogli, Wertenschlag 2009; Käch, Milosavljevic 2007.
334 Bericht der Kantonsarchäologie 2017, 188.
335 Banholzer 1992, 190f.
336 AZ, 12.2.2016.
337 Die lebendigen Traditionen der Schweiz 2020.
338 Weber, Fröhlich 1983, 5.
339 Ganzer Abschnitt nach Leimgruber 2013, 206f.
340 Fröhlich, Gantner 1988, 63 und 65.
341 Fröhlich, Gantner 1988, 22.
342 Janz 2013, 91; Die lebendigen Traditionen der Schweiz, Aargau, Aarauer Bachfischet (Online-Quelle).
343 Janz 2013, 174f.
344 Weber, Fröhlich 1983, 59.
345 Janz 2013, 196.
346 Gemeinde Hallwil, Bärzeli (Online-Quelle).
347 Gemeinde Hallwil 2009, 43–48.
348 Gemeinde Hallwil 2009, 37. Zur Eierleset: Janz 2013, 119–127; Bircher 1996.
349 Fischer 2001; Stüssi-Lauterburg 1989, 35–40.
350 Weber, Fröhlich 1983, 44.
351 AZ, 10.10.2020.
352 Wiederkehr 2015, 228; Die lebendigen Traditionen der Schweiz, Aargau, Badenfahrt (Online-Quelle).
353 Janz 2013, 64–69; Landfrauenverein Küttigen 1986, 45–57.
354 AZ, 3.9.2009.
355 AZ, 19.9.2016.
356 Zur Geschichte: Gemeinde Klingnau 1989, 340–342 und Leimgruber 2004, 493.
357 AZ, 20.2.2014.
358 Primarschule Klingnau, Archiv (Online-Quelle).
359 Die lebendigen Traditionen der Schweiz, Aargau (Online-Quelle).
360 Dubler 2015 (Online-Quelle).
361 BT, 25.4.2019 und 20.7.2017.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Verzeichnis der in den Anmerkungen verwendeten Abkürzungen

AAV Aargauischer Arbeitgeberverband, Mitteilungsblätter
AGV Aargauische Gebäudeversicherung
AIHK Aargauische Industrie- und Handelskammer
AK Aargauer Kurier
ANG Aargauische Naturforschende Gesellschaft
ArABB Historisches Archiv ABB Schweiz
AT Aargauer Tagblatt
AV Aargauer Volksblatt
AZ Aargauer Zeitung
BAH Berichte der Aargauischen Handelskammer
BAK Bundesamt für Kultur
BFE Bundesamt für Energie
BfS Bundesamt für Statistik
BNB Badener Neujahrsblätter
BNJB Brugger Neujahrsblätter
BT Badener Tagblatt
EGL Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg
GRB Grossratsbeschluss
GRP Grossratsprotokoll
gta gta-Archiv, ETH Zürich
HLS Historisches Lexikon der Schweiz online, www.hls-dhs-dss.ch
HMB Historisches Museum Baden
HSSO Historische Statistik der Schweiz
KV/AG Kantonsverfassung Aargau
NFZ Neue Fricktaler Zeitung
NZZ Neue Zürcher Zeitung
PA Privatarchiv
RRP Regierungsratsprotokolle
RR-RB Rechenschaftsbericht des Regierungsrates
SBZ Schweizerische Bauzeitung
SozArch Schweizerisches Sozialarchiv
SRF Schweizer Radio und Fernsehen
StAAG Staatsarchiv Aargau
StAB Stadtarchiv Baden
SWA Schweizerisches Wirtschaftsarchiv
TA Tages-Anzeiger
WA Wohler Anzeiger

Gedruckte und graue Literatur, Presse

18. Aargauisches Kantonal-Musikfest: Bremgarten, 19.–20. Mai 1951. Bericht des Preisgerichts. Bremgarten 1951.

20 Jahre Katholische Pfadfinder Aarau. O. O. 1956.

75 Jahre Eisen- und Stahlwerke Oehler & Co. AG. Aarau 1956.

75 Jahre Wisa-Gloria-Werke AG, Lenzburg, 1882–1957, in: Lenzburger Neujahrsblätter, 1958, 69–70.

25 Jahre Elektrizitäts-Gesellschaft Laufenburg AG. Laufenburg 1982.

150 Jahre Männerchor Möriken-Wildegg. Lenzburg 1988.

30 Jahre Genossenschaft Ochsen Festschrift. Zofingen 2012.

50 Jahre ASO im Bild. Das ASO-Magazin zum Jubiläum, 2012/2013.

150 Jahre Wynentaler Blatt. Beilage im Wynentaler Blatt. Hg. vom Wynentaler Blatt, 24.10.2008.

A

Aargau Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern (Hg.): Was Männer wollten und Frauen taten. Erster historischer Frauenstadtrundgang Aarau 1998. Beiträge zur Frauen- und Geschlechtergeschichte im Aargau zwischen Helvetik und Bundesstaat (1798–1848), Baden 1998.

Aargauer Bibliotheksstatistik 2017 (Online-Quelle).

Aargauer Interreligiöser Arbeitskreis airak, Geschichte, 18.12.2020 (Online-Quelle).

Aargauer Konferenz der Religionen, Gründungsvereinbarung, 18.12.2020 (Online-Quelle).

Aargauer Kuratorium: Kanton Aargau. Kuratorium für die Förderung des Kulturellen Lebens. Aarau 1988.

Aargauer Kuratorium: Tätigkeitsberichte. Aarau 2008–2019.

Aargauer Landeskirchen, Feierliche Gründung der Aargauer Konferenz der Religionen, 18.12.2020 (Online-Quelle).

Aargauer Regierungsrat: Bericht zur Abfallwirtschaft im Kanton Aargau. Aarau 1986.

Aargauer Regierungsrat: Kulturkonzept des Kantons Aargau. Kulturpolitische Ziele. 2017–2022. Zurzach 2017.

Aargauer Symphonie Orchester: Saisonprogramme 91/92 und 93/94. Aarau 1991/1993.

Aargauer Tagblatt (Hg.): Aargau. Mensch und Landschaft in Schrifttum und Malerei. Aarau 1959.

Aargauer Tagblatt (Hg.): Der Aargau baut (2). Gewässerschutz. Aarau 1966.

Aargauer Volksblatt (Hg.): 82 Jahre AV auf 48 Seiten. Letzte Ausgabe des Aargauer Volksblatts. 31.10.1992. Baden 1992.

Aargauer Zeitung (Hg.): 175 Jahre AZ Medien. Zehnder-Wanner-Presse. Beilage zur Aargauer Zeitung. 9.11.2011.

Aargauer Zeitung (Hg.): 20 Jahre AZ. Beilage zur Aargauer Zeitung. 4.11.2016.

Aargauische BGB (Hg.): Bauern- und Bürgerzeitung. Organ der Aargauischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei. Windisch 1938–1968.

Aargauische Bibliothekskommission. Bibliotheksplan 2004. Zürich 2004.

Aargauische Erziehungsdirektion: Die Volksbibliotheken im Kanton Aargau. Aarau 1946.

Aargauische Evangelische Frauenhilfe, Geschichte, 4.12.2020 (Online-Quelle).

Aargauische Gebäudeversicherung (Hg.): Die Feuerwehr im Wandel der Zeit. Aarau 2018.

Aargauische Industrie- und Handelskammer: Jahresberichte.

Aargauische Kulturstiftung Pro Argovia (Hg.): Pro Argovia 2018/19/20. Lenzburg 2020.

Aargauische Naturforschende Gesellschaft: Mitteilungen der aargauischen Naturforschenden Gesellschaft. Aarau 1950, 1966 und 2020.

Aargauische Staatskanzlei: Aargauische Gesetzessammlung. Register erster bis zwölfter Band. 1803–1988, Aarau 1991.

Aargauische Vaterländische Vereinigung (Hg.): 75 Jahre Aargauische Vaterländische Gesellschaft. 1918–1993. Jubiläumsfeier im Grossratssaal in Aarau am 6. November 1993. Referate und Ansprachen, in: Die Lupe 4, Aarau 1993.

Aargauische Kulturstiftung Pro Argovia (Hg.): Aargauerleben. 50 Porträts aus dem aargauischen Kulturleben. Baden 2002.

Aargauischer Frauenturnverband (Hg.): 50 Jahre Aargauischer Frauenturnverband. Aarau 1972.

Aargauischer Fussballverband (Hg.): 100 Jahre Fussball im Aargau. Legenden – Rekorde – Vereine – Ranglisten. Aarau 2015.

Aargauischer Kantonalturnverein (Hg.): 125 Jahre AKTV 1860–1985. Schinznach-Dorf 1985.

Aargauischer Leichtathletikverband (Hg.): 100 Jahre Aargauischer Leichtathletikverband. Suhr 2019.

ABB Technikerschule (Hg.): 40 Jahre ABB Technikerschule. Baden 2011.

Ackermann, Felix: Topfreiniger aus dem Wynental. Ein Streiflicht auf die Sammeltätigkeit des Museums Aargau im Bereich Industriekultur, in: Argovia 123, 2011, 48–82.

Aerne, Peter: «Die dagegensprechenden Argumente sind nur gefühlsmässiger Art und aus der Tradition erwachsen». Der lange Marsch der Frauen ins Pfarramt, in: Argovia 116, 2004, 35–74.

Affolter, Claudio et al.: Architekturführer der Stadt Baden. Baden 1994.

Agridea: Produktionskosten im Weinbau. Wirtschaftlich-technische Ergebnisse. 2014.

Agrofutura: Naturgemässe Kulturlandschaft Fricktal. Schlussbericht. Brugg 1995.

Agustoni, P. A.: Auf der Fährte des Löwen. Luzern 1955.

Aktionen Blumenhalde: Aarau, 10.–13. Juni 1976. Mit Beiträgen von Jean-Jacques Daetwyler, Peter Killer, Laura Buchli. Konzeption und Gesamtleitung: Laura Buchli, Konrad Oehler. Fotos: Werner Erne et al. Aarau 1976.

Allemann, Martin: Das Schicksal der Klosteranlage und die Neubesiedlung, in: Kulturstiftung St. Martin: Memorial Muri 1841. Zur aargauischen Klosteraufhebung von 1841. Baden 1991, 205–270.

Allemann, Martin; Felder, Peter: Das Kloster Muri. Kanton Aargau. Bern 2017.

ALSG Aargauische Landwirtschaftliche Siedlungsbaugenossenschaft: Bericht über die bisherige Tätigkeit und Anregungen zur Weiterentwicklung des Siedlungstyps Aargau. Typoskript. Sulz 1967.

Altermatt, Urs: Katholizismus und Moderne. Zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Schweizer Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert. Zürich 1991.

Altermatt, Urs: Konfessionelles, nivelliertes oder zersplittertes Christentum, in: Ders. (Hg.): Schweizer

Katholizismus im Umbruch 1945–1990. Freiburg 1993, 251–271.
Altermatt, Urs (Hg.): Rechte und linke Fundamentalopposition. Studien zur Schweizer Politik 1965–1990. Basel 1994.
Altermatt, Urs: Schweizerischer Caritasverband 1901–2001, in: Zeitschrift für schweizerische Kirchengeschichte 95, 2001, 179–196.
Altermatt, Urs: Zum ambivalenten Verhältnis von Katholizismus und Moderne. Epochen, Diskurse, Transformationen, in: Zeitschrift für schweizerische Kirchengeschichte 97, 2003, 165–182.
Altermatt, Urs: Konfession, Nation und Rom. Metamorphosen im schweizerischen und europäischen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Frauenfeld/Stuttgart/Wien 2009.
Altermatt, Urs (Hg.): Das Bundesratslexikon. Basel 2019.
Altorfer, Sabine: Kunst in Baden. Die Werke im öffentlichen Raum. Hg. von der Stadt Baden. Baden 1995.
Altorfer, Sabine: Eine Siedlung im Aargau ist der Urtyp des Terrassenhauses, in: Aargauer Zeitung, 14.8.2015.
Altorfer, Sabine: Aargauer Erfolgs-Regisseurin Petra Volpe: «Bis zum Oscar ist es ein sehr, sehr langer Weg», in: Tagblatt, 19.6.2017 (Online-Quelle).
Altorfer, Sabine: «Der Aargau muss in Kultur investieren». Das sagt der Aargauer abtretende Kulturchef, in: Tagblatt, 17.2.2020 (Online-Quelle).
Altpfadfinder Adler Aarau (Hg.): 100 Jahre Pfadi Adler Aarau (1919–2019). Aarau 2019.
Altwegg, Andres: Vom Weinbau am Zürichsee. Struktur und Wandlungen eines Rebgebietes seit 1850. Stäfa 1980.
Altwegg, Andres et al.: Weinlandschaft Zürichsee. Geschichte und Gesichter. Zürich 2018.
Aluminium AG Menziken: Firmenschrift. 1968.
Amiet, Thomas; Aebi, Peter J.: Nock – der erste Schweizer Zirkus. Wimmis 2002.
Amlinger, Fabienne: Im Vorzimmer der Macht? Die Frauenorganisationen der SPS, FDP und CVP, 1971–1995. Zürich 2017.
Ammann, Hektor: Der Bezirk Aarau. Heimatgeschichte und Wirtschaft. Zürich 1945.
Ammann, Hektor; Bosch, Reinhold et al.: Lenzburg-Kulm. Heimatgeschichte und Wirtschaft. Zürich 1947 (Bezirkschroniken des Kantons Aargau 3. Lenzburg-Kulm).
Ammann, Hektor; Senti, Anton: Die Bezirke Brugg, Rheinfelden, Laufenburg und Zurzach. Heimatgeschichte und Wirtschaft. Zürich 1948 (Bezirkschroniken den Kantons Aargau 5).
Amtliches Bulletin der Bundesversammlung: Landwirtschaftsgesetz. Änderung 1. Teil. Band 3, 1992, 1043–1066.
«An sich, als Typ, ist der Aargauer ja ein lustiger». Eine Sondernummer über einen sonderbaren Kanton, Das Magazin 1/2, 1998.
Ansems, Michaela: DJ Bobo. Gestatten, René Baumann. Bern 2010.
Andermatt, Marin: Unsere weiblichen Jugendorganisationen, in: Erbe und Auftrag. Festgabe zum Aargauischen Katholikentag im Jubiläumsjahr 1953. Baden 1953, 396–404.
Andersen, Arne: «... und so sparsam!». Der Massenkonsum und seine Auswirkungen. Veränderung und Mentalitätswandel. Dargestellt am «Schweizerischen Beobachter». Zürich 1998.
Angstmann, Raffaela: Das Wort «Sau-Tschingg» ist in sein Gedächtnis eingebrannt, in: NZZ, 27.9.2019.
Anliker, Hans; Kunz, Stephan (Hg.): Kunst im öffentlichen Raum im Aargau seit 1970. Aarau 1994.
Ansems, Michaela: DJ Bobo. Gestatten, René Baumann. Bern 2010.
Arbeitsgruppe des Bundes für die Raumplanung: Wie soll die Schweiz von morgen aussehen? Zürich 1972.
Arbeitsgruppe Transportplan Aarau – Lenzburg – Täler: Transportplan 66. Verkehrsplanung im Raume Aarau – Lenzburg – Seetal – Wynetal – Suhretal. Aarau 1966.
Aregger, Hans: Wo wohnen und arbeiten die Schweizer morgen? Bevölkerungsentwicklung und Siedlungsformen, in: NZZ, 15.10.1962, 17.10.1962, 18.10.1962 (dreiteilige Artikelserie).
Aregger, Roland: Wirtschaft Aargau im Überblick. AIHK. 1992.
Arnet, Helene: Mit Gottvertrauen im Gepäck. Die Baldegger Schwester Gaudentia in Papua Neuguinea. Zürich 2020.
Arnold, Peter: Auf den Spuren des ‹anderen›Theaters. Oder, der Beitrag der Claque Baden zur Zukunft des Theaters in der Schweiz. Berlin 1987.
Arnold, Peter: Spatz & Co. Baden (AG), in: Kotte, Andreas (Hg.): Theaterlexikon der Schweiz 3. Zürich 2005, 1707f.
Arnold, Peter; Stenzl, Tanja: Innerstadtbühne Aarau. Aarau (AG), in: Kotte, Andreas (Hg.): Theaterlexikon der Schweiz 2. Zürich 2005, 903f.
Art argovien d'aujourd'hui: Titulaires de bourses accordées par le Conseil pour l'encouragement de la vie culturelle du canton d'Argovie. O. O. 1976.
Arx, Christine von; Meier, Leonie: Museum Burghalde Lenzburg, in: Traverse 22, 2/2015, 9–16.
Aschwanden, Erich: Aufsteiger mit Sendungsbewusstsein. Der Kanton Aargau im Wahljahr 2015, in: NZZ, 14.7.2015.
Auderset, Juri; Moser, Peter: Rausch und Ordnung. Eine illustrierte Geschichte der Alkoholfrage, der schweizerischen Alkoholpolitik und der Eidgenössischen Alkoholverwaltung. 1887–2015. Bern 2016.
Auf der Maur, L. und Scheifele, K: Zonenplanung in Spreitenbach, in: Bauen und Wohnen 12, 1959.
Automobil Club der Schweiz: 50 Jahre Sektion Aargau. 1910–1960. Aarau 1960.
Automobil Club der Schweiz: ACS Bergrennen Reitnau. Hg. von Victor Fischer. Aarau 2015.
AZ Medien (Hg.): AZ Medien 4. November 1996: Heute vor 20 Jahren erschien die erste Aargauer Zeitung. Die Ankündigung der Fusion von Aargauer Tagblatt und Badener Tagblatt überrascht die Öffentlichkeit. Die grössten Konkurrenten auf dem Aargauer Zeitungsmarkt künftig vereint? Aarau 2016.

B

Bächi, Beat: LSD auf dem Land. Produktion und kollektive Wirkung psychotroper Stoffe. Konstanz 2020.
Bachmann, Heinrich: Raumplanerisches Leitbild der Schweiz CK 73 im Vergleich zu den ersten Varianten von Besiedlungskonzepten für den Kanton Aargau. Aarau 1974.
Bachmann, Heinrich: Raumplanung Kanton Aargau. Provisorisches Raumordnungskonzept. Typoskript Synoptische Darstellung der wichtigsten Grundsätze. Aarau 1979.
Baeschlin, Ruedi: Im Aargau wächst mehr Obst, als man denkt, in: Landwirtschaft im Aargau. Gestern, heute, morgen. Aarau 1988, 187–193.
Baier, Werner: Die Volkshochschule Aarau 1964 bis 1977. Strukturen und Organisation. Bisher – heute – künftig. Diplomarbeit, Aarau 1977.
BAK Basel Economics AG (Hg.): Wirtschaft, Demographie und fiskalisches Potenzial im Kanton Aargau. Kurzgutachten im Auftrag der Abteilung Finanzen des Kantons Aargau. Basel 2017.
Baldinger Fuchs, Astrid et al.: Brugg erleben. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel 2. Baden 2005.
Baldinger Fuchs, Astrid; Baumann, Max et al.: Aufbau, Wandel und Wirken. Geschichte der Katholiken im Bezirk Brugg. Brugg 2016.
Balmer, Heinz: Zur Geschichte von Bad-Schinznach. 1987.
Banholzer, Max: Das Museum Schiff in Laufenburg. Eine fricktalisch-badische Kulturstätte, in: Jurablätter. Monatsschrift für Heimat- und Volkskunde 54, 1992, 188–190.
Bärlocher, August: Die Katholische Presse im Aargau, in: Erbe und Auftrag. Festgabe zum Aargauischen Katholikentag im Jubiläumsjahr 1953. Baden 1953, 205–220.
Barman, Gabriela: Stadtentwicklung und Ortsbildschutz. Entwicklung des Schutzumfangs historischer Ortsbilder in den städtischen Planungsinstrumenten mit exemplarischer Betrachtung der Stadt Baden. Abschlussarbeit MAS Raumplanung ETH Zürich, 2015.
Bärtschi, Meinrad: Der Weg zum Jurapark Aargau, in: Umwelt Aargau 50, Aarau 2010, 55–58.
Baudepartement des Kantons Aargau, Abteilung Raumplanung: Stand der Planung Juni 1971. Aarau 1971.
Baudepartement des Kantons Aargau: Raumordnungskonzept. Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung. 7.4.1995.
Baudepartement des Kantons Aargau: Sagenmülitäli Bözbergtunnel. Zur Eröffnung der N3. Aarau 1996.
Baudepartement des Kantons Aargau: Zur Eröffnung der N3. Baden 1996.
Baumann, Max; Steigmeier, Andreas: Brugg erleben 1. Schlaglichter auf die Brugger Geschichte. Baden 2005.
Baumann, Ruedi: Weshalb der VKMB aus dem Bauernverband austritt, in: Gnueg Heu dune. Monatsbulletin der Schweizerischen Vereinigung zum Schutz der kleinen und mittleren Bauern 4, 1989, 1–3.
Baumann, Walter: Ohne Halt bis Betonville. Vom Schweizer Bauernhaus zum modernen Wohnsilo, in: Schweizerisches Jugendschriftenwerk 1326, Zürich 1975.
Baumberger, Georg: Jesuiten, in: Historisch-biographisches Lexikon der Schweiz 4, 1927, 401–403.
Baumer, Iso: Einheit und Vielfalt der Ostkirchen in der Schweiz. Orthodoxe, alt-orientalische und ostkatholische Kirchen, in: Baumann, Martin; Stolz, Jörg (Hg.): Eine Schweiz – viele Religionen. Risiken und Chancen des Zusammenlebens. Bielefeld 2007, 160–174.
Baumgartner, Fabian; Kohli, Alice: Der Traum von der heilen Hüsli-Schweiz, in: NZZ, 18.11.2014.
Baur, Karl: Reinhold Bosch, in: Argovia 86, 1974, 217–220.
Beck, Karin: «Man lebt wie eine Brücke: Die Seele ist unten, der Körper ist hier». Integration und Integrationsprobleme der Menschen aus dem Balkan, in: Badener Neujahrsblätter 79, 2004, 29–37.

Beratungszentrum Liebegg: Faktenblätter. Ausgabe vom Januar 2019 (Gemüsebau), Ausgabe vom Juni 2019 (Beeren), Ausgabe vom Juli 2019 (Weinbau), Ausgabe vom September 2019 (Obstbau).
Bericht der Kantonsarchäologie 2017, in: Argovia 2017, 188–216.
Bericht der Expertenkommission für die Vorbereitung einer Totalrevision der Bundesverfassung. Bern 1977.
Bericht von Bibliothek und Archiv Aargau: Kantonsbibliothek, Staatsarchiv, Bibliotheksförderung 2016, in: Argovia 129, 2017, 216–223.
Bertschi, Reinhold: Die Landwirtschaft fügt sich der neuen Ordnung. Nach wie vor ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, in: NZZ, 22.6.1999.
Bezirksschule Muri (Hg.): Festschrift 150 Jahre Bezirksschule Muri 1843–1993. Muri 1993.
Biafora, Angela: Kettenmigration und soziales Kapital. Überprüfung einer Theorie am Beispiel der Emigration aus San Giovanni in Fiore nach Wettingen. Maturaarbeit Kantonsschule Wettingen, 2013.
Biberstein, Bruno; Brändli, Sebastian et al. (Hg.): Aufklärung bis in die Niederungen. Politik im Schweizer Mittelland. Festschrift zur Verabschiedung von Dr. Arthur Schmid als Regierungsrat: Aarau 1993.
Biberstein, Lorenz; Killias, Martin: Erotikbetriebe als Einfallstor für Menschenhandel? Eine Studie zu Ausmass und Struktur des Sexarbeitsmarktes in der Schweiz. Untersuchung im Auftrag des Bundesamtes für Polizei fedpol. Lenzburg 2015.
Bieri, Markus: Kanton Aargau. Der Staatshaushalt in den 90er-Jahren. Ein Vergleich mit anderen Kantonen. Kurzanalyse. Aarau 2000.
Bieri, Stephan: Gedanken zum Stand der Verwaltungsorganisation. Das Beispiel der aargauischen Verwaltungspraxis, in: Schweizerische Studiengesellschaft für rationelle Verwaltung (Hg.): Verwaltungsreform am Beispiel des Kantons Aargau. Erreichtes und Nichterreichtes. 20. Schweizerische Studientagung vom 24.06.1976 in Aarau, Bern 1976.
Bild des Aargaus: Wirtschaftsfreundlich ohne Ecken und Kanten, in: Aargauer Volksblatt, 20.4.1988.
Billing, Joan; Eberli, Samuel (Hg.): Alfred Altherr. Protagonist der Schweizer Wohnkultur. Baden 2013.
Binder, Stefan: 20 Jahre Seebelüftung, in: Umwelt Aargau 24, 2007.
Binnenkade, Alexandra: Sturmzeit. Die Evangelisch-Reformierte Landeskirche des Kantons Aargau zwischen 1933 und 1948. Baden 1999.
Bircher, Patrick: Das Eierlesen, in: Rückblende Oberhof und Wölflinswil 28, 1996, 42–51.
Bircher, Patrick: Kaisten – unser Dorf. Menschen und Landschaft in Vergangenheit und Gegenwart. Kaisten 2003.
Bircher, Peter: Der Aargauer Jura. A–Z. Wölflinswil 2015.
Bircher, Peter; Huber, Hans Jörg et al. (Hg.): Menschlicher Staat. Freundesgabe zum 70. Geburtstag von Robert Reimann. Baden 1981.
Bircher, Silvio: 70 Jahre Freier Aargauer. 70 Jahre Aargauer und Schweizer Politik. Erschienen zum 70-jährigen Bestehen der Tageszeitung AZ Freier Aargauer. 1906–1976. Aarau 1976.
Bircher, Silvio: Politik und Volkswirtschaft des Aargaus. Eine Staats- und Wirtschaftskunde für jedermann. Aarau 1979.
Bircher, Silvio: Vor 100 Jahren stellte der Proporz das Parteiengefüge auf den Kopf. Politische Parteien im Aargau. Von den Anfängen bis in die Gegenwart, in: Argovia 130, 2018, 156–183.
Bircher, Silvio; Bolliger, Armin (Hg.): Dokumentation der Sozialdemokratischen Partei des Bezirks Aarau. Aarau 1984.
Birrer, Sibylle: Jean Rudolf von Salis: «Helvetien gebe ich nicht verloren…», in: Dies.; Caluori, Reto et. al.: Nachfragen und vordenken. Zürich 2000, 35–88.
Bischof Burkard Huwiler Werk (Hg.): Bischof Burkard Huwiler. Muri 2018.
Bittner, Regina; Hackenbroich, Wilfried: Architektur aus der Schuhbox. Batas internationale Fabrikstädte. Leipzig 2012.
BKS, Departement Bildung Kultur und Sport, Medienmitteilung vom 22.11.2013.
Blanc, Jean-Daniel: Planlos in die Zukunft? Zur Bau- und Siedlungspolitik in den 50er Jahren, in: Ders. et al. (Hg.): Achtung: Die 50er Jahre! Annäherungen an eine widersprüchliche Zeit. Zürich 1994, 71–94.
Blanc, Jean-Daniel et al. (Hg.): Achtung: Die 50er Jahre! Annäherungen an eine widersprüchliche Zeit. Zürich 1994.
Blangetti, Claudia: San Giovanni nel Cuore, in: Badener Neujahrsblätter 93, 2018, 38–47.
Blaser, Walter: Bauernhausformen im Kanton Aargau. Ein Beitrag zur aargauischen Siedlungs- und Hausgeographie. Aarau 1974.
Blubacher, Thomas: Paul Bruggmann, in: Kotte, Andreas (Hg.): Theaterlexikon der Schweiz 1. Zürich 2005, 277f.
Blum, E.: Die Beziehungen der deutschschweizerischen evangelisch-reformierten Kirchen zur äussern Mission, in: Die Schweizerischen Landeskirchen und die äussere Mission. Basel 1957, 9–22.
Blum, Iris: Ein Brett ist ein Brett ist ein Brett, in: Schwager, Nicole; Stauffacher, Hans Rudolf et al. (Hg.): Bildung und Gesellschaft. Zur Geschichte der Kantonsschule Baden. 1961–2011. Baden 2011, 111–130.
Boesch Hans: Die Verkehrsplanung im Kanton Aargau, in: Plan. Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik 5, 1964.
Boesch Hans: Die Langsamverkehrs-Stadt. Bedeutung, Attraktion und Akzeptanz der Fussgängeranlagen. Eine Systemanalyse. Zürich 1992.
Boillat, Valérie; Degen, Bernhard et al. (Hg.):Vom Wert der Arbeit. Schweizer Gewerkschaften – Geschichte und Geschichten. Zürich 2006.
Bolliger, Heinrich: Der Finanzausgleich im Kanton Aargau. Winterthur 1958.
Bolliger, Rolf; Widmer-Dean, Markus: Kirchengeschichte Gontenschwil-Zetzwil. Gontenschwil 2019.
Boner, Georg: Die Gründung der Bezirksschule Muri, in: Argovia 91, 1979, 390–419.
Boner, Georg: Hauptzüge der Geschichte des aargauischen Staatsarchivs, in: Argovia 91, 1979, 420–448.
Borner, Esther, Gilomen Hanni et al.: 75 Jahre Aargauischer Frauenturnverband AFTV. Aarau 1997.
Bortlik, Wolfgang: Freiheit in der Mitte der Schweiz, in: Grand, Lurker et al. (Hg.): The Swiss Underground Music Scene of the 80's. Zürich 2012, 242–251.
Bortlik, Wolfgang; Gautschi, Kurt et. al.: D.J. Bobo. Die vergessenen Jahre. Schönenwerd 1998.
Bortolani, René (Hg.): Die Schule im Glashaus. Entstehung und Entwicklung der Fachhochschule Aargau Nordwestschweiz. Baden 2006.
Boškovska, Nada: «Jugoslawen» in der Schweiz. Soziale, kulturelle und ethnische Herkunft. Integrationsprobleme, in: Schweizerische Ärztezeitung 81, 47/2000, 2647–2651.
Bosshard-Kälin, Susann: Beruf Bäuerin. Frauen aus der Bäuerinnenschule im Kloster Fahr erzählen. Baden 2014.
Bosshard-Kälin, Susann: Im Fahr. Die Klosterfrauen erzählen aus ihrem Leben. Baden 2018.
Bovay, Claude: Eidgenössische Volkszählung 2000. Religionslandschaft in der Schweiz. Neuchâtel 2004.
Brand, Regina: Eine Brücke von der alten zur neuen Zeit. Die Gründungsgeschichte der Kantonsschule Baden, in: Schwager, Nicole; Stauffacher, Hans Rudolf et al. (Hg.): Bildung und Gesellschaft. Zur Geschichte der Kantonsschule Baden. 1961–2011, Baden 2011, 17–34.
Brändle, Rea: Glorioser Start, Bremsspuren, Beschleunigung, in: Muscionico, Daniele (Hg.): himmelaufreissen. Theater M.A.R.I.A. Marie und die freie Theaterszene in der Schweiz. Baden 2009, 60–79.
Brändli, Niklaus: 50 Jahre Pro Argovia, in: Aargauische Kulturstiftung Pro Argovia. Tätigkeitsbericht. 2002, 4–6.
Brändli, Sebastian: Ausbau des Bildungswesens. Der Erziehungsrat als Element der Partizipation. 1941–1998, in: Argovia 110, 1998, 103–119.
Brändli, Sibylle: Der Supermarkt im Kopf. Konsumkultur und Wohlstand in der Schweiz nach 1945. Wien 1997.
Braun, Hans: Der Werte- und Normenwandel im Spiegel der Sozialpolitik, in: Geschichte des Kantons Solothurn im 20. Jahrhundert, 2. Politik und Staat – Kirchen und Religion – Kultur, hg. vom Regierungsrat des Kantons Solothurn. Solothurn 2018, 298–359.
Breitschmid, Christian: Aufarbeitung der Übergriffe ist für Opfer unbefriedigend, in: Horizonte, 18.5.2020.
Bridel, Laurent: Raumplanung, in: Historisches Lexikon der Schweiz HLS, Version vom 19. Mai 2011.
Brogle, Martin: «Achtung: die Regionalstadt», in: Badener Neujahrsblätter 70, 1995, 22–41.
Brogle, Martin: Die Planung beginnt vor den Toren der BBC. Die ersten Aufgaben der Regionalplanung in der Agglomeration Baden-Wettingen, in: Badener Neujahrsblätter 92, 1997, 178–190.
Bruder, Balz: 200 Jahre Aargau. Das Kantonsjubiläum, das nie richtig angefangen und nie richtig aufgehört hat, in: Argovia 116, 2004, 25–34.
Brugger, Hans: Geschichte der aargauischen Landwirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Brugg 1948.
Brugger, Hans: Landwirtschaftliche Vereinigungen in der Schweiz 1910 bis 1980. Frauenfeld 1989.
Brugger, Hans: Landwirtschaftliche Schulen und Forschungsanstalten der Schweiz seit 1914. Frauenfeld 1990.
Brugger Literaturtage, Archiv, 10.2.2020 (Online-Quelle).
Bruggmann, Alfred; Hoby, Oskar: 10 Jahre Cabaret Rüeblisaft. Baden 1963.
Brühlmeier, Beat; Hinden-Simonett, Martha et al. (Hg.): Erbe und Auftrag. Festgabe zum Aargauischen Katholikentag im Jubiläumsjahr 1953. Baden 1953.
Brühlmeier, Beat; Weber, Leo: Erbe und Auftrag. Festgabe zum Aargauischen Katholikentag im Jubiläumsjahr 1953. Baden 1953.
Brühlmeier, Beat: 10 Jahre Praxis zur stopp, in: Aargauische Rechtspfle-

ge im Gange der Zeit. Aarau 1969, 241–254.
Brunner, Kurt: Meliorationswesen im Wandel der Zeit, in: Landwirtschaft im Aargau. Gestern, heute, morgen. Aarau 1988, 220–226.
Brunschwiler, Carl Hans; Bolz, Marcel: Vive la constitution! 25 Jahre Verfassungsrat Aargau. Lenzburg 1998.
Brüschweiler, Roman W.; Kottmann, Anton et al.: Spreitenbach. Spreitenbach 2000.
Büchi, Heidi; Kaspar, Fridolin: Eine Musiktradition aus dem Mittelalter neubelebt. Das Weihnachtsspiel der Wettinger Sternsinger, in: Badener Neujahrsblätter 91, 2016, 54–59.
Bundesamt für Energie, Sachplan geologische Tiefenlager, Konzeptteil, 1.4.2008.
Bundesamt für Energiewirtschaft: Die schweizerische Energiewirtschaft 1930–1980. Bern 1981 (SWA HXII 11a).
Bundesamt für Kommunikation (Hg.): Aktuelle Studien zur Leistungsfähigkeit von Presse, Radio und Fernsehen in der Schweiz. Zürich 2012.
Bundesamt für Kultur: Schweizer Seilbahninventar. Bern 2011.
Bundesamt für Kultur, Taschenstatistik Kultur in der Schweiz, 2019 (Online-Quelle).
Bundesamt für Statistik (Hg.): Eidgenössische Volkszählung 2000. Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden 1850–2000. Neuchatel 2002.
Bundesamt für Statistik: Sterbetafeln für die Schweiz 2008/2007. Neuchâtel 2017.
Bundesamt für Statistik: Die Bevölkerung der Schweiz 2014. Neuchâtel 2015.
Bundesamt für Statistik, Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP), Wohnbevölkerung nach Religionszugehörigkeit 2015, 11.12.2020 (Online-Quelle).
Bundesamt für Statistik, Religionszugehörigkeit nach Kantonen 2018, 11.12.2020 (Online-Quelle).
Bundesamt für Statistik, Kulturausgaben der Kantone 2018, 19.4.2021 (Online-Quelle).
Bundesamt für Statistik, Schweizerischer Städteverband: Statistik der Schweizer Städte 2020. Bern 2020.
Bundesbeschluss vom 6.10.1972 über die Aufhebung des Jesuiten- und des Klosterartikels der Bundesverfassung (Art. 51 und 52), Resultate in den Kantonen, 24.10.2020 (Online-Quelle).
Bundesblatt, Landwirtschaftsgesetz, Änderung vom 9. Oktober 1992, Band 6, Nr. 42, 114–116.
Bundi, Simon: Architektur mit dem Automobil. Ein Überblick bis in die Blütezeit des Autobooms Anfang der 1970er-Jahre, in: k + a. Kunst und Architektur 2, 2020, 4–13.
Buomberger, Thomas: Kampf gegen unerwünschte Fremde. Von James Schwarzenbach bis Christoph Blocher. Zürich 2004.
Buomberger, Thomas: Die Schweiz im Kalten Krieg. 1945–1990. Baden 2017.
Burckhardt, Lucius; Frisch, Max et al.: achtung. die Schweiz. Basel 1955 (Basler Politische Schriften 2).
Burckhardt-Seebass, Christine: «Gang, hol d'Gitarre…». Das Folk-Festival auf der Lenzburg 1972–1980 und die schweizerische Folk-Bewegung. Eine Skizze, in: Archiv für Volkskunde 83, 1987, 154–168.
Burgener, Louis: Kadetten in der Schweiz. Beiheft zur Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift 10. 1986.
Burger, Hermann: Schilten. München 2009.
Bürgerturnverein Aarau, 175 Jahre BTV Aarau, Online-Vereinsarchiv.
Bürgi, Matthias: Landwirtschaft unter Druck, in: Mathieu, Jon et al. (Hg.): Geschichte der Landschaft in der Schweiz. Von der Eiszeit zu den Gletschern. Zürich 2016, 254–266.
Bürgin, Kurt: Statistische Untersuchungen über das Schweizerische Zeitungswesen. 1896–1930. Dissertation, Leipzig 1939.
Bürgin, Martin: Frömmigkeit und Fronarbeit. Der Bau der St. Niklauskapelle in Oberehrendingen 1948, in: Badener Neujahrsblätter 83, 2008, 105–113.
Burkart, Erika: Brief an Hermann Burger. Faksimile aus dem Archiv Erika Burkart im Schweizerischen Literaturarchiv. Bern 2005.
Burkart, Erika; Widmer, Heidi: Gedichte und Zeichnungen, in: Brugger Neujahrsblätter, 1978, 105–114.
Burkhard, Nik: Die Freisinnigen haben Rheinfelden mitgeprägt. 100 Jahre freisinnig-demokratische Partei der Stadt Rheinfelden, in: Rheinfelder Neujahrsblätter 71, 2015, 51–58.
Buser, Aldo: 20 Jahre Regionalplanungsarbeit im Raume Baden, in: Plan. Schweizerische Zeitschrift für Landes-, Regional- und Ortsplanung 2, 1968, 45–47.
Buser, Marcos: Mythos Gewähr. Geschichte der Endlagerung radioaktiver Abfälle der Schweiz. Zürich 1988.
Buser, Marcos: Short-term and Long-term Governance als Spannungsfeld bei der Entsorgung chemotoxischer Abfälle. Vergleichende Fallstudie zu Entsorgungsprojekten in der Schweiz und Frankreich. DMS St. Ursanne und das Bergwerk Felsenau (beide Schweiz) und Stocamine (Frankreich), Karlsruhe, ITAS-ENTRIA-Arbeitsbericht 2017-02.
Buser, Marcos: Wohin mit dem Atommüll? Das nukleare Abenteuer und seine Folgen. Ein Tatsachenbericht, Zürich 2019.
Buser, Marcos; Wildi, Walter: Das «Gewähr»-Fiasko. Materialien zum gescheiterten Projekt «Gewähr» der Nagra. Schweizerische Energie-Stiftung 1984.
Bütler, Daniel: Apokalypse im Aargau, in: Die Zeit, 27.2.2014, 12.
Bütler, Remigius; Rey, Madeleine: Wir leben eine Möglichkeit – es gibt ganz viele andere Leben und Wahrheiten, in: Q Zeitung Aarauer Kultur, 2009.

C/D

Cassée, Kitty: Heimkonzepte gestern, heute – und morgen? Der Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern in der Schweiz, in: Kinderheim Brugg (Hg.): 150 Jahre Kinderheim Brugg, 1866–2016. Brugg 2016, 29–32.
Cassidy, Alan; Loser, Philipp: Der Fall FDP. Eine Partei verliert ihr Land. Zürich 2015.
Catrina, Werner: Glanz, Krise, Fusion. 1891–1991. Von Brown Boveri zu ABB, Zürich 1991.
Chaudhuri, Prasenjit; Gautschi, Karl et al.: Industria Aarau 1859–2009. Schönenwerd 2009.
Chaudhuri, Prasenjit: Verbindungen in Aarau und im Aargau, in: Schweizerische Vereinigung für Studentengeschichte (Hg.): Festschrift für Dr. Paul Ehinger v/o Wecker. Nachträglich zum 75. Geburtstag und für 20 Jahre Redaktion der Studentica Helvetica (1995–2014). Aarau 2015 (Studentica Helvetica. Documenta et Comentarii 31), 39–76.
Christen, Werner; Erne, Werner: 25 Jahre Lehramtsschule Aargau LSA. Aarau 1998.
Christkatholische Kirchgemeinde Rheinfelden/Kaiseraugst: Das Chorherrenstift St. Martin, sein Ende und das Danach. Beiträge zur Geschichte der Stadtkirche Rheinfelden von 1870 bis 2020. Rheinfelden 2020.
Christkatholische Landeskirche Aargau (Hg.): 125 Jahre Christkatholische Landeskirche Aargau. Baden 2011.
Christkatholisches Hilfswerk, Partner sein, 23.4.2021 (Online-Quelle).
Christlich-jüdische Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz, Geschichte der CJA Schweiz, 18.12.2020 (Online-Quelle).
Chronik 1963/64, in: Aarauer Neujahrsblätter, 1965, 97–104.
Chronik der Bezirke Baden, Zurzach, Laufenburg, Rheinfelden. Industrie, Handel und Gewerbe. Zürich 1969.
Chronik der Bezirke Brugg, Bremgarten, Muri. Industrie, Handel und Gewerbe. Zürich 1968.
Chronik der Bezirke Lenzburg und Kulm. Industrie, Handel und Gewerbe. Zürich 1966 (Chronik Kanton Aargau 2).
Circus Monti: Monti – Zuhause unterwegs. Baden 2009.
Claque: Claque Baden. Städtisches Kleintheater. Baden 1975.
Clivio, Aldo. Neubau Krankenheim am Süssbach, in: Bezirksspital Brugg (Hg.). Akutspital/Krankenheim am Süssbach. Brugg 1996, 5–15.
Coiffure De Simone: Die Erfolgsgeschichte geht weiter, in: Rundschau Süd, 24.1.2019, 16.
Colberg, Klaus: Eine Kleinstadt macht Kunst. «zofiscope» – ein beispielhaftes Experiment in der Schweiz, in: Zofinger Neujahrsblätter, 1975, 176–178.
Conidi, Claudio: Die Italiener in Wohlen. Lokalgeschichte und italienische Lebenswelt, in: Unsere Heimat 77, 2010, 9–152.
Constri AG: Constri. Alles rund um den Bau 2019. Katalog. Schinznach-Dorf 2019.
Conzemius, Victor: Der konziliare Aufbruch im Rückblick, in: NZZ, 8.12.2005.
CRB, Schweizerische Zentralstelle für Baurationalisierung: SK Systemkatalog industrialisierte Bauverfahren in der Schweiz. Zürich, Ausgaben 1967–1975.
Criblez, Lucien et al.: Erfolgreicher Ab schluss des Tertiarisierungsprozesses. Die Integration der Lehrerinnen- und Lehrerbildung ins Hochschulsystem, in: Bortolani, René (Hg.): Die Schule im Glashaus. Entstehung und Entwicklung der Fachhochschule Aargau Nordwestschweiz. Baden 2006, 94–109.
Criblez, Lucien; Herren, Marc: Hochschule, Fachschule oder Fachhochschule?, in: Bortolani, René (Hg.): Die Schule im Glashaus. Entstehung und Entwicklung der Fachhochschule Aargau Nordwestschweiz. Baden 2006, 18–45.
Criblez, Lucien et al.: Von der Aargauer Lehramtsschule zur Intensivweiterbildung 1973 bis 2013. Baden 2013.
CVP Kanton Aargau (Hg.): 100 Jahre CVP Aargau. 1892–1992. Aarau 1992.
CVP Kanton Aargau (Hg.): Bewährtes erhalten, Neues gestalten. CVP Aargau. Aktionsprogramm 1997. O. O. 1977.
Dahinden, Justus: Architektur. Form und Emotion. Stuttgart 2014.
Dal Molin, Gioia: Von der schwierigen Kunst, Kunst zu fördern. Staatliches und nicht-staatliches Engagement für die bildende Kunst in der Schweiz. 1950–1980. Zürich 2018.

Damenturnverein Aarau, Geschichte, Zeitreise durch die Protokolle, 1906–2016 (Online-Quelle).
Däster, Ueli; Meier, Gerhard: Kunst, Künstler und Gesellschaft. Zwei Vorträge. Gehalten an der Volkshochschule Zofingen im Zyklus «5 Künstler der Region». Zofingen 1974.
Däster, Ueli: Aarau und die Kunst, in: Aarauer Neujahrsblätter 49, 1975, 32–39.
Daum, Matthias: Behaglichkeit in der Betonwand. Was die Schweiz von der Aarauer Grosssiedlung Telli lernen kann, in: NZZ, 27.11.2010.
Davier, Anne; Suquet, Annie: Zeitgenössischer Tanz in der Schweiz. 1960–2010. Zu den Anfängen einer Geschichte. Zürich 2021 (Theatrum Helveticum 21).
De Carli, Luca: Die strengsten Einbürgerer Europas, in: Tages-Anzeiger Blog, 9.5.2014 (Online-Quelle).
Departement Bildung, Kultur und Sport, Abteilung Kultur: Aargauer Entwicklungsplan für öffentliche Bibliotheken 2015. Aarau 2015.
Departement des Gesundheitswesens (Hg.): Die Spitalkonzeption für den Kanton Aargau. Aarau 1972.
Departement Gesundheit und Soziales (Hg.). Gesundheitspolitische Gesamtplanung. Aarau 2005.
Der Alpenzeiger (1975–1995).
Dettling, Angela: Geschichte hautnah erleben. Die Geschichtsvermittlung auf Schloss Lenzburg durch die Zeit, in: Argovia 121, 2009, 271–283.
Deuber, Peter et al.: Durchgehende Raumplanung. Ein Verfahren dargestellt am Beispiel des Kantons Aargau. Diplomarbeit ORL ETH Zürich Nachdiplomstudium Raumplanung, Zürich 1977.
Die Hero-Familie, Firmenbroschüre, 1965.
Die lebendigen Traditionen der Schweiz, Aargau, 15.9.2020 (Online-Quelle).
Die Region. Gestaltungsraum der Widersprüche, in: Metron, Themenheft 35, Brugg 2019.
Diethelm, Alois: Roland Rohn. 1905–1971. Dokumente zur modernen Schweizer Architektur. Zürich 2003.
Dietrich, Karl: Verkehr – Siedlung – Umwelt. Zum Rücktritt von Professor Martin C. Rotach, in: NZZ, 9./10.10.1993.
Dingwall, Silvia; Ackle-Cathomas, Maja et al. (Hg.): Frauen im Aargau. Der Aargau und die Frauen. Feststellung und Forderungen zur Gleichberechtigung 1–4. Wettingen 1986.
Doering-Manteuffel, Anselm; Raphael, Lutz: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970. Göttingen 2010.
Doppler, Thomas: Spreitenbach-Moosweg (Aargau, Schweiz). Ein Kollektivgrab um 2500 v. Chr. / Spreitenbach-Moosweg (Argovie, Suisse). Une sépulture collective vers 2500 av. J.-C. Basel 2012.
Dreyfus, Madeleine: Ein ziemlich jüdisches Leben. Säkulare Identitäten im Spannungsfeld interreligiöser Beziehungen. Köln 2016.
Dubach, Werner; Eichenberger, Kurt et al: 150 Jahre Kanton Aargau im Lichte der Zahlen. 1803–1953. Aarau 1954.
Dubler, Annemarie: Historische Vereine, in: HLS, Version vom 21.7.2015.
Dubs, Hans: Behördenorganisation in der Strafrechtspflege, in: Aargauisches Strafprozessrecht. Aarau 1961, 271–291.
Dunkel, Daniel; Stutz, Hans: Militant für Rasse und Vaterland, in: Facts, 16.11.1995, 38–43.
Dyttrich, Bettina: Bäuerin, nicht erwerbstätig, mit Vollzeitjob, in: Wochenzeitung WOZ, 6.6.2019.

E

Ebneter, Albert: Die ökumenische Herausforderung der Mischehen, in: SKZ 167, 20.1.2000.
Econcept (Hg.): Evaluation der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOV). Schlussbericht vom 19.2.2009. Zürich 2009.
EFD Eidgenössisches Finanzdepartement; ESTV Eidgenössische Steuerverwaltung: Wohnungspolitik in der Schweiz. Bericht der Eidgenössischen Steuerverwaltung, des Bundesamtes für Sozialversicherungen und des Bundesamtes für Wohnungswesen. Bern 7.12.2010.
Eggenberger, Hanspeter: Auch im Aargau «bewegt» sich die Jugend, in: Die Ostschweiz, 18.4.1981.
Eggenschwiler, Georg: Wie alles begann (Brugger Literaturtage), in: Brugger Neujahrsblätter, 2017, 24–31.
Egger, Josef: «Ein Wunderwerk der Technik». Frühe Computernutzung in der Schweiz (1960–1980). Zürich 2014.
Egli, Ernst; Aebli, Werner et al.: Die Neue Stadt. Eine Studie für das Furttal. Zürich 1962.
Ehinger, Paul: 125 Jahre Zofinger Tagblatt. Die Geschichte einer Regionalzeitung. Zofingen 1997.
Ehinger, Paul: 100 Jahre Aargauische Vaterländische Vereinigung. Für die Freiheit – gegen den Kommunismus. Zofingen 2020.
Ehrenbold, Tobias: Bata – Schuhe für die Welt. Geschichten aus der Schweiz. Baden 2012.
Ehrensperger, Stefan: 100 Jahre Turnverein Endingen. Die Geschichte 1904–2004. 2004.
Ehrismann, Sibylle: Aus dem Pfarrhaus in die weite Welt des Films. Die grandiose Karriere der Filmregisseurin Sabine Boss, in: Aarauer Neujahrsblätter, 2016, 128–136.
Ehrismann, Sibylle: 40 Jahre Gong Aarau, in: Aarauer Neujahrsblätter, 2019, 126–135.
Eichenberger, Kurt: Die aargauische Verwaltungsgerichtsbarkeit im System der schweizerischen Verwaltungsrechtspflege, in: Aargauische Rechtspflege im Gang der Zeit. Festschrift des Aargauischen Juristenvereins gewidmet dem Aargauischen Obergericht aus Anlass des Bezugs eines neuen Obergerichtsgebäudes und der Einführung einer umfassenden Verwaltungsgerichtsbarkeit im Kanton Aargau. Aarau 1969, 293–306 (Veröffentlichungen zum aargauischen Recht 21).
Eichenberger, Kurt: Verfassung des Kantons Aargau. Textausgabe mit Kommentar. Aarau 1986.
Eidgenössische Expertenkommission für Fragen einer schweizerischen Kulturpolitik (Hg.): Beiträge für eine Kulturpolitik in der Schweiz. Bern 1975.
Eidgenössische Wohnbaukommission: Wohnungsmarkt und Wohnungspolitik. Bericht zuhanden des Bundesrats. Sonderheft «Volkswirtschaft» 72, Bern 1963.
Eidgenössisches Departement des Innern (Hg.): ISOS. Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz. Kanton Aargau 1–2, Bern 1988.
Eisinger, Angelus: Städte bauen. Städtebau und Stadtentwicklung in der Schweiz 1940 bis 1970. Zürich 2004.
Eisinger, Angelus; Siegenthaler, Hansjörg: Zur Wirkungsgeschichte des motorisierten Individualverkehrs in der Schweiz im 20. Jahrhundert, in: Traverse 15, 1/2008, 94–118.
EKRA, Entsorgungskonzepte für radioaktive Abfälle, Schlussbericht, 31.1.2000 (Online-Quelle).
Emma Kunz Zentrum: Emma Kunz. Würenlos 1998.
Emmisberger, Evelyne: Immer wieder: Heisse Häuser, in: Aargauer Kurier 26.10.1995, 11.
Enezian, Garabed: Die Siedlung R 1000 und die Gemeinde Rheinfelden. 1965–1972, in: Rheinfelder Neujahrsblätter, 1973, 26–109.
Epstein-Mil, Ron: Die jüdischen Gemeinden Baden und Bremgarten, in: Picard, Jacques; Bhend, Angela (Hg.): Jüdischer Kulturraum Aargau. Baden/Zürich 2020, 301–317.
Erben, Dietrich: Demonstrative Architektur. Ladenpassage, Warenhaus und Konsumkultur, in: Lepik, Andres; Bader, Vera Simone: World of Malls. Architekturen des Konsums. Berlin 2016.
Erziehungsdepartement des Kantons Aargau (Hg.): Lehrplan für die Bezirksschulen des Kantons Aargau 1972. Aarau 1972.
Erziehungsdepartement des Kantons Aargau (Hg.): Sport für alle im Kanton Aargau 1976/77. Aarau 1976.
Espace Suisse, Verband für Raumplanung (Hg.): Halteplätze für Jenische, Sinti und Roma. Rechtliche und raumplanerische Rahmenbedingungen für Halteplätze, in: Raum & Umwelt. Dossiers zur Raumentwicklung 1, Bern 2019.
Evangelatos-Ruepp, Hanny: Die ersten Asylbewerber, in: Bremgarter Neujahrsblätter, 1997, 59–66.
Evangelisch-reformierte Landeskirche des Kantons Aargau: Jahresbericht. 1956.
Even, Ömer; Hanak, Michael: Martinsberg in Baden. Vom Gemeinschaftshaus zum Schulhaus. Bern 2009 (Schweizerische Kunstführer GSK).

F

Faes, Urs: Und Ruth. Frankfurt 2001.
Fahrländer, Andreas: Etablissements von zweifelhaftem Ruf. Der vergangene Glanz der goldenen Vergnügungsindustrie, in: Badener Neujahrsblätter 94, 2019, 61–67.
Fahrländer, Andreas: Zur Rettung der Stiftung Langmatt. Welche Bilder sollen für 40 Millionen verkauft werden?, in: Badener Tagblatt, 20.5.2020 (Online-Quelle).
Fahrländer, Hans: 150 Jahre Tagespresse. Baden 1998.
Fahrländer, Hans: Schrittweise Annäherung an ein Gemeinschaftswerk, in: Bortolani, René (Hg.). Die Schule im Glashaus. Entstehung und Entwicklung der Fachhochschule Aargau Nordwestschweiz. Baden 2006, 184–193.
Fahrländer, Hans: Suisse miniature, in: Die Zeit (Ausgabe Schweiz), 9.9.2010, 12.
Fahrländer, Hans: Regionaljournal sendet seit 30 Jahren – und rüstet sich für die Zukunft, in: Aargauer Zeitung, 30.8.2014 (Online-Quelle).
Falk, Francesca: Gender Innovation and Migration in Switzerland. Cham 2019.
Fassbind, Bernard; Laubacher, Cécile: Kunstvermittlung als Kunst, in: Brugger Neujahrsblätter, 2010, 114–117.
Favre, Olivier; Stolz, Jörg: Die Evangelikalen. Überzeugte Christen in einer zunehmend säkularisierten Welt, in: Baumann, Martin; Stolz, Jörg (Hg.): Eine Schweiz – viele Religionen. Risiken und Chancen des Zusammenlebens. Bielefeld 2007, 128–144.
FDP Kaiseraugst (Hg.): 50 Jahre Freisinnige Ortspartei Kaiseraugst 1950–2000 FDP. Kaiseraugst 2000.

FDP Kanton Aargau (Hg.): Aargauer Freisinn. Aarau, div. Jahrgänge.
FDP Kanton Aargau (Hg.): Standpunkt. Forum der Aargauer Freisinnigen. Aarau 1967–1980.
FDP Kanton Aargau (Hg.): Die menschliche Freiheit von morgen. Der Aargauer Freisinn der Zukunft. Aarau 1973.
FDP Kanton Aargau (Hg.): Aargauer Standpunkt. Forum der Aargauer Freisinnigen. Aarau 1980–1993.
FDP Schweiz (Hg.): Für eine Schweiz mit Zukunft. 100 Jahre FDP der Schweiz / Pour une Suisse tournée vers l'avenir. Cent ans de PRD Suisse, in: Politische Rundschau, 73/1994, 243.
Felder, Peter: Aus der Werkstatt der aargauischen Denkmalpflege. Aarau 1963.
Feller, Elisabeth: Keine Meterware, in: Badener Neujahrsblätter 73, 1998, 190–192.
Feller, Elisabeth: Cécile Laubacher zum 90. Geburtstag. «Ich schaue nur noch vorwärts», in: Aargauer Zeitung, 29.7.2014.
Fellmann Brogli, Regine; Wertenschlag, Noëmi: Das Vindonissa-Museum um 1912. Ein Haus im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Vermittlung, in: Jahresbericht Gesellschaft Pro Vindonissa, 2009, 97–115.
Festivalforum Aargau, 13.12.2020 (Online-Quelle).
Fischer, Albin: Religiöse Bräuche des katholischen Aargauervolkes, in: Erbe und Auftrag. Festgabe zum Aargauischen Katholikentag im Jubiläumsjahr 1953. Baden 1953, 347–377.
Fischer, Manuel: Zum Gedenken: Klaus Scheifele. Spreitenbach trägt seine Handschrift, in: Aargauer Zeitung, 8.1.2015.
Fischer, Michael: Atomfieber. Eine Geschichte der Atomenergie in der Schweiz. Baden 2019.
Fischer, Ulrich: Brennpunkt Kaiseraugst. Das verhinderte Kernkraftwerk. Bern 2013.
Fischer, Yvonne: Meitlisonntags-Brauch. Fahrwangen und Meisterschwanden um den 2. Sonntag im Januar, in: Heimatkunde aus dem Seetal. Jahresschrift, 2001, 17–28.
FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration: 30 Jahre FIZ 1985–2015. Rundbrief 56, Mai 2015, Zürich 2015.
Fliegerschule Birrfeld (Hg.): 50 Jahre Fliegerschule Birrfeld. 1940–1990. Birrfeld 1990.
Flück, Hannes (Hg.): Vor den Toren von Vindonissa. Wohnen und Arbeiten in einem Handwerkerquartier in den canabae des Legionslagers (Windisch Zivilsiedlung West 2006–2008). Brugg 2017 (Veröffentlichungen der Gesellschaft Pro Vindonissa 23).
Flückiger Strebel, Erika: Geschichte des Langsamverkehrs in der Schweiz des 19. und 20. Jahrhunderts. Eine Übersicht über das Wissen und die Forschungslücken. Hg. von ViaStoria, Zentrum für Verkehrsgeschichte, Bern 2014 (Materialien zum Langsamverkehr Nr. 130).
Flütsch, Bettina: Die Guggenmusik – nur Katzenmusik oder doch ein musikalischer Ohrenschmaus?, in: Badener Neujahrsblätter 91, 2016, 44–53.
Frei-denken.ch: Humanistische Rituale, 18.12.2020 (Online-Quelle).
Freimaurerloge Zur Brudertreue, 18.12.2020 (Online-Quelle).
Frenkel, Werner: Die Schächtpraxis in Baden, in: Badener Neujahrsblätter 73, 1998, 70–72.
Frenkel, Werner: Baden, eine jüdische Kleingemeinde. Fragmente aus der Geschichte. 1859–1947. Baden 2002.
Frenkel Werner; Frenkel Käthi: Jüdisches Leben heute, in: Schmid, Kurt; Erne, Leo: Zurzibiet. Der Mensch im Mittelpunkt. Döttingen 2008, 162f.
Frey, Hans (Hg.): Schweizer Journal. Der öffentliche Bau, Zeitschrift für öffentlichen Bau und Industrie. Der Schweizer Kanton: Aargau als Beispiel. Stäfa, April 1980.
Frey, Helene: Aargauer Landjugend – mit Zuversicht in die Zukunft, in: Landwirtschaft im Aargau. Gestern, heute, morgen. Aarau 1988, 88–90.
Frey, Peter W.; Hächler, Markus et al. (Hg.): Der Grosse Rat. Informationen über das Kantonsparlament. Am Beispiel der Grossrätin Henriette Haller. Aarau 2001.
Fricker, Martin: «Das Aargauervolk braucht keine Hochschule, das Aargauervolk will keine Hochschule!». Das Aargauer Hochschulprojekt 1962–1978, in: Argovia 113, 2001, 1–120.
Frischknecht, Jürg; Haffner, Peter et al.: Die unheimlichen Patrioten. Politische Reaktion in der Schweiz. Ein aktuelles Handbuch. Zürich 1987.
Frischknecht, Jürg: Ungeschminkt rassistisch und gewalttätig, in: Sonntagszeitung, 27.8.1995.
Fröhlich, Heinz: Angst und Schrecken am «friedlichsten» Tag, in: Aargauer Tagblatt, 27.12.1980.
Fröhlich, Heinz; Gantner, Jan et al.: 400 Jahre Aarauer Maienzug. Zum Maienzug-Jubiläum 1988. Aarau 1988.
Froidevaux, André; Gysin, Hanspeter: 25 Jahre Besetzung in Kaiseraugst. Ein Lehrstück – doch kein Grund zum Jubel. Basel 2000.
Fuchs, Felix; Hanak, Michael: Die Wohnsiedlung Telli in Aarau. Eine 25-jährige Grossüberbauung im planerischen und städtebaulichen Kontext, in: Aarauer Neujahrsblätter 72, 1998, 131–160.
Fuchs, Mario: Er plante die erste Aargauer Autobahn, in: Aargauer Zeitung, 24.8.2017
Fuchs, Mario: Das Hochhaus ist zurück. Gleich an mehreren Orten im Aargau werden hohe Wohn- und Bürogebäude geplant, in: Aargauer Zeitung, 12.9.2019.
Fuchs, Matthias: «Um nicht als flügellahmer Krämerstaat dazustehen...». Eine kleine Rückschau auf die Aargauer Jubiläumsgeschichte, in: Argovia 116, 2004, 8–24.
Fuchs-Oppenheim, Joan; Oppenheim, Roy (Hg.): Spitzkehren und andere Kunststücke. Das Leben von Edith Oppenheim-Jonas, Erfinderin von Papa Moll. Baden 2008.
Furter, Fabian: Baldingen. Geschichten und Lebenslinien im Spiegel der Zeit. Baden 2010.
Furter, Fabian: Fluch und Segen. Die Stadt in der Klus, in: Furter, Fabian et al.: Stadtgeschichte Baden. Baden 2015, 244–296.
Furter, Fabian: Die Hypi-Story. Vom landwirtschaftlichen Kredithaus zur digitalen Universalbank. Baden 2018.
Furter, Fabian: Ehemaliges Warenhaus Jelmoli Brugg. Architekturhistorisches Gutachten im Auftrag der Abteilung Planung und Bau. Baden 2019, unveröffentlicht.
Furter, Fabian; Handschin, Martin et al.: Rohrdorferberg. Geschichte von Oberrohrdorf, Niederrohrdorf und Remetschwil. Niederrohrdorf 2011.
Furter, Fabian et al.: Aargauer Bauernbuch. Baden 2013.
Furter, Fabian et al.: Stadtgeschichte Baden. Baden 2015.
Furter, Fabian; Schoeck, Patrick: Die Schule aus dem Baukasten, in: Schwager, Nicole et al. (Hg.): Bildung und Gesellschaft. Zur Geschichte der Kantonsschule Baden, 1961–2011. Baden 2011.
Furter, Fabian; Schoeck, Patrick: Inventar Baukultur Baden. Baden 2011 (unveröffentlicht).
Furter, Fabian; Schoeck, Patrick: Göhner wohnen. Wachstumseuphorie und Plattenbau. Baden 2013.
Furter, Fabian; Schoeck, Patrick: Zwischen Dorfplatz und Konsumtempel. Eine Geschichte des Einkaufszentrums in der Schweiz. Baden 2014.
Furter, Hans; Furter, Fabian; Wey, Felix: Wohlen Zeitsprünge. Wohlen 2016.
Fünf neue Kunstwerke in Rheinfelden, in: Rheinfelder Neujahrsblätter, 1975, 25–29.
Fussballclub Brugg (Hg.): 100 Jahre FC Brugg. Brugg 2014.
Fussballclub Wohlen (Hg.): 100 Jahre FC Wohlen. 1904–2004. Wohlen 2004.

G

Gallati, Werner: Kabelwerke Brugg AG. 1908–1958. Brugg 1958.
Galle, Sara: Kindswegnahmen. Das «Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse» der Stiftung Pro Juventute im Kontext der schweizerischen Jugendfürsorge. Zürich 2016.
Gamper, Michael: Die Schweiz in Form. Sport und Nation in einem kleinen Land. München/Wien 2005.
Gantenbein, Köbi: Am Kreuz der Autobahnen. Eine Raum-, Planungs- und Sozialgeschichte der Gemeinde Oftringen. Themenheft von Hochparterre. Zürich 2020.
Garcia Lainez, Stefanie: Millioneninvestition trotz Corona, in: Aargauer Zeitung, 16.6.2020.
Gasser, Christian: «Dezentralisierte Konzentration» der schweizerischen Industrie, in: NZZ (Serie «Bevölkerungsentwicklung und Siedlungsformen» Teil 4/7), 12.10.1962, Morgenausgabe Nr. 3905.
Gautschi, Karl: Neues aus dem Tagebuch eines Musteraargauers. Menziken 1975.
Gautschi, Willi: Geschichte des Kantons Aargau. 1895–1953. Baden 1978.
Gebhardt, Winfried: Feste, Feiern und Events. Die etwas andere Freizeit, in: Freericks, Renate; Brinkmann, Dieter (Hg.): Handbuch Freizeitsoziologie. Wiesbaden 2015, 415–429.
Gehrig, Heinz: Die ausserordentliche Gemeindeorganisation im Kanton Aargau. Aarau 1967 (Veröffentlichungen zum Aargauischen Recht 19).
Geiser, Reto; Stierli, Martino (Hg.): Im Gespräch. 8 Positionen zur Schweizer Architektur. Basel 2015.
Geissberger, Werner et al. (Hg.): Aargauer Bürgerbuch. Heimatkunde, Schule, Parteien, Arbeit, Frau – Wer darf systemverändern? 175 Jahre Aargau, Aarau 1978.
Gelpke, Wendel; Düby, Hans: R1000. Projekt einer Grossüberbauung mit 1000 Wohnungen in Rheinfelden, in: Bauen+Wohnen 10, 1969, 362–370.
Gemeinde Hallwil: Die Hallwiler Mittwinterbräuche: Zum Jubiläum 60 Jahre Brauchtumserneuerung (1949–2009). Hallwil 2009.
Gemeinde Klingnau: Clingenowe-Klingnau. Epochen, Ereignisse und Episoden – 1239 bis heute. Baden 1989.
Gemeinde Magden (Hg.). Dorfgeschichte zum 1200-Jahr-Jubiläum. Magden 2004.
Gemeinde Wettingen (Hg.): Vom Klosterdorf zur Gartenstadt. Wettingen 2001.

Gemeinde-Leitbild Minoritätsgemeinde aus der Evangelisch-reformierten Landeskirche Aarau, 22.4.2021 (Online-Quelle).
Gemeinnütziger Frauenverein Baden (Hg.): 100 Jahre Gemeinnützige Frauen Baden. Wettingen 2017.
Gemperle, Manuel; Hungerbühler, Walter et al. (Hg.): Schweizer Traktorenbau 1. Niederbüren 1998.
Gerber, Daniel: «Church Alive» in Aarau. «Wir wachsen vor allem durch neue Christen», in: Lifenet, 5.10.2016 (Online-Quelle).
Gerber, Eduard; Aargauische Kulturstiftung Pro Argovia (Hg.): Kulturpflege auf dem Lande. O.O. 1953.
Gerber, Eva; Schneeberger, Paul (Red.): Perspektive Sisslerfeld. Gebietsentwicklung ESP Sisslerfeld, Informationsbroschüre, Ausgabe 2020, Nr. 1.
Germann, Urs. Medikamentenversuche an der Psychiatrischen Klinik Königsfelden 1950–1990. Pilotstudie mit Empfehlungen im Auftrag des Regierungsrats des Kantons Aargau. Bern 2020.
Gerny, Daniel: Solothurn stagniert. Der Kanton Solothurn im Wahljahr 2015, in: NZZ, 19.8.2015.
Gerson, Daniel: Pluralisierungen und Polarisierungen. Jüdische Reformbewegungen in der Schweiz 1950–2010, in: Picard, Jacques: Schweizer Judentum im Wandel. Religion und Gemeinschaft zwischen Integration, Selbstbehauptung und Abgrenzung. Zürich 2014, 99–158.
Gerson, Daniel: In Transit im Aargau. Jüdische Flüchtlinge zur Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung und des Zweiten Weltkriegs, in: Picard, Jacques; Bhend, Angela (Hg.): Jüdischer Kulturraum Aargau. Baden/Zürich 2020, 387–403.
Gesetzessammlung XVI. Neue Folge (1943), § 42, 311.
Gesundheitsdepartement des Kantons Aargau (Hg.): Das Gesundheitswesen als umfassendes System. Thesen zum Aargauischen Gesundheitswesen. Wohlen 1981.
Gesundheitsdepartement des Kantons Aargau (Hg.): Planungsbericht Psychiatrie im Kanton Aargau. Aarau 1991.
Gilg, Peter; Hablützel, Peter: Beschleunigter Wandel und neue Krisen (seit 1945), in: Comité pour une Nouvelle Histoire de la Suisse (Hg.): Geschichte der Schweiz und der Schweizer. Basel 1986, 821–953.
Gilomen, Hans-Jörg; Müller, Margrit et al.: Einleitung, in: Dies. (Hg.): Dienstleistungen. Expansion und Transformation des «dritten Sektors». 15.-20. Jahrhundert / Les services. Essor et transformation du «secteur tertiaire». 15e-20e siècles. Zürich 2007 (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 22 / Société suisse d'histoire économique et sociale 22), 9–15.
Girsberger, Esther: Eine Entwicklung hin zu mehr Übersicht. Sylvia Michel: Kirchenratspräsidentin der Reformierten Landeskirche Aargau von 1980 bis 1986, in: Bandixen, Claudia; Pfeiffer, Silvia et al.: Wenn Frauen Kirchen leiten. Neuer Trend in den reformierten Kirchen der Schweiz. Zürich 2007, 41–45.
Girschick, Katja; Ritschl, Albrecht et al.: Der Migros-Kosmos. Zur Geschichte eines aussergewöhnlichen Schweizer Unternehmens. Baden 2003.
Glarner, Jeanine: 50 Jahre FDP Frauen Region Aarau. Suhr 2017.
Gloor, Beat: Über alternative Kultur, in: Badener Neujahrsblätter 65, 1990, 76–86.
Gloor, Janine: «Ruhe, sonst kommt der Schwarzenbach», in: Aargauer Zeitung, 27.9.2019.
Grädel, Jean: Jón Laxdal, in: Kotte, Andreas (Hg.): Theaterlexikon der Schweiz. Zürich 2005, Band 2, S. 1088f.
Graf, Max; Handel, Karl Heinz et al. (Hg.): 1/3 Technik, 1/3 Politik, 1/3 Psychologie. 20 Jahre Refuna AG. Brugg 2004.
Gros, Peter: Vom Rechenzentrum zum Software-Engineering. Die Anfänge der ersten Vollzeit-Informatikausbildung der Schweiz an der HTL Brugg-Windisch, in: Argovia 132, 2020, 85–98.
Grosser Rat des Kantons Aargau (Hg.): Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission PUK zur Klärung der kantonalen Aktivitäten im Rahmen des Staatsschutzes. Oktober 1990.
Grosser Rat des Kantons Aargau (Hg.): Der Grosse Rat. Informationen über das Kantonsparlament. Am Beispiel der Grossrätin Henriette Haller. Aarau 1997.
Grüne Aargau (Hg.): Rundbriefe Grüne Aargau. Div. Jahrgänge.
Gruner, Erich: Die Parteien in der Schweiz. Bern 1977.
Gstrein, Heinz: Orthodoxe Christen im Aargau, in: kath.ch, 30.3.2006 (Online-Quelle).
Güdemann, Nora: Immer mehr Aargauerinnen wollen Bäuerinnen werden – nicht nur aus Liebe, in: Aargauer Zeitung, 21.2.2018.
Guetg, Marco: Nur der Fussgänger hat Kultur, in: Hochparterre 5, 2001, 42f.
Gugerli, David; Tanner Jakob: Wissen und Technologie, in: Halbeisen, Patrick; Müller, Margrit; Veyrassat, Béatrice (Hg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert. Basel 2012, 265–272.
Guggisberg, Ernst: Von der Armenerziehung zum Leben in modernen Wohngruppen. Die Geschichte des Kinderheims Brugg, in: Kinderheim Brugg (Hg.): 150 Jahre Kinderheim Brugg. Wohnheim, Tagessonderschule. 1866–2016. Brugg 2016, 45–52.
Guggisberg, Kurt: Die Evangelisch-Reformierten Kirchen, in: Gruner, Erich (Hg.): Die Schweiz seit 1945. Beiträge zur Zeitgeschichte. Bern 1971.
Guggisberg, Martin A. (Hg.): Der spätrömische Silberschatz von Kaiseraugst: die neuen Funde: Silber im Spannungsfeld von Geschichte, Politik und Gesellschaft der Spätantike. Augst 2003.
Güller, Peter: Mobilität grenzenlos?, in: Leimgruber, Walter et al. (Hg.): «Goldene Jahre». Zur Geschichte der Schweiz seit 1945. Zürich 1999, 173–180.
Guntern, Mario; Woodtly, Max: Der Gasthof Bären in Veltheim, in: Brugger Neujahrsblätter 97, 1987, 89–98.
Gut, Philipp: Gipfelkönig Fredy Hiestand. Vom Bauernbub zum Grossbäcker und Gesundheitspionier. Bern 2017.

H

Haag, Erich: Motor Columbus 1895–1995. Baden 1995.
Haag, Susanne: Der Hallwilersee – eine Landschaft im Umbruch. Aarau 2006.
Hagmann, Jürg: Das Archiv der christkatholischen Landeskirche des Kantons Aargau (1886–2002), in: Argovia 117, 2005, 109–118.
Hagmann, Jürg: Die Christkatholische Kirchgemeinde Baden. Ein Rückblick auf ihre Entstehung und Entwicklung, in: Badener Neujahrsblätter 95, 2020, 131–137.
Hagmann, Jürg: 150 Jahre Katholizismus ohne Rom. Zum 150-Jahr-Jubiläum der christkatholischen Kirchgemeinde Aarau, in: Aarauer Neujahrsblätter, 2022, 155–161.
Halder, Heiner: Eine Zukunft für unsere Vergangenheit. Aarau 1975.
Halder, Heiner; Weber, Hans: 175 Jahre Aargau. Erinnerungen an das Aargauerfest 1978. Aarau 1978.
Halder, Heiner: Die Altstadt als Arena für die Strassenkünsler: 15 Jahre Gaukler-Festival. Eine Erfolgsstory, in: Lenzburger Neujahrsblätter, 2009, 73–82.
Halder, Nold: Der Neubau der Aargauischen Kantonsbibliothek abgelehnt, in: Bibliothekare und die Schweizerische Vereinigung für Dokumentation 28, 1952, 2–8.
Halder, Nold: Geschichte des Kantons Aargau. Gründung, Aufbau, Festigung 1803–1830. Aarau 1953.
Halder, Nold: Jubilierender Aargau. Erinnerungsschrift zur 150-Jahr-Feier 1953. Aarau 1953.
Haller, Christian: Die verborgenen Ufer. München 2005.
Halter, Ernst: Über Land. Aufzeichnungen, Erinnerungen. Zürich 2007.
Halter, Ernst: Das Alphabet der Gäste. Innsbruck 2021.
Hamer, Gunhild; Keller, Sarah: Kultur macht Schule. Kulturvermittlung in der Praxis. Baden 2009.
Hämmig, Christoph: Chips-Geschichten von Hansheinrich Zweifel. Anekdoten und Geschichten aus dem Leben des Mitbegründers und Pioniers der Zweifel Pomy-Chips AG. Zürich 2007.
Hanak, Michael: Inventar Industriegebiet Torfeld-Süd. Aarau, 2008.
Hanak, Michael (Hg.): Sanierung der denkmalgeschützten Pavillonschule Hellmatt in Möriken Wildegg. Zürich 2017.
Häni, David: Kaiseraugst besetzt! Die Bewegung gegen das Atomkraftwerk. Basel 2018.
Hanser, Christian; Kuster, Jürg: Struktur und Entwicklung der Wirtschaft im Kanton Aargau. Eine aktuelle Standortbestimmung. Studie im Auftrag des Regierungsrates des Kantons Aargau. 1990.
Hard, Franz: 50 Jahre Heilpädagogische Schule Wettingen. Wettingen 2013.
Hardegger, Angelika: Der Bioforscher, der den Tabubruch wagte, in: NZZ, 4.4.2019.
Hardegger, Angelika: «Historisch ist es mit der Gentechnik schiefgelaufen», in: NZZ, 14.4.2020.
Haselbach, Dieter; Klein, Armin et al.: Der Kulturinfarkt. München 2012.
Häsler, Alfred A.: Das Abenteuer Migros. Die 60 Jahre junge Idee. Hg. von Migros-Genossenschafts-Bund. O. O. 1985 (Migros-Presse).
Hassler, Uta; Dumont d'Ayot, Catherine: Bauten der Boomjahre. Paradoxien der Erhaltung. Zürich 2009.
Haupt Isabel: Grosssiedlungen im Aargau. Manifeste in der Peripherie, in: Heimatschutz/Patrimoine 2, 2016, 16f.
Häuptli, Karl: Altersheim-Konzeption. Aarau 1972.
Hauser, Albert: Kultur in der Zähnteschüür, in: Badener Neujahrsblätter 75, 2000, 175–178.
Häusler, Hedy: 75 Jahre Heilsarmee Aarau. 1903–1978. Aarau 1978.
Hayek Engineering AG (Hg.): Grobanalyse der Departemente und der Staatsverwaltung des Kantons Aargau. Zusammenfassender Bericht und Masterplan. Zürich 1988.

Heiden, Nico van der; Schwab Cammarano, Stefanie et al. (Hg.): Direkte Demokratie in der Informationsgesellschaft. Herausforderungen für den Kanton Aargau. Studienberichte des Zentrums für Demokratie Aarau 1. März 2011.
Heilsarmee Seon: 100 Jahre Heilsarmee Seon. Seon 1993.
Heim, Walter: Das Erntedankfest bei den Katholiken der deutschen Schweiz, in: Schweizerisches Archiv für Volkskunde 64, 3/4/1968, 115–134.
Heinen, Jacqueline (Hg.): 1968. Jahre der Hoffnung. Rückblick auf die Revolutionäre Marxistische Liga / Sozialistische Arbeiterpartei. Zürich 2019.
Helbling, Arnold: Katholische Kirche und Schule im Kanton Aargau, in: Erbe und Auftrag. Festgabe zum Aargauischen Katholikentag im Jubiläumsjahr 1953. Baden 1953, 153–196.
Heliosport Aargau (Hg.): Chläbgeschichten. Geschichte unseres Geländes, Geschichte unseres Vereins (1951–2001). Auenstein 2001.
Heller, Martin; Volk, Andreas (Hg.): Die Schweizer Autobahn. Zürich 1999.
Hemmeler, Hans: Der Vorentwurf für neues Kernenergierecht – notwendig und annehmbar? Referat anlässlich der Sitzung des Erweiterten Vorstandes der Aargauischen Industrie- und Handelskammer vom 29. Oktober 1981. Aarau 1981.
Herbrig, Reinhard: Rettung nach dem Schiffbruch – Sanierungskonzept für Museum Schiff, in: Aargauer Zeitung, 29.9.2020.
Hering, Sabine; Maierhof, Gudrun: Die unpäßliche Frau. Sozialgeschichte der Menstruation und Hygiene 1860–1985. Pfaffenweiler 1991.
HERO Lenzburg: Qualität bleibt zeitlos. HERO geht ins zweite Jahrhundert. Lenzburg 1986.
Hersche, Peter: Agrarische Religiosität. Landbevölkerung und traditioneller Katholizismus in der voralpinen Schweiz 1945–1960. Baden 2013.
Herzberg, Über uns, 30.12.2020 (Online-Quelle).
Hess, Heidi: Keine Zerstückelung, ein grosser Wurf, in: Aarauer Neujahrsblätter, 2018, 107–118.
Herzog, Walter: Die Neue Fricktaler Zeitung feiert ein grosses Jubiläum, in: Rheinfelder Neujahrsblätter, 2012, 199–206.
Hess, Heidi: Von Strom, Goldmedaillen und Milchfälschungen, in: Reussbote, 12.3.2021 (Online-Quelle).
Hess, Walter: Sondermülldeponie als Paradebeispiel, in: Natürlich, Jg. 19, Nr. 10/1999, 6–16.
Hess, Walter: Sondermülldeponie Kölliken. Das inszenierte Riesendebakel. Blogbeitrag, textatelier.com (Online-Quelle).
Heuberger, Karl: Die aargauischen Pfrundgüter und ihre Herausgabe an die Kirchgemeinden. Aarau 1908.
Hilfiker, Ursula; Fricker, Hans Peter; Wullschleger, Peter (Hg.): Silvio Bircher. Mensch und Politiker. Wettingen 1998.
Hirt, Geri: Bergwerk Herznach – Zeitzeuge und Kulturgut, in: Argovia 132, 2020, 66–75.
Historische Statistik der Schweiz, 2012, Tab. N.27 sowie Tab. Y.11, 3.2.2020 (Online-Quelle).
Historisches Museum Baden; Pechlaner Gut, Heidi (Hg.): Aufbruch 1968/71 CH! Love, Peace, Frauenstimmrecht. Baden 2018.
Hitz, Matthias: Von den jüngsten Kreuzrittern des Katholizismus zum offenen Jugendverband. Die Jungwacht im gesellschaftlichen Umbruch der 60er und 70er Jahre. Unveröffentliche Arbeit, Baden 2000.
Hnilica, Sonja: Der Glaube an das Grosse in der Architektur der Moderne. Grossstrukturen der 1960er- und 1970er-Jahre. Zürich 2018.
Hobsbawm, Eric: Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München/Wien 1995.
Hochreiter, Walter et al.: Drinnen, draussen, dabei. Die Geschichte der Stadt Rheinfelden. Heidelberg 2014.
Hochreuter, Joseph: Sondermülldeponie Kölliken. Eine verkannte Pionierleistung für den Umweltschutz?, in: Mitteilungen der aargauischen Naturforschenden Gesellschaft 38, Aarau 2016, 139–164.
Hodler, Beat: Junge Schule – lange Geschichte. Die Neue Kantonsschule Aarau. Baden 2014.
Hoegger, Peter: Das ehemalige Zisterzienserkloster Marisstella in Wettingen. Basel 1998 (Die Kunstdenkmäler der Schweiz 92. Die Kunstdenkmäler des Kantons Aargau 8. Der Bezirk Baden 3).
Hoffmann, Hilmar: Kultur für alle. Perspektiven und Modelle. Frankfurt 1981.
Hofmann, Alexander: Den grossen Schritt statt den kleinen Kompromiss gewagt, in: Bortolani, René (Hg.). Die Schule im Glashaus. Entstehung und Entwicklung der Fachhochschule Aargau Nordwestschweiz. Baden 2006, 46–67.
Hofmann, Urs: Innenansichten eines Niedergangs. Das protestantische Milieu in Basel von 1920 bis 1970. Baden 2013.
Hofmann, Urs: Der Einwohnerrat. Demokratieverlust oder Demokratiegewinn. Ansprache vom 16.3.2016.
Hofstetter, Victor: Angebotsseitige Betrachtung des Marktes kultureller Open-Air Veranstaltungen in der Schweiz – in den Veranstaltungsbereichen Musik, Theater und Kino. Unveröffentlichte Lizentiatsarbeit. Universität Bern 2001.
Holenstein, André et al.: Schweizer Migrationsgeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Baden 2018.
Holliger, Christian: Rupperswil im 20. Jahrhundert. Rupperswil 2006.
Hönig, Patrick: Rosinante. Der Vollausbau – Dättwil und die Planung, in: Metron. Themenheft 18, Brugg 2001.
Horta AG: Wir rücken das Alte beiseite! Die Verschiebung des Hübscherhauses durch die Horta. Aarau 1969.
Hostettler, Urs: «Länzburglied» (1972), auf Spotify, transkribiert durch Ruth Wiederkehr.
Hostettler, Urs, Lenzburg-Chronik (Online-Quelle).
Howald, Hans Peter: Der öffentliche Verkehr im Kanton Aargau. Stand und aktuelle Probleme, in: Schweizer Ingenieur und Architekt 23, 1987.
Huber, Hans Jörg (Hg.): Mut zum Vorgriff. Julius Binder zum 60. Geburtstag von seinen Freunden. Geschriebenes und Gesprochenes, Weggefährten. Baden 1985.
Huber, Hans Jörg: Bürger und Soldat. Ein Exkurs über die Miliz, in: Halter, Pierre-Marie; Nüsperli, Bruno (Hg.): Die Fünfte. 111 Jahre 5. Division. Aarau 1986.
Humbel-Somm, Angela; Humbel, Lorenz: Hundert Jahre Brennerei Humbel (1918–2018). Stetten 2018.
Hunziker, Bruno: Zwischen Atomangst und Energiekrise. Aarau 1975 (Aargauischer Industrie- und Handelsverein. Veröffentlichungen der Aarauischen Handelskammer 18).
Hunziker, Bruno: Wider den selbstzerstörerischen Zeitgeist – Probleme lösen statt Misstrauen säen. Referat anlässlich der Generalversammlung der Aargauischen Industrie- und Handelskammer vom 31.5.1990 in Wettingen. Aarau 1990.
Hunziker, Lelia: Die Tamilen beten in einem Provisorium, in: Da+Dort, Aargauisches Magazin für Migrations- und Integrationsthemen 55, Dezember 2014, 16f.
Hunziker, Lelia: Nun sag, wie hast du's mit der Religion?, in: Da+Dort, Aargauisches Magazin für Migrations- und Integrationsthemen 55, Dezember 2014, 2f.
Hunziker, Samuel: Forschung in Aarau. Eine Geschichte des Zentrums für Demokratie, in: Argovia 1929, 2017, 101–123.
Hunziker, Walter: Die Planung des Stadtkerns Spreitenbach, in: Bauen + Wohnen 1, 1964.
Huonker, Thomas: Nach Verfolgung und Entschuldigung braucht es endlich die volle Anerkennung!, in: Voice. Die Zeitschrift der Gesellschaft für bedrohte Völker, Juni 2016.
Hürlimann, Brigitte: Prostitution – ihre Regelung im schweizerischen Recht und die Frage der Sittenwidrigkeit. Zürich 2004.

I/J

Imboden, Max: Helvetisches Malaise. Zürich 1964.
Imhof, Dora; Omlin, Sibylle: Kristallisationsorte der Kunst in der Schweiz. Zürich 2014.
Imhof, Fritz: Dank Neustart. Von einer sterbenden Gemeinde zur florierenden «seetal chile», in: Livenet, 1.2.2017, Industriekultur am Aabach, 19.4.2021 (Online-Quelle).
Ineichen-Burger, Brigitt: Bauer und Bäuerin als Partner, in: Landwirtschaft im Aargau. Gestern, heute, morgen. Aarau 1988, 84–86.
In jedem Raum Bildung, in: Metron Themenheft 34, Brugg 2019.
Innenstadtbühne Aarau (Hg.): Kleintheaterarbeit. Zur Situation des Kleintheaters in der Schweiz. Die aargauischen Kleintheater. Aarau 1975.
Interdisziplinäres Symposium der Künste: 23. bis 29. August 1978 Seengen. Schlussbericht. Fotos Werner Erne, Redaktion und Gestaltung Max Matter und Konrad Oehler, o. O. 1978.
Interessengemeinschaft der Erwachsenenbildungsorganisationen im Aargau: Zeit, Freizeit, Lebenszeit: die Erwachsenenbildung im Kanton Aargau. Lenzburg 1989.
Interessengemeinschaft KiFF: Kultur in der Futterfabrik. Aarau 1989.
Isacson, Kristina: Gesunde Mütter – gesundes Volk. Frauensport im Spiegel von Gesundheits- und Sittlichkeitsvorstellungen, in: Badener Neujahrsblätter 81, 2006, 75–88.
Isler, Andrea: «Die Wahrheit der Oberfläche». Jugendkulturen und kultureller Wandel, in: Stapferhaus Lenzburg (Hg.): A walk on the wild side. Jugendszene in der Schweiz von den 30er Jahren bis heute. Zürich 1997, 9–19.
Itor, Pierre: Ueli Pragers Mövenpick-Story. Stäfa 1993.
Jäger, Josef: Das Bild der Schweizer Presse. Gestern – heute – morgen. Bern/Stuttgart 1967.
Jäggi, Paul: Landwirtschaft und Umwelt. Der Bauer in einer Doppelrolle, in: Landwirtschaft im Aargau. Gestern, heute, morgen. Aarau 1988, 214–219.
Jakob, Martin: Schon fast eine eigene Kunstgattung. «Albrecht – ein Königsmord in Habsburg». Das

Königsfelder Festspiel 2008, in: Brugger Neujahrsblätter, 2009, 75–80.
Janz, Karin: Säen, dröhnen, feiern. Lebendige Traditionen heute. Baden 2013.
Janz, Karin; Schürch, Franziska: Jüdisches Kulturerbe im Kanton Aargau, in: Die lebendigen Traditionen der Schweiz, Version vom 4.6.2018 (Online-Quelle).
Jenatsch, Gian-Marco; Krucker, Bruno (Hg.): Fritz Stucky. Architekt und Unternehmer. Zürich 2006.
Jörg, Andrina: «Dann kamen wir auf die Idee, eine Beratungsstelle zu gründen». Jean Grädel, Mitinitiant der Beratungsstelle Schultheater und erster Leiter, erinnert sich an die Anfänge, in: Lille, Roger; Jörg, Andrina (Hg.): Spielfelder. 40 Jahre Beratungsstelle Theaterpädagogik im Kanton Aargau. Baden 2013, 40–47.
Josef + Margrit Killer-Schmidli Stiftung (Hg.): Planen und Bauen – Aber bitte weitsichtig. Die Lebenserinnerungen des Badener Ingenieurs Josef Killer. Baden 2010.
Jost, Hans-Ulrich: Die SVP als moderne Prätorianergarde, in: Rote Revue 78, 2000, 20–23.
Jost, Hans-Ulrich: Tradition und Modernität bei der SVP, in: Traverse 14/1, 2007, 25–44.
Juchli, Liliane: Allgemeine und spezielle Krankenpflege. Ein Lehr- und Lernbuch. Stuttgart 1973.
Jucker, Walter: 50 Jahre SVP Stadt Rheinfelden. Eine Würdigung, in: Rheinfelder Neujahrsblätter, 2018, 107–119.
Jungi, Walter: 1959 – Allzeit-Merci, in: Altpfadfinder Adler Aarau (Hg.): 100 Jahre Pfadi Adler Aarau (1919–2019). Aarau 2019, 8f.

K

Das «Kulturprozent» muss ausgeschöpft werden (Broschüre).
Käch, Daniel; Milosavljevic, Darko: Die Gesellschaft Pro Vindonissa und ihr Museum, in: Jahresbericht Gesellschaft Pro Vindonissa, 2007, 65–78.
Kammann, George: Mit Autobahnen die Städte retten? Städtebauliche Ideen der Expressstrassen-Planung in der Schweiz 1954–1964. Zürich 1990.
Kanton Aargau: Archäologie (Online-Quelle).
Kanton Aargau, Denkmalpflege (Hg.): Erhalten und Pflegen. Ausstellung auf Schloss Lenzburg. Suhr 1993.
Kanton Aargau: Aargauische Bauernhausforschung mit Buchvernissage abgeschlossen, 23.9.2002 (Online-Quelle).
Kanton Aargau: Staatskalender des Kantons Aargau 2001/2002. Aarau 2002.
Kanton Aargau, Abteilung Kultur (Hg.): Openair Oper Schloss Hallwyl. Die Entführung aus dem Serail von W. A. Mozart. O. O. 2003.
Kanton Aargau: Neuerungen in der Filmförderung, 20.12.2007 (Online-Quelle).
Kanton Aargau: 7,5 Millionen Franken für die «Alte Reithalle», 4.5.2018 (Online-Quelle).
Kanton Aargau: Kultur macht Schule, 13.12.2020 (Online-Quelle).
Kanton Aargau: Bibliothek & Archiv, 14.12.2020 (Online-Quelle).
Kantonsverfassungen Aargau 1980 sowie 1985 (Stand 1.7.2019).
Kappeler, Anne-Marie: Ein Kanton wird besichtigt, in: Der Staatsbürger. Magazin für Wirtschaft und Politik, 3, 5.6.1989, 1.
Kaufmann, Eugen (Red.) et al.: Mut zum Vorgriff. Julius Binder zum 60. Geburtstag von seinen Freunden. Baden 1985.
Kaufmann, Edith; Kaufmann, Eugen: Das Wirken der Menzinger Schwestern im Kinderheim Klösterli 1874–1990, in: Badener Neujahrsblätter 69, 1994, 59–73.
Kekic, Kristina; Roth, Gisela: 20 Jahre KiFF. Eine kulturelle Reise. Aarau 2011.
Keller, Erich: Pop, der Soundtrack der Zeitgeschichte?, in: Traverse 2/2019, 7–14.
Keller, Heiner: Landwirtschaft und Naturschutz – Partner der Zukunft?, in: Landwirtschaft im Aargau. Gestern, heute, morgen. Aarau 1988, 232–236.
Keller, Rolf: Bauen als Umweltzerstörung. Alarmbilder einer Un-Architektur der Gegenwart. Zürich 1973.
Keller, Rolf: Die Kulturpolitik in der Schweiz, in: Klein, Armin (Hg.): Kompendium Kulturmanagement. Handbuch für Studium und Praxis. München 2004, 103–124.
Keller, Rolf: Sparkultur: Streichkonzert statt Streicherkonzerte!, in: Juli, 6.4.2016.
Keller, Rolf: «Denken Sie auch an das geistige Gesicht des Aargaus!» Zur Entstehung des aargauischen Kulturgesetzes und des Aargauer Kuratoriums, in: Aargauer Kuratorium (Hg.): Sauerstoff für Kunst und Kultur. 50 Jahre Kulturgesetz und Kuratorium im Aargau. Baden 2019, 26–51.
Keller, Werner: Die Ausbildung der Bäuerin im Aargau, in: Ders. et al.: Landwirtschaft im Aargau. Wandel und Ausblick. Widmung zum 80. Geburtstag von Alfred Ganz und Ernst Haldemann. Aarau 1979, 91–94.
Keller, Werner: Die Milch- und Landwirtschaftliche Genossenschaft Frick (1913–2010), in: Frick – gestern und heute 11, 2010, 113–120.
Keller, Werner et al.: Landwirtschaft im Aargau. Wandel und Ausblick. Widmung zum 80. Geburtstag von Alfred Ganz und Ernst Haldemann. Aarau 1979.
Keller, Zsolt; Zehnder, Patrick: Vom konfessionellen Zeitalter zur kulturellen religiösen Vielfalt, in: Schwager, Nicole; Stauffacher, Hans Rudolf et al. (Hg.): Bildung und Gesellschaft. Zur Geschichte der Kantonsschule Baden. 1961–2011. Baden 2011, 131–147.
Keller-Spuhler, Franz: Öffentliches Leben und Vereinsleben im 20. Jahrhundert. Eine Chronik, in: Sennhauser, Albert; Sennhauser, Hans Rudolph; Hidber, Alfred (Hg.): Geschichte des Fleckens Zurzach. Zurzach 2004, 509–526.
Kempfer, Röbi: Obstbau, in: Rothweiler, Werner (Hg.): Magden. Magden 2004, 187–192.
Kerckhoff, Annette: Wichtige Frauen in der Naturheilkunde. Ihr Leben – Ihr Werk – Ihre Schriften. Berlin 2020.
Kergomard, Zoé: Wahlen ohne Kampf? Schweizer Parteien auf Stimmenfang. 1947–1983, Basel 2020.
Kessler, Erich: Reusstal-Sanierung. Vertraglichkeit von Land-, Wald und Energiewirtschaft mit dem Umweltschutz, in: Zofingia 126/1, Basel 1985, 74–90.
Kiefer, Jörg (Hg.): Der Kanton Aargau – in sich geschlossen und doch offen, in: Sonderbeilage zur NZZ, 22.6.1999.
Kielholz, Heiner et al.: Ziegelrain '67–'75. Aarau 2006.
Killer, Josef: Planen in der Nordwestschweiz, in: Planen und Bauen in der Nordwestschweiz. Organ der Regionalplanungsgruppe Nordwestschweiz 1, März/April 1952, 49–52.
Killer, Josef: Präsidialansprache anlässlich der Generalversammlung der RPGNW vom 24. November 1967 in Baden, in: Plan. Schweizerische Zeitschrift für Landes-, Regional- und Ortsplanung 2, 1968, 49–52.
Kim, Kurt: Vorschläge der Arbeitsgruppe des Bundes für die Raumplanung. Vortrag. Typoskript, Zürich 1971.
Kim, Kurt; Krättli, Anton (Hg.): Mitten in der Schweiz. Fünfzehn Ansichten über den Aargau. Erschienen zum 125. Gründungstag des Aargauer Tagblattes 1.5.1971, Aarau 1971.
Kinderheim Brugg: 150 Jahre Kinderheim Brugg. Wohnheim, Tagessonderschule. 1866–2016, Brugg 2016.
Kinderheim Klösterli Mariä Krönung: 50 Jahre Klösterli in Wettingen. Kinderheim Klösterli Mariä Krönung. Wettingen 2014.
Kistler, Ernst: 25 Jahre Schiedsgericht Landsenkungen Rietheim. Manuskript. Brugg 1991.
Kistler, Ernst; Müller, René: Kommentar zum Baugesetz des Kantons Aargau. Brugg 2002.
Kleiderfabrik Bremgarten: 20 Jahre Kleiderfabrik Bremgarten. Wohlen 2012.
Klette, Kathrin: Ein Leben für den Grand Prix, in: NZZ, 26.3.2018.
Klinik Barmelweid (Hg.): 100 Jahre Klinik Barmelweid 1912–2012. Lunge und Herz, Psyche und Schlaf. Reinach 2012.
Kloster und Wat Srinagarindravararam, Universität Luzern, Zentrum Religionsforschung, 23.4.2021 (Online-Quelle).
KMU Business 4/2004.
Knecht, Paul: Die Kulturfilmgemeinde Bremgarten, in: Bremgarter Neujahrsblätter, 1985, 102–106.
Knellwolf, Bruno: «Lothar», der Waldmanager, in: Aargauer Zeitung, 23.12.2019.
Knellwolf, Bruno: Im Trinkwasser einer Million Schweizer, in: Aargauer Zeitung, 2.9.2020.
Kneschaurek, Francesco: Die zukünftige Entwicklung der schweizerischen Bevölkerung, in: NZZ, 8.10.1962, Abendausgabe 3851 (Serie «Bevölkerungsentwicklung und Siedlungsformen» 1/7).
Kneschaurek, Francesco: Entwicklungsperspektiven der schweizerischen Volkswirtschaft bis zum Jahre 2000. Hg. von der Arbeitsgruppe Perspektivstudien. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1. St. Gallen 1969.
Kneschaurek, Francesco: Entwicklungsperspektiven und -probleme der schweizerischen Volkswirtschaft. Zusammenfassung der Perspektivstudien über die Entwicklung der schweizerischen Volkswirtschaft bis zum Jahre 2000. Im Auftrag des Schweizerischen Bundesrates erstellt von der Arbeitsgruppe Perspektivstudien. St. Gallen/Bern 1974.
Kneubühler, Theo: Kunst. 28 Schweizer. Luzern 1972.
Knoepfli, Albert: Schweizerische Denkmalpflege. Geschichte und Doktrinen. Zürich 1972.
Knoepfli, Adrian: Im Zeichen der Sonne. Licht und Schatten über der Alusuisse 1930–2010. Baden 2010.
Koch, Heinz: Katholisch jung in Bremgarten vor 60 Jahren. Erinnerungen an die Jungmannschaft, in: Bremgarter Neujahrsblätter, 2019, 37–44.
Koch, Michael: Städtebau in der Schweiz 1800–1990. Entwicklungslinien, Einflüsse und Stationen. ORL Bericht 81, Zürich 1992.
Koeppel, Hans-Dietmar: Landschafts-

wandel im oberen aargauischen Limmattal, in: Badener Neujahrsblätter 74, 1999.
Kolb, Steffen; Durrer, Irène: Tele M1. Regionalfernsehen in der Region Aargau/Solothurn, in: Kolb, Steffen; Schwotzer, Bertil (Hg.): Die Regionalfernsehsender in der Schweiz. Bestandsaufnahme und Struktur der Programme mit Leistungsauftrag. Glarus/Chur 2011, 55–57.
Kolb, Steffen; Luzio, Elena: Historische und gesetzliche Entwicklung des Regionalfernsehens in der Schweiz, in: Kolb, Steffen; Schwotzer, Bertil (Hg.): Die Regionalfernsehsender in der Schweiz. Bestandsaufnahme und Struktur der Programme mit Leistungsauftrag. Glarus/Chur 2011, 11–36.
Kollreuter, Isabel; Lüpold, Martin; Schürch, Franziska: Hero – seit 1886 in aller Munde. Von der Konserve zum Convenience Food. Baden 2011.
Koll-Schretzenmayr, Martina: Gelungen? Misslungen? Die Geschichte der Raumplanung Schweiz. Zürich 2008.
Kommission Bevölkerungspolitik der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft, Studiengruppe für Demographie (Hg.): Sterben die Schweizer aus? Die Bevölkerung der Schweiz: Probleme, Perspektiven, Politik. Bern 1985.
König, Mario: Auf dem Weg in die Gegenwart – Der Kanton Zürich seit 1945, in: Ders. et al. (Hg.): Geschichte des Kantons Zürich 3. 19. und 20. Jahrhundert. Zürich 1994, 350–479.
König, Wolfgang: Kleine Geschichte der Konsumgesellschaft. Konsum als Lebensform der Moderne. Stuttgart 2013.
Königs, Diemuth: Juden im Fricktal. Geschichte einer Minderheit vom 13. bis zum 20. Jahrhundert. Basel 2016.
Konservativ-christlichsoziale Volkspartei des Kantons Aargau (Hg.): Staatsverfassung im Umbruch. 3 Referate der 5. Zurzachertagung. Zurzach 1966.
Kopp, Barbara: Die Unbeirrbare. Wie Gertrud Heinzelmann den Papst und die Schweiz das Fürchten lehrte. Zürich 2003.
Köseciogullari, Ünal: Segregation oder keine Segregation? Die Analyse eines ehemaligen Arbeiterquartiers in Seon. Unveröffentlichte Fachabeit. Aarau 2009.
Köth, Anke: Neue Kirchen für eine neue Zeit. Christlicher Sakralbau im 20. Jahrhundert im Aargau, Teil 1 und Teil 2, in: Argovia 123, 2011, 8–47; sowie in Argovia 124, 2012, 8–44.
Kotte, Andreas (Hg.): Theaterlexikon der Schweiz. 3 Bände. Zürich 2005.
Krättli, Anton: Erinnerungen an die Anfänge, in: Aargauische Kulturstiftung Pro Argovia. Tätigkeitsbericht, 2002, 7–9.
Krättli, Anton et al.: Landschaftsstadt. Mappe. Hg. von der Schweizerischen Bankgesellschaft Aargau. Aarau 1972.
Krättli, Anton et al.: Innerstadtbühne Aarau. Ein Ende, in: Aarauer Neujahrsblätter, 1982, 23–37.
Krättli, Anton; Kulturstiftung Pro Argovia (Hg.): Ziel und Möglichkeiten der Kulturpflege im Aargau. O. O. 1953.
Krauthammer, Pascal: Das Schächtverbot in der Schweiz. Zürich 2000.
Kreis, Georg: Öffentlicher Antisemitismus in der Schweiz nach 1945, in: Mattioli, Aram (Hg.): Antisemitismus in der Schweiz 1848–1960. Zürich 1998, 555–576.
Kriesi, Hanspeter; Lachat, Romain et al. (Hg.): Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich. Zürich 2005.
Kübler, Daniel: Die Nutzung der Volksrechte im Aargau, in: Ziegler, Béatrice; Glaser, Andreas (Hg.): Direkte Demokratie im Aargau in Geschichte und Gegenwart. Aarau 2020, 89–96.
Kugler, Silvia: Architektur: Wie baut die junge Schweiz, in: Du. Kulturelle Monatsschrift 11, 1963.
Kuhn, Daniela: «In die Wärme nach Boswil» – 10 Lebensgeschichten aus einem Altersheim für Künstler 1960–1991. Zürich 2017.
Kuhn, Dieter; Wohler, Anton et al. (Hg.): Strohzeiten. Geschichte und Geschichten der aargauischen Strohindustrie. Aarau 1991.
Kull-Märki, Verena: My life down under, in: Brugger Neujahrsblätter 118, 2008, 103–112.
Kulturdünger, Über, 12.12.2020 (Online-Quelle).
Kulturgesetz vom 31.3.2009.
Kulturstiftung St. Martin: Akzente. Beiträge zur Kulturgeschichte von Muri. Villmergen 2009.
Küng, Matthias: «Mensch kann im Wald nur sanft lenken», in: Aargauer Zeitung, 30.11.2019.
Küng, Walter; Meier, Bruno: AG, oder achtung: kultur. Ein Denkanstoss zur Lage der Kultur im Kanton Aargau. Baden 2021.
Küng, Zita; Heinzelmann, Gertrud: Als es uns noch gar nicht gab, in: Emanzipation. Feministische Zeitschrift für kritische Frauen 7, 1981, 21–23.
Kunst am Bau. Die Beratungsstelle der Aargauischen Kulturstiftung «Pro Argovia», in: Schweizerische Bauzeitung 7, 1975, 683–685.
Kunst im Kreisverkehr, Sammlung, 30.1.2019 (Online-Quelle).
Fünf neue Kunstwerke in Rheinfelden, in: Rheinfelder Neujahrsblätter 1975, S. 25–29.
Kunz, Stephan: Stationen. Kunst im öffentlichen Raum im Aargau – eine Einführung, in: Anliker, Hans; Ders. (Hg.): Allmende. Kunst im öffentlichen Raum im Aargau seit 1970. Aarau 1994, 15–32.
Kunz, Stephan: Jahresausstellung der Aargauer Künstlerinnen und Künstler. 9. Dezember 1995 bis 7. Januar 1996. Hg. durch das Aargauer Kunsthaus Aarau. Aarau 1995.
Kunz, Stephan (Hg.): Ziegelrain `67–`75. Heiner Kielholz, Max Matter, Markus Müller Christian Rothacher, Hugo Suter, Josef Herzog, Jakob Nielsen. Aarau 2006.
Künzler, Matthias: Die Abschaffung des Monopols. Die SRG im Umfeld neuer Privatradio- und Privatfernsehsender, in: Mäusli, Theo; Steigmeier, Andreas et al. (Hg.): Radio und Fernsehen in der Schweiz. Geschichte der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG 1983–2011. Baden 2012, 41–88.
Künzler, Matthias: Mediensystem Schweiz. Konstanz 2013.
Künzli, Stefan: Das Festival wurde totgeschwiegen, in: Schweiz am Wochenende, 10.8.2019.
Künzli, Stefan: Immer weniger Zuschauer, immer weniger Geld. Die Oper Schloss Hallwyl ist am Ende, in: Aargauer Zeitung, 24.1.2020 (Online-Quelle).
Kupper, Patrick: Atomenergie und gespaltene Gesellschaft. Die Geschichte des gescheiterten Projektes Kernkraftwerk Kaiseraugst. Zürich 2003.
Kupper, Patrick: Die «1970er Diagnose». Grundsätzliche Überlegungen zu einem Wendepunkt der Umweltgeschichte, in: Archiv für Sozialgeschichte 43. Bonn 2003, 325–348.
Kurmann, Fridolin: Bevölkerung, in: Geschichte des Kantons Solothurn im 20. Jahrhundert, 1. Landschaft und Bevölkerung – Wirtschaft und Verkehr – Gesellschaft, hg. vom Regierungsrat des Kantons Solothurn. Solothurn 2018, 64–107.
Kurmann, Fridolin: Konfessionen und Religionen in Bremgarten. Statistisches und der grosse Umbruch nach 1970, in: Bremgarter Neujahrsblätter, 2019, 57–64.
Kurmann, Fridolin: Religiöse Vielfalt. Kirchen und religiöse Gemeinschaften in Bremgarten, in: Bremgarter Neujahrsblätter, 2019, 65–82.
Kurth, Heinz: Anpassungsfähige Grundrisse oder anpassungsfähige Mieter? Reportage über das Metron-Haus in Wohlen AG, in: Das Werk 6, 1970, 409–411.
Kurz, Daniel; Maurer, Bruno et al. (Hg.): Metron. Planen und Bauen 1965–2003. Zürich 2003.
Kurz, R.: Vorwort, in: Die Schweizerischen Landeskirchen und die äussere Mission. Basel 1957, 5–8.

L

Landa, Sascha: 25 Jahre Konzertfonds Baden, in: Badener Neujahrsblätter 45, 1970, 58–64.
Landfrauenverein Küttigen: Us oisem Dorf. Aarau 1986.
Landolt, Noemi: Kinderheim Hermetschwil. Gedemütigt, geschlagen, missbraucht. Ein Heimkind erzählt seine schreckliche Geschichte, in: Aargauer Zeitung, 13.8.2018, (Online-Quelle).
Landolt, Noemi Lea: Tödlicher Weihnachtssturm, in: Aargauer Zeitung, 27.12.2019.
Lang, Alois: Haus Kapf. Zu Gast bei Erika Burkart und Ernst Halter. Erinnerungen in Wort und Bild. Zürich 2016.
Lang, Josef: Nachwort, in: Luginbühl, Hans et al.: 1712. Zeitgenössische Quellen zum Zweiten Villmerger- oder Toggenburgerkrieg. Lenzburg 2011, 209–214.
Lang, Josef: Katholische und protestantische Kühe, in: Tages-Anzeiger, 6.8.2013.
Lang, Josef; Meier, Pirmin: Kulturkampf. Die Schweiz des 19. Jahrhunderts im Spiegel von heute. Baden 2016.
Länzlinger, Stefan; Schärer, Thomas: Gifttod, Betonwüsten, strahlende Zukunft. Umweltbewegungen und bewegte Bilder in der Schweiz. 1940–1990. Bern 2020 (Berner Studien zur Geschichte 4. Visual Environmental History 1).
Lareida, Kurt: 100 Jahre Aargauer Freisinn. Aarau 1996.
Lattmann, Brigitt (Hg.): Destinazione Gränichen. Die Italiener kommen. Aarau 2015.
Lauchenauer, Eduard: 150 Jahre Freisinn im Aargau. Referat anlässlich des Parteitages der Freisinnig-demokratischen Volkspartei des Kantons Aargau. Samstag, den 10.1.1953 in Brugg. Wohlen 1953.
Lauchenauer, Eduard: Vorsteher des Sekretariates der Aargauischen Handelskammer Aarau. Freisinnig-demokratische Volkspartei des Kantons Aargau. Wohlen 1953.
Leber, Walter: Die aargauischen Ortsbürgergemeinden im Wandel der Zeit. Zofingen 1988.
Lehrertheater Möhlin: 50 Jahre Lehrertheater Möhlin 1958–2008. Möhlin 2008.
Leimgruber, Walter: Alltag und Feste in Zurzach, in: Sennhauser, Albert; Sennhauser, Hans Rudolph; Hidber, Alfred (Hg.): Geschichte des

Fleckens Zurzach. Zurzach 2004, 479–498.
Leimgruber, Walter: Die Weisse Frau vom Belchentunnel, in: Janz, Karin: Säen, dröhnen, feiern. Lebendige Traditionen heute. Baden 2013, 205–211.
Lendi, Martin: Kurt Kim – Förderer der schweizerischen Raumplanung, in: Plan. Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik 1–2, 1978, 19.
Lendi, Martin: Neue Situation für die Raumplanung, in: NZZ, 11.9.1979.
Lendi, Martin: Geschichte und Perspektiven der schweizerischen Ramplanung. Raumplanung als öffentliche Aufgabe und wissenschaftliche Herausforderung. Zürich 2018.
Lerf, Madeleine: «Buchenwaldkinder» – eine Schweizer Hilfsaktion. Humanitäres Engagement, politisches Kalkül und individuelle Erfahrung. Zürich 2010.
Letsch, Hans: Staatsfinanzen und Wirtschaftsordnung. Referat anlässlich der GV der AIHK vom 17.5.1989 in Suhr. Aarau 1989.
Leuschner, Immanuel: Vom Glaubenskrieg zum ökumenischen Zusammenleben. Die reformierte Kirchgemeinde Muri im Freiamt 1894–1994. Steinhausen 1994.
Leuzinger, Henri: Fricktaler Fluorkrieg in Rheinfelden und Möhlin, in: Rheinfelder Neujahrsblätter, 2014, 29–71.
Liebmann, Nick: Free Jazz. Vom Abwerfen harmonischer und rhythmischer Fesseln, in: Jazz in der Schweiz, 2005, 116–135.
Lienhard, Marie-Louise: Weber, Ilse, in: SIKART, Version von 1998, aktualisiert 2018 (Online-Quelle).
Lille, Roger: Intersubjektive Verortung schwammiger Dinge. Theaterpädagogik und Theatervermittlung im Kanton Aargau, in: Hamer, Gunhild: Perspektiven der Kulturvermittlung. Baden 2010, 92–103.
Locher, Hansueli: Das goldene Dreieck, in: Brugger Neujahrsblätter, 1984, 69–98.
Loderer, Benedikt: Die Landesverteidigung. Zürich 2012.
Loepfe, Gregor: Von den Walzern Waldteufels bis zu Beethovens Violinkonzert. Das Kurorchester Baden, in: Badener Neujahrsblätter 91, 2016, 36–43.
Longchamp, Claude: Die Wahlen ins Aargauische Kantonsparlament 1973–1981. Eine Analyse zu Parteienstruktur, politischer Abstinenz und Wählermobilisierung aufgrund historisch-sozialwissenschaftlicher Modelle. Unveröffentlichte Seminararbeit Universität Bern. o. O. 1982.
Lorenzetti, Luigi: Demographie und Wirtschaftsentwicklung, in: Halbeisen, Patrick; Müller, Margrit; Veyrassat, Béatrice (Hg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert. Basel 2012, 223–264.
Lo Stanco, Patrizia; Ryser, Vera: Leonforte/Laufenburg. Geteilte Erinnerungen. Ein Recherche- und Ausstellungsprojekt über Migrationsgeschichten zwischen Sizilien und Laufenburg. Laufenburg 2016.
Luchsinger, Kaspar; Meier, Werner; Saxer, Ulrich: Strukturen der Lokalberichterstattung. Eine Fallstudie am Pressesystem des Kantons Aargau. Zürich 1981.
Luchsinger, Katrin: Die Vergessenskurve. Werke aus psychiatrischen Kliniken in der Schweiz um 1900. Eine kulturanalytische Studie. Zürich 2016.
Lücke, Stephan: Schwester Liliane Juchli. «Es gibt keine professionelle Pflege ohne Nächstenliebe», in: Die Schwester, Der Pfleger 57, 2018, 12–19.
Lungenliga Aargau (Hg.): Von der Höhenkur zur Heimtherapie. 100 Jahre Lungenliga Aargau. Wohlen 2009.
Lüönd, Karl: Intelligenz auf Rädern. 40 Jahre Toyota in der Schweiz. Safenwil 2007.
Lüönd, Karl: Der Unerbittliche. Karl Schweri (1917–2001). Kämpfer für faire Preise. Zürich 2017.
Lüthi, Alfred et al.: Geschichte der Stadt Aarau. Aarau 1978.
Lüthi, Christian; Ros, Manuela et al.: Zofingen im 19. und 20. Jahrhundert. Eine Kleinstadt sucht ihre Rolle. Baden 1999 (Veröffentlichungen zur Zofinger Geschichte VZG 3).
Lüthi, Hans: «Ich habe Illusionen verloren», in: Aargauer Zeitung, 6.11.2009 (Online-Quelle).
Lüthi, Hans: Bärengraben ist nach 46 Jahren voll, in: Aargauer Zeitung, 15.05.2010 (Online-Quelle.
Lüthi, Hans-Rudolf: Herkunft und Bewirtschaftung radioaktiver Abfälle in der Schweiz. Schweizerische Vereinigung für Atomenergie, Informationstagung unter dem Patronat der Nagra, Endlagerung radioaktiver Abfälle – eine Standortbestimmung aus schweizerischer Sicht, 20./21.10.1980.

M

Mächler, Stefan: Kampf gegen das Chaos. Die antisemitische Bevölkerungspolitik der eidgenössischen Fremdenpolizei und Polizeiabteilung 1917–1954, in: Mattioli, Aram (Hg.): Antisemitismus in der Schweiz 1848–1960. Zürich 1998, 357–422.
Mäder, Mathias: «Wehret den Anfängen». Faschismus im Aargau, in: Argovia 110, 1998, 164–189.
Maiolino, Angelo: Als die Italiener noch Tschinggen waren. Der Widerstand gegen die Schwarzenbach-Initiative. Zürich 2011.
Maleval, Martine: L'émergence du nouveau cirque. 1968–1998. Paris 2010.
Manz, Karin et al.: Die Entwicklung der Bildungsstatistik im Kanton Aargau. Zürich 2013.
Marjanovic, Timon: Die Identität der serbischen Jugend in der Schweiz. Unveröffentlichte Maturaarbeit Kantonsschule Wettingen. O. O. 2015.
Märki, Hermann: Rindviehzucht und -haltung – die wichtigste Einnahmequelle, in: Landwirtschaft im Aargau. Gestern, heute, morgen. Aarau 1988, 140–150.
Marti, Daniel: Vom Buffet aus gab es Beifall. Als die Jugendbewegung 1981 auf Wohlen überschwappte und an der Unteren Farnbühlstrasse rasch Ruhe einkehrte, in: Wohler Anzeiger, 27.9.2019, 5.
Marti, Hans: Bericht zum Fachkurs für Orts- und Regionalplanung in Wohlen, in: Plan. Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik 1, 1946.
Marti, Hans: Die Planung der Region Baden, in: Plan. Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik 4, 1950, 108–128.
Marti, Hans: Die Probleme einer Regionalplanung in Baden und Umgebung, in: Badener Neujahrsblätter 26, 1951, 73–77.
Marti, Hans: Die städtebauliche Entwicklung im Birrfeld, in: Schweizerische Bauzeitung 8, 1960, 127–132.
Marti, Hans: 25 Jahre Landesplanung, in: Schweizerische Bauzeitung 42, 1968, 743–745.
Marti, Madeleine; Rufli, Corinne: «Wehrt euch, bevor ihr frustriert und hässig seid». Das Frauenzentrum Baden 1981–1996. Wettingen 2018.
Massarotti, Virgilio: 10 Jahre Augarten, in: Rheinfelder Neujahrsblätter, 1983, 63–78.
Mathé, Piroska: Vom Pergament zum Chip. Kulturgüter im Staatsarchiv Aargau. Aarau 2003.
Matter, Georg; Weber, Manuela: Archäologie vor Ort und am Objekt. Publikumsvermittlung und Öffentlichkeitsarbeit der Kantonsarchäologie Aargau, in: NIKE-Bulletin 33, 4/2018, 4–9.
Maurer, Richard: Zum Gedenken an Erich Kessler. 1928–2007, in: Mitteilungen der aargauischen Naturforschenden Gesellschaft 38. Aarau 2016, 276f.
Maurer, Richard; Stapfer, André et al.: Natur und Landschaft im Aargau. Geschichte als Verantwortung, in: Mitteilungen der Aargauischen Naturforschenden Gesellschaft 39. Aarau 2020, 5–144.
Maurer Gafner, Salome: Die ehemalige Propstei Wislikofen. Bildungszentrum der Römisch- Katholischen Landeskirche des Kantons Aargau. Bern 1996 (Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte 289).
Mazenauer, Beat: Parkieren. Literatur, in: Schweizer Monatshefte. Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur 02/03, 2008, 52f.
Meer, Elisabeth et al.: 90 Jahre Landfrauen Bözberg. Jubiläumsschrift 1929–2019. Bözberg 2019.
Meier, Bruno: Aus dem Historischen Museum der Stadt Baden. Ein Museum des 19. und 20. Jahrhunderts?, in: Badener Neujahrsblätter 68, 1993, 101f.
Meier, Bruno: Der BBC-Wohnungsbau 1895–1975, in: Badener Neujahrsblätter 71, 1996, 66–80.
Meier, Bruno (Hg.): Zukunft Aargau. Beiträge zu Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft. Baden 1998.
Meier, Bruno: «Im weissen Rössl am Wolfgangsee». Auf den Spuren der Wettinger Operettenbühne im Casino, in: Badener Neujahrsblätter 75, 2000, 124–139.
Meier, Bruno: Geschichtsschreibung im Lokalen. Ergebnisse und Trends aus dem Aargau in den letzten 25 Jahren, in: Argovia 115, 2003, 39–45.
Meier, Bruno: Katholisch jung sein vor 50 Jahren. Eine kleine Geschichte der katholischen Jungmannschaft Wettingen, in: Badener Neujahrsblätter 78, 2003, 10–24.
Meier, Bruno: Zur Habsburgerforschung im Aargau, in: Argovia 120, 2008, 8–17.
Meier, Bruno: Baden wird zur Industriestadt. Im Netzwerk der schweizerischen Energiewirtschaft, in: Furter, Fabian et al.: Stadtgeschichte Baden. Baden 2015, 148–187.
Meier, Bruno; Küng, Walter: achtung: kultur. Ein Denkanstoss zur Lage der Kultur in der Region Baden-Wettingen. Baden 2009.
Meier, Bruno; Sauerländer, Dominik: Industriebild Aargau. Auf den Spuren von 200 Jahren industrieller Tätigkeit. Baden 2003.
Meier, Bruno; Wildi Tobias: Company Town. BBC/ABB und die Industriestadt Baden. Baden 2016.
Meier, Fritz: Im Schatten des Eichenzweigs. Ein Dorf wie Würenlingen. Würenlingen 1980.
Meier, Irene: Was sehr gefragt ist, gehört ins Angebot, in: Hochparterre 3, 10/1990, 82–85.
Meier, Karl Georg: Die Entwicklung des aargauischen Staatshaushaltes in den Jahren 1945–1960. Winterthur 1963.
Meier, Marianne: «Zarte Füsschen am harten Leder …». Frauenfussball in

der Schweiz 1970–1999. Frauenfeld 2004.
Meier, Peter; Häussler, Thomas: Zwischen Masse, Markt und Macht. Das Medienunternehmen Ringier im Wandel. 1833–2009, Zürich 2011.
Meier, Rolf: Vierzig Jahre Trudelhaus Baden, in: Badener Neujahrsblätter 85, 2010, 181–189.
Meier, Titus J.: 100 Jahre Schweizerischer Gemeinnütziger Frauenverein Brugg und Bezirk, 1909–2009, in: Brugger Neujahrsblätter 2009, 141–154.
Meier, Titus J.: Die Festung Brugg, in: Brugger Neujahrsblätter, 2016, 60–69.
Meier, Titus J.: 100 Jahre AIHK Region Brugg. Referat vom 8.3.2018.
Meier, Titus J.: Widerstandsvorbereitungen für den Besetzungsfall. Die Schweiz im Kalten Krieg. Zürich 2018.
Meier, Titus J.: Der Aargau und P-26, in: Fokus Linn 5, 2019.
Meier, Titus J.: Zusammenschluss Brugg-Lauffohr. Beim zweiten Anlauf klappte es, in: Brugger Neujahrsblätter, 2021, 82–86.
Meier, Walter: Festansprache, in: 100 Jahre landwirtschaftliche Berufsbildung im Kanton Aargau. Festakt auf Schloss Lenzburg vom Samstag, 14.11.1987.
Meier, Yves: Die gesellschaftliche und institutionelle Verankerung des schweizerischen Zivilschutzes in den 1950er- und 1960er-Jahren. Der Zivilschutz als Ausdruck des ambivalenten schweizerischen Selbstverständnisses im Kalten Krieg. Unveröffentlichte Lizentiatsarbeit. Fribourg 2007.
Merki, Brigitta Luisa: 20 Jahre Tanzcompagnie Flamencos en route. 20 Jahre einzigartige, schweizerische Tanzgeschichte, in: Badener Neujahrsblätter 80, 2005, 193–196.
Merz, Jürg; Raumplanung Aargau: Zwischenbericht über den Stand der Arbeiten. Aarau 1974.
Merz, Klaus: Der Entwurf. Erzählung, in: Bundi, Markus (Hg.): In der Dunkelkammer. Frühe Prosa 1971–1982. Innsbruck/Wien 2011.
Meteo Schweiz: Klimanormwerte Buchs/Aarau 1961–1990 sowie 1981–2010.
Metz, Peter: Bildungspolitik und Lehrerbildung. Historische Problemlagen und ihre Lösungen im Aargau, in: Argovia 113, 2001, 121–171.
Meuli, Kaspar: Sondermülldeponie Kölliken. Das Mahnmal verschwindet, in: die umwelt 4, 2015, 9–14.
Meyer, Kurt: Aargauischer Bibliotheksplan. Grundlagen und Leitbild für die Entwicklung des aargauischen Bibliothekswesens. Aarau 1982.
Meyer, Thomas: Sie tragen Jeans und hören Rock'n'Roll. Die Halbstarkenszene am Beispiel Luzern, in: Stapferhaus Lenzburg (Hg.): A walk on the wild side. Jugendszene in der Schweiz von den 30er Jahren bis heute. Zürich 1997, 48–57.
Meyer, Thomas: Oase auf dem Abstellgleis Europas. Das Künstlerhaus Boswil in den 70ern … zwischen grünen Feldern und Eisernem Vorhang, in: dissonance 138, 2017, 2–8.
Meyer, Thomas: Wie eine grosse Familie. Das Künstlerhaus Boswil und die DDR-Komponisten, in: Zeitschrift für Neue Musik 5, 2019, 32–35.
Meyer, Werner: Juden in Bremgarten, verfasst um 1990, 5.4.2021 (Online-Quelle).
Meyer-von Gonzenbach, Rolf; Bellwald, Anton: Leitbild der Besiedlung des Kantons Aargau. Zwischenbericht. Grundätze, Richtlinien, Variantenvorschläge. Aarau 1968.
Meyer-von Gonzenbach, Rolf: Spreitenbach – Vom Bauerndorf zur Stadt. Kommentare zum Schweizerischen Schulwandbildwerk. Bild 167. Zürich 1975.
Minelli, Michèle; Bürgisser, Anne: Kleine Freiheit. Jenische in der Schweiz. Baden 2015.
Mino Aarau, Geschichte der Mino, 28.11.2020 (Online-Quelle).
Mitteilungsblatt der Gemeinde Leibstadt vom Oktober 2013.
Mittler, Otto; Lüthi Alfred: Der Bezirk Baden. Heimatgeschichte und Wirtschaft. Zollikon 1947 (Bezirkschroniken des Kantons Aargau 4. Baden).
Mohr, Hans F. et al.: Die wirtschaftlichen und demographischen Wachstumskräfte des Kantons Aargau (1950–1980). Résumé des Gutachtens der Prognos AG. Basel 1964/65.
Mohr, Peter: Die Aufgaben der Kantonalen Kinderstation in Rüfenach, in: Brugger Neujahrsblätter, 1949, 23–32.
Möhring, Maren: Fremdes Essen. Die Geschichte der ausländischen Gastronomie in der Bundesrepublik Deutschland. München 2012.
Moor, Ernst: Jugendstrafverfahren, in: Aargauisches Strafprozessrecht. Aarau 1961, 31–56.
Moor, Ernst: 27 Jahre Jugendstrafrechtspflege, in: Aargauische Rechtspflege im Gang der Zeit. Aarau 1969, 255–269.
Moos, Carlo: Habsburg post mortem. Betrachtungen zum Weiterleben der Habsburgermonarchie. Wien/Köln/Weimar 2016.
Mörgeli, Christoph: Bauern, Bürger, Bundesräte 1917–2017. Hundert Jahre Zürcher SVP. Zürich 2017.
Moser, Peter: Wie der Bauernverband nach Brugg kam, in: Brugger Tagblatt, 14.12.1993.
Moser, Peter: Der Stand der Bauern. Bäuerliche Politik, Wirtschaft und Kultur. Gestern und heute. Frauenfeld 1994.
Moser, Peter: Züchten, Säen, Ernten. Agrarpolitik, Pflanzenzucht und Saatgutwesen in der Schweiz 1860–2002. Baden 2003.
Moser, Peter: Vom «schönen» Stier zur «eleganten» Kuh, in: Swissgenetics (Hg.): Zeit und Stolz. Das Jubiläumsmagazin 2010. Zollikofen 2010, 12–15.
Moser, Peter: Eine neue Technologie und eine neue Tätigkeit, in: Swissgenetics (Hg.): Zeit und Stolz. Das Jubiläumsmagazin 2010, Zollikofen 2010, 28–31.
Moser, Peter: Vom parastaatlichen Dienstleister zum Marktleader, in: Swissgenetics (Hg.): Zeit und Stolz. Das Jubiläumsmagazin 2010, Zollikofen 2010, 34–37.
Moser, Peter: Die Agrarproduktion. Ernährungssicherung als Service public, in: Halbeisen, Patrick; Müller, Margrit; Veyrassat, Béatrice (Hg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert. Basel 2012, 568–620.
Moser, Peter: Erfahrung, Wissen und Können, in: Bosshard-Kälin, Susann: Beruf Bäuerin. Frauen aus der Bäuerinnenschule im Kloster Fahr erzählen. Baden 2014, 207–216.
Moser, Peter; Brodbeck, Beat: Milch für alle. Bilder, Dokumente und Analysen zur Milchwirtschaft und Milchpolitik in der Schweiz im 20. Jahrhundert. Baden 2007.
Moser-Ehinger, Hansueli W. (Hg.): Tanzcompagnie Flamencos en route. 20 Jahre. Basel 2004.
Müller, Andreas: Die Archivierung der Aargauer Presse. Ein Wegweiser, in: Argovia 114, 2002, 225–231.
Müller, Andreas: Geschichte der politischen Presse im Aargau. Das 20. Jahrhundert. Aarau 2002.
Müller, Andreas C.: Ein Gottesdienst in der Sprache Jesu, in: Horizonte, 26.11.2018.
Müller, Angela: Indien im Sucher. Fotografien und Bilder von Südasien in der deutschsprachigen Öffentlichkeit 1920–1980. Wien 2019.
Müller, August: Motoren revolutionieren unsere Wittnauer Landwirtschaft. Traktoren lösen Hafermotoren ab, in: Adlerauge 20, 2007, 7–11.
Müller, Bruno: Reben und Wein im Aargau. Broschüre des Aargauer Weinbau-Verbandes. Aarau 1977.
Müller, Felix: Der Bezirk – ein Auslaufmodell?, in: Brugger Neujahrsblätter, 2017, 72–75.
Müller, Florian: Von den Bädern in die Welt hinaus. 125 Jahre Twerenbold. Baden 2020.
Müller, Kurt: Das kantonale Rechenzentrum als Dienstleistungsbetrieb, in: Verwaltungsreform am Beispiel des Kantons Aargau. Aarau 1976.
Müller, Margrit: Die Schweiz in der internationalen Arbeitsteilung. Einleitung, in: Halbeisen, Patrick; Müller, Margrit; Veyrassat, Béatrice (Hg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert. Basel 2012, 319–338.
Müller, Margrit; Woitek, Ulrich: Wohlstand, Wachstum und Konjunktur, in: Halbeisen, Patrick; Müller, Margrit; Veyrassat, Béatrice (Hg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert. Basel 2012, 92–111.
Müller, Otto: Kadetten in Mellingen, in: Mellinger Städtlichronik 8, 1998, 104–108.
Müller, Paul; Wicki, Dieter: Die Fünfte. Die Geschichte der Felddivision 5 in den Jahren 1986–2003. Aarau 2006.
Müller, Peter: Geburt des Brugger Jugendhauses, in: Brugger Neujahrsblätter, 2013, 10–13.
Müller, Roger; Joray, Pascal: Openairkino Rheinfelden – von der Kleinstveranstaltung zum Grossanlass, in: Rheinfelder Neujahrsblätter, 2006, 92–99.
Müller, Verena: Frauen für Frauen – einst und jetzt. Schweizerische Evangelische Frauenhilfe. Ein Kapitel Schweizer Geschichte. Bern 2005.
Müri, Paul: Vom Einachser zum Traktor mit Bordcomputer, in: Landwirtschaft im Aargau. Gestern, heute, morgen. Aarau 1988, 206–212.
Muscionico, Daniele et al.: Himmelaufreissen. Theater M.A.R.I.A. Marie und die freie Theaterszene in der Schweiz. Baden 2009.
Musée cantonal des Beaux-Arts Lausanne: Art argovien d'aujourd'hui. Text von Marie-Louise Lienhard. Lausanne 1976.

N/O/P/Q

Naegele, Verena: Jeder Bau verändert den Kontext. Die Geschichte der Kunsthauserweiterung und das Sammlungskonzept des Aargauer Kunsthauses, in: Aarauer Neujahrsblätter, 2001, 104–121.
Naegele, Verena: Vom Politikum zum Leuchtturm. Die wechselvolle Geschichte des Aargauer Symphonie Orchesters, in: Aarauer Neujahrsblätter, 2011, 9–35.
Näf, Ernst: Rebbau und Weine im Aargau, in: Eggenberger, Walter et al.: Schweizer Weinatlas. Basel 1975.
Näf, Ernst: Vom Weinbau im 20. Jahrhundert, in: Keller, Werner et al.: Landwirtschaft im Aargau. Wandel und Ausblick. Widmung zum 80. Geburtstag von Alfred Ganz und Ernst Haldemann. Aarau 1979, 35–39.

Näf, Ernst: Rebberge im Aargau. Beilage zu Bildkalender. Baden 1985.
Nagra: Potentielle Standortgebiete für ein Endlager Typ B. Grundlagen und Vorgehen zur Standortwahl. Nagra Technischer Bericht 81-04, November 1981.
Narro-Alt-Fischerzunft beider Laufenburg (Hg.): Fasnacht Laufenburg. Festbuch der Narro-Alt-Fischerzunft 1386 Laufenburg anlässlich des 600-jährigen Jubiläums. Laufenburg 1985.
Nater, Pascal: Podcast-Reihe «Zurückgespielt», Kanal K, 2019 (Online-Quelle).
Nater Cartier, Carole: Humorvolle Karikaturen voller Herz und einer Prise Moral. Über die weniger bekannten und unpublizierten Kinder-Bildgeschichten der Papa-Moll-Erfinderin Edith Oppenheim-Jonas, in: Badener Neujahrsblätter 88, 2013, 37–52.
Nef, Andreas; Wildi, Tobias: Informatik an der ETH Zürich 1948–1981. Zwischen Wissenschaft und Dienstleistung, in: Haber, Peter (Hg.): Computergeschichte der Schweiz. Eine Bestandesaufnahme. Zürich 2009, 9–58 (Geschichte und Informatik 17).
Neuapostolische Kirche (Schweiz): Lebende Apostel, lebendiges Evangelium. Jubiläumsschrift 100 Jahre Neuapostolische Kirche Schweiz. Zürich 1995.
Neue Aargauer Bank: Regionalstudie Aargau 2016. Industriekanton Aargau. Bewährte Rezepte und Zukunftstrends. Oktober 2016.
Neue Aargauer Bank: Regionalstudie Aargau 2016. Fachkräftemangel im Aargau. Betroffenheit und Strategien. Oktober 2017.
Neue Helvetische Gesellschaft: Anno 709 p. R.*. Schlussbericht der Prospektivkonferenz der Neuen Helvetischen Gesellschaft. Aarau 1973.
Nigg, Heinz: Die Achtziger – Porträt einer Bewegung, in: Ders. (Hg.): Wir wollen alles und zwar subito! Die Achtziger Jugendunruhen in der Schweiz und ihre Folgen. Zürich 2001, 336–351.
Nigg, Heinz; Welter, Barbara: Global town Baden. 30 Porträts aus einer urbanen Region. Zürich 2010.
Niggli, Peter; Frischknecht, Jürg: Rechte Seilschaften. Wie die «unheimlichen Patrioten» den Zusammenbruch des Kommunismus überstanden. Zürich 1998.
Nussberger, Paul: Chronik der Bezirke Lenzburg und Kulm. Geschichtlicher Teil. Zürich 1966.
Obrist, Brigitte: Huren wehren sich. Erster Europäischer Prostitutiertenkongress, in: Emanzipation. Feministische Zeitschrift für kritische Frauen 17, 10/1991, 10–12.
Oeschger, Ignaz: Strukturwandel einer Gemeinde, in: Keller, Werner et al.: Landwirtschaft im Aargau. Wandel und Ausblick. Widmung zum 80. Geburtstag von Alfred Ganz und Ernst Haldemann. Aarau 1979, 58–60.
Oeschger, Ignaz: Geflügelhaltung im Umbruch, in: Landwirtschaft im Aargau. Gestern, heute, morgen. Aarau 1988, 160–164.
Olbrecht, Erik: Startschuss zur Auenrenaturierung Chly Rhy Rietheim, in: Umwelt Aargau 64, 2014, 23–26.
Oppenheim, Roy: Vom Jüdischen Kulturweg zum Projekt Doppeltür in Endingen und Lengnau, in: Picard, Jacques; Bhend, Angela (Hg.): Jüdischer Kulturraum Aargau. Baden/Zürich 2020, 494–501.
Oppenheim, Roy; Dreyfus, Nicole: «In weiser Voraussicht gegründet». 100 Jahre Verein zur Erhaltung der Synagogen und des Friedhofs Endingen-Lengnau. Endingen 2020.
Ortsbürgergemeinde Kaiseraugst; Gemeinde Augst (Hg.): Augst und Kaiseraugst. Zwei Dörfer – eine Geschichte. 2 Bände. Liestal 2007.
Parise, Simone: Storie per la Storia. Dei cinquant'anni della Missione Cattolica Italiana Lenzburg. Lenzburg 2013.
Parise, Simone: «Italienerseelsorge» im Kanton Aargau 1945–1990, in: Argovia 128, 2016, 91–124.
Pauli-Gabi, Thomas: Der Legionärspfad «Spiel dich in die Römerzeit». Neue Wege in der Vermittlung eines archäologischen Schauplatzes, in: Jahresbericht Gesellschaft Pro Vindonissa, 2008, 31–35.
Peter, Hans Jakob: Der Gemüse- und Beerenobstbau im Aargau, in: Keller, Werner et al.: Landwirtschaft im Aargau. Wandel und Ausblick. Widmung zum 80. Geburtstag von Alfred Ganz und Ernst Haldemann. Aarau 1979, 40–43.
Pfister, Christian (Hg.): Das 1950er Syndrom. Der Weg in die Konsumgesellschaft. Bern 1996.
Pfisterer, Thomas: Aus der Entwicklung von Bodenrecht und Raumplanung im Bunde. Der Weg zum Raumplanungsgesetz, in: Vermessung, Photogrammetrie, Kulturtechnik. VPK 5, 1976.
Pfisterer, Thomas: Die verfassungsrechtliche Stellung der aargauischen Gemeinden bei der Erfüllung der öffentlichen Aufgaben. St. Gallen 1983.
Pfisterer, Thomas: Neue Herausforderungen für die Regionalplanungsverbände, in: Planungsgruppe Region Baden-Wettingen (Hg.): 50 Jahre REPLA – Regionalplanung im Wandel der Zeit. Fislisbach 1997, 62–65.
Philipp-Albert-Stapfer-Haus (Hg.): Gegenwart sichten. Stapferhaus Lenzburg 1960–2010. Baden 2010.
Planungsgruppe Region Baden-Wettingen (Hg.): 50 Jahre REPLA – Regionalplanung im Wandel der Zeit. Fislisbach 1997.
Pletscher, René; Schöni, Roland: 10 Jahre Volkshochschule Zofingen 1961–1971. Gewidmet den Gönnern, Freunden und Mitgliedern der vhz. Zofingen 1971.
Preisch, Christine; Arnet, Beat: Der Kanton Aargau – Lebens- und Wirtschaftsraum. Hg. von der Schweizerischen Bankgesellschaft. Aarau 1995.
Preiswerk-Lösel, Eva-Maria: Ein Haus für die Impressionisten. Das Museum Langmatt. Stuttgart 2001.
Primarschule Klingnau, 15.9.2020 (Online-Quelle).
Pritzker, Andreas: Geschichte des SIN. Brugg 2013.
Pritzker, Andreas: Das Schweizerische Institut für Nuklearforschung SIN. Nordestedt 2014.
Pro Natura Aargau: Aue «Chly Rhy» (Online-Quelle).
Projektsteuerung Gebietsentwicklung «ESP Sisslerfeld» (Hg.): Perspektive Sisslerfeld. Gebietsentwicklung ESP Sisslerfeld. Informationsbroschüre 1, Ausgabe 2020.

R

R. W. (Redaktion Werk): Anpassungsfähige Grundrisse. Interview mit Architekten der METRON-Arbeitsgruppe, in: (Das) Werk, 1966, 41f.
Radsporttage Gippingen (Hg.): 50 Jahre Grosser Preis des Kantons Aargau 1964–2013. Döttingen 2013.
Rapp Buri, Anna: Jüdisches Kulturgut in und aus Endingen und Lengnau. Heidelberg 2008.
Rasi, Roland Claude: Die kantonale Militärhoheit – historische Folklore?, in: Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift, 1975, 305–308.
Rauber, Hermann: Die aargauischen Ortsgemeinden. Basel 1945.
Rauchenstein, Hansruedi: Gemüse und Beeren – gesund und bekömmlich, in: Landwirtschaft im Aargau. Gestern, heute, morgen. Aarau 1988, 194–198.
Raumentwicklung Kanton Aargau (Hg.): Zukunft bauen – Geschichte weiterbauen. Aarau 2019.
Reformierte Kirche Aargau, Aargauer Sozialrat, 24.10.2020 (Online-Quelle).
Reformierte Kirche Aargau, Sylvia-Michel-Preis, 24.10.2020 (Online-Quelle).
Reformierte Kirche Aargau, Fonds für Ferienhilfe, 4.12.2020 (Online-Quelle).
Reformierter Kirchenrat des Kantons Aargau: Kirche und Familie. Wegleitung zur Behandlung der Frage christlichen Ehe- und Familienlebens. O. O. 1945.
Reformierter Kirchenrat des Kantons Aargau: Der reformierte Aargau. Aarau 1978.
Regierungsrat des Kantons Aargau (Hg.): 150 Jahre Kanton Aargau im Lichte der Zahlen. 1803–1953. Aarau 1954.
Regierungsrat des Kantons Aargau (Hg.): Bericht der Arbeitsgruppe für die Verwaltungsreform. Aarau 1968.
Regierungsrat des Kantons Aargau: Raumplanung Kanton Aargau. Richtplanung. Aarau 1985.
Regierungsrat des Kantons Aargau: EWR-Vertrag. Bedeutungen und Auswirkungen für den Kanton Aargau. Aarau 1992.
Regierungsrat des Kantons Aargau (Hg.): Die Spitalkonzeption 2005. Aarau 1994.
Regierungsrat des Kantons Aargau (Hg.): 200 Jahre Kanton Aargau. Wirtschaftsstandort und Kulturraum. München 2002.
Reimann, Peter: Entwicklung des Staatshaushaltes des Kantons Aargau von 1960 bis 1990. Aarau 1991.
Reist, Verena: Bäuerinnenausbildung. Gestern, heute, morgen, in: Keller, Werner et al.: Landwirtschaft im Aargau. Wandel und Ausblick. Widmung zum 80. Geburtstag von Alfred Ganz und Ernst Haldemann. Aarau 1979, 88–91.
Remund, Markus: Pflanzenbauliche Betrachtungen, in: Keller, Werner et al.: Landwirtschaft im Aargau. Wandel und Ausblick. Widmung zum 80. Geburtstag von Alfred Ganz und Ernst Haldemann. Aarau 1979, 20–28.
Renggli, Sepp; Nötzli, Toni (Hg.): Joseph Voegeli. Ein Leben für zwei Räder. Die Geschichte des erfolgreichsten Sportmanagers der Schweiz. Glattbrugg 1992.
Rennhard, Josef: Heute früh um sieben Uhr war mein Aufstand. Randnotizen um Schule, Politik und Alltag. Aarau 1998.
Renold, Ursula: Aargauische Frauengeschichte(n) in vier Teilen. Ein Gruppen-Puzzle. Buchs 1998.
Rensing, Britta: Der Glaube an die Göttin und den Gott. Theologische, rituelle und ethische Merkmale der Wicca-Religion. Unter besonderer Berücksichtigung der Lyrik englischsprachiger Wicca-Anhänger. Magdeburg 2006.
Reusspark Zentrum für Pflege und Betreuung Gnadenthal: Jubiläumstext 4: Von der Pionierarbeit, 4.12.2020 (Online-Quelle).
Rey, Madeleine; Theater Marie et al.: Kulturkontakt Aargau-Belarus 1991–2011. Aarau 2011

Rhein, Valérie; Wyler, Bea: «Wo kein Mehl ist, ist keine Tora», sagt die Rabbinerin, in: Picard, Jacques; Bhend, Angela (Hg.): Jüdischer Kulturraum Aargau. Baden/Zürich 2020, 362–365.
Rieder, Sarah; Minder, Kurt: 50 Jahre Lebensfreude. Rivella und seine Geschichte. 1952–2002. Rothrist 2001.
Rieder, Stefan; Farago, Peter: Vergleichende Evaluation der NPM-Projekte in den Kantonen Aargau, Luzern, Solothurn, Wallis und Zürich. Zürich 2000.
Rieder, Stefan; Spörri, Marc et al.: Wirkungsbericht über die Umsetzung des Kulturgesetzes im Kanton Aargau. Bericht zuhanden der Abteilung Kultur des Kantons Aargau. Luzern 2016 (Interface. Politikstudien Forschung Beratung).
Rinderknecht, Peter: 75 Jahre Brown Boveri 1891–1966. Baden 1966.
Risch, G.: Sorgenkind Wohnungsbau, in: Schweizerische Bauzeitung 2, 1965, 19.
Rist, M.; Burger, H. et al.: Siedlungstyp «Aargau». Aargauische Landwirtschaftliche Siedlungsbaugenossenschaft. Separatdruck aus: Fachblätter für das Bauwesen / Schweizerische Polierzeitung 10, 1966.
Ritzer, Nadine: Alles nur Theater? Zur Rezeption von Rolf Hochhuts «Der Stellvertreter» in der Schweiz 1963/64. Fribourg 2006.
Ritzmann-Blickenstorfer, Heiner; Siegenthaler, Hansjörg: Historische Statistik der Schweiz 779, Tab. N.11a, Zürich 1996.
Rolle, A[ndreas] (Buchgruppe Kulturzentrum Bremgarten KuZeB): Kleiderfabrik Bremgarten. Wohlen 2012.
Römisch-Katholische Kirchgemeinde Frick / Gipf-Oberfrick: 300 Jahre Kirche Frick. Zeichen einer lebendigen Gemeinschaft von 1718 bis 2018. Frick 2018.
Römisch-katholischer Kirchenrat des Kantons Aargau: 100 Jahre Römisch-katholische Landeskirche des Kantons Aargau. 1886–1986. Baden 1986.
Ros, Manuela: Bürgerbildung und Avantgarde. Zofingen als Bühne der kulturellen Modernisierung, in: Lüthi, Christian; Dies. et al.: Zofingen im 19. und 20. Jahrhundert. Eine Kleinstadt sucht ihre Rolle. Baden 1999 (Veröffentlichungen zur Zofinger Geschichte VZG 3), 313–330, 398.
Rösch, Willy Hans (Hg.): Weltkunst auf dem Land. Geschichte und Gegenwart des Künstlerhauses Boswil. In Zusammenarbeit mit der Stiftung Künstlerhaus Boswil. Baden 2000.
Rosiny, Claudia: Jean Deroc, in: Kotte, Andreas (Hg.): Theaterlexikon der Schweiz 1. Zürich 2005, 455f.
Rosiny, Claudia: Schweizer Kammerballett, Zürich, in: Kotte, Andreas (Hg.): Theaterlexikon der Schweiz 3. Zürich 2005, 1659f.
Rosiny, Claudia: Susana, in: Kotte, Andreas (Hg.): Theaterlexikon der Schweiz 3. Zürich 2005, 1776f.
Rosiny, Claudia: Tanzcompagnie Flamencos en route, Baden AG, in: Kotte, Andreas (Hg.): Theaterlexikon der Schweiz 3. Zürich 2005, 1793f.
Rössler, Kaba: Ein neues Stadtmuseum für Aarau. Eine moderne Wunderkammer und ein Ort für Geschichtskultur, in: Aarauer Neujahrsblätter, 2016, 31–47.
Rotach, Martin: Raumplanerisches Leitbild der Schweiz CK-73. Eine Grundlage für das Gespräch zwischen Bund und Kantonen. Bern 1973.
Roth, Adrian: 100 Jahre Sprecher + Schuh, in: Aarauer Neujahrsblätter, 2004, 38–58.
Roth, Alfred: Hans Ulrich Scherer zum Gedenken 1932–1966, in: Das Werk 1, 1967.
Rothenbach, Ernst: Vom Tanzen in der Kirche, in: Brugger Neujahrsblätter, 2014, 26–31.
Röthlin, Katia: GBSG Lägern. Guter und günstiger Wohnraum, auch nach 75 Jahren, in: Badener Neujahrsblätter 96, 2021, 153–161.
Röthlin, Thomas: Aargauer Verwaltungskommunikation im Strukturwandel der Öffentlichkeit. Eine Fallstudie differenzierungstheoretischer Medialisierungseffekte auf Konzepte, Organisation und Aussagen kantonaler Informationsarbeit. O. O. 2002.
Rub, Bruno: «... if it ain't got that swing». 30 Jahre «Jazz in der Aula» Baden, in: Badener Neujahrsblätter 69, 1994, 85–94.
Rub, Bruno: Jubiläum und letzter Vorhang. Nach exakt 50 Jahren wird die Konzertserie «Jazz in der Aula» eingestellt, in: Badener Neujahrsblätter 90, 2015, 165–169.
Ruch, Hansueli: 30 Jahre offene Jugendarbeit in Baden. Eine Standortbestimmung, in: Badener Neujahrsblätter 71, 1996, 126–133.
Ruch, Hansueli: Gewalttätige Jugend – die Geissel unserer Zeit?, in: Badener Neujahrsblätter 78, 2003, 70–77.
Rucki, Isabelle; Huber, Dorothee (Hg.): Architektenlexikon der Schweiz. 19. und 20. Jahrhundert. Basel 1998.
Ruckstuhl, Brigitte; Ryter, Elisabeth: Von der Seuchenpolizei zu Public Health. Öffentliche Gesundheit in der Schweiz seit 1750. Zürich 2017.
Rueb, Franz: Alfred Rasser. Eine Monographie. Zürich 1975.
Rüedi, Karl: Naturschutz im Aargau, in: Mitteilungen der aargauischen Naturforschenden Gesellschaft 24, 1953, 227–245.
Ruedin, Claude; Hanak, Michael (Hg.): Hans Marti. Pionier der Raumplanung. Zürich 2008.
Rüegg, Peter: Über den Verfassungsrat in der heutigen Schweiz. Eine Untersuchung anhand der Verfassungsräte der Kantone Aargau, Solothurn, Basel-Landschaft und Uri. Zürich 1989 (Zürcher Studien zum öffentlichen Recht 84).
Rüegg, Walter; Thiriet, Roger (Hg.): On Air. Dreissig Jahre Lokalradio in der Schweiz. Basel 2013.
Rüttimann, Vera: In Wettingen fühlen sich Freikirchen wohl, in: Horizonte, 8.3.2018 (Online-Quelle).
Rufli, Corinne: Drinnen und draussen – Die Birmenstorferinnen im 20. Jahrhundert, in: Zehnder, Patrick (Hg.): Birmenstorf im 20. Jahrhundert. «Ganz nöch a der Rüüss, a me sonnige Rai...». Birmenstorf 2015, 167–190.
Rufli, Corinne: «Die Kulturbäume wachsen nicht in den Himmel», in: Aargauer Kulturmagazin, 2017 (Online-Quelle).
Rufli, Corinne: «Wir sind die Ermöglicher», in: Aargauer Kulturmagazin, 2019 (Online-Quelle).
Rüssli, Hans: Landwirtschaft im Wandel – in der Schweiz und in der Region Brugg, in: Brugger Neujahrsblätter 118, 2008, 113–130.
Rütschi, Karl: Festschrift für Dr. h. c. Karl Rütschi in Würdigung seiner Verdienste um die Höhere Technische Lehranstalt (Ingenieurschule) Brugg-Windisch. Brugg 1975.
Ryser, Walther: Vom ersten aargauischen Kinderspital zum Reformierten Kinderheim Brugg. 1866–1986. Brugg 1987.

S

Salathé, René et al.: Augst und Kaiseraugst. Zwei Dörfer – eine Geschichte. Band 1 und 2. Liestal 2007.
Sandmeier-Walt, Annina: Austausch, Wiedergutmachung oder doktrinäre Forderung? Der Kulturgütertausch zwischen dem Kanton Aargau und dem Kloster Muri-Gries von 1947 bis 1960, in: Unsere Heimat 78, 2011, 117–172.
Sandmeier-Walt, Annina: Die Aufhebung des Klosters Muri 1841. Der Aargauer Klosterstreit in Schweizer Erinnerungskulturen. Zürich 2019.
Saner, Fabian: Kantonale Politik, in: Geschichte des Kantons Solothurn im 20. Jahrhundert, 2. Politik und Staat – Kirchen und Religion – Kultur, hg. vom Regierungsrat des Kantons Solothurn. Solothurn 2018, 80–141.
Saner, Fabian: Trouvaille «Eine etwas andere Festschrift auf den Aargau. Im «Bürgerbuch» von 1978 geblättert», Website Zeitgeschichte Aargau, 2020 (Online-Quelle).
Saner, Regula: Von der Protestwelle zur sozialen Bewegung?, in: Freiburger Nachrichten, 16.3.2019, 3.
Sarafoglu, Karin: Die Kirche als Treffpunkt, in: Da+Dort. Aargauisches Magazin für Migrations- und Integrationsthemen 55, Dezember 2014, 8f.
SATUS Aargau; Meuter, Ernst (Hg.): Mal unde, mal obe. 75 Jahre SATUS Kantonalturnverein Aargau. O. O. 1994.
Sauerländer, Dominik: Das Salzmehus in Kölliken. Bern 2014 (GSK-Kunstführer 953).
Sauerländer, Dominik: Zum Tod von Hans Christof Sauerländer (1943–2016), in: Argovia 128, 2016, 171f.
Sauerländer, Dominik: Präzisionsgeräte weltweit. Kern Aarau – Geschichte und Erinnerungskultur, in: Argovia 132, 2020, 76–84.
Sauerländer, Dominik; Wiederkehr, Ruth: Jüdische Lebenswelten im Kanton Aargau. 1830–2000, in: Picard, Jacques; Bhend, Angela (Hg.): Jüdischer Kulturraum Aargau. Baden/Zürich 2020, 254–294.
Sawerschel, Hans: 75 Jahre Konsumgenossenschaft Zofingen, in: Zofinger Neujahrsblätter, 1972, 95–110.
Schaerer, Ernst: Erinnerungen eines Badener Dirigenten, in: Badener Neujahrsblätter 56, 1981, 81–85.
Schambron, Eddy: Nach 155 Jahren in Familienhand. «Der Freiämter» gehört jetzt zum «Wohler Anzeiger», Schweiz am Wochenende, 8.2.2019 (Online-Quelle).
Schär, Hans-Ulrich: Die Landwirtschaft in Aarburg, in: Aarburger Neujahrsblätter. 36, 1997, 23–25.
Schelbert, Bruno: 20 Jahre Auenschutzpark Aargau. Aarau 2015 (Umwelt Aargau. Sondernummer 43).
Schenker, Erhard: 100 Jahre CVP Obersiggenthal. Die Geschichte einer Ortspartei. Vom Katholischen Arbeiter- und Männerverein Siggenthal über die Katholisch-Konservative Partei Obersiggenthal zur Christlichdemokratischen Volkspartei CVP Obersiggenthal. Nussbaumen 1997.
Scherer, Hans Ulrich: In ein paar Jahrzehnten, in: Brugger Neujahrsblätter, 1959, 49–62.
Scherer, Hans Ulrich: Die Kleinstadt und ihre städtebaulichen Probleme, in: Das Werk 6, 1961.
Scherer, Hans Ulrich: Terrassenhäuser, in: Das Werk 10, 1964.

Scherrer, Lucien: Jo Lang, der Rebell aus dem schwarzen Block, in: NZZ, 18.8.2020 (Online-Quelle).
Scherrer, Paul: 1945, Atomenergie, in: NZZ, 26.11.1945, Mittagsausgabe, Beiblatt Technik.
Schibli, Max; Geissmann, Josef; Weber, Ulrich: Aargau. Heimatkunde für jedermann. Aarau 1978.
Schilling, Rudolf: Das Planungswunder von Baden, in: NZZ, 13.4.1969.
Schilling, Rudolf: Rückbau und Wiedergutmachung. Was tun mit dem gebauten Kram? Basel/Boston 1987.
Schindler, Benjamin: Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in der Schweiz, in: Sommerman, Karl-Peter; Schaffarzik, Bert (Hg.): Handbuch der Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Deutschland und Europa 2. Berlin 2019, 1131–1164.
Schlachter, Willy: Kaderschmiede für Ingenieure, in: Bortolani, René (Hg.). Die Schule im Glashaus. Entstehung und Entwicklung der Fachhochschule Aargau Nordwestschweiz. Baden 2006, 122–155.
Schmid, Arthur: Das öffentliche Arbeitsrecht des Kantons Aargau. Aarau 1955.
Schmid, Arthur: 50 Jahre «Freier Aargauer». 1906–1956. Aarau 1956.
Schmid, Arthur: Der Aufstieg der Sozialdemokratie im Kanton Aargau, in: Rote Revue 36, 4/1957, 116–119 (Online-Quelle).
Schmid, Arthur: Plädoyer für lebenslanges Lernen, in: Aargauische Maturitätsschule für Erwachsene (AME) (Hg.). Festschrift 20 Jahre Aargauische Maturitässchule für Erwachsene AME. Aarau 2012, 8–11.
Schmid, Denise (Hg.): Jeder Frau ihre Stimme. 50 Jahre Schweizer Frauengeschichte 1971–2021. Zürich 2021.
Schmid, Denise: Trotz allem. Gardi Hutter. Biografie. Zürich 2021.
Schmid, Kurt; Fröhlich, Peter: Unternehmerisch. 125 Jahre Aargauischer Gewerbeverband, Aargauer Gewerbeverband (Hg.). Lenzburg 2019.
Schmid, Otto: Obstbau, in: Keller, Werner et al.: Landwirtschaft im Aargau. Wandel und Ausblick. Widmung zum 80. Geburtstag von Alfred Ganz und Ernst Haldemann, Aarau 1979, 29–34.
Schmid, Peter: Die Wohnbaugenossenschaften der Schweiz. Zürich 2004.
Schmid, Rudolf: Die Entwicklung der Landwirtschaft in Seon in den vergangenen 40 Jahren, in: Seener Spiegel, 1984, 24–29.
Schmitt, Pierre-André; Tremp, Urs: «Das waren so meine Eskapaden nach links». Otto Wanner zur Vergangenheit des «Badener Tagblatts», in: Badener Neujahrsblätter 72, 1997, 191–199.
Schneeberger, Paul: Arolfingen – vom Papiertiger zum Tierheim, in: NZZ, 10.3.2013.
Schneeberger, Paul: Der Bauunternehmer auf dem hohen Seil, in: NZZ, 27.3.2017.
Schneeberger, Paul: Der Aargau leidet unter einseitigem Wachstum, in: NZZ, 18.3.2018.
Schneeberger, Paul: «Warum nicht?» ist kein Rezept für die Schweiz, in: NZZ, 25.7.2018.
Schneider, Arthur: Holzindustrie im «unteren Aaretal». Entstehung, Entwicklung, Untergang, Fortbestand. Würenlingen 2020.
Schneider, Michael: We can work it out. Die Beat-Szene in der Schweiz (1964–1967), in: Stapferhaus Lenzburg (Hg.): A walk on the wild side. Jugendszene in der Schweiz von den 30er Jahren bis heute. Zürich 1997, 69–79.
Schneider, Steven: Als dem Aargau ein Licht aufging. Ein Jahrhundert unter Strom. Baden 2016.
Schneider, Steven: Elektrisiert. Geschichte einer Schweiz unter Strom. Baden 2017.
Schneider, Wolfgang (Hg.): Kulturelle Bildung braucht Kulturpolitik. Hilmar Hoffmans Kultur für alle reloaded. Hildesheim 2010.
Schnell, Dieter: Die Architekturkrise der 1970er-Jahre. Baden 2013.
Schnider, Hans: Das kulturelle Überangebot, in: Aarauer Neujahrsblätter, 1969, 70–74.
Scholl, Herbert H.: Aargau – Kanton der Gleichgewichte, in: Der Staatsbürger. Magazin für Wirtschaft und Politik 3, 1989, 4f.
Scholl, Herbert H.: Aargau – ein Kanton wird besichtigt. Starke Wirtschaft – dezentrale politische Strukturen, in: Der Staatsbürger. Magazin für Wirtschaft und Politik 3, 1989, 5–7.
Schrag, Herbert: Weinbau im Aargau. Separatdruck zum Geschäftsbericht 1993 der Aargauischen Kantonalbank. Aarau 1993.
Schuler, Martin; Ullmann, Dominik; Haug, Werner: Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden 1850–2000. Neuchâtel 2002.
Schulheim Schloss Kasteln: 150 Jahre Schulheim Schloss Kasteln. Brugg 2005.
Schulthess, Peter M. Die Jugend auf der Aarburg. Straf- und zivilrechtlicher Massnahmenvollzug 1893–2018. Basel 2018.
Schulz, Kristina: Die Schweiz und die Globalisierung der Arbeitskraft, in: Holenstein, André et al.: Schweizer Migrationsgeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Baden 2018. 289–346.
Schulze, Gerhard: Kulissen des Glücks. Streifzüge durch die Eventkultur. Frankfurt/New York 1999.
Schulze, Gerhard: Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt 2005.
Schumacher, Beatrice: Coolness (at) home. Der Kühlschrank und die eiskalte Revolution am heimischen Herd, in: Buomberger, Thomas; Pfrunder, Peter: Schöner leben, mehr haben. Die 50er Jahre in der Schweiz im Geiste des Konsums. Zürich 2012, 69–73.
Schürmatt, Über uns, 4.12.2020 (Online-Quelle).
Schwager, Susanna: Das volle Leben. Frauen über achtzig erzählen. Gockhausen 2010.
Schwalbe, Erich: Verwandelte Schweiz – verschandelte Schweiz? Hundert Beispiele aus dem 19. und 20 Jahrhundert. Zürich 1975.
Schwarz, Ernst: Unser Boden, in: Keller, Werner et al.: Landwirtschaft im Aargau. Wandel und Ausblick. Widmung zum 80. Geburtstag von Alfred Ganz und Ernst Haldemann. Aarau 1979, 66–71.
Schwarzenbach, Alexis: WWF. Die Biografie. München 2011.
Schweizer Kindermuseum, Museum, 13.12.2020 (Online-Quelle).
Schweizerische Energie-Stiftung: Wege aus der Entsorgungsfalle. SES-Report Nr. 12 von Marcos Buser und Walter Wildi. Zürich 1981.
Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute SGK (Hg.): Geschichte der Kerntechnik in der Schweiz. Die ersten 30 Jahre 1939–1969. Oberbözberg 1992.
Schweizerische Gesellschaft für Marketing (Hg.): Das Bild des Kantons Aargau in der öffentlichen Meinung. Gekürzte Fassung eines Berichts des GfM Forschungsinstituts der schweizerischen Gesellschaft für Marketing. O. O. 1988.
Schweizerische Nationalphonotek, CD 8433, MC 40151, LP 11090, LP 11241, LP 1284, LP 22725, LP 11423, LP 11573, LP 11575.
Schweizerischer Bauernverband (Hg.): Ernst Laur (1871–1964). Dem Gedenken eines grossen Menschen und Eidgenossen. Brugg 1964.
Schweizerisches Pastoralsoziologisches Institut, Kirchenstatistik, 18.12.2020 (Online-Quelle).
Schwenkel, Christof: Private Kulturförderung in den Kantonen Aargau und Bern. Studie zuhanden der Abteilung Kultur des Kantons Aargau und des Amts für Kultur des Kantons Bern. Luzern 2019 (Interface. Politikstudien Forschung Beratung).
Seiler, Christophe; Steigmeier, Andreas: Geschichte des Aargaus. Illustrierter Überblick von der Urzeit bis zur Gegenwart. Aarau 1998[2].
Seipel, André: Natur- und Landschaftsschutzanliegen bei Verkehrsbauten im Kanton Aargau, in: Anthos. Zeitschrift für Landschaftsarchitektur 3, 1995
Senn, Thomas; Sonderegger, Ronald: Schweiz wird Hinterland für Europas Neonazis, in: Sonntagszeitung, 27.8.1995.
Sennhauser, Albert; Sennhauser Hans Rudolf; Hidber, Alfred (Hg.): Geschichte des Fleckens Zurzach. Zurzach 2004.
Sidler, Roger: Aus der Mitte der Schweiz. Aargauer Kulturpolitik nach 1945, in: Argovia 125, 2013, 8–95.
Sidler, Roger: Zutaten zum Kuchen oder Hefe im Teig? 50 Jahre Aargauer Kuratorium, in: Aargauer Kuratorium (Hg.): Sauerstoff für Kunst und Kultur. 50 Jahre Kulturgesetz und Kuratorium im Aargau. Baden 2019, 80–109.
Sieber, Basil: «Bürgergemeinde», in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 16.2.2005. (Online-Quelle).
Sieber, Josef A.: Ökumene in Baden: Nebeneinander und Miteinander der christlichen Kirchen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Badener Neujahrsblätter 83, 2008, 65–69.
Siegel, Rita: Nutzenevaluation Lares. Schlussbericht zuhanden des Projektes Lares, PH Bern, Zentrum für Bildungsevaluation, Bern, 5.4.2012 (Online-Quelle).
Siegrist, Ulrich: Spannungsfelder für Staat und Wirtschaft. Referat von der GV der AIHK vom 14. Juni 1984 in Aarau. Aarau 1984.
Siegrist, Ulrich: Freiheit kann warten. Menschenrechte und Grundfreiheiten im Wandel der Zeit. Lenzburger Rede gehalten am 28. Oktober 1998 auf Schloss Lenzburg, Lenzburg 1998.
Sigg, F.: Schweizerischer Evangelischer Missionsrat, in: Schweizerischer Protestantischer Volksbund (Hg.): Handbuch der Reformierten Schweiz. Zürich 1962.
Simon, Axel: Lust auf Loft, in: Hochparterre. Themenheft Alte Mauern, neue Orte, 2015, 8–13.
Simon, Axel (Hg.): Im Rückspiegel. Gestalterinnen und Gestalter erzählen ihr Leben. Zürich 2020.
Sindemann, Kerstin-Katja: Mönche, Mantra, Meditation: Buddhismus in der Schweiz, in: Baumann, Martin; Stolz, Jörg (Hg.): Eine Schweiz – viele Religionen: Risiken und Chancen des Zusammenlebens. Bielefeld 2007, 208–222.
Skenderovic, Damir: Die schweizerische Umweltschutzbewegung im Spannungsfeld der 50er Jahre, in: Blanc, Jean-Daniel; Luchsinger, Christine (Hg.): Achtung: die 50er

Jahre! Annäherungen an eine widersprüchliche Zeit. Zürich 1994, 119–146.
Skenderovic, Damir: Das rechtspopulistische Parteienlager in der Schweiz. Von den Splitterparteien zur Volkspartei, in: Traverse 14, 1/2007, 45–64.
Skenderovic, Damir; Späti, Christina: Die 1968er Jahre in der Schweiz. Aufbruch in Politik und Kultur. Baden 2012.
Sommerauer, Willi: Betriebswirtschaftliche Auswirkungen und Erfolg der Bodenmeliorationen in einer Gemeinde des Aargauer Tafeljuras. Bern 1951.
Sommerhalder, Max: «Von den Ludi Vokales zu den Musikalischen Begegnungen – ein Rückblick auf 20 Jahre Lenzburger Musiktradition», in: Lenzburger Neujahrsblätter, 2009, 80–104.
Sondermülldeponie Kölliken (Online-Quelle).
SP Kanton Aargau (Hg.): Kontrastprogramm – Sozialdemokratische Grossratsfraktion. Legislatur 1985–1989. Aarau 1985.
SP Kanton Aargau (Hg.): Rote Rübe. Das Mitglieder-Magazin. Aarau ab 1991.
SP Kanton Aargau (Hg.): Tagblatt. Klartext zur Lage des Kantons. Die abhängige Zeitung der sozialdemokratischen Partei des Kantons Aargau zu den Grossratswahlen 1997. Aarau 1997.
Spreitenbach, Gemeinde: Gemeinderatsnachrichten 4.1.2019.
SRF, Regionaljournal Aargau Solothurn, Expo 64: Stolze Solothurnerinnen und knausrige Aargauer, 8.12.2014.
SRI und Agenturen: Musical ‹Space-Dream› hat nach fünf Jahren ausgeträumt, in: Swissinfo, 27.1.2000 (Online-Quelle).
Staatsarchiv des Kantons Luzern; Schmutz, Jürg et al. (Hg.): Geschichte des Kantons Luzern im 20. Jahrhundert. Raum und Bevölkerung – Staat und Politik – Wirtschaft. Zürich 2013 (Geschichte des Kantons Luzern 1).
Staehelin, Heinrich: Die alte Kantonsschule Aarau 1802–2002. 200 Jahre aargauische Mittelschule. Aarau 2002.
Stäger, Robert: Wole früener, Wole hüt. Freiämtertüütsch. Wohlen 1962.
Stähelin, Heinrich. Aargau, Kulturelles und religiöses Leben, in: Historisches Lexikon der Schweiz HLS, Version 2018.
Stähli, Fridolin; Gros, Peter: Der Aargau liegt am Meer. Ein Streifzug durch seine Literaturlandschaften. Mit Fotos von Werner Erne. Zürich 2003.
Stalder, Helmut: Wie die Schweiz über Jahre radioaktives Material im Meer entsorgte, in: NZZ, 11.11.2019.
Stapferhaus Lenzburg: Autolust. Baden 2002.
Starčević, Alexander: Die Italiener sind da! Die Ausländerproblematik in der Region Baden in den Jahren bis zur ersten Überfremdungs-Initiative 1970, in: Badener Neujahrsblätter 79, 2004, 22–28.
Statistik Aargau, Datenportal.
Statistik Aargau: Bevölkerungs- und Pendlerstatistik 2010 (Volkszählung). Aarau 2011.
Statistik Aargau: Bevölkerungsprognose 2013. Aarau 2013.
Statistik Aargau: Kantonale Bevölkerungsstatistik 2018.
Statistik Aargau: Statistische Jahrbücher 1986–2018, seit 2019 elektronische Publikation.
Statistisches Amt des Kantons Aargau: Mitteilung Nr. 3/77 vom 29.3.1977.
Statistisches Amt des Kantons Aargau: Volkszählung 2000, Band 2: Pendlerstatistik. Aarau 2001.
Statistisches Amt des Kantons Aargau (Hg.): Thematischer Atlas des Kantons Aargau. Laufenburg 2004.
Stauffer, Hans Ulrich: Was soll mit der aargauischen Reussebene geschehen?, in: Aargauer Tagblatt, 23.6.1960, Separatdruck.
Stegmann, Markus: Langmatt, Licht, Libellen. Impressionismus gestern und heute. Berlin 2016.
Steigmeier, Andreas: 5 mal 80 Jahre. Albert Stoll und sein Unternehmen. Kulturgeschichte des Bürostuhls. Geschichte von Koblenz und Waldshut. Koblenz 1990.
Steigmeier, Andreas: Ein Kreuz an der Wand oder das Ewigkatholische in der Geschichte des «Aargauer Volksblatts», in: Badener Neujahrsblätter 69, 1994, 22–41.
Steigmeier, Andreas: Power on. Elektrowatt 1895–1995. Zürich 1995.
Steigmeier, Andreas: Blauer Dunst. Zigarren aus der Schweiz gestern und heute. Baden 2002.
Steigmeier, Andreas: Der Umgehungskanal von Baden. Grossschifffahrtspläne für die Limmat, in: Badener Neujahrsblätter 77, 2002, 30–40.
Steigmeier, Andreas: Feuer, Wind und Wasser. 200 Jahre Gebäudeversicherung im Aargau. Aarau 2004.
Steiner, Karl; Steinbrück, Hans Martin: 50 Jahre Aargauische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei. Menziken 1960.
Steiner, Peter: Hunzenschwil. Von der Urzeit bis zur Gegenwart. Hunzenschwil 1978.
Steiner, Peter: Geschichte des Trolerhofs. Sonderheft der Historischen Vereinigung Wynental. 2010.
Stenz, Isidor et al.: Vom Bauerndorf zur Agglomerationsgemeinde. Oberrüti bis 1980 von der Landwirtschaft geprägt, in: Freiämter Kalender 98, 2008, 33–39.
Stiftung Künstlerhaus Boswil: 60 Jahre Künstlerhaus Boswil. 2013.
Stiftung Satis, Gründungsgeschichte, 4.12.2020 (Online-Quelle).
Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende: Fahrende und Raumplanung. Standbericht 2015. Verfasst von ERR Raumplaner AG, St. Gallen 2015.
Stiftungsrat Aargauische Kulturstiftung Pro Argovia: Kultur Land Aargau. Ein Anstosspapier der Pro Argovia zur kantonalen Kulturpolitik. Lenzburg 1993.
Stiftungsrat des Arbeiterstrandbads Tennwil: Vierzig Jahre Arbeiterstrandbad Tennwil 1935–1975. Aarau 1975.
Stingelin, A.: Die Bedeutung des ländlichen Raumes für die Raumplanung. Dargestellt am Beispiel der aargauischen Reusstalsanierung, in: Vermessung, Photogrammetrie, Kulturtechnik. VPK 5 1978.
Stöckling, Peter: Aarau. Von der Hauptstadt zur Vorstadt, in: Hochparterre 2 1989.
Strässle, Urs: Die Brugger Neujahrsblätter als Spiegel der Aargauer Literatur, in: Brugger Neujahrsblätter, 1990, 61–82.
Straumann, Tobias: Rezession, Technologiepolitik und Risikokapital. Das Scheitern der Innovationsrisikogarantie. 1985, in: Gilomen, Hansjörg et al. (Hg.): Innovationen. Voraussetzungen und Folgen – Antriebskräfte und Widerstände. Zürich 2001, 403–419.
Strebel, Karl: Das Freiamt. Heimatgeschichte und Wirtschaft. Zürich 1946 (Bezirkschroniken des Kantons Aargau 2).
Streif, Klaus: Der Rüsler. Das mediale Herz einer grossen grenzüberschreitenden Region, in: Badener Neujahrsblätter 85, 2010, 65–75.
Studer, August: Probleme rund um den Privatwald, in: Keller, Werner et al.: Landwirtschaft im Aargau. Wandel und Ausblick. Widmung zum 80. Geburtstag von Alfred Ganz und Ernst Haldemann. Aarau 1979, 199–204.
Studer, Brigitte: Umschichtungen und Umstrukturierungen der weiblichen Erwerbstätigkeit in der Schweiz. 1900–1960, in: Wecker, Regina et al.: Die «schutzbedürftige Frau». Zur Konstruktion von Geschlecht durch Mutterschaftsversicherung, Nachtarbeitsverbot und Sonderschutzgesetzgebung. Zürich 2001, 73–106.
Stüssi-Lauterburg, Jürg: Helvetias Töchter. Frauen in der Schweizer Militärgeschichte von der Entstehung der Eidgenossenschaft bis zur Gründung des Frauenhilfsdienstes (1291–1939). Frauenfeld 1989, 35–40.
Süry, Christine: Aus dem Museum Aargau. Zur Geschichte der Historischen Sammlungen im Museum Aargau, in: Argovia 120, 2008, 212–222.
Suter, Gabriela: Die Telli im Wandel. Vom Industrie- zum Wohnquartier, in: Aargauer Neujahrsblätter, 2018, 51–63.
Suter-Kaufmann, Theres: Das Leben einer Bäuerin vor 30 Jahren. Unveröffentlichtes Typoskript von 1987.
SVIL (Schweizerische Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft): Festschrift 50 Jahre SVIL. 1968.
SVP Aargau (Hg.): 70 Jahre SVP Aargau. Festschrift zum 70-jährigen Bestehen der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Aargau 1920–1990. Holziken 1990.
SVP Aargau (Hg.): 75 Jahre SVP Aargau. Standpunkte 1995. Holziken 1995.
SVP Aargau (Hg.): 100 Jahre SVP Aargau. Festschrift zum 100-jährigen Bestehen der Partei im Jahr 2020. Windisch 2020.
Swissgenetics (Hg.): Zeit und Stolz. Das Jubiläumsmagazin 2010. Zollikofen 2010, 32–33 (Highlights) und 38–39 (Porträt).

T/U/V

Tanner, Jakob: Lebensstandard, Konsumkultur und American Way of Life seit 1945, in: Leimgruber, Walter et al. (Hg.): «Goldene Jahre». Zur Geschichte der Schweiz seit 1945. Zürich 1999, 101–131.
Tanner, Jakob: Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert. München 2015.
Tanner, Jakob; Studer, Brigitte: Konsum und Distribution, in: Halbeisen, Patrick; Müller, Margrit; Veyrassat, Béatrice (Hg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert. Basel 2012, 337–702.
Team 67 (Hg.): Team-Rotbuch. Denkanstösse für die Schweiz von morgen. Team-Anstiftung zur Unruhe. Baden 1971.
Team Baden (Hg.): 50 Jahre Team Baden 1967–2017. Baden 2017.
Terrassensiedlung «Brüggliacher» in Oberrohrdorf bei Baden AG. Architekt Hans Ulrich Scherer, in: Das Werk 55, 10/1968, 642–646.
Terrassensiedlung Burghalde in Klingnau Architekten team2000, in: Das Werk 51, 10/1964, 370–373.
Theatergemeinde Aarau: Theater in Aarau. Von der «Kleinen Opernbühne» zur «Schweizer Gastspieloper». Die «Aargauer Oper». Aarau 1987.

Theiler, Luzius; Jost, Ruedi: Achtung: der Aargau. Hg. vom Landesring der Unabhängigen. Baden 1967.
Tietz, Jürgen: Das Denkmal als Massstab. Die Charta von Venedig wird 50 Jahre alt, in: Heimatschutz/Patrimoine 1, 2014, 24f.
Trautweiler, Hans: Standort und Zukunft der Aargauer Freisinnigen, in: Standpunkt. Politische Information für die Aargauer Freisinnigen 3, 15/1969, 1–3.
Trechsel, Alexander; Serdült, Uwe: Kaleidoskop Volksrechte. Die Institutionen der direkten Demokratie in den schweizerischen Kantonen 1970–1996. Basel 1999, 123–156.
Tremp, Urs: Maccaroni statt Hörnli. Wie die fremde Küche nach Baden kam, in: Badener Neujahrsblätter 79, 2004, 56–63.
Tremp, Urs: Als es laut wurde, in: Badener Neujahrsblätter 91, 2016, 87–93.
Tremp, Urs: 50 Jahre «Team 67», in: Badener Neujahrsblätter 92, 2017, 156–163.
Triet, Maximilian; Schildknecht, Peter (Hg.): Die Eidgenössischen Turnfeste 1832–2002. Streiflichter auf ein nationales Ereignis. / Les Fêtes fédérales de gymnastique 1832–2002. Coup d'œil sur un événement national. Olten 2002.
Trommsdorff, Erhard: Das Gesundheitswesen als umfassendes System. Thesen zum Aargauischen Gesundheitswesen. Aarau 1981.
Tschopp, Charles: Der Aargau. Eine Landeskunde. Hg. von der Stiftung Pro Argovia. Aarau 1961.
Ulrich, Stefan: Von der «Hüüsergruppe» zum Löschwasserbecken. Jugendbewegungen in Baden seit 1980, in: Badener Neujahrsblätter 78, 2003, 48–69.
Um die Förderung der Wohnbautätigkeit im Kanton Aargau, in: Wohnen 24, 2/1949, 34.
Unabhängige Expertenkommission (UEK) Administrative Versorgungen (Hg.): Organisierte Willkür. Administrative Versorgungen in der Schweiz 1930–1981. 10A. Zürich 2019.
Vatter, Adrian: Kantonale Demokratien im Vergleich. Entstehungsgründe, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizerischen Kantonen. Opladen 2002.
Vatter, Adrian: Synthese. Religiöse Minderheiten im direktdemokratischen System der Schweiz, in: Ders. (Hg.): Vom Schächt- zum Minarettverbot. Religiöse Minderheiten in der direkten Demokratie. Zürich 2011, 264–290.
Vatter, Adrian: Das politische System der Schweiz. Baden-Baden 2018[3].
Vatter, Bernhard: Das Bundesgesetz über Massnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus und dessen bisherige Anwendung, in: Bauen+Wohnen 9, 1969.
VBS armasuisse, Bereich Bauten: Militärische Denkmäler im Kanton Aargau. Inventar der Kampf- und Führungsbauten. Bern 2006.
Verband Aargauer Kantonspolizei (Hg.): 100 Jahre Verband der Kantonspolizei Aargau 1904–2004. Aarau 2004.
Verein doppeltür, Rückblicke, 18.12.2020 (Online-Quelle).
Verein doppeltür: Vermittlungsprojekt Doppeltür. Projektdossier Vorprojekt. Endingen 2020.
Verein Gnadenthal; Brüschweiler, Roman (Hg.): 100 Jahre Krankenheim Gnadenthal 1894–1994. Brugg 1994.
Verein Kinderheim St. Johann Klingnau: 100 Jahre Kinderheim St. Johann 1893–1993. O. O. 1993.
Vertrag über die Römerstadt Augusta Raurica, 31.3.1998.
Vilas, Cécile: Zofinger Bretter, die die Welt bedeuten, in: Zofinger Neujahrsblätter, 2017, 58–67.
Vindonissaprofessur für Provinzialrömische Archäologie, Universität Basel (Online-Quelle).
Vineyard Aargau: Wie alles begann, 18.10.2020 (Online-Quelle).
Vischer, Eduard: Untersuchungen über Geist und Politik der aargauischen Regeneration, in: Zeitschrift für schweizerische Geschichte 27, 2/1947, 211–241.
Vischer, Lukas et al.: Ökumenische Kirchengeschichte der Schweiz. Basel 1998[2].
Vögtli, Martin: Geschichte der Gemeinde Riniken. Brugg 2003.
Von Matt, Beatrice: Frauen schreiben die Schweiz. Frauenfeld 1998.
Von Wyl, Benjamin: «So öppis wie Brämgarte chasch go sueche!», in: Aargauer Kulturmagazin, 2018, 32f.
Vosseler, Beat: Dreissig Jahre Fair Trade in Rheinfelden, in: Rheinfelder Neujahrsblätter, 2014, 189–198.
VST (Verband Schweizerischer Transportunternehmungen des öffentlichen Verkehrs): Der Öffentliche Verkehr 11, 1966.
Vurma, Jiří: Aargau. Ansichten eines Kantons. Aarau 1994.

W/X/Y

Wacker-Erismann, Paul: Strukturwandel in der Seenger Landwirtschaft, in: Heimatkunde aus dem Seetal 83, 2010, 14–41.
Wagner, Christian; Bühler Krebs, Sandra; Blöchlinger, Mirko: Ortsbauliche Abwägung. Zur städtebaulichen und gestalterischen Weiterentwicklung von ISOS-Ortsbildern. Online-Publikation der Fachhochschule Graubünden, Institut für Bauen im alpinen Raum, Chur.
Wakefield, Jane: Positionierung des Openair Gränichen im «Festivalkanton» Aargau. Unpublizierte Diplomarbeit SAWI-Kurs Kulturmanagement ZH2. Eingereicht am 18.10.2004.
Waldmeier, Josef Fridolin: Katholiken ohne Papst. Ein Beitrag zur Geschichte der christkatholischen Landeskirche des Aargaus. Aarau 1986.
Waltenspül, Josef: 100-Jahr-Feiern der Talkäsereien im Freiamt, in: Freiämter Kalender 76, 1986, 46f.
Waltenspül, Josef: 100 Jahre Bienenzüchterverein Muri und Umgebung 1891–1991. Muri 1991.
Walter, Silja: Am Anfang war der Tanz. Meditationen und Briefe für die Tänzerin Susana. Hg. von Brigitta Luisa Merki. Baden 2019.
Walti, Sandra; Schmid, Tina (Hg.): Rex, Roxy, Royal. Eine Reise durch die Schweizer Kinolandschaft. Basel 2016.
Wanner, Hans: In Baden nicht neu: Idee einer Regionalstadt, in: Badener Tagblatt, 17.4.2012.
Wanner, Heinrich (Hg.): 50 Jahre SVIL. Schweizerische Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft. Zürich 1968.
Wanner, Ruedi: Der öffentliche Verkehr in der Region Baden. Utopie und Realität, in: Badener Neujahrsblätter 77, 2002, 116–130.
Wartmann Holding AG (Hg.): Chronik 1896–1977. Von der Kollektivgesellschaft Wartmann & Vallette, Brugg, bis zur Holdinggesellschaft Wartmann Holding AG, Zug. Brugg 1977.
Wassmer, Franz: Führend in der schweizerischen Zementindustrie, in: Aargauische Industrie- und Handelskammer (Hg.): Beiträge zur Wirtschaft des Kantons Aargau. Industrie und Dienstleistungen. 1977, 20–23.
Weber, Hans: «Kunst und Natur». Sommerausstellung in der Galerie in Lenzburg im Fünfweihergebiet (14.8.–19.9.1982). Fotoimpressionen, in: Lenzburger Neujahrsblätter, 1983, 28f.
Weber, Hans: Hero – im Lenz. Vom Fabrikareal zum Stadtquartier. Baden 2019.
Weber, Hans; Halder, Heiner: 175 Jahre Aargau. Aarau 1979.
Weber, Ulrich: Allons-y, Argovie! 200 Jahre moderne Schweiz. Ein Handbuch. Aarau 1996.
Weber, Ulrich; Fröhlich, Heinz: Aargauer Bräuche. Aarau 1983.
Wehrli, Christoph: Prospektive und Pragmatismus, in: NZZ, 6.7.2012.
Wehrli, Peter K.: Bruno Weber. Der Architekt seiner Träume. Bern 2002.
Wehrli, Thomas: Als der Fluorkrieg eskalierte – und Fricktaler mit Kühen durch Zürich zogen, in: Aargauer Zeitung, 7.7.2016 (Online-Quelle).
Wehrli, Thomas: Die Wirtschaft braucht die Grenzgänger, in: Aargauer Zeitung, 18.6.2020.
Wehrli, Thomas: Museum Schiff kann nicht erweitert werden, in: Aargauer Zeitung, 9.2.2020.
Weibel, Andrea: Bye-bye Openeye: Nach 25 Jahren ist Schluss, in: Aargauer Zeitung, 26.6.2019.
Weinlesekontrolle 2019, Kanton Aargau.
Weiss, Richard: Grundzüge einer protestantischen Volkskultur, in: Schweizerisches Archiv für Volkskunde 61, 1965, 75–93.
Weiss, Robert: Der Schweizer Computermarkt. Ein Rückblick auf frühere Ausblicke, in: Haber, Peter (Hg.): Computergeschichte der Schweiz. Eine Bestandesaufnahme. Zürich 2009 (Geschichte und Informatik 17), 123–142.
Welter, Barbara: «Unterkünfte für die Töchter und Söhne des Südens». Die Gastarbeitersiedlungen der BBC in Baden und Rieden, in: Badener Neujahrsblätter 79, 2004, 10–16.
Welter, Barbara; Nigg, Heinz: Global town Baden. 30 Porträts aus einer urbanen Region. Zürich 2010.
Wenger, Susanne: Sie kamen am Sonntag, um die Zöglinge zu befreien, in: Curaviva, 12/2009, 40–44.
Werder, Max: Sanierung der Reussebene. Ein Partnerschaftswerk. Aarau 1982.
Wettstein, Emil: Berufsbildung: Entwicklung des Schweizer Systems. Bern 2020.
Wetzel, Michael; Wildi, Fredi: Wandel im Weinbau an der Goldwand, in: Badener Neujahrsblätter 78, 2003, 164–173.
White, Gillian: Werkverzeichnis auf der eigenen Website, 30.1.2020 (Online-Quelle).
Wicki, Dieter: Der Aargauische Grosse Rat 1803–2003. Wandel eines Kantonsparlaments. Eine Kollektivbiografie. Baden 2006 (Beiträge zur Aargauer Geschichte 15).
Widmer, Hans-Peter: Gemeindegesetz ohne Giftzähne bejaht, in: Aargauer Tagblatt, 20.12.1978.
Widmer, Hans-Peter: Helm auf! Das Wehrwesen im Aargau 1803–2003. 200 Jahre Zeughaus Aarau 1804–2004, Baden 2004.
Widmer, Hans-Peter: Keiljungfer und Knabenkraut. Die Natur- und Kulturlandschaft Reusstal. Hg. von der Stiftung Reusstal, Rottenschwil 2007.
Widmer, Hans-Peter: Vor 50 Jahren starb Architekt Hans Ulrich Scherer, in: e-Journal, 26.10.2016 (Online-Quelle).
Widmer, Heini: Probleme der Planung. Vom Handwerk zur Industrie, in:

Atlantis. Länder, Völker, Reisen 3, 1964, 159–164.
Widmer, Toni: Fahrplan-Übersicht wird transparenter, in: Aargauer Zeitung, 14.11.2008.
Widmer-Dean, Markus: Rothrist. Im Lauf der Zeit. Rothrist 2012.
Wiederkehr, Ruth: Die kirchliche Jugendarbeit in Baden. Der soziale Auftrag und das Schwinden der konfessionellen Grenzen, in: Badener Neujahrsblätter 83, 2008, 126–137.
Wiederkehr, Ruth: Sushi oder Paella? Kebab! Die internationale Gastronomie in der Innenstadt Badens, in: Badener Neujahrsblätter 84, 2009, 87–97.
Wiederkehr, Ruth: Malen, bis das Szenario stimmt, in: Juli 2.10.2010, 17–21.
Wiederkehr, Ruth: Badener Lebenswelten. Zwischen Konfession, Kur und Kultur, in: Furter, Fabian et al.: Stadtgeschichte Baden. Baden 2015, 188–243.
Wiederkehr, Ruth: Eine Gemeinde, zwei Pfarreien. Katholische Kirchengeschichte Wettingen. Wettingen 2017.
Wiederkehr, Ruth: Liliane Juchli über ihre Kindheits- und Jugendjahre, in: Badener Neujahrsblätter 96, 2021, 163–178.
Wiederkehr, Ruth: «Für lebige und gestorben brüeder und schwestern». 300 Jahre Emausbruderschaft Baden, in: Badener Neujahrsblätter 97, 2022, 165–176.
Wiedmer-Zingg, Lys: Heilende Wässer. Quellen der Gesundheit. Aarau 1994.
Wiesmann, Matthias: Das Bierkartell als Innovationsbarriere?, in: Gilomen, Hansjörg et al. (Hg.): Innovationen. Voraussetzungen und Folgen – Antriebskräfte und Widerstände. Zürich 2001, 239–262.
Wiesmann, Matthias: Bier und Wir. Geschichte der Brauereien und des Bierkonsums in der Schweiz. Baden 2011.
Wildi, Tobias: Organisation und Innovation bei BBC Brown Boveri AG (1970–1987). Unveröffentlichte Lizentiatsarbeit. Zürich 1998.
Wildi, Tobias: Der Traum vom eigenen Reaktor. Die schweizerische Atomtechnologieentwicklung 1945–1969. Zürich 2003.
Wirth, Dominic: Wie das Klima den Wald verändert, in: Aargauer Zeitung, 9.6.2020.
Wirtschaft, Demographie und fiskalisches Potenzial im Kanton Aargau. Kurzgutachten im Auftrag der Abteilung Finanzen des Kantons Aargau. Juni 2017.
Wirtschaftsgesetz durchberaten, in: Aargauer Tagblatt, 28.2.1973.
Wirz, Heinrich L.; Strahm, Florian A.: Armee, Bund und Kantonale Militärhoheit. Die verfassungsrechtliche Zentralisierung des schweizerischen Wehrwesens und ihre Folgen. Bern 2010 (Schriftenreihe der Eidgenössischen Militärbibliothek und des Historischen Dienstes 45).
Wirz, Heinz (Hg.): Meier Leder. Luzern 2018 (De aedibus 76).
Wismer, Beat: Anmerkungen zur Geschichte der Aargauischen Kunstsammlung, in: Unsere Kunstdenkmäler. Mitteilungsblatt für die Mitglieder der Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte 39, 1988, 187–196.
Wittmer, Konrad: 25 Jahre aargauisches Kulturgesetz. Eine Rückschau und ein Blick in die Zukunft. Aufklärung bis in die Niederungen. Politik im Schweizer Mittelland. Festschrift zur Verabschiedung von Dr. Arthur Schmid als Regierungsrat. Aarau 1993, 31–50.
Wittweiler, Hedy: Unterwegs mit Frauen – für Frauen. 100 Jahre Katholischer Frauenverein Brugg 1907–2007, in: Brugger Neujahrsblätter, 2008, 141–148.
Wohnlich, Konrad: Die Spitalkonzeption für den Kanton Aargau, in: Linder, Wolf; Hotz, Beat; Werder, Hans (Hg.): Planung in der schweizerischen Demokratie. Bern 1979, 257–286.
Wuchner, Rebekka; Döbeli, Christoph: 200 Jahre Kantonspolizei Aargau 1803–2003. Aarau 2003.
Wullschleger, Erwin: Geschichte der Kirchgemeinde Kirchberg: Küttigen und Biberstein. Kirchberg 1987.
Wullschleger, Erwin: Waldpolitik und Forstwirtschaft im Kanton Aargau von 1803 bis heute. Hg. vom Finanzdepartement des Kantons Aargau, Abteilung Wald. Aarau 1997.
Würsch, Roman: Eine Ikone der 1970er-Jahre. Die Autobahnraststätte Würenlos aus kulturgeschichtlicher Perspektive, in: Badener Neujahrsblätter 95, 2020, 61–66.
Wüthrich, Werner: Die kantonalen Volksrechte im Aargau. St. Gallen 1990 (St. Galler Beiträge zum öffentlichen Recht 26).
Wyl, Eva Maria von: Ready to Eat. Die Schweiz entdeckt amerikanische Esskultur. Baden 2015.
Wyrsch, Melanie; Schneeberger, Paul: Von der VLP zu EspaceSuisse. Historisches Essay zum 75-Jahre-Jubiläum des Verbands für Raumplanung. Bern 2018.
Wyss-Meier, Yolanda: Ein Grenzfall, in: Badener Neujahrsblätter 79, 2004, 72–78.

Z

Zanetti, Gerardo: Sterben in Kabul, in: Schweizer Illustrierte, 23.5.1972, 8f.
Zantop, Stefan: 64. und letzter Zyklus des Konzertfonds Baden, in: Badener Neujahrsblätter 85, 2010, 190f.
Zehnder, Patrick: Die Wirkung eines Männerbunds auf dem Dorf. Am Beispiel des Jünglingsvereins Kindhausen (1906–1932), in: Argovia 116, 2004, 75–85.
Zehnder, Patrick: Alles fein säuberlich getrennt! Kirchliches Vereinsleben in Birmenstorf, in: Badener Neujahrsblätter 83, 2008, 91–104.
Zehnder, Patrick: Wo das Magere zählt, gilt die geräucherte Speckseite nichts mehr! Von der eiweissreichen «Säutränki» zur industriell gekochten Schweinesuppe, in: Badener Neujahrsblätter 84, 2009, 122–125.
Zehnder, Patrick: Entscheidungsmechanismen beim Verschwinden der (Klein-)Landwirtschaft. Ein Forschungsbericht zu Birmenstorf im Schweizer Mittelland (1950–2010), in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 58, 2/2010, 94–96.
Zehnder, Patrick: Wir riefen Arbeitskräfte – und sie wurden Neuenhofer. Wie Neuenhof in zwei Jahrhunderten zu einem Dorf mit 8000 Einwohnern wurde, in: Badener Neujahrsblätter 85, 2010, 99–107.
Zehnder, Patrick: Von der mühseligen Kleinlandwirtschaft zum Gemüsebauzentrum, in: Badener Neujahrsblätter 86, 2011, 119–128.
Zehnder, Patrick: Wahl oder Zwang? Wahl und Zwang! Das Verschwinden der Kleinlandwirtschaft im aargauischen Birmenstorf im 20. Jahrhundert, in: Argovia 123, 2011, 115–140.
Zehnder, Patrick: Mit der Bicyclette durch die Verkehrskreisel der Region. Augenschein einer ansteckenden Verkehrssituation, in: Badener Neujahrsblätter 87, 2012, 150–155.
Zehnder, Patrick et al.: Birmenstorf im 20. Jahrhundert: «ganz nöch a der Rüüss, a me sonnige Rai ...». Baden 2015.
Zehnder, Patrick: Die Folgen von «1968» im dörflichen Umfeld – ein «offenes Haus» im Aargau mit langer Nachwirkung, in: Argovia 127, 2015, 103–123.
Zehnder, Patrick: Jauchefass gegen Weihrauchfass. Physische und symbolische Raumeinnahme im paritätischen Birmenstorf (AG) 1900–1950, in: Schweizerische Zeitschrift für Religions- und Kulturgeschichte 109, 2015, 329–344.
Zehnder, Patrick: Die «Badener Bewegig» von 1981/82, in: Badener Neujahrsblätter 92, 2017, 121–129.
Zehnder, Patrick: «Unsere ‹rote aargauische Kavallerie› belebte früh die Strassen». Die Arbeiter-Radfahrer im Kanton Aargau (1918–1939), in: Argovia 131, 2019, 172–195.
Zehnder, Raphael: Punk. Gegen das Glattpolierte, in: Christoph Merki (Hg.): Musikszene Schweiz. Begegnungen mit Menschen und Orten. Zürich 2009, 208–231.
Zeller, Christa (Hg.): Nordwestschweiz, Jura, Mittelland. Zürich 1994 (Schweizer Architekturführer 2).
Zemp, Markus: Die Kleinviehzucht – Entwicklung und Tendenzen, in: Landwirtschaft im Aargau. Gestern, heute, morgen. Aarau 1988, 155–159.
Zentralverband Schweizer Volkstheater, Geschichte, 19.12.2019 (Online-Quelle).
Zeugin, Peter; Gros, Dominique: Jugendliche in der Schweiz. Wertvorstellungen und Verhaltensweisen. Zürich 1993.
Zimmerli, Ernst: Tragt Sorge zur Natur. Anregungen, Anleitungen und Dokumentationen für alle, die Naturschutz treiben wollen, vor allem für Erzieher und Eltern. Aarau 1970.
Zimmerlin, Erich; Marti, Hans: Bauordnung der Stadt Aarau. Aarau 1960.
Zimmermann, Caspar: Dichtung und Technik. Wie aus dem BBC-Techniker Alfred Bruggmann der erste Globi-Dichter wurde, in: Badener Neujahrsblätter 88, 2013, 59–69.
Zimmermann, Günti: 20 OX. 20 Jahre OX. Kultur im Ochsen Zofingen, Kulturmachtgeil. Zofingen 2002.
Zobrist, Daniel; Marti, Roland (Hg.): Handball HRV Special. Aargau Plus. Wettingen 2006.
Zumsteg, Hans Joerg: «Metamorphosen» – von den Wettinger Musikfreunden zu den Wettinger Kammerkonzerten, in: Badener Neujahrsblätter 80, 1995, 160f.
Zurbriggen, Ludwig: CVP und die soziale Mitte. Soziales Kapital, Koalitionen und symbolische Praxis der CVP. Zürich 2004.
Zürcher, Lukas: Die Schweiz in Ruanda. Mission, Entwicklungshilfe und Nationale Selbstbestätigung (1900–1975). Zürich 2014.
Zürcher, Regula: Von der mehrheitskonformen Standespartei zur oppositionellen Volkspartei. Die Positionierung von Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei und späteren Schweizerischen Volkspartei von 1920–2003, in: Traverse 14, 1/2007, 65–81.
Zwei zusammengebaute Einfamilienhäuser in Gockhausen ZH. Architekt Hans Ulrich Scherer, in: Das Werk 54, 12/1968, 780–783.
Zwez, Annelise: Erinnerungen an «20 Jahre Galerie Elisabeth Staffelbach» und Nachdenken über die Situation einer Galerie für zeitgenössische Kunst im Aargau, in: Lenzburger Neujahrsblätter, 1997, 67–86.

Konsultierte Zeitungen und Periodika

Aargauer Kulturmagazin
Aargauer Tagblatt
Aargauer Volksblatt
Aargauer Zeitung
Badener Tagblatt
Bajour
Basler Zeitung
BBC, Hauszeitung
Botschaft, Regionalzeitung im Bezirk Zurzach
Brülle, Aargau!
Bürgerblatt
Der Spiegel
Der Wiggertaler
Die Tat
Emanzipation, Zeitung der Organisation für die Sache der Frauen
Freier Aargauer
JULI
Kirchenbote für das reformierte Volk des Aargaus
Lenzburger Nachrichten
Limmatwelle
Mittelland Zeitung
Neue Fricktaler Zeitung
Neue Zürcher Zeitung
Rundbriefe der Grünen Aargau
Rundschau, Regionalzeitung Bezirk Baden, auch: Rundschau Nord und Rundschau Süd
Schulblatt AG/SO
Schweiz am Wochenende
Schweizer Bauer
Schweizerisches Bundesblatt
Schweizer Illustrierte
Standpunkt, Politische Information für die Aargauer Freisinnigen
Tages-Anzeiger
Weltwoche
Wohler Anzeiger
Zensur
Zofinger Tagblatt

Datenbanken

Industriekultur Schweiz, industriekultur.ch

Audiovisuelle Quellen

Furter, Fabian: «Türöffnung zum Paradies. Spreitenbach und die Entstehung des ersten Schweizer Einkaufszentrums», Dokumentarfilm Zeitgeschichte Aargau, 2020 (Online-Quelle)

Lenherr, Beat; Oehniger, Thomas: «Spreitenbach. Wie aus einem Dorf eines blieb», Dokumentarfilm 1997, SRF, 18.2.1998.

Saner, Fabian: «Die Fieberkurve des Zusammenlebens – Migrationsgeschichten aus dem Aargau», Dokumentarfilm Zeitgeschichte Aargau, 2020 (Online-Quelle).

Schweizerische Filmwochenschau, «Festlicher Aargau», 11.9.1953.

SRF Antenne, «Auf der Autobahn zum Einkaufen», 22.8.1973.

SRF Antenne, «Pro und Contra Umfahrung Bremgarten», 23.6.1970.

SRF Antenne, «zofiscope 74», 18.6.1974.

SRF Blickpunkt Region, «Der Sultan von Spreitenbach. Busse für unbewilligtes Objekt des Künstlers Bruno Weber», 27.2.1976.

SRF Blickpunkt, «Lärmemissionen der N3», 4.1.1977.

SRF CH-Magazin, Abstimmungsvorschau zum Raumplanungsgesetz in zwei Teilen, 7.5.1976 und 14.5.1976.

SRF Kulturplatz, 3.4.2014.

SRF Landwirtschaft heute, «Aargau als Gastkanton an der Olma», 10.10.1971.

SRF Rundschau, «Türken in Seon», 9.6.1993.

SRF Schweiz aktuell, vom 26.6.1995.

SRF Radiosendung Doppelpunkt, «Hermann Burger: Wortakrobat mit Schatten über der Seele», 26.2.2009.

SRF, Radiosendung «Zeitgenössisch – eidgenössisch», Anno 709 post Rütli, über den Schlussbericht der Neuen Helvetischen Gesellschaft, 23.12.1973.

SRF Regionaljournal Aargau/Solothurn: «Vom bunten Haufen zur etablierten Partei: 30 Jahre Grüne Aargau», SRF online, 19.8.2013 (Online-Quelle).

SRF Regionaljournal Aargau/Solothurn, «Der Aargau hat seit 25 Jahren ein Privatradio», 1.5.2015 (Online-Quelle).

SRF Regionaljournal Aargau/Solothurn: «Aargauer Alt-Ständerat Hans Letsch verstorben», SRF online, 29.10.2015 (Online-Quelle).

SRF, Regionaljournal Aargau/Solothurn, «Mit Herzblut eine Region mit Informationen beliefern», 16.3.2017 (Online-Quelle).

Wiederkehr, Ruth: «Staatsgeld für die Kunst? Als der Aargau sein Kulturgesetz bekam», Dokumentarfilm Zeitgeschichte Aargau, 2019 (Online-Quelle)

Wiederkehr, Ruth: «Kunst der Überraschung. Zirkusgeschichten aus dem Aargau», Dokumentarfilm Zeitgeschichte Aargau, 2020 (Online-Quelle)

Zehnder, Patrick: «Beznau – Kaiseraugst – Leibstadt. Wie der Aargau zum Atomkanton wurde», Dokumentarfilm Zeitgeschichte Aargau, 2019 (Online-Quelle).

Gesprächspartnerinnen und Zeitzeugen

Allawala, Malik: geboren 1952, Maschinenbauingenieur, Pressesprecher des Verbandes Aargauer Muslime. Gespräch geführt durch Ruth Wiederkehr am 24.9.2020.

Altorfer, Sabine: geboren 1956, Germanistin, Kulturjournalistin und Kulturkritikerin, Galeristin. Gespräch geführt durch Ruth Wiederkehr am 15.11.2019.

Altwegg, Andres: geboren 1949, Weinbauhistoriker, Brugg. Telefonische Auskünfte an Patrick Zehnder am 5.5.2020.

Bachmann, Heinrich: geboren 1940, Architekt und Raumplaner, zwischen 1972 und 2005 für die Raumplanung Aargau tätig, davon die letzten 13 Jahre als Leiter der Abteilung Raumentwicklung. Gespräch geführt durch Fabian Furter am 5.11.2019.

Bachofner, Christian: geboren 1962, Raumplaner Abteilung Raumentwicklung Kanton Aargau. Gespräch geführt durch Fabian Furter am 11.11.2020.

Baldinger, Thomas: geboren 1950, Musiker und Dirigent, zwischen 1979 und 2019 Dirigent des «collegium vocale». Gespräch telefonisch geführt durch Ruth Wiederkehr am 12.11.2019.

Baumann, Hans: geboren 1954, Verleger des *Wynentaler Blatts* in dritter Generation. Gespräch geführt durch Fabian Saner am 26.11.2020.

Bellettati, Riccardo: geboren 1955, zwischen 1980 und 2020 wissenschaftlicher Illustrator und Grabungstechniker Kantonsarchäologie Aargau. Gespräch telefonisch geführt durch Annina Sandmeier-Walt am 21.1.2021.

Bertschi, Patrizia: geboren 1955, Heilpädagogin und Asylaktivistin. Gespräch geführt durch Fabian Saner am 27.5.2020.

Bircher, Peter: geboren 1939, Gemeindeschreiber, CVP-Gross- und -Nationalrat, Wölflinswil. Gespräch geführt durch Maria Meier 22.10.2019.

Blattner-Geissberger, Marianne: geboren 1948, Sekundarlehrerin/Museologin, 1974 Reise nach Lateinamerika, Aarau. Gespräch geführt durch Patrick Zehnder am 23.8.2019.

Bleuer, Elisabeth: geboren 1948, von 1993 bis 2013 Kantonsarchäologin des Kantons Aargau. Gespräch telefonisch geführt durch Annina Sandmeier-Walt am 18.1.2021.

Blumenstein, Ernst: geboren 1942, Tägerig, 1964–65 Reise auf dem Hippie-Trail nach Indien. Gespräch geführt durch Patrick Zehnder 27.10.2019.

Bopp, Christoph und Dohner, Max: geboren 1956 bzw. 1954, Journalisten und Autoren Badener *Tagblatt/Aargauer Zeitung*. Gespräch geführt durch Fabian Saner am 8.4.2020.

Brack, Roland: geboren 1972, Unternehmer, Pionier im Schweizer Online-Handel mit der Firma Brack.ch mit Sitz in Mägenwil. Gespräch geführt durch Astrid Baldinger Fuchs am 11.12.2019.

Bucher, Ralf: geboren 1978, seit 2002 Geschäftsführer im Bauernverband Aargau, seit 2012 CVP-Grossrat, Landwirt auf dem Bucherhof in Mühlau. Gespräch geführt durch Patrick Zehnder am 12.6.2020.

Buri, Peter: geboren 1958, früherer Journalist und Aargauer Regierungssprecher. Gespräch geführt durch Fabian Saner am 25.5.2021.

Bürge, Josef: geboren 1942, ehemaliger Stadtammann, Baden. Gespräch geführt durch Fabian Furter am 16.6.2020.

Bürgi, Christoph: geboren 1975, Raumplaner Abteilung Raumentwicklung Kanton Aargau, Fachstelle Fahrende. Gespräch geführt durch Fabian Furter am 13.11.2020.

Cam, Arsen: geboren 1953, Betreiber eines Döner-Verkaufsladens. Gespräch geführt durch Ruth Wiederkehr am 28.7.2020.

Chopard, Max: geboren 1966, Arbeiter, Gewerkschaftssekretär, Politiker, Umweltschützer. Gespräch geführt durch Astrid Baldinger Fuchs am 9.11.2020.

Cipolat, Toni: geboren 1935, ehemaliger Verkaufschef von Möbel Pfister in Suhr. Gespräch geführt durch Astrid Baldinger Fuchs am 5.11.2019.

Dubler, Walter: geboren 1955, ab 1981 für die Gruppierung «Eusi Lüüt» im Einwohnerrat Wohlen, 1997–2015 Gemeindeammann von Wohlen. Auskünfte an Fabian Saner vom 2.6.2021.

Egerszegi, Christine: geboren 1948, Politikerin (FDP), Mellingen 1989 bis 1995 im Grossen Rat des Aargaus, 1995–2007 National- und 2007–2015 Aargauer Ständerätin; 2006/07 Nationalratspräsidentin. Gespräch geführt durch Fabian Saner am 9.10.2020.

Emmenegger, Kurt: geboren 1955, ehemaliger Unia-Sekretär. Gespräch geführt durch Astrid Baldinger am 5.12.2019.

Erne, Leo: geboren 1942, alt CVP-Grossrat, Döttingen. Telefonische Auskunft an Patrick Zehnder am 17.11.2019.

Fischer, Theo: geboren 1937, Politiker (SVP), 1979 bis 1999 im Nationalrat. Gespräch geführt durch Fabian Saner am 11.11.2019.

Frey, Ueli: geboren 1954, Musiker der Arbeitsgemeinschaft Lovecraft. Gespräch geführt durch Patrick Zehnder am 28.3.2014.

Giolo, Josefina: geboren 1944, Hausfrau und Verkäuferin, arbeitete seit 1970 in verschiedenen Geschäften im Einkaufszentrum Spreitenbach. Gespräch geführt durch Fabian Furter am 12.2.2020.

Glarner, Hans Ulrich: geboren 1959, ehemaliger Leiter Amt für Kultur Aargau und ehemaliger Leiter Stapferhaus Lenzburg. Gespräch geführt durch Annina Sandmeier-Walt am 24.1.2020.

Gysi, Susanne: geboren 1945, Dozentin, Mitbegründerin des Wohnforums an der ETH Zürich. Gespräch geführt durch Fabian Furter am 2.6.2021.

Häfeli, Walter: geboren 1962, CEO Recycling- und Transportfirma Häfeli-Brügger, Klingnau. Gespräch geführt durch Astrid Baldinger Fuchs am 8.12.2020.

Halter, Ernst: geboren 1938, Germanist, Autor und Lektor, verheiratet mit Erika Burkart. Gespräch geführt durch Ruth Wiederkehr am 15.5.2019.

Haupt, Isabel: geboren 1968, Bauberaterin und stellvertretende Denkmalpflegerin des Kantons Aargau. Gespräch telefonisch geführt durch Annina Sandmeier-Walt am 8.12.2020.

Hauser, Rudolf: Artillerie-Chef Grenzbrigade 5. Auskünfte an Titus J. Meier am 2.9.2020.

Henz, Alexander: geboren 1934, Architekt ETH BSA SIA, 1965 Mitbegründer Planungsfirma Metron, 1980 bis 1996 Professor für Entwurf am DARCH der ETH Zürich. Gespräch geführt durch Fabian Furter am 19.10.2019.

Hildbrand, Mirjam: geboren 1987, Theaterwissenschaftlerin, Fokus Zirkusgeschichte. Gespräche geführt durch Ruth Wiederkehr am 26.3.2020 und am 15.7.2020.

Hochuli, Robert: geboren 1950, Textilfabrikant (Strickerei Hocosa) und Immobilienmakler, Safenwil. Gespräch geführt durch Astrid Baldinger Fuchs am 1.12.2020.

Hoegger, Peter: geboren 1939, Historiker und Kunsthistoriker, Inventarisator der Kunstdenkmäler des Kantons Aargau von 1968 bis 2005. Gespräch telefonisch geführt durch Annina Sandmeier-Walt am 26.1.2021.

Hossli, Peter: geboren 1969, Historiker und Filmwissenschaftler, Journalist, Mitgründer des Filmfestivals Fantoche. Gespräch telefonisch geführt durch Ruth Wiederkehr am 21.4.2020.

Huber, Ursula: geboren 1969, Bezirksschullehrerin, Muri, Mitglied des Organisationskomitees Openair Guggibad Muri in den 1990er-Jahren. Gespräch telefonisch geführt durch Ruth Wiederkehr am 15.4.2021.

Humbel-Somm, Angela und Humbel, Lorenz: geboren 1931, gestorben 2021 und geboren 1965, Brennerei Humbel, Stetten. Gespräch geführt durch Ruth Wiederkehr am 24.9.2020.

Hunziker, Walter: geboren 1929, Architekt, Meilen. Gespräch geführt durch Fabian Furter am 11.4.2019.

Isler, Roli: geboren 1962, 1980–1988 Gründer der Aargauer Wanderdisco Prism, DJ Prism, Baden-Rütihof. Gespräch geführt durch Patrick Zehnder am 25.3.2020.

Jauch, Ursula Pia: geboren 1959, Professorin für Philosophie Universität Zürich, feministische Aktivistin. Auskünfte an Fabian Saner vom 28.4.2021).

Kamm-Bretscher, Peter: geboren 1945, 1974/75 Reise auf dem Hippie-Trail nach Indien und Afrika, Baden-Rütihof. Gespräch geführt durch Patrick Zehnder am 20.8.2019.

Keller, Rolf: geboren 1949, Kulturberater und ehemaliger Präsident des Aargauer Kuratoriums. Gespräche geführt durch Annina Sandmeier-Walt am 30.6.2020 und am 24.8.2020.

Kistler, Ernst: geboren 1951, Anwalt und Notar, Brugg. Gespräch geführt durch Titus J. Meier am 22.7.2020.

Knecht, Heinz: geboren 1936, ehemaliges Geschäftsleitungsmitglied Knecht Holding AG, Windisch. Gespräch geführt durch Ruth Wiederkehr am 3.9.2020.

Kolb, Daniel: Jurist und Raumplaner, Leiter Abteilung Raumentwicklung Kanton Aargau. Gespräch geführt durch Fabian Furter am 11.11.2020.

Köseciogullari, Ali Osman; Köseciogullari, Ünal und Tulgar, Osman: geboren 1956, 1986 und 1975, Präsident, Vorstandsmitglied und Kassier des Türkischen Vereins Seon. Gespräch geführt durch Patrick Zehnder am 1.2.2020.

Kunz, Stephan: geboren 1962, Kunsthistoriker und Leiter des Kunsthauses Chur, ehemaliger Kurator der Sammlung des Kunsthauses Aarau. Gespräch geführt durch Ruth Wiederkehr am 29.5.2019.

Laube, Viktor: geboren 1946, Besitzer eines Detailhandelsgeschäfts in Endingen, Gespräch geführt durch Astrid Baldinger Fuchs am 9.6.2021.

Lehmann, Albert: geboren 1955, Besitzer der Lindmühle AG, Birmenstorf. Auskünfte an Patrick Zehnder am 11.6.2013 und 29.6.2020.

Loderer, Benedikt: geboren 1945, Architekt, Publizist und Stadtwanderer. Gespräch geführt durch Fabian Furter am 12.2.2020.

Loop, Alfred: geboren 1942, ehemaliger Bezirksamtmann, Remigen. Gespräch geführt durch Titus J. Meier am 1.6.2021.

Loretan, Willy: geboren 1934, Politiker (FDP), 1979 bis 1991 im Nationalrat, 1991 bis 1999 im Ständerat, Zofingen. Gespräch geführt durch Fabian Saner am 8.10.2020.

Lüscher-Wälty, Mariann und Hans Rudolf: geboren 1949 und 1944, 1974 Reise auf dem Hippie-Trail nach Indien, Unterkulm. Gespräch geführt durch Patrick Zehnder am 3.9.2019.

Maliqi, Valon: geboren 1986, Leiter Marketing Ruggli AG, Koblenz. Gespräch telefonisch geführt durch Ruth Wiederkehr am 25.9.2020.

Marchesin-Bernardo, Rita und Marchesin-Bernardo, Luigi: geboren 1957 und 1949, freiwillige Mitarbeiter in der Missione Cattolica Lenzburg und Squadra Azzurra Lenzburg. Gespräch geführt durch Patrick Zehnder am 19.12.2019.

Matter, Max: geboren 1941, Mitglied der Ateliergemeinschaft Ziegelrain in Aarau, Unterentfelden. Auskünfte an Patrick Zehnder am 17.9.2019, Gespräch geführt durch Ruth Wiederkehr am 17.7.2019 und 4.9.2019.

Mauch, Ursula: geboren 1935, Politikerin (SP), 1979 bis 1995 im Nationalrat, Oberlunkhofen. Gespräch geführt durch Fabian Saner am 18.11.2019.

Maurer, Richard: geboren 1945, promovierter Biologe, 1972 erster kantonaler Naturschutzbeamter, später Leiter der Sektion Natur und Landschaft im Departement Bau, Verkehr und Umwelt und von 1999 bis 2009 Chef der Abteilung Landschaft und Gewässer. Gespräch geführt durch Maria Meier am 11.1.2020.

Meier, Bruno: geboren 1962, Historiker und Verleger, Baden. Gespräche geführt durch Annina Sandmeier-Walt am 3.9.2020 und am 15.3.2021.

Meier, Pirmin: geboren 1947, Autor, Erwachsenenbildner und früherer Gymnasiallehrer. Gespräch geführt durch Titus J. Meier und Fabian Saner am 25.2.2020.

Merki, Brigitta Luisa: geboren 1954, Tänzerin, Choreografin Flamencos en route. Gespräch geführt durch Ruth Wiederkehr am 4.2.2020.

Meyer, Adrian: geboren 1942, Architekt, Prof. em. ETH Zürich, Baden. Gespräch geführt durch Fabian Furter am 16.6.2020.

Müllauer, Gertraud: geboren 1945, ehemalige Bürofachkraft bei der BBC und Vizepräsidentin des Österreichervereins Baden, Untersiggenthal. Gespräch geführt durch Patrick Zehnder am 19.11.2019.

Müller, Fritz-René: geboren 1939, Theologe, christkatholischer Bischof der Schweiz. Gespräch geführt durch Ruth Wiederkehr am 19.11.2020 und telefonisch durch Annina Sandmeier-Walt am 12.4.2021.

Müller, Kurt: geboren 1935, Leiter Abteilung Informatik beim Kanton Aargau. Gespräch geführt durch Titus J. Meier am 29.4.2021.

Müller, Roman: geboren 1972, Leiter des Zirkusfestival cirqu'Aarau. Gespräche geführt durch Ruth Wiederkehr am 1.4.2020 und am 15.7.2020.

Muntwyler, Johannes: geboren 1964, Leiter Circus Monti. Gespräche geführt durch Ruth Wiederkehr am 27.3.2020 und am 15.7.2020.

Murri, Marcel: geboren 1959, stellvertretender Kantonsoberförster und Leiter der Sektion Walderhaltung in der Abteilung Wald des Departements Bau, Verkehr und Umwelt des Kantons Aargau. Gespräch geführt durch Patrick Zehnder am 10.6.2020.

Nanz, Philipp: geboren 1956, reformierter Pfarrer von Meisterschwanden. Gespräch telefonisch geführt durch Annina Sandmeier-Walt am 21.4.2021.

Nock, Francesco: geboren 1994, Verantwortlicher Museum Circus Nock in Oeschgen. Gespräche geführt durch Ruth Wiederkehr am 27.5.2020 und am 16.7.2020.

Otto, Herbert: geboren 1932, Tiefbauingenieur, Projektleiter beim Bau der Autobahn N1 im Aargau. Gespräche geführt durch Fabian Furter am 27.11.2020 und am 11.5.2021.

Peter, Annemarie und Wipf-Bütikofer Isabelle: beide geboren 1955, 1975 Reise nach Indien, Wettingen / Hermetschwil-Staffeln. Gespräch geführt durch Patrick Zehnder am 31.10.2019.

Pilgrim, Urs: geboren 1945, Arzt und Autor, ehemaliger Präsident Muri-Kultur, Muri. Gespräche geführt durch Annina Sandmeier-Walt am 19.9.2019 und am 4.11.2019.

Renckly, Lukas: geboren 1985, Medienverantwortlicher Festival Forum Aargau und Fachspezialist Abteilung Kultur, Fachstelle Kulturvermittlung. Gespräch geführt durch Ruth Wiederkehr am 13.3.2020.

Roth-Gloor, Regine: geboren 1946, Legasthenie-Therapeutin und Politikerin (SP), 1993 bis 2000 Grossrätin, Möhlin. Gespräch geführt durch Fabian Saner am 30.9.2020.

Ruedin, Claude: geboren 1942, Architekt und Raumplaner, Männedorf. Gespräch geführt durch Fabian Furter am 27.11.2020.

Schärer, Harry: geboren 1959, Leiter und Komponist Musical «Space

Dream». Gespräch telefonisch geführt durch Ruth Wiederkehr am 24.3.2020.

Schneider, Arthur: geboren 1941, ehemaliger Gemeindeammann von Würenlingen, Unternehmer, Sägereibetreiber, Autor, Würenlingen. Gespräch geführt durch Astrid Baldinger Fuchs am 9.11.2020.

Schneider, Rolf: geboren 1956, aufgewachsen in Birmenstorf, Winterthur-Wülflingen. Auskünfte an Patrick Zehnder am 4.2.2020.

Schnell, Hanspeter: geboren 1943, 1964/65 Reise auf dem Hippie-Trail nach Indien, Seon. Gespräch geführt durch Patrick Zehnder am 2.10.2019.

Schuster, Alfred: geboren 1936, ehemaliger Ingenieur bei der BBC und Präsident des Österreichervereins Baden, Nussbaumen. Gespräch geführt durch Patrick Zehnder am 25.10.2019.

Stäuble, Paul: geboren 1932, Landwirt, Sulz. Gespräch geführt durch Fabian Furter am 19.10.2019.

Steiner, Anita: geboren 1952, 1971 Reise nach Indien, Zürich. Gespräch geführt durch Patrick Zehnder am 20.9.2019.

Sterk, Peter: geboren 1945, Kinounternehmer in Baden, Baden. Gespräch geführt durch Ruth Wiederkehr am 27.11.2019.

Studer, Heiner: geboren 1949, Politiker (EVP), 1999 bis 2007 im Nationalrat, Wettingen. Gespräch geführt durch Fabian Saner am 10.12.2019.

Stump, Doris: geboren 1950, Verlegerin und Politikerin (SP), 1995 bis 2011 im Nationalrat, Wettingen. Gespräch geführt durch Fabian Saner am 1.7.2020.

Taeschler, Bernhard und Kohler, Thomas: geboren 1951 und 1966, ACS Aargau, Aarau. Gespräch geführt durch Ruth Wiederkehr am 19.11.2020.

Thür, Hanspeter: geboren 1949, Anwalt, Politiker und Datenschutzbeauftragter (Grüne), 1987–1999 Nationalrat, 2001–2015 eidgenössischer Datenschutzbeauftragter. Gespräch geführt durch Fabian Saner am 23.11.2020.

Twerenbold, Hans Rudolf: geboren 1939, Schauspieler, Kunstpreisträger, Ennetbaden. Gespräch geführt durch Ruth Wiederkehr am 27.11.2019.

Vettori, Lucia: geboren 1957, Architektin, Turgi. Gespräch geführt durch Fabian Furter am 18.12.2020.

Weber, Peach: geboren 1952, Lehrer und Komiker, 1972 bis 1989 Einwohnerrat für die Gruppe «Eusi Lüüt» im Einwohnerrat Wohlen, Hägglingen. Gespräch geführt durch Fabian Saner am 15.4.2021.

Weber, Ruedi: geboren 1955, seit 1988 Landwirt auf dem biologisch zertifizierten Trolerhof in Menziken, 2009 bis 2015 Grossrat der Grünen Partei Schweiz, Menziken. Gespräch geführt durch Patrick Zehnder am 12.6.2020.

Wertli, Peter: geboren 1943, Jurist und Politiker (CVP), 1988 bis 2001 Aargauer Regierungsrat, Vorsteher des Gesundheits- und des Bildungsdepartements, Wohlen. Gespräch geführt durch Fabian Saner am 1.7.2020.

Widmer, Hans-Peter: geboren 1941, ehemaliger Journalist und Redaktor *Brugger Tagblatt/Aargauer Tagblatt, Aargauer Zeitung,* ehemaliger Grossrat FDP, Hausen. Gespräch geführt durch Titus J. Meier am 6.10.2020.

Widmer, Heidi: geboren 1940, Malerin, Wohlen. Gespräch geführt durch Ruth Wiederkehr am 30.4.2020.

Wildi, Marianne: geboren 1965, seit 2010 Vorsitzende der Geschäftsleitung der Hypothekarbank Lenzburg und Präsidentin der Aargauischen Industrie- und Handelskammer. Gespräch geführt durch Astrid Baldinger Fuchs am 5.12.2019.

Wüest, Josef: geboren 1944, ab 1969 Ökonom beim Schweizerischen Bauernverband, von 1981 bis 2007 als Vizedirektor, Riniken. Gespräch geführt durch Patrick Zehnder am 11.6.2020.

Würsch, Herbert: geboren 1956, Landwirt, aufgewachsen in Killwangen, seit 1988 Landwirt in Coonabarabran/New South Wales in Australien. Gespräch geführt durch Patrick Zehnder am 9.7.2019.

Würsch-Voser, Marlen: geboren 1932, gelernte PTT-Telegrafistin, 1955 bis 1990 Bäuerin in Killwangen. Gespräch geführt durch Patrick Zehnder am 9.7.2019.

Wyler, Bea: geboren 1951, Agrarwissenschaftlerin, Theologin, Rabbinerin, Wettingen. Gespräch geführt durch Ruth Wiederkehr am 30.11.2020.

Zbinden, Hans: geboren 1945, ehemaliger Lehrer, Erziehungswissenschaftler und SP-Politiker (Grossrat und Nationalrat), Baden. Gespräch geführt durch Fabian Saner am 25.5.2020 und am 5.11.2020.

Zehnder, Raphael: geboren 1963, 1980–1982 Aktivist der «Badener Bewegig», Punk-Musiker und -Dichter, Basel. Gespräch geführt durch Patrick Zehnder am 11.6.2020.

Zurkirchen, Cynthia: geboren 1981, Sozialarbeiterin und Sexualpädagogin bei SEGES, Sexuelle Gesundheit Aargau. Gespräch geführt durch Ruth Wiederkehr am 22.3.2021.

Archive und Sammlungen

Öffentliche Archive und Sammlungen

Aargauische Industrie- und Handelskammer, Archiv
- Berichte der Aargauischen Handelskammer (1945–2003)
- Mitteilungsblätter Aargauische Industrie- und Handelskammer (1976–2003)
- Monatsblätter des Aargauischen Arbeitgebervereins (1945–1976)

Automobil Club Schweiz Mitte, Archiv
- Fotosammlung

Schweizerisches Bundesarchiv
- CH-BAR#E4110B#1993/147 #356*, G.70.4. Klosterverbot (Art. 52), Jesuitenverbot (Art. 51), Konkrete Einzelfälle: Kloster- und Ordensverbot (Zwischenbericht der eidg. Justizabteilung), 10. Januar 1972.

Denkmalschutzinventar
- DSI-END001 Synagoge, 1852 (Dossier Denkmalschutzinventar)
- DSI-LNA001 Synagoge, 1845–1847 (Dossier Denkmalschutzinventar)

Grundbuchamt Baden, Ortsbürgergemeinde, Spezielle Bauvorschriften für das Baugebiet Allmend 1957, Art. 9.

Historisches Archiv ABB Schweiz (ArABB)
- Planung Birrfeld mit Werksiedlung «In der Wyden»
- Planung Gastarbeitersiedlung Brisgi Baden

Historisches Museum Baden (HMB)
- Merker, Bericht Walter Burbach

Museum Burghalde Lenzburg
- Kataloge Wisa-Gloria
- Werbung Hero

Neue Kantonsschule Aarau, Archiv
- Abschlussarbeiten des PSG-Typus (1980–1988)
- Akten zur Einführung des Pädagogisch-sozialen Unterrichts PSU im PSG-Typus (1977–1979)
- Lebensläufe des Maturajahrgangs 1981

Sozialarchiv Zürich (SozArch)
- Ar 108.5.3, Sektionen 1971–1975,
- Archiv James Schwarzenbach (Zeitschrift «Der Republikaner»)
- Ar 648, 1972–1997, Archiv der Revolutionär-marxistischen Liga Aargau
- F1021–008A, Gespräch mit Dario Marioli (1928–2018), geführt durch Anja Suter am 24.6.2013.
- Ar 47, Archiv Schnüffelstaat Schweiz (ASS), Liste A (Personen und Organisationen mit Bezug zum Aargau)
- Dokumentation Zeitungsausschnitte Aargau (1945–2000)

Reformierte Landeskirche Aargau/Informationsdienst
- Fotobestand

Sammlung Murensia
- Nachlass Josef Waltenspül,
- Mappe P. Gregor Meng

Schweizerisches Wirtschaftsarchiv Basel (SWA)
- Bc 688 Firmenbestand Horta Küttigen
- ERW.G / H&I.: Bi 508, Kernkraftwerk Beznau 1955–2018
- ERW.G / H&I: Bi 900, EIR 1955–1975
- ERW.G / H&I.: Bi 906, Kernkraftwerk Kaiseraugst 1974–1988
- ERW.G / H&I.: Bi 907, Kernkraftwerk Leibstadt 1970–2007
- ERW.G / H&I.: Bi 911, Nagra 1978–2005
- H&I: B199, Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg 1956–2011
- H&I: B914, Zwilag 1990–2011
- HI 4, Volkswirtschaft, Aargau 1945–2003

– HXII 11a, Energiewirtschaft Schweiz 1969–1990
– Institute: Bi 622, SIN 1960–1988
Staatsarchiv Aargau (StAAG)
– Ablieferung 2017/00063, Elisabeth Staffelbach
– AG 16.5, Erziehungsdepartement des Kantons Aargau, Medienorientierung 25 Jahre Kulturgesetz vom 14. Dezember 1993
– AG 16.5, Stichworte zur Kulturförderung im Aargau
– AG 34, Akten des Grossen Rates (enthält Botschaften des Regierungsrates)
– AG 46.6, Korrespondenz zu den Kinderprogrammen des Schloss Lenzburg
– AG 65, Kuratorium zur Förderung des kulturellen Lebens
– Bericht Historisches Museum Aargau und Stiftung Schloss Lenzburg vom 21.10.2016, Eveline Isler
– Bestand zur Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft (SVIL), Siedlungstyp Aargau
– Botschaft des Regierungsrats des Kantons Aargau an den Grossen Rat, 9.1.2005 (siehe GR-Geschäftsdatenbank, Online-Quelle)
– DB02, Baudirektion
– DB02/0181/01, Regionalplanung (Jahresberichte)
– DIA03, Direktion des Innern 1874–1980
– DIA04, Departement des Inneren
– DIA04/0235/01, Allgemeine Gesetzgebung
– DIA04/0253, Kontaktstelle Wirtschaft
– DIA04/0254–0260, Arbeitsrecht, Arbeitnehmerschutz
– DIA04/0254–0266, Betriebsschliessungen
– DIA04/0261–0264, Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenversicherung
– DIA04/0268, Konjunkturdämpfung
– DIA04/0269, Arbeitsmarktfragen
– DIA 04/0279–0282, Innendepartement, Akten
– DL02/0197, DL02/0363, Akten der Landwirtschaftsdirektion
– GRB, Grossratsprotokolle
– NL.A-0239, Kaufmännischer Verein
– NK.A-0242, Archiv Team 67
– NL.A-0257, Christkatholische Landeskirche des Kantons Aargau
– NL.A-0266, Privatarchiv Marie Meierhofer
– NL.A-0271, Nachlass René Hochuli (1936–1989)
– NL.A-0272, Stapferhaus Lenzburg
– NL.A-0272/0123/08, Tagung zur Überfremdungsfrage 1969
– NL.A-0282, Aargauer Gewerkschaftsbund
– NL.A-0284, Gewerkschaftliche Organisationen
– NL.A-0285, Archiv Kurt Kim
– NL.A-0295, Archiv der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Aargau
– NL.A-0296, Walther Bürsten AG
– NL.A-0302/0008/11, Nachlass Albin Danioth (1936–1994), Landwirtschaftliche Siedlungen im Aargau
– NL.A-0309/0078, Textildruckerei Suhr
– NL.A-0313, Nachlass der Landwirtschaftlichen Genossenschaft Suhrental (1892–2004)
– NL.A-0320, Aargauische Verkehrsvereinigung
– NL.A-0341, Firma Bébéjou (Bébé-Jou)
– Protokolle und Sachakten des Regierungsrates des Kantons Aargau, 1985/86 (Abhöranlagen im Polizeikommando Aarau)
– Raumplanung versch. Dossiers, darunter Plakat zur Geschichte der Raumplanung AG (gem. H. Bachmann)
– Rechenschaftsberichte des Regierungsrats (publiziert, Bibliothek StAAG)
– Staatsrechnungen (publiziert, Bibliothek StAAG)
– R05.26.3 Akten des Regierungsrates 1898–1955, Gesetz über den Einwohnerrat 1947–1953
– R05.43.28.1220–1230, Akten des Aargauischen Regierungsrates, Vollzug des Landwirtschaftsgesetzes
– R05.43.28.1137, Akten des Regierungsrates, Schweizerische Vereinigung für Innenkolonisation
– R06.1971–1989/1981/0368, Regierungsratsakten
– VR.1980 Verfassungsrat 1973–1980
– ZwA 1905.0001/0001, Protokoll der Sitzung der Spezialkommission betr. Festschrift für die aarg. Centenarfeier, 1. April 1901 und Schreiben von J. Hunziker und H. Herzog an den Regierungsrat, 8. Mai 1901
– ZwA 1995.0103 Archiv der Christdemokratischen Partei des Kantons Aargau
– ZwA 1999.0040, Archiv Kurt Lareida
– ZwA 2002.0016/0144, Volksabstimmung zum Neubau für Kantonsbibliothek, Staatsarchiv und Kantonale Kunstsammlung
ZwA 2002.0016/0155, Schloss Lenzburg und Neugestaltung der Kantonalen Historischen Sammlung
– ZwA 2002.0016/0167, Bericht zum Projektierungskredit Gesamtplanung II
– ZwA 2002.0016/0320, Inventarisation der Kunstdenkmäler durch die Denkmalpflege
– ZwA 2003.0047, Aargauische Kulturstiftung Pro Argovia (1930–2002)
– ZwA 2003.0047/32.71, Dossier Wettbewerb Landschaftsstadt
– ZwA 2005.0037, Aargauer Strassenverkehrsamt
– ZwA 2006.0008, DEP-00.30, Vereinigung Aargauer Wanderwege
Stadtarchiv Aarau
– NK.007-01, Bestand Landfrauenverein Rohr
– NK.017, «Aarau – Eusi gsund Stadt»
Stadtarchiv Baden
– E.21.25, Polizeiwesen
– Z.01, Archiv Emausbruderschaft Baden, Protokoll GV 1970
– U.02, Firmenarchiv Merker
– Q.01, Nachlass Werner Nefflen, Fotobestand
– E62, Kultursekretariat, Fachstelle Kultur
Stadtarchiv Brugg
– F 002, Nachlass Max Gessler
– F006, Bestand Hans Weber
– F011, Bestand Aargauer Zeitung (Brugger Redaktion)
Stadtarchiv Zofingen
– Bestand zofiscope
Stiftung Reusstal Rottenschwil
– Jahresberichte
Volksliedarchiv Basel (Schweizerische Gesellschaft für Volkskunde)
– Schachtel Programme «Folk-Festival Lenzburg»

Firmenarchive

Hocosa, Robert Hochuli, Safenwil
– Lager-Katalog «Hochuli + Co» (Hocosa), 1950er-Jahre
Knecht AG, Archiv
– Prospekte
– Reisekalender
Metron-Firmenarchiv Brugg
– Privatarchiv Alexander Henz, Auenstein
– Bestand zu Arbeitsgruppe Planungsgrundlagen
– Film Bestandesaufnahme Baden 1965
Sterk Cine AG, Baden
– Zeitungsartikel 1968
Triumph, Bad Zurzach, Archiv
– Fotosammlung
– Prospekte
Zimmerli, Aarburg, Archiv
– Fotosammlung

Privatarchive

Fabian Furter, Baden (Bestand Generalbauunternehmung Göhner AG, verschiedene Provenienzen)
Robert Hochuli, Safenwil
Willy Loretan, Zofingen
Max Matter, Aarau (Bericht zu Symposium Seengen 1978)
Ursula Mauch, Oberlunkhofen
Susanne Roth, Ascona (Kataloge Beldona vom Frühjahr/Sommer 1968 sowie vom Herbst 1970, Festschrift «15 Jahre Beldona – 50 Geschäfte»)
Alfred Schuster, Nussbaumen (Akten Österreicherverein Baden, 1927–2019)
Paul Stäuble, Sulz (Bestand Aargauische Siedlungsbaugenossenschaft 1963)
Doris Stump, Wettingen
Bernhard Taeschler, Sarmenstorf (Sektionschroniken ACS)
Hanspeter Thür, Aarau
Peter Wertli, Wohlen

Bildnachweis

1 Kanton Aargau, Statistik Aargau
2 Fotograf Lüscher, Wohlen
3 Privatsammlung Renato und Brigitta Mazzocco, Aarau
4 Die Botschaft, 4.6.1969
5 Pichler © StAAG/RBA1-1-8815_2
6 Sie + Er, 34/1971
7 Aargauer Kurier, 27.9.1972
8 Patrick Zehnder, Birmenstorf
9 Historisches Archiv ABB in der Schweiz, N.1.1.81059
10 Sulzer © StAAG/RBA1-1-8128_2
11 Privatsammlung Titus J. Meier, Brugg; Postkartenverlag Rud. Suter, Oberrieden
12 Brugger Neujahrsblätter, 69/1959
13 Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich, F Pe-0363
14 Plan, 1/1946
15 Schweizerische Bauzeitung, 4.6.1955
16 Historisches Museum Baden, Foto Werner Nefflen, Q_01.11991C
17 Siegfried Kuhn © StAAG/RBA1-1-8120_3
18 Historisches Museum Baden, Fotohaus Zipser, Q_12.1.1919
19 gta Archiv/ETH Zürich, Hans Marti
20 Stadt Baden, Entwicklungsplanung
21 Meyer-von Gonzenbach, Bellwald 1968, Anhang 1
22 Theiler, Jost 1967
23a Kanton Aargau, Statistik Aargau
23b Kanton Aargau, Statistik Aargau
23c Kanton Aargau, Statistik Aargau
24 Fotograf Oliver Lang, Lenzburg
25 StAAG DL02/0554, Landwirtschaftsdirektion, Aargauer Siedlungstyp, 1963
26 SRF, Landwirtschaft heute, 10.10.1971
27 gta Archiv/ETH Zürich, Hans Marti
28 Fotograf Werner Erne, Aarau
29 Aargauer Kurier, 23.4.1969
30 Fotograf Oliver Lang, Lenzburg
31 Siegfried Kuhn © StAAG/RBA 4-3-112-4622_1
32 Beratungsstelle für Unfallverhütung bfu, Bild 133523
33 Archiv Emil Frey Classics, Automobil Revue, Ernst und Margrit Baumann
34 Markus Ammann © StAAG/RBA4-3-112-4633_1
35 Marlies Frei © StAAG/RBA4-3-112-4622_2
36 Dominik Baumann © StAAG/RBA5-3-34_11-5-1-2_1
37 Schweizerisches Bundesarchiv J2.332-01#2012/119#556*, Az. 436.3-18, Nationalstrassennetz, 1958
38 StAAG AG 5.26, Unterabteilung Strassenbau, Kantonaler Strassenrichtplan, 1970
39 Hans-Peter Bertschi, ETH-Bibliothek, SIK_03-106408
40 gta Archiv/ETH Zürich, Hans Marti
41 Beratungsstelle für Unfallverhütung bfu, Bild 131740
42 Beratungsstelle für Unfallverhütung bfu, Bild 133440
43 Candid Lang © StAAG/RBA1-1-4895_1
44 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG (Zürich), Com_FC26-0001-23
45 Keller Ziegelei AG, Pfungen
46a Jörg Müller, Alle Jahre wieder saust der Presslufthammer nieder, Aarau 1973
46b Jörg Müller, Alle Jahre wieder saust der Presslufthammer nieder, Aarau 1973
47 Stadtbibliothek Aarau
48 Sauerländer-Verlag, Schulwandbild Nr. 167 (1975)
49 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG (Zürich), Com_F72-23713
50 Schweizerisches Jugendschriftenwerk SJW, Heft Nr. 1326
51 Werner Erne © Stadtmuseum Aarau, SF 2020–0003_700103_MC_1
52 Historisches Archiv ABB in der Schweiz, N.1.1.85840
53 Fotograf Oliver Lang, Lenzburg
54 Historisches Museum Baden, Foto Werner Nefflen, Q_01.9.6553B
55 Fotograf Oliver Lang, Lenzburg
56 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv Stiftung Luftbild Schweiz, Fotograf: Werner Friedli, LBS_H1-021474
57 gta Archiv/ETH Zürich, Dolf Schnebli
58 Werner Erne © Stadtmuseum Aarau, SF 2020–0003_690038_M_3
59 SBB Historic, HR Fotodienst SBB, R_5809_09
60 © Kantonale Denkmalpflege Aargau
61 Historisches Museum Baden, Foto Werner Nefflen, Q_01.11693C
62 Fotograf Oliver Lang, Lenzburg
63 Gautschi Lenzin Schenker Architekten, Aarau
64 Fotograf Oliver Lang, Lenzburg
65 Design+Design, Nachlass Alfred Altherr jun.
66 gta Archiv/ETH Zürich, Fritz Stucky
67 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG (Zürich), Com_F63-01380
68 Bericht Planung Dättwil, 1972
69 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG (Zürich), Com_FC01-5242-005
70 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Stiftung Luftbild Schweiz, Fotograf: Swissair Photo AG, LBS_L1-758116
71 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Fotograf: Hans Krebs, Com_FC01-5432-017
72 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Fotograf: Jules Vogt, Com_FC01-4303-004
73 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Stiftung Luftbild Schweiz, Swissair Photo AG, LBS_L1-920845
74 gta Archiv/ETH Zürich, Hans Marti
75 Schwarz Architekten, Zürich
76 Neue Zürcher Zeitung, 24.10.1970
77 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv Stiftung Luftbild Schweiz, Fotograf: Werner Friedli, LBS_H1-018448
78 Privatsammlung Benno und Jacqueline Fosco
79 Firmenarchiv Metron, Fotograf Roger Kaysel
80 Chappuis © StAAG/RBA1-1-25147_1
81 Hans Furter, Bremgarten
82 Fabian Furter, Baden
83 Fotograf Oliver Lang, Lenzburg
84 Fotograf Oliver Lang, Lenzburg
85 Archiv AMAG
86 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG (Zürich), Com_FC01-5242-009
87 Verlag Photoglob
88 Walter Bösiger © StAAG/RBA3-2-BL6700173_1
89 Reto Hügin © StAAG/RBA11-AA3031b_1
90 Römisch-Katholische Kirchgemeinde Brugg
91 Fotograf René Röteli, Baden
92 Redaktionsarchiv Wohler Anzeiger
93 gta Archiv/ETH Zürich, Fritz Maurer
94 Fotograf unbekannt © StAAG/RBA 4-3-112-2215_1
95 Stadtarchiv Brugg, F 002.1.8
96 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG (Zürich), Com_FC01-5200-046
97 Candid Lang © StAAG/RBA1-1-10568_1
98 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG (Zürich), Com_F64-03935
99 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG (Zürich), Com_F65-06839
100 Aarburger Neujahrsblatt 2019; Fotograf Adolf Gmünder, Aarburg
101 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Fotograf: Hans Krebs, Com_L24-0171–0116
102 KEYSTONE/Urs Hubacher
103 Willy Spiller © StAAG/RBA13-RC03043-1_2
104 Candid Lang © StAAG/RBA1-1-4035_7
105 © Oekovision GmbH, Widen
106 © Oekovision GmbH, Widen
107 Nina Kohler, Schaffhausen
108 KEYSTONE/Alessandro Della Bella
109 StAAG NL.A-0295.52.2.2.5.8, Sozialdemokratische Partei Aargau SP, Volksinitiative «Stimmrecht 18»: Aktionskomitee, 1984–1985
110 StAAG NL.A-0295.52.2.2.5.8, Sozialdemokratische Partei Aargau SP, Volksinitiative «Stimmrecht 18»: Aktionskomitee, 1984–1985
111 © Fotoarchiv der Gemeinde Wettingen
112 KEYSTONE/PHOTOPRESS-ARCHIV/Widmer
113 StAAG AG 63, Heinz Fröhlich, Dossier Politik
114 StAAG AG 63, Heinz Fröhlich, Dossier Politik
115 KEYSTONE/Str
116 StAAG AG 63, Heinz Fröhlich, Dossier Politik
117 StAAG AG 63, Heinz Fröhlich, Dossier Politik
118 Privatsammlung Kurt Müller, Oberentfelden
119 Fotograf unbekannt © StAAG/RBA_EichenbergerKurt_SW_2
120 Privatsammlung Peter Wertli, Wohlen
121 Privatsammlung Kurt Müller, Oberentfelden
122 Privatsammlung Kurt Müller, Oberentfelden
123 Privatsammlung Kurt Müller, Oberentfelden
124 Stadtarchiv Brugg, F 011.3
125 StAAG DIA04/0019, Fasz. 04, Departement des Innern, Revision der Bundesverfassung, 1965–1969
126 StAAG DIA04/0018, Fasz. 05, Departement des Innern, Revision der Staatsverfassung, 1970–1979
127 Badener Tagblatt, 26.4.1979
128 StAAG DIA04/0018, Fasz. 05, Departement des Innern, Revision der Staatsverfassung, 1970–1979
129a Archiv Schiedsgericht Rietheim
129b Privatsammlung Titus J. Meier, Brugg; Verlag Fotoboy Zürich
130 Candid Lang © StAAG/RBA1-1-7969_7
131 Fotograf Hans Weber, StAAG ZwA 1998.0027/0018, Kantonsjubiläum 1978: 175 Jahre Kanton Aargau, Zentralfest Lenzburg, 1977–1979
132 Fotograf Hans Weber, StAAG ZwA 1998.0027/0018, Kantonsjubiläum 1978: 175 Jahre Kanton Aargau, Zentralfest Lenzburg, 1977–1979
133 Badener Neujahrsblätter, 77/2002
134 CH Media/Walter Schwager
135 CH Media/Alex Spichale
136 Marlies Frei © StAAG/RBA14-7800567_1
137 Martina Meng © StAAG/RBA3-2-BL7106295_1
138 Stadtarchiv Brugg, F 011.1.17
139 Walter Bösiger © StAAG/RBA4-1_Schule8_Volkschule_1
140 Privatsammlung Titus J. Meier, Brugg; Foto Hans Eckert, Brugg
141 Stiftung Murikultur, Archiv Stenz
142 Kantonsschule Zofingen

143 Stadtarchiv Brugg, F 020 Fotobestand Jörn Maurer
144 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG (Zürich), Com_F64-02581
145 WEISSWERT Basel
146 StAAG NL.A-0234/0003, Aargauischer Hochschulverein
147 Privatsammlung Margot Hohl, Baden
148 Spitalkonzeption 1972
149 Konrad Bäschlin © StAAG/RBA14-7600470_6
150 StAAG AG 63, Heinz Fröhlich, Dossier Spital
151 Privatsammlung Titus J. Meier, Brugg; Fotograf Hans Eckert, Brugg
152 Stadtarchiv Brugg, F 020 Fotobestand Jörn Maurer
153 StAAG AG 63, Heinz Fröhlich, Dossier Medizin
154 Stadtarchiv Brugg, F 006.3.14, Foto Hans Weber
155 Redaktionsarchiv Wohler Anzeiger
156 Stadtarchiv Brugg, F 006.3.13, Foto Hans Weber
157 Stadtarchiv Brugg, F006.6.5, Foto Hans Weber
158 Polizeihistorische Sammlung Markus Hüsser
159 Polizeihistorische Sammlung Markus Hüsser
160 Reto Hügin © StAAG/RBA6_BorerLeon_SW_1
161 Polizeihistorische Sammlung Markus Hüsser
162 Polizeihistorische Sammlung Markus Hüsser
163 Fotograf unbekannt © StAAG/RBA5-3-34_2-1_1990-91_GeheimArmeeP26P27_SW_1
164 Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (Hg.): Bachmann, Albert/Grosjean, Georges. Zivilverteidigungsbuch, Aarau 1969
165 Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (Hg.): Bachmann, Albert/Grosjean, Georges. Zivilverteidigungsbuch, Aarau 1969
166 Armasuisse, Ausschnitt Karte Basel-Luzern Zusammensetzung 1:100 000, (Festungstruppen, Karte der Sprengobjekte, ehemals vertraulich); Trick, Jürg/Verein Schweizer Armeemuseum (Hg.): Wunderwaffen der Schweizer Armee, Thun 2017
167 Zentralbibliothek Zürich, Abteilung Karten und Panoramen, Signatur 3 Hb 98:1, [Švejcarija] 1:50 000 : [topografičeskaja karta]. Moskva: [Glavnoe Upravlenie Geodezii i Kartografii GUGK], 1984
168 Schweizerisches Nationalmuseum/ASL
169 Stadtarchiv Brugg, F 020 Fotobestand Jörn Maurer
170 Titus J. Meier, Brugg
171 Titus J. Meier, Brugg
172 Stadtarchiv Brugg, F 011.1.24
173 Zivilschutzausbildungszentrum Eiken, Fotodokumentation zur Einweihung 1983
174 StAAG AG 63, Heinz Fröhlich, Dossier Politik
175 Stadtarchiv Brugg, F 011.1.21
176 Siegfried Kuhn © StAAG/RBA1-1-13067_5
177 Fotograf Felix Wey, Baden
178 ATP © StAAG/RBA1-1-18807_1
179 StAAG, Archiv CVP ZwA 1995.0103/0132 (1957–1959)
180 StAAG AG 63, Heinz Fröhlich, Dossier Kultur
181 Archiv für Zeitgeschichte ETH Zürich: NL Heinrich Buchbinder/1(V)
182 Archiv für Zeitgeschichte ETH Zürich: NL Heinrich Buchbinder/1(V)
183 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG (Zürich), Com_X-R014-004
184 KEYSTONE/PHOTOPRESS-ARCHIV/Fritz Grunder
185 StAAG AG 63, Heinz Fröhlich, Dossier Politik
186 ATP © StAAG/RBA1-4-15773_1
187 KEYSTONE/Reto Sinniger
188 Bürger Blatt, 3/1981, D 3132, Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich
189 StAAG NL.A-0242/0009/03, Team 67, team info, 1971–1974
190 Stadtarchiv Baden, Parteiarchiv team 67 Baden, V.35.1.14
191 Aargauer Blätter, 84/1968
192 KEYSTONE/Str
193 Privatsammlung Patrizia Bertschi, Ennetbaden
194 Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich, Flugblatt 7.6.1970, Ar 108.3.1
195 Markus Ammann © StAAG/RBA-4-3-112-972_2
196 Bruno Torricelli © StAAG/RBA4-3-112-972_3
197 Privatsammlung Aernschd Born, Reinach
198 KEYSTONE/Josef Zimmermann
199 Siegfried Kuhn © StAAG/RBA14-7500485_3
200 Aargauer Tagblatt, 4.3.1982
201 KEYSTONE/RIA/PHOTOPRESS-ARCHIV/Str
202 Fotograf unbekannt © StAAG/RBA4-3-112-2710_1
203 SRF, Antenne, 29.1.1971
204 Privatsammlung Patrizia Bertschi, Ennetbaden
205 StAAG NL.A-0247/0004, Aktive Staatsbürgerinnen Aargau, Arbeitsgruppen, 1979–1997
206 Privatsammlung Ursula Mauch, Oberlunkhofen
207 Privatsammlung Christine Egerszegi, Mellingen
208 Privatsammlung Walter Dubler, Wohlen
209 StAAG AG 63, Heinz Fröhlich, Dossier Politik
210 Fotograf Edouard Rieben, Biel
211 Parteiarchiv FDP Aargau
212 KEYSTONE/Str
213 StAAG AG 63, Heinz Fröhlich, Dossier Politik
214 Karl-Heinz Hug © StAAG/RBA12-RS06292-1_13
215 KEYSTONE/PHOTOPRESS-ARCHIV/Str
216 Abendland, 169/1986
217 KEYSTONE/Alain Boillat
218 Privatsammlung Hanspeter Thür, Aarau
219 KEYSTONE/Michael Kupferschmidt
220 Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich, Archiv Schnüffelstaat Schweiz, Ar 47.10.6 (Revolutionär-marxistische Liga Aargau), Abdeckung Name durch Autor
221 Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich, Ar 65.14.1
222 KEYSTONE/EQ IMAGES/Yoshiko Kusano
223 Andy Müller © StAAG/RBA6_WernliKurt_F_1_MUELLER
224 KEYSTONE/Peter Lauth
225 KEYSTONE/Str
226 KEYSTONE/Alessandro della Valle
227 Badener Neujahrsblätter, 68/1994
228 CH Media/Fotograf unbekannt
229a Stadtarchiv Brugg, F 020 Fotobestand Jörn Maurer
229b Stadtarchiv Brugg, F 011.3 (Buchstabe W)
230 Ehinger 1997
231 Privatsammlung Hans Baumann, Menziken
232 Privatsammlung Hans Baumann, Menziken
233 Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich, F Pe-0847
234 Aargauer Kurier, 25.10.1967
235 Aargauer Kurier, 4.6.1992
236 Redaktionsarchiv Kanal K, Aarau
237 Redaktionsarchiv Kanal K, Aarau
238 KEYSTONE/Str
239 CH Media/Sandra Ardizzone
240 CH Media/Rolf Jenni
241 KEYSTONE/Michele Limina
242 Historisches Museum Baden, Foto Werner Nefflen, Q_01.10777A
243 Fotograf unbekannt © StAAG/RBA4-3-112-1594_1
244 Stadtarchiv Brugg, F 020 Fotobestand Jörn Maurer
245 Fred Mayer © StAAG/RBA1-1-7034_2
246 Fotograf unbekannt © StAAG/RBA4-3-112-1612_1
247 Candid Lang © StAAG/RBA1-1-11295_6
248 Siegfried Kuhn © StAAG/RBA4-3-112-1569_2
249 René Pletscher © StAAG/RBA4-3-112-1569_1
250 Schweizerischer Bauernverband
251 Stadtarchiv Aarau, Bestand Volkstanzgruppe Rohr 0002 + 0006
252 Kanton Aargau, Abteilung Landwirtschaft
253a Kanton Aargau, Abteilung Landwirtschaft
253b Kanton Aargau, Abteilung Landwirtschaft
254 Schweizerischer Bauernverband
255 StAAG NL.A-0271/0001/10, René Hochuli, Gnueg Heu dune: Vereinsorgan der Schweizerischen Vereinigung zum Schutz der kleinen und mittleren Bauern (VKMB), 1980–1989
256 Privatsammlung Bernadette Würth-Füglister, Birmenstorf
257 Schweizerischer Bauernverband
258 Candid Lang © StAAG/RBA1-1-4035_4
259 KEYSTONE/Str
260 August Biland, Birmenstorf
261 Thomas und Andreas Ender, Kallern
262 Candid Lang © StAAG/RBA1-1-6873_4
263 Fotograf unbekannt © StAAG/RBA4-3-112-1600_1
264 Thomas Stutz, Aristau
265 Historisches Museum Baden, Foto Werner Nefflen, Q_01.22004G
266 Feld © StAAG/RBA1-1-7153_1
267 Candid Lang © StAAG/RBA1-1-15075_2
268 Fotograf unbekannt © StAAG/RBA4-3-112-1612_2
269 Fotograf unbekannt © StAAG/RBA4-3-112-1571_1
270 Siegbert Maurer © StAAG/RBA1-1-15101_2
271 Fotograf unbekannt © StAAG/RBA4-3-112-1572_2
272 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Stiftung Luftbild Schweiz, Fotograf: Werner Friedli, LBS_H1-008622
273 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Stiftung Luftbild Schweiz, Fotograf: Werner Friedli, LBS_H1-011137
274 Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich, F5031-Fb-0903
275 Bezirkschronik Aarau, 1965
276 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG (Zürich), Com_F65-06682
277 Firmenarchiv Knecht Brugg Holding AG
278 Bezirkschronik Lenzburg, 1966
279 Bezirkschronik Lenzburg, 1966
280 SRF, Antenne, 25.5.1967
281 Privatsammlung Konrad Vögeli, Riniken
282 Privatsammlung Konrad Vögeli, Riniken
283 Privatsammlung Hannes Eichenberger, Beinwil am See
284 Schweizerisches Wirtschaftsarchiv, CH SWA PA 486 I 9, Privatarchiv Armbrust/Schweizer Woche, Schweizerische Wirtschaftskarte, 1949

285 StAAG NL.A-0302/0006/21, Albin Danioth, Traglufthalle SLI Niederlenz
286 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Stiftung Luftbild Schweiz, Fotograf: Werner Friedli, LBS_H1-010477
287 Bezirkschronik Zofingen, 1967
288 Franke Küchentechnik, Aarburg
289 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG (Zürich), Com_F64-03606
290 Felix Aeberli © StAAG/RBA1-1-8405_1
291 Privatsammlung Astrid Baldinger, Riniken
292 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG (Zürich), Com_M06-0326–0008
293 Privatsammlung Rudolf Hochuli, Safenwil
294 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG (Zürich), Com_F64-03462
295 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG (Zürich), Com_F64-03461
296 Wildi 2003
297 Steigmeier 1995
298 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Fotograf: Björn Erik Lindroos, Com_M04-0026–0007
299 KEYSTONE/Kurt Baumli
300 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG (Zürich), Com_F74-31603
301 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Fotograf: Hans Krebs, Com_BC01-5312-002
302 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Fotograf: Jules Vogt, Com_FC01-5325-009
303 KEYSTONE/PHOTOPRESS-ARCHIV/Str
304 ZWILAG Zwischenlager Würenlingen AG
305 Schweizerisches Wirtschaftsarchiv CH SWA H + I Bi 199, Dossier zur Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg
306 Schweizerisches Wirtschaftsarchiv CH SWA H + I Bi 199, Dossier zur Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg
307 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG (Zürich), Com_F64-03150
308 Privatsammlung Franz und Rita Lee, Umiken
309 Privatsammlung Johannes Keller, Riniken
310 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG (Zürich), Com_F64-02638
311 Zürcher Hochschule der Künste/Museum für Gestaltung Zürich/Plakatsammlung/28-0252
312 Stadtmuseum Aarau, Sammlung KERN
313 Historisches Archiv ABB Schweiz
314 Archiv AMAG
315 SRF, Antenne, 27.10.1972
316 KEYSTONE/Reto Sinniger
317 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG (Zürich), Com_FC01-5332-010
318 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG (Zürich), Com_C13-011-001
319 Rinderknecht 1966
320 Bezirkschronik Baden Rheinfelden, 1969
321 Privatperson Astrid Baldinger, Riniken
322 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG (Zürich), Com_F65-05750
323 Steigmeier, Andreas: Mägenwil und Wohlenschwil. Geschichte zweier Nachbargemeinden, Aarau 1993
324 KEYSTONE/Alessandro Della Bella
325 KEYSTONE/Gaëtan Bally
326 Historisches Archiv ABB in der Schweiz, Hauszeitung BBC 10/1963, B.0.8.105.8.2
327 Bezirkschronik Lenzburg, 1966
328 Historisches Archiv ABB in der Schweiz, N.1.39.1.18
329 KEYSTONE/Str
330 Bezirkschronik Aarau, 1965
331 KEYSTONE/Michael Kupferschmidt
332 Aargauer Tagblatt, Sonderausgabe, 18.11.1992
333 Privatsammlung Konrad Vögeli, Riniken
334a Zürcher Hochschule der Künste/Museum für Gestaltung Zürich/Designsamlung/1990–0453–0002
334b Zürcher Hochschule der Künste/Museum für Gestaltung Zürich/Designsammlung/2005–0183–0002
335 Zürcher Hochschule der Künste/Museum für Gestaltung Zürich/Designsammlung/2008–0196
336a Privatsammlung Walter Häfeli, Klingnau
336b Privatsammlung Walter Häfeli, Klingnau
337 Privatsammlung Walter Häfeli, Klingnau
338 Rüetschi AG, Aarau
339 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Fotograf: Heinz Baumann, Com_L15-0182–0003–0008
340 Privatsammlung Susanne Roth, Ascona
341 Privatsammlung Susanne Roth, Ascona
342 Firmenarchiv Zimmerli, Aarburg
343 Firmenarchiv Triumph, Zurzach
344 Stadtarchiv Baden, Firmenarchiv Merker, U.02.6.2
345 Stadtarchiv Baden, Firmenarchiv Merker, U.02.6.2
346 Privatsammlung Robert Hochuli, Safenwil
347 Firmenarchiv Ruggli, Koblenz
348 StAAG NL.A-0296/0089, Walther Bürsten AG, Werbebroschüren, 1963–1984
349 Museum Burghalde, Lenzburg, Bestand Wisa Gloria
350 StAAG NL.A-0296/0089, Walther Bürsten AG, Werbebroschüren, 1963–1984
351 Museum Burghalde, Lenzburg, Bestand Wisa-Gloria
352 StAAG NL.A-0341, Atelier 49 – bébé-jou
353 StAAG NL.A-0341, Atelier 49 – bébé-jou
354 Historisches Museum Baden, Foto Werner Nefflen, Q.01.9862A
355 Historisches Museum Baden, Foto Werner Nefflen, Q.01.9393
356 Historisches Museum Baden, Foto Werner Nefflen, Q.01.9516A
357 Museum Burghalde, Lenzburg, HERO-Archiv
358 Zweifel Pomy-Chips AG, Zürich
359 Privatsammlung Arsen Cam
360 Firmenarchiv Bätschmann Verkaufssysteme AG, Birmenstorf
361 KEYSTONE/PHOTOPRESS-ARCHIV/Str
362 ETH-Bibliothek, Bildarchiv, Fotograf Jules Vogt, Com_M21-0180–0034–0001
363 KEYSTONE/Str
364 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Fotograf: Heinz Baumann, Com_Ex-BA01-0329–0002–0004
365 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Fotograf: Heinz Baumann, Com_Ex-BA01-0329–0003–0004
366 ETH-Bibliothek, Bildarchiv, Fotograf: Jules Vogt, Com_L19-0125–0004–0005
367 ETH-Bibliothek, Bildarchiv, Fotograf: Jules Vogt, Com_L19-0125–0005–0001
368 ETH-Bibliothek, Bildarchiv, Fotograf: Jules Vogt, Com_L19-0125–0005–0004
369 ETH-Bibliothek, Bildarchiv, Fotograf: Jules Vogt, Com_L19-0125–0004–0005
370 Historisches Museum Baden, Foto Werner Nefflen, Q.01.31415
371 Archiv Migros Genossenschaftsbund, MGB_Dok_Fo_133632
372 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Fotograf: Lindroos, Björn Erik, Com_C09-081-001
373 StAAG DEP-0030/0062/02, Verein Aargauer Wanderwege, 1957–1985
374 Fotograf unbekannt, StAAG NL.A-0320/0005, Aargauische Verkehrsvereinigung, 1942–1976
375 Firmenarchiv Knecht AG, Windisch
376 Firmenarchiv Twerenbold Reisen AG, Rütihof
377 Firmenarchiv Knecht AG, Windisch
378 Privatsammlung Bernhard Taescher, Sarmenstorf
379 Privatsammlung Bernhard Taescher, Sarmenstorf
380 Archiv ACS Mitte, Thomas Kohler
381 Archiv ACS Mitte, Thomas Kohler
382 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG, Com_LC1239-001-001-k
383 KEYSTONE/PHOTOPRESS-ARCHIV/Ke
384 Lörtscher © StAAG/RBA1-3-12570_5
385 Fotograf Hans Spielmann, Aarau
386 Redaktionsarchiv Wohler Anzeiger
387 Historisches Museum Baden, Foto Werner Nefflen, Q.01.9396H
388 KEYSTONE/PHOTOPRESS-ARCHIV/Ke
389 KEYSTONE/PHOTOPRESS-ARCHIV/Ke
390 Vereinsarchiv BTV Aarau
391 KEYSTONE/Archive
392 KEYSTONE/Walter Bieri
393 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Fotograf: Willy Heiniger, Com_LC1134-005-018
394 Getty Images/Jerry Cooke
395 Archiv GP Gippingen
396 KEYSTONE/Str
397 KEYSTONE/Steffen Schmidt
398 Privatsammlung Silvia Stahel-Lerch, Riken
399 KEYSTONE/PHOTOPRESS-ARCHIV/Str
400 Fotograf Fabio Baranzini, Aarau
401 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Fotograf: Candid Lang, Com_M04-0264–0005
402 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG (Zürich), Com_M04-0361–0006
403 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG (Zürich), Com_M04-0361–0009
404 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG (Zürich), Com_M18-0023–0002–0009
405 Fricktaler Museum, J.383a
406 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Stiftung Luftbild Schweiz, Swissair Photo AG, LBS_L1-934186
407 KEYSTONE/PHOTOPRESS-ARCHIV/St
408 Historisches Museum Baden, Foto Werner Nefflen, Q.01.14531A
409 ATP © StAAG/RBA1-1-16914_1
410 Reformierte Landeskirche Aargau
411 Archiv TISV Birmenstorf
412 Linus Hüsser, Ueken
413 Reformierte Landeskirche Aargau
414 Historisches Museum Baden, Foto Werner Nefflen, Q.01.17100B
415 Stiftung Kinderheim Brugg
416 KEYSTONE/PHOTOPRESS-ARCHIV/EB
417 Redaktionsarchiv Wohler Anzeiger
418 © Kantonale Denkmalpflege Aargau
419 © Kantonale Denkmalpflege Aargau
420 Fotograf Michael Richter, Zürich

421 Diethard König, Bremgarten
422 Murikultur, Archiv Stenz
423 Archiv für Zeitgeschichte/S Biografien und Sachthemen/78
424 Binnenkade 1999
425 Reformierter Kirchenbote, April 1965
426 Archiv der Familien Nietlispach und Huwiler, Beinwil/Buttwil
427 Kloster Baldegg, Diasammlung
428 Stiftsarchiv Muri-Greis, Bozen-Gries
429 KEYSTONE/Str
430 Murikultur, Archiv Stenz
431 Ernesto Lo Stanco, Laufenburg
432 Robin Heizmann, Loge Zur Brudertreue
433 Minoritätsgemeinde Aarau
434 Kultur- und Begegnungszentrum Tulipan, Reinach
435 NAK.CH
436 seetal chile, Seon
437 Lelia Hunziker, Aarau
438 Nina Kohler, Schaffhausen
439 Beat Peter, Aarau
440 Fotograf Roger Wehrli, Baden
441 Karl Weibel, Endingen
442 Roy Oppenheim, Lengnau
443 Gilbert Bourquin © StAAG/RBA4-1_Jugendliche10_RocknRoll_4
444 Privatsammlung Geri Hirt, Linn
445 Privatsammlung Hans Rudolf Lüscher, Unterkulm
446 Reto Hügin © StAAG/RBA1-1-9051_1
447 Privatsammlung Ewa Jonsson, Birmenstorf
448 Feld © StAAG/RBA1-1-8915_5
449 Fotograf unbekannt © StAAG/RBA1-1-14243_3
450 Fotograf Thomas Kern, Möriken
451 Privatsammlung Hans Stutz, Luzern
452 Genossenschaft Ochsen, Zofingen
453 Kulturzentrum Bremgarten
454 Privatsammlung Roli Isler, Baden-Rütihof
455 Privatsammlung Shedea Walser, Baden
456 KEYSTONE/Str
457 StAAG A1/0182, Fasz. 13, Staatsarchiv und Kantonsbibliothek, Inneneinrichtung und Einweihung, 1956–1963
458 © Kantonale Denkmalpflege Aargau
459 KEYSTONE/PHOTOPRESS-ARCHIV/Str
460 StAAG NL.A-0272/0360, Fasz. 8, Stapferhaus Lenzburg, Fotosammlung zum Schloss Lenzburg und zum Stapferhaus, 1913–1984
461 Badener Tagblatt, 9.12.1968
462 Wettingen, Kirchgemeindearchiv, Ausstellung «Sakrale Kunst»
463 Schweizerische Bauzeitung 684/1975
464 Archiv Theatergesellschaft Beinwil
465 Archiv Operette Möriken, Marc Frey
466 KEYSTONE/PHOTOPRESS-Archiv/Str
467 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Fotograf: Jack Metzger, Com_L08-0021–0001
468 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Comet Photo AG (Zürich), Com_X-A008-012
469 Zofinger Tagblatt, 27.11.1972
470 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Fotograf: Heinz Baumann, Com_LC0391-001-007
471 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Fotograf: Heinz Baumann, Com_LC0391-001-002
472 ETH-Bibliothek, Bildarchiv, Fotograf Christof Sonderegger, Com_L24-0331–0005–0006
473 Privatsammlung Beat Hohmann, Horw
474 KEYSTONE/Str
475 Nachlass Edith Oppenheim-Jonas, Baden
476 Susanne Rymann GLOBI DER KINDERFREUND, www.ofv.ch, ©1976 Orell Füssli AG, Zürich
477 Historisches Museum Baden, Foto Werner Nefflen, Q.01.7587B
478 Fotograf Werner Erne, Aarau
479 Fotograf Werner Erne, Aarau
480 Archiv Jean Grädel, Landschlacht
481 © Stiftung SAPA, Bernhard Fuchs
482 Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich, Fotografin Gertrud Vogler, F 5107-Na-03-046-025
483 KEYSTONE/UNITED ARCHIVES/IFTN
484 Firmenarchiv Sterk Cine AG, Baden
485 Archiv Kino Odeon, Brugg
486 Privatsammlung Ernst Sommer, Reinach
487 Historisches Museum Baden, Foto Werner Nefflen, Q.01.4643D
488 Privatsammlung David Wälchli, Staffelbach
489 Marti; Rufli 2018
490 Historisches Museum Baden, Foto Werner Nefflen, Q.01.9688E
491 Museum Langmatt, Baden
492 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Stiftung Luftbild Schweiz, Swissair Photo AG, LBS_L1-942475
493 Fotografin Brigitt Lattmann, Gränichen
494 Hans-Peter Siffert © StAAG NL.A-0288, Theater Marie Aarau, Klassenfeind
495 Hans-Peter Siffert © StAAG NL.A-0288, Theater Marie Aarau, Klassenfeind
496 KEYSTONE/PHOTOPRESS-ARCHIV/Str
497 KEYSTONE/Ayse Yavas
498 KEYSTONE/Sigi Tischler
499 KEYSTONE/FONDATION HORST TAPPE/Horst Tappe
500 KEYSTONE/Niklaus Stauss
501 Tages-Anzeiger, 26.2.1969
502 KEYSTONE/Reto Sinniger
503 Stadtarchiv Zofingen, Archiv «zofiscope»
504 Stadtarchiv Zofingen, Archiv «zofiscope»
505 Fotografin Brigitt Lattmann, Gränichen
506 Privatsammlung Max Matter, Aarau
507 KEYSTONE/Martin Ruetschi
508 Staatsarchiv Appenzell Ausserrhoden, Fotograf Werner Schoch, Jaa.009-10-024c
509 KEYSTONE/PHOTOPRESS-ARCHIV/Loeliger
510 Fotografin Brigitt Lattmann, Gränichen
511 Fotografin Brigitt Lattmann, Gränichen
512 Fotografin Brigitt Lattmann, Gränichen
513 Fotografin Brigitt Lattmann, Gränichen
514 Privatsammlung Heidi Widmer, Wohlen
515 Fotograf Alex Spichale, Baden
516 Aargauische Kulturstiftung Pro Argovia
517 © Lee Li Photography / Performancepreis Schweiz 2017
518 Kindermuseum Baden
519 Kindermuseum Baden
520 KEYSTONE/EQ IMAGES/Melanie Duchene
521 KEYSTONE/AP Invision/Chris Pizzello
522 Fotograf Felix Wey, Baden
523 Archiv Openair Gränichen
524 Radio Argovia, Aarau
525 Fantoche Baden
526 Yes Music, Stans
527 KEYSTONE/Walter Bieri
528 KEYSTONE/Ennio Leanza
529 KEYSTONE/Michele Limina
530 Peter Rauch, © redkey GmbH
531 Privatarchiv Sina/Fotografin Anita Weyermann, Bern
532 Fotograf Alex Spichale, Baden
533 Archiv Circus Monti, Wohlen
534 Privatsammlung Familie Nock, Oeschgen
535 Fotografin Anne Morgenstern, Zürich
536 Stadtarchiv Baden, Foto Nici Jost, Q.06.12.3.9.7
537 Hexenmuseum Schweiz, Gränichen
538 © Museum Aargau/Pascal Meier
539 © Museum Aargau/Fabio Baranzini
540 Fotograf Felix Wey, Baden
541 © Museum Augusta Raurica
542 KEYSTONE/Sigi Tischler
543 Kanton Aargau, Kantonsarchäologie
544 Dorfmuseum Kölliken
545 KEYSTONE/PHOTOPRESS-ARCHIV/Str
546 Häfe-Zunft Brönznau, Brittnau
547 CH Media/Chris Iseli
548 Narro-Alt-Fischerzunft 1386, Laufenburg

Ortsregister

Aarau 34, 37, 40, 44, 46, 47, 57, 59, 62f., 67, 74, 76, 83f., 88, 91f., 94, 102f., 107f., 110, 115, 122, 140f., 143, 149, 151, 167f., 176, 179f., 185, 189, 192f., 196f., 199ff., 209, 212, 219, 228, 233, 248, 264, 273ff., 277, 284, 293, 303, 319, 327f., 334, 344f., 350, 358, 377, 380, 384, 387, 389, 392, 401, 404, 410f., 413ff., 422ff., 426f., 431f., 440, 445, 451, 453, 456, 458, 460f., 463, 468ff., 472ff., 478f., 488, 492, 496f., 499, 504f., 510ff., 516f., 519, 521, 524, 527, 538ff., 543f., 546f., 552,
Aarburg 99, 124, 127, 180, 342, 367
Ammerswil 451
Amsterdam 468
Aristau 438
Arosa 328
Asp 306
Attelwil 295
Auenstein 124
Auw 94, 101
Avellino 46
Bad Ragaz 492
Bad Zurzach 46, 48, 91, 200, 209, 275, 309, 312, 319, 325, 329, 350, 380, 393, 395, 430, 433, 453, 469, 510, 528
Baden 34, 37, 40, 43, 46ff., 53, 57, 59, 62f., 66, 70f., 74, 78f., 84, 88, 90f., 94–97, 100, 108, 110, 115, 122, 130, 140f., 143, 167, 185f., 189f., 193, 196f., 199ff., 209, 212, 225, 228, 233, 238f., 241ff., 244f., 249, 257, 260, 264f., 273ff., 277, 282, 284, 292, 319, 324f., 328, 339, 344, 350, 360, 365, 370, 376, 380, 384, 392, 395f., 401, 403ff., 410f., 413ff., 420, 422, 427, 430, 433, 435, 440f., 446, 450ff., 453, 456, 461, 463, 465, 467f., 469, 472ff., 479, 488, 49f., 496f.f, 504f., 510ff., 517, 521, 524, 527, 532ff., 538, 540, 544, 546, 552,
Badisch-Rheinfelden 131, 411
Baldingen 469
Basel 32ff., 63, 67, 70f., 77, 84, 90, 180, 196, 200, 248, 265, 272, 284, 293, 336, 415, 456, 462, 468, 472, 484, 497, 546, 556
Basel-Landschaft 75, 166, 176, 189, 192, 196, 238, 248, 252, 284, 325, 345, 371, 506, 546,
Beinwil am See 89, 324, 337, 401, 49f.
Berikon 538
Bern 32ff., 56, 67, 77, 84, 170, 245, 257, 277, 284, 307, 339, 345, 414f., 450, 468, 474, 484, 496, 497
Beromünster 84, 89, 464
Bettwil 221
Bex 325
Beznau 135, 351f., 355, 359f., 363ff., 558,
Biberstein 18, 427
Biel 40, 228, 284, 474, 497
Birmenstorf 87, 310, 319, 322, 394, 404, 407, 437, 439, 440, 450, 467f.
Birr 47, 65, 81, 104, 395, 414, 430
Boniswil 133
Boswil 488, 491f., 496, 524,
Bottenwil 236, 468
Böttstein 325
Bözen 78
Bremgarten 33, 35f., 42, 77, 84, 88, 94, 112, 125, 213, 219, 235, 316, 320, 411, 441, 444, 446, 463, 467f., 474, 476, 478, 492, 504f., 552,
Brescia 40
Brittnau 520, 550
Brugg 34, 46, 56, 59, 60, 63, 65, 71, 75, 79, 84, 86, 88, 94, 104, 110, 112, 120f., 125, 130, 140, 142f., 183, 189f., 192f., 196f., 199, 206, 209, 212, 216f., 219, 222, 227f., 235, 264, 293–296, 301f., 307, 313, 319, 324, 329, 339, 344, 349, 351, 364, 370, 372, 380, 389, 404, 411, 415, 420, 427, 430, 440, 442, 451, 453, 465, 468f., 478, 486, 488f., 492, 503, 505, 516, 517, 521, 524, 532, 534, 546f.
Brunegg 516, 557
Buchs 74, 113, 130, 234, 303, 312, 345, 404, 410, 427, 456, 460
Bukoba 444
Burg 127
Buttwil 421, 444, 448
Choindez 325
Coonabarabran 301
Däniken 84
Dättwil 95, 104, 143, 293, 344, 370f., 395
Densbüren 74
Dietikon 84
Dottikon 95, 108, 319, 325
Döttingen 46, 48, 275, 284, 302, 319, 325, 329, 339, 344, 352, 359, 367
Dürrenäsch 40
Effingen 78, 307, 319, 550
Egliswil 249
Ehrendingen 425, 538
Eiken 70, 213, 217
Emmenbrücke 89
Endingen 148, 427, 441, 445, 462, 546
Ennetbaden 94, 99, 112f., 317, 319, 324, 405, 414, 492
Erlinsbach 74, 209, 404
Fahrwangen 108, 115, 552
Felsenau 325, 365
Fischbach-Göslikon 468
Fisibach 400
Fislisbach 47, 74
Florenz 113
Frick 77ff., 81, 83, 89, 111, 209, 295, 297, 301f., 309, 325, 334, 505
Full 344, 365
Gähwil 468
Gallenkirch 132
Gansingen 72, 75, 301
Gebenstorf 334, 456, 521
Genf 95, 125, 219, 359, 539
Gippingen 429f.
Gnadenthal 202, 443
Goa 468f.
Gontenschwil 414
Gränichen 30, 46, 240, 295, 302, 430, 534
Gretzenbach 456
Hallwil 31, 77, 125, 344, 547, 552
Hausen 324
Heerbrugg 395, 415
Hendschiken 382
Hermetschwil 268, 440, 449, 451
Herzberg 512
Herznach 78, 325, 344, 380, 439
Holderbank 325, 367
Holziken 95, 263
Höngg 404
Hongkong 37, 338
Hornussen 74f., 78, 319
Horw 77
Hunzenschwil 77, 80, 345, 408, 430
Istanbul 468f.
Jonen 549
Kabul 468
Kaiseraugst 31, 76f., 102, 105, 128, 135, 141, 180, 224, 241, 244–248, 257, 268, 282, 284, 358, 360, 363, 473, 546, 548
Kaiserstuhl 513, 521
Kaisten 344, 473
Kallern 315
Kasteln 202f., 443
Kathmandu 468f.
Killwangen 57, 84, 98, 301, 395, 403
Kirchberg 437, 439, 451
Klingnau 46, 48, 56, 90, 110, 125, 275, 319, 338, 380, 386f., 430, 474, 551f.
Koblenz 48, 90, 122, 124ff., 208, 338, 359, 400
Kölliken 31, 64, 80, 112, 117, 129, 134, 264, 325, 367, 411, 427, 540, 549
Küttigen 74, 87, 108f., 264
Laufenburg 30, 47, 71, 88, 91, 94, 240, 248, 273, 312, 351, 358, 360, 452, 455,

489, 496, 510, 513, 531, 546, 551f.
Lauffohr 86, 125, 143, 324
Lausanne 64f., 90, 125, 179f., 233, 496
Leibstadt 95, 135, 244, 295, 312, 319, 338, 345, 354, 356, 358, 360, 363, 365, 414, 521
Lengnau 148, 295, 319, 441, 445, 462, 546
Lenzburg 46, 51, 53, 63, 65, 69, 77, 84, 89, 112, 125, 155, 178, 180, 182, 184, 209, 228, 235, 238, 239, 242, 249, 264, 302, 303, 319, 322, 324, 329, 332, 334, 339, 344, 345, 371, 380, 392, 401, 415, 420, 441, 465, 473, 474, 485, 487, 495f., 510, 513, 516f., 521, 538, 543, 545ff.
Leonforte 47
Leuggern 312, 365
Liebegg 217, 295, 302, 544
Linn 132
Linz 377
London 89, 108, 520
Lörrach 34
Lupfig 65, 78, 112f., 116, 118, 389, 404
Luzern 33f., 67, 77, 89, 166f., 193, 284, 484, 497, 505,
Magden 101, 209, 430
Mägenwil 345, 375, 389, 469, 489f.
Mailand 40
Mandach 97, 301
Meisterschwanden 84, 552
Melide 113
Mellikon 134
Mellingen 46, 84, 107, 320, 343
Menziken 34, 46, 63, 89, 94, 127, 209, 306, 321, 324f., 330, 334, 337, 343, 349, 367, 411
Mettauertal 414
Möhlin 111, 113, 131, 134, 233, 314, 344, 346, 380, 427, 433, 437, 453, 499, 521
Moosleerau 295f.
Möriken 53, 94, 98, 49f.
Mülligen 110, 313
Mumpf 433
München 420
Münchenstein 456
Münchwilen 70
Murgenthal 34, 431
Muri 45, 188, 209, 261, 295, 313, 325, 411, 427, 436, 445f., 451f., 455, 478, 488, 497, 510f., 534, 538
Neu-Delhi 469
Neuenhof 74, 81, 88, 93, 103, 105, 284, 521
Niederlenz 66, 180, 336, 341, 427
Niederwil 441
Nussbaumen 46f., 404, 441, 468
Nyon 496
Oberentfelden 74, 227, 331, 373, 377, 395, 402, 404, 427
Oberlunkhofen 538
Oberrohrdorf 256, 510
Obersiggenthal 260, 324, 426, 524
Oberwil 540
Oensingen 77, 80, 125
Oerlikon 376
Oeschgen 539, 547
Oftringen 73, 113, 130, 180, 183, 410, 415
Olsberg 442
Olten 67f., 71, 84, 189, 196, 414f.
Ormelle 51
Othmarsingen 62, 219, 369, 401
Pfeffikon 63, 127, 324, 337
Reinach 34, 46, 53, 63, 85, 127, 195, 240, 319, 324, 330, 337, 404, 411, 459, 463, 505
Reitnau 307, 419f.
Rekingen 325, 367, 373
Remigen 319
Rheinfelden 33, 77, 84, 90f., 102, 105, 131, 134, 197ff., 209, 225, 234, 248, 257, 263, 273, 277, 284, 312, 319, 325, 339, 385, 410, 411, 430, 433, 435, 444, 447, 453, 478, 492, 503, 521, 531, 538, 547
Rheinfelden Badisch 131, 411
Rombach 237
Riburg 325, 344
Rietheim 126, 177, 325
Rohr 303
Rothrist 34, 77, 81, 84, 180, 265, 339, 404, 410
Rottenschwil 136, 414
Rüfenach 201, 206, 212, 321
Rümikon 438
Rupperswil 103, 124, 401, 423, 493
Rust 420
Rütihof 110, 143
Säckingen 124, 344, 351
Safenwil 260, 331, 352, 392, 400, 420, 474
San Giovanni in Fiore 47
Sao Paulo 377
Sargans 325
Sarmenstorf 427, 437
Schaffhausen 344, 360
Schafisheim 166, 184, 375, 421, 463
Scherz 114
Schinznach-Bad 78f., 91, 112, 116, 200, 325, 334, 366, 372, 392, 420, 430, 433, 435
Schinznach-Dorf 401, 521
Schlossrued 312, 469
Schmiedrued 513
Schöftland 84, 88, 295, 415, 427, 470, 505, 533
Schupfart 305f., 421, 430
Schweizerhalle 325
Seengen 301, 319, 441f., 517, 519
Seon 52, 113, 313, 319, 430, 441, 459
Sevilla 520
Sins 319
Sisseln 70, 344, 353
Solothurn 32, 63, 167, 196, 248, 284, 345, 380, 453, 497
Spreitenbach 38, 57ff., 61, 70f., 76, 84, 88, 93, 112f., 120, 122, 149, 345, 369, 392, 395, 404, 409f., 412, 415, 427, 437, 468, 520
St. Gallen 324, 336, 360, 414, 474, 497, 532
Stäfa 404
Stein 46, 70, 189, 216, 344
Strengelbach 338, 440, 489
Stuttgart 377, 420, 492
Suhr 46, 53, 56, 74, 80, 234, 312, 343, 345, 377, 395, 427, 456, 513, 539
Sulz 74f., 84
Sydney 301
Tänikon 306
Tegerfelden 319, 468
Tennwil 415, 437
Teufenthal 100
Thessaloniki 469
Turgi 47, 63, 91, 103, 130, 238, 344, 414
Ueken 78
Uerkheim 419
Umiken 110, 114, 324, 364
Unterentfelden 74, 301
Unterkulm 468f.
Vaccarizzo 40
Veltheim 94, 334, 421, 469
Venedig 88, 91, 113, 533
Vevey 295
Villigen 196, 213, 321, 353, 355, 359, 370, 539
Villmergen 94, 101, 108, 316, 319
Villnachern 79
Waldshut 34, 312, 411
Waltenschwil 325, 444, 521
Wettingen 30, 46, 47, 57, 63, 84, 93, 110, 113f., 118, 143, 151, 185, 189, 192, 201, 209, 233, 249, 264, 272, 295, 319, 324, 365, 366, 404, 420, 427, 438, 440, 445, 450, 452, 463, 489, 490, 492, 499, 503ff., 512, 516, 521, 524, 546
Widen 119
Wien 43, 520
Wildegg 91, 94, 97f., 113, 124, 324f., 330, 351, 367, 505, 543, 545
Windisch 34, 44, 47, 59, 76, 96, 110, 115, 125, 140, 142, 189, 190, 193, 196, 201, 206, 230, 235, 241, 272, 293, 324, 349, 364, 370, 371, 377, 380, 420, 488f., 531, 543, 547f.
Winterthur 288, 538f.
Wislikofen 441, 445
Wittnau 295, 319, 547
Wittwil 295
Wohlen 30, 46, 60, 62f., 77, 84, 94, 98, 108, 110, 115, 118, 122, 189, 192, 201, 209, 227, 233, 240, 245, 256, 319, 325, 328, 336, 375, 382,

389, 404, 425, 427, 431, 440, 451f., 468, 473, 474, 505, 512, 531, 538f., 545
Wölflinswil 137
Wöschnau 84
Würenlingen 31, 129, 196, 241, 263, 264, 319, 325, 355, 357, 359, 363ff., 371, 386, 465, 552
Würenlos 76, 112f., 117, 404, 408, 418, 427, 520
Zeinigen 78
Zetzwil 440
Zlin 111
Zofingen 33f., 46, 58, 62f., 67f., 71, 76, 94, 100, 134, 143, 163, 189f., 192f., 209, 219, 227f., 233, 236, 239, 253, 256, 264, 273, 275, 277, 313, 319, 324, 330, 338f., 341, 410f., 414, 422, 427f., 437, 441, 453, 459, 468, 475, 494, 496f., 504, 507, 512f., 516ff., 520, 547
Zufikon 72, 235
Zug 32ff., 110, 313, 360, 394, 506,
Zürich 32ff., 38, 56ff., 62ff., 67, 71, 75, 77, 79, 84, 90, 103, 108, 110, 112, 122, 125, 131, 134, 141, 149, 167, 170, 180, 196, 200, 235, 238, 272, 275, 284, 322, 324, 336, 339, 345, 360, 365, 371, 394, 404, 410, 414f., 420, 427, 431, 452, 456, 468, 469, 473f., 484f., 492f., 496, 499, 505, 511, 513, 516, 524, 532, 538, 540
Zurzach 46, 48, 91, 200, 200, 209, 275, 309, 312, 319, 325, 329, 350, 374, 380, 393, 395, 430, 433f., 453, 510, 538
Zuzgen 437

Personenregister

Acklin, Heinz 508
Aeschbach, Maria 523
Aeschbach, Emil 59
Agustoni, Paul 490, 521
Assia, Lys 493
Altermatt, Urs 437
Altherr, Alfred jun. 101
Anquetil, Jacques 430
Bader, Lukas 279
Badmann Natascha 428
Baenziger, Marlene 160
Baghdadi-von Arx, Hanny und Tarek 469
Baldinger, Friedrich 130
Baldinger, Thomas 513
Bärlocher, August 278
Basie, Count 491, 496
Bätschmann, Leo und Ursula 404, 407
Bauhofer, Walter 86
Baumann, Christoph 496
Baumann, Manfred 288
Baumann, René (DJ Bobo) 535, 538, 540
Baur, Hermann 94, 99, 113
Bausch, Rita 451
Becker, Maria 492
Bellwald, Anton 67
Bellwald, Ursula (Sina) 537
Benaglio, Diego 427
Bernardo, Rita 51
Bernhard; Heiri 523
Bertschi-Roeschis, Walter 51, 53
Binder, Julius 64, 134, 156, 173, 180, 228, 257, 259f.
Bircher, Peter 137
Bircher, Silvio 239, 272
Blatter, Silvio 515f.
Blocher, Christoph 245, 259, 263, 272
Blöchlinger, Urs 496
Blumenstein, Ernst 468
Boesch, Elisabeth und Martin 97
Boesch, Hans 84, 97
Born, Aernschd 244, 246, 465, 496
Borer, Léon 210
Bortlik, Wolfgang 474
Bosch, Reinhold 546f.
Boss, Sabine 533
Botta, Mario 94, 100, 433
Boveri, Walter jun. 354, 359
Brack, Roland 389
Brandt, Henry 87
Brandt, Regine 497
Braun, Frank 534
Brogli, Roland 249
Brönnimann, Rudolf 410
Brown-Sulzer, Jenny und Sidney 510
Bruggmann, Alfred (1896–1958) 498f.
Bruggmann, Alfred (1922–2006) 497, 499f.
Bruggmann, Paul 499
Brunner, Christiane 249f.
Brunner, Josef 448
Brüschweiler, Roman 543
Brütsch, Hanns A. 113
Buchbinder, Heinrich 231, 241,252, 268
Buchli, Laura 517
Bugmann, Felix 468
Bundi, Markus 513
Burckhardt, Lucius 63, 68, 102
Burger, Hermann 513, 515
Burkart, Erika 513, 515f.
Burren, Ernst 238
Bütikofer, Gottfried 333
Bütikofer, Isabelle (Wipf-Bütikofer) 469
Cam, Arsen 404, 407
Carter, Benny 496
Cipolat, Toni 395
Clayton, Buck 496
Conzemius, Victor 451
Cooper, Alice 494
Corti, Walter Robert 485
Dahinden, Justus 97, 113
Däster, Uli 517
Dean, James 466
Dean, Martin R. 516
Deér, Dodo 514
Della Valle, Mario 57ff.
Deroc, Jean 524
Dettwyler, Jan (Seven) 537
Deusser, August 510
Di Matteo, Roberto 427
Dimitri (Jakob Müller) 539
Distel, Herbert 522
Dittrich, Paul-Heinz 492
Domin, Hilde 513
Dreifuss, Ruth 462
Duran, Halit 452
Dürst, Hans 543
Dylan, Bob 496
Egerszegi, Christine 251
Egli, Alphons 76, 206, 314
Eichenberger, Kurt 161
Erne, Alfred 78
Escher, Josef 230
Faes, Urs 516
Fahrländer, Hans 543
Felder, Anna 516
Felder, Peter 90
Fischer, Reinhold 478
Fischer, Theo 233, 263
Fischer, Ulrich 173, 245
Fosco-Oppenheim, Jacqueline 110, 114
Franke, Walter 342, 367
Frei, Alan 415
Frey, Eugen 295
Frey, Hanspeter 468
Frey, Katharina 439, 451
Frey, Paul 306
Frey, Ueli 469
Friedrich, Lilly 501, 504
Fringer, Rolf 427f.
Frisch, Max 63, 68, 112
Froelich, Carl 59
Fröhlich, Heinz 231
Furrer, Vera 500
Gehr, Ferdinand 489
Geisendorf, Charles Edouard 95
Geissberger, Marianne (Blattner-Geissberger) 469
Geissberger, Werner 71, 74, 114, 235, 239, 274
Gelpke & Düby 105
Giezendanner, Ulrich 263, 265f.
Glaus, Otto 94
Gloor, Beat 464
Göhner, Ernst 95
Grädel, Jean 499, 501, 504
Graf-Bongni, Martha 303
Grass, Günter 492
Grieder-Buchan, Suzanne 534
Guggenheim, Solomon R. 462
Guthrie, Woody 496
Guttropf, Walter 370
Guyer, Esther und Rudolf 94
Häfeli, Rudolf 380
Haller, Christian 513, 516

Haller, Fritz, 96
Halter, Ernst 513, 515
Hampton, Lionel 496
Hamzavi, Talkhon 533
Hänny, Jörg 440
Hattan, Eric 521
Hauri, Hans 113
Hausherr, Paul 236, 238
Hediger, Fritz 53f.
Heinzelmann, Gertrud 245, 250f.
Helbling, Arnold 440
Henz, Alexander 66, 94, 98
Herzig, Markus 262
Higi, Karl 113, 118, 489
Hines, Earl 496
Hoby, Oskar 497, 500
Hochhuth, Rolf 450, 497
Hochuli, René 307
Hochuli, Susanne 252, 262, 266
Hoegger, Peter 445
Hoffmann, Gretel 160
Hofmann, Urs 272
Hohl, Jakob 155, 173, 191, 193, 234
Holenstein, Werner 500
Hossli, Peter 534
Huber, Hans Jörg 220
Huber, Martha und Benedikt 119
Humbel, Angela und Lorenz 405
Humbel, Beda 87, 465
Hunziker, Bruno 156, 180, 244, 257
Hunziker, Lelia 456
Hunziker, Walter 120, 122
Hüssy, Jakob 260, 474, 517
Hutter, Gardi 501
Huwiler, Albert 448
Huwiler, Burkard 444, 448
Imboden, Max 173, 235
Ineichen, Berchther 313
Ineichen-Burger, Brigitt 302
Irmiger, Heinrich 62f.
Jaberg, Benny 533
Jaeger, Franz 234
Jakob-Henrizi, Frieda 395f.
Jentzsch, Wilfried 492
Jenzer, Robert 474
Joho, Dora 426
Jones, Quincy 496
Jonsson, Frey Ewa 468
Jost, Ruedi 68, 75
Juchli, Sr. Liliane (Klara) 441
Kaiser, Wolfgang 377
Kamm-Bretscher, Marie-Therese und Peter 469
Keller, Anton 173, 212, 259f., 499
Keller, Rolf 90, 93
Kessler, Erich 136
Keusch, Alois 489
Kielholz, Heiner 518
Killer, Josef 63, 79
Kim, Kurt 64, 66f., 70, 228, 238, 485,
Kind, Silvia 492
Kneschaurek, Francesco 67
Knöpfli, Rosmarie 497
Kohn, Michael 245, 363f.
Kopp, Elisabeth 249, 257, 265
Kortschnoi, Viktor 428
Köseciogullari, Ali Osman 52
Krättli, Anton 71, 499f., 516, 542
Kull-Märki, Verena und Ruedi 301
Kunath, Fritz 313
Kündig, Hans 59
Kuntner, Peter 285
Kunz, Emma 520
Kunz, Heini 499
Kunz, Stephan 523, 532
Kurth, Heinrich 465
Kutter, Markus 63, 68
Kyburz, Karl 301
Lämmli, Ernst 427
Landau, Kalman 447
Lang, Louis 170, 236, 238, 253, 268, 272, 369, 372, 465, 474
Lang, Oliver 72
Lang, Reinhard 499
Lanners, Ruth und Edi 96
Lareida, Kurt 253, 258, 275, 301, 314
Lässer, Max 496, 517
Laur, Ernst 294, 307
Laxdal, Jon 513
Leber, Walther 67
Lendi, Martin 58, 70
Letsch, Hans 161, 257
Leuenberger, Giorgio 265
Leuenberger, Moritz 77, 81
Leuthard, Doris 245, 251, 261, 365
Lieber, Arthur 212
Lienhard, Pepe 495
Lille, Roger 499
Loop, Alfred 168
Looser, Susanne 524
Loretan, Willy 253, 256, 258
Lüscher-Wälty, Mariann und Hans Rudolf 466, 469
Maradona, Diego 427
Marchesin, Luigi 51ff.
Marioli, Dario 40
Marti, Hans 58, 60, 62f., 65, 79, 86, 102
Marty, Sepp 175
Matter, Max 489f., 516
Mauch, Rolf 252, 272, 284
Mauch, Ursula 239, 241, 249, 251, 364
Maurer, Emil 485f.
Meier, Albert 319
Meier, Herbert 262f.
Meier, Pirmin 241
Meier, Sr. Gaudentia (Margrith) 444, 449
Meier, Urs 427
Meier, Walter 306
Meierhofer, Marie 414
Meier-Spring, Wicca 463
Meili, Armin 62, 96, 112, 116
Meili, Hans 64
Merki, Brigitta Luisa 524
Merz, Jürg 64
Merz, Klaus 513, 515f.
Metzger, Franz 233, 253
Meyer, Adrian 94, 96, 115 544
Meyer, Markus 180, 268
Meyer, Martin 451, 485
Meyer-von Gonzenbach, Rolf 67, 93
Michel, Sylvia 451
Mörikofer, Stéphanie 161, 249, 270
Moser, Karl 62
Moser, Peter 306
Moÿse, Marcel 491f.
Müller, Herta 516
Müller, Jörg 92
Müller, Markus 516
Müller, Philipp 53
Müller, Roman 539
Müller, Rudolf 52
Müller, Sr. Petra (Hedwig) 450
Müller-Brittnau, Willy 517
Muschg, Adolf 499
Naef, Hannibal 111
Näf, Ernst 319
Neeser, Andreas 513
Nicolet, Aurèle 492
Niederberger, Jörg 514
Nock, Franz 539
Nünlist, René 428
Obrist, Brigitte 414f.
Obrist, Ernst 492
Ogi, Adolf 259, 263f.
Oppenheim, Eric 498
Oppenheim-Jonas, Edith 498
Pabst, Franz 521
Padrutt, Ursula 272
Peter, Annemarie 469
Pfisterer, Hans 411
Pfisterer, Thomas 77, 81, 161, 173, 220, 253
Pilgrim, Elsbeth 411
Prager, Ueli 113, 117
Presley, Elvis 464
Raeber, Josef 510
Rajsek, Albert 488
Rasser, Alfred 234
Rehmann, Erwin 510
Reimann, Maximilian 282
Reimann, Robert 228, 488
Reist, Verena 302
Rennhard, Josef 259
Richner, Adolf 75, 166
Richner, Heiner 523
Rickenbach, Victor 251, 253, 268f.
Ritschard, Willi 135, 245, 365
Rohn, Roland 59
Rösch, Willy Hans 488, 492,
Rosenberg, Martin 261
Rotach, Martin 67
Roth, Hans Erich 389
Roth, Karl 395
Roth, Markus 484f., 488, 506
Röthlisberger, Kurt 427
Ruchti-Kubli, Alice 415
Ruesch, Hanspeter 468
Rugambwa, Laurean 448
Ruggli, Emilie 400
Rusterholz, Hans 66
Sachs, Lisbeth 94, 97, 497
Salm, Roland 429
Sasikarasarma, Somaskandasarma 460
Sauerländer, Hans-Christof 275
Schaerer, Michael 533
Schärer, Harry 540
Scheifele, Klaus 58
Scherer, Hans Ulrich 110, 112, 114
Scherrer, Paul 196, 354, 359, 363

Schlör, Jules 404
Schmid, Arthur jun. 95, 182, 188, 238, 474
Schmid, Arthur sen. 227, 235, 430, 488
Schmid-Bruggisser, Elisabeth 160
Schnebli, Dolf 98
Schneider, Hansjörg 516
Schnell, Hanspeter 468
Scholl, Herbert 257f.
Schriber, Margrit 516
Schulthess, Edmund 261
Schürch, Dorothea 529
Schwarz, Ernst 74f., 185, 295
Schwarzenbach, James 53, 240f.
Schweiger, Peter 504
Schweri, Karl 122
Schwinger, Peter 540
Seeger, Pete 496
Sforza, Ciriaco 427
Sieger, Nadja (Nadeschkin) 536
Siegrist, Ulrich 135, 161, 263, 268f.
Siegwart, Peter 524
Sobol, Moritz 441
Somm, Edwin 271f., 376
Sonderegger, Marion 302
Speziali, Cirillo 40
Staffelbach, Elisabeth 521
Stahel, Monika und Silvia 431
Stamm, Luzi 263
Stäuble, Paul 75
Stauffer-Rellstab, Olga und Paul 313
Steinberger, Emil 514
Steiner, Anita 469
Sterk, Peter 505
Stern, Adrian 537
Stierlin, Henri 103
Storz, Claudia 516, 532
Strasser, Urs 539
Straub, Franz 286
Straub, Jacqueline 451
Stucky, Fritz 110
Studer, August 314
Studer, Heiner 265, 268, 405
Stump, Doris 249, 251
Stumpf, Robert 463
Suter, Hugo 518
Suter-Kaufmann, Theres 302
Tamas, Janos 513
Theiler, Luzius 68, 75
Thunberg, Greta 479
Thür, Hanspeter 264f., 267f.
Trautweiler, Hans 233
Truttmann, Thomy 539
Tschopp, Charles 78, 325
Tschudi, Hans-Peter 77, 80
Tschupp, Räto 527
Twerenbold, Hansrudolf 240, 499
Ulrich, Stefan 511
Ursprung, Jörg 233, 235
Vecchio, Concetto 53
Villiger, Kaspar 220, 257
Voegeli, Sepp 430
Vogt, Max 98, 112
Vogt-Rippmann, Rosmarie 522
Volpe, Petra 533
von Moos, Ludwig 451
von Salis, Jean Rudolf 485, 513, 516
von Streng, Franziskus 230
von Wartburg, Urs 424, 427
Wahlen, Friedrich Traugott 63
Wälchli-Patzen, Christa 508
Waldmeier, Josef Fridolin 453
Walter, Silja 513, 516, 524
Wälti, Louis 529
Wanner, Otto 274f., 278
Wanner, Peter 275, 282, 284, 286
Wartenweiler, Fritz 512
Weber, Bruno 520
Weber, Ilse 516
Weber, Leo 162, 173
Weber, Peach 256, 517, 536
Weber, Ruedi 306
Wehrli, Urs (Ursus) 536
Weiss, Ernst 263
Weiss, Lukas 285
Wernli, Kurt 173, 208, 224, 270, 272, 478
Wertli, Peter 161, 181, 196, 259f.
West, Michael (Max Voegeli) 516
Wetzel, Bruno 317
White, Gillian 521f.
Widerøe, Arild 496
Widmer, Arnold 193, 233, 235
Widmer, Ernst 512
Widmer, Hans-Peter 279
Widmer, Heidi 513, 523
Widmer, Heiny 57, 510, 513, 520
Wille, Susanne 287
Wismer, Beat 510, 523
Woodtly, Max 528
Wullschleger, Erwin 312
Würsch-Voser, Beatrice und Herbert 301
Wyler, Bea 441
Wyler, Otto 489
Wyler, William 462
Wyss, Denise 451
Zehnder, Hans-Peter 388f.
Zglinksi, Greg 533
Zimmerli, Ernst 134
Zimmerli, Jakob 64
Zimmerlin, Erich 64
Zimmermann, Günti 475
Zschokke, Matthias 516
Zweifel, Hansheinrich 404
Zwez, Annelies 521

Projektteam

Astrid Baldinger Fuchs, geb. 1968, Riniken. Wirtschaftsmatur in Baden. Studium in allgemeiner Geschichte, Kunstgeschichte und Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Zürich, lic. phil. I. Autorin verschiedener Ortsgeschichten. Produktionsleiterin des interkantonalen *Kirchenboten* von acht reformierten Kantonalkirchen.

Fabian Furter, geb. 1976, Baden. Erstausbildung zum Schrift- und Reklamegestalter. Studium in allgemeiner Geschichte, Kunstgeschichte und Geografie an den Universitäten Zürich und Humboldt Berlin, Dr. sc. Historiker. Mehrere Jahre als Geschichtslehrer tätig. Seit 2008 Partner von im-Raum, Büro für Museumsplanungen; Ausstellungen und Publikationen in Baden. Daneben freiberufliche Tätigkeit als Architekturhistoriker.

Nina Kohler, geb. 1986, Schaffhausen. Ausbildung zur Informations- und Dokumentationsassistentin. Langjährige Tätigkeit für den Archiv- und Informationsdienstleister Docuteam AG in Baden-Dättwil. Neben der Sammlungsbetreuung für das Seemuseum Kreuzlingen seit 2015 freiberuflich unter www.rechercheuse.ch im Bereich Oral History und Biografiearbeit sowie als Projektassistenz im kulturellen Bereich tätig.

Maria Meier, geb. 1985, Seon. Studium der Kulturwissenschaften an der Universität Luzern. Doktorat in Geschichte zum Thema Lebensmittelversorgung im Ersten Weltkrieg, daneben Tätigkeiten im Journalismus und im Bereich Kommunikation. Seit 2019 als Parlamentsredaktorin tätig.

Titus J. Meier, geb. 1981, Brugg. Studium in allgemeiner Geschichte, Politikwissenschaft und allgemeinem Staatsrecht an der Universität Zürich. Promotion über die schweizerischen Widerstandsvorbereitungen für den Besetzungsfall zwischen 1940 und 1990, Dr. phil., Lehrdiplom für Maturitätsschulen. Seit mehreren Jahren als Lehrer und freiberuflicher Historiker tätig. Einwohnerrat in Brugg, Grossrat des Kantons Aargau.

Annina Sandmeier-Walt, geb. 1983, Winterthur. Studium der allgemeinen Geschichte, der englischen Literatur und der internationalen Beziehungen an der Universität Zürich. Dissertation zur Erinnerungsgeschichte des Aargauer Klosterstreits. Arbeiten an den Professbüchern der Klöster Muri-Gries und Engelberg. Seit 2017 selbstständig als Autorin und Redaktorin in verschiedenen Projekten in den Kantonen Aargau, Obwalden und Zürich, mit Ruth Wiederkehr unter www.klostergeschichte.ch.

Fabian Saner, geb. 1984, Zürich. Studium in Germanistik und allgemeiner Geschichte, Dissertation in Kulturwissenschaften. Daneben mehrere Jahre Arbeit als Journalist. Seit 2014 freiberuflicher Historiker, Co-Autor der Stadtgeschichte Grenchen sowie der Stadt- und der Kantonsgeschichte Solothurn.

Marc Tribelhorn, geb. 1983, Zürich. Studium in allgemeiner Geschichte, Geografie und Staatsrecht in Zürich und Freiburg i. Ü. Abschluss mit einer wissenschaftsgeschichtlichen Arbeit über den deutschen Geografen und «Lebensraum»-Theoretiker Friedrich Ratzel. 2008 Eintritt in die NZZ. Nach Stationen als Reporter und Blattmacher seit 2014 in der Inlandredaktion tätig und zuständig für historische Analysen sowie Bundespolitik.

Ruth Wiederkehr, geb. 1983, Ennetbaden. Studium der deutschen Sprach- und Literaturwissenschaft, der allgemeinen Geschichte und des Völkerrechts an den Universitäten Zürich, Perugia und Oxford. Promotion mit einer Arbeit zu den mittelalterlichen Handschriften im Kloster Hermetschwil. Ausbildung zur Gymasiallehrerin, Unterricht Sekundarstufe II. Seit 2014 selbstständig als Autorin und Redaktorin, mit Annina Sandmeier-Walt unter www.klostergeschichte.ch. Tätigkeit als Dozentin.

Patrick Zehnder, geb. 1967, Birmenstorf. Erstausbildung als kaufmännischer Angestellter. Studium in allgemeiner Geschichte und Germanistik an der Universität Zürich, lic. phil. I. Seit dem Jahr 2000 Geschichtslehrer an der Kantonsschule Baden. Langjähriger freier Mitarbeiter am «Historischen Lexikon der Schweiz»; orts- und regionalgeschichtliche Publikationen.

Steuerungsgruppe

Daniel Brändli, geb. 1971, Kaisten. Historiker lic. phil. I. Leiter Abteilung Strategie und Aussenbeziehungen, Staatskanzlei Kanton Aargau.

Sebastian Grüninger, geb. 1967, Buchs (AG). Dr. phil., Geschichts- und Geografielehrer an der Alten Kantonsschule Aarau, Co-Präsident HGA.

Bruno Meier, geb. 1962, Baden. Historiker Dr. phil., freiberuflicher Historiker und Verleger von Hier und Jetzt.

Raoul Richner, geb. 1977, Buchs (AG), Dr. phil., Stadtarchivar von Aarau.

Dominik Sauerländer, geb. 1960, Aarau. Historiker Dr. phil., Inhaber des Büros für Geschichte Sauerländer-Mangold, Dozent an der PH FHNW.

Christina Späti, geb. 1971, Zürich. Professorin für Zeitgeschichte an der Universität Freiburg und an der FernUni Schweiz.

Andreas Steigmeier, geb. 1962, Baden. Historiker und Archivar lic. phil., I. Exec. MBA. Geschäftsführer bei Docuteam AG; Informationsmanagement und Archivdienstleistungen.

Andrea Voellmin, geb. 1958, Baden. Historikerin lic. phil., Leiterin Bibliothek und Archiv Aargau: Kantonsbibliothek, Staatsarchiv, Bibliotheksförderung.

Impressum

Der Verlag Hier und Jetzt wird vom Bundesamt für Kultur mit einem Strukturbeitrag für die Jahre 2021–2024 unterstützt.

«Zeitgeschichte Aargau» wurde durch den Regierungsrat aus dem Swisslos-Fonds finanziert. Dank weiterer Beiträge von Stiftungen sowie durch Partnerschaften mit Medienhäusern konnte das Projekt in der vorliegenden Dimension realisiert werden.

SWISSLOS
Kanton Aargau

Aargauer Zeitung
Fachhochschule Nordwestschweiz
Keystone-SDA
Pro Argovia
Albert und Ida Nüssli-Stutz-Stiftung, Mellingen
Katharina Strebel Stiftung, Muri AG
Dr. Franz Käppeli Stiftung, Geltwil
Hans und Lina Blattner Stiftung, Aarau
Franke Stiftung, Aarburg
Hypothekarbank Lenzburg

Dieses Buch ist nach den aktuellen Rechtschreibregeln verfasst. Quellenzitate werden jedoch in originaler Schreibweise wiedergegeben. Hinzufügungen sind in [eckigen Klammern] eingeschlossen, Auslassungen mit […] gekennzeichnet.

Lektorat: Stephanie Mohler, Hier und Jetzt
Gestaltung und Satz: Simone Farner,
Naima Schalcher, Zürich
Grafiken und Tabellen: Janina Mosimann,
Naima Schalcher, Zürich
Illustrationen Prolog: Raphael Gschwind, Basel
Bildbearbeitung: Humm dtp, Matzingen
Druck und Bindung: Sprüngli Druck AG,
Villmergen

2. korrigierte Auflage 2024 (Online)
© 2021 Hier und Jetzt, Verlag für Kultur und Geschichte GmbH, Zürich, Schweiz
www.hierundjetzt.ch
ISBN 978-3-03919-510-7

Kaum ein Kanton ist so facettenreich wie der Aargau. Dieses Buch verschafft einen vertieften Einblick in seine jüngste Geschichte seit 1945. Dabei wird ein breites Themenspektrum dargestellt und in fünf grossen Kapiteln zusammengefasst: Raum und Mensch, Staat und Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Alltag sowie Kunst und Kultur.

Neun Autorinnen und Autoren förderten in mehrjähriger Forschungsarbeit Ergebnisse zutage, die sich zu einem neuen Gesamtbild des Aargaus verdichten. Dieses bestätigt einerseits seine oft gewürdigte Rolle als «Schweiz im Kleinen» im Einflussbereich der benachbarten Grossstädte. Auf der anderen Seite anerbot sich der Aargau immer wieder als eine Art Testfeld der Moderne, wo – im Guten wie im Schlechten – Neues gewagt und Pionierleistungen erbracht wurden. Aus dieser Vielfalt schöpft die reich illustrierte Erzählung dieser Publikation.

978-3-03919-510-7

Hier und Jetzt
Verlag für Kultur und Geschichte